3 1761 07992931 1

Digitized by the Internet Archive
in 2010 with funding from
University of Toronto

http://www.archive.org/details/geschichtederlet02herm

Geschichte

der

letzten fünfundzwanzig Jahre.

Zweiter Band.

Druck und Papier
von Fr. Vieweg und Sohn
in Braunschweig.

Allgemeine Geschichte

vom

Anfang der historischen Kenntniß

bis auf unsere Zeiten.

Für denkende Geschichtsfreunde

bearbeitet

von

Karl von Rotteck,

weiland Doctor der Rechte, Großherzoglich Bad. Hofrathe und Professor an der hohen Schule zu Freiburg, der Akademie der moralischen und politischen Wissenschaften am königl. französischen Institut correspondirendem und mehrerer anderer gelehrten Gesellschaften ordentlichem, correspondirendem und Ehren-Mitgliede.

Elfter Band.

Geschichte der letzten 25 Jahre

von

Karl Heinrich Hermes.

Zweiter Band.

Dritter unveränderter Abdruck.

Braunschweig,

Verlag von George Westermann.

1845.

Geſchichte

der

letzten fünfundzwanzig Jahre.

Von

Karl Heinrich Hermes.

Mit vier Stahlſtichen nach Original-Compoſitionen

von

Alfred Rethel.

Zweiter Band.

Turne, quod optanti divum promittere nemo
Auderet, volvenda dies en attulit ultro.

Dritter unveränderter Abdruck.

Braunſchweig,

Verlag von George Weſtermann.

1845.

SEP 12 1974

D
383
H46
Bd.2

SEP 12 1974

Dem Andenken

meines würdigen Lehrers

Ludwig Wachler's,

des

unerreichten Meisters im mündlichen Vortrage der Geschichte,

eines deutschen Biedermannes,
ohne Lug und Trug,
ohne Arg und Falsch,
voll männlicher Kraft,
mit jugendlicher Begeisterung im hohen Alter
für alles Edle, Schöne, Heilige, Große,
für Recht, Freiheit und Vaterland.

Möge sein Name nie vergessen werden!

Vorwort.

Das Werk, dessen Anfang sich seit drei Jahren in den Händen der deutschen Lesewelt befindet, ist durch den jetzt vollendeten zweiten Band zu einem vorläufigen Abschlusse gebracht; und indem ich von den Tausenden meiner biederen deutschen Landsleute und Sinnesgenossen, die dasselbe sich zu Freunden gewonnen — hoffentlich nicht auf lange — Abschied nehme, fühle ich das Bedürfniß, mich noch über Manches, sowohl was das Buch, als was die Person des Verfassers betrifft, offen und ehrlich, wie es dem Deutschen geziemt, auszusprechen. Es wäre thöricht, von einem Buche, welches die Geschichte unserer Tage darstellt, zu behaupten, daß dasselbe durchaus parteilos geschrieben sey. Niemand ist in Dingen, die er selbst erlebt hat, wirklich unparteiisch; und ich habe keinen Grund es zu verhehlen, daß ich von früher Jugend auf mit den wärmsten Gefühlen meines Herzens Partei ergriffen habe: Partei für Alles, was mir als gut und schön erschien; Partei für Ehre, Freiheit, Recht, Wahrheit und Vaterland. Diesen Gefühlen habe ich in noch jungen Jahren das, was dem Menschen das Theuerste ist: das väterliche Haus, die geliebte Heimath, die Freunde und

Genossen meiner Jugend, zum Opfer gebracht; diese Gefühle und die Ueberzeugungen, die in ihnen wurzelten, habe ich in allen Wechseln meines vielbewegten Lebens als mein höchstes Gut unwandelbar festgehalten. Es wäre sonderbar, wenn sie sich nicht auch in meiner Darstellung der Zeit, in der ich gelebt und nach Kräften gewirkt habe, widerspiegeln sollten. Ich habe gerade deshalb es verschmäht, den einfachen Gang der Erzählung durch weitläufige Betrachtungen zu unterbrechen, weil ich überzeugt war, daß meine Auffassung der Begebenheiten die Gefühle, von denen ich beim Niederschreiben durchdrungen war, auch in den Lesern hervorrufen würden, ohne daß ich immer nöthig hätte, die Lehre zu der Fabel hinzuzufügen. Ich habe nicht für Kinder, sondern für Männer geschrieben.

In einem andern Sinne, als dem angedeuteten, bin ich unparteiisch gewesen. Wir haben in Deutschland keine große ausgebildete politische Parteien, wie sie in Frankreich und England bestehen. Die ganze deutsche Nation oder doch die unermeßliche Mehrheit derselben bildet *eine* Partei, welcher Ehre, Freiheit, Recht und Wahrheit über Alles gilt, welche Ehre, Unabhängigkeit und Einheit des Vaterlandes, Freiheit der Rede und der Schrift, des Glaubens und der wissenschaftlichen Forschung, unverfälschte Aufrechterhaltung der verbrieften Rechte und der gesetzlich bestehenden Verfassungen, Treue den geschworenen Eiden, Treue des Fürstenwortes wie des Manneswortes als ihre Losung anerkennt; aber es wäre eine wunderliche Verkehrtheit, die Gesammtheit einer großen Nation als eine Partei zu betrachten. Leider haben wir nur statt der Parteien Cliquen, welche sehr verschiedenartige, gewöhnlich in die kostbarsten Redensarten gekleidete und doch am Ende nur eigennützige Zwecke

verfolgen. Ich habe nie irgend einer Clique angehört, weder einer literarischen, noch einer politischen, noch einer kirchlichen; weder den Cliquen, die sich unter dem ziemlich durchlöcherten Deckmantel des Liberalismus verbergen, noch jenen, die sich gern als eine nicht existirende conservative Partei gebehrden möchten, und die in der letzten Zeit es vorgezogen haben, unter dem bescheidenen Jesuiterkäpplein einen religiösen Mummenschanz nach Art der mittelalterlichen Eselsfeste aufzuführen. Ich weiß wohl, daß das Cliquenwesen in unserem lieben deutschen Vaterlande zu dieser Stunde, wie der allen Unrath absondernde Schaum in einem vollen Kessel, der an's Feuer gesetzt ist, oben schwimmt; ich will aber lieber untergehen, wenn es seyn muß, als mit dem Abschaume der Nation oben schwimmen.

Diese Erklärung vor dem Richterstuhle der deutschen Nation öffentlich abzulegen, hielt ich um so mehr für meine Pflicht, als derselbe zugleich meine vollständige Rechtfertigung gegen alle die albernen Verunglimpfungen und Verleumdungen enthält, welche fast alle deutsche Tagblätter von der Augsburger allgemeinen Zeitung bis zum Hamburger Correspondenten seit Jahren gegen meine Person zu verbreiten sich bemüßigt gefunden haben. Jedem einzelnen Kläffer unter den Vielen Rede zu stehen, wäre eine eben so vergebliche, als bei dem gesunden unbestechlichen Urtheile, welches ich der deutschen Nation zutraue, unnöthige Mühe gewesen. Thatsachen, die meinen politischen oder bürgerlichen Charakter auch nur zu verdächtigen geeignet waren, hat von den zahlreichen Feinden, die zu haben ich mich rühme, kein einziger vorzubringen vermocht; die Stelle derselben vertrat die hundertmal wiederholte Lüge, als ob ich meine Feder oder meine Gesinnungen irgend einer deutschen Regierung für ein Stück

Geld verkauft hätte. Davon, inwiefern dies geschehen ist, legt meine »Geschichte der letzten fünfundzwanzig Jahre«, die gerade während der Zeit geschrieben und gedruckt wurde, in der man den Kauf gewittert haben wollte, ein unzweideutiges Zeugniß ab. Zum Ueberflusse gedenke ich aber im Laufe des nächsten Jahres eine Auswahl der besseren meiner Aufsätze zu veranstalten, die während eines Zeitraumes von zwanzig Jahren in verschiedenen deutschen Zeitschriften — dem Stuttgarter Morgenblatte, dem Münchener Ausland und Inland, den Leipziger Blättern für literarische Unterhaltung, der Braunschweiger deutschen Nationalzeitung und der Kölnischen Zeitung — erschienen sind, und die dann, mit manchem Gedruckten und Ungedruckten aus der neuesten Zeit vermehrt, den besten Beweis liefern werden, von welchen Gesinnungen ich während meiner politischen und literarischen Laufbahn immer beseelt gewesen bin.

Berlin, im December 1844.

Dr. Karl Heinrich Hermes.

Inhalt des zweiten Bandes.

Viertes Buch.

Die Stockungen in der politischen Entwicklung des europäischen Festlandes und die Anfänge der Wiederbelebung.

Seite

Erstes Hauptstück. Die Rückschritte der politischen Entwicklung in Deutschland 1

Zweites Hauptstück. Der Thronwechsel in Frankreich 49

Drittes Hauptstück. Der Tod des Kaisers Alexander und der russische Türkenkrieg 128

Fünftes Buch.

Die französische Juli-Revolution.

Erstes Hauptstück. Der parlementarische Sieg des Liberalismus in Frankreich 242

Zweites Hauptstück. Die drei Tage 329

Drittes Hauptstück. Das Bürgerkönigthum 402

Sechstes Buch.

Die nächsten Folgen der Juli-Revolution.

Erstes Hauptstück. Das Königreich der Niederlande und die September-Revolution in Brüssel 455

Zweites Hauptstück. Die innere Entwicklung in Deutschland vor der Juli-Revolution und die revolutionaire Bewegung nach der Juli-Revolution 476

Drittes Hauptstück. Der polnische Freiheitskampf 518

Schluß 562

Viertes Buch.

Die Stockungen in der politischen Entwicklung des europäischen Festlandes und die Anfänge der Wiederbelebung.

Erstes Hauptstück.

Die Rückschritte der politischen Entwicklung in Deutschland.

Die Politik der großen europäischen Mächte, welche zuerst der Aachener Congreß in ihren allgemeinsten Umrissen andeutete, und die darauf die Congresse von Troppau, Laybach und Verona immer bestimmter ausprägten, rief eine trübe Zeit hervor, die in den edelsten Gemüthern alles Vertrauen auf die Zukunft erstickte und das geistige Leben der Völker in einen Schlummer senkte, tief und fest genug, um scheinbar den unvermeidlichen Uebergang zu dem ewigen Stillstande des Todes vorzubereiten. Wie vielfach verschieden auch die Richtungen waren, welche die Regierungen der verschiedenen Staaten des Festlandes verfolgten, so stimmten doch alle darin überein, jede selbstständige Regung des Gedankens immer weiter zurückzudrängen. Der österreichische Staatskanzler, Fürst Metternich, sprach es ohne Rückhalt aus: daß es nicht darauf ankam, „aufrecht zu halten“, was in den stürmischen Bewegungen seit der französischen Revolution Bestand gewonnen, sondern daß man auch darauf ausging, das „wieder zu erlangen“, was seitdem für die Machthaber, für die Throne und ihre Stützen, die bevorrechteten Stände

an persönlichen Berechtigungen „verloren“ gegangen sey *). Der Zweck, den Oesterreich vor Augen hatte, war offenbar, die Dinge, wenn auch mit äußerster Vorsicht und mit ängstlicher Vermeidung neuer gewaltsamer Erschütterungen, auf den Stand zurückzuführen, auf dem sie vor der französischen Revolution sich befanden. Oesterreich übte aber, weit über seine Grenzen hinaus, auf die allgemeinen politischen Beziehungen des europäischen Festlandes mächtigen Einfluß; in Deutschland besaß es eine beinahe ausschließende Herrschaft, die kaum andere Schranken kannte, als jene, welche die eigene Mäßigung ihr steckte. Preußen, das seit den Tagen Friedrich des Großen dem österreichischen Einflusse in Deutschland immer die Wage gehalten, spielte ein feines, aber gefährliches Spiel. Keiner der übrigen großen europäischen Mächte an materiellen Hülfsmitteln gewachsen, suchte Preußen sich dadurch zu verstärken, daß es die Kräfte der mittleren und kleineren deutschen Staaten für seine Interessen gewann. Um diesen Zweck zu erreichen, gab es einen sich von selbst darbietenden Weg, den einzuschlagen in dem Plane des ausgezeichneten Staatsmannes lag, welcher die Politik des Berliner Cabinettes während des Befreiungskrieges und während der ersten Jahre nach dem Frieden leitete. Fürst Hardenberg war entschlossen, in Preußen eine freie Verfassung zu begründen, die einer kräftigen Entwicklung des Volksgeistes den weitesten Spielraum gewährt hätte. Alle übrigen deutschen Staaten, mit der einzigen Ausnahme von Oesterreich, wären von diesem Beispiele fortgerissen worden, wie sie zu der Zeit des Befreiungskampfes von dem Aufschwunge des preußischen Volkes mit fortgerissen wurden; und es hätte sich auf diese Weise von selbst eine Gemeinschaft der Interessen gebildet, welche die engste politische Vereinigung zur nothwendigen Folge haben mußte. Aber Hardenberg war mehr ein edler, milder und liebenswürdiger, als kühn durchgreifender Charakter. Die Schwierigkeiten, die er in der Ausführung fand, entmuthigten ihn; auch ließen am Abende seines Lebens mit den körperlichen seine geistigen Kräfte nach. Andere Männer mit anderen Ansichten und Gesinnungen gewannen an dem Hofe zu Berlin allmälig die Oberhand. Man überzeugte sich, daß eine freie Verfassung, die auf der breiten Grundlage einer aufrichtigen Volksvertretung ruhte, dem Staate zum Verderben gereichen, die Kraft der monarchischen Einheit zerstören und

*) S. das Schreiben des Fürsten, Band I. S. 83.

alle Verhältnisse in endlose Zerrüttung stürzen würde. Den Ausschlag gab die Entdeckung der demagogischen Umtriebe, die zwar nirgend im Volke Wurzel gefaßt hatten, auf nichts weniger als ein festes bestimmtes Ziel gerichtet waren, aber einer lebhaften Einbildung in die Augen fallende Vergleichungspunkte mit allen Greueln der französischen Schreckenszeit boten. Jetzt schwand von den Erinnerungen des Freiheitskampfes eine nach der andern; und so wurde zuletzt denn auch der Gedanke an die Reichsstände in dem Sinne, den Hardenberg damit verknüpfte, aufgegeben. Nicht so leicht ließ sich auf den Plan verzichten, Preußen die Obergewalt in Deutschland zu sichern, wenn man nicht zugleich auf alle die stolzen Ansprüche verzichten wollte, zu denen der preußische Name berechtigte: auf die politische Geltung, die der große Friedrich erworben, auf die selbstständige Stellung zwischen dem leicht beweglichen Westen und dem starren Osten, welche die Aufopferungen des Jahres 1813 wieder errungen, und auf die damit verbundene entscheidende Stimme in allen wichtigen Fragen, welche das europäische Völkerleben theilen. Um diese Ansprüche dennoch zu behaupten, ersann man einen eigenthümlichen Rath. Es wurde vorgeschlagen, die Leitung der allgemeinen deutschen Angelegenheiten für das Erste ganz dem österreichischen Cabinette zu überlassen, sich selbst möglichst in den Hintergrund zurückzuziehen und den Schein anzunehmen, als ob man nur der österreichischen Politik folge, wenn man die Maßregeln unterstützte, die von Oesterreich empfohlen und in Antrag gestellt wurden. Bei dem Streben nach Selbstständigkeit, welches allen, auch den kleinsten deutschen Staaten eigen ist, konnte es nicht fehlen, daß das Uebergewicht, welches Oesterreich geltend machte, eine allgemeine Eifersucht erweckte. Man rechnete daher darauf, daß die kleineren Staaten, für sich allein außer Stande, dem übermächtigen Andrange zu widerstehen, sobald Preußen es an der Zeit hielt, sich von Oesterreich zu trennen, nichts Eiligeres zu thun haben würden, als das lästige Joch abzuschütteln und sich der rettenden zweiten deutschen Hauptmacht in die Arme zu werfen *). Das, worauf man hauptsächlich bei dieser etwas gewundenen Politik zu achten hatte, war, zu verhindern, daß die Gesetzgebung des deutschen Bundes in Bezug auf seine inneren Angelegenheiten keine allzu feste Gestalt annahm, weil dadurch die dem österreichischen Cabinette nur zeitweilig

*) S. die Denkschrift im Portfolio, No. XV (Lond. 1836) S. 356 ff.

zugestandene Oberherrschaft leicht eine bleibende werden konnte. Daraus erklärt sich, weshalb manche wichtige Verhandlungen, wie jene über das Verfahren bei Zwistigkeiten verschiedener Bundesstaaten untereinander, über die Aufstellung von Austrägalinstanzen und über mehrere andere Gegenstände ungeachtet wiederholter Anregung nicht zum Ziele gelangten.

Durch die Verkündung der Wiener Schlußacte war in dem gewohnten langsamen Gange der Verhandlungen am Bundestage so wenig verändert worden, als durch die Annahme der Karlsbader Beschlüsse. Die regste Thätigkeit zeigte sich noch in den Berathungen, die über das Heerwesen Statt fanden. Am 12. October 1820 legte die zu diesem Zwecke niedergesetzte Commission die ersten Abschnitte der Grundzüge einer Kriegsverfassung des deutschen Bundes vor; ehe sechs Monate vergingen, waren die wesentlichsten Bestimmungen zum Bundesgesetze erhoben; und im April 1822 wurden nicht allein die Contingente der einzelnen Bundesstaaten auf das Genaueste festgesetzt, sondern es wurde außerdem der Beschluß gefaßt, daß bis zum Eintritte des Herbstes alle Heeresabtheilungen des Bundes vollkommen geordnet sein sollten. Das Bundesheer zählte nach der neuen Einrichtung nicht weniger als 300,000 Mann schlagfertiger Truppen, wozu noch eine Reserve von 150,000 Mann kam: eine größere Macht, als Deutschland in früheren Zeiten als Ganzes jemals unter den Waffen gehabt hat. Zwar erhoben die kleineren Bundesstaaten bittere Klage über die ungeheure Last, welche ihnen die Unterhaltung eines so sehr außer allem Verhältniß zu den früheren Gewohnheiten stehenden Wehrstandes auflege. Preußen und Oesterreich hatten aber das gleiche Interesse, die Wehrhaftigkeit des Bundes so hoch als möglich zu steigern, weil beide Mächte in der äußern Sicherheit desselben eine Bürgschaft für ihre eigene Sicherung fanden, und vielleicht auch wohl, weil außerdem beide sich Rechnung machten, die Kräfte des Bundes zur Vermehrung ihres eigenen Ansehens in die Wagschale zu legen. Sobald Oesterreich und Preußen, ernstlich vereint, einen gemeinschaftlichen Zweck verfolgten, vermochte das Widerstreben der kleineren Staaten nur vorübergehende Hemmungen zu bewirken. Mit nicht viel geringerm Eifer als des Kriegswesens nahm sich der Bundestag der Sache des früher reichsunmittelbaren Adels an, von dem besonders aus Baiern und Baden dringende Beschwerden über Verkürzung der Vorrechte eingegangen waren, welche die Bundesacte in ihrem 14. Artikel, so wie die Wiener

Schlußacte demselben zugestanden. Den beiden betheiligten Regierungen wurde noch im Laufe des J. 1820 aufgegeben, ihre vertragsmäßig übernommenen Verpflichtungen nicht länger unerfüllt zu lassen. Dagegen erklärte in demselben Jahre die Commission, welche beauftragt war, die Lage des deutschen Handels zu untersuchen und über die Mittel zur Herstellung eines freiern Verkehrs zu berichten, »daß es ihr an den nöthigen Vorkenntnissen mangle,« um ein Gutachten abzugeben, wobei denn die ganze wichtige Angelegenheit ihr Bewenden hatte. Die mittleren und kleineren Staaten, welche den Druck der Binnenzölle am schwersten empfanden: Baiern, Würtemberg, Baden, beide Hessen, Nassau, die sächsischen Herzogthümer und die thüringischen Fürstenthümer, knüpften darauf besondere Unterhandlungen an, und im Sommer 1821 kam zu Darmstadt ein eigener Handelscongreß zu Stande, der unter mannigfaltigem Wechsel bis in das Frühjahr 1823 fortgesetzt wurde, jedoch zu keinem andern Ergebnisse führte, als daß er eine Reihe von Fragen in Anregung brachte, deren Lösung der Zukunft vorbehalten blieb. Gleich erfolglos waren die Unterhandlungen, die zwischen Bevollmächtigten der betheiligten Staaten über Befreiung der schönsten Wasserstraße Deutschlands, des Rheinstromes, von den Hemmungen einer engherzigen und eigennützigen Handelspolitik Statt fanden. Umsonst war in der von allen großen Mächten verbürgten Acte des Wiener Congresses ausdrücklich bestimmt, daß der Rhein frei seyn solle bis in das Meer. Die holländischen Kaufleute, die sich die ausschließliche Versorgung eines Marktes von sechs Millionen Menschen nicht entziehen lassen wollten, schützten den Wortlaut der französisch abgefaßten Urkunde vor und beharrten dabei, daß jusqu'à la mer nicht bedeute: jusque dans la mer, — bis in das Meer, sondern nur bis an das Meer oder bis an die Schleuse, welche das Wasser des dürftigen Canales in die Nordsee entleert, dem die Niederländer zum Unterschiede von Waal, Lek und Yssel den Namen des Rheins beilegen. Günstigern Erfolg hatten die Verhandlungen über die Schifffahrt der Elbe und Weser. Die Elbschifffahrt wurde durch die Acte vom 12. December 1821 wirklich von den drückendsten Beschränkungen befreit; und wie viel sich auch gegen die Acte über die Weserschifffahrt erinnern ließ, die erst am 10. September 1823 zu Stande kam, so war sie doch immer als ein Anfang der Verbesserung zu betrachten.

Mehr als alle die verschiedenartigen Commissionen, die der Bundestag in seiner weitschichtigen, wenngleich nicht sehr erfolgreichen

Thätigkeit eingesetzt, zog eine andere, die ihr Daseyn nur mittelbar seiner Anordnung verdankt: die Centralcommission zur Untersuchung der demagogischen Umtriebe in Deutschland die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes auf sich. Seit dem Anfange des Novembers 1819 in der Bundesfestung Mainz versammelt, hatte die Centralcommission drittehalb Jahre hindurch von ihren beinahe unumschränkten Vollmachten den ausgedehntesten Gebrauch gemacht: jede Spur von Versuchen zur Aufwiegelung, von unruhigen Bewegungen oder aufrührerischen Wühlungen, wie unbedeutend sie immer seyn mochte, war mit einem ungeheuern Aufwande von Mitteln erforscht und bis zu ihrem Ausgangspunkte verfolgt worden; von den Alpen bis zum deutschen Meere, vom Rheine bis zur Oder und über beide Ströme hinaus waren polizeiliche und richterliche Behörden in Anspruch genommen, um die Geheimbündler aufzusuchen, deren verborgene Wirksamkeit man als die Ursache der beunruhigenden Erscheinungen voraussetzte, die auf den verschiedensten Punkten gleichzeitig zum Vorscheine gekommen waren; von den Ergebnissen aller dieser Bemühungen war jedoch nicht das Geringste zur öffentlichen Kenntniß gebracht worden. Endlich, am 1. Mai 1822, erstattete die Commission einen Bericht an den Bundestag. Die Erwartung war auf das Höchste gespannt; aber wer möchte es leugnen, daß dieselbe durchaus getäuscht wurde? Die Commission hatte eine außerordentliche Masse von Thatsachen zusammengestellt, die keinen Zweifel darüber ließen, — was ohnedieß Niemand bezweifeln konnte, — daß im Norden wie im Süden, im Osten wie im Westen von Deutschland, hier in weiteren, dort in engeren Kreisen politische Ansichten Eingang gefunden hatten, die mit jenen der Regierungen nicht übereinstimmten, die, sobald sie sich im Leben geltend zu machen suchten, als mehr oder weniger schroffer Widerspruch gegen die bestehenden Einrichtungen hervortreten mußten, durch Uebertreibung zu tadelnswerthen und zum Theil sogar sträflichen Anmaßungen und Ausschweifungen führen konnten, und die einzelne unerfahrene Gemüther bis zum Fanatismus entflammt, einen unglücklichen Jüngling bis zu dem Verbrechen des Meuchelmordes hingerissen hatten; mit vielem Scharfsinn war ein innerer Zusammenhang in Dingen nachgewiesen, die in Zeit und Raum weit von einander getrennt waren und scheinbar nicht die entfernteste Aehnlichkeit mit einander hatten; aber das Geheimniß, welches man suchte, war nicht gefunden. Nichts rechtfertigte die Annahme eines Bundes, der auf den Umsturz der Throne und der Re-

gierungen ausgehe, im Finstern seine Dolche schleife und nur auf die Gelegenheit laure, sich auf die Opfer zu stürzen, die dem Mordstahle durch die geheimen Obern bezeichnet wären. Das Geheimniß, welches man entdeckt hatte, war ein offenkundiges: es war das Streben des aus seinem Schlummer erwachenden deutschen Volksgeistes, zum Bewußtsein zu gelangen, welches in seinem ersten dunkeln Ringen sich freilich kaum anders als durch die ungelenkesten und ungeschicktesten Bewegungen kund geben konnte. Die Mainzer Untersuchungscommission scheint in diesem Lichte die Thatsachen, deren Zusammenhang sie wohl begriff, nicht gesehen zu haben; sie setzte ihre mühevollen und wenig dankbaren Arbeiten noch manche Jahre fort, ohne von den Ergebnissen ferner öffentliche Rechenschaft abzulegen, bis sie zuletzt (im J. 1828), von der Nation bereits vergessen, während sie noch in voller Wirksamkeit war, sich in aller Stille auflöste.

Einen bedeutenden Abschnitt in der Thätigkeit des deutschen Bundestages bezeichnete die Mittheilung des Rundschreibens, welches die Höfe von Wien, Berlin und St. Petersburg an ihre diplomatische Agenten über die Zwecke des Congresses von Verona und die auf demselben verabredeten Maßregeln erlassen hatten. Von österreichischer Seite wurde darauf angetragen: die Bundesversammlung möge den großen Mächten nicht nur für diese Mittheilung ihren Dank abstatten, sondern auch ihre unbedingte Zustimmung zu den Grundsätzen oder Maßnahmen ausdrücken, durch welche die Mächte die Ruhe und Ordnung in Europa aufrecht zu erhalten suchten. Der baierische Gesandte erklärte sich ermächtigt, im Namen seines Hofes dessen vollkommene Uebereinstimmung mit den weisen und erhaltenden Grundsätzen der erhabenen Monarchen von Oesterreich, Preußen und Rußland darzulegen, da nicht zu zweifeln sey, daß diese Grundsätze allseitige gerechte Anerkennung finden würden. Diese Erklärung entsprach nicht ganz der Forderung, die Oesterreich gestellt hatte. Denn aus einer Uebereinstimmung mit den Grundsätzen folgte keineswegs nothwendig die Zustimmung zu allen den Maßregeln, die zu der Durchführung derselben erforderlich geachtet wurden. Baiern war offenbar der Meinung, daß der deutsche Bund nicht unter allen Umständen die Verbindlichkeit übernehmen dürfe, die Politik der drei Mächte zu unterstützen, und dieser Ansicht fiel die Mehrzahl der übrigen Bundesstaaten bei. Nur Würtemberg nahm Anstand, sich auch nur der gemäßigten auf keine Weise verletzenden baierischen Erklärung anzuschließen, sondern begnügte sich, statt voll-

kommener Uebereinstimmung eine einfache Anerkennung auszusprechen; und der würtembergische Gesandte, Herr von Wangenheim, lehnte es deshalb allein ab, die von der Bundesversammlung beschlossene Danksagung zu unterzeichnen. Dieser Fall war nicht der einzige, in dem Würtemberg den beiden großen Mächten gegenüber, die an der Spitze des deutschen Bundes standen, eine unabhängige Stellung behauptete. Die ganze Richtung, die das kleine Königreich in seiner innern, wie in seiner äußern Politik befolgte, war eine von den Bestrebungen des Wiener und Berliner Cabinettes so weit abweichende, daß man dieselbe in vielfacher Hinsicht als eine gerade entgegengesetzte betrachten durfte. Die Persönlichkeit des Herrn von Wangenheim, der zu wenig Diplomat war, um seine Gesinnungen nicht zuweilen mit anstößiger Derbheit zu äußern, trug dazu bei, die Mißstimmung der beiden Höfe zu vermehren; und was ihm am meisten übel genommen wurde, war, daß seine Ansichten nicht selten einen bedeutenden Einfluß auf die Meinung der Bevollmächtigten anderer kleinerer Bundesstaaten übten, dem weder der österreichische noch der preußische Gesandte immer mit sicherem Erfolge entgegen zu wirken vermochte. Unmittelbar nach dem Congresse von Verona hatten deshalb Oesterreich und Preußen die geheime Uebereinkunft getroffen, eine Veränderung in der Zusammensetzung des Personale der Bundesversammlung zu veranlassen, durch welche man eine größere Einigkeit in derselben herzustellen gedachte. Bereits zu Ende des J. 1822 wurde der österreichische Gesandte Graf Buol-Schauenstein abberufen und durch den Freiherrn von Münch-Bellinghausen ersetzt, der in einem vertrautern persönlichen Verhältnisse zu dem Fürsten Metternich stand. Wenige Tage vor der Ankunft des neuen Bevollmächtigten war von der Mainzer Untersuchungscommission eine Beschwerde über den nicht allzu ehrerbietigen Ton eingegangen, in dem ein zu Stuttgart erscheinendes Tagblatt — der deutsche Beobachter — von der Wirksamkeit dieser Behörde gesprochen. Der Berichterstatter der Commission zur Beaufsichtigung der Presse, die in Folge der Karlsbader Beschlüsse vom Bundestage ernannt war, Freiherr von Blittersdorf, erklärte, daß überhaupt die Richtung des angeklagten Blattes eine im höchsten Grade verwerfliche sei, indem dasselbe mit planmäßiger Beharrlichkeit auf die Verbreitung revolutionairer Ansichten und Lehren ausgehe, und trug daher darauf an, den deutschen Beobachter sofort von Bundeswegen zu unterdrücken und den Redacteur, Samuel Lie-

sching, auf fünf Jahre von jeder Theilnahme an der Herausgabe einer politischen Zeitung auszuschließen. Der Vorsitzende, Herr von Münch-Bellinghausen, glaubte, daß dieser Antrag durch allgemeinen beifälligen Zuruf angenommen werden würde, und hielt eine Abstimmung nur der Form wegen für nothwendig. Die große Mehrheit der Versammlung war mit der Meinung des Präsidiums vollkommen einverstanden, und der Antrag wurde daher noch in derselben Sitzung zum Bundesbeschlusse erhoben, ohne daß den Einwendungen des würtembergischen Ministers, der eine Vertagung verlangte, um eine so wichtige in die innere Verwaltung eines deutschen Bundesstaates eingreifende Angelegenheit reiferer Erwägung zu unterwerfen, der Erklärung des kurhessischen Gesandten, daß er ohne besondern Auftrag seines Hofes sich nicht für berechtigt halte, eine Stimme abzugeben, und dem Wunsche des großherzoglich hessischen, so wie einiger anderer Bevollmächtigten, die Unterdrückung des fraglichen Blattes der betheiligten Regierung anheimgestellt zu sehen, weitere Berücksichtigung geworden wäre. In einer der nächsten Sitzungen der Bundesversammlung gab Herr von Wangenheim, indem er zugleich von der Vollziehung des Bundestagsbeschlusses Anzeige machte, eine nachdrückliche Verwahrung gegen das in dieser Sache beobachtete Verfahren zu Protocoll. Aber schon waren die Tage gezählt, während deren ihm selbst noch vergönnt war, in dem Wirkungskreise zu beharren, den er zu der Zufriedenheit seines Fürsten und gewiß nicht zu seiner eigenen Unehre ausfüllte. Um die Mitte des Juli erhielt er seine Abberufung; vor ihm waren zwei seinen Ansichten befreundete Männer, der baierische Gesandte, Freiherr von Aretin, und der großherzoglich hessische, Herr von Garnier, aus der Bundesversammlung ausgeschieden, und kurze Zeit nach seinem Austritte folgte ihm der kurhessische Bevollmächtigte, Herr von Lepel, dem zeitweilig, bis zu der Ernennung seines Nachfolgers, die würtembergische Stimme mit übertragen war.

Vor seiner Abberufung hatte Herr von Wangenheim noch Gelegenheit an zwei wichtigen Verhandlungen Theil zu nehmen, deren Ausgang ihn aber überzeugen mußte, wie wenig seine fernere Mitwirkung für die Förderung des Gemeinwohles noch von Nutzen sein konnte. Die westfälischen Domainenkäufer und Staatsgläubiger, nicht abgeschreckt durch die Vergeblichkeit der Schritte, die sie seit acht Jahren gethan, um zu ihrem guten Rechte zu gelangen, hatten zu Anfange des J. 1823 ihre Sache von neuem an den Bundes-

tag gebracht. Der würtembergische Minister war der Berichterstatter des Ausschusses, dem diese Angelegenheit zugetheilt war. Er entwickelte die staatsrechtlichen Gründe, die für die Anforderungen der beschwerdeführenden Parteien sprachen, mit einer Klarheit, die vom Standpunkte der Wissenschaft wie des gemeinen Rechtsgefühles kaum eine Entgegnung zuließ. In der That muß es jedem Unbefangenen einleuchten, daß der Staat, da er länger dauert, als das Leben eines Fürsten, unmöglich auf unwiderrufliche Weise an die Person desselben geknüpft seyn kann; daß es die höchste Ungerechtigkeit wäre, wenn ein Fürst, der von Land und Leuten vertrieben und außer Stand gesetzt ist, seine Unterhanen zu schützen, es diese entgelten lassen wollte, sobald sie in seiner Abwesenheit nicht alle Bande der bürgerlichen Gesellschaft aufgelöst, sondern sich dem Gesetze des fremden Eroberers gefügt haben. Dennoch erklärte der Bevollmächtigte für Hannover und Braunschweig, daß die Lehre vom ewigen Staate, den Herr von Wangenheim aufgestellt, eine durchaus falsche und in ihrer Anwendung äußerst gefährliche sey, und daß es dem Bundestage keineswegs zukomme, über Angelegenheiten der innern Verwaltung, wie jene der westfälischen Staatsgläubiger, zu entscheiden. Da die Mehrzahl der Gesandten nicht mit bestimmten Aufträgen von Seiten ihrer Vollmachtgeber versehen war, so wurde die endliche Entscheidung auf sechs Monate ausgesetzt. Nach Verlauf dieser Frist sprach zuvörderst der vorsitzende österreichische Bevollmächtigte die unzweideutige Mißbilligung aus, welche die staatsrechtlichen Ansichten des Berichterstatters bei seinem Hofe gefunden; darauf wurde durch Stimmenmehrheit ein Beschluß gefaßt, welcher die Rechtsuchenden ohne Weiteres abwies, da die kurhessische Verordnung, über die sie sich vorzugsweise beschwerten, keine Rechtsverletzung begründe. Kein besseres Schicksal erfuhren die Prälaten und Ritterschaftsglieder des Herzogthums Holstein, welche die Bundesversammlung angingen, ihre Vermittelung eintreten zu lassen, um den König von Dänemark, als Herzog von Holstein, dahin zu vermögen, daß er entweder die alte holsteinische Landesverfassung herstelle, die seit länger als einem Jahrhundert in völligen Abgang gekommen war, oder daß er eine neue zeitgemäßere einführe, die auf gesetzlichem Wege zu Stande gebracht würde. Der Berichterstatter, Graf Beust, der Gesandte der sächsischen Herzogthümer, und Herr von Wangenheim, der ihn unterstützte, verlangten, daß dem Könige eine Frist gesetzt werde, binnen welcher derselbe in Gemäßheit des

dreizehnten Artikels der Bundesacte dem Gesuche der holsteinischen Prälaten und Ritter zu willfahren habe. Diesen Antrag bevorwortete auch der hannoversche Gesandte, Freiherr von Hammerstein, der in seinem Standesinteresse die dem holsteinischen Adel zugefügte Unbilde nicht mit Gleichgültigkeit ansehen konnte; und der kurhessische Bevollmächtigte vergaß so sehr die Lage seines eigenen Landes, daß er den kühnen Gedanken äußerte: »wo es sich um Grundsätze handle, dürfe man Rücksichten der Convenienz oder der Politik kein Gehör geben.« Darüber wurde er freilich sofort von dem Präsidium zurecht gewiesen; Herr von Münch-Bellinghausen war der Meinung, daß ein so schwieriges Werk, wie die Ausarbeitung einer Verfassung, nicht reiflich genug erwogen werden könne, und daß schon deshalb von einer Frist, die irgend einem Bundesgliede zu setzen sey, gar nicht die Rede seyn dürfe. »Die Beispiele,« sagte der österreichische Bevollmächtigte, »welche uns die Geschichte des Tages so lehrreich bietet, dürfen nicht unbeachtet an uns vorübergehen. Wir sehen täglich Constitutionen geben und sehen sie eben so schnell wieder verschwinden; wir sehen Völker nach Constitutionen als dem höchsten Inbegriff irdischer Glückseligkeit haschen, und wir sehen sie in wahre Zufriedenheit übergehen, wenn sie durch eigene Kraft oder fremde Hülfe der ihrem Fürsten mit verbrecherischer Hand aufgedrängten Constitution wieder los und ledig werden.« Die Mehrheit der Bundesversammlung beschloß, die Eingabe als unstatthaft zurückzuweisen und die holsteinischen Prälaten und Ritter zu bedeuten, daß sie die Verwirklichung der landesväterlichen Absichten ihres Fürsten mit Vertrauen zu erharren hätten.

In der letzten Sitzung des Jahres 1823 nahm der Präsidialgesandte von der Meinungsverschiedenheit, die sich bei den Verhandlungen über die westfälische Domainenangelegenheit in Bezug auf allgemeine staatsrechtliche Grundsätze kund gegeben, Veranlassung, im Auftrage des österreichischen Cabinettes zu erklären, daß es zu höchst bedenklichen Folgen führen könne, wenn der Bundestag den wissenschaftlichen Forschungen und Ansichten der Gelehrten, welche die Bundesgesetzgebung zum Gegenstande ihrer Studien machten, irgend eine auf die Beschlüsse des Bundes einwirkende Kraft zugestehen wollte; daß vielmehr die Ausbildung des Bundes ausschließlich durch die Bevollmächtigten der Bundesstaaten und die denselben von ihren Regierungen ertheilten Instructionen bewirkt werden müsse. Die ganze Versammlung sprach ihre Zustimmung aus, und damit

war die wichtige Frage, ob die Angelegenheiten des deutschen Bundes nach festen unabänderlichen Grundsätzen, wie sie die Wissenschaft aufstellt, oder nach der wandelbaren, einem steten Wechsel unterworfenen Politik der Höfe geordnet werden sollte, mit einem Male ohne viele Weitläuftigkeiten erledigt. Ein nothwendiger Fortschritt in der Richtung, welche die Politik der Mächte der Ausbildung des Bundes gegeben hatte, war es, daß die Oeffentlichkeit der Verhandlungen durch den Druck der Protocolle, die seit dem 14. November 1816 eingeführt war, hinreichend beschränkt wurde, um nicht alle Einzelheiten derselben dem allgemeinen Urtheile Preis zu geben. Wenn es nicht einmal der Wissenschaft mehr gestattet seyn sollte, ihren Einfluß auf die Beschlüsse der Bundesversammlung zu äußern, so wäre es ein offenbarer Widerspruch gewesen, der uneingeweihten Menge einen Blick in das innere Getriebe zuzugestehen, welches jene Beschlüsse hervorbrachte. Am 1. Juli 1824 trat deshalb das Präsidium mit dem Vorschlage auf, in Zukunft die ausführlichen Protocolle nur zur Vertheilung an die Mitglieder der Bundesversammlung drucken zu lassen, die öffentliche Bekanntmachung aber auf Auszüge zu beschränken, welche die Ergebnisse der Berathungen enthielten, so weit dieselben in jedem einzelnen Falle zur Veröffentlichung geeignet schienen. Keine einzige Stimme erhob sich gegen diesen ohne Zweifel längst vorbereiteten Antrag, der demnach noch an demselben Tage gesetzliche Kraft erhielt. Die hohe Versammlung, der die Geschicke der deutschen Nation anvertraut waren, blieb fortan in ein geheimnißvolles Dunkel gehüllt, aus dem nur von Zeit zu Zeit und bald in immer weiteren Zwischenräumen einzelne Lichtstrahlen hervorbrachen, die das Daseyn der im Geheimen fortwirkenden Thätigkeit verriethen. Ueber den Geist, der in dieser obwaltete, konnte jedoch kein Zweifel seyn; denn wenige Wochen, nachdem der verhängnißvolle Beschluß gefaßt war, der die deutsche Bundesversammlung für immer den Blicken des deutschen Volkes entzog, wurden drei neue wichtige Bundesbeschlüsse bekannt gemacht, die diesmal ausnahmsweise von einer ausführlichen Darlegung der vorausgegangenen Berathungen begleitet waren. Der österreichische Bevollmächtigte legte am 16. August in das öffentliche Protocoll der Bundesversammlung einen Vortrag nieder, den er schon vorher in geheimer Sitzung gehalten, und der die Ansichten seines Hofes über die politische Lage Deutschlands, so wie über die zur Befestigung der Ruhe und Ordnung noch erforderlich scheinen-

den Maßregeln aussprach. Es wurde zuvörderst bemerkt, daß zwar die Besonnenheit, Mäßigung und Treue, die den deutschen Volksgeist jederzeit rühmlichst auszeichneten, Deutschland bisher vor den gewaltsamen Zerrüttungen bewahrt hätten, denen andere Staaten zum Opfer geworden wären; daß aber eine in ihren Ränken nie ermüdende Faction, wenngleich nur im Finstern wirkend, noch immer den Umsturz alles gesetzlich Bestehenden als unverrücktes Ziel verfolge. Alle freie Wünsche, alle reinen Gefühle und alle sich selbst überlassenen Bestrebungen der deutschen Völker wären nur ihren Regenten zugewendet; und die dennoch vorhandenen gegentheiligen Erscheinungen könnten daher nur das unreine Werk frevelnder Demagogen seyn, die alle Autorität herabzuwürdigen, alle Grundsätze zu erschüttern, alle Wahrheiten zu verunstalten suchten, indem sie jenes Gefühl innerer Zufriedenheit und dauerhafter Sicherheit, ohne welches der politische Frieden nie die Fülle seiner Wohlthaten verbreiten werde, mit rastloser Betriebsamkeit untergrüben. Um diesem sträflichen Treiben zu steuern, scheine es unerlaßlich, die vorläufigen Maßregeln, die der Bundestag im Jahre 1819 getroffen, für fortbestehend zu erklären und, sofern deren Dauer auf eine bestimmte Zeitfrist beschränkt war, zu erneuern. Es war aber keineswegs die Absicht, bloß bei den Beschlüssen des Jahres 1819 stehen zu bleiben, sondern die Anträge, die von Seiten des österreichischen Cabinettes gestellt wurden, gingen vielmehr auf eine beträchtliche Erweiterung derselben hinaus. Im Jahr 1819 war von österreichischer Seite nur im Allgemeinen der Wunsch geäußert worden, daß die verschiedenen Bundesstaaten, die sich damals mit der Einführung ständischer Verfassungen beschäftigten, in ihren Arbeiten nicht weiter fortfahren möchten, »bis der Bund sich über eine der Aufrechterhaltung des monarchischen Princips entsprechende Auslegung des dreizehnten Artikels der Bundesacte vereinigt habe.« Seitdem hatte die Wiener Schlußacte diese Auslegung gebracht; aber das österreichische Cabinett war der Meinung, daß die in den süddeutschen Staaten eingeführten Stände sich keineswegs innerhalb der Grenzen gehalten hätten, welche die Schlußacte bezeichne. Deshalb wurde jetzt ein besonderer Bundesbeschluß vorgeschlagen, nach welchem in allen deutschen Bundesstaaten gewissenhaft darüber gewacht werden sollte, »daß in der Ausübung der den Ständen durch die Verfassung zugestandenen Rechte das monarchische Princip unverletzt erhalten bleibe«; und daß außerdem »zur Abhaltung aller Miß-

bräuche, welche durch die Oeffentlichkeit in den Verhandlungen oder durch den Druck derselben begangen werden können, eine entsprechende Geschäftsordnung eingeführt und über die genaue Beobachtung derselben strenge gehalten werde.“ Ein zweiter Antrag verlangte die Fortdauer der Bestimmungen, die im Jahre 1819 in Bezug auf die deutschen Universitäten getroffen waren, die aber jetzt gleichfalls weiter ausgedehnt wurden, indem man vorschlug, eine von der Bundesversammlung zu ernennende Commission mit der Untersuchung der Gebrechen des gesammten Erziehungswesens zu beauftragen. Ein dritter Vorschlag ging darauf, das im Jahre 1819 für die Dauer von fünf Jahren angenommene vorläufige Preßgesetz so lange fortbestehen zu lassen, bis der Bund sich über bleibende Anordnungen in Bezug auf die Presse vereinigt haben würde. Allen diesen Anträgen stimmten die Bevollmächtigten sämmtlicher Bundesstaaten bei; nur der würtembergische Gesandte und der Bevollmächtigte der sächsischen Herzogthümer, der letzte im besondern Auftrage von Sachsen-Weimar-Eisenach, machten einige Bemerkungen, die, wenn man wollte, als ein schwacher Versuch zum Widerstande gedeutet werden konnten.

Die auf diese Weise gefaßten Beschlüsse waren für eine Reihe von Jahren das letzte Zeichen einer auf das deutsche Gemeinwohl gerichteten Thätigkeit, welches die Bundesversammlung von sich gab. Die Sitzungen fanden Jahr für Jahr unter Beobachtung der herkömmlichen Formen Statt; von den Berathungen kam aber so wenig zur öffentlichen Kenntniß, und dieses Wenige war so wenig geeignet, eine allgemeinere Theilnahme anzuregen, daß bei der großen Masse der deutschen Nation selbst das Daseyn einer deutschen Bundesversammlung beinahe in Vergessenheit gerieth. Von dem Augenblicke, wo es sich völlig unzweifelhaft herausstellte, daß der Bundestag auf die Aufgabe verzichtete, welche die öffentliche Stimme ihm zuwies, das wieder erwachte deutsche Volksgefühl zu vertreten, hatte derselbe in der Meinung der Nation alle Bedeutung verloren. Das Gefühl der volksthümlichen Einheit war aber durch die gemeinschaftlichen Anstrengungen des Befreiungskampfes bei allen deutschen Stämmen zu klar und lebendig in das Bewußtseyn gerufen worden, als daß die Vernachlässigung, die es von Seiten irgend einer noch so hochgestellten Behörde erfuhr, es hätte ersticken oder zum Schweigen bringen können. Der Zwang, dem die Presse unterlag, machte es dieser zwar unmöglich, die in der Nation vorherr-

schenden politischen Neigungen und Ansichten treu und unverfälscht wieder zu geben. Dennoch sprach die Richtung, die der Volksgeist im Allgemeinen genommen hatte, sich durch hundert Zeichen aus, welche nur die kurzsichtigste Verstocktheit mißdeuten oder verkennen konnte. Jeder Hauch der Freiheit, auf welchem noch so weit entlegenen Punkte der Erdoberfläche er sich regte, fand in ganz Deutschland begeisterte Theilnahme. Die Parteiungen und Wühlungen in Frankreich, die Umwälzungen in dem spanischen Amerika, die Revolutionen auf der pyrenäischen und apenninischen Halbinsel, vor allem aber die Wechselfälle des griechischen Freiheitskampfes wurden von jedem gebildeten Deutschen mit einer Spannung verfolgt, die keineswegs die Folge müßiger Neugier, sondern eine Aeußerung des wärmsten und innigsten Mitgefühles war, und den unzweideutigsten Beweis für die Gesinnungen der Nation ablegte. Damals war nichts leichter, als den Ruf eines Helden der Freiheit zu erhalten. Da jede freie Meinungsäußerung durch den Preßzwang unterdrückt wurde, so war man genöthigt, wenn man in öffentlichen Angelegenheiten das Wort ergriff, zu den leisesten Anspielungen und Andeutungen seine Zuflucht zu nehmen; es bildete sich eine Art Zeichensprache, deren Gebrauch sich mit wunderbarer Geschwindigkeit verbreitete; bald war der einfachste Landmann kaum noch so ununterrichtet, daß er es nicht verstanden hätte, »zwischen den Zeilen zu lesen.« Das, was ein Jeder zwischen den Zeilen las, war aber selten die wahre Meinung des Schreibers, sondern es war so mannigfaltig verschieden, als die eigene Sinnesart der Lesenden; und da dennoch ein Jeder den verborgenen Sinn getroffen zu haben glaubte, so erregte nicht selten der farblose Zeitungsaufsatz oder die seichteste Flugschrift allgemeine Begeisterung. Ein Beispiel der großen Wirkung, die bei dieser Stimmung der Gemüther durch kleine Ursachen hervorgebracht werden konnte, gab der Aufruf zur Bildung von Hülfsvereinen für die Griechen, den im Sommer 1821 Professor Krug in Leipzig erließ. Der Gedanke war kaum ausgesprochen, als derselbe auch schon, ungeachtet der Schwierigkeiten, welche überall die Behörden in den Weg legten, auf einer Menge verschiedener Punkte verwirklicht wurde. Am kräftigsten wirkte der Verein, der zu Stuttgart zusammen trat, von angesehenen und erfahrenen Männern geleitet, seine Thätigkeit viele Jahre hindurch fortsetzte und durch Beiträge aus allen Gegenden Deutschlands in den Stand gesetzt wurde, der griechischen Sache nicht unbedeutenden Vorschub zu leisten. Der

abenteuerliche Plan, im südlichen Deutschland eine griechisch-deutsche Legion zu werben, die, mit allen Kriegsbedürfnissen ausgerüstet, den gegen das türkische Joch ankämpfenden Griechen zu Hülfe ziehen sollte, mußte freilich an dem Widerstande der Behörden scheitern. Nur Einzelnen der am glühendsten Begeisterten, die Mittel fanden, durch die Schweiz nach einem südfranzösischen Hafen zu gelangen, war es verstattet, ihrem Thatendrange zu folgen.

Daß von der Bewegung, die in diesen Tagen durch Deutschland ging, die deutsche Jugend, zumal die studirende auf den Universitäten, am tiefsten ergriffen wurde, ist leicht begreiflich. Die Aufhebung der Burschenschaften und die strenge Aufsicht, die über das Studentenwesen geübt wurde, vermochte den Geist, der auf den Universitäten herrschte, zwar in seiner Entwicklung zu hemmen, aber nicht zu unterdrücken. An die Stelle der offenen Vereine, zu denen einem Jeden der Beitritt freistand, traten geheime Verbindungen, welche die Zwecke der Burschenschaft unter Formen verfolgten, die sie, um sicherer verborgen zu bleiben, dem Muster der alten Landsmannschaften nachbildeten. Bereits im J. 1821 wurde zuerst zu Berlin und darauf auch zu Breslau und auf mehreren anderen Universitäten eine geheime Studentenverbindung entdeckt, die unter dem Namen der Arminia die aufgehobenen Burschenschaften fortsetzte. Die Theilnehmer wurden, wie harmlos ihr Treiben auch war, da sie von jedem Uebergreifen in das bürgerliche Leben sich fern hielten, mit Strenge bestraft. Glaubte man aber durch dieses Beispiel eine abschreckende Wirkung hervorzubringen, so zeigte man nur, wie sehr man das jugendliche Gemüth verkannte, auf welches gerade die Gefahr immer eine besondere Anziehungskraft übt. Das Einzige, was man durch alle die Untersuchungen und Verurtheilungen erreichte, die so viele edle und talentvolle Jünglinge aus ihren Lebensbahnen herausrissen, war, daß man der Jugend einen höhern Begriff von ihrer Wichtigkeit beibrachte, als ihr zukam, und daß man den Glauben in ihr erweckte, sie müsse doch wohl eine bedeutendere Macht besitzen und zu größeren Unternehmungen berufen sein, als sie bisher selbst geahnt hatte. Erst jetzt fanden unter den Studirenden der deutschen Universitäten Entwürfe Eingang, die so widernatürlich waren, daß man an das Daseyn derselben nicht glauben würde, wenn der Thatbestand nicht in den Archiven der Gerichte actenmäßig vorläge, und wenn nicht noch in späteren Jahren sogar ein Versuch der Ausführung gemacht worden wäre. Den ersten Anstoß zu der verderblichen

Richtung, in die ein nicht geringer Theil der studirenden Jugend hineingezogen wurde, gab ein Jenaer Student, Adolf von Sprewitz, der auf einer Reise in der Schweiz Gelegenheit gefunden hatte, sich mit mehreren ihrer politischen Meinungen wegen ausgewanderten Deutschen zu besprechen, und von dort mit dem Plane zu der Begründung eines Geheimbundes zurückkehrte, als dessen Zweck er selbst den Umsturz aller in Deutschland bestehenden politischen Verhältnisse und die Herbeiführung eines Zustandes bezeichnete, worin das Volk durch selbstgewählte Vertreter sich eine freie Verfassung geben könne. Er begann das Werk, zu dem er schwerlich von irgend einer Seite einen bestimmten Auftrag erhalten hatte, indem er in dem Kreise seiner näheren Freunde und Bekannten geheimnißvolle Andeutungen über das Bestehen eines Männerbundes fallen ließ, der, im Stillen wirksam, aus seiner Verborgenheit hervortreten werde, sobald die Revolution zum Ausbruche käme, welche bei der allgemeinen Gährung der Gemüther in Deutschland unvermeidlich geworden sei. Die Namen, die er nannte, machten seine Aussage glaublich; und als er endlich ohne Umschweif erklärte, daß ihm die Vollmacht ertheilt sei, einen Jünglingsbund zu gründen, der eine Vorbereitungsstufe zu dem Bunde der Männer bilden und diesem im Falle der Noth ein Heer rüstiger Arme zur Verfügung stellen sollte, waren die vertrauensvollen Genossen sofort zum Beitritte bereit. Die Statuten hatte Sprewitz zum voraus entworfen. Die Mitglieder des Bundes entsagten jeder eigenmächtigen Thätigkeit für die Sache und gelobten dagegen den Befehlen der geheimen Bundesobern unbedingten Gehorsam. Ein Jeder verpflichtete sich durch schwere Eide, das unverbrüchlichste Stillschweigen zu beobachten. Den Verräther sollte der Tod treffen. Um der Gefahr einer Entdeckung vorzubeugen, sollten alle schriftlichen Verhandlungen vermieden und auch die Statuten nur durch die mündliche Ueberlieferung bewahrt werden. Aus gemeinschaftlichen Beiträgen sollte eine Casse errichtet werden, von der die Kosten für alle Bundeszwecke zu bestreiten wären. Von Jena, wo der erste Stamm des Jünglingsbundes zusammentrat, breitete derselbe sich über die Universitäten Halle, Leipzig, Göttingen, Erlangen, Würzburg, Tübingen, Heidelberg und Freiburg aus; und ein großer Theil der studirenden Jugend wurde, wenn nicht zur unmittelbaren Theilnahme an dem engeren Vereine, doch zu näherer oder entfernterer Betheiligung bei den Planen und Entwürfen desselben verleitet. Aber es liegt nicht in der Art der Ju-

gend, lange auf Dinge zu warten, die erst eine ferne Zukunft zur Reife bringen soll. Der Männerbund, dem man sich ohne Bedenken zum Werkzeug angeboten hatte, gab kein Lebenszeichen von sich; und gerade unter den vertrautesten Freunden von Sprewitz, denen dessen Unzuverlässigkeit nicht unbekannt bleiben konnte, erwachten die ersten Zweifel an der Wahrheit seiner Aussagen und an dem Daseyn des Bundes, in dessen Auftrage er gehandelt zu haben vorgab. Auf einem Bundestage zu Würzburg, der am 28. Mai 1822 eröffnet wurde, erschienen zahlreiche Bevollmächtigte von verschiedenen Universitäten, kein Einziger von Jena, wo man bereits alle Hoffnung aufgegeben hatte. Ein von Erlangen aus auf Erkundigung in die Schweiz gesandtes Bundesmitglied brachte die niederschlagende Nachricht, daß sich dort keine Spur eines Männerbundes habe auffinden lassen. Dennoch wurde der Beschluß gefaßt, den „Bund der Jungen“ nicht aufzulösen, sondern denselben als einen selbstständigen fortzusetzen, der, ohne ferner auf ein Zeichen von außen zu warten, rastlos daran arbeiten sollte, sich dem großen Ziele zu nähern. Man ergötzte sich jetzt daran, ganz Deutschland in Kreise zu theilen, wobei man die alte Reichseintheilung zum Muster nahm. Für die verschiedenen Kreise wurden Obere ernannt, die innerhalb ihres Bezirkes die Leitung der Geschäfte übernahmen. Fortwährend wurden neue Theilnehmer geworben; auf die Dauer konnte der gesunde jugendliche Sinn sich jedoch die Hohlheit und Verkehrtheit des ganzen Treibens unmöglich verbergen. Eine tiefe Entmuthigung ergriff die Mehrzahl der Bundesglieder; die meisten zogen bei ihrem Abgange von der Universität sich stillschweigend von jeder ferneren Theilnahme zurück; auf den Universitäten bestand die Verbindung zwar fort, nahm aber allmälig einen milderen Charakter an, indem man sich daran gewöhnte, die Zeit, welche für den allgemeinen Ausbruch bestimmt war, immer weiter hinauszuschieben. Da, im November 1823, gelangte durch den Eidbruch eines reuigen Mitgliedes die Kunde von dem Bestehen des weitverbreiteten staatsgefährlichen Vereines, der sich aber inzwischen freilich selbst überlebt hatte, nach Berlin; in Folge einer königlichen Cabinetsordre wurde zu Köpenick eine Immediatuntersuchungscommission niedergesetzt, die bereits im Juni des folgenden Jahres, nachdem sie mehr als hundert Theilnehmer des Geheimbundes ermittelt, die Untersuchung für geschlossen erklären und die Ergebnisse den betreffenden Behörden zum weiteren gerichtlichen Verfahren mittheilen konnte.

Von dem Oberlandesgerichte zu Breslau wurden die Mitglieder des Jünglingsbundes, welche preußische Unterthanen waren, zu mehrjähriger und zum Theil zu vieljähriger Festungsstrafe verurtheilt. Das gleiche Schicksal traf die Mitglieder des Bundes, die anderen deutschen Staaten angehörten, in ihren Heimatländern. Ein höherer preußischer Officier von der Besatzung zu Erfurt, Major von Fehrentheil, der durch unvorsichtige Aeußerungen sich der Theilnahme an staatsverrätherischen Planen verdächtig gemacht hatte, wurde vor ein Kriegsgericht gestellt und von diesem zum Tode verurtheilt. Die Gnade des Königs verwandelte die ihm zuerkannte Strafe in lebenslängliche Gefangenschaft auf der Festung Magdeburg, von wo der vielfach Bedauerte jedoch nach mehrjähriger Haft zu entweichen Gelegenheit fand. Dies war das Ende des Jünglingsbundes.

Von ernsterer Bedeutung, als das Treiben der jungen Leute auf den Universitäten, die ein von ihnen selbst nicht klar erkanntes Ziel durch gewaltsame Mittel zu erreichen strebten, war die politische Entwicklung in den ständischen Versammlungen jener süddeutschen Staaten, die in kürzeren oder längeren Zwischenräumen nach der Beendigung des Befreiungskampfes und der Wiederherstellung eines geordneten Rechtszustandes in Deutschland Verfassungen erhalten hatten, welche mehr oder weniger treu nach dem Muster der französischen Charte zugeschnitten waren. In Baiern, dem durch seinen Umfang, wie durch die Zahl seiner Bevölkerung beträchtlichsten dieser Staaten, wurde der erste Landtag, der zugleich die erste öffentliche ständische Versammlung in Deutschland war, am 4. Februar 1819 unter großen Feierlichkeiten eröffnet. Mit nicht geringem Geräusche war von gedungenen Lohnschreibern, wie von unabhängigen aber nach dem äußeren Scheine urtheilenden Männern vorher verkündet worden, daß jetzt ein neuer Zeitraum der höchsten bürgerlichen Freiheit, des beneidenswerthesten Glückes und Segens für Baiern bevorstehe. Ganz Deutschland blickte mit gespannter Erwartung auf die wunderbaren Dinge, die zu München vor sich gehen sollten. Aber die Täuschung währte nicht lange. Schon in den ersten Sitzungen gab sich ein Zwiespalt zwischen den beiden Kammern kund, in welche die Ständeversammlung getheilt war, wonach es kaum länger zweifelhaft bleiben konnte, daß von einem auf solche Weise zusammengesetzten Landtage wenig Ersprießliches für das Wohl des Landes zu hoffen sey. Die erste Kammer erklärte in ihrer Antwort auf die Rede, mit welcher der König die Stände-

versammlung eröffnet hatte, daß sie sich für berufen halte, dem Anwogen der Volksherrschaft einen festen Damm entgegenzusetzen. Mit Recht sahen die freisinnigeren Mitglieder der zweiten Kammer in diesem Worte, welches, wenn es überhaupt einen Sinn haben sollte, allein gegen sie gerichtet seyn konnte, eine durch gar keine Veranlassung hervorgerufene Kriegserklärung gegen den Grundsatz der Volksvertretung, der doch durch den Willen des Königs an die Spitze der Verfassung gestellt und durch die feierlichsten Eide geheiligt war; nur die Mäßigung der Mehrheit verhinderte es, daß nicht in gleich feindseligem Tone erwidert wurde. Die zweite Kammer begnügte sich, eine Verwahrung in ihr Protocoll niederzulegen, aber der Bruch, der einmal erfolgt war, wurde dadurch nicht ausgeglichen; und es ließ sich vorhersehen, daß der Staatswagen in Zukunft von der Kammer der Reichsräthe nach der einen, von der Kammer der Abgeordneten nach der andern Seite hingezogen werden würde, was natürlich, da die Verfassung beiden Theilen gleiche Berechtigung einräumte, zur Folge haben mußte, daß derselbe zwar von Zeit zu Zeit einen Ruck erhielt, aber doch weder in der einen noch in der andern Richtung sich von der Stelle bewegte. Zwar fehlte es an kräftigen Bemühungen, das schwerfällige Gebäude vorwärts zu schieben, in der Abgeordnetenkammer nicht; indessen verfuhr man zu tumultuarisch, zu wenig nach einem geordneten Plane, als daß auch nur das Mindeste, was jedenfalls zu erreichen stand, ein bedeutender Eindruck auf die öffentliche Meinung, hervorgebracht worden wäre. Gleich zu Anfange erregte ein Antrag des Justizrathes von Hornthal, der darauf gerichtet war, daß auch das Militair, gleich allen übrigen Bürgern des Staates, auf die Verfassung vereidigt werden sollte, ein ungemessenes Aufsehen. Von allen Regimentern gingen Protestationen an den König ein, die unter den eifrigsten Betheuerungen unverbrüchlicher Treue jede andere eidliche Verpflichtung, als die des unbedingten Gehorsams gegen ihren Landesherrn, von sich wiesen. Höhere Wichtigkeit hatte ein anderer Antrag auf Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit in der Rechtspflege, der aber, nachdem er von der Abgeordnetenkammer mit großer Mehrheit angenommen war, von den Reichsräthen als ungeeignet bei Seite gelegt wurde. Auf ähnliche Weise wurde der Wunsch der Kammer vereitelt, die Einrichtung der Landräthe, wie sie in dem baierischen Rheinkreise mit großem Vortheile bestand, auch in den diesseitigen Provinzen eingeführt zu sehen, indem die

Reichsräthe sich nicht für befugt erklärten, in einer solchen Frage ohne eine vorausgegangene Aufforderung von Seiten der Regierung ihr Urtheil abzugeben. Ein nicht unwesentliches Verdienst erwarb sich die Abgeordnetenkammer, indem sie von der heillosen Zerrüttung, die in den Finanzen herrschte, den Schleier wenigstens einigermaßen lüftete. Ein sehr beträchtlicher Ausfall in den Einnahmen, den der Finanzminister durch seine Ziffern künstlich verborgen hatte, wurde aufgedeckt. Leider war damit nur nicht allzuviel gewonnen, da man bis zu den Ursachen der nicht mehr abzuleugnenden Zerrüttung nicht durchzudringen vermochte, weil von den Behörden der Satz aufgestellt wurde, daß über Dinge, die aus dem Zeitraume vor Verleihung der Verfassung herrührten, der Ständeversammlung kein Urtheil zustehe. Die Voranschläge für den Staatshaushalt, die dem Landtage vorgelegt waren, wurden dieser Ansicht gemäß beinahe in allen wesentlichen Theilen ohne genauere Prüfung genehmigt. Nur die unverhältnißmäßige Summe von acht Millionen Gulden, die für das Heerwesen angesetzt war, fand billigen Anstand. Auf den Antrag des Hofrathes Behr von Würzburg wurde beschlossen, dieselbe um 1,300,000 Gulden herabzusetzen, die nach der Ueberzeugung der Kammer ohne irgend einen erheblichen Nachtheil für den Dienst erspart werden konnten. Es fehlte aber wenig, daß ein solches Unterfangen bei Hofe nicht als der Anfang einer Revolution gedeutet worden wäre. Der König machte die Angelegenheit zu einer persönlichen; er erklärte sich bereit, die dem Heere verweigerten Summen, die zu der Erhaltung desselben unentbehrlich wären, aus seinem eigenen Beutel herzuschießen; und als die zweite Kammer auch dadurch sich nicht zu einer Aenderung ihrer Ansicht, sondern nur zu einer nicht einmal ganz unbedingten Nachgiebigkeit bestimmen ließ, wurde der Landtag plötzlich unter Bezeugung der allerhöchsten Ungnade gegen die störrischen Abgeordneten und mit lobender Anerkennung der die treuen Reichsräthe beseelenden loyalen Gesinnungen geschlossen. Zwei Männer mit gleich entschiedener Vorliebe für freisinnige Ansichten, aber sehr verschiedener Persönlichkeit, waren bei den Berathungen der zweiten Kammer besonders in den Vordergrund getreten. Der erste dieser beiden Vorkämpfer der constitutionellen Freiheit war der Justizrath von Hornthal, der durch seine rücksichtlose Geradheit den Ministern und den ministeriellen Abgeordneten manches Aergerniß gab, aber dennoch bei seinem unzweifelhaft redlichen Willen viel Gutes hätte wirken können, wenn seine

unmäßige Eitelkeit ihn nicht verleitet hätte, sich bei jeder Gelegenheit vorzudrängen und dadurch selbst da, wo er noch sehr im Rechte war, den Eindruck seiner Worte zu schwächen. Der andere, der an Gediegenheit des Charakters, wie an Umfang der Kenntnisse und Tiefe des Blickes bei weitem den Vorrang verdiente, war der Hofrath Behr, der bei feuriger Beredsamkeit und glühender Begeisterung für die Sache des Volkswohles Besonnenheit genug besaß, das Wesentliche nie über dem Unwesentlichen aus dem Auge zu verlieren, nicht über jede Kleinigkeit ein der Bedeutung des Gegenstandes unangemessenes Geschrei zu erheben, sondern seine Kräfte für den Augenblick der Entscheidung aufzusparen. Die Regierung, der beide Gegner gleich lästig fielen, begriff vollkommen, daß Behr, wenn auch nicht der unbequemste, doch der gefährlichste war. Als der Zeitpunkt sich näherte, wo der Landtag nach den Bestimmungen der Verfassung von neuem einberufen werden mußte, wurde daher Behr, in seiner Eigenschaft als öffentlicher Lehrer an der Hochschule zu Würzburg, unter einem schicklichen Vorwande in Ruhestand versetzt und auf diese Weise seiner Befähigung zum Eintritte in die Ständeversammlung beraubt. Um die Opposition, der man ihren tüchtigsten Führer entzogen, völlig zu entwaffnen, beschloß man außerdem der liberalen Meinung ein Zugeständniß zu machen, von dem man voraussetzte, daß es wenigstens den gemäßigteren Theil vollkommen zufrieden stellen würde. Der König ordnete, wenige Tage vor der Einberufung des Landtages, aus eigener Bewegung in ganz Baiern die Einführung von Landräthen an, die zwar weder die unabhängige Stellung noch den Umfang der Befugnisse hatten, welche der zweiten Kammer bei ihrem Antrage im Jahr 1819 wünschenswerth erschienen, jedoch immer als eine Annäherung an die damals geäußerten Wünsche willkommen seyn mußten. Da man überdies in dem Staatshaushalte, wenn auch nicht die strengste Sparsamkeit, doch eine gewisse Ordnung hergestellt hatte und deshalb, statt des früheren Ausfalles, beträchtliche Ueberschüsse nachzuweisen vermochte, so eröffnete der König (am 26. Januar 1822) den Landtag mit dem zuversichtlichen Vertrauen, daß das gute Vernehmen beider Kammern mit der Regierung diesmal auf keine Weise gestört werden würde. Auch wurde diese Erwartung wenigstens insofern nicht getäuscht, als es im Verlaufe der Session gelang, in allen wesentlicheren Punkten, in denen die zweite Kammer den Ansichten der Regierung entgegentrat, eine beide Theile befriedigende Verständi-

gung herbeizuführen. Die von der Regierung verlangte Garantie der Staatsschulden wurde übernommen, nachdem die bereits im J. 1819 von den Ständen beantragten Nachweisungen ertheilt waren. Die ungeheueren Verschleuderungen, die bei der Verwaltung des Vermögens der vom Staate eingezogenen milden Stiftungen vorgekommen und durch welche dem Lande viele Millionen entzogen waren, fanden die bitterste Rüge; ein bestimmter Antrag wurde jedoch nicht gestellt, weil man den Grundsatz anerkannte, daß der Landtag in die Zeit vor der Einführung der Verfassung nicht hinübergreifen dürfe. Der von der Regierung ausgehende Vorschlag zur Errichtung einer Nationalbank wurde beinahe einstimmig verworfen, weil man mit Recht befürchtete, daß eine solche Anstalt durch die Leichtigkeit, mit der sie das Aufbringen beliebiger Geldmittel gestattete, zu neuen Verschwendungen Gelegenheit bieten könnte. Einen rühmlichen Beweis ihrer Sorge für das Volkswohl gab die zweite Kammer auch, indem sie auf den Antrag des Abgeordneten Häcker den Wunsch aussprach, die für den Landmann in hohem Grade drückende Zugviehsteuer aufgehoben zu sehen, obwohl dieselbe im J. 1819 für die ganze Dauer der sechsjährigen Finanzperiode bewilligt war. Da die Regierung diesem Wunsche willfahrte, dem sich auch die Kammer der Reichsräthe angeschlossen hatte, so konnte die Ständeversammlung bei ihrer Auflösung im Juni 1822 mit dem lohnenden Bewußtseyn sich trennen, nicht bloß, wie derselben von den Gegnern der constitutionellen Entwicklung vielfach vorgeworfen war, über Mancherlei hinüber und herüber gesprochen, sondern auch etwas Wesentliches zu der thatsächlichen Erleichterung eines großen Theiles ihrer Mitbürger gewirkt zu haben. Auch in der jetzt geschlossenen Session hatte Herr von Hornthal seiner Gewohnheit gemäß sich vor allen andern Abgeordneten bemerklich gemacht; seine beißenden Kritiken hatten manche wunde Stelle berührt; und die Regierung beschloß daher, bei dem nächsten Zusammentreten der Stände alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um sich des überlästigen Schwätzers zu entledigen. Bei den neuen Wahlen zur Ständeversammlung, die im December 1824 ausgeschrieben wurden, gelang es, Herrn von Hornthal auszuschließen; und als im Februar des folgenden Jahres der Landtag eröffnet wurde, traten die Minister gewiß mit einem Gefühle inniger Zufriedenheit in die Versammlung, in der es zwar auch jetzt nicht an freisinnigen Männern fehlte, die aber theils ihrem Charakter nach zu biegsam, theils in ihren

Ansichten zu gemäßigt waren, als daß man so leicht hätte befürchten dürfen, von ihnen in Verlegenheit gesetzt zu werden. Die in den früheren beiden Sessionen so häufigen Streitigkeiten und Zänkereien fielen in der gegenwärtigen in der That beinahe gänzlich weg: und die Abgeordnetenkammer, an die man früher kaum ohne eine Anwandlung von Schrecken dachte, benahm sich nun so geschmeidig, daß die Regierung ihrerseits es für ihre Pflicht hielt, den billigen Wünschen derselben entgegen zu kommen. Eine Reihe der wichtigsten Gesetze wurde vorgelegt, welche vielen zum Theil tief eingewurzelten Mißbräuchen ein Ende machten. Unter allen das Bedeutendste war jenes über die Einführung oder Umgestaltung der Landräthe in dem Sinne, wie diese bereits im J. 1819 von der Abgeordnetenkammer beantragt waren. Gerade bei dieser Gelegenheit zeigte es sich aber, wie wenig eine allzu große Fügsamkeit in politischen Verhältnissen auf den Erfolg rechnen kann. Die zweite Kammer hatte ein Gesetz, welches die Errichtung von Fideicommissen erleichterte, ohne Widerrede angenommen; und man hätte demnach voraussetzen sollen, daß die Kammer der Reichsräthe, als die Vertretung des mit großem Grundeigenthume ansässigen Adels, dessen Interessen dadurch wesentlich gefördert wurden, zu jedem Gegendienste bereit gewesen wäre. Statt dessen fand gerade das Gegentheil Statt. Als der Gesetzentwurf über die Landräthe aus der zweiten Kammer, in welcher derselbe mit allgemeiner Freude aufgenommen war, in die erste hinaufgelangte, erfuhr er in beinahe allen seinen Theilen eine so arge Entstellung, daß der ursprüngliche Plan der Regierung kaum wieder zu erkennen blieb. Man versuchte dem Adel, der schon bei der Verleihung der Verfassung reichlich genug bedacht war, neue Vortheile zuzuwenden, und ging darauf aus, anstatt der Vertretung der verschiedenartigsten Interessen, wie dieselbe in dem Plane der Regierung lag, eine Herrschaft des größeren Besitzes zu begründen, die, einmal anerkannt, sich gewiß bald der Regierung eben so lästig erwiesen hätte, als den weniger begünstigten Classen der Bevölkerung. Solche Bestrebungen konnte die zweite Kammer unmöglich unterstützen, wenn sie ihrer Pflicht irgend eingedenk seyn wollte. Die Vorschläge der Reichsräthe wurden beinahe einstimmig verworfen: aber die Folge war, daß der ganze Gesetzentwurf, da die erste Kammer ihm in seiner ursprünglichen Form ihre Zustimmung versagte, bei Seite gelegt werden mußte. Dieses unvorhergesehene, aber den Freunden der alten Willkür in der Verwaltung sehr er-

wünschte Ergebniß hatte sich kaum herausgestellt, als der Landtag geschlossen wurde. Vier Wochen darauf, am 13. October, endigte ein plötzlicher Tod das Leben König Maximilian Joseph's, eines Fürsten, der bei manchen Schwächen, unter denen eine zu weit gehende Nachsicht gegen seine Umgebung für die Wohlfahrt des Landes die nachtheiligsten Folgen hatte, durch so viele treffliche Eigenschaften, eine nie sich verleugnende Herzensgüte, biedermännische Geradheit und unerkünstelte Einfachheit ausgezeichnet war, daß ganz Baiern ihn als seinen Vater verehrte.

Sein Sohn und Nachfolger Ludwig hatte vor dem Vater den großen Vortheil voraus, daß er, obwohl gleich diesem im Privatstande geboren, doch bereits in früher Jugend die Aussicht auf die dereinst zu erlangende Regentenwürde und damit die Aufforderung erhielt, sich auf das Angemessenste zu der Ausübung seines erhabenen Berufes vorzubereiten. Während Maximilian Joseph, bei dem reichsten Maße an gesundem Verstande, sich dennoch durch seinen Mangel an Kenntnissen in den meisten Dingen genöthigt sah, dem Urtheile seiner nicht immer mit dem richtigsten Blicke begabten Räthe zu vertrauen, zeigte König Ludwig unmittelbar nach seinem Regierungsantritte, daß er keineswegs gesonnen sey, sich durch fremde Meinungen leiten zu lassen. Er hatte durch persönliche Prüfung sich überzeugt, daß die bitteren Klagen, die in den ersten beiden Ständeversammlungen über unnütze und selbst frevelhafte Verschleuderungen des Staatsvermögens vernommen wurden, nur allzu wohl begründet waren. Sein erster Schritt, nachdem er die Zügel der Gewalt übernommen, war daher, eine eigene Commission niederzusetzen, welche die besondere Aufgabe hatte, die Ersparungen auszumitteln, die bei der Anwendung vernünftiger Grundsätze in den verschiedenen Zweigen der Verwaltung zu bewirken wären. Die Commission, deren täglich fünf bis sechs Stunden dauernden Sitzungen der König persönlich beiwohnte, hatte ihre Arbeiten in kurzer Frist beendigt; und das Ergebniß war, daß eine Menge unnöthiger Stellen in der Verwaltung aufgehoben und die öffentlichen Ausgaben jährlich um mehrere Millionen vermindert wurden. König Ludwig war ein geistreicher und hochgebildeter Fürst; alles Gute, Edle und Schöne fand in ihm den wärmsten Bewunderer; und er begriff wohl, daß er seine Aufgabe als Regent nur dann auf würdige Weise lösen könne, wenn er gleichmäßig für die geistige Erhebung und für das materielle Wohl seines Volkes sorgte. Als die erste

Bedingung jeder höheren geistigen Entwicklung erkannte er aber die Freiheit. Er säumte deshalb keinen Augenblick, die überdies dem Buchstaben der baierischen Verfassung zuwiderlaufenden Beschränkungen aufzuheben, welche in Folge der Karlsbader Beschlüsse die Presse in Baiern, wie in dem übrigen Deutschland, erfahren hatte. Die Censur wurde nur für politische Zeitungen und Flugschriften politischen Inhalts im strengsten Sinne, nämlich sofern sie auswärtige Verhältnisse besprachen, beibehalten. Das vornehmste Ziel des Ehrgeizes, der den im kräftigsten Mannesalter stehenden Fürsten durchglühte, war, seine Hauptstadt München zu dem Mittelpunkte deutscher Kunst und Wissenschaft zu erheben. Wie strenge Sparsamkeit er auch in jeder anderen Beziehung beobachtete, so scheuete er doch, sobald es die Erreichung dieses Zweckes galt, keine Opfer und selbst einen Aufwand nicht, der außer allem Verhältnisse zu den Mitteln eines Staates von immer doch nur sehr beschränktem Umfange stand. Eine Reihe der großartigsten Prachtbauten wurde entworfen; und der Eifer, mit dem die Ausführung angegriffen wurde, ließ vorhersehen, daß München durch den Glanz seiner öffentlichen Bauten in wenigen Jahren allen Hauptstädten Europa's es zuvorthun würde. Auf eben so königliche Weise, wie die Baukunst, wurden alle übrige bildende Künste, die Malerei in allen ihren Zweigen, die Bildhauerkunst und die Erzgießerei, begünstigt. Die Pflege der Wissenschaft blieb hinter jener der Kunst nicht zurück. Am 3. October 1826 wurde die alte, in früherer Zeit mehr durch die Rohheit ihrer Studirenden berüchtigte, als durch wissenschaftlichen Geist berühmte Universität von Landshut nach München verlegt und durch die Berufung der ausgezeichnetsten Gelehrten in allen Fächern des Wissens, eines Schelling, Thiersch, Görres, Oken und Anderer, sogleich zu einer Auszeichnung erhoben, wie sie damals, außer Berlin und Göttingen, kaum eine andere deutsche Hochschule besaß. Auch die Akademie der Wissenschaften erfuhr eine Umgestaltung, die neues Leben in den veralteten Körper goß. Wie die Kunst in Baierns Hauptstadt ihre reichsten Blüthen trieb, begann sich daneben die regste wissenschaftliche Thätigkeit zu entfalten. Von neuem, wie zu Anfange des Jahres 1819, richtete sich die Aufmerksamkeit von ganz Deutschland auf das seiner geistigen Trägheit wegen einst so übel verrufene Baierland. Als es nun noch bekannt wurde, wie König Ludwig, der einzige unter allen deutschen Fürsten, es wagte, sich mit Begeisterung für die heilige Sache des

griechischen Freiheitskampfes auszusprechen, da war überall nur eine Stimme zum Lobe des Regenten, der die kühnsten Erwartungen so weit übertraf, zu denen er durch seine ersten Maßregeln nach seiner Thronbesteigung berechtigte. Baiern nahm fortan in der Meinung unter allen deutschen Staaten die erste Stelle ein; und die Hoffnungen des deutschen Volkes, welche durch die widerwärtigsten Erscheinungen beinahe auf allen anderen Punkten niedergedrückt wurden, richteten sich wieder auf, indem es seine Blicke nach dem glücklichen München wandte.

Einer ähnlichen Liebe bei allen deutschen Stämmen, wie sie sich jetzt dem Könige von Baiern zuwandte, hatte sich wenige Jahre früher König Wilhelm von Würtemberg erfreut. Die würtembergische Verfassung, nicht gleich der baierischen aus einer Gnadenhandlung des Fürsten hervorgegangen, sondern auf einen Vertrag zwischen der Regierung und den Ständen begründet, war in allen ihren Bestimmungen ungleich freisinniger, als die erste. An den Wahlen zur zweiten Kammer hatten, wenn auch nicht in unbeschränktem Maße, alle Steuerpflichtigen Theil; wählbar waren alle selbstständige Bürger. Während der Abwesenheit der Stände nahm ein ständiger Ausschuß ihre Rechte wahr; bei einem Zwiespalt mit der Regierung hatte ein von dieser unabhängiger Staatsgerichtshof die Entscheidung. Am 15. Januar 1820 wurde der erste Landtag nach dem Abschlusse des Verfassungsvertrages eröffnet. Der König erklärte in der Thronrede, daß er den Ständen mit vollem Vertrauen entgegenkomme; er sprach die Hoffnung aus, daß diese das Beispiel einer Versammlung geben würden, »die sich der Regierung nicht entgegenstelle, als ob verschiedene Interessen zu bekämpfen wären, sondern nach dem frommen Sinne der alten Zeit mit ihrem Landesfürsten zusammentrete, um traulich zu berathen, was die Umstände und des Landes Wohl erforderten.« Die vornehmste Aufgabe des Landtages war es, Ordnung in den durch frühere übermäßige Anstrengungen tief zerrütteten Staatshaushalt zu bringen. Um den Ausfall von einer halben Million Gulden in den Einnahmen zu decken, mußte eine neue directe Steuer auf Gefälle, Capitalien, Besoldungen und Pensionen ausgeschrieben werden. Auch war es unvermeidlich, die zur Bestreitung der Staatsbedürfnisse geforderten Summen für das Erste ohne genauere Prüfung zu verwilligen, wogegen auffallend genug nicht die aus den Vertretern des Bürger- und Bauernstandes zusammengesetzte zweite Kammer, sondern die vorzugsweise von Standesher-

ren und höheren Beamten gebildete erste Kammer sich sträubte. Dieser Widerstand war scheinbar streng auf den Buchstaben der Verfassung gestützt, der jede Steuerbewilligung an die Bedingung einer vorausgegangenen Prüfung knüpfte. Die Gewissenhaftigkeit, mit welcher der hohe Adel mit einem Male die Vertheidigung verfassungsmäßiger Freiheiten übernahm, erklärte sich aber leicht, als die Ständeversammlung nach Ablauf einer fünfmonatlichen Vertagung im September von neuem zusammentrat. Sämmtliche einst reichsunmittelbare Herren, welche durch die Verfassung in die erste Kammer berufen waren, blieben aus, weil sie ihren von der Regierung nicht anerkannten Ansprüchen durch Theilnahme an der Gesetzgebung nichts vergeben wollten. Die zweite Kammer ließ sich dadurch nicht abhalten, ihre Arbeiten zu beginnen und zu Ende zu führen; und da der Zwiespalt zwischen der Regierung und den mediatisirten Fürsten, Grafen und Herren noch mehrere Jahre fortdauerte, bis derselbe im October 1825 durch gegenseitige Nachgiebigkeit ausgeglichen wurde, so hatte Würtemberg diese ganze Zeit über, statt der von der Verfassung eingesetzten beiden Kammern, in der That nur eine in eine einzige Kammer zusammengedrängte Volksvertretung, die ihre Pflichten gegen das Land aber so treu erfüllte, daß Niemand die Abwesenheit der in störrischer Zurückgezogenheit auf ihren Schlössern sitzenden hohen Herren zu bedauern Gelegenheit erhielt. Die würtembergische Abgeordnetenkammer des Jahres 1820 vereinigte Männer von hohem Rechtssinn, männlichem Freimuthe und ausgezeichneter Bildung in sich; und wenn sie dennoch in allen wesentlichen Punkten sich mit der Regierung einverstanden erklärte, so mußte dies in ganz Deutschland einen um so bedeutenderen Eindruck hervorbringen, je mehr in den meisten übrigen deutschen Landen um dieselbe Zeit die Meinung sich von den Regierungen entfernte. Der König von Würtemberg wurde in diesen Tagen in der Nähe und in der Ferne, von Jung und Alt, als das Muster eines deutschen Fürsten verehrt; und ein von einem Deutschrussen geschriebenes elendes Machwerk, das Manuscript aus Süddeutschland, welches die Errichtung eines den größten Theil des südlichen Deutschlands umfassenden Königreichs Allemannien empfahl, fand hauptsächlich deshalb in den weitesten Kreisen eine unverdiente Bewunderung, weil das Gerücht verbreitet war, daß der König von Würtemberg die in dem Buche entwickelten Ansichten gebilligt oder gar dem Verfasser selbst eingegeben habe. Ein großes Aufsehen erregender Zwi-

schenfall, der sich im Februar 1821 ereignete, vermochte die einmal in das allgemeine Glaubensbekenntniß aufgenommene Vorliebe für Würtemberg nicht zu erschüttern. Professor List von Tübingen, derselbe, der von dem deutschen Handelsvereine beauftragt gewesen war, dessen Sache bei dem Ministercongresse zu Wien zu führen, war eines jener Mitglieder der Abgeordnetenkammer, die, mit dem langsamen Fortschreiten der Regierung auf dem Wege der Verbesserung nicht zufrieden, die Bewegung um jeden Preis zu beschleunigen suchten. In seinem rastlosen Eifer vermochte er die Bürgerschaft der ehemaligen Reichsstadt Reutlingen, von der er zum Abgeordneten gewählt war, eine Bittschrift zu unterzeichnen, welche über die mancherlei in der Verwaltung des Landes noch vorhandenen Mängel und Mißbräuche in den derbsten Ausdrücken Beschwerde führte, und die er zu ihrer weiteren Verbreitung durch Steindruck vervielfältigen ließ. Eine solche Sprache war man nicht allein in Würtemberg, sondern überall in Deutschland noch zu wenig gewohnt, als daß die angegriffenen Behörden nicht zuerst vor Entsetzen und darauf vor grimmigem Zorne hätten außer sich gerathen sollen. Von dem Gerichtshofe zu Eßlingen, dem die Entscheidung über das rechtliche Verfahren zustand, wurde erkannt, daß gegen den Verfasser der Schmähschrift eine peinliche Untersuchung einzuleiten sey; unmittelbar darauf setzte ein Schreiben der Regierung die Abgeordnetenkammer von diesem Umstande in Kenntniß und forderte sie auf, die Bestimmung der Verfassungsurkunde, welche alle peinlicher Untersuchung verfallenen Personen von der Ständeversammlung ausschließe, in Anwendung zu bringen. Das Verfahren gegen List war ein offenbar gehässiges und unbilliges, da an seiner redlichen Absicht, durch wenngleich herbe Rüge die Abstellung anerkannter Mißbräuche zu bewirken, nicht zu zweifeln war; aber der Buchstabe der Verfassungsurkunde war zu bestimmt und unzweideutig, als daß man sich, wenn man denselben nicht einer willkürlichen Auslegung unterwerfen wollte, dem Ansinnen der Regierung zu entziehen vermochte. List wurde ausgestoßen; und als nach beendigter Untersuchung das Criminalgericht ihm eine entehrende Strafe zuerkannte, war er genöthigt, seinem Vaterland den Rücken zu kehren und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika eine Freistätte zu suchen. Die freisinnigen Mitglieder der Kammer wurden durch die leidenschaftliche Hast tief verletzt, mit der die Behörden einen Abgeordneten verfolgten, der es gewagt hatte, die Wahrheit etwas gar zu unum-

wunden herauszusagen; diese Verstimmung äußerte jedoch auf den Gang der Verhandlungen keinen merklichen Einfluß. Man konnte sich nicht verbergen, daß die Regierung, wenn sie auch von einzelnen Verirrungen nicht frei blieb, doch im Ganzen es aufrichtig wohl mit dem Lande meine: und zugleich sah man ein, daß bei der Masse von Uebelständen, die zum Theil das Erbe der jüngsten, zum Theil aber auch einer sehr frühen Vergangenheit waren, unmöglich Alles an einem Tage gebessert werden konnte. Außerordentlich viel geschah schon dadurch, daß das Schreiberunwesen zwar nicht mit einem Male gehoben, aber doch in seiner Wurzel angegriffen wurde. Die willkürliche Gewalt, welche die Kaste der sogenannten Schreiber übte, die zugleich richterliche und Verwaltungsbeamte waren, wurde auf ein billiges Maß zurückgeführt; und den Erpressungen, die diese Blutsauger sich früher erlaubten, wurde dadurch ein Ziel gesetzt, daß ihnen theils feste Besoldungen, theils bestimmte Belohnungen für bestimmte Leistungen zugewiesen wurden. Durch ganz Deutschland und selbst über die deutschen Grenzen hinaus hallten die schönen Worte, mit denen König Wilhelm den Landtag am 26. Juni 1821 nach beinahe anderthalbjähriger Dauer, schloß. Während die Mehrheit der großen europäischen Mächte dem constitutionellen Wesen mit unverholener Feindseligkeit entgegentrat, erklärte ein kleiner deutscher Fürst laut vor aller Welt, daß er „den Tag segne“, an dem durch freien Vertrag die Verfassung seines Landes in das Leben getreten sey. Daß ein solcher Widerspruch gegen die Ansichten und Gesinnungen der großen Höfe der würtembergischen Regierung eben nicht zu besonderer Empfehlung gereichen konnte, war leicht begreiflich; vermehrt wurde die Spannung, die hieraus hervorging, besonders durch die selbstständige Haltung, die Würtemberg am deutschen Bundestage beobachtete, wo der würtembergische Bevollmächtigte der Führer einer Opposition war, die den beiden größeren Mächten manche Unbequemlichkeiten verursachte. Zu Anfange des Jahres 1823 hatte das kleine Würtemberg sogar den Muth, sich mit rückhaltloser Offenheit gegen das ganze politische System zu erklären, welches von den großen Mächten auf dem Congresse von Verona angenommen und ausgesprochen war. Der Minister des Auswärtigen, Graf Winzingerode, richtete eine diplomatische Note an den russischen Bevollmächtigten zu Stuttgart, worin er die ernsteste Verwahrung gegen die Ausschließung der Staaten zweiten Ranges von Berathungen einlegte, durch welche das Wohl und Wehe der

gesammten europäischen Völkerfamilie entschieden werde. Die Verwicklungen, die durch diese eigenthümlichen Verhältnisse veranlaßt wurden, nahmen im Laufe des Sommers, während die französischen Siegesnachrichten aus Spanien alle Gemüther in Bewegung setzten, eine sehr bedenkliche Wendung. Die Höfe von Wien, Berlin und St. Petersburg riefen ihre Gesandten von Stuttgart ab, und es wurde mit noch ungleich entschiedener durchgreifenden Maßregeln gedroht, sobald die würtembergische Regierung sich nicht zum Ziele legte. An Widerstand gegen die gewaltsamen Schritte, die in Aussicht gestellt wurden, war nicht zu denken; es blieb daher kein anderer Ausweg, als sich den Forderungen der Mächte zu unterwerfen. Der Minister des Auswärtigen, so wie der Bevollmächtigte am Bundestage wurden entlassen; und die würtembergische Politik nahm fortan einen Gang an, der sich von der allgemeinen Richtung der politischen Entwicklung in Deutschland nicht wesentlich unterschied. Damit schwand denn freilich der politische Heiligenschein, mit dem die Meinung das Haupt des Königs umgeben hatte. Die frühere Begeisterung für Alles, was aus Würtemberg kam oder an Würtemberg erinnerte, wich einer kalten Gleichgültigkeit, die um so ungerechter war, als die würtembergische Regierung in ihrem eifrigen Bemühen, die Wohlfahrt des Landes durch Sparsamkeit in der Verwaltung und durch Verbesserungen aller Art zu fördern, keinen Augenblick nachließ und als sie in diesem Bestreben von den Landtagen der Jahre $18^{23}/_{24}$ und $18^{26}/_{27}$ auf das Redlichste unterstützt wurde.

Eine ganz andere Stellung, als in Würtemberg, wo die Volksvertretung in allen wesentlichen Punkten mit der Regierung einverstanden war, nahm dieselbe der Regierung gegenüber in dem benachbarten Großherzogthume Baden ein. Großherzog Karl, der seinen Unterthanen mit der ihnen verliehenen Verfassung ein wohl nicht ganz freiwilliges Geschenk gemacht hatte, war dahin geschieden, ehe dieselbe durch Einberufung der Stände in das Leben treten konnte. Sein Oheim Ludwig, der ihm auf dem Throne folgte, war ein feingebildeter, aber in seinem ganzen Wesen durch den altfranzösischen Hofton beherrschter Fürst, der für das Volk so wenig ein Herz als für Volksfreiheit Sinn hatte. Im Anfange seiner Regierung scheint er das Bedürfniß gefühlt zu haben, sich eine gewisse Volksbeliebtheit zu verschaffen. Selbst das Adelsedict vom 16. April 1819, obwohl es bei der Mehrheit des Bürgerstandes großes Mißvergnügen

hervorrief, war doch keineswegs darauf berechnet, die hochgespannten Ansprüche der Aristokratie zu befriedigen. Wenige Tage nach der Bekanntmachung dieses Edicts, am 22. April, wurde der Landtag eröffnet. Die Regierung war sichtlich bemüht, sich mit dem in der zweiten Kammer vorwaltenden freisinnigen Geiste zu versöhnen. Die von ihr selbst ausgehenden Anträge auf Abschaffung der Frohnen, wie auf die Loskaufung der Landgemeinden von der Erbunterthänigkeit, legten dies auf unzweideutige Weise an den Tag. Diese Zugeständnisse, so dankenswerth sie als ein erster Schritt auf dem Wege der Verbesserung waren, blieben dennoch weit hinter den Forderungen und Erwartungen der freisinnigen Männer zurück, die aus allen Theilen des Landes in der Abgeordnetenkammer zusammengetreten waren. In Baden hatten mehr, als in irgend einem andern deutschen Lande, jene Grundsätze des Liberalismus, die in dem benachbarten Frankreich sich aus dem Kampfe zwischen der Nation und einer durch fremde Gewalt aufgedrängten Regierung entwickelten, Eingang gefunden. Alle Forderungen, die in Frankreich von der liberalen Partei erhoben wurden, um die für wünschenswerth erachteten Bürgschaften constitutioneller Freiheit zu erlangen, wurden auch in der badischen Abgeordnetenkammer geltend gemacht. Da wurde ein Antrag auf Preßfreiheit gestellt, der, durch siegende Gründe unterstützt, auf allen Seiten den lebhaftesten Beifall fand; es wurde ein Gesetz über Verantwortlichkeit der Minister beantragt, und eine Menge ähnlicher gleich wichtiger Vorschläge waren im Anzuge, als die Regierung, durch den in der zweiten Kammer sich kundgebenden Geist im allgemeinen verstimmt, die Anträge auf durchgreifende Ersparungen, die bei den Berathungen über den Staatshaushalt gemacht wurden, so übel aufnahm, daß sie den Landtag plötzlich unter Aeußerungen der höchsten Ungnade bis in die Mitte des nächsten Jahres vertagte. In der Zwischenzeit suchte man den Starrsinn der einflußreichsten Glieder der Kammer zu brechen, indem man sie auf mannigfaltige Weise die Unzufriedenheit des Hofes empfinden ließ; und bei der Wiedereinberufung des Landtages im Juni 1820 verweigerte man mehreren Staatsdienern, wie dem beredten und uneigennützigen Freiherrn von Liebenstein, dem ehrlichen geraden Duttlinger und dem feurigen übersprudelnden Rotteck, der um diese Zeit anfing, seine Geltung unter den Vorkämpfern der Freiheit in Deutschland zu erlangen, den Urlaub, dessen sie zum Eintritte in die Ständeversammlung bedurften. Dage-

gen erhob aber die zweite Kammer so kräftigen Widerspruch, daß die Regierung, um die Gemüther nicht noch mehr zu erbittern, sich zur Nachgiebigkeit entschloß und zwar nicht auf das Recht, das sie auf ihrer Seite zu haben behauptete, verzichtete, aber doch die verweigerten Beurlaubungen nachträglich ertheilte. Dadurch wurde das gute Vernehmen mit der Kammer hergestellt, das auch im Verlauf der Session nicht wieder gestört wurde. Man verständigte sich darüber, von den zu hoch befundenen Voranschlägen für den Staatshaushalt eine namhafte Summe schwinden zu lassen; für die Universitäten und das Schulwesen wurden dabei beträchtlich den Anschlag übersteigende Mittel ausgeworfen; es kam ein Gesetz über die Ablösung der aus der früheren Leibeigenschaft herrührenden Leistungen zu Stande; die Capitulationszeit des Militairs wurde um zwei Jahre herabgesetzt, und als der Landtag (am 5. September 1820) auseinanderging, konnten die heimkehrenden Abgeordneten sich rühmen, das Wohl des Landes in vielfachen Beziehungen wesentlich gefördert zu haben. Unter günstigeren Vorzeichen, als selbst der erste Landtag im Jahre 1819, wurde der zweite im März 1822 eröffnet. Die Regierungscommissaire waren zwei durch freisinnige Ansichten bekannte Männer, und schon durch diese Wahl sprach sich die Absicht der Regierung aus, allen billigen Wünschen bereitwillig entgegenzukommen. Auch wurde auf der Bahn der Verbesserungen, die der erste Landtag eröffnet hatte, rüstig vorangeschritten. Eine neue Gemeindeordnung ward ausgearbeitet, die auf den freisinnigsten Grundsätzen beruhte; die noch fehlenden Vorbereitungen für Abschaffung der Frohnen wurden getroffen, und bei der Vertagung des Landtages sah man der im Spätherbst bevorstehenden Wiederaufnahme der Verhandlungen allgemein mit den schönsten Erwartungen entgegen. Im November, als die Stände wieder zusammentraten, war aber mit einem Male Alles anders geworden. Ein Gifthauch war durch das Land gezogen, der, wie ein verderblicher Reif, die gerechtesten Hoffnungen erstickte. Die mit der Abgeordnetenkammer im Einverständnisse handelnden Regierungscommissaire waren durch andere ersetzt, welche von durchaus entgegengesetzten Grundsätzen ausgingen und, wie es schien, geflissentlich darauf hinarbeiteten, die Kammer zur Opposition zu treiben. In diesem Bestreben wurden sie durch die adeligen Herren in der ersten Kammer redlich unterstützt: diese verwarf die von den Abgeordneten beschlossene Aufhebung der Staatsfrohnen, verstümmelte die Gemeindeordnung und zeigte bei jeder Gelegenheit die entschiedenste Feindseligkeit gegen die von der Volkskammer

vertretenen Gesinnungen. Daß es bei der auf beiden Seiten sich aussprechenden Stimmung zuletzt zum Bruche kommen mußte, war ohne Mühe vorherzusehen. Die Veranlassung, die denselben endlich herbeiführte, hätte aber schwerlich irgend Jemand geahnt, der mit dem geheimen Getriebe am Hofe nicht genauer bekannt war. Es handelte sich um die Summe von 100,000 Gulden, welche die Regierung für das Heerwesen mehr verlangte, als die Kammer bewilligen zu können erklärte. Am 31. Januar 1823 erfolgte die letzte entscheidende Abstimmung; 30 Stimmen gegen 29 beschlossen, bei der früher bereits abgegebenen Erklärung zu beharren. Am folgenden Tage wurde der Landtag aufgelöst; ein Manifest, welches die Regierung erließ, unterwarf die Mehrheit der Abgeordnetenkammer dem bittersten Tadel, indem derselben geradezu der Vorwurf gemacht wurde, daß sie allein es verschulde, wenn dem Lande die wichtigsten Gesetze und manche wesentliche Erleichterungen vorenthalten blieben. Diese Erklärung war das Zeichen zu einem allgemeinen Sturme gegen die aufgelöst'te Kammer. Journale und Flugschriften häuften Anklagen auf Anklagen, die, wie leicht sie auch zurückgewiesen waren, doch keine Widerlegung fanden, weil die Censur jedes Wort zur Vertheidigung der schamlos gehöhnten Volksvertretung unterdrückte; Officiere, welche die Aufmerksamkeit des Hofes auf sich zu ziehen wünschten, vergaßen ihre Pflicht gegen das Vaterland und gegen die Ehre so weit, daß sie freisinnige Abgeordnete mit Prügeln bedrohten; und dienstfertige Beamte wußten ihren Einfluß in den ihrer Verwaltung anvertrauten Bezirken mit so gutem Erfolge geltend zu machen, daß von mehreren Gemeinden Bittschriften an die Regierung eingingen, welche um Aufhebung der dem Lande doch nur zum Unheile gereichenden Verfassung baten. Obwohl die in den gnädigsten Ausdrücken abgefaßte Antwort des Großherzogs eine ablehnende war, wurde es doch bald offenbar, daß man darauf ausging, die dem Volke durch die Verfassung zugestandenen Rechte auf das engste mögliche Maß zu beschränken. Die Wahlen zu der neuen Ständeversammlung wurden so lange als möglich hinausgeschoben: alle Mittel der Einschüchterung und der Bestechung wurden angewandt, um die Wähler im Sinne der Regierung zu bearbeiten; und als am 24. Februar 1825 der Landtag von neuem zusammentrat, hielt der Großherzog es für angemessen, in seiner Eröffnungsrede den Ständen ausdrücklich zurückzurufen, daß nach den Beschlüssen der Bundesversammlung alle Regierungsgewalt in den Händen des Regenten vereinigt bleiben

müsse, und daß die ständische Mitwirkung sich nur innerhalb bestimmter, durch die Bundesgesetze vorgezeichneter Grenzen bewegen dürfe. Die nähere Erläuterung dieser vorbedeutungsvollen Worte brachte zwei Tage später ein Gesetzentwurf, durch welchen die Verfassung wesentliche auf die Beschränkung des volksmäßigen Antheiles an der Gesetzgebung wohlberechnete Veränderungen erfuhr. Die Stände sollten in Zukunft, statt wie bisher alle zwei Jahre, nur alle drei Jahre zusammenberufen, die Steuern demgemäß nicht auf zwei, sondern auf drei Jahre bewilligt und die Mitglieder der Abgeordnetenkammer nicht mehr, wie die Verfassung es vorschrieb, bei jedem Landtage durch theilweise Erneuung ergänzt, sondern auf sechs Jahre gewählt werden. Von der frühern freisinnigen Mehrheit waren durch die letzten Wahlen nur drei Mitglieder, Duttlinger, Föhrenbach und Grimm, in die Kammer zurückgeschickt worden, deren Stimmen in einer den Wünschen des Hofes unbedingt ergebenen Versammlung ungehört verhallten. Nicht allein das Gesetz über die Veränderungen der Wahlordnung, sondern alle übrige von der Regierung ausgehenden Vorschläge wurden daher mit großer Stimmenmehrheit angenommen; und der Großherzog konnte bereits am 14. Mai den Landtag mit der Versicherung schließen, daß derselbe seinen Erwartungen vollkommen entsprochen habe. „Wir stehen," sagte der durch seine vorgefaßten Meinungen beherrschte Fürst, „wenn nicht alle Zeichen trügen, am Anfange einer bessern Zeit, deren Früchte vielleicht bereits zur Reife gediehen sind, wenn ich Sie wieder vor mir versammelt finde." Bei der beliebten sechsjährigen Dauer des Auftrages der Abgeordneten war mit Gewißheit vorauszusehen, daß dieser Hoffnung wenigstens von Seiten der Kammern kein Hinderniß in den Weg treten würde.

In dem Großherzogthume Hessen-Darmstadt war das Verfassungswerk nach langen Erörterungen und Verhandlungen erst im December 1820 zu Stande gekommen. Je mehr Mühe es gekostet hatte, ehe Stände und Regierung sich vereinigten, um so leichter wurde es, das gute Verständniß, nachdem dasselbe einmal erreicht war, zu erhalten. Schon der erste Landtag, der am 8. Juni 1821 geschlossen wurde, führte eine Reihe der wesentlichsten Verbesserungen in das Leben, unter denen die bedeutenden Ersparungen im Staatshaushalte, die Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung, die neue Gemeindeordnung, die Umwandlung der Naturalzehnten, die Vorbereitungen zur Aufhebung der noch bestehenden

Frohnen vollkommen geeignet waren, der Ständeversammlung den ungetheilten Dank des Landes zu verdienen. Der zweite Landtag, der vom 18. August 1823 bis zum 1. März des folgenden Jahres vereinigt war, vervollständigte, was der erste begonnen hatte; unter den Maßregeln, welche derselbe durchführte, war besonders das Gesetz über die allgemeine Ablösung der Zehnten von Wichtigkeit. Wenn in irgend einem deutschen Lande, so thaten aber freilich im Großherzogthume Hessen die durchgreifendsten Verbesserungen dringend Noth, denn die niederen Classen waren hier bei der Armuth des Bodens in vielen Landestheilen durch unerschwingliche Lasten vielleicht mehr, als irgend anderwärts, zu Boden gedrückt. Ein trauriges Zeichen des Nothstandes, in dem sich ein großer Theil der Bevölkerung befand, war es, daß zu Anfange des Jahres 1825 in der einzigen Provinz Oberhessen an 10,000 Menschen den Entschluß faßten, nach Amerika auszuwandern, und daß die Regierung die strengsten Maßregeln ergreifen mußte, um die Unglücklichen, die noch dazu oft durch treulose Versprechungen bethört waren, zurückzuhalten. Selbst in jenen Gegenden, die von der Natur reicher begabt waren, hatte die Handelssperre, welche die auf allen Seiten das Land umgebenden Mauthlinien verursachten, eine Nahrungslosigkeit zur Folge, die sich immer allgemeiner verbreitete. Ungeachtet des redlichen Willens der Regierung mußte unter diesen Umständen sich ein Gefühl des Mißbehagens der Gemüther bemächtigen, welches die mildeste Schonung kaum zu entfernen vermochte. Unglücklicher Weise schlug die Regierung, durch den charakterfesten, aber in veralteten Grundsätzen erstarrten Minister von Grolmann geleitet, ein Verfahren ein, das darauf berechnet schien, das ohnedies herrschende Mißvergnügen nur noch höher zu steigern. Man glaubte den Aeußerungen der Unzufriedenheit, die man in der Ständeversammlung zu erwarten hatte, nicht besser begegnen zu können, als indem man sich eines Einflusses auf die Wahlen versicherte, der diese ausschließend auf wohlmeinende oder, was in diesem Sinne dasselbe war, der Regierung blind ergebene Männer lenkte. Die Folge war, daß viele Bezirke sich auf das Bestimmteste dahin erklärten, daß sie gar nicht wählen würden. In Rheinhessen mußten die Behörden einschreiten, um die Bürger zur Abgebung ihrer Stimmzettel zu nöthigen, und mit vieler Mühe brachte man endlich eine Abgeordnetenkammer zu Stande, die allerdings den Wünschen der Regierung entsprach, aber unmöglich als eine freie Ver-

tretung der Volksmeinung angesehen werden konnte. Dennoch wurden in der zweiten Kammer manche freisinnige Stimmen laut, und da die Adelskammer die Umstände zu benutzen gedachte, um in der Beschränkung der Volksrechte noch weiter zu gehen, als die Regierung, so kam es zu einer offenen Entzweiung, der die Minister nicht anders ein Ziel zu setzen wußten, als indem sie am 25. Juni 1827 den Landtag, nach beinahe zehnmonatlicher Dauer, schlossen.

Am frühesten unter allen größeren und kleineren Staaten des südwestlichen Deutschlands hatte das Herzogthum Nassau eine den Forderungen der Zeit entsprechende Verfassung erhalten; denn hier hatte schon das Patent vom 1. September 1814 den Grundsatz der Volksvertretung durchgeführt. Aber theils hatten die Stände zu beschränkte Rechte, theils waren die Verhältnisse des Ländchens durch frühere Maßregeln der wohlwollenden Regierung zu gut geordnet, als daß sich so leicht eine Gelegenheit zu Aufsehen erregenden Erörterungen geboten hätte. Die Landtage, die von Jahr zu Jahr regelmäßig stattfanden, gingen daher geräuschlos vorüber, ohne daß außerhalb der Grenzen des Herzogthums auf ihre Verhandlungen irgend geachtet worden wäre.

Auch in den mittleren und kleineren Staaten des deutschen Nordens blieb Alles in dem alten Gleise. Nur selten trat da oder dort ein Ereigniß ein, welches die Aufmerksamkeit in weiteren Kreisen auf sich zog. Das Königreich Hannover wurde wegen seiner engen Verbindung mit England von den weniger Unterrichteten kaum als ein deutsches Land geachtet. Man wußte, daß in Hannover eine Ständeversammlung bestand; da diese aber die von der Regierung angebotene Oeffentlichkeit selbst abgelehnt hatte, so erfuhr man nur wenig von dem, was in ihrer Mitte vorging. Der Adel hatte in Hannover immer einen vorherrschenden Einfluß geübt; durch die Ständeversammlung, in welcher derselbe neben den Magistraten der Städte vertreten war, wurde dieser Einfluß nicht gemindert. Der Regierung flößten aber dennoch einige freisinnige Anwandlungen, von denen die Stände befallen wurden, solche Bedenken ein, daß sie eine Umgestaltung der Verfassung zur bessern Sicherstellung der Ruhe und Ordnung für unerlaßlich hielt. Das Königreich Hannover war aus sehr verschiedenartigen Bestandtheilen zusammengefügt, die zum Theil, wie die erst nach der Vertreibung der Franzosen erworbenen Landschaften Ostfriesland, Osnabrück und Hildesheim, mit dem alten Lande nicht das Geringste gemein ge-

habt hatten. In allen den verschiedenen Gebietstheilen, aus deren Vereinigung das Königreich hervorgegangen war, hatten Landstände mit mehr oder weniger ausgedehnten Rechten und Befugnissen bestanden. Man beschloß jetzt, diese besonderen Stände der einzelnen Provinzen unter dem Namen der Provinziallandschaften wieder herzustellen, wobei man denn die Befugnisse derselben zwar auf das geringste Maß zurückführte, aber doch dem Adel ein entschiedenes Uebergewicht einräumte. Nachdem diese neue Einrichtung in das Leben getreten war, wurde der Ständeversammlung (durch ein Schreiben des Prinzen-Regenten von England vom 5. Januar 1819) der Entwurf einer neuen Verfassung mitgetheilt, wonach anstatt der in einer Kammer vereinigten Stände zwei Kammern eingeführt werden sollten, deren Mitglieder von den Provinziallandschaften zu ernennen waren. Der Verfassungsentwurf fand in der Ständeversammlung lebhaften Widerspruch, und namentlich erklärte sich die Mehrheit, obwohl in sehr bescheidener Weise, gegen die Einrichtung der beiden Kammern. Die Regierung ließ sich aber dadurch auf ihrem Wege nicht aufhalten, sondern gab den Provinziallandschaften ohne Weiteres auf, nach dem ihnen vorgelegten Entwurfe Abgeordnete zu wählen. Dies geschah, ohne daß im Lande gegen ein so willkürliches Verfahren sich auch nur eine Stimme erhoben hätte; und somit konnte der Herzog von Cambridge, der als Vicekönig die Verwaltung leitete, am 28. December 1819 die neue Ständeversammlung eröffnen. Von einer Bewilligung der Oeffentlichkeit der Verhandlungen war jetzt keine Rede mehr; vielmehr war es der alten aufgelöst'ten Ständeversammlung sehr übel genommen worden, daß sie sich noch in der letzten Stunde eines Besseren besonnen und den Antrag auf Einführung der Oeffentlichkeit gestellt hatte. Schon aus diesem Grunde konnte das Volk gegen die Berathungen seiner Vertreter nicht anders als gleichgültig bleiben. Dazu kam, daß die zweite Kammer, in der die Abgeordneten der Städte und der kleinen Grundeigenthümer saßen, wenig mehr als ein willenloses Werkzeug in den Händen der Regierung war, während die erste Kammer, die aus einigen größtentheils von der Regierung ernannten Prälaten, den Standesherren und den Abgeordneten der Ritterschaft zusammengesetzt war, nur dann ihre Selbstständigkeit bewies, wenn es galt, die Ansprüche und hergebrachten Rechte des Adels wahrzunehmen.

Aehnliche Verhältnisse in Bezug auf Staatsleben und Gesetz-

gebung, wie in Hannover, bestanden im Königreiche Sachsen. Auch hier hatte der Adel nach der alten Landesverfassung ein weit überwiegendes Uebergewicht; und es fehlte eben so wenig an alterthümlichen Sonderbarkeiten, die eine Folge dieses Verhältnisses waren, und die nur durch die allgemeiner verbreitete Bildung einigermaßen gemildert wurden. In den ersten Jahren nach der Rückkehr des Königs schien die Regierung, ungeachtet ihrer Vorliebe für die alten Einrichtungen, doch das Bedürfniß zu fühlen, mit der Zeit fortzuschreiten. Einige Veränderungen hatten sich durch den Verlust des größten Theiles der Lausitz und der dem preußischen Herzogthume Sachsen einverleibten Gebietstheile als ganz unabweisbar herausgestellt. Diese wurden mit möglichst schonender Hand getroffen, indem man sich wohl hütete, selbst noch so veraltete Formen aufzugeben, sobald sie durch den Drang der Umstände nicht bereits unrettbar gestürzt waren. Um so mehr mußte es überraschen, als die Regierung auf dem Landtage des Jahres 1817 die Anfrage an die vereinigten Stände richtete, „in wie weit die bisherige Verfassung in Ansehung der Stände abzuändern wäre.“ Die Vorschläge, welche die Stände hierauf machten und die in der Hauptsache von der Regierung genehmigt wurden, betrafen nur weniger bedeutende Einzelheiten, da man der Meinung war, daß zwar „noch mehrere Verbesserungen gedacht werden könnten, jedoch über Vieles der Ausspruch der Erfahrung abzuwarten wäre.“ So wenig Interesse die privilegirten Stände dabei hatten, nach Veränderungen zu verlangen, bei denen sie selbst auf keine Weise gewinnen konnten, so drängte sich ihnen doch allmälig die Ueberzeugung auf, daß das Wohl des Landes eine Umgestaltung der ganzen Verfassung dringend erheische, und daß mit einzelnen Ausbesserungen und Zusätzen wenig geholfen sey. Sie wandten sich auf dem zweiten Landtage nach dem Kriege, im April 1821, mit einer Erklärung in diesem Sinne an die Regierung. Aber die Zeiten hatten sich inzwischen geändert; alle Höfe waren von der Furcht vor den nachtheiligen Folgen unvorsichtiger Neuerungen befangen, und der greise König entgegnete den Ständen: „daß er wesentliche Veränderungen in der durch lange Erfahrung und nützliche Resultate bewährten Landesverfassung nicht für räthlich halte.“ Und so blieb denn, so lange König Friedrich August lebte, in Sachsen Alles beim Alten.

Das treue Volk der Hessen wurde durch die engherzige Beschränktheit und durch die Launen seines alten Kurfürsten auf mehr

als eine harte Probe gestellt. Als die Stände den Versuch machten, sich dem willkürlichen Verfahren des wunderlichen alten Herrn besonders in der Verwaltung der öffentlichen Einkünfte mit Kraft entgegen zu setzen, wurden sie (am 10. Mai 1816) aufgelöst und seitdem nicht wieder einberufen, obwohl ein im folgenden Jahre erscheinendes Haus- und Staatsgesetz, welches der Kurfürst aus eigener Machtvollkommenheit erließ, die alte Verfassung noch als rechtskräftig bestehend anerkannte. Einigermaßen erträglich wurde die schrankenlose Willkürherrschaft, die jetzt im Hessenlande einriß, durch manche Züge persönlicher Gutmüthigkeit. Dennoch wurde der Greis gewiß von Wenigen betrauert, als er durch seinen Tod am 21. Februar 1821 seinem, den Ansichten der neuern Zeit weniger fernstehenden Sohne Platz machte. Mit dem den Hessen vor andern deutschen Stämmen eigenen blinden Vertrauen gab man sich den überspanntesten Hoffnungen hin, die Niemand theilen konnte, der einige Kenntniß von dem Charakter des bereits im reifen Mannesalter stehenden Kurprinzen hatte, der jetzt zur Regierung gelangte. Zwar wurde sogleich eine strenge Ordnung in der Verwaltung eingeführt, die der früher herrschenden Willkür steuerte: aber man fand bald, daß die neue Ordnung nicht allein, wegen der Vervielfältigung der Behörden, theurer, sondern auch bei der Strenge, mit der auf die Handhabung aller gesetzlichen Vorschriften gesehen wurde, lästiger und drückender war, als die alte Willkür. Ein Unglück für Hessen war es, daß das Gemüth des von Natur zum Mißtrauen und zur Strenge geneigten Fürsten durch einen an sich unbedeutenden Zwischenfall noch mehr verdüstert wurde. Am 20. Juni 1823 gelangte ein Schreiben von unbekannter Hand an den Kurfürsten, worin diesem mit dem Tode gedroht wurde, sofern er nicht binnen Jahresfrist dem Lande eine Verfassung gebe, den Einfluß der Gräfin Reichenbach auf die Regierung beseitige und sein Benehmen gegen seine nächste Umgebung ändere. Ganz Hessen wurde durchwühlt, um den unbekannten Verfasser des Drohbriefes zu entdecken; und da alle Nachforschungen erfolglos blieben, so wurden die schärfsten Maßregeln getroffen, um das kostbare Leben des Fürsten, das dieser in seiner Angst ernstlich gefährdet glaubte, zu schützen. In der Hauptstadt Kassel wurden Fremde und Einheimische unter fortwährende polizeiliche Aufsicht gestellt: und die Strenge, mit der jede freie Meinungsäußerung, wie überhaupt jede freiere Lebensregung im ganzen Lande bewacht und unterdrückt wurde, verbreitete

ein Gefühl des Unbehagens, welches die besten Kräfte eines treuen und biedern Volkes lähmte.

In den kleineren Fürstenthümern des nördlichen Deutschlands, so wie in den freien Städten war zu einer freiern politischen Entwicklung kein Raum. In den sogenannten freien Städten richtete sich alle Thätigkeit beinahe ausschließlich auf den Handelsbetrieb. Wenn der Handelsverkehr hinreichenden Gewinn abwarf, waren die guten Bürger zufrieden und überließen die Sorgen und Mühen des städtischen Regimentes gern den Behörden, die sich einmal im Besitze befanden. Die kleinen Fürstenthümer waren aber schon durch die Rücksicht, die sie auf die umgebenden größeren und mächtigeren Staaten nehmen mußten, außer Stande, ein selbstständiges Staats- und Volksleben auszubilden. Der literarische Glanz, der den Hof zu Weimar im Anfange des Jahrhunderts umgab, wurde durch das frische Greisenalter Göthe's in der Erinnerung erhalten; der Freund und Beschützer des großen Dichters, Großherzog Karl August, wurde in ganz Deutschland gefeiert, als er mit weiser Milde und Großmuth das Aufstreben eines kräftigen und freien Jugendlebens auf der Landesuniversität der sächsischen Herzogthümer, Jena, begünstigte. Dem Drange der Demagogenverfolgung, der von den großen Höfen ausging, vermochte aber auch er, ungeachtet seiner bessern Einsicht, nicht zu widerstehen. Als die allgemeine deutsche Burschenschaft aufgehoben, Oken von seinem Lehrstuhle vertrieben und seinen Freunden Fries und Luden die Freiheit der Vorlesungen entzogen war, schwand aber der Schimmer, der in den Augen der Jugend Jena als den vornehmsten Sitz deutscher Wissenschaft erscheinen ließ, schnell dahin: und der sächsischen Herzogthümer geschah außerhalb ihrer Grenzen kaum wieder eine Erwähnung, bis der am 11. Februar 1825 erfolgte Tod des letzten Herzogs von Sachsen-Gotha-Altenburg einen Erbfolgestreit zwischen den drei nächst verwandten Linien Sachsen-Meiningen, Hildburghausen und Koburg hervorrief, der länger als Jahr und Tag die Federn der gelehrtesten Publicisten in Bewegung setzte und der endlich durch einen unter königlich-sächsischer Vermittlung am 15. November 1826 geschlossenen Vertrag dahin entschieden wurde, daß der bisher in Hildburghausen regierende Zweig auf alle seine früheren Besitzungen verzichtete und dagegen das Herzogthum Altenburg mit Ausnahme einiger zerstreut liegender Ortschaften, so wie einige Dörfer in dem bisher mit Koburg vereinigten Fürstenthume Saalfeld erhielt,

dem Herzoge von Meiningen der größte Theil des hildburghausischen Landes und der Rest des Fürstenthumes Saalfeld zugetheilt wurde und beinahe das ganze Herzogthum Gotha nebst zwei hildburghausischen Aemtern an Koburg fiel.

Häufiger genannt, als irgend ein anderes der kleineren deutschen Lande, wurde das Herzogthum Braunschweig, aber nur in Folge einer unglücklichen Verkettung von Umständen, welche im Verlaufe eine noch unglücklichere Zukunft heraufführen sollten. Der heldenmüthige Herzog Friedrich Wilhelm war bei Quatrebras im Kampfe für Deutschlands Freiheit gefallen und hatte zwei minderjährige Prinzen, die jungen Herzoge Karl und Wilhelm, hinterlassen. Für den ersten übernahm, als Haupt des Hauses, der Prinz-Regent von England die vormundschaftliche Regierung, der aber kaum Zeit hatte, sich um seine hannoverschen Lande, viel weniger um das seiner Obhut vertraute Braunschweig zu bekümmern. Die Seele der Verwaltung in Braunschweig, wie in Hannover, war der an der Spitze des hannoverschen Cabinettes zu London stehende Graf von Münster, der seinerseits in Bezug auf das braunschweigische Land sein unbedingtes Vertrauen dem geheimen Rathe von Schmidt-Phiseldeck lieh, einem ordnungliebenden, in gewöhnlichen Verhältnissen redlichen, aber in seinen politischen Ansichten sehr beschränkten Manne. Die Verwaltung wurde unter seiner Leitung mit strenger Gewissenhaftigkeit geführt, und die Finanzen wurden musterhaft geordnet. Ein Schritt, zu dem die vormundschaftliche Regierung aber auf keine Weise berechtigt war, und zu dem daher auch Herr von Schmidt-Phiseldeck niemals seine Zustimmung hätte geben dürfen, war die Einberufung der alten Landstände, deren Rechte längst verjährt waren, und denen jetzt (am 6. September 1819) der Entwurf einer neuen Verfassung oder, wie die alterthümelnde Benennung war, einer revidirten Landschaftsordnung vorgelegt wurde, welche nach ihrer Annahme von Seiten der Stände der inzwischen in England als König Georg IV. zur Regierung gelangte Vormund (am 25. April 1820) bestätigte und zum Grundgesetze des Herzogthumes erhob. Der unverkennbare Zweck dieses Gesetzes war, dem Adel in Braunschweig eine ähnliche Bedeutung zu verschaffen, wie in Hannover, denn den Rittergutsbesitzern, die der großen Mehrheit nach dem Adelstande angehörten, war ein außer allem Verhältnisse zu den Rechten der übrigen Stände stehender Antheil an der Vertretung eingeräumt. Wenn schon die Erneuung der veralteten Verfassung bei vorurtheilsfreien Männern manches Beden-

ken erregte, so mußte das, was über die Erziehung des jungen Fürsten verlautete, mit der gerechtesten Besorgniß erfüllen. Alle die schönen Anlagen, mit denen der eben in das Jünglingsalter tretende Herzog Karl von der Natur begabt war, erhielten durch eine nicht immer mit dem richtigsten Urtheile angewandte Strenge eine verkehrte Richtung; und kaum blieb ein anderes Gefühl in seinem Herzen lebendig, als der glühende Wunsch, die Fesseln zu sprengen, die ihm angelegt waren, um in dem Besitze der unumschränkten Gewalt, die er als sein angeborenes Recht betrachtete, seinen Leidenschaften und Begierden zu fröhnen. So mangelhaft der Unterricht auch war, dessen er genoß, so war es ihm doch nicht unbekannt geblieben, daß er nach dem Hausrechte erwarten durfte, mit dem zurückgelegten achtzehnten Jahre, von der Vormundschaft befreit, zur Regierung zu gelangen. Um so wilder erwachte sein Zorn, als er erfuhr, daß König Georg IV., wahrscheinlich durch die ungünstigen Berichte der beiden Erzieher bestimmt, den Beschluß gefaßt habe, seine Bevormundung noch drei Jahre länger fortzusetzen. Er machte mit Kraft und Entschlossenheit seine Rechte geltend, und erlangte durch die Vermittlung des Fürsten von Metternich, den er für sein Interesse zu gewinnen gewußt, wenigstens so viel, daß die Vormundschaft nur noch für die Dauer eines Jahres verlängert wurde, nach dessen Ablaufe er (am 23. October 1823) die Regierung antrat. Den Versprechungen, die er zu Wien ertheilt hatte, gemäß, enthielt er sich während der ersten Jahre aller Veränderungen in dem Gange der Verwaltung. Niemand würde die geringste Veranlassung gehabt haben zu vermuthen, daß er mit den Anordnungen, die während seiner Minderjährigkeit getroffen waren, nicht zufrieden sey, wenn er sich nicht beharrlich geweigert hätte, die neue Verfassung anzuerkennen und die Reversalien zu unterzeichnen, die nach derselben von ihm gefordert wurden. Der geheime Rath Schmidt-Phiseldeck ließ sich jedoch durch das scheinbare Vertrauen, welches der Herzog ihm schenkte, nicht täuschen; er wußte, wie viel Ursache derselbe zu haben glaubte, an ihm persönliche Rache zu nehmen, und hatte, um sich gegen die Wirkungen derselben sicher zu stellen, sich von der hannoverschen Regierung zum voraus versprechen lassen, daß man ihm im Falle seines Austrittes aus dem braunschweigischen Staatsdienste in Hannover eine entsprechende Anstellung gewähren werde. Dies Verfahren war, wie der Erfolg bewies, ungemein klug und vorsichtig; aber wir wissen nicht, ob man dasselbe von Seiten eines so hochgestellten Staatsbeamten auch ein würdiges und

rechtliches nennen kann. Erst im Frühjahre 1826 ließ der Herzog die Maske, hinter der er bisher seine wahren Gesinnungen verborgen, fallen, indem er zuförderst Schmidt-Phiseldeck seine ganze Ungunst empfinden ließ. Umsonst suchte dieser seine Entlassung nach, und da er im April 1827 vernahm, daß sogar seine Verhaftung beschlossen sey, so verlor er keine Zeit, sich derselben durch die Flucht nach Hannover zu entziehen. Der Zorn des Herzogs kannte keine Grenzen; alle in seiner Brust so lange zurückgedrängten Gefühle brachen sich gewaltsam Bahn: und da keine Thorheit, die er beging, so widersinnig war, daß sie nicht dienstbeflissene Bewunderer gefunden hätte, so fiel er bald aus einem Mißgriffe in den andern und zog sich nicht allein die Abneigung seiner Unterthanen, sondern die Verachtung aller deutschen Höfe zu.

Wenn der Anblick, den die mittleren und kleineren deutschen Staaten boten, ein wenig erfreulicher war, so erschienen die Zustände in Oesterreich und Preußen, den beiden großen Mächten, die zugleich Glieder des deutschen Bundes waren, wo möglich noch trostloser. Oesterreich war man längst gewohnt, kaum noch als ein deutsches Land zu betrachten. Man wußte, daß von Wien der Antrieb ausging, der jede freiere Lebensregung in Deutschland erstickte. Die Politik des österreichischen Kaiserstaates und Unterdrückung der Freiheit galt in der Meinung für gleichbedeutend: aber man konnte einer Regierung seine Achtung nicht versagen, die wenigstens aus ihren Grundsätzen niemals ein Hehl gemacht, und die von der Bahn, die sie von Anfang eingehalten, unter allen Umständen nicht um die Breite eines Zolles abwich. Ungleich größer, als gegen Oesterreich, war daher die Mißstimmung gegen Preußen, das sich jetzt allem Anscheine nach von dem Wiener Cabinette in das Schlepptau nehmen ließ, während es einst durch seinen glorreichen Aufschwung zu den stolzesten Hoffnungen berechtigt hatte. Aber in Preußen war beinahe unmittelbar nach dem Frieden ein Schwanken eingetreten, welches die Wagschale bald auf die Seite des Fortschrittes, bald auf jene des Rückschrittes lenkte. Während der ersten Jahre behielt die Sache des Fortschrittes gewöhnlich das Uebergewicht, weil es nicht leicht war, die Richtung, die man mit aller Kraft des Geistes und des Willens eingeschlagen, mit einem Male zu verlassen. Dennoch fielen schon in jenen frühesten Zeitraum einzelne nicht unbedeutende Rückschritte. So wurde das sogenannte Gensd'armerieedict vom 30. Juli 1812, welches die Gemeindeverhältnisse des flachen Landes, der

Städte und der Kreise nach den freisinnigsten Grundsätzen ordnete, bereits durch die Verordnung vom 10. April 1815 außer Kraft gesetzt, die überall anstatt der Kreisdirectoren die alten aus dem Adel und den Besitzern der Rittergüter gewählten Landräthe wieder einführte. So wurde das Edict vom 14. September 1811 über die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse durch die Declaration vom 29. Mai 1816 auf eine Weise ausgelegt, aus der das Bestreben, die Interessen der Gutsherren im Widerstreite gegen jene der kleinen Grundeigenthümer in Schutz zu nehmen, unverkennbar hervorblickte. Aber noch lebte Fürst Hardenberg, noch besaß er das ungeschwächte Vertrauen des Königs; und im Großen und Ganzen wurden daher die Wege nicht aufgegeben, die den Staat in den Tagen der Prüfung zum Heile und Ruhme geführt hatten. Noch im Jahre 1820, als der Einfluß des Fürsten Staatskanzlers bereits sehr erschüttert war, sprach das Gesetz vom 17. Januar, welches den Schuldenetat des preußischen Staates für geschlossen erklärte, die feste Zusicherung aus, daß in Zukunft keine neue Anleihe ohne vorhergehende Zustimmung der Reichsstände gemacht werden solle. Aber gerade in diese Tage fällt der Wendepunkt, der dem Rückschritte ein entschiedenes Uebergewicht verlieh. Die freisinnigen Minister von Beyme, Wilhelm von Humboldt und von Boyen sahen sich genöthigt, aus der Verwaltung auszuscheiden, weil ihre Ansichten mit jenen, die jetzt zur Herrschaft gelangten, nicht zu vereinigen waren. Die Achtung vor dem Namen des Fürsten Hardenberg, der, ein Schatten seiner frühern Macht, fortwährend an der Spitze der Geschäfte blieb, verhütete es, daß die siegende Partei nicht sogleich mit vollen Segeln auf das Ziel lossteuerte. Erst mit dem Tode des Fürsten Staatskanzlers, der zu Ende des Jahres 1822 erfolgte, sanken die letzten Schranken, die dem unaufhaltsamen Andringen der Rückwirkung noch entgegenstanden. Zwar mußte man darauf verzichten, den alten Zustand vom Jahre 1806 in allen seinen Einzelheiten zurückzuführen: viele der neuen Einrichtungen hatten zu tiefe Wurzeln geschlagen, als daß es in menschlichem Vermögen gelegen hätte, sie wieder auszurotten. Man ging vielmehr darauf aus, neue Zustände zu schaffen, die das, was in dem alten Staatsgebäude als das Wesentliche erschien, die unbeschränkte Macht des Monarchen und unter seiner Aegide die Herrschaft des Adels, auf unzerstörbarer Grundlage begründen sollten. Der wichtigste Schritt, der zu der Erreichung dieses Zweckes geschah, war die Einführung der

Provinzialstände, die zwar bereits von dem Fürsten Hardenberg vorbereitet, von seinem vorurtheilsfreien Geiste aber gewiß in einem sehr verschiedenen Sinne aufgefaßt war. Schon in der berühmten Verordnung vom 22. Mai 1815 war darauf hingewiesen, daß die dem Lande zu verleihende Volksvertretung aus Provinzialständen erwählt werden solle, die demnach, da sie nur in wenigen neu erworbenen Gebietstheilen noch bestanden, in allen übrigen erst zu schaffen waren. Wie ernstlich man es mit der neuen Schöpfung meinte, und wie schwer es war, sich über die Grundsätze, die dabei obwalten sollten, zu verständigen, wurde gerade durch die unaufhörlichen Verzögerungen, welche die Ausführung des längst Beschlossenen erfuhr, auf die unzweideutigste Weise an den Tag gelegt. Bereits zu Anfange des Jahrs 1818 hatte der preußische Gesandte am Bundestage das Versprechen ertheilt, von den Fortschritten, welche das Verfassungswerk in Preußen mache, Bericht zu erstatten. Ein Jahr nach dem andern verging, ohne daß der zugesagte Bericht wieder angeregt worden wäre. Mit dem Tode des Fürsten von Hardenberg waren die Schwierigkeiten auf einmal gehoben, welche die Förderung des preußischen Verfassungswerkes so lange gehindert hatten. Wenige Monate später, am 5. Mai 1823 erschien das allgemeine Gesetz wegen Anordnung der Provinzialstände, welches noch in demselben Jahre in der Mark Brandenburg zu dem Markgrafthum Niederlausitz, im Königreiche Preußen, im Herzogthume Pommern und dem Fürstenthume Rügen, im folgenden Jahre im Herzogthume Schlesien, dem Markgrafthume Oberlausitz und der Grafschaft Glatz, im Herzogthume Sachsen, in den Rheinprovinzen, in Westfalen, im Großherzogthume Posen durch Bekanntmachung der alle diese Landschaften betreffenden besonderen Bestimmungen zur Ausführung kam. Die Provinzialstände wurden „zum gesetzmäßigen Organe der verschiedenen Stände der getreuen Unterthanen in jeder Provinz“ erklärt; und man hätte demnach voraussetzen sollen, daß auch die verschiedenen Stände der getreuen Unterthanen in den Provinzialständen vertreten worden wäre. Dies war aber so wenig der Fall, daß vielmehr als die erste und unerlaßliche Bedingung der Standschaft das Grundeigenthum anerkannt wurde. Nur Grundeigenthümer dürfen in die Ständeversammlungen berufen werden; und wenn von den ständischen Abgeordneten verlangt wird, daß sie neben ihrem Grundbesitze auch noch ein bürgerliches Gewerbe treiben, oder eine Stelle im Magistrate einnehmen, so ist dies offenbar nicht

eine Begünstigung, sondern eine Erschwerung, da ihnen zu den Bedingungen, welche die Grundeigenthümer auf dem Lande zu erfüllen haben, noch andere aufgelegt sind. Der vermögendste Grundeigenthümer in der Stadt, der vielleicht zugleich die ausgezeichnetste geistige Befähigung und Bildung besitzt, ist nicht wählbar, wenn er nicht zufällig Mitglied des Magistrats ist oder irgend ein bürgerliches Gewerbe treibt. Die sogenannten gelehrten Stände sind daher selbst dann ausgeschlossen, wenn sie mit noch so bedeutendem Grundbesitze in ihrem Wohnorte ansässig sind, es sei denn, daß sie vorher eine Art Quarantaine durch ihre Ernennung in den Magistrat bestanden haben. Durch die ausschließende Vertretung des Grundeigenthumes wäre der Zweck, den man bei der Bildung der Provinzialstände vor Augen hatte, noch keineswegs erreicht worden, wenn man nicht außerdem Vorsorge getroffen hätte, daß dem großen ländlichen Grundeigenthume, welches in dem bei weitem größten Theile der Monarchie vorzugsweise in den Händen des Adels ist, in der Vertretung ein entschiedenes Uebergewicht verliehen wurde. Auf den Landtagen der sechs östlichen Provinzen Preußen, Pommern, Brandenburg, Schlesien, Sachsen und Posen, wurden der Ritterschaft oder den Besitzern sogenannter Rittergüter, mit Hinzurechnung der Virilstimmen der Standesherren, nicht weniger als 204 Stimmen eingeräumt, während die Städte nur 134, die kleinen ländlichen Grundeigenthümer nur 77 Stimmen erhielten. In der Mark Brandenburg, welche die großen Städte Berlin, Potsdam, Frankfurt a. d. O. nebst einer Menge mittlerer und kleinerer Orte enthält, zählte die städtische Vertretung nur 22, die Vertretung des Bauernstandes nur 12 Stimmen, wogegen die Ritterschaft durch 34 Mitglieder, also eben so viel, als die beiden anderen Stände zusammengenommen, vertreten war. Vollkommen gleiche Verhältnisse der Vertretung bestehen in Pommern, Schlesien und Posen; und nur in Sachsen sind den beiden Ständen der Städte und der kleinen Grundeigenthümer zwei, in Preußen fünf Stimmen mehr zugestanden, als dem großen Grundeigenthume. Auf dem Landtage von Westfalen haben die Standesherren zwölf, die Rittergutsbesitzer zwanzig, die Städte zwanzig und die bäuerlichen Eigenthümer gleichfalls zwanzig Stimmen. In der Rheinprovinz giebt es nur vier Standesherren und, wenn wir diese abrechnen, zählt jeder der drei Stände 25 Stimmen. Wie man sieht, hat die Regierung es nicht vermeiden zu können geglaubt, auf die großen Veränderungen, welche die französische Herrschaft in den

westlichen Provinzen in allen Verhältnissen des Lebens bewirkt hatte, einige Rücksicht zu nehmen: aber Niemand wird leugnen, daß selbst hier dem großen Grundeigenthume noch eine viel zu hohe Bedeutung beigelegt ist, wenn wir auch nur den einfachsten Maßstab der Beurtheilung, den des Antheiles an den aufzubringenden Steuern, anwenden; denn in der Rheinprovinz kommen auf sämmtliche Rittergüter nur ungefähr sechs vom Hundert des gesammten Steuerbelaufes. Unter diesen Umständen konnten aufrichtige Freunde der Freiheit es mit gutem Grunde als ein Glück ansehen, daß den Provinzialständen nur sehr beschränkte Befugnisse eingeräumt waren, daß sie in Bezug auf die allgemeine Gesetzgebung nur eine berathende Stimme hatten, und daß selbst ihre Beschlüsse über die Gemeindeangelegenheiten der Provinz, deren Anordnung als ihre eigentlichste Aufgabe bezeichnet wurde, der Aufsicht und Genehmigung der Regierung unterworfen blieben. Da die Ergebnisse ihrer Berathungen überdies auf die unzulänglichste Weise zur öffentlichen Kenntniß kamen, so war nichts natürlicher, als daß dieselben bei der großen Masse und selbst bei dem gebildeten Theile der Bevölkerungen nicht die geringste Theilnahme erregten. Sogar die Gefahr, die bei einer weitern Ausbildung der neuen Anstalt zu allgemeinen „Landständen", wie sie durch das Gesetz in Aussicht gestellt war, die öffentliche Freiheit bedrohte, wurde von der großen Mehrzahl kaum geahnt. Das politische Bewußtseyn wurde durch die Unterdrückung der Presse auf einer zu niedern Stufe gehalten, als daß in den Massen etwas mehr hätte aufkommen können, als das dunkle Gefühl, daß man bemüht war, den Staat in das alte Gleis zurückzuschrauben, auf dem derselbe schon einmal dem Untergang entgegengegangen war. Je hoffnungsloser die Zustände der Gegenwart waren, um so begieriger griff man Alles auf, was, wenn auch in einer entfernten Zukunft, eine Veränderung anzukündigen, vorzubedeuten schien. Frankreich, einst gehaßt und verabscheut in der Erinnerung an die Schmach, die durch französische Ruhmsucht dem Vaterlande widerfahren war, wurde jetzt angestaunt und bewundert, weil man von der französischen Tribune allein noch das freie Manneswort vernahm, welches auf dem ganzen übrigen Festlande in Fesseln geschlagen war. Nach Frankreich richteten sich die Blicke der Hoffenden, Harrenden, Fürchtenden; von Frankreich erwartete man den Anstoß zu der Bewegung, die nicht ausbleiben durfte, wenn das Leben der europäischen Völkerfamilie nicht in dumpfe Erstarrung versinken sollte.

Zweites Hauptstück.

Der Thronwechsel in Frankreich.

Der günstige Erfolg des spanischen Feldzuges hatte die kühnsten Erwartungen der royalistischen Partei in Frankreich so weit übertroffen, daß sie in dem Taumel ihrer Siegesfreude sich kaum zu fassen wußte. Jetzt erst, hieß es in den vornehmen Kreisen des Faubourg St. Germain, sei der Hydra der Revolution der Kopf zertreten; man dürfe nun nicht länger säumen, um auch in Frankreich die letzten Spuren der Zerrüttung, die das Ungeheuer in allen gesellschaftlichen Verhältnissen zurückgelassen, zu verwischen. Vor allen Dingen wurde verlangt, daß die heilige Kirche in ihre alten Rechte wieder eingesetzt werde. Die Klöster sollten wiederhergestellt, der Jugendunterricht sollte der Geistlichkeit überwiesen und dieser überhaupt der Einfluß, den sie in der guten alten Zeit besessen, wieder eingeräumt werden. Auf die Restauration des Clerus sollte die Restauration des Adels folgen, dem für seine Verluste in der Revolution volle Entschädigung zugestanden und das Heer, wie die höhere Verwaltung zur Versorgung seiner jüngeren Söhne überlassen werden mußte. Um jedes Andenken an die furchtbaren Verirrungen der Schreckenszeit zu vertilgen, sollte die revolutionaire Eintheilung in Departements aufgehoben und die alte Unterscheidung der Provinzen hergestellt werden, an deren Spitze dann natürlich die Häupter der vornehmsten Geschlechter als Statthalter des Königs getreten wären. Villèle, der die Zügel der Verwaltung mit sicherer Hand lenkte, war bei all seinen ultraroyalistischen Neigungen ein viel zu scharf bestimmter Kopf und ein zu klar denkender Staatsmann, als daß er sich hätte von dem allgemeinen Schwindel der Partei mit fortreißen lassen. Er war weit davon entfernt, in Plane einzugehen, die, statt den alten Zustand vor der Revolution zurückzuführen, ganz Frankreich in die heillooseste Verwirrung gestürzt hätten. Dennoch glaubte auch er der royalistischen Meinung Genüge leisten zu müssen, so weit die höheren Interessen des Staates dies irgend gestatteten; vor allen Dingen aber arbeitete er daran, sich selbst in der Gewalt zu befestigen. Bei der tiefen Niedergeschlagenheit, von der die Liberalen ergriffen waren, die mit mehr Freiheits- als Vaterlands-

liebe bis zum letzten Augenblicke auf den Sieg der Constitutionellen in Spanien gerechnet hatten, war nicht daran zu zweifeln, daß eine Auflösung der Abgeordnetenkammer Wahlen zur Folge haben würde, die entschieden im Sinne der Regierung ausfielen. Nichts verbürgte jedoch, daß die im Augenblicke herrschende Stimmung eine bleibende seyn würde, und bei der jährlichen Erneuung der Kammer zu einem Fünftheil, welche die Charte vorschrieb, konnte daher der Erfolg, den man jetzt davon trug, im Verlaufe der Zeit immer wieder streitig gemacht werden. Um dieser Gefahr zu begegnen, beschloß Villèle ein neues Wahlgesetz einzuführen, welches die Dauer der Kammer von fünf auf sieben Jahre verlängerte und an die Stelle der jährlich wiederkehrenden Ergänzungen einmalige allgemeine Wahlen setzte. Er kündigte diese wichtige Veränderung offen als in seiner Absicht liegend an, als die Ordonnanz erschien, welche die Kammer auflöst'te. Obschon man eines entschiedenen Sieges bei den Wahlen gewiß seyn konnte, wurden doch alle Mittel aufgeboten, die der Regierung zu Gebote standen, um sich des Ausganges auch in jenen Oertlichkeiten zu versichern, in denen die liberale Partei Einfluß genug besaß, um ungeachtet ihrer Entmuthigung an einen ernstlichen Kampf zu denken. Der Eifer der Behörden, durch die Mahnungen des Ministers aufgestachelt, kannte keine Grenzen; wo Drohungen und Einschüchterungen nichts halfen, wurden falsche Listen angefertigt und Personen als Wähler zugelassen, denen die gesetzliche Berechtigung abging. Unter solchen Umständen konnte es nicht fehlen, daß die Wahlen ein Ergebniß boten, welches den Wünschen Villèle's und des Hofes vollkommen entsprach. Beinahe alle freisinnigen Abgeordneten, die in der letzten Kammer gesessen hatten, wurden diesmal ausgeschlossen; nur drei der bekannteren Wortführer der liberalen Meinung, General Foy, Benjamin Constant und Casimir Périer, waren so glücklich, ungeachtet aller ihnen in den Weg gelegten Hindernisse durchzudringen, und ihnen reihten sich vierzehn oder funfzehn weniger bedeutende Namen an. Dagegen wurde die Kammer überschwemmt von ehrlichen Landedelleuten, die mit dem festen Entschlusse nach Paris gingen, die Ueberlieferungen der Revolution mit Stumpf und Stiel auszurotten. Villèle selbst, welcher der Mehrzahl viel zu gemäßigt war, hätte Ursache gehabt, um seine Stellung besorgt zu seyn, wenn er nicht im Besitze eines Geheimnisses gewesen wäre, welches ihm unter allen Umständen die Unterstützung der Kammer sicherte. Die große Mehrheit bestand aus

ehemaligen Emigranten oder deren Erben, und wie sehr es diesen Herren auch um die Religion und die alten Formen der Monarchie zu thun war, so vernachlässigten sie deshalb doch ihre eigenen Interessen keineswegs. Schon während des spanischen Krieges hatte Villèle die Frommen, die bei der zunehmenden Schwäche Ludwig's XVIII. und dem steigenden Ansehen seines Bruders, des Grafen von Artois, am Hofe den mächtigsten Einfluß übten, für sich zu gewinnen gewußt, indem er die telegraphischen Nachrichten zu ihrer Verfügung stellte, die sie in den Stand setzten, bei den fortwährenden Schwankungen der Staatspapiere auf der Börse die vortheilhaftesten Speculationen zu machen. Millionen wechselten auf diese Weise oft in wenigen Stunden ihre Eigenthümer; und wenn das Verfahren, welches man beobachtete, auch nicht allzu weit von offenem Betruge entfernt war, so fühlte doch Niemand sein Gewissen beunruhigt, sobald ihm eine sichere Gelegenheit geboten wurde, sich in kürzester Frist und ohne Mühe zu bereichern. Ein bei weitem großartigeres Mittel der Bestechung, als in der Mittheilung telegraphischer Nachrichten, lag in der Emigrantenentschädigung, die von der royalistischen Partei mit Ungestüm gefordert und von Villèle unter der Hand zugesagt wurde. Seinen ursprünglichen Plan, sich unmittelbar wieder in den Besitz der während der Revolution ihm entzogenen Güter zu setzen, hatte der Adel nothgedrungen aufgegeben, weil kein Zweifel daran war, daß eine solche Maßregel, die Hunderttausende friedlicher Bürger ihres wohlerworbenen Eigenthums beraubt hätte, eine allgemeine Auflösung aller gesellschaftlichen Verhältnisse zur Folge haben mußte. Man mäßigte seine früheren Ansprüche daher so weit, daß man sich entschloß, mit einer Geldentschädigung zufrieden zu seyn. Der Mann, von dem es vermöge seiner Stellung abhing, diese zu gewähren oder zu versagen, und der vor der Verantwortlichkeit nicht zurückbebte, dem Staate die ungeheueren Opfer aufzubürden, welche die Ausführung des Planes erforderte, konnte in der zu zwei Drittheilen aus Altadeligen zusammengesetzten Abgeordnetenkammer mit Gewißheit auf die Unterstützung der Mehrheit rechnen. Die größte Schwierigkeit war nur, die ungeheueren Summen aufzubringen, welche die Befriedigung so vieler hochgespannter von allen Seiten andringender Ansprüche erforderte. Mit Recht scheute Villèle sich vor einer Anleihe, welche die Schuldenlast des Staates in noch höherem Maße vermehrt hätte, die schon durch den spanischen Krieg einen beträchtli-

chen Zuwachs erhalten hatte. Sein in solchen Dingen erfinderischer Geist ließ ihn jedoch um einen Ausweg nicht lange verlegen seyn. Der allgemeine Zinsfuß in Frankreich, wie in dem größten Theile des civilisirten Europa's stand unter vier Procent; nur der Staat verzinsete die Capitalien, die er einheimischen und auswärtigen Gläubigern schuldete, fortwährend zu fünf Procent oder eigentlich noch ungleich höher, da er für die Renten, die in das große Buch der öffentlichen Schuld eingetragen waren, niemals den vollen Werth empfangen hatte. Auf diesen Umstand gründete der geschickte Rechnenmeister seinen Plan; er beschloß, den Zinsfuß der Staatsschuld herabzusetzen und mit den Summen, die dadurch erspart würden, die Ansprüche der Emigranten zu befriedigen.

In der Thronrede, mit welcher am 23. März 1824 die Kammern eröffnet wurden, kündigte der König die folgenschweren Entwürfe des ersten Ministers in Ausdrücken an, die, wenngleich zum Theil allgemein gehalten, doch über die Absichten der Regierung keinen Zweifel ließen. So wie die ersten vorläufigen Arbeiten in beiden Kammern beendigt waren, wurde den Pairs der Gesetzentwurf über die siebenjährige Dauer der Wahlkammer, den Abgeordneten der Gesetzentwurf über die Ablösung und Herabsetzung der Renten vorgelegt. Der letzte berührte so viele wichtige Interessen, besonders in der Hauptstadt, die allein an hundert Millionen Franken, also die gute Hälfte von den auf 197 Millionen geschätzten fünf Procent tragenden Renten besaß, daß die öffentliche Aufmerksamkeit sich beinahe ausschließlich den Erörterungen in der Abgeordnetenkammer zuwandte, von deren Ausgange das Wohl und Wehe vieler tausend Familien abzuhängen schien. Ganz Paris gerieth in eine allgemeine Aufregung, weil die Menge großer und kleiner Rentenbesitzer, die in der Hauptstadt lebten, fürchten mußte, durch die ministerielle Maßregel um den fünften Theil ihrer jährlichen Einkünfte verkürzt zu werden. Der Plan der Regierung war nämlich, es den Rentenbesitzern anheimzustellen, ob sie ihr Capital zu dem vollen Nennwerth zurückgezahlt haben, oder ihre fünfprocentigen Renten gegen dreiprocentige vertauschen wollten, die ihnen dann zu dem Course von 75 berechnet werden sollten. In dem ersten Falle waren sie in der Verlegenheit, wie ihr Capital überhaupt wieder unterzubringen wäre, und sie konnten mit Gewißheit vorhersehen, daß sie statt der fünf Procent, die sie bisher von demselben bezogen hatten, nur vier Procent erhalten würden. Im andern Falle hatten sie zwar den scheinbaren

Vortheil, daß ihnen für jede 75 Franken Capital, die sie der Regierung an 5procentigen Renten überließen, in dem großen Buche 100 Franken gut geschrieben wurden; da diese 100 Franken aber nur 3 Procent trugen, und da sie sich des Rechtes begaben, die Heimzahlung ihres Capitals zu dem Nennwerthe zu verlangen, so kam ihnen die nominelle Capitalvermehrung auf keine Weise zu Gute, und sie erhielten in der That von ihrem ursprünglichen Capitale statt der 5 Procent, die dasselbe bisher getragen hatte, in Zukunft nur 4 Procent oder ein volles Fünftheil weniger. In der Abgeordnetenkammer fand der ministerielle Entwurf lebhafteren Widerspruch, als man bei der wohlbekannten Bestimmung der Ersparnisse, die durch denselben bewirkt werden sollten, vorausgesetzt hatte. Der Berichterstatter der von der Kammer niedergesetzten Prüfungscommission, Masson, gab zu, daß die Maßregel besonders in der Hauptstadt viele Privatinteressen verletzen werde, daß der Zweifel, in dem man über den Erfolg derselben stehe, die Gemüther in einer ängstlichen Spannung halte; er war aber der Meinung, daß diese Spannung mit dem Augenblicke aufhören werde, in dem die Gesetzgebung über die jetzt noch schwebende Frage entschieden habe; er verweilte bei den Vortheilen, welche die vorgeschlagene Herabsetzung des Zinsfußes dem Staate böte, der dadurch jährlich um eine Summe von 28 Millionen erleichtert werde, und sprach seine Ueberzeugung aus, daß der Staat vollkommen in seinem Rechte sey, wenn er sich diese Erleichterung verschaffe, da Niemand sich darüber beschweren dürfe, sobald ihm das Capital, das er dem Staate geliehen, zurückgezahlt werde. Dagegen erhob sich Graf de la Bourdonnaye, der alte erbitterte ultraroyalistische Gegner Villèle's, mit seiner gewöhnlichen leidenschaftlichen Heftigkeit: „Nur dadurch, daß man den König hintergangen hat," rief er aus, „ist man im Stande, in seinem Namen einen so unseligen Gesetzentwurf vorzulegen: der ministerielle Entwurf untergräbt den öffentlichen Credit, er richtet den Rentner zu Grunde, dem man die Früchte seiner Ersparnisse entreißt. Man sagt, die Rentner hätten das Recht, die Heimzahlung ihrer Capitalien zu verlangen; sie mögen das Recht haben, aber man weiß wohl, daß sie dasselbe nicht ausüben können, weil sie vereinzelt sind und fürchten müssen, während mehrerer Monate ihre Zinsen einzubüßen; und wenn ihnen ihre Capitalien zurückgezahlt würden, würden sie sich dann nicht ärmer finden, als vorher, da sie dieselben nicht mehr zu den Zinsen anlegen können,

die der Staat ihnen zu zahlen versprochen? In der Wirklichkeit macht der Staat einen Banqueroute zu einem Fünftheil; unser legitimer Souverain kann einen solchen Mißbrauch der Gewalt nicht billigen. Man nimmt die Emigrantenentschädigung zum Vorwande, aber wie? Wir haben die Schulden der Revolution bezahlt, und wir sollten außer Stande seyn, die Schuld der Legitimität abzutragen? Nicht durch neue Ungerechtigkeiten macht man die alten wieder gut, und die unglückliche Treue wird lieber noch lange mit Selbstverleugnung ihr edles Mißgeschick tragen, als über eine Entschädigung erröthen, die sie auf Kosten einer andern Classe der Nation erhielte.“ Der liberale Banquier Humann, sonst ein entschiedener Widersacher der Regierung, nahm sich des Gesetzentwurfes an, von dem er behauptete, daß derselbe, sobald er zur Ausführung käme, eines der großen Ereignisse der Restauration seyn, und unter den glorreichen Thaten der Monarchie eine Stelle einnnehmen werde. „Ich unterstütze die vorgeschlagene Maßregel,“ sagte er, „weil das Wohl des Landes sie verlangt; der Staat wie der Privatmann thut wohl, wenn er sich von seinen Lasten befreit, sobald er es vermag.“ „Der Staat,“ entgegnete Casimir Périer, befindet sich seinen Gläubigern gegenüber nicht in der Lage eines gewöhnlichen Schuldners. Die Regierung wäre in der Unmöglichkeit, allen Renteninhabern ihre Capitalien zurückzuzahlen, sobald diese es verlangten; sie will ihren Gläubigern nur Furcht einjagen, um den Schrecken ihrer Einbildungskraft auszubeuten. Der ganze Zweck des Planes ist, eine Summe von 500 Millionen, die den Rentenbesitzern geraubt wird, zur willkürlichen Verfügung der Minister zu stellen; diese bieten sie einer Classe von Franzosen, mit denen sie es nicht wagen, sich in einen persönlichen Kampf einzulassen, und sie wissen nicht, daß diese Classe mit Unwillen eine Entschädigung zurückweis't, die von den Thränen ihrer Mitbürger getränkt ist.“

Villèle trat den Gegnern, die seinen Entwurf von den verschiedensten Gesichtspunkten aus bekämpften, mit der leidenschaftlosesten Ruhe und Mäßigung entgegen. »Es ist Zeit,“ sagte er, indem er mitten in der hitzigsten Debatte das Wort nahm, „Behauptungen zu widerlegen, die auf dieser Tribune immer wieder von neuem wiederholt werden. Man wirft uns vor, daß wir die Renteninhaber berauben wollten, um einer andern Classe der Gesellschaft, den Emigranten, Entschädigungen zu gewähren. Es giebt allerdings treue Diener des Königs, die einiges Recht darauf haben, eine Entschä-

digung für ihre der Legitimität gebrachten Opfer zu erwarten; aber der König selbst hat erklärt, daß die ersten Summen, die verfügbar seyn würden, ohne seinem Volke neue Lasten aufzubürden, diesem rechtmäßigen Gebrauche gewidmet und zur Belohnung der unglücklichen Treue verwandt werden sollten. Man stellt unsern Plan als ungerecht dar; aber verdient er diese Bezeichnung? Als wir die Rente ausgaben, haben die Nehmer derselben berechnet, daß ihnen ihr Geld, auf diese Weise angelegt, 7 oder 8 vom Hundert bringen würde. Sie waren in ihrem Rechte, aber auch wir sind in dem unsrigen, wenn wir Geld, das wir zu vier vom Hundert haben können, nicht länger unter lästigeren Bedingungen behalten wollen. Wir geben den Rentnern für siebenzig Franken, die sie wirklich gezahlt haben, hundert zurück; liegt darin eine Ungerechtigkeit, eine Beraubung? Wir wenden den Rentnern außerdem noch einen andern Vortheil zu, indem wir ihnen eine Gelegenheit geben, durch die Annahme der neuen 3 vom Hundert tragenden Renten ihr Capital um ein Drittheil zu vermehren. Unser Plan ist daher, statt den Renteninhabern nachtheilig zu seyn, zugleich für diese vortheilhaft, denen er eine Capitalvermehrung bietet, und für den Staat, dem er eine beträchtliche Erleichterung an seinen jährlich aufzubringenden Zinsen verschafft.“ Diese Beweisführung beruhte offenbar auf einer Täuschung; denn das, was der Staat an Zinsen gewann, mußte nothwendig den Rentnern entzogen werden, die für ihren wirklichen Verlust an Zinsen in der scheinbaren Vermehrung ihres Capitals keine Entschädigung fanden, da sie außer Stande waren, ihr vermehrtes Capital auf eine Weise anzulegen, die ihnen einen höhern Ertrag sicherte, als der vom Staate gebotene. In der Abgeordnetenkammer würden die Klagen über die Verluste der Rentenbesitzer jedoch geringen Eindruck hervorgebracht haben, da man bei den Landedelleuten, welche die Mehrheit bildeten, keine außerordentliche Vorliebe für die Capitalisten der Hauptstadt voraussetzen durfte. Dagegen zählte Villèle in den Reihen der entschiedensten Royalisten eine Menge persönlicher Feinde, die ihm die kluge Mäßigung nicht verzeihen konnten, welche er sowohl bei Gelegenheit der spanischen Verwicklungen, als in Bezug auf viele der wichtigsten Fragen der innern Verwaltung bewiesen hatte. Als es zur Abstimmung kam, erhielt der ministerielle Plan der Rentenumwandlung zwar eine entschiedene Stimmenmehrheit; diese war aber doch keineswegs so stark, wie man nach einer vorläufigen Musterung

der Streitkräfte, auf die man rechnen zu können glaubte, erwartet hatte.

In der Pairskammer, zu welcher der Gesetzentwurf jetzt hinauf gelangen mußte, hatte das Ministerium eine ungleich dichter gedrängte und fester vereinigte Masse von Gegnern als in der Abgeordnetenkammer, weil alle die verschiedenen Verwaltungen, die der Villèle'schen vorausgegangen und durch diese verdrängt waren, dort durch die Beförderung ihrer vornehmsten Anhänger ihren Niederschlag abgesetzt hatten. Dennoch war Villèle weit davon entfernt, auch nur einen Augenblick an die Möglichkeit einer Niederlage zu denken, denn das wichtige politische Gesetz über die allgemeine Erneuung und die siebenjährige Dauer der Abgeordnetenkammer war eben von den Pairs mit weit überwiegender Mehrheit angenommen worden; und viele der entschiedensten Widersacher des Ministeriums hatten nicht allein bei der Erörterung geschwiegen, sondern auch bei der Abstimmung ihre Stimmen mit jenen der ministeriellen Mehrheit vereinigt. Nur hätte man nicht vergessen sollen, daß man sich bei den Berathungen über das Wahlgesetz auf einem neutralen Boden befand, da die wesentlichsten Bestimmungen desselben keine neue Erfindung des Herrn von Villèle, sondern aus dem frühern, damals von den Ultraroyalisten zurückgewiesenen Gesetzentwurfe des Herzogs Décazes entlehnt waren und schon deshalb bei den zahlreichen Freunden, die der letzte noch immer in der Pairskammer zählte, einer günstigen Aufnahme gewiß seyn konnten. Die Frage über die Herabsetzung des Zinsfußes der Rente war dagegen eine zum ersten Male aufgeworfene, die allen Parteien freies Feld ließ, die Stellung einzunehmen, die sie ihren Ansichten und Interessen am angemessensten fanden. Eine nicht geringe Anzahl der vornehmen Herren war durch die vorgeschlagene Maßregel persönlich sehr bedeutenden Verlusten ausgesetzt, da sie einen mehr oder weniger beträchtlichen Theil ihres Vermögens in den Renten angelegt hatten. Diese bildeten einen Stamm, von dem sich voraussehen ließ, daß er den entschlossensten Widerstand leisten würde; und es kam nur darauf an, welche Partei die verschiedenen unabhängigen Meinungsschattirungen in der Kammer ergriffen, um den Sieg mindestens zweifelhaft zu machen. Der Anfang der Berathungen ließ sich für das Ministerium so günstig an, als dieses irgend wünschen konnte. Die mit der Prüfung des ministeriellen Entwurfs beauftragte Commission sprach sich zu Gunsten desselben

aus. Der zum Berichterstatter ernannte Herzog von Levis fand in einer Verminderung der vom Staate zu zahlenden Interessen um 28 Millionen eine zu wichtige Ersparniß, als daß man dieselbe nicht mit beiden Händen annehmen sollte. „Die kleinen Renteninhaber," bemerkte der Herzog, „werden leiden, aber es fehlt ihnen nicht an Mitteln, sich zu entschädigen. Diejenigen, welche ihre gegenwärtigen Einkünfte nicht verringert sehen, sondern noch vermehren wollen, dürfen sich nur von der Rente zurückziehen, die ein Stand der Unthätigkeit ist, um zu der arbeitenden Classe überzugehen. Die Bedürfnisse des Ackerbaues und die Fortschritte des Gewerbfleißes rufen von allen Seiten die Capitalien zu nützlichen und gewinnbringenden Unternehmungen auf. Wenn es sehr natürlich ist, daß das Gesetz bei den Classen Widerstand findet, die dadurch unmittelbar verletzt werden, so haben doch auch die allgemeinen Interessen einen Anspruch auf gerechte Genugthuung." Unter den Gegnern des Gesetzentwurfes war wegen seiner vertrauten Bekanntschaft mit allen finanziellen Angelegenheiten der bedeutendste Graf Roy, einst unter dem Ministerium des Herzogs Décazes selbst Finanzminister. Bei der Eröffnung der Verhandlungen ergriff er zuerst das Wort. „Nicht ohne Bedauern," sagte er, „trete ich dem Gesetzentwurfe entgegen; aber meine Ueberzeugung ist so tief begründet, daß ich meine Pflicht gegen den König und gegen das Vaterland vergessen würde, wenn ich sie nicht ausspräche. Zuförderst können wir uns einen Grundfehler in dem vorgeschlagenen Systeme nicht verbergen. Dieser ist, daß die Regierung die zur Rückzahlung erforderlichen Fonds weder besitzt, noch sich auch nur verschaffen kann. Das Anerbieten, welches man macht, ist daher ein trügerisches und beruht nur auf der Unmöglichkeit, in welcher der Gläubiger sich befinden würde, seine Gelder anderweitig unterzubringen, sobald er die Rückzahlung verlangte. Kann der Rentner, der sein Vermögen nur deshalb in Staatspapieren anlegt, um die Zinsen davon zu ziehen, von der in Aussicht gestellten Vermehrung des Capitals einen Nutzen haben? Nicht den geringsten; aller Vortheil kommt ausschließlich dem Speculanten zu Gute, der die Renten nur kauft, um sie wieder zu verkaufen. Der Rentner wird also allein den Schaden tragen, der für ihn aus der Zinsenherabsetzung hervorgeht, und wird an den Vortheilen, die damit verbunden seyn sollen, keinen Theil nehmen. Heißt dies Billigkeit? Aber auch der Staat hat keinen Vortheil von dem ministeriellen Plane, weil die Erspar-

nisse, die eine Folge desselben seyn sollen, durch die Capitalvermehrung der Schuld, die später dem Staate doch immer zur Last fällt, reichlich wieder aufgewogen werden. Der größte Nachtheil des Planes ist jedoch, daß er ohne Noth eine zahlreiche und achtbare Classe von Familien unzufrieden macht, die meistentheils in der Hauptstadt angesessen sind. Wenn auch eine Ersparniß von einigen Millionen die Folge der vorgeschlagenen Maßregel wäre, kann diese gegen die Liebe, die der König immer in dem Herzen seines Volks finden soll, in die Wage gelegt werden?" Graf Roy wurde von seinen Freunden in der Kammer, namentlich von den Grafen Mollien und Pasquier, mit einem außerordentlichen Aufwande von Mitteln und mit entschiedener geistiger Ueberlegenheit unterstützt; dagegen bewegten die Anhänger und Freunde des Ministeriums sich in Gemeinplätzen, die nur zu deutlich verriethen, wie wenig sie dem Gegenstande gewachsen waren. Herrn von Villèle entging dies Mißverhältniß der Kräfte keineswegs, und er erhob sich daher zu wiederholten Malen persönlich zu der Vertheidigung seines Gesetzentwurfes. „Man äußert eine ganz unbegründete Besorgniß," entgegnete er dem Grafen Roy, „wenn man versichert, daß die Regierung außer Stande sey, alle Rückzahlungsforderungen zu befriedigen, die an sie gerichtet werden können. Unser Plan ist so wohl berechnet, daß die Rentner die Umschreibung ihrer 5 Procents in 3 Procents wünschen müssen, während die Bankhäuser mit denen wir uns in Verbindung gesetzt haben, ihrerseits wünschen, daß die Rentner in möglichst großer Zahl die Rückzahlung verlangen. Daß die Rentner einen Verlust an Einkünften erleiden werden, ist nicht zu leugnen, aber wenn man sich durch diese Rücksicht bestimmen lassen wollte, so könnte man keine Maßregel von allgemeinem Nutzen unternehmen, weil unter jeder einzelne Classen leiden werden. Der Hauptzweck und der Hauptvortheil der vorgeschlagenen Maßregel besteht darin, daß der Zinsfuß unserer Staatsschuldenmasse von 5 auf 4 Procent herabgesetzt wird, daß wir nicht länger genöthigt sind, Geld zu 5 Procent zu behalten, während wir dasselbe zu 4 Procent haben können. Die Vermehrung der Staatsschuld, die man als eine Folge der Maßregel darstellt, ist in der Wirklichkeit nicht vorhanden, denn zuförderst muß man von dem nominellen Belaufe dieser Vermehrung das Capital abziehen, welches die jährlich ersparten Zinsen repräsentiren: sodann läßt sich mit Gewißheit voraussetzen, daß die neuen 3 Procents das Pari nicht erreichen; es muß daher auch

die ganze Summe, die den Unterschied zwischen dem Tagescourse und dem Nennwerthe der Rente bildet, abgezogen werden, und sobald dies geschieht, werden wir finden, daß die gesammte Schuldenmasse des Staates durch unsere Maßregel nicht vermehrt, sondern um nahe bei 100 Millionen vermindert wird.“ Es war schwer, mit einiger Sicherheit vorherzusagen, auf welche Seite bei dem Fortgange der Debatten die Wagschale sich senken würde; nur Villèle glaubte noch immer, seiner Sache gewiß zu seyn, als gegen das Ende der Erörterung der Erzbischof von Paris, Herr von Quelen, gegen den Gesetzentwurf das Wort nahm. „Ist das Gesetz auch gerecht?“ fragte er, „darf man auf den Staat und seine Gläubiger dieselben Regeln anwenden, die unter Privatpersonen herrschen? Und wenn das Gesetz auch in seinem Grundsatze gerecht wäre, ist es dies in der Art seiner Ausführung? Wird der Rentner, der weder die Speculationen des Handels, noch die Berechnungen der Banken kennt, der nur von seinem Einkommen lebt, nicht in dieser Zinsenherabsetzung einen Umsturz, eine Umwälzung seiner Existenz und der Existenz seiner Familie sehen? Ja, dies Gesetz wird mit seiner größten Strenge gerade auf eine Classe fallen, deren Sache zu vertheidigen meine Pflicht ist. Dies ist die Sache des Unglücks, des Unglücks, das nirgend weiter verbreitet ist, nirgend tiefer gefühlt wird, als in dieser Hauptstadt. Wenn es Unglückliche giebt, welche durch die Verminderung ihres eigenen kleinen Besitzes schwer getroffen werden, so giebt es andere, die durch die Verluste leiden müssen, welche die Reichen erfahren. Der Ueberfluß der Reichen kommt der Armuth zu Gute; und ich frage, ob es nicht zu erwarten steht, daß die Almosen eben so um ein Fünftheil herabgesetzt werden, als die Renten?“ Die Parteinahme des Erzbischofs von Paris gab den Ausschlag; die ganze Bank der Bischöfe wurde durch sein Beispiel bestimmt, und was irgend noch schwankend war, wurde jetzt mit fortgerissen. Eine Mehrheit von 120 Stimmen gegen 105 verwarf den Gesetzvorschlag.

Selbst in den höchsten Kreisen der Gesellschaft war die Ansicht vielfach verbreitet, daß diese Niederlage den Sturz des Herrn von Villèle zur Folge haben würde. Es fehlte nicht an Voreiligen, die bereits die Listen anfertigten, aus denen, ihrer Meinung nach, die neue Verwaltung zusammengesetzt werden mußte. Man vergaß dabei nur, daß Villèle's Macht in der Abgeordnetenkammer, wie in dem Vertrauen des Hofes viel zu fest begründet war, um durch

einen noch so heftigen Stoß, den sie von einer andern Seite erhielt, erschüttert zu werden. Auch waren die Folgen ganz anderer Art, als irgend einer der Gegner des Ministers geahnt hatte. Villèle konnte seiner ganzen Eigenthümlichkeit nach unmöglich eine besondere Vorliebe für Châteaubriand, den dichterischen Staatsmann, haben, der neben ihm im Ministerium die bedeutendste Stelle einnahm. Zwei verschiedenere Charaktere, als der kalt berechnende, in seiner Denkweise, wie in seinem Benehmen mehr klein bürgerliche Finanzminister und der hochfliegende, von Wärme des Gefühls überströmende Minister des Auswärtigen waren kaum denkbar; nur in einem Punkte waren beide einander nahe verwandt: der eine konnte so wenig als der andere die Unterordnung unter fremdes Uebergewicht ertragen. Es war natürlich, daß beide durch diese gemeinschaftliche Eigenschaft noch weiter von einander entfernt wurden, als sie es durch die Verschiedenheit ihrer Charaktere ohnedies bereits waren. Dem scheinbar nichts weniger als hochmüthigen Villèle war jede Theilung der Macht so sehr zuwider, daß er nach der Beendigung des spanischen Krieges den Marschall Herzog von Belluno nur deshalb aus dem Kriegsministerium verdrängt und durch den Baron von Damas ersetzt hatte, weil jener eine zu entschiedene Unabhängigkeit besaß, während dieser eine eben so entschiedene Null war. Châteaubriand war damals aus keinem andern Grunde von ihm beibehalten worden, als weil er fürchtete, ein so überragendes Talent in die Reihen der royalistischen Opposition übergehen zu sehen. Auch fehlte es an einem schicklichen Vorwande, den Minister zu beseitigen, der die auswärtigen Angelegenheiten während der schwierigen Verwicklung des spanischen Krieges mit unleugbarem Geschicke geleitet hatte. Jetzt boten die Verhandlungen über das Rentengesetz eine Gelegenheit, sich des unbequemen Nebenbuhlers zu entledigen, die der eifersüchtige Finanzmann gewiß längst herbeigewünscht hatte. Châteaubriand's Freunde in der Abgeordnetenkammer hatten gegen den ministeriellen Entwurf gestimmt: in der Pairskammer hatte Châteaubriand es versäumt, zu der Vertheidigung desselben das Wort zu nehmen, obwohl es ihm nicht entgehen konnte, wie sehr man seines Beistandes benöthigt war. Dem Könige, bei dem sich Villèle zum Theil durch schmutzige Kunstgriffe in die höchste Gunst zu setzen gewußt hatte, wurde diese Versäumniß als eine offene Treulosigkeit dargestellt; und es war nur zu leicht, den schwachen durch kränkelnde Gelüste entnervten und stets

in leidendem Zustande befindlichen Fürsten zu überzeugen. Drei Tage nach der Verwerfung des Rentengesetzes, als Châteaubriand sich in die Tuilerien zur Audienz begab, erhielt er durch einen Bedienten ein Billet des Premierministers, worin dieser ihm ohne ein Wort der Erklärung oder des Beileids anzeigte, daß der König ihn von seiner Stelle, als Minister der auswärtigen Angelegenheiten, entbunden habe. Die Absetzung des geistreichen und ungeachtet mancher Ueberspanntheiten bei allen Parteien hoch angesehenen Staatsmannes erregte ein ungeueres Aufsehen; die Journale aller Farben stimmten überein, einen Schritt, bei dem sogar die gewöhnlichen Formen des Anstandes außer Augen gesetzt waren, mit dem bittersten Tadel zu überhäufen; aber Villèle hatte seinen Zweck erreicht: er war im Besitze einer ministeriellen Allgewalt, wie sie noch keinem seiner Vorgänger im Amte zugestanden war. Zwar fielen die persönlichen Freunde Châteaubriand's, die dem Ministerium immer nur eine sehr schwankende und unsichere Unterstützung geliehen, jetzt offen von demselben ab. Wenn die allerdings zum Theil durch Geist und Adel der Gesinnung ausgezeichneten Männer inzwischen darauf rechneten, durch ihren Uebertritt zu der Opposition die Kammer der Abgeordneten, wie jene der Pairs, mit hinüber zu ziehen, so zeigten sie nur, wie sehr sie ihre Kräfte in einer Versammlung überschätzten, die durch ihre Zusammensetzung bei weitem mehr geeignet war, die mit Händen zu greifenden Talente des Finanzministers, als den hohen Geistesflug seines Gegners zu würdigen.

An dem Tage, an dem von den Pairs der Gesetzentwurf über die Rentenumwandlung verworfen wurde, begannen in der Abgeordnetenkammer die Berathungen über das neue Wahlgesetz, auf welches Villèle einen ungleich höheren Werth legte, weil er dasselbe als einen Vertrag betrachtete, der den Mitgliedern der Wahlkammer die siebenjährige Dauer ihrer Vollmachten, ihm selbst aber auf sieben Jahre den Besitz der höchsten Gewalt sichern sollte. Die beredtesten Stimmen erhoben sich gegen den ministeriellen Vorschlag, in dem nicht allein die geringe Zahl der Liberalen, sondern eine bei weitem größere der entschiedensten Royalisten einen offenen Angriff auf die Verfassung sah. Der tiefsinnige Royer Collard sagte im Falle der Annahme die unseligsten Folgen für Frankreich, für die Monarchie, vorher. „Der König," sagte er, „vertritt allein die sittliche Einheit der Staatsgesellschaft; er allein handelt, er allein befiehlt, er allein ist der Urheber der Gesetze, deren erster Antrag ihm ausschließlich

vorbehalten ist. Der letzte Umstand setzt es außer Zweifel, daß ihm gegenüber die anderen Gewalten eigentlich bloß Schranken sind; aber sie sind lebende, der Bewegung fähige Schranken; wenn sie ihre Stelle verlassen, wenn sie vorrücken oder zurückweichen, so wird auf der einen Seite gewonnen, auf der andern verloren, und das Gleichgewicht ist vernichtet. Die Macht der Wahlkammer, wie schon der Namen andeutet, beruht auf der Wahl, auf der Berührung mit dem Volke, in welchem sie ihren Ursprung hat; bei getheilten Wahlen findet auch nur eine getheilte Berührung mit dem Volke und folglich eine getheilte Erneuung und Belebung der Kraft Statt; bei allgemeinen Wahlen erzeugt diese Kraft sich ganz und ungetheilt; sie wird stärker als die Kraft des Königthums, und kann aus dem Werkzeuge der Reform ein Werkzeug der Revolution machen. Wann haben wir seit einem halben Jahrhundert ein System gehabt, welches sieben Jahre hindurch befolgt worden wäre, ein Ministerium, das sieben Jahre bestanden, eine Wahrheit oder eine öffentliche Reputation, die man sieben Jahre lang anerkannt hätte? Was wird man in sieben Jahren thun? Man wird verfahren wie heute; man wird sich bei Vermuthungen, Abneigungen, Besorgnissen und Hoffnungen Raths erholen: die Unbeständigkeit wird eine Autorität mehr für sich haben. Es ist seltsam; es geschieht, um einen festen Bestand der Ordnung zu begründen, wie man uns sagt, daß man die Charte angreift. Die Gemüther geben sich den unerwartetsten Widersprüchen hin. Weisen wir die Machtvermehrung, die man uns gegen die Charte bietet, als ein verderbliches Geschenk zurück; sie könnte sich einst gegen die Monarchie wenden!" — „Was wollen die Minister," rief der General Foy aus, „mit ihrer allgemeinen siebenjährigen Erneuung? Was sie wollen, meine Herren? Dem Gesetze der Sterblichkeit wollen sie entgehen, das von der Restauration an bis auf den heutigen Tag die mittlere Dauer eines ministeriellen Lebens auf zwei bis drei Jahre setzt? Allein wird eine siebenjährige Kammer gelehriger seyn, als eine jährlich theilweise erneuete? Auch in der siebenjährigen Kammer wird eine Minorität gegen die Minister nicht fehlen, und wie dann, wenn diese Minorität zur Mehrheit würde? Doch dafür ist gesorgt; man wird die Kammer den Abend vorher auflösen; man wird das Spiel mit den Wahlen von vorne beginnen, durch welches man diesmal so glücklich zum Ziele gelangt ist. Allgemeine Wahlen und siebenjährige Dauer verändern nichts in dem Wesen der Repräsentativverfassung; Leben oder Tod derselben

ben hängt von der Freiheit oder Unfreiheit der Wahlen ab. Den Wahlen müssen Sie ihre Freiheit wiedergeben, wenn Sie Ihre constitutionelle Macht zum Wohle des Landes anwenden wollen. Bis dies geschehen, bis die Freiheit der Wahlen gesichert ist, kommt wenig darauf an, ob die Kammer sieben, zehn oder zwanzig Jahre dauert, ob sie zum Fünftheil, ganz oder gar nicht erneuert wird. Uebrigens stimme ich gegen den Gesetzentwurf, weil er dem Buchstaben der Charte entgegen ist.« Hr. von Villèle behauptete, das vorgelegte Gesetz sey keineswegs der Charte zuwider; denn da diese keine Vorschrift darüber enthalte, auf welche Weise einzelne Bestimmungen derselben abgeändert werden könnten, so müsse man annehmen, daß das Recht zu solchen Abänderungen dem Zusammenwirken der drei Staatsgewalten vorbehalten sey. Er widerlegte den Vorwurf, als ob die Regierung einen gesetzwidrigen Einfluß auf die Wahlen ausgeübt habe. Da es des Parteigeistes wegen unmöglich sey, auf vollkommen reine Wahlen zu rechnen, so müsse es wohl auch der Regierung erlaubt seyn, die ihr zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um jene Wahlen durchzusetzen, die ihr als die geeignetsten erschienen. »Der einzige Zweck,« schloß der Minister seine Rede, »den der neue Gesetzentwurf hat, ist, der Kammer die Festigkeit zu geben, die mit jährlich, wenn auch nur theilweise, wiederkehrenden Wahlen unvereinbar ist. Dadurch allein wird es möglich, dem Lande manche noch fehlende Einrichtungen zu geben; und wir glauben daher, in dem Interesse des Gemeinwohles zu handeln.« »Wie,« entgegnete der stürmische de la Bourdonnaye, »man verlangt von uns den Umsturz der einzigen Bürgschaften, die wir für das Bestehen des Thrones und der öffentlichen Ruhe haben? Man will, daß wir die Einrichtungen der Charte über den Haufen werfen? Weil die Wahlkammer heute royalistisch ist und es vielleicht morgen nicht mehr seyn wird, eben deshalb dürfen wir die Rechte der Legitimität nicht bloß stellen, bestimmte bleibende Interessen, die Interessen Frankreichs nicht dem augenblicklichen Vortheile eines Ministeriums opfern, welches für den Thron wie für sich selbst keine andere Stütze suchen sollte, als in den Lehren, die allein die Restauration befestigen können, in den Lehren der Religion, der Gerechtigkeit und der öffentlichen Sittlichkeit.« Wie vielseitige Meinungsverschiedenheiten auch in der Kammer sich äußern mochten, die Minister wußten zum voraus, daß sie mit Sicherheit auf die Mehrheit rechnen durften. Es war für die würdigen Abgeordneten

zu verführerisch, sich selbst ihre Vollmachten auf die Dauer von sieben Jahren zu verlängern. Die prophetischen Worte Royer Collard's blieben ungehört; Niemand hielt es für möglich, daß ein Umschwung in den Meinungen eintreten könnte, wie er erfolgt seyn mußte, wenn die unheilverkündende Weissagung in Erfüllung gehen sollte. Das neue Wahlgesetz wurde mit einer Mehrheit von 292 Stimmen gegen 87 angenommen und wenige Tage darauf wurde es durch die königliche Bestätigung mit gesetzlicher Kraft bekleidet.

Villèle war jetzt zwar auf lange Zeit von der beständigen Unruhe der Wahlen befreit, doch mußte er wohl fühlen, daß er sich keineswegs auf Rosen gebettet hatte. Die Mehrheit in der Abgeordnetenkammer war ihm zugethan, aber nicht in dem Sinne, daß sie bereit gewesen wäre, sich jederzeit seinen Weisungen zu fügen, sondern weil sie bei ihm die meiste Uebereinstimmung mit ihren eigenen Meinungen und Neigungen voraussetzte, und weil sie ihn als den Mann betrachtete, der vorzugsweise die Mittel besäße, ihren Wünschen Genüge zu leisten. Statt von dem Minister beherrscht zu werden, wie dieser sich anfangs geschmeichelt hatte, beherrschte die in den engherzigsten Ansichten befangene Mehrheit vielmehr ihn und drängte ihn in einer Richtung vorwärts, die der scharfsichtige Staatsmann gewiß als eine verderbliche erkannte, weil sie mit dem Geiste der Zeit und der Nation im schroffsten Widerspruche stand. Schon zu Anfange der Session, bei den Verhandlungen über die Adresse, mit welcher die Thronrede beantwortet wurde, hatte sich diese Richtung kund gegeben; man war im höchsten Grade unzufrieden, daß nicht genug für die Geistlichkeit geschehe, daß der Gottesdienst nicht hinreichend geschützt sey; es wurde eine Stelle, welche diese Gesinnungen aussprach, in die Adresse eingeschoben. Die Mehrzahl der Abgeordneten hielt sich in vollem Ernste berufen, den alten religiösen Glauben in seiner ganzen frühern äußerlichen Herrlichkeit in Frankreich herzustellen, und war unfähig zu begreifen, daß der Glaube, wenn er einmal aus den Gemüthern gewichen ist, sich nicht durch Maßregeln der Gesetzgebung zurückführen läßt. Während der ganzen Dauer der Session wurden Forderungen auf Forderungen an die Regierung gerichtet, welche sämmtlich auf die Förderung des einen großen Zieles gingen, dessen Erreichung der Kammer als ihre vornehmste Aufgabe erschien. Eine Bittschrift gab Veranlassung, daß man die Zurückstellung der Register des sogenannten Civilstan-

des an die Geistlichkeit verlangte; bei einer andern Gelegenheit verlangte man, daß die Einkünfte der Bischöfe vermehrt würden, damit die Häupter der Kirche mit einem ihrer würdigen Glanze auftreten könnten. Man wünschte, daß die Klöster, wenn nicht vom Staate in Masse wiederhergestellt, doch durch den kräftigsten Schutz begünstigt würden, daß sie die unbedingte Ermächtigung erhielten, Eigenthum zu erwerben, ohne dazu einer vorgängigen Erlaubniß zu bedürfen. Man tadelte es bitter, daß Frevel gegen die Kirche und gegen den Gottesdienst nicht mit Strafen belegt wären, welche auf die verhärtetsten Gemüther eine abschreckende Wirkung hervorbrächten. Um die frommen Eiferer zu beschwichtigen, brachte der Justizminister Peyronnet einen Gesetzentwurf ein, der die in Kirchen verübten Diebstähle mit schwereren Strafen belegte, als auf gewöhnliche Vergehen dieser Art gesetzt waren. Damit war die Mehrheit in der Abgeordnetenkammer aber nicht zufrieden; man drang darauf, daß die Verletzung der gottesdienstlichen Gebäuden schuldigen Ehrfurcht und überhaupt die Gottlosigkeit an und für sich bestraft werde, wenn sie auch mit keinem andern Vergehen verbunden wäre. Auf die Entweihung der Hostie sollte, wie in den finstersten Zeiten des Mittelalters, die Todesstrafe gesetzt werden, und das ganze Gesetz wäre, wenn es nach dem Willen der Herren gegangen wäre, mit Blut geschrieben worden. Das Ministerium fand sich veranlaßt, den Gesetzentwurf zurückzunehmen, weil sich mit Gewißheit vorhersehen ließ, daß derselbe in der Gestalt, die man ihm geben wollte, vor der Pairskammer keine Gnade gefunden hätte. Um wenigstens etwas zur Beruhigung der Freunde in der Abgeordnetenkammer zu thun, beschlossen die Minister einige der gesetzlichen Beschränkungen aufzuheben, die der Herstellung der Klöster entgegenstanden. Man ging für den Anfang außerordentlich vorsichtig zu Werke; denn der Gesetzentwurf, welcher zuerst der Pairskammer vorgelegt wurde, weil man dieser am wenigsten sicher war, verlangte nur, daß den weiblichen religiösen Gemeinschaften die Fähigkeit verliehen werde, Eigenthum zu erwerben, ohne dazu der Ermächtigung eines besondern von der Regierung und den Kammern genehmigten Gesetzes zu bedürfen. Man schlug vor, daß es in Zukunft der Regierung allein freigestellt werden sollte, diese Ermächtigung zu ertheilen, ging also lange nicht so weit, als die Ultra der Abgeordnetenkammer wünschten, welche alle Rechte vom Staate anerkannter Körperschaften nicht allein für die weiblichen, sondern auch für die

männlichen religiösen Gemeinschaften forderten. Unter den Pairs saßen aber zu viele hellsehende Männer, die wohl begriffen, daß die vorgeschlagenen Erleichterungen zur Herstellung der Nonnenklöster nur der Anfang waren, durch den man zu der Herstellung der aufgehobenen religiösen Orden im Allgemeinen kommen wollte. Der ministerielle Gesetzentwurf wurde daher abgelehnt und dadurch dem frommen Werke gleich beim ersten Beginnen ein Ziel gesetzt. Villèle war mit dieser Wendung wahrscheinlich persönlich nichts weniger als unzufrieden; denn einmal konnte er jetzt, wenn ihm allzu übertriebene Zumuthungen gemacht wurden, die Pairskammer als ein unüberwindliches Hinderniß vorschieben, sodann durfte er darauf rechnen, daß die Abneigung, welche die Mehrzahl der Pairs gegen ihn und seine Maßregeln zeigte, die Mehrheit in der Abgeordnetenkammer um so unauflöslicher an ihn ketten würde. Zwar hatte er auch hier immer noch manchen harten Kampf zu bestehen, da der unversöhnliche de la Bourdonnaye, außer seinem eigenen Anhange jetzt auch durch den Anhang Châteaubriand's unterstützt, so leicht keine Gelegenheit vorübergehen ließ, seinem persönlichen Grolle Luft zu machen, während die wenigen liberalen Abgeordneten, welche die allgemeine Niederlage ihrer Partei bei den Wahlen nicht aus der Kammer verdrängt hatten, so oft ihnen irgend eine der öffentlichen Freiheiten durch eine Aeußerung oder Maßregel der Minister bedroht schien, mit unerschüttertem Muthe in die Bresche traten. „Wir sind hier nur unser eilf," rief Casimir Périer bei einer heftigen Erörterung aus, als er durch das Murren der royalistischen Mehrheit unterbrochen wurde, „aber wir haben 30 Millionen Franzosen hinter uns!" Und in diesem kühnen Worte lag keine große Uebertreibung; denn je offener die Ultraroyalisten mit ihren Planen hervortraten und je mehr die Regierung sich auf ihre Seite neigte, um so entschiedener wandte die öffentliche Meinung sich nicht allein von dem Ministerium, welches zufällig die Geschäfte leitete, sondern überhaupt von der Restauration ab, deren ganze politische Richtung man immer allgemeiner als unvereinbar mit den wahren Interessen der Nation erkannte. Von alle dem schien Villèle, nur um die Mittel zur Behauptung seiner Stellung und um die unmittelbaren Bedürfnisse des Augenblicks besorgt, nichts zu bemerken. Die Pairskammer war zu besonnen und zu gemäßigt, um über die Opposition gegen einzelne Maßregeln hinauszugehen; und wie leidenschaftliche Anfeindungen Villèle auch in der Abgeordnetenkammer zu erfahren

hatte, so blieb ihm doch seine Mehrheit unter allen Umständen treu; und mehr bedurfte er nicht, um sich in vollkommener Sicherheit über alle Ausfälle seiner Gegner hinwegzusetzen.

Nachdem es ihm auf diese Weise gelungen war, glücklich und wohlbehalten den Schluß der Session zu erreichen, ging er daran, die Verwaltung, an deren Spitze er sich befand, noch sicherer in seinen Händen zu befestigen. Das Ministerium des Auswärtigen war bisher unbesetzt geblieben, und nur zeitweilig dem Marquis du Mouſtier übertragen worden, einem Manne, der, obwohl ohne tieferen politischen Blick, doch eine viel zu entschiedene Selbstständigkeit zeigte, als daß der erste Minister, der nur Werkzeuge seines Willens in der Verwaltung haben wollte, mit seiner Wahl nicht bald im höchsten Grade unzufrieden geworden wäre. Unmittelbar nach der Beendigung der Session wurde General Damas, der schon als Kriegsminister seine Bedeutungslosigkeit hinreichend bewährt hatte, zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt. Das Ministerium des Kriegswesens erhielt an seiner Statt Herr von Clermont-Tonnerre, der bisherige Marineminister, und die Verwaltung der Marine ging auf Chabrol de Crousol über, der zwar von dem Seewesen nicht die geringste Kenntniß hatte, dafür aber das Verdienst besaß, mit gefälligen Formen, die ihn nirgends anstoßen ließen, eine unbedingte Ergebenheit gegen Villèle zu verbinden. General Lauriston, ein Hofmann, zu dem jedoch der Premierminister kein rechtes Vertrauen hatte, wurde durch das Anerbieten einer hohen Hofcharge bestimmt, das Ministerium des königlichen Hauses an den Herzog von Doudeauville abzutreten, der bei der Partei der Frommen im höchsten Ansehen stand, und durch seine Verbindungen diese enger an die Verwaltung knüpfte. An diese Veränderungen in der Besetzung der verschiedenen Ministerien schlossen sich nicht weniger bedeutende Veränderungen in der Besetzung der untergeordneten Stellen der Verwaltung an; Villèle erhielt dadurch eine Gelegenheit, die treue Anhänglichkeit zu belohnen und zugleich die ganze Verwaltung in bessern Einklang mit dem Geiste zu bringen, der in der Abgeordnetenkammer vorherrschte. Das Letzte erschien um so unabweislicher, je mehr der aufgeklärte, wenngleich von mancherlei Vorurtheilen befangene Fürst, der ungeachtet seiner körperlichen Schwäche noch immer einen Damm gegen das allzu auffallende Uebergreifen des geistlichen Einflusses bildete, sich seiner Auflösung näherte. Der Graf von Artois, der durch den Tod sei-

nes Bruders von einem Tage zum andern auf den Thron berufen werden konnte, hatte sich mit seinen zunehmenden Jahren immer ungetheilter einer Richtung hingegeben, die ihn für sich selbst alles Heil in äußerlichen religiösen Uebungen, für das Land in der Begünstigung der überspanntesten priesterlichen Ansprüche suchen ließ. Villèle begriff, daß mit dem Systeme, zu dessen Annahme er durch die Neigungen des Thronfolgers gedrängt wurde, nichts unvereinbarer war, als die Freiheit der Presse, die ihm selbst in jenem frühern Zeitpunkte, als er es noch für räthlich hielt, den Uebertreibungen des religiösen Fanatismus zu steuern, schon mancherlei Verlegenheiten bereitet hatte. Mit der Vorsicht, die ihn niemals verließ, versuchte er zuerst, die Erörterungen der Presse ohne alles Aufsehen in der Stille zu ersticken. Der Plan war von der nächsten Umgebung des Grafen von Artois ausgegangen, aber er war unausführbar, wenn der Finanzminister nicht die dazu erforderlichen Geldmittel lieh. Denn es handelte sich um nichts Geringeres, als um den allmälig zu bewirkenden Ankauf aller unabhängigen Journale. Man machte den Anfang mit ein paar kleineren Blättern, die verschwanden, ohne daß irgend Jemand darauf geachtet hätte. Einigen Verdacht erregte es, als auch die Tablettes Universelles, eine vielgelesene liberale Zeitschrift, dasselbe Schicksal traf. Aber das ganze Getriebe kam an den Tag, als man ein bedeutendes Tagblatt von der royalistischen Opposition, die Quotidienne, in ministerielle Hände zu spielen suchte. Der Herausgeber, der anfangs getäuscht worden war, widersetzte sich; und ein Proceß war die Folge, der durch die Gerichte zu seinen Gunsten entschieden wurde. Es gab einen ungeheuern Scandal, den die Gegner des Ministeriums in der Abgeordnetenkammer begierig ergriffen, um dasselbe mit wohlverdienten Vorwürfen zu überladen. So wie der Anschlag einmal aufgedeckt war, mußte man denselben als vereitelt ansehen. Es blieb daher nichts Anderes übrig, als ohne Umschweife auf dem geraden Wege zum Ziele zu schreiten. Das Preßgesetz vom J. 1822 gab der Regierung das Recht, unter Umständen von ernster Bedeutung, die Censur wiedereinzuführen. Die Kammern waren keine vierzehn Tage geschlossen, als das Ministerium von diesem Rechte Gebrauch machte. Durch eine königliche Ordonnanz vom 15. August wurde die periodische Presse von neuem der Censur unterworfen. Nachdem dadurch jede freie Beurtheilung der ministeriellen Maßregeln unmöglich geworden war, ging Villèle auf dem Wege, den er

schon bei seiner ersten Ergänzung und Umgestaltung des Ministeriums eingeschlagen, einen Schritt weiter, indem er ein besonderes Ministerium für die geistlichen Angelegenheiten schuf, mit dem er zugleich die oberste Aufsicht über das gesammte Unterrichtswesen vereinigte, und das er einem hohen geistlichen Würdenträger, dem Grafen Frayssinous, Bischofe von Hermopolis in partibus, übertrug. Außerdem wurde der Cardinal de la Fare, Erzbischof von Sens und Auxerre, zum Staatsminister ernannt, während zwei andere Erzbischöfe, jener von Besançon, Graf Fére de Villefrancon, und der Erzbischof von Rheims, Graf Latil, sowie der Bischof von Autun, Graf de Vichy, in den Staatsrath gezogen wurden. Die geistliche Beimischung, welche die Verwaltung auf diese Weise erhielt, konnte bei der Abgeordnetenkammer, sobald diese wieder zusammentrat, der freudigsten Zustimmung gewiß seyn; eben so sehr entsprach sie dem Herzen des Grafen von Artois, der bei der Abnahme der körperlichen und geistigen Kräfte des Königs einen mehr und mehr überwiegenden Einfluß auf die Staatsgeschäfte gewann.

Ludwig XVIII. war bereits in einen Zustand gefallen, der es ihm nicht mehr erlaubte, seine persönlichen Ansichten in Bezug auf die öffentlichen Angelegenheiten geltend zu machen. Unfähig sich zu bewegen, wurde er nur noch durch die Kunst der Aerzte in einer Art Traumleben erhalten; aber so sparsam die Momente dem langsam absterbenden Fürsten zugetheilt waren, so vereinigten sich doch auch jetzt noch frömmelnder Ehrgeiz und schmutzige Habsucht, dieselben zu verkürzen. Eine schöne Frau von vornehmem Stande, das Werkzeug der Partei der Frommen am Hofe, die es nicht verschmähte, sich eines solchen Mittels zu bedienen, um den klaren Geist des Königs zu umstricken, war ehrlos genug, die letzten Kräfte des lebendig Verwesenden durch vergebliche Versuche zur Anreizung der Sinnenlust zu verzehren. So nahte sich jener ernste Augenblick, der das Ende alles irdischen Glanzes ist, und der den letzten und niedrigsten der Erdensöhne mit dem ersten und höchsten in gleiche Reihe stellt. In dem Gefühle des Todes, der bereits nach seinem Herzen griff, ermannte Ludwig XVIII. sich noch einmal zu dem vollen Bewußtseyn seiner Würde und seiner Geisteskraft. Er befahl den Ministern, fortan ihre Vorträge seinem Bruder zu halten. „Ich habe noch Pflichten zu erfüllen," sagte er dem Grafen von Artois; „Sie, mein Bruder, haben Geschäfte, die Ihre Gegenwart erfordern." Darauf besprach er sich in vertraulicher Unterredung mit dem Thron-

folger über die Schwierigkeiten, die er selbst bei seiner Regierung zu überwinden gehabt, und die diesem noch bevorständen. „Ich habe zwischen den Parteien lavirt," sagte er mit erlöschender Stimme, „wie Heinrich IV.; aber ich habe vor ihm den Vorzug, daß ich in meinem Bette, in den Tuilerien, sterbe. Handeln Sie, wie ich gethan habe, und Sie werden zu demselben Ende des Friedens und der Ruhe gelangen. Ich verzeihe Ihnen allen Kummer, den Sie mir verursacht haben, in der Hoffnung, die ich auf Ihr Benehmen als König setze." Nachdem er diese Worte gesprochen, verlangte er, daß die ganze königliche Familie sich um ihn versammele. Der königliche Greis, der nie während seines Lebens so groß und so verehrungswürdig erschienen war, als jetzt im Tode, nahm von den Weinenden in würdiger Fassung Abschied und ertheilte ihnen seinen Segen. Als der junge Herzog von Bordeaux in seine Nähe gebracht wurde, sagte er, die Hand mit Anstrengung gegen seinen Bruder erhebend: „Möge Karl X. diesem Kinde die Krone bewahren!" Der Todeskampf des sterbenden Königs verlängerte sich über alle Erwartung vom 13. bis zum 16. September. So wie Ludwig XVIII. den Geist aufgegeben hatte, zogen die anwesenden Prinzen und Hofleute sich in ein anstoßendes Zimmer zurück; Karl X. verweilte allein, in tiefer Rührung noch einige Augenblicke an dem Sterbebette seines Bruders. Als er dasselbe verließ, öffnete der erste Kammerherr, Graf von Damas, der ihm einige Schritte vorausging, beide Flügelthüren des Gemaches und rief mit lauter Stimme: „Meine Herren, der König!" Alle Anwesenden warfen sich bei dieser Ankündigung auf die Kniee und geleiteten den neuen Regenten bis in sein Cabinet. Eine Stunde darauf reis'te Karl X. mit seiner ganzen Familie nach dem königlichen Schlosse Saint-Cloud ab. Dies waren die Formen, welche die alt herkömmliche Etikette vorschrieb. Die sterblichen Reste Ludwig's XVIII. wurden mit großem Pompe nach der königlichen Grabstätte zu Saint-Dénis abgeführt; aber kein Priester zeigte sich bei dem Leichenbegängniß, weil zwei hohe Würdenträger der Kirche, der Großalmosenier und der Erzbischof von Paris, sich nicht darüber hatten vereinigen können, welcher von beiden die Befugniß habe, die kirchlichen Ceremonien zu ordnen. Ein Zeichen so übler Vorbedeutung rief der geistliche Hochmuth hervor, ehe noch der Leichnam des Fürsten, den die Franzosen nach seinem Tode in dankbarer Anerkennung den Vater der Charte nannten, zur letzten Ruhe eingegangen war.

So verschieden die Gesinnungen Karl's X. von jenen seines Bruders waren, so war doch der Uebergang von der einen Regierung zu der andern so wohl vorbereitet, daß derselbe ohne die Feierlichkeiten, welche den Thronwechsel begleiteten, kaum bemerkt worden wäre. In der That hatte der Graf von Artois während der letzten beiden Jahre auf alle öffentliche Angelegenheiten bereits einen entscheidenden Einfluß geübt; und einer seiner ersten Schritte bei seiner Thronbesteigung war, den Ministern die Versicherung zu ertheilen, daß in dem Gange der Verwaltung nichts verändert werden sollte. Obwohl ursprünglich mit den Formen der Verfassung nichts weniger als zufrieden, hatte er sich doch allmälig mit denselben versöhnt; und als zu St. Cloud die anwesenden Mitglieder der beiden Kammern Karl X. vorgestellt wurden, erklärte er ihnen: „Ich habe als Unterthan versprochen, die Charte und die Einrichtungen aufrecht zu erhalten, welche wir dem Fürsten verdanken, den wir beklagen; heute, da sich die Gewalt in meinen Händen befindet, werde ich sie ungetheilt darauf verwenden, zum Wohle meines Volkes den großen Act zu befestigen, den ich aufrecht zu halten geschworen habe.“ Daß es dem nicht allzu weit blickenden, aber von aller Heuchelei weit entfernten Fürsten mit diesen feierlich gesprochenen Worten vollkommen Ernst war, läßt sich auf keine Weise bezweifeln. Die Frage blieb nur, ob er bei den Ansichten, die ihn von Jugend auf beherrschten, im Stande war, seinem Vorsatz in dem Sinne auszuführen, in dem die Nation die ihr ertheilte Zusage verstehen mußte; und dagegen konnten allerdings gerechte Bedenken aufsteigen, wenn man sah, wie in den ersten Tagen der neuen Regierung Erinnerungen aufgefrischt wurden, die, wenn auch ohne unmittelbare politische Bedeutung, doch vor aller Welt offen darlegten, in wie schroffem Widerspruche die Richtung und die Neigungen des Hofes zu den Vorstellungen der Gegenwart standen. Für den Herzog von Angoulême und seine Gemahlin wurden die alten längst vergessenen Titel Dauphin und Dauphine erneut; die Kammerherren des Thronfolgers wurden wieder zu Menins, was einst die höfische Bezeichnung für die jungen Herren war, die gemeinschaftlich mit dem Prinzen erzogen wurden. Die Pariser witzelten über die bejahrten Gespielen des Herzogs von Angoulême, aber sie verziehen dem bereits in das Greisenalter getretenen Könige eine Schwäche, die das liebenswürdigste persönliche Benehmen wieder gut machte. Karl X. besaß bei sonst nichts weniger als ausgezeichneten Geistesgaben, doch in hohem

Grade jenes feine Gefühl des gesellschaftlichen Anstandes, welches bei der leicht beweglichen Menge in Frankreich selten seine Wirkung verfehlt. Da er überdies durch seine offene Erklärung zu Gunsten der Charte die Besorgnisse zerstreute, die in dieser Beziehung früher geherrscht hatten, so sah er sich bald von einer Volksgunst umgeben, die seinem weisern Bruder während der ganzen Dauer seiner Regierung in diesem Maße niemals zu Theil geworden war. Als Karl X. von St. Cloud aus seinen feierlichen Einzug in die Hauptstadt hielt, wurde er von den dichtgedrängten Volksmassen mit freudigem Zurufe und mit Aeußerungen der Liebe und der Ergebenheit empfangen, die auf den eben so eiteln als im Grunde des Herzens gutmüthigen Fürsten sichtlich den wohlthuendsten Eindruck hervorbrachten. Am Abende desselben Tages, als in den Tuilerien sich der Ministerrath versammelte, brachte der Dauphin, dem die Wünsche seines Vaters nicht unbekannt seyn konnten, die Aufhebung der Censur in Vorschlag, und die Minister, die sechs Wochen vorher die engste Beschränkung der Presse für die Aufrechthaltung der Monarchie unerlaßlich erklärt hatten, fanden jetzt, da die höchsten Personen des Königreichs sich zu einer entgegengesetzten Ansicht neigten, die Entfesselung der Presse beinahe eben so unerlaßlich. Die königliche Ordonnanz, welche die Aufhebung der Censur verfügte, rief einen allgemeinen Freudenrausch hervor. Zum ersten Male war wenigstens für den Augenblick aller Parteihaß vergessen; zum ersten Male stimmten alle Journale ohne Unterschied der Farbe in dem Lobe einer Maßregel der Regierung überein; alle wetteiferten in Betheuerungen der Liebe und der Treue gegen einen Thron, der jetzt zum ersten Male ein wahrhaft volksthümlicher geworden zu seyn schien.

Aber mitten in dem freudigen Taumel, von dem nicht allein die Bevölkerung der Hauptstadt, sondern die Masse der französischen Nation hingerissen war, konnte der schärfere Blick schon jetzt die Ursachen der großen Veränderung sich nicht verbergen, die früher oder später in der öffentlichen Stimmung eintreten mußte. Das religiöse Gefühl war bei dem Mittelstande in Frankreich so gut als völlig erloschen; das Geschlecht, welches seit der Revolution herangewachsen war und alle Eindrücke derselben in sich aufgenommen hatte, war gegen den christlichen Glauben zwar nicht feindselig gesinnt, aber, was beinahe noch schlimmer ist, vollkommen gleichgültig. Von diesem Zustande der religiösen Bildung seines Volkes hatte

Karl X. keinen Begriff. Er selbst war ein eifriger Katholik und fand in den religiösen Uebungen, welche die katholische Kirche vorschreibt, seinen einzigen Trost gegen die Beängstigungen, mit denen die Erinnerung an so manche Sünden seiner Jugend bei zunehmendem Alter sein Gewissen bestürmte. Er hielt es für heilige Pflicht, in den Rath seiner geistlichen Beistände unbedingtes Vertrauen zu setzen; und es wurde dem Clerus, dem Villèle bereits trefflich vorgearbeitet hatte, daher leicht, einen beinahe unbeschränkten Einfluß auf alle Zweige der Verwaltung zu gewinnen. Die Congregation, die bisher mehr im Verborgenen gewirkt hatte, erhob jetzt offen ihr Haupt; und man hielt es kaum noch der Mühe werth, die geheimen Triebfedern zu verbergen, welche diese religiöse Vereinigung leiteten. Die Jesuiten — freilich nur spärliche Trümmer dieses einst so mächtigen Ordens, den die gemeinschaftlichen Anstrengungen aller Regierungen nie ganz zu vernichten vermochten — hatten schon zur Zeit des Kaiserreiches unter den Namen der Väter des Glaubens (Pères de la Foi) Eingang in Frankreich gefunden. Unter der Regierung Ludwig's XVIII., so wenig dieser aufgeklärte Fürst sie begünstigte, war es ihnen gelungen, den öffentlichen Unterricht allmälig ganz ihrer Aufsicht zu unterwerfen. Sie hatten gegen den Buchstaben des Gesetzes eine nicht unbedeutende Zahl anerkannter Profeßhäuser, die sämmtlich unter der Leitung ihrer beiden großen Niederlassungen zu Montrouge und St. Acheul in der Nähe von Paris standen. Da die Statuten des Ordens die Aufnahme von Mitgliedern gestatten, die nicht das vollständige Gelübde, sondern nur das eidliche Versprechen unverbrüchlichen Gehorsams gegen ihre geistlichen Oberen ablegen, im Uebrigen aber ihren gewöhnlichen weltlichen Beschäftigungen nachgehen und im gesellschaftlichen Verkehr durchaus ungebunden sind, so fehlte es nicht an vornehmen Herren und Männern aus den ersten Familien, denen es vortheilhaft schien, sich auf bequeme Weise den Himmel zu erkaufen. Wurde doch behauptet, daß Karl X. selbst in einer schwachen Stunde sich habe affiliiren lassen, wofür man inzwischen den Beweis schuldig geblieben ist. Gewiß ist, daß es bald nach dem Regierungsantritte dieses Fürsten unter den höchsten Beamten und überhaupt in der vornehmen Welt zur Mode wurde, nach St. Acheul oder Montrouge zu gehen, dort eine Zeitlang zu verweilen und unter der Leitung der frommen Väter, die es nicht verschmähten, für eine wohlbesetzte Tafel und für alle Erfordernisse des Luxus zu sorgen, religiöse

Uebungen vorzunehmen. Der Orden hatte seine Hände überall und in Allem: unter den Pairs zählte er geheime Mitglieder, in der Abgeordnetenkammer verfügte er über die Mehrheit, und man kann sagen, daß seine Eingebungen es vorzugsweise waren, durch welche die ganze Regierung ihre Richtung erhielt. Selbst in einer weniger dem religiösen Glauben entfremdeten Zeit mußte die ausschließende Herrschaft eines geistlichen Ordens in allen Classen der Gesellschaft auf entschiedenen Widerstand stoßen; in dem Frankreich, welches Karl X. zu regieren berufen war, hatte dies geistliche Regiment mit Ausnahme einer geringen Zahl von Gläubigen und einer nicht viel größern von ehrgeizigen Heuchlern die ganze Nation gegen sich. Es kam daher nur darauf an, daß auf beiden Seiten der Schild offen erhoben wurde, und der Kampf mußte beinahe in demselben Augenblicke, in dem er begann, auch beendigt seyn. Der gröbste Widerspruch, in den die Regierung unter diesen Umständen mit sich selbst fallen konnte, war die Herstellung der Preßfreiheit; denn wenn überhaupt für die Richtung, der sie sich hingab, der Sieg möglich war, so war er dies, so lange die Wege, die man einschlug, im Dunkeln blieben. So wie es der Presse verstattet war, den Feind auf jedem seiner Schritte zu verfolgen und alle seine Plane vor der Nation aufzudecken, ließ sich der Ausgang mit leichter Mühe vorhersehen. Villèle, der doch weder den frommen Glauben, noch die blinde Zuversicht des Königs theilte, täuschte sich über die Macht, die der Regierung zu Gebote stand, so sehr, daß er keine Scheu trug, die überzahlreichen Reihen der Gegner noch durch eine ganze Masse der einflußreichsten und bedeutendsten Namen zu verstärken. Eine königliche Ordonnanz ertheilte unter den nichtigsten Vorwänden nicht weniger als funfzig Generallieutenants und hundert Generalmajors (maréchaux de camp), die ihre Grade auf den Schlachtfeldern der Republik und des Kaiserreiches erworben hatten, auf einmal ihren Abschied. Fast sollte man sich versucht fühlen, anzunehmen, daß er in der Voraussicht eines bevorstehenden gewaltsamen Bruches zwischen dem Königthume und der Nation der letzten zum voraus habe ihre Führer anweisen wollen. Wenigstens würde es ihm schwer gefallen seyn, zweckmäßiger zu verfahren, wenn dies wirklich seine Absicht gewesen wäre.

Zum 22. December waren die Kammern einberufen. Die Thronrede, mit der Karl X. dieselben eröffnete, war mit kluger Umsicht darauf berechnet, das Vertrauen zu erhalten, welches die

neue Regierung bei ihrem Anfange der großen Masse der Nation eingeflößt hatte. Der König sprach zuförderst von dem traurigen Ereignisse, welches ihn eines geliebten Bruders, Frankreich eines weisen und guten Regenten beraubt habe. „Das Andenken an seine Regierung," sagte er, „wird nie erlöschen; Ludwig XVIII. hat nicht allein den Thron seiner Ahnherren wieder aufgerichtet, sondern er hat ihn auch durch Einrichtungen befestigt, welche, die Vergangenheit und die Gegenwart vereinend, Frankreich die Ruhe und das Glück wiedergegeben haben." „Das Vertrauen," fuhr Karl X. fort, indem er zu seiner eigenen Regierung überging, „das Vertrauen, mit dem meine Thronbesteigung aufgenommen wurde, soll nicht getäuscht werden. Ich kenne alle Pflichten, welche das Königthum mir auflegt, und stark in der Liebe meines Volkes, hoffe ich den Muth und die Kraft zu haben, sie wohl zu erfüllen." Die Rede schilderte hierauf die äußere und innere Lage des Landes als vollkommen befriedigend. „Die Entwickelung unsers Wohlstandes nimmt ihren Fortgang; diese heilsame Bewegung wird durch die Verbesserungen unterstützt werden, welche die Religion und die wichtigsten Theile unserer Gesetzgebung erheischen. Mein Bruder fand eine große Beruhigung darin, daß es ihm verstattet war, die Mittel zur Heilung der letzten Wunden der Revolution vorzubereiten. Jetzt ist der Augenblick gekommen, seine reifen Entwürfe auszuführen. Diese große Handlung der Gerechtigkeit wird vollbracht werden, ohne die Abgaben zu vermehren, ohne dem Credite zu schaden und ohne irgend einen Theil der Summen anzugreifen, die für den öffentlichen Dienst bestimmt sind. Diese Ergebnisse verdanken wir der durch Ihre Mitwirkung hergestellten Ordnung, dem Wohlseyn des Staates und dem Frieden, dessen Frankreich sich erfreut." Zum Schlusse kündigte der König an, daß es seine Absicht sey, die erste Session der Gesetzgebung während seiner Regierung durch die Feierlichkeit seiner Krönung zu beendigen. „Sie werden," sagte er, „dieser erhabenen Feierlichkeit beiwohnen, und ich werde in Gegenwart dessen, der über Völker und über Könige richtet, meinen Eid erneuen, die Gesetze des Staates und die von meinem Bruder verliehenen öffentlichen Einrichtungen aufrecht zu halten." Zwei Punkte in der Thronrede, obwohl beide nicht ohne Absicht in den allgemeinsten Ausdrücken gehalten, waren geeignet, die öffentliche Meinung zu beunruhigen. Davon war der erste jener, der die Verbesserungen berührte, welche die Religion erheische. Man wußte zu gut, was die royalistische

Partei unter den Forderungen der Religion verstand, um nicht zu begreifen, daß es sich, sobald von denselben die Rede war, nur um neue Zugeständnisse an den Geist der Unduldsamkeit und an die Herrschsucht der Geistlichkeit handeln könne. An den Gedanken einer Entschädigung der Ausgewanderten, durch welche nach der amtlichen Redeweise die letzten Wunden der Revolution geheilt werden sollten, hatte man sich, wie sehr derselbe auch dem allgemeinen Gefühle der Nation widersprach, doch bereits seit einem Jahre gewöhnt; man sah in der Entschädigung die Abtragung einer Schuld, welche die Restauration einmal übernommen habe, und man glaubte sich dieselbe daher als eine nothwendige Folge der letzten gefallen lassen zu müssen. Nur fürchtete man, daß in der wunderbaren Weise, mit der die Durchführung dieser Maßregel bewirkt werden sollte, ohne die Auflagen zu vermehren, ohne dem Credite zu schaden und ohne den öffentlichen Dienst zu beeinträchtigen, der Plan verborgen liege, das im vergangenen Jahre von den Pairs verworfene Gesetz über die Herabsetzung der Zinsen der Staatsschuld wieder hervorzusuchen, und alle Besorgnisse, die dieses damals unter den zahlreichen Rentenbesitzern der Hauptstadt erregt hatte, wurden daher von neuem erweckt.

Wenige Tage vergingen, und die Zweifel, die in der einen wie in der andern Beziehung die Gemüther befangen hielten, wurden gelöst. Der Pairskammer wurden zwei Gesetzentwürfe vorgelegt, welche die angekündigten religiösen Verbesserungen enthielten: ein Gesetz über die Kirchenfrevel oder das Sacrilegium und ein anderes Gesetz über die Errichtung weiblicher religiöser Gemeinschaften. Zu gleicher Zeit brachte der erste Minister drei andere Gesetze in die Abgeordnetenkammer, von denen das erste die Feststellung der sogenannten Civilliste oder der für den König und das königliche Haus ausgeworfenen Summen betraf, das zweite die bei der Entschädigung der Ausgewanderten zu beobachtenden Grundsätze anordnete und das dritte einen neuen Plan zur Umwandlung der 5 Procent tragenden Renten darlegte, aber nicht wieder, wie man besorgt hatte, zu einer gezwungenen Umwandlung, sondern zu einer freiwilligen dem eigenen Gutbefinden der Rentenbesitzer überlassenen, wodurch also wenigstens die Befürchtungen, die in dieser Beziehung bestanden, zerstreut wurden. In der Abgeordnetenkammer kam zuerst das Gesetz über die Civilliste in Berathung, das bei dem royalistischen Eifer der Mehrheit gewiß nicht den geringsten Anstand gefun-

den hätte, wenn in dasselbe nicht eine Bestimmung zu Gunsten des Herzogs von Orleans aufgenommen worden wäre, dem die Ultra es niemals verzeihen konnten, daß er der Sohn eines Königsmörders war und die Waffen zur Vertheidigung seines Vaterlandes getragen hatte. Ludwig XVIII. hatte dem Herzoge im Jahre 1814 die von der Revolution eingezogenen Güter seines Hauses, so weit dieselben nicht in Privathände übergegangen waren, zurückgegeben; aber der scharfsichtige Fürst konnte sich eines tiefgefühlten Mißtrauens gegen die Person seines Vetters nicht erwehren und er enthielt sich daher jedes Schrittes, durch den — wie er ohne Rückhalt erklärte — der dem Throne ohnedies so nahe stehende Prinz demselben noch mehr genähert worden wäre. Der Familie des Herzogs war daher weder der Titel königliche Hoheit zugestanden, den diese wiederholt erbeten hatte, noch waren die Besitzungen der Nebenlinie als Apanage anerkannt und dadurch unter die Garantie der Nation gestellt. Karl X., der für Eindrücke des Gemüthes empfänglicher war, als sein Bruder, ließ sich durch das geschmeidige einnehmende Wesen des Herzogs leicht gewinnen; unmittelbar nach seinem Regierungsantritte beeilte er sich, dem Sohne des Bürgers Philipp Egalité und dessen Angehörigen die längst ersehnte königliche Hoheit zu verleihen, und auf seinen ausdrücklichen Befehl wurde in das Gesetz über die Civilliste neben der Bestimmung über die Apanage der königlichen Familie eine andere eingeschaltet, welche die aus der ursprünglichen Apanage der Linie Orleans herrührenden Besitzungen von neuem in dieser Eigenschaft anerkannte. Damit waren die Ultra der Abgeordnetenkammer übel zufrieden; alle Ergebenheit, die der Herzog später der Sache des Königthumes bewiesen, vermochte in ihren Augen die revolutionairen Erinnerungen nicht zu verwischen, die an seinem Namen hafteten: und es gelang Villèle nicht eher, die Abneigung der Kammer zu überwinden, als bis er den persönlichen Willen des Königs geltend machte, dem die royalistische Mehrheit unmöglich entgegen seyn konnte, sobald sie nicht allen ihren Grundsätzen untreu werden wollte.

Den ungetheiltesten Beifall bei der ganzen royalistischen Partei fand anfangs, ehe die näheren Bestimmungen bekannt wurden, der Gesetzentwurf über die Entschädigungen der Ausgewanderten: aber auch hier zeigte es sich bald, wie schwer es war, Ansprüche zu befriedigen, die sich in demselben Verhältnisse steigerten, in dem die Aussichten auf erfolgreiche Unterstützung zunahmen. Nach dem

ministeriellen Plane sollten 30 Millionen Renten zu 3 Procent, die folglich ein Capital von 1000 Millionen Franken darstellten, dazu verwandt werden, um die Ausgewanderten für ihre Verluste zu entschädigen. Bei der Berechnung dieser Verluste sollten nur die liegenden Gründe in Anschlag kommen, nach dem wahrscheinlichen Werthe, den sie zur Zeit der Confiscation gehabt hatten. Eine Entschädigung für das verlorene bewegliche Vermögen war als unzulässig erkannt worden, weil für dieses kein Maßstab der Schätzung aufzufinden war, und außerdem wohl auch, weil man sich nicht verbergen konnte, daß Einbußen dieser Art andere Classen in nicht geringerm Maße getroffen hatten, als die Ausgewanderten, und weil es denn doch eine gar zu schreiende Ungerechtigkeit gewesen wäre, wenn man die letzten für Nachtheile, die sie nicht allein erfahren, allein schadlos gehalten hätte. Keine einzige der Bestimmungen des Entschädigungsgesetzes genügte den überspannten Forderungen, welche die Ultra erhoben; und als die Erörterungen in der Abgeordnetenkammer begannen, boten dieselben das sonderbare Schauspiel, daß der ministerielle Entwurf, der doch ausschließlich darauf berechnet war, der royalistischen Partei zu gefallen, von den wenigen Stimmführern der Liberalen kaum heftiger bekämpft wurde, als von manchen der einflußreichsten und entschiedensten Royalisten. Die Gesichtspunkte, von denen beide Theile ausgingen, waren freilich so weit von einander entfernt, als Himmel und Erde. Die Liberalen erklärten sich mit glühender Erbitterung gegen die Entschädigung, weil sie die Auswanderung nicht als eine That großmüthiger Aufopferung betrachteten, die belohnt zu werden verdiene, sondern als ein Verbrechen gegen das Vaterland, das höchstens auf Verzeihung Anspruch machen dürfe. Die Ultraroyalisten waren dagegen der Meinung, daß die Minister der Revolution und den Revolutionairen noch viel zu große Zugeständnisse machten und daß sie dadurch die Pflichten verletzten, die sie gegen die geheiligte Sache des Königthumes hätten. Der liberale Labbey de Pompières, der zuerst die Tribune bestieg, warf die Frage auf, ob die Ausgewanderten denn wirklich Alles verloren hätten, wie man vorgebe. Er erklärte dies für eine lügnerische Erdichtung, weil man nur die Wählerlisten durchzusehen brauche, um zu sehen, daß beinahe alle Ausgewanderte oder ihre Erben durch ihren Steuersatz nicht allein Wähler, sondern auch wählbar wären. „Die Confiscation," sagte er zur Rechtfertigung dieser Maßregel, hat zwei Ursachen gehabt,

einmal die Nothwendigkeit, den dringenden Bedürfnissen des Staates abzuhelfen, die jeder Tag vermehrte, sodann die eben so entschiedene Nothwendigkeit, die Partei, die das Vaterland zerfleischte, ihrer Hülfsmittel zu berauben. Wo wäre die Macht, welche Anstand nähme, dem Feinde seine Angriffsmittel zu entziehen? Die Confiscation war also eine Handlung der Selbsterhaltung und nicht der Rache.“ Mit nicht geringerer Kraft sprach sich in gleichem Sinne der General Foy aus. „Was suchten die Ausgewanderten im Auslande?“ rief er aus: „Den Krieg! Den Krieg im Gefolge eines Heeres, das Frankreich erobern sollte; den Krieg unter Führern und mit Soldaten, deren Ehrsucht und Wuth sie nach dem Siege nicht zu mäßigen im Stande gewesen wären. Gern lege ich Handlungen, die durch Hingebung nnd Begeisterung hervorgerufen sind, edle Beweggründe unter, aber ich vergesse nicht, daß auch die Nationen den Trieb und die Pflicht der Selbsterhaltung haben. Alle haben von jeher die feindliche Auswanderung mit den schwersten Strafen belegt, die ihre Gesetzbücher enthielten. So will es das Gesetz der Natur, das Gesetz der Nothwendigkeit; und wenn dieses Gesetz nicht bestände, so müßte man es an dem Tage erfinden, wo das Vaterland in Gefahr geriethe. Die Nation, die den Grundbedingungen ihrer Selbsterhaltung entsagen könnte, wäre keine Nation mehr; sie würde ihre Unabhängigkeit aufgeben, die Schande dafür eintauschen und einen Selbstmord begehen. Unter den auf die Auswanderung gesetzten Strafen war eine der schwersten jene der Vermögenseinziehung; eine harte Strafe, ganz im Geiste des Lehenwesens, welches im Staate nichts als Familien sah, bald diese übermäßig vergrößerte und bereicherte, um die Dienste eines Einzelnen zu belohnen, bald die Unschuld der Kinder bestrafte, um das Verbrechen des Vaters zu sühnen. Die Confiscation lag im gemeinen Rechte Frankreichs und zwar nicht bloß die durch gerichtliche Urtheile ausgesprochene, sondern auch die durch politische Acte auf ganze Massen Franzosen geschleuderte. Zwar wendet man ein, die Confiscation sey 1790 aufgehoben worden. Die Thatsache ist wohlbegründet; aber ein anderer Beschluß der gesetzgebenden Versammlung stieß jenen frühern Beschluß um; im J. 1792 wurde die Confiscation wieder eingeführt, und dies geschah mit demselben Rechte, mit dem sie zwei Jahre vorher aufgehoben war. Wollte man dieses Recht in Zweifel ziehen, so dürfen wir uns nur auf die Charte berufen. Die Charte hat alle Gesetze bestätigt, die an

dem Tage ihrer Bekanntmachung Frankreich regierten: die Gesetze über die Vermögenseinziehung der Ausgewanderten; wie alle übrigen. Um den Ausgewanderten alle Aussicht auf Wiedereinsetzung in ihre Güter oder auf Entschädigung abzuschneiden, hat die Charte ausdrücklich erklärt, daß jeder Besitz unverletzt erhalten werden solle, und hat sie festgestellt, daß die Entschädigungen für jede Einziehung von Eigenthumsrechten, die um des öffentlichen Nutzens willen erfolgte, vorausgehend seyn müßten. Wie könnte man aber eine Entschädigung vorhergehend und der Charte gemäß nennen, die man für ein Opfer bewilligte, welches vor dreißig Jahren gebracht wurde? Nach dem gesetzlich bestehenden Rechtszustande können sich die Ausgewanderten daher unmöglich als die Gläubiger Frankreichs darstellen. Dennoch fordern sie, in Ermangelung einer unmittelbaren Schuldklage gegen das Land, bald das Königthum auf, eine Privatschuld abzutragen, die sie als den Lohn ihrer Treue und Ergebenheit fordern, als ob diese Treue und Ergebenheit den König in den Palast seiner Ahnen zurückgeführt hätte; bald vergleichen sie ihre angeblichen Rechte denen des Thrones, erheben Alter gegen Alter, Legitimität gegen Legitimität und sprechen von einer Souverainität des Grundeigenthumes, die an Unantastbarkeit jener der Krone nicht nachstehen soll. Weisen wir diese die Monarchie und die Charte umstürzenden Lehren zurück; dulden wir nicht, daß die Ansprüche einer Partei Gleichheit und Rechtsgemeinschaft zwischen der Familie unserer Könige und anderen Familien herstellen! Das ist die Grundlehre der Erbmonarchie, daß der Thron der Nation gehört; daß er mit ihr verschmolzen und eins geworden, daß er für sie und allein zu ihrem Besten von dieser Dynastie und keiner andern, von diesem Fürsten und keinem andern besessen ist. Privatbesitzungen gehen von Hand zu Hand, werden verkauft und zertrümmert, um einer größern Anzahl Genuß zu verschaffen; doch mitten in dieser Bewegung bleibt der Thron allein untheilbar und unbeweglich zur Sicherheit und zum Schutze Aller. Wenn einst ein Orkan den Monarchen von der Monarchie losriß, so ist jetzt der Sturm vorüber: der Fürst ist dem Lande wiedergegeben, und Jene würden die königliche Majestät verleumden, die sie zur Hülfsmacht einer Meinung oder einer Partei herabwürdigen und den König von Frankreich anderswohin stellen wollten, als an die Spitze der Liebe und des Ruhmes der Gesammtheit des französischen Volkes.“ Ungleich schroffer und schärfer, als der tapfere

General, der bei aller Entschiedenheit seiner Ansichten doch niemals die Rücksichten der Klugheit aus den Augen setzte, trat der Rechtsgelehrte Dupont (von der Eure) auf: „Frankreich," sagte er, „erntet jetzt die Früchte des Wahlgesetzes, das man uns im Jahre 1820 aufbürdete. Durch dieses Wahlgesetz und durch die Mißbräuche der Verwaltung hat die bevorrechtete Klasse, die bereits im Besitze aller Zugänge zum Throne wie zu der erblichen Kammer ist, sich auch jener zu der Wahlkammer bemächtigt. Man sieht deshalb eine große Nation durch eine geringe Anzahl Bevorrechteter und durch die Auswanderung vertreten. Die Auswanderung ist heute im Begriffe, sich selbst eine Milliarde zuzuerkennen; morgen wird die Geistlichkeit, auf das abscheuliche Gesetz über den Kirchenfrevel gestützt, gleichfalls ungeheuere Entschädigungen für die Vergangenheit oder neue Ausstattung für die Zukunft verlangen. Ist Einer unter uns, der zu sagen wagte: er habe den Auftrag, das Staatsvermögen der Plünderung zu überliefern? Denn dies ist es, was man will; man will der ganzen Revolution den Proceß machen und 30 Millionen Menschen verurtheilen, der Auswanderung Abbitte zu leisten. Doch Eines muß uns trösten: die Zeit der Täuschung ist vorüber, selbst für die Furchtsamsten. Frankreich kann über das Loos, das man ihm bereitet, nicht mehr die Augen schließen. Ist es nicht klar, daß dieses Gesetz ein Gesetz der Eroberung und daß die Milliarde, die man uns abfordert, eine wahre Kriegssteuer ist, welche ihren Platz besser in einem der Verträge gefunden hätte, die im Jahre 1815 mit den Fremden abgeschlossen wurden, nur mit dem Unterschiede, daß die Ausgewanderten nicht die traurige Ehre ansprechen können, ihr Vaterland erobert zu haben? Will man den ganzen Proceß richtig beurtheilen, so darf man sich nur vergegenwärtigen, was der Gegenstand desselben, wer die Parteien sind und wer der Richter ist. Der Gegenstand ist eine Milliarde, an die Auswanderung zu bezahlen; die Parteien sind auf der einen Seite die Auswanderung, auf der andern alle Steuerpflichtigen Frankreichs; der Richter ist die Mehrheit in dieser Kammer, und diese Mehrheit ist wieder die Auswanderung."

Während die Liberalen mit Gründen gegen den Gesetzentwurf ankämpften, die, wenn nicht auf die Kammer, doch auf die Gemüther der Massen den tiefsten Eindruck hervorbringen mußten, erhoben die Ultraroyalisten nicht weniger lebhaften, ja zum Theil noch ungleich leidenschaftlichern Widerspruch. Der Graf de la Bourdon-

naye ging von der Ansicht aus, daß die Ausgewanderten fortwährend von Rechtswegen Eigenthümer der Güter wären, deren man sie thatsächlich beraubt habe. Die Gesellschaft, zum Schutze des Eigenthums eingesetzt, könne dasselbe nicht selbst verletzen. Die Charte habe, indem sie aus Gründen der Politik den Käufern der confiscirten Güter den Besitz derselben sicherte, ihnen kein Eigenthumsrecht übertragen können, es sey denn, nachdem eine billige Entschädigung vorausgegangen wäre. Das neue Gesetz solle nicht bloß ein Gesetz des Eigenthumes, sondern auch ein Gesetz der öffentlichen Sittlichkeit und der Bürgschaft für den festen Bestand der Throne seyn. Um diese Bedingungen zu erfüllen, dürfe es auf keine Weise die revolutionaire Außerbesitzsetzung der Ausgewanderten als eine gesetzmäßige ansehen; dies geschehe aber, wenn man, wie der ministerielle Entwurf beantrage, die damals angeordneten Schätzungen zu Grundlagen der Entschädigung nehme. »Der ministerielle Vorschlag,« rief der leidenschaftlich erregte Redner aus, »täuscht alle Hoffnungen; er gewährt den Ausgewanderten nicht genug, um die neuen Besitzer zu beruhigen, und er giebt ihnen doch wieder zuviel, um jene nicht mißvergnügt zu machen, die gar nichts geben möchten. Bei der Abfassung hat ein System der Täuschung den Vorsitz geführt; der ganze Entwurf scheint keinen andern Zweck zu haben, als einen einzigen Menschen mit der ungeheuern und willkürlichen Gewalt zu bekleiden, über den Reichthum des Landes, wie über alles Privatvermögen ohne Verantwortlichkeit, ohne Aufsicht, ohne Berufung an irgend eine andere Stelle zu verfügen.« Einen andern Ton stimmte Herr von Beaumont an, welcher der Meinung war, daß der Staat, wenn er gerecht seyn wolle, nicht die Ausgewanderten für den Verlust ihrer Güter entschädigen, sondern ihnen ihre Güter in natura zurückgeben und die Käufer entschädigen müsse. Die letzten, versicherte der edle Herr, würden dabei nicht viel verlieren: denn so, wie die Sachen gegenwärtig ständen, werde man den Makel des gewaltsamen Ursprungs von den Nationalgütern doch nicht verwischen können. Dieselbe Ansicht sprach mit noch schneidenderer Schärfe Duplessis de Grénédan aus. »Man will eine Ungerechtigkeit gut machen,« sagte der ergrimmte Greis, »und man begeht eine neue Ungerechtigkeit. Ein Grundsatz des Völkerrechts, den alle Verträge geheiligt haben, ist, daß die Güter, die während des Krieges confiscirt wurden, nach dem Frieden zurückgegeben werden. Das Eigenthum der Ausgewanderten hat

nie aufgehört, unverletzlich zu seyn. Man muß Alles auf die Vorschriften der Gerechtigkeit und auf die Grundsätze der Monarchie zurückführen; man muß den rechtmäßigen Eigenthümern endlich zurückgeben, was ihnen ungerecht geraubt worden ist. Die Charte sagt, daß alle Arten von Eigenthum unverletzlich sind, aber sie sagt nicht, daß sie es auch immer seyn werden; sie kann nur die Absicht haben, das rechtmäßige Eigenthum in Schutz zu nehmen, denn es wäre eigensinnig, vorauszusetzen, daß auch die Unverletzlichkeit des gestohlenen Eigenthums aufgestellt werden sollte.“ Ferdinand von Berthier ging nicht so weit, wie seine ultraroyalistischen Vorgänger; er war es zufrieden, daß den Ausgewanderten statt der Rückerstattung ihrer Güter eine Entschädigung gegeben werde; er verlangte nur, daß dabei ein anderer Maßstab der Schätzung angenommen werde, als der von den Ministern vorgeschlagene. Er berief sich darauf, daß der Zweck der Confiscation keineswegs gewesen sey, die Ausgaben der Revolution zu bestreiten, sondern das Eigenthum zu bekriegen, dasselbe denen zu nehmen, die etwas besaßen, und es jenen zu geben, die nichts hatten. Die eingezogenen Güter wären deshalb oft zu Preisen verkauft worden, die sich kaum so hoch beliefen, als die Einkünfte, die sie ihren alten Besitzern in einem einzigen Jahre eintrugen. Er schlug daher vor, zur Grundlage der Schätzung nicht den damaligen Verkaufspreis, sondern das Hundertfache der gegenwärtigen Grundsteuer zu nehmen, weil die Grundsteuer das Fünftheil des Einkommens sey, und folglich, sobald man dieses zu 5 Procent vom Capitale schätze, gerade das Hunderttheil des letzten betrage.

Mitten unter den leidenschaftlichen Aeußerungen der beiden einander so schroff gegenüberstehenden und doch zu gemeinschaftlichem Kampfe gegen die Regierung vereinigten Parteien ließen sich wenige Stimmen vernehmen, die den ministeriellen Gesetzentwurf mit Mäßigung unterstützten. Villèle selbst vertheidigte denselben, zwar nicht mit der Beredtsamkeit, zu welcher der Gegenstand einem mehr durch das Gemüth bestimmten Staatsmanne hinreichenden Stoff geboten hätte, aber mit überlegenem Verstande, mit Geschick und Gewandtheit. „Umsonst,“ wandte er sich gegen die liberale Linke, „umsonst würde man durch Scheingründe der Vernunft und dem Gewissen Stillschweigen gebieten; beide antworteten, daß die Confiscation ungerecht war, daß die Gutmachung, sofern sie weder die öffentliche Ruhe, noch die allgemeinen Interessen des Landes gefährdet, eine

Handlung der Gerechtigkeit, der Weisheit und der Politik ist. Die Charte und der vorliegende Gesetzentwurf haben die Grenzen bezeichnet, innerhalb welcher das gemeine Beste den Privatansprüchen die Pflicht auflegt, stehen zu bleiben. Die Charte und das vorgeschlagene Gesetz haben den Besitz der gegenwärtigen Eigenthümer als unverletzlich anerkannt; jeder über diese Schranke hinausgehende Versuch wäre also unzulässig. Jene, die ihn machen, jene anderen, die sich seiner bedienen möchten, um Besorgnisse zu verbreiten, würden auf gleiche Weise vor Ihnen, vor der andern Kammer, vor ganz Frankreich, vor der königlichen Macht und Gewalt scheitern. Die Entschädigung ist weder eine Strafe, die den einen aufgelegt, noch eine Belohnung, die den anderen ertheilt wird; sie ist eine Maßregel, die unerläßlich zur Vollendung der Restauration, zur Vereinigung aller Franzosen, zur Herstellung der Sicherheit und Kraft des Landes ist; sie ist eine Allen ertheilte Bürgschaft gegen die Rückkehr der Confiscation und der bürgerlichen Unruhen, von denen jene nicht selten der Zweck und immer die wirksamste Nahrung ist. Die Ausgewanderten, sagen Sie, hatten Unrecht, sich von dem brennenden Boden der Revolution zu entfernen; was ist aber aus den zum voraus bezeichneten Schlachtopfern geworden, die nicht auswanderten? Und wie, wenn der erlauchte Begründer der Charte, wenn der König, der uns regiert, nicht ausgewandert wären? Man spricht von der Gefahr, die Fremden auf den Boden des Vaterlandes zu rufen; aber Leiden von mehr als einer Art können ein solches Ereigniß herbeiführen. Ungezähmter Ehrgeiz war die einzige Ursache, die es in der letzten Zeit über Frankreich brachte. Was hätten wir, ohne die Auswanderung unsers Königshauses im Jahre 1814 und nach den hundert Tagen, den Heeren Europa's entgegensetzen können, die in unserer Hauptstadt lagerten? Ich weiß es wohl, daß man einen Staat, wie Frankreich, nicht unterjocht und nicht zerstückt. Allein, wieviel Blut hätte es nicht gekostet, wieviel Leiden und Demüthigungen hätten wir nicht zu erdulden gehabt, bevor das Gefühl der Entrüstung alle Herzen durchdrungen und unsere Befreiung herbeigeführt hätte? Unsere Befreiung von den Fremden ohne Kampf und ohne Schmach, unsere öffentlichen Freiheiten, die Rückkehr des allgemeinen Friedens, die Wohlfahrt und das Glück, dessen wir genießen, verdanken wir der Auswanderung, die uns unsere Prinzen erhielt. Man höre also auf, denen, die Alles verließen, um ihnen zu folgen, ein Verbrechen aus ihrer Erge-

benheit und ihrer Treue zu machen.« Villèle wußte sehr gut, was er that, als er nur in schonenden Andeutungen die Uebertreibungen der Ultraroyalisten zurückwies; er wollte die Spaltung in der royalistischen Partei nicht erweitern und hoffte allmälig auch die Uebergespanntesten, sofern sie nicht durch persönlichen Haß von ihm entfernt gehalten wurden, unter das ministerielle Banner zurückzuführen. Der Erfolg bewies, wie richtig er geurtheilt hatte, wenn er die Feindseligkeit seiner Gegner von dieser Seite für wenig gefährlich hielt. Das Entschädigungsgesetz wurde, nachdem einzelne Bestimmungen wenig bedeutende Veränderungen erfahren, von einer weit überwiegenden Mehrheit angenommen.

Unmittelbar nach der Erledigung der wichtigen Frage des Entschädigungsgesetzes begannen in der Abgeordnetenkammer die Erörterungen über den neuen Gesetzentwurf wegen der Rentenumwandlung. Villèle hatte diesen so geschickt mit der Entschädigung der Ausgewanderten zu verbinden gewußt, daß, wer die letzte wollte, nicht leicht der Rentenumwandlung entgegen seyn konnte. Zuförderst handelte es sich nicht mehr darum, neue 3 Procent tragende Renten zu schaffen; denn diese waren bereits in beträchtlicher Masse vorhanden, sobald die Entscheidung erfolgt war, daß die Ausgewanderten in 3 Procent tragenden Renten entschädigt werden sollten. Auch war Villèle dem Vorwurfe im voraus begegnet, der im vergangenen Jahre das Meiste zur Vereitelung seines Planes beigetragen hatte, als ob die erzwungene Herabsetzung des Zinsfußes eine große Ungerechtigkeit gegen die Renteninhaber wäre. Er stellte es jetzt den Rentnern vollkommen frei, entweder ihre 5 Procent tragenden Renten zu behalten oder dieselben mit einer nominellen Capitalvermehrung gegen 3 Procents oder auch ohne Capitalvermehrung gegen neu zu schaffende 4½ Procents umzutauschen, welche letzten den Vortheil boten, daß ihnen eine zehnjährige Bürgschaft gegen jede weitere Herabsetzung des Zinsfußes ertheilt war. Dennoch stieß der ministerielle Entwurf in der Abgeordnetenkammer beinahe auf lebhaftern Widerspruch, als der bei weitem mehr durchgreifende des vorigen Jahres, da in demselben Verhältnisse, in dem es Villèle gelang, seine amtliche Stellung mehr und mehr zu sichern, auch der Haß seiner Feinde zu einem höhern Grade der Erbitterung gesteigert wurde. Den vornehmsten Angriffspunkt bot eine scheinbar untergeordnete Bestimmung des Gesetzentwurfes, wonach die Tilgungscasse angewiesen wurde, die ihr zugetheilten Fonds aus-

schließlich auf den Ankauf solcher Staatspapiere zu verwenden, welche unter Pari ständen, also natürlich der 3 Procents, von denen nicht zu erwarten war, daß sie jemals diesen Stand erreichten. Es war nicht zu leugnen, daß dadurch der Börsenspeculation ein weites Feld eröffnet wurde, und daß der Cours der 3 Procents künstlich in die Höhe getrieben werden mußte. Es wurde hervorgehoben, daß die alten 5 Procents ihrer gesetzlichen Bürgschaft beraubt würden, sobald die Tilgungscasse aufhörte, jährlich eine bestimmte Summe derselben einzukaufen; es wurde nachgewiesen, daß der Staatsschatz offenbaren Verlust erleide, wenn er die 3 Procents zu einem höhern Cours wieder einkaufen müsse, als jenem, zu dem er sie ausgegeben. Labourdonnaye behauptete, daß die Staatsschuld, sobald die Rentenumwandlung vor sich ginge, durch die den 5 Procents bewilligte Prämie um 1000 Millionen Franken vermehrt würde, und daß außerdem die unnatürliche Steigerung, die in dem Stande der 3 Procents eintreten werde, eine Spielwuth hervorrufen müsse, welche nicht anders als mit dem Untergange des Credits, des Handels und des Gewerbfleißes enden könne. Bertin-Deveaux, ein vertrauter Freund Châteaubriand's, versicherte, der ganze Gesetzentwurf sey nur ein Mittel zur Ausführung einer Privatspeculation. Eine Gesellschaft Banquiers, das Haus Rothschild an der Spitze, die sich verbindlich gemacht, für den Staat die zur Durchführung des vorjährigen Planes der Rentenumwandlung erforderlichen Summen beizuschaffen, befinde sich in dem Besitze einer ungeheuern Masse Renten, die bei dem Scheitern jenes Planes in ihren Händen geblieben sey, und die sich jetzt nicht ohne den Verlust von vielen Millionen veräußern ließen. Das neue Gesetz habe zum Zwecke, den getäuschten Speculanten nicht allein diesen Verlust zu ersparen, sondern ihnen auch eine Gelegenheit zu reichem Gewinn zu bieten, da sie sich beeilen würden, ihre 5 Procents gegen 3 Procents umzutauschen, und dann in dem ausschließenden Besitze des neuen Staatspapieres, weil die Zahlungen an die Ausgewanderten inzwischen noch nicht begonnen hätten, der Tilgungscasse, welche dasselbe aufkaufen müsse, den Preis beinahe willkürlich bestimmen könnten. Wenn der Gesetzentwurf durchgehe, werde es großes Frohlocken, wenn derselbe verworfen werde, noch größeres Wehklagen in Jerusalem geben. Das Gesetz wurde aber nicht verworfen, sondern mit großer Stimmenmehrheit angenommen, weil die Ausgewanderten ein ent-

schiedenes Interesse dabei hatten, den 3 Procents, in denen sie entschädigt werden sollten, alle mögliche Vortheile zuzuwenden.

Nachdem die drei Gesetzentwürfe die Zustimmung der Abgeordnetenkammer erhalten hatten, blieb nur noch die für die beiden letzten schwierigere Aufgabe übrig, sie auch in der Pairskammer durchzuführen. Die Apanage des Herzogs von Orleans fand bei den Pairs, bei denen schon vermöge ihrer gesellschaftlichen Stellung die gehässigsten Leidenschaften einen milderen Ausdruck annahmen, keinen Widerspruch. Auch das Schicksal des Entschädigungsgesetzes war gegen die Erwartung derer, welche auf den Unabhängigkeitsgeist der Pairskammer gebaut hatten, keinen Augenblick zweifelhaft. Der Anhang der früheren Minister Richelieu und Décazes, der durch seine Vereinigung mit den übrigen unabhängigen Stimmen es in seiner Macht hatte, in den meisten streitigen Fragen den Ausschlag zu geben, war zwar sehr geneigt, dem Ministerium, aber keineswegs der royalistischen Partei entgegenzutreten, und konnte sich daher nur gegen einzelne Bestimmungen des Entschädigungsgesetzes, aber nicht gegen dieses selbst erklären. Der Ausweg, den man fand, war der diplomatischen Kunst eines Talleyrand würdig. Man beschloß den Antrag zu stellen, daß die Entschädigung nicht in dreiprocentigen Renten, wie der ministerielle Vorschlag war, sondern in fünfprocentigen gewährt werden sollte, was wegen der bedeutenden Erhöhung der Entschädigungssumme, welche die Folge gewesen wäre, den Ausgewanderten nur sehr willkommen seyn konnte. Dabei war nur der Uebelstand, daß die Gegner jeder Entschädigung noch viel weniger für eine Erhöhung derselben stimmen durften. Es trat daher die sonderbare Erscheinung ein, daß Villèle auf der einen Seite von seinen entschiedensten Gegnern gegen die in der Pairskammer nicht sehr zahlreichen Liberalen unterstützt wurde, welche die Verwerfung des ganzen Entschädigungsgesetzes verlangten, während ihn auf der andern Seite diese gegen die Angriffe seiner royalistischen Gegner unterstützen. Die Folge war, daß der Gesetzentwurf in der Form, in der er aus der Abgeordnetenkammer zu den Pairs hinauf gelangt war, unverändert angenommen wurde. Die Verhandlungen wurden mit der Mäßigung geführt, welche der Würde einer aus den Häuptern der vornehmsten Familien und aus den ausgezeichnetsten Staatsmännern Frankreichs zusammengesetzten Versammlung angemessen war. Nur der fromme und überspannte Herr von Bonald vergaß sich so weit, daß er die Aeußerung fallen ließ: die

Entschädigung sey eine Maßregel der Gerechtigkeit für die beraubten Eigenthümer und ein Act der Gnade für die Käufer der Nationalgüter. „Was versteht man unter einer Gnade, die den Käufern erwiesen werden soll?“ erwiderte sogleich der freisinnige Graf Corundet; „die eingezogenen Güter sind von den Ankäufern auf gesetzmäßige Weise erworben; denn bei allen politischen Erschütterungen, wie gewaltsam sie auch seyn mögen, kann doch nie die Staatsgewalt selbst zu bestehen aufhören.“ Die Annahme des Entschädigungsgesetzes bereitete bei den Pairs, wie in der Abgeordnetenkammer, auch die Annahme des Gesetzes über die Rentenumwandlung vor. Zwar blieb ein großer Theil der Gegner, welche der umfassendere Plan des vergangenen Jahres gefunden, unversöhnt. „Gegenwärtig,“ erklärte Graf Roy, der wie im vergangenen Jahre den Kampf eröffnete, „gegenwärtig dürfen wir noch eine Tilgung der Schuld hoffen: mit dem ministeriellen Entwurfe können wir dies nicht mehr. Die Vermehrung des Capitals macht jede Wiederbezahlung unmöglich. Unser Credit wird den fremden Banquiers in die Hände gegeben. Alles, was wir thun, hat keinen andern Zweck, als das Börsenspiel zu fördern; auf dieser verderblichen Grundlage richten wir einen künstlichen Credit auf, der bei der ersten Erschütterung zusammenbrechen und in der Stunde der Gefahr die Sicherheit unsers Vaterlandes bloßstellen wird.“ In gleichem Sinne sprach der beredte Châteaubriand; auch Pasquier erhob seine gewichtige Stimme. Die Mehrheit war jedoch der Meinung, daß von einem Gesetzentwurfe kein wesentlicher Nachtheil zu fürchten sey, der den Rentenbesitzern keinerlei Art von Zwang auflegte, sondern es ihnen nur freistellte, ihr Vermögen nach eigenem Gutbefinden in Staatspapieren anzulegen, die höhere oder niedere Zinsen trugen, von denen aber die einen wie die anderen verschiedenartige Vortheile versprachen. Größern Einfluß, als das Urtheil, welches über den Werth des Gesetzes an sich gefällt wurde, scheint auf die Stimmung der Pairskammer die Ueberzeugung geübt zu haben, daß Villèle zu sehr in der Gunst des Königs befestigt sey, um von einem offenen Angriffe gegen seine Person, wie gegen die von ihm bevorworteten Maßregeln irgend einen Erfolg erwarten zu lassen. Deshalb fanden auch die beiden Gesetzentwürfe über die Heiligthumsschändung und über die weiblichen religiösen Gemeinschaften einen bei weitem weniger entschiedenen Widerstand, als unter anderen Umständen der Fall gewesen wäre. Der erste dieser beiden Gesetzentwürfe war ein Act

des scandalösesten Fanatismus, und seine Bestimmungen schienen eher der Barbarei der Kreuzzüge, als der neuern Zeit anzugehören. Die öffentliche Entweihung der Hostie wurde dem Vatermorde gleichgestellt, die öffentliche Entweihung der geheiligten Gefäße mit dem Tode bestraft; auf den Kirchenraub unter den vom Gesetze vorhergesehenen erschwerenden Umständen war gleichfalls die Todesstrafe gesetzt; lebenslängliche oder zeitweilige Zwangsarbeit, Gefängniß von kürzerer oder längerer Dauer, Geldbußen bis zu einer Höhe von 10,000 Franken, waren die übrigen Strafen, die jedes in einer katholischen Kirche verübte Vergehen trafen. Es fehlte nicht an freisinnigen und aufgeklärten Männern in der Pairskammer, die sich mit Kraft gegen ein den Sitten und den Vorstellungen unserer Zeit so sehr widersprechendes Gesetz erhoben. „Nicht die Religionen sind unduldsam," sagte Graf Molé, als die Erörterungen in der Kammer begannnen;" aber die leidenschaftlichen Menschen sind es. Das Christenthum allein fleht auch für jene zum Himmel, welche die übrigen Religionen mit dem Schwerte vertilgen; es setzt an die Stelle des Zornes das Erbarmen, es legt statt des Hasses die Liebe in das Herz des Menschen. Dies ist sein wahrer Geist. Dürfen wir daher nicht erstaunen, wenn man in seinem Namen Blutgerüste errichten will? Dieser Gesetzentwurf ist eine Beleidigung des Himmels und der Erde, unserer Religion und unserer Zeit und außerdem eine Verletzung der Charte." — „Nein," rief der Graf de la Bourdonnaye aus, „wir müssen die Beleidigungen unserer heiligsten Geheimnisse unterdrücken; ich schlage vor, daß der wegen Heiligthumsschändung zum Tode Verurtheilte statt eines schwarzen einen rothen Schleier trage, damit ein Verbrechen, welches mit keinem andern zu vergleichen ist, auch in den Augen des Volkes auf eine auffallende Weise unterschieden werde." — „Heute," entgegnete der Herzog von Broglie, „verlangt man, daß die Hand abgehauen werde, die sich an heiligen Dingen vergreife, morgen wird man verlangen, daß die Zunge, die sie gelästert hat, mit einem glühenden Eisen durchbohrt werde; man wird verlangen, daß die Kanzeln geschlossen werden, auf denen der Irrthum sich vernehmen läßt; man wird den abweichenden Glaubensbekenntnissen den Unterricht untersagen und den großen Grundsatz der Gewissensfreiheit offen umstürzen. Hat die Charte nicht ausdrücklich festgestellt, daß das bürgerliche Gesetz gegen alle Glaubensbekenntnisse parteilos seyn soll? Eine einzige Handlung zu Gunsten des einen derselben führt von Stufe zu Stufe zur äußersten Unduld-

samkeit und zur Unterwerfung der bürgerlichen Gewalt unter die religiöse Obmacht. Dies ist die Frage, vor welcher alle anderen erbleichen und verschwinden müssen.“ — „Unterdrücken wir jeden Versuch der Gottlosigkeit,“ rief dagegen der Herzog von Fitz-James den Frommen der Kammer zu, „die Revolution ist noch mit ihrer ganzen Kraft in unserer Gesellschaft; nicht mehr mit ihren Ausschweifungen, mit ihren Blutgerüsten, aber mit ihren Lehren und ihren Grundsätzen. Die Verderbniß hat die Salons verlassen, aber sie ist in die Kramläden herabgestiegen, sie hält sich auf der Straße und droht selbst das flache Land zu überschwemmen.“ — „Die christliche Religion,“ erwiderte Herr von Châteaubriand, „zieht es vor zu verzeihen, statt zu strafen; sie verdankt ihre Siege dem Erbarmen; sie bedarf keiner Blutgerüste, außer für ihre Märtyrer. Der Gesetzentwurf, den man uns vorlegt, verletzt die Menschlichkeit, ohne die Religion zu schützen.“ — Diese milden Worte reizten den Vicomte von Bonald zu einem unglaublichen Ausbruche der Erbitterung. „Wenn die Guten ihr Leben der Gesellschaft als einen Dienst schulden,“ sagte der fromme Mann, „so schulden die Bösen es ihr als ein abschreckendes Beispiel. Die Religion befiehlt dem Menschen, zu verzeihen, aber sie befiehlt zugleich der Gewalt, zu strafen; denn nicht ohne Ursache, sagt der Apostel, trägt diese das Schwert. Der Erlöser hat für seine Henker um Gnade gebeten, aber sein Vater hat ihn nicht erhört, er hat die Strafe sogar auf ein ganzes Volk ausgedehnt. Der Heiligthumsschänder wird durch das Todesurtheil nur vor seinen natürlichen Richter geschickt.“ — „Furchtbare Aeußerungen,“ bemerkte Graf Pasquier, „welche uns an den Ausrnf des Inquisitors in dem Kriege gegen die Albigenser erinnern: Schlagt todt, schlagt Alles todet; Gott wird die Seinen schon erkennen!“ — Wie unwiderleglich auch die Gründe waren, welche die Gegner des Gesetzentwurfes vorbrachten, die Mehrheit, die es nicht wagte, offen mit der Geistlichkeit zu brechen, entschied sich für die Annahme. Nicht ganz so günstig für die Plane der religiösen Eiferer war der Ausgang, den die Berathungen über den Gesetzentwurf wegen der weiblichen religiösen Gemeinschaften nahmen. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten, Frayssinous, war so ehrlich gewesen, als er den Gesetzentwurf der Pairskammer vorlegte, einzugestehen, daß es schon 1800 Nonnenklöster in Frankreich gebe. Diese Zahl, meinte er, sey für eine Bevölkerung von dreißig Millionen noch lange nicht genug. Die Mehrheit der Pairskammer war ver-

schiedener Ansicht. Man wußte bestimmt, daß die Nonnenklöster nur vorgeschoben wurden, um zu der Herstellung einer gleichen oder noch größern Zahl von Mönchsklöstern den Weg zu bahnen, und daß auf diese dann die öffentliche Anerkennung der Jesuiten folgen sollte, wodurch das bis jetzt nur auf geheimen Einflüssen beruhende geistliche Regiment der frommen Väter seine feste gesetzliche Begründung erhalten hätte. Dazu die Hand zu bieten, konnten die edeln Pairs bei all' ihrer Nachgiebigkeit gegen die Wünsche des Hofes sich nicht entschließen; und es wurde daher in dem Gesetzentwurfe eine kleine Veränderung getroffen, welche den ganzen Plan vereitelte, indem sie die alten gesetzlichen Bestimmungen im Wesentlichen aufrecht erhielt. In der Abgeordnetenkammer waren beide Gesetze zum voraus ihrer Annahme gewiß. Die beredten Worte, die ein Royer Collard, ein Benjamin Constant gegen die Barbarei des neu erfundenen Verbrechens der Heiligthumsschändung sprachen, blieben hier ungehört; aber um so tiefer war der Eindruck, den sie in ganz Frankreich hervorbrachten. Diese Erörterungen zerstörten den letzten Rest der Volksgunst, die Karl X. bei seiner Thronbesteigung so leichten Kaufes gewonnen hatte.

Bei der Eröffnung der Kammern hatte König Karl X. angekündigt, daß unmittelbar nach dem Schlusse der Session die feierliche Handlung seiner Krönung vorgenommen werden solle. Ludwig XVIII. war durch seine körperliche Schwäche abgehalten worden, sich den mit dieser Feierlichkeit verbundenen Beschwerden zu unterziehen. Karl's X. religiöser Sinn legte den höchsten Werth auf eine Feier, welche in seinen Augen nicht allein durch das Herkommen geheiligt war, sondern zugleich die Kraft besaß, eine göttliche Weihe zu verleihen, die „den Gesalbten des Herrn" hoch über alle übrige Sterbliche erhob. Die außerordentlichsten Vorbereitungen wurden getroffen, um den äußern Glanz des Festes zu vermehren; die Kathedrale von Rheims, in der (am 29. Mai 1825) nach uraltem Brauche die Krönung stattfand, strahlte von nie gesehener Pracht; die Gesandten aller größeren Höfe Europa's, die Marschälle von Frankreich, die vornehmsten Beamten, die Pairs und die Mitglieder der Abgeordnetenkammer waren zugegegen, als der Erzbischof Latil Karl X. mit einem angeblich wieder aufgefundenen Reste des heiligen Oeles salbte und ihm die gewichtige Krone Karl's des Großen auf das schwache Haupt setzte, und als der fromme Fürst den in der Thronrede versprochenen Schwur auf Haltung der Charte leistete. Aber alle Pracht, aller Glanz der feierlichen Handlung, welche die Erinne-

rungen von dreizehn Jahrhunderten zurückrief, war verschwendet, sobald man darauf gerechnet hatte, durch dieselbe einen ernsten Eindruck auf die Nation hervorzubringen; der frivole Witz des Franzosen, herausgefordert durch die Begünstigungen des Priesterthums, welche jeden Schritt der neuen Regierung bezeichneten, fand leicht die lächerliche Seite an einer Ceremonie auf, die ihre ernste Bedeutung nur in dem Glauben hatte, der längst aus den Gemüthern gewichen war. Die Lieder Beranger's, des kühnen Sängers, der um diese Zeit anfing, den Thron der Bourbonen mit seinen höhnenden Versen zu bekämpfen, erweckten in ganz Frankreich zugleich ein unauslöschliches Gelächter und den unversöhnlichsten Haß gegen die Dynastie, deren Herrschaft als ein Schimpf für die Nation betrachtet wurde. Alles Andere würden die Franzosen ihrer Regierung vielleicht verziehen haben, wenn diese nur so viel Kraft und Einsicht besessen hätte, den geistlichen Einfluß, der sie beherrschte, nicht gar zu offen hervortreten zu lassen. Selbst unter den entschiedensten Royalisten fanden sich wenigstens Einzelne, die sich mit der Aussicht auf das mittelalterliche Priesterregiment, welches sie in vollem Anzuge sahen, nicht befreunden konnten. Graf Montlosier trat in einer Reihe von Aufsätzen, die in einem royalistischen Tagblatte erschienen, als offener Ankläger gegen die Congregation auf, einen Verein, der, von den Jesuiten geleitet und über ganz Frankreich verzweigt, wie er versicherte, in der Abgeordnetenkammer allein mehr als hundert Mitglieder zählte. Er behauptete, daß diese Vereinigung zugleich „die Sicherheit des Staates, der Gesellschaft und der Religion gefährde," wies nach, daß dieselbe den alten in voller Kraft bestehenden Gesetzen des Königreiches zuwider sey, und forderte sämmtliche Gerichtshöfe auf, gegen dieselbe einzuschreiten, wie ihre Pflicht es erfordere. Die Partei des Priesterthums fühlte sich indessen zu stark, um sich durch solche Anklagen einschüchtern zu lassen. Zwei liberale Journale, die ihren Ansprüchen bei jeder Gelegenheit mit der unermüdlichsten Beharrlichkeit entgegentraten, der Courrier français und der Constitutionel, hatten sich besonders ihren Haß zugezogen. Beide wurden durch den Generalprocurator vor Gericht gestellt, weil ihr ganzes Streben darauf gerichtet sey, die katholische Religion zu untergraben, um durch ihren Sturz eine neue Revolution herbeizuführen. „Was wollen diese Ruchlosen," fragte der fromme Generalprocurator, „die, Feinde aller Ordnung, gern den Unfrieden hören möchten, um zu der Gewalt zu gelangen! Zuweilen wenden sie die

keckste Verwegenheit, häufiger aber die Heuchelei an. Im Namen Gottes lästern sie die Staatsreligion, den Herrscher im Himmel und alle heilige Dinge. Sie verbreiten Verachtung über die Gegenstände, wie über die Diener der Religion. Sie reizen zum Hasse gegen die Priester auf; sie geben alle frommen Gebräuche dem öffentlichen Gelächter Preis. Ihr abscheulicher Plan geht Schritt für Schritt seiner Vollendung entgegen, und es ist Zeit, daß die Gerechtigkeit endlich ihre Augen über diese Ausbrüche der Wuth öffnet.“ Die Vertheidiger der angeklagten Journale, die Advocaten Dupin und Mérilhou, hatten einem Widersacher gegenüber, der seine Gründe nicht aus dem Gesetze, sondern aus der Rüstkammer der Controversprediger hernahm, leichtes Spiel. „Die ganze Anklage, sagte Dupin in seiner Vertheidigungsrede für den Constitutionel, ist unbestimmt und ohne Gegenstand. Heißt es die Religion angreifen, wenn man die Mißbräuche tadelt, die sie entehren? Aber wir durchschauen die geheimen Zwecke der Personen, die ihre eigenen Interessen mit jenen der Religion verschmelzen und das weltliche Schwert unter dem geistlichen Mantel verbergen möchten. Die ganze Frage hat mit der Religion nichts zu thun; sie ist eine rein politische. Zwei Parteien kämpfen mit einander um die Gewalt, von denen die eine die gegenwärtige Regierung zu befestigen sucht, während die andere uns das ancien régime, mit Abrechnung der gallicanischen Kirchenfreiheiten und mit Hinzufügung der Jesuiten, zurückführen will. Für diese Partei ist die Religion nur ein Vorwand; sie will nicht durch Ueberzeugung siegen, sondern durch das Stillschweigen, welches sie mit aller Gewalt ihren Gegnern aufzulegen sucht.“ Bei weitem leidenschaftlicher, aber in der Hauptsache mit den Ansichten Dupin's übereinstimmend, sprach sich Mérilhou aus, der den Courrier français vertheidigte. Der Gerichtshof wies die Anklage zurück, weil die beiden Journale, wenn sie auch in einzelnen Aufsätzen die Schranken überschritten hätten, welche die der Staatsreligion schuldige Achtnng ihnen setzte, dazu durch Umstände gereizt worden wären, in denen eine Entschuldigung liege. Diese Umstände wären die Einführung von religiösen Körperschaften, welche das Gesetz verbiete, und die von einem Theile der französischen Geistlichkeit ausgehende Verbreitung von Lehren, welche die bürgerlichen und religiösen Freiheiten des Landes in Gefahr bringen könnten. Dieser Spruch war ein Ereigniß, welches unter der Partei der Frommen nicht geringe Bestürzung, am Hofe den äußersten Unwillen erregte, dessen

Bedeutung aber im ersten Augenblicke kaum in ihrem vollen Umfange gewürdigt wurde. Nachdem bereits die Pairskammer sich genöthigt gesehen hatte, der Richtung ihren Widerspruch entgegen zu setzen, der die Regierung sich hingab, sagten sich jetzt auch die Gerichtshöfe von derselben los, denen man doch unmöglich zum Vorwurf machen konnte, daß sie durch irgend eine Art von Partei-Interesse geleitet würden. Auch dem Schwächsten und Schwankendsten mußte es unter diesen Umständen klar werden, welches Urtheil er zu fällen habe. Wir können daher wohl sagen, daß schon jetzt, mit Ausnahme einer gewissen Anzahl Ausgewanderter, Höflinge und Frömmlinge, ganz Frankreich nur eine Meinung hatte. Eine große Trauer gab der Volksgesinnung die erste Veranlassung, sich auf eine Weise auszusprechen, die keine Mißdeutung gestattete. General Foy, der beredte, kühne Verfechter der Volkssache in der Abgeordnetenkammer, wurde im kräftigsten Mannesalter unerwartet von einem unheilbaren Leiden dahin gerafft (28. November 1825). Das Leichenbegängniß fand an einem frostigen Decembertage Statt, während der Regen stromweise vom Himmel fiel. Dennoch drängten sich mehr als 100,000 Menschen aus allen Ständen zur Theilnahme; Pairs und Marschälle von Frankreich, Abgeordnete, Richter, Offiziere, Gelehrte, Kaufleute, Fabrikanten und Handwerker folgten entblößten Hauptes der Bahre, die von jungen Leuten, größtentheils Studirenden, getragen wurde. Der Zug von der Kirche des heiligen Johannes, wo das Todtenamt gefeiert wurde, nach dem Kirchhofe des Père Lachaise dauerte fünf Stunden; das tiefste Stillschweigen zeugte von dem ernsten Schmerze der unermeßlichen Menge. An der Gruft, welche die sterblichen Reste des großen Todten aufnahm, wurden mehrere Reden gehalten. „Begrüßen wir," rief Casimir Périer aus, „begrüßen wir zum letzten Male im Namen des Vaterlandes, im Namen der Beredtsamkeit, im Namen der heiligen Freundschaft den berühmten Krieger, Bürger, Redner, Staatsmann, der sich so verdient um sie alle gemacht hat!" Im Verfolge seiner Rede erinnerte Casimir Périer an das traurige Loos der Wittwe, die der Verstorbene, von allen Mitteln entblößt, mit fünf unmündigen Kindern zurückgelassen, und forderte die Anwesenden auf, an die Hinterbliebenen die Schuld der Nation abtragen. „Ja, das wollen wir," war von allen Seiten einstimmige Antwort. In den Geschäftszimmern der liberalen Tagblätter wurden Listen aufgelegt, in welche die Unterzeichnung von Beiträgen zu jedem, auch dem geringsten

Belaufe, aufgenommen wurde, um dem zu früh Dahingeschiedenen ein Denkmal zu errichten und seinen Kindern eine unabhängige Zukunft zu sichern. In wenigen Monaten war die Summe von einer Million Franken zusammengebracht. Der Herzog von Orleans, der sich in der Vorahnung einer stürmischen Zukunft um die Volksgunst zu bewerben anfing, nachdem er von der Gunst des Königs Alles erlangt, was diese gewähren konnte, hatte 10,000 Franken gezeichnet. Casimir Périer das Doppelte; der im Besitze fürstlichen Reichthums auf mehr als fürstliche Weise freigebige Banquier Laffitte das Fünffache.

Wie engherzig und beschränkt auch die Grundsätze waren, denen Villèle in seiner innern Verwaltung folgte, so muß man ihm doch die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß er in den Beziehungen Frankreichs zum Auslande, sobald er nicht gezwungen war, seine eigenen Ansichten fremden Eingebungen unterzuordnen, die wahren Interessen seines Vaterlandes wohl wahrzunehmen wußte; hauptsächlich vielleicht gerade deshalb, weil er, jeder Auffassung von einem höhern Gesichtspunkte unzugänglich, die Dinge am liebsten von der Seite des zunächst liegenden, mit Händen zu greifenden Vortheiles nahm. Zu dem Kriege in Spanien war er wider Willen gedrängt worden; nach der Befreiung Ferdinand's VII. bot er Alles auf, um den unwürdigen, nur von den Gefühlen der Rache beseelten Fürsten zu der Annahme einer verständigen, gemäßigt freisinnigen Regierungsweise zu bestimmen; nicht sowohl aus Vorliebe für die liberalen Ideen, als weil er überzeugt war, daß nur auf diesem Wege sich in Spanien ein festgeordneter Zustand der Dinge begründen ließ. Wenn er in seinen Bemühungen scheiterte, so lag die Schuld nicht an ihm, sondern theils an der Unfähigkeit und Erbärmlichkeit der Rathgeber, von denen König Ferdinand umgeben war, theils an dem Umstande, daß ihm durch den geheimen Einfluß seines eigenen Hofes entgegengearbeitet wurde. Nachdem Villèle darauf verzichtet hatte, in Spanien zum Ziele zu gelangen, wo fortwährend ein französisches Truppencorps zurückbleiben mußte, um wenigstens den äußern Schein der Ordnung zu erhalten, wandte er seine Blicke auf die spanisch-amerikanischen Colonien, die sich vom Mutterlande losgerissen, und die dieses in seiner innern Zerrüttung keine Aussicht hatte, jemals zu ihrer alten Abhängigkeit zurückzuführen. England hatte die Selbstständigkeit der neuen spanisch-amerikanischen Freistaaten bereits anerkannt; Villèle's Plan war, die spanische Regierung gleich-

falls zu der Anerkennung der Unabhängigkeit ihrer ehemaligen Colonien zu vermögen, wobei er voraussetzte, daß diesen kein Preis zu hoch seyn würde, um ihre Sicherstellung gegen alle ferneren Anfeindungen zu erkaufen. Aus den Millionen, die auf diese Weise in den spanischen Schatz flössen, hoffte er zuförderst Frankreich für die ungeheuern Summen bezahlt zu machen, welche die französische Regierung in Folge des spanischen Feldzuges Ferdinand VII. vorgeschossen: außerdem vergaß er nicht, die Vortheile in Rechnung zu ziehen, die der französische Handel und Gewerbfleiß zu erwarten hatte, wenn ein ganzer Welttheil demselben seine bisher verschlossenen Märkte öffnete. Um mit einem guten Beispiele voranzugehen, welches, wie er sich schmeichelte, seine Wirkung an dem spanischen Hofe nicht verfehlen könnte, hatte er in aller Stille Unterhandlungen mit dem Negerfreistaate Hayti angeknüpft, der auf den Trümmern des einst französischen Antheils von San Domingo entstanden war. Die Form, welche man dem mit dem Präsidenten des Freistaates Boyer abzuschließenden Vertrage gab, entsprach den überspannten Vorstellungen von dem unverbrüchlichen Rechte der königlichen Gewalt, die am Hofe der Tuilerien herrschten. Eine königliche Ordonnanz verfügte, daß der französische Antheil von San Domingo in Zukunft unter seiner eigenen Regierung stehen und von der französischen Herrschaft frei sein sollte; daß der Freistaat Hayti den ihrer Besitzungen beraubten französischen Pflanzern eine Entschädigung von 150 Millionen Franken zu zahlen habe; und daß die Häfen von Hayti den Schiffen aller Nationen geöffnet wären, wobei jedoch dem französischen Handel beträchtliche Bevorzugungen vorbehalten wurden. Da ein französisches Geschwader vor dem Hafen von Port-au-Prince erschien und denselben zu blockiren drohte, so entschloß sich der Präsident Boyer, den Vertrag ungeachtet seiner verletzenden Form und ungeachtet seiner drückenden, die Kräfte des Freistaates übersteigenden Bedingungen anzunehmen. Am 10. August trafen drei Commissaire von Hayti im Hafen zu Brest ein, um die Acte über die Annahme des Vertrages zu überbringen. Der Moniteur verkündete den staunenden Franzosen, daß die Ordonnanz über die Freigebung von Hayti auf dieser Insel mit Hochachtung und Dankbarkeit aufgenommen worden sey. So täuschen die Mächtigen, von ihren vorgefaßten Meinungen befangen, sich selbst, indem sie Andere zu täuschen meinen. Hr. v. Villèle erfuhr bald, wie sehr er den Einfluß des französischen Beispieles überschätzte, wenn

er voraussetzte, daß dasselbe hinreichend sein würde, um Spanien zur Nachahmung zu veranlassen. Ferdinand VII. — und hierin zeigte er sich als ächten Spanier — war viel zu stolz, um auch nur einen Augenblick daran zu zweifeln, daß die abtrünnigen Colonien früher oder später unter die Botmäßigkeit des Mutterlandes zurückkehren müßten. So leer alle öffentlichen Cassen seines Königreiches waren, so wies er doch mit Verachtung den Vorschlag zurück, um Gold zu verkaufen, was er als sein gutes Recht betrachtete; und während Villèle schüchterne Versuche machte, den durch französische Hülfe allein auf seinem Throne erhaltenen Fürsten für seine Finanzspeculationen zu gewinnen, ließ dieser durch seine Gesandten bei allen europäischen Höfen anfragen: „durch welche Mittel die Colonien zu beruhigen und zum Gehorsam gegen das Mutterland zurückzuführen wären?“

Die Anerkennung von Hayti, wenn auch in der Form noch so verfehlt, blieb jedenfalls die Maßregel einer gesunden Politik, da es für Staaten eben so nachtheilig ist, wie für den einzelnen Bürger, Ansprüche fest zu halten, die sich entweder gar nicht, oder doch nicht ohne unverhältnißmäßige Opfer geltend machen lassen. Aber je verständiger eine Maßregel war, um so sicherer konnte man vorhersehen, daß sie bei der Mehrheit der Abgeordnetenkammer die entschiedenste Mißbilligung finden würde. Der Kreis der Ansichten, in welchem die in der Kammer vorherrschende Partei sich bewegte, war ein so engbegrenzter und zugleich ein so durchaus in seinem Grunde falscher, daß es schwer hielt, dem gesunden Menschenverstande auf andere Weise als im Gefolge sinnloser Thorheit Eingang zu verschaffen. Um für die Anerkennung von San Domingo Verzeihung zu erhalten, mußte Villèle sich daher bequemen, einem Gesetzentwurfe seine Zustimmung zu geben, von dem er bei seinem scharfen durch die Nebel des Parteigeistes ungetrübten Blicke sich unmöglich verbergen konnte, daß derselbe recht geflissentlich darauf berechnet war, ganz Frankreich mit Besorgniß, Bestürzung und Unwillen zu erfüllen. Von allen Errungenschaften der Revolution war keine den Franzosen theurer geworden, keine allgemeiner in die Vorstellungen, Sitten und Gewohnheiten der Nation übergegangen, als die Gleichheit vor dem Gesetze. Was diese verletzte, war gewiß, in allen Gemüthern die tiefste Entrüstung hervorzurufen. Man hatte nichts dagegen, wenn der alte Adel mit seinen Titeln, Stammbäumen und Wappen prunkte, weil damit keine Bevorrechtungen verbunden wa-

ren, welche die Gleichheit vor dem Gesetze aufgehoben hätten. Um so tiefer empörte es das sittliche, wie das politische Bewußtseyn der Nation, wenn man die Partei, welche die Gewalt in Händen hatte, bald offen, bald verdeckt, aber immer mit gleich unverrückter Folgerichtigkeit bemüht sah, Unterscheidungen zurückzuführen, die einer längst abgestorbenen Vergangenheit angehörten. Der Gesetzentwurf, durch den Herr von Villèle die Zustimmung der Kammer erkaufen zu müssen glaubte, hatte nichts Geringeres zum Zwecke, als die Gleichheit der Erbtheilungen aufzuheben, die das bürgerliche Gesetzbuch vorschrieb, und an deren Stelle das in den ersten Zeiten der Revolution abgeschaffte Recht der Erstgeburt mit seinem Gefolge erdichteter Schenkungen und letztwilliger Scheinvermächtnisse wieder einzuführen. Dem aus der Verbannung zurückgekehrten Adel war nichts ein größerer Gräuel, als die fortschreitende Theilung des Grundeigenthumes, welche die ganze Oberfläche von Frankreich mit kleinen selbstständigen Landbesitzern bedeckte. Man klagte, daß das große Grundeigenthum, die festeste Stütze des Thrones, allmälig völlig verschwände, und daß die stets zunehmende Masse der kleinen Eigenthümer, durch das Uebergewicht, welches sie bei den Wahlen erlangen müsse, eine wahre Volksherrschaft zu begründen drohe; um diesen Klagen abzuhelfen, hatte der Justizminister Peyronnet seinen Gesetzentwurf ausgearbeitet, von dem man hoffte, daß er die Zeit um vierzig Jahre zurückschrauben sollte.

Als die Kammern wieder eröffnet wurden, legten die Minister den Gesetzentwurf über das Erstgeburtsrecht den Pairs, jenen über die Anerkennung von San Domingo den Abgeordneten zur Genehmigung vor. Bei der Nachgiebigkeit, welche die Pairskammer in der letzten Session gezeigt hatte, glaubte man auch jetzt auf gleiche Gefälligkeit rechnen zu dürfen. Dabei übersah man nur, daß eine Versammlung, welche die Häupter der vornehmsten und vermögendsten Familien Frankreichs in ihren Reihen zählte, es nothwendig als ihren eigensten Beruf erkennen mußte, die im Staate und in der Gesetzgebung bestehende Ordnung zu erhalten und jedem Versuche, diese durch verwegene Neuerungen zu untergraben, von welcher Seite derselbe auch kommen mochte, mit Kraft zu begegnen. Die alten Bevorzugungen des Erstgeburtsrechtes waren aber in Frankreich seit der Revolution so gänzlich in Vergessenheit übergegangen, daß man in dem Versuche, dieselben zurückzuführen, kaum etwas Anderes als die keckste Anmaßung sehen konnte, welche

alle Familienverhältnisse zu zerrütten und damit die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft zu zerstören drohte. Von diesem Gesichtspunkte wurde Peyronnet's Gesetzentwurf aufgefaßt, als derselbe in der Pairskammer zur Berathung kam. Der ministerielle Vorschlag war, daß bei jeder Vererbung eines Vermögens, von dem 300 Franken Grundsteuer gezahlt würden, in gerader absteigender Linie, der nach den Bestimmungen der Gesetze zu freier Verfügung des Erblassers stehende Antheil, sofern dieser nicht ausdrücklich eine andere Anordnung getroffen hätte, von der Theilung unter den Kindern ausgenommen seyn und vorzugsweise dem erstgeborenen Sohne zufallen sollte. »Was werden die unvermeidlichen und unbestreitbaren Folgen der Annahme oder Verwerfung dieses Gesetzes seyn?« fragte Graf Molé beim Beginne der Erörterung. »Die betheiligten Parteien sind die Väter, die erstgeborenen und nachgeborenen Söhne und ganz Frankreich. Werden die Väter durch das Gesetz einen höhern Grad von Ansehen und Gewalt gewinnen? Werden sie nicht durch die unsittlichste aller gesetzlichen Bestimmungen dazu verurtheilt, eines oder mehrere ihrer Kinder wenigstens theilweise zu enterben? Und die Erstgeborenen! Wird dieses Recht, welches sie durch das Gesetz erhalten, das aber der Natur zuwider ist, sie nicht ihren Brüdern und Schwestern verhaßt machen, und werden dadurch nicht die heiligsten Bande der Familie gelöst werden? Die nachgeborenen Söhne und Töchter! der ganze Gesetzentwurf ist gegen sie gerichtet. Wird man nicht, indem man eine Aristokratie aus den Erstgeborenen schaffen will, aus allen übrigen Kindern eine gefährliche Demokratie bilden? eine zahlreiche Klasse, die bei allen politischen Veränderungen ihren Vortheil findet? Wird man ferner, indem man den dritten oder vierten Theil alles Eigenthumes dem Umlaufe entzieht, nicht den Ertrag des Grundbesitzes vermindern? und werden wir dadurch nicht mit einer Vermehrung der Steuern bedroht? Alle diese Besorgnisse können wir nicht anders beschwichtigen, als indem wir den Gesetzentwurf zurückweisen.« — »Der Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetze,« rief Graf Pasquier aus, »wird durch den ministeriellen Entwurf auf eben so ohnmächtige als ungeschickte Weise angegriffen. Der ministerielle Vorschlag verletzt nicht bloß die öffentliche Sittlichkeit, sondern die Sittlichkeit der Familien in ihrem innersten Wesen. Der Familienvater wird durch denselben in die falscheste und bedauernswertheste Stellung gebracht. Ein Gesetz, das solche Uebelstände darbietet, wäre das verderblichste Geschenk, das

man dem Lande machen könnte.“ — „Unsere Sitten,“ erwiderte Herr von Peyronnet, „neigen sich zur Gleichheit der Theilungen; und die Gesetze, sagt man uns, sollen der Ausdruck der Sitten seyn. Diese Behauptung beruht aber nur auf einem kindischen Wortspiele. Die Gesetze sind vielmehr der Ausdruck der Bedürfnisse der Gesellschaft; denn da man nur dann Gesetze geben soll, wenn sie nothwendig geworden sind, so werden sie ein lebender Beweis des Bedürfnisses, das sie veranlaßt hat. Die Gesetze ein Ausdruck der Sitten! Wenn die Gesetze dies sind, so sind sie es nur durch ihren Gegensatz, aber nicht durch ihre Uebereinstimmung mit den Sitten. Man versichert uns, daß wir die natürlichen Gefühle des Menschen in dem gegenwärtigen Zustande der Gesellschaft verletzen, indem wir ihm die Mittel geben, seine Familie, seine Güter und seinen Namen zu erhalten. Die Gefühle, auf die man sich beruft, mögen natürlich seyn in dem Zustande der Wildheit und Rohheit, wo die Neigungen nicht über die physische Existenz und das physische Wohlseyn der Personen hinausgehen, die der Gegenstand derselben sind. In dem Zustande der gebildeten Gesellschaft hat der Mensch ausgedehntere und verwickeltere Neigungen; er will nicht mehr bloß die physische Existenz, sondern eine sittliche und bürgerliche geben. Wir haben jetzt zu wählen, ob wir die natürlichen Gefühle des Wilden, oder jene des gesitteten und gebildeten Mannes vorziehen.“ Eine solche Auffassung der Dinge konnte dem unbefangenen Sinne beinahe nur als Hohn gegen die gesunde Vernunft erscheinen; auch fand dieselbe sogleich ihre verdiente Zurechtweisung. — „Wie?“ rief der sonst im höchsten Grade gemäßigte Herr von Barante aus, „wollen die Minister alljährlich vor die Nation treten, um ihr einmal zu erklären, daß sie keine Religion kenne, das andere Mal, daß sie die Grundbedingungen der Familie vergessen habe, um ihr anzuzeigen, daß sie ihre Sitten ändern, ihre Gesetze unnatürlich entstellen müsse? Blicken wir auf die tiefe Ruhe, die das Land mitten in diesem Kampfe der Meinungen bewahrt, wie wäre dies möglich, wenn die Unternehmung, eine ganze Nation umzugestalten, nicht etwas so Maßloses hätte, daß sie nur als eitel und lächerlich erscheint? Gesetze, die zu den Gewohnheiten und Meinungen einer Nation nicht passen, sind Worte und weiter nichts.“ Umsonst kam der Minister des Innern, Herr von Corbière, seinem hart bedrängten Collegen Peyronnet zu Hülfe und suchte nachzuweisen, daß die Regierung nichts weiter bezwecke, als die gegenwärtige Vertheilung

des Vermögens gegen allzugroße Veränderungen zu schützen. Die Mehrheit der Pairskammer entschied sich für die Ablehnung des Gesetzentwurfes, mit Ausnahme eines einzelnen Abschnittes, bei dem das Erstgeburtsrecht gar nicht in Frage kam, indem derselbe die Wiedereinführung der sogenannten Substitutionen oder der Schenkungen und Vermächtnisse unter der Bedingung der Rückgabe an die natürlichen Erben des Schenkenden oder des Erblassers betraf. Auch gegen die Substitutionen ließen sich gerechte Einwendungen erheben, weil sie die Veräußerungen des Grundeigenthumes erschwerten und zu der Zeit ihres frühern Bestehens zu den abscheulichsten Betrügereien Veranlassung gegeben hatten. Die Pairskammer hielt indessen diese Uebelstände, wie es scheint, nicht für gewichtig genug, um zur Verhütung derselben sich in einen neuen Kampf mit der Regierung einzulassen. Man glaubte genug gethan zu haben, indem man die Herstellung des Erstgeburtsrechtes abwandte; und in der That wurde die Entscheidung der Pairskammer in ganz Frankreich mit allgemeinem Jubel aufgenommen; in der Hauptstadt und in den vornehmsten Provinzialstädten wurden öffentliche Erleuchtungen und Feste veranstaltet; und selbst die stilleren Familienkreise feierten ein Ereigniß, welches sie vor der Gefahr des Zwiespaltes und der innern Zerrüttung bewahrte.

Nicht geringern Beifall gewann das Benehmen der Pairskammer bei einer andern Gelegenheit. Die Regierung hatte derselben einen Gesetzentwurf über die Vergehen und Verbrechen vorgelegt, die von Franzosen in den Handelsplätzen der Levante verübt würden. Als über diesen die Verhandlungen eröffnet wurden, erhob sich der Vicomte von Châteaubriand und schilderte in den glühendsten Farben die Leiden des unglücklichen Griechenvolkes, das um diese Zeit seine letzten Kräfte aufbot, um den vaterländischen Boden gegen die europäisch disciplinirten Banden Ibrahim Pascha's zu vertheidigen. Schaaren gefangener Griechen wurden größtentheils auf europäischen, und wie es hieß, auch auf französischen Schiffen nach Aegypten hinübergeführt, um dort als Sklaven verkauft zu werden. Châteaubriand stellte deshalb den Antrag, daß dem Gesetzentwurfe ein Abschnitt zugefügt werden sollte, welcher jede Betheiligung französischer Unterthanen an diesem abscheulichen Handel nach den Umständen für ein schweres Verbrechen oder wenigstens für ein strafbares Vergehen erklärte; und eine nicht unbeträchtliche Mehrheit entschied für die Annahme dieses Antrages, der in der Abgeordne-

tenkammer zwar ungeachtet aller Bevorwortungen des Generals Sebastiani und Benjamin Constant's verworfen wurde, deshalb seinen Eindruck auf die Gemüther jedoch nicht verfehlte und die unter den gebildeten Ständen allgemein verbreitete Theilnahme für die Sache des griechischen Freiheitskampfes in allen edleren Herzen zur Begeisterung steigerte.

Inzwischen waren in der Abgeordnetenkammer die Verhandlungen über die Anerkennung der Unabhängigkeit von San Domingo mit einer Leidenschaftlichkeit und Erbitterung geführt worden, zu der in dem Gegenstande kaum eine Veranlassung lag. Dabei trat die auffallende Erscheinung ein, daß die Liberalen, die man doch sonst so leicht nicht auf der Seite des Ministeriums sah, den ministeriellen Gesetzentwurf auf das lebhafteste vertheidigten, weil derselbe, wenn auch nicht in seiner Form, doch in den Ergebnissen, die er herbeiführte, ihren Ansichten von dem allen Völkern zustehenden Rechte auf Freiheit, Gleichheit und Unabhängigkeit entsprach. Aus denselben Gründen, aus denen die Liberalen für die ministerielle Maßregel stritten, wurde dieselbe von den entschiedeneren Royalisten mit gleich lebhaftem Eifer bekämpft. Selbst der besonnene Agier vergaß sich so weit, daß er ausrief: „Die französische Regierung will mit rebellischen Negern unterhandeln! mit den Mördern ihrer Herren, den Räubern ihres Eigenthumes! Es erschreckt und verletzt die öffentliche Sittlichkeit, wenn man zugiebt, daß die Freiheit durch das Verbrechen erobert werden kann. Die blutigen Fahnen der Empörung haben sich vor dem Scepter der Legitimität nicht gebeugt; die Würde der Krone ist bloßgestellt!“ In ähnlichem Sinne sprachen der geistreiche Berthier, Bacot de Romans und de la Bourdonnaye, die aber durch alle ihre heftigen Anklagen und Vorwürfe nicht zu verhindern vermochten, daß der ministerielle Gesetzentwurf mit weit überwiegender Stimmenmehrheit angenommen wurde. Bei den Pairs fand die Annahme keine Schwierigkeit.

Ein neuer Sturm erhob sich in der Abgeordnetenkammer, als die Berathungen über den von den Pairs arg gemißhandelten Gesetzentwurf über die Substitutionen begannen. Diesmal war der Unmuth der Ultraroyalisten aber nicht sowohl gegen die Minister gerichtet, denen man keinen Vorwurf machen konnte, wenn sie außer Stande gewesen waren, den Erwartungen der Partei besser zu entsprechen, als gegen die Pairskammer, und da man diese nicht offen angreifen durfte, gegen die liberalen Ideen, die in ihr vertreten

und die in ganz Frankreich freilich so allgemein verbreitet waren, wie die Luft, die ein Jeder einathmet, ohne daß eine irdische Gewalt ihn daran zu verhindern vermöchte, so lange er das Leben hat. Schon der Berichterstatter der Prüfungscommission, Mounier-Busson, sprach sein Bedauern darüber aus, daß der Gesetzentwurf nicht vollständiger sey. Der bis zum Lächerlichen überspannte Salaberry maß die Schuld der Freiheit der Presse und dem revolutionairen Geiste bei, die täglich furchtbarere Fortschritte machten.“ Welche gesellschaftliche Frage vermag eine Regierung diesen unablässig wiederholten und immer strafloſen Mißbräuchen der Preßfreiheit gegenüber zu lösen? Lassen wir eine Thatsache nicht unbeachtet! Ein neues Lehnwesen des beweglichen Eigenthumes und des Gewerbfleißes ist entstanden; der letzte hat seine Vasallen, seine Leibeigenen, seine Hörigen, die mehr unterdrückt sind, als es jemals jene der alten Zeit waren. Schon thut die handeltreibende Mehrheit der Hauptstadt, die Mehrheit der kleinen patentirten Wähler keinen Schritt außer nach dem Gutbefinden ihrer Lehnsherrn, mit denen sie Abrechnung halten. Dieses neue Lehnwesen muß man in seinem gefährlichen Einflusse hemmen, in seinen Fortschritten aufhalten, bevor sein Bündniß mit der Revolution vollkommen zu Stande gebracht ist. Sofern dies nicht geschieht, ist die Monarchie verloren.“ — „Vortrefflich,“ entgegnete Benjamin Constant. „Man unterrichtet uns nun wenigstens über den Zweck des Gesetzentwurfes; man verzichtet darauf, uns eine Falle zu legen, die man vor unseren Augen verborgen hält. Jetzt wird der erste Kanonenschuß gegen unsere Einrichtungen abgefeuert, die aus dreißig Jahren des Sturms hervorgegangen sind: ein Kanonenschuß, der zwar nur schwach und dumpf erschallt, dem aber bald andere folgen werden.“— „Es ist wahr,“ versetzte dagegen der störrische Duplessis de Grénédau; „wozu soll uns ein solches Gesetz helfen? Leben wir nicht unter einer Regierung, die mehr republikanisch, als monarchisch ist? und kann das neue Gesetz nicht durch seine Folgen dem Wunsche entgegentreten, ein altes Unrecht wieder gut zu machen, wenn dieser in den Besitzern der Emigrantengüter oder in ihren Kindern erwacht?“ Wie wenig man auch mit den spärlichen Resten zufrieden war, welche die Pairskammer von dem ursprünglichen Gesetzentwurfe übrig gelassen hatte, so mußte man doch für das Erste darauf verzichten, mehr zu erreichen, als die Nachgiebigkeit der Pairs zu bewilligen geneigt war; denn wenn die Verfassung auch ein Mittel bot, den Widerstand dieses Zweiges der

Gesetzgebung zu brechen, indem der König nur eine hinreichende Anzahl neuer Pairs ernennen durfte, um eine den Wünschen und Planen seiner Umgebung günstige Mehrheit zu schaffen, so war Villèle doch zu besonnen, ohne Noth eine Maßregel hervorzurufen, deren weitreichende Folgen sich unmöglich vorher berechnen ließen.

Ein unbestreitbares Verdienst Villèle's war die gute Ordnung, die er in die Verwaltung der Finanzen einführte. Dennoch gaben seine Voranschläge für den Staatshaushalt zu Ausstellungen von allen Seiten Veranlassung. Eine in ihren Folgen wichtige Erörterung wurde durch die Bemerkungen hervorgerufen, die Hr. Agier über die Verwaltung der geistlichen Angelegenheiten machte. Agier bedauerte es, daß die Pfarrer auf dem Lande nicht hinreichend besoldet wären. »Und doch,« sagte er, »sind diese die wahren Seelenhirten, die Tröster der Armen in der Noth, die eigentlichen Stützen der Religion; und ohne Religion kann es keine Staatsgesellschaft, keine Regierung geben. Wenn die religiösen Bande reißen, so reißen auch die politischen. Bei uns aber reißen die religiösen Bande, weil man sie zu straff anspannt. Das göttliche Wesen der christlichen Religion giebt sich nicht durch Verfolgungssucht und Unduldsamkeit, sondern durch Duldung und Ueberzeugung zu erkennen: dieser milde Geist der Duldung herrscht in jenem alten Clerus von Frankreich, der durch das Unglück und durch die Verfolgung gereift ist; und dennoch sehen wir, daß der entgegengesetzte Geist der Unduldsamkeit in allen Kreisen der Gesellschaft immer schroffer hervortritt, daß die geistliche Gewalt sich täglich gefährlichere Eingriffe in das Gebiet der weltlichen erlaubt. Woher drohen diese Eingriffe, die dem Geiste unserer Religion so sehr entgegen sind? Es ist Zeit, dies offen auszusprechen: von einer verborgenen Macht, von einem Vereine, dessen Mitglieder zum großen Theile unseren constitutionellen Staatseinrichtungen einen tödtlichen Haß geschworen haben und sie vernichten wollen, sollte auch die Religion darüber zu Grunde gehen. Fragt man mich um den Namen des Vereins, so antworte ich durch Hinweisung auf seine Wirkungen und seine Werke; an dem Namen ist nichts gelegen. Dieser Verein erregt Widerwillen gegen die Religion, entfremdet dem Könige die Herzen, und gefährdet selbst die Sicherheit des Thrones; er beherrscht das Ministerium, das bald sein Joch abschütteln will, bald demselben wieder sich geduldig unterwirft; alle Beamten zittern vor seinem geheimen Einflusse; durch ihn werden alle Stellen im Civil wie im

Militair vergeben. Aber man hüte sich! das Frankreich, welches, geblendet vom Glanze der Waffen, den militairischen Despotismus ertrug, wird nicht eben so den Despotismus der religiösen Heuchelei ertragen. Verschließen wir nicht die Augen, während wir am Rande eines Abgrundes stehen! Alles hat sich verwandelt in unserm Vaterlande — Sitten, Gewohnheiten, Interessen, Ideen, — Alles ist verwandelt in den Ländern um uns her. Umwälzende europäische Ereignisse bereiten sich vor; die Welt scheint sich auf ihrer Achse umgedreht zu haben; und wir wähnen uns noch immer auf der alten Stelle. Wir sind weiter, als wir denken. Die Zeit macht Riesenschritte; und wer ihr nicht folgt, den reißt sie mit sich fort.“ Der Bischof von Hermopolis, der als Minister der geistlichen Angelegenheiten den kühnen Angriff Agier's nicht unbeantwortet lassen konnte, übernahm es, denselben als grundlos zurückzuweisen; er nannte den Namen des Vereins, auf welchen der streng royalistische, aber freisinnige Redner nur angespielt hatte; er ging die ganze Geschichte der Congregation von ihrem Ursprunge an durch und bemühte sich darzuthun, daß der Zweck derselben kein anderer sey, als religiöse Gesinnungen unter dem Volke zu verbreiten, er leugnete es ab, daß sie sich irgend einen Einfluß auf die weltliche Gewalt anmaße, und berief sich dabei auf seine eigene Erfahrung, da er, selbst der Congregation nicht angehörig, während einer zweijährigen Theilnahme an der Verwaltung niemals etwas von einem solchen Einflusse wahrgenommen habe. Die gemäßigte und würdevolle Darstellung des Prälaten würde nicht allein in der Abgeordnetenkammer, wo es dessen kaum bedurfte, sondern in der ganzen Nation den beruhigendsten Eindruck hervorgebracht haben, wenn nicht zu viele Thatsachen vorgelegen hätten, die mit seinen Behauptungen im schroffsten Widerspruche standen. Dabei beging er eine Unvorsichtigkeit, die sich durch alle Gewandtheit der Rede nicht gut machen ließ. Er suchte die Besorgnisse zu widerlegen, die das Einschleichen der Jesuiten erregte. „Es giebt in Frankreich,“ sagte er, „38 königliche und 60 städtische Gymnasien, 300 vom Staate anerkannte Erziehungsanstalten, 80 Seminarien und wenigstens 100 geistliche Vorbereitungsschulen, die man kleine Seminarien nennt. Nicht ein Gymnasium, nicht eine größere Erziehungsanstalt, nicht ein theologisches Seminarium befindet sich in den Händen der Männer, die unter dem Namen Jesuiten bekannt sind. Und von den hundert kleineren Seminarien, wie viele sind ihnen von diesen anvertraut?

Nicht mehr als sieben. Bei so geringer Verbreitung können sie unmöglich einen verderblichen Einfluß auf die Jugend üben und dieselbe zu ihren Lehren hinüberführen.“ Bisher war die Anwesenheit der Jesuiten in Frankreich nur von den Journalen als gesetzwidrig gerügt, von den Behörden aber immer beharrlich in Abrede gestellt worden; jetzt wurde dieselbe mit einem Male amtlich zugestanden; und man wußte nun, was man von den früheren Ableugnungen zu halten hatte. Die Wirkung dieses Eingeständnisses war ungeheuer. Auf der einen Seite wurde den amtlichen Widerlegungen, welche gegen die Vorwürfe und Beschuldigungen der Journale gerichtet waren, aller Glaube genommen; auf der andern erhielt das Schreckbild, welches bisher sich den Gemüthern nur in dunkler Form und in schwankenden Umrissen gezeigt hatte, eine bestimmte Gestalt, und wurde dadurch den Angriffen, an denen es nicht fehlen konnte, zugänglich gemacht.

Die nächste Folge war, daß ein Mann von erprobter royalistischer Gesinnung, der sich aber bereits in einer frühern Schrift mit männlicher Kraft gegen das verderbliche Umsichgreifen einer irregeleiteten Religiosität ausgesprochen hatte, der hochbetagte Graf Montlosier, jetzt als offener Ankläger der Jesuiten und der Congregation auftrat. *) Eine Denkschrift, die er an die vornehmsten Rechtsgelehrten, so wie an die Beisitzer sämmtlicher Gerichtshöfe des Königreiches versandte, forderte die letzten auf, nach aller Strenge der Gesetze gegen die beiden religiösen Vereine, deren gesetzwidriges Dasein er zur Anzeige brachte, so wie gegen die ganze Richtung, die sich eines großen Theiles der französischen Geistlichkeit bemächtigt habe, einzuschreiten. Die angesehensten Mitglieder des Advocatenstandes zu Paris, 43 an der Zahl, unterzeichneten nach vorausgegangener gemeinschaftlicher Berathung eine Erklärung, worin sie sich zwar auf das bestimmteste dagegen aussprachen, daß die Gerichte gegen irgend eine geistige Richtung zu verfahren hätten, bevor dieselbe in strafbare Handlungen übergegangen wäre, zugleich aber anerkannten, daß das Bestehen der Jesuiten, als einer geschlossenen Körperschaft, so wie jenes der Congregation allerdings den Gesetzen zuwider sey, und daß Graf Montlosier durch seine An-

*) Mémoire à consulter sur un système religieux et politique tendant à renverser la religion, la société et le trone; und Dénonciation aux cours royales relativement au système religieux et politique, signalé dans le mémoire à consulter.

klage sich daher ein wesentliches Verdienst um den Fürsten und um das Vaterland erworben habe. Der oberste Gerichtshof des Reiches, vor welchen jetzt die Sache gebracht wurde, erkannte gleichfalls an, daß alle zu verschiedenen Zeiten gegen die Jesuiten, die Congregationen und ähnliche Verbindungen erlassenen Gesetze noch in voller Kraft wären, erklärte sich selbst aber für nicht ermächtigt, auf den Grund dieser Gesetze ein Urtheil zu fällen, weil die Handhabung derselben nur der höhern Polizei und keiner richterlichen Behörde zustehe. Diese Entscheidung wurde von beiden Parteien als ein Sieg gedeutet: von den Freunden der Jesuiten, weil sie wohl wußten, daß diese von der Polizei nichts zu fürchten hatten; von den Gegnern, weil die Gesetzwidrigkeit der Herstellung des verhaßten Ordens, so wie aller der Verbindungen, die mit demselben in mehr oder weniger engem Zusammenhange standen, jetzt auf eine Weise festgestellt war, die keine Möglichkeit des Zweifels mehr zuließ. Thatsächlich wurde durch den Spruch des Gerichtes in dem Stande der Dinge nichts verändert; aber derselbe enthielt eine Warnung, die kein anderer Fürst verachtet hätte, der nicht so tief in den Schlingen des pfäffischen Aberglaubens befangen gewesen wäre, wie Karl X. Das Recht ist selbst für den Schwachen eine mächtige Waffe; den Bestrebungen, die Karl X. begünstigte, stand aber die ganze französische Nation gegenüber; und diese erhielt jetzt zu dem Bewußtseyn der Kraft, welches ihr die ruhmreichen Erinnerungen der Revolution und des Kaiserreiches liehen, die Gewißheit ihres guten Rechtes. Die Geistlichkeit, statt das ernste Zeichen zu verstehen, welches für sie in dem Urtheile eines Gerichtshofes lag, dem man Hinneigung zu den revolutionairen Ideen auf keine Weise zum Vorwurfe machen konnte, suchte die Ursache des allgemeinen Hasses, deren Gegenstand sie war, nicht in ihren eigenen Uebertreibungen, sondern in der Verkehrtheit der Presse, welche die öffentliche Meinung irre leite, die Gemüther dem Heiligsten entfremde und nach allen Richtungen die Saat des Unglaubens und der Lüge ausstreue. Daß die Presse, weit davon entfernt, dem Volke eine fremde Meinung aufzudrängen, vielmehr selbst nur der Ausdruck der in der Nation herrschenden Meinung war, begriff man nicht oder wollte man nicht begreifen; und man glaubte daher Alles gewonnen zu haben, sobald es nur gelänge, die freie Mittheilung des Gedankens durch die Presse auf engere Schranken zurückzuführen: als ob die Meinung, vor deren Macht man Scheu trug, deshalb weniger vorhan-

den gewesen wäre oder geringere Kraft besessen hätte, wenn es ihr nicht mehr gestattet war, sich in den Zeitungen auszusprechen. Die Abgeordnetenkammer hatte in ihrem religiösen Eifer bei wiederholten Gelegenheiten den Wunsch geäußert, daß den Ausschweifungen der Presse ein Ziel gesetzt werden möge. Karl X. war zwar einer Wiedereinführung der Censur entgegen, weil er fühlte, daß er dadurch den letzten Rest der Volksgunst, die ihm bei seinem Regierungsantritte entgegengekommen war, verscherzen würde; auch lag in seinem Charakter eine Festigkeit, die ihn nur mit dem größten Widerwillen von einmal gefaßten Beschlüssen zurückkommen ließ. Dabei theilte er aber alle Vorurtheile der überspanntesten Religionseiferer gegen die Presse; die Ausfälle, welche sich die Journale gegen die Uebergriffe des geistlichen Einflusses erlaubten, waren ihm ein Gräuel; und jedes Mittel, die verruchte Gottlosigkeit der Presse zu unterdrücken, mit der einzigen Ausnahme der Censur, war ihm daher willkommen. Dem Siegelbewahrer Peyronnet war es vorbehalten, einen Gesetzentwurf vorzubereiten, der darauf berechnet war, dem verderblichen Unwesen mit einem Schlage ein Ende zu machen. Der Name der Censur war vermieden, doch wenig mehr als der Name. Denn alle Druckschriften von zwanzig oder weniger als zwanzig Bogen sollten fünf, von mehr als zwanzig Bogen zehn Tage vor der Ausgabe der Behörde vorgelegt werden, die das Recht hatte, die Beschlagnahme zu verfügen und eine gerichtliche Verfolgung anzuordnen, ehe das Buch noch wirklich erschienen war. Außerdem wurden die Flugschriften durch einen übermäßig hohen Stempel vertheuert. Einem ähnlichen Stempel wurden die Journale unterworfen, deren Herausgabe zugleich an sehr erschwerende Bedinguugen geknüpft wurde. Hohe Geldstrafen drohten sie, nachdem alle diese Schwierigkeiten überwunden waren, zu Grunde zu richten. Man hoffte, durch diese Maßregeln die freie Bewegung der Presse zu erdrücken, ohne daß man nöthig gehabt hätte, zu offenen Gewaltthätigkeiten seine Zuflucht zu nehmen.

Während das französische Cabinet in seiner innern Verwaltung sich immer mehr Einflüssen unterordnete, die in allen ihren Bestrebungen im schroffsten Widerspruche gegen die bei der großen Mehrheit der Nation vorherrschende Gesinnung und Geistesrichtung standen, führte ein unvorhergesehenes Ereigniß Verwicklungen in der auswärtigen Politik herbei, die, wenn dieselben nicht noch zur rechten Zeit auf friedliche Weise gelöst wären, eine unabsehliche Ver-

wirrung anrichten und alle Berechnungen der scharfsinnigsten Staatsklugheit zerstören konnten. Die Anwesenheit der französischen Truppen in Spanien, die durch den ungeordneten Zustand dieses unglücklichen Landes sich von Jahr zu Jahr verlängerte, wurde von England mit den ungünstigsten Augen betrachtet, weil dieselbe den brittischen Einfluß, der so lange auf der pyrenäischen Halbinsel der vorwiegende gewesen war, für immer auszuschließen oder doch in die engsten Grenzen zurückzuweisen drohte. Um dieser Gefahr zu begegnen, fanden die brittischen Staatsmänner kein geeigneteres Mittel, als der Willkürherrschaft zu Madrid gegenüber in Lissabon eine gemäßigte constitutionelle Regierung herzustellen, von der vorherzusehen war, daß sie bei der Gleichartigkeit der gesellschaftlichen Zustände in Portugal und in dem mächtigeren Nachbarlande zu ihrer Selbsterhaltung des brittischen Schutzes nicht würde entbehren können. Die freie Verfassung, die Dom Pedro nach dem Tode König Johann's des VI. von Brasilien aus seinem Vaterlande zum Geschenk machte, war unverkennbar brittischen Ursprunges. Ihre Verkündigung wurde zu Lissabon von der leicht beweglichen Menge mit Jubel, zu Paris dagegen, wie zu Madrid von den Anhängern der willkürlichen Gewalt mit unverholener Entrüstung aufgenommen. Die eifrigsten Verfechter des unbeschränkten Königthumes in Frankreich wie in Spanien drangen darauf, daß man nicht säumen dürfe, die Revolution, die an dem äußersten Ende der Halbinsel ihr Haupt von neuem erhebe, mit Waffengewalt zu bekämpfen, bevor sie hinreichend erstarkt sey, über die Grenzen des kleinen Königreiches Portugal hinauszugreifen. Villèle, der in der auswärtigen Politik freiere Hand hatte, als in der innern Verwaltung, war zu besonnen, um auf so ausschweifende Plane einzugehen, die einen Krieg zwischen England und Frankreich zur unvermeidlichen Folge haben mußten. Er verständigte sich leicht mit dem edlen, obwohl schon halbgebrochenen Geiste, der um diese Zeit die öffentlichen Angelegenheiten des brittischen Inselreiches leitete; aber nicht so leicht gelang es ihm, die wüthenden Parteigänger im Zaume zu halten, welche, durch ihre französischen Sinnesgenossen insgeheim unterstützt, in dem Rathe des spanischen Ferdinand VII. den Ausschlag gaben. Nur durch die Drohung, dem eben so schwachen und feigen, als übermüthigen und trotzigen Fürsten jeden Beistand zu entziehen, brachte er es dahin, daß man zu Madrid darauf verzichtete, die portugiesischen Flüchtlinge, die sich in Schaaren in den spanischen Grenz-

provinzen sammelten, offen zu unterstützen. Aber je vorsichtiger und weiser die Politik war, die Villèle in dieser Angelegenheit beobachtete, um so leidenschaftlicher wurde sie von den Ultras angegriffen, denen jede Mäßigung, wie dringend sie auch durch die Umstände geboten war, entweder als ein Zeichen verächtlicher Muthlosigkeit oder gar des Verrathes erschien. In der Thronrede, mit der (am 12. December 1826) die Kammern wieder eröffnet wurden, sagte der König: »Er werde seine Bemühungen mit den Anstrengungen seiner Verbündeten vereinigen, um den Unruhen, die in einem Theil der Halbinsel ausgebrochen wären, ein Ziel zu setzen.« Dieser Erklärung, die an und für sich unzweideutig genug war, fügte Villèle in der Abgeordnetenkammer zur näheren Erläuterung hinzu, daß sämmtliche europäische Mächte in Bezug auf die Anlegenheiten der Halbinsel sich dahin vereinigt hätten, England verfahren zu lassen, wie es seinen Interessen gemäß dies gethan habe, weil man darin das sicherste Mittel sähe, den allgemeinen Frieden zu erhalten und die Ruhe in die Landschaften zurückzuführen, in denen dieselbe gestört worden sey. In ähnlichem Sinne sprach Baron Dumas sich in der Pairskammer aus; aber in beiden Versammlungen hatten die Minister harte Kämpfe zu bestehen. Die Ultraroyalisten warfen ihnen vor, daß sie die Ehre Frankreichs einer feigen Nachgiebigkeit gegen England geopfert hätten. De la Bourdonnaye nannte die Verbindung mit England einen politischen Selbstmord, weil man durch die Mitwirkung zum Siege der portugiesischen Revolution sich der Theilnahme an diesem Staatsverbrechen schuldig gemacht habe. Die Liberalen wiesen mit Schadenfreude darauf hin, daß alle Verlegenheiten des Augenblickes nur durch das Einschreiten in Spanien veranlaßt worden wären. Die seltsamste Rolle spielte Châteaubriand, der die Versicherung ertheilte, daß er die portugiesische Verfassung mehr liebe, als die englischen Minister, die ihre Vorliebe für dieselbe nicht offen einzugestehen wagten. »Ich glaube,« sagte der Urheber des spanischen Feldzuges von 1823, »daß man auf keinem Punkte des Erdbodens eine freie Verfassung umstürzen kann, ohne dem ganzen menschlichen Geschlechte eine Beleidigung zuzufügen.« Zugleich aber behauptete er, daß England kein Recht habe, sich in die portugiesischen Angelegenheiten einzumischen, tadelte die strafbaren Gefälligkeiten, welche die Minister England erwiesen, und weissagte in hohem Prophetentone, daß, wer sich selbst erniedrige, nicht den Frieden zu erwarten habe, sondern nur die Schande. Die Pairskammer

war jedoch zu besonnen, um sich durch Declamationen, die alles thatsächlichen Grundes entbehrten, hinreißen zu lassen; und in der Abgeordnetenkammer hatte Villèle die ministeriellen Cohorten zu wohl geordnet, als daß sie so leicht durch den ersten stürmischen Anlauf zu durchbrechen waren. Die Angriffe, welche die auswärtige Politik des Ministers in beiden Kammern zu erfahren hatte, verfehlten daher in beiden ihren Zweck: in der einen wegen der verständigen Mäßigung, die Villèle überall beobachtete, wo er der Herr seiner eigenen Entschließungen war, in der andern ungeachtet dieser Mäßigung.

Wenn die Mehrheit der Pairskammer der auswärtigen Politik Villèle's ihre Billigung nicht versagen konnte, so trat sie mit um so entschiedenerer Festigkeit den Grundsätzen entgegen, die in seiner innern Verwaltung die vorherrschenden waren; und dazu fand sie in einer ihrer ersten Sitzungen nach der Eröffnung der Session Gelegenheit. Da Graf Montlosier mit seinen Klagen gegen die Jesuiten und gegen die Geistlichkeit bei dem obersten Gerichtshofe des Reiches nicht durchgedrungen war, wenn er seinen Zweck auch nicht ganz verfehlt hatte, so wandte er sich in einer Bittschrift an die Pairskammer, um diese aufzufordern, im Wege der Gesetzgebung einzuschreiten. Die Pairskammer konnte auf diese Einladung nicht eingehen, weil, nach den Bestimmungen der Verfassung, der erste Antrag der Gesetze ausschließlich der Regierung zustand; dagegen erkannte sie, aller Anstrengungen des Cardinals de la Fare und des Bischofs von Hermopolis ungeachtet, die Wiedereinführung des Jesuitenordens in Frankreich, über welche nach den Eingeständnissen des Cultusministers kein Zweifel mehr sey, als gesetzwidrig an und beschloß deshalb mit großer Stimmenmehrheit die Bittschrift dem Präsidenten des Ministerrathes zu näherer Erwägung zuzuweisen. Die Begünstigung der Jesuiten, deren Wiedererstehen der Cardinal de la Fare im Laufe der Erörterung als ein Wunder darstellte, in dem die Hand Gottes sichtbar sey, bezeichnete aber die ganze Richtung der Regierung; und indem die erste Kammer sich gegen die Duldung der Jesuiten erklärte, sprach sie das Verdammungsurtheil gegen die Grundansichten aus, welche die Verwaltung in allen ihren Zweigen leiteten. Dieses Urtheil reichte in seinen Wirkungen höher hinauf, als bis zu den Ministern; denn Karl X., der mit dem Ordensgeneral in persönlichem Verkehr stand, glaubte seine höchste Regentenpflicht zu erfüllen, indem er dem Plane, den die Jesuiten sich

zur Aufgabe gestellt hatten, das mittelalterliche Kirchenthum wieder herzustellen, seinen königlichen Schutz lieh. Wenn selbst eine Versammlung von dem Range und der Bedeutung der Pairskammer sich nicht länger durch die Rücksicht auf den persönlichen Willen des Königs abhalten ließ, in dem Kampfe gegen die Anmaßungen der geistlichen Gewalt Partei zu ergreifen, so mußte sich auch dem beschränktesten Verstande, der von vorgefaßten Meinungen nur nicht völlig verdunkelt war, die Ueberzeugung aufdrängen, daß ganz Frankreich eines Sinnes, daß die ganze Nation einmüthig entschlossen war, sich der Zurückführung längst vergangener Zustände, die in der Gegenwart nirgend einen Anhaltspunkt fanden, mit Kraft zu widersetzen.

Eine nicht weniger dringende Mahnung, wie in der Erklärung der Pairskammer über die Bittschrift des Grafen Montlosier, lag in der Aufnahme, welche dem Entwurfe des neuen Preßgesetzes in der öffentlichen Meinung zu Theil wurde. Die Journale aller Farben, die überspanntesten royalistischen nicht ausgenommen, sprachen sich einstimmig gegen ein Gesetz aus, welches offenbar darauf berechnet war, die nach der Charte jedem Franzosen als ein unveräußerliches Recht zustehende Mittheilung seiner Gedanken durch die Presse völlig zu unterdrücken; von allen Seiten gingen Bittschriften an die Kammern ein, welche die Verwerfung eines für die öffentliche Freiheit so verderblichen Gesetzes verlangten. Eine amtliche Vertheidigung im Moniteur war ungeschickt genug, dem Gehässigen der Maßregel auch noch die Lächerlichkeit hinzuzufügen, indem sie dieselbe als ein Gesetz der Gerechtigkeit und der Liebe (loi de justice et d'amour) bezeichnete. Der französische Witz heftete sich sogleich an diesen widersinnigen Ausdruck, der verkehrter nicht hätte gewählt werden können; und fortan hieß der Gesetzentwurf des Herrn von Peyronnet in ganz Frankreich nicht anders, als das Gesetz der Liebe. Die Entrüstung war eine so allgemeine, daß selbst die französische Akademie, welche doch die schüchternsten, dem politischen Leben und Treiben beinahe ganz entfremdeten Gelehrten in ihrer Mitte zählte, in die Bewegung hineingezogen wurde. Die Akademie beschloß, eine Bittschrift an den König zu richten, um den Fürsten, der seinen Ruhm in großmüthiger Pflege der Wissenschaften suche, um die Zurücknahme des die Wissenschaft bedrohenden Gesetzes anzugehen. Die Abordnung, die mit der Ueberreichung der Bittschrift beauftragt war, wurde bei dem Könige nicht vorgelassen; und drei der Gelehrten, die an

der Abfassung Theil genommen, und welche von der Regierung abhängige Stellen bekleideten, wurden, um ihnen die königliche Ungnade noch fühlbarer zu machen, ihrer Aemter entsetzt. Aber die Meinung der Nation sprach sich mit so kraftvoller Entschiedenheit aus, daß selbst die Abgeordnetenkammer, welcher der Gesetzentwurf zuerst zur Berathung vorgelegt wurde, ungeachtet des fanatischen Hasses der Mehrheit gegen die revolutionäre Presse, sich einschüchtern ließ. Die von der Kammer ernannte Prüfungscommission milderte die gehässigsten, und somit auch die am meisten bezeichnenden Bestimmungen, so daß von dem ursprünglichen Entwurfe nicht viel mehr als ein Schatten übrig blieb. Der ganze Plan war jedoch zu folgerecht angelegt, als daß die Milderung einzelner Bestimmungen hinreichend gewesen wäre, der Presse wirksamen Schutz gegen die Unterdrückung zu gewähren, von der sie bedroht war. Wie entschieden in der Kammer auch der widerwärtigste religiöse und politische Fanatismus vorherrschte, so fehlte es doch selbst unter den Ultraroyalisten nicht an wackern Vorkämpfern der Freiheit. Der Haß gegen die ministerielle Willkür, die sie in Villèle verkörpert sahen, klärte sie über die wahren Bedürfnisse der Nation und des Königthums auf, und sie traten, wo diese gefährdet waren, kräftiger auf, als die Liberalen, weil sie weniger Ursache hatten, eine Verkennung ihrer Absichten zu fürchten. „Die Gesetzgebung der Presse," sagte Agier, „bedarf einer Verbesserung; aber muß man deshalb die Freiheit der Presse selbst vernichten? Sind die gegenwärtigen Gesetze wirklich unzureichend für ihre Vergehen? Die Antwort liegt in den Verurtheilungen, welche die Gerichtshöfe ausgesprochen haben. Man findet diese nicht häufig, nicht stark genug: aber dann müßte man sich über die Nachsicht der Gerichte, nicht über die Unzulänglichkeit der Gesetze beschweren. Was will das Ministerium? Keine politische Erörterungen, keine Druckschriften, keine Zeitungen! Die öffentliche Meinung, welche kräftige Regierungen stets zu leiten und aufzuklären verstehen, war eine kurze Zeit hindurch von einem Eroberer eingeschläfert worden; allein sie erwachte bei der Rückkehr der Bourbonen, unter denen Frankreich seine Stimme und seine Freiheit wiederfand. Wer wird nicht trauern, wenn er einen Vergleich zwischen damals und jetzt anstellt, wo man uns nur zu Rückschritten bringen will?" Noch kräftiger sprach sich Bacot de Romans aus. „Wahrlich," rief er aus, „zu keiner früheren Zeit war Frankreich eine solche Erniedrigung vorbehalten. Welches Gesetz legt man uns vor? Ein unförmliches Gewebe von Bestimmungen, die den politi-

schen Gesetzen eben so sehr, als den bürgerlichen entgegen sind, die sich weder mit unseren neuen Gewohnheiten, noch mit unseren angeerbten Neigungen vereinigen lassen: feindlich der Civilisation, tödtlich für die Literatur und für die Freiheit, und nur durch die ministerielle Reizbarkeit eingegeben! Noch mehr, als der Gesetzentwurf an sich, ist mir der Geist zuwider, der denselben hervorgerufen. Diesen Geist bezeichnet der Haß gegen die Wahrheit, das Zurückweisen jedes Rathes, jeder Belehrung; er ist die Grundlage eines Systemes, das bald nur noch ein Gemisch allgemeiner Verderbniß und despotischer Willkür darstellen wird. Die unvermeidliche Folge eines so unfranzösischen Systemes wird die Auflösung aller gesellschaftlichen und politischen Bande sein, und sobald es erst so weit gekommen ist, wird die legitime Souveränität Frankreichs, die Seele des Vaterlandes, allein und unvertheidigt sich allen Gefahren bloßgestellt sehen.“ — „Wir machen schöne Fortschritte,“ bemerkte Bourdeau höhnisch, „man tödtet die Presse, um sie Lebensart zu lehren. Bald wird es uns 500 Franken kosten, um von den Jesuiten, der Congregation und den Klöstern im Guten oder im Bösen zu sprechen. Die Unverschämtheit und die Lüge wird so weit getrieben, daß man uns einen Gesetzentwurf als Unterpfand der Liebe und der Gerechtigkeit bietet, in welchem die Willkür, die Rechtlosigkeit und die Confiscation sich den Raub unserer kostbarsten öffentlichen Freiheiten streitig machen. Großer Gott! Welches Ministerium, welche Gerechtigkeit und welche Liebe!“ Benjamin Constant meinte: „Wenn man die von der Charte verbürgten öffentlichen Freiheiten nicht anders wahrnehmen wolle, als in dem neuen Gesetze geschehe, hätte man eben so gut gethan, sie der Mainzer Commission oder der Camarilla zu Madrid in Verwahrung zu geben. Bei dem Zwecke, den man erreichen wolle, habe man sich viele unnöthige Mühe gegeben. Das nothwendige Werkzeug, ohne welches die Preßfreiheit nicht bestehen könne, sey die Buchdruckerkunst; statt die Aeste des Baumes einzeln abzuhauen, wäre es viel einfacher gewesen, die Axt gleich an den Stamm zu legen.“ Die unbekannten und unbedeutenden Namen, welche zur Vertheidigung des Gesetzentwurfes sprachen, wußten den kühnen Anklagen der Gegner nicht viel mehr entgegenzusetzen, als allgemeine Redensarten über den verderblichen Einfluß der Presse, dem nothwendig gesteuert werden müsse. Am folgerechtesten war Salaberry, der sich auf Baco von Verulam berief, um zu beweisen, daß es gefährlich sey, der wissenschaftlichen Bildung eine zu weite Ausbreitung zu gestatten. Seiner Meinung nach sollte man nur so viele Kinder in den Schu-

len aufnehmen, als es öffentliche Aemter gebe, die durch studirte Leute zu besetzen wären. Von der Buchdruckerkunst behauptete er, sie sey eine Plage, die einzige Plage, mit der Moses Aegypten heimzusuchen vergessen habe. Die Presse sey eine Macht, welche die höchste Gewalt im Staate an sich zu reißen suche; entweder müsse man sich ihrem Joch unterwerfen, oder man müsse es zerbrechen. Herr von Salaberry erklärte sich daher gegen alle Verbesserungsvorschläge der Commission; ihm war der ministerielle Gesetzentwurf eher zu schwach, als zu stark. „Das Gesetz," sagte er, „wird gegen jene Schriftsteller verlangt, welche Feinde des öffentlichen Wohls, Feinde unsers Gottes und unsers Königs sind; gegen die Revolution und gegen die Revolutionaire, welche durch die Frechheit dieser Presse und durch die Ohnmacht der Gesetzgebung wieder an das Tageslicht hervorgezogen werden." Ihm entgegnete de la Bourdonnaye: „Kein Gesetz kann dem Uebel abhelfen, welches man den Journalen zuschreibt. Dieses Uebel liegt nicht in der Opposition, sondern in den Handlungen, welche dieselbe hervorrufen. Die Gesellschaft erzürnt und erhebt sich gegen eine Ordnung der Dinge, die Alles bloßstellt, was ihr theuer ist: die volksthümliche Unabhängigkeit und das rechtmäßige Königthum. Die leidenschaftlichsten Journale würden es nicht wagen, die Aeußerungen zu wiederholen, die man täglich an den besuchtesten öffentlichen Orten hört. Um die Wahrheit gerade heraussagen: der allgemeine Unwille hat noch niemals einen höheren Grad erreicht; die öffentliche Entrüstung überschreitet alle Grenzen. Man entsage dem Systeme des Truges, welches man seit dem Jahre 1822 befolgt hat. Frankreich richtet seine Blicke nach dem Throne Heinrich's IV. und des heiligen Ludwig's, nach dem Scepter, der noch nie die Lüge beschützte. Frankreich verlangt die Aufrechterhaltung seiner Preßfreiheit, die immer die sicherste Stütze des constitutionellen Thrones war." In seiner tiefsten Bedeutung faßte der philosophische Royer-Collard den ministeriellen Entwurf auf. „Wir sind schon weit von jenen Debatten zurückgekommen," sagte er, „die in den ersten Jahren der Restauration stattfanden: der Angriff, den wir jetzt zurückzuweisen haben, ist nicht gegen die Frechheit, sondern gegen die Freiheit gerichtet: nicht allein gegen die Freiheit der Presse, sondern gegen jede natürliche, politische und bürgerliche Freiheit als etwas wesentlich Schädliches und Gefährliches. Im innern Wesen des Gesetzes liegt der Sinn, daß es an dem großen Schöpfungstage unklug gewesen sey, den Menschen frei und vernünftig in das

Weltall eingehen zu lassen. Daraus ist der Irrthum und die Sünde hervorgegangen. Eine höhere Weisheit macht nun den Fehler der Vorsehung gut, beschränkt die unvorsichtige Freigebigkeit derselben und leistet der mit größerer Klugheit zugestutzten Menschheit den Dienst, sie endlich zu der glücklichen Unschuld des Viehes zu erheben. Dies sind nicht etwa gewaltsam abgezwungene Folgerungen aus dem Gesetzentwurfe; sie bieten sich vielmehr von selbst dar, und werden in amtlichen Anpreisungen als ruhmwürdige Entdeckungen dargestellt. Das ist die gerechte Strafe für eine große Verletzung öffentlicher und bürgerlicher Rechte, daß man sie nicht anders vertheidigen kann, als indem man dem göttlichen Gesetze Hohn spricht. Es handelt sich nicht mehr um die Presse, sondern um den Menschen selbst, der, seiner ursprünglichen Würde beraubt, mit der Freiheit auch die Tugend, die sein göttlicher Beruf ist, verlieren soll. Die Unterdrückung der Presse, auf solche Grundsätze gestützt, ist nichts Geringeres, als das Manifest einer furchtbaren Tyrannei, die in ihrem Wesen alle Unterdrückungen enthält, zu allen berechtigt. Aber die Tyrannei ist in unseren Tagen so eitel, so thöricht, so unmöglich, daß es weder einen noch mehrere Menschen giebt, die bei gesundem Verstande nur den Gedanken daran, noch viel weniger die Hoffnung darauf hegen könnten. Solche wahnsinnige Verwegenheit findet man nur bei Factionen. Das Gesetz, das ich bekämpfe, verkündet demnach das Daseyn einer Faction in der Regierung so gewiß, als ob die Faction offen herausträte und vor uns mit wehenden Fahnen aufzöge. Ich werde sie nicht um ihren Namen fragen; ich werde sie nicht fragen, woher sie kommt, und wohin sie geht; sie würde lügen. Ich beurtheile sie nach ihren Werken. Heute schlägt sie uns die Zerstörung der Preßfreiheit vor; vergangenes Jahr hatte sie aus dem Mittelalter das Recht der Erstgeburt ausgegraben, im Jahre vorher das Gesetz über die Heiligthumsschändung. So macht sie fortwährend neue Rückschritte in der Religion, in der bürgerlichen Ordnung, in der Regierung. Sie strebt durch den Fanatismus, die Bevorrechtung und die Unwissenheit zur Barbarei und nach der albernen Herrschaft, welche durch die Barbarei begünstigt wird.“ Der Premierminister, von dem man kaum erwartet hatte, daß er das Werk seines Collegen persönlich vertheidigen würde, glaubte zu den einschneidenden Vorwürfen eines so tiefen Denkers und eines in der allgemeinen Achtung so hoch stehenden Mannes, wie Royer Collard, nicht schweigen zu können. „Man beschuldigt die Regierung,“ erwiderte er, „durch den Gesetzentwurf die Tyrannei in Frank-

reich einführen zu wollen. Der einzige Tyrann, der auf Frankreich laſtet und täglich die geſetzlichen Gewalten des Landes höhnt und unterdrückt, iſt die Freiheit der Preſſe. Ihm verdankt man das Geſpenſt der Congregation, der Jeſuiten, der Gegenrevolution, durch das ſo viele Gemüther in Unruhe verſetzt werden, die außerdem die Wohlthaten einer milden und väterlichen Regierung dankbar genöſſen. All' dieſes Unheil rührt nur von der Preßfreiheit her. Die bürgerliche Geſellſchaft wird durch ſie mitten in ihrer Wohlfahrt, in ihrer Freiheit und in allen Elementen des Glückes geſtört und wieder in jenen Zweifel und in jene Verwirrung der Grundſätze und der Gedanken geworfen, welche den Nationen und den Regierungen den Tod bringen. Die Geſetzgebung hat die öffentlichen Gewalten bewaffnet, um ſich gegen die Ausſchweifungen dieſer Frechheit zu ſchützen; die Kammern können die gegen ſie gerichteten Ausſchweifungen ſelbſt beſtrafen: die Regierung kann in Abweſenheit der Kammern die Cenſur einführen, um die Verbreitung gefährlicher Schriften zu hindern: dennoch ſind die Intereſſen der Geſellſchaft durch die gegenwärtige Geſetzgebung nicht hinreichend geſchützt. Die Regierung hat die Lücke, die ſie bemerkte, auszufüllen verſucht; dies iſt der Zweck des vorliegenden Geſetzentwurfes.“ Gautier, ein Freund Royer Collard's, nahm zur Rechtfertigung der von dieſem entwickelten Anſichten das Wort: „Es giebt eine doppelte Art, die Freiheit zu unterdrücken,“ ſagte er: „die gewöhnlichſte iſt, die Willkür ſtatt der Geſetze walten zu laſſen, die furchtbarſte aber iſt, Ungerechtigkeit und Gewaltthat in die Geſetze ſelbſt einzuführen. Die Willkür iſt ihrer Natur nach vorübergehend; ſie kann ſich nur auf eine wirkliche oder vorgebliche Nothwendigkeit ſtützen, und hört von Rechtswegen mit dem Verſchwinden dieſer Nothwendigkeit auf. Unterdrückende Geſetze dagegen ſind eine ſtete fortdauernde Tyrannei; und wenn die Ungerechtigkeit in den Geſetzen beſiegelt iſt, ſo muß man fürchten, daß unter den Anſtrengungen, welche das Volk macht, um dieſelbe aus den Geſetzen herauszureißen, das ganze Gebäude der geſellſchaftlichen Ordnung zuſammenſtürzt. Man ſagt uns: die Geſellſchaft ſey gefährdet, die Preſſe ſey zum höchſten Grade der Zügelloſigkeit gelangt, ſie greife unaufhörlich den religiöſen Glauben an, beleidige die öffentliche Sittlichkeit und vernichte den guten Ruf; die Geſetze wären ohnmächtig, ſie gewährten weder der öffentlichen Ordnung, noch den Bürgern hinreichenden Schutz; man müſſe daher eilen, einem ſo großen Uebel Einhalt zu thun, uns aus einer

so unseligen Lage zu retten. Aber diese ganze Ansicht beruht auf einem wesentlichen Irrthume. Wenn die Gesetze unzureichend erscheinen, so liegt die Ursache nicht in der Gesetzgebung, sondern in dem Geiste, in dem die Gesetze vollzogen werden. Die Gerichtshöfe sprechen die Angeklagten, welche die Verwaltungsbehörden für strafbar erklären, frei, weil sie den Groll der letzten nicht theilen, weil sie die Gesetze nicht nach der Laune und nach dem Willen des Ministeriums anwenden mögen, weil sie von dem Einflusse der öffentlichen Meinung beherrscht werden. Es ist falsch, die Presse immer als den Hebel der öffentlichen Meinung zu betrachten, sie ist vielmehr gewöhnlich nur der Ausdruck derselben. Die Heftigkeit der Presse ist nicht die Ursache der Gährung, von der alle Gemüther ergriffen sind, sie ist vielmehr die Folge dieser Gährung. Wenn die Presse und die ganze Literatur sich gegen das Betragen des Ministeriums erklären; wenn sich keine Stimme zu der Vertheidigung desselben erhebt, als die es selbst bezahlt hat: wenn die Gerichte stumm bleiben, während die Gewalt ihren Beistand anruft; wenn Männer, deren ganzes Leben Zeugniß von ihrer Hingebung an die Sache des Königthumes ablegt, sich von den Räthen der Krone trennen und mit Bedauern sich den Gegnern derselben anschließen, so kann der Grund kein anderer seyn, als daß die Gewissen beunruhigt sind, daß sie die Richtung, welche die Regierung befolgt, als eine verderbliche betrachten, und daß sie es als ihre Pflicht erkennen, dieser Richtung zu widerstehen. Was ist die Ursache der allgemeinen Bewegung, deren Zeugen wir sind? Was anderes, als dasselbe, was wir mit Schrecken in dem Gesetzentwurfe wiederfinden, der unserer Berathung vorliegt! Der Plan, den Gedanken in Fesseln zu schlagen, allen Widerstand zu ersticken, die Charte zu zerreißen, Frankreich, mit Händen und Füßen gebunden, einer feindlichen Faction zu überliefern, das Königthum durch die Ausschweifungen zu gefährden, die man in seinem Namen begehen will!" Der Siegelbewahrer Peyronnet erklärte, daß er sich in das Dunkel nicht einlassen wolle, in welches einige der vorhergehenden Redner die Frage gehüllt hätten. Seiner Ansicht nach handle es sich nur darum, ob das vorliegende Gesetz nothwendig sey oder nicht. Die Nothwendigkeit gehe aber aus den Klagen hervor, die von allen Seiten gegen die Frechheit der Presse erhoben würden. „Wir bedürfen allerdings der Freiheit," bemerkte er, „und vieler Freiheit; die Freiheit, deren wir bedürfen, ist aber jene, die den Menschen

erhebt, den Kunstfleiß ermuntert, großmüthige Gefühle erweckt und zu großen Handlungen anregt. Wenn es aber eine andere Freiheit giebt, eine Freiheit, die sich mit einem Namen brüstet, der ihr nicht gebührt und den sie entehrt, eine Freiheit, die verwegen genug ist, die Gnade Grausamkeit, die unerschütterliche Güte Tyrannei, die wahre Gottesverehrung Aberglauben, die Wohlfahrt Elend, die treue und regelmäßige Vollziehung der Gesetze Willkür, die ausgedehnteste Sicherheit, die man jemals in einem Lande genossen hat, Sclaverei zu nennen: wenn diese hundertmal wiederholten Lügen endlich die Stelle der Wahrheit behaupten; wenn das Wahre als falsch, die Tugend als Laster, die Treue als Verrath, die Seelenstärke als Schwachheit, die Liebe zur Pflicht als Feigheit ausgelegt wird; so sage ich ohne Leidenschaft und ohne Furcht, daß diese Freiheit eine Plage der Völker und nicht die Freiheit ist, welche das Glück derselben begründen kann. Eine solche Freiheit kann die Nationen nur dem Verderben entgegenführen; und es ist unsere Pflicht, sie unter Aufsicht zu nehmen und in Schranken zu halten. Deshalb verlangen wir das Ihnen vorgelegte Gesetz.“ Diese eine schlechte Sache mit glänzendem Scheine verdeckende Rede wurde von der ministeriellen Mehrheit mit lautem Beifalle begrüßt; alle Warnungen der uneigennützigsten Vaterlandsliebe und der bewährtesten Treue gegen das Königthum blieben unbeachtet; der Gesetzentwurf wurde in der gemilderten Form, die derselbe durch die Commission erhalten hatte, mit großer Stimmenmehrheit angenommen.

Die Frage war jetzt, ob es eben so leicht gelingen würde, die Zustimmung der Pairs zu erlangen, wie jene der Abgeordneten; und darüber mußten den Ministern, wenn sie sich des Schicksals so mancher ihrer früheren Gesetzentwürfe erinnerten, gerechte Bedenken aufsteigen. Die Zusammensetzung der Prüfungscommission, welche die Pairskammer ernannte, hob bald den letzten Zweifel. Die Mehrzahl der Mitglieder, Graf Portalis, Baron Portal, Graf Bastard de l'Estang, der Herzog von Broglie waren Männer, von denen auf keine Weise zu erwarten stand, daß sie der noch so mächtig bevorworteten Unterdrückung die Hand bieten würden. Wenn der ministerielle Entwurf schon in der Abgeordnetenkammer manche wesentliche Abänderungen erlitten hatte, so wurde von der Commission der Pairskammer das ganze Gebäude über den Haufen geworfen; kein Stein blieb auf dem andern; und der Bericht, den die Commission ausarbeitete, begründete eine ganz neue Gesetzge-

bung, die, statt auf die Vernichtung, vielmehr auf die Sicherstellung der Presse berechnet war. An dem Tage, an dem der Bericht in der Pairskammer erstattet werden sollte, wurde der ganze Gesetzentwurf zurückgenommen, weil man sich der Niederlage nicht aussetzen wollte, die mit Gewißheit vorherzusehen war. Noch an demselben Abende war zum Zeichen der allgemeinen Freude ein großer Theil von Paris, an dem folgenden die ganze unermeßliche Hauptstadt mit Ausnahme der öffentlichen Gebäude freiwillig erleuchtet; aufgeregte Volksmassen wogten durch die Straßen und äußerten ihre Gefühle durch lauten Jubel, zum Theil aber durch drohendes Wuthgeschrei, was auf verschiedenen Punkten das Einschreiten der Polizei und der bewaffneten Macht zur Folge hatte. Einer der vorherrschendsten Züge in dem Charakter Karl's X. war eine Eitelkeit, die selbst durch die Frömmigkeit seiner späteren Jahre nur wenig gemäßigt wurde. Nichts verletzte den schwachen Fürsten so sehr, als das Verschwinden der äußeren Zeichen der Volksgunst, von denen er sich während der ersten Monate seiner Regierung umgeben sah. Schmerz und Entrüstung waren in den Gefühlen gemischt, mit denen er nach den Tuilerien zurückkehrte, wenn ihn die Volksmassen bei irgend einer Gelegenheit, wo er sich öffentlich zeigte, mit stummer Gleichgültigkeit empfingen. Ein tapferer Feldherr, der aber zugleich ein eben so geschmeidiger Höfling war, der Marschall Oudinot, der die Pariser Nationalgarde befehligte, glaubte die freudige Bewegung, welche die Zurücknahme des Preßgesetzes veranlaßte, benutzen zu können, um dem Könige den lange entbehrten Genuß volksthümlicher Beifallsbezeugungen zu verschaffen. Auf seinen Vorschlag wurde (am 29. April 1827) eine große Herrschau der Nationalgarde angeordnet. Karl X., von dem Dauphin und dem Herzoge von Orleans begleitet und von seinem Generalstabe gefolgt, ritt durch die dicht gedrängten Reihen; überall wurde er mit dem Rufe: „Es lebe der König!“ begrüßt. Nur aus der zehnten Legion erscholl daneben der Ausruf: „Nieder mit den Ministern! Nieder mit den Jesuiten!“ Einem Grenadier, der aus dem Gliede trat, um diesen Ausruf in der unmittelbaren Nähe des Königs vernehmlicher zu wiederholen, entgegnete Karl X. stolz: „Ich bin hierhergekommen, um Huldigungen, nicht um Lehren zu empfangen!“ Noch kräftiger wurden die mißbilligenden Aeußerungen laut, als die Legionen nach Beendigung der Heerschau bei dem Hause des Finanzministers vorüberzogen. Am an-

dern Morgen erschien eine königliche Ordonnanz, welche die Nationalgarde in Masse verabschiedete. Die ultraroyalistische Partei war längst mit dem Plane einer Auflösung der Nationalgarden umgegangen, weil sie der Meinung war, daß diese von revolutionairen Ideen angesteckt sey, und weil sie überhaupt dem bewaffneten Bürger nicht trauete. Man wollte sich nur auf das Heer stützen, dessen man seit dem spanischen Feldzuge gewiß zu seyn glaubte. In dem nisterrathe hatte die Maßregel, von der sich vorhersehen ließ, daß die ganze große Masse der Bevölkerung von Paris sie als eine Beleidigung aufnehmen würde, lebhaften Widerspruch gefunden. Herr von Chabrol hob die nachtheiligen Folgen, die aus einem Zurückstoßen des gesammten Bürgerthumes hervorgehen würden, mit Schärfe hervor; der fromme Bischof von Hermopolis fürchtete die Erbitterung, die ein so kühn durchgreifender Schritt erregen mußte; der Herzog von Doudeauville, dessen Sohn eine höhere Officierstelle in der Nationalgarde bekleidete, nahm seine Entlassung. In den Tuilerien selbst herrschte, nachdem der Beschluß gefaßt war, nicht geringe Besorgniß. Man hielt eine aufrührerische Bewegung, ja bewaffneten Widerstand für nicht unmöglich. Um so größer war die Zufriedenheit, als man erfuhr, daß die Posten der Nationalgarde ganz in der Stille von den Linientruppen abgelös't worden wären, und daß Alles mit der größten Ruhe vorübergegangen sey. „Paris ist ruhig geblieben!“ sagte man sich mit Frohlocken. Man glaubte einen entscheidenden Sieg davon getragen zu haben und hielt erst jetzt die Revolution für vollkommen und auf immer bezwungen.

Die Entlassung der Nationalgarde hatte für die Regierung einen doppelten Nachtheil; einmal vermehrte sie das Mißtrauen, das ohnedies jeden ihrer Schritte begleitete, sodann ermuthigte sie die überspannte Partei, welche die Macht an sich gerissen hatte, zu immer größerer Verwegenheit, weil jetzt, ihrer Meinung nach, dem Volke die letzte Waffe entwunden war, von der es Gebrauch machen konnte, sobald die Unterdrückung seine Geduld erschöpfte. Es war daher zu erwarten, daß man von nun sich an keine Rücksicht mehr gebunden halten und den Widerstand, den man nicht mehr fürchten zu dürfen meinte, um so kecker herausfordern würde. Aber sonderbar genug gab gerade um diese Zeit derselbe Minister, der durch seine rücksichtslose Kühnheit der gefährlichste Gegner der Volksfreiheit war, der Siegelbewahrer Peyronnet, der Nation ein bei weitem wirksameres Mittel des Widerstandes in die Hand, als

die Bajonette der Nationalgarde jemals gewesen wären, wenn man diese, statt sie aufzuheben, in fester Ordnung zu halten gewußt hätte. Die Ultraroyalisten verdankten die Ueberlegenheit, die sie in der Abgeordnetenkammer besaßen, großentheils dem Einflusse, den die Behörden auf die Wahlen ausübten. Sobald die Drohungen und Versprechungen nicht ausreichten, deren man sich gewöhnlich bediente, um die Wahlen im Sinne der Regierung zu lenken, nahm man keinen Anstand, geradezu die Listen der Wähler zu verfälschen. Herr von Peyronnet, ein leidenschaftlicher, aber streng rechtlicher Mann, scheint von diesem Verfahren keine Kenntniß gehabt zu haben; unmöglich hätte er sonst daran denken können, den Gesetzentwurf über die Geschwornenlisten auszuarbeiten, den er gleichzeitig mit dem Preßgesetze den Kammern vorlegte. Um in das Geschäft der Aufstellung der Geschwornenlisten, aus denen die Mitglieder der Geschwornengerichte durch das Loos zu bestimmen waren, eine regelmäßigere Ordnung zu bringen, schlug der Siegelbewahrer vor, die Listen der Wähler zu Grunde zu legen, die alljährlich von den Behörden aufgenommen, öffentlich bekannt gemacht und von den Gerichten controlirt werden sollten. Die Pairskammer erweiterte den Gesetzentwurf, indem sie die Bestimmung hinzufügte, daß in die Geschwornenlisten neben den Wählern oder den höchstbesteuerten Bürgern auch jene einzutragen wären, die sich durch wissenschaftliche Bildung oder ausgedehnten Geschäftsbetrieb auszeichneten; die politische Bedeutung des ursprünglichen Entwurfes wurde dadurch aber nicht verändert. Die Betrügereien, die bisher bei den Wahlen nicht selten den Ausschlag gegeben hatten, wurden fortan unmöglich; und die Wahlen wurden das, was sie in der Absicht des Gesetzgebers seyn sollten: der wahre Ausdruck der Gesinnungen, die in den vermögenderen Klassen der Gesellschaft vorherrschten.

Die Session der Kammern ging ihrem Schlusse entgegen; die Voranschläge für den Staatshaushalt gaben noch zu den leidenschaftlichsten Erörterungen Veranlassung, denen ein von dem geschickten Rechnenmeister Villèle nicht vorhergesehener Ausfall in den Staatseinkünften zum Anhaltspunkte diente. Der Finanzminister setzte den heftigsten Angriffen und Anklagen eine unerschütterliche Ruhe entgegen, die ihren Grund hauptsächlich wohl darin hatte, daß sein Entschluß bereits gefaßt war, die Kammer aufzulösen, in der ihm zwar eine sichere Mehrheit zu Gebote stand, die ihm aber doch durch die steigende Erbitterung zahlreicher Gegner Unruhe genug bereitete.

Gründe der verschiedensten Art wirkten zusammen, um den vorsichtigen Villèle zu einem Entschlusse zu drängen, der immerhin ein gewagter blieb, weil das Ergebniß der Wahlen niemals mit Sicherheit vorherzubestimmen war. Einmal wollte der schlau berechnende Staatsmann den Wirkungen des neuen Gesetzes über die Geschwornenlisten ausweichen, welches den Einfluß der Regierung auf die Wahlen in hohem Grade vermindern mußte, das aber erst mit dem nächsten Jahre in Kraft trat. Sodann hatte er sich von der Nothwendigkeit überzeugt, den Zwiespalt zwischen den Ansichten der Pairskammer und jenen der Abgeordnetenkammer, der in den Gang der Regierung ein beständiges Schwanken brachte, auszugleichen. Er hatte deshalb beschlossen durch eine große Pairsernennung der liberalen oder halbliberalen Partei in der Pairskammer ihre Mehrheit zu entziehen. Die neuen Pairs konnten aber, wenn dieser Zweck erreicht werden sollte, größtentheils nur aus den der Regierung ergebenen Mitgliedern der Abgeordnetenkammer genommen werden. Eine nicht geringe Anzahl neuer Wahlen wäre daher auch ohne die Maßregel einer allgemeinen Auflösung unvermeidlich geworden. Endlich stimmten die Behörden, die aufgefordert worden waren, ihre Meinung über den wahrscheinlichen Erfolg allgemeiner Wahlen abzugeben, sämmtlich überein, den Sieg der ministeriellen Candidaten als unzweifelhaft darzustellen. Bei all' seiner geprüften Erfahrung wußte Villèle doch noch nicht, wie trügerisch die Berichte der Behörden sind, sobald es darauf ankommt, den Stand der öffentlichen Meinung zu erforschen. Der untergeordnete Beamte hat selbst, wenn ihm die Wahrheit bekannt ist, ein Interesse dabei, sie seinem Vorgesetzten zu verschweigen, sobald sich voraussehen läßt, daß sie auf diesen einen unangenehmen Eindruck machen würde. Niemand hört gern eine unangenehme Nachricht, und diese zu überbringen, ist gewöhnlich die schlechteste Empfehlung. Villèle, der alle Ursache zu haben glaubte, einen günstigen Erfolg zu erwarten, wollte dennoch keine Vorsichtsmaßregel versäumen, welche ihm durch die Umstände geboten schien. Unmittelbar nach dem Schlusse der Session wurde durch eine königliche Ordonnanz die Censur wieder eingeführt, wie es hieß, um die Journale zu hindern, die öffentliche Meinung durch ihre Verleumdungen irre zu führen, während die Kammern geschlossen wären, die durch ihre würdevollen Erörterungen das nöthige Gegengift böten; in der That aber, um dem nachtheiligen Einflusse zu begegnen, den die freie Besprechung in den

Journalen auf die Stimmung der Wahlcollegien gewinnen konnte. Die Herstellung der Censur für die Journale war aber ein Schritt, auf den man längst gefaßt war; und die liberale Partei hatte daher alle Vorbereitungen getroffen, um denselben unwirksam zu machen. Unter dem Namen der Freunde der Preßfreit bildete sich ein Verein, der aus den angesehensten und bedeutendsten Männern in Paris zusammengesetzt war, und es sich zur Aufgabe stellte, in Flugschriften, die in vielen Tausend Exemplaren aufgelegt und zu den billigsten Preisen verkauft wurden, Alles bekannt zu machen, was den Journalen zu sagen nicht erlaubt war. Ein anderer Verein, der sich den Namen gab: „Hilf Dir selbst, und Gott wird Dir helfen" *), machte es sich zur besondern Aufgabe, auf die Wahlen in einem dem Ministerium feindlichen Sinne einzuwirken. Bedeutende Geldsummen wurden verwandt, um geheime Verbindungen in ganz Frankreich anzuknüpfen und zu unterhalten. Das schlimmste Vorzeichen für das Ministerium aber war es, daß in beiden Vereinen Royalisten, die mit dem Gange der Verwaltung unzufrieden waren, und Liberale einander die Hand boten. In dem Vereine zur Unterstützung der Preßfreiheit führte der Vicomte de Châteaubriand den Vorsitz: an dem Vereine „Hilf Dir selbst!" nahmen Männer von der gesellschaftlichen Stellung des Herzogs von Broglie Theil, und in den Departements ließen die unzufriedenen Royalisten überall sich bestimmen, mit den Liberalen gemeinschaftliche Sache zu machen; überall kamen beide Parteien überein, bei den Wahlen ihre Stimmen zu Gunsten solcher Candidaten zu vereinigen, die, gleichviel ob liberal oder royalistisch gesinnt, sich zu einer entschiedenen Opposition gegen das Ministerium verpflichteten. Dies war die Lage der Dinge, als am 6. November die königliche Ordonnanz erschien, welche die Abgeordnetenkammer auflöst'te und die neuen Wahlen ausschrieb. Eine andere Ordonnanz von demselben Tage verfügte die Erhebung von 76 größtentheils wenig bekannten Namen, unter denen sich aber fünf Erzbischöfe befanden, in die Pairskammer.

Eine nothwendige Folge der Auflösung der Abgeordnetenkammer war die Aufhebung der Censur, da das Gesetz diese nur in der Zwischenzeit zwischen den Sessionen einzuführen erlaubte. Die Journale waren kaum von der drückenden Fessel befreit, welche sie vier

*) Aide toi, le ciel t'aidera!

Monate hindurch getragen hatten, als sie durch verdoppelte Heftigkeit des Angriffs wieder einzubringen versuchten, was sie inzwischen versäumt oder verloren hatten. Die Neuheit des freien Wortes in denselben Blättern, in denen man so lange nur der zahmsten Geschmeidigkeit zu begegnen gewohnt war, lieh diesem ein vermehrtes Gewicht; und die Einmüthigkeit, mit der sich die öffentliche Meinung in ganz Frankreich gegen die Regierung aussprach, mußte selbst die zuversichtlichsten Anhänger derselben bedenklich machen. Eine so entscheidende Niederlage, wie das Ministerium bei den Wahlen erlitt, hatten aber doch selbst von den Gegnern nur Wenige erwartet. Die Wahlen der kleineren Bezirke oder der Arrondissements, die acht Tage vor jenen der Departements vorgenommen wurden, fielen im Norden wie im Süden von Frankreich, man möchte beinahe sagen, ohne Ausnahme auf erklärte Widersacher der Verwaltung. Paris, das von seinen acht Bezirken acht Abgeordnete in die Kammer schickte, wählte ausschließlich Männer, die durch ihre liberale Gesinnung bekannt waren. Die Freude über dies kaum gehoffte Ergebniß war unter allen Klassen der Bevölkerung allgemein; alle Straßen mit Ausnahme der wenigen, die von der hohen Aristokratie oder von besitzlosem Pöbel bewohnt waren, wurden festlich erleuchtet. Gruppen von jungen Leuten, denen sich allerlei verdächtiges Gesindel beigesellte, zogen umher und ließen ihren Muthwillen oder ihre Bosheit an den vereinzelten Gebäuden aus, die sich durch ihre Dunkelheit auszeichneten. Die Polizei, statt diese unruhigen Haufen bei Zeiten zu zerstreuen, ließ dieselben ungestört ihr Wesen treiben, bis endlich die Unordnung so groß wurde, daß die Gensdarmerie einschreiten mußte. Man kann sich des Gedankens nicht erwehren, daß es von den Behörden absichtlich darauf angelegt war, ein gewaltsames Zusammentreffen zwischen den Volksmassen und der bewaffneten Macht zu veranlassen. Die Unterdrückung eines Aufstandes in der Hauptstadt mußte jedenfalls die Macht der Regierung vermehren, besonders wenn derselbe Ausdehnung genug erlangte, um das Ergreifen außerordentlicher Maßregeln zu rechtfertigen. Außerdem durfte man hoffen, daß die Kunde von einem Siege über die Revolution, die von neuem hereinzubrechen drohte, auf die noch unentschiedenen Wahlen in den Departements nicht ohne Einfluß bleiben und die von dem Ministerium abgefallenen Royalisten bestimmen würde, ihren Haß gegen die Personen der Minister über der Gefahr des Königthums zu vergessen. So viel ist gewiß, daß

die Maßregeln, die man ergriff, eher darauf berechnet schienen, die Unordnungen zu vergrößern, als ihnen vorzubeugen. In den engen Straßen St. Denis und St. Martin, mitten in dem volkreichsten Theile von Paris waren Tausende von Menschen zusammengedrängt, die, um sich vor den Pferden der Gensdarmen zu retten, kein anderes Mittel fanden, als umgestürzte Wagen, Fässer und was ihnen sonst für Gegenstände zur Hand waren, zu Verschanzungen aufzuthürmen, von denen sie die Andringenden mit Steinwürfen zurückwiesen. Jetzt wurde eine bedeutende Truppenmacht zusammengezogen und dieser nicht etwa der Befehl gegeben, die Verschanzungen aus dem Wege zu räumen und der Polizei bei der Verhaftung der Unruhestifter hülreiche Hand zu bieten, sondern die Barricaden zu erstürmen und auf die Volkshaufen, sobald diese den geringsten Widerstand leisteten, zu feuern. Mehrere Menschen wurden bei der pünktlichen Vollziehung dieser Befehle getödtet, eine noch größere Anzahl wurde verwundet. In den Seitenstraßen wurden ruhige Bürger, die friedlich ihres Weges gingen von den Gensdarmen niedergehauen. Dieselben Auftritte wiederholten sich zwei Tage hinter einander (19. und 20. November); und erst am dritten Abende kehrte die Ruhe zurück, weil Niemand sich mehr auf die Straße wagte, der nicht durch die dringendste Noth dazu gezwungen war. Der Telegraph meldete nach allen Wahlorten der Departemente, daß Paris im Aufstande und der Thron durch den Aufruhr bedroht sey. Die Wirkung, die man sich von dieser Ankündigung versprochen hatte, blieb jedoch aus; die Departementswahlen nahmen für das Ministerium einen nicht weniger ungünstigen Ausgang, als die Wahlen der Bezirke. In der Kammer, wie sie aus den neuen Wahlen hervorgegangen war, konnte das Ministerium unmöglich auf eine Mehrheit rechnen. Villèle war aber zu sehr an den Besitz der Gewalt gewöhnt, in der Ueberschätzung seiner Kräfte, die eine Folge des langen Besitzes der Gewalt war, zu fest von seiner Unentbehrlichkeit überzeugt, als daß er bei aller sonstigen Schärfe seines Urtheils sich nicht dennoch über seine Lage hätte täuschen sollen. Er glaubte dem drohenden Sturme, wenn nicht trotzen, doch ausweichen zu können, indem er seine Collegen opferte, denen er gern die ausschließende Verantwortlichkeit der Maßregeln aufgebürdet hätte, durch welche die öffentliche Meinung zu solcher Erbitterung gegen das Ministerium aufgeregt worden war. Er wandte sich nach allen Seiten, um neue Verbindungen

an der Stelle der alten anzuknüpfen, die ihren Dienst versagten; kein Mittel blieb unversucht, um die abgefallenen Royalisten zu versöhnen; aber alle Thüren, an die man klopfte, blieben verschlossen; in den Tuilerien, wo Villèle's Allmacht manche Eifersucht erregt hatte, waren geheime Einflüsse thätig, und zuletzt ließ selbst Karl X., so sehr ihm der Gedanke widerstrebte, durch die Macht der Meinung beherrscht zu werden, den Minister fallen, zu dessen Fähigkeiten seit seiner Thronbesteigung er ein unbedingtes Vertrauen gehabt hatte. Erst als der König ihn fragte, ob es ihm gelungen sey, ein neues Ministerium zu Stande zu bringen, und als er seine Unfähigkeit eingestehen mußte, die getrennten Royalisten zu vereinigen, wodurch es allein möglich gewesen wäre, die verlorene Stimmenmehrheit in der Abgeordnetenkammer wieder zu erlangen, erkannte Villèle die unvermeidliche Nothwendigkeit seines Rücktrittes von den Geschäften. Am 3. Januar 1828 nahm er nebst allen seinen Collegen, mit Ausnahme des Marineministers Grafen Chabrol, seine Entlassung. Das Joch, das sieben Jahre auf Frankreich gelastet, war gesprengt; aber der Haß, den Villèle's Verwaltung in allen Gemüthern genährt hatte, war mit seinem Sturze nicht erloschen; und da der Ehrgeiz dieses klugen und gewandten, kaltblütigen und besonnenen, aber aller höheren Eigenschaften des Staatsmannes entbehrenden Ministers die ganze Macht der Staatsgewalt zu der Behauptung seiner persönlichen Stellung verbraucht hatte, so war es nicht schwer vorherzusehen, daß in der Zukunft gewaltige Ausbrüche der Volksleidenschaften bevorstanden, deren Ende kein menschlicher Scharfsinn zu ermessen vermochte.

Drittes Hauptstück.

Der Tod des Kaisers Alexander und der russische Türkenkrieg.

Mitten in die ungeheuere Aufregung, welche die Vorbereitungen zu den Wahlen in Frankreich verursachten, war die Nachricht von dem großen Siege gefallen, den die vereinigten brittischen, französischen und russischen Flotten über die türkische Seemacht bei Navarino erfochten hatten. Zu jedem andern Zeitpunkte würde die unerwartete Siegesbotschaft in ganz Frankreich die freudigste Begeisterung hervorgerufen haben; denn die Theilnahme an dem Schicksale des unglücklichen Griechenvolkes war unter allen Ständen, in allen Kreisen der Gesellschaft, von den höchsten bis zu den niedersten, allgemein. Auch zweifelte Villèle, der den leicht beweglichen Sinn und die Ruhmsucht seines Volkes kannte, keinen Augenblick daran, daß die Kunde von einer so glänzenden Waffenthat im Dienste einer guten und edeln Sache den vortheilhaftesten Eindruck hervorbringen und in die schwankende Wagschale der Wahlen ein entscheidendes Gewicht zu Gunsten der Regierung legen würde. Der Telegraph beförderte die Berichte des französischen Flottenführers mit Blitzeseile in alle Departemente, und nichts wurde versäumt, um durch die sinnreichsten Ausschmückungen die Meinung zu bestechen. Aber der Erfolg, auf den der Minister gerechnet hatte, blieb aus. Die Erbitterung, welche die verkehrte Richtung der Verwaltung erregte, war zu tief in die Gemüther gedrungen; der Entschluß, das verhaßte Joch der Priesterherrschaft abzuwerfen, war zu fest gefaßt, als daß irgend ein noch so erfreuliches Ereigniß ihn hätte erschüttern können. Die Siegesbotschaft von Navarino ging in dem Toben des Parteikampfes, der alle geistige und sittliche Kräfte der Nation ausschließlich in Anspruch nahm, beinahe unbeachtet vorüber. Villèle selbst war es mit den amtlichen Freudenbezeugungen, die er anordnete, nicht einmal Ernst gewesen. Sein Scharfblick konnte sich die Verlegenheiten nicht verbergen, welche die Schlacht von Navarino in den auswärtigen Beziehungen des Landes zur Folge haben mußte. Wie über die Angelegenheiten der pyrenäischen Halbinsel, so hatte er auch über die Verwickelungen des Orients sich mit dem großen

Staatsmanne verständigt, der im Sommer d. J. 1827 noch mit den letzten Strahlen seines erlöschenden Geistes die Geschicke des brittischen Inselreiches leitete. Der Vertrag vom 6. Juli, das schönste Vermächtniß, welches Canning seinem Vaterlande und der Welt hinterließ, war allerdings darauf berechnet, das erliegende, nur noch mit schwachen Kräften seinen Unterdrückern widerstehende Volk der Griechen vom Untergange zu erretten. Aber dieser Zweck sollte durch eine friedliche Dazwischenkunft erreicht werden, indem man voraussetzte, daß die Türken vor dem Anblicke überlegener europäischer Streitkräfte sich von selbst zurückziehen würden, ohne einen Versuch des Widerstandes zu wagen. Villèle so wenig als Canning hielt auch nur die Möglichkeit für denkbar, daß die Aufstellung der vereinigten Flotten im Archipel zu der Vernichtung der türkischen Seemacht führen könnte; denn beide Staatsmänner waren gleich weit davon entfernt, die Schwächung eines Reiches zu wünschen, welches ungeachtet seines tiefen Verfalles und ungeachtet seiner eigenen heillosen Barbarei für das gesittete Europa eine unentbehrliche Schutzwehr gegen das Andringen eines ungleich gefährlichern Barbarenthums war. Dieselbe Ansicht herrschte in allen europäischen Cabinetten, die Einsicht genug besaßen, um sich die allgemeine Lage des Welttheiles zu vergegenwärtigen; und während die Völker, welche die Dinge nicht von dem politischen, sondern von dem menschlichen Standpunkte beurtheilen, in lautem Jubel aufjauchzten, daß der Bann, der die Wiege europäischer Gesittung in den Fesseln der unwürdigsten und schmachvollsten Knechtschaft hielt, endlich gebrochen sey, legten die Züge der Diplomaten sich in bedenkliche Falten, und bezeugte der eilige Wechsel der Couriere die ernste Sorge, von der alle Höfe erfüllt waren.

Nur in einer der großen europäischen Hauptstädte war die Freude ungetheilt. Das Volk der Russen, wie wenig es sonst schon durch den Abstand in seiner geistigen Bildung befähigt ist, die Gefühle der feiner gesitteten europäischen Gesellschaft zu theilen, war dennoch für den griechischen Freiheitskampf zu glühenderer Begeisterung entflammt, als irgend eine andere der europäischen Nationen. Der Russe sah in dem Griechen aber nicht den kühnen Streiter für volksthümliche Unabhängigkeit und Freiheit, sondern den leidenden Glaubensbruder, dem er hülfreiche Hand zu bieten sich durch die heiligste Pflicht des Gewissens berufen fühlte. Die Religion ist dem Russen noch, was sie den übrigen europäischen Völkern während des Mittelalters war, der Mittelpunkt seines ganzen Daseyns; sein Glaube ist der allein wahre

und beseligende: seine Nation ist, weil sie diesen Glauben hat, die von Gott vorzugsweise geliebte und begnadigte: die Gemeinschaft des Glaubens vereinigt nach seiner Ueberzeugung alle Bekenner, welchem Volksstamme sie auch angehören mögen, zu einer großen Nation, deren Glieder, wenn sie auch durch die zufälligen politischen Verhältnisse von einander getrennt sind, doch im Geiste ein Ganzes, einen einzigen Körper, bilden. Der Zaar ist dem Russen nicht bloß der weltliche Herrscher, sondern der Statthalter Gottes auf Erden, das Haupt des Glaubens; und daher rührt die unbeschränkte Machtvollkommenheit des Kaisers, dessen vornehmste Aufgabe es in der Meinung der Russen ist, die unter dem Joche der Ungläubigen schmachtenden Glaubensgenossen aus ihrer Unterdrückung zu befreien und in die große Gemeinschaft des russischen Staats- und Kirchenkörpers zurückzuführen. In dieser religiösen Weltanschauung des russischen Volkes liegt das ganze Geheimniß der russischen Politik. Nicht erst seit Peter dem Großen, sondern seit Jahrhunderten haben die Zaaren von Moskau sich als die Nachfolger der oströmischen Cäsaren und als die natürlichen Schutzherren der im Oriente zerstreuten griechischen Christen betrachtet; und von jeher sind auf diese Ansicht Ansprüche begründet worden, die niemals aufgegeben, von Zeit zu Zeit zwar geruht haben, aber, so oft sich eine Gelegenheit bot, immer wieder aufgenommen und mit einer Folgerichtigkeit geltend gemacht wurden, von der die Weltgeschichte nur in den Anstrengungen des weströmischen Papstthumes ein zweites Beispiel kennt. Die russische Politik unterscheidet sich dadurch von der Politik jedes andern Staates, daß sie weder von dem Charakter der Staatsmänner, die an der Spitze der Verwaltung stehen, noch selbst von dem Charakter des Regenten abhängt; sie ist das Eigenthum der ganzen Nation, wird von jedem Russen mit der Muttermilch eingesogen und kann von Rußland unmöglich verlassen werden, so lange das russische Volksthum nicht in seiner Wurzel zerstört ist. Peter der Große ist keineswegs, wie man im Westen gewöhnlich annimmt, der erste Urheber der russischen Politik; durch ihn ist nur das Ziel, welches vorher in weiter Ferne lag, mehr in die Nähe gerückt worden; er hat die Bahn eröffnet, auf der dasselbe erreicht werden kann und, wenn nicht ganz Europa sich mit vereinten Kräften entgegenstemmt, erreicht werden muß. Die Politik des russischen Hofes unterscheidet sich von der Politik des russischen Volkes nur dadurch, daß sie nicht, wie bei diesem, Sache des

Gefühles, sondern des kalt berechnenden Verstandes ist. So lange die europäischen Nationen gewohnt waren, die Türken nur als die Feinde der Christenheit zu betrachten, die man um jeden Preis aus Europa vertreiben müsse, ging Rußland in seinen Eroberungsplanen gegen das osmanische Reich offen zu Werke; auf diese Weise ist noch in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts das ganze nördliche Gestade des schwarzen Meeres mitten im Frieden von Rußland gewonnen worden, ohne daß irgend eine der europäischen Mächte dagegen eine ernstere Einwendung erhoben hätte. Erst in einer viel spätern Periode, als die ungeheueren Fortschritte, die der russische Koloß in der Ausdehnung seiner Grenzen machte, diese bis in das Herz von Mitteleuropa vorschoben, hat man seine Augen nicht länger vor der drohenden Gefahr verschließen können. Auf dem Wiener Congresse dachte man zuerst daran, dem weitern Vordringen des nordischen Riesenstaates Schranken zu setzen. Gern hätte damals Oesterreich seine galizischen Besitzungen geopfert, wenn es möglich gewesen wäre, das St. Petersburger Cabinett zu der Herstellung eines unabhängigen Königreiches Polen zu bestimmen. Aber Rußland ist nicht gewohnt, wieder herauszugeben, was es einmal in Händen hat. Man mußte auf den großmüthigen Plan verzichten, wenn man den nach zwanzigjährigen Kämpfen wiedergewonnenen Frieden nicht einer neuen Unterbrechung aussetzen wollte. Das russische Cabinett, obgleich in dieser wichtigen Frage siegreich, begriff aber wohl, daß es fortan auf dem geraden Wege nicht länger hoffen dürfe, zum Ziele zu gelangen. Jede neue Gebietsvergrößerung, welche die Grenzen des russischen Reiches noch weiter gegen Westen vorgerückt hätte, würde ganz Europa gegen Rußland bewaffnet haben; und es ließ sich vorhersehen, daß selbst solche Schritte, welche darauf berechnet waren, eine Gebietserweiterung für die Zukunft vorzubereiten, den lebhaftesten Widerstand hervorrufen würden. Das einzige Mittel, welches der russischen Staatsklugheit zu Gebote stand, sich für ihre weit aussehenden Entwürfe freiern Spielraum zu verschaffen, war, den Mächten des Westens Verlegenheiten in ihrer nächsten Nachbarschaft zu bereiten, die es ihnen unmöglich machten, sich mit den Dingen zu beschäftigen, welche in dem fernen Osten vorgingen. Daß selbst der fromme und milde Kaiser Alexander es nicht verschmähte, auf Anschläge so treuloser Art einzugehen, wird durch verschiedene Umstände außer Zweifel gesetzt. Zuerst ist es nicht denkbar, daß die Räthe eines so geistvollen mit unumschränkter Machtvollkommenheit

ausgestatteten Fürsten es gewagt haben sollten, hinter seinem Rücken eine Politik zu befolgen, die seinen eigenen Absichten fremd oder gar entgegen gewesen wäre. Sodann war die Doppelzüngigkeit, welche die russische Politik bezeichnete, dem Charakter Alexander's keineswegs so sehr entgegen, wie man bei einseitiger Auffassung seiner besseren Seiten voraussetzen sollte. Der mächtige Herrscher des russischen Reiches war in den späteren Jahren seines Lebens von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Vorsehung ihn mit der besondern Sendung beauftragt habe, die Völker Europa's auf den Weg des Heils zurückzuführen, von dem die Irrlehren der Revolution sie abgeleitet hätten. Er glaubte, diese Sendung zu erfüllen, indem er die Fürsten aufforderte, sich in den Kreuzzug gegen die liberalen Ideen einzulassen, der ihnen die Herzen ihrer Völker entfremdete; und indem er die Spannung, die dadurch im westlichen Europa entstand, dazu benutzte, die alten Entwürfe zur Vergrößerung des russischen Reiches im Oriente zur Reife zu bringen, genügte er nur einer andern Pflicht, die ihm nicht weniger heilig erschien. Ein merkwürdiges Zusammentreffen, wohl geeignet, dem scharfsichtigsten Staatsmanne Mißtrauen in seine eigene Einsicht einzuflößen, war es, daß gerade jenes Cabinett, welches das dringendste Interesse hatte, der russischen Politik entgegenzuwirken, dieselbe am eifrigsten und thätigsten unterstützte. Von Oesterreich, dem deutschen Staate, der durch die Ausführung der russischen Plane im Osten am meisten gefährdet war, gingen die ersten Vorschläge zu der Unterdrückung jener Bestrebungen der westeuropäischen Völker aus, welche auf die Entwickelung freier Verfassungen gerichtet waren. Fürst Metternich, bei all' seinem Scharfblicke, sah doch die endlose Reihe von Verwickelungen nicht voraus, welche die Folge eines solchen Kampfes gegen die vorherrschende Richtung der Zeit seyn mußten. Richtiger beurtheilte das St. Petersburger Cabinett die Lage der Dinge, das sogleich die Vortheile begriff, welche die Verwirrung im Westen seiner Politik versprach. Während Fürst Metternich sich Glück wünschte, daß Kaiser Alexander von den freisinnigen Neigungen seiner Jugend und seines kräftigen Mannesalters zurückgekommen war, ahnte er nicht, daß er selbst nur als das Werkzeug zu der Verwirklichung von Planen diente, die für Oesterreich ungleich verderblicher werden konnten, als die Begründung freier Verfassungen in Spanien und Portugal und auf der Südspitze von Italien.

Ebenso wie Fürst Metternich in einer frühern, wurde der große

brittische Staatsmann Canning in einer spätern Periode von der russischen Diplomatie überlistet. Der Vertrag vom 6. Juli 1827 hatte neben der Befreiung des klassischen Bodens von Athen und Sparta aus dem barbarischen Joche der Türken hauptsächlich zum Zwecke, Rußland jeden Vorwand zu einseitigem gewaltsamen Einschreiten in den Angelegenheiten des Orients zu nehmen. Aber dieser Zweck konnte nur dann erreicht werden, wenn die Vermittelung der Mächte, wie Canning voraussetzte, die Pforte zur Nachgiebigkeit bestimmt hätte, ohne daß es nöthig gewesen wäre, gewaltsame Mittel anzuwenden. Zu St. Petersburg wußte man wohl, daß daran die türkische Hartnäckigkeit nicht denken ließ; und so wenig man sich die Absichten verbarg, in denen der Vertrag von brittischer Seite angeboten wurde, machte man doch keine allzugroße Schwierigkeiten, demselben beizutreten, weil man voraussah, daß die Forderungen der verbündeten Mächte der Pforte Verlegenheiten bereiten mußten, welche die Widerstandsfähigkeit derselben im Falle eines auswärtigen Angriffes unmöglich vermehren konnten. Der Erfolg übertraf die kühnsten Erwartungen. Denn daß hatte man sich in St. Petersburg nicht träumen lassen, daß dieselbe Macht, die es als eine der vornehmsten Aufgaben ihrer Politik betrachtete, das osmanische Reich in möglichst ungeschwächter Kraft zu erhalten, zuerst die Hand dazu bieten würde, eine seiner Hauptstützen zu zerstören. Die Verluste, welche die türkische Marine in der Schlacht bei Navarino erlitten hatte, setzten sie außer Stand, bei dem Ausbruche des Kampfes, der vorlängst beschlossen und vorbereitet war, der russischen Flotte die Spitze zu bieten; die ganze ausgedehnte Küste des schwarzen Meeres lag dem vordringenden russischen Heere vertheidigungslos offen. Ein großer entscheidender Sieg war mitten im Frieden gewonnen worden; der Krieg, den die mit Rußland verbündeten Mächte um jeden Preis verhindern wollten, war von ihnen selbst begonnen; und das St. Petersburger Cabinett hatte nur noch das Werk zu vollenden, dessen halbe Arbeit bereits ohne alle Anstrengung von seiner Seite gethan war.

Kaiser Alexander hatte in seinen letzten Lebensjahren zu sehr an geistigen, wie an körperlichen Kräften abgenommen, als daß er noch fähig gewesen wäre, einen kühn durchgreifenden Entschluß zu fassen. Es ist nicht anzunehmen, daß die Truppenmassen, die auf seinen Befehl in den südlichen Provinzen des Reiches und an der türkischen Grenze aufgehäuft wurden, keinen andern Zweck gehabt

haben sollten, als durch ihre Anwesenheit den Türken einen heilsamen Schrecken einzujagen. Aber zwei Gründe hielten ihn ab, den kriegerischen Gedanken, die von Zeit zu Zeit in ihm aufstiegen, Raum zu geben: einmal die Rücksicht auf seine eigenen früheren Erklärungen, die es ihm beinahe unmöglich machten, in dem Kampfe, der die besten Kräfte des osmanischen Reiches verzehrte, einzuschreiten, ohne den bei wiederholten Gelegenheiten von ihm selbst aufgestellten Grundsätzen untreu zu werden; sodann die Rücksicht auf die verbündeten Souveraine, besonders auf den Kaiser von Oesterreich, mit dem er bereits im October 1823 zu Czernowicz in der Bukowina eine persönliche Zusammenkunft gehabt hatte, in der die beiden Monarchen sich über die Grundzüge der in den Wirren des Orients von ihnen zu beobachtenden Politik verständigten. Einen nicht geringen Antheil an der Unschlüssigkeit, welche die letzten Regierungsjahre Kaiser Alexanders bezeichnete, scheinen auch die Besorgnisse gehabt zu haben, die in ihm über den innern Zustand seines Reiches aufsteigen mußten. Die Officiere, die aus dem Kriege gegen Frankreich zurückgekehrt waren, hatten aus der Fremde Ansichten mitgebracht, die mit den Einrichtungen und Zuständen ihres Vaterlandes auf keine Weise zu vereinigen waren. Den jüngeren unter ihnen erschien nichts einfacher und leichter, als eine Revolution zu bewirken, welche an die Stelle der alten Willkürherrschaft die Formen republikanischer Freiheit gesetzt hätte. Der Anblick der gräulichen Mißbräuche, die in der Rechtspflege, wie in allen Zweigen der Verwaltung, an der Tagesordnung waren, riß selbst ältere und besonnenere Männer hin, Planen des Umsturzes ihr Ohr zu leihen, die bei den vielfachen mit glücklichem Erfolge durchgeführten Palastverschwörungen, die in der russischen Geschichte beinahe auf jeder Seite wiederkehren, in ihren Augen den Schein der Abenteuerlichkeit verloren, den sie in jedem andern Lande gehabt hätten. Junge Männer aus den ältesten und vornehmsten Geschlechtern trugen sich mit Erinnerungen an die Zeiten des alten Zaarthumes, wo die Großen auf ihren Besitzungen eine der Macht des Fürsten wenig nachstehende Gewalt übten. Einzelnen mochte selbst der Gedanke unerträglich seyn, ihr Vaterland von einem Regentenhause auswärtiger Herkunft beherrscht zu sehen, das sein Vertrauen vorzugsweise Fremdlingen schenkte, auf die ihr Nationalstolz mit Verachtung herabblickte. So verschiedenartige Elemente vereinigten sich in geheimen Verbindungen, deren letztes Ziel den Wenigsten der

Theilnehmer klar bewußt war, die aber alle eine gewaltsame Veränderung der bestehenden Einrichtungen zum Zwecke hatten. Als das nächste Mittel zur Erreichung dieses Zweckes drängte sich den Eingeweihten, nach dem Beispiele so mancher früheren Vorgänge, die Ermordung des Kaisers auf, der die Uebergespanntesten die Vertilgung der ganzen kaiserlichen Familie folgen zu lassen kein Bedenken trugen. Bei wiederholten Gelegenheiten erhielt Alexander Anzeige von einer weitverzweigten Verschwörung, die ihren vornehmsten Sitz in dem russischen Heere hatte, sich aber so geschickt in ein undurchdringliches Dunkel hüllte, daß es unmöglich war, ihre Spuren mit einiger Sicherheit zu verfolgen. Warnungen vor Mordanschlägen gegen seine Person, die ihm von verschiedenen Seiten zugingen, brachten auf seine leicht erregbare Einbildungskraft den erschütterndsten Eindruck hervor; das Mißtrauen gegen die nächsten Kreise seiner Umgebung, welches sich mit unwiderstehlicher Gewalt seinem Gemüthe aufdrängte, übte einen zerstörenden Einfluß auf seine Gesundheit; und im Spätsommer des Jahres 1825, als ihn von neuem die beunruhigendsten Mittheilungen bestimmten, beschloß er den Schreckbildern, die aus den innersten Gemächern seines Palastes gegen ihn aufstiegen, zu entfliehen, indem er eine Reise nach den südlichen Provinzen des Reiches antrat, von deren mildem Klima er sich bei Erschöpfung seiner körperlichen Kräfte Erleichterung versprach. Die Aufregung der Reise täuschte ihn über seinen wahren Zustand; als er zu Taganrog, einer neu erblühenden Stadt am nordöstlichen Ende des Meeres von Azow eintraf, konnte er sich aber nicht länger die Vorzeichen seiner bevorstehenden Auflösung verbergen. Er starb (am 1. December 1825) nach kurzem Krankenlager an einem Gallenfieber, welches er in den ersten Tagen, als Rettung noch möglich war, mit krankhaftem Eigensinne vernachlässigt hatte.

Die unerwartete Kunde von dem Tode des mächtigen Monarchen, der noch in der Blüthe des kräftigsten Mannesalters stand, rief in ganz Europa eine unbeschreibliche Bewegung hervor. Die Fürsten, mit denen der so früh Dahingerissene durch die Bande persönlicher Freundschaft verbunden war, waren erstarrt; denn sie fühlten wohl, daß der Bund der Souveraine zur Aufrechterhaltung des Friedens und der bestehenden Ordnung in Alexander seine festeste Stütze verloren hatte. Auch die Völker begriffen, daß in dem politischen Systeme, welches seit dem Sturze des französischen Kaiserreiches

den Welttheil beherrschte, eine Lücke entstanden war, die sich so leicht nicht wieder ausfüllen lassen würde; und je nachdem die Urtheile über dieses System verschieden waren, sprachen sich auch die verschiedenartigsten Gefühle aus. Die Einen sahen mit Schrecken einer Zeit neuer Gährung und Verwirrung, die Anderen mit Freude dem Anfange einer neuen fortschreitenden Entwickelung volksthümlicher Freiheiten entgegen. Der heilige Bund, der es sich zur Aufgabe gesetzt hatte, der Revolution einen undurchdringlichen Damm entgegenzustellen, der aber je länger je mehr sich als das traurigste Hemmniß jeder freieren Bewegung herausstellte, war gelöst: dies konnte Niemand verkennen, der mit unbefangenem Blicke die gegenseitigen Beziehungen der Staaten und Völker Europa's prüfte. So lange die Besorgniß vor dem ansteckenden Beispiele der unruhigen Bewegungen des Westens die Cabinette beherrschte, konnte unter den Mächten des Festlandes eine vollkommene Uebereinstimmung obwalten; nur England mußte durch sein Interesse bestimmt werden, sich den Ansprüchen des von Rußland, Preußen, Oesterreich und Frankreich gebildeten Vierbundes entgegenzustellen, der seinen Willen Europa zum Gesetze auflegte. Als jedoch durch den griechischen Freiheitskampf der tiefe Verfall des osmanischen Reiches aufgedeckt und damit die unsichere Lage des Orients in den Vordergrund der Politik gerückt wurde, fingen auch unter den Mächten des Festlandes die Interessen sich zu sondern an. Rußland versäumte es nicht, die Zerrüttung des osmanischen Reiches nach Kräften zu vermehren, indem es zu den Verlegenheiten der Pforte durch seine Forderungen neue hinzufügte. Oesterreich auf der andern Seite, welches seit dem Sinken der Osmanenmacht auf seiner ganzen ausgedehnten südöstlichen Grenze keine Gefahr mehr zu befürchten hatte und daher bei jeder Unterbrechung des allgemeinen Friedens seine Kräfte ungetheilt nach dem Norden und nach dem Westen tragen konnte, sah in dem unverletzten Bestande des barbarischen Nachbarreiches die vornehmste Bürgschaft seiner äußern Sicherheit und bot daher, selbst mit Verleugnung der heiligsten Pflichten der Menschlichkeit, Alles auf, um das auseinander fallende Osmanenthum aufrecht zu halten und zu stützen. Preußens König, durch die Erinnerungen des Befreiungskrieges beherrscht, konnte sich von dem Gedanken nicht trennen, daß er in Rußland seinen treuesten und unentbehrlichsten Verbündeten habe; und das Berliner Cabinett unterwarf sich daher in Bezug auf die Fragen des Orients beinahe unbedingt dem russi-

schen Einflusse. Frankreich neigte sich aus anderen Gründen zu Rußland; die einflußreichsten Staatsmänner waren der Ansicht, daß Frankreich nur durch die engste Verbindung mit Rußland das mit dem Erliegen Napoleon's verlorene Gewicht in der Wagschale der europäischen Interessen und besonders jene Ausdehnung seiner Grenzen wieder erlangen könne, welche die Volksmeinung, durch den Glanz des Kaiserthumes verführt, sich als die natürliche zu betrachten gewöhnt hatte. So lange Villèle das Heft in der Hand hielt, vermochte diese Richtung der französischen Politik sich nicht geltend zu machen. Villèle war bei weitem mehr an der Begründung einer festen Ordnung im Innern, als an auswärtigem Einflusse gelegen; als die nothwendigste Bedingung für die Begründung einer festen Ordnung im Innern erkannte er aber die Erhaltung des allgemeinen Friedens, und da er für diesen die nächste Gefahr in der Ausführung der russischen Plane im Oriente sah, so war er eher geneigt, denselben entgegen zu wirken, als sie, um welchen Preis auch immer zu unterstützen. England stand den russischen Entwürfen von Anfang, als selbst Oesterreich die Gefahr derselben in ihrem vollen Umfange noch nicht aufgefaßt hatte, am schroffsten entgegen. Aus demselben Grunde, aus dem England beharrlich mit der Anstrengung aller Kräfte gegen die französische Republik und gegen das napoleonische Kaiserreich angekämpft hatte, weil die Herrschaft einer einzelnen Macht auf dem europäischen Festlande nicht allein seinen eigenen Einfluß ausschloß, sondern selbst seine Sicherheit gefährde, aus demselben Grunde mußte es auch gegen jedes weitere Umsichgreifen des ohnedies bereits übermächtigen Zaarthumes ankämpfen. Alle die Mißverhältnisse, die aus den Widersprüchen in den Interessen und in der Politik der großen Mächte hervorgingen, wurden durch den Einfluß gemildert, den die Persönlichkeit des verstorbenen Kaisers auf die Souveraine übte; es ließ sich aber auf keine Weise erwarten, daß sein Nachfolger jemals zu einem ähnlichen Einflusse gelangen würde.

Einen eben so wenig gleichartigen Eindruck, wie im Auslande, brachte die von einem der entlegensten Punkte des Reiches eintreffende Todesbotschaft in Rußland selbst hervor. Die Masse des Volkes, durch die Leibeigenschaft zu träger Gedankenlosigkeit verurtheilt, beharrte in ihrer gewohnten Gleichgültigkeit. Bei den Großen erregte die Nachricht, je nach dem verschiedenen Grade der Gunst, die sie genossen, oder der Ungunst, die sie erfahren hatte, die verschiedensten Gefühle. Die Verschwörer, die gegen den milden und menschen-

freundlichen Kaiser in ihren geheimen Zusammenkünften ihre Dolche geschliffen, waren wie vom Blitze gerührt; das Opfer, das sie in wahnsinniger Vermessenheit dem Tode geweiht, war ihnen durch eine höhere Hand entrückt; alle die Plane, die sie mit kaltblütiger Berechnung auf das verabscheuungswürdigste Verbrechen gebaut hatten, waren vereitelt. Großfürst Nikolaus, der dritte unter den vier Söhnen, die Kaiser Paul bei seinem blutigen Ende hinterlassen, versammelte unmittelbar nach dem Eingange der Nachricht von dem Tode des Kaisers zu St. Petersburg die Garden und alle Regimenter der Besatzung, so wie sämmtliche Oberbehörden und ließ sie seinem ältern Bruder, dem in der Eigenschaft eines Oberbefehlshabers des polnischen Heeres zu Warschau residirenden Großfürsten Konstantin, als dem natürlichen Thronerben, den Eid der Treue schwören. In allen Provinzen wurde dem neuen Kaiser Konstantin I. gehuldigt. Die Eilboten, welche nach Warschau gesandt wurden, um die Befehle Konstantin's einzuholen, kehrten aber bald mit der Meldung zurück, daß der Großfürst auf seinem bereits im J. 1822*) ausgesprochenen und damals von dem Kaiser Alexander genehmigten Entschlusse beharre, dem Throne zu entsagen. Zwei Schreiben des Großfürsten, das eine an die verwittwete Kaiserin, seine Mutter, das andere an seinen Bruder Nikolaus, bestätigten diese Kunde; in dem letzten leistete Konstantin seinem kaiserlichen Bruder den Unterthaneneid, und dieser konnte jetzt nicht länger zögern, von dem erledigten Throne Besitz zu ergreifen, was der russischen Nation durch ein Manifest bekannt gemacht wurde, welches alle auf die näheren Umstände des Thronwechsels bezüglichen Urkunden begleiteten.

Der Morgen des 26. Decembers war dazu bestimmt, den in St. Petersburg liegenden Truppen den Treueschwur abzunehmen. Schon war bei mehreren Regimentern die Ceremonie vollzogen, als das Garderegiment Moskau, von seinen Subalternofficieren geführt, gegen Mittag aus seinen Kasernen ausrückte, mit fliegenden Fahnen nach dem Isaaksplatze marschirte, und sich unter dem Rufe: „Es lebe der Kaiser Konstantin!“ in guter Ordnung vor dem Palaste des Senates aufstellte. Bald schloß sich der empörten Truppe das unter gleichem Rufe von einer andern Seite anrückende Leibgrenadierregiment und ein Bataillon der Marinegarde an; zahllose Volkshaufen sammelten sich um die meuterische Soldateska und stimmten in das

*) Durch eine Urkunde vom 14. Jan. 1822.

aufrührerische Geschrei ein, welches diese ausstieß. Kaiser Nicolaus bewährte in dieser unheilschwangern Lage eine seltene Gegenwart des Geistes. Er ertheilte sogleich den Befehl, daß sich alle treu gebliebenen Regimenter um den Winterpalast zusammenziehen sollten, in dem sich die Glieder der kaiserlichen Familie befanden; er selbst stellte sich an die Spitze eines Bataillons vom Preobrajenskischen Garderegimente und ging den Meuterern entgegen, um sie zu ihrer Pflicht zurückzuführen. Ehe er mit der schwachen Schaar seiner Getreuen den Platz noch erreicht hatte, hörte man Schüsse fallen, und bald darauf kam die Meldung, daß der Generalgouverneur von St. Petersburg Graf Miloradowitsch, während er die Aufrührer durch vernünftige Vorstellungen zu beruhigen suchte, ermordet worden sey. Der Kaiser, der inzwischen durch die Garde zu Pferde, durch die Chevaliergarde und durch das Garderegiment Pawlowsk verstärkt worden war, rückte gegen den Isaaksplatz vor, der von einer dicht gedrängten Menschenmasse gefüllt war. Er wandte sich an die Volkshaufen, die ihm zunächst standen, erklärte, daß er kein Verlangen nach der Krone trage, und sie nur angenommen habe, um sein Volk glücklich zu machen, weil sein Bruder auf den Thron verzichtet habe. Die Antwort war: „Es lebe Nikolaus!“ Die aufrührerischen Soldaten behaupteten jedoch ihre Stellung und luden auf den Befehl ihrer Anführer die Gewehre. Der Kaiser, der bis unmittelbar in ihre Nähe vorgedrungen war, zog sich vom Platze zurück. Die letzte Hoffnung auf Herstellung der Ruhe und Ordnung durch friedliche Mittel war jetzt auf den Einfluß der Geistlichkeit gerichtet, der bei dem religiösen Sinne der Russen unter gewöhnlichen Umständen unbegrenzt ist. Die Metropoliten von St. Petersburg und von Kiew erschienen in vollem Ornate mit vorgetragenem Kreuze vor den widerspenstigen Reihen: sie wurden mit wildem Geschrei empfangen und kamen nicht zu Worte. Der Abend brach herein, und es blieb nichts Anderes übrig, als Gewalt zu brauchen, wenn die Residenz nicht während der Nacht allen Schrecken des Aufruhrs Preis gegeben bleiben sollte. Die beiden Reiterregimenter der Garde erhielten den Befehl, die Meuterer durch einen raschen Angriff auseinander zu sprengen. Sie wurden durch eine Salve des unerschütterlich fest stehenden Vierecks zurückgeworfen. Da traf gerade zur rechten Zeit eine Artilleriebrigade ein, die bei der ersten Kunde von dem Ausbruche des Aufstandes zum Schutze des Winterpalastes entboten war. Acht Feldstücke eröffneten ein

mörderisches Feuer gegen die Aufrührer, die nach einem vergeblichen Versuche, die Kanonen zu nehmen, ihre Reihen auflösten und sich in wilder Flucht zerstreuten. Die Reiterei, welche im entscheidenden Augenblicke vorbrach, hieb eine große Anzahl der Fliehenden nieder und brachte an 500 Gefangene ein, während der Rest sich nach allen Richtungen zerstreute. Vor dem Einbruche der Nacht war die Ruhe vollkommen hergestellt, und am andern Morgen war keine Spur von den blutigen Auftritten des vorhergehenden Tages zu bemerken, außer den Zeichen, welche die Gewehr- und Kartätschenkugeln an den Gebäuden des Isaaksplatzes und der benachbarten Straßen hinterlassen hatten.

Die Untersuchung, welche angestellt wurde, um die Ursache und den Zweck des Aufruhrs, so wie die Anstifter und Rädelsführer zu ermitteln, ergab bald, daß die Soldaten in gutem Glauben gehandelt hatten, indem sie dem Eide, den sie dem Großfürsten Konstantin geschworen, treu bleiben wollten. Man hatte sie überredet, daß Konstantin weit davon entfernt sey, abzudanken, daß vielmehr ein verrätherischer Anschlag im Werke sey, ihn des Thrones zu berauben, und daß es die Pflicht seiner getreuen Garden wäre, das Verbrechen zu vereiteln. Durch die Aussagen der Officiere, welche an dem Aufstande Theil genommen, und die theils mit den Waffen in der Hand gefangen genommen, theils in ihren Wohnungen verhaftet wurden, kamen alle Umstände der Verschwörung an das Licht. Die ganze Bewegung war von dem Geheimbunde angestiftet und geleitet worden, von dessen Daseyn Kaiser Alexander in seinem letzten Lebensjahre wiederholte Anzeigen erhalten, und der anfangs den Namen Bund des Heiles geführt, darauf den Namen Bund des öffentlichen Wohles angenommen hatte. Der Bund zerfiel in zwei von einander getrennte, aber in der engsten Verbindung stehende Abtheilungen, von denen die eine, der Verein des Nordens, ihren Sitz zu St. Petersburg, die andere, der Verein des Südens, ihren vornehmsten Sitz zu Tulczyn, dem Hauptquartiere des in Podolien und den benachbarten Gouvernements aufgestellten Armeecorps hatte. Neben dem Bunde für das öffentliche Wohl hatte sich ein anderer Geheimbund, die Gesellschaft der Vereinigten Slaven gebildet, der ähnliche Zwecke verfolgte, jedoch niemals zu solcher Bedeutung und zu einer so vollkommenen Organisation gelangt zu seyn scheint, wie der erste, wenn es den Mitgliedern nicht vielleicht gelungen ist, ihr Geheimniß besser vor der Entdeckung zu bewahren. Der ursprüng-

liche Plan des Bundes für das öffentliche Wohl war, durch die Ermordung des Kaisers Alexander eine gewaltsame Umwälzung herbeizuführen und Rußland in eine Föderativrepublik umzugestalten, bei der es jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach mehr auf die Begründung einer reinen Adelsherrschaft, als auf die Entwickelung der Volksfreiheit abgesehen war. Der unerwartete Tod Alexander's verrückte alle Plane des Bundes, und einen Augenblick war man im Begriffe, dieselben auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Die sonderbare Verwickelung, die bei dem Thronwechsel eintrat, gab den Verschwornen jedoch neuen Muth; sie beschlossen, die Umstände zu der ungesäumten Verwirklichung ihrer Entwürfe zu benutzen und das Heer durch das Gaukelspiel, welches sie mit dem Namen des Großfürsten Konstantin trieben, auf ihre Seite hinüberzuziehen. An der Spitze der Vereinigung des Nordens standen drei Directoren, der verabschiedete Lieutenant Ryleiew, ein Mann von Talent, wenngleich ohne festen Charakter, der in St. Petersburg die Seele der Verschwörung war, der Obrist der Preobrajenskyschen Garde Fürst Sergius Trubetzkoy und der Gardelieutenant Fürst Eugen Obolensky. Als der Zeitpunkt, der zum Ausbruche bestimmt war, heranrückte, wurde jedoch Fürst Trubetzkoy, der als einer der ersten Großen des Reiches eher geeignet schien, sich Anerkennung und Gehorsam zu verschaffen, zum Dictator mit unumschränkter Gewalt ernannt. Die Verabredung war, daß der Fürst den Befehl über die auf dem Isaaksplatze zu vereinigenden Truppen übernehmen sollte; einer der Verschwornen, der verabschiedete Lieutenant Kachowski, der sich durch seinen glühenden Eifer vor allen anderen auszeichnete, war dazu ersehen, in der Verwirrung, die nicht ausbleiben konnte, den Kaiser zu ermorden. Darauf wäre eine provisorische Regierung eingesetzt worden, die der Bund, wenn sie auch nicht ausschließlich aus dessen Gliedern gebildet worden wäre, doch leicht nach seinem Willen geleitet hätte. Das ganze verwegene und ruchlose Unternehmen war darauf berechnet, daß Kaiser Nikolaus in dem ersten Schrecken die Fassung verlieren und es versäumen würde, die erforderlichen Maßregeln zu seiner Vertheidigung zu treffen. Die Muthlosigkeit, die man bei dem Kaiser vorausgesetzt hatte, bemächtigte sich aber in der Stunde der Entscheidung der Häupter des Bundes. Fürst Trubetzkoy, statt auf dem Platze zu erscheinen, irrte rathlos in der Stadt umher und nahm nach der Beendigung des Kampfes seine Zuflucht in das Haus seines Schwagers, des österreichischen Gesandten, von

dem er am andern Morgen auf eine Requisition des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten ausgeliefert wurde. Gleiche Feigheit, die eine natürliche Folge des erst im Augenblicke der That erwachenden Bewußtseyns der Unzulänglichkeit ihrer Kräfte war, zeigten alle übrigen Häupter der Verschwörung; alle waren nach ihrer Verhaftung von Reue zerknirscht und suchten durch die Aufrichtigkeit ihrer Geständnisse entweder ihre Schuld zu büßen oder, wie dies bei dem Fürsten Trubetzkoy der Fall war, die Gnade des Kaisers zu erbetteln.

Durch ihre Aussagen wurden alle Verzweigungen, die der Bund in den Provinzen hatte, aufgedeckt; und an dem Tage nach der Unterdrückung des Aufruhrs in St. Petersburg gingen Eilboten nach dem Hauptquartiere des zweiten Armeecorps ab, um dem commandirenden General den Befehl zu der Verhaftung aller Mitglieder der Verbindung des Südens zu überbringen. Alle, da sie auf eine solche Wendung der Dinge auf keine Weise gefaßt waren, wurden ohne einen Versuch des Widerstandes verhaftet. Ein einzelner Mann bewährte eine eben so kühne als umsichtige Entschlossenheit, die einer bessern Sache würdig gewesen wäre. Sergius Murawiew-Apostol, Obristlieutenant bei dem Regimente Tschernigow, das in der kleinen Stadt Wassilkow und in den umliegenden Ortschaften vertheilt war, gehörte zu den vornehmsten Leitern des Bundes. Er war, durch einen der Theilnehmer gewarnt, im Begriff, mit seinem Bruder Matthias Murawiew sich auf dem Lande zu verbergen, als er am 10. Januar 1826 durch den Obristen seines Regimentes verhaftet wurde. Vier Officiere des Regimentes befreiten ihn in derselben Nacht; und er faßte sogleich den Entschluß, die Truppen in der Nachbarschaft aufzuwiegeln, um mit denselben die in St. Petersburg mißlungene Revolution auf eigene Hand durchzusetzen. Mit zwei Compagnien, die deren Officiere ihm zuführten, rückte er nach Wassilkow, wo er eine dritte Compagnie an sich zog, indem der befehligende Major, der umsonst Widerstand zu leisten versuchte, von seinen Leuten verlassen wurde. Von Wassilkow, wo er mehrere verhaftete Officiere und Soldaten befreite, wandte er sich gegen Kiew, in der Hoffnung, daß die in dieser Stadt und in der Umgegend stehenden Mitglieder des Vereins der Slaven sich ihm anschließen und einen Theil ihrer Truppen mit sich fortreißen würden. Auf dem Marsche stießen noch zwei Compagnien seines Regimentes zu ihm, so daß die unter seinem Befehle vereinigte Macht sich be-

reits auf 700 Mann belief. Da der Officier, den er nach Kiew gesandt hatte, nicht zurückkehrte, mußte er vermuthen, daß derselbe aufgefangen war. Er änderte daher seine Richtung und schlug den Weg nach Belaja Therkow ein, wo sich aber die Truppen, die dort ihre Standquartiere hatten, nicht mehr fanden. Er konnte jetzt nicht länger daran zweifeln, daß sein Anschlag entdeckt und daß er von überlegener Macht verfolgt war. Um die Gegner irre zu führen, wandte er sich nach seinem Ausgangspunkte zurück, wo man ihn, wie er voraussetzte, am wenigsten suchen würde. Bei dem Dorfe Ustimowka wurde er jedoch von der Husarenabtheilung des Generals Geismar eingeholt, die zu seiner Verfolgung ausgeschickt war. Er ließ seine Compagnien eine Colonne bilden und befahl ihnen, ohne einen Schuß zu thun, auf die Kanonen loszustürmen, die gegen ihn aufgefahren waren. Eine Kartätschen-Salve sprengte die Colonne, in die gleichzeitig die Reiterei einhieb. Der kühne Murawiew sank von einer Kugel getroffen zu Boden und wurde, schwer verwundet, gefangen genommen, während seine Leute, durch seinen Fall entmuthigt, die Waffen von sich warfen und sich ohne Widerstand ergaben.

Die Untersuchung zu St. Petersburg, die inzwischen ununterbrochen fortgesetzt wurde, dehnte sich wegen des großen Umfanges der Verschwörung, deren Theilnehmer in allen Provinzen des Reiches zerstreut waren, bis in den sechsten Monat aus. Nachdem dieselbe endlich geschlossen und der in die kleinsten Einzelheiten eingehende Bericht über die Ergebnisse erstattet war, wurde auf den Befehl des Kaisers zur Aburtheilung der Schuldigen ein außerordentlicher Gerichtshof gebildet, der aus den drei höchsten Staatskörpern, dem Reichsrathe, dem dirigirenden Senate und der heiligen Synode, zusammengesetzt war, und bei dem der Justizminister das Amt eines Generalprocurators versah. Am 24. Juli 1826 sprach dieser Gerichtshof, dem der Kaiser noch eine Anzahl hoher Beamten und Generale beigeordnet hatte, sein Urtheil. Fünf der am schwersten Bezüchtigten, der Obrist Pestel, der die Verbindung des Südens geleitet hatte und als das Haupt der ganzen Verschwörung erschien, der Obristlieutenant Sergius Murawiew-Apostol, der verabschiedete Lieutenant Ryleiew, die Lieutenants Bestuschew-Rumin und Kachowski wurden zum Tode durch das Rad, 31, unter denen die Fürsten Trubetzkoy, Obolensky, Wariatinsky, Sergius Wolkonsky, Tschepin-Rostowsky zur Enthauptung, 17 zu lebenslänglicher Zwangs-

arbeit in den Bergwerken von Nertschinsk, 53 zu mehrjähriger Zwangsarbeit in den Bergwerken und zu lebenslänglicher Verbannung nach Sibirien, 3 zur Degradation, zum Verluste des Adels und zur Verweisung nach Sibirien, 9 zur Degradation und zur Dienstleistung als gemeine Soldaten verurtheilt. Eine große Anzahl der Minderbetheiligten, unter denen der Generalmajor Michael Orlow, einer der ausgezeichnetsten Feldherrn des russischen Heeres, wurden durch den Kaiser theils völlig begnadigt, theils mit geringeren Strafen belegt. Auch den zur Enthauptung Verurtheilten wurde insofern die Gnade des Kaisers zu Theil, als die Todesstrafe, die gegen sie erkannt war, in lebenslängliche Zwangsarbeit in den Bergwerken umgewandelt wurde. Die fünf Hauptverbrecher, denen der Kaiser nur die barbarische Hinrichtungsweise durch das Rad erließ, wurden dagegen auf dem Glacis der Citadelle von St. Petersburg gehängt. Dabei waren alle Verurtheilte zugegen; die Orden und die militairischen Dienstzeichen, die ihnen abgenommen waren, wurden durch den Henker verbrannt, und sie selbst in die groben Gewande der Strafarbeiter eingekleidet. Des andern Tages wurde auf dem Isaaksplatze, welcher der Schauplatz des Aufruhrs vom 26. December gewesen war, vor der versammelten Besatzung in Gegenwart der höchsten Behörden ein feierlicher Gottesdienst gehalten, um der Vorsehung zu danken, daß sie das Kaiserreich von den verbrecherischen Planen der Uebelgesinnten gerettet habe.

Kaiser Nikolaus zeigte unmittelbar nach seiner Thronbesteigung sämmtlichen europäischen Höfen an, daß er fest entschlossen sey, „mit aller seiner Kraft auf den Wegen seines erlauchten Bruders fortzuschreiten, die gleiche Treue gegen die von Rußland übernommenen Verbindlichkeiten zu beobachten, die gleiche Achtung vor allen durch die bestehenden Verträge geheiligten Rechten an den Tag zu legen und die gleiche Anhänglichkeit an die erhaltenden Grundsätze des allgemeinen Friedens und an die Freundschaftsbande zu bewähren, welche die großen Mächte mit einander verbänden.“ Die ersten Maßregeln, die Kaiser Nikolaus nach seinem Regierungsantritte ergriff, schienen in der That darauf hinzudeuten, daß er, weit davon entfernt, eine Befriedigung seines Ehrgeizes in kriegerischen Planen zu suchen, alle seine Sorge nur auf die friedliche Entwickelung der innern Hülfsmittel seines ungeheuern Reiches richtete. In allen Zweigen der Verwaltung wurden durchgreifende Verbesserungen eingeführt; in den Staatsausgaben wurden Ersparungen von vielen

Millionen bewirkt; Unterschleife von einem unermeßlichen Belaufe, die Jahr aus Jahr ein straflos geblieben waren, wurden entdeckt und durch eine feste Ordnung für die Zukunft, wenn nicht unmöglich gemacht, doch sehr erschwert. Die Rechtspflege, die in die gräulichste Verwirrung gerathen war, wurde von den Mißbräuchen gereinigt, welche sich durch die Unwissenheit, Saumseligkeit und Bestechlichkeit der Richter eingeschlichen hatten. Unter den Papieren eines der in die Verschwörung verwickelten Großen hatte sich ein langes Verzeichniß der Verschleuderungen, durch welche die Einkünfte des Reiches vergeudet wurden, und ein längeres der schweren Verbrechen gefunden, welche der Käuflichkeit der Gerichte zur Last fielen; und es ist nicht unwahrscheinlich, daß dieses Actenstück, welches einen tiefen Eindruck auf das Gemüth des Kaisers hervorbringen mußte, in ihm zuerst den Entschluß geweckt hat, Uebelstände zu beseitigen, die auf anderm Wege schwerlich zu seiner Kenntniß gekommen wären. Aber nur ein sehr geringer Theil der Verschwörer war bei ihrem tollkühnen Unternehmen von dem Wunsche geleitet worden, wirkliche Gebrechen in der Staatsverwaltung abgestellt zu sehen. Bei weitem die Mehrzahl war durch philosophische und politische Ansichten bestimmt, die nur der Dünkel einer oberflächlichen äußerlich aufgenommenen Bildung in Rußland für ausführbar halten konnte. Kaiser Nikolaus glaubte daher, um der Wiederkehr ähnlicher Auftritte für die Zukunft vorzubeugen, vor Allem der Verbreitung politischer und philosophischer Lehren entgegenwirken zu müssen, die mit den Grundsätzen seiner Regierung nicht in Uebereinstimmung standen. Die Censur, die selbst unter der Herrschaft des feingebildeten Alexander's nicht die mildeste gewesen war, wurde deshalb außerordentlich verschärft und besonders mit der äußersten Strenge gegen alle aus dem Auslande eingeführte Schriften angewandt. Bald ging man noch einen Schritt weiter, indem zu Anfange des J. 1827 auf den Befehl des Kaisers die philosophischen Vorlesungen auf allen russischen Universitäten geschlossen und die Lehrstühle für Philosophie und Staatswissenschaft aufgehoben wurden. Wenn man völlig sicher seyn wollte, daß keine verkehrte und staatsgefährliche Ansichten im russischen Reiche Eingang fänden, konnte man freilich nichts Zweckmäßigeres thun, als indem man überhaupt die Aufstellung jeder selbstständigen Ansicht untersagte; um folgerecht zu bleiben, hätte man aber nicht bloß das Lehren der Wissenschaft, welche die Grundlagen aller einzelnen Zweige des menschlichen Wissens enthält,

sondern das Denken überhaupt verbieten und eine Strafe auf jede Aeußerung setzen müssen, die eine Uebertretung dieses Verbotes verrathen hätte.

Während die inneren Angelegenheiten des Reiches die Sorge des Kaisers ausschließlich in Anspruch zu nehmen schienen, war die russische Diplomatie nach außen in nicht weniger angestrengter Thätigkeit. Die friedlichen Versicherungen, die Kaiser Nikolaus bei seinem Regierungsantritte an die europäischen Höfe richtete, hatten Niemand getäuscht. Man wußte zu London so gut, wie zu Wien und Berlin, daß das russische Volk laut seine Stimme erhob, um die Rettung der erliegenden Glaubensbrüder in der Türkei durch die Gewalt der Waffen zu fordern, und man verbarg sich nicht, wie wünschenswerth ein auswärtiger Krieg schon deshalb dem Kaiser seyn mußte, weil derselbe eine Gelegenheit bot, die im Heere verbreiteten Gährungsstoffe auf unschädliche Weise abzuleiten. Der Herzog von Wellington, der von dem brittischen Cabinette nach St. Petersburg geschickt wurde, um den Kaiser bei seiner Thronbesteigung zu beglückwunschen, hatte den Auftrag, Alles aufzubieten, um einen gewaltsamen Bruch zwischen Rußland und der Pforte zu verhindern. Kaiser Nikolaus würde die angebotene brittische Vermittelung wahrscheinlich ohne Weiteres zurückgewiesen haben, wenn er sich nicht überzeugt hätte, daß dieselbe Vortheile versprach, die selbst durch eine augenblickliche Kriegserklärung gegen die Pforte nicht mit gleicher Sicherheit zu erreichen waren. Mehr, als die Begründung eines halb selbstständigen, halb der Pforte untergebenen griechischen Staates, den alle seine Interessen zu der engsten Verbindung mit Rußland hinziehen mußten, durfte man kaum durch eine ganze Reihe gewonnener Schlachten zu erlangen hoffen. Daher die Bereitwilligkeit, mit der das St. Petersburger Cabinett auf die brittischen Vorschläge einging, und die sich um so leichter erklären läßt, als Rußland sich in allen Punkten, die seine besonderen Interessen berührten, vollkommen freie Hand vorbehielt.

Die Unterhandlungen, die in einem sehr verschiedenen Sinne zu London und zu Konstantinopel geführt wurden, waren noch weit von ihrem Ziele entfernt, als sich eine willkommene Gelegenheit bot, die russischen Waffen zu beschäftigen, ohne die Eifersucht der europäischen Mächte zu reizen. Die Kunde von dem blutigen Aufruhr zu St. Petersburg war eben so, wie durch ganz Europa, bis in die entlegensten Gegenden Asiens gedrungen und hier, durch das Ge-

rücht auf das fabelhafteste vergrößert, zu einem riesenhaften Schreckbilde angewachsen. In Tauris, wo der kriegerische Sohn des Schahs von Persien, Abbas Mirza, seine Hofhaltung hatte, war man der Meinung, daß das russische Reich bereits in völliger Auflösung begriffen sey und der thatenlustige Prinz hielt sich fest überzeugt, daß jetzt der Augenblick gekommen sey, um für alle Unbilden, die sein Vaterland seit länger als einem Jahrhunderte von den Russen erduldet, Rache zu nehmen. Der alte König, Feth Ali Schah, durch die Erfahrungen des letzten Krieges gewarnt, gab erst nach langem Zögern dem stürmischen Andringen seines Lieblingssohnes nach. So wie seine Einwilligung ertheilt war, brachen die persischen Reiterschaaren, wie ein reißender Waldstrom Alles vor sich niederwerfend, in die russischen Provinzen jenseit des Kaukasus ein. Die russischen Truppen, eines solchen Ueberfalles sich nicht versehend, waren in weitläuftigen Cantonirungen zerstreut, und der Feind hatte bereits eine Menge russischer Posten aufgehoben und einen großen Theil des Landes überschwemmt, ehe der russische Feldherr, General Jermolow, noch Zeit gehabt hatte, die nöthigen Befehle zur Zusammenziehung seiner Truppen zu ertheilen. Ueberall, wo die Perser sich zeigten, standen die mahomedanischen Einwohner auf und vereinigten sich mit den siegreichen Glaubensgenossen. Selbst unter den christlichen Georgiern kamen unruhige Bewegungen zum Ausbruche, als ein Nachkomme des alten von den Russen verrätherisch entthronten georgischen Königshauses, Fürst Alexander, von einer persischen Reiterschaar geleitet, in ihrer Mitte erschien. In dieser schwierigen Lage verleugnete Jermolow sein wohlbewährtes Feldherrntalent nicht. Er sandte, was er von Truppen in der Eile zusammenraffen konnte, unter dem Befehle des Generals Madatow, dem Prinzen Alexander, den die russischen Proclamationen für einen Abtrünnigen und Ueberläufer erklärten, entgegen und ließ den Aufstand der Georgier niederschlagen, ehe derselbe weiter um sich gegriffen hatte. Nachdem Madatow diesen Auftrag vollzogen hatte, wandte er sich mit seinem bis auf fünfzehn Bataillone verstärkten Corps gegen das persische Hauptheer, welches im Begriff war, unter Abbas Mirza's persönlicher Anführung auf der geraden Straße von Tauris nach Tiflis, der Hauptstadt des einst unabhängigen, seit keinem vollen Menschenalter zur russischen Provinz umgewandelten Königreiches Georgien vorzurücken. An den Ufern des kleinen Flusses Schambora stieß er auf die feindliche Vorhut, die aus 2000 Mann zu Fuß und 8000 Rei-

tern mit vier Kanonen und zwanzig Feldschlangen bestand. Das russische Geschütz brachte die schlecht bedienten persischen Feldstücke bald zum Schweigen und richtete große Verheerungen unter der feindlichen Reiterei an, die, nachdem ihr Anführer Amin-Khan, ein Oheim Abbas Mirza's geblieben war, in äußerster Verwirrung die Flucht ergriff und das Fußvolk, welches bis dahin tapfern Widerstand geleistet hatte, mit sich fortriß. General Madatow, dem es mit Ausnahme weniger hundert Kosacken an Reiterei fehlte, konnte den Fliehenden nur langsam folgen. Die Bestürzung, welche die Nachricht von dem verlornen Treffen unter den Persern verbreitete, war aber so groß, daß alle vorgeschobenen Posten derselben sich auf das Hauptheer zurückzogen, und daß selbst die Besatzung von Elisabethpol, der Hauptstadt des aus zwei ehemaligen mahomedanischen Fürstenthümern zusammengesetzten gleichnamigen, russischen Bezirkes, die im ersten Schrecken von den einbrechenden Persern ohne Widerstand eingenommen war, diesen Platz räumte, ohne nur die Ankunft der Russen abzuwarten. Abbas Mirza hatte den günstigen Augenblick unbenützt vorübergehen lassen; denn es ist keinem Zweifel unterworfen, daß er, wenn er mit seiner ganzen Macht ohne Aufenthalt bis nach Tiflis vorgedrungen wäre, die Russen in Georgien eben so unvorbereitet überfallen hätte, wie in den vorliegenden Landschaften; und die russischen Truppen wären dann aller Wahrscheinlichkeit nach theils in ihren Standquartieren vereinzelt aufgerieben, theils über den Kaukasus geworfen worden. Vielleicht wäre es nach der Niederlage der persischen Vorhut nicht zu spät gewesen, den von Anfang begangenen Fehler wieder gut zu machen; denn das schwache Corps des Generals Madatow würde für sich allein schwerlich im Stande gewesen seyn, gegen die zehnfach überlegene Macht das Feld zu halten, die Abbas Mirza heranführte. Aber auch jetzt blieb dieser in unbegreiflicher Unthätigkeit, bis der in Eilmärschen vom Norden heranziehende General Paszkiewicz sich mit Madatow vereinigt hatte. Erst nachdem durch diese Vereinigung das russische Corps zu einer Achtung gebietenden Stärke angewachsen war, entschloß sich der persische Heerführer, zum Angriffe vorzurücken. Am 25. September 1826, in geringer Entfernung von Elisabethpol, stießen die beiden feindlichen Heere auf einander. Der Kampf war schnell entschieden. Die persische Reiterei, die auf nicht weniger als 30,000 Pferde geschätzt wird, warf sich, nachdem ihr erster ungestümer Anfall von den russischen Vierecken zurückgewiesen war, zu zügelloser Flucht;

und das persische Fußvolk, welches, obwohl nach europäischer Weise geordnet, dem russischen weder an Zahl noch an militairischer Ausbildung gleich kam, mußte, von der Reiterei verlassen, seine Reihen auflösen und sich retten, so gut es konnte. Der Verlust war auf beiden Seiten, wegen der kurzen Dauer des Gefechtes, von geringer Bedeutung; doch hatte der Sieg, den die Russen erfochten, die wichtige Folge, daß Abbas Mirza das russische Gebiet räumen und sich über den Arares zurückziehen mußte, wo die Trümmer seines zersprengten und auseinander gelaufenen Heeres sich unter dem Schutze der kleinen Feste Abbas-Abad wieder zu sammeln anfingen. Während alle Unternehmungen des persischen Hauptheeres auf diese Weise vereitelt wurden, machte ein anderer Heerhaufe, mit dem ein jüngerer Bruder Abbas Mirza's, der Prinz Schiak Ali, von Masanderan aus in die russischen Provinzen am kaspischen Meere eingebrochen war, überraschende Fortschritte. Die Bevölkerungen dieser Landschaften, die ausschließlich von Mahomedanern bewohnt sind, hatten sich in Masse gegen die Russen erhoben, und diese vermochten sich nur noch in einzelnen festen Plätzen, wie Baku, Derbend und Kuba, gegen die feindliche Uebermacht zu halten. Schon hatten die Perser die Absenker überstiegen, die der Kaukasus gegen das Gestade des kaspischen Meeres ausschickt; das ganze Gebirge, welches bisher nie zu einem gemeinschaftlichen Unternehmen sich vereinigt hatte, war in Bewegung, und der Schrecken verbreitete sich bis nach dem fernen Astrachan, wo die Einwohner sich bereits zur Flucht anschickten, als Schiak Ali die Nachricht von der verlorenen Schlacht bei Elisabethpol erhielt. Ohne irgend eine Anordnung in Bezug auf seine Truppen zu treffen, setzte er sich sogleich auf das Pferd und ritt mit seinem Gefolge, beinahe ohne Halt zu machen, bis er sich auf heimathlichem Boden in Sicherheit wußte. Das Heer, von seinem Anführer verlassen, löf'te sich auf, und die Russen waren von aller Gefahr befreit, ohne daß sie nöthig gehabt hätten, einen einzigen Schlag zu führen.

Bei der geringen Truppenzahl, die den russischen Heerführern zu Gebote stand, und bei dem unruhigen Geiste, der unter den Bevölkerungen der rückwärts gelegenen Landschaften herrschte, konnten die russischen Heerführer nicht daran denken, die mit so leichter Mühe errungenen Vortheile weiter zu verfolgen. Die rauhe Jahreszeit, die in den Hochebenen des alten Armeniens mit der zweiten Hälfte des Octobers eintritt, bot ihnen daher einen willkommenen

Vorwand, alle kriegerischen Bewegungen zu unterbrechen. Der Winter verging unter den Vorbereitungen, die auf beiden Seiten zu dem neuen Feldzuge getroffen wurden, der mit dem nächsten Frühjahre eröffnet werden sollte. Die Nachlässigkeit, welche der russische Generalgouverneur Jermolow bewiesen, indem er sich bei dem freilich unerwarteten Ausbruche des Krieges auf allen Punkten hatte überfallen lassen, wurde durch seine Abberufung bestraft: an seine Stelle erhielt den Oberbefehl der thätige General Paszkiewicz, der durch sein rechtzeitiges Eintreffen bereits im vorjährigen Feldzuge die Schlacht von Elisabethpol entschieden und durch seinen Antheil an dem Siege die Aufmerksamkeit des Kaisers auf sich gezogen hatte. Mit der Wiederkehr der bessern Jahreszeit begann Paszkiewicz seine Operationen, die jedoch durch die Unmöglichkeit, in einem durchaus verheerten Lande Unterhaltsmittel für zahlreiche Truppenmassen aufzufinden, ungemein erschwert wurden. Während der drei Frühlingsmonate des Jahres 1827 beschränkte sich daher Alles, was die Russen unternahmen, auf Streifzüge in den jenseit des Araxes gelegenen persischen Provinzen Eriwan und Nakhitschewan, in denen es beinahe täglich zu kleinen Gefechten kam, durch welche nichts entschieden wurde; und von denen mehrere sogar einen für die Russen ungünstigen Ausgang hatten. Erst im Juli war General Paszkiewicz im Stande, mit ansehnlichen Streitkräften den Araxes zu überschreiten; und am 17. d. M. kam es in geringer Entfernung von der Feste Abbas-Abad, welche die Russen belagerten und zu deren Entsatze Abbas Mirza mit seiner ganzen Macht herbeieilte, zu einem Treffen, welches ungeachtet der wilden Tapferkeit der unregelmäßigen persischen Reiterschaaren mit ihrer völligen Zerstreuung endigte. Die wichtigste Folge des Sieges war die Einnahme der Festung Abbas-Abad, durch welche die Russen einen sichern Stützpunkt am Araxes gewonnen. Abbas Mirza wurde jedoch durch seine Niederlage so wenig entmuthigt, daß er, statt — wie man hätte erwarten sollen — sich in das Innere der unter seiner Verwaltung stehenden Provinz Aserbeidshan zurückzuziehen, vielmehr von neuem über den Araxes ging und gegen den festen Platz Eriwan vordrang, der von den Russen seit dem Anfange des Feldzuges bald berannt, bald aus der Entfernung beobachtet wurde. Er griff das berühmte Kloster Etschmiadsin, welches die Russen besetzt hielten, mit Heftigkeit an und war im Begriffe, sich dieser wichtigen Stellung zu bemeistern, als General Krassowski, der das Beobachtungscorps vor Eriwan befeh-

ligte, mit demselben zum Entsatze anrückte. Abbas Mirza, im Vertrauen auf die Ueberlegenheit seiner Streitkräfte, ging dem Feinde muthig entgegen, und es kam zu einem wüthenden Kampfe, in dem die Russen bedeutenderen Verlust erlitten, als in irgend einem früheren Gefechte während der ganzen Dauer des Krieges, zuletzt aber dennoch das Schlachtfeld behaupteten und die Perser zwangen, sich nach der einige Meilen von dem Kloster entfernten Feste Sardarabad zurückzuziehen. Der Sieg, den die Russen erfochten hatten, kam ihnen so theuer zu stehen, daß ein zweiter ähnlicher Kampf das ganze Corps aufgerieben hätte. Um es dahin nicht kommen zu lassen, zog General Paszkiewicz auf die erste Nachricht von dem Ausgange des Treffens mit seiner Hauptmacht gegen Erivan heran. Bei seiner Annäherung wich Abbas Mirza über den Arares zurück; die Feste Sardarabad, die einer seiner tapfersten Heerführer vertheidigte, wurde von den Russen nach kurzer Beschießung genommen, und Paszkiewicz, auf dieser Seite gegen jede Beunruhigung gesichert, sah sich in den ersten Tagen des Octobers im Stande, vor Erivan die Laufgräben zu eröffnen. Das russische Wurfgeschütz richtete in dem Platze, der bei den Persern seiner steilen und schwer zugänglichen Lage wegen als uneinnehmbar galt, furchtbare Verheerungen an; bald war eine gangbare Bresche in die Mauer gelegt, und schon rückten die russischen Colonnen zum Sturme an, als die Besatzung, an jeder Möglichkeit ferneren Widerstandes verzweifelnd, die Waffen streckte und sich auf Gnade und Ungnade ergab. Die in so kurzer Zeit bewirkte Einnahme eines Platzes, welcher der Sage nach vorher niemals durch Gewalt der Waffen bezwungen war, verbreitete im persischen Heere, so wie unter den Bevölkerungen der zunächst gelegenen Provinzen einen allgemeinen Schrecken. Die leichten Reiterschaaren, welche die Hauptmasse des persischen Heeres bildeten, eilten haufenweise nach Hause; selbst die regelmäßigen Truppen, die sich bisher mit Tapferkeit geschlagen hatten, waren nicht mehr zum Stehen zu bringen. Abbas Mirza, der nur noch wenige Tausend Mann zusammenzuhalten vermochte, zog sich in das Innere von Aserbeidschan zurück, und General Paszkiewicz, von der Zerrüttung und Entmuthigung des feindlichen Heeres unterrichtet, verlor keinen Augenblick, mit Allem, was nach der Besetzung der eroberten festen Plätze von Streitkräften noch zu seiner Verfügung blieb, in Gewaltmärschen nachzudrängen. Alojar Khan, der Schwiegersohn und erste Minister Feth Ali Schahs hatte den Auftrag, die große, von ihrem

früheren Glanze sehr herabgekommene, aber noch immer mehr als 40,000 Einwohner zählende Stadt Tauris auf das äußerste zu vertheidigen. Er ließ nichts unversucht, um die Bevölkerung zu dem Entschlusse erbitterten Widerstandes aufzuregen, überzeugte sich aber bald von der Vergeblichkeit seiner Bemühungen. Bei der ersten Annäherung der russischen Vorhut lief das ganze Truppencorps, welches seinem Befehle untergeben war, auseinander; der Pöbel brach in wilden Aufruhr aus und plünderte den Palast Abbas Mirza's; die angesehensten Einwohner, die mahomedanische Geistlichkeit an der Spitze, gingen den Russen entgegen, um ihnen ihre Unterwerfung anzukündigen und Schonung des Lebens und des Eigenthums für sich und für ihre Stadt zu erbitten. Alojar Khan selbst, der sich durch die Flucht zu retten suchte, wurde von den nacheilenden Kosacken in einem ärmlichen Hause der Vorstadt, wo er sich verbergen wollte, entdeckt und gefangengenommen. Am 31. October hielt General Paszkiewicz unter dem Donner der Geschütze seinen Einzug in die Hauptstadt von Aserbeidschan, die zum ersten Male seit der Macedonier und der Römer Zeiten ein europäisches Heer in ihren Mauern sah. Zwei Tage später wurden durch einen Bevollmächtigten Abbas Mirza's Unterhandlungen angeknüpft, die bereits am folgenden Tage zu dem Abschlusse eines Friedensvertrages führten, welcher Persien zwar die lästigsten Bedingungen auflegte, jedoch bei der völligen Hülfslosigkeit dieses halbbarbarischen Staates immer noch als ein Beweis großmüthiger Mäßigung von Seiten des Siegers aufgenommen werden mußte. Der Schah von Persien trat die beiden jenseit des Arares gelegenen Provinzen Eriwan und Nakhitschewan an Rußland ab und verpflichtete sich, den Russen eine Kriegssteuer von fünf Millionen Tomans oder 20 Millionen Silberrubel zur Entschädigung für die aufgewandten Kriegskosten zu zahlen. Bis zur vollständigen Entrichtung dieser Entschädigungssumme sollten die Russen die Provinz Aserbeidschan, die sich größtentheils bereits in ihrer Gewalt befand, als Unterpfand besetzt halten. Der Schah, der mit einem durchdringenden, wenngleich unausgebildeten Verstande eine unersättliche, in diesem Maße nur asiatischen Despoten eigne Goldgier vereinigte, verbarg sich die Unmöglichkeit eines erfolgreichen Widerstandes gegen die siegreichen Waffen des Feindes auf keine Weise; er war deshalb bereit, alle Bedingungen, welche ihm gestellt wurden, wie hart sie auch seyn mochten, ohne Weiteres zu unterzeichnen. Als er sich aber

entschließen sollte, die erste Abschlagszahlung auf die ausbedungene Entschädigungssumme zu machen, konnte er sich von den Schätzen, die er während eines langen Lebens aufgehäuft hatte, nicht trennen. Er glaubte, daß es ihm, wenn er auch außer Stande war, den Russen im freien Felde zu widerstehen, doch wohl noch gelingen könne, ihnen durch List die Vortheile aus den Händen zu winden, welche das Kriegsglück ihnen gewährt hatte. Ein außerordentlicher Bevollmächtigter, den er an den General Paszkiewicz schickte, kündigte diesem an, daß der Schah nicht eher den fälligen Termin der Entschädigungssumme zahlen würde, bevor die Russen nicht die Provinz Aserbeidschan geräumt und sich über den Araxes zurückgezogen hätten. Die Falle, die der schlaue Fürst den Russen bereiten wollte, war so grob angelegt, daß selbst der beschränkteste Verstand sich so leicht nicht hätte in derselben fangen lassen. General Paszkiewicz erklärte, statt aller Antwort auf die treulosen Vorschläge des Schah, die Unterhandlungen für abgebrochen und ertheilte den beiden Heeresabtheilungen der Generale Pankratiew und Suchtelen den Befehl, auf der Stelle gegen die von den Persern noch behaupteten Stellungen in Aserbeidschan vorzurücken. Die Stadt Urmia, an dem großen Binnensee, der von derselben den Namen hat, und auch die wichtige Festung Ardebil, die stärkste in Aserbeidschan, öffneten die Thore, sobald die russischen Vorposten sich vor ihren Mauern sehen ließen. Feth Ali Schah hatte kaum die Nachricht von dem Wiederbeginne der Feindseligkeiten erhalten, als er, in dem Bewußtseyn seiner Ohnmacht, Alles aufbot, um den Zorn des durch seine Treulosigkeit erbitterten Siegers zu entwaffnen. Ein Schreiben, welches der Schah persönlich an den General Paszkiewicz richtete, betheuerte die friedlichsten Gesinnungen und zeigte zugleich an, daß die Summe von anderthalb Millionen Tomans, auf welche der erste Termin der Kriegsentschädigung angesetzt war, bereits nach dem russischen Hauptquartiere unterweges sey. Der russische Feldherr stellte, so wie er von der Wahrheit der letzten Angabe überzeugt war, die Feindseligkeiten ein. Abbas Mirza, der persische Thronfolger, hatte von seinem Vater unbeschränkte Vollmachten erhalten; in einer Zusammenkunft, die er mit dem russischen Feldherrn hielt, bestätigte er nochmals die früher festgestellten Friedensbedingungen, denen von russischer Seite nur noch das Versprechen zugefügt wurde, Abbas Mirza bei dem Ableben des Schah als den rechtmäßigen Herrscher von Persien anzuerkennen: eine Zusage, die für den Prinzen von Wichtigkeit war, weil

sich vorhersehen ließ, daß unter seinen zahlreichen Brüdern mehr als einer nicht abgeneigt seyn würde, ihm die Thronfolge streitig zu machen. Am 22. Februar 1828 kam zu Turkmantschai, einem kleinen Dorfe auf der Straße von Tauris nach Teheran, endlich der förmliche Abschluß des Friedensvertrages zu Stande. Die Gebietserwerbungen, die Rußland durch denselben machte, waren, wenn gleich nicht von allzubeträchtlichem Umfange, doch durch die Lage der abgetretenen Provinzen von desto höherer Bedeutung. Rußland gewann durch dieselben zuerst festen Fuß auf dem armenischen Hochlande, welches, zwischen der Türkei und Persien getheilt, auf der einen Seite als der Schlüssel von Kleinasien, auf der andern als der Schlüssel der einst blühenden, jetzt durch Jahrhunderte der furchtbarsten Mißverwaltung verödeten Gefilde von Iran und damit von dem Herzen Asiens zu betrachten ist. Wie wenig das St. Petersburger Cabinett sich diese Bedeutung seiner neuen Eroberung verbarg, geht aus allen Umständen hervor, die mit der Besitzergreifung verbunden waren. Die beiden Provinzen Eriwan und Nakhitschewan wurden zu einer einzigen vereinigt und dieser der Name Armenien beigelegt, der, seit uralten Zeiten berühmt, in dem über ganz Asien verstreuten Volke der Armenier tausendjährige Erinnerungen zurückrief, welche jetzt gewiß nicht ohne Zweck an das russische Zaarenreich geknüpft wurden. Man wollte sich aber nicht damit begnügen, einen halbvergessenen geschichtlichen Namen wieder in das Leben zu rufen; die neue Provinz Armenien sollte auch wirklich in einen Sitz des armenischen Volksstammes umgewandelt werden. Ein russischer Heerführer, General Lazarew, der selbst von armenischer Abstammung war, erhielt den Auftrag, seine in Aserbeidschan zerstreut wohnenden Stammgenossen um jeden Preis zur Auswanderung nach Rußland zu vermögen und sie in dem neuen russischen Armenien anzusiedeln. Tausende friedlicher Hirten und Bauern, durch glänzende Versprechungen getäuscht, folgten seiner Aufforderung, die aber nur zu dem Verderben der armen Leute führte, weil die russische Regierung zwar für ihre Aufnahme Sorge getragen, es jedoch versäumt hatte, während der ersten Zeit ihrer Uebersiedelung ihnen Mittel des Lebensunterhaltes und der Verpflegung anzuweisen.

Die Beendigung des persischen Krieges konnte für das St. Petersburger Cabinett zu keinem gelegeneren Zeitpunkte eintreten, weil die verwickelten Beziehungen desselben zu der Pforte gerade jetzt eine Wendung genommen hatten, die den lange genährten Wunsch eines

offenen Bruches endlich zu verwirklichen gestattete, ohne daß man so leicht einen entschiedenen Widerspruch von irgend einer der großen europäischen Mächte erwarten durfte. Schon bei der Eröffnung der Unterhandlungen, die der Herzog von Wellington zu Anfange des Jahres 1826 zu St. Petersburg anknüpfte, zeigte es sich unzweideutig genug, daß Rußland fest entschlossen war, in den Angelegenheiten des Orients keinen andern Rath anzunehmen, als von seinen eigenen Interessen. Kaiser Nicolaus erklärte dem Herzoge unumwunden, daß er nicht gesonnen sey, in Dingen, die seiner Meinung nach Rußland allein angingen, eine fremde Einmischung zu dulden. Wenn das St. Petersburger Cabinett dennoch die Eröffnungen, die demselben von dem brittischen Feldherrn und Staatsmanne gemacht wurden, nicht von der Hand wies, und wenn es sogar zu dem Abschlusse einer Uebereinkunft kam, welche die Erledigung der wichtigen Streitfrage über die griechische Unabhängigkeit der gemeinschaftlichen Entscheidung der drei Mächte England, Frankreich und Rußland übertrug und dadurch jedem einseitigen und vereinzelten Einschreiten vorbog, so war die Nachgiebigkeit, die Rußland bei dieser Gelegenheit an den Tag legte, doch nur eine scheinbare; denn das St. Petersburger Cabinett behielt sich vor, alle übrigen zwischen der Pforte und Rußland noch schwebenden Fragen durch besondere Unterhandlungen zu Ende zu bringen, und es blieb demselben daher ein hinreichender Spielraum, in dem seine Politik sich durchaus frei und ungehemmt bewegen konnte. Am 4. April 1826 war zu St. Petersburg das bekannte Protocoll unterzeichnet worden, welches später zur Grundlage des verhängnißvollen Vertrages vom 6. Juli diente; am 5. April übergab der russische Geschäftsträger zu Konstantinopel, Herr von Minciaky, eine Erklärung seines Kaisers, welche die Abstellung aller von russischer Seite gegen die Pforte erhobenen Beschwerden binnen kürzester Frist forderte. Die bedeutendste und allerdings eine durch die früheren Verträge vollkommen gerechtfertigte Forderung war, daß in den Donaufürstenthümern Alles auf den Stand vor dem Ausbruche der Unruhen des Jahres 1820 hergestellt werde. Diese wurde, da der brittische Botschafter Stratford Canning dieselbe kräftig unterstützte, auf der Stelle zugestanden; eben so wurde eine Anzahl serbischer Volksabgeordneten, die man zu Konstantinopel widerrechtlich gefangen hielt, auf die russische Verwendung sogleich ihrer Haft entlassen; auch erklärte die Pforte, dem russischen Andringen gemäß, sich bereit, Bevollmächtigte nach einem an der

russischen Grenze liegenden Platze abzusenden, um durch freundliche Besprechungen und gütliche Uebereinkunft alle sonst noch obwaltenden Streitpunkte auszugleichen und zu schlichten. Daß es damit dem Sultan, der wohl vorhersah, daß die russischen Ansprüche durch jede Nachgiebigkeit von seiner Seite nur höher gesteigert wurden, nicht recht Ernst war, ging aus dem langen Zögern der türkischen Bevollmächtigten hervor, die, obwohl sie bereits in der ersten Hälfte des Mai ernannt waren, dennoch erst im Hochsommer an der russischen Grenze erschienen, wo sie neue Schwierigkeiten machten, ehe sie sich entschlossen, nach dem zu ihrem Zusammentreten mit den russischen Bevollmächtigten bestimmten Platze Akjerman in Bessarabien abzugehen. Als die Verhandlungen zu Akjerman endlich begonnen hatten, rückten dieselben so langsam vorwärts, daß Kaiser Nicolaus zuletzt die Geduld verlor und damit drohte, ohne weiteren Verzug die Feindseligkeiten zu eröffnen, sofern man nicht aufhöre, den russischen Forderungen durch leere Ausflüchte auszuweichen. Jetzt wurden die Türken geschmeidiger, da die Pforte unmittelbar nach der Vernichtung ihrer zügellosen, aber tapfern Janitscharenbanden unmöglich daran denken konnte, einen auswärtigen Krieg zu führen. Alles, was Rußland irgend verlangte, wie unbillig es auch war, wurde zugestanden, und so kam denn am 25. September 1826 der Vertrag von Akjerman zum Abschlusse, der ein immerwährendes Denkmal der hülflosen Ohnmacht ist, zu der das osmanische Reich in diesen Tagen herabgesunken war. Die Pforte versprach zuvörderst, in der Moldau und Walachei eine Ordnung der Dinge einzuführen, welche die beiden Fürstenthümer beinahe noch mehr in russische als türkische Provinzen verwandelte, da in denselben nichts Wesentliches geschehen durfte, was nicht vorher die Genehmigung des St. Petersburger Cabinettes erhalten hatte. Die Verwaltung des Landes wurde auf sieben Jahre gewählten und nach Verlauf dieser Frist wieder wählbaren Hospodaren übergeben, die unabhängig von den türkischen Behörden nach dem Beirathe eines von dem Adel gebildeten sogenannten Diwans regierten und von ihrer Stelle nicht ohne die Zustimmung des St. Petersburger Cabinettes entfernt werden konnten. Auch den Serben wurde die Unabhängigkeit ihrer innern Verwaltung, die freie Wahl ihrer Oberhäupter, so wie die Wiedervereinigung der in früheren Zeiten von Serbien losgerissenen und zu den benachbarten türkischen Statthalterschaften geschlagenen Bezirke verbürgt; die Pforte verzichtete auf die Wiedererlangung der an der asiatischen

Küste des schwarzen Meeres gelegenen festen Plätze, deren Herausgabe durch den Vertrag von Bukarest im Jahre 1812 von Rußland zugesagt, unter verschiedenen Vorwänden jedoch bisher immer verweigert worden war. Die Pforte verpflichtete sich, den russischen Unterthanen, welche durch türkische Maßregeln irgend einer Art in früherer oder neuerer Zeit Verluste erlitten hatten, volle Entschädigung zu gewähren. Den russischen Handelsfahrzeugen wurde die ungehinderte Durchfahrt durch den Bosporus und die Dardanellen, so wie überhaupt die freie Schifffahrt in allen Gewässern des osmanischen Reiches zugesichert, und dem russischen Handel wurden alle Vortheile des freien Verkehrs zu Wasser und zu Lande in dem ganzen Umfange des Reiches bewilligt.

Nach dem Abschlusse einer solchen Uebereinkunft hätte man voraussetzen sollen, daß jeder Grund zu ferneren Zwistigkeiten zwischen der Pforte und Rußland auf lange Zeit aus dem Wege geräumt worden wäre. Jetzt traten aber die Unterhandlungen wegen der Beendigung des griechischen Unabhängigkeitskampfes, die in der Zwischenzeit mit auffallender Lauheit geführt waren, wieder in den Vordergrund. Das brittische Cabinett, dem bisher die Leitung dieser Unterhandlungen vorzugsweise überlassen war, ging von der Ansicht aus, daß es in dem allgemeinen europäischen Interesse liege, das osmanische Reich so wenig als möglich zu schwächen, und daß daher nichts wünschenswerther sey, als den Griechen die zu der Rettung ihres volksthümlichen Daseyns unumgänglichen Bürgschaften durch freiwillige Zugeständnisse der Pforte bewilligt zu sehen. Nur die ängstliche Scheu, die man vor gewaltsamen Maßregeln trug, welche das osmanische Reich an den Rand des Unterganges bringen mußten, erklärt es, wie man es sich verbergen konnte, daß auf diesem Wege unmöglich das Geringste zu erreichen war. So wie das St. Petersburger Cabinett durch den Abschluß des Vertrages von Akjerman seine zunächstliegenden Interessen gewahrt hatte, begann dasselbe zu kräftigerem Einschreiten zu drängen. Der Vertrag vom 6. Juli und die Schlacht bei Navarino waren die Folge. Noch war den türkischen Behörden zu Konstantinopel keine Kunde von dem Schicksale zugegangen, welches die türkische Flotte bei Navarino erfahren, als die Bevollmächtigten von England, Frankreich und Rußland, durch ihre Admirale von dem Vorgefallenen unterrichtet, sich zu dem Reis Effendi, dem türkischen Minister des Auswärtigen, begaben, um bei diesem anzufragen, ob die Pforte auf ihren früher

ausgesprochenen Grundsätzen beharre, und was sie dazu sagen würde, wenn die drei verbündeten Geschwader Gewalt brauchten, um dem erklärten Willen der Mächte Folgeleistung zu erzwingen. Die Antwort war, daß man auf eine Frage, die sich auf noch nicht eingetretene Dinge beziehe, keine Antwort ertheilen könne, daß aber die Pforte von den Grundsätzen, die sie einmal dargelegt habe, niemals abgehen werde. Am Abende desselben Tages trafen die ersten Berichte über die Schlacht im Serail ein. Die Wuth des Sultans war furchtbar, und man besorgte, daß der über den Treubruch der Mächte im höchsten Grade empörte Fürst in seinem Zorne den Befehl zu einer allgemeinen Niedermetzelung der christlichen Bevölkerungen in der Hauptstadt wie in dem ganzen Reiche ertheilen könne. Den Vorstellungen des österreichischen Gesandten, dessen aufrichtige Freundschaft auch jetzt nicht in Zweifel gezogen wurde, gelang es, den ergrimmten Padischah so weit zu besänftigen, daß wenigstens nicht jede Möglichkeit einer friedlichen Ausgleichung durch die blutigen Entschlüsse abgeschnitten wurde, welche die erste Aufwallung in seinem stürmisch erregten Gemüthe hervorgerufen haben mag. Nach zwei Tagen, während deren Alles in der bangsten Ungewißheit schwebte, beschied der Reis Effendi die Dolmetscher der Gesandten vor sich und erklärte ihnen mit wilder Gebehrde: die hohe Pforte bereue es auf das Tiefste, den treulosen Einflüsterungen und Versprechungen der drei verbündeten Mächte nur einen Augenblick Gehör gegeben zu haben; es sey fortan gleichgültig, ob die Gesandten derselben länger zu Konstantinopel verweilten oder sich entfernten. An einem der folgenden Tage wurde ein hoher Rath bei dem Mufti, dem religiösen Oberhaupte aller Gläubigen im osmanischen Reiche, gehalten, an dem sämmtliche Gesetzeskundige der Hauptstadt Theil nahmen, um die Lage zu erwägen, in welche die heilige Religion des Islam durch den Treubruch der Christen versetzt sey. Die große Mehrheit entschied, daß alle Verträge mit England, Frankreich und Rußland, besonders aber die erst kürzlich geschlossene Uebereinkunft von Akjerman als nichtig und aufgehoben zu betrachten wären, und daß sogleich alle Muselmänner zur Abwehr der drohenden Gefahr unter die Waffen gerufen werden müßten.

Unmittelbar darauf wurde auf die Schiffe aller europäischen Nationen im Hafen von Konstantinopel Beschlag gelegt, und am 6. November richtete der Reis Effendi ein amtliches Schreiben an den österreichischen Internuntius, worin er diesem erklärte, an eine

Herstellung des Friedens sey nicht eher zu denken, als bis die verbündeten Mächte den Vertrag vom 6. Juli d. J. aufhöben, volle Entschädigung für den bei Navarino erlittenen Verlust leisteten und der hohen Pforte Genugthuung für den schmählichen Friedensbruch gewährten. Zugleich wurde dem Internuntius angezeigt, daß nur ihm noch die Absendung von Tataren nach der Grenze gestattet sey. Die drei Botschafter antworteten gemeinschaftlich (am 10 November): Es sey der unabänderliche Wille der Mächte, den zur Beruhigung Griechenlands geschlossenen Vertrag aufrecht zu halten und zur Vollziehung zu bringen; eine Entschädigung für den Verlust der Flotte könne die Pforte nicht ansprechen, weil nach den eingegangenen Berichten der erste Angriff von den Türken ausgegangen sey; und von einer der Pforte zu gewährenden Genugthuung könne gar nicht die Rede seyn, da die verbündeten Höfe gegen dieselbe seit drei Jahren die äußerste Langmuth bewiesen hätten, während alle ihre von der freundschaftlichsten Theilnahme eingegebenen Bemühungen hartnäckig zurückgewiesen worden wären.

Sultan Mahmud, wie leidenschaftlich er auch erregt war, verkannte doch die Schwierigkeiten seiner Lage keineswegs. Das Reich besaß weder ein Heer, noch eine Flotte. Die jungen Truppen, die eben erst in der Bildung begriffen waren, boten keinen Ersatz für die ungeregelte Tapferkeit der Janitscharen, deren Vernichtung, obgleich unter anderen Verhältnissen durch eine unabweisliche Nothwendigkeit gerechtfertigt, sich jetzt als ein unverzeihlicher Fehler herausstellte. So schwer diese Selbstbeherrschung dem stolzen Gemüthe des Großherrn ankam, überzeugte er sich doch, daß ihm keine Wahl blieb, als seinen Grimm in der innersten Brust zu verschließen und Schritte der Nachgiebigkeit zu thun, durch die er wenigstens hoffen durfte, Zeit zu gewinnen: die unerläßlichste Bedingung, wenn er einige Aussicht behalten wollte, die dem osmanischen Reiche widerfahrenen Unbilden zu rächen. Er ließ sich daher bestimmen, die angeordnete Beschlagnahmr der fremden Schiffe wieder aufzuheben, den Bevollmächtigten von Frankreich, England und Rußland von neuem freien Verkehr zu gestatten und Unterhandlungen auf gemäßigtere Bedingungen anzuknüpfen, als die anfangs gestellten. Am 24. November hatten die Gesandten der drei Mächte eine gemeinschaftliche Zusammenkunft mit dem Reis Effendi, in welcher der letzte Versuch gemacht wurde, eine friedliche Ausgleichung herbeizuführen. Die erste Forderung, welche die Gesandten erhoben, bot keine besondere Schwie-

rigkeiten dar; denn sie ging nur auf die Herstellung der abgebrochenen diplomatischen Verhältnisse, wogegen die Pforte nichts einzuwenden hatte. Auch ließen die Türken sich bereit finden, den Griechen einen Waffenstillstand zu bewilligen, indem sie nur jene Förmlichkeiten desselben ausschlossen, welche ihren aufrührerischen Unterthanen das Ansehen einer anerkannten Macht gewährt hätten. An einem dritten Punkte, der freilich gerade die Hauptsache war, scheiterte jedoch die ganze Verhandlung. Der Reis Effendi verhieß den Griechen unbedingte Verzeihung des Geschehenen, Zurückgabe ihres eingezogenen Eigenthumes, Herstellung ihrer Rechte und Gemeindefreiheiten, eine gerechte und milde Verwaltung, Verzichtleistung auf den Ersatz des dem Reiche durch den Aufstand zugefügten Schadens, Erlaß der seit sechs Jahren rückständigen Steuern und Abgabenfreiheit für die Dauer eines Jahres; dagegen wollte er weder von der Vermittelung der Mächte, noch von dem Zugeständnisse einer selbstständigen Verwaltung hören. Die Bevollmächtigten der drei Höfe konnten nach den Weisungen, die sie erhalten hatten, von dem, was in beiden Beziehungen durch den Julivertrag bestimmt war, nicht abgehen; sie drangen daher auf die unbedingte Annahme aller Bestimmungen des Vertrages und drohten im Weigerungsfalle ihre Pässe zu verlangen.

Dem alten Brauche gemäß, der unter schwierigen Umständen immer beobachtet worden war, wurde jetzt in dem Palaste des Großwesirs eine Rathsversammlung berufen, der 150 der angesehensten Männer aus allen Ständen beiwohnten, während eine unermeßliche Volksmasse außen harrte und in den furchtbarsten Verwünschungen seinen Grimm gegen die Franken und Christen ausließ. Der einmüthige Beschluß der Versammlung war, daß die Vorschläge der Mächte als den Geboten des heiligen Glaubens zuwiderlaufend, zurückgewiesen werden müßten. So wie diese Entscheidung bekannt wurde, verlangten die Gesandten sofort ihre Pässe, worauf der Reis Effendi ihnen erwiderte, daß die hohe Pforte ihrer Abreise kein Hinderniß in den Weg legen, jedoch Alles vermeiden werde, was als eine Betheiligung bei diesem Schritte erscheinen könnte, und eben deshalb auch keine amtliche Kenntniß von demselben nehmen wolle. Am 8. December schifften die Botschafter von England und Frankreich sich wirklich ein und segelten, ohne irgend einer Hemmung zu begegnen, durch die Dardanellen. Der russische Gesandte wurde durch widrige Winde noch einige Tage zu Bujukdere zurückgehalten, ging jedoch,

bei dem ersten günstigen Hauche der Luft, nach Odessa unter Segel. Auch jetzt gab die Pforte die Hoffnung noch nicht auf, daß es ihr gelingen würde, wenn nicht den Frieden zu erhalten, doch Zeit zu ihren Rüstungen zu gewinnen, und sie verschmähte, um diesen Zweck zu erreichen, selbst einen Schritt nicht, der für den türkischen Stolz eine offenbare Erniedrigung war. Der Großwesir richtete ein Schreiben an den russischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen Nesselrode, worin er sich über den russischen Gesandten beklagte, der Konstantinopel ohne allen Grund auf seine eigene Verantwortlichkeit verlassen habe. Die Vorschläge, die der Pforte in Bezug auf Griechenland gemacht worden, wären den bestehenden Verträgen entgegen gewesen; und da der Gesandte einer befreundeten Macht keine andere Aufgabe habe, als über die Aufrechterhaltung dieser Verträge zu wachen, so handle er gegen das Völkerrecht, wenn er Erörterungen, die mit denselben nichts gemein hätten, zur Veranlassung nehme, von seinem Posten zu weichen. Die hohe Pforte wünsche nichts so sehr, als den Frieden zu erhalten, und sie sey überzeugt, daß auch Rußland, ungeachtet des übereilten Schrittes seines Bevollmächtigten, nich aufhören werde, die Pflichten eines gegenseitigen freundschaftlichen Verhältnisses zu erfüllen. Auf dieses Schreiben wurde von russischer Seite keine Antwort ertheilt; Sultan Mahmud wartete aber nicht so lange, bis dieselbe hätte eingehen können, um entscheidende Maßregeln zu ergreifen. Bereits zu Ende des Decembers, während der österreichische und preußische Gesandte noch bemüht waren, die Pforte zu der Annahme der ihr gemachten Vorschläge zu vermögen, erließ der Reis Effendi ein Rundschreiben an die Pascha's der Provinzen, welches den Ausbruch des Krieges für unvermeidlich erklärte und alle Hebel in Bewegung setzte, um die Leidenschaften der mohamedanischen Bevölkerungen vom Grunde aufzuwühlen. „Es ist wohl bekannt," hieß es gleich im Beginn, „daß ebenso, wie die Muselmänner die natürlichen Feinde der Ungläubigen, diese ihrerseits die Feinde aller Muselmänner sind, und daß insbesondere Rußland den tiefsten Haß gegen den Islam nährt und der vornehmste Feind der hohen Pforte ist. Seit sechzig Jahren hat Rußland jeden noch so geringfügigen Vorwand mit Begierde ergriffen, um uns den Krieg zu erklären; Rußland hat dem Ungehorsam der Donaufürstenthümer seinen Schutz geliehen; es hat den Aufstand der Griechen, wenn nicht ursprünglich hervorgerufen, doch ermuthigt und begünstigt. Der Vertrag von Akjerman ist uns durch die ungerechtesten Mittel abgepreßt worden; er hätte niemals

unterzeichnet werden sollen und kann fortan nicht länger als bindend angesehen werden. Die Vorschläge, die in der letzten Zeit uns von den Franken gemacht wurden, hatten keinen andern Zweck, als alle Länder in Europa und Asien, in denen die Muselmänner mit den Griechen gemischt wohnen, in die Hände der Ungläubigen zu spielen, die Raja allmälig an die Stelle der Osmanli zu setzen und die wahren Gläubigen zu der Lage der Raja zu erniedrigen, die Moscheen in Kirchen zu verwandeln und durch den Schall der Glocken zu entweihen und überhaupt den Islam zu vernichten. Auf solche Vorschläge ernstlich zu hören, gestattet weder die Vernunft, noch die Politik und die Religion. Aber obwohl die Absicht der Franken von Anfang wohl erkannt war, und obwohl es keinem Zweifel unterlag, daß die Antwort zuletzt nur durch den Säbel gegeben werden konnte, so versuchte die hohe Pforte doch, um Zeit zu ihren kriegerischen Rüstungen zu gewinnen, die Unterhandlungen so sehr als möglich in die Länge zu ziehen. Selbst nach der Schlacht bei Navarino wurden deshalb die Unterhandlungen noch nicht abgebrochen. Der Krieg, der jetzt unvermeidlich geworden, ist nicht, gleich früheren Kriegen, ein Kampf um Provinzen oder um die Grenzen; er ist ein Kampf um den Glauben und um das Bestehen des Reiches. Die Ungläubigen wollen den Islam vertilgen und das Volk der Muselmänner unter die Füße treten. Mögen deshalb alle Gläubige, reich und arm, hoch und niedrig, bedenken, daß es unsere Pflicht ist, zum Schwerte zu greifen! Mögen sie jeden Gedanken an Soldrückstände und Löhnung aufgeben! Laßt uns Eigenthum und Leben willig opfern und mit Leib und Seele für die Erhaltung des heiligen Glaubens kämpfen. Die Verehrer des Propheten haben keinen andern Weg, ihre Seele in dieser und in jener Welt zu retten!«

Die Pforte blieb aber nicht bloß bei Worten stehen. Es wurden Listen von allen in Konstantinopel lebenden Franken aufgenommen, und die Mehrzahl erhielt den Befehl, die Hauptstadt sofort zu verlassen. Zu gleicher Zeit wurden die Armenier, zwölf Tausend an der Zahl ausgetrieben und angewiesen, ihren Wohnsitz in Angora zu nehmen. Der Bosporus wurde für die Fahrzeuge aller Nationen geschlossen, und die Schiffe, welche mit Getreide beladen waren, wurden gezwungen, ihre Frachten der Regierung zur Verfügung zu stellen. In dem ganzen Reiche wurde die waffenfähige junge Mannschaft ausgehoben und in aller Eile in die Regimenter gesteckt, die nach europäischer Weise eingeübt wurden. In Konstantinopel hörte

man nichts als den Schall der Trommeln und das Geräusch der Waffen; täglich gingen Verstärkungen nach den Pässen des Balkan und nach den Donaufestungen ab, deren Werke so schleunig als möglich in Vertheidigungsstand gesetzt wurden. In der Nähe von Adrianopel wurde ein großes Lager angelegt, in welchem die zur Bildung des Hauptheers bestimmten Truppen sich sammelten und über das der zum ersten Seriasker oder Heerführer ernannte Hussein Pascha den Befehl übernahm. Den Befehl über ein anderes Lager, das zu Daud Pascha unmittelbar vor Konstantinopel angelegt wurde, erhielt der zweite Seriasker, Halil Pascha. Von einem Versuche, den Russen irgend einen Widerstand in offener See entgegenzusetzen, konnte bei dem traurigen Zustande, in dem sich die Trümmer der osmanischen Seemacht befanden, nicht die Rede seyn. Die wenigen Kriegsschiffe, über welche die Pforte noch zu verfügen hatte, wurden zu der Vertheidigung der Zuganges zu der Hauptstadt aus dem Mittelmeere bei den Dardanellen aufgestellt.

Der Ausbruch des Krieges, den man mit dem Beginne des Frühjahres erwartete, verzögerte sich länger, als dem St. Petersburger Cabinette wünschenswerth seyn konnte, weil jede Stunde des Verzuges die Pforte in den Stand setzte, ihre Widerstandsmittel zu vermehren. Die zweite Armee der russischen Kriegsmacht, die unter dem Oberbefehle des Feldmarschalls Grafen von Wittgenstein seit Jahren in den südlichen Provinzen lagerte, um bei den Streitigkeiten mit der Pforte auf den ersten Wink bereit zu seyn, das Schwert in die Wagschale zu legen, war für sich allein zu schwach, den Kampf zu beginnen; und bei den ungeheuern Zwischenräumen, welche die nachrückenden Heeresabtheilungen zu durchmessen hatten, dauerte es bis gegen das Ende des März, ehe eine hinreichende Masse von Streitkräften an der Grenze vereinigt war. Jetzt verging aber wieder ein voller Monat, ehe das Verpflegungswesen einigermaßen geordnet war, und so kam der Mai heran, bevor der Feldzug endlich eröffnet werden konnte. Am 26. April erließ die russische Regierung ihre Kriegserklärung gegen die Pforte. Der Kampf, dessen Beginn dieses Actenstück ankündigte, wurde als ein von der Pforte muthwillig hervorgerufener dargestellt. „Die Pforte," heißt es darin, „bereitet Rußland einen Kampf auf Leben und Tod; sie ruft ihre Bevölkerungen in Masse zu den Waffen; sie beschuldigt Rußland, ihr unversöhnlicher Feind zu seyn; sie tritt den Vertrag von Akjerman und somit auch alle früheren durch denselben bestätigten Verträge mit Fü-

ßen; ja sie nimmt keinen Anstand zu erklären, daß sie sich zu den Bedingungen dieses Vertrages nur verstanden habe, um ihre Absichten und ihre Rüstungen zu einem neuen Kriege besser zu verbergen.“ Im weiteren Verlaufe werden die Ueberschreitungen der Verträge, welche die Pforte sich zu Schulden kommen lassen, aufgezählt. Darunter nehmen die Beleidigungen, die der russischen Flagge widerfahren wären, die erste Stelle ein. Sechs Monate nach der Schlacht bei Navarino war die russische Regierung unbefangen genug, es der Pforte zum Verbrechen anzurechnen, daß russische Fahrzeuge auf ihren Befehl eine Zeitlang in türkischen Häfen zurückgehalten und deren Ladungen gegen baare Bezahlung ihnen abgenommen; daß russische Unterthanen genöthigt worden wären, dem osmanischen Reiche den Rücken zu wenden; daß der Bosporus geschlossen und dem russischen Handel dadurch erheblicher Nachtheil zugefügt worden sey. So wenig die Türken sich sonst gerade mit Lämmern vergleichen lassen, so muß man doch sagen, daß die uralte Wahrheit der Fabel von dem Wolfe, der dem Schäflein zum Vorwurfe macht, ihm das Wasser getrübt zu haben, sich nie treffender bewährt hat, als in dem Streite, den Rußland an der Pforte suchte. Ein ausführliches Manifest, welches die Kriegserklärung begleitete, wiederholte die Beschwerdegründe, die in dieser angegeben waren, und fügte neue hinzu, denen aber offenbar, da ihrer in dem Hauptactenstücke keine Erwähnung geschah, geringere Bedeutung beigelegt wurde. Da wurde denn auch des griechischen Freiheitskampfes und des Vertrages vom 6. Juli 1827 gedacht, zugleich aber ausdrücklich erklärt, daß die Gründe, um derentwillen Rußland mit der Pforte sich im Kriegszustande befinde, von diesem Vertrage unabhängig wären. Der wichtigste Theil des Manifestes war jener, der die Zwecke des Krieges angab. Es wurde mit Bestimmtheit versichert, daß Rußland weit davon entfernt sey, ehrgeizige Plane zu nähren und eine Vergrößerung seines Gebietes zu suchen. Der Kampf sey nur zu dem Ende unternommen, die Verträge, welche die Pforte als nicht vorhanden betrachte, wieder in Kraft zu setzen und nächstdem dem Handel auf dem schwarzen Meere, so wie der Schifffahrt im Bosporus für die Zukunft eine unverletzliche Freiheit zu sichern. Da der Krieg von der Pforte veranlaßt sey, so werde er ihr auch die Last auflegen, die Kosten zu erstatten, die durch denselben verursacht würden. Zu derselben Zeit, während diese entscheidenden Schritte geschahen, würdigte der russische Minister der auswärtigen Angelegenheiten auch den Großwesir einer Erwiderung auf

dessen Schreiben, das bis dahin ohne Antwort geblieben war. Die Erwiderung setzte bei den Türken, wenn sie nicht als offener Hohn aufgenommen werden sollte, einen seltenen Grad der Gutmüthigkeit voraus. Die Vorschläge, die der Pforte in Bezug auf die griechischen Angelegenheiten gemacht worden, hieß es, wären darauf berechnet gewesen, das wahre Wohl des osmanischen Reiches zu fördern. Dem russischen Gesandten wäre, nachdem er so oft umsonst auf die Annahme derselben gedrungen, um die Würde seines Hofes zu wahren, nichts Anderes übriggeblieben, als Konstantinopel zu verlassen, wodurch er der Pforte zugleich einen heilsamen Wink gegeben und Zeit gelassen hätte, die Gefahren zu erwägen, von denen sie bedroht wäre. Diese freundschaftliche Politik habe von Seiten der Pforte die feindseligsten Maßregeln zur Folge gehabt, und es werde den Großwesir daher nicht befremden, wenn der Kaiser den russischen Truppen den Befehl ertheilt habe, die Grenze zu überschreiten, um Genugthuung für seine gerechten Klagen zu verlangen.

Es fiel der Pforte nicht schwer, die Beschuldigungen, die wider sie erhoben wurden, zu widerlegen und nachzuweisen, daß, wenn auf irgend einer Seite eine Verletzung der Verträge stattgefunden, diese nicht ihr, sondern dem St. Petersburger Cabinette zur Last falle. Dadurch wurden aber die russischen Heere, die sich gegen die Grenze in Bewegung setzten, in ihrem Marsche nicht aufgehalten. Am 7. Mai überschritt eine russische Colonne unter dem General Kleist bei Skuliani den Pruth, rückte an demselben Tage in Jassy, der Hauptstadt der Moldau, ein, aus der sich die nur 50 Mann starke türkische Besatzung eilig entfernt hatte, entwaffnete die Leibwache des Hospodaren Stourdza und nahm diesen, der Form wegen, gefangen, jedoch nur um ihn alsbald wieder zu entlassen, worauf er sich auf seine Güter in Bessarabien zurückzog. Am folgenden Tage ging die russische Hauptmacht, aus zwei Infanteriecorps, dem 6. unter dem Generallieutenant von Roth und dem 7. unter dem General der Cavallerie von Woinow, aus einer Uhlanendivision und sechs Regimentern Kosacken bestehend, über den Strom, während auf dem linken Flügel das 3. Infanteriecorps unter dem Generallieutenant Rudgewitsch, nebst einer Husarendivision und zwei Regimentern Kosacken, noch bei Ismail zurückblieb, um hier seine Vorbereitungen zu dem Übergange über die Donau zu treffen. Der Oberbefehlshaber, Feldmarschall Wittgenstein, erließ eine Bekanntmachung, worin er den Bewohnern der Moldau und Walachei die bevorstehende

Besetzung der beiden Fürstenthümer anzeigte, die strengste Beobachtung der Kriegszucht, so wie die gewissenhafteste Aufrechterhaltung der Ordnung versprach und zugleich für die Zukunft die Begründung eines dauernden gesetzlichen Zustandes verhieß, welcher alle Spuren der bisher von ihnen erlittenen Uebel verwischen sollte. Die Russen rückten in den Fürstenthümern vor, ohne auf den geringsten Widerstand zu stoßen; von den Bevölkerungen wurden sie als Freunde und Befreier aufgenommen, und die türkischen Besatzungen in den Donaufestungen hatten den Befehl, sich auf die strengste Vertheidigung zu beschränken; sey es, weil die Pforte den europäischen Mächten noch im letzten Augenblicke zeigen wollte, wie sehr sie die Verträge achte, durch die sie sich verpflichtet hatte, die Donaufürstenthümer mit Ausnahme der festen Plätze von ihren Truppen unbesetzt zu lassen; sey es, weil sie es gerathen fand, ihre Streitkräfte in dem Kampfe gegen eine weitüberlegene Uebermacht nicht durch Gefechte zu zersplittern, über deren Ausgang man zum voraus keinen Augenblick im Zweifel seyn konnte. Das russische Heer, welches am Pruth und an der Donau zusammengezogen war, wurde auf 150,000 Mann geschätzt; die ganze Macht, welche der Pforte zur Verfügung stand, belief sich dagegen nach Abrechnung der Besatzungen in den festen Plätzen und in der Hauptstadt kaum auf 50,000 Mann junger, großentheils noch ganz ungeübter Truppen. Bei einem solchen Mißverhältnisse konnten die türkischen Heerführer nicht daran denken, die offenen Ebenen der Moldau und der Walachei zu behaupten; und ihr Feldzugsplan war daher von Anfang darauf berechnet, den Feind in Stellungen zu erwarten, in denen die Natur demselben Hindernisse in den Weg legte, die seine Ueberlegenheit einigermaßen wieder ausglichen.

Bei jedem Kriege gegen Rußland sind der europäischen Türkei zwei große natürliche Vertheidigungslinien geboten: zuerst die Donau, die von Widdin aus in einer Breite von 2000 bis 8000 Fuß fließt und auf dem linken Ufer durchgehends Niederungen hat, während auf dem rechten einzelne Höhen bis nahe an den Strom herantreten und der Thalrand jenen des linken Ufers überall mehr oder weniger überragt. Außerdem ist die Donaulinie noch durch die Festungen Widdin, Nikopolis, Rustschuk auf dem rechten, Giurgewo und Braila auf dem linken Ufer und durch die kleineren Festen oder Forts Kale und Turnow auf dem linken, Hirsowa, Macsin, Isakdscha und Tuldscha auf dem rechten Ufer verstärkt. Die zweite noch un-

gleich vortheilhaftere Vertheidigungslinie ist das Hämusgebirge oder der Balkan, der, in seinem Hauptzuge fünfzehn bis zwanzig Meilen von der Donau entfernt, gleich dieser beinahe gerade von Westen nach Osten läuft und daher von jedem Feinde, der von der Donau gegen Konstantinopel vordringt, überstiegen werden muß. Die äußerste Höhe, welche der Balkan hier in seinem östlichsten Theile erreicht, beträgt zwar nur 4000 Fuß über der Meeresfläche; das Gebirge nimmt aber mit seinen Absenkern nach Norden und nach Süden einen so bedeutenden Flächenraum ein und es ist so vielfach von Querthälern durchsetzt, daß bei geschickter Benutzung aller Schwierigkeiten des Bodens auch ein schwächeres Heer hinreichende Mittel findet, dem überlegensten Feinde mit Erfolg zu begegnen.

Die Pforte mußte, wie auf die Behauptung der Fürstenthümer, so auch auf eine kräftige Vertheidigung der Donaulinie verzichten, weil sie kein zweites Heer aufzustellen vermochte, sobald das erste bei dem Versuche, die Russen an der Donau aufzuhalten, vernichtet worden wäre. Die Donaufestungen blieben daher sich selbst überlassen, und alle Sorge wurde darauf gewandt, dem Feinde den Uebergang über den Balkan zu verwehren. Zwei Hauptstraßen führen von der untern Donau nach Konstantinopel: die eine im Osten von Braila und Macsin über Basardschik, Paravadi, Aidos und Kirkiliſſe; die andere weiter westlich von Silistria oder Rustschuk über Schumla, Eski Stambul, Karnabad und Adrianopel. Eine dritte Straße, die längs des schwarzen Meeres über Warna, Burgas, Achteboli und Midja geht, ist zu unwegsam, als daß ein europäisches Heer mit schwerem Geschütze sich versucht fühlen könnte, dieselbe einzuschlagen. Mit gleichen Schwierigkeiten hätte man auf einer vierten Straße zu kämpfen, die von Rustschuk aus über Rasgrad östlich vor Schumla vorbei nach Kasan und Karnabad führt, wo sie mit der großen Straße nach Adrianopel zusammentrifft. Als der Hauptpunkt, dessen Einnahme die erste Bedingung zum Uebergange über das Gebirge sey, war aber in allen früheren Kriegen das befestigte Lager bei Schumla betrachtet worden, weil von hier aus, wenn dasselbe sich auch umgehen ließ, dem vorrückenden Feinde leicht alle Verbindungen mit den an der Donau zurückgebliebenen Heeresabtheilungen abgeschnitten werden konnten. Vor allen Dingen nahm man daher darauf Bedacht, das Lager bei Schumla zu verstärken; hier wurde die Hauptmacht des Reiches zusammengezogen, und hier hoffte man, im Vertrauen auf die bewährte Tapferkeit der Osmanli

bei der Vertheidigung befestigter Stellungen, dem Vordringen der Russen, wie in den früheren Kriegen, ein Ziel zu setzen.

Da die Russen in den Donaufürstenthümern keinen Feind vor sich fanden, so ging die Besetzung derselben mit einer Schnelligkeit vor sich, wie sie nur einem mit so zahlreicher leichter Reiterei versehenen Heere möglich ist. Bereits am 12. Mai erreichten die donischen Kosacken Bukarest, die Hauptstadt der Walachei, wo am 15. General Geismar mit der Vorhut, am folgenden Tage General Roth mit der Masse des 6. Infanteriecorps eintraf. Der Hospodar Ghika, der nach der österreichischen Grenze entflohen war, kehrte bald zurück und stellte sich, dem Beispiele des Fürsten Stourdza folgend, unter russischen Schutz. Am 21. besetzten die Kosacken Krajowa, den Hauptort der kleinen Walachei; und die Türken behielten jetzt auf dem linken Donauufer nur noch die festen Plätze Braila und Giurgewo, so wie die Forts Kale und Turnow, an der Einmündung der Aluta, Nikopolis gegenüber, im Besitze. Während der rechte Flügel des russischen Heeres so rasche Fortschritte machte, war das Centrum, welches der Feldmarschall Wittgenstein in Person führte, vor Braila angekommen, wo es auf den hartnäckigsten Widerstand stieß. Bei der ersten Annäherung der russischen Vorhut ging derselben eine Schaar von 500 türkischen Reitern entgegen, die zwar geworfen wurden, jedoch in den Gärten vor der Stadt, nach denen sie sich zurückzogen, die Russen mit einem so lebhaften Gewehrfeuer empfingen, daß diese sich ihrerseits zum Rückzuge genöthigt sahen. Am 15. nahmen zwei russische Bataillone nach einem unbedeutenden Gefechte die von den Türken größtentheils in Brand gesteckte Vorstadt, und jetzt begann die eigentliche Berennung der Festung, die auf dem nicht sehr hohen aber steilen Thalrande der Donau, 500 Schritt von dem Strome entfernt liegt und fünf mit Mauerwerk bekleidete Bastionen, von denen zwei an der Wasserseite, hat. Die Besatzung unter dem Befehle Soliman Pascha's betrug 3000 Mann, die aber von der gesammten waffenfähigen Einwohnerschaft unterstützt wurden. Auf der Donau lag eine türkische Flottille von 32 kleinen Fahrzeugen, welche, von Achmed Bei befehligt, die Verbindung mit der auf dem rechten Ufer gelegenen kleinen Feste Macsin unterhielt. Das zur Belagerung bestimmte russische Corps zählte 25,000 Mann, und am 17. traf der mit der Leitung der Belagerung beauftragte Großfürst Michael, so wie am 20. der Kaiser Nicolaus selbst, der St. Petersburg am 7. verlassen hatte, im Hauptquartiere ein. Die

Belagerungsarbeiten konnten jedoch wegen der weiten Entfernung, aus der alles Material herbeigeschafft werden mußte, erst am 25. angefangen werden, nachdem Tages vorher der Kaiser aus dem Lager wieder abgereist war. In der Nacht vom 25. auf den 26. wurde unter dem Feuer zweier Batterien, die der rechten und der linken Wasserbastion gegenüber errichtet waren, die erste Parallele eröffnet, aus der man bald zur zweiten und dritten Parallele überging, ohne daß die Türken dies zu hindern vermochten, deren Geschütze durch das überlegene Feuer der Belagerer mehr als einmal zum Schweigen gebracht wurden. Am 1. Juni flog ein Pulvermagazin in der Festung auf; der Commandant, statt dadurch entmuthigt zu werden, suchte diesen Unfall zu benutzen, indem er, in der Voraussetzung, daß die Russen Alles in der Festung in Unordnung gerathen glauben und keinen Angriff erwarten würden, einen Ausfall unternahm, der aber nach einem hartnäckigen Kampfe zurückgeschlagen wurde. Am 9. Juni griffen 17 russische Schiffe, die von der russischen Festung Ismail die Donau heraufgesegelt waren, die türkische Flottille vor Braila an, nahmen den größten Theil derselben hinweg und zwangen den Rest, eine Zuflucht unter den Kanonen von Macsin zu suchen. Die russischen Fahrzeuge waren jetzt im Stande, den Angriff auf Braila von der Wasserseite zu unterstützen, während sie zugleich den Belagerten jede Verbindung mit dem rechten Donauufer abschnitten. In den nächsten Tagen rückten die Belagerungsarbeiten so weit vor, daß man mit gutem Erfolge hätte Bresche schießen können; die Russen zogen es jedoch vor, sich der Minen zu bedienen, mit denen sie bereits bis unter den Hauptwall gekommen waren. Am 15. Juni des Morgens um drei Uhr sollten drei große Minen, die neben einander angelegt waren, gleichzeitig gesprengt werden, und in demselben Augenblicke sollten zwei starke Colonnen zum Sturme schreiten und durch die auf diese Weise entstandene Bresche in die Stadt dringen. Bei der Ausführung dieses wohlberechneten Planes wurde jedoch ein wesentlicher Fehler begangen. Die erste Mine zur Rechten wurde zu früh gesprengt und verschüttete die zweite, die deshalb gar nicht aufflog, während die dritte zur Linken zu rechter Zeit gesprengt wurde. Als die russischen Colonnen zum Sturme anrückten, fanden sie die Bresche kaum gangbar. In dem Graben, der nicht ausgefüllt war, wurden sie mit Kartätschen zusammen geschossen, und 120 Freiwillige, denen es dennoch gelang, den Wall zu ersteigen, wurden beinahe bis auf den letzten Mann

niedergemacht. Endlich, nachdem alle ihre Anstrengungen vergeblich gewesen waren, sahen die Stürmenden sich genöthigt, ihren Rückzug anzutreten. Den Verlust, den die Russen erlitten hatten, gaben sie selbst auf 640 Todte, worunter 2 Generale, und 1435 Verwundete an, unter welchen letzten sich ein General, drei Regimentschefs und 91 andere höhere und niedere Officiere befanden. Sechs Ausfälle, welche die Türken nach einander unternahmen, um die Werke der Belagerer zu zerstören, wurden indessen zurückgewiesen; und da am 16. auch die Mine, welche Tages vorher nicht aufgeflogen war, mit Erfolg gesprengt wurde, während der größte Theil des Festungsgeschützes durch das überlegene Feuer der Belagerer unbrauchbar geworden und die Besatzung auf die Hälfte zusammengeschmolzen war, so überzeugte sich Soliman Pascha von der Unmöglichkeit eines längeren Widerstandes und knüpfte Unterhandlungen an, die zu einer Capitulation führten, in deren Folge Braila am 28. Juni mit allem Kriegsbedarfe den Russen übergeben wurde, die türkische Besatzung aber, so wie der Theil der Einwohnerschaft, der unter den Ungläubigen zurückzubleiben verschmähte, freien Abzug nach Silistria erhielt.

Während das Centrum des russischen Heeres vor Braila lagerte, war das Corps des Generals Rudgewitsch auf dem linken Flügel durch die Schwierigkeiten des Stromüberganges lange an der unteren Donau zurückgehalten worden. Die Donau fließt von Galacz in großer Breite durch eine sumpfige Niederung, die es unter allen Umständen einem Heere außerordentlich erschwert, seinen Uebergang zu bewirken, und die jetzt überdies bei ungewöhnlich hohem Wasserstande des Stromes großentheils überschwemmt war. Um nur bis an das Fahrwasser zu gelangen, mußte ein Damm von anderthalb Stunden Länge mit einer Menge Brücken erbaut werden, und die Vollendung dieses schwierigen Werkes verzögerte sich bis in die ersten Tage des Juni. Die Türken, durch die Anlegung des Dammes über den Uebergangspunkt belehrt, errichteten auf dem gegenüberliegenden Ufer mehrere Batterien, von denen aber nur die eine neun Geschütze von schwerem Caliber hatte, während die beiden anderen etwa mit einem Dutzend Feldgeschützen bewaffnet waren. Das zur Vertheidigung bestimmte Corps unter Hassan Pascha betrug nur wenige Tausend Mann; und am 8. Juni, als die Russen ihren Uebergang begonnen, wurde desselbe, nachdem die türkischen Batterien durch einige bewaffnete Fahrzeuge zum Schweigen gebracht waren, mit leichter Mühe in die Flucht geschlagen. Unmittelbar darauf

wurde unter den Augen des Kaisers, der am 9. von Odessa im Hauptquartier eingetroffen war, der Bau einer Brücke über die Donau begonnen, die am 11. vollendet war. Am 12. war das ganze russische Corps auf dem rechten Ufer der Donau. Schon Tages vorher hatte die in der Nähe des Uebergangspunktes gelegene Feste Isakdscha sich unter der Bedingung freien Abzuges der Besatzung ergeben. Am 18. ergab sich Macsin, das seit dem 14., am 23. Hirsowa, das seit dem 18. berannt war. An demselben Tage fiel der kleine Hafenplatz Kostendsche am schwarzen Meere und am 29. Tuldscha, das seit dem 13. berannt, noch den tüchtigsten Widerstand geleistet hatte, den Russen in die Hände. Ueberall erhielten die türkischen Besatzungen freien Abzug mit den Waffen, außer zu Macsin, wo die Türken zwar nicht zu Gefangenen gemacht, aber entwaffnet wurden. Am 24. wurde das russische Hauptquartier nach Karasu, zwischen Hirsowa und Kostendsche, verlegt, wo das Armeecorps Halt machte, um den Uebergang des noch vor Braila stehenden Corps auf das rechte Donauufer zu erwarten. Am 5. Juli traf die erste Abtheilung des Belagerungscorps von Braila zu Karasu ein; am 6. setzte sich das ganze Heer gegen Basardschik in Bewegung, von wo schon am 7. die russische Vorhut unter dem General Rüdiger den Feind vertrieben hatte. Ehe das Hauptheer, das aber nur 48 Bataillone und 16 Schwadronen nebst 250 Geschützen und einigen Regimentern Kosacken stark war, sich hier aufstellte, wurde General Rüdiger mit 8 Bataillonen, 16 Schwadronen und einem Schwarm Kosacken gegen Kozliza auf der Verbindungsstraße zwischen Warna und Schumla vorgeschoben und die Generale Uschakow und Suchtelen mit 8 Bataillonen und 9 Schwadronen zur Beobachtung von Warna abgeschickt. General Benkendorf, der mit 4 Bataillonen und einer Anzahl Kosacken zu Rassowa stand, hatte den Auftrag, den Marsch des Heeres gegen die Besatzung von Silistria zu decken, bis das im Anzuge gegen diese Festung begriffene Corps des Generals Roth vor derselben angelangt seyn würde.

Der Plan der Russen war, wo möglich die Türken vor Schumla zu der Annahme einer Schlacht zu bringen, in der sie, wie man nicht zweifelte, auf das Haupt geschlagen worden wären. Nach der Vernichtung des einzigen bedeutenderen Heeres, welches die Pforte im Felde hatte, würde die Straße von Konstantinopel vertheidigungslos offen gelegen haben, und man durfte nur die Ankunft der aus dem Innern des russischen Reiches heranziehenden Garden erwarten,

um den Marsch nach Konstantinopel anzutreten und durch das Erscheinen vor dieser Stadt dem Kampfe mit einem Male ein Ende zu machen. Sofern es nicht gelänge, die Türken zur Schlacht zu bringen, wollte man sie in Schumla einschließen, bis die festen Plätze Silistria und Warna bezwungen wären, was, wie man voraussetzte, höchstens eine Belagerung von sechs Wochen erfordern sollte. Darüber wäre etwa das Ende des Augusts herangekommen und da inzwischen die Garden und die übrigen nachrückenden Truppen bei dem Heere eingetroffen wären, so konnte dieses ohne Gefahr den Balkan übersteigen und in die Ebene von Adrianopel hinabsteigen.

Am 16. Juli, nachdem die russische Vorhut bereits einige Tage vorher auf der Straße von Schumla ein Gefecht mit der türkischen Reiterei bestanden, brach die Hauptmacht, von dem Kaiser persönlich geführt, in derselben Richtung auf. General Benkendorf, der vor Silistria von den Truppen des Generals Roth abgelöst worden war, besetzte Paravadi, um die Verbindung des Heeres mit dem Corps vor Warna zu sichern. Am 19. lagerte das Heer auf den Höhen von Jenibazar, vier Meilen von Schumla; am folgenden Tage rückte dasselbe in Schlachtordnung gegen Schumla vor. So schwierig dadurch der Marsch wurde, wagte man es doch nicht, in getrennten Colonnen zu marschiren, weil man diese einer Ueberraschung durch die zahlreiche und kühne Reiterei des Feindes auszusetzen fürchtete. Als das Heer das Dorf Buchanlik erreichte, zeigten sich auf den jenseit desselben gelegenen Anhöhen, welche den Kessel von Schumla gegen Osten schließen, beträchtliche Massen regelmäßiger türkischer Reiterei mit Geschütz; schon glaubte man, der Tag einer allgemeinen entscheidenden Schlacht sey gekommen. Nach einer lebhaften Kanonade und nach einigen leichten Reiterangriffen zogen die Türken sich jedoch nach ihrem verschanzten Lager vor Schumla zurück, in dessen Angesichte sich die Russen befanden, so wie sie die von dem Feinde verlassenen Höhen besetzt hatten.

Schumla, eine Stadt von 50,000 Einwohnern, liegt amphitheatralisch auf dem nördlichen Abhange des Balkan; im Norden und Westen sind die Zugänge durch einen Ausläufer des Hauptgebirgszuges, den steilen und beinahe ganz unzugänglichen Balkan Bazan gedeckt; nach Südosten gegen Warna zu öffnet sich jedoch das Thal in eine Ebene, welche nur durch verhältmäßig niedere Anhöhen unterbrochen ist. Die Stadt hat anderthalb Meilen im Umfange und ist durch einen starken von Thürmen gedeckten und mit einem brei-

ten Graben versehenen Wall geschützt, der jedoch für sich allein der europäischen Kriegskunst einen sehr unzulänglichen Widerstand entgegensetzen würde, wenn nicht im Norden in der Entfernung von zwei bis dreitausend Schritt ein steil abfallender Höhenzug vorläge, dessen ganzer Kamm, durch Bastionen und andere Werke befestigt, ein weit ausgedehntes verschanztes Lager bildet, welches mit einiger Hoffnung auf Erfolg nur durch einen weit überlegenen Feind angegriffen werden kann. Die Russen erkannten bald, daß dazu ihre Kräfte nicht ausreichten, indem das zur Vertheidigung von Schumla bestimmte türkische Heer, welches aus den Kerntruppen des osmanischen Reiches bestand, ihnen an Zahl ziemlich gleich kam; sie versuchten dasselbe daher nur in dem Platze einzuschließen, um vor Warna und Silistria freie Hand zu erhalten, da die Einnahme dieser beiden Festungen jetzt ihre Hauptaufgabe war. Zuvörderst sicherten sie sich in dem Besitze der Höhen, die sie am 20. genommen hatten, durch die Anlage einer Reihe von Redouten, deren Vollendung die Türken nicht zu verhindern vermochten, obwohl sie beinahe täglich die wüthendsten Ausfälle unternahmen; darauf wurden durch ein ziemlich starkes Corps im Norden die waldigen Anhöhen auf der Straße nach Silistria besetzt, während eine Kosackenschaar zu Rasgrad die Verbindung mit Rustschuk abschnitt. Endlich setzte ein anderes Corps unter General Rüdiger sich, nach einem lebhaften Gefechte, in dem Flecken Eski-Stambul auf der Straße nach Adrianopel fest und vollendete dadurch die Einschließung. Da der Kaiser sah, daß mit den Streitkräften, die für den Augenblick zu seiner Verfügung standen, ein entscheidender Schlag nicht zu führen war, so verließ er das Heer vor Schumla und begab sich mit den Truppen, die hier entbehrlich erachtet wurden, vor Warna, um das zur Berennung dieses Platzes bestimmte Corps zu verstärken.

Das vor Schumla zurückbleibende Heer hatte mehr, als von den Türken, mit denen zwar täglich kleine Gefechte vorfielen, von der unerträglichen Hitze und von den Beschwerden zu leiden, die der Dienst im Angesichte eines Feindes mit sich brachte, gegen den man die äußerste Wachsamkeit beobachten mußte. Der zu Schumla befehlgende Seriasker scheint den Plan gehabt zu haben, die Russen durch den geringen Nachdruck seiner Angriffe sicher zu machen, wobei er zugleich den Vortheil hatte, daß er seine Truppen, die in dem Gebrauche der Waffen noch wenig geübt waren, allmälig an den Krieg gewöhnte. Es vergingen daher beinahe vier Wochen so gut als in

völliger Unthätigkeit. Endlich glaubte Hussein Pascha den Zeitpunkt gekommen, wo er eine bedeutendere Unternehmung wagen konnte. In der Nacht vom 25. auf den 26. August rückten drei starke türkische Heeresabtheilungen in aller Stille aus Schumla aus. Die erste unter Halil Pascha wandte sich gegen den äußersten rechten Flügel der Russen; sie näherte sich dem russischen Lager so vorsichtig und unbemerkt, daß sie mit den fliehenden Vorposten beinahe zugleich in dasselbe eindrang. Die rechte Flügelredoute wurde erstürmt, die Besatzung mit ihrem Anführer, dem General Wrede, sprang über die Klinge, und sechs Stücke Geschütz wurden genommen. Erfolgreicheren Widerstand leistete die zweite Redoute; hier wurden alle Angriffe der Türken zurückgeschlagen, und beim Anbruche des Tages mußten sie ihren Rückzug antreten, auf dem sie die eroberten Geschütze mit sich führten. Zu derselben Zeit, während diese Dinge auf dem rechten Flügel vorgingen, griff die zweite türkische Abtheilung unter Essaub Pascha den linken Flügel des russischen Lagers an. Die vorliegenden Verschanzungen wurden auch hier im ersten Anlaufe genommen, dagegen vertheidigten die Russen sich in dem Dorfe Marasch so lange, bis sie Verstärkung erhielten und den Feind zum Abzuge zwangen. Vier russische Bataillone waren auf diesem Punkte beinahe vernichtet worden; auch wurden die verlorenen Geschütze nicht wiedergewonnen. Der Hauptangriff der Türken war aber gegen das abgesonderte Corps des Generals Rüdiger zu Eski Stambul gerichtet; und hier war derselbe vollkommen erfolgreich. Alisch Pascha stürmte gegen die russischen Verschanzungen mit solchem Ungestüm heran, daß General Rüdiger, um nicht sein ganzes Corps der Vernichtung auszusetzen, genöthigt war, seine Stellung aufzugeben und auf einem Umwege sich auf die russische Hauptmacht zurückzuziehen. Die Türken hatten den Zweck, um den es ihnen vornehmlich zu thun war, erreicht. Die große Straße von Adrianopel, die ihnen abgeschnitten gewesen, war wieder frei, und wenige Tage darauf trafen auf derselben Verstärkungen und Mundvorräthe in Schumla ein.

Das russische Heer begnügte sich nach der empfindlichen Lehre, die es durch den Ueberfall vom 26. August erhalten hatte, eine beobachtende Stellung vor Schumla einzunehmen, welche den Türken volle Freiheit der Bewegungen ließ und nur darauf berechnet war, die inzwischen mit Kraft begonnene Belagerung von Warna zu decken. Die Nachrichten, welche die Russen vor der Eröffnung des Feldzuges über den Zustand dieser Festung eingezogen, und die sie erwarten ließen,

daß sie sich derselben ohne große Anstrengung bemächtigen würden, hatten sich durchaus unbegründet erwiesen. Warna war, wenn nicht nach allen Regeln der Kunst befestigt, doch schon durch seine natürliche Lage so gut geschützt, daß es bei entschlossener Vertheidigung einen langwierigen Widerstand zu leisten vermochte. Die Stadt, welche zu der Zeit, als die Russen vor ihren Mauern erschienen, 25,000 Einwohner zählte und eine Besatzung von 5000 Mann hatte, liegt zwischen zwei Hügelreihen unmittelbar am Gestade des schwarzen Meeres, welches hier einen geräumigen Hafen bildet. Im Süden zieht sich der Dewna-See, der durch einen Canal mit dem Meere in Verbindung steht, bis gegen Kozliza hin, wodurch jeder Angriff von dieser Seite ungemein erschwert wird; und es bleibt daher zu Lande eigentlich nur ein Theil der Westseite und die Nordseite zugänglich, die durch hohe Steinmauern und starke Bastionen vertheidigt sind.

Als General Suchtelen, der die zum Angriffe gegen Warna bestimmten Truppen befehligte, vor diesem Platze eintraf, zeigte es sich bald, wie unzureichend seine Streitkräfte auch nur zu einer ernstlicher gemeinten Einschließung waren. Während er sich auf den Höhen verschanzte, die im Norden nach Warna hinübersehen, zog auf der Südseite vor seinen Augen der Kapudan Pascha mit einer Verstärkung von 5000 Mann in die bis dahin nur schwach besetzte Stadt. Bald darauf mußte Suchtelen seine Stellung vor Warna aufgeben und sich auf Derbend und Kozliza zurückziehen, wo er stehen blieb, um den Platz aus der Entfernung zu beobachten, bis in den letzten Tagen des Juli die sehnlich erwartete russische Flotte von Anapa auf der Höhe von Warna anlangte.

Die Flotte war bereits an 3. Mai mit zahlreichen Landungstruppen von Sewastopol unter Segel gegangen, um die türkische Festung Anapa an der Ostküste des schwarzen Meeres zu bezwingen, deren Besitz besonders um deswillen von hoher Wichtigkeit war, weil die Türken von hier aus, unterstützt durch die kriegerischen Gebirgsvölker des Kaukasus, in das Herz der südlichen Provinzen des russischen Reiches eindringen konnten, sobald ihnen nicht überlegene Heeresmassen entgegengestellt wurden. Durch eine Windstille und darauf durch widrige Winde zurückgehalten, vermochte die Flotte erst am 18. das zur Belagerung bestimmte Corps an das Land zu setzen, wo dasselbe sogleich mehrere leichte Gefechte mit den von ihren Bergen herabsteigenden Tscherkessen zu bestehen hatte. Die Ankunft der

Russen war gerade zu rechter Zeit erfolgt; denn wenige Tage darauf fanden sie Gelegenheit, mehrere türkische Fahrzeuge zu nehmen, die der Festung Vorräthe und Verstärkungen zuführen sollten. Die nur 3000 Mann starke Besatzung leistete, dadurch nicht entmuthigt, den tapfersten Widerstand. Erst am 9. Juni, nachdem Tages vorher ein wüthender Ausfall der Türken zurückgeschlagen und ein Theil der Ausfallenden gezwungen worden war, sich mit den zu ihrer Hülfe herbei eilenden Abasechen in die Berge zu werfen, gelang es, eine verschanzte Linie auf der Landseite der Feste zu Stande zu bringen, wodurch alle Verbindungen derselben mit den Gebirgsvölkern abgeschnitten wurden. Die Belagerungsarbeiten wurden jetzt so eifrig betrieben, daß am 22. Juni drei gangbare Breschen in den Wall gelegt waren. Am folgenden Tage ergab sich die Besatzung, die alle Widerstandsmittel erschöpft hatte und zu schwach war, um einen Sturm abzuwarten. Admiral Greigh, der die russische Flotte befehligte, ließ vier Bataillone als Besatzung in dem eroberten Platze zurück und schiffte den Rest des Belagerungscorps ein, um denselben nach Warna hinüberzuführen. Hier hatten die Türken inzwischen eine Stellung außerhalb der Stadt eingenommen, aus der sie jedoch bei der Ankunft der Flotte durch das Corps des Generals Suchtelen verdrängt wurden, über welches der mit der Leitung der Belagerung beauftragte Viceadmiral Mentzikow den Befehl übernommen hatte. Unmittelbar darauf landete die Heeresabtheilung, die von Anapa herübergekommen war. Am 5. August traf Kaiser Nicolaus mit den Truppen, die ihn aus dem Lager von Schumla begleitet hatten, vor Warna ein, wodurch die vor dieser Festung vereinigte Macht auf 12 bis 14,000 Mann gebracht wurde. Zwar fuhr der Kaiser noch an demselben Tage auf einer Fregatte nach Odessa ab; die begonnene Berennung des Platzes wurde aber während seiner Abwesenheit mit allem Ernste fortgesetzt, welche die geringe Stärke des Belagerungscorps gestattete. Vom 5. bis zum 11. August wurden die Höhen, die sich im Norden und Westen der Stadt vom Meere bis zum Dewnasee ziehen, mit Redouten gekrönt, und bereits am 6. waren die russischen Batterien im Stande, aus ihrer ersten Parallele, ein lebhaftes Feuer zu eröffnen, das von Zeit zu Zeit bei günstigem Winde durch die Flotte unterstützt wurde. Die Türken ihrerseits suchten die Fortschritte der Belagerer durch Ausfälle zu hemmen, bei denen sie mit einer Tapferkeit kämpften, welche der besten Zeiten des osmanischen Namens würdig war. Am 7. August rückten sie bei Tages Anbruch

in geschlossenen Colonnen aus der Stadt und fochten bis Sonnenuntergang, ehe sie nach einem mörderischen Kampfe sich zum Rückzuge entschlossen. Am 9. wiederholte sich dasselbe Schauspiel, und man sah sie an diesem Tage zum ersten Male die russische Infanterie mit der ihnen neuen Waffe des Bajonnets angreifen, von der sie den unerschrockensten Gebrauch machten. Bis jetzt war der Platz auf der Südseite, wo derselbe durch den Dewna-See gedeckt ist, noch nicht eingeschlossen, und es fand daher hier eine ungehinderte Verbindung zwischen den Belagerten und den in der Nähe streifenden leichten türkischen Truppen Statt. Admiral Mentzikow entsandte eine Truppenabtheilung nach dem Südufer des See's, um sich auf der Straße von Warna nach Konstantinopel festzusetzen. Die Türken griffen das Corps jedoch auf seinem Marsche an und schlugen es in die Flucht, ehe es noch seinen Bestimmungsort erreicht hatte. Am 19. waren die Russen mit ihren Belagerungsarbeiten so weit vorgerückt, daß sie eine zweite Parallele eröffneten, aus der sie mit der Sappe bis auf ein paar hundert Schritt von der Festung vorgehen konnten. Um diese neuen Arbeiten zu zerstören, machten die Türken am 20. einen Ausfall, bei dem sie sich mit so wildem Ungestüm auf die russischen Werke stürzten, daß Admiral Mentzikow, um seine Stellung zu behaupten, genöthigt war, sich persönlich der äußersten Gefahr auszusetzen. Zuletzt wurde der Angriff zwar abgewehrt, aber der russische Oberbefehlshaber war in dem Gewühle des Kampfes schwer verwundet worden und mußte das Commando niederlegen, welches jetzt auf den Generalgouverneur von Neurußland Grafen Woronzow überging. Die Türken versuchten hierauf, den Belagerern durch Contreapprochen zu begegnen, die sie indessen verlassen mußten, nachdem es den Russen gelungen war, eine Mörserbatterie zu errichten, die nur 250 Schritt von dem Hauptwalle entfernt war. Am 31. übernahmen die Türken wieder einen Ausfall, bei dem sie die Belagerer von ihren vorliegenden Stellungen auf dem rechten Flügel verdrängten und sich bis zum Einbruche der Nacht im Besitze derselben behaupteten. So wurde bis in die ersten Tage des Septembers fortwährend gekämpft, ohne daß einer von beiden Theilen einen entscheidenden Vortheil errungen hätte. Am 7. d. M. langte der Kaiser von Odessa vor Warna an und schlug sein Hauptquartier auf dem Linienschiffe Paris auf. An demselben Tage rückte der Großfürst Michael mit den ersten Colonnen der Garde in das Lager ein, denen in den nächsten Tagen der Rest des Corps folgte, welches 18000 Mann zu Fuß und zu Roß stark

war und einen zahlreichen Artillerietrain mit sich führte. Die Türken wurden jetzt in einer Reihe blutiger Gefechte aus den vereinzelten befestigten Punkten, die sie außerhalb der Festung noch inne hatten, vertrieben: die Belagerungsarbeiten rückten so weit vor, daß die russischen Ingenieurs ihre Minengänge bis unter die Gegenböschung des Grabens führten, zugleich wurde eine Heeresabtheilung unter dem Befehl des Generaladjutanten Golowin nach dem rechten Ufer des Dewna-See's abgeschickt, um durch die Besetzung desselben die Einschließung der Festung zu vollenden. Am 14. September bei Tagesanbruch wurde die Gegenböschung der auf der Nordseite dem Meere zunächst liegenden Bastion gesprengt und in den Graben geworfen. Da die Bastion selbst durch das Feuer der russischen Batterien bereits in einen Trümmerhaufen verwandelt war, so wurde dadurch ein Sturm möglich. Der Kaiser ließ daher die Besatzung zur Uebergabe auffordern. Der Kapudan Pascha erklärte sich bereit zu unterhandeln; es wurde ihm zu diesem Zwecke ein Waffenstillstand bewilligt; eine Unterredung, die er mit dem Admiral Greig hatte, zeigte aber auf das Unzweideutigste, daß er nur Zeit zu gewinnen suchte. Die Unterhandlungen wurden daher abgebrochen, und das Feuer begann am folgenden Tage von Neuem. Am 23. September war in den Hauptwall eine breite gangbare Bresche gelegt; aber auch jetzt wagten die Russen noch nicht zu stürmen, weil sie wohl wußten, daß sie einen Empfang zu erwarten hatten, der ihnen wenig Erfolg versprach.

Während Warna auf diese Weise von Tage zu Tage härter bedrängt wurde, hatte der Sultan zu Konstantinopel, der die Wichtigkeit dieses Platzes wohl begriff, keine Anstrengung gescheut, um denselben zu retten. Zwölftausend Mann frischer Truppen waren von der Hauptstadt nach dem Kriegsschauplatze abgeschickt worden; und wenn dieses Corps seinen Marsch um wenige Tage beschleunigt hätte, so wäre es noch zu rechter Zeit eingetroffen, um ungehindert in die Festung einzuziehen. Am 15. September, als dasselbe an dem Kamtschikflusse anlangte, der sich im Norden der Hauptkette des Balkangebirges sieben Meilen von Warna in das schwarze Meeer ergießt, hatte der russische General Golowin sich bereits auf der Südseite des Dewna-See's festgesetzt und es unmöglich gemacht, sich der Festung anders als in Folge eines siegreichen Treffens zu nähern. Der aus dem griechischen Befreiungskampfe bekannte Arnautenführer Omer Vrione rückte an der Spitze von 8000 Mann von Schumla aus, um sich mit dem von Konstantinopel heranziehenden Hülfscorps

zu vereinigen. Erst durch diese Bewegung scheinen die Russen auf die Annäherung der zum Entsatz von Warna bestimmten Macht aufmerksam geworden zu seyn. Eine zur Einholung näherer Kundschaft nach den Ufern des Kamtschik entsandte russische Abtheilung stieß hier gegen alle Erwartung auf den Feind und wurde in ein Gefecht verwickelt, in dem sie eine empfindliche Niederlage erlitt. Durch diesen Erfolg ermuthigt drang Omer Vrione am 27. September bis in die Nähe des Dewna-See's vor, wo er bei Kurtupe sich der Stellung der Russen gerade gegenüber verschanzte. Diese waren inzwischen sowohl von dem Heere bei Schumla als aus dem Lager vor Warna bedeutend verstärkt worden. General Bistrom, der Golowin im Befehl ersetzte, hatte eine Macht zu seiner Verfügung, die jener den Türken an Zahl ziemlich gleich kam. Dennoch griff Omer Vrione bereits am 28. die russische Stellung unverzagt an. Vier Stunden lang wogte der Kampf unentschieden hinüber und herüber; es wurde auf beiden Seiten mit der äußersten Hartnäckigkeit gestritten, von den Russen mit dem Muthe der Verzweiflung; denn das ganze Corps sah im Falle des Unterliegens seine Vernichtung vor Augen, da es den Dewna-See und die Festung Warna im Rücken, das Meer zur Seite hatte. Endlich wurden die Türken durch einen Bajonetangriff geworfen, aber die beiden Gardebataillone, welche durch ihre Tapferkeit den Ausschlag gaben, hatten den Verlust ihres Anführers, des Generals Freitag, und ihrer besten Officiere zu beklagen, und der geschlagene Feind zog sich unverfolgt in sein Lager zurück. Erst am zweiten Tage darauf wagten die Russen einen Versuch zur Benutzung des theuer erkauften Sieges zu machen. Während General Bistrom zum Scheine den rechten Flügel der Türken bedrohte, rückte Prinz Eugen von Würtemberg mit den von Schumla herbeigezogenen Truppen zum Sturm gegen den linken Flügel an. Ungeachtet aller Schwierigkeiten des von Hohlwegen und Gebüsch durchschnittenen Terrains trug er anfangs einige Vortheile davon Eine vorgeschobene Redoute wurde genommen; und schon hatte eine russische Brigade die Brustwehr der Verschanzungen des Lagers erstiegen. Aber hier fielen die Türken so ungestüm mit der blanken Waffe über sie her, daß die ganze Brigade, die in den Flanken umgangen war und bereits ihren Führer, den General Jurnow, verloren hatte, aufgerieben worden wäre, wenn ein kühner Angriff des Gardeuhlanenregiments unter dem General von Nostitz sie nicht gerettet hätte. Prinz Eugen zog sich in seine Stellung auf dem rechten Ufer des Dewna-

See's zurück, aus dem er erst nach der Ankunft neuer Verstärkungen wieder vorging, um sich den Türken mehr in der Nähe zu zeigen.

Während mit so schwankendem Erfolge auf dem schmalen Raume zwischen dem Dewna-See und dem Kamtschik gekämpft wurde, schritten die Belagerungsarbeiten der Russen vor Warna langsam, aber ununterbrochen fort. Am 3. October sprengten sie eine Mine, die unter der durch das Feuer der Geschütze bereits halb zerstörten nördlichen Bastion am Meere angelegt war; am folgenden Tage wurde eine andere Mine gesprengt, deren Ladung die Türken wiederholt durch Ausfälle vergeblich zu hindern versucht hatten. Durch diese Explosionen waren zwei neue gewaltige Breschen entstanden; dennoch warteten die Russen noch zwei Tage, ehe sie einen Sturm unternahmen. In der Nacht vom 6. auf den 7. October drang eine Abtheilung ausgewählter Truppen durch die Bresche in die Meerbastion und bis in das Innere der Stadt, während drei gleichzeitig unternommene falsche Angriffe die Aufmerksamkeit der Türken nach anderen Punkten ablenkten. Die Besatzung täuschte sich jedoch nicht lange über die wahre Gefahr; die eingedrungenen russischen Compagnien, von allen Seiten mit Uebermacht angegriffen, vermochten sich weder in der Stadt noch in der eroberten Bastion zu behaupten. Der größte Theil der zum Sturm verwandten Mannschaft wurde niedergemacht; nur Wenige kehrten zu den Ihrigen zurück. So tapfer die Türken auch bei dieser Gelegenheit wieder sich geschlagen hatten, so scheint doch der Umstand, daß sie durch die That überzeugt wurden, wie wenig Schutz ihnen ihre zertrümmerten Mauern noch gewährten, einen entmuthigenden Eindruck auf sie hervorgebracht zu haben. Der Kapudan Pascha suchte von Neuem sein altes Mittel hervor, durch Unterhandlungen Zeit zu gewinnen; und diesmal war allerdings jeder Tag, den er den Russen abgewann, unschätzbar; denn die Jahreszeit war bereits so weit vorgerückt, daß die Belagerung unmöglich noch lange fortgesetzt werden konnte; überdies war der Großwesir mit frischen Verstärkungen auf dem Marsche; und es ließ sich kaum erwarten, daß die Russen, die Mühe gehabt hatten, den vereinzelten Angriff Omer Vrione's abzuwehren, den vereinigten Streitkräften Omer's und des Großwesirs widerstehen würden. Aber je bedenklicher die Lage der Russen war, um so mehr mußten sie Alles aufbieten, um so schnell als möglich zum Ziele zu gelangen. Wenn sie sich dennoch, statt Sturm auf Sturm zu versuchen, gerade in dem entscheidenden Augenblicke dazu verstanden, drei Tage lang zu unterhandeln, so konnte man schon hieraus mit

ziemlicher Wahrscheinlichkeit schließen, daß sie in den Unterhandlungen ein Mittel gefunden hatten, auf sicherere Weise ihren Zweck zu erreichen, als durch offene Gewalt. Auch ließ die Erklärung nicht lange auf sich warten. Am Abend des 10. Octobers erschien Jussuf Pascha, der Commandant von Warna, in dem Zelte des russischen Oberbefehlshabers und zeigte diesem an, daß er, da die Festung nicht länger haltbar sey, der Kapudan Pascha aber dennoch von einer Uebergabe nichts wissen wolle, den Entschluß gefaßt habe, sich für seine Person unter den Schutz des Kaisers zu stellen. Am andern Morgen zog die Besatzung, die von ihrem Anführer ohne Zweifel znm voraus gewonnen war, haufenweise aus der Stadt und ging in das russische Lager über. Der Kapudan Pascha warf sich mit 300 Mann, die allein bei ihm zurückblieben, in die Citadelle. Da er hier seinen Entschluß erklärte, sich bis auf den letzten Mann zu vertheidigen und eher mit den Trümmern des Forts in die Luft zu sprengen, als die Schmach der Gefangenschaft über sich ergehen zu lassen, so bewilligte Kaiser Nicolaus, dem an dem Besitze eines unhaltbaren Schutthaufens nichts gelegen seyn konnte, ihm mit dem kleinen Häuflein seiner Getreuen freien Abzug. So fiel Warna nach einer eilfwöchentlichen Belagerung, während welcher die Besatzung von 15000 auf 6000 Mann zusammengeschmolzen war, aber auch die Belagerer sowohl durch das Schwert des Feindes, als durch Entbehrungen und Seuchen ungeheuern Verlust erlitten hatten, in die Hände der Russen.

Omer Vrione, welcher die letzten Tage unthätig in seinem Lager verweilt hatte, weil er die Ankunft des Großwesirs erwartete, zog sich, als er die Russen in Warna einrücken sah, in aller Eile auf das rechte Ufer des Kamtschik zurück, wo inzwischen das Corps, welches der Wesir heranführte, bereits eingetroffen war. Prinz Eugen von Würtemberg, der ihn verfolgte, vermochte ihn nicht mehr zu erreichen. Dagegen bestand seine Vorhut ein vortheilhaftes Gefecht gegen die Türken, als diese (am 15. October) auf das linke Ufer des Flusses hinüberkamen, um hier einen Brückenkopf anzulegen; die Türken flohen mit solcher Uebereilung, daß Viele von ihnen im Kamtschik ertranken, weil die Zugbrücke, die über den Strom führte, zu früh aufgezogen wurde.

Die Einnahme von Warna war die einzige bedeutende Waffenthat, welche die Russen in dem ganzen Verlaufe des Feldzuges vollbrachten. Durch den Besitz dieses wichtigen Platzes wurden sie in

den Stand gesetzt, wenigstens mit einem Theile ihres Heeres eine Stellung auf dem rechten Donauufer zu behaupten; an weiteres Vordringen war bei dem Zustande, in dem das Heer sich befand, nicht zu denken. Sie wandten daher alle ihre Sorge darauf, die zerstörten Werke, so gut dies in der Eile möglich war, herzustellen. So wie die Festung gegen einen Handstreich gesichert war, erhielt das ganze Heer, welches den Türken am Fuße des Balkan gegenüberstand, den Befehl zum Rückzuge über die Donau. Das vor Schumla stehende Corps, welches während des Septembers, so wie während der ersten Hälfte des Octobers vollauf zu thun gehabt, die Türken in ihrem Lager festzuhalten, trat bereits am 15. October seinen Abmarsch an und erlitt noch unterweges durch einen Angriff, den 8000 türkische Reiter in dem schwierigen Defilé von Aidochda unternahmen, beträchtlichen Verlust. Als Feldmarschall Wittgenstein vor Silistria anlangte, wohin er zunächst sich wandte, hatte die Berennung dieses Platzes, obwohl dieselbe bereits am 21. Juli begonnen war, nur sehr geringe Fortschritte gemacht. General Roth, der zuerst mit der Belagerung beauftragt war, hatte sich im Laufe des August zwar der Höhen außerhalb der Stadt bemächtigt, welche die Türken zu befestigen angefangen: und aus den Redouten, welche er auf denselben errichtete, wurde der Platz von Zeit zu Zeit heftig beschossen. Die Entfernung war jedoch zu groß, als daß das Feuer der russischen Batterien einen bedeutenden Eindruck hervorgebracht hätte, und bei den Ausfällen, welche die Besatzung machte, mußten die Russen, die an Zahl wenig stärker waren, als die Belagerten, mehr als einmal mit aller Anstrengung um den Besitz ihrer eigenen Stellungen kämpfen. Um die Mitte des Septembers war Roth durch die aus dem Innern Rußlands kommenden frischen Truppen des Generals Scherbatow abgelöst worden und zur Verstärkung des Heeres vor Schumla und Warna abmarschirt. Scherbatow erkrankte bald nach seiner Ankunft und General Langeron, der statt seiner den Befehl übernahm, war so wenig im Stande, etwas Erhebliches auszurichten, als seine Vorgänger. Feldmarschall Wittgenstein fand bei seinem Eintreffen die Umgegend der Festung durch den häufigen Regen, der während des Octobers gefallen war, ganz unter Wasser gesetzt. Die Truppen hatten in ihrem Lager mit Entbehrungen aller Art zu kämpfen; außerdem mußte er fürchten, durch den Seriasker, der ihm von Schumla gefolgt war, im Rücken angegriffen zu werden. Er beschloß daher nur noch einen Versuch zu machen, ob die Besatzung sich durch den

Schrecken eines Bombardements zur Uebergabe vermögen ließ, und hob, nachdem er die Festung zwei Tage und zwei Nächte ohne Unterlaß beschlossen hatte, da die Türken keine Neigung zur Nachgiebigkeit zeigten, am 10. November die Belagerung auf. Eine Abtheilung seines Heeres setzte unmittelbar unterhalb Silistria bei Kalarasch über die Donau, um hier der Festung gegenüber eine beobachtende Stellung einzunehmen. Mit der andern größeren zog er selbst nach Hirsowa hinab, wo er gleichfalls über den Strom ging. Wenige Tage nach dem Abmarsche des Feldmarschalls Wittgenstein von Schumla, hatten auch die Garden nebst der Mehrzahl der übrigen Truppen vor Warna ihren Rückzug angetreten und sich in die Winterquartiere begeben, die ihnen in Bessarabien angewiesen waren. Auf dem rechten Donauufer blieb nur General Roth zurück, der mit sechs Divisionen Infanterie, einer Division Reiterei und vier Kosackenregimentern Warna und Basardschik, so wie eine Vorpostenkette bis zum Walle des Trajan und Hirsowa an der Donau besetzt hielt und angewiesen war, den Küstenstrich am schwarzen Meere zu behaupten. Die russische Hauptmacht blieb in den Donaufürstenthümern, welche die Russen gleich zu Anfang des Feldzuges besetzt hatten und in deren Besitze sie während dem Verlaufe desselben kaum gestört worden waren. Zwar hatten die Türken von den Donaufestungen aus einige Einfälle in die Walachei gemacht, um das Vieh hinweg zu treiben, welches dem Feinde zur Verpflegung diente. Ernstere Gefechte hatten aber nur in der kleinen Walachei stattgefunden, wo der Pascha von Widdin dem General Geismar mit weit überlegener Macht gegenüberstand. Schon am 8. Juli hatte General Geismar mit den 5000 Mann, die er unter seinem Befehl hatte, bei Kalefat, einem der Festung Widdin gerade gegenüberliegenden Orte, ein türkisches Corps von 4000 Mann zu Fuß und 5000 zu Roß geschlagen. Später war er genöthigt gewesen, sich nach Csorogul auf der Straße nach Krajowa zurückzuziehen und die Türken hatten bei Kalefat ein Lager aufgeschlagen, in welchem sie ein Corps von 15000 Mann zusammenzogen. Mit diesem rückte der Pascha von Widdin am 24. September gegen Geismar an, der ihn aber nach einem unentschiedenen Gefechte, welches er am Nachmittage des 28. bestanden, in der Nacht überfiel und so auf das Haupt schlug, daß die Türken nicht einmal ihre Schanzen bei Kalefat zu vertheidigen wagten, sondern sich nicht eher in Sicherheit glaubten, als bis sie durch die Donau vor dem verfolgenden Feinde geschützt waren.

Seitdem wagte der Pascha von Widdin sich nicht mehr auf das linke Ufer des Stromes hinüber.

Dies war das Ende eines Feldzuges, zu dem die Russen Jahre lang die gewaltigsten Vorbereitungen getroffen, und den sie mit der Zuversicht eröffnet hatten, daß sie ohne Aufenthalt bis vor die Mauern von Konstantinopel dringen und dem Sultan in seiner Hauptstadt die Bedingungen des Friedens vorschreiben würden.

Von ungleich glänzenderen Erfolgen begleitet, obschon eben so wenig entscheidend, war der Feldzug der Russen in Asien gewesen. Der russische Oberbefehlshaber im Süden des Kaukasus, General Paszkiewicz, zur Belohnung für seine Auszeichnung im persischen Kriege erst vor Kurzem zum Grafen von Eriwan erhoben, war mit seinem Heere noch auf dem Rückmarsche aus Persien begriffen, als er den ersten bestimmten Befehl erhielt, seine Vorbereitungen zum Kriege wider die Türken zu treffen. Die Mittel zur Kriegführung, die ihm zu Gebote standen, waren so beschränkt, daß er, wenn die Türken noch von ihrem alten kriegerischen Geiste beseelt gewesen wären, statt seinerseits zum Angriffe zu schreiten, Mühe genug gehabt haben würde, die ausgedehnten seiner Obhut untergebenen Provinzen zu vertheidigen. Das durch den persischen Krieg sehr zusammengeschmolzene Heer zählte im Ganzen keine 40,000 Mann; und da von demselben ein Theil zur Besetzung der persischen Landschaften zurückbleiben mußte, die als Unterpfand für die Zahlung der Kriegsentschädigungen dienten, während ein anderer bei weitem größerer Theil in den russischen Provinzen selbst zum Schutze gegen die Einfälle der unabhängigen Gebirgsstämme des Kaukasus in Anspruch genommen wurde, so belief sich die Macht, die General Paszkiewicz nach großen Anstrengungen zu Anfange des Juni zur Eröffnung des Feldzuges zusammenbrachte, auf nicht mehr, als 12,000 Mann: ein Häuflein kriegsgewohnter Truppen, das es allerdings im Kampfe mit jeder noch so großen Zahl undisciplinirter und halbbarbarischer Asiaten aufzunehmen vermochte, das aber doch viel zu schwach war, um bei der unermeßlichen Ausdehnung des Kriegsschauplatzes irgend einen Schlag von entscheidender Bedeutung zu führen. Die Pforte hatte vor dem Augenblicke, wo der Ausbruch des Krieges als unvermeidlich erkannt wurde, nichts versäumt, um dem Feinde in Asien einen eben so kräftigen Widerstand entgegen zu setzen, wie in Europa. Halib Pascha, der als einer der ausgezeichnetsten Staatsmänner des türkischen Reiches galt, wurde zum Seriasker in Asien und zum Regenten in Armenien und

Anatolien ernannt, mit dem Auftrage, um jeden Preis ein achtunggebietendes Heer auf die Beine zu bringen; als Heerführer wurde ihm, da er selbst größere Erfahrung im Rathe, als im Felde besaß, der tapfre Kiosa Mahmud Pascha zur Seite gestellt, der bereits gegen die Franzosen in Aegypten und später gegen die Russen, Serben und Griechen gefochten hatte. Die Anstalten, die Halib Pascha traf, rechtfertigten das Vertrauen vollkommen, welches ihn auf seinen wichtigen Posten berufen hatte. Die während des langen Friedens halb verfallenen Grenzfesten wurden in den besten Vertheidigungsstand gesetzt, mit Vorräthen aller Art und mit zahlreichen Besatzungen versehen; starke Reiterabtheilungen wurden auf der Grenze und auf allen Straßen aufgestellt, die aus Georgien nach dem türkischen Armenien führen und bei Arzerum wurde ein Heer zusammengezogen, welches im Juni, als die russischen Colonnen sich in Bewegung setzten, mehr als 30,000 Mann stark war. Ungeachtet dieser den Russen an Zahl weit überlegenen Macht, scheint doch weder Halib, noch Kiosa Mahmud Pascha in dieselbe ein rechtes Vertrauen gesetzt zu haben; denn sie wußten wohl, daß bewaffnete Haufen, aus den Contingenten von zwanzig verschiedenen Provinzen zusammengesetzt, wenn sie auch zu einer Streitmasse vereinigt werden, deshalb noch nicht den Namen eines Heeres verdienen, weil sie nicht gewohnt sind, dem Andrange des Feindes gegenüber zusammen zu halten und weil das erste ungünstige Ereigniß sie daher nur zu leicht, wie Spreu vor dem Winde, auseinanderstäubt. Nur dadurch läßt sich die auffallende Erscheinung erklären, daß Kiosa Mahmud Pascha noch hinter dem hohen Saganlugebirge verweilte, welches die nordöstliche Grenze des Paschaliks Arzerum bildet, während Paszkiewicz bereits bei dem in der Eile befestigten Dorfe Gumri die Grenze überschritt und in vollem Marsche auf Kars, die Hauptstadt des Paschaliks gleiches Namens, begriffen war.

Kars, eine mit doppelter Mauerumfassung, weitläuftigen Außenwerken und einer starken Citadelle versehene Stadt an dem südlichen Abhange des hohen und schwerzugänglichen Karadag, galt in der Meinung der Asiaten als eine uneinnehmbare Festung, weil von ihren Mauern im Jahre 1735 der berüchtigte Nadir-Schah mit einem Heere von 100,000 Mann zurückgeschlagen worden war und noch im Jahre 1807 der russische General Neswatew nach einem vergeblichen Angriffe sich zum Abzuge genöthigt gesehen hatte. Der türkische Befehlshaber Emin Pascha hatte nicht weniger als 11,000 Mann zu seiner

Verfügung, von denen 5000 unregelmäßige Reiter, 4000 bewaffnete Bürger und der Rest aus der Bevölkerung des Paschaliks aufgebotene Milizan waren. Aber obwohl er mit diesen Streitkräften bei einigermaßen entschlossener Vertheidigung einen langwierigen Widerstand zu leisten vermochte, fühlte er doch so sehr seine persönliche Unzulänglichkeit, daß er bei der Annäherung des Feindes einen Boten nach dem andern an Kiosa Mahmud Pascha schickte, um diesen zu schleunigster Hülfeleistung aufzufordern. Kiosa Mahmud hielt es für unmöglich, daß eine Feste wie Kars im ersten Anlaufe genommen werden könnte; sein Plan war, die Russen indem er sie ruhig gewähren ließ, zwischen zwei Feuer zu bringen: er säumte deshalb absichtlich und brach nicht eher zum Entsatze des bedrohten Platzes auf, als bis die Berennung wirklich begonnen hatte. General Paszkiewicz, der auf dem Marsche von der türkischen Reiterei nur wenig beunruhigt worden war, traf am 30. Juni bei dem zerstörten Dorfe Kitschikôw im Angesichte von Kars ein, wo er sein Lager aufschlug. Am folgenden Tage unternahm er eine Recognoscirung gegen die Südseite der Festung, wobei es zu einem lebhaften Reitergefechte kam, in dem die Türken anfangs ihren gewöhnlichen Ungestüm zeigten, zuletzt aber völlig auseinandergesprengt und in die Stadt zurückgeworfen wurden. Dennoch machte die Besatzung Tages darauf einen neuen Ausfall, der denselben Erfolg hatte. Durch diese Niederlagen eingeschüchtert, wagten die Türken sich zwei Tage lang nicht mehr aus der Stadt heraus, und die Russen konnten die zu der Beschießung derselben bestimmten Batterien ungestört vollenden. Der Angriffsplan den General Paszkiewicz entworfen hatte, kam jedoch nicht zur Ausführung, weil der Platz durch die Feigheit des Commandanten früher, als er selbst dieß gehofft hatte, in seine Gewalt fiel. Am 5. Juli bei Tages Anbruch griff eine russische Abtheilung den außerhalb der südwestlichen Vorstadt liegenden Friedhof an, den die Türken eine Zeit lang mit großer Hartnäckigkeit vertheidigten. In der Verwirrung der Flucht, als sie endlich aus dieser Stellung verdrängt wurden, räumten sie zugleich das verschanzte Lager, das auf einer steilen, die Stadt beherrschenden Anhöhe angelegt war. Zwar gelang es der Besatzung, die sogleich in Masse ausfiel, sich des Lagers noch einmal zu bemächtigen; sie wurde jedoch bald mit dem Bajonnet von der Anhöhe wieder hinuntergeworfen und bis in die Vorstadt verfolgt, in der jetzt ein wüthender Kampf begann, da die Türken jede Straße und jedes Haus vertheidigten. Da die Vorstadt

von der eigentlichen Stadt durch den tiefen und reißenden Karsfluß getrennt ist, so war selbst mit dem Verluste der ersten die Feste immer noch im Stande sich zu halten, wenn der türkische Befehlshaber nur nicht alle Besinnung verloren hätte. Aber Emin Pascha, obwohl von dem Anrücken des türkischen Hauptheeres unterrichtet, welches noch an demselben Tage vor den Mauern von Kars eintreffen konnte, war in solche Rathlosigkeit gefallen, daß er alle Anstalten zur Gegenwehr versäumte und nicht einmal die Brücken abbrechen ließ, die über den Karsfluß führen. Die Russen nahmen, so wie der Wiederstand in der Vorstadt auf dem rechten Ufer des Flusses überwältigt war, von den Außenwerken der Festung eines nach dem andern, ohne daß sie auf irgend einem der noch so leicht zu vertheidigenden Punkte erhebliche Gegenwehr gefunden hätten. Die türkische Reiterei, die Alles verloren sah, ergriff den einzigen Ausweg der Rettung, indem sie aus den Thoren brach und auf steilen Gebirgswegen, auf denen die Russen ihr nicht zu folgen vermochten, den Karadag hinaufjagte. Emin Pascha sah in seiner Burg dem Vordringen der Russen, die sich bald der ganzen Stadt bemächtigt hatten, unthätig zu und übergab, so wie ihm in seinem Zufluchtsorte mit einem Sturme gedroht wurde, auch die Citadelle, ohne nur einen Versuch der Vertheidigung zu machen. Selten war ein Sieg um wohlfeileren Preis errungen worden; denn der ganze Verlust der Russen an Todten und Verwundeten betrug etwa 250 Mann, während von den Türken über 1000 geblieben und verwundet und 1300 während des Gefechtes gefangen worden waren. Dem Reste der Besatzung wurde gestattet in die Heimath zurück zu kehren, weil man gewiß war, daß sie sobald nicht wieder sich durch kriegerischen Eifer zu neuen Kämpfen würde hinreißen lassen. Das Glück hatte den russischen Feldherrn außerordentlich begünstigt, denn schon meldeten die Vorposten, daß die Spitzen der türkischen Vorhut von Arzerum her im Gesichte wären. Nach dem Falle von Kars konnte Kiosa Mahmud an einen Angriff nicht denken

Während das türkische Heer sich damit begnügte, die Russen aus der Ferne zu beobachten, hatte sich bei diesen inzwischen ein Feind eingestellt, der ihnen ungleich gefährlicher zu werden drohte, als das Schwert der Asiaten. Unter der Besatzung von Kars herrschte die Pest, und wenige Tage nach der Einnahme dieses Platzes brach dieselbe auch unter den Siegern aus. Es wurden auf der Stelle die strengsten Maßregeln ergriffen, um jeder weiteren Verbreitung der Seuche vorzubeugen; aber wenn es dadurch auch gelang, diese im

Keime zu ersticken, so sah General Paszkiewicz sich doch durch die Vorkehrungen, die erforderlich waren, beinahe volle vier Wochen zur Unthätigkeit verurtheilt. Nicht eher, als in den letzten Tagen des Juli war er im Stande, wieder in das Feld zu rücken. Da er in Kars eine zahlreiche Besatzung zurücklassen mußte, so war das Corps, welches ihm zur Verfügung blieb, viel zu schwach, als daß er es hätte wagen dürfen, mit demselben in das Innere des Landes einzudringen. Er beschloß daher, sich seitwärts gegen die feste Stadt Akhaltsikeh zu wenden, die in einem schwer zugänglichen Bergkessel auf dem südlichen Abhange der imiretischen Grenzgebirge gelegen, den Türken jeder Zeit gestattete, in Georgien einzubrechen und seine Verbindungen mit Tiflis abzuschneiden, von wo er Verstärkungen an Mannschaft und an Kriegsvorräthen zu erwarten hatte. Um Kiosa Mahmud Pascha über sein wirkliches Vorhaben zu täuschen, nahm er den Schein an, als ob er gegen Arzerum marschiren wollte. Am 28. Juli ließ er seine Vorhut in dieser Richtung aufbrechen; und er erreichte durch diese Scheinbewegung so vollkommen seinen Zweck, daß Kiosa Mahmud sich in aller Eile nach dem Saganlu-Gebirge zurückzog, um die Zugänge zu der Hauptstadt des türkischen Armeniens zu schützen. Am nächsten Morgen trat er an der Spitze von 9000 Mann seinen Marsch, statt nach Südwesten, nach Norden an; er zog in geringer Entfernung von der russisch-türkischen Grenze hin, überstieg unter unsäglichen Mühseligkeiten das hohe Tschildirgebirge, welches die Paschaliks Kars und Akhaltsikeh trennt, und erschien am 4. August plötzlich vor der Felsenburg Akhalkalaki, welche die Straße nach Akhalkisikeh vertheidigte. Keine Seele zeigte sich auf den Mauern als die Russen sich der Feste näherten, und diese hofften deshalb, den Platz ohne Kampf zu nehmen. Eine Aufforderung zur Uebergabe wurde jedoch mit Hohn zurückgewiesen, und ein russischer Offizier, der dicht an die Mauern heranritt, fiel von einer Menge Kugeln durchbohrt. Man sah nun wohl, daß nichts anders übrig blieb, als Gewalt zu brauchen, und in der Nacht wurden mehrere Batterien von schwerem Geschütz errichtet. Als diese am andern Morgen zu spielen begannen, hörten die Russen aus dem Innern der Feste den eintönigen Gesang der Verse des Koran, durch welche die mahomedanischen Streiter, wenn sie entschlossen sind, für den Glauben zu sterben, sich zum Tode vorbereiten. Unmittelbar darauf begannen die Geschütze der Burg das Feuer der russischen Batterien zu erwidern, wurden aber nach Verlauf einer halben Stunde zum Schweigen gebracht. Bald wa-

ren die Zinnen der Mauern in Trümmern geschossen; ein Regen von Kugeln und Granaten überschüttete das Innere der Feste und die Besatzung, an keinem Orte vor dem Tode sicher, faßte zuletzt, da jede Gegenwehr unmöglich, der Ausweg aus den Thoren aber von ihr selbst durch Felsblöcke versperrt war, den verzweifelten Entschluß, sich an Seilen von den Mauern herabzulassen, um sich durch die Flucht zu retten. Die Mehrzahl wurde niedergemacht, nur etwa 100 entkamen, und der Rest, 300 an Zahl, die in der Burg noch zurückgeblieben waren, ergab sich, als die stürmenden Russen die Mauern erstiegen. Die seitswärts gelegene kleine Feste Khertwiß, mitten im Gebirg, capitulirte, als eine Abtheilung von 200 Tataren sich vor ihren Mauern zeigte. Um dieselbe Zeit erhielt General Paszkiewicz die Nachricht, daß die von den Türken besetzte Festung Poti, am Ausfluß des Rion — des alten Phasis — nach siebentägiger Berennung gefallen, und daß ein 1800 Mann starkes Corps unter dem Generalmajor Popow zu seiner Verstärkung von Georgien aus auf dem Marsche war. Ein anderes Corps, welches aber auch nur 2300 dienstfähige Leute zählte, hatte ihm der General Fürst Bebutow am Tage der Einnahme von Akhalkalaki zugeführt. Allen Nachrichten zu Folge, die er vom Feinde hatte, mußte der russische Feldherr die Macht Kiosa Mahmud Paschas noch weit entfernt glauben; er beschloß daher, nachdem er seinen Truppen die nöthige Rast gegönnt, ohne Säumen gegen Akhaltsikh weiter zu ziehen, um sich dieses Platzes zu bemeistern, ehe das türkische Heer demselben zu Hülfe kommen konnte.

Am 10. August setzte sich das kleine russische Heer von Akhalkalaki aus in Bewegung. Der Weg, den General Paszkiewicz einschlug, führte über das steilste Gebirge auf Saumpfaden, auf denen das schwere Geschütz an vielen Stellen nur durch Menschenhände weitergeschafft werden konnte. Glücklicher Weise ließ sich während dieses gefährlichen Marsches kein Feind erblicken, und am 16. August war das ganze Corps in dem Thale des Kur, der in geringer Entfernung von Akhaltsikeh vorüberströmt, vereinigt. Hier erfuhr man, daß Kiosa Mahmud mit dem größten Theile seiner Macht unter den Mauern dieser Feste eingetroffen sey; aber es gab jetzt keine Wahl mehr, da es noch gefährlicher gewesen wäre, den Rückzug anzutreten, auf dem man ohne Zweifel die ganze Masse des türkischen Heeres hinter sich hergezogen hätte, als weiter vorzugehen. General Paszkiewicz ging, ohne die Ankunft Popow's abzuwarten, der noch zwei Märsche entfernt war, über den Kur und be-

setzte die Anhöhen, welche Athaltsikeh gerade gegenüber das Thal beherrschen, durch welches ein von dieser Stadt herkommender und nach ihr Akhaltsik-tschai benannter Bach dem Kur zufließt; die Türken, statt ihm den Besitz derselben streitig zu machen, begnügten sich, mit ihren Reiterschwärmen die lange Reihe der Packwagen anzugreifen, die aber von der Bedeckung mit gutem Erfolge vertheidigt wurden. Um sich gegen einen Angriff des übermächtigen Feindes zu sichern, gingen die Russen sogleich daran, die vortheilhafte Stellung, die sie auf dem linken Ufer des Akhaltsik-tschai eingenommen, durch Schanzen und Redouten zu befestigen. Am 19. August traf General Popow, der mit seinem schwachen Corps auf dem Marsche nicht im Geringsten beunruhigt worden war, in dem Lager ein. Paszkiewicz, dessen Macht dadurch auf etwa 12,000 Mann gebracht wurde, erkannte, daß ein Angriff auf die zwar nicht regelmäßig befestigte, aber durch die Palisaden und Bastionen der Vorstädte und durch die starken Mauern der innern Stadt hinreichend geschützte Feste, im Angesichte eines vor den Thoren lagernden an Zahl überlegenen feindlichen Heeres nicht ausführbar war, wenn er sich nicht der Gefahr einer völligen Vernichtung aussetzen wollte. Er beschloß daher zuvörderst sich gegen Kiosa Mahmud zu wenden, der seine Truppen auf den Akhaltsikeh im Halbkreise umkränzenden Höhen in vier durch weite Zwischenräumen von einander getrennte Lager vertheilt hatte, was natürlich die Mittel zur Vertheidigung jedes einzelnen derselben außerordentlich schwächte. In der Nacht vom 20. auf den 21. August brach Paszkiewicz mit acht Bataillonen, seiner sämmtlichen Reiterei und 25 Feldgeschützen in aller Stille auf, umging in einem weiten Bogen die Festung und langte mit Tages Anbruch vor dem vordersten Lager der Türken an, welches das der Festung zunächst gelegene war. Erst jetzt entdeckten die Türken seine kühne Bewegung; zahlreiche Reitermassen stürzten bald den Russen entgegen, die aber inzwischen eine so vortheilhafte, durch Hohlwege und Schluchten gedeckte Stellung eingenommen hatten, daß sie die wüthendsten Anfälle mit leichter Mühe zurückschlugen. Nach ungefähr einer Stunde, nachdem die Türken sich von der geringen Stärke ihrer Gegner überzeugt hatten, wiederholten sie ihren Angriff, und diesmal nicht bloß mit der Reiterei, sondern auch mit dichten Haufen ihres unregelmäßigen Fußvolkes, aber mit gleich wenig Erfolg. Der Kampf, der durch die steigende Hitze des Tages unterbrochen worden war, begann in den Nachmittagsstunden mit neuer Heftigkeit. General Paszkiewicz ließ

jetzt durch einen Theil seiner Reiterei eine Bewegung gegen den äußersten linken Flügel der Türken ausführen, der diese auf die Meinung brachte, daß es auf ihr dort befindliches Lager abgesehen sei, in welchem ihre Kriegsvorräthe verwahrt waren. Um dasselbe zu schützen, breiteten sie sich in zerstreuten Haufen über einen Flächenraum von anderthalb Meilen aus. Diese Unbesonnenheit benutzte der russische Feldherr, um seinerseits zum Angriffe zu schreiten. Während General Muraview, der mit vier Bataillonen zum Schutze der Wagenburg zurückgeblieben war, von dieser Seite gegen das nächste türkische Lager anrückte, stürmte eine Jägercolonne dasselbe in der Front. Die Türken vertheidigten sich muthig; der Generalmajor Korolkow, der die Colonne führte, blieb an der Spitze seiner Leute, die schweren Verlust erlitten, jedoch, durch die nachrückenden Bataillone unterstützt, unaufhaltsam in die feindlichen Schanzen drangen und die fliehenden Türken bis an die Palisaden vor der Stadt verfolgten. Bei diesem Angriff wurde das türkische Heer von panischem Schrecken ergriffen, der am Fuße verwundete Kiosa Mahmud, in der Besorgniß, durch die ihn in der Flanke bedrohenden Kosacken abgeschnitten zu werden, stürzte sich mit dem größten Theile der Infanterie in wilder Flucht nach der Stadt, und gab sein zweites weiter rückwärts gelegenes Lager ohne Vertheidigung auf. Die Reiterei suchte die beiden entfernteren Lager zu gewinnen, verließ aber, da sie sich von den Russen auf den Fersen verfolgt sah, auch diese und zerstreute sich in die Wälder, um auf dem nächsten Wege die gegen Kars zu liegende Feste Ardagan zu gewinnen. Am Abende war das ganze zahlreiche türkische Heer, mit Ausnahme von 5000 Mann, die sich in die Festung geworfen, vom Schauplatze verschwunden.

Am andern Morgen wurde die Festung aufgefordert; Kiosa Mahmud erklärte jedoch, daß nur das Schwert entscheiden solle; und die Belagerungsarbeiten, die sich bisher auf die Errichtung einiger entfernter Batterien beschränkt hatten, begannen daher mit verdoppeltem Eifer. Am 27. August war auf drei verschiedenen Punkten in die Palisaden, welche die Vorstädte umgeben und die dem Feuer der russischen Geschütze unerwartet lange widerstanden, Bresche gelegt; auch waren mehrere der zum Schutze der Palisaden dienenden Thürmen und Bastionen in Trümmer geschossen. General Paszkiewicz, der bei längerer Gegenwehr des Platzes in die äußerste Verlegenheit gerathen wäre, weil er nur auf acht Tage mit Mundvorräthen versehen war, beschloß jetzt nicht länger zu säumen und traf alle Vorberei-

tungen zum Sturme. Um vier Uhr des Nachmittages rückte die Sturmcolonne unter dem Befehle des tapfern Obristen Borodin gegen die Bresche an, welche sich in dem äußersten nördlichen Vorsprunge der Palisadenlinie befand. Die Türken, die einen Angriff am Tage nicht erwarteten, weil derselbe leichter abzuwehren ist, als in dem Dunkel der Nacht, pflegten mit ihrer gewöhnlichen Sorglosigkeit der Ruhe und hatten zur Vertheidigung der Bresche nur eine Wache aufgestellt. Diese wurde, obwohl sie den tapfersten Widerstand leistete, sogleich überwältigt, und die Stürmenden drangen bereits in das Innere der Stadt ein, ehe sich die durch das Getöse des Kampfes aufgeschreckten Einwohner ihnen entgegen zu werfen vermochten. Dennoch wurde das Gefecht zum Stehen gebracht; Obrist Borodin fiel an der Spitze seiner Leute, die zwei Stunden lang mit der äußersten Anstrengung aller Kräfte streiten mußten, um nur ihre Stellung zu behaupten. Endlich gelang es den russischen Sappeurs eine Reihe Palisaden umzuhauen, durch die sich frische Bataillone den Weg in die Stadt bahnten. In dieser wurde aber auch jetzt noch jedes Haus vertheidigt; die Russen gewannen in den engen Gäßchen, welche die Stelle der Straßen vertraten, nur Schritt für Schritt einiges Terrain. Um sieben Uhr Abends war der Kampf noch unentschieden; bei der verzweifelten Wuth, mit der selbst Weiber sich, den Dolch in der Hand, auf die Feinde stürzten, war es nichts weniger als unwahrscheinlich, daß die russischen Bataillone wieder aus der Feste herausgeschlagen wurden. Da befahl General Paszkiewicz die Stadt in Brand zu stecken, um durch das Feuer den Widerstand der Bevölkerung zu brechen. Bald griff die Flamme so furchtbar um sich, daß in wenigen Stunden beinahe der dritte Theil der Stadt von derselben verzehrt war. Viele Hunderte der Bewohner verbrannten in ihren Häusern; die Russen, die sich in dem Schrecken, von dem die Vertheidiger ergriffen waren, aller Bastionen der äußeren Verschanzung bemächtigt hatten, geriethen selbst in Gefahr; und nur die strenge Ordnung, welche ihre Anführer aufrecht hielten, vermochte die auf allen Seiten von Feuersäulen Umgebenen zu retten. Was von der Besatzung dem Bajonnete des Feindes und dem Tode in den Flammen entgangen war, zog sich vor Tages Anbruch in die Citadelle zurück. Hier waren noch 4000 wehrhafte Männer vereinigt: der Rest von zehen Tausenden, die sich nach dem Treffen vom 22. in die Feste eingeschlossen. Aber auch die Russen hatten durch das nächtliche Würgen so viele ihrer bravsten Leute verloren, daß General Pasz-

kiewicz froh war, als eine Abordnung in seinem Lager erschien, um über die Bedingungen zu unterhandeln, unter denen die Feste sich ergeben wollte. Die Forderung eines fünftägigen Waffenstillstandes schlug er zwar ab, weil dieser ihn der Gefahr ausgesetzt hätte, alle Früchte seines Sieges einzubüßen; dagegen bewilligte er Kiosa Mahmud nebst seinen Tapfern freien Abzug mit Waffen und Gepäck. So fiel Akhaltsikeh: die stärkste Vormauer des türkischen Armeniens, die in keinem früheren Kriege von einem auswärtigen Feinde bezwungen worden war. Am Tage darauf ergab sich die Bergfeste Azkhur, welche den nach Georgien führenden Engpaß beherrscht; und in den ersten Tagen des Septembers besetzte eine von Kars aus abgeschickte Abtheilung die feste Stadt Ardaghan, wohin General Paszkiewicz sein Hauptquartier verlegte, weil er von hier aus leichter für die Verpflegung des Heeres sorgen konnte. Um dieselbe Zeit bemächtigte sich Fürst Tschawtschewadse mit einer Abtheilung des in den persischen Grenzprovinzen stehenden Armeecorps des festen Platzes Bajazeth, der von seiner Besatzung verlassen war. Nicht lange darauf fiel auch die in der Nähe gelegene kleine Stadt Diadin in seine Hände und am 23. September besetzte er die als unüberwindlich geltende Bergfeste Topra-kaleh auf der Straße nach Arzerum, welche die Besatzung nicht zu vertheidigen wagte. Im October und November fielen noch einige leichte Reitergefechte in diesen Gegenden vor. Inzwischen war aber der Winter mit aller Strenge, die er in dem armenischen Hochlande hat, eingebrochen. General Paszkiewicz war bereits am 10. October nach Tiflis gegangen; und es trat auf allen Punkten eine erzwungene Waffenruhe ein, bis mit dem nächsten Frühjahre der Schnee von den Feldern verschwand, die er mehrere Monate hindurch oft mehrere Fuß tief bedeckt.

Während der Krieg zwischen den Russen und den Türken in Europa und Asien mit der äußersten Heftigkeit entbrannt war, ohne daß sich, ungeachtet aller Verluste, welche die letzten erlitten hatten, noch das Ende mit einiger Sicherheit absehen ließ, war in dem Befreiungskampfe der unglücklichen Griechen, der die Veranlassung zu dem Bruche geboten, eine entscheidende Wendung eingetreten. Die drei vermittelnden Mächte hatten durch den Vertrag vom 6. Juli die Verbindlichkeit übernommen, den Verheerungen der Türken und Aegypter in Griechenland ein Ziel zu setzen. Dieser Zweck war durch die Schlacht bei Navarino nicht erreicht worden, da dieser Schlag

zwar die Flotte, aber nicht zugleich das Heer der Barbaren getroffen hatte.

Um dem Lande wirksamen Schutz zu gewähren, gab es kein anderes Mittel, als daß man die ägyptischen Truppen, die Morea besetzt hielten, zwang, sich nach ihrer Heimath einzuschiffen. Frankreich erbot sich, ein Heer auszurüsten, um die Halbinsel von ihren Bedrängern zu reinigen. Das englische Cabinet, welches eine solche Einmischung nur mit Widerwillen sah, sich derselben aber doch nicht widersetzen durfte, da ihm durch den Vertrag vom 6. Juli die Hände gebunden waren, beschloß nun, Alles aufzubieten, um die Räumung von Morea durch friedliche Mittel herbeizuführen und die französische Occupation, die nicht mehr abzuwenden war, wenigstens so sehr als möglich abzukürzen. Nach langen Unterhandlungen mit dem Pascha von Aegypten brachte Admiral Codrington, der sich persönlich nach Alexandrien begeben, endlich am 6. August 1828 eine Uebereinkunft zu Stande, durch welche der Pascha sich anheischig machte, seine Truppen aus Morea zurückzuziehen, bis auf 1200 Mann, die ihm in den festen Plätzen zur Verstärkung der schwachen türkischen Besatzungen zurückzulassen verstattet war, damit ihm nicht der Vorwurf gemacht werden könne, daß er seinen Glaubensgenossen seinen Beistand völlig versagt habe. Wenige Tage darauf ging das französische Geschwader, welches die erste Abtheilung des zur Besitznahme von Morea bestimmten Heeres an Bord hatte, von Toulon unter Segel, und am 28. August landete General Maison, der Oberbefehlshaber, mit etwa 9000 Mann in dem Golfe von Kalamata. Inzwischen hatte Ibrahim Pascha die Befehle seines Vaters erhalten; und vom 17. September bis zum 4. October schifften sämmtliche ägyptische Truppen mit Ausnahme der zurückbleibenden 1200 Mann sich nach Alexandria ein. An dem Tage nach der Abfahrt der letzten ägyptischen Abtheilung forderte General Maison die von 400 Aegyptern besetzte Feste Navarino auf. Der Commandant erklärte, daß er keinen Befehl habe, den Platz zu übergeben, daß er sich den Franzosen, mit denen die Pforte im Frieden begriffen sey, aber auch nicht widersetzen würde. Die Franzosen drangen hierauf durch die nur oberflächlich ausgebesserten Breschen in die Stadt ein und nahmen die Besatzung, ohne einen Schuß zu thun, gefangen. Auf ähnliche Weise fielen Modon, Coron und Castell Torneſe. Patras, wo ein türkischer Pascha den Befehl hatte, schloß eine förmliche Capitulation, in die auch das Lepanto gegenüber gelegene Castell von Morea mit

einbegriffen war. Hier war aber die Besatzung, im Vertrauen auf die starken Mauern der nur durch eine schmale Landzunge zugänglichen Feste nicht geneigt, so leichten Kaufes zu weichen. Die Franzosen sahen sich genöthigt, eine regelmäßige Belagerung zu eröffnen; und nicht eher, als nachdem in die Mauern eine prakticable Bresche gelegt war, ergaben sich die Vertheidiger zu Kriegsgefangenen. Zu Ende des Octobers war die Halbinsel Morea von dem grausamen und blutigen Drucke der Türken, der seit dem Sturze der nicht viel milderen venetianischen Herrschaft auf dem klassischen Boden des alten Peloponneses gelastet hatte, befreit.

Zwar erwies sich die Hoffnung, daß die Franzosen nach ihrem leichten Siege in Morea ihr Werk fortsetzen und über den Isthmus nach dem nördlichen Griechenland vordringen würden, als trügerisch. In dem Rathe der drei Mächte, von deren Beschlüssen das Schicksal der wieder erstehenden Hellas abhing, hatte die brittische Ansicht überwogen, welche darauf ausging, das osmanische Reich möglichst ungeschwächt und ungeschmälert zu erhalten, und die es deshalb als nothwendig erachtete, den halb selbstständigen Schutzstaat, den man aus dem freien Griechenlande bilden wollte, in die engsten Grenzen einzuschränken. In einer Conferenz, die zwischen dem brittischen Minister des Auswärtigen und den französischen und russischen Bevollmächtigten am 16. November 1828 zu London stattfand, wurde beschlossen, daß die Mächte, ohne übrigens die Frage wegen der Ausdehnung der Grenzen zu entscheiden, für das Erste sich begnügen sollten, Morea und die Cycladen unter ihren Schutz zu nehmen. Das französische Hülfsheer durfte demgemäß den Isthmus von Korinth nicht überschreiten; und schwerlich würden in der Folge Griechenlands Grenzen weiter hinausgerückt worden seyn, wenn die Griechen sich nicht selbst geholfen hätten. Der von der Nationalversammlung zu Damala zum Präsidenten ernannte Graf Johann Kapodistrias war, nachdem er auf einer Rundreise die Höfe zu St. Petersburg, Berlin, London und Paris besucht und überall die besten Versprechungen, von dem russischen Hofe außerdem eine ansehnliche Summe Geldes erhalten hatte, in der zweiten Hälfte des Januars auf griechischem Boden angelangt; er hatte sogleich die Zügel der Regierung kräftig ergriffen, und es war an die Stelle der früheren allgemeinen Verwirrung und Zerrüttung wenigstens der Anfang einer festen Ordnung getreten. Schon vor der Ankunft des Grafen hatte General Church, der den Titel eines Oberbefehlshabers der griechi-

schen Landmacht führte, den Schrecken, den die Niederlage von Navarino unter den Türken verbreitete, benutzt, um mit ein paar tausend Mann zu Dragomestre im westlichen Griechenland zu landen, von wo er gegen Messolonghi vordrang, und wo er ungeachtet eines ungünstigen Treffens, das er gegen den von Arta anrückenden Veli Bei bestand, sich fortwährend im freien Felde behauptete. Im April schiffte Fürst Demetrius Hypsilantis mit einer andern Schaar sich nach Megara ein, und während er selbst die türkische Besatzung zu Athen blockirte, streiften die Banden rumeliotischer Palikarenhäuptlinge bis nach den Grenzen von Thessalien und Epirus hin. Wenn die schwachen griechischen Haufen auch nicht im Stande waren, irgend eine bedeutende Unternehmung auszuführen, so wurde durch ihre Anwesenheit auf dem Festlande doch so viel erreicht, daß die griechische Nation ihre Ansprüche auf den Besitz desselben bis zum Abschlusse des Friedens vor den Augen der Welt ungekränkt bewahrte.

Während der erzwungenen Ruhe der Waffen, die den Winter hindurch dauerte, war die Diplomatie aller europäischen Höfe um so thätiger beschäftigt. Oesterreich und England, die beiden Mächte, welche der russischen Politik im Oriente von Anfang am entschiedensten entgegen waren, hatten schon vor dem Ausbruche des Krieges kein Mittel unversucht gelassen, um den drohenden Sturm von dem osmanischen Reiche abzuwenden. Der hartnäckige Widerstand, den die russischen Heere fanden, nachdem allen diesen Bemühungen zum Trotze der Bruch dennoch erfolgt war, erregte zu Wien und zu London eben so lebhafte Freude, als Ueberraschung. Man hatte die Türken so kurze Zeit nach der Vernichtung der unregelmäßigen, aber tapfern Miliz, auf welcher seit Jahrhunderten die vornehmste Kraft des Osmanenreiches beruhte, so gewaltiger Anstrengungen nicht fähig gehalten, und begrüßte jeden Erfolg, den sie davon trugen, wie einen Sieg, den man selbst über einen gefürchteten Feind errungen hätte. Fürst Metternich, der von den Verhältnissen genauer unterrichtet war, als irgend ein anderer europäischer Staatsmann, verbarg sich jedoch nicht, daß die Hülfsmittel der Pforte durch den ungleichen Kampf erschöpft waren, während Rußland nach allen seinen Verlusten in ungeschwächter Kraft da stand. Er sah daher keinen andern Ausweg, um die Pforte von dem unvermeidlichen Verderben zu retten, als wenn er die Unterbrechung der Feindseligkeiten, die sich bei dem Eintritte der rauhen Jahreszeit erwarten ließ, dazu benutzte, einer Wiederaufnahme derselben durch diplomatische Unterhandlungen und

nöthigenfalls durch entschlossenes Einschreiten mit bewaffneter Hand vorzubeugen. Schon im Laufe des Sommers 1828 begann Oesterreich ernstlich zu rüsten. Zu gleicher Zeit wurden aber die Vorbereitungen zu der Ausführung eines Planes getroffen, der, wenn derselbe gelang, jede Entscheidnng durch die Gewalt der Waffen unnöthig machte. Allen europäischen Höfen mußte an der Erhaltung des bestehenden Zustandes und folglich auch an der Erhaltung des allgemeinen Friedens, in dem dieser Zustand seine einzige Bürgschaft fand, gelegen seyn. Es war daher vorauszusetzen, daß alle mit gleicher Bereitwilligkeit die Hand zu der Unterstützung von Bestrebungen bieten würden, die keinen andern Zweck hatten, als eine Störung des Friedens in näherer oder entfernterer Zukunft zu verhüten. Aus diesem Grunde hielt Fürst Metternich es für nicht unmöglich, eine Vereinigung sämmtlicher Großmächte zu Stande zu bringen, welche die Vermittlung in dem Kampfe zwischen den Russen und den Türken übernehmen und beiden Theilen die Bedingungen vorschreiben sollte, unter denen sie sich zu vertragen hätten. Daß Rußland es wagen würde, dem vereinten Willen von Europa die Spitze zu bieten, war nicht wahrscheinlich; und es gab daher in der That kein wirksameres Mittel, den Frieden im Oriente herzustellen und jede Aussicht auf eine Störung des allgemeinen Weltfriedens abzuschneiden, als das von dem Fürsten Metternich vorgeschlagene. Die ersten Eröffnungen machte der Fürst dem Herzoge von Wellington, auf den nach dem kurzen Zwischenreiche, welches auf Canning's Tod folgte, die Leitung der brittischen Verwaltung übergegangen war. Eine Verständigung wurde ohne Mühe herbeigeführt, weil zwischen den Ansichten der beiden Cabinette zu Wien und London in Bezug auf die orientalischen Angelegenheiten von Anfang keine große Verschiedenheit bestand. Aber auch in Berlin scheinen Mittheilungen gemacht worden zu seyn, die eine freundliche Aufnahme fanden; denn Fürst Metternich soll, als er den Herzog von Wellington aufforderte, Frankreich zum Beitritte zu vermögen, zu verstehen gegeben haben, daß er sich Preußens bereits versichert hätte*). Der wohl berechnete Plan scheiterte an Schwierigkeiten, die kein menschlicher Scharfsinn vorherzusehen im Stande war. Das französische Cabinet, obwohl

*) Geheime Depesche des Grafen Pozzo di Borgo, Paris, 28. Nov. 1828: — le chancelier de cour et d'état — — avait donné à supposer, quoique ce ne fût qu'un mensonge, qu'il s'était déjà assuré de la Prusse.

gleich dem brittischen, österreichischen und preußischen von dem Wunsche durchdrungen, zu der Erhaltung des Friedens beizutragen, war von einer Seite, welche sich nur errathen läßt, in einem Sinne bearbeitet worden, die es allen von Oesterreich ausgehenden Anmuthungen im höchsten Grade abgeneigt machte. Karl X. hatte, bei aller Unfähigkeit zu großen politischen Auffassungen, von seinen Vorfahren auf dem Throne die alten Ueberlieferungen ihrer Politik geerbt, die in dem Hause Oesterreich den natürlichen Gegner französischer Macht und Größe sah. Seit dem mehr mit Gold als mit Blut erkauften Ruhme des spanischen Feldzuges hielt Karl X. sich berufen, den Thron der Bourbonen wieder mit dem Glanze und dem Ansehen zu umgeben, welche derselbe in den Tagen Ludwig's XIV. besessen hatte. Wohin er aber immer die Blicke wenden mochte, um den französischen Einfluß geltend zu machen, hatte überall bereits Oesterreich festen Fuß gefaßt. Oesterreich gebot in Italien von den Alpen bis zum Golf von Tarent, und in dem deutschen Bunde hatte Oesterreich selbst über Preußen ein entschiedenes Uebergewicht, das für französische Ränke nirgend den geringsten Raum ließ. Am empfindlichsten war dem französischen Hofe, daß auch zu Turin, unmittelbar an den Thoren Frankreichs, der österreichische Einfluß jede Mitbewerbung ausschloß. Die Stimmung, die eine natürliche Folge dieser Thatsache war, wurde auf geschickte Weise benutzt, um einem Gerüchte Eingang zu verschaffen, welches Oesterreich darauf hinarbeiten ließ, den Prinzen von Carignan, der seine früheren revolutionairen Verirrungen durch seine Theilnahme an dem spanischen Feldzuge unter dem Herzog von Angoulême gebüßt hatte, vom sardinischen Throne auszuschließen, weil derselbe der Hinneigung zu Frankreich verdächtig war. Zu dieser politischen Eifersucht, die allein hinreichend war, das Cabinet der Tuilerien dem österreichischen zu entfremden, kam noch eine zwar grundlose, aber deshalb nicht weniger mächtig wirksame Besorgniß, die, durch treulose Einflüsterungen genährt, eine Quelle nicht bloß des Mißtrauens, sondern des entschiedensten Hasses zu werden drohte. Der Sohn Napoleon's, der Herzog von Reichstadt, wurde zu Wien erzogen; Kaiser Franz gab ihm vielfache Beweise persönlichen Wohlwollens, hielt aber Alles von ihm entfernt, was Gedanken des Ehrgeizes in ihm erwecken konnte. Dennoch blieb er der Erbe des väterlichen Ruhmes, und die Möglichkeit war allerdings denkbar, daß einst Umstände eintreten konnten, die ihm gestatteten, auch auf ein anderes Erbe Anspruch zu erheben. Nichts war leichter, als dem schwachen

Gemüthe Karl's X. als wirklich erscheinen zu lassen, was doch nur eine weit entfernte Möglichkeit war. Der Starke glaubt gern, was er hofft, der Schwache, was er fürchtet. Karl X. wurde überredet, daß österreichische Sendlinge in Frankreich bemüht wären, die napoleonischen Erinnerungen zurückzurufen und ihren Schimmer in der Meinung der Nation auf den Herzog von Reichstadt zu übertragen. Der Herzog von Wellington kannte die Stimmung, die in den Tuilerien gegen Oesterreich herrschte; er hütete sich daher wohl, dem französischen Cabinette Vorschläge zu machen, die eine Aufforderung zu gemeinschaftlichem Handeln mit Oesterreich gegen Rußland enthalten hätten, sondern schlug einen andern Weg ein, von dem er hoffte, daß er gleichfalls zum Ziele führen würde. Karl X. war zu hochbetagt, um nicht ein aufrichtiger Freund des Friedens zu seyn; er verbarg sich die Gefahren nicht, die bei längerer Dauer des Kampfes im Oriente der allgemeinen Ruhe drohten, und es war daher nicht allzuschwer, ihn zu einem Schritte zu bestimmen, bei dem Oesterreichs Name nicht genannt zu werden brauchte, und der doch, wenn derselbe weitere Folgen gehabt hätte, der erste Anfang zu dem Werke der Friedensstiftung geworden wäre. Das französische Cabinet entschloß sich, nach der Unterzeichnung des Protocolls vom 16. November, einen Bevollmächtigten nach Konstantinopel zu schicken, um die Pforte zu der Annahme der darin festgestellten Bedingungen zu vermögen und dieselbe bei dieser Gelegenheit zugleich über ihre Lage aufzuklären und ihr die dringende Nothwendigkeit begreiflich zu machen, in der sie sich befände, den Krieg um jeden Preis durch alle Zugeständnisse zu beendigen, die Rußland billiger Weise fordern könnte. Ehe dies geschah, hatte der russische Gesandte zu Paris, Graf Pozzo di Borgo, der von dem Plane des Fürsten Metternich genau unterrichtet war, sich beeilt, denselben dem französischen Hofe mitzutheilen und dessen Abneigung gegen das österreichische Kaiserhaus zu seinen Zwecken auszubeuten. Es gelang ihm, von Karl X. die Zusage zu erhalten, daß er mit Rußland unter allen Umständen vereinigt bleiben wolle; und bei den Hindeutungen auf die Möglichkeit eines Bruches mit Oesterreich, die sich von selbst darboten, scheint sogar bereits davon die Rede gewesen zu seyn, daß Frankreich, sofern es in diesem Falle mit Rußland gemeinschaftliche Sache mache, darauf rechnen könne, durch den Erwerb des linken Rheinufers entschädigt

zu werden*). Diese Lockung verfehlte auf einen Charakter, der wie jener Karl's X. aus Schwäche und Starrsinn, Eitelkeit und Selbstüberhebung zusammengesetzt war, ihre Wirkung nicht. Der Rhein war in der Meinung der Franzosen, seit die Revolution denselben für Frankreich gewonnen, ihre natürliche Grenze; und ungeachtet des glühenden Hasses, den Karl X. gegen die Revolution im Busen trug, war er doch ein zu guter Franzose, als daß er die Vorurtheile, die aus der Eitelkeit der Nation hervorgingen, nicht getheilt hätte. Von den geheimen Verhandlungen, die zu Paris zwischen dem russischen Botschafter und dem französischen Cabinette stattfanden, hatte Fürst Metternich schwerlich eine Ahnung, doch wurde er frühzeitig genug darauf aufmerksam gemacht, welchen Vortheil die russische Diplomatie über seine Politik davon getragen. Als Graf Lebzeltern, der mit einer vertraulichen Sendung nach London beauftragt worden war, auf der Rückreise zu Paris den französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen von Laferronays, fragte, was er in seinem Namen dem Fürsten Metternich Neues berichten könne, erwiederte ihm dieser: »Sagen sie dem Fürsten, daß der König nie zu einem gemeinschaftlichen Schritte gegen den Kaiser von Rußland die Hand bieten wird, um ihn zum Frieden zu ermahnen oder sich in seine Angelegenheiten in irgend einer Art einzumischen.« Im weiteren Verlaufe des Gespräches äußerte Graf Laferronays: die französische Regierung lege nicht den geringsten Werth auf das Gewicht, welches man seit einiger Zeit dem Sohne Napoleon's geben zu wollen scheine, und eben so wenig beachte sie die Mühe, die einige Personen sich machten, ihn dem Gedächtnisse der Franzosen zurückzurufen. »Die Franzosen,« sagte der französische Minister, »werden keinen Souverain von der Hand der Fremden annehmen, und am wenigsten diesen, wäre es auch nur, weil er als ein österreichischer Erzherzog betrachtet wird.« Hr. v. Laferronays erwähnte auch des Gerüchtes, als ob der Fürst Metternich den König von Sardinien gegen Frankreich einzunehmen und zu der Ausfertigung einer geheimen Acte zu bestimmen suche, durch welche der Herzog von Carignan von der Nachfolge ausgeschlossen werden sollte. Diesen Gerüchten, bemerkte

*) Am 28. November 1828 schrieb Graf Pozzo di Borgo in der bereits erwähnten geheimen Depesche: Il serait peut-être sage et utile de familiariser aussi la politique Prussienne avec l'idée que, si les évènemens lui fournissent l'occasion de s'aggrandir, la France de son coté ne peut se compromettre et se battre *en pure perte*.

der hochmüthige Franzose, könne er um so weniger Glauben beimessen, als Fürst Metternich, sofern dieselben sich verwirklichen sollten, in Italien gerade das herbeiführen würde, was er allen Grund habe zu vermeiden, nämlich die allgemeine Umwälzung, die in diesem Lande bei dem Anblicke des französischen Heeres ausbrechen müßte, welches in einem solchen Falle auf dem Gipfel der Alpen erscheinen würde.

Der preußische Hof, der schon durch die Bande der Verwandtschaft zu enge mit Rußland verbunden war, als daß er anders als im äußersten Nothfalle sich hätte entschließen können, den russischen Interessen kräftig entgegen zu treten, wurde durch seinen Gesandten zu Paris von Allem, was hier vorging, unterrichtet und säumte jetzt nicht länger, die förmliche Erklärung abzugeben, daß er weit davon entfernt sey, den Plan des Fürsten Metternich zu billigen, den man vielmehr für gefährlich und unsausführbar halte, was derselbe in der That geworden war, nachdem Frankreich entschieden für Rußland Partei ergriffen.

Fürst Metternich ließ sich durch alle obwohl noch so unerwartete Hindernisse, auf die er stieß, nicht entmuthigen. Es lag zu offenbar in dem wohlverstandenen Interesse aller Höfe, dem Kampfe zwischen Rußland und der Pforte, der bei längerer Fortdauer diese dem Untergange entgegen führen mußte, Einhalt zu thun, als daß er so leicht die Hoffnung hätte aufgeben sollen, seinen von der uneigennützigsten Sorge für das gemeine Wohl eingegebenen Vorschlägen Eingang zu verschaffen. Er wußte, daß Rußland von Anfang bemüht gewesen war, den Krieg, der von russischer Seite ein reiner Angriffskrieg war, als einen nur durch die unbeugsame Hartnäckigkeit der Pforte hervorgerufenen darzustellen. Auch nach der Beendigung des Feldzuges, der ihre Erwartungen so sehr getäuscht hatte, beharrten die russischen Diplomaten in diesem Systeme, indem sie mit unglaublicher Naivetät behaupteten, der Kaiser habe den Kampf absichtlich mit unzulänglichen Steitkräften eröffnet, weil er die Türken nicht auf das Aeußerste treiben, sondern ihnen Zeit lassen wollte, sich zu besinnen. Um die von der Halsstarrigkeit des Sultans hergenommenen Vorwände zur Verlängerung des Krieges zu widerlegen, gab es kein besseres Mittel, als den Beweis zu führen, daß die Pforte gern bereit sey, alle billige Bedingungen, unter denen ihr der Friede geboten würde, anzunehmen. Dies war denn auch der Weg, den Fürst Metternich einschlug. Graf Apponyi, der österreichische Bot-

schafter zu Paris, theilte dem französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten eine Depesche mit, die vermuthlich nur deshalb der Form nach an das Londoner Cabinet gerichtet war, weil man es vermeiden wollte, sich einer directen Zurückweisung auszusetzen. In dieser Depesche erklärte der österreichische Staatskanzler, daß der Sultan von dem aufrichtigen Wunsche einer Herstellung des Friedens durchdrungen sey; daß er aber keinen Frieden wolle, der ein bloßer Waffenstillstand wäre und, gleich den früheren Friedensverträgen, die Keime zu neuen Entzweiungen in sich trüge, sondern einen Frieden, welcher dem osmanischen Reiche und dem übrigen Europa volle Sicherheit gewähre, und daß dieser Zweck seiner Ueberzeugung nach nur durch einen Congreß erreicht werden könne, der von den kriegführenden Parteien und von den vornehmsten europäischen Mächten gebildet und dessen Ergebniß unter die Bürgschaft aller Mächte gestellt würde. Diese Eröffnung konnte dem unbefangenen Urtheile keinen Zweifel über die friedlichen Gesinnungen der Pforte lassen. Die Voreingenommenheit des französischen Cabinettes gegen Oesterreich war aber viel zu fest gewurzelt, als daß dieselbe durch die unzweideutigsten Thatsachen noch zu erschüttern gewesen wäre. Herr von Laferronays begnügte sich, dem Grafen Apponyi zu entgegnen, daß sein König es abgelehnt habe, sich irgend einem Schritte anzuschließen, der eine Einmischung in den Krieg zwischen Rußland und der Pforte zum Zwecke habe, und daß Se. Majestät auf diesem Entschlusse beharre. Nachdem auf diese Weise alle Bemühungen des Fürsten Metternich gescheitert waren, beschloß der Herzog von Wellington, der mit dem österreichischen Staatskanzler vollkommen einverstanden war und sich nur deshalb bisher im Hintergrunde gehalten hatte, um den persönlichen Einfluß, den er am französischen Hofe durch seinen Antheil an dem Sturze Napoleon's und an der Wiedererhebung der Bourbonen besaß, nicht ohne Noth bloßzustellen, seinerseits vorzutreten und das letzte Mittel anzuwenden, von dem sich noch irgend ein Erfolg erwarten ließ. Der französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten war zu unbedingt für die russischen Interessen gewonnen, als daß eine Veränderung in der französischen Politik möglich gewesen wäre, so lange er an der Spitze der Geschäfte stand. Aber Karl X. war dem Grafen von Lafernonays persönlich wenig geneigt; sein alter Lieblingswunsch war, dem Fürsten von Polignac, dem Vertrauten seiner geheimsten Neigungen, der die Stelle eines Botschafters in London bekleidete, die Leitung des auswärtigen Departements zu

übertragen. Darauf baute der Herzog von Wellington, dem es leicht geworden war, den Fürsten Polignac bei seiner Uebereinstimmung mit den politischen Gesinnungen der brittischen Aristokratie auch für die brittischen Ansichten in Bezug auf auswärtige Politik zu gewinnen, seinen Plan. Fürst Polignac wurde auf Befehl Karl's X. nach Paris berufen; er selbst hielt seine Ernennung zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten für gewiß, und da er von dem ganzen dunkeln Getriebe, durch welches sein Monarch zu Rußland hinübergezogen war, keine Kenntniß hatte, sondern diese Wendung der französischen Politik bloß für das Werk des Staatsmannes hielt, den er als seinen Vorgänger im Amte betrachtete, so hatte er bei seiner ersten Vorstellung in den Tuilerien nichts Eiligeres zu thun, als sich über die Nothwendigkeit eines Verständnisses mit England und Oesterreich zu verbreiten, um dem Oriente den Frieden zu geben. Karl X. entgegnete ihm, daß eine solche Vereinigung ihren Zweck nothwendig verfehlen und den Krieg nur erbitterter machen würde. »Ich will mit Rußland vereinigt bleiben,« sagte er. »Wenn Kaiser Nicolaus Oesterreich angreift, werde ich mich gerüstet halten und mein Verfahren nach den Umständen einrichten; greift dagegen Oesterreich ihn an, so werde ich meine Truppen sofort gegen Oesterreich marschiren lassen. Vielleicht kann ein Krieg gegen den Wiener Hof mir nützlich seyn, weil derselbe den inneren Uneinigkeiten ein Ende machen und die Nation im Großen beschäftigen würde, wie sie es wünscht« *). Fürst Polignac war erstarrt; er wurde nicht Minister der auswärtigen Angelegenheiten, sondern kehrte auf seinen Posten nach London zurück.

Auf eine so entschiedene Sprache von Seiten Frankreichs war weder der Herzog von Wellington, noch Fürst Metternich gefaßt. Der Plan, über den beide sich verständigt hatten, beruhte auf der Voraussetzung, daß es ihnen gelingen würde, Rußland auf dem Wege friedlicher Unterhandlungen zur Nachgiebigkeit zu vermögen, wobei es denn höchstens nothwendig geworden wäre, einige englische Linienschiffe nach der Ostsee und nach dem Mittelmeere abzuschicken und ein österreichisches Heer an der galizischen und ungarnschen Grenze aufzustellen. Im schlimmsten Falle würde man sich auch wohl nicht gescheut haben, Gewalt zu brauchen, sofern man mit Sicherheit darauf

*) S. die Worte Karl's X. in der geheimen Depesche des Grafen Pozzo di Borgo, Paris, 14. Dec. 1828.

rechnen konnte, daß Rußland seinen eigenen Kräften überlassen geblieben wäre. Einen Kampf zu beginnen, in dem Österreich und England auf der einen, Rußland, Frankreich und wahrscheinlich auch Preußen auf der andern Seite gestanden hätten und durch den daher die ganze vor vierzehn Jahren mit so ungeheuern Opfern begründete oder hergestellte Ordnung der Dinge in Europa von Neuem in Frage gezogen worden wäre, durfte man aber ohne die äußerste dringendste Noth sich nicht entschließen; und diese war noch keineswegs vorhanden. Denn wie gehässig auch die Stimmung des französischen Cabinettes gegen Oesterreich, und wie enge die Freundschaft zwischen dem Berliner und den St. Petersburger Hofe war, so konnte doch Frankreich so wenig als Preußen eine Vermehrung der russischen Macht im Oriente irgend erwünscht seyn, welche das Bestehen des osmanischen Reiches ernstlich gefährdet hätte; und so wie der Kampf zwischen Rußland und der Pforte eine Wendung nahm, die zu einem solchen Ergebnisse zu führen drohte, ließ sich daher mit ziemlicher Gewißheit vorhersehen, daß die Verbündeten Rußlands die ersten seyn würden, welche das St. Petersburger Cabinet von einer weiteren Verfolgung seiner Vortheile abmahnten. Es handelte sich daher eigentlich nur um die Zeit, zu welcher die von dem Fürsten Metternich gewünschten gemeinschaftlichen Schritte zur Herstellung des Friedens geschehen sollten; und die Nachtheile, welche aus einer noch so späten Verzögerung hervorgingen, konnten nie so groß seyn, wie jene, die ein Krieg zur Folge gehabt hätte, in den alle europäische Mächte verwickelt worden wären. Fürst Metternich entschloß sich deshalb, obwohl ungern und mit schwerem Herzen, auf den Plan, den er mit aller Kraft seines Geistes durchzuführen bemüht gewesen war, zu verzichten. In einer Unterredung, welche er mit dem russischen Gesandten zu Wien, Herrn von Tatitschew hatte, stellte er die ihm untergeschobene Absicht, eine Einmischung der Mächte in die Angelegenheiten des russischen Kaiserreiches zu bewirken, in den bestimmtesten Ausdrücken in Abrede. Bald darauf richtete Kaiser Franz ein eigenhändiges Schreiben an den Kaiser von Rußland, worin er die freundschaftlichsten Gesinnungen gegen diesen aussprach, sein Bedauern darüber zu erkennen gab, daß durch die Fortdauer des Kampfes im Oriente die Hoffnungen der revolutionairen Parteien im westlichen Europa neue Nahrung erhielten, jedoch zugleich darauf hinwies, wie wichtig es gerade deshalb wäre, zwischen den Souverainen das aufrichtigste Einverständniß zu erhalten. Das St. Petersburger Cabi-

net, hoch erfreut, von der Verlegenheit befreit zu seyn, in welche Oesterreichs drohende Haltung dasselbe versetzte, kam diesen Versuchen einer Annäherung auf halbem Wege entgegen. Schon Herr von Tatitschew war klug genug gewesen, den Schein anzunehmen, als ob er den Versicherungen des Fürsten Metternich den unbedingtesten Glauben beimesse, obgleich er die Beweise des Gegentheils in Händen hatte *). Kaiser Nicolaus ging ganz auf die Ansichten ein, die der Kaiser von Oesterreich in seinem Schreiben geäußert hatte; er versicherte, daß er die Verpflichtungen nie aus dem Auge verloren habe, welche ihm die denkwürdigen Verhandlungen auflegten, denen die Welt seit funfzehn Jahren die Ruhe verdanke; er erkannte die Nothwendigkeit an, der Verwicklung im Oriente so bald als möglich ein Ziel zu setzen, unterließ aber nicht hervorzuheben, daß die Lösung eine Rußlands würdige seyn, dem russischen Reiche jenes Ansehen, jenes Gefühl der Kraft geben müsse, welches dasselbe in früheren entscheidenden Verhältnissen allein befähigt habe, seinen Verbündeten wirksamen Beistand zu leisten. Durch die Erklärungen, die der Ueberbringer des kaiserlichen Handschreibens nach St. Petersburg, Graf Fiquelmont, hinzufügte, wurde wenigstens äußerlich jeder Schatten, der die gegenseitigen Beziehungen zwischen Rußland und Oesterreich getrübt hatte, gehoben; und das St. Petersburger Cabinet konnte mit um so größerer Sicherheit alle seine Kräfte ungetheilt zu der Fortsetzung des türkischen Krieges aufbieten, da man wohl wußte, daß die Schwierigkeiten, mit denen England in seiner innern Lage zu kämpfen hatte, von dieser Seite so leicht keine Gefahr befürchten ließen. Nur durch die genaue Kenntniß, die man in St. Petersburg von den inneren Verhältnissen des brittischen Inselreiches hatte, welche für den Augenblick die Sorge der englischen Regierung beinahe ausschließlich in Anspruch nahmen, erklärt sich die Zuversicht, mit der man bereits im Spätsommer 1828 es wagen konnte, eine Schiffsabtheilung aus der Ostsee zur Verstärkung der russischen Seemacht im Mittelmeere abzuschicken und die Meerenge der Dardanellen in Blockadezustand zu versetzen, obgleich man früher

*) Dépêche réservée de Mr. de Tatitscheff, Vienne, 5 Févr. 1829. — j'aurais pu en démontrer l'existence au Prince de Metternich lui-même, si — je n'avais cru plus opportun de ne pas prolonger nos discussions sur un fait, qui appartient désormait au domaine de l'histoire. Vergl. Dépêche de Mr. le Cte de Nesselrode à Mr. de Tatitscheff, St. Petersbourg, 24 Févr. 1829.

das förmliche Versprechen ertheilt hatte, sich im mittelländischen Meere der Ausübung aller Rechte einer kriegführenden Macht zu enthalten. Die englische Regierung erkannte die Blockade an und betrachtete es als ein großes Zugeständniß, welches Rußland ihr machte, daß dieselbe sich nur auf Kriegsbedürfnisse und Mundvorräthe erstrecken und den englischen Handel nicht weiter beeinträchtigen sollte. Die Blockade wurde den ganzen Winter hindurch aufrecht gehalten, so schwierig sie auch durch die Stürme wurde, die während der rauhen Jahreszeit in diesen Gewässern herrschen.

Sultan Mahmud, obwohl in den Hoffnungen getäuscht, die er auf die Verwendung der ihm befreundeten Mächte setzte, beharrte ungebeugten Muthes in dem Entschlusse, die letzte Kraft des Reiches zusammenzuraffen, um dem übermächtigen Feinde zu widerstehen. Unmittelbar nach dem Falle von Warna hatte er den Verräther Jussuf Pascha in die Acht erklärt und alle seine Güter eingezogen; auch der Großwesir war wegen der Lauheit, mit der er gesäumt hatte, der bedrängten Feste Hülfe zu bringen, bis es zu spät war, bestraft und seines Amtes entsetzt, dagegen der tapfre Kapudan Pascha zu seinem Nachfolger ernannt worden. Dieser sollte während des Winters Alles aufbieten, um den verlorenen wichtigen Waffenplatz wieder zu gewinnen, was keineswegs unmöglich schien, nachdem die russische Hauptmacht über die Donau zurückgegangen war. Als der neue Wesir bei dem Heere eintraf, fand er dieses jedoch in einem Zustande, der ihn bald von der Unausführbarkeit des kühnen Planes überzeugte. Die regelmäßigen Truppen, die während des Feldzuges durch ihre Tapferkeit alle Erwartungen übertroffen, hatten furchtbar gelitten; von wenigen Bataillonen waren mehr als dürftige Stämme übrig; die unregelmäßigen Schaaren aus Europa waren ihrer alten Gewohnheit gemäß nach Hause gegangen, und die Asiaten, die sich in dichten Massen bei dem Heere einzufinden anfingen, waren zu einem Winterfeldzuge auf keine Weise geeignet. Der feurige Izzed Mehemed Pascha sah sich daher sehr wider seinen Willen zu einer Unthätigkeit gezwungen, welche sich die Russen in Warna auf das Beste zu Nutzen machten, indem sie nicht allein mit außerordentlichem Eifer an der Herstellung der alten Festungswerke arbeiteten, sondern auch alle vorliegenden Punkte befestigten, welche die Zugänge zu dem Platze vertheidigten. Die kleinen Gefechte, die inzwischen in der Umgegend vorfielen, waren ohne alle Bedeutung. Auch an der Donau ruhten die Waffen, nur gelang es dem unermüdlichen General Geis-

war, sich der beiden kleinen Festen Kale und Turnow zu bemeistern, die, auf dem linken Ufer des Stromes der Festung Nikopolis gegenüber gelegen, der starken Besatzung dieses Platzes gestatteten, so oft es derselben beliebte, Einfälle in die Walachei zu unternehmen. Von ungleich größerer Bedeutung war die Einnahme der Stadt Sisseboli, welche durch die russische Flotte zu Ende des Februars bewirkt wurde. Die Küste des schwarzen Meeres von dem südlichen Abhange des Balkan bis zum Eingange des Bosporus ist großentheils steil abfallend und daher von der Seeseite nur an wenigen Stellen zugänglich. Gerade da, wo der Hauptrücken des Balkan mit dem Vorgebirge Emineh in das Meer hineinragt, bildet aber der Meerbusen von Burgas einen tiefen mit vielen großen und kleinen Buchten versehenen Einschnitt in das Land, der mehrere vortreffliche Ankerplätze für die größten Kriegsschiffe darbietet und dessen Besitz daher für ein Heer, das, durch eine Flotte unterstützt, gegen Konstantinopel vordringen will, von der höchsten Wichtigkeit ist. Vier befestigte Plätze liegen hier auf den Punkten, welche die besten und bequemsten Ankerplätze beherrschen: Mesambri, Achioliu, Burgas und Sisseboli. Von diesen nimmt Sisseboli die äußerste Spitze einer schmalen Landzunge ein, welche den Meerbusen im Südosten begrenzt. Weil in keinem früheren Kriege eine Unternehmung gegen den Meerbusen von Burgas versucht worden war, so hielten die Türken sich zu der Voraussetzung berechtigt, daß dies auch in dem gegenwärtigen nicht der Fall seyn würde. Alle Vertheidigungsanstalten waren daher auf das Äußerste vernachlässigt, und namentlich war Sisseboli zwar von 1600 Arnauten besetzt, aber nur mit 11, noch dazu zum Theil leichten Geschützen versehen worden, die zu der Abwehr eines ernsteren Angriffs durchaus unzureichend waren. Die Russen, die von allen diesen Umständen unterrichtet waren, beschlossen, dieselben nicht unbenutzt zu lassen. Der Contreadmiral Kumani nahm zu Warna Landungstruppen ein und erschien vor Sisseboli. Die türkischen Geschütze wurden durch wenige Lagen der russischen Kriegsschiffe zum Schweigen gebracht, und der feige Commandant übergab den Platz, aus dem sich jedoch die Besatzung, die nach den Bedingungen der Capitulation kriegsgefangen seyn sollte, in guter Ordnung zurückzog. Die Russen besetzten die mit so leichter Mühe eroberte Stadt mit sieben Bataillonen und errichteten auf der Landenge, von der sie allein einen Angriff zu befürchten hatten, starke Verschanzungen, hinter denen sie sich um so mehr gesichert hielten, als dieselben zur See durch das Feuer ihrer Kano-

nenboote unterstützt werden konnten. Erst nach dem Verluste von Sisseboli sahen die Türken den großen Fehler ein, den sie durch die Vernachlässigung ihrer Vertheidigungsanstalten begangen hatten. Hussein Pascha brach mit einigen tausend Mann von Schumla auf und nahm mit denselben gegen Ende des März eine Stellung bei Achirliu ein, um wenigstens zu verhindern, daß diesem Platze, vor dem die russische Flotte sich bereits gezeigt hatte, so wie Mesambri und Burgas nicht ein ähnliches Schicksal widerführe. Am 9. April machte er einen Versuch, Sisseboli wieder zu gewinnen. Er griff die Schanzen auf der Landzunge, die von einem Bataillon vertheidigt wurden, mit solchem Ungestüm an, daß er derselben sich ohne Zweifel bemächtigt haben würde, da eine Anzahl seiner Leute bereits in das Innere eingedrungen waren, wenn nicht die übrigen russischen Bataillone aus der Stadt noch zu rechter Zeit zur Hülfe herangekommen wären. Da die ganze Macht, welche den Sturm unternommen hatte, aus nicht mehr als 5000 Mann bestand, also den Russen nicht einmal an Zahl gewachsen war, so wurde sie jetzt mit Verlust zurückgeschlagen und mußte froh seyn, sich unbelästigt nach Burgas zurückziehen zu können.

Diese Vorgänge, die sich noch im Laufe des Winters ereigneten, waren das Vorspiel der ernsten Kämpfe, welche bevorstanden, sobald die günstigere Jahreszeit die Eröffnung der Feindseligkeiten im Großen gestattete. Das russische Heer, das sich zu Anfange des Maimonates von Neuem zum Uebergange über die Donau anschickte, war durch die Verstärkungen, die es aus dem Innern des Reiches erhalten, auf nahe an 150,000 Mann gebracht worden und führte nicht weniger als 540 Geschütze mit sich. Die regelmäßigen Truppen, welche die Pforte dieser Kriegsmacht entgegenzustellen vermochte, beliefen sich auf nicht mehr als 42,000 Mann, von denen noch dazu 12,000 zum Schutze der Hauptstadt zurückbleiben mußten, so daß eigentlich nur 30,000 Mann wirklich im Felde erschienen. Dazu kam allerdings eine Masse von 100,000 unregelmäßigen Streitern, die aber bei all ihrer Tapferkeit, wie sich dies besonders im asiatischen Feldzuge gezeigt hatte, wenig geeignet waren, es im freien Felde mit europäisch disciplinirten Truppen aufzunehmen. Auch war die Artillerie des türkischen Heeres auf keine Weise im Stande, sich mit der russischen zu messen; denn sie zählte nur etwa 100 Geschütze und diese waren zum bei weitem größten Theile mit Büffeln bespannt, also schon durch die Ungeschicklichkeit ihrer Bewegungen gegen die um mehr als das Fünffache stärkeren feindliche Artillerie im entschieden-

sten Nachtheile. Den Oberbefehl über das russische Heer hatte nach der Abdankung des Feldmarschalls Fürsten Wittgenstein, der den Erwartungen des Kaisers im ersten Feldzuge wenig entsprochen, General Diebitsch erhalten, der einen von dem früheren völlig verschiedenen Feldzugsplan entwarf. Um einen festen Stützpunkt an der Donau zu gewinnen, wollte er zuvörderst mit seiner Hauptmacht Silistria belagern. Während der Belagerung sollte General Roth sich begnügen, das türkische Heer bei Schumla zu beobachten, ohne sich in ein ernstes Treffen einzulassen. Wagte dasselbe sich jedoch aus seinen festen Stellungen, entweder in der Absicht, Silistria zu entsetzen, oder das Corps unter Roth anzugreifen, so weit hervor, daß sich eine Gelegenheit zu einer entscheidenden Schlacht bot, so wollte Diebitsch diese benutzen, die Türken, wie er mit Gewißheit voraussetzte, schlagen und, sobald er sich auf diese Weise den Rücken gesichert, den Balkan übersteigen, um gegen Adrianopel und Konstantinopel vorzudringen. Der Uebergang über den Balkan sollte um jeden Preis erzwungen werden, selbst wenn die Türken vorsichtig genug waren, jeder Hauptschlacht auszuweichen. Nur mußte in diesem Falle die Einnahme von Silistria abgewartet werden, weil die Türken sonst diese Feste entsetzt und alle Verbindungen des vorrückenden Heeres mit seinen Reserven und seinen Magazinen unterbrochen hätten. Am 8. Mai ging das russische Heer auf einer Schiffbrücke bei Hirsowa über die Donau, konnte aber auf der Straße gegen Silistria nur langsam vorrücken, weil der Strom ausgetreten war und weite Strecken überschwemmt hatte. Daher kam es, daß die Russen erst am Morgen des 17. vor Silistria eintrafen. Noch an demselben Tage wurde die Einschließung der Festung von allen Seiten zu Stande gebracht, indem die Besatzung aus den Verschanzungen, die sie außerhalb des Platzes inne hatte, vertrieben und die kleine Flotte, welche die Verbindung mit den stromaufwärts gelegenen Festen Rustschuk und Dschiurdschewo unterhielt, durch die russischen bewaffneten Fahrzeuge gezwungen wurde, ihre Zuflucht unter die Kanonen der Festung zu nehmen. Die Türken waren so nachlässig gewesen, daß sie nicht einmal die Werke zerstört hatten, welche die Russen bei ihrer Belagerung im vorigen Jahre aufgeworfen. General Diebitsch fand diese daher ziemlich unversehrt vor und konnte sich die Anlegung einer ersten Parallele ersparen. Dennoch verzögerte sich die eigentliche Eröffnung der Belagerung länger, als er gehofft hatte, weil sein schweres Geschütz noch zurück war, und weil das hohe Wasser den Bau der

Schiffsbrücke sehr erschwerte, die er unterhalb Silistria anlegen ließ, um auf derselben seinen Belagerungstrain über den Strom zu schaffen.

Während die russischen Colonnen aus ihren Standquartieren in Bessarabien nnd in der Moldau gegen die Donau heranzogen, um diesen Strom zu überschreiten, verlor das türkische Heer, welches sich allmälig wieder, an 40,000 Mann stark, bei Schumla gesammelt hatte, eine kostbare Zeit in unbegreiflicher Unthätigkeit. Der Großwesir Izzed Mahemed war bereits im Februar seiner hohen Würde entsetzt worden, weil er das Unmögliche nicht möglich gemacht und Warna, wie der Sultan verlangte, wieder genommen hatte. An seine Stelle war der Seriasker von Rumelien, der kriegserfahrene Reschid Pascha getreten, dem der tapfre Halil Pascha als zweiter im Befehl beigegeben war, da der bisherige Seriasker Hussein Pascha, der das Commando in Rustschuk erhielt, als weniger tauglich erachtet wurde. Erst um die Mitte des Mai setzte der neue Großwesir sich von Schumla aus in Bewegung, um die Entfernung des russischen Hauptheeres zu einem Schlage gegen das Corps des Generals Roth zu benutzen, welches in einem Halbkreise um Warna eine weit ausgedehnte Postenkette besetzt hielt. Am meisten mußte Reschid daran gelegen seyn, den befestigten Flecken Paravadi zu nehmen, weil dieser nur fünf Meilen von Schumla entfernt, jedem Angriffe, den die Russen gegen das türkische Lager unternehmen wollten, zum Stützpunkte diente, und weil überdies von hier aus die bequemste Straße über den Balkan führte. General Roth hatte in der Nähe von Paravadi auf einer Anhöhe bei dem Dorfe Eski Arnautlar sein Lager aufgeschlagen, das er durch Feldschanzen gegen einen Handstreich gesichert hatte. Der Großwesir, der mit zwei starken Colonnen von Schumla ausgerückt war, erschien am 15. Mai bei Tagesanbruch plötzlich am Fuße der Anhöhe und griff die russische Stellung mit solchem Ungestüm an, daß die Russen sich in ihren Redouten, in die der Feind bereits zu wiederholten Malen eingedrungen war, nur mit Mühe behaupteten, als General Wachten von dem nächsten Posten zu Dewno mit frischen Truppen anlangte und dem Gefechte eine andere Wendung gab. Die Türken zogen sich zurück und General Rynden erhielt den Befehl, sie mit zwei Regimentern zu verfolgen. Als das eine dieser Regimenter, jenes von Ochotsk, eine enge Schlucht durchsetzt hatte, wurde dasselbe auf allen Seiten von türkischer Reiterei angefallen und nach tapfrer Gegenwehr bis auf den letzten Mann niedergehauen. General Rynden, der sich dies Unglück durch sein unvor-

sichtiges Vordringen zugezogen hatte, blieb an der Spitze seiner Truppen; die vier Geschütze, die er mit sich führte, fielen dem Feinde in die Hände. Das zweite Regiment, welches umsonst durch die Schlucht zu dringen versucht hatte, um seinen Waffengefährten beizustehen, würde das Schicksal derselben getheilt haben, wenn nicht in dem Augenblicke, wo es zu erliegen im Begriff war, die Besatzung von Paravadi einen kräftigen Ausfall gemacht hätte, während zugleich einige Bataillone aus dem Lager von Eski Arnautlar den Türken in die Flanke fielen und sie zum Abzuge zwangen. Der blutige Kampf, der vom frühen Morgen bis zum Abende gedauert, und in dem die Russen nach ihrem eigenen Geständnisse allein an Todten 1600 Mann verloren, hatte auf den General Roth indessen einen solchen Eindruck hervorgebracht, daß er es nicht wagte, in dem zu sehr bloß gestellten Lager von Eski Arnautlar stehen zu bleiben, sondern nach der weiter rückwärts gelegenen Stellung von Kosludschi zurückging. Der Großwesir berannte jetzt den Flecken Paravadi, der von sechs Bataillonen vertheidigt war, und zu dessen Befestigung die Russen allerdings alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel aufgewandt hatten, der aber bei der ungeheuern Uebermacht der Türken einem mit einiger Geschicklichkeit unternommenen Angriffe schwerlich länger als drei Tage widerstanden hätte. Die Türken waren jedoch in allen Belagerungsarbeiten so unerfahren, daß eine Woche nach der andern verging, ohne daß sie auch nur im Stande gewesen wären, das vorliegende Hornwerk zu nehmen, welches den im Thale gelegenen und von der Nordseite durch eine künstliche Ueberschwemmung gedeckten Flecken gegen die Anhöhe schützte, auf der sie ihre Batterien errichtet hatten.

General Diebitsch, der inzwischen vor Silistria nur geringe Fortschritte gemacht hatte, war von diesen Vorgängen kaum unterrichtet, als er mit sicherm Feldherrnblicke alle Vortheile erkannte, die er aus der Langsamkeit und Ungeschicktheit der Türken ziehen konnte. Die ganze Strecke zwischen Silistria und Schumla war völlig menschenleer, da die Einwohner bei der Annäherung der Russen in die Wälder und Berge entflohen waren; die Russen hatten die wichtigsten militairischen Punkte besetzt, ohne daß es den Türken einfiel, ihnen dieselben streitig zu machen; und da die Türken ungeachtet der vortrefflichen leichten Reiterei, in der die vornehmste Stärke ihrer asiatischen Truppen bestand, es nicht einmal nothwendig fanden, Streifpartien auszuschicken, so erfuhr der Großwesir von Allem, was bei dem russischen Hauptheere an der Donau vorging, nichts, während dieses in

ununterbrochener Verbindung mit dem vorgeschobenen Corps bei Warna und am Fuße des Balkan blieb. Auf die unglaubliche Sorglosigkeit, mit welcher der Großwesir es versäumte, sich auch nur die oberflächlichste Kenntniß von den Bewegungen des Feindes zu verschaffen, baute General Diebitsch seinen Plan. Er ließ das dritte Infanteriecorps unter dem General Krasowski vor Silistria zurück und brach mit dem zweiten, das 21,000 Mann stark war und 94 Geschütze mit sich führte, am 5. Juni aus seinem Lager auf, um sich auf die Verbindungslinie des Großwesirs mit Schumla zu werfen und diesen dadurch zur Annahme einer Schlacht in offenem Felde zu nöthigen. Am 8. Juni erreichte seine Vorhut das Dorf Molatsch, von wo dieselbe sich mit dem General Roth in Verbindung setzte, der inzwischen mit einer Heeresabtheilung von 19,000 Mann zu Fuß und zu Roß und 68 Geschützen seine alte Stellung bei Eski Arnautlar wieder eingenommen hatte. Die leichten Truppen des Generals Roth breiteten sich längs des Newtscha-Thales in der linken Flanke des Großwesirs aus und verdeckten auf diese Weise den Marsch des Generals Diebitsch, der in der Nacht vom 9. auf den 10. in einer Entfernung von nicht mehr als anderthalb Meilen unbemerkt bei dem türkischen Lager vorüberzog, ein schwaches Beobachtungscorps unter dem General Kreutz gegen Schumla vorschickte und sich selbst am 10. bei Kulewtscha und Tschirkowna, halbweges von Schumla nach Paravadi, gerade im Rücken des Großwesirs aufstellte. In der Nacht vom 9. auf den 10. war auch General Roth aus seinem Lager bei Eski Arnautlar aufgebrochen, in dem jedoch die Wachtfeuer fortwährend brennend erhalten wurden, und hatte sich nach Tauschan Kosludschi gewandt, wo er dem Großwesir den Weg verlegte, wenn derselbe sich durch das Newtscha-Thal hätte zurückziehen wollen. Erst am Morgen des 10. nahm Reschid Pascha den Abmarsch des Generals Roth wahr, und da er bald darauf erfuhr, daß der Feind sich bereits in seinem Rücken zeige, so trat er auf der geraden Straße nach Schumla seinen Rückzug an, um das russische Corps, welches es gewagt, seine Verbindungen zu unterbrechen, diese Verwegenheit büßen zu lassen. Er glaubte es immer noch bloß mit dem Corps des Generals Roth zu thun zu haben, und hatte davon, daß er auf ein dem seinigen selbst an Zahl, noch mehr aber an Bewaffnung überlegenes Heer stoßen würde, keine Ahnung. So wie der zu Paravadi commandirende russische General Kuprianow bemerkte, daß die Türken sich zur Aufhebung der Belagerung anschickten, machte er mit

dem größten Theile der Besatzung einen Ausfall, der aber sehr zu seinem Nachtheile ausschlug, indem mehrere seiner Bataillone beinahe völlig vernichtet wurden. Das türkische Heer marschirte, während die Nachhut dieses Gefecht bestand, über die waldbedeckte Hochebene von Markowtscha in der Richtung gegen Kulewtscha ab, wo General Diebitsch ihrer Ankunft in gespannter Erwartung entgegensah. Um sechs Uhr Nachmittags erschienen die Türken der russischen Stellung gegenüber am Saume des Waldes, aus dem sie die Kosacken, welche denselben besetzt hielten, sogleich herauswarfen. Da sie jetzt sich jedoch überzeugten, daß sie nicht ein vereinzeltes Corps, sondern das ganze russische Heer vor sich hatten, so machten sie Halt und blieben die Nacht über im Walde stehen. Der Großwesir, der einer Schlacht nur dadurch ausweichen konnte, daß er Schumla sich selbst überließ und sich südwärts nach dem Kamtschikflusse zurückzog, war von der Meinung, daß bei Schumla das Schicksal des osmanischen Reiches entschieden werden müsse, zu fest durchdrungen, als daß er diesen Gedanken hätte fassen können. Er beharrte daher auf dem Entschlusse, sich um jeden Preis durchzuschlagen und traf unerschrockenen Muthes seine Vorbereitungen zur Schlacht. Am 11. Juni um 7 Uhr des Morgens trat die türkische Vorhut, 6000 Mann stark, aus dem Walde heraus, einige Bataillone regelmäßiger Infanterie mit neun Geschützen in der Mitte und die Reiterei auf beiden Flügeln. Diebitsch, der, durch die Aussagen der Gefangenen irre geleitet, nicht gewiß war, ob der Großwesir nicht mit seiner Hauptmacht einen andern Weg eingeschlagen, befahl, um sich dessen zu vergewissern, dem General Ostrostschenko die Türken mit seiner aus vier Bataillonen und drei Schwadronen Husaren bestehenden Vorhut anzugreifen, und ließ den General Pahlen mit dem in drei Staffeln aufgestellten zweiten Armeecorps zur Unterstützung nachrücken, während General Roth, der mit seinen Truppen eben erst eingetroffen war, die Reserve bildete. Die Türken wichen bei dem Vordringen der Russen in den Wald zurück und ließen sogar die Batterie im Stiche, mit der sie anfangs das Feuer der russischen Geschütze erwidert hatten. In dem Augenblicke aber, wo die russische Infanterie im Begriffe war, sich der Batterie zu bemächtigen, brach die türkische Reiterei aus dem Hinterhalte, den sie dem Feinde gelegt hatte, hervor, warf die russischen Schwadronen, die sich ihr entgegenstellten, über den Haufen und hieb das Bataillon Murom, auf welches sie sich zuerst stürzte, nieder, ehe dasselbe Zeit gehabt hatte, ein Viereck zu bilden. Auch die drei anderen

russischen Bataillone wurden hart bedrängt, da inzwischen die unregelmäßigen türkischen Fußtruppen herangekommen waren. Der größte Theil wurde niedergemacht, und den Rest rettete nur die aufopfernde Tapferkeit des Husarenregimentes, das immer wieder von Neuem zum Angriffe vorsprengte. Durch diesen günstigen Erfolg war die Kampflust der Türken bis zur Wuth gesteigert worden; sie nahmen das Dorf Tschirkowna, welches die Russen umsonst zu halten versuchten, im ersten Anlaufe, drängten das erste Treffen des Generals Pahlen auf das zweite zurück und hätten nur noch wenig Terrain gewinnen dürfen, um, wenn es der Großwesir nicht vorzog, den so glücklich begonnenen Kampf fortzusetzen, ihren Rückzug nach Schumla auf der Nebenstraße über Tscheremedin und Marasch ohne Gefahr zu bewerkstelligen. Allein das wilde Feuer, mit dem sie gegen die Stellung der Russen herangestürmt waren, verrauchte, als sie bei dem zweiten Treffen des Generals Pahlen einen Widerstand fanden, den sie nicht sogleich zu überwältigen vermochten. Das Gefecht kam zum Stehen. Die Russen behaupteten sich in dem Besitze des an Tschirkowna anstoßenden Dorfes Kulewtscha und feuerten mit 42 Geschützen in die dichten Massen der unregelmäßigen türkischen Truppen, die bei der Verfolgung ihrer anfangs errungenen Vortheile in solche Unordnung gerathen waren, daß es dem Großwesir unmöglich wurde, sie in Angriffscolonnen zu formiren. Die Türken waren um so mehr im Nachtheile, als sie der russischen Artillerie kein einziges Stück Geschütz entgegenstellen konnten, da ihre schwer beweglichen Kanonen ihnen nicht gefolgt waren. Dennoch fochten sie mit verzweifeltem Muthe und fügten den russischen Vierecken durch ihr wohlgerichtetes Gewehrfeuer großen Schaden zu. Da fuhr eine russische reitende Zwölfpfünderbatterie von der Reserve in vollem Trabe bis auf Kartätschenschußweite heran und schmetterte ganze Reihen der Türken nieder. Jetzt hielten diese nicht länger Stand, sondern wandten sich zur Flucht. Noch einmal gelang es dem Großwesir einen Haufen zu sammeln, den er, von acht regelmäßigen Bataillonen unterstützt, von Neuem zum Angriffe gegen den äußersten rechten Flügel der Russen vorführte. Hier wurde er aber mit einem so furchtbaren Kartätschenhagel empfangen, daß seine Schaaren, nachdem sie vergebens in die russischen Vierecke einzubrechen versucht hatten, nicht länger zu halten waren, sondern in wildester Flucht dem Walde zueilten, wobei das regelmäßige Fußvolk größtentheils seine Gewehre wegwarf. Es war drei Uhr Nachmittags und die Schlacht war entschieden. Die

Sieger hatten aber durch die wüthenden Angriffe der Türken so sehr gelitten, und waren durch den achtstündigen Kampf so erschöpft, daß sie in ihren mühsam behaupteten Stellungen stehen blieben, ohne den fliehenden Feind zu verfolgen.

Dem Großwesir blieb nach dem Verluste der Schlacht, um sein Heer zu retten, nichts Anderes übrig, als, da er nach Schumla durchzudringen außer Stande war, seinen Rückzug auf dem einzigen Wege, der ihm noch nicht verschlossen war, nach dem Kamtschik anzutreten. Er durfte hoffen, diese Bewegung ohne großen Verlust auszuführen, da er vierzehn regelmäßige Bataillone, die auf seinem rechten Flügel noch beinahe gar nicht im Feuer gewesen waren, zur Deckung des Rückzuges verwenden konnte. Seine Anordnungen waren, wie es scheint, geschickt genug getroffen. Denn da er seinen rechten Flügel unbeweglich stehen ließ, auch den Saum des Waldes fortwährend mit starken Massen besetzt hielt, so mußten die Russen glauben, daß er noch keineswegs entschlossen sey, den Kampf aufzugeben. Nachdem die russischen Truppen hinreichende Zeit geruht hatten, ertheilte Diebitsch dem General Toll den Befehl, mit zwölf Bataillonen, zwölf Schwadronen und zwei Zwölfpfünderbatterien zum Angriffe vorzurücken. Erst jetzt sah man, daß die Türken sich in den Wald zurückzogen. Die ersten Schüsse der russischen Geschütze sprengten einige Pulverkarren mitten unter den ohnedies nicht in der besten Ordnung abziehenden türkischen Haufen in die Luft. Dadurch entstand unter diesen die heillose Verwirrung. Jeder suchte zu entfliehen, so gut er konnte. Die Kanoniere feuerten ihre Geschütze noch einmal ab, schnitten dann die Stränge durch und sprengten die übrigen Pulverkarren auf. Das ganze türkische Heer löste sich in unordentliche Haufen von 10, 50 oder 100 Mann auf, deren jeder für sich die Richtung einschlug, auf der er am besten durchzukommen hoffte. Auch die regelmäßige Infanterie, die den Rückzug decken sollte, wurde in die allgemeine Flucht mit hineingezogen, warf die Gewehre hinweg und suchte ihr Heil nur in der Schnelligkeit ihrer Füße. Die ersten russischen Bataillone, die in den Wald eindrangen, fanden keinen Feind mehr vor sich; dagegen war die Straße nach Paravadi, die einzige, die durch den Wald führte, zwei Stunden weit, so mit Kanonen, Gepäck und weggeworfenen Waffen gefüllt, daß sie nur äußerst langsam vorrücken konnten, indem zwei ganze Bataillone vollauf zu thun hatten, die Straße zu räumen. Erst gegen Abend erreichten sie Markowtscha, wo sie sich mit dem General Kuprianow

vereinigten, der mit sechs Schwadronen und zwei Bataillonen von Paravadi ausgerückt war. An eine weitere Verfolgung des Feindes war nicht zu denken, da dieser in dem Dunkel der Nacht sich in das unwegsamste Waldgebirge geworfen hatte.

Der Verlust der Türken in der Schlacht war nicht so bedeutend gewesen, daß derselbe auf die Wendung des Krieges einen entscheidenden Einfluß hätte üben können; denn sie hatten nur etwa 2000 Mann an Todten und 1500 Gefangene verloren. Um so verderblicher wurde ihnen die Flucht, in die sich der Rückzug verwandelte. Denn auf diesem büßten sie ihre ganze Artillerie, 48 Geschütze außer den im Treffen den Russen abgenommenen, nebst dem gesammten Materiale ein. Die unregelmäßigen Truppen verliefen sich und suchten auf dem nächsten Wege ihre Heimath zu gewinnen; die regelmäßigen Bataillone waren ohne Waffen und in einem Zustande der Auflösung, der es, selbst wenn sie wieder gesammelt wurden, unmöglich machte, sie in langer Zeit dem Feinde wieder entgegen zu führen. General Diebitsch suchte den Sieg zu benutzen, indem er am Tage nach der Schlacht das Corps des Generals Roth gegen Schumla vorrücken ließ. General Roth sah keinen Feind, bis er jenseits Kasanlie, noch etwa eine Stunde von Schumla, auf zwei Redouten stieß, welche die Russen im vorigen Jahre zur Deckung ihres Lagers erbaut und die Türken seitdem besetzt hatten. Ein Haufe türkischer Reiterei, der sich auf die russische Marschcolonne stürzte, wurde zurückgeschlagen, und beide Redouten, obwohl hartnäckig vertheidigt, wurden genommen. Darauf beschränkte sich aber Alles, was man gegen Schumla unternahm; denn man sah wohl, daß die Besatzung dieses Platzes immer noch zu stark war, als daß sich von einem Angriffe mit stürmender Hand ein günstiger Erfolg erwarten ließ. Eben so wenig, wie ein Sturm auf Schumla, war aber der Uebergang über den Balkan ausführbar; denn da der größte Theil des russischen Heeres noch an der Donau mit der Belagerung von Silistria und der Beobachtung der übrigen türkischen Festungen beschäftigt war, während ein ansehnliches Corps vor Schumla stehen bleiben mußte, so würde Diebitsch zu dem kühnen Unternehmen höchstens 20,000 Mann haben verwenden können, mit denen er bei allem Schrecken, der die Türken nach ihrer Niederlage ergriffen hatte, unmöglich etwas Erhebliches auszurichten vermochte. Was ihn noch mehr bestimmen mußte, mit der äußersten Vorsicht zu verfahren, war die Nachricht, die er von den Rüstungen des Pascha's von Scutari erhielt, dem von der Pforte längst schon der Befehl ertheilt war,

mit allen ihm zu Gebote stehenden Streitkräften nach dem Kriegsschauplatze aufzubrechen, und der jetzt endlich im nördlichen Albanien ein zahlreiches Heer aus den kriegerischen Gebirgsstämmen dieser Gegenden zusammengezogen, mit dem er sich jeden Augenblick nach Bulgarien in Marsch setzen konnte. Unter diesen Umständen hielt Diebitsch es für das Gerathenste, dem geschlagenen Feinde Anerbietungen des Friedens zu machen. Der Großwesir war bereits am 13. Juni, zwei Tage nach der Schlacht, mit einer Schaar von 1000 Reitern, die er auf seiner Flucht allein zusammenzuhalten im Stande war, in Schumla eingetroffen. General Diebitsch schickte den Staatsrath Fontan mit einem Schreiben an ihn ab, worin er erklärte, daß er, den Weisungen seines kaiserlichen Herrn gemäß, nichts so sehr wünsche, als seinen Sieg als ein Mittel zu benutzen, dem Kriege durch friedliche Unterhandlungen ein Ende zu machen, und daß er den Ueberbringer des Schreibens deshalb beauftragt habe, alle näheren Aufschlüsse zu geben, die der Wesir verlangen würde. Reschid Pascha antwortete, als ächter Türke: Da der Sieg und die Niederlage Ereignisse wären, die von dem göttlichen Willen abhingen, so läge es außerhalb der Macht des Menschen zu ändern, was die Vorsehung beschlossen habe. In den Schlachten, welche zuerst bei Eski Arnautlar und darauf bei Kulewtscha stattgefunden, sey der Erfolg den Augen beider Parteien offenbar geworden; der Verlust, den später das Auffliegen der Pulverwagen verursacht, sey nur einem Zufalle zuzuschreiben, den der Wille des Himmels gefügt habe; und die göttliche Weltordnung bringe es so mit sich, daß man einmal auf den Sieg, ein anderes Mal auf die Niederlage gefaßt seyn müsse. Im Uebrigen wünsche er sehnlich, daß der Friede unter Bedingungen abgeschlossen werde, die beiden Reichen vortheilhaft wären; er sey aber ein einfacher Kriegsmann und habe keine Kenntniß von den Staatsangelegenheiten; es werde daher am zweckmäßigsten seyn, den Unterhändler nach Konstantinopel zu schicken, oder einen Tag zu bestimmen, an dem beiderseitige Commissarien zusammentreten möchten.

Dazu hielt Diebitsch sich nicht für ermächtigt; er nahm daher eine Stellung ein, die ihn in den Stand setzte, das türkische Lager vor Schumla genau zu beobachten, und beschloß den Fall von Silistria abzuwarten, ehe er zu weiteren kriegerischen Unternehmungen schritte. Vor Silistria waren inzwischen die Belagerungsarbeiten auf das Kräftigste fortgesetzt worden, obwohl die 8000 Mann starke Besatzung einen Widerstand leistete, der durch seine Ausdauer alle Erwartungen

der Belagerer täuschte. Die ganze Befestigung des Platzes bestand aus einer einfachen Umwallung, mit zehn kleinen Bastionen, die so weit auseinander lagen, daß sie sich gegenseitig nur geringe Unterstützung gewährten. Die wenigen vorliegenden Werke waren ohne alle Bedeutung. In der Nacht vom 26. auf den 27. Mai hatten die Russen ihre zweite Parallele eröffnet, aus der sie ein heftiges Bombardement gegen die Stadt begannen, welches sie aber bald wieder aufgaben, weil sie sich von der Nutzlosigkeit desselben überzeugten. Wiederholte Ausfälle, welche die Besatzung machte, wurden zurückgewiesen; und in der Nacht vom 3. auf den 4. Juni rückten die Belagerer so weit vor, daß sie mehrere Batterien nur 150 Schritt von dem bedeckten Wege anlegten. Die Türken, welche die Ausführung dieser Arbeiten umsonst durch das Feuer der Geschütze von ihren Wällen zu hindern gesucht hatten, beschlossen in der folgenden Nacht einen Ausfall zu unternehmen, um dieselben zu zerstören. Dies Vorhaben wurde durch Ueberläufer, ehemalige Janitscharen, die sich mit der neuen Ordnung noch nicht versöhnt hatten, verrathen; und alle Anordnungen waren daher zum voraus getroffen, um die Ausfallenden nachdrücklich zu empfangen. Dennoch stürzten die Türken mit so wildem Ungestüm auf die russischen Werke, daß sie bis zu der zweiten Parallele vordrangen und sich des mittleren Theiles derselben bemächtigten. Es gelang ihnen jedoch keine einzige der neu angelegten Batterien zu nehmen, und als die in Bereitschaft gehaltenen russischen Reserven anrückten, wurden sie nach hartnäckigem Kampfe in die Festung zurückgeworfen. Um diese zog sich hierauf der Halbkreis der russischen Schanzen und Batterien auf der Landseite immer enger zusammen. Vier Minen, die zu gleicher Zeit gesprengt wurden, füllten den Graben vor zwei Bastionen, welche die Russen schon jetzt hätten stürmen können, wenn sie den verzweifelten Widerstand der Türken nicht gefürchtet hätten; andere Minen legten breite Breschen in die Bastionen, welche von den russischen Batterien mit einem so wirksamen Feuer bestrichen wurden, daß die Besatzung dieselben zu verlassen und sich hinter einen in der Eile aufgeworfenen Abschnitt zurückzuziehen genöthigt war. Am 30. Juni wurde auch in den Hauptwall eine Bresche gesprengt, und mehrere neue Minen waren bereit, die auf diese Weise gemachte Lücke zu erweitern. Dennoch besaßen die Türken noch hinreichende Widerstandsmittel, wenn nur nicht in ihrer Mitte Uneinigkeit ausgebrochen wäre. Der Pascha von Silistria, ein Greis von 70 Jahren, wollte von längerer Vertheidigung nichts

wissen; er hatte die bewaffnete Bürgerschaft auf seiner Seite; und der zweite Commandant, Achmed Pascha, der die aus drei regelmäßigen Bataillonen und einigen tausend Asiaten bestehende Besatzung befehligte, durfte es nicht wagen, mit derselben gegen den Willen der Einwohner die Gegenwehr fortzusetzen, da er in diesem Falle den schmählichsten Verrath zu erwarten hatte. Noch am 30. Juni kam daher eine Capitulation zu Stande, in deren Folge die Festung des andern Tages den Russen übergeben wurde. Die Besatzung wurde kriegsgefangen; den Einwohnern wurde es freigestellt, zu bleiben oder sich mit ihrer Habe zu begeben, wohin sie wollten.

Durch die Einnahme von Silistria war das ganze Armeecorps des Generals Krasowski, das bisher vor diesem Platze gestanden, frei geworden; General Diebitsch beschloß daher jetzt die Ausführung seines alten Planes nicht länger zu verzögern, sondern, sobald er das Krasowski'sche Corps an sich gezogen, dasselbe zur Beobachtung des Großwesirs in Schumla zu verwenden und mit dem Reste des Heeres den Balkan zu übersteigen, um gegen Adrianopel und nöthigenfalls gegen die Hauptstadt des osmanischen Reiches vorzudringen. General Krasowski, durch die schlechten Wege aufgehalten, traf erst am 14., die zweite Abtheilung seines Corps sogar erst am 16. Juli vor Schumla ein; unmittelbar nach seiner Ankunft befahl der russische Oberfeldherr den drei Armeecorps der Generale Rüdiger, Roth und Pahlen, die er jetzt zu seiner Verfügung hatte, sich gegen die Hauptkette des Balkan, an deren Fuße bisher alle Anstrengungen der Russen gescheitert waren, in Bewegung zu setzen. Um den Großwesir zu täuschen, ließ er das Heer nicht die Straße von Eski Schumla nach Adrianopel einschlagen, die gerade vor ihm lag, sondern wandte sich rückwärts nach Jenibazar; von hier marschirte General Roth nach dem untern Kamtschik, um auf der Straße von Warna nach Burgas längs des schwarzen Meeres vorzudringen; General Rüdiger, dem das Corps des Generals Pahlen zur Reserve diente, rückte auf der Straße von Paravadi nach Aidos gegen den Hauptpaß des Balkan an. Am 17. Juli erreichte General Rüdiger den Kamtschik, einen zwar nicht sehr breiten, aber reißenden Gebirgsfluß mit steilen, nahe zusammentretenden Thalrändern und wenigen Fuhrten, an denen die Türken Verschanzungen angelegt hatten, die von schwerem Geschütz vertheidigt waren. Bei Kiuprikoi, wo die große Straße über den Fluß führte, hatten die Türken ihre Anstalten so gut getroffen, daß General Rüdiger daran verzweifelte, den Uebergang zu

erzwingen. Er ging daher zwei Stunden weiter abwärts bis nach dem kleinen Dorfe Karamaly herab, überfiel den hier aufgestellten türkischen Posten und bewirkte am 18. seinen Uebergang, worauf Jussuff Pascha, der zu Kiuprikoi befehligte, da er die Unmöglichkeit einsah, diesen Punkt länger zu halten, sich mit dem Verluste von vier Geschützen auf Aïdos zurückzog. General Roth war um dieselbe Zeit an dem Punkte angelangt, wo die Straße von Warna nach Burgas über den Kamtschik führt. Eine türkische Batterie von 12 Geschützen erwiderte das Feuer, durch welches er sie zum Schweigen bringen wollte, so nachdrücklich, daß er sich gleichfalls zu einer Umgehung entschloß. Er fand tiefer abwärts eine Stelle, die zwar von den Türken nicht unbewacht gelassen, aber nicht durch schweres Geschütz vertheidigt war. Hier bewirkte er am 19. nach einem leichten Gefechte seinen Uebergang und griff sogleich das in der Nähe befindliche verschanzte Lager des Ali Scheffik Pascha an, das er nach lebhaftem Widerstande mit stürmender Hand nahm, worauf die Türken auch ihre Stellung an dem Hauptübergange über den Strom aufgaben. General Roth sowohl als Rüdiger stieg jetzt den eben nicht allzu steil abfallenden Kamm des Balkan hinan, während die Reserve unter Pahlen in die von dem ersten verlassene Stellung einrückte. Beide hatten einige unbedeutende Gefechte zu bestehen, stießen aber erst, als sie den jenseitigen Abhang des Gebirges hinabstiegen, auf feindliche Massen, die stark genug waren, um ihnen einigermaßen erheblichen Widerstand entgegen zu setzen. Abdurrahman Pascha, der die Besatzungen der Plätze am Meerbusen von Burgas und das Beobachtungscorps vor Sisseboli befehligte, hatte die vom untern Kamtschik abziehenden Truppen gesammelt und sich mit denselben, etwa 7000 Mann stark, auf dem rechten Ufer eines kleinen Flusses nicht weit vom Meere aufgestellt. General Roth war kaum mit seiner Vorhut vor dieser Stellung eingetroffen, als er gegen dieselbe, ohne sein Hauptcorps zu erwarten, zum Angriff vorrückte. Die Türken waren aber durch ihre Niederlage am Kamtschik und durch das Erscheinen des Feindes im Süden des so lange für unübersteiglich gehaltenen Balkan so entmuthigt, daß sie nach den ersten Kanonenschüssen die Flucht ergriffen, auf der ihnen die verfolgende Reiterei vier Geschütze und mehrere hundert Gefangene abnahm. Eben so wenig wagten sie sich in den befestigten Plätzen am Meerbusen von Burgas zu vertheidigen. In Mesambri ergab sich die 2000 Mann starke Besatzung, nachdem die Stadt eine Nacht hindurch von den

Feldgeschützen des Generals Roth auf der Landseite beschossen und von der russischen Flotte, die bereits seit einigen Tagen auf der Rhede ankerte, bombardirt worden war. Achioliu besetzte die Mannschaft eines Linienschiffes, welches den Ort von den Türken verlassen fand. Aus Burgas entfloh die Besatzung, als die leichte Reiterei der Vorhut des Generals Roth vor der Stadt erschien.

Obwohl die ersten Abtheilungen des russischen Heeres bereits am 14. vor Schumla abgezogen waren, so vergingen doch beinahe acht Tage, ohne daß der Großwesir auch nur eine Ahnung von der Richtung ihres Marsches hatte. Erst am 20., nachdem auch die Reserve aufgebrochen war und nachdem General Krasowski sich auf Jenibazar zurückgezogen hatte, wurde dem türkischen Feldherrn plötzlich, wie durch einen Blitzstrahl, die wahre Lage der Dinge klar. Er entsandte sogleich einige Bataillone Infanterie und eine Reiterabtheilung nach Kiuprikoi, um diesen wichtigen Posten zu verstärken, den die Türken aber bei ihrer Ankunft bereits vom Feinde besetzt fanden, worauf sie auf einem Nebenwege Aidos gewannen. Der Befehlshaber, Ibrahim Pascha, dessen ganze Macht nicht über 8000 Mann stark war, sah die Unmöglichkeit ein, mit derselben den Marsch des ganzen russischen Heeres aufzuhalten; er faßte daher den einzigen Entschluß, von dem er sich noch einigen Erfolg versprechen konnte, indem er sich auf das vereinzelte Corps des Generals Rüdiger warf, welches in geringer Entfernung von Aidos Halt gemacht hatte, um die beiden Corps der Generale Pahlen und Roth, die in seiner linken Flanke marschirten, zu erwarten. Die russische Vorhut wurde zurückgedrängt; als die Türken jedoch auf das Hauptcorps stießen, wurden sie nach kurzem Gefechte ihrerseits zum Rückzuge gezwungen. Rüdiger folgte den in Unordnung Fliehenden auf dem Fuße, und griff sogleich Aidos, so wie die zur Seite dieser Stadt vom Feinde besetzten Stellungen an. In den engen Straßen von Aidos wurde hartnäckig gekämpft; so wie aber hier der Widerstand überwältigt war, ergriffen die Türken auf allen Seiten die Flucht und retteten sich auf Fußwegen längs dem südlichen Abhange des Gebirges nach Karnabad. Am folgenden Tage wurde auch diese kleine Stadt von den Kosacken besetzt, und General Diebitsch verlegte jetzt sein Hauptquartier nach Aidos, um von hier aus die ferneren Bewegungen seines Heeres zu leiten. Er schickte den General Pahlen in südlicher Richtung nach Karabunar ab, von wo dessen Vorhut bis nach Fakih, zehn Meilen von Adrianopel, vordrang. Zu gleicher Zeit rückte Ge-

neral Rüdiger mit seinem Corps westwärts nach Karnabad, und da er vernahm, daß Halil Pascha in dem etwa fünf Meilen entfernten Orte Jambol, seitwärts von der großen Straße nach Adrianopel, ein Corps von 10,000 Mann zusammengezogen hatte, so entsandte er den General Scheremetiew mit acht Schwadronen Uhlanen und einigen Kosacken, um nähere Kundschaft von der türkischen Stellung einzuziehen. Die Russen waren bereits so übermüthig geworden und achteten den Feind so geringe, daß diese schwache Reiterabtheilung sich ohne langes Besinnen auf das türkische Lager stürzte und dasselbe in Brand steckte. Zwar wurde Scheremetiew zuletzt zurückgeschlagen; sein kecker Angriff hatte aber die Türken so in Schrecken gesetzt, daß Halil Pascha, in der Meinung, das russische Heer sey bereits gegen ihn im Anzuge, Jambol in aller Eile räumte und sich nach Adrianopel zurückzog. Während die Russen sich auf diese Weise im Süden des Balkan ausbreiteten, hatte General Krasowski den Befehl erhalten, von Neuem gegen Schumla vorzurücken und den Großwesir von der Straße nach Adrianopel abzuschneiden. Reschid Pascha machte einen Ausfall, bei dem er mit Verlust zurückgeworfen wurde; und da er sah, daß seine Anwesenheit in Schumla keinen Nutzen mehr hatte, weil die russische Hauptmacht, ohne sich um ihn zu bekümmern, auf der Südseite des Balkan immer weiter vordrang, so schlug er zu Anfang des August mit etwa 12,000 Mann von den Truppen, die sich nach der Schlacht bei Kulewtscha allmälig wieder gesammelt hatten, die rauhen Gebirgswege im Westen ein, die ihm allein noch offen standen, und wandte sich nach Selimno, einer ziemlich großen Stadt auf dem südlichen Abhange des Balkan, einige Meilen westlich von Karnabad, wo er sich fest zu setzen beschloß, weil er von hier aus, wenn die Russen gegen Adrianopel marschirten, ihre rechte Flanke bedrohen und ihre Verbindungslinie unterbrechen konnte. General Diebitsch hatte inzwischen sowohl einen Theil der Reiterei des Generals Krasowski, als die Besatzung von Sisseboli an sich gezogen, die durch frische Truppen ersetzt worden war, welche die Flotte von Sebastopol herübergeführt hatte. Er wurde dadurch in den Stand gesetzt, ohne irgend einen der bereits eingenommenen Punkte zu entblößen, mit einem Corps von 22,000 Mann gegen Selimno anzurücken. Diese Stadt ist im Norden durch die letzten mit beinahe undurchdringlichem Gestrüpp bedeckten Abhänge des Balkan umgeben; im Süden breitet sich eine Ebene aus, durch welche der Weg nach Jambol führt. Hier, von wo die Türken den Angriff erwarteten, hatten sie gegen die

Stadt zu offene Feldschanzen angelegt, die mit einigen Stücken schweren Geschützes besetzt waren. General Diebitsch ließ die Türken jedoch auf dieser Seite nur durch seine Reiterei beschäftigen, während er mit der gesammten Infanterie von Osten her, auf dem Wege von Karnabad, gegen die Stadt vordrang. Diese wurde nur schwach vertheidigt, und da die Türken nach dem Verluste der Stadt in ihren Schanzen keinen Schutz mehr fanden, so blieb ihnen nichts Anderes übrig, als sich mit Zurücklassung ihrer Artillerie auf den Gebirgswegen, auf denen die russische Reiterei ihnen nicht folgen konnte, sich durch die Flucht zu retten.

General Diebitsch war jetzt im Rücken vollkommen gesichert; vor sich sah er bis nach Adrianopel hin keinen Feind, und er wußte wohl, daß er den Türken keine Zeit lassen durfte, sich von ihrem Schrecken zu erholen, da das ganze Heer, welches zu seiner Verfügung blieb, wenn man die Truppen abrechnete, die zur Besetzung der festen Plätze und zur Aufrechthaltung der Verbindungen unentbehrlich waren, kaum 30,000 Mann betrug. Er trat daher ohne Säumen seinen Marsch gegen die Stadt an, die, obwohl neuerer Zeit sehr von ihrem alten Glanze heruntergekommen, doch immer noch 80,000 meist türkische Einwohner zählte und als die zweite Hauptstadt des osmanischen Reiches galt. Am 19. August stieg das russische Heer von den Höhen bei Bujuk Derbent in die Ebene hinab, in der Adrianopel mit seinen 30,000 Häusern, seinen zahlreichen Moscheen und den unzähligen Thürmen und Minarets auf beiden Ufern des Tundschaflusses sich über einen unabsehlichen Flächenraum ausbreitet. Halil Pascha, der 10,000 Mann größtentheils regelmäßige Truppen befehligte, hatte sehr zweckmäßige Vertheidigungsanstalten begonnen; die Batterien, die er auf dem von tiefen Gräben und Gärten durchschnittenen Boden außerhalb der Mauern errichtet, waren aber noch nicht vollendet, und die Truppen, so wie die mahomedanischen Einwohner der Stadt waren durch das plötzliche Erscheinen des Feindes, den sie noch in weiter Ferne glaubten, so außer Fassung gebracht, daß die Anführer sich bald von der Unmöglichkeit eines erfolgreichen Widerstandes überzeugten. Der türkische Oberbefehlshaber, ein Mann von dem verwegensten persönlichen Muthe, ergab sich in das Unvermeidliche und schickte eine Botschaft an die Russen, um ihnen eine Capitulation anzutragen. General Diebitsch erklärte sich bereit, der feindlichen Bevölkerung die ungestörteste Sicherheit des Eigenthums und der Personen zu gewähren und den Truppen freien Abzug zu gestat-

ten, jedoch unter der Bedingung, daß sie vorher die Waffen niederlegten und entweder in ihre Heimath gingen oder sich nach irgend einem Punkte im Innern, nur nicht in der Richtung von Konstantinopel, zurückzögen. Zur Annahme dieser Bedingungen bewilligte er eine Frist von vierzehn Stunden. Des andern Morgens um neun Uhr, als die Frist verstrichen war, gab er dem Heere den Befehl, sich zum Sturme anzuschicken. So wie die Türken dies bemerkten, erschienen neue Abgeordnete in dem russischen Lager, die anfangs günstigere Bedingungen zu erlangen suchten, zuletzt aber, als sie sahen, daß die russischen Colonnen bereits ihren Marsch antraten, froh waren, durch freiwillige Uebergabe von der Stadt die Schrecken einer gewaltsamen Besitznahme abzuwenden. Die Truppen waren während der Nacht in der größten Unordnung, theils bewaffnet, theils ohne Waffen auf dem Wege nach Konstantinopel abgezogen. So fiel Adrianopel, eine Stadt, die bei entschlossener Vertheidigung den langwierigsten Widerstand hätte leisten können, in die Hände der Russen.

Die Lage, in welche das osmanische Reich durch diesen Schlag versetzt wurde, war eine beinahe völlig hoffnungslose. Der Sultan hatte kein Heer mehr, das er dem Feinde entgegenstellen konnte, wenn derselbe gegen Konstantinopel vordrang. Zwar hatte Sultan Mahmud, unmittelbar auf die Kunde von dem Uebergange der Russen über den Balkan, die außerordentlichsten Maßregeln ergriffen, um der hereinbrechenden Gefahr zu begegnen. Eilboten waren nach allen Provinzen abgesandt worden, um die gesammte mahomedanische Bevölkerung zu den Waffen zu rufen. In Konstantinopel wurde eine Liste aller waffenfähigen Bürger aufgenommen, und es ergab sich, daß die Hauptstadt zu ihrer Vertheidigung 40,000 Mann in das Feld stellen konnte. Aber umsonst begab der Großherr persönlich sich in das Lager bei Ramis Tschiflik, wo die regelmäßigen Truppen der Besatzung zusammengezogen waren; umsonst wurde die Fahne des Propheten entfaltet, zu deren Schutze früher von nahe und fern alle Gläubige zusammenströmten. Die Thatkraft, welche das der Zahl nach schwache Volk der Osmanen einst in den Stand gesetzt hatte, in drei Welttheilen eins der mächtigsten Reiche der Erde zu begründen, war erloschen; die Niederlagen, welche die Heere des Padischah erlitten, erschienen den wahren Gläubigen als die gerechte Strafe des Himmels für die Neuerungen, die mit Verletzung des heiligen Glaubens in den alten ruhmwürdigen Einrichtungen des Reiches getroffen

waren; man hielt es für Frevel, sich den Schickungen der Vorsehung zu widersetzen, und in Konstantinopel unter den Augen des Sultans zeigten sich die Spuren einer Gährung, die, wenn dieselbe nicht im Keime erstickt wurde, dem Reiche den Untergang bringen konnte. Die Anhänger der Janitscharen, die sich so lange in das verborgenste Dunkel zurückgezogen hatten, fingen an, sich wieder an das Licht hervorzuwagen; schon wurden in öffentlichen Kaffeehäusern ihre Plane besprochen; und der Befehlshaber der Schlösser am Bosporus wurde als das Haupt der Verschwörung bezeichnet. Da erwachte der Grimm des Sultans auf furchtbare Weise; Hamid Bei, der Commandant des Bosporus, wurde ergriffen und enthauptet, viele Hunderte von Unzufriedenen wurden eingezogen, und Tag für Tag spülten die Fluthen des Bosporus die Leichen der Hingerichteten hinweg. Aber unter solchen Umständen mußte selbst der Starrsinn des unerschütterlichen Mahmud sich der unvermeidlichen Nothwendigkeit beugen. Noch zu Anfange des Juli war er so fest entschlossen gewesen, in keinem Punkte nachzugeben, daß er die Vorschläge, die England und Frankreich ihm machten, durch die Annahme des Julivertrages die wesentlichste Veranlassung des Krieges zu beseitigen, beharrlich zurückwies. Da thatsächlich der Zweck des Julivertrages, so wie denselben die späteren Verhandlungen begrenzt hatten, durch die Befreiung von Morea und den Inseln erreicht, auch nach der Herstellung des guten Vernehmens zwischen Oesterreich und Rußland ein Bruch des allgemeinen Friedens nicht mehr zu befürchten war, so hatten nämlich sowohl die Cabinette von London und Paris, als jenes von Berlin die erste Gelegenheit ergriffen, ihre diplomatischen Verbindungen mit der Pforte wieder anzuknüpfen, weil sie die hohe Wichtigkeit erkannten, welche bei dem leicht vorherzusehenden Ausgange des russischen Türkenkrieges die Anwesenheit ihrer Bevollmächtigten zu Konstantinopel haben mußte. Preußen war noch einen Schritt weiter gegangen. Der Kaiser von Rußland hatte bei einem Besuche, den er im Sommer zu Berlin machte, die bestimmtesten Versicherungen ertheilt, daß er, weit entfernt von allen Eroberungsplanen, jeder Zeit bereit sey, den Türken einen billigen Frieden zu gewähren, durch den die Unabhängigkeit des osmanischen Reiches nicht gefährdet werde, und in dem Rußland nur die Bedingungen erlange, die seine Ehre gebieterisch erheische. Darauf gestützt hatte König Friedrich Wilhelm III. im Laufe des Juli einen durch die Talente des Feldherrn und des Diplomaten gleich ausgezeichneten Mann, den Generallieutenant von Müffling mit dem

besonderen Auftrage nach Konstantinopel geschickt, den Sultan von den friedlichen Gesinnungen des Kaisers Nicolaus zu überzeugen und ihn zu der Annahme der russischen Bedingungen, für deren Mäßigung er sich verbürgen sollte, zu vermögen. General Müffling traf am 4. August in der Hauptstadt des osmanischen Reiches ein; aber sein Erscheinen erregte bei den Türken mehr Ueberraschung, als Vertrauen. Erst als die Nachricht von dem Verluste von Adrianopel und von dem unaufhaltsamen Vordringen des russischen Heeres einging, erwachte der Sultan zu dem vollen Bewußtseyn seiner Lage, und General Müffling, der jetzt als ein Retter in der Noth erschien, wurde bestürmt, seine Vermittelung geltend zu machen. Auf seinen Rath wurden zwei Bevollmächtigte nach dem russischen Hauptquartiere abgesandt, denen er zur Begleitung einen höheren preußischen Gesandtschaftsbeamten mitgab, um von dem russischen Oberbefehlshaber die augenblickliche Einstellung der Feindseligkeiten zu erwirken.

Auch war es wahrlich die höchste Noth. Denn als die Bevollmächtigten zu Adrianopel eintrafen, hatten die russischen Vorposten bereits den Höhenzug des Tikiri Dagh überstiegen, welcher die Halbinsel von dem festen Lande trennt, auf deren äußerster Südwestspitze Konstantinopel gelegen ist. An dem Tage, an dem Diebitsch Adrianopel besetzte, war die Vorhut des Pahlen'schen Armeecorps unter General Budberg bis Kirkilisse, etwa dreißig Meilen von Konstantinopel, vorgerückt, hatte hier eine 3000 Mann starke türkische Heeresabtheilung, die Abdurrahman Pascha befehligte, auseinandergesprengt und darauf seinen Marsch auf der Straße von Konstantinopel, ohne ferneren Widerstand zu finden, weiter fortgesetzt. Am 5. September hatte General Pahlen sein Hauptquartier zu Wisa, halbweges zwischen Adrianopel und Konstantinopel, von wo er sich mit der Flotte des schwarzen Meeres in Verbindung setzte, welche noch im August die kleinen Städte Wasiliko, Achteboli und Iniada an der Küste nach einander in Besitz genommen und am 7. September sich durch eine Anzahl bewaffneter Boote auch des Hafenplatzes Midia, funfzehn Meilen von Konstantinopel, bemächtigte. Auf der andern Seite hatte Diebitsch von Adrianopel aus das Armeecorps des Generals Rüdiger bis nach Ljule Borgas vorrücken lassen, wo dasselbe dem General Pahlen zum Rückhalte diente; und zugleich hatte er eine Reiterabtheilung mit einigen Geschützen unter dem General Siewers über Dimotiko nach Enos am ägäischen Meere entsandt, um von hier aus mit der vor den Dardanellen kreuzenden Flotte des Admi-

rals Heyden in Verbindung zu treten. General Siewers hatte eine Abtheilung türkischer Milizen, die von Salonichi nach Enos auf dem Marsche waren, ohne Mühe zerstreut und diesen Platz, in dem er 25 Stücke schweren Geschützes fand, besetzt, ohne daß der Commandant auch nur einen Versuch des Widerstandes gemacht hätte. Das russische Heer befand sich daher jetzt in der vortheilhaftesten Stellung, indem es mit dem einen Flügel sich auf die Flotte des schwarzen Meeres, mit dem andern auf jene des Mittelmeeres stützte, und hätte in vollkommener Sicherheit bis unter die Mauern von Konstantinopel vordringen können. Dennoch machte General Diebitsch keine Schwierigkeiten, den Türken den nachgesuchten Waffenstillstand zu bewilligen, wozu ihn theils die Vorstellungen des Generals Müffling, theils aber auch Rücksichten anderer Art bestimmt zu haben scheinen. Das ganze Heer, welches er über den Balkan geführt, belief sich mit allen Verstärkungen, die er allmälig an sich gezogen, auf nicht mehr als 40,000 Mann; von diesen lagen in Folge der Einwirkungen des ungewohnten Klima's nicht weniger als 10,000 in den Hospitälern; 10,000 Mann waren zu der Besetzung der wichtigsten militairischen Punkte und zu der Unterhaltung der Verbindungen erforderlich; es blieben ihm daher höchstens noch 20,000 Mann zu freier Verfügung, die allerdings zu der Einnahme von Konstantinopel hinreichend gewesen wären, wenn er mit Gewißheit darauf rechnen durfte, daß er es nur mit den Türken zu thun gehabt hätte. Es war ihm jedoch nicht unbekannt, daß die Befestigungsarbeiten, die der Sultan in der Eile zur Deckung seiner Hauptstadt unternahm, von brittischen Ingenieurofficieren geleitet wurden. Auch war eine starke englische Flotte im ägäischen Meere erschienen, welche die Bewegungen der russischen Seemacht nicht aus dem Auge ließ; und nichts hielt die Engländer ab, wenn sie die Besitznahme der Hauptstadt des osmanischen Reiches durch die Russen verhindern wollten, die russische Blockade der Dardanellen zu durchbrechen und ihre Marinetruppen und Matrosen zu der Vertheidigung von Konstantinopel auszuschiffen.

Die Friedensunterhandlungen zu Adrianopel nahmen am 1. September ihren Anfang; die Bedingungen, welche die erst kurz vorher im Hauptquartiere eingetroffenen russischen Bevollmächtigten setzten, waren gemäßigt genug; nur über einen Punkt erhoben sich Schwierigkeiten. Rußland forderte volle Entschädigung für die Kriegskosten, und da die verlangte Summe zu bedeutend war, um anders als in langen Fristen abgetragen zu werden, so fürchtete die Pforte, daß die

jährlichen Zahlungen ihren Unterthanen als ein Tribut erscheinen würden, zu dem sie sich gegen Rußland verpflichtet habe. Auch dieser Anstand wurde jedoch beseitigt, und am 14. September unterzeichneten beide Theile den Vertrag, welcher den Krieg beendigte, durch den das osmanische Reich nach verzweiflungsvollen Anstrengungen seinem Untergange nahe gebracht worden war. Rußland gab durch diesen Vertrag fast alle seine Eroberungen in Europa und Asien zurück. In Europa sollten fortan, wie bisher, der Pruth und die Donau die Grenze bilden; nur wurden die Inseln in der Donaumündung an Rußland abgetreten, welches seinerseits die Verpflichtung einging, auf denselben weder Festungswerke anzulegen, noch andere Gebäude außer den nöthigen Quarantaineanstalten zu errichten, während die türkische Seite des Stromes unterhalb seiner Trennung in den Sulinah- und Georgiewski-Arm bis auf zwei Stunden von dem Ufer unbewohnt bleiben sollte. In Asien behielt Rußland nur die festen Plätze an der Ostküste des schwarzen Meeres und einen Theil des Paschaliks Akhaltsikeh mit den Festen Akhaltsikeh und Akhalkhalaki: eine dem Umfange nach geringe Erwerbung, die aber durch die Lage der abgetretenen Gebietstheile von Wichtigkeit war, weil die Russen jetzt die unwegsamen Gebirge überschritten, welche bisher das russische Georgien von dem türkischen Armenien trennten, und an dem Eingange des armenischen Hochlandes eine feste Stellung gewannen. In Bezug auf die Moldau und Walachei, so wie auf Serbien wurden die Bestimmungen des Vertrages von Akjerman erneut; die Pforte versprach, die durch denselben den Serben gemachten Zugeständnisse binnen Monatsfrist zur Ausführung zu bringen. Auch gewährte ein besonderer Vertrag, der in Bezug auf die Moldau und Walachei geschlossen wurde, den beiden Donaufürstenthümern beträchtliche Erweiterungen ihrer Rechte und Freiheiten. Die Hospodare sollten in Zukunft statt auf sieben Jahre, auf Lebenszeit gewählt werden; die innere Verwaltung sollte von den Hospodaren mit Zuratheziehung ihrer Diwane unabhängig geordnet und geleitet werden; es sollte ihnen frei stehen, zur Aufrechthaltung der Ordnung eine eigene bewaffnete Miliz zu errichten; längs der Donau sollten Quarantainen angelegt werden, um das Einschleppen der Pest zu verhüten; kein Mahomedaner durfte in Zukunft seinen Wohnsitz in den beiden Fürstenthümern haben; und alle auf dem linken Donauufer gelegenen Festungen sollten für immer geschleift werden. Auch von den Auflagen, welche die Fürstenthümer an die Pforte zu entrichten hatten, wurden sie befreit;

an die Stelle derselben trat ein jährlicher Tribut, dessen Summe erst später festgesetzt wurde. Eine der wichtigsten Bestimmungen des Friedensvertrages war jene, welche den russischen Unterthanen in dem ganzen Umfange des osmanischen Reiches vollkommene Handelsfreiheit zusicherte. Unter diese Clausel waren Zugeständnisse gebracht, die keine europäische Macht jemals von der andern gefordert hätte. Alle russischen Unterthanen sollten während ihres Aufenthaltes im osmanischen Reiche nicht unter der Polizei und Gerichtsbarkeit der türkischen Behörden, sondern ihrer eigenen Gesandten und Consuln stehen. Kein russisches Handelsfahrzeug sollte unter irgend einem Vorwande einer Durchsuchung unterworfen seyn. Die Durchfahrt durch den Canal von Konstantinopel und durch die Meerenge der Dardanellen sollte allen russischen Handelsschiffen, so wie den Kauffahrern aller mit der Pforte nicht im Kriege begriffenen Mächte jeder Zeit offen stehen, ohne daß sie irgend einer Behinderung oder Bedrückung ausgesetzt wären. Bei der ersten Verletzung einer dieser Bestimmungen erkannte die Pforte dem russischen Hofe zum voraus das Recht zu, dieselbe als eine Handlung erklärter Feindseligkeit zu ahnden. Als Entschädigung für die Verluste, welche russische Kaufleute seit vielen Jahren durch die Maßregeln der Pforte erlitten, versprach diese innerhalb achtzehn Monaten die Summe von anderthalb Millionen holländischer Ducaten zu zahlen. Die Entschädigung für die russischer Seits aufgewandten Kriegskosten, zu deren Zahlung die Pforte sich gleichfalls verpflichtete, wurde durch einen besonderen der öffentlichen Kenntniß durch Geheimhaltung entzogenen Vertrag auf zehn Millionen Ducaten festgestellt: eine Summe, die das osmanische Reich bei der gänzlichen Erschöpfung seiner Hülfsquellen erst in vielen Jahren aufzubringen vermochte, und die dasselbe daher für diese ganze Zeit in die drückendste Abhängigkeit von Rußland versetzte. Endlich war in den Vertrag ein Artikel aufgenommen, durch welchen die Pforte ihre Zustimmung zu dem Vertrage vom 6. Juli 1827 und zu allen späteren Anordnungen erklärte, über welche die drei Mächte Rußland, England und Frankreich in Bezug auf die künftige Lage des befreiten Griechenlands übereingekommen waren.

Bei der Ohnmacht, zu welcher die Pforte in Folge des zweijährigen Kampfes herabgesunken war, durfte sie sich über zu große Härte der ihr auferlegten Bedingungen nicht beklagen. Daran, daß Rußland noch ganz andere Forderungen erhoben hätte, wenn die drohende Stellung der brittischen Seemacht in der Nähe der Dardanellen

nicht einige Rücksicht gebot, ist kaum zu zweifeln; denn die Bedingungen, auf denen das St. Petersburger Cabinet noch nach dem wenig günstigen Ausgange des ersten Feldzuges bestehen zu müssen glaubte, waren der Art, daß der schlaue Corse, der mit der Wahrnehmung der russischen Interessen am Hofe der Tuilerien beauftragt war, Graf Pozzo di Borgo, auf das Dringendste die Geheimhaltung anempfahl, weil zu befürchten stehe, daß eine Mittheilung derselben auch die befreundeten Mächte von Rußland abwenden würde *). Aber wieviel man auch nachgegeben hatte, der Hauptzweck des Krieges war erreicht. Dieser war kein anderer, als die Macht des osmanischen Reiches in dem Augenblicke, wo dieselbe sich durch die Reformen des Sultans wieder zu erheben begann, zu brechen. Der Widerstand, den die Türken in zwei Feldzügen leisteten, bewies, daß man in der Verfolgung dieses Planes nicht länger hätte zögern dürfen, ohne sich der äußersten Gefahr auszusetzen. Selbst die türkische Flotte, obwohl durch die Schlacht bei Navarino ihrer tüchtigsten Seeleute und vieler ihrer besten Schiffe beraubt und daher außer Stand gesetzt, der russischen Seemacht im schwarzen Meere die Spitze zu bieten, hatte eine Gelegenheit gefunden, zu zeigen, daß sie, wenn auch der russischen Seemacht nicht gewachsen, doch keineswegs so durchaus unbrauchbar war, wie man nach den früheren Seegefechten im griechischen Freiheitskampfe vorauszusetzen pflegte. Zu Ende des Mai's wagte der Kapudan Pascha sich mit mehreren Linienschiffen und einigen kleineren Fahrzeugen aus dem Bosporus in das schwarze Meer hinaus, um ein russisches Geschwader aufzusuchen, welches an der asiatischen Küste erschienen war und bei Penderaklia eine türkische Fregatte, die dort auf den Werften lag, verbrannt hatte. Die Russen waren bei seiner Ankunft bereits davon gesegelt; aber bei der Rückfahrt fiel er auf eine kleinere russische Schiffsabtheilung, die aus einer Fregatte und zwei Briggs bestand und vor der Mündung des Bosporus kreuzte. Den beiden Briggs gelang es zu entkommen,

*) Depesche vom 28. Nov. 1828: Quelque soit le désir de satisfaire l' empereur, je suis sur, que s'il s'agissait de réduire la question aux conditions déduites dans la note confidentielle du cabinet impérial, la France et toutes les autres puissances les trouveraient exorbitantes et nous exhorteraient à y renoncer. Eine dieser Bedingungen, auf die man später verzichtete, war die Zerstörung aller türkischen Festungen nicht bloß auf dem linken, sondern auch auf dem rechten Donauufer, so wie auf dem nördlichen Abhange des Balkan. (S. eine frühere Stelle in derselben Depesche.)

die Fregatte ergab sich jedoch nach den ersten Kanonenschüssen, und das genommene Kriegsschiff wurde zu nicht geringem Jubel der schaulustigen Menge in den Hafen von Konstantinopel aufgebracht.

Durch eine sonderbare Verwicklung der Umstände, wie sie nur in einem halbbarbarischen Staate möglich war, drohten gerade nach dem Abschlusse des Friedensvertrages die Feindseligkeiten wieder mit erneuter Heftigkeit auszubrechen. Die Befehle zu der Aushebung der Contingente, die vor dem Beginne des Krieges ergingen, waren nur in den Konstantinopel zunächst gelegenen europäischen und asiatischen Landschaften befolgt worden. Bei den Bosniern, dem kriegerischen Slavenstamme, der seit dem Sturze des Serbenreiches zum Islam übergetreten ist, war der Haß gegen die Reformen des Sultans so groß, daß sie keinen Mann in das Feld stellten und ihren Pascha, denselben Abdurrahman, der bei Kirkilisse geschlagen wurde, nöthigten, das Land zu räumen. In Albanien hatte Mustapha Pascha, der Statthalter von Scutari, nach langem Zögern ein Heer zusammengebracht, mit dem er im Juli, nach dem Falle von Silistria, in das westliche Bulgarien einrückte. Um dieselbe Zeit, während General Diebitsch seine Vorbereitungen zu dem Uebergange über den Balkan traf, drangen 20,000 Arnauten auf dem rechten Donauufer von Widdin gegen Nikopolis vor. Eine Abtheilung von dem Corps des Generals Geismar, die vier Wochen vorher über die Donau gegangen war und durch die Einnahme der kleinen Stadt Rachowa die Verbindung zwischen Widdin und Nikopolis unterbrochen hatte, mußte bei der Annäherung des überlegenen Feindes jenen Posten räumen und sich auf das linke Ufer der Donau zurückziehen. Mit diesem Erfolge zufrieden, begnügte Mustapha Pascha sich, die Russen auf dem jenseitigen Donauufer zu beobachten, bis er auf die Nachricht von dem Vordringen der Russen gegen Adrianopel sich plötzlich über Sophia gegen Philippopolis in Bewegung setzte und Miene machte, den Kampf, den der Sultan aufgegeben, auf eigene Rechnung wieder aufzunehmen. Am 4. October, drei Wochen nach dem Abschlusse des Friedens, ließ er den General Diebitsch wissen, daß er Willens sey, Adrianopel zu besetzen, und daß die Russen daher diesen Platz zu räumen hätten. Die Antwort, die er erhielt, scheint ihn etwas bedächtiger gemacht zu haben, denn er rückte nicht über Philippopolis hinaus. Dennoch blieb es zweifelhaft, ob er geneigt seyn würde, die Befehle zu beachten, welche die Pforte ihm zuschickte, bis eine ernstere Lehre ihn zur Vernunft zurückführte. General Geismar, von dem

Abmarsche des Pascha's aus den Donaugegenden unterrichtet, war ihm auf dem Fuße gefolgt. Am 16. October stieß er auf die 1700 Mann starke Nachhut der Arnauten, die sich ungeachtet ihrer minderen Zahl ihm keck entgegenstellten, aber nach zweitägigem Kampfe überwältigt und gezwungen wurden, mit Verlust ihrer Geschütze die Flucht zu ergreifen. Erst jetzt änderte sich die hochfahrende Sprache des Pascha's; sein Friedensbruch wurde auf Mißverständnisse geschoben, und seine Truppen gingen über die Linie, die ihnen die russischen Vorposten bezeichneten, nicht wieder hinaus.

Ernsthafter waren die Kämpfe, die, gleichfalls noch nach dem Abschlusse des Friedens, auf dem Kriegsschauplatze in Asien stattfanden. Hier hatten die Türken den Feldzug mitten im Winter mit einer Kraft eröffnet, die, wenn sie verständiger geleitet und wenn sie nachhaltiger gewesen wäre, den Russen zum unvermeidlichen Verderben hätte gereichen müssen. Der Erbfürst der Adscharen, eines kriegerischen Gebirgsstammes im Nordwesten von Akhaltsikeh, hatte von der Pforte das Versprechen seiner Ernennung zum Pascha dieses Platzes erhalten, sobald es ihm gelänge, denselben den Russen wieder zu entreißen. Er rückte im Februar, während noch alle Wege mit tiefem Schnee bedeckt waren, mit einer Macht, die auf 20,000 Mann angegeben wird, in das Feld und brach an einem der ersten Tage des März plötzlich in die Vorstädte von Akhaltsikeh ein, aus denen die Besatzung sich in das Innere der Festung zurückzog. Ein wüthender Sturm auf die Mauern wurde abgeschlagen, und die Türken begnügten sich darauf, den Platz aus einigen Geschützen zu beschießen, waren aber so ungeschickt, ein schwaches russisches Corps, dessen Zahl sie überschätzten, durch die Engpässe zu lassen, die aus Georgien nach Akhaltsikeh führen, und hoben bei dessen Annäherung die Belagerung auf, indem sie sich in der äußersten Verwirrung nach ihren Bergen zurückzogen. Während dessen waren die beiden Befehlshaber, der neue Seriasker Hadschi Salech Pascha und Haki Pascha, welche an die Stelle der wegen ihrer Unfälle im vorigen Feldzuge abgesetzten Oberanführer getreten waren, zu Arzerum auf das Eifrigste bemüht, ein möglichst zahlreiches Heer zu sammeln, das sie bei der unbeschränkten Vollmacht, welche die Pforte ihnen übertragen, und bei den beträchtlichen Geldmitteln, die ihnen zur Verfügung gestellt wurden, bald auf 50,000 Mann brachten. Statt mit einer so ansehnlichen Macht dem Feinde zuvorzukommen und in das russische Gebiet einzubrechen, ehe General Paszkiewicz Zeit gehabt hatte, seine Streit-

kräfte zusammenzuziehen, in welchem Falle sie auf einen allgemeinen Aufstand der mohamedanischen Bevölkerungen zu beiden Seiten des Kaukasus rechnen konnten, zögerten sie jedoch, bis die Russen ihre Vorbereitungen zu dem Feldzuge vollendet und sich ihrerseits aus ihren Standquartieren in Georgien gegen das türkische Armenien in Bewegung gesetzt hatten. Sie beschlossen auch jetzt, durch das Schicksal ihrer Vorgänger eingeschüchtert, ungeachtet ihrer Ueberlegenheit an Zahl nicht angriffsweise, sondern vertheidigend zu Werke zu gehen, wobei ihnen allerdings die Lage des Landes außerordentlich zu Hülfe kam. Denn die Straße von Kars nach Arzerum, welche die Russen einschlagen mußten, wenn sie gegen die letzte Stadt vorrücken wollten, führt über das waldbedeckte wild zerklüftete Zwiebel- oder Saganlugebirge, in welchem selbst ein schwächeres Heer, welches sich einigermaßen auf den Gebirgskrieg verstände, das zahlreichste lange aufzuhalten vermöchte. Am Eingange des Gebirges theilt sich die Straße in zwei nicht weit von einander laufende Wege, die sich nach einer Strecke wieder vereinigen. Es war nichts einfacher, als daß die Türken, um dem Feinde den Uebergang über das Gebirge zu verwehren, beide Durchwege besetzten, wozu sie bei der ihnen zu Gebote stehenden den Russen beinahe um das Dreifache überlegenen Macht die hinreichendsten Mittel hatten. Sie verfuhren jedoch mit ihrer gewöhnlichen Langsamkeit und Unbeholfenheit, und ungeachtet General Paszkiewicz von Tiflis aus eine ungleich weitere Entfernung zu durchmessen hatte, als die beiden türkischen Heerführer, hatte doch erst der eine, Haki Pascha, mit etwa 20,000 Mann, in den Défilés auf dem östlichen Abhange des Gebirges eine Stellung eingenommen, als die Russen 18,000 Mann stark vor demselben eintrafen. Dennoch wäre nichts leichter gewesen, als ihnen den Durchzug mit Erfolg streitig zu machen, da der Seriasker mit der 30,000 Mann starken Hauptmacht dem vorausgerückten Corps beinahe auf dem Fuße folgte. Haki Pascha ließ sich jedoch durch ein sehr einfaches Manoeuvre täuschen, das nur gegen Türken gelingen konnte. General Paszkiewicz nahm den Schein an, als ob er auf dem südlichen Wege durch das Gebirge dringen wollte, indem er seine Vorhut dahin aufbrechen ließ, während er selbst am Eingange stehen blieb. Haki Pascha war kurzsichtig genug in die Falle zu gehen; er nahm mit seiner gesammten Macht vor dem Thale von Milli Düß eine in der Front und in den Flanken unangreifbare Stellung und beschloß hier die Russen zu erwarten. Während die Türken sich zur Linken mit dem abgesonderten

russischen Corps beschäftigten, dessen Angriffe sie leicht zurückwiesen, ging General Paszkiewicz in geringer Entfernung von der rechten Flanke des türkischen Lagers auf der nördlichen Straße, auf der nicht ein einziger türkischer Posten zurückgeblieben war, mit 60 Stücken schweren Geschützes und einem Train von 3000 Wagen vollkommen ungehindert über das Gebirge und stieg in das Thal des Intscha-su, auf dem westlichen Abhange der ersten Gebirgskette hinab. Erst jetzt entdeckte Haki Pascha den groben Fehler, den er begangen hatte und noch bot sich eine Gelegenheit, denselben wieder gut zu machen. Denn am 1. Juli, als die Russen, die mehrere Tage gebraucht hatten, um die ihnen durchaus unbekannte Gebirgsgegend zu erforschen, aus dem Thale des Intscha-su in jenes eines andern Gebirgsbaches, des Kainly-tschai, übergingen, um die türkische Stellung im Rücken, von wo sie allein zugänglich war, anzugreifen, erschien plötzlich die Vorhut des Seriaskers und warf sich mit Ungestüm auf den rechten Flügel des russischen Heeres. Wenn Haki Pascha jetzt mit seinem ganzen Heere auf den linken Flügel der Russen gefallen wäre, der ihm zunächst stand, so würde General Paszkiewicz in eine sehr gefährliche Lage gerathen seyn, zumal da bei längerer Dauer des Gefechtes der Seriasker Zeit gewann, mit seiner Hauptmacht heranzukommen. Statt einen solchen entscheidenden Entschluß zu fassen, begnügte sich der dumme Türke mit einer halben Maßregel, indem er nur 6000 Reiter unter seinem Kiaja Bei oder Stellvertreter gegen die Russen abschickte. Diese trennten durch eine geschickte Bewegung die beiden feindlichen Corps, die sie in einem weiten Halbkreise umschwärmten, ließen die Vorhut des Seriaskers ihre Kraft durch vergebliche Angriffe auf ihre Artillerie erschöpfen und schlugen darauf, ihrerseits zum Angriffe schreitend, die beiden türkischen Abtheilungen eine nach der andern in die Flucht. Erst durch die im Gefechte gemachten Gefangenen erfuhr der russische Feldherr, daß er es nicht etwa mit einem abgesonderten türkischen Corps, sondern mit der Vorhut des Seriaskers zu thun gehabt habe, und daß dieser selbst bereits in vollem Anzuge begriffen war. Er beschloß, ihm nicht Zeit zu lassen, seine Truppen, die zum Theil noch auf der Straße von Arzerum zurückwaren, zu sammeln, sondern ging ihm sogleich, noch um fünf Uhr des Nachmittags, entgegen, erreichte nach kurzem Marsche den Feind, der sich eben auf einem Abhange bei dem Dorfe Kainly zu verschanzen angefangen hatte, und sprengte denselben beinahe ohne Kampf auseinander, da die Türken, bereits durch das frühere Gefecht entmuthigt, ihre Kanonen stehen ließen und die Flucht ergriffen, so wie sie bemerkten, daß die russische Reiterei eine Bewe-

gung machte, um ihnen den Rückzug abzuschneiden. Am andern Morgen rückte General Paszkiewicz zum Angriffe gegen das Lager Haki Pascha's vor, der von der Niederlage des Seriaskers noch keine Ahnung hatte. Durch einen türkischen Gefangenen, den Paszkiewicz ihm zuschickte, erhielt er die erste Kunde von dem, was sich anderthalb Stunden von seiner Stellung am vorhergehenden Abende zugetragen, und er wurde dadurch in solchen Schrecken gesetzt, daß er sogleich denselben Gefangenen zurücksandte und seine Unterwerfung anbot. Da inzwischen die Türken bei der Annäherung der Russen aus ihren Batterien auf dieselben zu feuern begannen, so verlor General Paszkiewicz keine Zeit mit Unterhandlungen, sondern ließ seine Colonnen unter Trommelschlag im Sturmschritte anrücken. Die Türken warteten den Angriff nicht ab, sondern warfen sich nach allen Seiten in die Wälder, in denen sie, durch das schwierige Terrain begünstigt, fast insgesammt entkamen. Nur wenige hundert wurden gefangen, unter diesen Haki Pascha selbst nebst seinem ganzen stattlichen Gefolge. Die Russen hatten in den drei Schlachten, die sie an den beiden Tagen des 1. und 2. Juli lieferten, nur etwa 100 Mann an Todten und Verwundeten verloren; dagegen waren die beiden türkischen Heere, die bei besserer Führung jene nie über die Schluchten des Saganluggebirges hätten hinauskommen lassen, so gut als vernichtet; denn wenn ihr Verlust an Todten, Verwundeten und Gefangenen auch nicht viel über 3000 Mann betrug, so hatten sie doch ihr ganzes Geschütz nebst allen Kriegsvorräthen eingebüßt, und die zerstreuten Haufen, die sich durch die Flucht retteten, dachten nicht daran, sich wieder zu sammeln, sondern eilten ein Jeder auf dem kürzesten Wege der Heimath zu.

General Paszkiewicz, entschlossen, seinen Sieg mit allem Nachdrucke zu benutzen, brach, ohne seinen Truppen mehr als einen einzigen Rasttag zu gönnen, gegen Arzerum auf. Er hatte sich darauf gefaßt gemacht, unterweges den Türken ein neues Treffen zu liefern, denn er wußte, daß der Seriasker seine Infanterie, die noch gar nicht im Gefechte gewesen war, mit dem, was ihm von seiner Reiterei geblieben, bei der alten halbverfallenen Feste Hassan Kaleh auf den Anhöhen aufgestellt hatte, die das Thal beherrschen, durch welches die Straße nach Arzerum geht. Am 5. Juli, als er noch einige Stunden von Hassan Kaleh entfernt war, wurde ihm jedoch gemeldet, daß auch dieser letzte Rest des türkischen Heeres, ohne seine Ankunft abzuwarten, sich aufgelöst und nach allen Richtungen zerstreut hatte. Der Seriasker hatte es für nöthig gefunden, sich per-

sönlich nach Arzerum zu begeben, um die erforderlichen Vorkehrungen zu der Vertheidigung dieser großen Stadt zu treffen, die mehr als 100,000 Einw. zählte und wohl 20,000 Bewaffnete aufzubringen vermochte. In seiner Abwesenheit waren seine Truppen auseinandergelaufen. Dieses neue Beispiel der tiefen Entmuthigung, von der die Türken ergriffen waren, berechtigte den russischen Feldherrn zu der Voraussetzung, daß auch Arzerum mit allen dort noch gehäuften Widerstandsmitteln ohne Gegenwehr in seine Hände fallen würde. Er erließ eine Kundmachung an die Einwohner, worin er den Krieg für einen gegen den Sultan persönlich, aber nicht gegen das Volk der Osmanen geführten erklärte, ihnen Achtung ihrer Religion und volle Sicherheit des Eigenthumes so wie der Personen versprach und sie für das unnütze Blutvergießen verantwortlich machte, welches durch einen vergeblichen Versuch zum Widerstande gegen die unüberwindlichen russischen Waffen veranlaßt werden würde. Ein Mann, der in der Stadt einen großen Einfluß besaß, der frühere Janitscharenhäuptling Mamisch Aga, der bei Kainly in russische Gefangenschaft gerathen und durch freundliche Behandlung völlig für die Russen gewonnen war, übernahm es, diese Bekanntmachung nach Arzerum zu bringen und die Bevölkerung zur Unterwerfung zu bestimmen. Der alte Janitscharen-Aga, dem es sehr einleuchtend war, daß kein Grund vorhanden sey, sich für einen Sultan aufzuopfern, der so viele Tausende seiner Brüder mit dem Schwerte vertilgt hatte, war kaum zu Arzerum angelangt, als er geheime Unterhandlungen mit den Häuptern der Stadt anknüpfte, die er leicht überzeugte, daß es vortheilhafter sey, sich den Russen zu unterwerfen, als Gut und Blut in einem hoffnungslosen Kampfe einzusetzen. Aber die Masse des Volkes war von fanatischem Hasse gegen die Ungläubigen beseelt; und der Seriasker hätte nur mit einiger Kraft auftreten dürfen, um jeden Verrath unmöglich zu machen. Während er unentschlossen in seinem Palaste verweilte, war der Anhang Mamisch Aga's um so thätiger. Es wurde das Gerücht verbreitet, daß er zu entfliehen beabsichtige, und die Bürger stellten ihm eine Wache vor die Thür, um ihn am Entweichen zu hindern. Inzwischen setzte General Paszkiewicz seinen Marsch fort und am 7. Juli gegen Mittag traf er in dem weiten Thale ein, in welchem die Stadt Arzerum gelegen ist. Die Unterhandlungen, welche wegen der Uebergabe eröffnet wurden, führten zu keinem Ziele, weil die tobende Menge von derselben nichts wissen wollte; und als die Russen am andern Mittag näher heranrückten, wurden sie von den Wällen mit Geschützfeuer empfangen. Aber die Vertheidiger

waren ein ungeordneter Haufe, ohne Führer; als General Paszkiewicz gegen den Top-dag, eine verschanzte Anhöhe, welche die Stadt beherrscht, vorging, wurde ihm derselbe ohne Widerstand überlassen und die Russen eröffneten von hier aus ein wirksames Feuer gegen die Batterien auf den Wällen. Jetzt sank auch den wildesten Fanatikern der Muth; wer sich den Russen nicht ergeben wollte, floh; eine Abordnung überbrachte die Schlüssel der Stadt und der Citadelle, und um 6 Uhr Abends hielt eine russische Heeresabtheilung ihren Einzug in die Hauptstadt des türkischen Armeniens. Der Seriasker, der noch vor weniger als vierzehn Tagen an der Spitze eines zahlreichen und wohlgerüsteten Heeres gestanden, wurde in seinem eigenen Palaste gefangen genommen. Eine russische Behörde übernahm die oberste Leitung der Verwaltung, bald darauf kamen aus allen Theilen des Landes Abordnungen, welche freiwillig ihre Unterwerfung anboten. Der Pascha von Wan, an der persischen Grenze, der während des Marsches der Russen über den Saganlug in das Paschalik von Bajasid eingefallen war und diese Feste hart bedrängt hatte, eilte, so wie er die Kunde von der Niederlage des Seriaskers und von der Einnahme der Stadt Arzerum vernahm, sich in seine Hochgebirge zurückzuziehen. Gegen den Kiaja des Seriaskers, der in der Gegend von Baiburt unter den streitbaren Gebirgsstämmen an der Grenze des Paschaliks Trapezunt ein Heer zu sammeln begonnen, mit dem er Arzerum zu Hülfe ziehen wollte, wurde der tapfere General Burzow, der sich noch als Oberst bei dem Entsatze von Akhaltsikeh ausgezeichnet hatte, mit einer Heeresabtheilung ausgesandt. Die Truppen des Kiaja zerstreuten sich bei seiner Annäherung; die bedeutende Stadt Baiburt, funfzehn Meilen von Arzerum, eröffnete ohne einen Versuch der Vertheidigung ihre Thore. Aber Burzow ließ sich durch sein kriegerisches Feuer und durch die Verachtung des Feindes, welche ihm die bisherigen Gefechte eingeflößt, zu weit hinreißen. Er erfuhr, daß sich der kriegerische Stamm der Lasen erhoben und den Gebirgsflecken Chart in geringer Entfernung von Baiburt mit ansehnlicher Macht besetzt hatte, und brach sofort dahin auf, ohne Rücksicht auf die Zahl der Feinde zu nehmen. Bei dem Sturm auf Chart fand er aber den hartnäckigsten Widerstand, und sein Corps mußte, nachdem er selbst tödtlich verwundet worden war, mit schwerem Verluste den Rückzug auf Baiburt antreten. General Paszkiewicz war von diesem Unfalle nicht so bald unterrichtet, als er mit allen verfügbaren Streitkräften gegen Baiburt und Chart marschirte. Die Lasen hatten sich inzwischen auf den Anhöhen um Chart verschanzt und erwarteten, 3000

Mann stark, festen Fußes die Ankunft des russischen Heeres, welches am Morgen des 8. August von Baiburt her anrückte. Dem Andrange an Zahl überlegener, mit schwerem Geschütz versehener regelmäßiger Truppen vermochten sie aber nicht zu widerstehen; sie wurden ungeachtet der verzweifeltesten Gegenwehr gegen Abend von ihren Bergen heruntergeworfen und in dem Flecken eingeschlossen. Die Mehrzahl entkam in dem Dunkel der Nacht; der Rest wurde am andern Morgen, da Jeder sich bis zum letzten Athemzuge wehrte, beinahe bis auf den letzten Mann erschlagen. Ein anderes stärkeres Corps, welches sich tiefer in dem Gebirge verschanzt hatte, wurde am folgenden Tage auseinandergesprengt, und ein großer Theil der Gebirgslandschaften unterwarf sich jetzt den Russen, die es nicht verschmähten, die einflußreichsten Führer durch Bestechungen zu gewinnen.

Inzwischen hatte der Statthalter von Trapezunt, Chasyndar Oglu, seine Ernennung zum Seriasker in Asien anstatt des gefangenen Hadschi Salech Pascha erhalten. Er bezeichnete den Antritt seiner neuen Würde, indem er einen allgemeinen Aufruf zur Bewaffnung aller Muselmänner erließ und den Entschluß aussprach, die Ungläubigen um jeden Preis aus Arzerum zu vertreiben. Seine Aufforderungen verfehlten ihre Wirkung nicht; denn eben so wie die Lasen im Norden, fingen auch die Kurden in den südlichen Gebirgen an sich zu rühren. Die Verbindungen der Russen wurden auf verschiedenen Punkten bedroht oder unterbrochen, und überall begann die Treue der Bevölkerungen, die sich eben erst unterworfen hatten, zu wanken. General Paszkiewicz hielt es unter diesen Umständen für das Räthlichste, dem Feinde zuvorzukommen und dessen Plane zu vereiteln, ehe dieselben zur Reife gediehen waren. Er drang auf unwegsamen Bergpfaden in die Gebirge ein, welche die Paschaliks Arzerum und Trapezunt trennen, und versuchte es nach der Küste durchzubrechen, um den Seriasker in dem Hauptsitze seiner Macht aufzusuchen. Bald überzeugte er sich jedoch von der Unmöglichkeit, sein schweres Geschütz weiter fortzuschaffen, und da überdies das ganze Gebirge in Aufruhr gerieth und die kriegerischen Bewohner von allen Seiten zu der Vertheidigung der Pässe herbeieilten, so blieb ihm nichts Anderes übrig, als seinen Rückzug anzutreten. Er räumte Baiburt, nachdem er die Festungswerke gesprengt hatte, und zog seine Truppen so viel als möglich um Arzerum zusammen, um jeden Augenblick bereit zu seyn, sich mit Heereskraft nach dem Punkte zu wenden, von dem eine ernste Gefahr drohte. Es war in der zweiten Hälfte des Septembers, als General Paszkiewicz die Nachricht erhielt, daß der Seriasker das

Gebirge überstiegen und um Baiburt beträchtliche Streitkräfte zusammengezogen habe, mit denen er gegen Arzerum vorzudringen beabsichtige. Der russische Feldherr, seinem Grundsatze treu, nie einen Angriff des Feindes abzuwarten, brach am 6. October mit zwei starken Heersäulen gegen Baiburt auf, drängte die türkischen Vorposten auf diesen Platz zurück und rückte am 9. bei Tagesanbruch zum Sturme gegen die Stadt und gegen die verschanzten Anhöhen vor derselben, welche die Türken mit 10,000 Mann besetzt hatten, vor. Osman Pascha, welcher das türkische Corps befehligte, zu dessen Unterstützung der Seriasker mit einem andern ungefähr eben so starken auf dem Marsche war, beging den unverzeihlichen Fehler, als die Russen herankamen, mit einem Theile seiner Macht die Schanzen zu verlassen und dem Feinde entgegen zu gehen. Er wurde geworfen und die verfolgenden Russen drangen mit den Fliehenden zugleich in die Schanzen und in die Stadt ein. Umsonst suchten die Türken sich in einer rückwärts gelegenen Stellung noch einmal zu halten; sie wurden auch hier geschlagen und gezwungen, mit dem Verluste von 800 Todten und 1200 Gefangenen auf den steilen Gebirgswegen, deren Unzugänglichkeit sie allein vor der völligen Vernichtung rettete, die Flucht zu ergreifen. Der Seriasker der am Morgen der Schlacht bereits den Flecken Balachor, wenige Stunden von Bairut, erreicht hatte, zog sich auf die Nachricht von der Niederlage der Seinigen mit seinem Heere zurück. Er war seit mehreren Tagen durch einen russischen Courier, der am 2. October zur See in Trapezunt eingetroffen war, von dem Abschlusse des Friedens unterrichtet, hatte aber dennoch in dem Vertrauen auf seine Uebermacht, da er des Sieges gewiß zu seyn glaubte, den Entschluß gefaßt, das Glück der Waffen zu versuchen, und bequemte sich erst, nachdem die Entscheidung gegen ihn ausgefallen war, dazu, den russischen Feldherrn von der Beendigung des Krieges in Kenntniß zu setzen.

So kehrte denn endlich nach einem zweijährigen Kampfe, der die türkische Macht in ihren Grundfesten erschüttert und das Reich der Osmanen durch die äußerste Erschöpfung aller seiner Hülfsquellen in unheilbare Schwäche gestürzt hatte, in Asien wie in Europa die Ruhe des Friedens zurück. Die eroberten türkischen Provinzen, mit Ausnahme der abgetretenen Gebietstheile, wurden von den russischen Heeren in den zu Adrianopel festgesetzten Fristen geräumt; nur die beiden Donaufürstenthümer nebst der Festung Silistria blieben den Bestimmungen des Friedensvertrages gemäß in den Händen der Russen, bis die Kriegsentschädigung abgetragen war, die jedoch bei der

erwiesenen Zahlungsunfähigkeit der Pforte später, im Mai 1830, von 10 Millionen Ducaten auf 7 Millionen herabgesetzt wurde.

Während der Dauer des Kampfes waren auf dem ganzen europäischen Festlande die Erfolge der russischen Waffen von den staunenden Völkern mit Freuden begrüßt worden. Nur die Höfe gingen in ihrem Urtheile von dem politischen Gesichtspunkte aus; von den Völkern wurde der Krieg zwischen den Russen und den Türken als ein Kampf europäischer Gesittung gegen asiatische Barbarei betrachtet. Gutmüthige Schwärmer gaben sich willig dem Glauben hin, daß der Sturz des osmanischen Reiches unvermeidlich sey, und sahen im Geiste bereits den Halbmond auf den Zinnen des alten Byzanz von dem siegenden Kreuze verdrängt. Nur die tiefer Blickenden erkannten die Eifersucht der Mächte, die eine Besitznahme von Konstantinopel durch die Russen unmöglich machte. Dem äußeren Scheine nach war das gute Vernehmen zwischen den Höfen keinen Augenblick gestört worden, aber ganz in der Stille war in der europäischen Politik eine Veränderung vor sich gegangen, welche die gegenseitigen Beziehungen der Großmächte von Grund aus umgestaltete. Schon der Tod Kaiser Alexander's hatte die Bande persönlicher Freundschaft, welche Oesterreich, Preußen und Rußland zu einer großen Familie vereinigen sollten, gar sehr gelockert; die Sonderung der politischen Interessen, welche Oesterreich durch seine offene Parteinahme für die osmanische Pforte kund gab, während Rußland, England und Frankreich sich zur Rettung des edeln Hellenenvolkes verbanden, war aber nicht hinreichend gewesen, das Einverständniß aufzuheben, das zwischen den Höfen des Festlandes in Bezug auf beinahe alle andere große politische Fragen bestand. Erst durch den russischen Türkenkrieg wurde diese Sonderung zur entschieden feindseligen Spaltung gesteigert; und wenn es auch gelang, den offenen Bruch zu vermeiden, so war doch fortan jene Einheit der Maßregeln nicht mehr möglich, durch welche, wenn sie von den Stiftern des heiligen Bundes sich auf die Nachkommen vererbt hätte, die politische Entwicklung auf dem europäischen Festlande zu einem ewigen Stillstande verurtheilt worden wäre. Der furchtbare Bann, der, obwohl durch die reinsten Absichten hervorgerufen, die Geister zu tödtlicher Erstarrung niederdrückte, war gebrochen. Von dem Augenblicke, wo die Höfe sich trennten, wo sie sich entschlossen, in ihrer auswärtigen Politik jeder für sich den Weg einzuschlagen, den er seinem besonderen Vortheile am angemessensten erachtete, war auch den Völkern die Möglichkeit einer freien Ausbildung ihrer besonderen Eigenthümlichkeit im Innern zurückgegeben.

Fünftes Buch.

Die französische Juli-Revolution.

Erstes Hauptstück.

Der parlementarische Sieg des Liberalismus in Frankreich.

Der Sturz des Ministeriums Villèle in Frankreich war nicht bloß die Niederlage einer politischen Partei, sondern zugleich eine entscheidende Niederlage des Königthumes. Seltsam genug ist es, daß gerade die Partei, die sich vorzugsweise die royalistische nannte, und deren Mitglieder in der That, ihrer großen Mehrzahl nach, persönlich von unzweifelhaft royalistischen Gesinnungen beseelt waren, dennoch die Grundlagen der königlichen Macht zuerst und am tiefsten untergrub. Die royalistische Mehrheit von 1815 eröffnete zuerst jenen Kampf gegen die königliche Gewalt, welche den Mittelpunkt der politischen Macht von der Krone auf die Wahlkammer übertrug. Der König ernannte die Minister; aber das Vertrauen des Monarchen war nicht hinreichend, ihnen das Vertrauen der Kammer zu erwerben. Diese schrieb ihnen das Gesetz vor, welches sie befolgen mußten, wenn sie nicht auf die Unterstützung der Kammer und damit auf die Leitung der Geschäfte verzichten wollten. Schwerlich würde die royalistische Partei in ihrem Eifer für die Wahrnehmung verfassungsmäßiger Freiheiten so weit gegangen seyn, wenn sie geahnt hätte, für wen sie arbeitete. In dem augenblicklichen Besitze der Macht glaubte sie, dieselbe für immer behaupten zu können, und vergaß, daß die Mehrheit einer durch freie Wahl gebildeten Körperschaft ihrer Natur nach wandelbar ist;

daß die Vermehrung des Reichthumes, die eine nothwendige Folge der fortschreitenden Entwickelung des Handels und des Gewerbfleißes war, im Verlaufe der Zeit eine immer größere Zahl aus der, wenn nicht von republikanischen und revolutionairen, doch von liberalen Ansichten durchdrungenen Masse des Bürgerstandes zur Wahlberechtigung emporheben mußte; und daß auf diese Weise, selbst ohne einen großen politischen Umschwung, wie er bei den Wahlen des Jahres 1827 stattfand, sich eine Umgestaltung in der Zusammensetzung der Kammer vorbereitete, welche das für diese errungene Uebergewicht früher oder später in die Hände der Gegner legen mußte.

Die Verwaltung, welcher Herr von Villèle bei seinem erzwungenen Rücktritte die Zügel überließ, fand eine Aufgabe vor sich, von der man sagen kann, daß unter den obwaltenden Umständen keine menschliche Kraft zu ihrer befriedigenden Lösung ausreichte. Die royalistische Mehrheit der Abgeordnetenkammer, auf welche das Ministerium Villèle sich gestützt hatte, war durch die Wahlen gesprengt. Die liberale Partei, welche eine Menge vorragender Talente in sich vereinigte, hatte zwar für sich allein keine entschiedene Mehrheit erlangt; aber eine nicht geringe Zahl der strengsten Royalisten war durch ihre Theilnahme an dem erbitterten Kampfe gegen den Staatsmann, der sieben Jahre hindurch in seiner Person die Regierung Frankreichs verkörperte, Schritt für Schritt zu immer schrofferer Trennung von den Feldzeichen, denen sie ursprünglich folgten, und zu einer so folgerechten Ausbildung der Grundsätze des constitutionellen Königthumes hingedrängt worden, daß sie sich von den eigentlichen Liberalen beinahe nur noch durch die Gefühle und Neigungen, die sie mit unzerstörbaren Banden an das Königshaus der Bourbonen ketteten, aber keineswegs mehr durch ihre politische Gesinnungen unterschieden. Nur jene Abtheilung der Ultraroyalisten, die sich zur Parteinahme gegen Villèle nicht so sehr durch eine tiefer wurzelnde Abweichung in den Ansichten, als durch persönlichen Haß oder durch Mißtrauen in seine Aufrichtigkeit hatte hinreißen lassen, blieb dem Banner der auf die Adelsherrschaft gestützten Monarchie, welches sie von Anfang erhoben, mit unwandelbarer Treue zugethan. Zwischen diesen beiden so weit von einander getrennten Abtheilungen der royalistischen Partei stand die sehr zusammengeschmolzene Schaar der unbedingten Anhänger des gestürzten Ministerpräsidenten, die nach dem Verluste ihres Führers bereit war, jedem neuen Haupte zu folgen, welches die gleichen Bürgschaften des Vertrauens der Krone mit sich brachte. Wie schwer es

war, diese verschiedenen Abschattungen der royalistischen Meinung zu einem Ganzen zu vereinigen, konnte dem befangensten Blicke nicht verborgen bleiben; auch Karl X. verkannte die Schwierigkeit nicht; er sah wohl ein, daß es für den Augenblick unmöglich geworden war, in dem Sinne, dem die Verwaltung Villèle's entsprochen, offen fortzuregieren; aber er glaubte, daß einige leichte Zugeständnisse, die er unter dem Vorbehalte späterer Zurücknahme zu machen gedachte, vollkommen genügen würden, die abtrünnigen Royalisten, welche sich auf die liberale Seite neigten, zufriedenzustellen und zu ihren alten Fahnen zurückzuführen: ein verderblicher Irrthum, der von vorn herein jede Versöhnung mit der siegenden Volksmeinung unmöglich machte, in dem er aber durch Villèle bestärkt wurde, der mit seiner äußern Stellung nicht zugleich seinen in langjähriger Gewohnheit begründeten Einfluß auf die Entschließungen des Monarchen verloren hatte. Von dieser Ansicht ging der greise Fürst aus, indem er sein neues Ministerium bildete. Graf Chabrol, der Marineminister der Verwaltung des Herrn von Villèle, wurde beauftragt, dem Könige die Namen vorzuschlagen, die er für die geeignetsten hielt. Nach vielfachen vergeblichen Unterhandlungen kam endlich eine Liste zu Stande, der Karl X. seine Genehmigung ertheilte. Nur zwei Männer, die niemals als Freunde Villèle's gegolten hatten, traten in das Cabinett: Graf Portalis, dem die Siegel übertragen wurden, und Graf Roy, der Vorgänger Villèle's in der Finanzverwaltung, der jetzt auch sein Nachfolger wurde, aber ohne gleich ihm den Vorsitz im Ministerrathe zu erhalten: beide durch den kräftigen Widerstand, den sie in der Pairskammer mehr als einer unvolksthümlichen Maßregel der Regierung entgegengesetzt, zu ihrem Vortheile wohl bekannt. Das Ministerium des Auswärtigen erhielt der Graf de la Ferronays, ein alter Edelmann von ehrenhaftem Charakter, der beinahe sein ganzes Leben außerhalb Frankreichs zugebracht hatte, da er, von der Auswanderung als Kammerherr des Herzogs von Berry zurückgekehrt, nachdem er sich mit dem Prinzen überworfen, lange Jahre zuerst Gesandter in Kopenhagen und darauf Botschafter zu St. Petersburg gewesen war. Von dem alten Ministerium blieb außer dem Grafen Chabrol nur der Bischof von Hermopolis, Frayssinous, der sich jedoch genöthigt sah, einen wichtigen Theil seines Wirkungskreises, die Leitung des Unterrichtswesens, aufzugeben, da Portalis die Trennung desselben von der Verwaltung der geistlichen Angelegenheiten zur Bedingung seines Beitrittes gemacht hatte. Wie wenig es aber damit Ernst war, die alten

Wege zu verlassen, und in die gemäßigte Richtung der Herren Portalis und Roy einzugehen, zeigte die Besetzung der übrigen Ministerstellen. Der zum Minister des Innern ernannte Vicomte de Martignac, der neue Kriegsminister, General de Caux und der Handelsminister Graf de Saint-Cricq hatten sämmtlich bereits unter Villèle an der Spitze untergeordneter Zweige der Verwaltung gestanden; der bedeutendste unter ihnen, Herr von Martignac, den zwar der Ruf eines gewandten Redners, aber keineswegs eines Staatsmannes von selbstständigen Ansichten begleitete, hatte bis zuletzt alle gute und schlimme Maßregeln Villèle's vertheidigt; und auch Herr von Vatimesnil, dem nach einigem Zögern unter dem Titel eines Großmeisters der Universität das Ministerium des öffentlichen Unterrichtes vertraut wurde, hatte als Generaladvocat bei dem Cassationshofe sich immer nur als der willige Diener der Gewalt bewährt. Welche Erwartungen Karl X. von seinen neuen Ministern hegte, sprach er ohne Rückhalt aus, als sie sich zum ersten Male in den Tuilerien versammelten. »Ich muß Ihnen erklären, meine Herren,« — redete er sie an — »daß ich mich ungern von Herrn von Villèle trenne; man hat sich über ihn getäuscht: sein System war das meinige.«

Das neue Ministerium, wenn auch seiner Mehrzahl nach aus Bestandtheilen zusammengesetzt, die dasselbe beinahe als eine Fortsetzung der eben erst aufgelösten Verwaltung erscheinen ließen, begriff doch, daß es um jeden Preis wenigstens jene Mißbräuche beseitigen müsse, welche die Gefühle der Nation am empfindlichsten verletzten und gegen welche die öffentliche Meinung die lautesten Anklagen erhob. Einer der ersten Schritte, die deshalb geschahen, war die Niedersetzung einer Commission, die den Auftrag erhielt, den Zustand der geistlichen Vorbereitungsschulen zu untersuchen und darauf zu achten, daß ihre Einrichtung mit den Gesetzen des Königreiches in Einklang gebracht oder mit anderen Worten, daß die Leitung derselben den Jesuiten entzogen würde. Ebenso verhaßt, wie die einseitige religiöse Richtung, welche sich des Schulwesens bemächtigt hatte, war die willkürliche Handhabung der Polizei, der eine Menge Abscheulichkeiten nachgesagt wurden, und von der man behauptete, daß sie gleichfalls jesuitischen Einflüssen zum Werkzeuge diente. Die Generalpolizeidirection, die unter dem mit Verwünschungen überladenen Franchet alle Befugnisse des früheren Polizeiministeriums in sich vereinigte, wurde daher völlig aufgehoben und an die Stelle des Polizeipräfecten der Seine Delavau wurde der redliche, von allen Parteien geachtete De-

belleyme ernannt. Nach diesen Zugeständnissen, die der Volksstimme gemacht wurden, glaubten die Minister sich stark genug, den Parteien in den Kammern entgegenzutreten. Die Thronrede, mit der diese eröffnet wurden, hielt sich in allgemeinen Redensarten, die darauf berechnet waren, den liberalen Neigungen der Nation zu schmeicheln, ohne daß man irgend eine bestimmte Verpflichtung übernommen hätte. Der König sagte, indem er feierlich die Stimme erhob: »Entschlossen, die Charte, die mein Bruder verliehen, und die ich aufrecht zu halten geschworen habe, in meinen Staaten mehr und mehr zu befestigen, werde ich Sorge tragen, daß man mit Weisheit und Besonnenheit daran arbeite, unsere Gesetzgebung mit derselben in Uebereinstimmung zu bringen.« Im Verfolge wurde darauf hingedeutet, daß wichtige Fragen der innern Verwaltung in der Erörterung begriffen wären; aber keine einzige dieser Fragen wurde näher bezeichnet; und es war daher sehr verzeihlich, wenn die Worte des Königs von den Liberalen mit Mißtrauen aufgenommen wurden, da sie nicht wußten, welchen Sinn denselben die Minister unterlegten. Diesen geschah, wenn man voraussetzte, daß sie nicht allzusehr geneigt wären, von freien Stücken einen der früheren Verwaltung geradezu entgegengesetzten Gang einzuschlagen, kein großes Unrecht. Denn ihre ersten Bemühungen nach dem Zusammentreten der Kammern waren, dem Wunsche des Königs gemäß, darauf gerichtet, die Spaltungen auszugleichen, welche zwischen den, sey es durch persönliche Beweggründe, sey es durch Verschiedenheit der Meinung, getrennten Abtheilungen der royalistischen Partei bestanden. In der Abgeordnetenkammer suchten sie deshalb anfangs die Wiedererwählung des früheren Präsidenten Ravez zu bewirken, der so viele Jahre hindurch das Haupt derselben Mehrheit gewesen war, die Herrn von Villèle ihre beharrliche Unterstützung gewährt hatte. Alle ihre Bemühungen scheiterten indessen an dem Widerstande der abtrünnigen Royalisten, die es vorzogen, sich mit den Liberalen, statt mit den alten Anhängern Villèle's zu vereinigen, und die bei ihrer Stellung zwischen den beinahe gleichgetheilten Parteien es in ihrer Macht hatten, durch ihre Stimmen, je nachdem sie sich auf diese oder auf jene Seite wandten, den Ausschlag zu geben. Unter den fünf Candidaten, welche die Kammer vorzuschlagen hatte, erhielt bei der ersten Wahl keiner die gesetzlich erforderte Mehrheit. Es mußte zu einer zweiten Wahl geschritten werden, und bei dieser fielen die Stimmen auf vier Mitglieder der Zwischenpartei Delalot, Hyde de Neuville, Royer Collard, Gautier, und auf einen Liberalen Casimir Périer. Ravez, nebst allen übrigen

Candidaten der reinen Royalisten, war beseitigt. Der König ernannte Royer Collard, der zwar nur der Dritte auf der Liste, dessen Name ihm aber der am wenigsten anstößige war, zum Präsidenten. Wenn es schon durch das Ergebniß der Präsidentenwahl offenbar wurde, daß eine Verständigung zwischen den constitutionellen Royalisten und den Liberalen stattgefunden haben mußte, so zeigte sich dies doch noch unzweideutiger in dem überraschenden Ausgange, zu dem die Verhandlungen über die Adresse führten. Die von der Abgeordnetenkammer zu der Abfassung des Adresseentwurfes niedergesetzte Commission hatte in denselben eine Stelle aufgenommen, welche den bittersten Tadel gegen das Ministerium Villèle aussprach. »Die Klagen Frankreichs,« hieß es wörtlich, »haben das bedauernswerthe System (le système déplorable) zurückgewiesen, welches die Verheißungen Ew. Majestät zur Täuschung machte.« Darüber kam es, als der Entwurf der Kammer vorgelegt wurde, zu stürmischen Erörterungen. Herr von Montbel, ein persönlicher Freund Villèle's, vertheidigte dessen Verwaltungsmaßregeln mit allem Feuer des Südfranzosen; »schon aus Achtung vor der Würde des Königthumes,« rief er zum Schlusse aus, »hätte man ein ehrerbietiges Stillschweigen über die Handlungen der vorhergehenden Verwaltung beobachten sollen!« — »Die Grundlage der Größe und der Dauer unseres alten Königsstammes,« entgegnete Agier, der Wortführer der freisinnigen Royalisten, »ist die constitutionelle Ordnung. Hat die Kammer nicht das Recht über ein gefallenes System zu urtheilen? Liegt dieses Urtheil nicht in ihren constitutionellen Rechten?« — »Das abgetretene Ministerium,« meinte Herr Sirieys de Mayrinhac, »hat viel Gutes und Großes vollbracht; und es würde noch bestehen, wenn die frühere Mehrheit noch in dieser Kammer vorhanden wäre.« — Benjamin Constant griff diese freilich sehr naive Aeußerung auf, um alle die unseligen Maßregeln aufzuzählen, welche den Gang der gestürzten Verwaltung bezeichneten; er hob besonders die Verschleuderungen des spanischen Krieges und die zweimalige Einführung der Censur hervor, die das erste Mal Frankreich aus Gründen aufgelegt worden sey, welche eine Beleidigung für die französischen Gerichtshöfe enthielten, das andere Mal, ohne daß man es für nöthig gefunden hätte, irgend erhebliche Gründe anzugeben. »Ein solches Verfahren,« schloß er, »könne man nicht anders als bedauernswerth nennen.« — »Es giebt hier nichts Bedauernswerthes, als die Adresse!« rief in leidenschaftlicher Erregung der ultraroyalistische Marquis de la Boessière, aus; er seinerseits, fügte er hinzu,

würde sich nie dazu verstehen, wenn das Loos ihn zur Theilnahme an der Deputation bestimmen sollte, eine solche Adresse dem Könige zu überreichen. — Der liberale Herr von Chauvelin war der Ansicht, daß man allerdings Alles vermeiden müsse, was die Gefühle des Monarchen verletzen könne; dagegen hielt er es für die Pflicht der Kammer, einen treffenden Tadel gegen eine durch die Weisheit des Königs verurtheilte Verwaltung auszudrücken, die nur mit Trug und Bestechung zu Werke gegangen sey, und eben so sehr die theuersten Interessen des Thrones, wie des Landes verkannt habe. — Herr von Labourdonnaye verlangte, ungeachtet seines persönlichen Hasses gegen Villèle, die Auslassung der Stelle, indem er es für unschicklich erklärte, so harte Ausdrücke in Gegenwart des Königs zu gebrauchen. Von den Ministern nahm nur der Vicomte de Martignac an dem Streite Theil, sprach aber mit einer Ruhe und Mäßigung, die ihm von den Freunden Villèle's als Lauheit, wo nicht als Verrath ausgelegt wurde. Sein Wunsch, daß die tadelnden Worte des Entwurfes gemildert werden möchten, fand bei den erbitterten Parteien kein Gehör; die Adresse wurde im Wesentlichen unverändert mit einer Mehrheit von 34 Stimmen angenommen.

Karl X. vernahm diesen ihm ganz unerwarteten Erfolg der Verhandlungen mit der äußersten Entrüstung. »Sie sehen,« rief er den Herren von Martignac und Portalis entgegen, die des Abends in das Schloß beschieden wurden, »Sie sehen, wozu man uns bringt! Ich werde nicht dulden, daß man meine Krone in den Koth wirft. Mein Entschluß ist gefaßt. Sie, Herr von Martignac, werden die Kammer in mein großes Cabinett berufen; dort, umgeben von den Pairs und den Großen des Staates, werde ich den Abgeordneten erklären, daß sie die königliche Majestät beleidigt haben, und daß ich sie auflöse.« Die beiden Minister bewiesen dem Ausbruche des königlichen Unwillens gegenüber eine achtungswerthe Festigkeit. Herr von Martignac sagte dem Könige, daß er vollkommen Recht habe, über den Ton der Adresse ungehalten zu seyn; auch die Minister wären weit davon entfernt, denselben zu billigen; der Entschluß, von dem Se. Majestät spreche, sey aber zu ernster Art, als daß Ihre Räthe nicht in Erwägung ziehen müßten, ob sie länger im Stande wären, dem Könige zu dienen. Die Drohung des Rücktrittes, die in diesen mit aller schuldigen Ehrerbietung gesprochenen Worten lag, verfehlte ihre Wirkung nicht. Karl X. begnügte sich, in die Antwort, die er der mit Ueberreichung der Adresse beauftragten Abordnung der Kammer ertheilte, einige

Aeußerungen einfließen zu lassen, welche eine in die mildeste und schonendste Form gekleidete und nur durch den feinsten Tact herauszufühlende Zurechtweisung enthielten.

Die beiden Mitglieder des Cabinettes, die in dasselbe aus dem Ministerium Villèle übergegangen waren, Graf Chabrol und der Bischof von Hermopolis, hatten den Tadel der Kammer nicht abgewartet, um sich aus einer Stellung zurückzuziehen, von der sie zum voraus sahen, daß sie dieselbe mit Ehren nicht würden behaupten können. Anstatt des Grafen Chabrol übernahm die Verwaltung des Seewesens der wackere, nur etwas zu leidenschaftliche Hyde de Neuville, der als Gesandter zu Lissabon durch sein kräftiges und würdevolles Auftreten sich die Achtung aller Parteien erworben hatte; den Bischof von Hermopolis ersetzte Feutrier, Bischof von Beauvais, ein Prälat, der, einst durch den Cardinal Fesch begünstigt, schon dadurch den Liberalen empfohlen war, sich aber in der That vor den meisten höheren Geistlichen durch wahre Frömmigkeit und die immer mit derselben verbundene Duldung auszeichnete. Erst nachdem das Cabinett auf diese Weise ergänzt war, erlangte dasselbe jene Einheit, die zu der Durchführung einer festen und selbstständigen politischen Ansicht erforderlich war. Zwei Gesetzentwürfe, die in kurzer Frist nach einander der Abgeordnetenkammer vorgelegt wurden, der erste über die jährliche Durchsicht der Wähler- und der Geschwornenlisten, der andere über die periodische Presse, ließen keinen Zweifel darüber, daß die Minister sich von den traurigen Ueberlieferungen der Verwaltung des Herrn von Villèle jetzt völlig losgesagt und für ein aufrichtiges Eingehen auf die in der Charte niedergelegten Grundsätze des constitutionellen Königthumes entschieden hatten. Der Gesetzentwurf über die Wählerlisten hatte zum Zwecke, dem Mißtrauen gegen die Redlichkeit der Behörden zu begegnen, welches durch die Wahlbestechungen und Betrügereien unter Villèle verbreitet worden war. Die scharfsinnigsten Bestimmungen waren getroffen, um alle Unterschleife, so weit dies überhaupt durch ein Gesetz zu erreichen steht, unmöglich zu machen. Nicht allein den zunächst Betheiligten, sondern jedem Wähler wurde das Recht eingeräumt, gegen willkürliche Auslassungen Berechtigter aus den Listen, so wie gegen die Eintragung Unberechtigter Beschwerde zu erheben; und von der Entscheidung der Präfecten wurde die Berufung an die königlichen Gerichtshöfe gestattet, die in öffentlicher Sitzung ihr Urtheil abzugeben hatten, so daß nicht leicht irgend eine Bürgschaft vermißt wurde, die man billiger Weise verlangen konnte. Dennoch waren weder die

Ultraroyalisten, denen man dies am wenigsten verargen durfte, noch die Liberalen zufriedengestellt. Der liberale Abgeordnete Jars, der bei der Erörterung in der Kammer zuerst das Wort nahm, erklärte den Gesetzentwurf für durchaus unzureichend, weil keine Strafen auf Uebertretungen von Seiten der Behörden gesetzt wären. Selbst so gemäßigte Männer, wie Duchâtel und Destutt de Tracy, wollten nur unter der Bedingung für den ministeriellen Entwurf stimmen, daß zahlreiche Verbesserungen in denselben aufgenommen würden. Auf der andern Seite versicherte der ultraroyalistische de la Boulaye, daß das vorgeschlagene Gesetz sehr unnöthig wäre. »Ihr wollt alle Betrügereien verhüten?« wandte er sich gegen die linke Seite; »dann muß das Gesetz auch die Verführung durch Versprechungen oder Drohungen treffen; dann muß es die Mittel bieten, dem Einflusse jener leitenden Ausschüsse, jener berathenden Versammlungen vorzubeugen, die darauf ausgehen, das ganze Wahlsystem umzustürzen.« Dagegen bemerkte de Beaumont: es sey allerdings nicht zu leugnen, daß Vereinigungen, die sich zur Aufgabe setzten, die Wähler in einem gewissen Sinne zu bearbeiten, wie sie bei den letzten Wahlen stattgefunden, eine ernste Gefahr drohten; man dürfe aber nicht vergessen, daß diese Vereinigungen nur durch die Willkürlichkeiten der jüngsten Verwaltung hervorgerufen worden wären, weil man in ihnen das einzige wirksame Mittel des Widerstandes gesehen. Das gegenwärtige Ministerium gebe durch das Gesetz, welches dasselbe der Kammer vorgelegt, eine Bürgschaft gegen die Wiederkehr so verwerflicher Verirrungen. Agier, dessen Stimme von bedeutendem Gewicht war, da er in gewisser Beziehung als das Haupt der constitutionellen Royalisten galt, die bei ihm sich regelmäßig versammelten, trat zum ersten Male offen als der Freund und Vertheidiger des neuen Ministeriums auf. Er sprach seine Ueberzeugung aus, daß der Gesetzentwurf den wahren Bedürfnissen des Landes Genüge leiste; nicht durch die Furcht vor der Strafe, sondern durch das Verlangen nach der öffentlichen Achtung müsse die Vollziehung der Gesetze gesichert werden. Es sey zu hoffen, daß jetzt, nachdem die Veranlassung gehoben sey, alle Parteizwiste sich in der gemeinsamen Liebe des Königs und des Vaterlandes ausgleichen würden. Der Minister des Innern, der hierauf das Wort nahm, verbreitete sich ausführlich über die Nachtheile, die aus der Aufnahme von Strafbestimmungen in das Gesetz hervorgehen würden; er zeigte, wie sehr es den Gang der Verwaltung hemmen müsse, wenn es jedem Wähler frei stehen sollte, seinen Präfecten vielleicht

nur in einer Anwandlung von übler Laune vor Gericht zu ziehen. »Man spricht von Einmischungen in die Wahlen,« sagte er, »die stattgefunden haben sollen: allerdings haben solche Einmischungen stattgefunden, aber nicht von Seiten der Regierung. Personen, denen die Regierung dies Recht nicht zugesteht, haben zahlreiche Rundschreiben verbreitet; sie haben den Wahlcollegien Abgeordnete ihrer Wahl aufgedrängt. Was wir am meisten zu fürchten haben, das ist die drohende Thätigkeit der Parteimänner und die Unthätigkeit, die Gleichgültigkeit der friedlich Gesinnten.« Der Veteran der Revolution Lafayette konnte es sich nicht versagen, einige Erinnerungen aus jener Zeit seines Ruhmes zurückzurufen. Damals, behauptete er, wäre Jedermann darüber einverstanden gewesen, auf welche Weise die Wahlen geordnet werden müßten; denn man habe erkannt, daß die Wahlen die sicherste Bürgschaft der Freiheit wären, und daß die Freiheit das höchste Gut für edle Seelen sey. Er gestand zu, daß die Bestimmungen des Gesetzentwurfes in gutem Glauben abgefaßt wären, leugnete aber ihre praktische Wirksamkeit, so lange die Formen der Verwaltung nicht wesentlich verbessert würden. »Gehen wir diese ganze Beamtenhierarchie durch,« sagte er, »wo finden wir eine Spur von Unabhängigkeit? Präfecten, Unterpräfecten, Präfecturräthe, Gemeinderäthe, Maires, Friedensrichter, alle sind Geschöpfe der Gewalt und nach Gutdünken absetzbar.« — »Ich weiß nicht, ob ich mich irre,« entgegnete Herr de Conny, »aber mir scheint die Zukunft Frankreichs von Revolutionen und öffentlichem Unglück schwanger. Das Gesetz, welches man uns vorschlägt, ist in seinen Grundlagen mangelhaft. Gerade die Hauptsache fehlt; denn es findet sich keine einzige Bestimmung darin, welche die Freiheit der Wahlen gegen unbefugte Einmischungen sicherte. In gleichem Sinne äußerte sich Donadieu de Sesmaisons. Die größte Gefahr drohe der Wahlfreiheit durch die Wahlvereine. Solche gesetzwidrige Vereinigungen hätten zur Zeit des Convents bestanden. Der Convent habe Soldaten und Kanonen gehabt, und dennoch sey er durch die Clubbs beherrscht worden. Der gemäßigt liberale Etienne übernahm es, die Angriffe der royalistischen Redner zurückzuweisen. »Woher,« fragte er, »dieses Gefühl der Unruhe, welches noch die Gemüther bewegt? Der Grund liegt darin, daß man unkluger Weise die Zukunft mit den Unfällen der Vergangenheit bedroht: daß man keck genug ist, Frankreich, dies ruhige treu ergebene Land, als einen Heerd der Unordnungen anzuklagen; daß man furchtbare Schreckbilder heraufbeschwört, um den

Glauben an Meutereien zu erwecken, die nur jenen Herren zum Vortheile gereichen würden, welche den Schein annehmen, als ob sie vor denselben zitterten, und welche, nachdem sie alle andere Arten der Heuchelei erschöpft, sich jetzt zu der Heuchelei der Furcht flüchten.« Der Widerstand der Ultraroyalisten hatte die Wirkung, die sich erwarten ließ: er belehrte die Liberalen über ihr wahres Interesse, welches sie zu verkennen im Begriff waren. Sie stimmten in Masse für den Gesetzentwurf, der beredter als durch das Lob seiner Vertheidiger, durch den Tadel der Gegner empfohlen wurde. Das Gesetz über die Wählerlisten wurde mit einer Mehrheit von 257 Stimmen gegen 105 angenommen.

Noch stand dem ministeriellen Werke jedoch eine harte Prüfung in der Pairskammer bevor, in der die Häupter der gestürzten Verwaltung, Villèle, Peyronnet und Corbières, die nach ihrer Verabschiedung mit der Pairswürde bekleidet worden waren, durch ihre zahlreichen Ernennungen eine mächtige Partei besaßen. Der Gesetzentwurf wurde von dieser als eine verdeckte Anklage gegen die frühere Verwaltung aufgefaßt, welche nur zu häufig die Wahlen durch dieselben Mittel zu ihren Gunsten gelenkt hatte, deren Wiederanwendung für die Zukunft unmöglich gemacht werden sollte. Dennoch wagte Villèle keinen offenen Angriff auf den Entwurf als Ganzes, theils weil er dadurch seine geheimen persönlichen Plane, die immer noch auf die Wiedererlangung der Macht gerichtet waren, zu sehr bloßgegeben hätte, theils aber auch weil in diesem Falle der Erfolg sehr zweifelhaft erschien, da sich vorhersehen ließ, daß die gesammte frühere Opposition, die so manche seiner eigenen Maßregeln vereitelt hatte, auf die Seite der Minister treten würde. Er beschloß vielmehr, alle ihm zu Gebote stehenden Streitkräfte gegen einen einzelnen Abschnitt zu vereinigen, der vom royalistischen Streitpunkte aus die meisten Blößen darbot, und dessen Erörterung ihm daher, selbst sofern er mit seiner Ansicht nicht durchdrang, den Vortheil versprach, ihn in der Meinung der Partei auf Kosten seiner Gegner, die derselben doch auch noch angehörten, zu erheben. Der Kampf, zu dem es dennoch gleich bei der Vorlegung des Gesetzentwurfes kam, war daher nur als ein Vorspiel der eigentlichen Entscheidung zu betrachten. Herr von Martignac sprach sich, indem er das von der Abgeordnetenkammer angenommene Gesetz den Pairs vorlegte, in eben so angemessener als würdiger Weise aus. »Dieser Entwurf,« sagte er, »hat zum Zwecke, die Regelmäßigkeit der Listen zu sichern, Irrthümer

zu verhüten, wirklichen Rechten eine Bürgschaft zu gewähren und grundlose Anmaßungen zu beseitigen; er hat zum Zwecke, die Verwaltung von jenen Verdächtigungen zu befreien, die sie erniedrigen, von jenen maßlosen Anfeindungen, die sie ermüden und verwunden und ihr dagegen jenen gerechten und gesetzmäßigen Einfluß zurückzugeben, dessen die Regierung bedarf.« — »Euer Gesetz,« entgegnete Forbin des Issards, »wird die Verwaltung erst dem Lande verdächtigen; es thut der königlichen Macht und Würde schweren Abbruch; es ist selbst der Freiheit der Wahlen nachtheilig. Mit den Rechten, die man erschafft, wird es einer tobenden Minderheit immer leicht werden, die ruhige und gewissenhafte Mehrheit zu unterdrücken. Man will wahrhafte und freie Wahlen: man wird die Wahrheit und Freiheit haben, wie im Jahr 1793, wie in den hundert Tagen und wie 1828.« — Mit beinahe eben so arger Uebertreibung äußerte sich Herr von Castelbajac. »Dieses Gesetz,« erklärte er, »erscheint mir in einem Augenblicke durchaus unpassend, wo die Leidenschaften einen so großen Einfluß üben. Eine Meinung, die lange Zeit unterdrückt war, ist bei den letzten Wahlen wieder hervorgetreten; es ist die Meinung, welche uns die bekanntesten Namen der Republik und des Kaiserreiches als Stützen der Monarchie bietet; die Meinung, die in einer früheren Zeit den Grundvertrag brach und den Monarchen zurückwies.« — »Etwas mehr Muth,« versetzte der ruhige Mounier; werft doch nur einen Blick auf den gegenwärtigen Zustand Frankreichs; dieser ist nicht so beunruhigend, wie Ihr ihn Euch vorstellt. Statt Gefahren heraufzurufen, wird das Gesetz dem Lande den Frieden geben und sein Vertrauen befestigen.« — »Aber der Wahleinfluß der Regierung«, entgegnete Herr von Frenilly, »wird auf eine Gegenregierung übergehen; das Gesetz wird einen Mißbrauch durch die Usurpation, einen Scandal durch den Bürgerkrieg verbessern.« — »Nein,« erwiderte der Minister des Innern, »ich kann diese düstern Vorherverkündigungen nicht gelten lassen. Der König darf keine Feinde in der Auswahl der Bürger, in jenen Männern sehen, die am meisten bei der Aufrechthaltung der Ordnung und der schützenden Staatsgewalt betheiligt sind. Hüten wir uns durch grundlosen Verdacht und ungerechtes Mißtrauen jene beklagenswerthen Spaltungen zu verewigen, die nur zu lange gedauert haben. Dies kann ich nicht Klugheit nennen; es ist wenigstens jene Klugheit nicht, die den Regierungen nützt.« Der Hauptangriff der royalistischen Gegenpartei war gegen jene Bestimmung des Gesetzes gerichtet, welche auch

Unbetheiligten gestattete, gegen Irrthümer oder Verfälschungen der Listen Klage zu erheben. Der Siegelbewahrer der Villèle'schen Verwaltung, Peyronnet, war unter den Ersten, welche gegen diese Bestimmung Sturm liefen. Ein Redner nach dem andern suchte dieselbe als die Quelle alles möglichen Unheils darzustellen; und die Minister waren nahe daran zu unterliegen, denn der Antrag auf Verwerfung des angegriffenen Abschnittes wurde nur durch eine Mehrheit von fünf Stimmen zurückgewiesen. Aber noch hielt die Partei sich nicht für geschlagen. Es wurde eine Verbesserung vorgeschlagen, welche darauf berechnet war, die Ausübung des den Unbetheiligten eingeräumten Rechts unmöglich zu machen. Herr von Villèle nahm jetzt persönlichen Antheil an dem Kampfe. »Ich billige den Grundgedanken des Entwurfes,« sagte er; »die Verwaltung wird wenigstens den Vorwürfen des Betruges entzogen werden, denen die Bildung der Listen nur zu oft zum Vorwande diente. Aber die Verbesserung, die man uns vorschlägt, ist von großem Nutzen; sie wird die Ränke einer Partei verhindern, indem sie das unmittelbare Zusammentreffen des angegriffenen Wählers mit seinem Gegner vermeidet.« Der Vorschlag war nämlich, daß die Beschwerden über einen unrechtmäßiger Weise eingetragenen Wähler diesem durch den Präfecten mitgetheilt werden sollten, statt unmittelbar zu einer Klage vor Gericht zu führen. Nur drei Stimmen entschieden die Verwerfung dieses treulosen Vorschlages. Damit war aber auch aller Widerstand der Ultraroyalisten gebrochen; das ganze Gesetz wurde von einer weit überwiegenden Mehrheit genehmigt.

Eben so freisinnig, wie das Gesetz über die Wählerlisten, war jenes über die Presse, welches der Siegelbewahrer Portalis ausgearbeitet hatte. Nach der bestehenden Gesetzgebung besaß die Regierung das Recht, in der Zwischenzeit von einer Session der Kammern zur andern aus gewichtigen Gründen, über die sie sich aber nicht näher zu erklären brauchte, die Censur einzuführen, kein neues Journal durfte herausgegeben werden, außer in Folge einer besondern Erlaubniß der Regierung, und es stand dieser frei, jede Zeitschrift nicht bloß wegen einzelner Aufsätze, die irgend ein Strafgesetz zu verletzen schienen, sondern auch wegen ihrer ganzen Richtung, sofern diese als eine feindselige betrachtet wurde, vor Gericht zu verfolgen. Alle diese Beschränkungen hatten sich unwirksam erwiesen; denn die Journale verdoppelten ihren Eifer, sobald sie wieder von der Censur befreit wurden; je geringer ihre Zahl blieb, um so bedeutender war der Ein-

fluß jedes einzelnen; und die gerichtlichen Verfolgungen führten zu keinem Ergebnisse, weil die Tribunale die angeklagten Blätter beinahe ohne Ausnahme freisprachen. Die Minister faßten daher den Entschluß, um den Vorwürfen ein Ziel zu setzen, die der Regierung wegen einer der That nach nicht einmal vorhandenen Unterdrückung der Presse gemacht wurden, alle diese Beschränkungen aufzugeben. Karl X. hatte wenig gegen die Aufhebung der Befugniß zu willkürlicher Auflegung der Censur einzuwenden, weil er die Vorliebe der alten ultraroyalistischen Opposition für die Freiheit der Presse theilte; um so schwerer war es, ihn zu der Bewilligung der übrigen Zugeständnisse zu vermögen. »Was bleibt uns denn übrig,« fragte er, »wenn wir auf alle Beschränkungen verzichten?« — »Tüchtige Maßregeln gegen den Mißbrauch,« erwiderte Graf Portalis, »und die Gerichte.« — »Schlimmsten Falles,« sagte der König, seinen Gedankengang verfolgend, »finde ich Alles in dem vierzehnten Artikel der Charte.« — Dies war der Artikel, der nach der Auslegung der Ultraroyalisten dem Könige das Recht vorbehielt, unter dringenden Umständen alle Gesetze aufzuheben, und der zwei Jahre später eine so traurige Berühmtheit erlangen sollte. — Die Erläuterungen, mit denen Portalis den Gesetzentwurf begleitete, als er denselben den Kammern mittheilte, überraschten durch ihren edeln Freimuth alle Parteien. »Die Oeffentlichkeit,« sagte der Minister, »ist die Seele der Regierung, die wir der Weisheit unserer Fürsten verdanken; und die Journale sind die unentbehrlichen Werkzeuge dieser Oeffentlichkeit. Ohne sie wäre dieselbe nur ein leerer Name und eine wesenlose Form. Damit die Oeffentlichkeit aber wirksam werde, müssen ihre Organe aufrichtig seyn. Sowohl das ausschließende Vorrecht, als die Abhängigkeit, verfälscht sie; vor dem ersten sollen sie durch die freie Mitbewerbung bewahrt, von der andern durch die Abschaffung jeder vorgängigen Beaufsichtigung befreit werden. Dies ist der doppelte Zweck, den das vorliegende Gesetz zu erreichen beabsichtigt. Das Monopol, welches nach der bisherigen Gesetzgebung für die gegenwärtig vorhandenen Journale besteht, widerspricht der durch die Verfassung festgestellten Gleichheit der Rechte, es hindert die freie Mittheilung der Thatsachen, der Handlungen und der Meinungen und benachtheiligt die politischen Interessen des Staates. Der Gesetzentwurf macht diesem Mißbrauche ein Ende; er gesteht jedem großjährigen Franzosen, der in dem Genusse seiner bürgerlichen Rechte ist, die Macht zu, eine Zeitschrift oder ein Tageblatt zu begründen. Die einzige Bedingung, die wir beibehalten haben,

ist die Forderung einer Caution, die aber vor Ihnen kaum einer Rechtfertigung bedarf. Wenn man von dem Notar, von dem Börsenagenten, von allen Cassenbeamten eine solche Bürgschaft verlangt, daß sie das in sie gesetzte Vertrauen nicht täuschen, so ist nichts billiger, als daß man auch dann zu derselben seine Zuflucht nimmt, wenn es sich um eine Art öffentlichen Unterrichts handelt, der jeden Augenblick die wichtigsten allgemeinen oder besonderen bürgerlichen Interessen gefährden kann. Je schrankenloser die Freiheit war, die wir den Mittheilungen der Presse einräumen zu müssen glaubten, um so mehr mußten wir darauf bedacht seyn, Sorge zu tragen, daß im Falle des Mißbrauches der wahre Schuldige der Strafe nicht entgehe. In dieser Beziehung ist die bisherige Gesetzgebung sehr mangelhaft. Da verurtheilt man irgend eine Person, die ihren Namen zu der Herausgabe des straffälligen Blattes geliehen, mit demselben aber sonst nicht das Geringste zu thun hat und für die Geld- oder Gefängnißstrafen, welche die Gerichte ihr zuerkennen, durch die wirklich Betheiligten entschädigt wird. Wir verlangen, daß in Zukunft jedes einzelne Blatt eines Journales von einem verantwortlichen Geschäftsführer unterzeichnet werde, der einen Antheil an dem Eigenthume des Journales besitzt und wenigstens ein Viertel der Caution aus seinen Mitteln erlegt hat. Der Mann, der mit seiner Person und seinem Vermögen für den Inhalt eines von ihm herausgegebenen Blattes einsteht, wird es so leicht nicht unterlassen, eine sorgfältige Aufsicht darüber zu üben, daß dasselbe die Schranken des Gesetzes nicht überschreite. Die Censur, die außerhalb des Kreises des allgemeinen Rechtes liegt, ist deshalb völlig entbehrlich. Die Rückkehr zum Rechte kann nie eine Gefahr für das Königthum haben; denn sollten wirklich schwierige Umstände eintreten, so würden alle Wohlgesinnten sich um dasselbe sammeln und es würde, durch ihren Beistand stark, in seiner eigenen Kraft hinreichende Mittel zu seiner Vertheidigung finden.« So beifällig die liberale Partei diese Darlegung der Gründe aufnahm, auf welche der Gesetzentwurf sich stützte, so wenig vermochten die einzelnen Bestimmungen desselben ihr zu genügen. Man sah in den Cautionen, welche gefordert wurden, einen Widerspruch gegen die Erklärung des Siegelbewahrers, daß es einem Jeden verstattet seyn solle, Journale herauszugeben; in den Bürgschaften der Geschäftsführer einen Versuch, die Censur unter anderem Namen herzustellen; in den schweren Geldstrafen, in den Strafen zeitweiliger Unterbrechung der Herausgabe und immerwährender Unfähigkeitserklä-

rung des Geschäftsführers zu der Bekleidung eines ähnlichen Amtes für die Zukunft, mit denen das Gesetz drohte, die geheime Absicht der Unterdrückung aller unabhängigen Journale. Sehr unzufrieden war man auch mit der in dem Entwurfe ausgesprochenen Gleichstellung der literarischen und der politischen Blätter, da man voraussetzte, daß die ersten schon durch die Höhe der Cautionen am Erscheinen verhindert werden müßten. »Hüten wir uns doch,« sagte Keratry bei der Eröffnung der Verhandlungen in der Abgeordnetenkammer, »in dem Körper der Gesellschaft die zu seinem Leben erforderliche Bewegung zu hemmen! Eine Nation ist todt ohne diesen raschen Umlauf der Gedanken und der Empfindungen, der hier die Wissenschaft und die Kunst belebt, dort eine löbliche Theilnahme an den politischen Angelegenheiten und, wo es nöthig ist, eine wohlthätige Unruhe in Bezug auf die Erhaltung anerkannter Rechte erweckt. Man hat mit Unrecht den Journalen ein Verbrechen daraus gemacht, daß sie diese Unruhe erwecken, während dies gerade der größte Dienst ist, den sie dem Vaterlande leisten können. Durch gehäuftes Unrecht hatte das vorige Ministerium die Presse herausgefordert; aber die allgemeine Unzufriedenheit, die dasselbe stürzte, ist nicht durch die Journale gemacht worden; diese haben sie nur ausgesprochen und denjenigen von ihrem Vorhandenseyn in Kenntniß gesetzt, der die Ursachen der Unzufriedenheit entfernen konnte. Wenn die öffentlichen Blätter in solchen Fällen schwiegen, wenn sie nicht den Muth hätten, kräftig ihre Stimme zu erheben, so würde die schmachvollste Verwaltung ihre Dauer auf unbestimmte Zeit verlängern. Ohne die Journale würden die Räthe der Krone, die uns in ihrem Namen Gesetze vorlegen, nicht zu dieser Stunde dieser Rednerbühne gegenübersitzen; ohne die Journale würde diese Versammlung, die dem Volke die Bürgschaft einer freien Abstimmung giebt, hier nicht vereinigt seyn. Daß diese Kammer der Presse ihr Daseyn verdankt, wird von uns Allen offen eingestanden; gewiß wird sie niemals von sich sagen lassen, daß sie feindlich gegen die Presse gehandelt hätte. Das würde aber der Fall seyn, wenn sie den Gesetzentwurf billigte, der unserer Berathung unterliegt. Zur Ehre der Männer, denen wir so gern unsere Achtung bewahrten, müssen wir glauben, daß sie nicht den ganzen Umfang der Täuschungen, der Ränke, der inneren und äußeren Unmöglichkeiten und der Widersprüche gesehen haben, die das Gesetz enthält, welches sie uns zur Annahme vorschlagen. Wir wollen hoffen, daß Minister, die sich selbst und die uns achten, einem solchen Gesetzentwurfe, wenn

derselbe nicht wesentlich ungestaltet wird, eine des königlichen Antragsrechtes unwürdige Bevorwortung versagen werden. Nein, nicht in dem Palaste unserer Könige hat dieses Gesetz seinen Ursprung gefunden; es kann in denselben nur durch die Feinde unserer öffentlichen Einrichtungen und der Monarchie eingeführt worden seyn, welche das öffentliche Gedächtniß ohne Mühe nennen würde.« Mit mehr Mäßigung sprachen Cunin Gridaine, Méchin, Corcelles, die sich aber sämmtlich gleichfalls nur unter der Bedingung für den ministeriellen Entwurf erklärten, daß dessen Bestimmungen wesentliche Verbesserungen erführen. Mit auffallender Heftigkeit trat Benjamin Constant auf, von dem man dies bei seiner sonstigen Besonnenheit am wenigsten erwartet hatte. »Das einzige Verdienst,« sagte er, »welches der Entwurf hat, ist, daß er die Censur abschafft. Aber auch dieses Verdienst verliert viel von seinem Werthe, wenn dir bedenken, daß die Minister, wenn sie constitutionell seyn wollen, die Censur nicht wieder einführen können, weil die Censur die schamloseste Verletzung unserer verfassungsmäßigen Rechte ist, und daß selbst solche Minister, denen es nicht darauf ankäme, sich über die Verfassung hinwegzusetzen, dies gegenwärtig nicht mehr thun könnten, ohne der Nation offen den Krieg zu erklären. Die Wiedereinführung der Censur wäre ein Manifest, welches der Nation erklärte: Wir wollen Euch unterdrücken, ohne daß Ihr Euch beschweren dürft, nicht bloß Euch, Ihr Schriftsteller und Journalisten, sondern Euch alle, Gutsbesitzer und Fabrikanten, Kaufleute, Handwerker, Tagelöhner, die Ihr alle die Oeffentlichkeit brauchen könnt, um gegen die Unterdrückung Einspruch zu erheben; wir wollen Euch zum Stillschweigen verurtheilen, weil wir im Sinne haben, so zu regieren, daß jedes Wort, das aus Eurem Munde käme, eine Anklage gegen uns enthalten müßte. Welchen Erfolg dürfte man sich aber von einer solchen Erklärung wohl versprechen? Wie gewandt auch die vorigen Minister in der Unterdrückung waren, so sind sie doch durch ihr eigenes Werkzeug erlegen. Die Censur hat sie getödtet, weil sie entweder zu viel oder zu wenig gethan haben. Sie wollten mit der Unterdrückung einen gewissen Schein der Freiheit verbinden; aber das Wenige, was in diesem Scheine von wirklicher Freiheit übrig blieb, war hinreichend, ihr ganzes Gerüste der Zwingherrschaft umzustürzen. Wenn man einer Nation ihre Rechte rauben will, darf man nicht auf halbem Wege stehen bleiben; das, was man ihr läßt, dient dazu, das Ganze wieder zu erobern. Die eine freigebliebene Hand des Gefesselten entledigt die

andere der Ketten. Ich verwerfe den Gesetzentwurf, den man uns vorgelegt hat, und ich nehme um so weniger Anstand, dies zu thun, weil ich nicht glauben kann, daß er von den Ministern ausgegangen ist. Die Hand, welche die Darstellung der Beweggründe aufsetzte, ist nicht dieselbe, welche die einzelnen Bestimmungen des Entwurfes verfaßt hat. Dieser ist durch eine Faction entstellt, welche das Ministerium mit Unrecht fürchtet, und die es schwach genug ist zu schonen, während es die Einflüsterungen derselben verachten sollte.« Der Siegelbewahrer wies die Behauptung, als ob das Ministerium bei der Abfassung des Gesetzentwurfes fremden Eingebungen gefolgt wäre, mit Unwillen zurück. »Niemand hat an diesen Entwurf seine Hand gelegt,« erklärte er, »außer wir selbst. Wir wollen durch denselben einen Rechtszustand der Presse herstellen; wir haben aber nicht vergessen, daß es ein doppeltes Recht giebt: jenes allgemeine Recht, welches die Regeln der ewigen Gerechtigkeit umfaßt, die alle Gesetze beherrschen, und das gemeine bürgerliche Recht, das die Regeln für jeden besonderen Zweig der Gesetzgebung eines Landes feststellt. Wenn man einen Zweig der Gesetzgebung nach den Grundsätzen ordnet, denen der Gegenstand derselben unterworfen ist, so befindet man sich in dem gemeinen Rechte. Ein Grundsatz, der in Bezug auf die Presse allgemein anerkannt wird, ist, daß man die gewöhnlichen Erzeugnisse derselben von den periodischen unterscheiden muß. Die Herausgabe einer Schrift ist eine Privathandlung, und sie soll deshalb auch von der Gesetzgebung nicht anders beurtheilt werden, wie jede andere Privathandlung. Die Errichtung eines Journales aber ist eine öffentliche Unternehmung; sie bezweckt nicht bloß Gewinn, sondern eine wahre Herrschaft der Geister; sie kann unermeßlichen Einfluß auf die öffentliche Meinung und dadurch auf den ganzen Zustand der Gesellschaft üben. Das Recht, seine Gedanken frei zu veröffentlichen, welches die Charte ausspricht, zieht deshalb noch nicht unbedingt jenes andere Recht nach sich, durch die Begründung von Journalen auf die öffentliche Meinung zu wirken. Das Recht, ein Erziehungshaus zu errichten, eine Handelsgesellschaft zu stiften, besondere Vereine im Schooße der großen Gesellschaft zu bilden, ist gewissen beschränkenden Maßregeln unterworfen; aber daß man diese einer verfassungswidrigen Härte beschuldigt hätte, haben wir nie vernommen. Ein Journal hat ganz dieselbe Beschaffenheit, wie eine dieser Gesellschaften; warum sollten wir ihm die Bürgschaften erlassen, die von diesen gefordert werden?« — Eusèbe Salverte meinte: Wenn man von allen

Personen Cautionen fordern wollte, die sich in einflußreicher Stellung befänden, in der sie Schaden anrichten könnten, müßte man zuvörderst bei den Ministern anfangen. Der Einfluß der Journale sey niemals zu fürchten, wenn man sich nur dazu verstände, die Mißbräuche abzustellen, die sie aufdeckten. — Der Minister des Innern kam nochmals auf den Vorwurf zurück, der ihm und seinen Collegen gemacht worden war, daß sie bei der Abfassung des Preßgesetzes zu viele Rücksicht auf die Wünsche einer den Freiheiten der Nation feindseligen Partei genommen. »Von verschiedenen Seiten,« sagte er im Verfolg seiner Rede, »höre ich die Behauptung aufstellen, daß die Journale immer ein Bedürfniß und nie gefährlich wären. Ein Bedürfniß! Ich gebe es zu; bei dem Zustande unserer gesellschaftlichen Einrichtungen, bei einer Regierung, wie die unsrige, unter der alle Bürger an den öffentlichen Angelegenheiten Theil nehmen, ist diese tägliche Uebersicht aller Handlungen der Behörden allerdings ein unverkennbares Bedürfniß. Diese tägliche Oeffentlichkeit verhindert Fehlgriffe und Mißbräuche, hält die Beamten innerhalb der ihnen angewiesenen Grenzen, klärt den Fürsten über so Manches auf und setzt die oberste Behörde von Allem in Kenntniß, was ihr zu wissen nöthig ist. Die Zeitschriften sind daher allerdings ein Bedürfniß, und namentlich sind dies freie und freisinnige Blätter. Sind die Zeitschriften aber deshalb niemals gefährlich? Ist es wahr, daß sie die Meinung nur aussprechen und nicht bilden, nicht hervorrufen? Diese Ansicht scheint mir auf einer Verkennung des Wesens der Zeitschriften zu beruhen. Zeitschriften sind Unternehmungen, bei denen es, wenn auch nicht ausschließlich, doch vorzugsweise auf Gewinn abgesehen ist. Schon aus diesem Grunde muß ihr Interesse ein von dem allgemeinen gesondertes seyn. Das allgemeine Interesse ist die Erhaltung der Ruhe und Stille; das Interesse der Zeitschriften ist dagegen eine immerwährende Bewegung, welche allein der öffentlichen Neugierde stete Befriedigung gewährt. Der Einfluß der Journale ist kein Hirngespinst; er wirkt auf alle Gemüther, ergreift sie gewaltig, ja erschreckt sie. Es giebt wenige Männer, man muß es sagen, welche die Kraft besitzen, ihm unerschüttert die Spitze zu bieten. Ich selbst, ich gestehe es, vermag nur mit äußerster Anstrengung mich diesem beherrschenden Einflusse zu entziehen, und wahrlich zu dieser Stunde ist nur das Gefühl der heiligsten Pflichten im Stande, mich aufrecht zu halten, um allen den leidenschaftlichen Angriffen zu trotzen, die mir ohne Zweifel bevorstehen. Die Vernunft verlangt jedoch zum Schutze der Gesellschaft gegen

maßlose Ausschweifungen Schranken, die nicht ungestraft überschritten werden dürfen. Sie werden sehen, meine Herren, ob jene, welche der Gesetzentwurf gegen die Ausschweifungen der Presse vorschlägt, zu mächtig, zu beengend sind. Wir haben nur gethan, was unser Verstand uns anrieth, was die Pflicht uns gebot. Auf die Bürgschaften zu verzichten, welche in den Bestimmungen des Entwurfes liegen, ist uns unmöglich; wir können und dürfen den Thron, die Gesellschaft, unsere Mitbürger nicht den Gefahren der periodischen Presse unvorsichtig preisgeben; wir werden Alles bekämpfen, was darauf abzielte, den von uns vorgeschlagenen Vorsichtsmaßregeln ihre Wirksamkeit zu nehmen.« Der Ton der Ueberzeugung, mit dem die Minister sprachen, machte auf die Kammer vielleicht einen noch entscheidenderen Eindruck, als das Gewicht ihrer Gründe. Alle wesentlicheren Bestandtheile des Gesetzentwurfes wurden mit großer Stimmenmehrheit angenommen; die liberale Partei begnügte sich damit, einige Milderungen in Bezug auf die Höhe der Cautionen und der Strafen, so wie auf die Verpflichtungen der verantwortlichen Geschäftsführer durchzusetzen. Ein Versuch, den die äußerste Linke machte, das Urtheil über die Preßvergehen von den königlichen Gerichtshöfen auf die Geschwornengerichte zu übertragen, wurde mit einer Mehrheit von 150 Stimmen zurückgewiesen; eben so groß — 266 gegen 116 — war die Mehrheit, welche die Annahme des ganzen Gesetzes entschied.

Wenn die Minister der öffentlichen Meinung gegenüber eine Rechtfertigung gegen die Klagen der Liberalen bedurften, die das Preßgesetz beinahe als eine neue Maßregel der Unterdrückung darstellten, so fanden sie diese in den leidenschaftlichen Angriffen, denen der Entwurf von Seiten der ultraroyalistischen Partei in der Pairskammer ausgesetzt war, als er zu dieser heraufgebracht wurde. Herr von Villèle und Graf Peyronnet hatten zwar ihre Niederlage bei den Berathungen über die Wählerlisten noch in zu frischem Gedächtnisse, als daß sie sich nicht vorsichtig zurückgehalten hätten; um so lauter erhoben dagegen ihre Freunde und Anhänger ihre Stimme. »Dieser Gesetzentwurf,« erklärte der Graf de Saint-Romans, »steht in offenem Widerspruche mit der Charte; denn er entzieht dem Königthum die Mittel, sich gegen seine Feinde zu vertheidigen.« — »Es ist unnöthig,« entgegnete Graf Molé, »zur Vertheidigung des Entwurfes auf die Gesetzgebung zurückzukommen, an deren Stelle er tritt; denn diese Gesetzgebung zerstörte die mächtigste unserer Frei-

heiten und er würde auf die Dauer die Regierung selbst vernichtet haben. Von zwei Seiten wird das neue Gesetz mit Heftigkeit angegriffen; die Einen behaupten, daß es die Gesellschaft ohne Schutz einer zügellosen Frechheit überliefere; die Anderen, daß es eine Freiheit verrathe, die es zu schützen vorgebe. Der eine dieser Vorwürfe ist so unbegründet, wie der andere. Ich will hier nur einige Worte über den letzten sagen, der am meisten geeignet ist, die Meinung irre zu führen. Hütet Euch, rufe ich den Freunden der Presse zu, die für ihre Freiheit fürchten, hütet Euch vor allen Dingen vor ihren Ausschweifungen, denn sie würden ihr das Grab öffnen. Es geht mit den Ausschweifungen der Presse, wie mit allen anderen: sie führen eine unvermeidliche Gegenwirkung herbei. Aus dem Schooße der Gesellschaft, wenn diese lange genug durch die Ueberschreitungen der Presse gereizt wäre, würde jener unwiderstehliche Ruf des Unwillens aufsteigen, dem die Freiheiten so wenig, wie die Regierungen widerstehen. Nur dadurch können wir den ungehemmten Gebrauch der Presse sichern, daß wir sie vor dem fressenden Uebel ihrer Mißbräuche bewahren.« — »Wer zittert nicht,« fragte dagegen der Graf de la Bourdonnaye, »wenn er die angemaßte Gewalt der Journale sieht? Und Ihr wollt der Krone noch dazu alle Macht des Widerstandes und der Abhülfe nehmen? Zu einem solchen Widerspruche kann ich meine Zustimmung nicht geben.« — »Eine einzige Bedingung,« bemerkte der Vicomte de Castelbajac, »ist gegenwärtig erforderlich, um ein Journal zu begründen; und diese ist das Geld. Ob man monarchisch oder republicanisch gesinnt ist, ein Gottesleugner oder ein frommer Christ, ein Gelehrter oder ein Dummkopf, darauf kommt wenig an; wer reich ist, dem steht es frei, seine Bühne auf dem Forum zu erheben; nur der wird zum Stillschweigen verurtheilt, der nichts für sich hat, als Talent, Tugend und Ehre.« — Sonderbar genug erhob auch einer der freisinnigen Pairs, Boissy d'Anglas, seine Stimme gegen das Gesetz. »Man hat uns versprochen, daß unsere Gesetzgebung in Uebereinstimmung mit der Charte gebracht werden soll,« sagte er; »davon sind wir aber noch weit entfernt. Das neue Gesetz führt das Privilegium und die Confiscation ein; das ist nicht das, was man uns versprochen hat.« — »Es ist doch wirklich seltsam,« nahm hierauf der Siegelbewahrer das Wort, »daß man uns zu gleicher Zeit einer übertriebenen Schwäche und einer übertriebenen Strenge beschuldigen will. Unser System ist ein System der Wahrheit und der Aufrichtigkeit; wir

wollen die Dinge nicht anders erscheinen lassen, als sie sind: wir wollen nicht, daß die Gesetze unausgeführt bleiben; wir wollen nicht, daß der Verwaltung Befugnisse beigelegt werden, die so schlecht begrenzt sind, daß der rechtmäßigste Gebrauch sich täglich bloß gestellt sieht. Wir sind der Meinung, daß unsere Staatseinrichtungen entwickeln, die Gesetze mit diesen Einrichtungen in Uebereinstimmung bringen, die Freiheiten, welche sie verbürgen, befestigen, die Verwaltung in die Schranken einer verfassungsmäßigen Ordnung zurückführen, nicht neue Zugeständnisse machen, sondern bereits gemachte Zugeständnisse wirksam anwenden heißt; und wir glauben, daß dies der einzige Weg ist zu verhindern, daß sie sich nicht, wie man nur zu oft gesehen hat, gegen die Krone kehren, die sie verliehen.« — »Ich stimme für den Gesetzentwurf,« sagte der Vicomte de Chateaubriand, »weil ich ihn ungeachtet seiner großen Unvollkommenheiten für einen unermeßlichen Fortschritt halte. Ich bin überzeugt, daß die Freiheit der Presse aus unserer Erörterung eben so, wie die Wahlfreiheit, siegreich hervorgehen wird.« — »Die ganze Frage, um die es sich handelt,« äußerte der Herzog Decazes, »ist, zu wissen, ob irgend eine Gefahr darin liegt, das Monopol der Journale, die Censur und die Tendenzprocesse aufzuheben; ich glaube dies nicht. Zu einer früheren Zeit habe ich selbst die Censur verlangt; aber rufen Sie sich die ernsten und schwierigen Umstände zurück, in denen wir uns damals befanden! Und sonderbar, dieselben Menschen, die sie damals verweigerten, fordern sie jetzt, da Frankreich in tiefster Ruhe ist.« Das Gesetz wurde mit den leichten Veränderungen, die dasselbe in der Abgeordnetenkammer erfahren hatte, durch eine Mehrheit von 139 Stimmen gegen 71 genehmigt: eine Minderheit, die unwillkürlich an die Zahl der 76 neuen Pairs erinnerte, welche Villèle ernannt hatte, und die dadurch allein hinreichend bezeichnet wurde.

Daß die Minister, ungeachtet des Hasses und der Feindseligkeit der Ultraroyalisten, in beiden Kammern so starke Unterstützung fanden, war für sie eine Bedingung ihrer Existenz. Bei Hofe verzieh man ihnen nicht, daß sie von den Grundsätzen der früheren Verwaltung, die sie nur in weniger anstößiger Form fortzuführen berufen waren, sich weiter und weiter entfernten. Karl X. hatte überdies, durch die Urtheile seiner Umgebung bestochen, von ihrer politischen Befähigung eine sehr geringe Meinung, die er in dem Kreise seiner nä-

heren Vertrauten ohne Rückhalt aussprach. »Sie haben mir da recht ehrliche Leute gegeben,« sagte er eines Tages zu dem Grafen Chabrol; »aber welche traurige Politiker, welche beschränkte Köpfe! Denken Sie sich, daß sie heute wieder aufheben, was sie gestern gethan haben, daß sie sich von den Launen, ich weiß nicht was für einer Art von Meinung, leiten lassen, die sie bestimmt, ein Vorrecht der Krone nach dem andern aufzuopfern.« Mehr als bei dem Könige standen die Minister bei dem Dauphin in Gunst, dem man bei der Bildung des neuen Cabinettes, um ihn für dasselbe zu gewinnen, die Entscheidung über die Beförderungen und alle sonstige persönliche Veränderungen im Heere überlassen hatte. Der Herzog von Angoulême fand besonderes Wohlgefallen an dem Kriegsminister de Caux; und dieser konnte zum voraus darauf rechnen, daß alle seine Vorschläge von dem Thronfolger gebilligt wurden, was er dazu benutzte, um manche Ungerechtigkeiten seiner Vorgänger gegen alte verdiente Officiere aus der Kaiserzeit wieder gut zu machen. Aber der Herzog war viel zu sehr an den Gehorsam gegen seinen Vater gewöhnt, als daß er es je gewagt hätte, diesem gegenüber eine eigene Meinung zu haben. Sein Wohlwollen war daher eine sehr unzuverlässige Stütze. Das Einzige, was die Minister hielt, war die Sorge vor den Stürmen, die ihre Verabschiedung nach sich ziehen mußte, die Unwahrscheinlichkeit einer Mehrheit in den Kammern für eine strenger royalistische Verwaltung, und die Ungewißheit des Erfolges, wenn man zu dem äußersten Mittel einer Kammerauflösung so kurze Zeit nach den kaum beendigten Wahlen schritt. Die Minister, die zu wenig Kenntniß von den Gewohnheiten des Hofes hatten, um nicht durch die äußere Freundlichkeit des Königs getäuscht zu werden, ahnten die wahre Gesinnung nicht, die hinter diesen gefälligen Formen verborgen war; aber sie begriffen, daß sie auf dem Wege, den sie eingeschlagen, nicht stehen bleiben durften, wenn sie es nicht mit allen Parteien verderben wollten. Herr von Martignac, dem der verblendete Fürst in seinen vertraulichen Unterhaltungen alles Talent absprach, erhob sich zu der Höhe eines Staatsmannes vom ersten Range; er sah, daß der Zeitpunkt gekommen war, allen den Haß zu versöhnen, der, das Erbe der letzten Verwaltung, die Nation von den Bourbonen trennte, und daß es, um diesen Zweck zu erreichen, nichts bedurfte, als ein aufrichtiges Eingehen auf die Grundsätze, welche die Verfassung einmal an die Spitze des öffentlichen Rechtes gestellt hatte,

und die zu tief in alle Gemüther gedrungen waren, als daß irgend eine Gewalt vermögend gewesen wäre, sie aus denselben wieder herauszureißen. Der Vicomte von Martignac leitete zwar, gleich jedem andern seiner Collegen, nur einen einzelnen Zweig der Verwaltung; dennoch kann man sagen, daß er die Richtung derselben im Ganzen hauptsächlich bestimmte, theils deshalb, weil seine Stellung, als das Haupt jenes Verwaltungszweiges, in dem alle Strahlen der öffentlichen Macht sich wie in ihrem Brennpunkte vereinigten, ihn das Ganze am leichtesten übersehen ließ, theils aber auch, weil die persönlichen Eigenschaften seines Charakters, die Milde und die Unbefangenheit seines Urtheils, die Klarheit und Schärfe seines Blickes ihm im Rathe unter seinen Collegen, wie außerhalb des Cabinettes in dem Gewühle der Parteien den überwiegendsten Einfluß verschafften. Daß das Streben der Regierung darauf gerichtet war, alle billige Wünsche der Nation zu befriedigen, konnte nur die leidenschaftliche Verblendung des Parteigeistes verkennen. Die Verwaltung Villèle's war in ihrer Mißachtung des öffentlichen Urtheiles so weit gegangen, daß sie die berühmtesten Gelehrten Frankreichs von ihren Stellen entfernte, sobald sie in ihren politischen Meinungen sich die geringste Abweichung von dem herrschenden Systeme erlaubten. So waren die Hörsäle Cousin's, Guizot's, Récamier's geschlossen, so waren Michaud, Villemain, Legendre ihrer Aemter entsetzt worden. Kaum hatte der neue Minister des Unterrichts, Vatimesnil, seine Verrichtungen begonnen, als alle diese Männer ihrem Berufe zurückgegeben wurden. Die Ernennungen zu den obersten Stellen der Rechtspflege fielen auf tadellose Namen, die keinen Zweifel an der Treue ihrer Pflichterfüllung zuließen. Die Verwaltung wurde, wenn auch nicht durchaus, doch so weit der Widerstand des Hofes dies gestattete, von jenen Parteigängern gereinigt, die sich als die willigsten Werkzeuge der Unterdrückung bemerklich gemacht hatten. Den Officieren, die aus dem Heere entlassen waren, weil ihre Gesinnungen keine genügende Bürgschaft zu bieten schienen, drohte eine frühere Verfügung den spärlichen Halbsold zu entziehen: eine Bittschrift an die Abgeordnetenkammer war hinreichend, um die Zurücknahme des harten Beschlusses zu bewirken. Die Mehrheit der Commission, welche damit beauftragt worden war, den Zustand der geistlichen Vorbereitungsschulen oder der sogenannten kleinen Seminarien zu untersuchen, hatte erklärt, daß sie in der Einrichtung derselben nichts den Gesetzen Zuwiderlaufen-

des fände, obwohl es sich ergeben habe, daß acht dieser Schulen unter der Leitung einer gesetzlich nicht erlaubten Genossenschaft — des Jesuitenordens — ständen. Die Minderzahl der Commission hatte aus dieser Thatsache den richtigen Schluß gezogen, daß folglich allerdings in der Einrichtung der kleinen Seminare Gesetzwidrigkeiten vorhanden wären; und sie wurde durch eine Menge Bittschriften unterstützt, die beinahe aus allen Gegenden Frankreichs einliefen. Das Ministerium wartete die Erörterungen nicht ab, die in der Kammer angekündigt waren, sondern legte dem Könige zwei Verfügungen zur Genehmigung vor, von denen die erste die acht Jesuitenschulen der Aufsicht der Universität unterwarf und zugleich verordnete, daß Niemand zu der Leitung einer weltlichen oder geistlichen Erziehungsanstalt zugelassen werden sollte, der nicht schriftlich bekräftigte, daß er keiner in Frankreich nicht gesetzlich bestehenden geistlichen Genossenschaft angehöre. Die zweite Verfügung setzte die Zahl der Schüler, welche in die kleinen Seminare aufgenommen werden durften, von 40,000, die bisher diese Anstalten besuchten, auf die Hälfte herab und traf noch verschiedene andere Anordnungen, die zum Zwecke hatten, sie ihrer ursprünglichen Bestimmung, dem geistlichen Unterrichte zurückzugeben, dem sie durch den Einfluß der Jesuiten großentheils entfremdet worden waren, indem diese sich ihrer als eines Mittels bedienten, allmälig das gesammte Unterrichtswesen an sich zu ziehen. Karl X. zeigte sich leichter zur Nachgiebigkeit bereit, als man bei seinen bekannten religiösen Vorurtheilen erwartet hatte. Die frommen Männer, die seine Gewissensräthe waren, hatten ihm vorgestellt, daß es rathsam sey, das kleinere Uebel dem größeren vorzuziehen. Als das größere Uebel aber betrachteten sie mit gutem Grunde die unermeßliche Aufregung, in die ganz Frankreich gestürzt worden wäre, wenn die Weigerung des Königs, die Verfügungen zu unterzeichnen, das Ministerium genöthigt hätte, seine Entlassung zu nehmen. Dennoch hatte Karl X. einen schweren Kampf zu bestehen, ehe er sich zu einem Schritte entschloß, dessen Unvermeidlichkeit er sich nicht verbergen konnte. Als er im Begriff war, die Unterzeichnung zu vollziehen, sagte er zu dem Minister der geistlichen Angelegenheiten: »Mein lieber Bischof, ich darf Ihnen nicht verhehlen, daß nichts in der Welt mich mehr Ueberwindung kostet, als diese Unterschrift; ich setze mich durch dieselbe in Widerspruch mit meinen treuesten Dienern, mit denen, die ich liebe, und die ich achte.«

So mächtig war der Einfluß der Jesuiten in Frankreich bereits geworden, daß sie, selbst nachdem der König gegen sie entschieden hatte, ihre Sache noch keineswegs verloren gaben. Die große Mehrzahl der Bischöfe war auf ihrer Seite; fast alle ertheilten ihre Zustimmung zu einer Denkschrift, welche der Cardinal-Erzbischof von Toulouse, Herr von Clermont-Tonnerre, als Inhaber des ältesten Bischoffsitzes in Frankreich, im Namen des französischen Episcopates an den König richtete, um gegen die Eingriffe in die geistliche Gewalt zu protestiren, welche die Verfügungen über die kleinen Seminarien enthielten. »Es widerstreitet unserm Gewissen,« erklärte der stolze Prälat, »der weltlichen Macht das Recht zuzugestehen, sich in den geistlichen Unterricht zu mischen; wir können die Verfügungen deshalb nicht vollziehen. Wir schicken Tag und Nacht unsere Gebete für den allerchristlichsten König zum Himmel; aber wir sind auch des Gebotes eingedenk, welches uns die Pflicht auferlegt, Gott mehr zu gehorchen, als den Menschen.« Wie gottesfürchtig Karl X. auch war und wie leicht es der Geistlichkeit daher wurde, sein Gemüth ihrem Einflusse zu unterwerfen, so überwog doch seine Vorstellung von der Würde der Krone bei ihm jede andere Rücksicht; er hielt es für eben so unköniglich, den Rechten der Krone gegen die Geistlichkeit etwas zu vergeben, als gegen das Andringen der Volksgewalt. Die Minister bewiesen ihm, daß die Geistlichkeit in Frankreich selbst zu der Zeit, als sie noch ihre regelmäßigen Concilien hielt, nicht berechtigt gewesen sey, sich zu versammeln, außer in Folge einer Ermächtigung des Königs, und daß die Bischöfe daher ohne diese Ermächtigung auch keinen gemeinschaftlichen Schritt thun dürften, wie durch die Denkschrift geschehen sey. Die Denkschrift wurde nicht angenommen, und dem Erzbischofe von Toulouse wurde zum Zeichen des königlichen Mißfallens der Hof verboten. Damit war aber der Widerstand der Geistlichkeit nicht gebrochen; und wenn die Bischöfe auf der Verweigerung ihrer Mitwirkung beharreten, hätte man zu dem Scandale äußerer Gewalt seine Zuflucht nehmen müssen, um die Verfügungen zur Vollziehung zu bringen. In dieser Verlegenheit fand das Ministerium eine Auskunft, die zwar ihre großen Bedenken hatte, aber für den Augenblick noch größeren Uebelständen begegnete. Man wandte sich an den heiligen Stuhl; und der Papst, der eine willkommene Gelegenheit sah, seine geistliche Obergewalt gegen die alten Freiheiten der gallicanischen Kirche geltend zu machen, ließ

sich bereit finden, die widerstrebenden Bischöfe in einem apostolischen Schreiben zum Gehorsam gegen den König zu ermahnen, in dessen hohe Frömmigkeit und Weisheit sie ihr volles Vertrauen setzen sollten. Erst jetzt gaben die störrischen Prälaten nach; die kaum noch für Werke der Gottlosigkeit erklärten Verfügungen wurden ohne ferneren Widerspruch ausgeführt; und die Jesuiten, die, diesmal ihrem Grundsatze schlauer Geschmeidigkeit untreu, ihren Orden nicht verleugnen wollten, verließen in Masse den ungastlichen Boden Frankreichs, um sich nach den katholischen Cantonen der Schweiz und nach dem gläubigen Spanien zu wenden, wo sie als Märtyrer der heiligen Religion mit offenen Armen aufgenommen wurden.

Ein Umstand, der den Ministern wesentlich zu Hülfe kam, indem sie sich von allen Ueberlieferungen der früheren Verwaltung lossagten, war die Drohung einer Anklage, die über den Häuptern ihrer Vorgänger schwebte und diese, wie ihren Anhang, hinderte, die volle Thätigkeit zu entwickeln, die sie gezeigt haben würden, wenn sie sich von aller Verantwortlichkeit frei gefühlt hätten. Es war am 14. Juni, als der liberale Abgeordnete Labbey de Pompières in der Kammer auftrat und in ausführlicher Rede den Antrag begründete, das vorige Ministerium in Anklagezustand zu versetzen. Er ging alle die Maßregeln desselben durch, die seiner Behauptung nach den Gesetzen und der Verfassung zuwider gewesen wären, und sagte, nachdem er eine endlose Liste aufgezählt hatte: »Von der Last des öffentlichen Hasses zu Boden gebeugt, suchten sie denselben dem Throne aufzubürden, in der Hoffnung, dem Lande, das sich so geduldig und so treu erwiesen, den Bürgerkrieg zu vermachen. Wie viele strafbare Handlungen haben sie nicht auf ihre Häupter geladen? Eine ohne Beweggrund eingeführte Censur, Menschen anvertraut, die von der öffentlichen Meinung zurückgestoßen waren, und dazu bestimmt, in der Dunkelheit betrügerische und bestochene Wahlen vorzubereiten; Wahllisten, im Geheimen entworfen und mit einem Namen bekleidet, der, statt ein Recht zu sichern, eine allgemein gefürchtete Last auflegte; Rundschreiben, die den Wahlen statt aufrichtiger Abstimmung die Lüge aufdrängten, indem sie den Beamten mit der Absetzung, den Bürger mit dem Verluste einer öffentlichen Anstalt oder eines vom Staate verliehenen Vorrechtes bedrohten; die Pairskammer, durch die Congregation überschwemmt, jene Einrichtung, die eine der vornehmsten Säulen des Staates ist, in ihrem Wesen verfälscht und dem Wohle von Personen geopfert, die ihre theuersten Pflichten verrathen hatten! Ich glaube

hinreichend nachgewiesen zu haben, daß die vorigen Minister dem Wunsche, ihre Stellen zu behalten, Alles nachgesetzt haben, was ihnen heilig hätte seyn sollen: die Volksbeliebtheit des Thrones, unsere wichtigsten Staatseinrichtungen, unsere wesentlichsten grundgesetzlichen Freiheiten. Ich klage sie deshalb des Verrathes gegen den König an, den sie von seinem Volke getrennt haben; ich klage sie des Verrathes gegen das Volk an, das sie des Vertrauens seines Königs beraubt haben; ich klage sie des Verrathes gegen Frankreich an, weil sie die Verfassung des Landes und die Rechte der Bürger verletzt haben; ich klage sie endlich des Unterschleifes und der Erpressung an, weil sie von den Kammern nicht bewilligte Steuern erhoben und die öffentlichen Gelder verschleudert haben.« Diese Anklage reichte in der Fassung, in der sie der Kammer vorgetragen war, höher hinauf, als der Antragsteller in seinem Eifer bedacht hatte. Der Minister des Innern, der die Unschicklichkeit erkannte, die begangen worden war, indem man den Namen des Königs in diese Verhandlungen mischte, erklärte, daß er sich dem Antrage auf eine Anklage des vorigen Ministeriums nicht widersetzen wolle, weil er dazu einem Mitgliede der Kammer das Recht nicht streitig machen könne, daß er aber nicht dazu schweigen dürfe, wenn man behaupte, der König sey von dem Volke getrennt, dem Volke sey das Vertrauen des Königs geraubt worden. Kein französisches Herz werde dies zugeben; Keinem sey jenes unwillkürliche, unbeschreibliche Gefühl fremd, das dem Vater des Vaterlandes Ehrfurcht und Liebe zolle. Ein allgemeiner Ruf: »Es lebe der König!« in den nur wenige der erbittertsten Liberalen nicht einstimmten, nahm die Worte des Ministers auf. Labbey de Pompières versicherte, daß seine Meinung mißverstanden worden sey, indem er keineswegs habe sagen wollen, daß der König wirklich vom Volke getrennt, daß er das Vertrauen zum Volke wirklich verloren, sondern nur daß das vorige Ministerium den Versuch gemacht habe, ein so beklagenswerthes Ergebniß herbeizuführen. Labbey de Pompières nahm hierauf seinen ursprünglichen Antrag zurück und brachte ihn unmittelbar darauf in veränderter Form wieder ein; er beschränkte sich jetzt darauf, zu verlangen, daß die Kammer die Mitglieder des letzten Ministeriums wegen der Verbrechen des Verrathes und der Erpressung anklage. Die entschiedensten Anhänger Villèle's willigten ein, daß dieser Vorschlag in Erwägung gezogen werde, weil sie überzeugt waren, daß es unmöglich seyn würde, Beweise für bestimmte Punkte der Klage zu finden, und weil sie deshalb die Gewißheit zu haben glaubten, daß der große

Staatsmann, den sie verehrten, nur um so strahlender aus dieser kurzen Verdunkelung hervorgehen müsse. Es wurde eine Commission zur Prüfung des Vorschlages niedergesetzt, und diese erstattete einen Bericht, worin sie erklärte, daß allerdings Grund vorhanden sey, eine Untersuchung auf die gegen die Mitglieder des letzten Ministeriums erhobene Anklage des Verrathes einzuleiten. Rechter Ernst, die Klage durchzusetzen, war es aber selbst den Liberalen nicht; denn als die Frage gestellt wurde, wann die Erörterungen über den Commissionsbericht beginnen sollten, die der Entscheidung vorausgehen mußten, setzte eine große aus der ganzen liberalen Partei und den gemäßigteren Royalisten gebildete Mehrheit den Zeitpunkt nach den Berathungen über die Voranschläge des Staatshaushaltes an, von denen man zum voraus wußte, daß mit ihnen die Session geschlossen wurde. Die Folge war, daß über die Statthaftigkeit der Klage gar kein Beschluß gefaßt werden konnte, zugleich aber auch, daß dieselbe beständig schwebend erhalten wurde, da es in der nächsten Session einem Jeden frei stand, sie wieder aufzunehmen.

Der größte Fehler, den die Parteien, die zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Ländern für die Rechte des Volkes in die Schranken traten, beinahe immer begangen haben, ist, daß sie sich im Erfolge nicht zu mäßigen wußten, und, statt zuvörderst an die Sicherung der errungenen Vortheile zu denken, ihren Sieg vielmehr bis an die äußersten Grenzen auszudehnen suchten, worüber derselbe ihnen nicht selten aus den Händen gewunden wurde, ehe sie noch wußten, wie ihnen geschehen war. In diesen Fehler fielen auch die französischen Liberalen nach dem Sturze Villèle's; denn statt zu begreifen, daß sie für das Erste sich mit dem begnügen mußten, was das neue Ministerium ihnen bot, wenn aus keinem andern Grunde, schon um demselben Zeit zu gönnen, sich in der Gewalt zu befestigen, erhoben sie Forderungen, welche die Minister unmöglich gewähren konnten, wenn sie nicht auf den letzten Rest des Vertrauens verzichten wollten, den sie bei Hofe noch genossen. Es waren mehrere Bittschriften an die Abgeordnetenkammer gerichtet worden, von denen die einen eine durchgehende Umgestaltung der Bürgerwehr des Königreiches, die anderen eine Herstellung der aufgelösten Nationalgarde von Paris verlangten. Der Minister des Innern erklärte, daß er nichts dagegen habe, wenn die ersten der Regierung von der Kammer zur Beachtung empfohlen würden, daß er aber in eine Unterstützung der zweiten nicht willigen dürfe, weil der König bei der Auflösung der Pariser Natio-

nalgarde sich nur seines königlichen Rechtes bedient habe, von dem man sich nicht auf die Volksmeinung berufen könne, ohne die Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung zu zerstören. Die liberale Partei, die dennoch darauf bestand, auch die zweite Bittschriftenreihe zu unterstützen, wurde durch die Vereinigung einiger ihrer gemäßigteren Mitglieder mit den Royalisten überstimmt. Darüber entstand ein Tumult, der so arg war, daß der Präsident die Sitzung unterbrechen mußte. Nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen stellte Salverte den Antrag, den König durch eine Adresse um die Wiederherstellung der Pariser Nationalgarde anzugehen. Er rief die Dienste zurück, welche die Nationalgarde geleistet habe, die bei dem Könige nur verleumdet worden sey, und behauptete, daß die blutigen Auftritte des 19. und 20. Novembers des v. J. nicht vorgefallen wären, wenn die Nationalgarde noch bestanden hätte. Herr von Labourdonnaye entgegnete, daß es sich hier nicht bloß um die Auflösung oder Herstellung der Nationalgarde handle, sondern um die Gewalt des Staatsoberhauptes über die öffentliche Macht: eine Frage, von der die Existenz der Repräsentativregierung abhänge. Wenn man sich zum Richter über Vergehen gegen die militairische Disciplin aufwerfen wolle, vernichte man das wichtigste Vorrecht der Krone, den Befehl über das Heer; daß solche Fragen nur aufgeworfen werden könnten, sey ein Beweis, mit wie raschen Schritten man sich den gräuelvollen Erinnerungen des Jahres 1793 nähere. Die liberale Partei wurde nochmals überstimmt und der Antrag, obwohl nur durch eine schwache Mehrheit, beseitigt. Aber schon der Umstand, daß derselbe überhaupt zur Erörterung gekommen war, mußte auf die Stimmung Karl's X. die nachtheiligste Wirkung hervorbringen und ihn in der Meinung bestärken, daß zwischen den Anforderungen der Liberalen und der Revolution kein Unterschied sey.

Auch in Bezug auf die financielle Verwaltung machte die liberale Partei den Ministern Zumuthungen, die, wenn sie denselben hätten entsprechen sollen, ihnen arge Verlegenheiten bereitet hätten. Graf Roy hatte, indem er die Voranschläge für den Staatshaushalt den Kammern vorlegte, es sich nicht versagen können, an seinem alten Widersacher Villèle eine weder mit den Pflichten seiner Stellung zu vereinigende, noch eines Staatsmannes würdige Rache zu nehmen. Er stellte die Lage der Finanzen in dem ungünstigsten Lichte dar und sprach sogar von einem durch die Einnahmen nicht gedeckten Ausfalle, den er auf 200 Millionen Franken angab: eine Summe, die allerdings

zu den ernstlichsten Besorgnissen berechtigt und für sich allein einen hinreichenden Grund zur Anklage gegen seinen Vorgänger gegeben hätte. Bei näherer Untersuchung stellte es sich indessen heraus, daß diese 200 Millionen eine alte Schuld waren, die zum Theil noch aus der Zeit des Kaiserreiches herrührte, seitdem zwar beträchtlich vermehrt, aber niemals in die Voranschläge des Staatshaushaltes mit aufgenommen war, weil sie keine Zinsen trug und leicht ohne eine neue Belastung durch die Ausgabe von Scheinen des königlichen Schatzes gedeckt werden konnte. Die wirkliche Lage der französischen Finanzen war eine nichts weniger, als beunruhigende; denn wenn die öffentlichen Ausgaben auch durch die Kosten des spanischen Feldzuges, durch die Entschädigung der Ausgewanderten und durch die gesteigerten Bedürfnisse der Verwaltung sich zu einer außerordentlichen Höhe erhoben hatten, so waren doch auch die Einnahmen durch die vermehrten Erträgnisse des Handels, des Gewerbfleißes und des Landbaues in Folge des langen Friedens in gleichem Verhältnisse gewachsen, ohne daß man nöthig gehabt hätte, zu neuen Steuern seine Zuflucht zu nehmen. Selbst die überspanntesten Liberalen wagten es nicht zu sagen, daß das Land durch die Last der Auflagen erdrückt werde, weil es Jedermann vor Augen lag, daß der allgemeine Wohlstand in steter Zunahme begriffen war; aber sie fürchteten die Macht der Regierung, die sie als eine dem Volke feindliche betrachteten; sie begriffen, daß diese Macht um so kräftiger in alle Verhältnisse einzugreifen vermochte, je reichere Geldmittel ihr zu Gebote standen, und sie sahen kein wirksameres Mittel, dieselbe zu schwächen, als indem sie ihr von ihren Hülfsquellen so viel als möglich entzogen. Deshalb wurde auf Ersparungen gedrungen, die, wenn sie im Augenblicke hätten in das Werk gesetzt werden sollen, die ganze Verwaltung zum Stillstande gebracht hätten. Labbey de Pompières verlangte, daß man darauf verzichte, die Würde der Regierung in äußerem Glanze zu suchen. Die wahre Würde bestehe in der Aufopferung seiner Zeit, seines Vermögens, seiner Person für das Vaterland, nicht in sinnloser Verschwendung auf Kosten des Schweißes der Nation. Charles Dupin, der Statistiker der liberalen Partei, rechnete der Kammer vor, daß die zweiunddreißig Millionen Bürger, welche Frankreich zähle, durch ihre Arbeit und ihr Capital, mit Hinzurechnung aller Hülfe der Hausthiere und Naturkräfte, jährlich nicht mehr als einen Werth von acht Milliarden Franken hervorbrächten. Von diesem Gesammtertrage erhebe die Regierung beinahe eine volle Milliarde, also so viel, als vier Mil-

lionen Franzosen jährlich hervorzubringen vermöchten und als den Ertrag ihrer Arbeit für sich ansprechen dürften. Wenn die Regierung die ihr geleisteten Dienste auch um das Doppelte theurer bezahle als der Privatmann, so müsse man immer noch annehmen, daß sie zwei Millionen Individuen besolde, die im Durchschnitte eine um das Doppelte bessere Existenz hätten, als alle übrigen Franzosen. Er glaube aber, daß statt dieser zwei Millionen Angestellten eine Million vollkommen hinreichend sey, um zweiunddreißig Millionen zu regieren, zu vertheidigen, zu verwalten und zur Bezahlung ihrer Steuern anzuhalten. Auch Salverte meinte, daß eine Verminderung der Zahl der Beamten nothwendig sey, war aber doch großmüthig genug, einzuwilligen, daß diese Verminderung nur allmälig vor sich gehe, um durch plötzliche Absetzungen nicht die Pflichten der Menschlichkeit zu verletzen. Alexander Delaborde rief aus: »Während der Revolution hatten wir die Leidenschaft der Gleichheit, später die Leidenschaft des Ruhmes; haben wir jetzt die Leidenschaft der Sparsamkeit!« Als es zur Erörterung der einzelnen Abschnitte kam, in welche der Voranschlag der öffentlichen Ausgaben zerfiel, wurde es auch dem entschiedensten Freunde der Sparsamkeit klar, daß es unmöglich war, irgend einen einzelnen Posten um ein Bedeutendes herunterzusetzen, weil man nicht daran denken konnte, die ganze Verwaltung mit einem Schlage umzugestalten. Man begnügte sich daher, um wenigstens den guten Willen zu zeigen, an einzelnen Posten, auf die gerade nicht allzuviel ankam, einige kleine Ersparungen zu machen, die den auf die ungeheure Summe von 975 Millionen Franken gesetzten Voranschlag der öffentlichen Ausgaben im Ganzen nur um anderthalb Millionen verminderten, obwohl man sich nicht gescheut hatte, jedem der Minister an seinem Gehalte 30,000 Franken zu streichen.

Am wenigsten fanden alle Parteien gegen die Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten zu erinnern, obgleich Graf de la Ferronays bei seinem ersten öffentlichen Auftreten eine arge Blöße gegeben hatte. Bei der kurzen Erörterung, die in der Pairskammer über die Adresse stattfand, sprach er die Hoffnung aus, daß der Friede im Osten erhalten werden würde, und wenige Wochen darauf kam der Krieg zwischen Rußland und der Pforte zum Ausbruche. Graf de la Ferronays war seiner ganzen Eigenthümlichkeit nach wenig zum Diplomaten geeignet. Ein durch und durch ehrenhafter Charakter, unfähig sich zu verstellen, war er jeder Täuschung zugänglich, die sich ihm unter dem Scheine der Aufrichtigkeit nahte. Dem russischen

Gesandten zu Paris, Grafen Pozzo di Borgo, einem der gewandtesten Diplomaten der neueren Zeit, wurde es leicht, ihn ganz für seine Ansichten zu gewinnen; und die französische auswärtige Politik fiel unter seiner Leitung daher in eine Abhängigkeit von jener des St. Petersburger Cabinettes, die sie allen Zwecken desselben dienstbar machte, ohne daß der biedere de la Ferronays eine Ahnung von der wahren Bedeutung der Rolle hatte, die man ihn spielen ließ. Der Irrthum, den er beging, war aber ein ächt französischer; denn das, was ihn hauptsächlich bestimmte, sich auf das Engste an Rußland anzuschließen, war die Aussicht, die sich ihm auf diesem Wege zu eröffnen schien, Frankreich mit neuem Glanze und Ruhme zu umgeben; und dasselbe Blendwerk, durch welches er getäuscht wurde, nahm bald auch die große Masse der Nation gefangen. Noch waren die wichtigsten Fragen der innern Verwaltung, welche die Kammern entscheiden sollten, kaum angeregt, als der Finanzminister einen Gesetzentwurf vorlegte, der die Regierung ermächtigte, eine Anleihe von 80 Millionen Franken abzuschließen, um im Stande zu seyn, bei den Verwickelungen, die der Krieg im Oriente herbeiführen könnte, die Würde Frankreichs zu behaupten. Kurze Zeit darauf wurde eine Aushebung von 60,000 Mann verfügt, um die in dem Heere allmälig entstandenen Lücken auszufüllen. Als die Berathungen über den Plan der Anleihe in der Abgeordnetenkammer begannen, erklärte der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, daß alle Mittel, die sich mit der Ehre Frankreichs vereinigen ließen, angewandt werden würden, um den Frieden zu erhalten. Wenn aber schon einmal eine unvorhergesehene Wendung der auswärtigen Politik die Voraussicht des Cabinettes getäuscht hätte, so könnten andere Umstände von Neuem alle Berechnungen der Klugheit vereiteln. Die Minister des Königs würden gegen ihre Pflicht verstoßen, wenn sie auf solche Verwickelungen sich nicht gefaßt hielten und sich durch die Ereignisse überraschen ließen. Rußland habe das Recht, von der Pforte mit Gewalt die Vollziehung ihrer Verträge zu erzwingen. Andere Mächte hätten aber gleichfalls Verbindlichkeiten, die sie nicht unerfüllt lassen dürften. Frankreich, das den Vertrag vom 6. Juli mit unterzeichnet habe, könne die so lang fortdauernden Leiden der Griechen nicht gleichgültig ansehen; es müßten endlich Maßregeln ergriffen werden, um so viel Elend zu lindern. »Europa,« — so schloß der Minister — »blickt auf Ihre Berathungen; Ihnen gebührt es, mitten unter einigen Zwistigkeiten über die innere Verwaltung, der Welt das große Schauspiel

der Vereinigung der Kammern mit der Regierung in Allem, was eine Sache des Vaterlandes ist, zu geben. Die Meinungen schweigen, so wie die Stimme des Nationalgefühles sich vernehmen läßt. Graf de la Ferronays hatte sich in seiner Beurtheilung des französischen Volkscharakters nicht betrogen. Wenn auch einzelne liberale Politiker in ihrer Abneigung gegen Alles, was von der Regierung ausging, nicht einsehen wollten, was Frankreich mit den Wirren im fernen Osten zu thun habe, so wurden doch die verlangten Summen durch eine Mehrheit, die an Einstimmigkeit grenzte, bewilligt. Die Ausrüstung der Expedition nach Morea, die hierauf stattfand, erregte eine allgemeine Begeisterung. Gelehrte begleiteten die Krieger, die den klassischen Boden der griechischen Halbinsel von den Barbaren befreien sollten, um die Zeit ihrer Anwesenheit zu wissenschaftlichen Forschungen zu benutzen. Die Kunde von den leichten Erfolgen, welche die französischen Waffen davontrugen, wurde in der Heimath mit Jubel begrüßt.

So widerwärtig und verhaßt Karl X. fast alle Maßregeln waren, welche das Ministerium in der innern Verwaltung ergriff, so zufrieden war er mit der Richtung, welche der Graf de la Ferronays der auswärtigen Politik gab. Aber dieselbe Zähigkeit, mit der König Karl X. an seinen politischen Meinungen festhielt, zeigte er auch in seinen Neigungen oder Abneigungen gegen Personen, die auf ihn einmal einen bestimmten Eindruck gemacht hatten. Durch nichts in der Welt wäre es dem Grafen de la Ferronays gelungen, die einmal verscherzte Gunst des Königs wieder zu gewinnen. Dazu kam, daß Karl X. seinen alten Lieblingsplan, das Ministerium des Auswärtigen dem Fürsten von Polignac zu übertragen, keineswegs aufgegeben hatte. Als Graf de la Ferronays gegen das Ende des Jahres bedenklich erkrankte, entbot der König den Fürsten durch ein eigenhändiges Schreiben von seiner Botschafterstelle am brittischen Hofe nach Paris; und seine Ernennung zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten, wie wenig dieselbe auch den meisten Mitgliedern des Cabinettes genehm war, wäre ohne Zweifel erfolgt, wenn nicht Fürst Polignac so unvorsichtig gewesen wäre, vor seiner Abreise von London gegen den Herzog von Wellington Verbindlichkeiten einzugehen, die sich mit der mehr zu einem russischen Bündnisse hinneigenden Politik, für welche sich nicht allein das Cabinett, sondern der König persönlich entschieden hatte, unmöglich vereinigen ließen. Inzwischen verschlimmerte der Gesundheitszustand des Grafen de la Ferronays sich so sehr, daß es für ihn zur unvermeidlichen Nothwendigkeit wurde, sich von

den Geschäften zurückzuziehen. Fürst Polignac, der Paris kaum vor drei Wochen unverrichteter Dinge verlassen hatte, wurde zurückberufen, und diesmal scheinen die Hindernisse, die ihm in der auswärtigen Politik Frankreichs entgegenstanden, beseitigt gewesen zu seyn; denn Karl X. soll ihm, da sein Eintritt in die Verwaltung unvorhergesehene Schwierigkeiten fand, die ausgedehntesten Vollmachten ertheilt haben, die bis zu der Bildung eines neuen Cabinettes gingen. Aber die Presse, die seine frühere Anwesenheit kaum bemerkt hatte, war jetzt gewarnt. Alle Journale, mit Ausnahme der beiden ultraroyalistischen la Quotidienne und la Gazette de France, erhoben sich mit so leidenschaftlichem Ungestüm und mit solcher Einstimmigkeit gegen ein Ministerium, das, schlimmer als das Ministerium Villèle, den Namen des Fürsten Polignac an der Spitze trüge, daß von allen den Staatsmännern, an die er sich wandte, um die Zusage ihrer Unterstützung zu erlangen, keiner den Muth hatte, die öffentliche Ungunst, die an seiner Person haftete, zu theilen Darüber kam der Zeitpunkt heran, der zu der Wiedereröffnung der Kammern bestimmt war. Karl X., der diesen nicht ohne ein Ministerium entgegentreten konnte, hatte daher keine andere Wahl, als die Räthe, von denen er sich gern befreit gesehen hätte, zu behalten. Keine Vorstellung war jedoch im Stande, ihn zu vermögen, daß er dem Grafen de la Ferronays einen Nachfolger gegeben hätte, der durch seine persönliche Bedeutung geeignet gewesen wäre, das Gewicht der Verwaltung in den Kammern zu verstärken. Graf de la Ferronays blieb daher dem Namen nach das Haupt des auswärtigen Amtes; seine Geschäfte wurden während seiner Abwesenheit durch den Siegelbewahrer Portalis versehen, und um diesem die Leitung zweier so weit von einander abliegender Verwaltungszweige zu erleichtern, wurde ihm im Justizministerium der Domainendirector Bourdeau, ein gemäßigter Liberaler, als Unterstaatssecretair beigegeben.

Die Thronrede, mit der bald darauf die Kammern eröffnet wurden, war mit kluger Umsicht darauf berechnet, das Vertrauen wieder herzustellen, welches durch die allgemein verbreiteten Gerüchte von der bevorstehenden Rückkehr der ultraroyalistischen Partei zu der Gewalt tief erschüttert war. Die äußere, wie die innere Lage Frankreichs wurde als eine gleich befriedigende geschildert: und man kann nicht sagen, daß das Bild, welches die von dem Könige in gewohnter würdiger Haltung vorgetragene Rede entwarf, mit übertriebenen Farben aufgetragen war. Denn allerdings hatte Frankreich, wenn

seine auswärtige Politik auch in den gröbsten Täuschungen befangen war, zum ersten Male seit der Restauration die einem großen Reiche gebührende Stellung in Europa eingenommen. Sein Wort hatte das Schwert in der Scheide gehalten, welches Oesterreich und England gegen Rußland zu ziehen im Begriff waren; und wenn diese wichtige Thatsache vor den Blicken der Uneingeweihten durch das Geheimniß der diplomatischen Unterhandlungen verborgen wurde, so fehlte es doch nicht an äußerlich in die Augen fallenden Zeichen des bedeutenden Eingreifens französischen Einflusses und französischer Macht. Eine französische Heeresabtheilung führte in Griechenland das Werk der Befreiung zu Ende, welches die Schlacht bei Navarino begonnen hatte. Und gleichsam, um den Gegensatz schärfer hervorzuheben, in dem die gegenwärtige Verwaltung zu der vorhergegangenen stand, kehrten zu derselben Zeit, während französische Truppen die Freiheit eines nach Jahrhunderte langer Unterdrückung zu neuem Daseyn erstehenden Volkes begründeten, die Reste des Heeres, welches die ersten Regungen eines freieren Aufstrebens in dem benachbarten Spanien niedergeschlagen hatte, aus den festen Plätzen, die sie seit dem Feldzuge des Jahres 1823 besetzt gehalten, in die Heimath zurück, das unglückliche Land der unheilbaren Zerrüttung überlassend, die anstatt der Ordnung eingetreten war, deren Herstellung zum Vorwande des Einbruches gedient hatte. Auch in den außereuropäischen Welttheilen wurden die französischen Interessen kräftig gewahrt. Ein in seinem Ursprunge geringfügiger Streit, in den der Uebermuth des Dey's von Algier ihn mit der französischen Regierung verwickelt hatte, war zwar noch nicht beendigt; die französische Seemacht gewährte jedoch dem Handel den wirksamsten Schutz, und die Corsaren, die bereit waren, ihrem alten Gewerbe des Seeraubes nachzugehen, durften es nicht wagen, ihre Häfen zu verlassen. Das ferne Brasilien, welches im Kriege mit dem südamerikanischen Freistaate Buenos Ayres die Rechte der französischen Flagge verkannt hatte, wandte die angedrohte Ahndung durch einen Vertrag ab, der neben voller Entschädigung für die der französischen Schifffahrt zugefügten Beeinträchtigungen die verlangte Sicherheit für die Zukunft verbürgte. Den im Innern Frankreichs erblühenden Wohlstand durfte die Regierung sich zwar nicht als ihr ausschließendes Verdienst anrechnen, da derselbe großentheils eine natürliche Folge des ungestörten Friedens war. Ihr unleugbares Verdienst blieb es aber, daß die Ruhe in die Gemüther zurückzukehren anfing, aus denen sie durch die Thorheiten einer dem

Volksgefühle in seinem innersten Wesen entfremdeten Partei verbannt war. Die Presse, die man am liebsten als die einzige Ursache der öffentlichen Mißstimmung angesehen hätte, nahm von selbst einen gemäßigteren Ton an, sobald die Veranlassungen wegfielen, welche fortwährend zu neuen Ausbrüchen der Leidenschaft gereizt hatten. Die Ueberschreitungen und Ausschweifungen Einzelner, die sich in das rechte Maß nicht zu finden wußten, wurden von den Gerichten strenge geahndet. Denn diese, die der Regierung ihren Dienst versagt hatten, so lange sie sahen, daß man sie nur als Werkzeuge der Unterdrückung benutzen wollte, zeigten sich unerbittlich, als es sich nur noch darum handelte, wirkliche Vergehen zu strafen. Ein geachteter Schriftsteller, Cauchois-Lemaire, der in einem Schreiben an den Herzog von Orleans auf die Möglichkeit einer neuen Revolution und auf die vortheilhaften Wechselfälle hingedeutet hatte, welche dieselbe dem jüngeren Zweige des Hauses Bourbon bieten könnte, wurde zu einer Gefängnißstrafe von fünfzehn Monaten und zu einer Geldbuße von 2000 Franken verurtheilt. Ein anderer liberaler Flugschriftler, Fontan, hatte die Frechheit, den König einem wüthenden Hammel (un mouton enragé) zu vergleichen; dafür wurden ihm fünf Jahre Gefängniß und 10,000 Franken Geldbuße zuerkannt. Selbst der Dichter Béranger, dessen leichte scherzende Lieder der unverfälschte Ausdruck des französischen Volksgefühles waren, mußte auf neun Monate in das Gefängniß wandern, weil sein Spott weder das gesalbte Haupt des Königs, noch die heiligen Geheimnisse der katholischen Religion verschont hatte. So widerlegten die Gerichte die Beschuldigung, von der die frühere Verwaltung den Vorwand zur Einführung der Censur entlehnt hatte, daß ihre Lauheit der maßlosen Frechheit der Presse keine Schranken zu setzen wisse. Von allen den Unglücksweissagungen, in welche der Zorn der ultraroyalischen Partei über die volksthümlichen Maßregeln der Minister sich ergossen, ging keine einzige in Erfüllung. Karl X. hatte auf einer Reise, welche er in die vom Geiste des Liberalismus am tiefsten durchdrungenen östlichen Departements machte, persönlich die Gelegenheit gehabt, sich zu überzeugen, wie leicht es den Fürsten wird, die Herzen der Völker zu gewinnen, die sich nur dann von einer Regierung abwenden, wenn diese ihren innersten Gefühlen mit höhnendem Hochmuthe entgegen tritt. Inhaltschwer waren die Worte, welche die Thronrede dem Könige in den Mund legte. »Jeder Tag,« ließ Herr von Martignac Karl X. sagen, »jeder Tag offenbart mir mehr die Zuneigung meines Volkes

und macht mir die Verpflichtung heiliger, mein Leben seinem Wohle zu weihen. Diese edle Aufgabe, die Sie mir erfüllen helfen, wird von Tage zu Tage leichter. Die Erfahrung hat das Blendwerk unsinniger Staatslehren zerstreut. Frankreich weiß, wie Sie, auf welchen Grundlagen sein Glück ruht; und Die, welche es irgendwo anders, als in der aufrichtigen Vereinigung der königlichen Würde und der Freiheiten suchen, die von der Charte verbürgt sind, werden schmachvoll von der Nation zurückgewiesen werden. Sie, meine Herren, sind berufen, dieses Band immer enger und fester zu knüpfen. Sie werden Ihren Auftrag als treue Franzosen erfüllen, und der Beistand Ihres Königs wird Ihren Bestrebungen so wenig entgehen, als der Dank der Nation."

Als die Adresse, mit der die Pairskammer diese Rede beantwortete, und die wie gewöhnlich nur ein Widerhall der königlichen Worte war, zur Berathung kam, erhob sich zu allgemeiner Ueberraschung der Fürst von Polignac, um eine Ansprache an die Versammlung zu halten. »Oeffentliche Blätter," sagte er, »haben in diesen Tagen mich mit den gehässigsten Verleumdungen überhäuft. Ohne eine Veranlassung von meiner Seite und allerdings auch ohne den geringsten Schein der Wahrheit, ohne eine einzige Thatsache, die ihnen zum Grunde oder auch nur zum Vorwande diente, haben sie es gewagt, mich dem Lande als einen Menschen darzustellen, der in seinem Herzen eine geheime Abneigung gegen unsere Staatseinrichtungen nährte, die doch, seit die königliche Hand, welche sie uns verliehen, erstarrt im Grabe ruht, die Weihe der Zeit und eine Art von unwiderruflicher Geltung erlangt haben. Wenn die Verbreiter dieser verleumderischen Anschuldigungen in das Innere meines Hauses dringen könnten, würden sie dort die beste aller Widerlegungen und aller Antworten finden; sie würden mich von den Früchten meiner unausgesetzten Studien umgeben sehen, die alle keinen andern Gegenstand und Zweck haben, als die Vertheidigung, sofern sie nöthig werden sollte, und die Befestigung derselben Einrichtungen, den Wunsch und das Verlangen, sie auf unsere Kinder zu vererben und diesen zu ihrem Glücke die süße Pflicht aufzulegen, das Andenken ihrer Väter zu segnen. Ja, unsere Staatseinrichtungen scheinen mir Alles zu vereinigen, was auf der einen Seite die Kraft und die Würde des Thrones, auf der andern eine gerechte volksthümliche Unabhängigkeit verlangen kann; ich habe daher in voller Uebereinstimmung mit meinem Gewissen und mit meiner Ueberzeugung die feierliche Verpflichtung übernommen, zu

ihrer Befestigung mitzuwirken. Und mit welchem Rechte könnte man mir die Absicht zuschreiben, gesetzlich erworbene Freiheiten zu opfern? Hat man mich je als einen knechtischen Schmeichler der Gewalt gekannt? Ist meine politische Ueberzeugung jemals durch den Anblick der Gefahr erschüttert worden. Wenn ich dagegen das Gewissen und das Leben meiner Ankläger befragen dürfte, würde ich sie nicht zu derselben Zeit vor ihrem Götzen das Knie beugend sehen, während ich, unabhängiger als sie, in Fesseln der Gefahr und dem Tode trotzte?«

Fürst Polignac hatte darauf gerechnet, daß seine Rede einen tiefen Eindruck hervorbringen und wesentlich dazu beitragen würde, die Vorurtheile zu zerstreuen, die seiner Meinung nach nur durch bösartige Lästerer gegen ihn verbreitet waren. Schon das stumme Erstaunen, mit welchem dieselbe in der Pairskammer aufgenommen wurde, hätte ihn belehren können, wie sehr er sich täuschte. Jedermann suchte den Zweck, den der stolze Fürst gehabt haben könne, indem er sich herabließ, durch die Ablegung eines politischen Glaubensbekenntnisses sich gegen Journalangriffe zu vertheidigen; und dieser Zweck war nicht schwer aufzufinden. Der erste Versuch, den Fürst Polignac gemacht hatte, eine Verwaltung in seinem Sinne zu bilden, war an dem allgemeinen Widerwillen gegen seine politischen Grundsätze oder gegen die Grundsätze, die man bei ihm voraussetzte, gescheitert. Offenbar war seine Absicht jetzt keine andere, als für die Zukunft einem ähnlichen Mißlingen vorzubeugen. Aber das Mittel, das er anwandte, war für die Erreichung seines Zweckes ein nichts weniger als vortheilhaft gewähltes. Denn die Erfahrung hatte hinreichend gezeigt, daß die schönsten allgemeinen Versicherungen fester Anhänglichkeit an die Charte keine Bürgschaft dagegen gewährten, daß nicht die klarsten Bestimmungen derselben bei Gelegenheit verkehrt worden wären; und wenn der Fürst seinen Gegnern die Unterwerfung unter das napoleonische Regiment zum Verbrechen anrechnete, so stellte er damit sich ganz Frankreich gegenüber, welches auf den kriegerischen Ruhm der Kaiserherrschaft noch immer mit Stolz zurückblickte.

Die Verhandlungen über die Adresse in der Abgeordnetenkammer boten ein nicht weniger merkwürdiges Schauspiel dar, als jene in der Pairskammer. Die Abgeordnetenkammer hatte den Geist, von dem sie durchdrungen war, schon durch ihre Präsidentenwahl auf eine Weise zu erkennen gegeben, die jede Mißdeutung ausschloß. Unter den fünf Candidaten, die ihr in Vorschlag zu bringen oblag, hatte

diesmal Royer Collard die meisten Stimmen vereinigt, der denn auch wieder zum Präsidenten ernannt wurde. Neben ihm standen auf der Liste Casimir Périer, de Berbis, General Sebastiani und Delalot: also zwei Liberale und zwei constitutionelle Royalisten. Die Adresse, mit deren Abfassung Etienne, als der Leiter des in vielen Tausend Exemplaren verbreiteten liberalen Tagblattes le Constitutionnel einer der vornehmsten Tonangeber in der Journalistik, beauftragt wurde, war eine Umschreibung der Thronrede, der sie in allen Punkten beistimmte. Die liberalen Mitglieder der Kammer, die bei der Berathung das Wort ergriffen, General Lamarque, Laffitte, Mauguin, Sebastiani, Dupin der ältere, sprachen einmüthig ihr beinahe unbedingtes Vertrauen zu dem Gange der Verwaltung aus. »Ich statte der Thronrede den Zoll meiner ehrerbietigen Anerkennung ab,« sagte Lamarque, der zum ersten Male in der Kammer das Wort nahm; »sie hat manche Besorgnisse zerstreut und beinahe alle unsere Hoffnungen erfüllt.« Nur mit der auswärtigen Politik der Regierung war der tapfere General nicht ganz zufrieden, indem er gewünscht hätte, daß die Expedition nach Morea in einem größeren Maßstabe unternommen und daß das befreite Griechenland nicht in so enge Grenzen eingeschlossen worden wäre. Laffitte äußerte: »Die Lage Frankreichs ist befriedigender, als sie jemals gewesen; ich sehe überall nur Zufriedenheit und Hoffnung. Frankreich kann jetzt seine religiöse, commercielle und bürgerliche Freiheit fest begründen und seine Politik nach eigener Wahl bestimmen. An uns ist es jetzt, der Verwaltung jene Kraft zu verleihen, die unser Interesse in gleichem Maße, wie unser Ruhm erfordert.« Mauguin verlangte gleich dem General Lamarque eine Erweiterung der Grenzen Griechenlands, worauf ihn der Siegelbewahrer beschied, daß diese Grenzen noch keineswegs ihre schließliche Feststellung erhalten hätten, da der Vertrag vom 6. Juli nur ein vorläufiger gewesen sey, dessen weitere Entwickelung bei dem Abschlusse des Friedens erfolgen würde. Die Ultraroyalisten schwiegen entweder oder ergingen sich, wie Herr von Conny, in Klagen über die Revolution, die das Land bald dem grauenvollsten Unglück preisgeben werde, und deren Umsichgreifen sich schon jetzt in dem Verfahren gegen ehrwürdige Geistliche zeige, die kein anderes Verbrechen begangen hätten, als daß sie der Jugend einen heilsamen Unterricht ertheilten. — »Wir protestiren,« rief Herr von Montbel aus, »gegen die Maßregeln, durch welche man die Rechte des Bürgers angetastet hat; man hat das Grundgesetz verletzt; man hat die Frei-

heit der Gewissen vernichtet; wir stehen unter einer gesetzwidrigen Willkürherrschaft!« — »Ist es jetzt an der Zeit,« erwiderte der Bischof von Beauvais auf diese Anklagen, »nachdem die Gerechtigkeit ihren Lauf gehabt hat, während die Bischöfe keinen Widerspruch mehr erheben, während die geistlichen Unterrichtsanstalten durch die königliche Freigebigkeit blühen; ist es jetzt an der Zeit, beigelegte Zwistigkeiten zu erneuern, die der Religion immer nachtheilig sind? Die Zeit ist gekommen, wo wir uns fest an unsere Staatseinrichtungen halten müssen; ich glaube, als Minister und als treuer Unterthan meine Pflicht gethan zu haben.« — »Ja,« rief Dupin der ältere aus, »Sie haben die wahren Gefühle des Landes begriffen; Denen zum Trotze, welche die Unordnung zu fürchten vorgeben, wie Jenen, die sie hervorrufen möchten, ist die Ruhe fester gesichert, als je.« Als es zur Abstimmung kam, verließen die Ultraroyalisten in Masse den Saal; die Adresse wurde mit 213 Stimmen gegen 8 angenommen.

Herr von Martignac hatte die große Aufgabe, die er zu lösen sich für berufen hielt, in ihrer tiefsten Bedeutung aufgefaßt. Er erkannte den Widerspruch, der zwischen der durch die Restauration geschaffenen politischen Verfassung des Landes und dem noch vom Kaiserreiche ererbten Systeme der Verwaltung bestand: zwischen einer Verfassung, welche die ausgedehntesten Rechte in die Hände der Bürger legte, und einer Verwaltung, welche die Bürger von allen Rechten ausschloß. In diesem Widerspruche sah er die letzte, wenn gleich nicht offen zu Tage tretende Ursache aller der Reibungen, die bis jetzt jede dauernde Beruhigung der Gemüther verhindert hatte, und welche die Nation, wenn sie sich auch von Zeit zu Zeit mit Liebe ihrem alten Herrscherstamme zuwandte, demselben immer wieder von Neuem entfremdeten. Und in der That, was konnte unnatürlicher seyn, als daß man auf der einen Seite dem Volke das Recht zugestand, durch seine von ihm gewählten Vertreter über die wichtigsten allgemeinen Angelegenheiten zu entscheiden, während man ihm auf der andern nicht gestattete, ein selbstständiges Urtheil über die Dinge zu haben, die jeden Einzelnen zunächst berührten, über die Angelegenheiten seines Dorfes, seiner Stadt, seiner unmittelbarsten Nachbarschaft? Keine Gemeinde in Frankreich durfte aus eigener Bewegung eine Brücke über einen Bach bauen, eine Straße nach der nächsten Gemeinde anlegen, eine den Einsturz drohende Kirche herstellen; Alles bis auf das Kleinste wurde von königlichen Beamten geordnet, die ihre Befehle von dem Präfecten des Departements, wie dieser von dem Mi-

nisterium zu Paris, empfingen. Und dabei wußte man es sich nicht zu erklären, woher es kam, daß aller Thätigkeitstrieb der Nation sich auf die allgemeine Politik warf und in dieser die Befriedigung suchte, die ihm in der Beschäftigung mit dem einem Jeden vor der Thüre Liegenden versagt war! Herr von Martignac sah ein, daß der Zweck der Verfassung nur dann auf wohlthätige Weise erreicht werden konnte, wenn die Verwaltung mit ihr in Einklang gebracht wurde; und dazu war das einfachste Mittel, daß man den Stadt- und Landgemeinden, so wie jenen Abtheilungen des Bodens, welche die Revolution an die Stelle der alten Provinzen gesetzt hatte, ihre frühere Selbstständigkeit in einer den Bedürfnissen der Zeit angemessenen Form zurückgab. Er arbeitete zwei Gesetzentwürfe aus, von denen der erste, eine neue Gemeindeordnung (loi municipale), die den Stadt- und Landgemeinden, der andere, eine Landschaftsordnung (loi départementale), die den Kreisen (cantons), Bezirken (arrondissements) und Departementen zuzugestehenden Rechte umfaßte. Nach dem Plane der neuen Gemeindeordnung sollte in jeder Stadt und in jedem Dorfe Frankreichs eine selbstständige Gemeindeverwaltung gebildet werden, die aus einem von der Regierung ernannten Bürgermeister (maire), in den Städten mit seinen gleichfalls von der Regierung ernannten Beigeordneten (adjoints) und aus einem von den Bürgern oder angesessenen Einwohnern gewählten Gemeinderathe bestand und alle inneren Angelegenheiten ihres Gemeinwesens nach ihrem Ermessen geordnet hätte. Der Regierung blieb nur in wichtigeren Fällen das Recht der Genehmigung vorbehalten, so wie sie das Recht behielt, den Gemeinderath aufzulösen, sobald derselbe seine Befugnisse überschritt oder sonst sich gegen seine Pflicht verfehlte. Der Entwurf der Landschaftsordnung hatte den Fehler, daß er, wie einfach auch der Grundgedanke war, doch in der Ausführung sich etwas zu sehr verwickelte. In jedem Departement bestand ein sogenannter allgemeiner Rath (conseil général), der die Staatsauflagen unter die verschiedenen Bezirke des Departements zu vertheilen, die besonderen Ausgaben und Belastungen, welche die Bedürfnisse des Departements erforderten, zu berathen und die Rechnungen des Präfecten zu prüfen hatte. Eben so war in jedem Bezirke ein Bezirksrath (conseil d'arrondissement) vorhanden, der ähnliche Befugnisse innerhalb seiner beschränkteren Grenzen ausübte. Die Mitglieder der allgemeinen Räthe, wie der Bezirksräthe, wurden bisher durch die Regierung aus den angesehensten Einwohnern ernannt. Nach der neuen Landschaftsordnung sollten dieselben in Zukunft durch die

Höchstbesteuerten gewählt werden. Zu diesem Zwecke wurden zuvörderst Kreisversammlungen angeordnet, in denen sich die höchstbesteuerten Bürger in der Zahl von einem auf je hundert vereinigen sollten, um für jeden Kreis ein Mitglied des Bezirksrathes zu ernennen; nächstdem Bezirksversammlungen, die von den höchstbesteuerten Bürgern in der Zahl von einem auf je tausend gebildet worden wären und die Mitglieder der allgemeinen Räthe erwählt hätten. Zu den Kreisversammlungen wären auf diese Weise, da in den zahlreicher bevölkerten Kreisen eine Beschränkung der Wahlfähigkeit eintrat, nicht ganz 300,000 zu den Bezirksversammlungen mehr als 32,000 Bürger berufen worden. Um aber die Vertretung der landschaftlichen Interessen nicht ausschließlich in die Hände der Höchstbesteuerten zu legen, sollten zu den Kreisversammlungen noch Abgeordnete der Gemeinderäthe, zu den Bezirksversammlungen Abgeordnete der Kreisversammlungen treten, und zwar die letzten in der Zahl von 8000, so daß die Gesammtzahl der Wähler, von denen die Ernennung der allgemeinen Räthe ausginge, auf 40,000 erhöht worden wäre. Schon dieser künstliche Mechanismus der Wahlen deutete darauf hin, daß der Minister bei der Ausarbeitung der Landschaftsordnung nicht ganz freie Hand gehabt hatte. In der That war König Karl X., unfähig den von wahrer Staatsweisheit eingegebenen Gedanken zu begreifen, der den Planen des Herrn von Martignac zu Grunde lag, jeder Erweiterung des Grundsatzes der Volksvertretung, der ihm von allen Greueln der Revolution schwanger erschien, im höchsten Grade abgeneigt. Was ihn einigermaßen mit den Vorschlägen des Ministers versöhnte, war die Beschränkung der Zahl der Departementswähler auf jene Höchstbesteuerten, oder — was in den Provinzen beinahe überall dasselbe war — auf die großen Grundbesitzer, denen Villèle in seinem Wahlgesetze ein doppeltes Wahlrecht beigelegt hatte, indem sie in den Wahlversammlungen der Arrondissements mit allen übrigen Wahlberechtigten zusammen, und außerdem noch in den Wahlversammlungen der Departements für sich allein stimmten. Bei den Departementswahlen hatte die royalistische Partei bisher immer eine entschiedene Mehrheit gehabt, und nur in den Wahlen der Arrondissements war die liberale Meinung durchdrungen. Aus diesem Grunde sah er eine Bürgschaft für die Erhaltung der Ordnung in dem vermehrten Einflusse, der den Departementswählern zugetheilt wurde; und er machte es den Ministern daher ausdrücklich zur Bedingung, daß sie die beiden Gesetzentwürfe den Kammern nicht nach einander,

sondern gleichzeitig vorlegten, und daß sie sich keine wesentliche Veränderung in der Landschaftsordnung gefallen ließen. Nicht unwahrscheinlich ist es, daß auf den Entschluß des Königs, indem er diese Bedingungen stellte, zugleich ein geheimer Anschlag einwirkte, der in seiner nächsten Umgebung und unter den Häuptern der ultraroyalistischen Partei in der Abgeordnetenkammer ausgesonnen war. Man rechnete auf die Ungeduld der Liberalen, von denen man voraussetzte, daß sie um keinen Preis in eine Beschränkung des Einflusses in den Departements auf die Höchstbesteuerten einwilligen würden. Wurden die hierauf abzielenden Bestimmungen verworfen, so sahen die Minister, da sie ihrer gegen den König übernommenen Verpflichtung nicht untreu werden konnten, sich genöthigt, mit der liberalen Partei zu brechen; und damit entging ihnen die Mehrheit, auf die sie bisher in der Abgeordnetenkammer sich gestützt hatten. Ohne eine Mehrheit in der Kammer waren sie aber außer Stande, sich an der Spitze der Verwaltung zu behaupten; und das verhaßte Regiment der Abtrünnigen, die der Revolution Thüre und Thor öffneten, mußte daher nothwendig ein Ende nehmen.

»Umsonst,« sagte Herr von Martignac, indem er seine beiden Gesetzentwürfe in die Kammer brachte, »umsonst würden wir uns verbergen, daß die Verfassung, welche unsere Könige Frankreich gegeben haben, von dem Lande nicht als eine bloße Form, nicht als eine Täuschung, sondern als eine fruchtbare Wirklichkeit aufgenommen worden ist. Die Aufforderung an alle Bürger zur Theilnahme an der Gesetzgebung, die Freiheit der Rednerbühne und die Freiheit der Presse, die Entwickelung des öffentlichen Unterrichtes — alle diese Folgen der Charte haben unter allen Classen der Gesellschaft ein lebendiges Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten verbreitet und das allgemeine Verlangen, sich in irgend einer Weise an denselben zu betheiligen, hervorgerufen. Dies gilt von den Personen jedes Alters, besonders wahr aber ist es von dem Geschlechte, welches eben erst zur Reife heranwächst und welches uns zu ersetzen bestimmt ist. Männer, die unter der alten Monarchie geboren sind und nach einander unter den Gesetzen der Revolution, des Kaiserreiches und jenen der Regierung gelebt haben, die Ludwig XVIII. uns hinterlassen, haben unsere Staatseinrichtungen mit dankbarem Herzen angenommen, wie wir einen Hafen nach langem Sturme begrüßen. Aber ihre ersten Eindrücke, ihre politische Erziehung, ihre ersten Schritte in der Lebensbahn

waren unseren neuen Zuständen fremd und Erinnerungen der verschiedensten Art mischen sich noch in ihre Anhänglichkeit an dieselben. Nicht so ist es mit den Männern, die uns nachfolgen werden. Diese haben die alte Monarchie nicht mehr gesehen. Ihre Gebräuche, so wie die Unordnungen der Revolution nach ihrem Sturze sind ihnen nur durch die Ueberlieferung bekannt. Einiger Stolz auf kriegerischen Ruhm ist der einzige Theil der Vergangenheit, den sie gesehen haben. Ihre politische Erziehung ist auf unsere gegenwärtigen Staatseinrichtungen begründet, und ihre ersten Eindrücke von den Angelegenheiten unseres Vaterlandes sind von der neuen Ordnung der Dinge durchdrungen. Verdient diese Masse von wohlunterrichteten, arbeitsamen und thätigen jungen Männern nicht unsere Beachtung, welche die Oeffentlichkeit unterrichtet, die ihre gesellschaftliche Stellung, das Gefühl ihrer Befähigung und das Beispiel so mancher schnellen Erhebungen — eben so unerwartet als die ihrige seyn würde — auf so vielen verschiedenen Wegen zu den öffentlichen Angelegenheiten hintreibt? Welche Mittel haben wir, diese ihre natürliche und gerechte Ungeduld zu befriedigen? Welchen Antheil können wir ihnen an der Leitung der großen Interessen des Staates geben? Eröffnen wir ihnen eine neue Laufbahn! Ihre Gemeinde, ihr Departement hat auch Interessen, welche wahrzunehmen sind: Verbesserungsplane, welche ausgeführt, große Bauunternehmungen, die angeordnet, Straßenverbindungen, die erweitert werden müssen. Sie sind begierig, ehrende Auszeichnungen durch die Stimmen ihrer Mitbürger zu erlangen, sie wünschen mit der Sorge für das Wohl derselben beauftragt zu werden. Geben wir ihnen Gelegenheit, diesen edeln Ehrgeiz bei sich zu Hause zu befriedigen, und ziehen wir einen ehrenvollen Kreis um sie, in dem sie Vortheil und Ruhm finden mögen. Die allgemeine geistige Bewegung einer Nation ist schwer aufzuhalten. Leite man sie mit Klugheit, theile man sie, daß ihre Wirkung weniger gewaltsam andrängend wird, und wende man sie zum Besten des Landes! In dem Herzen des Königreichs vereinigt und auf ein gemeinschaftliches Ziel gerichtet, kann diese zunehmende Thätigkeit zu Gefahren führen; rufe man sie auf verschiedene Punkte, gebe man ihr Nahrung der verschiedensten Art und beschäftige man sie mit vielfachen Sorgen, und man wird zugleich im Stande seyn, sie zu schwächen und heilsam zu machen.«

Der Eindruck, den diese Rede durch ihre Klarheit, durch das

unwiderlegliche Gewicht ihrer Gründe hervorbrachte, war unbeschreiblich. Alle Mitglieder der Kammer, welcher politischen Richtung sie auch angehörten, deren bessere Einsicht nur nicht durch die blinde Wuth des Parteigeistes verdunkelt wurde, waren begeistert: und wenn dieser erste Eindruck ein bleibender gewesen wäre, so hätte Herrn von Martignac der glänzendste Sieg über alle seine offenen und geheimen Gegner nicht entgehen können. Aber die Herren vom Hofe, die, geschäftige Maulwürfe, ihm im Verborgenen den Boden unter seinen Füßen unterhöhlten, hatten nur zu richtig geurtheilt, wenn sie auf den Ungestüm rechneten, mit dem die Liberalen statt des gebotenen Guten dem unerreichbaren Bessern und Besten nachjagen würden. Die Commissionen, denen die Kammer dem Herkommen gemäß die vorläufige Prüfung der beiden Gesetzentwürfe übertrug, wurden beinahe ausschließlich aus Liberalen zusammengesetzt, weil die Ultraroyalisten, dem Verfahren treu, welches sie bereits bei der Abstimmung über die Adresse beobachtet hatten, sich jeder Theilnahme an der Wahl enthielten. Die Commission zur Prüfung der Gemeindeordnung, deren Berichterstatter der ältere Dupin war, erklärte sich mit allen wesentlichen Bestimmungen des Gesetzentwurfes einverstanden; nur in einem nicht unwichtigen Punkte schlug sie eine Abweichung vor, indem sie darauf antrug, daß die Regierung bei der Ernennung der Bürgermeister in den Städten keine freie Wahl haben, sondern gehalten seyn sollte, dieselben aus dem von den Bürgern gewählten Gemeinderathe zu nehmen. Wenn schon in dieser Forderung sich die ungemessene Sucht verrieth, die königliche Gewalt so viel als immer möglich einzuschränken und den Grundsatz der Volkswahl bis zu seinen äußersten Grenzen auszudehnen, so war doch der Bericht Dupin's ein ungemein gemäßigter im Vergleiche mit jenem, den General Sebastiani im Namen der Commission, die zur Prüfung der Landschaftsordnung niedergesetzt war, abstattete. Da war von dem künstlichen Gebäude des Ministers kein Stein auf dem andern geblieben. Sebastiani, der sonst so weit von aller Ueberspannung entfernte militairische Diplomat, der bei mehr als einer Gelegenheit, freilich vergeblich, um die Gunst des Hofes gebuhlt hatte, verlangte, daß das Recht der Theilnahme an den Wahlen der allgemeinen Räthe in den Departements von der verhältnißmäßig nicht allzu großen Zahl der Höchstbesteuerten auf die Gesammtheit aller Bürger, die zur Theilnahme an den Wahlen der Abgeordnetenkammer berechtigt

wären, übertragen würde; daß die Wahlen der allgemeinen Räthe statt in Bezirksversammlungen, wie dies bei der geringeren Zahl der Wähler nothwendig schien, in Kreisversammlungen stattfinden, und daß nicht bloß keine Bezirksversammlungen gehalten, sondern daß auch die seit dreißig Jahren bestehenden Bezirksräthe aufgehoben werden sollten, wodurch natürlich die Befugnisse der allgemeinen Departementsräthe um so viel mehr erweitert worden wären. Der Sinn dieser Forderung war klar. Aller Einfluß in den Departements wäre durch die Gewährung derselben auf die Masse der sogenannten kleinen Wähler übergegangen, die, dem großen Grundbesitze gegenüber, den vermögenderen Handels- und Gewerbsstand vertraten und deren politische Gesinnungen sich durch die letzten Wahlen zu der Abgeordnetenkammer unzweideutig ausgesprochen hatten. Daß sich der Hof zu einem solchen Zugeständnisse, so lange ihm noch irgend eine Möglichkeit des Widerstandes blieb, niemals entschließen würde, ließ sich mit Sicherheit vorhersehen: zum Ueberflusse wußte man, daß die Minister durch ein bestimmtes Versprechen gegen den König gebunden waren. Aber Herr Sebastiani war unzufrieden, daß seine persönlichen Verdienste nicht längst ihre gebührende Anerkennung von Seiten der Regierung gefunden hatten. Eben so wenig, wie er selbst, waren mehrere seiner politischen Freunde, unter denen besonders der von dem Ministerium erst wieder in sein Amt eingesetzte Guizot genannt wird, geneigt, noch lange auf den Lohn ihrer Anstrengungen zum Besten des Vaterlandes zu warten. Sie waren der Meinung, daß sie, die Häupter der liberalen Partei, allein das Ministerium hielten, und sahen nicht ein, warum sie nicht eben so gut unmittelbar an die Spitze der Verwaltung treten sollten. Die Kurzsichtigen, die es für möglich hielten, daß ein so starrer Charakter, wie Karl X, nicht eher seine Krone auf das Spiel gesetzt, als Männer in seinen Rath gezogen hätte, die er als die geschwornen Feinde seiner Dynastie, des Königthums und, was ihm über Alles ging, der Religion betrachtete!

Nachdem die Wortführer der Commissionen ihre Berichte erstattet hatten, mußte zuvörderst darüber entschieden werden, welcher von den beiden Gesetzentwürfen zuerst zur Berathung kommen sollte. Diese Frage war keine unbedeutende. In Bezug auf die Gemeindeordnung war durch den Commissionsbericht nicht jede Aussicht auf eine Verständigung abgeschnitten; und wenn diese zuerst berathen wurde, so durfte man wenigstens hoffen, den einen der beiden Ge-

setzentwürfe durchzusetzen, was bei der Wichtigkeit des Gegenstandes für eine Session vollkommen genügte. Die Landschaftsordnung wäre dann, wenn die liberale Partei auf ihren Forderungen bestand, entweder ganz bei Seite gelegt oder auf die nächste Session vertagt worden: eine Frist, binnen welcher manche Veränderungen vor sich gehen konnten. Aber die Ehrgeizigen, die sich bereits im Besitze der Minister-Portefeuilles wähnten, wollten ihren Sieg auch um keinen Augenblick verzögern; und die Masse der Liberalen, ohne Urtheil, durch den dunkeln Drang hingerissen, für ihre Meinung mit einem Schlage das weiteste Gebiet zu erobern, folgte dem Beispiele, welches ihr von treulosen Führern gegeben war. Umsonst erinnerte Herr v. Martignac, daß man, ehe man ein Ganzes hinstellen wolle, erst die Bestandtheile geschaffen haben müsse, aus denen dasselbe zusammengesetzt sey, daß man nicht eher daran denken könne, eine Vereinigung vieler Gemeinden zu ordnen, ehe man die einzelnen Gemeinden geordnet habe. Ihm entgegnete Mauguin mit bewundernswürdiger Naivetät: »die Frage der Reihenfolge ist eine Frage über Leben und Tod. Siegt der Commissionsantrag über die Landschaftsordnung, so erhält die Partei in der Kammer, der ich angehöre, einen entscheidenden Einfluß auf die Ernennung der allgemeinen Räthe. Durch diese Räthe wird man Meister der Präfecten, durch die Präfecten Meister der Maires und sofort. Wird aber das Gemeindegesetz angenommen, so macht man durch die Gemeinderäthe noch keine Maires und durch diese noch keine Präfecten.« Die linke Seite erhob sich bei der Abstimmung mit Ausnahme weniger Besonnenen in Masse für den Vorzug der Landschaftsordnung; dennoch hielt sie sich schon für geschlagen, weil die Gemäßigten in der Mitte vereinigt mit den Ultraroyalisten oder der rechten Seite eine unzweifelhafte Mehrheit bildeten, als sich, wie auf ein gegebenes Zeichen auch die ganze rechte Seite erhob und durch ihre Verbindung mit ihren entschiedensten Gegnern den Ausschlag gab. Die Sieger sahen einander erstaunt an, und in Vielen mag wohl die Ahnung aufgestiegen seyn, daß sie einen großen politischen Fehler begangen hatten. Aber die Entscheidung war erfolgt. Die Ultraroyalisten hatten ihren Zweck, das Ministerium von der liberalen Partei zu trennen, erreicht.

Der Kampf, der sich nun über den allgemeinen Inhalt, so wie über die einzelnen Bestimmungen des zunächst vorliegenden Gesetzentwurfes entspann, hatte ein untergeordnetes Interesse, da über den Ausgang von Anfang kaum noch ein Zweifel vorhanden war. »Wir,

meine Freunde und ich,« sagte der Ultraroyalist Fromont, dem zuerst das Wort gegeben wurde, »werden uns den ministeriellen Gesetzentwürfen mit aller unserer Kraft widersetzen; wir können den einen so wenig annehmen, als den andern; denn wir glauben, daß beide darauf berechnet sind, den Grundsatz der Volksherrschaft einzuführen und den König seiner Vorrechte zu berauben. Nur deshalb, um diesen Grundfehler zu bekämpfen, haben wir der Landschaftsordnung den Vorrang ertheilt. Wenn unsere Gegner sich auf den Boden angemaßter Freiheiten geworfen haben, so befinden wir uns auf dem sichern Boden des gesetzmäßigen Rechts. Man will in unsere Departements, in unsere Städte, ja in die kleinsten Dörfer ein Schattenbild der Volksvertretung einführen, durch welches diese selbst nur bloßgestellt würde. Die Charte hat das Wahlrecht in enge Schranken eingeschlossen; dadurch allein ist der Staat vor einer allgemeinen Umwälzung geschützt. Wo ist eine Nothwendigkeit vorhanden, die Volksgewalt zu verstärken, da wir bereits die Freiheit der Presse und die beiden Kammern besitzen? Die Entwürfe der Minister sind gefährlich, unnütz, unheilbringend.« — »Wie kann man es wagen,« entgegnete Herr von Corcelles, »uns mit einer Herrschaft der Menge zu drohen, weil uns, zu keinem andern Zwecke, als um eine billige Ordnung in die Verwaltung unserer Gemeinden und unserer Departements einzuführen, eine Vertretung von 100,000 Steuerpflichtigen für 32 Millionen Einwohner vorgeschlagen wird? Es ist gerade, als beabsichtigten wir, den eigenthumlosen Handarbeitern politische Rechte zu geben, während wir doch nur die Rechte der schönsten Aristokratie, die es in der Welt giebt, der Auswahl der französischen Nation, der Männer, die uns selbst in diese Kammer geschickt haben, verfechten.« — Der bekannte Etienne versicherte, daß der Entwurf der Landschaftsordnung, wie denselben die Minister vorgelegt hätten, durchaus unzulässig und unerträglich, die Interessen der Gesellschaft verletzend, für das Land beleidigend, für die Monarchie gefährlich sey. »Bei einem so aufgeklärten Volke, wie das unsrige,« sagte er, »bei einem Volke, welches weiß, wie viel gewisse Stände verloren und immer wieder zu erringen gesucht haben, würde große Einbildung dazu gehören, wenn man sich schmeicheln wollte, durch Gewandtheit oder Kunst der Rede die öffentliche gesunde Vernunft zu täuschen, das Vorrecht in eine Gesellschaft einführen zu können, welche auf die Gleichheit vor dem Gesetze eifersüchtig ist, sie zu überreden, daß man

sie nicht beraube, während man die kleine Zahl mit dem ausschließenden Besitze aller Einflüsse und der ausschließenden Vertretung aller ihrer Rechte ausstattete. Seit fünfzehn Jahren arbeiten alle Ministerien daran, eine Aristokratie zu schaffen, und doch nützen sich die Reste unserer alten Aristokratie täglich durch die Sitten ab. In der Abwesenheit aller Vorrechte, ohne welche sie unmöglich ist, sieht man sich genöthigt, das zerbrechliche Gebäude auf die bloße Grundlage des Vermögens zu bauen. In dem Maße aber, indem es aufsteigt, wird es von unserm bürgerlichen Gesetzbuche durch die gleiche Vertheilung des väterlichen Erbes unter die Kinder niedergeworfen; und sicher erwartet man doch jetzt nichts weniger als einen neuen Versuch zur Umgestaltung unserer Gesetze, nachdem man den Erfolg gesehen hat, den das berüchtigte Gesetz des Erstgeburtsrechts erlangte. Der ministerielle Entwurf ist in meinen Augen ein Gegenstand des Mißtrauens und der Unordnung: ich verwerfe ihn. Der Entwurf der Commission ist ein Pfand der Sicherheit und des Friedens für mein Vaterland; ich stimme für denselben mit innigster Ueberzeugung.« — »Die Minister,« rief dagegen Herr von Salaberry aus, »arbeiten der Revolution in die Hände. Die Häupter der revolutionairen Partei versichern uns zwar, sie wollten keine Revolution. Sie wollen nur in einer neuen Charte, der Departementalcharte, eine Verrückung der königlichen Gewalt, nichts als ihre Umwandlung in die Volksgewalt, bloß das souveraine Volk statt des souverainen Königs. Sie wollen durch die Gesetze selbst den Umsturz unseres Staatsgebäudes bewirken; sie wollen eine Umwälzung ohne Hammerschläge, eine Umwälzung, wie sie durch die Bedürfnisse der Zeit geboten sey. Was sie aber die Bedürfnisse der Zeit nennen, sind nur die persönlichen Bedürfnisse gewisser Leute, politischer Zwerge, die einander gegenseitig als Riesen begrüßen. Diese Herren haben einen liberalen Appetit nach Reichthümern, Stellen oder Einflüssen, je nachdem ihnen die einen oder die anderen fehlen. Sie sagen uns, daß sie eben so wenig eine Revolution wollen, wie wir, weil sie nicht wollen, daß die Revolution, die sie vorbereiten, von unten herkomme, noch bis nach unten hingelange. Die Kette soll an den Thron befestigt werden, von dem Throne soll sie ausgehen. Statt sie aber bis in die letzte Hütte reichen zu lassen, wollen die Gescheiten sie unterweges ergreifen und zu ihrem Nutzen und Frommen verwenden.« Es ist ein altes Sprichwort, welches heißt: Kinder und Narren sagen die Wahrheit. Der greise Sala-

berry hatte seit vielen Jahren so manche närrische Dinge in der Kammer gesprochen; diesmal aber hatte er, ohne es selbst zu wissen, den Nagel auf den Kopf getroffen.

Herr von Martignac bewahrte, als er sich auf diese Weise von allen Seiten angegriffen, von Niemand vertheidigt sah, eine preiswürdige Festigkeit. »Es ist eine edle und schöne Aufgabe für einen Minister,« sagte er, nach den leidenschaftlichen Anklagen, die gegen ihn gerichtet waren, das Wort nehmend, »für ein großes Volk die Gesetze vorzubereiten, die seine theuersten Güter berühren. Aber wie viele Schwierigkeiten, Hindernisse, Kämpfe reihen sich an die Erfüllung dieser Pflicht! Gegen wie viele beleidigende Anklagen muß er sich vertheidigen ohne andere Waffen, als die der Vernunft und der Wahrheit, die nicht selten unmächtig sind! Fremd der Zeit, in der wir leben, werfen ihm die Einen vor, er überliefere den Thron der Empörung, das Land der Zerrüttung, während die Anderen ihm in demselben Augenblicke tyrannische Plane Schuld geben, in dem er ihnen eine neue Freiheit bringt. So zwischen zwei widersprechende Parteien gestellt, gäbe es ein einfaches Mittel, sich den Angriffen der einen zu entziehen: die Aufopferung der eigenen Ueberzeugung. Die Pflicht aber kennt diesen Rath nicht, und auf sie allein darf ich hören. Seit fünfzehn Jahren forderten alle Meinungen, alle Parteien ein Gesetz der Gemeinden und der Departements. Die Bemühungen der bisherigen Ministerien waren fruchtlos; auch wir wollten einen Versuch machen, die Wünsche des Landes zu befriedigen; und die, welche in seinem Namen sprechen, sagen uns, daß wir uns getäuscht haben. Der Irrthum ist möglich; ich bin weit entfernt, dies zu bestreiten, aber unser Mißtrauen in uns selbst geht nicht so weit, daß wir anstehen sollten, unsere Gründe auseinanderzusetzen, und zu beweisen, daß unser Irrthum nicht aus Mangel an reifer Ueberlegung, noch aus einem Vergessen unserer Pflichten hervorging. Man klagt uns an, daß wir dem Könige einen Theil seiner Vorrechte entzögen und durch die Einführung der Volkswahlen in die Verwaltung die Charte verletzten. Die Charte sichert dem Könige allerdings die Besetzung aller Verwaltungsstellen. Unter öffentlicher Verwaltung versteht man jenen Theil der Staatsgewalt, der im Namen des Königs die Gesetze zur Ausführung bringt: eine Thätigkeit, die von dem Throne bis zu dem letzten Diener der öffentlichen Macht hinabreicht. Kann diese Worterklärung auf die Befugnisse jener Notabeln angewandt werden, die sich alljährlich

vierzehn Tage versammeln, um über die Angelegenheiten ihres Departements zu berathen? Gewiß nicht. Und was schlagen wir Ihnen denn vor? Nichts Anderes, als diese berathenden Versammlungen aufrecht zu erhalten, ihre Mitglieder aber durch eine gewisse Anzahl Einwohner desselben Gebietes wählen zu lassen, die aus jenen genommen sind, welche bei der Erhaltung der Ordnung und Sparsamkeit das meiste Interesse haben. Mögen diejenigen, die das Gesetz bloß deshalb verwerfen, weil es auf dem Grundsatze beruht, daß die Räthe aus der Wahl der Bürger hervorgehen sollen, mögen sie sich erinnern, was unseren Tagen vorangegangen ist: mögen sie ihren Blick auf die Gegenwart werfen und in die Zukunft richten, und dann thun, was ihnen die Vernunft, was ihnen die Pflicht gebeut! Die Commission der Kammer ist unserem Gesetze nicht deshalb entgegen, weil es auf dem Grundsatze der Wahl beruht, sondern weil es diesen Grundsatz nicht weit genug ausgedehnt hat. Sie verwirft die Bezirksräthe, die durch ein Staatsgesetz seit dreißig Jahren in Wirksamkeit stehen und zu der Umlage der Steuern unter die Gemeinden unentbehrlich sind, da diese den Departementsräthen nicht übertragen werden kann. Wir dürfen nicht zugeben, daß mit Hintansetzung des königlichen Rechts des ersten Antrages gesetzlich bestehende Einrichtungen durch ein bloßes Amendement aufgehoben werden, zumal wenn man, wie hier, nichts an die Stelle setzt und dadurch die Verwaltung in Verwirrung bringt. Die Commission setzt an die Stelle der Bezirksversammlungen, die nach unserem Entwurfe die Departementsräthe wählen sollten, Kreisversammlungen und beruft zu diesen nicht, wie wir vorschlagen, die Höchstbesteuerten, sondern alle Bürger über 25 Jahre, die 300 Franken directe Auflagen zahlen. Die Commission kann nicht begreifen, warum die Wähler, welche das Wahlrecht der Mitglieder eines unserer großen Staatskörper besitzen, des Wahlrechts der untergeordneten Departementsräthe beraubt werden sollen. Von dem Entziehen eines Rechts ist aber gar nicht die Rede, denn man wird doch wohl nicht behaupten wollen, daß die Wähler, die bloß zu der Abgeordnetenwahl aufgestellt sind, dadurch ein erworbenes Recht auf alle anderen Wahlen haben, welche die Gesetzgebung etwa für die Zukunft anordnen wird? Die Abgeordnetenkammer übt nur einen Theil der gesetzgebenden Gewalt aus: sie vertritt nur das demokratische Element unserer Regierung, und dieses Element, ohne welches die beiden anderen unfähig zur Gesetzgebung wären, hat für sich allein gleichfalls

keine vollständige und unabhängige Wirksamkeit. Der Vorschlag der Commission würde daher das in unserer Verfassung bestehende Gleichgewicht der Gewalten zerstören, indem es den Wählern der einen Gewalt, der demokratischen, ausschließlich alle Wahlrechte zuwendete. Verdienen wir in irgend einer Weise die bitteren Vorwürfe, mit denen man von allen Seiten uns überhäuft? Wir haben zu gleicher Zeit die Einrichtung der Gemeinde-, der Bezirks- und der Departementsräthe vorgeschlagen. Wissen Sie, meine Herren, wie viel Personen nach unserem Plane zu der Wahl der ersten berufen werden? mehr als 1,500,000; zu der Wahl der Bezirksräthe 100,000; zu der Wahl der Departementsräthe über 40,000. Man hat die Erörterung des Gemeindegesetzes beseitigt, man unterdrückt die Bezirksräthe und läßt uns, statt auf das Ganze unserer Arbeit zu sehen, nur den engen Kreis der Departementsräthe übrig. Aber worin besteht denn, selbst wenn wir uns in diesen einschließen, der Fehler unseres Gesetzentwurfes? Wir schlagen vor zu den Bezirksversammlungen, welche die Departementsräthe wählen, je einen auf tausend Einwohner zu berufen. Dies ist ein Vorrecht, sagt man uns, welches wir zu Gunsten des großen Eigenthumes schaffen. Warum liegt denn aber in jener Berufung der Höchstbesteuerten etwas so Befremdendes? Handelt es sich nicht um die Wahl eines Rathes, der Steuern und Ausgaben beantragen soll? Ist es nicht das Eigenthum, das diese tragen muß? Von wem könnte man also besonnene Wahlen am natürlichsten erwarten als von dem großen Eigenthum? Hier herrscht kein Vorzug, kein Vorrecht, keine Auszeichnung. Das Gesetz beruft die am meisten Betheiligten, welche die höchsten Lasten tragen müssen, wer sie sonst seyn, welcher Stellung im Leben sie angehören mögen. Wer kann sich darüber beklagen? Ihre Commission war gleich bei ihren ersten Schritten von einem Gedanken eingenommen, von dem sie sich nicht losreißen konnte: gewählt durch die Kammer sah sie vor allem nur die Kammer und die, welche die Kammer gewählt haben. Sie glaubte, die Rechte der Wähler wären in unsere Verhandlungen verwickelt, legte sich die Verpflichtung auf, diese Rechte zu vertheidigen, und verlor darüber jedes andere Interesse aus dem Auge. Der König mußte die Dinge von einem weiteren, von einem höheren Gesichtspunkte auffassen. Nur das Interesse Aller ist sein Interesse. Es handelt sich um eine im guten Gebrauche nützliche, im Mißbrauche verderbliche Einrichtung. Dies ist der Gedanke, der Ihren Entschluß bestimmen

muß, wenn Sie über das Schicksal des Gesetzes entscheiden. Wir, meine Herren, die vorübergehenden Minister einer bleibenden Monarchie, haben die Pflicht, an das zu denken, was bleibt, und ich hoffe, Sie achten uns genug, um vorauszusetzen, daß wir diese Pflicht erfüllen werden.«

So überzeugend die Gründe, welche Herr von Martignac aufstellte, für jeden Besonnenen gewesen wären, der die Verhältnisse mit unbefangenem Blicke gewürdigt hätte, so wenig vermochten sie den Haß und die Vorurtheile der Parteien zu entwaffnen. Mit höhnender Schadenfreude rief Herr von Labourdonnaye den Ministern zu: »Niemand will von Euren Gesetzen etwas wissen; nach vierzigjähriger Erfahrung sind alle Parteien zu aufgeklärt und die hohen gesellschaftlichen Stellungen zu klug, als daß sie sich von Neuem dem Spiele der Volksleidenschaften und den Gefahren der Anarchie aussetzen sollten! Die Kraft des Königthumes ist die Schutzwehr aller unserer Rechte, aller unserer Interessen, aller unserer Freiheiten; nie werde ich einwilligen, diese mächtige Bürgschaft, die erste Bedingung unseres gesellschaftlichen Vertrages und die erste Nothwendigkeit der constitutionellen Monarchie, bloßzustellen.« Der Siegelbewahrer Portalis und der Minister des öffentlichen Unterrichtes Vatimesnil unterstützten Herrn von Martignac mit vieler Beredtsamkeit, wenn sie gleich seinen Gründen keine neue hinzuzufügen wußten: aber außer den Ministern nahm kein einziges bedeutenderes Mitglied der Kammer zur Vertheidigung des ministeriellen Gesetzentwurfes das Wort. Die Liberalen Béranger, Salverte, Benjamin Constant, Bignon und die Ultraroyalisten von Conny, von Montbel, de la Boullaye, Ravez sprachen mit gleicher Entschiedenheit, wenngleich von entgegengesetzten Gesichtspunkten ausgehend gegen das Gesetz: die Einen nur gegen die ursprüngliche Abfassung, die Anderen eben so sehr gegen diese, wie gegen die Verbesserungsvorschläge der Commission. Als die Verhandlungen sich ihrem Schlusse näherten, beschloß Herr von Martignac noch einen Versuch zu machen, die Kammer zur Besinnung zurückzuführen, indem er ihr geradezu erklärte, daß man sich darauf gefaßt machen müsse, gar nichts zu erhalten, wenn man die angebotene Erweiterung der Volksrechte verschmähe. »Der Ihnen vorgelegte Entwurf,« sagte er, »ist kein gewöhnliches Gesetz, bei dem die drei Staatsgewalten ein gleichmäßiges gemeinschaftliches Interesse haben. Die Krone beabsichtigt, dem Lande zu dessen Gunsten ein großes Zugeständniß zu machen. Bis jetzt besitzt der König das Recht, die Mitglieder der Be-

zirks- und der Departementsräthe zu ernennen; er tritt dieses Recht aus freiem Willen ab, aber eben deshalb muß es ihm auch freistehen, die Bedingungen zu bestimmen, unter denen dies geschehen soll. Hier erleidet daher der sonstige Gebrauch der Verbesserungsvorschläge eine Ausnahme; denn der, welcher ein Geschenk annimmt, darf die Bedingungen nicht zurückweisen, unter denen dasselbe gemacht wird. Wir unsererseits sind dem Könige und dem Lande für die Zukunft verantwortlich, welche die von uns vorgeschlagene Neuerung heraufführen wird. Wir haben es nicht versäumen dürfen, alle Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen, welche die Klugheit uns anrieth. Aendert man unsere Vorschläge, hebt man unsere Vorsichtsmaßregeln auf, so können wir unser Gewissen und unsere Verantwortlichkeit nicht mehr für unsern Plan einsetzen; nie werden wir dem Könige rathen, einen Entwurf anzunehmen, der ein anderer wäre, als der von uns vorgeschlagene.« Die Meinung des Ministers war nicht leicht mißzuverstehen; dennoch erregten diese Aeußerungen bei der liberalen Partei solchen Unwillen, daß ein heilloser Tumult ausbrach. Dupin der ältere hielt den Ministern vor, daß sie der Kammer das Recht abstreiten wollten, Verbesserungsvorschläge zu machen. Dazwischen wurde geschrieen: durch solche Lehren sey der ganzen Volksvertretung das Todesurtheil gesprochen; wenn die Minister sich hinter die Person des Königs zurückziehen wollten, sey keine Berathschlagung mehr möglich. Es dauerte lange, ehe die Ruhe so weit wieder hergestellt wurde, daß die Berathung fortgesetzt werden konnte. General Sebastiani vertheidigte die Unterdrückung der Bezirksräthe, über die bei der Erörterung der einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfes der Reihenfolge nach zuerst entschieden werden mußte. Die Gründe, auf die Sebastiani sich berief, waren in dem Munde eines liberalen Abgeordneten merkwürdig. »Die Bezirksräthe,« sagte er, »legen keine Steuer auf, sie bestimmen über keine Ausgabe; sie beschäftigen sich mit wenig und entscheiden über nichts. Kann man sich denken, daß eine unabhängige volksthümliche Körperschaft sich diese Bedeutungslosigkeit gefallen lassen sollte? Die Bezirksräthe werden nothwendig, da sie die Macht dazu haben, auch eine größere Gewalt zu erringen suchen. Wir glauben nicht, daß es klug sey, auf diese Weise im Schooße der Gesellschaft die müßigen Kräfte und die ehrsüchtigen Bestrebungen zu vervielfältigen, eine gewaltige Bewegung hervorzurufen, ohne sie gegen ein bestimmtes Ziel zu lenken. Das Volk hat dabei kein Interesse, und die Ausübung der königlichen Gewalt könnte darunter leiden.« Selten hatte die

Heuchelei es gewagt, in einem so wenig undurchsichtigen Gewande aufzutreten; aber die Parteien waren zu sehr in leidenschaftlicher Aufregung befangen, als daß die offenste Darlegung der Treulosigkeit ihrer Führer sie noch hätte enttäuschen können. Als es zur Abstimmung über den Abschnitt kam, der die Bestimmungen in Bezug auf die Bezirksräthe enthielt, erklärte sich beinahe die ganze linke Seite für die Verwerfung derselben; nur wenige gemäßigte Liberale und die gemäßigteren Royalisten stimmten für die Beibehaltung; die Ultraroyalisten enthielten sich jeder Theilnahme an der Abstimmung. Eine schwache Mehrheit entschied die Unterdrückung der Bezirksräthe. Unmittelbar darauf verließen die Minister Martignac und Portalis den Saal, kehrten aber nach kurzer Abwesenheit zurück, worauf der Minister des Innern das Wort verlangte und der Kammer ankündigte, daß der König durch eine in diesem Augenblicke erlassene Verfügung die beiden Gesetzentwürfe über die Ordnung der Departements und der Gemeinden zurückgenommen habe.

Den Ministern war nach den Verpflichtungen, die sie gegen den König eingegangen, keine Wahl geblieben, als zu handeln, wie sie gethan hatten. Ihre Stellung in der Abgeordnetenkammer war jedoch durch ihren raschen Schritt eine so unhaltbare geworden, daß sie in keiner Frage, die dem Parteikampfe die geringste Nahrung bot, noch auf eine Mehrheit rechnen konnten. Mit der linken Seite hatten sie gebrochen, von der rechten wurden sie zurückgestoßen, und die gemäßigten Männer der Mitte waren, wie der Erfolg gelehrt hatte, für sich allein außer Stande, ihnen eine wirksame Unterstützung zu gewähren. Dennoch täuschten sie sich über ihre Lage. Karl X. war nie liebenswürdiger gewesen; er überhäufte die Minister mit Artigkeiten, und diese glaubten in seinem Vertrauen fester zu stehen, als je, während ihr gnädiger Fürst nur deshalb sich so freundlich gegen sie bewies, weil ihm eine Last vom Herzen genommen, weil ihm jetzt die Gewißheit gegeben war, daß er von der Gegenwart seiner unbequemen Rathgeber in kurzer Frist befreit seyn würde. Da Herr von Martignac durch seine Zugeständnisse an die liberale Partei nicht im Stande gewesen war, eine Mehrheit in der Kammer zu erlangen, so blieb nach der Meinung des greisen Monarchen nichts Anderes übrig, als eine kräftige Verwaltung zu bilden, die alle Zugeständnisse verweigerte, den Muth der royalistischen Partei von Neuem belebte und alle Schattirungen derselben um den bedrohten Thron versammelte. Die Ausführung dieses Planes hatte nur so lange ihre Schwierigkeiten,

als die Kammern vereinigt waren, weil die Spaltung, die unter den Royalisten einmal vorhanden war, für den Augenblick den Liberalen das Uebergewicht lieh, welches sie dazu benutzt haben würden, dem neuen Ministerium unübersteigliche Hindernisse in den Weg zu legen. Es schien daher räthlich, zu warten, bis die Session ihr Ende erreicht hätte; und dazu hatte Karl X. sich entschlossen. Die Minister waren so weit entfernt, zu ahnen, was in der Seele des Königs vorging, und welche Entschlüsse er in dem geheimen Kreise seiner Vertrauten gefaßt hatte, daß sie gerade jetzt wieder ernstlich daran dachten, den Grafen de la Ferronays, der die bestimmteste Abneigung zu erkennen gab, zu den Geschäften zurückzukehren, in der Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten zu ersetzen. Nach mehreren vergeblichen Versuchen, die hauptsächlich an dem Widerstande scheiterten, den der König der Hinzuziehung jedes bedeutenderen Namens entgegensetzte, entschied man sich endlich, dem Grafen Portalis, der inzwischen das auswärtige Ministerium zeitweilig neben dem Justizministerium versehen hatte, dasselbe ausschließlich zu übertragen und an seiner Statt den Unterstaatssecretair Bourdeau zum Siegelbewahrer zu ernennen. Durch diese Anordnung wurde in der Zusammensetzung des Cabinettes so wenig als möglich verändert, was König Karl X., nachdem er den Sturz desselben bei sich beschlossen, am wünschenswerthesten seyn mußte.

Eine auffallende Erscheinung war es, daß beinahe mit der Stunde, in welcher die Schwäche der Minister durch den Abfall der linken und die Feindseligkeit der rechten Seite in ihrer ganzen Blöße hervorgetreten war, die Wege vor ihnen sich zu ebenen begannen. Die Ultraroyalisten hatten von ihren Führern, welche in die geheimen Plane des Hofes eingeweiht waren, andere Weisungen erhalten. Die Gesetzentwürfe, welche noch der Berathung vorlagen, betrafen sämmtlich Geldforderungen, deren Gewährung für jedes folgende Ministerium eben so wichtig waren, wie für das augenblicklich im Besitze der Macht befindliche. Nichts war in der That natürlicher, als daß die Herren, die sich bereits als die Erben des ministeriellen Nachlasses ansahen, denselben auf keine Weise zu schmälern suchten. Der Vorschlag zur Aussetzung einer bedeutenden Summe für die weniger bemittelten Glieder der Pairskammer, die Verlängerung des Staatsmonopols für den Tabakshandel, die Zuschußforderungen zu den Ausgaben des vergangenen Jahres, so wie die Voranschläge der Ausgaben und Einnahmen für das nächste Jahr wurden daher ungeachtet aller Anstrengungen der entschiedeneren Liberalen zwar nicht ohne heftige Kämpfe,

aber doch ohne ernstliche Schwierigkeit bewilligt. Bei der Berathung über die Zuschüsse gab ein unerwarteter Zwischenfall der liberalen Partei noch einmal Gelegenheit, das Uebergewicht zu zeigen, welches sie bei festem Zusammenhalten in der Kammer besaß. Unter den Zuschüssen, die für das Justizministerium verlangt wurden, befand sich eine Summe von 179,000 Franken, die Herr von Peyronnet auf seine eigene Verantwortlichkeit zur besseren Ausstattung des ihm angewiesenen Hotels verwandt hatte. Diese Eigenmächtigkeit, die wahrscheinlich jedem andern Minister außer dem Siegelbewahrer der verhaßten Verwaltung Villèle's nachgesehen worden wäre, wurde in den bittersten Ausdrücken gerügt, und die verlangte Summe wurde zuletzt nur mit dem Zusatze bewilligt, daß man es sich vorbehalte, eine Entschädigungsklage gegen den früheren Siegelbewahrer anzustellen. Bei den Voranschlägen hatte die Commission der Kammer Ersparungen zu dem Belaufe von vier Millionen Franken beantragt, die der liberalen Partei aber bei weitem nicht genügten. Die Minister mußten Schritt vor Schritt jeden einzelnen Satz vertheidigen: besonders waren die leidenschaftlichsten Angriffe gegen die Verwaltung des Kriegswesens gerichtet, wo die kostspieligen Generalstäbe, die Unterhaltung eines Corps von 20,000 Mann geworbener Schweizertruppen, die Bevorzugung der sogenannten Haustruppen und der Garden allerdings hinreichenden Stoff zu Ausstellungen boten. Der Unmuth, in den das ungestüme Andrängen der Liberalen den Kriegsminister versetzte, entsprach so sehr den Gefühlen und Gesinnungen des Königs, daß dieser in einer vertraulichen Unterredung alle Zurückhaltung, die er sonst gegen die Minister beobachtete, vergaß und seine geheimsten Gedanken errathen ließ. »Wie haben Sie die Kammer gefunden?« fragte Karl X. eines Tages den General, der eben aus einer der stürmischesten Erörterungen kam. »Abscheulich!« antwortete General de Caux noch in vollem Unwillen. Darauf zog der König ihn bei Seite und sagte zu ihm: »Nun, endlich werden Sie mir doch zugeben, daß das so nicht bleiben darf! Kann ich mich auf die Armee verlassen?« Dabei faßte er ihn bei den Händen. General de Caux, der jetzt erst sah, daß er eine Unvorsichtigkeit begangen hatte, antwortete: »Sire, es kommt darauf an, wozu?« — »Unbedingt!« erwiderte der König. — »Wenn Ew. Majestät von der Armee irgend Etwas verlangen,« versetzte der General, »indem Sie ihr die Charte zeigen und im Namen der Charte handeln, so werden Sie unbedingten Gehorsam finden; aber außerhalb der Charte gewiß nicht. Ich habe eine Liste der Armee aufnehmen lassen;

ich spreche nicht von den Unterofficieren und Gemeinen; aber unter 20,000 Officieren giebt es nicht fünfhundert Adeliche und nicht tausend, die 600 Franken eigenen Einkommens haben. Damit läßt sich nicht auf die alte Weise regieren.« — »Die Charte! die Charte!« fuhr der König fort: »wer will sie verletzen? Sie ist allerdings sehr unvollkommen; mein Bruder hatte solche Eile, die Regierung anzutreten; aber ich werde sie achten. Nur hat die Armee nichts mit der Charte zu schaffen.«

So wie die Voranschläge in den beiden Kammern angenommen waren, wurde die Session geschlossen. Wenige Tage vorher war Fürst Polignac wieder in Paris angekommen, wie man vorgab, weil die Aerzte ihm einen Wechsel des Klima's gerathen, in der That, weil Karl X. ihn durch ein Handschreiben an seine Seite berufen hatte. Am 8. August, acht Tage nach dem Schlusse der Kammern, wurde dem Lande die Bildung eines neuen Ministeriums angezeigt, an dessen Spitze als Minister der auswärtigen Angelegenheiten der Fürst von Polignac stand. Beinahe in gleichem Maße, wie dieser eine Name, waren alle übrigen bezeichnend. Der leidenschaftliche Ultraroyalist de la Bourdonnaye, der bisher der heftigste Gegner aller Ministerien in der Abgeordnetenkammer gewesen war, weil ihm keines derselben in der Durchführung royalistischer Grundsätze weit genug ging, erhielt die Verwaltung des Innern; General Bourmont, der verhaßteste Name in Frankreich, weil die Eitelkeit der Nation seinem Verrathe die Niederlage von Belle Alliance zuschrieb, wurde zum Kriegsminister ernannt; zum Siegelbewahrer der Generalprocurator Courvoisier, der sonst unbekannt, durch die Flucht eines seiner beiden Söhne, die er zu den Jesuiten nach Freiburg geschickt, einen traurigen Ruf erlangt hatte; zum Finanzminister Graf Chabrol de Crousol, der unter Villèle das Seewesen verwaltet hatte; zum Minister der geistlichen Angelegenheiten und des öffentlichen Unterrichtes der Baron von Montbel, der eifrigste Vertheidiger der Villèle'schen Verwaltung in der Abgeordnetenkammer. Das besondere Ministerium des Handels wurde aufgehoben und, wie früher, wieder mit dem Ministerium des Innern vereinigt. Einigen Glanz und einige öffentliche Achtung konnte dem auf diese Weise zusammengesetzten Cabinette nur der Name des neuen Marineministers leihen, da die Verwaltung des Seewesens dem Sieger von Navarino, Admiral de Rigny, übertragen wurde. Der scharfsichtige Seeheld war aber selbst durch die Androhung der königlichen Ungnade nicht zur Uebernahme der ihm zugedachten Stelle zu vermögen; man sah sich genöthigt, ihn

in Ermangelung eines andern Seemannes, der eine allgemeine Bildung besessen hätte, durch den Präfecten des Departements der Gironde, Baron d'Haussez, zu ersetzen: einen gemäßigten, aber unentschiedenen Charakter, der durch seine Bekanntschaft mit den Interessen der Schifffahrt empfohlen war. Den Gedanken, der Karl X. beherrschte, als er sich entschloß, die Geschicke Frankreichs und die Geschicke seines Königshauses in solche Hände zu legen, sprach er aus, indem er dem Grafen Portalis den Auftrag ertheilte, seinen Collegen ihre Entlassung anzukündigen. »Das Ministerium,« sagte er, »war außer Stande, irgend etwas Gutes zu bewirken; es hat sich zu unermeßlichen Zugeständnissen verleiten lassen, ohne daß es die Parteien zufriedenzustellen vermocht hätte.« Da die Zugeständnisse, welche das Ministerium Martignac der Volksmeinung machte, ihren Zweck verfehlt hatten, sollte es jetzt mit dem Widerstande und nöthigenfalls mit der Gewalt versucht werden.

Ein Schrei des Unwillens, des Zornes, des Schmerzes, der durch ganz Frankreich ging, war die Antwort, welche die Nation auf die königliche Willenserklärung ertheilte, die für sie in den neuen Ministerernennungen lag. Die liberalen Blätter, die während der Verwaltung des Herrn von Martignac beinahe alle Farbe verloren hatten, weil es schwer war, die Maßregeln derselben zu tadeln, ohne in eine Uebertreibung zu fallen, die dem gesunden Sinne der Mehrheit widerstrebte, gewannen mit einem Male eine Kraft des Ausdruckes, die sie zu keiner früheren Periode gehabt hatten. Selbst der Sturm gegen Villèle ließ sich mit dem tobenden Orkan nicht vergleichen, der sich gegen das Ministerium Polignac erhob. »Eine Partei,« sagte der gemäßigte liberale Constitutionel, »die in den letzten Wahlen besiegt wurde, die gegen sich die ungeheure Mehrheit der Nation hat, die, Meinungen eines andern Jahrhunderts vertretend und der Willkürherrschaft huldigend, in den parlementarischen Verhandlungen nicht das geringste Talent zeigte, diese Partei ist zu der Gewalt gelangt. Sie wird von der Waffe der Gewalt Gebrauch machen, die schützend ist, wenn sie der Mäßigung und der Weisheit vertraut bleibt, gefährlich aber selbst denen, die sie führen, sobald die Inhaber von Leidenschaften verblendet und vom Parteigeiste hingerissen sind; der erste Augenblick war Staunen und Bestürzung, der zweite Vertrauen auf das Recht und die Kraft im Entschlusse. Man nahm die Ruhe Frankreichs für Erschlaffung: man täuschte sich: die Ruhe der Völker ist ein Beweis ihrer Stärke; aller Zwist hört auf, wenn die Freiheit bedroht und die

Ordnung gefährdet wird. Da wir einmal dazu bestimmt waren, ein Ministerium der äußersten Rechten zu erhalten, so ist es besser, daß dies früher, als daß es später geschieht. Man muß sie einmal an der Arbeit sehen, diese Menschen. So viel ist gewiß, daß Niemand sie fürchtet.« Kräftiger drückte denselben Gedanken der Courrier français aus: »Vielleicht müssen wir uns zu diesem Entschlusse Glück wünschen,« meinte das an eine derbere Sprache gewöhnte Blatt. »Es war beklagenswerth, daß ein Land, wie Frankreich, ohne Unterlaß durch schwache Minister nach dem Belieben höfischer Ränke hin und wieder geworfen werden sollte. Die öffentliche Meinung und sogar auch die Wahlkammer waren durch dieses beständige Hinhalten mit Hoffnungen und furchtsamen Rücksichten entnervt. Jetzt ist es unsere Pflicht, ein Ministerium niederzuschmettern, welches ein Gegenstand der Unruhe für das Land ist.« In gleichem Sinne äußerte sich das Journal du Commerce, welches sich sonst hauptsächlich nur mit Handelsangelegenheiten beschäftigte: »Frankreich weiß, daß es von der neuen Verwaltung nur eine düstere Zukunft zu erwarten hat. Die Menschen, denen die Gewalt in die Hände geliefert ist, tragen Namen, die auf eine traurige Weise berüchtigt sind, und deren bloßes Verzeichniß ein Manifest gegen unsere innere Freiheit und gegen unsere volksthümliche Unabhängigkeit ist. Aber die schönen Tage des Jahres 1815 sind vorüber. Die Nation hat ihr Daseyn und ihre Kraft kennen gelernt, und wer sie für nichts zählen wollte, würde sich in seiner Rechnung täuschen.« Tieferen Eindruck, weil sie aus einer tiefer gefühlten Ueberzeugung hervorging, als alles Lärmen der liberalen Journale, machte die Sprache eines royalistischen, aber zugleich constitutionell gesinnten Blattes, des Journal des Débats. »So ist es also noch einmal zerrissen,« sagte dieses, »das Band der Liebe und des Vertrauens, welches das Volk an den Monarchen knüpfte! Siehe da noch einmal den Hof mit seinem alten Groll, die Auswanderung mit ihren Vorurtheilen, das Priesterthum mit seinem Freiheitshasse, wie sie vereint sich auf Frankreich und seinen König werfen! Was das Land errang durch vierzig Jahre voll Mühen und Leiden, entreißt man ihm; was es zurückstößt mit aller Macht seines Willens, mit aller Kraft seiner Wünsche, drängt man ihm gewaltsam auf. Welche treulose Rathschläge konnten so sehr die Weisheit Karl's X. irre leiten und ihn in dieser Zeit, wo die Ruhe um ihn die erste Bedingung des Glücks ist, in eine neue Bahn der Zwietracht stürzen? Und warum? Was haben wir gethan, daß sich unser König auf diese Weise von uns trennt?

War das Volk je den Gesetzen gehorsamer? Wo hat das königliche Ansehen je den geringsten Angriff erlitten, wo hat die Gerechtigkeit irgend ein Hinderniß ihres Einschreitens gefunden? Ist die Religion nicht stets von unserer Ehrerbietung umgeben? Vor einem Jahre, zu dieser selben Zeit, besuchte Karl X. seine östlichen Provinzen; wir rufen sein Gedächtniß an: mit welchen Beweisen der Liebe und des Dankes wurde er empfangen! Das rührende Bild eines von seinen Kindern umgebenen Vaters wurde damals zur glücklichen Wirklichkeit: heute würde er noch überall getreue Unterthanen, aber von unverdientem Mißtrauen schmerzlich ergriffene Herzen finden. Was hauptsächlich den Ruhm dieser Regierung ausmachte, was um den Thron die Herzen aller Franzosen vereinigte, war die Mäßigung in der Ausübung der Gewalt. Die Mäßigung! Heute ist diese unmöglich. Die Männer, welche jetzt die Verwaltung leiten, wollten sie auch gemäßigt seyn, sie könnten es nicht. Der Haß, den ihr Name in allen Gemüthern weckt, ist zu tief, um nicht zurückgegeben zu werden. Gefürchtet von Frankreich, werden sie Frankreich furchtbar werden. Vielleicht in den ersten Tagen werden sie die Worte Charte und Freiheit stammeln wollen: ihre Ungeschicktheit in dem Aussprechen dieser Worte wird sie verrathen; man wird darin nur die Sprache der Furcht und der Heuchelei erblicken. Welche Freiheit, großer Gott, die Freiheit nach ihrer Weise! Welche Gleichheit, die uns von ihnen käme! Was werden sie aber beginnen? Werden sie eine Stütze in der Gewalt der Bayonnette suchen? Die Bayonnette haben Einsicht, sie kennen und achten das Gesetz. Werden sie, da sie unfähig sind, nur drei Wochen mit der Preßfreiheit zu regieren, diese zurückziehen wollen? Sie könnten es nicht, ohne das von den drei Gewalten angenommene Gesetz anzutasten, d. h. ohne sich außerhalb dem Gesetze des Landes zu stellen. Werden sie diese Charte zerreißen, die Ludwig XVIII. die Unsterblichkeit und seinem Nachfolger die Macht verleiht? Sie mögen sich wohl bedenken! Die Charte hat jetzt eine Festigkeit, an der alle Bemühungen des Despotismus scheitern würden. Dem Gesetze zahlt das Volk eine Milliarde, den Verfügungen eines Ministers würde es keine zwei Millionen zahlen. Mit den ungesetzlichen Steuern würde ein Hampden erstehen, um sie zu brechen: Hampden! Ist es noch nöthig, diesen Namen der inneren Unruhen und des Bürgerkrieges zurückzurufen? Unglückliches Frankreich! Unglücklicher König!«

In Zeiten, die mit großen Umwälzungen schwanger sind, werden nicht selten Geister, die in den gewöhnlichen Verhältnissen des

Lebens nichts weniger als außerordentliche Fähigkeiten verrathen, mit einer Art Ahnungsvermögen begabt, welches ihnen einen Blick in die verborgensten Geheimnisse der Zukunft eröffnet. Der Verfasser des Aufsatzes im Journal des Débats war ein Schriftsteller Namens Bequet, der, früher kaum genannt, auch später in das Dunkel zurückgekehrt ist, aus dem er einen einzigen flüchtigen Augenblick heraustrat. Unter allen den bedeutenden politischen Köpfen, die Frankreich in jener Periode zählte, hatte keiner die Lage der Dinge richtiger beurtheilt, die Ereignisse, die aus ihr hervorgehen mußten, sicherer vorhergesehen, als dieser arme dunkle Bequet, den die Behörde nicht einmal der Ehre einer gerichtlichen Verfolgung würdig hielt, die sie dagegen, freilich vergeblich, dem Herausgeber des Blattes zu Theil werden ließ.

Das neue Ministerium versuchte es, die Besorgnisse, welche die bloße Kunde von seiner Ernennung hervorgerufen, durch die That zu widerlegen. Man suchte zuvörderst die Verbindungen, die das verabschiedete Cabinett mit den freisinnigen oder constitutionellen Royalisten unterhalten hatte, wieder anzuknüpfen. Aber schon der geringe Erfolg, den diese Bemühungen hatten, hätte die Minister belehren können, wie wenig sie darauf rechnen durften, sich auf friedlichem Wege in dem Besitze der Gewalt zu behaupten. Alle Eröffnungen, die sie den durch Herrn von Martignac gewonnenen höheren Beamten dieser politischen Richtung machten, wurden mit unbeugsamer Festigkeit zurückgewiesen. Zuerst nahm Debelleyme seine Entlassung, der durch seine persönliche Milde, Geradheit und Redlichkeit bei den Bewohnern der Hauptstadt die Härte der früheren Polizeiverwaltung in Vergessenheit gebracht hatte; er wurde durch den Rath am Cassationshofe Mangin ersetzt, der durch sein fanatisches Auftreten als Generalprocurator zu Poitiers in dem Processe des Generals Berton sich den Ruf eines wüthenden Ultraroyalisten erworben. Dem Beispiele Debelleyme's folgten die Herren Agier, Cambon, Bertin de Veaux, Villemain, Alexander de la Borde, Salvandy u. a. gleich achtungswerthe Männer, welche die gemäßigten Meinungen der Mitte in der Abgeordnetenkammer vertraten. Auch Châteaubriand, der die Stelle eines Gesandten zu Rom bekleidete, forderte seinen Abschied. De la Bourdonnaye erließ unmittelbar nach seiner Uebernahme der Verwaltung des Innern ein Rundschreiben an alle Präfecten, worin er diesen erklärte, daß es der feste Wille der Regierung sey, die Ausschweifungen der Zügellosigkeit zu erdrücken, zugleich aber die öffentlichen Freiheiten

aufrecht zu halten; daß die Regierung keineswegs die Absicht hege, Rückschritte zu thun oder amtliche Stellungen, die einmal erworben wären, zu stören, daß sie vielmehr einen Jeden annehmen wolle, der sich ihr anschließen und sie in der strengen Beobachtung der constitutionellen Charte unterstützen werde, daß sie aber auch hoffe, diejenigen, die von dieser unabänderlichen Linie abwichen, würden wenigstens den Muth haben, ihr Unrecht offen zu bekennen. Diese Versicherungen aus dem Munde eines Mannes, der während seiner ganzen parlementarischen Laufbahn stets auf die gewaltsamsten Maßregeln gedrungen hatte, wurden nur als ein übermüthiger Hohn aufgenommen und steigerten die allgemeine Erbitterung, statt sie zu versöhnen. Unglücklicher Weise widersprachen den friedlichen Zusicherungen der Minister die Aeußerungen ihrer Anhänger, die in Journalaufsätzen und Flugschriften die Ansicht verfochten, daß der König durch die Verfassung nicht gebunden sey, sondern, so wie diese ein Ausfluß der königlichen Gewalt gewesen wäre, auch das Recht habe, sie erforderlichen Falles nach den Bedürfnissen des Königthumes und der Ordnung umzugestalten. Daß das Ministerium in der Abgeordnetenkammer die zur Leitung der öffentlichen Angelegenheiten erforderliche Mehrheit finden sollte, konnte Niemand für möglich halten, der mit dem Geiste dieser Versammlung einigermaßen bekannt war. Es lag daher nahe, daß man voraussetzte: die Minister würden, sobald sie sich überzeugt hätten, daß sie mit der Kammer nicht zu regieren vermöchten, sich über dieselbe hinwegsetzen und den Versuch machen, ohne die Kammer zu regieren. Sofern sie sich zu diesem Wagestücke entschlossen, mußten sie aber auch Steuern erheben, die von der Kammer nicht bewilligt waren; und da dieser nach der Verfassung das Recht der Steuerbewilligung zustand, so waren alle Auflagen, die ohne ihre Bewilligung ausgeschrieben wurden, gesetzwidrige, die Niemand zu zahlen auf gesetzlichem Wege angehalten werden konnte. Das einfachste Mittel, die willkürliche Gewalt der Minister zu brechen, war daher, wenn ganz Frankreich sich weigerte, die nicht auf verfassungsmäßige Weise verwilligten Steuern zu entrichten. Dieser Gedanke, der zuerst von dem Journal des Débats hingeworfen war, wurde sogleich von den liberalen Blättern aufgenommen und nach allen Seiten erörtert. Der Same fiel auf einen fruchtbaren Boden. Zuerst trat in der kleinen Stadt Pontivy in der alten Bretagne, deren Bewohner von je her durch ihren Starrsinn bekannt waren, ein Verein zusammen, dessen Mitglieder sich gegenseitig verpflichteten, aus ge-

meinschaftlichen Mitteln die Kosten der Pfändungen aufzubringen, denen man sich durch die Verweigerung gesetzwidriger Abgaben aussetzen würde. Bald breitete der Verein sich über sämmtliche Departements aus, in welche die Bretagne seit der Revolution getheilt war, und gewann eine feste Gestalt, ohne daß die Gerichte dagegen einschritten. »Der gewaltsame Widerstand,« hieß es in einem Actenstücke, worin die Vereinsglieder ihre Grundsätze aussprachen, »wäre ein furchtbares Unglück: er wäre aber auch zwecklos, da die Gesetze einen gesetzlichen Widerstand gestatten.« Es bedurfte nur eines solchen Vorangehens, um die ganze Masse der liberalen Bevölkerungen in Frankreich zur Nacheiferung aufzufordern; überall entstanden ähnliche Vereine. Jener zu Paris hatte die Abgeordneten des Seinedepartements und die vermögendsten Grundeigenthümer an seiner Spitze.

Ein nicht weniger bedeutungsvolles Zeichen der öffentlichen Stimmung war die Aufnahme, die Lafayette auf einer Reise fand, welche er nach dem Departement der Isère, im ehemaligen Herzogthume Burgund, unternahm. Der greise Republikaner hatte in der Abgeordnetenkammer nur selten gesprochen: aber nie während seines langen wechselvollen Lebens hatte er die Grundsätze verleugnet, zu denen er sich bei dem Ausbruche der Revolution im Jahre 1789 bekannte, und obwohl er weder durch ungewöhnliche Gaben des Geistes, noch durch eine beherrschende Willenskraft sich auszeichnete, so war doch diese Gesinnungstreue in einer Zeit, die so manche schmachvolle Beispiele des Abfalls gesehen hatte, hinreichend, ihn der Volksmeinung als den Bannerträger verfassungsmäßiger Freiheit darzustellen. Zu Vizille, in der kleinen Stadt, in der vor der Revolution die Stände des Herzogthumes Burgund sich versammelten, die damals unter den ersten die Forderung einer allgemeinen Volksvertretung erhoben, begrüßte ihn der Maire im Namen der Einwohnerschaft und überreichte ihm einen silbernen Eichenkranz, der in Folge einer freiwilligen Unterzeichnung dem Helden zweier Welten gewidmet war. In der Nacht glühten alle Höhen der Umgegend von dem Widerscheine der Freudenfeuer, durch welche die Gemeinden die Durchreise des »Befreiers« feierten. Zu Lyon wurde er durch 300 berittene junge Männer aus den ersten Familien eingeholt: die ganze Bevölkerung bedeckte die Straßen, durch welche der Zug ging, und der tausendstimmige Ruf: »Es lebe Lafayette!« wollte kein Ende nehmen. Einer Abordnung, die ihn an den Thoren bewillkommnete, antwortete er: »Ich befinde mich in einem Augenblicke in Ihrer Mitte, den ich einen bedenklichen nennen würde,

wenn ich nicht überall auf meiner Reise, so wie jetzt in dieser mächtigen Stadt, jene ruhige und selbst verachtende Festigkeit eines großen Volkes gesehen hätte, welches seine Rechte kennt, seine Kraft fühlt und seinen Pflichten treu seyn wird. Unter solchen Umständen freut es mich, Ihnen die Versicherung ertheilen zu können, daß Sie nie einen vergeblichen Ruf an meine Hingebung richten werden.«

Niemand in ganz Frankreich war über den inhaltschweren Sinn dieser Auftritte in Zweifel; nur der Hof und die Minister gaben sich einem Gefühle der Sicherheit hin, welches seinen Grund theils in der Unkenntniß der eigenen Schwäche, theils in einer aus gleicher Unkenntniß herrührenden Verachtung der öffentlichen Meinung hatte. Weil es auf den Straßen keinen Tumult gab und weil alle Geschäfte des bürgerlichen Lebens ihren gewöhnlichen Fortgang hatten, glaubte man, das Land sey ruhig; das Geschrei in den Journalen, die Drohung der Steuerverweigerung im Norden, die Vergötterung Lafayette's im Süden rühre nur von einigen überspannten Köpfen her, die sich von selbst zum Ziele legen würden, sobald sie sähen, daß ihre Thorheiten keine Beachtung fänden. Weil die Führer des Heeres und die Häupter der Verwaltung in den Provinzen es an Betheuerungen ihrer eigenen unbedingten Ergebenheit nicht fehlen ließen und dabei zugleich die Bürgschaft für die dienstwillige Pflichtreue aller ihrer Untergebenen übernahmen, glaubte man die Zügel der Gewalt in fester Hand zu halten und hinreichende Kraft zu besitzen, um jeden ernstlichen Versuch der Widersetzlichkeit durch ein Zucken mit den Brauen niederzuschlagen. Während der Boden ihnen bereits unter den Füßen zitterte, beschäftigten die Minister sich mit Einzelheiten der Verwaltung, in denen sie manche lobenswerthe kleine Verbesserung anbrachten, und von der sie voraussetzten, daß sie ihnen den Dank des Landes verdienen würde, während dieselbe in der allgemeinen Aufregung der Gemüther kaum bemerkt wurde. Der Minister des Innern de la Bourdonnaye beurtheilte die Lage, wenn auch nicht unbefangener, doch nicht mit gleich kurzsichtiger Beschränktheit; er drang auf durchgreifende Maßregeln *), von denen aber seine Collegen nichts wissen

*) Capefigue (Histoire de la Restauration par un homme d'état, T. X. p. 232) leugnet dies, wie er überhaupt de la Bourdonnaye ungerecht beurtheilt. Man darf nur die Liste der Ernennungen durchgehen, die de la Bourdonnaye während der kurzen Zeit seiner Verwaltung vornahm, um über seinen Vorsatz kräftigen Durchgreifens keinen Zweifel zu hegen. Die Auswahl solcher Personen war an und für sich schon bezeichnend genug.

wollten, weil sie immer noch hofften, daß es ihnen gelingen werde, die gute Meinung des Landes zu gewinnen, sobald erst die Vortrefflichkeit ihrer Absichten besser bekannt würde. Fürst Polignac war gutmüthig genug, da er sich den allgemeinen Haß der Nation unmöglich ganz verbergen konnte, diesen auf Rechnung der Uebertreibungen des stürmischen de la Bourdonnaye zu setzen. Der stolze Mann, der wie überhaupt keine fremde Ueberlegenheit, so auch die äußerliche des Ranges nicht anzuerkennen vermochte, war dem Fürsten, welcher auf den ihm vom Papste verliehenen Titel einen nicht geringen Werth legte, schon deshalb lästig; und da Fürst Polignac sich ohne Zweifel die Fähigkeit zutraute, auf gleiche Weise die innern, wie die auswärtigen Angelegenheiten Frankreichs nach seinem Plane zu ordnen, so kann man mit gutem Grunde annehmen, daß er keinen herzlicheren Wunsch hegte, als von dem unbequemen Mitbewerber um den Vorrang befreit zu seyn. Es bedurfte keiner großen Anstrengungen, um diesen Wunsch zu erfüllen. In dem Ministerrathe wurde der Vorschlag gemacht, man möge, um den Berathschlagungen mehr Einheit zu geben, dem Fürsten Polignac den Vorsitz einräumen. De la Bourdonnaye, in seinem Innersten verletzt, erklärte, daß er in diesem Falle sogleich seine Entlassung einreichen werde. Diese Drohung verfehlte ihren Zweck; der Vorschlag wurde angenommen; und der Moniteur verkündete bald darauf, daß Fürst Polignac zum Präsidenten des Ministerrathes ernannt, der Graf de la Bourdonnaye seine Entlassung erbeten und im Ministerium des Innern durch den Baron von Montbel ersetzt worden sey, der seinerseits im Ministerium des Cultus den Herrn Guernon de Ranville, bisherigen Generalprocurator bei dem königlichen Gerichtshofe zu Lyon, zum Nachfolger erhalten habe. Durch diesen Personenwechsel wurde das Ministerium in keiner Beziehung verstärkt; denn wenn Herr von Montbel weniger hochmüthig und weniger heftig war, als de la Bourdonnaye, so kam er diesem dafür auch weder an Kraft des Charakters noch an politischer Befähigung gleich, und der ganze Ruf des neuen Cultusministers gründete sich nur auf einige ultraroyalistische Reden, die er vor Gericht gehalten und die der Nation zum Beweise dienten, daß die Verwaltung durch seinen Eintritt ihre Farbe nicht verändert hatte.

Die Eröffnung der Kammern war so lange hinausgeschoben worden, als möglich. Man gab bis zum letzten Augenblicke die Hoffnung nicht auf, daß die einflußreicheren Mitglieder der gemäßigten Parteien in der Kammer der Pairs, wie in jener der Abgeordneten,

sich von ihrem Vorurtheile gegen die Personen, aus denen das Ministerium zusammengesetzt war, zurückbringen lassen würden. Man wandte sich deshalb an Männer der verschiedensten politischen Richtung, und Fürst Polignac ließ sich sogar herab, Versprechungen zu machen, die, wenn sie von jedem andern Staatsmanne ausgegangen wären, den günstigsten Eindruck hervorgebracht hätten. Das Wahlgesetz Villèle's mit seiner siebenjährigen Dauer der Vollmachten und mit seinem doppelten Stimmrechte, welches die Liberalen oft genug für eine Verletzung der Charte erklärt hatten, sollte aufgegeben und die Verfassung in allen ihren Bestimmungen auf das Treueste vollzogen werden. Allen diesen Verheißungen wurde ein unbesiegbares Mißtrauen entgegengesetzt. Der Siegelbewahrer Courvoisier, der den reichen liberalen Fabrikbesitzer und Abgeordneten Ternaux besuchte, sagte diesem, als derselbe sein Erstaunen nicht verbergen konnte: »die Regierung hat die Beistimmung aller Gutgesinnten nöthig; sie will bloß in der Bahn der Charte gehen.« Ternaux antwortete mit ächt bürgerlicher Derbheit: »Was wollen denn aber Sie dann im Ministerium? Warum haben die Minister denn die frühere Verwaltung geändert?« Man fürchtete sich, selbst die Geschenke der Minister anzunehmen, weil man voraussetzte, daß mit denselben irgend ein geheimer Vorbehalt verbunden wäre, durch den man gefangen würde, ehe man sich dessen versähe. Es würde unbegreiflich erscheinen, wie die Minister ungeachtet der Warnungen, die sie von allen Seiten erhielten, in ihrer verhängnißvollen Sicherheit beharren konnten, wenn die Erklärung nicht durch den Charakter des Fürsten Polignac geboten würde, der bei sehr beschränkten geistigen Fähigkeiten eine unbegrenzte Meinung von seiner staatsmännischen Einsicht hatte, und mit dieser Meinung jene unbeugsame Hartnäckigkeit verband, welche mittelmäßige Köpfe gewöhnlich für Kraft des Willens und Festigkeit des Entschlusses nehmen. Nicht viel weiter als der Blick des Fürsten reichte das Urtheil seiner Collegen, die sich, als sie die Ueberzeugung gewannen, daß sie auf eine Mehrheit in der Abgeordnetenkammer nicht rechnen durften, damit trösteten, daß auch das Ministerium Martignac keine feste Mehrheit gehabt habe, ohne zu bedenken, wie sehr die Umstände seitdem sich geändert hatten, und wie durchaus verschieden ihre eigene Stellung der Kammer wie dem Lande gegenüber von jener des Ministeriums Martignac war. Das, was die Minister als den größten Fehler Martignac's ansahen, war, daß er der liberalen Partei einen Angriffspunkt dargeboten hatte, indem er Gesetzentwürfe vorbrachte, welche die Rechte

der Krone schmälerten und doch die Ansprüche der Liberalen nicht befriedigten. Dieser Mißgriff war aber leicht zu vermeiden, da man die Kammer nur durch Maßregeln beschäftigen durfte, welche ohne alle politische Bedeutung waren. Außerdem hatte man den Plan, die Aufmerksamkeit von den inneren Angelegenheiten des Landes durch eine große kriegerische Unternehmung abzulenken, von der man sich eine ähnliche Wirkung auf die öffentliche Meinung versprach, wie seiner Zeit von dem spanischen Feldzuge und später von der Expedition nach Morea. Der Zwist mit dem Dey von Algier, den die früheren Ministerien durch friedliche Unterhandlungen zu beendigen gesucht hatten, sollte jetzt dazu benutzt werden, den französischen Waffen neuen Glanz zu leihen; der Zug nach Algier, durch den man eine dem französischen Consul in Folge seines übermüthigen Benehmens widerfahrene Beschimpfung zu rächen beabsichtigte, sollte ein Seitenstück zu dem berühmten Heereszuge Bonaparte's nach Aegypten bilden; und man rechnete mit Gewißheit darauf, daß wie damals, so auch jetzt, ganz Frankreich in freudigem Stolze die Augen nach dem fernen afrikanischen Gestade richten und sich durch den kriegerischen Ruhm hinreichend für alle Beschränkungen der Freiheit entschädigt achten würde.

Am 4. März 1830 wurden die Kammern mit den herkömmlichen Feierlichkeiten eröffnet. Die Abgeordneten und die Pairs von Frankreich waren in dem großen Saale des Louvre zu den Füßen des Thrones versammelt, auf den König Karl X., umgeben von den Prinzen seines Hauses und von den Großwürdenträgern seines Reiches, sich niederließ. Die Thronrede, welche der König mit fester Stimme verlas, verkündete dem Lande, daß Friede und Freundschaft unter allen Mächten Europa's bestehe. Der Krieg im Oriente sey beendigt, und die Unabhängigkeit Griechenlands durch die Wahl eines selbstständigen zur Regierung berufenen Fürsten gesichert. Die Beleidigung, die der französischen Flagge durch einen Barbareskenstaat widerfahren sey, werde nicht länger ungestraft bleiben; die glänzende Genugthuung, welche die französischen Waffen erzwingen würden, solle zugleich die Ehre Frankreichs befriedigen und zum Besten der Christenheit gereichen. Indem der König hierauf zu der innern Lage des Landes überging, sprach er seine Zufriedenheit darüber aus, daß die Staatseinkünfte die Abschätzungen der Voranschläge überstiegen hätten. Daraus ergebe sich die Möglichkeit, die öffentlichen Lasten zu erleichtern. Es solle ein Gesetz über die Tilgung der Staatsschulden vorgelegt werden, welches auf gleiche Weise die Interessen der

Steuerpflichtigen und jene der Gläubiger des Schatzes berücksichtigen werde. »Das erste Bedürfniß meines Herzens,« sagte König Karl X. zum Schlusse, »ist, Frankreich glücklich und geachtet zu sehen, zu sehen, wie es alle Reichthümer seines Bodens und seines Fleißes entwickelt und wie es in Frieden der Staatseinrichtungen sich erfreuet, deren Wohlthat ich fest entschlossen bin, für die Dauer zu sichern. Die Charte hat die öffentlichen Freiheiten unter den Schutz der Rechte meiner Krone gestellt; diese sind geheiligt; es ist meine Pflicht gegen mein Volk, sie meinen Nachfolgern unverletzt zu überliefern. Pairs von Frankreich, Abgeordnete der Departements, ich setze keinen Zweifel darein, daß Sie mich unterstützen werden, das Gute zu bewirken, was ich thun will. Sie werden mit Verachtung die treulosen Verdächtigungen zurückweisen, welche die Böswilligkeit zu verbreiten sucht. Wenn strafbare Umtriebe meiner Regierung Hindernisse entgegensetzen sollten, die ich nicht vorhersehen kann, nicht vorhersehen will, so werde ich die Kraft, sie zu übersteigen, in meinem Entschlusse finden, die öffentliche Ruhe aufrecht zu halten, in dem gerechten Vertrauen der Franzosen und in der Liebe, die sie immer gegen ihren König gezeigt haben.«

Der erste Schritt, den die Abgeordnetenkammer zu thun hatte, war die Wahl der Candidaten zu der Präsidentschaft. Royer Collard stand wieder an der Spitze der Liste, auf welcher sich kein einziger Ultraroyalist befand. Der König ernannte Royer Collard. In die Commission, die mit der Abfassung des Entwurfes der Adresse beauftragt war, wurden beinahe ausschließlich entschiedene Liberale gewählt. Der Entwurf, welcher der Kammer zur Annahme vorgelegt wurde, beantwortete den Eingang der Thronrede, der sich über die günstige äußere wie innere Lage Frankreichs verbreitete, in angemessenen Ausdrücken der Zustimmung und des Dankes; um so ernster, wenn auch keineswegs die dem Monarchen schuldige Ehrfurcht verletzend, war dagegen die Sprache, in der die drohenden Schlußworte der königlichen Rede ihre Erwiderung fanden. »Fünfzehn Friedensjahre,« sagte die Adresse, »die das französische Volk Ihrem erlauchten Bruder und Ihnen verdankt, haben in seinem Herzen, durch die Freiheit der Erörterungen und durch die Theilnahme der Abgeordneten an der Regierung, den Dank tief eingewurzelt, den es an Ihre erhabene Dynastie knüpft. Am meisten in Bezug auf die öffentliche Macht gilt in seinen Augen das Alterthum des Besitzes als der heiligste aller Rechtsansprüche. Seine Ueberzeugung ist demnach mit seiner Pflicht

im Einklange, und es betrachtet die Rechte Ihrer Krone, die mit unserer Einwilligung niemals angetastet werden sollen, als eine nothwendige Bedingung der Erhaltung seiner eigenen Rechte und als die erste Bürgschaft seiner Freiheiten. Es weiß, daß die Jahrhunderte zu seinem Glücke Ihren Thron auf eine für die Stürme unzugängliche Höhe gestellt haben. Inzwischen stört mitten unter diesen Gefühlen eine lebhafte Sorge die Sicherheit, deren Frankreich zu genießen anfing, trübt die Quellen seiner Wohlfahrt und könnte, wenn sie länger dauern sollte, für seine Ruhe verderblich werden. Unser Gewissen, unsere Ehre, die Treue, die wir Ihnen geschworen haben und immer bewahren werden, legen uns die Pflicht auf, Ihnen die Ursache zu enthüllen. Die Charte, die wir der Weisheit Ihres erlauchten Vorgängers verdanken, und deren Aufrechthaltung Sie beschworen haben, setzt die Dazwischenkunft des Volkes bei der Erörterung der öffentlichen Angelegenheiten fest. Diese Dazwischenkunft ist mit genau gezogenen Schranken umgeben, deren Ueberschreitung wir niemals dulden werden; aber sie ist bestimmt in ihrem Ergebnisse; sie macht das beständige Zusammenwirken der politischen Ansichten Ihrer Regierung mit den Wünschen Ihres Volkes zur unerlaßlichen Bedingung für den regelmäßigen Gang der Staasgeschäfte. Unsere Pflichttreue, Sire, unsere Ergebenheit verurtheilt uns dazu, Ihnen zu sagen, daß dieses Zusammenwirken nicht vorhanden ist. Ein ungerechtes Mißtrauen in die Gefühle und Gesinnungen Frankreichs ist der herrschende Gedanke der gegenwärtigen Verwaltung; Ihr Volk ist darüber bekümmert, weil dieser Gedanke für dasselbe beleidigend, weil er für seine Freiheiten bedrohlich ist. Dieses Mißtrauen kann sich Ihrem edeln Herzen nicht nähern. Nein, Sire, Frankreich will so wenig die Auflösung der Ordnung, als Sie die Willkürherrschaft wollen; es verdient, daß Sie seiner Hingebung vertrauen, wie es Ihren Versprechungen vertraut. Zwischen denen, die eine so ruhige, so treue Nation mißkennen, und uns, die wir mit inniger Ueberzeugung in Ihrem Busen die Schmerzen eines ganzen Volkes niederlegen, möge die Weisheit Ew. Majestät entscheiden! Ihre königlichen Vorrechte geben Ihnen die Mittel, zwischen den Staatsgewalten jenen verfassungsmäßigen Einklang herzustellen, der die wesentlichste Bedingung für die Macht des Thrones und für die Größe Frankreichs ist.«

Kaum hatte der Präsident der Kammer dieses wichtige Actenstück verlesen, als der ultraroyalistische Abgeordnete de l'Epine auf die Rednerbühne stürzte. »Die Ueberschreitungen der Gewalt,« rief er

aus, sind die Züchtigungen der Völker; beginnen wir nicht jene Reihe unseliger Ereignisse von Neuem, die ähnliche Anmaßungen uns schon einmal zugezogen haben. Ich sehe in der Adresse, die Ihnen vorgeschlagen wird, einen Keim der Vernichtung für die öffentlichen Freiheiten; sie verletzt das Recht des Königs, seine Minister zu wählen; sie verletzt die Charte, nach welcher die Regierung des Landes dem Monarchen zusteht. Sie werden," redete er die Kammer an, "den schmachvollen Antheil der Mitschuld, den man Ihnen an den Unordnungen der Presse aufbürden will, abzulehnen wissen: Sie werden diese Session, um welche so viele frevelhafte Gedanken sich bewegen, nicht damit anfangen, daß Sie das Herz des Königs betrüben." Der besonnene Agier, dessen Ergebenheit gegen die Sache des Königthumes vielfach erprobt war, entgegnete dem leidenschaftlich aufgeregten Sprecher, daß nur die Unredlichkeit die gegenwärtige Zeit mit jener, die der Revolution voranging, vergleichen könne. "Frankreich," fuhr er fort, "ist im Hafen angelangt und will darin bleiben; aber es will das behalten, was es besitzt, ohne die Charte von den Königen zu trennen, die sie gegeben haben. Es erkennt als Feinde der Monarchie nur die Männer, die durch Willkür herrschen möchten. Wir verbergen uns nicht die Schwächung der Gewalt, die wir vor Augen haben. Aber liegt die Ursache nicht in der schlechten Wahl ihrer Betrauten, in der plötzlichen Erhebung verdienstloser Günstlinge? Die Gesetze sind ohne Kraft, weil sie nicht vollzogen werden. Die Journale, die als ministerielle bekannt sind, verspotten, schmähen, verleumden täglich das Land, und das Ministerium bleibt ruhig dabei. Sie verlangen die Aufhebung der Charte, den Umsturz der bestehenden Ordnung, und das Ministerium regt sich nicht. Sie wollen," schloß der Redner gegen seine früheren Meinungsgenossen auf der rechten Seite gerichtet, "die Vollziehung der Charte zum Besten Aller, aber nicht eines einzelnen Standes? Dieser einzelne Stand, den Sie verachten, ist wichtiger, als sie glauben: er besteht aus 32 Millionen Franzosen mit Ausnahme eines kleinen Bruchtheiles. Sollen die 32 Millionen sich vor dem kleinen Bruchtheile, oder soll dieser sich vor den 32 Millionen beugen?" — "In dieser Versammlung," bemerkte Herr von Conny, der nach Agier das Wort nahm, "darf Alles gesagt werden. Verwerfen wir jene Heuchelei, die eine Beleidigung unseres Volkscharakters ist! Wenn ich die Charte für etwas der Dynastie und dem Lande Gefährliches hielte, so würde keine Macht der Erde mich hindern, dies zu sagen. Zwei Lehren theilen

die Welt: die eine erkennt die Rechtmäßigkeit der Throne, die andere die Volksgewalt als obersten Grundsatz an. Die französische Monarchie beruht auf dem ersten Grundsatze; den Grundsatz der Volksherrschaft hat die Revolution verkündet. Die Charte war keine Eroberung der Revolution, sondern ein freiwilliges, ich möchte selbst sagen, ein unerwartetes Geschenk. Wohin gehen wir aber jetzt? Großer Gott, sollen wir uns als Sclaven an den Wagen jener neuen Macht fesseln lassen, die man die öffentliche Meinung nennt! Wenn die Gewalt sich so weit erniedrigte, daß sie zu den Füßen dieser Macht kröche, wäre sie nicht mehr die Gewalt, hätte sie ihr eigenstes Wesen abgelegt, ihre hohe Bestimmung verkannt." Dem gegenwärtigen Ministerium ist eine große Aufgabe gestellt; es muß die Schöpfung der Restauration befestigen, den Parteigeist bekämpfen und vernichten; es wird den öffentlichen Unterricht auf die Uebereinstimmung der Religion und der Wissenschaften begründen; es wird aus unseren Gesetzen die Willkür und den Despotismus der Republik und des Kaiserreiches ausrotten. Ein Ministerium, welches auf solchen Wegen fortschreitet, kann bei den Vertretern des Vaterlandes nur Unterstützung finden.« — Der gemäßigte Liberale Faure rechtfertigte das Mißtrauen, welches sich gegen die Minister zeige, indem er behauptete, dieser Wahlspruch sey: keine Zugeständnisse mehr! »Aber welche Zugeständnisse,« fuhr er fort, »hat man denn gemacht? Ein Gesetz über die Presse und das Wahlgesetz. Was stellen diese beiden Gesetze vor? Das eine ist eine Folge der Charte, welche die freie Aeußerung des Gedankens will; das andere schließt die Wahlbetrügereien aus. Wenn das Ministerium diese Zugeständnisse tadelt, so spricht es seine Absicht aus, die Presse wieder in Fesseln zu schlagen und die Wahlbetrügereien wieder einzuführen. Ohne diese allgemein verbreitete Meinung würde weniger Besorgniß im Lande herrschen.« — Der Minister des Innern, Herr von Montbel, erwiderte: »Wenn man den Zustand Frankreichs nach den Schilderungen beurtheilen wollte, die man seit einiger Zeit in den Blättern liest, so sollte man glauben, die öffentlichen Freiheiten wären gefährdet und die öffentliche Wohlfahrt zerstört. Aber worauf kommt Alles hinaus, was man uns Schuld geben kann? Man sagt uns: das Land habe einmal Furcht vor der gegenwärtigen Verwaltung! Und deshalb fordert man vom Könige die Entlassung seiner Minister! Haben Sie das Recht zu einer solchen Forderung? Haben Sie das Recht, unsere Gedanken anzuklagen? Sehen Sie denn nicht, daß Ihr Verlangen unsere Staatseinrichtungen selbst

bedroht? Was sollte aus den Bestimmungen der Charte werden, die dem Könige die oberste Gewalt zuerkennen? Wo bliebe die Unabhängigkeit der ausübenden Gewalt? Nein, das Zugeständniß, welches man heute verlangt, will der König, kann er nicht bewilligen, weil seine Rechte geheiligt sind, weil er sie seinen Nachfolgern unverletzt überliefern will, weil er geschworen hat, die Staatseinrichtungen aufrecht zu halten, und weil er nie sein Wort gebrochen hat. Was uns betrifft, wir verhehlen uns nicht die Schwierigkeit unserer Pflichten; aber, von ihrer Wichtigkeit überzeugt, werden wie sie zu erfüllen wissen. Der, dessen Gewalt unser Daseyn geschaffen, hat allein das Recht, es zu vernichten; so lange er es angemessen findet, werden wir uns seinem Dienste widmen; nichts wird unsern Entschluß erschüttern, nichts unsere Standhaftigkeit ermüden.« — Benjamin Constant folgte dem Minister auf der Rednerbühne. »Der Minister,« sagte er, »hat die Frage umgangen, indem er die Adresse beschuldigte, daß sie die Rechte des Königs antaste. Die Kammer mußte ihr Mißtrauen gegen die Minister aussprechen, da dasselbe von ganz Frankreich getheilt wird. Wir sind aber weit davon entfernt, der Krone irgend Etwas aufdrängen zu wollen. Die Krone hat ein sicheres Mittel, ihr Vorrecht ungekränkt zu erhalten. Wenn sich die Kammer täuscht, wenn das allgemeine Volksgefühl dem Ministerium nicht entgegen ist, so wird eine Auflösung der Kammer die wahre Meinung der Nation an den Tag bringen. Der Einklang wird dann zwischen den Gewalten wieder hergestellt werden. Uebrigens sind eben so, wie die Beschlüsse der Minister, auch die unserigen gefaßt. Auch wir haben unsere Erklärung abgegeben; sie ist ebenso unschuldig, eben so wohl begründet, wie die Erklärung derjenigen, welche versichern, daß sie unter allen Umständen die Monarchie vertheidigen werden. Wir und alle Bürger, die sich unserm Rathe anschließen, werden keine Steuer bezahlen, keinen Centime, der nicht der Charte gemäß bewilligt ist: und dadurch werden wir nicht allein dem Vaterlande, sondern auch der Dynastie einen Dienst leisten, jener Dynastie, die ohne Unterlaß durch ihre vorgeblichen Freunde bloßgestellt wird.« — Der Minister des öffentlichen Unterrichts, Guernon de Ranville, antwortete auf diese kühne Herausforderung des liberalen Redners: »Man leugnet es ab, daß die Aufforderung der Adresse einen Eingriff in das königliche Vorrecht enthalte. Aber wenn man uns sagt: der König müsse die Kammer auflösen oder die Minister entlassen,

heißt dies nicht eben so viel, als: der König müsse zwischen der Kammer und den Ministern wählen? Die ganze Sache, um die es sich handelt, ist nur eine Frage der Personen oder vielmehr der Eigennamen. Die Vernunft, der Wortlaut der Gesetze, die Geschichte, Alles stößt die Anmaßung zurück, die den König zwingen will, seine Minister zu entfernen. Diese sind die Bewahrer der vollziehenden Gewalt, die nur dem Könige gebührt. Man will über das verfügen, was das Freieste in der Welt ist, über das Vertrauen: dem Könige vorschreiben, daß er sein Vertrauen, denen entziehen solle, die er gewählt hat, heißt seine Freiheit angreifen. So wie sie die Entlassung des gegenwärtigen Ministeriums verlangen, könnten sie auch die Entlassung seiner Nachfolger verlangen, und dann käme man dahin, daß die Mehrheit der Kammer ihre Wahl der Krone aufdrängte. Eine solche Lehre würde zur Anarchie führen. Auch im Jahre 1789 verlangte man von dem Könige die Entlassung der Minister, und Ludwig XVI. gab nach. Die Geschichte hat aber die Folgen dieser Nachgiebigkeit mit blutiger Schrift aufgezeichnet. Durch den Willen des Königs an das Ruder berufen, werden wir es nur auf den Befehl des Königs verlassen. Wir treten, die Charte in der Hand, in Ihre Mitte; treu den Aufträgen, die uns der Vater des Vaterlandes gegeben, werden wir uns nur auf verfassungsmäßiger Bahn bewegen; weder Schmähungen noch Drohungen werden uns bestimmen, von der Linie abzuweichen, die Ehre und Pflicht uns vorzeichnen.« — »Sie haben die Meinung der Commission nicht richtig aufgefaßt,« entgegnete Dupin der ältere, der einen vorzüglichen Antheil an der Abfassung des Adresseentwurfes gehabt hatte. »Der Grundgedanke der Adresse ist eine tiefe Verehrung für die Person des Königs: sie drückt die hochachtungsvollste Ergebenheit gegen jenes alte Geschlecht der Bourbonen aus, und enthält nichts, was man als einen Eingriff in die Freiheit des Monarchen deuten könnte. Sie spricht nur eine Thatsache aus, deren Eindruck sich allen Gemüthern aufdrängt. Wenn wir diese Thatsache verhehlen wollten, würde sie deshalb nicht weniger vorhanden seyn. Da die Minister in der Thronrede, indem sie von den Hindernissen sprachen, die man ihnen entgegenstellen möchte, kein anderes Mittel anführten, durch welches sich dieselben übersteigen ließen, als den Gebrauch der Gewalt, so glaubten wir, daß es uns erlaubt seyn würde, von dem Gesetze zu sprechen. Wir haben als die einzigen anwendbaren Mittel die gesetzlichen, verfas-

sungsmäßigen bezeichnet. In diesen liegt das königliche Vorrecht, welches durch nichts gehemmt, durch nichts geschmälert werden kann. Der König ist in seinem Vorrechte unbeschränkt: wenn er von demselben innerhalb seiner gesetzlichen Grenzen Gebrauch machen will, so kann Niemand diese Anwendung verzögern, Niemand sich ihr widersetzen.“ — Der ultraroyalistische Herr von Chantelauze erklärte, ohne auf die scharfsinnigen Unterscheidungen seines rechtsgelehrten Vorgängers sich einzulassen, die Adresse für verfassungswidrig, für feindlich gegen das Königthum. „Warum versucht man es zu leugnen,“ sagte er, „was einem Jeden klar vor Augen liegt? man will den Sturz des Ministeriums gegen den Willen des Königs erzwingen. Dadurch würde aber das Königthum in das Herz getroffen; es hörte auf zu existiren, wenn die Adresse angenommen würde. Man verlangt, die Kammer soll sich allein der Gewalten anmaßen, die dem Könige, wie jener, die den Pairs zustehen. Damit wäre alles Gleichgewicht in unseren Staatseinrichtungen aufgehoben. Wir brauchen einen monarchischen fünften September: dieser allein kann uns retten.“

Die Parteien standen einander in zu schroffer Trennung gegenüber, als daß alle diese Erörterungen, die doch zuletzt nur auf gegenseitige Beschuldigungen hinauskamen, auf den Ausgang einen wesentlichen Einfluß hätten üben können. Zwischen den beiden großen Parteien, die einander offen die Stirn boten, in der Mitte schwankte unschlüssig ein schwaches Häuflein, welches dem Herrn von Martignac auch nach seinem Sturze treu geblieben war, und das sich jetzt, gleich seinem Führer, weder entschließen konnte, mit den Liberalen, noch mit den Ultraroyalisten gemeinschaftliche Sache zu machen. Von dieser Mittelpartei — wenn man die Vereinigung weniger Personen, die bei einem entscheidenden politischen Kampfe sich selbst von der Theilnahme ausschließen, so nennen kann — ging ein Vorschlag aus, der zum Zwecke hatte, zwar nicht den Inhalt, aber doch die äußere Form der Adresse so weit zu mildern, daß dieselbe die Gefühle des Königs wenigstens nicht allzu empfindlich verletzt hätte. Vergebliches Bemühen! Der einzige Erfolg, den dieser Versuch der Versöhnung hatte, war, daß beide Seiten der Kammer denselben mit gleicher Bestimmtheit zurückwiesen. Guizot, der, vor Kurzem erst an die Stelle eines ausgeschiedenen Mitgliedes in die Kammer gewählt, bei dieser Gelegenheit zum ersten Male das Wort ergriff, drang darauf, daß die Kraft der Adresse nicht geschwächt werde:

»Die Freimüthigkeit unserer Worte,« sagte er, »ist die einzige Mahnung, welche die Gewalt von uns erhalten, die einzige Stimme, die sich bis zu ihr erheben und ihre Täuschungen zerstreuen kann.« — »Was liegt daran,« rief auf der andern Seite der Advocat Berryer aus, der gleichfalls zum ersten Male in der Kammer auftrat, daß Ihre Adresse mit Versicherungen der Hingebung, der Achtung und der Liebe angefüllt ist, wenn sie die Rechte des Königs verletzt, wenn sie die Krone mißhandelt? Dieser traurige Gegensatz kann keine andere Wirkung hervorbringen, als daß er unsere Gedanken in Zeiten einer beklagenswerthen Erinnerung zurückversetzt, daß er uns zurückruft, auf welchem Wege ein unglücklicher König, mitten unter den Schwüren des Gehorsams und den Betheuerungen der Liebe, dahin gebracht wurde, den Scepter, den er aus den Händen fallen ließ, gegen die Palme des Märtyrers zu vertauschen.« Die Adresse wurde, als es zur Abstimmung kam, in unveränderter Gestalt, durch 221 Stimmen gegen 181 angenommen.

Der Würfel war gefallen. Es blieb dem Könige keine andere Wahl, als entweder der Mehrheit, die sich in der Kammer ausgesprochen hatte, nachzugeben, oder die Kammer aufzulösen, um durch neue Wahlen diese Mehrheit, wo möglich, zu brechen. Zur Nachgiebigkeit konnte Karl X. sich nicht entschließen, weil er darin seine Abdankung gesehen hätte. Er war auf das Aeußerste entrüstet, erzürnt. »Die Kammer spielt hohes Spiel,« sagte er zu einem Abgeordneten, »aber es könnte ihr ein theurer Spaß werden, daß sie sich auf diese Weise gegen meine Krone vergeht!« Als Royer Collard, begleitet von der durch das Loos ernannten Abordnung der Kammer, dem Könige die Adresse überbrachte und mit bewegter Stimme den Inhalt derselben vortrug, erwiderte der König: »Ich habe die Adresse gehört, die Sie mir im Namen der Kammer der Abgeordneten überreichen. Ich hatte ein Recht, auf die Mitwirkung der beiden Kammern zu der Ausführung alles des Guten, das ich beabsichtigte, zu rechnen. Mein Herz ist bekümmert, die Abgeordneten der Departements erklären zu sehen, daß diese Mitwirkung nicht vorhanden ist. Meine Herren, ich habe meine Entschließungen in meiner Rede bei der Eröffnung der Session angekündigt; diese Entschließungen sind unerschütterlich; die Wohlfahrt meines Volkes verbietet mir, mich davon zu entfernen. Meine Minister werden Ihnen meine Absichten bekannt machen.« Am folgenden Tage wurde die Kammer auf den ersten September vertagt. Als der Minister

des Innern die königliche Verfügung vorgelesen hatte, welche die Vertagung anordnete, erhob sich die rechte Seite in Masse mit dem Rufe: »Es lebe der König!« »Es lebe die Charte!« erschallte zur Antwort eben so einstimmig von der Linken.

Die Vertagung war eines jener Mittel, welche schwache Seelen ergreifen, wenn sie, durch die Gewalt der Umstände zu einem unwiderruflichen entscheidenden Schritte gedrängt, den Muth nicht in sich finden, den ein männlicher Entschluß erfordert. In dem Cabinette waren die Meinungen getheilt. Der Minister des Innern, Herr von Montbel, verlangte, daß die Kammer nicht vertagt, sondern sofort aufgelöst würde, und daß der König eine Proclamation an die Wähler richtete, um diesen an das Herz zu legen, was die Würde des Königthumes erheische. Dagegen wandte Guernon de Ranville ein, daß das Ansehen des Königthumes auf das Aeußerste bloßgestellt wäre, sobald man den König persönlich auf den Tummelplatz der Parteien herabsteigen ließe, und daß eine Niederlage in diesem Falle die Monarchie in ihren Grundfesten erschüttern müßte. Herr von Montbel hatte als einen Hauptgrund für seine Ansicht hervorgehoben, wie die Liebe der Nation zu ihrem Fürsten jede Möglichkeit des Mißlingens ausschließe. Guernon de Ranville scheute sich nicht, im Beiseyn Karl's X., welcher der Berathung beiwohnte, zu erklären, daß sein College leider in einem bedauernswerthen Irrthume befangen sey. »Die Franzosen haben aufgehört, ihre Fürsten zu lieben,« sagte er. »Sehen Sie dies nicht aus dem unversöhnlichen Hasse, der die bedeutendsten und angesehensten Männer verfolgt, sobald sie durch das Vertrauen der Krone geehrt werden?« Der Rath Guernon's de Ranville, dem sich auch Graf Chabrol und Courvoisier anschlossen, behielt die Oberhand; statt der Auflösung der Kammer, welche mit einem Male zur Entscheidung gedrängt hätte, wurde die Vertagung beschlossen, die Alles unentschieden ließ und keinen einzigen Vortheil gewährte, der nicht den Gegnern in gleichem Maße zu Gute gekommen wäre. Denn wenn die Regierung die Frist, die sie gewann, allerdings dazu benutzen konnte, alle ihr zu Gebote stehende Triebfedern in Bewegung zu setzen, um auf die Stimmung der Wähler einzuwirken, von denen die Bildung der neuern Kammer abhing, so war doch vorauszusehen, daß die liberale Partei, welche bei den Wahlen schon einmal den Sieg davon getragen hatte, dies eben so wenig versäumen würde. Das was Karl X. hauptsächlich bestimmte, und was ihn über die Unent-

schlossenheit und Zaghaftigkeit täuschte, die ihn jeden Vorwand der Zögerung willkommen heißen ließ, war die Hoffnung, die er auf den Krieg in Afrika und auf die Wirkung setzte, die derselbe in Frankreich hervorbringen sollte. Er vermochte es sich nicht zu denken, daß Siegesbotschaften, die seiner Voraussetzung nach ganz Frankreich zu freudiger Begeisterung erheben mußten, ohne Einfluß auf die Wahlen bleiben könnten. War in der That seit den Zeiten des heiligen Ludwig von Frankreich je ein Krieg geführt worden, der einen edleren, den Geboten der Menschlichkeit und der Religion mehr entsprechenden Zweck gehabt hätte? Algier, jener alte Sitz des Seeraubes, der seit Jahrhunderten den Handel im Mittelmeere unsicher gemacht, alle seefahrende Nationen gebrandschatzt und viele Tausende unglücklicher Christen in die Fesseln der Sclaverei geschlagen hatte, sollte endlich bezwungen, der Trotz blutgieriger und habsüchtiger Barbaren sollte gebrochen und die unwirthliche Küste, die an allen Gestaden des Mittelmeeres nur mit Schrecken genannt wurde, europäischer Gesittung zurückgegeben werden. Denn der Plan war allerdings, sich nicht mit dem eiteln Ruhme eines vorübergehenden Sieges zu begnügen, sondern eine dauernde Eroberung zu begründen, die, während sie einen der schmachvollsten Flecken der Völkergeschichte austilgte, Frankreich zugleich eine Entschädigung für den Verlust der Colonien böte, die es in Folge der Revolutionskriege eingebüßt und bei dem Abschlusse des allgemeinen Friedens nicht wieder zurückerhalten hatte. Deshalb wurden die Rüstungen in dem großartigsten Maßstabe betrieben; die Abmahnungen, die das eifersüchtige England an das französische Cabinett ergehen ließ, wurden mit Festigkeit zurückgewiesen; und um die Mitte des Maimonates lag auf der Rhede von Toulon eine der schönsten Flotten, die jemals aus einem französischen Hafen ausgelaufen waren, zur Aufnahme des Heeres bereit, welches zu dem Zuge nach Algier bestimmt war. General Bourmont, der zum Oberbefehlshaber ernannt war und für den während seiner Abwesenheit Fürst Polignac die Leitung der Geschäfte des Kriegsministeriums übernahm, hatte 37,000 Mann der besten französischen Truppen, die mit einer zahlreichen Artillerie und mit allen Kriegsbedürfnissen im Ueberflusse versehen waren, unter seinem Befehle: eine Macht, die man nicht bloß zur Eroberung von Algier, sondern nöthigenfalls der ganzen Nordküste von Afrika für hinreichend hielt.

Je näher der Zeitpunkt heranrückte, der zur Abfahrt dieses neuen

Heeres von Kreuzfahrern bestimmt war, um so mehr wuchs Karl X. auch in Bezug auf die inneren Angelegenheiten Frankreichs der Muth. Am 16. Mai sollte die Einschiffung der Truppen zu Toulon beginnen; an demselben Tage unterzeichnete König Karl in seinem Schlosse Saint Cloud die Verfügung, welche die Auflösung der Abgeordnetenkammer aussprach, die neuen Wahlen für die kleineren Wahlcollegien auf den 23. Juni, für die größeren auf den 3. Juli ausschrieb und die beiden Kammern der Pairs und der Abgeordneten auf den 3. August einberief. Zwei Minister, der Siegelbewahrer Courvoisier und der Finanzminister Graf Chabrol, hatten sich der Auflösung der Abgeordnetenkammer bis zum letzten Augenblicke widersetzt, indem sie von dieser Maßregel die unheilvollsten Folgen voraussagten. Sie waren überzeugt, daß man von den Wahlen bei der allgemeinen Stimmung der Gemüther den ungünstigsten Ausgang zu erwarten habe, und nahmen, als ihre Vorstellungen den Starrsinn des Königs so wenig zu beugen, als die Zuversicht ihrer Collegen zu erschüttern vermochten, mit schweren Herzen ihre Entlassung. Karl X fand Diener, die, von glühendem Eifer für die Sache des Königthumes bis zur Urtheillosigkeit verblendet, bereitwilliger auf seine Ansichten eingingen. Graf Peyronnet, der verhaßteste unter den Ministern, welche an der Verwaltung Villèle's Theil genommen, erhielt das Ministerium des Innern, aus dem Herr von Montbel zu den Finanzen überging. Die Siegel wurden dem Präsidenten des königlichen Gerichtshofes zu Grenoble, Herrn Chantelauze, übergeben, der bei den Verhandlungen über die Adresse der 221 durch seine maßlose Leidenschaftlichkeit sich ausgezeichnet und auch jetzt zur Bedingung seines Eintrittes die Anwendung der Lehren machte, die er in der Kammer als die einzigen Rettungsmittel des Königthumes verkündet hatte. Außerdem wurde ein eigenes Ministerium, jenes der öffentlichen Arbeiten, für den Baron Capelle geschaffen: einen Mann, der bisher zwar noch niemals öffentlich bedeutend hervorgetreten war, um so mehr aber in der Stille gewirkt hatte. Herr von Capelle, zur Zeit Präfect des Departements der Seine und Oise, war in der Verwaltung des Innern unter Villèle Generalsecretair gewesen und hatte in dieser Eigenschaft vorzugsweise die Wahlen geleitet, die so lange das günstigste Ergebniß lieferten, bis der Sturm zu Ende des Jahres 1827 das ganze künstliche Gewebe der Täuschungen und des Betruges zerriß. Aehnliche Dienste, wie er damals geleistet,

versprach man sich von ihm auch jetzt. »Er allein,« hatte der König schon früher von ihm gesagt, »versteht sich auf die Wahlen; im Falle einer Kammerauflösung würde ich nur zu ihm Vertrauen haben.«

Wenn irgend etwas vermögend war, die allgemeine Erbitterung gegen die Regierung noch zu einem höheren Grade zu steigern, so waren es diese Ministerernennungen. Mit dem Austritte Courvoisier's und des Grafen Chabrol war die letzte Hoffnung, daß die Stimme der Mäßigung sich bei Hofe und in dem Ministerrathe noch Gehör verschaffen werde, verschwunden. Niemand erwartete jetzt andere, als die gewaltthätigsten Maßregeln. Aber der gebildete Bürgerstand war durch das entschiedene Auftreten der Abgeordnetenkammer mehr noch, als durch die unablässigen Aufreizungen der Journale, sich seiner Kraft bewußt geworden; nirgend zeigte sich weder Besorgniß noch Unruhe. Man hielt sich zum voraus gewiß, daß die Kammer, die man sich als das Ergebniß der neuen Wahlen versprechen dürfe, von denselben Gesinnungen durchdrungen seyn würde, wie jene, die durch ihren unerschrockenen Freimuth ihre Auflösung herbeigeführt habe, und man war fest entschlossen oder überredete wenigstens sich selbst, daß man es sey, sofern die Minister den Versuch machen sollten, ohne die Mitwirkung der Kammern zu regieren, ihnen durch Verweigerung der Steuern die Mittel dazu zu entziehen. Die Auflösung der Abgeordnetenkammer, wenn auch nach der Vertagung noch gegen alle Erwartung zwei Monate lang verzögert, hatte die liberale Partei auf keine Weise überrascht. Der Verein: »Hilf Dir selbst!« der bereits auf die Wahlbewegung des Jahres 1827 einen beherrschenden Einfluß übte, hatte in der Zwischenzeit seine Thätigkiet nicht eingestellt, sondern dieselbe vielmehr dazu benutzt, seine Verbindungen weiter auszudehnen und mehr zu befestigen. Dabei waren alle Vorkehrungen mit solcher Vorsicht getroffen, daß die Regierung, der weder das Daseyn des Vereines noch seine Thätigkeit unbekannt blieb, außer Stande war, irgend eins der bestehenden Gesetze gegen verbotene Verbindungen in Anwendung zu bringen. Schon in den ersten Tagen des April hatte der Ausschuß des Vereines — jenes berüchtigte comité directeur, in dem alle Cabinette Europa's den vornehmsten Hebel der revolutionairen Wühlungen nicht bloß in Frankreich, sondern auf dem ganzen europäischen Festlande sahen — ein Rundschreiben an die Wähler erlassen, welches diese aufforderte, bei der bevorstehenden Auflösung der Kammer, die unter den obwaltenden Umständen unvermeidlich wäre, auf ihrer Hut

zu seyn und alle ihre Kräfte aufzubieten, um den Sieg verfassungsmäßiger Freiheit über die Unterdrückung zu sichern. In allen Departements waren Vereinigungen angesehener Männer zusammengetreten, die es sich zur besondern Aufgabe setzten, über der unverfälschten Reinheit der Wählerlisten zu wachen und die Wähler für die Candidaten der liberalen Partei zu gewinnen. Der Verein: »Hilf Dir selbst«, dessen Vorschriften überall als das oberste Gesetz aufgenommen wurden, empfahl vor allen Dingen die Wiedererwählung der 221 Abgeordneten, welche für die Adresse gestimmt hatten, weil das Land dadurch den unzweideutigsten Beweis geben würde, daß es die Gesinnungen der aufgelösten Kammer, über die es zu richten berufen sey, theile. Den 221 waren daher alle Mitbewerber von den liberalen Seite gewichen, und nur an solchen Orten meldeten sich neue Namen, die bisher durch Ultraroyalisten oder Ministerielle vertreten waren. Die Minister verkannten die Schwierigkeiten nicht, welche ihnen die nach einem festen Plane getroffenen Anordnungen der Gegenpartei entgegenstellten; aber sie rechneten dennoch auf den Sieg, weil sie von den Präfecten, die angewiesen waren, über die Stimmung ihrer Verwaltungsbezirke zu berichten, die glänzendsten Versprechungen erhalten hatten. Man vergaß, daß gerade in Zeiten allgemeiner Gährung öffentliche Beamte am wenigsten in der Lage sind, die Stimmung der Bevölkerungen richtig zu beurtheilen, weil sie nur in solchen Kreisen verkehren, die ein Interesse dabei haben, sich ihnen angenehm zu erweisen, und daß ihren Berichten außerdem auch deshalb nicht immer voller Glaube beizumessen ist, weil sie selbst, um ihren Vorgesetzten nicht mißfällig zu werden, die Dinge von der vortheilhaftesten Seite darstellen. Der Minister des Innern, Peyronnet, war indessen ein zu erfahrener Geschäftsmann, als daß er sich einer erträumten Sicherheit hingegeben hätte. Von den ungeheuren Hülfsmitteln, die der Verwaltung zur Verfügung standen, wurde kein einziges unbenutzt gelassen. Das Heer von Beamten aller Art, welches über ganz Frankreich verbreitet war, erhielt die strengsten Befehle, alle Nerven anzuspannen, um mit der Sache des Königthums ihre eigene Existenz zu retten. Die Bischöfe richteten Hirtenbriefe an die Geistlichen ihres Sprengels, die es diesen zur Pflicht machten, den politischen Parteikampf ihren Pfarrkindern als einen Kampf des Unglaubens gegen die Religion zu schildern. Und endlich, wovon man sich keine geringe Wirkung versprach, erließ Karl X. eine Bekanntmachung, worin er persönlich in einfachen und, man kann es nicht leugnen, in würdigen Worten sich an die Nation

wandte, sie über die Besorgnisse beruhigte, welche hinterlistige Feinde der öffentlichen Ordnung zu verbreiten suchten, und sie aufrief, ihrem Könige ihr Vertrauen nicht zu versagen. »Franzosen!« redete Karl X. sein Volk an: »Die letzte Abgeordnetenkammer hat meine Absichten mißkannt. Ich hatte das Recht, auf ihre Mitwirkung zur Vollbringung des Guten, das ich im Sinne trug, zu rechnen; sie hat mir dieselbe verweigert. Als Vater meines Volkes fühlte ich mein Herz bekümmert, als König wurde ich beleidigt. Ich sprach die Auflösung dieser Kammer aus. Franzosen! Eure Wohlfahrt macht meinen Ruhm; Euer Glück ist auch das meinige. Ihr werdet in der Stunde, wo die Wahlcollegien auf allen Punkten meines Königreiches eröffnet werden sollen, auf die Stimme Eures Königs hören. Die constitutionelle Charte und die durch sie begründeten öffentlichen Einrichtungen aufrecht zu erhalten, war immer das Ziel meiner Bestrebungen und wird es immer seyn. Um dieses Ziel zu erreichen, muß ich aber die geheiligten Rechte, die das Erbtheil meiner Krone sind, frei ausüben und ihnen Achtung verschaffen. In ihnen liegt die Bürgschaft der öffentlichen Ruhe und Eurer Freiheiten. Die Natur der Regierung würde verkehrt werden, wenn strafbare Eingriffe meine Vorrechte schmälerten; und ich würde meine Eide verrathen, wenn ich dies duldete.« »Wähler,« schloß der Aufruf, »eilt, Euch in Eure Collegien zu begeben! Möge sie nicht eine tadelnswerthe Nachlässigkeit Eurer Gegenwart berauben! Möge dasselbe Gefühl Euch beseelen, dieselbe Fahne Euch vereinigen! Es ist Euer König, der dies von Euch verlangt; es ist ein Vater, der Euch ruft. Erfüllt Ihr Eure Pflicht; ich werde die meinige erfüllen.«

Wir wissen nicht, welchen Eindruck diese königlichen Worte hervorgebracht haben würden, wenn sie ohne alle Erläuterungen in die Hände der Wähler gelangt wären. An der Aufrichtigkeit der Gesinnungen, die sie ausdrückten, ist nicht zu zweifeln; denn Karl X. war von der Reinheit seiner Absichten eben so tief durchdrungen, als von der Richtigkeit seiner Ansichten überzeugt. Das Mißtrauen, das die Namen eines Polignac, eines Peyronnet erweckten, hatte aber zu feste Wurzeln gefaßt, als daß dasselbe durch Worte, die, wie aufrichtig immer gemeint, doch einer vieldeutigen Auslegung fähig blieben, gehoben werden konnte. Mehr als die bösartigen Deutungen, mit denen die liberale Partei die Bekanntmachung begleitete, schadete aber die Botschaft, die Karl X. durch die von ihm ernannten Präsidenten der Wahlcollegien diesen überbringen ließ. »Meine Herren,« sagte er

den Wahlpräsidenten, die zugleich die Candidaten der Regierung waren, »wiederholen Sie den Wählern, daß die Kammer mich persönlich beleidigt hat, und daß ich nicht dulden werde, daß man mich beleidigt; sie können allerdings einen Kampf hervorrufen, aber ich werde nicht nachgeben.« Und bei allem Scheine der Festigkeit, in dem der König sich gefiel, konnte er dennoch düsterer Ahnungen sich nicht erwehren. Bei einer Audienz, die der Präfect des Seinedepartements, Herr von Chabrol Volvic, hatte, fragte er diesen mit bewegter Stimme: »Nun, wie ist Paris für mich gestimmt?« — »Ich darf Ew. Majestät nicht verhehlen,« antwortete der Präfect, »daß Alles auf der Seite der Gegenpartei ist.« — Die Thränen traten dem greisen Fürsten in die Augen. — »Was habe ich ihnen gethan? Ich will doch ihr Bestes und habe ihre Liebe verloren! Sagen Sie mir, Herr von Chabrol, würde ich nicht gut thun, die Hauptstadt zu verlassen?« — Der Präfect entgegnete: »Als Vorstand des Departements könnte ich einen solchen Rath meinem Könige nicht ertheilen; Paris hat von seiner Anwesenheit und von der Anwesenheit seines Hofes so große Vortheile.« — »Sie haben Recht; ich werde bleiben, und die Liebe meiner Unterthanen wird mir zurückkehren.«

Es fehlte nicht an äußeren Zeichen, welche auf die Stimmung des durch die Last der Jahre und der Sorgen gebeugten Fürsten einen niederdrückenden Einfluß ausüben konnten. Die gegen Algier bestimmte Flotte, deren Abfahrt bereits acht Tage über die festgesetzte Frist verzögert worden war, wurde durch widrige Winde längere Zeit in der Bai von Palma zurückgehalten. Statt der Siegesbotschaften, die man erwartete, kam die Nachricht, daß zwei kleinere Kriegsschiffe, die an der afrikanischen Küste kreuzten, durch den Sturm an den Strand geworfen, und daß ihre Mannschaften theils gefangen, theils niedergemetzelt worden waren. Um dieselbe Zeit brachen auf verschiedenen Punkten in den nördlichen Departements nächtliche Feuersbrünste aus, die ungeachtet aller von den Behörden getroffenen Vorkehrungen sich so häufig und in so großer Zahl wiederholten, daß sie über das ganze Land Unruhe und Schrecken verbreiteten. Truppen wurden von verschiedenen Seiten in Bewegung gesetzt; zwei Regimenter Garde rückten von Paris aus, um den geängstigten Bewohnern der zunächst bedrohten Landschaften Schutz zu gewähren. Aber so widersinnig auch ein solcher Verdacht war, von Munde zu Munde ging das Gerücht, daß die Regierung durch geheime Sendlinge die Brandstiftungen veranlasse, welche die Departements verheerten, um die Gemüther in

Schrecken zu setzen und durch Einschüchterung auf die Wahlen zu wirken. Der Haß gegen die Minister war bis zu einem solchen Grade der Erbitterung gediehen, daß man sie hätte beschuldigen können, die Seine in Brand gesteckt zu haben, ohne daß die Unwahrscheinlichkeit aufgefallen wäre. Diese Stimmung herrschte in dem größten Theile des Landes, während die Wahlen stattfanden; und der Erfolg war kein anderer, als er unter solchen Umständen zu erwarten war. Es wurden 272 mehr oder weniger entschiedene Liberale und nur 145 von den Candidaten der Regierung gewählt. Von den 221 Abgeordneten, welche für die Adresse gestimmt hatten, kamen 202, von den 181, die sich dagegen erklärt, nur 99 in die Kammer zurück.

Fast könnte man sich versucht fühlen, es als einen Hohn des Schicksals anzusehen, daß beinahe unmittelbar, nachdem die Ergebnisse der Wahlen in Paris bekannt worden waren, die Kunde von dem vollständigen Erfolge des Zuges gegen Algier einging. Das Heer war am 14. Juni gelandet, hatte am 19. bei dem Weiler Staoueli die sich demselben entgegenwerfenden Massen des arabischen Landsturmes geschlagen, am 4 Juli das die Stadt Algier beherrschende Kaiserfort, nachdem dasselbe durch das Feuer der französischen Batterien in einen Schutthaufen verwandelt war, genommen und Tages darauf die Stadt selbst in Folge einer Capitulation besetzt, welche den Einwohnern Sicherheit der Personen und des Eigenthumes, so wie die ungestörte Ausübung ihrer Religion, dem Dey die freie Wahl seines Aufenthaltes außerhalb des Landes und die Erhaltung seines Privatvermögens verbürgte. Am 11. Juli wurde zur Feier des ruhmvollen Ereignisses ein Tedeum in der Kathedrale von Paris gehalten. Karl X., der, von einem glänzenden Hofstaate umgeben, der kirchlichen Feier beiwohnte, erschien durch die freudige Botschaft wie neu belebt. Er empfing die Glückwünsche der Behörden mit seiner gewohnten Würde, aber zugleich mit einer innern Heiterkeit, die ihm lange fremd gewesen war. Unter den Abordnungen, die dem Könige vorgestellt wurden, waren dem alten Herkommen gemäß auch jene der untersten Volksclassen der Hauptstadt, der sogenannten Damen der Halle, der Lastträger und der Kohlenträger. Die ministeriellen Blätter verbreiteten mit affectirtem Wohlgefallen, daß einer der letzten sich mit den Worten an den König gewandt habe: »Sire, ein Kohlenträger ist Herr in seinem Hause; machen Sie es, wie der Kohlenträger, und verlassen Sie sich auf uns!« Karl X. bedurfte einer so zweideutigen Aufforderung nicht, um einen Entschluß zu fassen, in dem er seit lan-

ger Zeit sich gewöhnt hatte, die einzige Rettung des Königthumes zu sehen.

Zu Ende des Juni, als die Ergebnisse der ersten Wahlen bereits einen ziemlich sicheren Schluß auf den Ausgang der übrigen gestatteten, wurde im Ministerrathe zum ersten Male die Frage in Erwägung gezogen, was jetzt, nachdem die Berufung des Königs an die Treue und Anhänglichkeit der Nation ihren Erfolg verfehlt habe, zu thun sey, um den Anmaßungen der liberalen Partei, deren Uebermuth nach ihrem Siege bei den Wahlen keine Grenzen kennen werde, zu begegnen. Der Siegelbewahrer Chantelauze erklärte, daß es unmöglich sey, eine Kammer zu versammeln, die in ihrer Mehrheit aus Menschen zusammengesetzt sey, von denen der König persönlich beleidigt worden sey. Man müsse die Kammer daher vor dem Zeitpunkte, der zu ihrer Einberufung bestimmt sey, noch einmal auflösen und nochmals neue Wahlen ausschreiben. Da man bei diesen unter der bestehenden Gesetzgebung aber nur auf eine neue Niederlage rechnen dürfte, so bleibe nichts Anderes übrig, als daß der König sich der höchsten Gewalt, welche die Charte ihm zuerkenne, bediene und die Gesetze aufhebe, mit denen man, wie die Erfahrung gelehrt habe, nicht regieren könne. Die wahre Quelle alles Uebels liege in der Preßfreiheit. Diese müsse daher zuvörderst beseitigt, die Journale, die alle Gemüther vergifteten und thatsächlich bereits alle Gewalt an sich gerissen hätten, müßten unter die strengste Aufsicht gestellt und außer Stande gesetzt werden, ihre verderblichen Grundsätze, ihre Verleumdungen und ihre Entstellungen der Wahrheit weiter zu verbreiten. Außerdem sey es unerlaßlich, das Wahlgesetz zu verändern. Die revolutionaire Partei habe ihre Hauptstärke in jenen Wählern der kleinen Collegien, die nur durch ihren Gewerbsbetrieb die Wahlberechtigung erlangten. Diese müßten daher von dem Wahlrechte ausgeschlossen und überhaupt müßte den kleinen Collegien nicht mehr die unmittelbare Wahl, sondern nur das Recht zugestanden werden, Candidaten zu ernennen, aus denen die großen Collegien erst die wirkliche Wahl träfen. Diese Gedanken waren nicht neu: sie waren in Privatunterhaltungen unter den Ministern, wie unter den näheren Vertrauten des Königs längst vielfach besprochen worden: aber jetzt wurden sie zum ersten Male im Cabinette der Gegenstand einer amtlichen Erörterung. Ueber die Gesetzlichkeit der vorgeschlagenen Maßregeln wurde von keiner Seite der geringste Zweifel erhoben. Nur glaubte Guernon de Ranville, daß der Zeitpunkt noch nicht gekommen sey, wo der König von der ihm durch die

Charte nur für Fälle der äußersten Noth vorbehaltenen Gewalt Gebrauch machen könne. »Die Wahlen,« sagte er, »sind gegen uns ausgefallen. Dies thut nichts. Lassen wir die Kammer sich versammeln; wenn sie, wie es wahrscheinlich ist, uns ihre Mitwirkung verweigert, so wird es vor den Augen von ganz Europa erwiesen seyn, daß sie die Regierung unmöglich macht. Die Verantwortlichkeit einer Steuerverweigerung würde der Krone nicht zur Last fallen. Unsere Lage wäre dann eine ungleich günstigere, und wir könnten leichter die Schritte thun, die das Heil der Monarchie erfordert.« Der feurige und willenskräftige Peyronnet, der aber Einsicht genug hatte, das Gewicht der Gründe Guernon de Ranville's zu begreifen, unterstützte dessen Ansicht, und es wurde in der ersten Berathung noch kein fester Beschluß gefaßt. Wenige Tage darauf wurde ein zweiter Ministerrath gehalten. Die Wahlen, die inzwischen erfolgt waren, hatten die schlimmsten Erwartungen bestätigt. Guernon de Ranville wurde jetzt mit seinen Einwendungen nicht länger gehört. Er stand allein; denn Peyronnet, von dem der König in einer vertraulichen Unterredung diesen Dienst als einen Beweis seiner Hingebung gefordert, hatte darauf verzichtet, seine Ueberzeugung geltend zu machen. Die Ordonnanzen, welche den Plan des Siegelbewahrers zur Ausführung bringen sollten, wurden entworfen, und es wurde beschlossen, sie dem Könige zur Genehmigung vorzulegen. In einer Cabinettssitzung, die am 7. Juli im Beisein des Königs und des Dauphins stattfand, wurde der erste rohe Entwurf der Ordonnanzen berathen. Guernon de Ranville wiederholte die Gründe, die ihn abhielten, seine Beistimmung zu geben. Der König hörte ihn aufmerksam an, ließ sich aber nicht überzeugen. Der Herzog von Angoulême sagte: »Ihr Vorschlag ist gesetzlicher und vielleicht auch sicherer; ich wäre sehr geneigt, ihn vorzuziehen; aber die Mehrheit hat einmal anders entschieden, und ich schließe mich der gemeinschaftlichen Meinung an.« So leichtsinnig oder vielmehr so gedankenlos setzte der Prinz, der durch seine Geburt zur Thronfolge berufen war, die schönste Krone Europa's auf das Spiel! Alle einzelnen Bestimmungen der Ordonnanzen wurden auf das Sorgfältigste erwogen; und es vergingen daher mehr als vierzehn Tage, ehe die Arbeit vollendet war. Am Abende des 23. Juli wurde die Cabinettssitzung gehalten, in welcher der von dem Siegelbewahrer verfaßte Bericht, der den Ordonnanzen zur Einleitung dienen sollte, so wie der Text der Ordonnanzen zum letzten Male gemeinschaftlicher Berathung unterworfen und schließlich genehmigt wurde. Auch jetzt

gab Guernon de Ranville seinen, obwohl vergeblichen, Widerstand noch nicht auf. Er sagte in Bezug auf die Ordonnanz über das neue Wahlverfahren, die Graf Peyronnet ausgearbeitet hatte: »Eben so gut hätten Sie die ganze Verfügung in vier Zeilen zusammendrängen und einfach anordnen können, daß die Abgeordneten durch die Präfecten erwählt werden sollten.« In dieser Sitzung führte die Besprechung natürlich auch auf die Annahme des Falls, daß die Ausführung von Maßregeln, welche die liberale Partei, wie sich leicht voraussehen ließ, für verfassungswidrig erklären würde, gewaltsamen Widerstand hervorriefe. »Welche Truppenmacht,« fragte der Marineminister d'Haussez den Fürsten Polignac, »steht in Paris zu Ihrer Verfügung? Haben Sie wenigstens 28,000 oder 30,000 Mann?« — »Mehr als dies,« antwortete der Fürst, »ich habe deren 42,000.« Dabei warf er seinem Collegen, der am andern Ende des Tisches saß, ein zusammengewickeltes Blatt Papier zu. — »Wie?« rief der Marineminister erschrocken; »ich sehe hier nur 13,000 Mann! 13,000 Mann auf dem Papiere; das will sagen, daß wir kaum auf 7 oder 8,000 schlagfertige Bayonette rechnen können. Und wo sind die 29,000, die zu Ihrer Zahl noch fehlen?« — Fürst Polignac versicherte, daß sie in der Umgegend von Paris ständen und nöthigenfalls binnen zehn Stunden in der Hauptstadt zusammengezogen werden könnten.

Am 25. Juli begaben die Minister sich nach St.-Cloud, wohin der König seine Hofhaltung verlegt hatte. Sie nahmen schweigend ihre Sitze um den Tisch ein, an dem Karl X. persönlich, den Dauphin zu seiner Rechten, den Fürsten Polignac zu seiner Linken, den Vorsitz führte. Der König fragte, ehe die Ordonnanzen unterzeichnet wurden, einen seiner Räthe nach dem andern um seine Meinung. Herr von Haussez erklärte, daß seiner Ueberzeugung nach die Vorkehrungen, die man für den Fall einer gewaltthätigen Auflehnung in Paris getroffen, unzulänglich wären. — »Verweigern Sie Ihre Unterschrift?« fragte Karl X. — »Sire,« erwiderte der Minister, »sey es mir gestattet, eine Frage an meinen König zu richten. Sind Ew. Majestät entschlossen, auch dann durchzudringen, wenn Ihre Minister sich zurückzögen?« — »Ja,« antwortete Karl X. mit fester Stimme. Der Marineminister ergriff die Feder und unterzeichnete. Tiefe Bewegung sprach sich in den Zügen der Minister aus, nachdem die Unterschriften vollzogen waren; nur Fürst Polignac war freudestrahlend. König Karl X. schritt mit heiterer Miene in dem Saale hin und wieder.

Zweites Hauptstück.

Die drei Tage.

Am 26. Juli wurden zu Paris durch den Moniteur die Ordonnanzen bekannt, welche, obwohl in ihrer äußeren Form den Schein der Gesetzlichkeit bewahrend, thatsächlich die Verfassung des Landes außer Kraft setzten, indem sie eine Abgeordnetenkammer auflösten, die sich noch nicht versammelt hatte, also gesetzlich auch nicht als bestehend betrachtet werden konnte; indem sie die Preßfreiheit aufhoben, die durch ein von beiden Kammern angenommenes Gesetz eingeführt war und nach der Verfassung nur durch ein anderes auf gleiche Weise angenommenes Gesetz wieder abgeschafft werden konnte; indem sie die wesentlichsten Bestimmungen des Wahlgesetzes veränderten, die nach der Verfassung nur unter Zustimmung der beiden Kammern eine Abänderung erleiden konnten. Ungeachtet seit der Einsetzung des Ministeriums Polignac fortwährend die düstersten Gerüchte über dessen Absichten verbreitet waren, hatte doch Niemand weder einen so nahen, noch einen so kühnen Schlag erwartet. Das Geheimniß war von den Ministern, so wie von der geringen Zahl der außer ihnen in das Vertrauen gezogenen Personen, auf bewunderungswürdige Weise bewahrt worden. Selbst die auswärtige Diplomatie, der es doch sonst an Mitteln nicht fehlte, sich von den Dingen zu unterrichten, die am Hofe, wie im Cabinette vorgingen, war diesmal außer Stande gewesen, das Dunkel zu durchdringen, in welches die Berathungen sich hüllten. Nachdem die Ordonnanzen bereits von dem Ministerrathe angenommen waren, fragte der brittische Botschafter Lord Stuart de Rothsay, der durch die am Hofe herrschende Bewegung aufmerksam geworden war, den Fürsten Polignac, ob es begründet sey, was von verschiedenen Seiten behauptet werde, daß die Regierung einen Gewaltstreich beabsichtige. Der Präsident des Ministerrathes versicherte, daß dies nur alberne Zeitungserfindungen wären, denen man keinen Glauben beimessen dürfe. Auf ähnliche Weise antwortete der König persönlich dem Herzoge von Mortemart, der sich von seinem Posten, als Gesandter am St. Petersburger Hofe, auf Urlaub zu

Paris befand, und ermächtigte ihn sogar, in diesem Sinne an den russischen Minister des Auswärtigen, Grafen Nesselrode, zu schreiben, der eine Anfrage an ihn gerichtet hatte. Der erste Eindruck, den die Ordonnanzen unter solchen Umständen hervorbringen mußten, war jener der dumpfen Betäubung, die ein plötzlich hereinbrechendes durchaus unvorhergesehenes öffentliches Unglück zu verursachen pflegt. Im Palais Royal — dem vornehmsten Vereinigungspunkte aller Neugierigen, Müssigen und Vergnügungslustigen der großen Hauptstadt — stiegen einige junge Leute auf Stühle, lasen der Menge, die sich um sie drängte, den Moniteur vor und riefen sie auf, die Verletzung der Charte, die sich die Regierung erlaubt habe, nicht zu dulden. Der Tumult, der durch diese Reden aus dem Stegreife hervorgerufen wurde, hatte jedoch keine Folgen. Die Menge verlief sich, sobald einige Polizeibeamte erschienen, die mit der Aufrechterhaltung der Ordnung beauftragt waren. Die niederen Volksclassen, die nicht begriffen, um was es sich handelte, gingen, wie gewöhnlich, ihren Arbeiten und ihren Vergnügungen nach. Die Banquiers, die Kaufleute, die Fabrikanten sahen bestürzt einander an und berechneten die Verluste, die ihnen das Fallen der Staatspapiere und die Stockungen des Handels, die von allen großen Staatsveränderungen unzertrennlich sind, zuziehen würden. Der erste Gedanke an ernstlichen Widerstand ging von den Herausgebern und Mitarbeitern der Journale aus, die freilich durch die Aufhebung der Preßfreiheit und die sie begleitenden Bestimmungen in ihrem Eigenthume, in ihrer geschäftlichen Thätigkeit und in ihrer ganzen gesellschaftlichen Stellung zunächst gefährdet waren. Schon am frühen Morgen begab sich eine Anzahl liberaler Journalisten zu dem berühmten Advocaten Dupin dem Aeltern, um sich Raths zu erholen, ob es kein gesetzliches Mittel gebe, das Weitererscheinen ihrer Journale zu sichern, ohne daß sie nöthig hätten, die besondere polizeiliche Erlaubniß nachzusuchen, welche die Ordonnanz über die Presse zur Bedingung der Herausgabe aller öffentlichen Blätter machte. Dupin erklärte, daß seiner Meinung nach die Gerichte der Ordonnanz keine rechtsverbindliche Kraft zuerkennen dürften, da die bestehenden Gesetze nicht auf dem Wege ministerieller Verfügungen abgeändert oder abgeschafft werden könnten. Zugleich vergaß der vorsichtige Rechtsgelehrte nicht hinzuzufügen, daß er nur als Advocat, aber keineswegs als Abgeordneter spreche, indem diese letzte Eigenschaft durch die Auflösung der Kammer erloschen sey.

Die beiden entschiedensten liberalen Blätter waren der National,

der erst seit dem Anfange des Jahres, und die Tribune, die seit noch kürzerer Zeit erschien. Auf dem Bureau des National, von dessen Redacteurs die beiden Geschichtschreiber der Revolution Thiers und Mignet eben so sehr durch ihr Talent, als Armand Carrel durch seinen männlichen Muth und die unerschütterliche Festigkeit seines Charakters ausgezeichnet waren, kamen die angesehensten unter den Mitarbeitern der liberalen Blätter zusammen, um zu überlegen, was anzufangen, was zu thun sey. Einzelne hitzige Köpfe schlugen vor, man möge sich ohne Weiteres auf die Straße stürzen, das Volk zu den Waffen rufen und die Gewalt, die den verbrieften Rechten der Nation geschehe, mit Gewalt abwehren. Dagegen erinnerten die Besonnenen, daß es sehr zweifelhaft sey, ob die Massen einem Aufrufe zur Empörung Folge leisten würden; daß jedenfalls ein glücklicher Ausgang der bewaffneten Macht gegenüber wenig Wahrscheinlichkeit habe, wogegen sich von entschlossenem Widerstande auf gesetzlichem Wege immer noch eher ein Erfolg erwarten lasse. Diese Meinung gewann die Oberhand. Thiers, Chatelain, der Herausgeber des Courrier français, und Cauchois-Lemaire, einer der Redacteurs des Constitutionel, entwarfen eine Protestation, worin sie auf den Wortlaut der Charte, auf den von der Regierung selbst bisher anerkannten Gebrauch und auf die Entscheidungen der Gerichte gestützt, die Verfassungswidrigkeit der Ordonnanzen nachwiesen und den Grundsatz aufstellten, daß die Regierung von dem Augenblicke, wo sie aufgehört habe, rein gesetzlich zu seyn, auch das Recht verloren habe, von ihren Unterthanen Gehorsam zu fordern. »Die Bürger,« hieß es, »welche zuerst aufgefordert werden, den Ordonnanzen zu gehorchen, sind die Verfasser der Journale; an ihnen ist es, das erste Beispiel des Widerstandes zu geben. Wir werden den Versuch machen, unsere Blätter herauszugeben, ohne die Erlaubniß zu verlangen, die uns auferlegt wird. Wir sind entschlossen, der Regierung in dem, was uns angeht, zu widerstehen: die Sache der Nation ist es, zu urtheilen, wie weit das Land seinen Widerstand ausdehnen soll.« Vierundvierzig Journalisten unterzeichneten dies Actenstück, welches am folgenden Tage an der Spitze der betheiligten Blätter erscheinen sollte. Drei Journale, deren Drucker Anstand nahmen, den Bestimmungen der Ordonnanzen zuwider zu handeln, wandten sich an den Gerichtshof der ersten Instanz und erhielten von dessen Präsidenten Debelleyme ein Urtheil, welches sie ermächtigte, auch ohne Erlaubniß weiter zu erscheinen, da der Beschluß des Königs nicht regelmäßig bekannt gemacht worden sey.

Nach dem Vorgange der Journalisten hielt auch eine Anzahl wahlberechtigter Bürger auf dem Bureau des National eine Versammlung. Auch in dieser Versammlung wurden Vorschläge gemacht, wie sie nur die Rücksichtslosigkeit der leidenschaftlichen Aufregung eingeben konnte; aber auch hier siegte die gemäßigtere Meinung. Man kam überein, dem verfassungswidrigen Verfahren der Regierung nur das strenge Festhalten an der Verfassung entgegenzusetzen. Ein förmlicher Beschluß konnte in dem Gewirre der Durcheinanderredenden, der Gehenden und Kommenden nicht gefaßt werden; aber die Mehrheit scheint der Ansicht gewesen zu seyn, daß das Mittel der Steuerverweigerung, dessen Anwendung zum Voraus beschlossen war, vollkommen hinreichen werde, die Regierung auf den Weg der Verfassung zurückzuführen. Zu derselben Zeit, während die Wähler sich in den Redactionszimmern des National versammelten, vereinigten sich mehrere der in Paris anwesenden Abgeordneten in dem Hause ihres Collegen Alexander de la Borde. Dieser selbst, ein Mann von klarem Verstande, aber leicht erregbarem Gemüthe, war bis zur äußersten Ueberspannung der Leidenschaft entflammt. Am Morgen hatte er der Versammlung der Journalisten beigewohnt; einer Abordnung von Studirenden, die sich einstellte, um zu erfahren, was geschehen würde, hatte er erklärt, daß Worte jetzt nichts mehr helfen könnten, daß nur kräftiges einmüthiges Handeln die Freiheit zu retten vermöge. Unter den Abgeordneten, die sich des Nachmittags auf seine Einladung bei ihm versammelten, war die Ansicht vorherrschend, daß die Kammer, da ihre Auflösung nicht auf gesetzliche Weise erfolgt wäre, an dem Tage ihrer Einberufung zusammentreten und den Umständen gemäß verfahren müsse. »Wir wiederholen die Auftritte des Ballhauses,« rief Bavour, ein sonst sehr besonnener und gemäßigter Mann, aus. »Wir müssen in diesem entscheidenden Augenblicke unser Selbst völlig verleugnen, und, wenn es Noth thut, die Nation zu den Waffen rufen!« erklärte der leidenschaftlichere von Schonen. Da erschien der durch seinen Reichthum, seine ausgebreiteten Verbindungen, sein Talent der Rede und vielleicht selbst durch sein hochfahrendes gebieterisches Wesen einflußreiche Casimir Périer; er behauptete, wie früher Dupin, daß es keine Abgeordnete mehr gebe, da die Kammer aufgelöst sey; auch die Urheber des Gewaltstreiches bezögen sich auf die Charte; zwischen der Gewalt und der Meinung gebe es keinen Richter; man müsse dem öffentlichen Unwillen Zeit lassen, sich auszusprechen, und dem Könige, von seinem Irrthume zurückzukommen. Diese Worte, in dem

Tone der Ueberzeugung und mit herrischer Gebehrde von einem Manne ausgestoßen, der in der Kammer als einer der vornehmsten Führer der liberalen Partei galt, lähmten den Muth der Entschlossensten; es wurde nichts entschieden, und man begnügte sich, das Anerbieten anzunehmen, welches Casimir Périer machte, die Versammelten des andern Tages in seinem Hause zu sehen.

Dies war Alles, was an dem Tage, an dem die Ordonnanzen erschienen, in der Hauptstadt vorging. Am Abende erkannte ein Volkshaufe den Wagen des Fürsten Polignac und verfolgte ihn mit Steinwürfen bis in seine Wohnung, wo einige Fensterscheiben zertrümmert wurden. Nichts deutete darauf hin, daß ernstere Ereignisse sich vorbereiteten; nur verbreitete sich unter dem Bürgerstande das Gerücht, daß die großen Fabrikherren den Entschluß gefaßt hätten, ihre Werkstätten zu schließen und die brotlosen Arbeiter auf die Straße hinauszustoßen: was allerdings das sicherste Mittel war, Unordnungen hervorzurufen, die ohne ein gewaltsames Zusammentreffen mit der bewaffneten Macht kaum ablaufen konnten, wobei sich aber freilich nicht absehen ließ, welchen Zweck man zu erreichen beabsichtigte.

Am andern Morgen wurden von den Zeitungen, denen Alles mit der gespanntesten Erwartung entgegensah, die beiden bedeutendsten, der Constitutionel und das Journal des Débats, nicht ausgegeben. Die Besitzer, besorgt, durch allzu kecken Widerstand ein werthvolles Eigenthum zu verlieren, hatten sich gleich den ultraroyalistischen Blättern den Ordonnanzen unterworfen, jedoch die von diesen vorgeschriebene Ermächtigung noch nicht erhalten. Dem Courrier français versagte der Buchdrucker, bei dem dieses Blatt gedruckt wurde, seine Pressen. Dagegen erschienen der National, das Journal du Commerce und zwei andere gleichfalls liberale, aber bisher nur in beschränkteren Kreisen verbreitete Journale, der Temps und der Globe, sowie das Witzblatt, der Figaro, die Protestation der Journalisten an der Spitze. Da sich vorhersehen ließ, daß die Polizei nicht säumen würde, gegen diese offene Widersetzlichkeit einzuschreiten, so wurden vom frühen Morgen an ganze Ballen mit Hunderten von Exemplaren in die Caffeehäuser und andere öffentliche Orte geschafft; junge Männer, die ihrer Tracht nach den höheren Ständen angehörten, stellten sich auf die Eckstein und lasen die aufregendsten Sätze den Vorübergehenden vor, die sich um sie sammelten; andere eilten in die Werkstätten und Kramladen und übernahmen hier dasselbe Geschäft; Haufen von Studenten durchzogen, mit Stöcken bewaffnet, unter dem

Rufe: »Es lebe die Charte!« die Straßen. Inzwischen traf der Polizeipräfect seine Anstalten, um den Widerstand der Journale, die ohne Erlaubniß erschienen, zu brechen. Die leidenschaftlichste Sprache hatte der Temps geführt, und gegen dieses Journal waren daher die ersten Maßregeln der Behörde gerichtet. Um eilf Uhr des Vormittags stellte sich eine Abtheilung Gensdarmen zu Pferde vor dem Bureau des Journals auf, welches auf der Rue Richelieu, einer der lebhaftesten Straßen von Paris, gelegen war. Der Herausgeber, Baude, ließ sogleich die Thüren der Druckerei verschließen und das Thor, welches auf die Straße führte, weit öffnen, während er selbst mit seinen Redacteurs, Setzern, Druckern und Arbeitern aller Art den Polizeicommissair am Eingange erwartete. Dieser kündigte ihm mit vieler Höflichkeit an, daß er den Auftrag habe, seine Pressen mit Beschlag zu belegen, worauf Baude mit Festigkeit erwiderte: »Sie kommen im Namen der Ordonnanzen, um unsere Pressen zu zertrümmern; ich fordere Sie im Namen des Gesetzes auf, unser Eigenthum zu achten.« Der Commissair ließ einen Schlosser holen. Als der Schlosser kam und sich anschickte, die Thür der Druckerei zu öffnen, trat ihm Baude in den Weg und las ihm aus dem Strafgesetzbuche die Bestimmung vor, welche von dem Diebstahl mit Einbruch handelt. Der ehrliche Mann entblößte sein Haupt, um dem Gesetze seine Achtung zu bezeigen, schien aber doch, als der Polizeicommissair seinen Befehl wiederholte, geneigt, Folge zu leisten. »Nur zu!« sagte Baude ihm kaltblütig; »Ihr wagt dabei nichts, als die Galeeren!« Zugleich zog er sein Taschenbuch heraus, um unter den Zuschauern, die sich zahlreich zu sammeln anfingen, eine Zeugenliste aufzunehmen. Der Schlosser gerieth in Schrecken, raffte sein Arbeitszeug zusammen und entfernte sich unter lautem Beifallrufe der Umstehenden. Es wurde ein anderer Schlosser geholt, der sich bereitwilliger zeigte; diesem wurden aber seine Werkzeuge entwandt, und dem Polizeicommissair blieb zuletzt nichts Anderes übrig, als sich der Hülfe des Schlossers zu bedienen, der die zu den Galeeren verurtheilten Sträflinge in ihre Ketten schmiedet. Darüber waren aber mehrere Stunden vergangen, und es hatte sich auf der Straße ein unermeßlicher Volkszusammenlauf gebildet, der von den Gensdarmen nur mit Mühe zerstreut wurde und in der ganzen Nachbarschaft Aufregung und Unruhe verbreitete. Eben so wie die Pressen des Temps, wenn auch unter weniger auffallenden Umständen, wurden auch jene des National und des Figaro mit Beschlag belegt. Mehrere Besitzer großer Druckereien, sowie die Papierhändler,

Schriftgießer, Buchhändler und Buchbinder, die mit ihnen in Verbindung ſtanden, entließen ihre Arbeiter und erklärten, daß ſie ihnen kein Brot mehr zu geben hätten; ſie möchten es ſich ſuchen, wo ſie wollten. Dadurch wurden einige Tauſend rüſtige und kräftige Männer aus jenen Volksclaſſen, die, weil ſie gewöhnlich aus der Hand in den Mund leben, am wenigſten mit Ueberlegung handeln, auf die Straße gewieſen, wo ſie, in Verzweiflung über den Verluſt des Erwerbes, der ſie und die Ihrigen erhielt, und in der äußerſten Erbitterung gegen die Regierung, die ſie deſſen beraubt hatte, umherzogen, bereit, jede Gelegenheit zu ergreifen, die ſich ihnen bieten würde, ihren Ingrimm auszulaſſen.

Während auf dieſe Weiſe die arbeitenden Stände in eine Bewegung hineingezogen wurden, von der ſie weder die Urſache begriffen, noch die Intereſſen theilten, fanden auf verſchiedenen Punkten Verſammlungen Statt, die ſämmtlich zum Zwecke hatten, über die Widerſtandsmittel zu berathen, die man dem Gewaltſtreiche der Regierung entgegenſetzen könne. Um zwei Uhr des Nachmittags fand ſich die Mehrzahl der zu Paris anweſenden liberalen Abgeordneten in dem Hauſe Caſimir Périer's ein, wo Labey de Pompières, als der älteſte unter ihnen, den Vorſitz übernahm. Dupin, der unter den erſten das Wort nahm, drang darauf, daß man ſich in keiner Weiſe von den Wegen der ſtrengſten Geſetzlichkeit entferne. Die Auflöſung der Kammer war ſeiner Behauptung nach ein Schritt, deſſen Verfaſſungsmäßigkeit ſich nicht bezweifeln ließ. Daraus folgerte er, daß die Anweſenden ſich nicht mehr als Abgeordnete betrachten dürften, und daß man nichts Anderes thun könne, als durch ehrerbietige Vorſtellungen den König zu der Zurücknahme der Ordonnanzen zu bewegen. Dieſe Anſicht unterſtützte General Sebaſtiani, der verlangte, daß man in dieſem Sinne eine Bittſchrift an Karl X. entwerfen ſolle. Dagegen erhoben ſich Mauguin, de la Borde, Audry de Puyraveau, Bérard, Perſil mit leidenſchaftlichem Ungeſtüm. Der Befehl der Auflöſung, wurde von dieſen eingewandt, habe die Eigenſchaft eines Abgeordneten nicht aufheben können; Karl X. habe, indem er die Charte durch ſeine Ordonnanzen verletzte, ſich ſelbſt des Rechtes begeben, die Kammer aufzulöſen; die Abgeordneten blieben daher mit allen Befugniſſen ihrer Wahlvollmachten bekleidet. Es ſey widerſinnig, die Geſetzlichkeit zu Gunſten einer Gewalt anzurufen, die alle Bande derſelben zerbrochen habe: in einem Augenblicke, wo es ſich für Frankreich um Freiheit oder Knechtſchaft, um eine Regierung mit Volksvertretung oder um

die Willkürherrschaft eines Einzelnen handle, gebe es keine Rettung für das öffentliche Wohl, als in dem Erfolge offenen Widerstandes gegen die Unterdrückung. Bertin de Vaux und Villemain suchten die beiden einander so schroff gegenüberstehenden Meinungen zu vermitteln, indem sie sich zwar gleichfalls für die Nothwendigkeit entschlossenen Widerstandes erklärten, dabei aber den alten verfassungsmäßigen Grundsatz geltend machten, daß man den König von den Ministern trennen müsse und nicht die Vorwürfe, die diese verdienten, auf jenen übertragen dürfe. In unbeschreiblicher Aufregung war, während diese Berathungen stattfanden, Casimir Périer; er sprach beinahe kein Wort und gab nur durch stumme Gebehrden zu erkennen, wie wenig er irgend einen Vorschlag billige, der als ein Versuch zu gewaltsamer Auflehnung gedeutet werden konnte. Und wohl hatte er Ursache zur Unruhe; denn schon war es unter seinen Fenstern zu blutigen Auftritten gekommen. Durch das Gerücht, daß die Abgeordneten sich bei Périer versammelten, war eine Masse junger Leute nach der Rue neuve du Luxembourg gezogen worden. Zwei Reiterabtheilungen, die von entgegengesetzten Seiten kamen, erhielten den Befehl, die Straße zu räumen, und machten, da die in der Mitte zwischen ihnen Zusammengedrängten nicht ausweichen konnten, von ihrer Waffe Gebrauch. Alle Häuser öffneten sich den Fliehenden, von denen mehrere schwer verwundet wurden; nur die Thore von Périer's Hôtel blieben verschlossen. Die Besprechungen der Abgeordneten im Innern nahmen ihren ungestörten Fortgang, bis sie durch einen Zwischenfall unterbrochen wurden, auf den Niemand gerechnet hatte. Auch die Wähler von Paris, die Tages vorher sich auf dem Bureau des National vereinigt hatten, waren bei der ernsteren Wendung, welche die Dinge allmälig zu nehmen anfingen, wieder zusammengetreten. Die Mehrzahl waren jüngere Männer, die sich ohne Erwägung der Folgen von den Gefühlen des Augenblickes hinreißen ließen. Von der Steuerverweigerung, die man anfangs als das zweckmäßigste Mittel des Widerstandes betrachtete, war deshalb kaum noch die Rede. Man habe keine Wahl, hieß es, als die Massen in Bewegung zu setzen und der Gewalt mit den Waffen in der Hand zu begegnen. »Wir müssen also unsere Feinde außer dem Gesetze erklären,« rief einer der Ueberspanntesten, »den König so gut, wie die Gensdarmen.« Umsonst mahnte Thiers, der gleich seinem Freunde Carrel einen Kampf ungeregelter Volkshaufen gegen regelmäßige Truppen für das hoffnungsloseste Beginnen hielt, davon ab, den Namen des Königs in diese

heißen Erörterungen zu mischen und einen andern Weg, als jenen des gesetzlichen Widerstandes, zu betreten. Es wurde der Beschluß gefaßt, eine Abordnung in die Versammlung der Abgeordneten zu schicken, und diese aufzufordern, sich an die Spitze der Volkserhebung zu stellen. Als die Abordnung der Wähler gemeldet wurde, brach Périer das Stillschweigen, das er bis dahin beobachtet hatte. »In welche Lage sind wir versetzt!« rief er aus. »Empfangen wir die Abordnung, so erfährt man es in den Tuilerien, man zürnt uns und, wer weiß, welche Maßregeln man ergreift! Weisen wir sie zurück, so beklagt sie sich bei dem Volke, und wer kann bei der allgemeinen Erbitterung dafür stehen, was dann geschieht?« Die Abordnung wurde eingeführt und die Advocaten Merilhou und Boulay (von der Meurthe) ergriffen in ihrem Namen das Wort. »Alle Bande,« erklärten diese Herren, »welche Frankreich an den Thron der Bourbonen fesselten, sind zerbrochen; die Nation darf und kann ihre Rettung nur noch in dem bewaffneten Aufstande gegen eine Gewalt suchen, die alle Gesetze mit Füßen getreten hat; das Volk vertraut auf die Vaterlandsliebe und auf den Muth seiner Vertreter.« Tiefes, durch keinen Laut unterbrochenes Stillschweigen erfolgte; die Abordnung zog sich in ein anstoßendes Gemach zurück, um der Versammlung volle Freiheit der Berathung zu lassen. Noch war die große Mehrheit der Anwesenden von dem betäubenden Eindrucke beherrscht, den eine so verwegene, durchaus unerwartete Aufforderung auf schwache und schwankende Gemüther hervorbringen mußte, als eine neue Abordnung, die von Studirenden und anderen zum Kampfe entschlossenen jungen Leuten gesandt war, Zulaß begehrte. Périer ging den ungestüm Drängenden entgegen, beschwor sie, nicht auf einem Schritte zu beharren, den er nur als die höchste Unbesonnenheit betrachten könne, stellte ihnen vor, wie thöricht ihre Anstrengungen gegen die ungeheuren Kräfte, die der Regierung zu Gebote ständen, seyn würden, und ermahnte sie, zur Gesetzlichkeit zurückzukehren und nicht auf der Straße einen Sieg zu suchen, der dort gewiß nicht zu finden sey. Die jungen Leute entfernten sich schweigend, aber den Unmuth im Herzen und in ihrem Entschlusse nicht erschüttert. Inzwischen hatten in der Versammlung der Abgeordneten die lebhaftesten Erörterungen über die schreckenerregende Zumuthung der Wählerabordnung begonnen. Nur wenige Stimmen erhoben sich, die darauf drangen, daß man ohne Rücksicht auf die Gefahr sich mitten in die Bewegung stürzen solle. Die Mehrheit kam auf den Vorschlag Sebastiani's zurück, daß man den König durch eine

ehrfurchtsvolle Bittschrift ersuchen möge, sein Ministerium zu ändern und die verhängnißvollen Ordonnanzen zu widerrufen. Aber auch darüber wurde kein fester Beschluß gefaßt. Man ging auseinander, nachdem man sich zugesagt hatte, den nächsten Mittag bei Audry de Puyraveau wieder zusammenzutreffen. Dieser hatte sein Haus zum Versammlungsorte angeboten, da Casimir Périer Anstand nahm, das seinige zum zweiten Male einer so gefährlichen Vereinigung zu öffnen.

Zu der Zeit, als diese Rathlosigkeit unter den Männern herrschte, die sich selbst als die Gesetzgeber Frankreichs betrachteten, war es bereits nicht mehr zu verkennen, daß Alles sich für einen großen furchtbaren Ausbruch der Volksleidenschaften vorbereitete. Bereits am Vormittage hatte sich im Palais Royal eine ungeheure Masse Menschen gesammelt, unter denen von nichts die Rede war, als von den Ordonnanzen und von dem Widerstande, den man denselben entgegensetzen müsse. Ein Polizeicommissair erschien und kündigte an, daß er den Befehl habe, das Palais zu schließen, weshalb er die Anwesenden auffordern müsse, sich zu entfernen. Als seiner Weisung keine Folge geleistet wurde, drangen einige Abtheilungen Infanterie ein, die mit aufgepflanzten Bajonnetten die murrende Menge aus dem Garten und aus den Galerien trieben. Aber die Volksmasse, welche auf diese Weise aus dem Innern des Gebäudes verdrängt war, verlief sich nicht, sondern blieb außerhalb desselben in dichten Haufen der bewaffneten Macht gegenüber stehen. Da die Zusammenrottung, die sich von Stunde zu Stunde vermehrte, einen drohenden Charakter annahm, so versuchte eine Anzahl berittener Gensdarmen die nächsten Haufen, aus denen sich der Ruf: »Es lebe die Charte!« erhob, auseinanderzusprengen. Mehrere Personen wurden überritten; das Volk ließ sich jedoch nicht einschüchtern, sondern gerieth nur in um so größere Wuth. Von allen Seiten wurde das wilde Geschrei erhoben: »Nieder mit den Gensdarmen!« und da sich ein Haus in der Nähe befand, welches im Baue begriffen war, so regnete es bald nicht bloß auf die Gensdarmen, sondern auch auf die Truppen der königlichen Garde, die längs des Palais Royal aufgestellt waren, einen Hagel von Steinen. Lange bewahrten die Truppen ungeachtet dieser Herausforderung eine ruhige unerschütterliche Haltung. Der befehligende Officier forderte den Polizeicommissair des Viertels auf, den gesetzlichen Aufruf zu erlassen, um alle friedlichen Bürger zum Auseinandergehen zu ermahnen. Da aber inzwischen die Gensdarmen im

Gedränge bereits von ihrer Waffe Gebrauch gemacht hatten, so weigerte der Polizeibeamte sich, der an ihn gerichteten Aufforderung nachzukommen. Erst jetzt ertheilte ein Bataillonschef, nachdem er sich mit einem Officier des Generalstabs besprochen, seinen Leuten den Befehl zu feuern. Die Volkshaufen zogen sich hierauf in die benachbarten Straßen zurück; mehrere Todte und schwer Verwundete lagen auf dem Platze. In der unmittelbaren Nähe des Palais Royal war damit die Ruhe hergestellt; durch alle Straßen erging aber der Ruf: »Rache! Rache! Zu den Waffen!« Der Leichnam eines Weibes, das entweder im Gedränge erstickt oder auf andere Weise umgekommen war, wurde unter wildem Rachegeschrei auf den Börsenplatz getragen und in der Vorhalle des Theaters des Nouveautés niedergelegt. Neue Zusammenrottungen bildeten sich; zahlreiche Volkshaufen drangen durch die Rue St. Honoré gegen den Platz des Palais Royal vor. Eine Abtheilung der Garde, die von der Magdalenenkirche herkam, verlegte ihnen den Weg und zerstreute sie durch einmaliges Feuern. Ein Fremder, der aus dem Fenster seines Hôtels mit einer Jagdflinte auf die Truppen schoß, wurde durch eine Kugel getödtet. Dasselbe Schicksal erfuhr ein Bürger, der die Unvorsichtigkeit beging, sich am Fenster zu zeigen. Die erbitterten Haufen, welche durch die Straßen zogen, fingen jetzt auf verschiedenen Punkten an, die Laden der Gewehrfabrikanten zu erbrechen, um sich zu bewaffnen; auf der Rue St. Honoré, auf der Rue Richelieu und auf mehreren anderen Straßen in geringer Entfernung von den Truppen, deren Bewegungen man hemmen wollte, wurden durch umgestürzte Wagen, schweres Hausgeräthe und aufgehäufte Pflastersteine Barricaden errichtet, die zwar verlassen wurden, sowie eine Truppenabtheilung heranrückte, um sie zu nehmen, indessen bereits darauf hindeuteten, daß man ein Mittel gefunden hatte, die Vortheile aufzuheben, welche die geschlossenen Colonnen des Militairs durch ihr festes Zusammenhalten und Zusammenwirken im Gefechte mit ungeordneten Volksmassen vor diesen voraus haben. Darüber neigte sich der Tag zu Ende und mit dem Einbruche der Nacht verbreitete sich über ganz Paris die tiefste undurchdringlichste Finsterniß, indem alle Laternen in den Straßen durch herumziehende Banden junger Leute zertrümmert wurden. Nur von dem Börsenplatze stieg kurze Zeit ein heller Feuerschein auf. Ein Volkshaufe hatte sich des hölzernen Gebäudes, welches einem Posten der Linientruppen zum Wachthause diente, bemächtigt und dasselbe in Brand gesteckt.

Während diese Dinge auf der Straße vorgingen, kamen die

Männer, die in einer frühen Nachmittagsstunde sich auf dem Bureau des National versammelt hatten, der dort getroffenen Verabredung gemäß bei Cadet-Gassicourt, einem der angesehensten und zugleich einem der freisinnigsten und entschlossensten Pariser Bürger, von Neuem zusammen. Das Haus war auf der Rue St. Honoré gelegen, und zu der Stunde, in der die Vereinigung angesagt war, bestrich das Pelotonfeuer der Garde das obere Ende der Straße. Wer unter diesen Umständen sich in die Versammlung begab, der hatte schon dadurch den Beweis abgelegt, daß er sich nicht bedachte, sein Leben in die Schanze zu schlagen. Zwar wurden auch hier, unter den zuerst Gekommenen, gemäßigte Stimmen laut, die darauf beharrten, daß man sich von dem gesetzlichen Wege nicht entfernen sollte. Aber das Gewehrfeuer auf der Straße übte eine eigene reinigende Kraft. Die Furchtsameren verschwanden und unter den Zurückbleibenden war von nichts Anderem mehr die Rede, als wie man den Widerstand der Bürger bewaffnen, ordnen und leiten könne. Zuvörderst wurde beschlossen, die Nationalgarde wieder herzustellen und zu den Waffen zu rufen, um den Truppen der Regierung eine überlegene geregelte Macht entgegenzusetzen. Nächstdem ernannte man aus den enschlossensten Männern, die entweder zugegen oder den Anwesenden bekannt waren, zwölf Commissionen für die zwölf Abtheilungen der Stadt. Jede dieser Commissionen sollte sich in den Besitz der Mairie oder des Bürgermeisteramtes ihres Viertels setzen, von dort aus den Widerstand leiten und alle Vorkehrungen treffen, welche die Umstände erheischen würden. Die Sorge für die allgemeine Leitung des Aufstandes glaubte man der Abgeordnetenversammlung überlassen zu müssen, da Herr von Schonen, der sich von der Vereinigung bei Casimir Périer zu jener bei Cadet-Gassicourt begeben, um den Muth der Anwesenden zu beleben, für gut gefunden hatte, zu versichern, daß die Abgeordneten den Beschluß gefaßt hätten, in offener Sitzung vereinigt zu bleiben und der Gewalt mit Gewalt zu begegnen.

Zu derselben Zeit, während der Plan des Aufstandes in dem Hause Cadet-Gassicourt's berathen wurde, fanden Berathungen ganz anderer Art in dem Hôtel des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten Statt. Erst jetzt, nachdem der Aufruhr bereits einen großen Theil von Paris ergriffen hatte, fingen die Minister an zu ahnen, daß sie auf ernsteren Widerstand stoßen könnten, als sie in ihrer Verblendung für möglich gehalten hatten. Das Gefühl der Sicherheit, welches Karl X. und seine Räthe beherrschte, während sie den

Umsturz der Verfassung Frankreichs im Werke hatten, war so groß, daß man selbst die gewöhnlichsten Vorsichtsmaßregeln nicht für nöthig erachtete. Selbst der Polizeipräfect von Paris wurde von den Ordonnanzen nicht eher in Kenntniß gesetzt, als am Abende vor ihrer Bekanntmachung. Der Befehlshaber der ersten Militairdivision, dem es oblag, die militairischen Vorkehrungen zu treffen, war wegen Kränklichkeit von seinem Posten entfernt; aber man dachte nicht eher daran, ihn zu ersetzen, als nachdem die Ordonnanzen unterzeichnet waren. Man warf das Auge auf den Marschall Marmont, Herzog von Ragusa, der unter den alten Kriegsführern sich am Hofe der meisten Gunst erfreute; aber obwohl seine Ernennung bereits am 25. ausgefertigt war, hielt Fürst Polignac dieselbe dennoch zurück, weil er gar nicht daran zweifelte, daß der Commandant von Paris, General Wall, die erforderlichen Vorkehrungen eben so gut treffen würde. Am Montag Morgen ging Karl X. nach Rambouillet auf die Jagd, als ob nicht das Geringste vorgefallen wäre, was in seine Vergnügungen und Lebensgewohnheiten eine kleine Unterbrechung hätte bringen können. Erst am Dienstage, nachdem er von dem Angriffe auf den Wagen des Fürsten Polignac und auf dessen Hôtel unterrichtet war, befahl er dem Marschall, sich nach Paris zu begeben und das Commando zu übernehmen, vergaß jedoch nicht hinzuzufügen, daß er, sofern bis zum Abende die Ordnung wieder hergestellt sey, nach St. Cloud an den Hof zurückkehren möge. Der Herzog von Ragusa, obwohl im Herzen die Maßregeln verabscheuend, durch welche seiner Ueberzeugung nach die vernünftige Ordnung in Frankreich unterdrückt werden sollte, eilte, dem Gebote des Königs Folge zu leisten; er begab sich nach Paris und schlug sein Hauptquartier im Palaste der Tuilerien auf, weil er mit sicherem militairischen Blick erkannte, daß bei dem Ausbruche ernstlicher Unruhen von hieraus, in einer Stellung, welche die beiden Seineufer mit ihren breiten Quais beherrschte, am leichtesten jede Bewegung niederzuschlagen wäre. Die Weisungen, die er den Truppen ertheilte, waren menschlich, obwohl sie freilich schwer zu befolgen waren und deshalb gar bald aus dem Auge gesetzt wurden. Die Truppen sollten nicht eher Gewalt brauchen, als bis dies durchaus unvermeidlich geworden sey; und auch dann sollten sie alle Angriffe mit dem Bajonnet abwehren und nicht eher feuern, als bis sie selbst ein Gewehrfeuer von funfzig Schüssen ausgehalten hätten. Die Minister beharrten inzwischen in ihrer Sorglosigkeit; sie verrichteten ihre gewöhnlichen Geschäfte mit demselben

Gleichmuthe, wie in den Tagen der tiefsten Ruhe; keine einzige Behörde erhielt besondere Verhaltungsbefehle, welche den Umständen angemessen gewesen wären. Der Generalprocurator, der die Protestation der Journalisten im National gelesen hatte, nahm es über sich, gegen die 44 Unterzeichner Haftbefehle auszustellen. Der höhere Polizeibeamte, der mit der Vollziehung beauftragt wurde, bemerkte jedoch, daß diese mitten in der allgemeinen Aufregung ihre Schwierigkeiten haben würde, und man beschloß daher zu warten, bis die Unruhe sich gelegt hätte. Erst spät am Abende, nachdem der jetzt schon begonnene Kampf die Erbitterung der großen Mehrzahl der Bevölkerung auf den höchsten Grad gesteigert hatte, sahen die Minister ein, daß möglicher Weise der gewöhnliche Geschäftsweg zur Erhaltung der Ordnung doch wohl nicht ausreichen könnte. Sie versammelten sich daher bei dem Fürsten Polignac, und hier wurde nach lebhaften Erörterungen der Entschluß gefaßt, die Stadt Paris in Belagerungszustand zu erklären, sofern die Unruhen sich am nächsten Morgen wiederholen sollten. Auch sandte Fürst Polignac, als zeitweiliger Vertreter des Kriegsministers, den Befehl nach St. Dénis, zwei Bataillone der Garde, die dort in Garnison lagen, sofort nach Paris marschiren zu lassen: eine geringe Hülfe, deren Unzulänglichkeit um so auffallender wird, wenn man bedenkt, daß um dieselbe Zeit zahlreiche Truppen in den Feldlagern bei St. Omer und Luneville zusammengezogen waren, die, sobald man es nöthig erachtete, in wenigen Tagen die Hauptstadt erreichen konnten.

Was die Sicherheit der Minister Karl's X. bei dem Sturme, den sie selbst hervorgerufen hatten, wenn auch nicht entschuldigt, doch begreiflich macht, ist die Thatsache, daß von Männern, die durch Stand und Erfahrung am meisten befähigt waren, die Widerstandsmittel einer im Aufruhr begriffenen Bevölkerung zu beurtheilen, kein einziger an die Möglichkeit eines Erfolges für die Sache des Volkes glaubte. Eine Menge alter Officiere des Kaiserheeres, die sämmtlich alle Ursache hatten, mit den Bourbonen unzufrieden zu seyn, befand sich zu Paris: aber keiner dachte daran, an dem Aufstande Theil zu nehmen oder gar sich an die Spitze zu stellen: so hoffnungslos erschien ihnen das Beginnen wehrloser Bürger, sich in einen Kampf mit der bewaffneten Macht einzulassen. Aber die Sache, für welche die Führer der siegreichen Schaaren Napoleon's kein Herz hatten, begeisterte die kaum in das Mannesalter tretende Jugend zu Thaten der kühnsten Entschlossenheit. Die Zöglinge der polytechnischen Schule, jener

Anstalt, der Frankreich so lange die Ueberlegenheit seines Ingenieurcorps über die gleiche Truppenabtheilung aller anderen Länder verdankte, hatten durch einzelne ihrer Kameraden, denen es erlaubt gewesen war, Besuche in der Stadt zu machen, Kunde von den Vorgängen des Nachmittags erhalten. Schon glühten die jugendlichen Gemüther; als aber das Gewehrfeuer in der Rue St. Honoré vom rechten Seineufer zu ihnen herüber erschallte, war ihr Ungestüm nicht länger zurückzuhalten. Sie verachteten alle Mahnungen ihrer Lehrer und Aufseher, verließen ihre Studiensäle, bewaffneten sich mit in der Eile geschärften Rapieren und sandten eine Abordnung an Laffitte und Lafayette, um den Männern, von denen sie erwarteten, daß sie die Leitung des Aufstandes übernehmen würden, ihre Dienste anzubieten. Beide, der Banquier und der General, der erste bei dem Mittelstande, der andere beim Volke im höchsten Ansehen stehend, waren auf die erste Kunde von dem Erlasse der Juliordonnanzen von ihren Landgütern nach der Stadt gekommen; beide waren, wie nicht zu bezweifeln ist, fest entschlossen, alle ihre Kräfte aufzubieten, um den verderblichen Anschlägen zur Vernichtung der öffentlichen Freiheiten entgegenzuwirken; aber beide waren weit davon entfernt, eine Volkserhebung mit den Waffen in der Hand für räthlich zu halten oder gar sich bei derselben zu betheiligen. Als die Abordnung der polytechnischen Schule am späten Abende vor dem Hôtel Laffitte's erschien und Einlaß begehrte, wurde ihr gemeldet, daß der Herr des Hauses, eben erst von der Reise zurückgekehrt, sich bereits zur Ruhe begeben habe. Bei Lafayette, den die Jünglinge um vier Uhr des Morgens aufsuchten, wurden sie zwar vorgelassen, doch gab ihnen der greise General den seltsamen Bescheid: »Sie möchten ihren Kameraden rathen, sich ruhig zu verhalten.«

Der Morgen des 28. Juli war angebrochen; kein Wölkchen trübte den Himmel, von dem die Sonne ihre sengenden Strahlen herabsandte; kein Hauch der Luft milderte die drückende Schwüle. Wer aus dem Anblicke, den die große Stadt beim Anbruche des Tages gewährte, einen Schluß ziehen wollte, hätte schwerlich vermuthet, daß nach Verlauf weniger Stunden in allen Straßen der wüthendste, erbitterteste Kampf auf Leben und Tod entbrannt seyn würde. Alles lag noch in der tiefsten Ruhe; die Truppen waren in ihre Casernen zurückgekehrt; nirgend, außer an den Punkten, die das Militair immer besetzt hielt, waren Posten ausgestellt; nur die zerbrochenen Laternen und da und dort der Versuch einer Barricade

erinnerten an die unruhigen Auftritte, an das Blutvergießen des vorhergehenden Tages. Dieser friedliche Zustand war jedoch von kurzer Dauer. Der Präfect des Seinedepartements, Graf Chabrol-Volvic, ein alter treuer Diener der Bourbonen, der gleich bei dem Bekanntwerden der Ordonnanzen den Ministern erklärt hatte, daß er während der langen Jahre seiner Amtsführung sich nie von dem gesetzlichen Wege entfernt habe und deshalb in die neue Art des Verfahrens sich nicht werde zu finden wissen, erfuhr in dem Stadthause, wo er als das Haupt der städtischen Verwaltung seinen Sitz hatte, am frühen Morgen, daß die Bewohner des benachbarten Faubourg St. Antoine sich in Bewegung setzten und in Haufen zu sechs und sieben die Straße hinabzögen. Der Stadttheil, der mit dem Namen des Faubourg St. Antoine belegt wird, weil er einst in die Ringmauern von Paris nicht eingeschlossen war, und der mit seinen engen, gewundenen Gassen und Gäßchen vorzugsweise von Handwerkern und Handarbeitern bewohnt ist, stand noch von den Zeiten der Revolution her in dem Rufe einer unbezähmbaren Wildheit, die, wenn sie sich einmal einer Volkserhebung anschließe, dieser in ganz Paris die Herrschaft gebe. Graf Chabrol war nicht so bald von der Erhebung der Vorstädter unterrichtet, als er zu dem Minister des Innern eilte, um diesem die Besorgnisse mitzutheilen, zu denen er sich berechtigt hielt, und zugleich ihn auf die Nothwendigkeit aufmerksam zu machen, das Stadthaus, welches nur eine Wache von sechzehn Mann hatte, durch eine achtunggebietende Macht zu schützen, weil zu fürchten war, daß die Aufrührer, wenn sie sich dieses wichtigen Punktes bemächtigten, hier eine vorläufige Verwaltung einsetzen und dadurch dem Aufstande einen festen Halt verleihen würden. Bei seiner Rückkehr fand er bereits alle Straßen von Menschen gefüllt, die theils bewaffnet, theils unbewaffnet sich gegen das Stadthaus drängten. Der Posten hatte sich, der zum voraus von ihm ertheilten Weisung gemäß, in das Innere des Gebäudes zurückgezogen: die Thore waren verschlossen. Eine Zeitlang verweilte die Menge, unschlüssig, was sie thun sollte, auf dem Platze; endlich wurden unter dem Rufe: »Es lebe die Charte!« die Thore eingeschlagen; die Stürmenden drangen ein, entwaffneten die wachthabenden Soldaten, erstiegen den Thurm, von dem sogleich die Sturmglocke erschallte, und pflanzten auf demselben eine dreifarbige Fahne auf, die mit einem schwarzen Flor umwunden war. Schon waren einzelne Nationalgardisten in Uniform unter die tobenden Massen gemischt;

aber sie waren in geringer Zahl und offenbar mehr von der Bewegung fortgerissen, als daß sie selbst diese geleitet hätten. Von dem andern Ufer der Seine dröhnte das tieftönende Sturmgeläute der großen Glocke von Notre-Dame herüber, die hellere Glocke von St. Severin antwortete in der Nähe, und aus der Ferne wurde von allen Thürmen dumpfes Geläute vernommen, welches die Bürger zu den Waffen rief. Bald rückte eine Abtheilung Truppen längs des Quai Lepelletier gegen den Grèveplatz vor; es entspann sich ein lebhaftes Gewehrfeuer; das Detaschement, welches in unzureichender Zahl war, wurde zurückgeschlagen. Eine zweite Abtheilung, die zur Unterstützung nachrückte, vermochte eben so wenig auszurichten. Während auf diese Weise der Kampf um das Stadthaus begann, hatte derselbe bereits auf allen Punkten von Paris, wo die bewaffnete Macht und das Volk sich gegenüberstand, seinen Anfang genommen. Die Wuth hatte sich zuerst gegen die äußeren Abzeichen der königlichen Gewalt gekehrt, die überall, wo dieselben sich fanden, — an den öffentlichen Gebäuden, auf den Schildern der Hoflieferanten und Fabricanten, auf den Wagen der Post, — verwischt oder zertrümmert wurden. Die schwächeren Militairposten, die zum Schutze öffentlicher Anstalten aufgestellt waren, wurden aufgehoben und entwaffnet. In allen Straßen hörte man den Ruf: »Es lebe die Charte!« der von Männern aus den gebildeten Ständen erhoben und von den Tausenden der arbeitenden Volksclassen wiederholt wurde, die zwar keine genaue Vorstellung davon hatten, um was es sich handelte, aber wohl fühlten, daß eine große Ungerechtigkeit gegen das Land und gegen das Volk begangen seyn mußte, wenn der Handwerker seine Werkstätte, der Student seine Bücher, der vornehme Herr seinen Salon verließ, um auf die Straße zu stürzen und im Kampfe gegen die Truppen der Regierung sein Leben auf das Spiel zu setzen. Auch fehlte es nicht an einem Zeichen, welches Allen, dem Vornehmsten wie dem Geringsten, gleich verständlich war. Ohne Verabredung und doch mit einer Uebereinstimmung, die nur aus einem längst genährten, gemeinschaftlichen Gefühle hervorgehen konnte, wurde auf den verschiedensten Punkten zu gleicher Zeit die dreifarbige Fahne entfaltet: das alte Banner, das die französischen Heere viele Jahre in ganz Europa zum Siege und Ruhme geführt, das Frankreich zwar Ströme von Blut gekostet, die französische Nation aber groß und mächtig gemacht und über alle Völker erhoben hatte, und das nicht eher den weißen Feldzeichen der Bourbonen gewichen

war, als bis die Fremden nach verzweifeltem Ringen es zu Boden geschlagen, die Fremden, welche zu Frankreichs Schmach ein halbvergessenes Fürstengeschlecht mit den Ansprüchen einer ganz vergessenen Zeit zurückgeführt hatten. Ueberall, wo das alte Banner des Sieges sich zeigte, wurde es mit freudigem Zuruf begrüßt; und seltsam genug scholl: »Es lebe der Kaiser! Es lebe die Charte! Es lebe die Freiheit!« durcheinander, als ob der Kaiser nicht seine vermessene, wenn auch großartige Selbstsucht längst durch den Tod gebüßt, als ob der Verrath, den er an der Freiheit begangen, sich nicht durch seinen Fall gerächt hätte, und als ob die Charte nicht ein Geschenk derselben Bourbonen gewesen wäre, gegen die sich jetzt alle Arme bewaffneten. Aber in dem Urtheile der Völker liegt immer ein tiefer Sinn, wenn dasselbe den Thatsachen auch noch so sehr zu widersprechen scheint. Wenn Napoleon auch gewiß niemals den Franzosen die Charte gegeben hätte, so wäre sie doch eben so gewiß ohne ihn niemals gegeben worden. Indem er die Revolution beendigte, befestigte er zugleich denjenigen Theil ihrer Errungenschaften, der in dem Boden Frankreichs lebenskräftige Wurzeln geschlagen hatte; und aus diesem Grunde verdiente er es wohl, daß sein Name mit jenem der Freiheit zusammen genannt wurde.

Der Beschluß, der am Abende des 27sten in der Versammlung bei Cadet-Gassicourt gefaßt war, sich der Bürgermeistereien zu bemächtigen und durch die Einsetzung neuer revolutionairer Behörden den Aufstand zu ordnen, erhielt nur eine sehr unvollständige und zum Theil sogar zweideutige Ausführung. Bereits am 27sten hatten zwei achtbare Bürger aus dem Faubourg St. Germain mit ihrem Maire sich in die Tuilerien begeben, um dem Herzoge von Raguſa die Nothwendigkeit einer Bewaffnung der Nationalgarde zum Schutze der Personen und des Eigenthumes vorzustellen. Die Antwort, die sie erhielten, war, daß vor allen Dingen das Volk zur Ordnung zurückkehren müsse; eine Herstellung der Nationalgarde könne die bedenklichsten Folgen haben, wenn sich schlechte Bürger in dieselbe einschlichen; das Beste was die Bewohner von Paris thun könnten, sey, sich ruhig zu Hause zu halten. Am Morgen des 28sten fragten mehrere ehemalige Nationalgardisten bei dem Maire des zweiten Stadtviertels an, ob sie sich bewaffnen sollten. Der Beamte, ein verständiger Mann, der die Anfragenden kannte und nicht daran zweifelte, daß ihr einziger Zweck die Erhaltung der Ruhe und Ordnung war, wagte es doch nicht, die Entscheidung in einer so wich-

tigen Sache über sich zu nehmen. Er eilte in die Tuilerien, um sich von dem Fürsten Polignac, der sich aus seiner Wohnung bereits in das Schloß geflüchtet hatte, Verhaltungsbefehle zu erbitten. Von diesem an den Herzog von Ragusa gewiesen, auf den durch den Belagerungszustand der Stadt alle Gewalt übergegangen war, wurde er bedeutet, daß zu einer Bewaffnung der Nationalgarden keine Ermächtigung ertheilt sey, und daß ein solcher Schritt für die letzten nicht ohne Gefahr seyn würde. In der Bürgermeisterei des ersten Stadtviertels, welches den Faubourg St. Honoré umfaßt, fand sich eine große Anzahl Nationalgardisten in Uniform ein, ohne eine Aufforderung abzuwarten. Da diese Bewegung verdächtig erschien, so wurde ein Bataillon des 6ten Garderegimentes abgeschickt, um die Zusammenrottung zu zerstreuen und die Theilnehmer gefangen abzuführen. Kein Flintenschuß fiel bei dem Anrücken der Truppen; vielmehr riefen die Nationalgardisten zu ihrer Rechtfertigung aus: »Wir sind hier nur, um das Eigenthum zu schützen!« »Zu demselben Zwecke kommen auch wir!« entgegnete der befehligende Officier, Herr von Sala. Es erfolgte ein lebhafter Wortwechsel, der damit endigte, daß die Nationalgardisten, zufriedengestellt, ihre Waffen niederlegten und einzeln nach Hause gingen. Ein Auftritt anderer Art, aber nicht weniger bezeichnend für die Stimmung des vermögenderen Theiles der Bürgerschaft, ereignete sich auf der Bürgermeisterei des Viertels der Petits-Pères. Hier waren am frühesten Morgen mehrere feurige, junge Männer eingedrungen, indem sie, von einem Volkshaufen unterstützt, den Posten überwältigt hatten. Die Gewehre, die sich vorfanden, wurden vertheilt, und es wurde der Generalmarsch geschlagen. Bei dem wohlbekannten Schalle erhoben sich die Bürger der Nachbarschaft aus ihrer Ruhe, legten ihre Uniformen an und eilten auf den Sammelplatz. Eine Abtheilung sonderte sich ab und marschirte nach der Bank, um den dort aufgestellten Militairposten zu verstärken, von dem sie als willkommene Bundesgenossen aufgenommen wurde. Die übrigen begaben sich nach der Bürgermeisterei, wo sie mit den wilden Gestalten der gleich ihnen bewaffneten Menschen aus den niedrigsten Volksclassen ein sonderbares Gemisch bildeten. Da werden Flintenschüsse ganz in der Nähe gehört. Mehrere der Anwesenden wollen hinausstürzen, ihren kämpfenden Brüdern zu Hülfe. Aber die Nationalgardisten halten sie zurück, und einer derselben ruft aus: »Was beginnt Ihr? Man wird uns für feindlich halten.« »Und das mit Recht!« antwortet der Füh-

rer der Bande, die den Posten genommen hatte, indem er das Gewehr auf den pflichtgetreuen Bürger anschlägt und ihn niederzuschießen droht, wenn er nicht Raum gebe: »Anders verstehen wir es nicht.« Das Gefühl, welches bei dem eigentlichen Bürgerstande jedes andere verdrängte, war die Besorgniß vor einer Gefährdung seines Vermögens und Eigenthumes, sobald die besitzlosen arbeitenden Classen die Oberhand gewännen. Nicht wenige der ehrlichen, mit allen ihren Gedanken und Bestrebungen in den engen Kreis ihres bürgerlichen Lebens gebannten Leute waren durch den Anblick der in blaue Leinenkittel oder grobe Tuchjacken gekleideten Schaaren, die, mit Flinten, Spießen, verrosteten Schwertern, Aexten und Eisenstangen bewaffnet, sich den Truppen der Regierung entgegenwarfen, in solchen Schrecken gesetzt, daß sie nichts Geringeres erwarteten, als eine allgemeine Plünderung, die ohne Zweifel ihren Anfang nehmen werde, so wie der Tumult nur noch etwas höher gestiegen sey.

Aber es ist ein sonderbarer Irrthum, wenn man glaubt, daß der äußere Besitz in irgend einer Weise den Werth des Menschen bestimme. Der Besitz gewährt allerdings die Mittel, sich leichter zu einer Stufe geistiger Bildung zu erheben, die nicht ohne Aufwand von Zeit und Mühe erlangt werden kann; aber er bedingt so wenig an und für sich eine höhere Bildung, daß er vielmehr nicht selten die edelsten Seelenkräfte lähmt, indem er den Sinn von dem ewigen Reiche des Geistes abzieht und dem vergänglichen Gebiete der wandelbaren Materie zuwendet. Die erhebendsten Beispiele großmüthiger Aufopferung in der Geschichte sind daher viel seltener von den Reichen und mit Glücksgütern Gesegneten, als von den Armen, Mittellosen ausgegangen. Nur dann sinkt der Unbegüterte in den verächtlichen Zustand des für alle höhere Regungen unempfänglichen Sclaven herab, wenn die Gesellschaft ihn aus ihrer Mitte verstößt und durch die Versagung bürgerlicher Rechte unter die Würde des Menschen erniedrigt. In der Hauptstadt Frankreichs, die der Sammelplatz so vieler Tausende der verworfensten Verbrecher ist, war dennoch das Eigenthum niemals in höherem Grade gegen jeden unberechtigten Eingriff gesichert, als nachdem durch den Vertragsbruch eines in beklagenswerther Selbsttäuschung befangenen Fürsten alle Bande der bürgerlichen Gesellschaft gelöst waren. Der besitzlose Arbeiter, dessen Angehörige vielleicht den drückendsten Mangel litten, während er selbst bereit war, sein Leben für einen dunkeln Begriff von Freiheit hinzugeben, ließ das Gold und Silber seiner reichen

Mitbürger unberührt, die keinen andern Schutz hatten, als sein eigenes Gefühl der Ehre und seine freiwillige Anerkennung der Unverletzlichkeit des Eigenthumsrechtes. So tief war die Achtung vor der bestehenden Ordnung und vor den in dieser begründeten Gliederungen der Gesellschaft in ihm gewurzelt, daß er überall, wo Männer aus den höheren oder gebildeteren Classen sich an seine Spitze stellten, ohne Bedenken sich freiwillig ihrer Leitung und ihren Befehlen unterordnete.

Durch den Eifer muthiger Bürger hatten sich von selbst mehrere Mittelpunkte des Widerstandes gebildet, um die sich die streitlustigen Massen zusammendrängten. Der Abgeordnete Audry de Puyraveau, der Eigenthümer einer großen Frachtfuhrwerksunternehmung, hatte die Thore seiner geräumigen Behausung weit geöffnet und vertheilte Gewehre und Schießbedarf an Jeden, der danach verlangte. Ein anderer vermögender Bürger, Gisquet, der die Nacht benutzt hatte, um Kriegsvorräthe in seiner Wohnung aufzuhäufen, verfuhr auf gleiche Weise. Der Theaterdirector Etienne Arago führte zwei große Packwagen mit Waffen auf den Börsenplatz und gab sie dort dem Volke Preis. Der reiche Buchhändler Joubert hatte sein Magazin in der Passage Dauphine in eine Rüstkammer verwandelt und bewaffnete die zahlreichen Drucker und Setzer, die sich hier versammelten. In dem Faubourg St. Jacques griffen die Studirenden der Rechts- und der Arzneischule, die hier, in dem sogenannten quartier latin, ihre Wohnung hatten, zu ihren Pistolen und Jagdflinten und eilten nach den Orten, wo man zunächst ein Zusammentreffen mit dem Militair erwartete. Schon war der Kampf auf hundert verschiedenen Punkten entbrannt, da die Truppen, so wie sie aus ihren Casernen ausrückten, überall mit Flintenschüssen begrüßt wurden. Es war zehn Uhr des Morgens, als den Zöglingen der polytechnischen Anstalt, die umsonst der Rückkunft ihrer Abordnungen an Lafayette und Laffitte entgegensahen, angekündigt wurde, daß sie zur Strafe ihres Ungehorsams sämmtlich entlassen wären. Alle verließen sogleich, die meisten in großer Uniform, die Anstalt. Auf der Rue Montagne-Ste.-Geneviève, wo, wie überall selbst in den entlegensten Stadttheilen, zahlreiche Volkshaufen die Straße einnahmen, wurden sie mit dem Rufe empfangen: »Es lebe die polytechnische Schule!« »Es lebe die Freiheit! Es lebe die Charte!« antworteten die Schüler. Einer von ihnen schwenkte den Hut in die Luft, riß die weiße Cocarde ab und trat sie mit Füßen, indem er

ausrief: »Nieder mit den Bourbonen!« Alle übrigen folgten seinem Beispiele. Darauf wandten sie sich nach dem Innern der Stadt und zerstreuten sich, theils um ihre Freunde und Verwandten aufzusuchen, von denen viele zurückgehalten wurden, theils um die kämpfenden Volkshaufen, die hoch erfreut waren, solche Genossen zu haben, gegen den Feind — gegen die Truppen des Königs — zu führen.

Während auf diese Weise der Volksaufstand die ersten, obwohl sehr rohen Anfänge einer festen Organisation gewann, entwarf der Herzog von Ragusa, der den größten Theil der Garden und die Schweizerregimenter auf dem Carrousselplatze zwischen dem Louvre und den Tuilerien zusammengezogen hatte und mit starken vorgeschobenen Truppenabtheilungen auf der einen Seite den Vendômeplatz, auf der andern den Platz des Palais Royal besetzt hielt, seinen Plan zur Unterdrückung der aufrührerischen Bewegung. Der Marschall Marmont, beim Volke verhaßt, welches seinem Verrathe den Verlust von Paris und den Sturz Napoleon's im Jahre 1814 zuschrieb, war ein zu hoch gebildeter Mann, als daß er die beschränkten Ansichten, von denen Karl in seiner Regierung ausging, hätte theilen oder billigen können; er hatte sich bei dem Erscheinen der Ordonnanzen mit dem größten Unwillen gegen dieselben ausgesprochen. Aber seine Vorstellungen von militairischer Ehre und Pflicht, zum Theil wohl auch seine persönlichen Verhältnisse, da er, tief verschuldet, außer der Gunst des Hofes keine Rettung sah, gestatteten ihm nicht, das Vertrauen, welches ihm durch Uebertragung des Oberbefehls bewiesen wurde, abzulehnen. Der Herzog war jedoch nicht genug Hofmann, um zu wissen, daß eine der ersten Bedingungen, wenn er am Hofe sein Glück machen wollte, jene war, keine unangenehme Wahrheit zu sagen. Der vollkommene Höfling läßt eher den Staat zu Grunde gehen, als daß er es versuchte, seinen Fürsten aus einer Täuschung zu reißen, in der dieser sich gefällt. Der Herzog von Ragusa schickte des Morgens um neun Uhr, so wie er selbst von dem Zustande der Hauptstadt hinreichend unterrichtet war, eine Depesche an den König, worin er meldete, daß die Unruhen des vorhergehenden Tages sich ernster und drohender wiederholten. »Es ist nicht mehr ein Auflauf,« sagte er, »sondern eine Revolution. Es ist dringend erforderlich, daß Ew. Majestät Maßregeln der Beruhigung ergreifen. Die Ehre Ihrer Krone kann noch gerettet werden; morgen ist es vielleicht nicht mehr Zeit.« Die Antwort, die der Marschall erhielt, war der vom Könige unterzeichnete Befehl, der Paris in Belage-

rungszustand versetzte, und den Fürst Polignac ihm zusandte. Gegen Mittag waren alle Anordnungen getroffen, welche die dem Marschall zu Gebote stehenden Mittel zuließen, um den Widerstand des Volkes mit Gewalt zu brechen. Der Plan war einfach, aber auf die Umstände, wie auf die Oertlichkeit wohl berechnet. Zwei starke Colonnen, aus Reiterei, Fußvolk und Geschütz zusammengesetzt, sollten die eine auf dem geraden Wege längs der Seine gegen den Grèveplatz und das Hôtel de Ville aufbrechen, die andere in dem weiten Halbkreise der nördlichen Boulevards bis zum Platze der Bastille ziehen und von da durch die Rue St. Antoine nach dem Hôtel de Ville herabsteigen, um sich mit der ersten Colonne zu vereinigen. Die Truppen konnten ihrer zu geringen Zahl wegen diese beiden großen Linien unmöglich in ihrem ganzen Umfange besetzt halten; man glaubte jedoch, daß sie, wenn sich auch in ihrem Rücken neue Zusammenrottungen bildeten, immer im Stande seyn würden, dieselben auseinander zu sprengen. Dadurch wäre der Aufstand in die volkreichen Quartiere im Innern der Stadt zusammengedrängt worden, in denen er, jeder Nahrung von außen beraubt, zuletzt nothwendig ersticken mußte. Um diesen Zweck zu erreichen, war es unerläßlich, die von den Truppen durchzogenen Linien in ununterbrochener Verbindung zu erhalten, weil sonst die empörte Bevölkerung innerhalb des ihr überlassenen Raumes eine durchaus freie und ungestörte Bewegung gehabt hätte und sich aus demselben, wie aus einem festen Platze, mit überlegener Macht auf jeden augenblicklich geräumten oder vernachlässigten Punkt des Umkreises stürzen konnte. Deshalb wurde dem General Quinsonnas der Befehl ertheilt, mit zwei Bataillonen der Garde und zwei Geschützen den Marché des Innocents im Herzen der Stadt zu besetzen und von hier aus die Rue St. Dénis nach Norden bis zu den Boulevards, nach Süden bis zu der Seine zu säubern.

Die erste Colonne, welche zwei Bataillone der Garde mit zwei Geschützen bildeten, rückte unter dem Befehl des Generals Talon auf dem Quai längs des rechten Seineufers vor, ohne auf den geringsten Widerstand zu stoßen. Am Pont Neuf schloß sich das 15te leichte Infanterieregiment an, welches hier aufgestellt war, und die Colonne ging hierauf über die Brücke, das rechte Seineufer verlassend, nach der Insel der Altstadt über, wo sie den Quai de l' Horloge entlang bis zum Pont Notre-Dame marschirte. Hier wurde einen Augenblick Halt gemacht; denn der Grèveplatz auf dem andern

Ufer und alle Straßen, die nach demselben führen, waren von Bewaffneten gefüllt, und durch die Rue Planche-Mibray, dem Pont Notre-Dame gegenüber, stürzten unter Trommelschall zahlreiche Schaaren nach den Quais der Garde entgegen. Mit einem Male wurden am Eingange der Brücke die beiden Stücke Geschütz aufgefahren; eine Kartätschenlage, und die Trommel verstummte; die Straße war geleert, nur Todte oder schwer Verwundete bedeckten das Pflaster. Die Garde drang jetzt über die Brücke, besetzte die Quais de Gèvres und Pelletier, und verbreitete sich über den Grèveplatz, während die Volksmassen eilig in die Nebenstraßen entwichen, aus denen nur die Kühnsten ein schwaches Gewehrfeuer unterhielten. Auch das Hôtel de Ville wurde von den eingedrungenen Bürgern geräumt, indem diese, nachdem sie ihre Flinten abgefeuert hatten, durch die Hinterthüren entflohen. Inzwischen war das 15te leichte Regiment auf dem jenseitigen Ufer zurückgeblieben, wo es, das Gewehr bei Fuß, als ob der ganze Kampf dasselbe nichts anginge, den Marché aux Fleurs einnahm. Bald eilten bewaffnete Bürger bei den Soldaten vorüber, die theils aus dem Faubourg St. Jacques, theils von der Passage Dauphine herkamen, und sich auf den Quais der Altstadt aufstellten, von wo sie, durch das hohe Parapet gedeckt, ihre sicher treffenden Kugeln in die dichten Reihen der Garde auf dem Grèveplatze sandten. Die Linientruppen machten keine Bewegung zur Unterstützung ihrer Kameraden, und der befehligende Officier begnügte sich, wenn neue Haufen bei ihm vorüberzogen, mit dem Degen auf die blutenden und verwundeten Arbeiter zu weisen, die vom Kampfplatze getragen wurden, und ihnen zu sagen: »Da seht Ihr es! Um Gottes Willen geht nicht dahin!« So laue Ermahnungen verwehten im Sturme ungehört. Die Erbitterung des Volkes hatte einen so hohen Grad erreicht, daß der Anblick des gewissen Todes keine Macht mehr ausübte. Auf der Hängebrücke, die oberhalb des Pont Notre-Dame nach dem Grèveplatz führt, war ein Geschütz aufgepflanzt. Zu wiederholten Malen stürmten helle Haufen heran, um die Brücke zu nehmen; zu wiederholten Malen mußte sie durch Kartätschen gereinigt werden. Ein junger Mensch, der eine dreifarbige Fahne trug, stürzte unter dem Rufe voran: »Wenn ich sterbe, meine Freunde, so gedenkt, daß ich von Arcole heiße!« Er fiel, von Kugeln durchbohrt; aber die Brücke hat seitdem seinen Namen behalten. Eine Abtheilung der Garde rückte vor, um die Stürmenden abzuwehren; sogleich verschwanden diese in den

Straßen, die nach dem Quai ausgehen, und die durch eilig aufgeworfene Barricaden versperrt waren.

Mittlerweile hatte die zweite Colonne, die, aus einem Bataillone der Garde, einem Bataillone des 6ten Linienregimentes, zwei Schwadronen Lanciers und einer Abtheilung Cuirassiere nebst zwei Geschützen bestehend, unter dem Befehle des Generals de St. Chamans von den Tuilerien ausgerückt war, ihre Richtung durch die Boulevards nach dem Bastillenplatze genommen, ohne erheblichen Widerstand zu finden, bis sie in die Nähe der Porte St. Dénis und der Porte St. Martin gelangte. Hier wurde sie von den wüthenden Volkshaufen, die sich von allen Seiten zusammendrängten, mit solchem Ungestüme angegriffen, daß sie Halt machen und Feuer geben mußte. Die Soldaten hatten aber blind geladen, und es fielen weder Todte noch Verwundete. Die Menge, die im ersten Augenblicke zurückwich und auseinanderstob, hatte sich hiervon kaum überzeugt, als sie unter lautem Gelächter zurückkehrte und den Angriff erneute. Jetzt rücken die Geschütze vor; in dem Augenblicke, wo sie abgefeuert werden sollen, wirft sich ein dreizehnjähriger Knabe auf den Officier, und streckt ihn durch einen Pistolenschuß todt zu seinen Füßen nieder. Die Colonne setzt ihren Marsch fort; aber die Volksmasse, die sich vor ihr öffnet, sammelt sich in ihrem Rücken von Neuem. Die hohen, prächtigen Bäume der Boulevards fallen unter den Streichen der Axt; und es werden Verhaue und Barricaden errichtet, die es den Truppen unmöglich machen, ihre Schritte zurückzuwenden. Auf dem Bastillenplatze stößt der General de St. Chamans auf eine zahlreiche Zusammenrottung, in der sich nur Unbewaffnete, so wie Weiber und Kinder aus den niedrigsten Volksclassen finden. »Brot! Arbeit!« ist der Ruf, der ihn hier empfängt. Er mischt sich unter den bunten, kläglichen Haufen, und vertheilt alles baare Geld, das er bei sich trägt, während seine Truppen, um in die Rue St. Antoine einzudringen, durch die sie ihren Weg nach dem Grèveplatz verfolgen sollen, sich in Schwadrons- und Bataillonscolonnen formiren. So wie die erste Schwadron sich am Eingange der Straße zeigt, wird sie aber mit einem so lebhaften Feuer von allen Ecken der Nebenstraßen begrüßt, daß der General, um nicht einen zu großen Theil seiner Mannschaft aufzuopfern, es vorzieht, den weiten Umweg über die südlichen Boulevards zu machen, um die Tuilerien wieder zu gewinnen. Er geht über die Brücke von Austerlitz und läßt auf dem Bastillenplatze nur die Cuirassiere und eine Abtheilung

Lanciers zurück. Während die Truppen des Generals de St. Chamans sich allmälig ganz von jenen belebteren Stadttheilen entfernten, die der Schauplatz des Kampfes waren, traf auf dem Bastillenplatze das 50ste Linienregiment ein, welches von seiner Caserne her kam und, mit den zurückgebliebenen Reitern vereinigt, die Richtung durch die Rue St. Antoine nach dem Hôtel de Ville einschlug. Der Marsch war lang und blutig; in allen Nebenstraßen und in nicht allzu weiten Zwischenräumen auch in der Hauptstraße waren Barricaden errichtet, von denen unsichtbare Feinde ein mörderisches Feuer unterhielten. Aus allen Fenstern regnete es Steine, Ziegel, Flaschen, Töpfe und Hausgeräth auf die Truppen. So wie eine Barricade genommen war, verschwanden die Vertheidiger, indem sich ihnen die Thüren der Häuser öffneten, die hinter ihnen sogleich wieder verschlossen wurden. Jeder Schritt mußte erkämpft werden, und als endlich die Kirche St. Gervais erreicht war, erkannte der Befehlshaber die Unmöglichkeit, auf dem geraden Wege weiter vorzudringen. Er ließ daher unter dem Schutze eines Scheinangriffs, den die Lanciers mit bewunderungswürdiger Aufopferung ausführten, links abschwenken und gewann den Quai de la Grève, auf dem er ohne weitere Anfechtung zum Hôtel de Ville gelangte. Hier hatte der Kampf inzwischen die ernsteste Gestalt angenommen. Alle Häuser waren mit Bewaffneten gefüllt, und es wurde aus allen Fenstern auf die Garden gefeuert, die auf dem Platze standen. Die längst erwartete Verstärkung war daher im höchsten Grade willkommen, aber die Hülfe, die sie bringen sollte, erwies sich als sehr unzureichend. Die Truppen, die auf ihrem Marsche durch die Rue St. Antoine schweren Verlust erlitten, waren halb für das Volk gewonnen. In den Ruf: »Es lebe die Charte!« der sie vor jeder Barricade empfing, war der andere: »Es lebe die Linie!« gemischt. Die Soldaten, die wohl verstanden, daß das Volk sie nicht als Feinde betrachte, weigerten sich, länger gegen dasselbe zu fechten; sie wurden daher in den Hof des Hôtel de Ville gewiesen und ihnen die Patronen abgenommen, welche unter die Garden vertheilt wurden, die treuer zu der Sache des Königthumes hielten. Eine Abtheilung Schweizertruppen, die von den Tuilerien den Garden vor dem Hôtel de Ville zu Hülfe geschickt wurden, rückte im Sturmschritte auf den Quais heran. Der Anblick ihrer rothen Uniformen schien die Wuth der kämpfenden Pariser zu verdoppeln; aus jeder der kleinen Gassen, die auf den Quai de la Megisserie und auf den Quai des Grèves ausmünden, stürzten

Hunderte von erbitterten Streitern; um eine Barrière, die in der Eile errichtet war, entspann sich der hitzigste Kampf. Da erschienen auf der andern Seite die Garden vom Grèveplatze; schon wichen die zwischen zwei Feuer Genommenen, als ein Jüngling, die dreifarbige Fahne schwingend, mit dem Rufe: »Ich werde Euch zeigen, wie man sterben muß,« sich dem neuen Feinde entgegenwirft. Zehn Schritte von der Colonne fällt er, zum Tode getroffen. Aber sein Beispiel begeistert die Wankenden zu gleicher Todesverachtung; erst nachdem der Quai mit den Leichen beider Theile bedeckt ist, behauptet die Truppe den Platz.

Einen nicht weniger heißen Kampf hatte der General Quinsonnas auf dem Marché des Innocents zu bestehen. Das Bataillon, welches er die Rue St. Dénis hinaufschickte, um die Straße bis zu den Boulevards frei zu erhalten, konnte nur unter unsäglichen Anstrengungen die Porte St. Dénis erreichen. Bei der Cour Batave wurden seine Reihen durch ein mörderisches Gewehrfeuer gelichtet. Dreißig Mann waren todt oder kampfunfähig; der Oberst von Pleineselve wurde, tödtlich verwundet, auf einer Bahre getragen; und im Rücken des Bataillons war, so wie es weiter vorrückte, die ganze Straße mit Barricaden bedeckt worden, so daß an eine Umkehr nach dem Marché des Innocents nicht zu denken war. Hier mußte General Quinsonnas, der mit einem einzelnen Bataillon zurückgeblieben war, das Feuer aus den Fenstern der den Platz einfassenden Häuser aushalten, ohne nach irgend einer Seite durchbrechen zu können, weil sich rings um ihn her ein Kranz von todtdrohenden Barricaden erhoben hatte.

Auf der Place des Victoires, welche durch die Rue Notre-Dame des Victoires mit dem Börsenplatze und mit dem Boulevard Montmartre verbunden und sowohl vom Palais Royal, als vom Louvre und den Tuilerien her leicht zugänglich ist, stand der General Wall mit einer starken Abtheilung Linientruppen, welche den Auftrag hatten, die benachbarten Straßen und Plätze frei zu erhalten. Hier beobachteten die Parteien einander; und während ganz in der Nähe das Kleingewehrfeuer und der Kanonendonner ohne Unterlaß erschallte, sah man Weiber aus den niederen Volksclassen große Krüge voll Wasser und Wein herbeitragen, mit denen sie die vor Hitze verschmachtenden Soldaten erquickten. Dennoch ruhte auch hier der Kampf keineswegs. Die Detaschements, denen die Erhaltung der Verbindungen oblag, konnten keine Bewegung ausführen, bei der sie nicht durch Flintenschüsse begleitet worden wären. Einer Compagnie

des 5ten Regiments, die auf den Börsenplatz rückte, warf sich ein einzelner Arbeiter entgegen, der gerade auf den Capitain zulief und ihn mit einer schweren Eisenstange über den Kopf schlug. Der wackere Officier, dessen Gesicht mit Blut überströmt war, wankte, hatte aber noch Kraft genug, um mit dem Degen die Bajonnette aufzuheben, die den Verwegenen durchbohren sollten. Auf keinem der unzähligen Punkte, auf denen gekämpft wurde, fehlte es an Zügen der rücksichtslosesten Todesverachtung und der edelsten Großmuth. Die ganze Bevölkerung von Paris war in einem Zustande der Aufregung, der oft sich dem Wahnsinn näherte, zugleich aber alle Seelenkräfte weit über ihr gewöhnliches Maß steigerte. Knaben, die kaum dem Kindesalter entwachsen waren, kämpften in den Reihen der Männer; schwache Frauen trugen schwere Steine in die oberen Stockwerke der Häuser, um dieselben auf die vorüberziehenden Colonnen der königlichen Truppen herabzustürzen; Mütter schickten ihre Söhne in den Kampf; den Verwundeten waren alle Häuser geöffnet; überall fanden sie die sorgsamste weibliche Pflege.

Das, woran unter der Bevölkerung, die so bereitwillig ihr Leben für eine von ihr nicht begriffene, ja der größeren Zahl sogar fremde Sache hingab, Niemand zweifelte, war, daß die zu Paris anwesenden Abgeordneten, die Häupter der Volksvertretung, deren Rechte zunächst verletzt waren, eilen würden, an die Spitze der Bewegung zu treten, sobald diese sich nicht länger als ein gewöhnlicher Straßenauflauf betrachten ließ. Hunderte von Menschen drängten sich um die Wohnung Audry de Puyraveau's, wo, wie man wußte, die Abgeordneten sich gegen Mittag versammeln wollten. Unter den Ersten, die erschienen, waren Lafayette und Laffitte, die mit lautem Zuruf begrüßt wurden. Nachdem eine hinreichende Zahl vereinigt war, übernahm der letzte den Vorsitz; und der Advocat Mauguin ergriff zuerst das Wort. »Das Volk ist erwacht,« sagte er; »wir hören hier den Donner der Kanonen und den Schall des Gewehrfeuers. Wir dürfen nicht länger zögern. Die Revolution hat begonnen; an uns ist es, sie zu leiten.« Mehrere der Anwesenden unterbrachen den Redner, der seine Stimme aber nur kräftiger erhob, und mit flammendem Auge ausrief: »Ja, meine Herren, es ist eine Revolution, die uns ruft; wir haben nur zu wählen, ob wir für das Volk oder für die königliche Garde Partei nehmen wollen.« General Sebastiani und Charles Dupin erhoben sich mit einem Unwillen, der den Schrecken nur schlecht verbarg, und erklärten, daß sie sich auf der

Stelle entfernen würden, sobald von einem Schritte die Rede wäre, der außerhalb der gesetzlichen Ordnung läge. Lafayette lächelte verächtlich und bemerkte, daß er nicht einsehe, wie man die gesetzliche Ordnung mit dem Moniteur und mit dem Gewehrfeuer, das jetzt zwei Tage dauere, vereinigen wolle. Guizot entgegnete, seiner Meinung nach dürfe man durch keine Unklugheit das gute Recht bloß stellen, in dem man sich befinde. »Auf der andern Seite,« sagte er, »ist es allerdings nothwendig, daß wir sobald als möglich dem Volke ein Zeichen unserer Gegenwart geben; nur haben wir nicht für die eine oder die andere Seite Partei zu ergreifen, sondern wir müssen eine vermittelnde Stellung einnehmen. Um diese zu behaupten, dürfen wir uns von der gesetzlichen Ordnung nicht entfernen. So können wir dem Könige zeigen, wie er durch seine Minister getäuscht worden ist, und dadurch zugleich der Bewegung des Volkes Einhalt thun.« In diesem Augenblicke brachte ein junger Mensch, der von der Nähe des Kampfplatzes kam, die falsche Nachricht von der Wiedereinnahme des Stadthauses durch die Bürger. »Jetzt wird man,« rief Audry de Puyraveau aus, »uns doch wohl von einer Bittschrift an den König nicht mehr sprechen!« »Von einer Bittschrift,« entgegnete Guizot, »ist allerdings nicht mehr die Rede; wohl aber bringe ich den Entwurf zu einer Protestation —.« »Lassen Sie sehen! lassen Sie sehen!« hieß es von allen Seiten. Guizot verlas hierauf folgendes Actenstück:

»Die Unterzeichneten, welche von den durch die Kraft einer königlichen Verordnung in Gemäßheit der constitutionellen Charte und der Wahlgesetze ernannten Wahlcollegien der Bezirke und der Departements regelmäßig zu Abgeordneten erwählt und gegenwärtig zu Paris anwesend sind, halten es durch ihre Pflicht gegen den König und gegen Frankreich für unbedingt geboten, gegen die Maßregeln zu protestiren, welche die Absichten des Königs täuschende Räthe der Krone zum Umsturze der gesetzlichen Ordnung der Wahlen und zur Vernichtung der Preßfreiheit durchgesetzt haben. Die erwähnten Maßregeln, in den Verordnungen vom — — — enthalten, sind in den Augen der Unterzeichneten der constitutionellen Charte, den verfassungsmäßigen Rechten der Pairskammer, dem öffentlichen Rechte der französischen Nation, den Befugnissen und Entscheidungen der Gerichte geradezu entgegen und geeignet, den Staat in eine Verwirrung zu stürzen, welche auf gleiche Weise den Frieden der Gegenwart und die Sicherheit der Zukunft gefährdet. Demgemäß protestiren die Unter-

zeichneten, ihrem dem Könige und der constitutionellen Charte geschworenen Eide unerschütterlich treu, mit gemeiner Uebereinstimmung nicht allein gegen die erwähnten Maßregeln, sondern auch gegen alle Folgen, die aus denselben hervorgehen könnten. Und in Betracht, eines Theils, daß die Kammer der Abgeordneten, da sie nicht constituirt war, auch nicht gesetzlich aufgelöst werden kann, andern Theils, daß der Versuch, eine neue Kammer nach einem neuen und willkürlichen Verfahren zu bilden, in förmlichem Widerspruche mit der constitutionellen Charte und den von den Wählern erworbenen Rechten steht, erklären die Unterzeichneten, daß sie sich fortwährend als durch die Bezirks- und Departementscollegien, deren Stimmen sie erhalten haben, gesetzlich erwählte Abgeordnete betrachten, die nicht anders ersetzt werden können, als in Folge von Wahlen, die nach den Grundsätzen und in den Formen stattfinden, welche das Gesetz vorschreibt. Und wenn die Unterzeichneten nicht wirklich ihre Rechte ausüben und sich nicht aller der Pflichten entledigen, die ihnen durch ihre gesetzliche Wahl obliegen, so geschieht dies nur deshalb nicht, weil sie durch eine äußere Gewalt gehindert sind, gegen die sie nicht aufhören werden, zu protestiren.«

Mehrere der Anwesenden, unter diesen Lafayette, Mauguin, Audry de Puyraveau, Delaborde, von Schonen, fanden den Entwurf zu farblos, und glaubten, daß er seinen Zweck verfehlen würde; Laffitte bemerkte: gestern würde die Protestation genügt haben, heute, nachdem das Volk sein Blut bereits in Strömen vergossen habe, werde man sie schwerlich für genügend halten. Die Mehrzahl erklärte sich jedoch einverstanden, und es wurde beschlossen, das wichtige Actenstück durch den Druck bekannt zu machen. Casimir Périer, der schon vorher mit Laffitte über die Nothwendigkeit gesprochen hatte, den Herzog von Ragusa zu gewinnen, schlug vor, eine Abordnung an den Marschall zu schicken, um von diesem die Einstellung der Feindseligkeiten zu erlangen. »Dringender, als alles Andere,« sagte er, »ist es, dem Blutvergießen ein Ziel zu setzen. Denn wenn wir Vorstellungen machen und unterhandeln wollen, müssen wir uns zuvörderst wenigstens Gehör verschaffen. Vielleicht können wir Marmont bestimmen, uns einen Waffenstillstand zu bewilligen, während dessen wir unsere Beschwerden vor den König bringen.« Dieser Vorschlag fand allgemeinen Beifall; Laffitte wurde beauftragt, mit vier seiner Collegen, die er selbst auswählen sollte, und als die er Casimir Périer, Mauguin und die Generale Lobau und Gérard bezeichnete,

sich in die Tuilerien zu begeben; und die Versammlung ging auseinander, um, wie man verabredete, des Nachmittags um vier Uhr in dem Hause des Abgeordneten Bérard wieder zusammenzutreten.

Als die Abordnung die Tuilerien erreichte, war ihr bereits ein Mann zuvorgekommen, der, mit dem Herzoge von Ragusa persönlich befreundet, auf diesen einen großen Einfluß ausübte: der berühmte Astronom Arago, der auf seine eigene Verantwortlichkeit den kühnen Schritt wagte, den Marschall von der Fortsetzung der Feindseligkeiten abzumahnen. So wie Arago mit seiner riesigen Gestalt im Vorzimmer erschien, wurde er von den dienstthuenden Officieren, die dieses füllten, umringt; mehrere vergaßen sich so weit, gegen den waffenlosen Gelehrten, der als einer der entschiedensten Liberalen bekannt war, Drohungen auszustoßen; aber der Adjutant des Herzogs, ein Pole, Komierowski, trat an ihn heran und sagte, indem er die Hand an den Säbel legte: »So wie irgend Jemand sich an Ihnen vergreift, haue ich ihm die Faust mit der Wurzel herunter!« Arago wurde sogleich zum Herzoge geführt, der ihm, ehe er noch den Mund geöffnet hatte, den Arm wie zur Abwehr vor sich ausstreckend, mit barscher Stimme entgegenrief: »Schlagen Sie mir nichts vor, was mich entehren würde!« — »Das, was ich Ihnen vorschlagen will,« entgegnete Arago, »würde Sie nicht entehren, sondern ehren. Ich verlange nicht, daß Sie Ihren Degen gegen Karl X. kehren; aber lehnen Sie jeden Befehl ab, und eilen Sie zur Stunde nach St. Cloud!« — »Wie?« versetzte der Marschall: »Ich soll den Posten verlassen, den mir das Vertrauen des Königs angewiesen hat? Ich, ein Soldat, soll vor aufrührerischen Bürgern davon laufen? Europa soll sagen, daß unsere braven Truppen vor Volkshaufen gewichen sind, die mit Steinen und Stöcken bewaffnet waren? Unmöglich! Unmöglich! Sie kennen meine Gesinnungen; Sie wissen, ob ich diese verdammten Ordonnanzen gebilligt habe Aber ein furchtbares Verhängniß lastet auf mir, so möge denn mein Geschick in Erfüllung gehen.« — »Sie können dies Verhängniß besiegen,« wandte Arago ein. »Ein Mittel bleibt Ihnen, um in dem Gedächtnisse der Nation das Andenken an die Vergangenheit zu verwischen.« — Arago wurde durch einen Tumult unterbrochen, der sich im Vorzimmer erhob. Ein Mensch in der Jacke eines Arbeiters, eine schlechte Mütze auf dem Kopfe, war athemlos hereingestürzt; man wollte ihn verhaften; da gab er sich als den Adjutanten des Generals Quinsonnas zu erkennen. Er verlangte den Marschall zu sprechen, und meldete

diesem, daß die Truppen auf dem Marché des Innocents hart gedrängt würden, und nothwendig der Unterstützung bedürften. — »Wie? haben Sie keine Kanonen?« fragte der Marschall. — »Was können wir mit unsern Kanonen gegen die Pflastersteine und Meubles ausrichten, die uns aus jedem Fenster auf die Köpfe fallen?« war die Erwiderung. »Man verlangt Bataillone,« sagte der Herzog von Ragusa, indem er mit großen Schritten hin und wiederging; »ich habe keine Bataillone, die ich ihnen schicken könnte. Sie mögen sich herausziehen, so gut sie können.«

So wie der Adjutant abgefertigt war, nahm Arago seine Ermahnungen wieder auf, die auf den Herzog von Ragusa einen sichtlichen Eindruck hervorbrachten. »Nun gut,« sagte der Herzog halblaut: »Ich werde sehen, — diesen Abend« — »Diesen Abend!« unterbrach ihn Arago, »wie können Sie so sprechen? Diesen Abend werden Tausende von Familien in Trauer seyn; diesen Abend wird Alles beendigt seyn! Und wie der Kampf auch ausfallen möge, Ihre Lage bleibt immer gleich schrecklich. Werden Sie besiegt, so sind Sie verloren; siegen Sie, so wird man Ihnen nie dieses Blut verzeihen.« Der Marschall war tief erschüttert; und Arago, um ihn bei seiner schwächsten Seite zu fassen, fügte hinzu: »So muß ich Ihnen denn Alles sagen? Ich habe auf meinem Wege hieher in der Menge die bittersten Reden gehört: Man schießt das Volk mit Kartätschen nieder; das ist die Manier, wie Marmont seine Schulden bezahlt.« Marmont, vom auflodernden Zorne überrascht, griff nach dem Degen.

Man meldete die fünf Abgeordneten, welche mit dem Herzoge von Ragusa zu unterhandeln beauftragt waren. Arago zog sich zurück, aber im Abgehen ließ er gegen den Escadronchef Delarue, einen der Adjutanten des Herzogs, die Aeußerung fallen, daß die Truppen vielleicht noch vor dem Anbruche des nächsten Tages auf die Seite des Volkes übergegangen seyn würden, da er sie bereits auf dem Herwege auf verschiedenen Punkten mit den Bürgern vollkommen befreundet gesehen habe. Der Adjutant, durch diese Mittheilung betroffen, bat Arago, über eine so wichtige Thatsache mit dem Fürsten Polignac zu sprechen, und eilte auf Jenes Weigerung selbst zum Fürsten, kam aber nach wenigen Augenblicken ganz verstört zurück, und rief aus: »Wir sind verloren! Unser Minister versteht kein Französisch. Als ich ihm sagte: die Truppen gingen zum Volke über, antwortete er mir: »Wohlan, so muß man auch auf Truppen feuern!«

Die Bevollmächtigten wurden, so wie ihre Namen gemeldet waren, sogleich eingeführt. Laffitte, der als der Präsident der Abordnung in deren Namen das Wort nahm, schilderte in kräftigen Ausdrücken den traurigen Zustand, in den die Hauptstadt durch die Verletzung aller Grundgesetze des Landes versetzt sey; er sprach von den Gefahren, die daraus nicht allein für die Ruhe Frankreichs, sondern auch für die Sicherheit des Thrones hervorgehen könnten, und beschwor den Marschall, nicht länger das Blut seiner Mitbürger vergießen zu lassen. Der Herzog von Ragusa entgegnete, daß er über die Verfassungswidrigkeit der Ordonnanzen nicht urtheilen dürfe; er sey Militair, und die Ehre gebiete ihm, die Befehle zu vollziehen, die ihm der König ertheilt habe. So sehr er auch das Blutvergießen beklage, so könne er sich doch nicht eher auf eine Unterhandlung einlassen, als bis die Pariser die Waffen niedergelegt hätten. »Die Ehre gebietet Ihnen,« rief Laffite aus, »die Ehre! Es giebt aber nicht zwei Arten der Ehre; und die wahre Ehre gebietet vor allem Andern, kein Verbrechen an seinen Mitbürgern zu begehen.« — »Können Sie gegen mich diese Sprache führen, Herr Laffitte,« versetzte der Herzog, »Sie, die Sie mich kennen? Was kann ich thun? Ich theile Ihre Gefühle, aber ich bin durch die Pflicht gefesselt.« Darauf bat er die Abordnung, ihren Einfluß anzuwenden, daß die Bevölkerung von Paris zum Gehorsam zurückkehre. Laffitte versetzte, daß da, wo alle Rechte des Landes verletzt wären, ein solcher Gehorsam nicht zu erwarten sey. Um irgend einen Einfluß auf die Massen auszuüben, müßte man zuvörderst im Stande seyn, ihnen die Entlassung der Minister und die Zurücknahme der Ordonnanzen anzukündigen. Der Herzog von Ragusa erwiderte, daß dies nicht von ihm abhänge; das einzige, was er zu thun vermöge, sey, daß er an den König schriebe, um diesem das Verlangen der Abgeordneten mitzutheilen und dasselbe in seinem eigenen Namen zu unterstützen. Laffitte fragte hierauf den Marschall, ob er einige Hoffnung des Erfolges von diesem Schritte habe? Der Herzog von Ragusa schüttelte verneinend den Kopf. »In diesem Falle,« erklärte Laffitte, »bin ich entschlossen, mich mit Leib und Leben und Vermögen in die Bewegung zu stürzen.« Ein Officier trat ein und sprach einige Worte leise mit dem Herzoge. Dieser wandte sich mit einem Male gegen die Abordnung und fragte: »Würden Sie etwas dagegen haben, den Fürsten von Polignac zu sehen?« Da die Antwort verneinend war, begab sich Marmont in ein anstoßendes Ge-

mach, kehrte aber nach wenigen Minuten zurück. Der Fürst hielt es für unnöthig, die Abordnung zu empfangen, die demnach die Tuilerien verließ, ohne irgend etwas ausgerichtet zu haben.

Der Herzog von Ragusa war kurze Zeit vor der Ankunft der Bevollmächtigten veranlaßt worden, den Befehl zu der Verhaftung mehrerer Personen zu ertheilen, von denen man voraussetzte, daß sie den Aufruhr leiteten, und an deren Spitze sich Lafayette und Laffitte befanden. Schon am Morgen hatte Fürst Polignac Erkundigungen über die gesetzlichen Förmlichkeiten eingezogen, die bei der Einsetzung von Kriegsgerichten in einer Stadt im Belagerungszustande zu beobachten wären; und die Listen der Officiere, aus denen die Kriegsgerichte gebildet werden sollten, waren bereit. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß mit den Verhafteten, wenn jene Befehle ihre Vollziehung erhalten hätten, kurzer Proceß gemacht worden wäre. Der Marschall gab jedoch, nachdem er die Abordnung empfangen hatte, jeden Gedanken an Verhaftungen auf; er nahm den bereits ausgefertigten Befehl zurück, indem er bemerkte, daß es eine Treulosigkeit seyn würde, Männer verhaften zu lassen, welche über die Herstellung der Ruhe unterhandelten. Unmittelbar nach der Entfernung der Bevollmächtigten faßte der Herzog von Ragusa einen Bericht an den König ab, worin er über seine Zusammenkunft mit denselben Rechenschaft ablegte und dringend anrieth, die Forderung der Zurücknahme der Ordonnanzen zu genehmigen, zugleich aber versicherte, daß die Truppen sich in ihren Stellungen vier Wochen halten würden. Fürst Polignac hatte kurz vorher einen andern Bericht abgeschickt, der wahrscheinlich entgegengesetzte Rathschläge enthielt, und offenbar zum Zweck hatte, den König auf die Darstellung des Marschalls vorzubereiten. Der Oberstlieutenant Komierowski, der das Schreiben des Herzogs von Ragusa überbrachte, kam mit Schweiß und Staub bedeckt zu St. Cloud an. Unterwegs war zu Passy auf ihn gefeuert worden; drei Leute seiner Begleitung waren verwundet. Er schilderte dem König die Lage von Paris, wie er selbst sie gefunden hatte. Nach langem Zögern gab Karl X. ihm den mündlichen Bescheid: »Er möge dem Marschall sagen, daß er sich gut halten solle; er solle seine Truppen auf dem Carrousselplatze und auf dem Platze Ludwig's XV. zusammenziehen und nur mit Massen wirken.«

Auf die vierte Stunde des Nachmittags war die neue Versammlung der Abgeordneten angesetzt, die bei Bérard in der Rue neuve des Mathurins stattfand. Inzwischen waren beinahe von allen Punkten,

die der Schauplatz des Kampfes waren, die ungünstigsten Nachrichten eingegangen; die Truppen hatten überall, wo sie in einigermaßen beträchtlichen Massen vereinigt standen, die Oberhand behalten. Unter den kämpfenden Volksmassen, die laut nach Führern riefen und sich von allen bekannteren Namen verlassen sahen, fing an sich tiefe Entmuthigung zu verbreiten. Auch war die Zahl der Abgeordneten, die sich bei Bérard zusammenfand, ungleich geringer, als jene, die am Morgen bei Audry de Puyraveau versammelt gewesen war. Laffitte stattete im Namen der Bevollmächtigten Bericht über den Erfolg ihrer Bemühungen ab. Der Eindruck war ein sehr verschiedenartiger. Die Einen riefen in voller Entrüstung aus: »Jetzt dürfen wir nicht länger schwanken! Der Bürgerkrieg ist begonnen; sollen wir diese unglückliche Jugend und diese ganze Bevölkerung von Arbeitern vernichten lassen, ohne uns an ihre Spitze zu stellen, wir, die wir ihnen die Lehren gepredigt haben, die sie jetzt zur Ausführung bringen?« Andere schwiegen und verriethen die innere Beängstigung nur in ihren Zügen. Wieder andere knüpften Unterhaltungen unter einander an. »Man sagt, daß Paris im Belagerungszustande sey?« — »Das ist gewiß.« — »Werden Sie diesen Abend zu Hause schlafen?« — »Warum?« — »Man behauptet, daß mehrere Abgeordnete verhaftet werden sollten.« — »Den Teufel! Diese Ehrlosen!« — »Man muß sehen. Paris ist groß.« — »Wir werden uns immer herauszuziehen wissen.«

Mitten in diese unruhige Bewegung wurden Coste, der Eigenthümer des Temps, und zwei Mitarbeiter dieses Blattes, Audra und Barbarour, eingeführt. Sie brachten eine Probe der Protestation, in der sie alle Stellen gestrichen hatten, in denen des Königs Erwähnung geschah, die Coste aber abdrucken zu lassen verweigerte, wenn die protestirenden Abgeordneten nicht ihre Namen unterzeichneten. Dadurch entstand eine neue Verlegenheit. Umsonst beschworen die Muthigeren unter den Anwesenden ihre zitternden Collegen, endlich eine feste Partei zu ergreifen. »Die Jugend wird Sie vertheidigen, sie wird für Sie sterben. Wir sind auf einigen Punkten geschlagen, auf anderen sind wir Sieger; aber Alles geht aus Mangel an Einheit, an Leitung verloren. Haben Sie nicht auch jetzt schon Ihre Existenz gefährdet? Die Zeit drängt; jeder Augenblick der Zögerung ist die Quelle unsäglichen Unglücks. Verlassen Sie das Vaterland nicht, das Sie ehrt, das Sie liebt!« — Der geistreiche Villemain wußte auf diese erschütternden Worte nichts zu erwidern,

als daß die Zahl der Anwesenden zu gering sey, um die Protestation zu unterzeichnen; Karl X. werde sich nicht bedenken, ihre Köpfe fallen zu lassen. Empört unterbrach ihn der junge Audra, indem er ausrief: »Bisher haben wir unsere Köpfe Preis gegeben, mein Herr, ohne daran zu denken, was die Herren Abgeordneten thun würden; es ist Zeit, daß sie auch die ihrigen wagen!« General Sebastiani nahm seinen Hut und ging; ihn begleiteten auf seine Aufforderung Bertin de Vaux und General Gérard. Mehrere andere Abgeordnete folgten diesem Beispiele. Zuletzt blieben nur neun oder zehn zurück. Jetzt kamen wieder günstigere Nachrichten von dem Kampfplatze; das Gewehrfeuer in der Nähe und in der Ferne dauerte ununterbrochen fort. Da ergriff Guizot das Wort und schlug vor: Man möge, um, wie er sagte, die wohlbegründeten Besorgnisse Villemain's mit der gerechten Ungeduld der Jugend zu vereinigen, unter die Protestation nicht bloß die Namen der Anwesenden, sondern aller jener Abgeordneten setzen, die als entschiedene Liberale bekannt wären. Laffitte unterstützte diesen Vorschlag mit bitterer Ironie: »Auf diese Weise,« sagte er, »wird, wenn wir besiegt werden, Niemand unterzeichnet haben; wenn wir siegen, wird es an Unterzeichnern nicht fehlen.« Man schritt sogleich zum Werke, fand aber unter der Gesammtzahl von 430 Abgeordneten nur 62 Namen, auf die man mit einiger Sicherheit rechnen zu dürfen glaubte. Die Abgeordneten, welche die Versammlung verließen, wurden von den Volkshaufen, durch die sie sich hindurchdrängen mußten, mit lautem Unwillen empfangen; besonders gegen Sebastiani erhoben sich die heftigsten Verwünschungen; aber auch die Generale Gérard und Lobau wurden keineswegs geschont.

Nicht viel geringere Bestürzung, als unter den Vertretern der französischen Nation zu Paris, herrschte in der Umgebung des Königs zu St. Cloud. Auf die erste Nachricht, daß Paris in Aufruhr sey, trat hier eine Verwirrung ein, die nicht viel größer hätte seyn können, wenn die gefürchteten Revolutionaire bereits an den Thoren des Palastes erschienen wären. Die Dienerschaft lief durcheinander, und versäumte ihre gewöhnlichsten Obliegenheiten; von den Höflingen ergriffen viele die nächste Gelegenheit, ihre Personen gegen jeden ungünstigen Zufall in Sicherheit zu bringen, indem sie in aller Stille den Hof verließen. Im Laufe des Morgens stürzte Frau von Gontaut, die Erzieherin des Herzogs von Bordeaux, die Hände vor das Gesicht haltend, in den Saal der Garden und rief: »Retten Sie den König, meine Herren, retten Sie den König!« Im Au-

genblicke war Alles unter den Waffen. Herr von Damas, der mit dem jungen Prinzen im Park luſtwandelte, nahm ihn auf den Arm und ergriff, ſo eilig es ſein Alter geſtattete, die Flucht nach dem Schloſſe; Frau von Damas war im Begriffe, in Ohnmacht zu fallen; und dieſer ganze Schrecken hatte keine andere Veranlaſſung, als einen falſchen Lärmen, den einer der äußeren Wachtpoſten gemacht hatte. Bei alle dem war Karl X. ſo feſt von dem Erfolge überzeugt, daß nichts ihn in ſeinem Entſchluſſe erſchüttern konnte. Der Großjägermeiſter Alexander von Girardin hatte ſich am Morgen mit Caſimir Périer beſprochen, der ſeine Ueberzeugung gegen ihn äußerte, daß Frankreich ſich keine beſſere Regierung wünſchen könne, als jene der Bourbonen — ohne die Ultra, und ihn beſtimmte, ſich nach St. Cloud zu begeben, um den König zur Zurücknahme der Ordonnanzen zu vermögen. Alle Bitten, alle Beſchwörungen, die Herr von Girardin aufwandte, waren umſonſt. Während er mitten im Fluſſe ſeiner Rede war, erſchien die Herzogin von Berry und erklärte mit ihrer ſüdlichen Lebhaftigkeit, daß nur eine feſte Haltung die Majeſtät des Thrones retten könne. »Mein Gott, Madame,« entgegnete Herr von Girardin, »es ſind ja nicht meine Intereſſen, die ich hier vertheidige, ſondern die Ihrigen. Der König ſetzt nicht bloß ſeine Krone auf das Spiel, ſondern auch die Krone des Dauphins und die Krone Ihres Sohnes, Madame.« Karl X., um ſich von dem Ueberläſtigen auf eine gute Art zu befreien, ſchickte ihn zu dem Dauphin. Dieſer antwortete auf ſeine Vorſtellungen trocken: »Ich bin der erſte Unterthan des Königreiches, und als ſolcher darf ich keinen andern Willen haben, als den Willen des Königs.«

Nicht lange darauf kam Herr von Vitrolles, ein entſchiedener Royaliſt, der ſeit langer Zeit das unbedingte Vertrauen Karl's X. beſaß. Er drang in den König, mit den Aufrührern zu unterhandeln, indem er ihm vorſtellte, daß es zuweilen gut ſey, den Umſtänden nachzugeben, um ſie ſpäter deſto beſſer bemeiſtern zu können; dies ſey die Politik Mazarin's und in einem gewiſſen Maße ſelbſt jene Richelieu's geweſen. Karl X. äußerte ſeinen Widerwillen dagegen, den Aufruhr durch die Waffe der Liſt zu bekämpfen, und ſprach mit ſolcher Zuverſicht von dem unfehlbaren Siege, daß Vitrolles ſelbſt hingeriſſen wurde und zugab, daß er ſich in ſeiner Beurtheilung der Verhältniſſe getäuſcht haben möge.

Ein dritter Verſuch, den feſten Entſchluß Karl's X. zu brechen, wurde am Abende von dem General Vincent gemacht. Dieſer, ein

treuer Anhänger der Bourbonen, seit er von denselben zu Gnaden aufgenommen war, hatte mit dem bonapartistischen General Pajol, seinem alten Waffengefährten, einen großen Theil von Paris durchwandert; er hatte mit eigenen Augen gesehen, wie erbittert die regellosen Volkshaufen auf allen Punkten sich schlugen; er hatte gesehen, wie die königlichen Truppen, die den ganzen Tag hindurch gekämpft hatten, ohne in der feindlichen Stadt weder durch Speise, noch Trank gestärkt zu werden, erschöpft und ermattet vor Hitze, Hunger und Durst dahin sanken; von den Officieren, an die er sich gewandt, hatte er vernommen, daß man ohne Nachrichten von dem General Talon, wie von dem General de St. Chamans sey. Er ging deshalb nach St. Cloud, um den König zu unterrichten, wie die Lage der Dinge sich immer mehr verdüstere. Aber unterwegs begegnete er einem Herrn vom Hofe, dem er mittheilte, welche traurige Meldungen er überbringe, und der, als ächter Höfling, wohl wissend, daß die angenehme Lüge gewöhnlich eine dankbarere Aufnahme findet, als die unangenehme Wahrheit, nichts Eiligeres zu thun hatte, als dem General zuvorzukommen und den König zum voraus gegen seine Darstellung als eine sehr übertriebene einzunehmen. Karl X. empfing den General Vincent mit Kälte und begnügte sich auf seine beredte Schilderung zu erwidern: »Die Pariser sind in der Anarchie, und die Anarchie wird sie nothwendig zu meinen Füßen zurückführen.« Der General, in der Verzweiflung über die Erfolglosigkeit seiner Bemühungen und überzeugt, daß das Königthum verloren sey, wenn es nicht gegen den Willen des Königs gerettet werde, faßte einen verwegenen Entschluß. Er begab sich zu der Frau von Gontaut, schilderte dieser den Zustand der Hauptstadt und erklärte ihr, daß das ganze Schicksal der Monarchie jetzt von einer kühnen That abhänge. Er erbot sich, die Herzogin von Berry und ihren Sohn nach Paris zu führen. Dort sollte sich die Herzogin dem Volke zeigen und das zum Throne berufene Kind der Großmuth der kämpfenden Vorstädter anvertrauen. Frau von Gontaut wurde für den abenteuerlichen Plan gewonnen, und die Herzogin von Berry, deren romantischer Sinn sich gerade durch das Abenteuerlichste am leichtesten bestechen ließ, ging auf denselben ein. Alles zur Ausführung Erforderliche war verabredet, als die Treulosigkeit eines Vertrauten Karl X. den Anschlag verrieth, der auf diese Weise vereitelt wurde.

Inzwischen hatte der Herzog von Ragusa den Befehl erhalten,

seine Truppen in der Nähe der Tuilerien zusammenzuziehen. Er ließ daher den General Wall eine rückgängige Bewegung von der Place des Victoires nach dem Vendômeplatze machen, und befahl dem Oberstlieutenant von Maillardoz, der mit einem Bataillon Schweizer auf dem Quai de l'Ecole in der Nähe des Louvre stand, mit demselben nach dem Marché des Innocents vorzurücken und von dort den hart gedrängten General Quinsonnas zurückzuführen. Oberst Maillardoz drang durch die breite Rue de la Monnaie ohne Schwierigkeit bis zu der Ecke von St. Eustache vor, statt aber hier in die Rue Montmartre hinein zu schwenken, um nach dem Marché des Innocents zu ziehen, setzte er seinen Weg durch die gerade vor ihm sich eröffnende Rue Montorgueil fort. Hier wurde er von allen Seiten mit Flintenschüssen empfangen, und erst, als er bis zu der Querstraße Rue Mandar gekommen war, welche die Rue Montorgueil und die Rue Montmartre verbindet, erkannte er seinen Irrthum. Er wollte jetzt durch die Rue Mandar die Rue Montmartre wieder gewinnen, mußte aber, um den Durchmarsch zu erzwingen, eine Barricade stürmen, die mit furchtbarer Hartnäckigkeit vertheidigt wurde. Endlich erreichte er seinen Zweck, aber nicht ohne eine gute Anzahl seiner tapfersten Leute verloren zu haben. Hierauf marschirte er unter beständigem Feuern die Rue Montmartre hinab nach dem Marché des Innocents, wo er sich mit dem General Quinsonnas vereinigte und mit diesem sich der Seine zuwandte, längs der er glücklich nach dem Quai de l'Ecole zurückgelangte. Um die Bataillone auf dem Grèveplatze, mit denen die Verbindung gleichfalls unterbrochen war, durch eine ähnliche Entsendung zu befreien, fehlte es an Truppen; General Talon blieb daher sich selbst überlassen und mußte den ganzen Nachmittag hindurch bis zum Einbruche der Nacht einen schweren Kampf bestehen, der auf beiden Seiten viele Menschen kostete. Was den Truppen aber empfindlicher wurde, als die stürmischesten Angriffe der Pariser, war der Mangel an jeder Art von Verpflegung, den eine unverantwortliche Nachlässigkeit der Kriegsverwaltung verschuldete. Herr von Champagny, der im Namen des Fürsten von Polignac die Verwaltung leitete, war ohne alle Nachrichten gelassen, und hatte daher auch die erforderlichen Vorkehrungen nicht treffen können. Zwar gelang es ihm, mit Hülfe der Vorräthe, die im Hôtel der Invaliden gehäuft waren, die nöthigen Anstalten in der Eile herzustellen; als es sich aber darum handelte, die für die Truppen bestimmten Lebensmittel diesen zuzu-

führen, zeigte es sich, daß dies unmöglich fiel, weil alle Verbindungen unterbrochen waren. So mußte also auch noch der Hunger hinzukommen, um die Truppen zu entmuthigen, die sich mit ehrenwerther Aufopferung für die königliche Sache schlugen. Dadurch allein wäre, auch ohne den ausdrücklichen Befehl des Königs, der Herzog von Ragusa zuletzt genöthigt gewesen, seine Macht um die Tuilerien zusammenzuziehen und den Parisern den größten Theil des Terrains zu überlassen, das er ihnen den Tag über streitig gemacht.

Als die bei Bérard vereinigten Abgeordneten auseinander gingen, hatte Audry de Puyraveau sein Haus von Neuem zu einer Versammlung angeboten, die um acht Uhr des Abends gehalten werden sollte. Kaum daß sich ein Dutzend Personen zu der verabredeten Stunde einfand; so sehr war die Mehrzahl von dem Schrecken gelähmt, der schon in der Versammlung des Nachmittags geherrscht hatte. Unter den Anwesenden war man überrascht, Sebastiani zu sehen, von dem man beinahe eher erwartete, daß er sich von jeder Betheiligung an der Volkssache lossagen würde. Nachdem man sich gegenseitig mitgetheilt hatte, was man über den Fortgang des Aufstandes wußte, verlangte de la Borde, daß sämmtliche Abgeordnete sich mit dem nächsten Morgen entweder in ihrem Costume oder in der Uniform der Nationalgarde an die Spitze des Volkes stellen sollten. Sebastiani unterbrach ihn: »Meine Herren, vergessen Sie nicht, daß wir hier nur Bürger sind, welche durch die Liebe zur Ordnung und durch den Wunsch zusammengeführt sind, dem Unglücke abzuhelfen, das die Hauptstadt bedroht. Wir unterhandeln und dürfen nur als Vermittler auftreten. Unsere Vereinigung hat der Regierung gegenüber nichts Strafbares; wir wollen die Aufregung stillen, welche die Stadt bewegt, und suchen zu diesem Zwecke einige Zugeständnisse von der Gewalt zu erlangen.« Mauguin fiel dem vorsichtigen Sprecher mit Heftigkeit in die Rede: »Ich für mein Theil erkläre, daß ich hier bin, um mich zu verschwören, wie das Volk sich verschwört;« und Laffitte gab ihm Recht, indem er zurückrief, wie er dem Herzoge von Ragusa angezeigt habe, daß er sich mit Leib und Leben in die Bewegung werfen werde. Es war Mitternacht geworden, und ein Bürger kam vom Hôtel de Ville, welches die Truppen eben geräumt hatten. Die Kämpfenden hatten sich beim Einbruche der Nacht zurückgezogen: die Truppen, die beinahe zwölf Stunden im ununterbrochenen Feuer gewesen waren, hatten ihre Patronen erschöpft, und da rings um sie her eine Grabesstille war, traten sie

vorsichtig und möglichst geräuschlos ihren Rückweg nach den Tuilerien an. Der Berichterstatter meldete, daß die dreifarbige Fahne aufgesteckt worden sey; »aber,« fügte er hinzu, »der Kampf wird morgen wieder anfangen; wir müssen Namen, Anführer, Befehle haben.« Mauguin, Laffitte, Lafayette, Bavour, Chardel, Delaborde riefen wie aus einem Munde: »Wir müssen unsern Sitz nach dem Hôtel de Ville verlegen, wir wollen mit dem Morgen die dreifarbige Cocarde annehmen.« Sebastiani sprang entrüstet von seinem Sessel auf: »Was fällt Ihnen ein? Einen Wechsel der Landesfarbe vorzuschlagen, nicht mehr jene der Regierung anzuerkennen! Dadurch würde unsere ganze Stellung verdorben. Wenn die Erörterung in diesem Tone fortfährt, werde ich mich sofort zurückziehen.« Der Saal war im Erdgeschosse gelegen, und die Menge, die sich im Hofe gesammelt hatte, sah und hörte Alles, was vorging. Die bittersten Aeußerungen des Zornes bezeugten den allgemeinen Unwillen, den die Gesinnungslosigkeit Sebastiani's erregte. Der ehemalige Präfect Méchin, der mit Sebastiani gekommen war, erklärte sich jedoch mit diesem ganz einverstanden. »Unser Auftrag,« bemerkte er, »ist ein streng gesetzlicher, unsere Rolle jene der Vermittler. Aber es ist spät; wir wollen gehen!« Guizot und Gérard, die, den Hut in die Augen gedrückt, ohne ein Wort zu sprechen, in einem Winkel gestanden hatten, fielen bei: »Ja, es ist spät; wir müssen gehen. Auf morgen Mittag!« Die vier Herren entfernten sich. Der greise Lafayette blieb und wandte sich an die wenigen Männer, die er noch um sich sah: »Ich habe mit Erstaunen und Schmerz die Sprache Sebastiani's gehört. In der Lage, in der wir uns befinden, gebietet uns die Ehre und Manneswürde, uns mit unseren Mitbürgern zur Eroberung der Freiheit zu vereinigen. Seit zwei Tagen setzen sie ihr Leben den Kugeln und Kartätschen aus, und wir feilschen um die Befehle, die sie von uns verlangen. Meine Herren, ich bin zu Ihnen gekommen, um Sie zu bitten, mir einen Posten anzuweisen. Ich werde mich sogleich, noch diese Nacht dahin begeben.« »Bravo! bravo! Es lebe Lafayette!« erscholl es von außen. Laffitte fürchtete jedoch, daß, wenn man jetzt noch einen entscheidenden Beschluß faßte, dies den Anschein haben könne, als ob man sich von den übrigen Abgeordneten trennen wolle. »Kommen wir deshalb des Morgens um sechs Uhr noch einmal in meinem Hause zusammen.« »Und verlieren wir nicht wieder leere Worte,« fiel Audry de Puyraveau ein, »wie wir heute gethan haben, sondern greifen wir zum Gewehr und

zeigen uns am Orte der Gefahr!« — »Das ist die Sprache, die ich liebe,« sagte Lafayette. »Morgen wollen wir unsere dreifarbige Fahne ruhmreich erheben, oder sterben mit unseren wackeren Mitbürgern!« Alle noch Anwesenden ergriffen mit Rührung die Hand des alten Volksführers. Darauf gingen sie auseinander *).

Die Nacht hatte sich düster und schweigend über die Stadt gebreitet, die den Tag über der Schauplatz des wildesten Getöses, des blutigsten Kampfes gewesen war. Die Mehrzahl der Streitenden hatte sich, von den Anstrengungen des Tages erschöpft, zur Ruhe begeben; aber in den Stadttheilen, die dem Louvre und den Tuilerien zunächst gelegen waren, und in denen man daher am Morgen den ersten Angriff erwarten mußte, kannte man keine Ruhe. Alles arbeitete an den Barricaden; Arbeiter, Handwerker, junge Männer aus allen Ständen waren die ganze Nacht hindurch thätig, um das Pflaster aufzureißen, Gräben zu ziehen, Verrammelungen und Verschanzungen aufzuführen, die an den wichtigsten Punkten fest genug waren, um selbst dem Feuer des schweren Geschützes Widerstand zu leisten. Dabei verfuhr man, durch ein richtiges Naturgefühl geleitet, mit solchem Geschick, daß die ausgezeichnetesten Ingenieurs wenig zu bessern gefunden hätten. In den Hauptstraßen, die ihrer ganzen Länge nach von dem Geschütze bestrichen werden konnten, wurden nur wenige, obschon die stärksten Barricaden angelegt, weil man wohl wußte, daß man hinter denselben gegen die im Bogen geschleuderten Granaten doch nicht gesichert war. Dagegen waren alle Nebenstraßen mit der neuen Art von Verschanzungen ganz bedeckt, so daß die Truppen, wenn sie auch in die Hauptstraße eindrangen, sich in dieser von allen Seiten einem Kreuzfeuer ausgesetzt sahen, gegen welches sie sich unmöglich zu halten vermochten. Mit Tagesanbruch begann der durch die Nacht unterbrochene Kampf von Neuem; aber derselbe hatte jetzt bereits eine sehr veränderte Gestalt gewonnen. Jene Stadtviertel im Innern mit engen, gewundenen Straßen, in denen die arbeitende Bevölkerung dicht gedrängt bei einander wohnt, und die Tages vorher der Schauplatz der blutigsten Gefechte gewesen, waren von den Truppen geräumt. Diese hatten sich in die unmittelbare Nähe des Louvre und der Tuilerien zurückgezogen und nah-

*) Wir folgen hier nicht der sonst trefflichen Darstellung von Louis Blanc, sondern dem Berichte eines Augenzeugen: Document pour l'histoire de France, ou conduite des députés durante le règne du peuple, par Armand Marrast. (Paris 1831. 8). Anderen Abweichungen liegen andere Quellen zum Grunde.

men hier eine vertheidigende Stellung ein. Zwei Bataillone Schweizer hielten das Louvre besetzt; auf dem Carrousselplatze, auf dem Platze Ludwig's XV., auf dem Boulevard de la Madeleine standen die Garden, die zugleich den innern Hof des Palais Royal inne hatten, und mehrere Posten in der Rue St. Honoré behaupteten. Die Linientruppen waren auf dem Vendômeplatze und im Garten der Tuilerien aufgestellt, wo sie am wenigsten einer Berührung mit den andrängenden Volksmassen ausgesetzt waren, auf die einzelne Abtheilungen bei wiederholten Gelegenheiten sich zu feuern geweigert hatten. Gegen alle Straßen, welche in die nächsten Umgebungen der königlichen Schlösser ausmündeten, waren Geschütze gerichtet, bereit, die Angreifenden mit Kartätschen niederzuschmettern. Um die Truppen zu ermuthigen, war noch in der Nacht ein Tagesbefehl erlassen worden, der sie für ihr pflichttreues Verhalten belobte und ihnen zur Belohnung für den folgenden Tag die Vertheilung eines anderthalbmonatlichen Soldes versprach. Aus dem Kriegsministerium war der Befehl ergangen, die Lager von Luneville und St. Omer aufzulösen und die in denselben vereinigten Truppen in Eilmärschen nach Paris rücken zu lassen. Aber schon war die Telegraphenlinie unterbrochen; ein Invalide mit einem hölzernen Beine mußte die Depesche bis nach Ecouen tragen, damit sie von dort weiter befördert würde.

Auf der andern Seite war das Volk, unter dem sich gegen Abend bereits einige Entmuthigung zu verbreiten anfing, da alle seine Anstrengungen an den ehernen Wällen der Garde scheiterten, zu neuer Hoffnung belebt worden, als es sich zeigte, daß man doch nicht vergebens gekämpft hatte, daß der größte Theil der Stadt vom Feinde befreit und daß dieser aus dem Angriffe in die Vertheidigung zurückgedrängt war. Zahlreiche Haufen zogen aus den Vorstädten in dichten Reihen die Boulevards hinab, andere drangen längs der Quais gegen das Louvre vor, und alle Straßen zwischen den Boulevards und den Quais füllten sich allmälig mit kampflustigen Schaaren, welche theils die Barricaden besetzten, theils den Stellungen zueilten, die noch von den königlichen Truppen eingenommen waren. Während sich auf diese Weise Alles zur Erneuerung des erbittertesten Kampfes anschickte, begab sich ein einfacher Bürger, der Broncefabricant Galle, der viel für den Hof arbeitete, in die Tuilerien, wo er durch die Vermittlung eines ihm dem Namen nach nicht bekannten vornehmen Herrn Einlaß erhielt, um dem Herzoge von

Ragusa Vorstellungen zu machen. Er hatte wenige Augenblicke vorher gesehen, wie ein Schweizer von dem Balcon eines der Häuser, welche die königlichen Truppen in der Rue St. Honoré besetzt hielten, einen unbewaffneten Menschen auf der Straße niederschoß, der ruhig seines Weges ging. Er fragte den Marschall unerschrocken, wie er die entsetzlichen Befehle habe geben können, die Paris seit zwei Tagen mit Blut überschwemmten? »Ihre Truppen,« sagte er, »schießen in der Rue St. Honoré auf friedliche Bürger; können Sie denn nichts thun, um solchen Abscheulichkeiten ein Ende zu machen?« — »Sie beleidigen mich, mein Herr,« erwiderte der Herzog von Ragusa, »wenn Sie mich als den Urheber solcher Befehle ansehen. Ich habe den Truppen befohlen, nicht anders zu feuern, als zu ihrer Vertheidigung. Eine Bekanntmachung wird Paris davon in Kenntniß setzen.« — »Ich bin weit davon entfernt, Sie beleidigen zu wollen, Herr Marschall,« versetzte der ehrliche Broncefabricant: »nur die Sache der Menschlichkeit hat mich hieher geführt. Ich glaubte meinem Vaterlande nützlich seyn zu können, wenn ich Sie die Wahrheit hören ließe. Wie ist es möglich, Herr Marschall? Sie lassen seit zwei Tagen auf das Volk schießen, und noch hat sich keine einzige bürgerliche Behörde gezeigt.« — »Das ist wahr,« sagte Marmont, indem er sich mit der Hand vor die Stirn schlug, »ja, das ist ein grober Fehler.« Zugleich wandte er sich gegen einen Secretair, der in seiner Nähe beschäftigt war: »Fertigen Sie den Befehl aus, daß sich die Bürgermeister von Paris binnen einer Stunde hier versammeln sollen!« — »Binnen einer Stunde, mein Herr?« fiel der muthige Bürger ein: »aber wer weiß, was sich binnen einer Stunde ereignen wird? Vielleicht sind dann weder Sie noch im Daseyn, noch 200,000 Pariser, noch der König, noch ich, der ich mit Ihnen spreche. Erlauben Sie mir, Ihnen zu sagen, was Sie thun müssen, Herr Marschall! Setzen Sie sich sogleich zu Pferde; thun Sie dem Gewehrfeuer Einhalt, das Sie hier hören; gehen Sie nach St. Cloud und berichten dem Könige, daß wir unsere Straßen entpflastert haben; daß die oberen Stockwerke unserer Häuser mit den Steinen gefüllt sind, daß 100,000 Mann der tapfersten Soldaten Paris nicht nehmen würden; und daß Männer, die den Krieg verstehen, sich an die Spitze der Bevölkerung zu stellen im Begriff sind, wenn nicht die umfassendsten Zugeständnisse gemacht werden.« — »Auch das würde nichts helfen,« entgegnete der Herzog von Ragusa niedergeschlagen: »der König weiß Alles, was vorgeht, durch mich und

durch den Fürsten von Polignac; sein Wille ist unbeugsam. Vielleicht würde er einer Abordnung der Bürgerschaft Gehör geben; diese müßte aber wirklich von der Bürgerschaft ausgehen.«

Die Maires von Paris wurden dem Befehle des Herzogs von Ragusa gemäß in die Tuilerien entboten; aber nur vier konnten der erhaltenen Weisung Folge leisten. Diesen trug der Marschall auf, sich nach den Punkten zu begeben, wo das Volk mit den Truppen handgemein wäre, und anzukündigen, daß die Truppen den Befehl hätten, das Feuern einzustellen und daß die Ordonnanzen zurückgenommen werden sollten. Zu gleicher Zeit wurde eine Anzahl Gefangener in Freiheit gesetzt, um eine Bekanntmachung zu vertheilen, die in der Eile gedruckt war, und worin die Bevölkerung von Paris aufgefordert wurde, zur Ruhe zurückzukehren, da die Truppen keine Feindseligkeiten mehr verüben würden, sobald sie nicht zuerst angegriffen wären. Die beiden Maires des zweiten und des zehnten Bezirkes verfügten sich in ihrer Amtstracht auf den Vendômeplatz, wo der General Wall ihnen anzeigte, daß er dem Befehle des Marschalls gemäß das Feuern eingestellt habe und nur seine Stellung behaupten, aber keinen Schritt vorwärts thun werde. Die dem Volke wohlbekannten Beamten ließen hierauf ihre Taschentücher wehen und verkündeten laut, daß der Friede hergestellt sey, was denn auch zur Folge hatte, daß die Volkshaufen, die von der Ecke der Chaussée d'Antin nach der Rue de la Pair herüberfeuerten, davon abließen. Sie gingen hierauf nach der Rue de l'Echelle, welche, dem einen Flügel der Tuilerien gerade gegenüber, die Rue St. Honoré mit der Rue de Rivoli verbindet, und wo sich der hitzigste Kampf entsponnen hatte. Sie meldeten dies dem Marschall, der ihnen sagte, daß er zwar den Befehl ertheilt hätte, auch hier mit dem Feuern einzuhalten, daß sich aber das Volk dadurch nicht abhalten lasse, angriffsweise zu verfahren. Der Herzog von Ragusa gab den beiden Maires einige Ordonnanzofficiere zur Begleitung, mit denen sie, die Taschentücher schwenkend, bis zu dem Théatre français kamen. Ueberall steckten die Soldaten der Garde ihre Taschentücher auf die Bajonnette, und es gelang ihnen, allmälig sich auch bei dem Volke Gehör zu verschaffen, als plötzlich ein lebhaftes Gewehrfeuer in ihrem Rücken erschallte. Dreißig oder vierzig Soldaten, die ein Eckhaus in der Rue St. Honoré eingenommen, feuerten auf die andrängenden Volksmassen aus den Fenstern. Der Kampf wurde im Augenblicke wieder allgemein, und die beiden wackeren Beamten, die sich

selbst in ein benachbartes Haus flüchten mußten, sahen jetzt wohl, daß ihre Sendung verfehlt war.

Noch vor der Ankunft der Maires in den Tuilerien hatten sich zwei Männer von hohem Range hier eingefunden, die einen Vermittlungsversuch anderer Art machten: der Großreferendar der Pairskammer Marquis von Sémonville und Graf d'Argout. Beide edle Pairs gehörten jener Schattirung des französischen Adels an, die der Restauration von dem Kaiserthume in hohen Ehren und Würden überliefert und von jener zu Gnaden aufgenommen war, da man sich überzeugt hielt, daß man auf ihre Treue vertrauen durfte, so lange ihr Vortheil mit derselben vereinigt war. Diese Herren, geschickte Steuerleute, glaubten endlich nach so manchem Sturme den Hafen gewonnen zu haben, in dem sie sich von ihren Anstrengungen erholen konnten, als sie ihr Schifflein mit einem Male durch einen plötzlichen Windstoß mitten in die empörte See hinausgerissen sahen. Sie verwünschten die Ordonnanzen; sie verwünschten den Fürsten Polignac, der das Vertrauen des Königs gemißbraucht hätte, um den gefesselten Orkan von Neuem loszulassen; und sie beschlossen, allen ihren Einfluß, alle ihnen zu Gebote stehende Kunst der Rede, der Schmeichelei und der Berückung aufzubieten, um das Unwetter zu beschwören. Sie eilten nach den Tuilerien: sie verlangten den Fürsten Polignac zu sprechen, den sie, als er erschien, mit Vorwürfen überhäuften. Die kalte Höflichkeit, die der Fürst sowohl ihren flehentlichen Bitten, als ihrem stürmischen Drängen entgegensetzte, reizte den greisen Marquis von Sémonville bis zur Wuth. Während der Fürst sich in das Nebengemach zurückzog, in dem sämmtliche Minister versammelt waren, forderte der alte Marquis den Herzog von Ragusa auf, die Minister zu verhaften. Der Gouverneur der Tuilerien, Baron von Glandevès, ein treuer, in Glück und Unglück bewährter Anhänger des königlichen Hauses, bot dem Marschall seinen Degen an, sofern er dessen bedürfte. Der Herzog von Ragusa schwankte, als Graf Peyronnet eintrat und die beiden Pairs auf das Dringendste aufforderte, keinen Augenblick Zeit zu verlieren, sondern sich nach St. Cloud zu begeben und dem Könige die Lage der Dinge zu schildern. Ein Wagen war bald bereit, und während sie im Begriff waren, durch die große Allee der Tuilerien zu fahren, trat ihnen wieder Peyronnet entgegen, der, mit der einen Hand nach St. Cloud, mit der andern zurück nach Paris weisend, ihnen zurief: »Eilen Sie! Eilen Sie!« Die Gebehrde, die

nur die Dringlichkeit der Umstände darstellen sollte, wurde anders verstanden, als sie gemeint war. Denn als die beiden Pairs sich umwandten, sahen sie einen Wagen, der ihnen folgte; es war jener des Fürsten von Polignac; und der Marquis von Sémonville glaubte, daß Alles daran gelegen sey, diesem zuvorzukommen.

Zu St. Cloud war inzwischen der Hof in die äußerste Bestürzung versetzt worden. Man hatte am frühen Morgen vernommen, daß die in geringer Entfernung gelegene Stadt Versailles sich gegen die Regierung erhoben habe. Zwei Compagnien Gardes-du-corps standen vor dem Schlosse in Schlachtordnung; man wollte sie nach Versailles schicken, um die Ordnung herzustellen; aber es fehlte an einem Anführer, der nach den Vorschriften der Etiquette durch seinen alten Adel befähigt gewesen wäre, diese ausgezeichnete Truppenabtheilung zu commandiren. Endlich entschloß man sich, dem General Vincent, der seine Dienste anbot, den Befehl zu übertragen. General Vincent nahm noch 200 berittene Gensdarmen mit sich, die den Dienst in der Nähe des Schlosses hatten, und brach gegen Versailles auf. Als er an die letzte Wendung der Straße gekommen war, ließ er seine Truppen halten und näherte sich allein der Barrière. Er verlangte eine Besprechung mit den städtischen Behörden, und bald darauf erschien der Bürgermeister, dem eine zahlreiche Abtheilung der Nationalgarde folgte. Diese Leute waren in der größten Aufregung, doch gelang es den Vorstellungen des Generals, sie zu beruhigen, als mit einem Male ein Haufe von Menschen aus den niederen Volksclassen, mit Gewehren, Pistolen oder Säbeln bewaffnet, unter wildem Geschrei aus der Stadt brach. General Vincent hielt es jetzt für gerathen, sich auf seine Truppe zurückzuziehen; aber in dem Augenblicke, in dem er dieselbe erreicht hatte, verließen ihn die Gensdarmen und gingen zum Volke über. Es blieb ihm daher nichts Anderes übrig, als die Gardes-du-corps nach St. Cloud zurückzuführen.

Wenige Stunden nach diesem Vorgange trafen die Herren von Sémonville und d'Argout, und beinahe gleichzeitig auch der Fürst Polignac nebst den übrigen Ministern zu St. Cloud ein. Fürst Polignac und Graf Peyronnet erhielten zuerst Zutritt zum Könige; selbst der starre Sinn des Fürsten war gebeugt. Er rieth dem Könige, zur Vermeidung größeren Unglücks die Ordonnanzen zurückzunehmen, und erklärte, daß er unter den obwaltenden Umständen es für seine Pflicht halte, von der Leitung der öffentlichen Angelegen-

heiten zurückzutreten. Karl X. wurde durch den Rath seines vertrautesten Lieblings so wenig, als durch alle früheren Mahnungen und Vorstellungen erschüttert. Als der Marquis von Sémonville eingeführt wurde, fand er den König zu seinem Erstaunen nicht im Geringsten erregt, sondern ruhig und ernst. Er hörte mit ungläubiger Miene die Schilderung, die der Marquis ihm von dem Zustande der Hauptstadt und von der drohenden Wendung des Kampfes machte; wies alle Bitten, mit denen derselbe ihn bestürmte, zurück und erklärte, daß alle Maßregeln getroffen wären, um den Aufruhr bei Zeiten zu unterdrücken. Nachdem Herr von Sémonville umsonst alle Gründe der Politik und der Menschlichkeit erschöpft hatte, von denen er hoffte, daß sie auf das Gemüth des Königs einen Eindruck hervorbringen könnten, rief er endlich in der Verzweiflung aus: »Aber die Dauphine! Denken Sie an die Dauphine, Sire!« Die Herzogin von Angoulême war auf einer Reise begriffen, die sie allerdings einer ernsten Gefahr aussetzen konnte, wenn sie das Unglück hatte, einem Haufen erbitterten Pöbels in die Hände zu fallen. Karl X. wurde durch diese Erinnerung sichtlich bewegt: und Herr von Sémonville benutzte die Stimmung, in der er den greisen König sah, um ihn, wo möglich, doch noch zu einer Entscheidung zu drängen, wie er sie wünschte. »Wenn in einer Stunde nicht die Ordonnanzen zurückgenommen sind,« fuhr er fort, indem er dem Könige zu Füßen fiel, »kann Alles verloren seyn. Das einzige Unglück, welches Madame noch nicht erfahren hat, in einem Leben, das unter Thränen verflossen ist, das Unglück, die Mißhandlungen einer gereizten Volksmasse zu erdulden, kann ihr bevorstehen, wenn bei ihrer Durchreise an einem Orte, wo die Behörden keine Macht mehr haben, die Fortdauer des blutigen Kampfes in Paris bekannt wird.« Karl X. ließ das Haupt auf die Brust sinken und sagte mit halb erstickter Stimme: »Ich werde mit meinem Sohne sprechen: er soll den Ministerrath versammeln« *).

Ueber allen diesen Verhandlungen war viele Zeit verstrichen, und die Ereignisse hatten inzwischen in Paris ihren unaufhaltsamen Fortgang genommen. Der Kampf hatte beinahe mit Tagesanbruch

*) Die Scene, wie Louis Blanc sie schildert (T. I. p. 271), ist besser auf den Effect berechnet, widerspricht aber den Aussagen des Fürsten von Polignac, des Grafen Peyronnet und des Marquis von Sémonville vor dem Pairsgerichtshofe, und scheint aus einer nicht ganz zuverlässigen Quelle (Mémorial de l'hôtel de ville par Hippolyte Bonnelier (Par. 1835. 8. p. 48 – 53) entlehnt.

auf allen Punkten, welche die Truppen noch besetzt hielten, wieder begonnen. Da die königlichen Truppen auf dem rechten Seineufer in Massen gehäuft und durch Geschütz gedeckt waren, so beschränkten die Pariser sich hier darauf, aus den Fenstern der nächstgelegenen Häuser oder hinter den Ecken der Straßen hervor auf sie zu feuern. Nur einzelne Haufen waren verwegen genug, gegen die Kanonen anzudringen, von denen sie sich niederschmettern ließen, um durch ihren Tod die Ueberlebenden zu gleicher Hingebung zu begeistern. Erhebliche Vortheile wurden anfangs nur auf dem linken Seineufer errungen, wo noch mehrere vereinzelte Militairposten nicht abberufen waren, die einer nach dem andern genommen wurden. Die Gensdarmen aus der Caserne der Rue Tournon entflohen mit Zurücklassung ihrer Gewehre, Säbel und Patrontaschen, so wie sich ein Volkshaufe, geführt von Zöglingen der polytechnischen Schule, näherte. Das Depôt der Garde auf der Place de l'Estrapade lieferte seine Waffen aus. Der Posten, welcher das Gefängniß Montaigu in der Nähe des Pantheon bewachte, leistete das Versprechen, nicht auf das Volk zu feuern. Das Pulvermagazin bei dem Jardin des Plantes wurde in Besitz genommen, ohne daß die Wachen den geringsten Widerstand geleistet hätten. Das Pulver wurde nach dem Platze des Odeons gebracht, wo eine Menge Studenten und Arbeiter unter der Leitung einiger alten Soldaten damit beschäftigt waren, Patronen zu verfertigen. Auf der Place St. Sulpice in der Nähe war eine Kugelgießerei angelegt, der man alles Blei und Zinn zuführte, dessen man habhaft werden konnte. Zu einem ernstlichen Kampfe kam es auf dem linken Seineufer nur um den Besitz der Caserne auf der Straße von Babylon, die von einer Abtheilung Schweizer besetzt war. Drei Colonnen, deren jede etwa zwei- bis dreihundert Mann stark war, rückten von dem Platze des Odeons gegen die Caserne an, die erste gegen die Vorderseite auf der Rue de Babylone, die andere gegen den Eingang auf der Rue Plumet und die dritte gegen die Gärten, welche von der Seite der Rue de Monsieur an die Caserne stießen. Die beiden ersten Colonnen vermochten sich der Caserne kaum zu nähern, weil alle Fenster mit Matrazzen verhängt waren, hinter denen ein wohlgenährtes Gewehrfeuer gegen die Angreifenden unterhalten wurde. Die dritte Colonne wurde, als sie in die Gärten einzudringen versuchte, durch ein mörderisches Gewehrfeuer empfangen, das von einem im Bau begriffenen Hause kam, in dem die Schweizer sich festgesetzt hatten. Sie wich in Unordnung

zurück, nachdem einige der Vordersten gefallen waren. Bald waren die Schweizer aber genöthigt, das unvollendete Gebäude, das ihnen zum Stützpunkte diente, zu verlassen, weil aus den Fenstern der benachbarten Häuser auf sie geschossen wurde. Die Angreifenden bemächtigten sich der Gärten, so wie sie das Dach eines auf der anderen Seite an die Caserne stoßenden Hauses einnahmen. Ungeachtet der Unerschrockenheit, mit der sie sich dem Feuer der Schweizer aussetzten, hatten sie jedoch wenig Aussicht, den verzweifelten Widerstand der Vertheidiger zu überwältigen, als ein Arbeiter auf den Gedanken fiel, den Eingang in die Caserne durch Feuer zu erzwingen. Es wurde Stroh vor das Thor getragen und dieses in Brand gesteckt. Jetzt hieß es unter den Schweizern: »Rette sich, wer kann!« Die meisten entkamen mitten durch die Flintenschüsse, die von allen Seiten auf sie gerichtet wurden; die anderen, die weder fliehen konnten, noch sich ergeben wollten, wurden getödtet; unter diesen ihr Anführer, der Major Dufay.

Nachdem die Stürmenden ihre Wuth an der geringen Zahl der Tapfern gebüßt hatten, die lebend in ihre Hände gefallen waren, sammelte sich der ganze Haufe von Neuem auf der Rue de Sèvres und zog unter Trommelschlag den Tuilerien zu. Aber schon war hier der Kampf entschieden. Aus allen den kleinen Straßen, welche um die Kirche St. Germain l'Auxerrois gelegen sind, drängten sich Massen von Arbeitern, Studenten und jungen Leuten jedes Standes auf den Platz des Louvre, um den Palast, der von den königlichen Truppen gleich einer Festung vertheidigt wurde, mit Sturm zu nehmen. Zwei Schweizerbataillone, unter dem Befehle des Obersten von Salis, waren zur Behauptung dieses wichtigen Postens bestimmt, und sie vermochten denselben ohne übergroße Anstrengung zu halten, da sie alle Vortheile der Stellung vor den Angreifenden voraus hatten. Durch das eiserne Gitter, welches den Vorplatz von dem freien Raume des Platzes trennt, gegen den ersten Anlauf geschützt, unterhielten sie aus der Colonnade, in der sie hinter den Säulen versteckt standen, ein furchtbares Feuer, das die Pariser mit unerschrockenem Muthe, aber ohne sonderlichen Erfolg erwiderten. Es war gegen Mittag, als dem Herzog von Ragusa gemeldet wurde, daß die Linientruppen auf dem Vendômeplatze schwankten, und sich mit den Bürgern in Verbindung zu setzen anfingen, welche sie auf die Seite des Volkes hinüberzuziehen suchten. Es blieb kein anderes Mittel, sich der Treue der zweifelhaften Regimenter zu versichern,

als indem man sie vor jeder Berührung mit dem Volke bewahrte. Der Marschall beschloß, die Truppen von dem Vendômeplatze nach den Tuilerien und nach dem Platze Ludwig's XV. abmarschiren zu lassen, und sie durch Schweizer zu ersetzen, von denen nicht zu fürchten war, daß sie durch die Pariser verführt werden würden. Ein Adjutant des Marschalls überbrachte dem Obersten von Salis den Befehl, ihm das eine seiner beiden Bataillone zuzuschicken, da das andere zu der Vertheidigung des Louvre genüge. Herr von Salis hatte ein Bataillon seit dem frühen Morgen im Feuer, während das zweite im Hofe des Louvre zur Reserve aufgestellt war. Er hielt es für zweckmäßig, den Soldaten, die so lange im Gefechte gewesen waren, eine wenn auch nur augenblickliche Erholung zu gönnen und ließ sie deshalb durch das Bataillon ablösen, welches am Kampfe bisher noch keinen Theil genommen hatte. Durch eine Geistesabwesenheit, die unbegreiflich wäre, wenn es nicht zu viele Beispiele der wichtigsten Entscheidungen gäbe, die ihre nächste Veranlassung in ähnlichen Unbesonnenheiten hatten, wurde zuerst das Bataillon, welches die Colonnade des Louvre besetzt hielt, zurückgezogen, ehe noch das andere dessen Stelle eingenommen hatte. Kaum bemerkten die Pariser, daß das Feuer der Schweizer nachließ und erlosch, als sie im Augenblicke das Gitter überstiegen oder sprengten, in die Säle des Schlosses drangen und aus den Fenstern auf die im Hofe stehenden Truppen schossen. Die Schweizer, durch diesen unerwarteten Angriff aus der Fassung gebracht, glaubten jetzt Alles verloren; und da sie wohl wußten, welches Loos ihnen bevorstand, wenn sie in die Hände des Feindes fielen, stürzte sich einer auf den andern, um in der wildesten Flucht sein Leben zu retten. Die beiden Bataillone kamen in völliger Auflösung auf dem Carrousselplatze an, wo sie ihre eigene Verwirrung den dort aufgestellten Garden mittheilten. Umsonst suchte der Herzog von Ragusa die Fliehenden zu sammeln. Mit Mühe gelang es ihm, eine schwache Schaar zusammenzuhalten und in dem Hofe der Tuilerien den Volkshaufen entgegen zu führen, die sich, durch den Erfolg ermuthigt und erhitzt, mit unwiderstehlichem Ungestüm auf das geringe Häuflein der Treuen stürzten, die im ersten Anlaufe auseinandergesprengt wurden. Die Masse der Fliehenden warf sich jetzt unaufhaltsam durch die Tuilerien in den Garten des Schlosses und durch den Garten auf den Platz Ludwig's XV., riß die Truppen, die auf diesen Punkten noch in guter Ordnung standen, mit sich fort und wälzte sich in einem verworrenen Knäuel,

von den Flintenschüssen der Pariser verfolgt, durch die Champs Elysées und die Ebene von Chaillot dem Bois de Boulogne und der Straße von St. Cloud zu. Eine große Zahl der Soldaten warf in ihrem Schrecken nicht allein die Gewehre, sondern auch die Uniformen von sich; mehrere Officiere zerbrachen, als sie sich durch den Strom mit fortgerissen sahen, in der Verzweiflung ihre Degen. An ein Halten war nicht mehr zu denken.

Inzwischen hatte der Volkshaufe, der zuerst in das Louvre eingebrochen war, die Thüren der verschlossenen Gemächer gesprengt, und war durch die lange Galerie des Museums in die Tuilerien gestürzt. Bald waren die Säle des großen Palastes gefüllt; die Statuen der Könige wurden zertrümmert; die Portraits an den Wänden durch Piken und Bajonnette zerrissen. In dem Thronsaale, in dem sich eine Menge Arbeiter mit aufgestreiften Hemdsärmeln der königlichen Pracht gegenüber fanden, setzte sich einer nach dem andern auf den Thron; zuletzt, als man des Spieles müde war, legte man den Leichnam eines Gefallenen darauf. Auf dem Gipfel des Gebäudes war die dreifarbige Fahne aufgepflanzt.

Die Mehrzahl der Sieger war aus den niedrigsten Volksclassen und von den unentbehrlichsten Bedürfnissen des Lebens entblößt; Kostbarkeiten lagen vor ihnen ausgebreitet, nach denen sie nur die Hand ausstrecken durften, um sich für lange Zeit gegen den Mangel zu sichern. Aber so sehr waren alle von dem Gefühle ihrer Würde als Kämpfer für das, was sie als die Volksfreiheit betrachteten, durchdrungen, daß sie sich für entehrt gehalten hätten, wenn in ihnen auch nur ein Gedanke an persönliche Bereicherung aufgestiegen wäre. Viele der Eingedrungenen suchten sich irgend etwas zuzueignen, was sie als ein Andenken an den merkwürdigsten Tag ihres Lebens behalten wollten; Einzelne waren leichtfertig genug, sich in die Gewande der Prinzessinnen zu hüllen, und schritten in der tollsten Vermummung einher; aber es wurde sorgfältig darauf geachtet, daß kein Gegenstand von Werth entfremdet wurde. Ein unglücklicher junger Mensch, der durch den Anblick der, wie er glaubte, herrenlos gewordenen Reichthümer geblendet, ein silbernes Geräth von wenigen Franken am Werthe an sich nahm, wurde nach kurzem Verhör auf der Stelle erschossen. Kurze Zeit vorher, ehe das Louvre und die Tuilerien genommen wurden, waren andere Volkshaufen in den erzbischöflichen Palast in der Cité eingedrungen, weil man den Treubruch Karl's X. eben so sehr, wie seinen altmonarchischen Vorurtheilen, dem Einflusse

der Geistlichkeit und besonders dem Einflusse des Erzbischofs von Paris, Latil, zuschrieb. Hier wurde furchtbarer gehaust, als in den königlichen Schlössern, indem nichts der Zerstörung entging, was durch Menschenhände zu vernichten war. Priesterliche Anzüge und Abzeichen, Kleinode und Kostbarkeiten aller Art, die werthvollsten Bücher und Hausgeräthe wurden in die Seine geworfen; aber geplündert wurde so wenig, wie in den Tuilerien.

Mit dem Falle der königlichen Schlösser und der Flucht der Truppen, die sie vertheidigten, war zwar der Sieg des Volkes entschieden, aber der Kampf in Paris doch nicht sogleich beendigt. In der Rue de Rohan war bei der Räumung der Tuilerien eine Compagnie der Garde zurückgeblieben, die sich dem Théatre français gegenüber in einem Eckhause festgesetzt hatte, um die Verbindung zwischen dem Schlosse und dem Palais Royal offen zu erhalten. Auch den Hofraum des Palais Royal, wie den Platz vor demselben, hielten die Truppen noch besetzt; und von dem Vendômeplatze, auf dem zwei Regimenter der Linie standen, zogen die Reihen der Garde sich über die Rue de la Pair und den Boulevard des Capucines bis zu der Magdalenenkirche. Auf allen diesen Punkten dauerte das Gefecht mit größerer oder geringerer Hartnäckigkeit fort. Das Haus der Rue de Rohan wurde nach verzweifeltem Widerstande genommen und die Mehrzahl der Vertheidiger getödtet. Der Capitain, der die Compagnie befehligte, wurde aus einem Fenster des dritten Stockwerkes hinunter gestürzt; die Officiere und Soldaten, die nicht im Kampfe gefallen waren, wurden von den erbitterten Siegern hingemordet, nachdem sie die Waffen niedergelegt hatten. Doch fehlte es auch nicht an Beispielen großmüthiger Schonung. Ein Lieutenant, der sich mit seinen Leuten von Stockwerk zu Stockwerk vertheidigt hatte, war zuletzt in eine Kammer gedrängt worden, in die er sich einschloß. — »Tod dem Officier!« schrie die wüthende Menge. Er öffnete und fiel sogleich, von mehreren Bajonnetstichen durchbohrt. Aber zwei der Angreifenden schlossen ihn in ihre Arme, und brachten ihn mit Gefahr ihres Lebens in Sicherheit. Ein anderer Officier, der sich unter einem umgefallenen Wandschirme verborgen, wurde von einem der Verfolger entdeckt, der aber durch List seine Kameraden zu entfernen wußte, und dem Unglücklichen die Mittel gab, sich unter dem Schutze einer Verkleidung zu retten. Ein dritter Officier, der tödtlich verwundet war, hatte wenigstens den Trost, daß seine Sterbestunde durch den freundlichen Zuspruch eines seiner Gegner

versüßt wurde, der ihm das Wort gab, seinen letzten Willen zu vollziehen.

Die Truppen der Garde, die zur Vertheidigung des Palais Royal bestimmt waren, standen theils auf dem Platze, theils auf dem innern Hofe des Palastes in guter Ordnung. Eine Schaar der empörten Pariser drang durch die Rue Montpensier gegen das Gitter vor, welches hier den Zugang zum Hofe verschließt. Einer der Angreifenden hatte den Muth, über das Gitter zu springen, und fand sich auf einmal allein mitten unter den Gardisten und Schweizern. Er war gefangen, nahm aber sogleich den Ton des Unterhändlers an, und vermochte den befehligenden Officier, der von der Flucht des Herzogs von Ragusa bereits durch das Siegesgeschrei des Volkes unterrichtet war, zur Vermeidung unnützen Blutvergießens den Palast zu räumen.

Die äußersten Posten der Truppen auf dem Vendômeplatze hatten den Strom der Fliehenden gesehen, der sich von den Tuilerien nach den Champs Elysées ergoß. Die Niederlage der Garde war in den Reihen bekannt geworden, und die Soldaten, die von Anfang nicht sehr geneigt gewesen waren, gegen das Volk zu kämpfen, gaben jetzt durch die unzweideutigsten Zeichen zu erkennen, daß es schwer fallen würde, sie noch lange unter den Fahnen zu halten. General Wall, der einen anständig gekleideten Mann in der Nähe sah, ritt an ihn heran und fragte ihn, ob er Casimir Périer kenne? Es sey von der höchsten Wichtigkeit, ihn sogleich in Kenntniß zu setzen, daß der König ihn zu sprechen wünsche. Casimir Périer war nicht zu Hause; als er später die Botschaft erfuhr, antwortete er durch ein Achselzucken und durch eine stolze Zurückweisung.

Mit dem Wechsel des Glücks hatte sich die Stimmung der bisher noch Unschlüssigen, Furchtsamen, Schwankenden gar sehr geändert. Laffitte hatte sein Wort gehalten, das er Tages vorher dem Herzog von Ragusa gegeben. Der charakterfeste, entschlossene Mann, der klug genug war, zu berechnen, daß er von der Kühnheit Alles zu hoffen und nicht mehr zu fürchten hatte, als bei der furchtsamsten Vorsicht, hatte sich vom frühen Morgen an offen für den Aufstand erklärt. In dem Hofe seines Hôtels wurden die Patronen vertheilt, die man in der von den Truppen verlassenen Caserne der Rue verte in beträchtlicher Masse gefunden hatte. Gegen eilf Uhr, als man bereits wußte, daß das Volk in dem Kampfe gegen die Truppen überall im Vortheile war, stellten sich allmälig Einzelne der Abgeordne-

ten ein, die sich in der Nacht unter so verschiedenartigen Bewegungen getrennt hatten. Bald wurde die Einnahme des Louvre und der Tuilerien gemeldet, und kurze Zeit darauf erschien ein Sergent vom 53sten Linienregimente, der ankündigte, daß sein Regiment bereit sey, sich mit dem Volke zu vereinigen, und daß er den Auftrag habe, dies dem General Gérard anzuzeigen. Gérard, der sich unter den Anwesenden befand, erklärte, daß er von dem Augenblicke, wo das Regiment überträte, seine Uniform anlegen und den Befehl über die Volkstruppen übernehmen werde. Von ihm aufgefordert, begab sich der Oberst Heymes, einer seiner früheren Waffengefährten, mit dem Sergenten nach dem Vendômeplatze. Der alte Krieger dringt durch die Reihen der Soldaten zu dem Obersten, der das Regiment befehligt und von dem Abfalle, den seine Truppe bereits beschlossen hat, nichts wissen will. Aber die jüngeren Officiere äußern laut ihre Zustimmung und ihren Beifall, der Oberst wird mit fortgerissen, und das Regiment setzt sich unter Trommelschall nach dem Hôtel Laffitte in Marsch. Bald ist der ganze geräumige Hof mit Soldaten gefüllt. Fünf Officiere, die in den Saal treten, in dem Laffitte, an einer Verstauchung des Fußes leidend, auf einem Lehnsessel ausgestreckt liegt, geben für sich und im Namen ihrer Kameraden ihr Wort, daß sie die Waffen nicht wieder gegen das Volk kehren würden. Alles ist in der freudigsten Aufregung, als mit einem Male ein lebhaftes Gewehrfeuer ganz in der Nähe erschallt. »Die königliche Garde dringt vor, sie greift das Hôtel an!« rufen einige ängstliche Stimmen. Die äußerste Bestürzung zeigt sich auf allen Gesichtern; jeder sucht sich so gut zu retten, als er kann; und Laffitte sieht sich in dem großen Saale, in dem wenige Augenblicke vorher eine zahlreiche Gesellschaft vereinigt war, allein. Seine Gattin ist in Ohnmacht gefallen; nur ein Neffe ist bei ihm zurückgeblieben. Es war ein falscher Lärm, den die Freudenschüsse veranlaßten, welche durch den Sieg berauschte Leute aus dem Volke in die Luft feuerten. Das 5te Linienregiment, welches neben dem 53sten aufgestellt war, folgte diesem auf dem Fuße. Oberst Heymes erkannte in dem commandirenden Oberstlieutenant einen Kriegsgefährten aus der Kaiserzeit; er sprach mit ihm einige Worte; und der Oberstlieutenant ließ sein Regiment sich nach der Rue Artois in Bewegung setzen, wo dasselbe vor dem Hôtel Laffitte Halt machte.

So wie man erst die Gewißheit hatte, daß von den Truppen nichts mehr zu fürchten sey, weil sie entweder auf die Seite des Vol-

kes getreten waren oder Paris geräumt hatten, drängte sich Alles in das Hôtel Laffitte, was auf den Gang der Ereignisse einigen Einfluß zu üben oder von denselben wenigstens bei Zeiten unterrichtet zu seyn wünschte. Die Neugierigen waren auf die Dächer der Nachbarhäuser gestiegen, um zu sehen, was im Innern vorging. Gegen zwölf Uhr waren alle in Paris anwesende Abgeordnete, etwa 30 oder 40 an Zahl, eingetroffen, und die Versammlung wurde unter dem Vorsitze Laffitte's eröffnet. Es war hohe Zeit. Denn wenn die Gesetzgeber noch länger gesäumt hätten, so war zu erwarten, daß das Volk, wie es sich allein der bewaffneten Macht erwehrt hatte, auch seine Angelegenheiten allein geordnet haben würde. Schon am Abend hatte eine Anzahl Bürger, die in dem Hause der Brüder Garnier Pagès vereinigt waren, beschlossen, daß der General Lafayette, General Gérard und der Herzog von Choiseul, der als einer der freisinnigsten Pairs bekannt war, eingeladen werden sollten, die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten zu übernehmen. Am Morgen waren alle Straßenecken mit Anschlägen bedeckt, welche den Bürgern von Paris bekannt machten, daß eine vorläufige Regierung eingesetzt sey, die aus den Generalen Lafayette und Gérard und dem Herzoge von Choiseul bestehe. Sobald die Versammlung der Abgeordneten eröffnet war, gab Laffitte dem feurigen Mauguin das Wort. Dieser erklärte, daß er nichts weiter zu sagen habe, als was er von Anfang gesagt habe; nur hege er die Hoffnung, daß es jetzt besser aufgenommen werden würde. »Der Muth der Pariser hat uns unser Benehmen vorgezeichnet. Es scheint mir daher, daß wir uns beeilen müssen, jene vorläufige Regierung einzusetzen, die sie durch eine kühne Unwahrheit gestern schon als bestehend angekündigt haben.« Ein Abgeordneter, der eben vom Lande angekommen war, unterbrach den Redner: »Wie? wirklich? So schnell? — Ich dächte doch —« General Sebastiani wandte sich gegen den allzu Vorsichtigen und bemerkte lächelnd: »Es handelt sich nur um eine Sicherheitsmaßregel.«

In diesem Augenblicke wurde General Gérard herausgerufen. Bürger, die von dem Hôtel de Ville kamen, verlangten ihn zu sprechen, da sie gehört hatten, daß Lafayette noch nicht da sey. Sie meldeten, daß das Hôtel de Ville gereinigt sey, und daß fortwährend Menschen kämen, die nach der vorläufigen Regierung fragten. Man habe ihnen bis jetzt geantwortet, daß Niemand zugelassen werde; aber es sey sehr zu wünschen, daß der General erschiene, um seine Befehle

zu geben; denn noch sey die Sache nicht beendigt. General Gérard erwiderte, daß er zu keiner vorläufigen Regierung gehöre, und nicht wisse, warum man dies Gerücht verbreitet habe. Wenn er sich an die Spitze des Volkes stellen sollte, würde er dies nicht ohne seine Collegen thun. Inzwischen kam Lafayette, an den sich jetzt die Bürger wandten. »Meine Freunde,« antwortete er, »ich habe keinen heißeren Wunsch, als heute wieder anzufangen, was ich im Jahre 1789 gethan habe. Euer Muth überrascht mich nicht, aber er rührt und verjüngt mich. Ich will meinen Collegen nur zwei Worte sagen, und bin dann sogleich zu Ihren Diensten.« So wie Lafayette in den Saal trat und seinen Entschluß ankündigte, rief der sonst nichts weniger als den revolutionairen Erinnerungen befreundete Bertin de Baur mit erkünsteltem oder in diesem Augenblicke vielleicht sogar wahrem Enthusiasmus: »Wenn wir Bailly, den tugendhaften Maire von Paris im Jahre 1789, nicht mehr wieder finden können, schätzen wir uns glücklich, den erlauchten Führer der Nationalgarde aus jener Zeit wiedergefunden zu haben.« Es wurde einmüthig beschlossen, daß General Lafayette den Oberbefehl über die Nationalgarden, General Gérard den Befehl über die thätig zu verwendende bewaffnete Macht haben sollte. Es wurde hierauf in der Berathung über die Einsetzung der vorläufigen Regierung fortgefahren, die Mauguin verlangt hatte. Guizot schlug vor, daß man statt einer vorläufigen Regierung eine Municipalcommission zur Leitung der öffentlichen Angelegenheiten ernennen möge, weil die Wirksamkeit derselben für das Erste doch nur auf die Stadt Paris beschränkt sey. Dieser Vorschlag, der im schlimmsten Falle immer noch die Möglichkeit einer Ausgleichung mit dem Hofe übrig ließ, fand allgemeinen Beifall, und man schritt sogleich zu der Wahl der Mitglieder der neuen Commission. Die Namen, welche die meisten Stimmen vereinigten, waren Casimir Périer, Laffitte, Gérard, Odier und der Graf von Lobau; ein seltsames Gemisch, dem ein so entschiedener Charakter wie Laffitte schwerlich beigegeben worden wäre, wenn sein Name nicht unentbehrlich erschien, um die zweideutige Haltung seiner Collegen zu verdecken, da kein einziger derselben eher als im letzten Augenblicke und auch da noch zögernd für den Aufstand Partei ergriffen hatte. Odier fühlte, daß er der wichtigen Stellung nicht gewachsen war, die man ihm zugewiesen; Laffitte, der bereits ganz andere Plane entworfen hatte, entschuldigte sich mit seinem Fußleiden, und General Gérard machte darauf aufmerksam, daß seine militairischen Obliegen-

heiten ihm die Theilnahme an den Berathungen der Commission nicht gestatteten. An ihre Stelle traten von Schonen, Audry de Puyraveau und Mauguin, die nach ihnen die meisten Stimmen gehabt hatten *), und denen man allerdings auf keine Weise den Vorwurf machen konnte, daß sie an revolutionairem Eifer hinter irgend einem ihrer Mitbürger zurückgeblieben wären. Die ursprünglichen Wahlen der Municipalcommission, so wie die Ernennung Lafayette's zum Haupte der Nationalgarde, statt zum Anführer der gesammten bewaffneten Macht, sprechen aber deutlich genug die Gesinnung aus, von der die Mehrheit der Abgeordneten beseelt war. Nur ein verhältnißmäßig geringer Theil der Nationalgarde hatte mitgekämpft; indem man sie nach dem Siege voranstellte, konnte die Absicht keine andere seyn, als die gährenden Massen, die augenblicklich auf den Straßen und auf den öffentlichen Plätzen die Oberhand hatten, zur Ordnung zurückzuführen; und daß dieser Wunsch in der That jeden andern überwog, wurde ohne Scheu durch die Bekanntmachung an den Tag gelegt, welche die Bewohner der Hauptstadt von der Einsetzung der Municipalcommission unterrichtete. In diesem Actenstücke, dem ersten, das seit der Protestation gegen die Ordonnanzen das Daseyn einer Versammlung von Abgeordneten bekundete, hieß es:

»Die zu Paris anwesenden Abgeordneten haben sich vereinigen müssen, um den ernsten Gefahren zu begegnen, welche die Sicherheit der Personen und des Eigenthumes bedrohen. Eine Commission ist ernannt worden, um bei der Abwesenheit jeder regelmäßigen Organisation über die Interessen Aller zu wachen.«

Eine solche Sprache, in dem Augenblicke, in dem die arbeitende Bevölkerung und die Jugend die königlichen Truppen aus der Stadt herausgeschlagen hatte, konnte den würdigen Abgeordneten bei der ungünstigsten Wendung der Dinge unmöglich zum Verbrechen angerechnet werden; und sie war in der That eher geeignet, denselben den Dank der Regierung zu verdienen, sobald es dieser gelang, den Aufruhr der Hauptstadt durch feste Behauptung ihres Ansehens in den Provinzen zu unterdrücken, da man sich wohl gehütet hatte, durch die leiseste Andeutung eine Parteinahme zu verrathen.

Der greise Lafayette war viel zu ehrlich und ermangelte zu sehr jedes tieferen politischen Blickes, als daß er von dem geheimen Vor-

*) So erzählt den Hergang Pépin (Deux ans de règne. 3e édition. Paris, 1834. 8.) pag. 85.

behalte seiner Collegen eine Ahnung gehabt hätte. Er zog an der Spitze der Municipalcommission im Triumphe dem Hôtel de Ville zu, auf den Straßen, aus den Fenstern, von den Dächern durch den vieltausendstimmigen Ruf: »Es lebe die Freiheit! Es lebe Lafayette!« begrüßt, und den Grüßenden mit einer freundlichen Bewegung der Hand, mit einem wohlwollenden Lächeln dankend, wie vor vierzig Jahren, als er noch in jugendlicher Kraft zuerst sich einer Volksgunst erfreute, wie sie vor ihm nur wenigen Sterblichen zu Theil geworden war. Als der Zug nach der Rue aux Fers kam, wurde er von einer Wolke dreifarbiger Bänder bedeckt, die aus den Fenstern herabgeworfen wurden. Lafayette befestigte eins derselben an seinem Hute; seine Begleiter folgten seinem Beispiele. Auf dem Grèveplatze wurde ihm eine Anzahl Verwundeter vorgestellt, die er einen nach dem andern an sein Herz drückte. In dem Hôtel de Ville waren ihm, als er sich demselben näherte, bereits drei Männer zuvorgekommen, die, ohne einen andern Auftrag, als den sie sich selbst ertheilt, vorläufig die Gewalt an sich gezogen hatten.

Während des Kampfes am Morgen des 29sten, wie Tages vorher, verlangte das Volk laut nach Anführern, die sich aber nirgend zeigen wollten, so lange der Ausgang noch nicht entschieden war. Da hatte ein verabschiedeter Officier der Kaiserzeit, der Oberst Dubourg, der mit dem verantwortlichen Herausgeber des Constitutionnel, Evariste Dumoulin, nahe befreundet war, den Einfall, eine Generalsuniform anzuziehen, und sich dem Volke zum Anführer anzubieten. Bald waren einige Hundert Menschen um ihn versammelt, mit denen er sich nach dem Hôtel de Ville begab. Hier ergriff er Besitz von dem Geschäftszimmer des Seinepräfecten und ließ sogleich eine Menge Befehle von sich ausgehen, welche die Umstände zu erfordern schienen. Der eine dieser Befehle stellte alle öffentliche Kunstwerke unter den Schutz der Nation; ein anderer betraf die Pflege der Verwundeten beider Parteien; ein dritter forderte die Bürger der verschiedenen Stadtviertel auf, schleunigst die Verwaltung ihrer Bürgermeistereien zu ordnen. Gleichzeitig mit dem General Dubourg war Baude, der verwegene Herausgeber des Temps, in das Hôtel de Ville eingedrungen; er nahm den Titel eines Secretairs der provisorischen Regierung an, die Tages vorher erdichtet worden war, und ließ in dieser Eigenschaft eine Bekanntmachung drucken und an die Straßenecken anschlagen, worin er den Parisern Glück zu ihrem Siege wünschte. Ein kühnerer Schritt war es, daß

er den Befehl ertheilte, den ersten Präsidenten des königlichen Gerichtshofes zu verhaften und nach dem Hôtel de Ville zu führen, was jedoch nicht zur Ausführung kam, weil dieser hohe Beamte vorsichtig genug war, sich bei Zeiten zu verbergen. Die Vorsteher des Bäckergewerbes, die vor ihn beschieden wurden, zeigten ihm an, daß Paris für einen Monat mit Brot versehen sey. Den Vorstehern des Fleischergewerbes wurde auf seinen Befehl eröffnet, daß bis auf Weiteres alles Schlachtvieh steuerfreien Eingang in die Stadt habe. Mitten in der Beschäftigung mit diesen durch ihre Nothwendigkeit hinreichend gerechtfertigten Maßregeln erhielt Herr Baude einen Besuch von einem Manne, der sich selbst als einen Attaché bei der preußischen Gesandtschaft zu erkennen gab, und dem improvisirten Secretair einer nicht existirenden Regierung vermuthlich nur aus eigenem Auftrage mittheilte, daß die Haltung des Volkes von Paris während dieser staunenswürdigen Tage alle Mitglieder des diplomatischen Corps zwar mit Schrecken, zugleich aber mit Bewunderung erfüllt habe; daß ihre Depeschen den Ausdruck dieses doppelten Gefühles enthielten, und daß daher alle Wahrscheinlichkeit für die Erhaltung des Friedens zwischen dem monarchischen Europa und dem revolutionairen Frankreich wäre. Bald darauf wurde von Leuten aus dem Volke unter lautem Geschrei ein Mensch hereingebracht, der mit einem sorgfältig versiegelten Packete an einer der Barrièren ergriffen worden war. Das Packet enthielt Depeschen des schwedischen Gesandten Grafen Löwenhjelm an das Cabinet von Stockholm; Hr. Baude ließ dasselbe, ohne es zu erbrechen, sofort dem Gesandten zurückstellen. Graf Löwenhjelm wollte diese Gelegenheit nicht unbenutzt lassen, um sich mit eigenen Augen von dem Stande der Dinge zu überzeugen. Er eilte nach dem Hôtel de Ville, und sagte Herrn Baude, das eben so gemäßigte als kraftvolle Benehmen der Pariser habe dem diplomatischen Corps die höchste Achtung eingeflößt; an seinem Hofe wenigstens würde die Nachricht von diesen wunderbaren Ereignissen aller Wahrscheinlichkeit nach keinen unvortheilhaften Eindruck machen.

Bald erschienen auch schon Personen, die sich um Aemter und Stellen bei der neuen Regierung bewarben, deren Sitz sie in dem Hôtel de Ville vermutheten. Einer der ersten war Alexander Delaborde, der sich an den ihm persönlich bekannten Evariſt Dumoulin wandte. Dieser hatte den General Dubourg in der Uniform eines Hauptmanns der Nationalgarde begleitet, und sich durch denselben zum Comman-

danten des Hôtel de Ville ernennen lassen. Er ernannte seinerseits den Grafen Delaborde unter Trommelschall zum Präfecten des Seinedepartements. Graf Montalivet, der nicht lange darauf ankam, verlangte von Herrn Baude die Stelle eines Directors der Abtheilung der öffentlichen Bauten im Ministerium des Innern, sofern derselbe sich diesen Posten nicht etwa selbst vorbehalten habe. Herr Baude hatte die Bescheidenheit zu erwidern, daß es ihm weder zukäme, ein Amt zu verleihen, noch sich selbst zu einem Amte zu befördern. Eine Menge Bittsteller geringerer Art wurden ungehört zurückgewiesen.

Um zwei Uhr wurde dem General Dubourg die bevorstehende Ankunft Lafayette's gemeldet, der zum obersten Befehlshaber der Volksmacht ernannt sey. Der Abenteuerer, der sich mit einem Male durch eine einfache Anzeige von der ganzen Höhe seines selbstgeschaffenen Ansehens auf den gewöhnlichen Boden herabgesetzt sah, benahm sich bei dieser Gelegenheit mit männlicher Würde. »Mein Herr,« sagte er dem Boten, »da sich Niemand an die Spitze der Colonne stellte, habe ich mich vorangestellt. Aber Ehre, dem Ehre gebührt. So bald der General sich zeigt, werde ich ihm das Hôtel de Ville übergeben.« Als Lafayette unter dem nicht endenden Zurufe der vielen Tausende, welche den Grèveplatz und alle anstoßenden Straßen bedeckten, sich näherte, ging Dubourg ihm entgegen, verneigte sich ehrerbietig und stellte sich zu der Verfügung des Greises, der, wenn seine Kraft seinem Willen entsprochen hätte, jetzt das Schicksal von Europa in der Hand hatte. Lafayette war von dem Augenblicke, wo er sein Hauptquartier in dem Hôtel de Ville aufschlug, der Herr von Paris, und damit bei dem unbegrenzten Einflusse der Hauptstadt, von der alle Fäden der Verwaltung ausgehen, und von der die französische Nation jede Anregung erwartet, der Herr von ganz Frankreich. Aber Lafayette war durch den plötzlichen Ausbruch der Revolution eben so sehr überrascht, wie Jedermann, mit Ausnahme der tapferen Handarbeiter und jungen Leute, die durch ihren unverzagten Muth den Sieg errungen hatten; er hatte weder einen Plan für die Zukunft, noch wußte er, was im Augenblicke zu thun sey. Er ließ sich daher, statt der Bewegung, an deren Spitze er stand, die Richtung anzuweisen, vielmehr seinerseits durch jede Richtung bestimmen, welche die Bewegung annahm oder die derselben ohne sein Zuthun gegeben wurde. So wie die Mitglieder der Municipalcommission, die bei ihrer Ernennung zugegen gewesen waren, und die ihn begleiteten, sich in dem Präfectursaale des Hôtel de Ville

niedergelassen hatten, zog er sich in ein Seitengemach zurück, um, wie er sagte, der Civilverwaltung nicht in den Weg zu treten, als ob von einer Civilverwaltung nur die Rede seyn konnte, während alle Bande der Gesellschaft durch den Aufruhr zerrissen waren. Wahrscheinlich würde er in dieser Absonderung sich völlig außer Stande gesehen haben, irgend eine Anordnung zu treffen, wenn er nicht einen alten Obersten Namens Zimmer gefunden hätte, der unter den Ersten in das Hôtel de Ville gedrungen und, seinem militairischen Instinct folgend, sogleich daran gegangen war, auf eigene Hand eine Art Generalstab einzurichten, freilich den sonderbarsten Generalstab, den man sich denken kann, da derselbe aus Studenten und Handwerkern und jungen Männern aller Stände zusammengesetzt war, die sich selbst die Fähigkeit zutrauten, auf die Leitung der bewaffneten Volksmassen einigen Einfluß auszuüben. Das Erste, wodurch Lafayette seine Anwesenheit ankündigte, war eine Proclamation, die bald, in Tausenden von Exemplaren verbreitet, alle Mauern von Paris bedeckte. Mit folgenden Worten redete er die Pariser an:

»Meine theueren Mitbürger und wackern Genossen!

»Das Volk von Paris beruft mich noch einmal zum Befehl der öffentlichen Macht. Ich habe die Gewalt, die mir vertraut ist, mit Hingebung und Freude angenommen und stütze mich, wie im Jahre 1789, auf die Zustimmung meiner Collegen, die zu Paris anwesend sind. Ich werde kein Glaubensbekenntniß ablegen: meine Gesinnungen sind bekannt. Das Benehmen der Pariser Bevölkerung in diesen letzten Tagen der Prüfung macht mich stolzer darauf, als je, an ihrer Spitze zu stehen. Die Freiheit wird siegen oder wir werden mit einander untergehen. Es lebe die Freiheit! Es lebe das Vaterland!«

Während Lafayette durch seine Proclamation den Parisern wenigstens einen Namen bot, an den sich die größten Erinnerungen knüpften, und der daher kaum eines Zusatzes bedurfte, um mächtig zu allen Gemüthern zu sprechen, verlor die Municipalcommission ihre Zeit in durchaus unfruchtbaren Unterhaltungen, Besprechungen und Berathungen, aus denen nur so viel hervorging, daß Niemand mit einiger Bestimmtheit wußte, was er wollte. Da erschienen die Herren Benjamin Constant, Girod (vom Ain), Bavoux, Chardel und Andere, und fragten und sprachen und hörten und ließen zum Schluß Alles eben so ungewiß, unentschieden, schwankend, wie sie es gefunden hatten. Endlich kam Mauguin, der bei seiner Ernennung nicht

zugegen gewesen und deshalb zurückgeblieben war; selbst die unruhige, planlose Thätigkeit, die dieser mit sich brachte, hatte wenigstens den Vortheil, daß sie es unmöglich machte, länger in der alten Unschlüssigkeit zu beharren. Zuvörderst wurde ein Rundschreiben an sämmtliche Bürgermeistereien erlassen, das den Befehl ertheilte, schleunigst Commissionen zu bilden, welche die vorläufige Leitung der Geschäfte übernehmen sollten. Aber schon der Titel, unter dem die Municipalcommission diesen Befehl ertheilte, gab zu einem Zwiste in ihrer eigenen Mitte Veranlassung. Mauguin verlangte, daß die Municipalcommission sich selbst zugleich als provisorische Regierung bezeichnen solle, weil sie nothwendig alle Befugnisse derselben ausüben müsse. General Lobau entgegnete, daß er dazu von der Abgeordnetenversammlung keinen Auftrag habe, und widersetzte sich mit solcher Hartnäckigkeit, daß seine Meinung, aller Vorstellungen Mauguin's ungeachtet, durchdrang. Kaum war dieser Zwist beendigt, als von verschiedenen Seiten die Meldung kam, das Volk, welches seit zwei Tagen unter den Waffen stehe, habe nichts zu essen. Audry de Puyraveau trug darauf an, daß sogleich alles Brot aufgekauft werde, welches in den Bäckerladen vorhanden sey. Aber dazu bedurfte man des Geldes. Casimir Périer erklärte, daß er gern die erforderlichen Summen herschießen würde, nur sey leider seine Casse geschlossen. Mauguin bemerkte, es müsse sich Geld in der Polizeipräfectur finden, ernannte ohne Weiteres den Abgeordneten Bavour zum Polizeipräfecten und trug demselben auf, von seinem neuen Posten Besitz zu ergreifen und zu berichten, was die Cassen enthielten. Es fanden sich mehrere Millionen, von denen einige Tausend Franken genommen und unter die Zöglinge der polytechnischen Schule vertheilt wurden, damit diese für die Schaaren, die sie zum Kampfe geführt hatten, die unentbehrlichsten Lebensmittel einkauften. Keiner der bewaffneten Arbeiter, die sich auf dem Grèveplatze drängten, war zu vermögen, ein Stück Geld anzunehmen; sie verlangten nur Brot, um ihren Hunger zu stillen. Mit gleich wenig Förmlichkeiten, wie Bavour zum Polizeipräfecten, war der Abgeordnete Chardel zum Generalpostdirector ernannt worden. Er legte Beschlag auf die ganze Correspondenz, die während der Tage des Kampfes nicht befördert werden konnte, und schickte sie in einem großen Sacke nach dem Hôtel de Ville, wo aber Niemand geneigt war, in Geheimnisse des Privatlebens einzudringen, deren Kenntniß für die öffentliche Sache keinen Nutzen versprach.

Während in Paris auf diese Weise sich die ersten unsicheren Anfänge einer neuen Ordnung der Dinge entwickelten, war an dem Hofe zu St. Cloud endlich an die Stelle des stolzen Selbstvertrauens, in das man sich bis zum letzten Augenblicke eingewiegt hatte, ein Schimmer von richtiger Erkenntniß der Lage, damit zugleich aber eine den Keim des unrettbaren Unterganges in sich tragende Entmuthigung getreten. Die Truppen, welche genöthigt gewesen waren, Paris zu räumen, hatten sich bataillonsweise oder in noch kleineren Abtheilungen auf zwei verschiedenen Wegen nach St. Cloud zurückgezogen. Selbst in den Landgemeinden, durch welche ihre Straße führte, mußten sie Flintenschüsse wechseln. Zu Chaillot feuerten Knaben auf sie, die ihnen den Durchmarsch streitig zu machen versuchten; einer der tapfersten Officiere der Garde fiel in einem Gefechte mit Feinden, gegen welche der Soldat sich schämen mußte, ernsten Gebrauch von seinen Waffen zu machen. Am Ausgange des Bois de Boulogne kam den niedergeschlagenen, in stummer Verzweiflung einherziehenden Schaaren der Herzog von Angulême entgegen, der in einer seiner seltenen Anwandlungen fürstlichen Stolzes und Muthes den kühnen Entschluß gefaßt hatte, zu Pferde zu steigen und das Heer persönlich gegen die Empörer zu führen. Er nahm dem Herzog von Ragusa den Befehl ab und stellte sich an die Spitze der Truppen, die er durch eine feurige Rede für ihr altes Königshaus zu begeistern gedachte. Unglücklicher Weise fehlten ihm für seine Gefühle die Worte, weil die unmännliche Wuth, die ihn bei der Nachricht von der schimpflichen Niederlage der Garden ergriffen, keines klaren Gedankens mächtig war. Er wandte sich an einen Hauptmann und fragte ihn, wie viel Leute er verloren habe. »Viele, Königliche Hoheit!« antwortete der schmerzlich bewegte Kriegsmann, dem eine dicke Thräne die Wange hinunterrollte. »Sie haben deren noch genug, Sie haben deren noch genug!« versetzte der Prinz, der in seine gewöhnliche Zerstreuung zurückgefallen war und schon wieder vergessen hatte, was er sagen wollte. Die Truppen kamen zu St. Cloud in dem traurigsten Zustande an: aufgelöst durch die Hitze, erschöpft durch Hunger und Durst und dreitägige Anstrengungen, gebeugt durch den unglücklichen Ausgang eines Kampfes gegen die eigenen Brüder, Landsleute, Mitbürger. Sie mußten in dem Parke des königlichen Schlosses Biwacht halten, wo allmälig für ihre dringendsten Bedürfnisse gesorgt wurde, wo aber Alles, was sie sahen und hörten, nur dazu beitrug, ihre Stimmung noch tiefer herabzudrücken. In dem

Hofe standen die Pferde gesattelt, die Wagen bespannt; alle Vorbereitungen waren getroffen, das Leben des Königs und der königlichen Familie bei dem ersten Anschein einer Gefahr durch die eiligste Flucht zu retten. Die Dienerschaft rannte unstätt hin und wieder. Die Zöglinge der adligen Militairschule zu St. Cyr waren herbeigeeilt, um für ihren Monarchen zu sterben, und vermehrten durch ihren kindischen Eifer nur die allgemeine Verwirrung.

Karl X. war durch die Unterhaltung mit Herrn von Sémonville zwar tief erschüttert worden; aber er glaubte, durch das Vertrauen des Herzogs von Ragusa auf die Festigkeit der Truppen irre geführt, immer noch an den Sieg. Der Ministerrath, den er berufen hatte, um die Maßregeln zu berathen, welche die Umstände erheischten, verlängerte sich von Stunde zu Stunde, ohne daß man zu einer festen Entscheidung gekommen wäre, bis die Kunde von der Flucht der Garden allem Schwanken und Zögern ein Ende machte. Erst jetzt entschloß sich der greise König, die verhängnißvollen Ordonnanzen zu widerrufen und die Entlassung der Minister anzunehmen, welche diese, mit Ausnahme des Fürsten von Polignac, längst als unvermeidliche Nothwendigkeit erkannt hatten. Um fünf Uhr des Nachmittages wurden der Marquis von Sémonville und Graf von Argout, denen sich inzwischen auch der vor ihnen zu St. Cloud eingetroffene Baron von Vitrolles angeschlossen, vor den König beschieden, der sie mit würdevoller Haltung, obwohl mit unverkennbarer Bitterkeit im Tone und in den Zügen, empfing. »Meine Herren,« sagte er ihnen, »Sie haben es gewollt! Gehen Sie, sagen Sie den Parisern, daß der König die Ordonnanzen widerruft; aber ich erkläre Ihnen, daß ich dies als verderblich für die Interessen Frankreichs und der Monarchie betrachte.«

Die drei Herren, denen es, jedem von seinem Standpunkte aus, ernstlich darum zu thun war, die Monarchie zu retten, glaubten jetzt gewonnenes Spiel zu haben. Sie warfen sich in einen Wagen und fuhren im besten Vertrauen auf den Erfolg ihrer Sendung mit aller Eile, welche die Kräfte feuriger Rosse gestatteten, nach Paris. Unterweges rief Herr von Sémonville, der durch die Freude ganz verjüngt war, allen Vorübergehenden zu: »Die Ordonnanzen sind zurückgenommen, die Minister sind zum T..... gejagt!« Von den Barrièren bis zum Grèveplatze wurde die Fahrt der Unterhändler ein wahrer Triumphzug; denn die Aufregung des alten Herrn, die sich in seiner derben Sprache kund gab, theilte sich allem Volke mit.

Von allen Seiten antwortete ihm freudiger Zuruf; hundert schwielige Fäuste drückten ihm die Hand. So gelangten sie zu dem Hôtel de Ville. Aber der Anblick, der sich ihnen hier darbot, war wohl geeignet, ihre Zuversicht zu erschüttern. Um das Hôtel de Ville drängten sich die kühnsten der Kämpfer: männliche Gestalten im groben Kittel; alle mit Waffen der verschiedensten Art bewehrt; viele mit offener Brust und aufgestreiften Aermeln; manche noch mit dem Blute erschlagener Feinde bespritzt. Da schien das Jahr 1793 in seiner schrecklichsten Gestalt wieder heraufgestiegen. Welche Sprache war hier zu führen?

Es war gegen acht Uhr des Abends, als Herr von Sémonville mit seinen beiden Begleitern in den Saal der Municipalcommission eingeführt wurde, in den sich auf die Bitte der Commission auch Lafayette begeben hatte. An diesen richtete der Großreferendar, der nur mühsam seine Fassung wieder erlangt hatte, das Wort: »Vor vierzig Jahren, Sie werden sich dessen erinnern, Lafayette, waren wir auch hier in dem Hôtel de Ville; wir waren Wähler und beriethen ohne einen amtlichen Auftrag über das Wohl der Stadt Paris. Keiner von Ihnen, meine Herren, ist in einer amtlichen Eigenschaft hier; auch ich, der ich mit Ihnen spreche, bin es nicht; aber wir werden Alle von der Liebe für das gemeine Beste geleitet, und wir können uns daher wohl verständigen. Ich kenne Ihre Namen nicht, meine Herren —« »Die Namen thun nichts zur Sache,« unterbrach Audry de Puyraveau. »Inzwischen,« fuhr Herr von Sémonville fort, indem er mit der Hand auf Casimir Périer wies, »glaube ich einen der neuen Minister des Königs wieder zu erkennen.« Casimir Périer verneigte sich zustimmend. »Meine Worte werden daher amtliches Gehör finden. Dies ist der Stand der Sache: Er hat das Ministerium entlassen; er nimmt die Ordonnanzen zurück; er läßt die Truppen abziehen; er beruft die Kammern zum 3. August.« — »Es ist zu spät,« fiel Herr von Schonen mit leidenschaftlicher Erregung ein; »der Thron ist in dem Blute ausgeglitten und gestürzt; möge er darin bleiben!« — Der feine Mauguin hielt es denn doch für übereilt, auf diese Weise jede Möglichkeit zu der Eröffnung von Unterhandlungen abzuschneiden; er bemerkte Herrn von Schonen, daß derselbe nicht das Recht habe, im Namen Aller zu sprechen, und fragte den Marquis von Sémonville, ob er mit schriftlichen Vollmachten versehen sey? Darauf war der Großreferendar nicht vorbereitet; er mußte zugestehen, daß er keine andere Vollmacht habe,

CHARLES
X
ROI DE

als den mündlichen Auftrag des Königs. Jetzt erhob sich Audry de Puyraveau und rief mit donnernder Stimme: »Niemand ist hier befugt, für das Volk ohne dessen Ermächtigung zu handeln. Wenn noch ferner von einer Ausgleichung die Rede ist, werde ich auf den Platz hinuntersteigen und dem Volke anzeigen, was hier vorgeht.« Ueber den Erfolg dieser Drohung konnte kein Zweifel seyn; denn kurz vorher hatte Baude, der bei der Municipalcommission die Stelle eines Secretairs versah, der Menge vom Fenster herab angekündigt, daß Karl X. einwillige, die Ordonnanzen zu widerrufen. Darauf hatte eine einzelne Stimme sich vernehmen lassen: »Es lebe unser guter König, der capitulirt!« Aber die Masse beharrte in finsterm und nur zu beredtem Schweigen.

Die Unterhändler zogen sich zurück, nachdem Herr von Sémonville noch eine kurze Unterredung mit Lafayette gehabt hatte. In dem Vorsaale hatte der erschöpfte Greis einen Auftritt, von dem er tief ergriffen wurde. Ein Nationalgardist von ungewöhnlich hoher Gestalt, in voller Uniform, wies auf ein Standbild Karl's X., das mit abgeschlagenem Kopfe auf dem Boden lag, und sagte: »Wie können Sie verlangen, daß wir mit einem Menschen unterhandeln, dem wir auf diese Weise mitgespielt haben?« Der Großreferendar blickte auf das verstümmelte Standbild und schauderte zusammen; er gab jede Hoffnung auf und dachte nur noch daran, seine Wohnung zu gewinnen. Graf d'Argout, einem Winke Casimir Périer's folgend, begab sich allein zu Laffitte.

Hier fand er bei der drückenden Schwüle die Fenster geöffnet, den Hof und alle Gemächer mit Menschen angefüllt, darunter viele bewaffnet, mit Staub bedeckt und noch alle Spuren des Kampfes an sich tragend. Er zog Laffitte in eine Fensternische und sagte ihm: »Die Ordonnanzen sind zurückgezogen; wir haben neue Minister.« — »Man hätte sich früher entschließen sollen,« entgegnete Laffitte. — »Die Interessen sind noch dieselben.« — »Gewiß; aber die Umstände haben sich verändert. Seit gestern ist ein Jahrhundert verflossen.« — Bertin de Vaux, der unter den Anwesenden war, glaubte kaum zu vernehmen, daß Vorschläge im Namen Karl's X. gemacht würden, als er voller Freuden ausrief: »So können wir endlich unterhandeln!« Diese Worte brachten jedoch auf die Menge, unter der sie schnell verbreitet wurden, eine Wirkung hervor, die der Sprecher schwerlich erwartet hatte. Ein Mann aus dem Volke riß die Thüre auf und fragte, indem er sein Gewehr geräuschvoll auf den Fuß-

boden stieß, mit drohender Gebehrde: »Wer wagt es hier, von Unterhandlungen mit Karl X. zu sprechen?« Zugleich riefen hundert Stimmen in dem Vorsaale: »Nichts mehr von den Bourbonen!« — »Sie hören,« bemerkte Laffitte. — »Sie wollen also auf keine Vorschläge eingehen?« versetzte Herr von Argout. — »Ist Ihre Sendung eine amtliche?« — »Nur eine vertrauliche; aber wenn sie amtlich wäre?« — »Dann bliebe es so, wie so!« Herr von Argout entfernte sich und suchte den Baron von Vitrolles auf, mit dem er nach St. Cloud zurückkehrte.

Denselben Abend erhielt Laffitte noch einen Besuch von Herrn de Forbin-Janson, der einen Paß für seinen Schwiegervater, den Herzog von Mortemart, verlangte, welcher, von Karl X. zum ersten Minister ernannt, sich in die Versammlung der Abgeordneten zu begeben wünschte, aber bei der strengen Wachsamkeit, welche die Posten der Pariser übten, fürchten mußte, an den Barrièren angehalten zu werden. Die Abgeordneten, die sich noch bei Laffitte befanden, beschlossen den Herzog zu erwarten, und blieben bis nach Mitternacht vereinigt, ohne daß dieser erschienen wäre.

Der Baron von Vitrolles, von dem es bekannt war, daß er bei Karl X. in hohen Gnaden stand, hatte bereits am 28sten von einem Arzte, der mit dem General Gérard befreundet war, einen Zettel erhalten, auf dem nur die beiden Namen Mortemart und Gérard geschrieben waren. Diesen Zettel hatte er nach St. Cloud gebracht und dem Könige vorgestellt, daß die beiden Namen, die derselbe erhielt, hinreichend seyn würden, die Pariser zu beruhigen. So wenig Karl X. anfangs geneigt war, das Schicksal der Monarchie Männern zu vertrauen, von denen der eine ihm der Hinneigung zum Liberalismus verdächtig, der andere als entschiedener Liberaler verhaßt war, so kam er doch auf den zurückgewiesenen Vorschlag zurück, als er, von dem Schrecken über den Sieg der Pariser überwältigt, sich überzeugte, daß es keinen andern Ausweg der Rettung gebe. Der Herzog von Mortemart, aus einem altadeligen Geschlechte, aber durch seinen Kriegsdienst im napoleonischen Heere den Gewohnheiten und der Denkweise des Adels entfremdet, hatte von seinem Gesandtschaftsposten zu St. Petersburg mehrmals warnende Depeschen nach Paris geschickt; denn Kaiser Nicolaus, der an den soldatischen Manieren des französischen Botschafters vielen Gefallen fand, hatte sich bei wiederholten Gelegenheiten gegen jeden Staatsstreich ausgesprochen, den König Karl X. versuchen könnte. Er hatte ge-

radezu erklärt, daß man von ihm keine Unterstützung erwarten dürfe, wenn man in Frankreich Gewaltschritte unternehmen wollte, da die Verbündeten in dem Frieden von Paris eben so das Bestehen der französischen Verfassung, wie die Rechtmäßigkeit der Bourbonen gewährleistet hätten. Der Herzog war von der Urlaubsreise, die ihn während des Sommers von seinem Posten entfernte, noch nicht auf denselben zurückgekehrt, als der Aufstand der Pariser gegen die Ordonnanzen ausbrach. Er eilte sogleich nach St. Cloud, um zu versuchen, ob die Stimme der Vernunft sich nicht doch noch Eingang verschaffen könnte. Er wurde kalt empfangen. In einer Audienz, die er am 28sten beim Könige hatte, sagte ihm dieser: »Ich habe es nicht vergessen, wie die Ereignisse vor vierzig Jahren gekommen sind. Ich will lieber zu Pferde steigen, als, wie mein Bruder, auf den Karren.« Am Nachmittage des andern Tages hatte sich die Stimmung sehr verändert. Karl X. ließ den Herzog rufen und erklärte ihm, daß er ihn zum ersten Minister ernenne. Der Herzog von Mortemart, der auf nichts weniger vorbereitet war, als auf einen solchen Beweis des königlichen Vertrauens, lehnte den schwierigen, wo nicht hoffnungslosen Auftrag in den ehrerbietigsten, aber bestimmtesten Ausdrücken ab, indem er seine politische Unfähigkeit, seine Abneigung gegen anstrengende Arbeiten, seine körperliche Schwäche vorschützte. Der König widerlegte alle seine Einwendungen und rief zuletzt, da er dennoch auf seiner Weigerung beharrte, ganz entrüstet aus: »Sie weigern sich also, mein Leben und das Leben meiner Minister zu retten?« — »Wenn es das ist, was Ew. Majestät verlangen,« versetzte der Herzog. — »Ja, gerade das,« fiel der König ein und fügte mit rücksichtsloser Offenheit hinzu: »Es ist noch ein Glück, daß man mir nur Sie auferlegt!«

Mit der Ernennung des Herzogs von Mortemart glaubte Karl X. Alles gethan zu haben, was die Umstände erheischten. Er zweifelte keinen Augenblick, daß die empörten Pariser, sobald sie die Zurücknahme der Ordonnanzen und die Einsetzung eines liberalen Ministeriums vernähmen, sich zufriedengeben und zum Gehorsam zurückkehren würden, da ihnen Alles bewilligt sey, was sie verlangten, und mehr, als sie jemals erreicht hätten, wenn die Weisheit des Allmächtigen nicht neue Prüfungen über das verderbte Frankreich zu verhängen beschlossen hätte. In dieser Voraussetzung gab sich der bethörte Fürst einer solchen Sicherheit hin, daß er sich des Abends mit derselben Ruhe, wie in den Tagen der ungestörtesten Ordnung,

zu seiner gewöhnlichen Partie Whist niederließ. Während der König mit der Herzogin von Berry, dem Kammerherrn von Duras und dem Gardecapitain Herzoge von Luxembourg am Spieltische saßen, war der Dauphin damit beschäftigt, eine Karte von Frankreich zu betrachten, die auf einem andern Tische ausgebreitet war. Der Herzog von Mortemart allein hatte eine Ahnung des Verhängnisses, welches über das alte Königshaus hereinbrach. Er konnte seine innere Bewegung nicht bemeistern und trat alle Augenblicke auf den Balcon, der nach der Seite von Paris hinausging, um auf jedes entfernte Geräusch zu lauschen.

Die Nacht war gekommen, und die hohen Herrschaften waren im Begriffe, sich zur Ruhe zu begeben. Der Herzog von Mortemart bat den Dauphin, für ihn, der sobald als möglich nach der Hauptstadt müsse, den Befehl aufzuheben, der alle Verbindung zwischen St. Cloud und Paris unterbrach. »Wie?« antwortete der Prinz verlegen: »den Befehl? gut, wir werden sehen.« Ein bestimmterer Bescheid war von dem schwachen Herrn, der sich in den Kopf gesetzt hatte, daß er sich groß und stark zeigen und jede feige Nachgiebigkeit gegen die Rebellen verhindern müsse, nicht zu erlangen. Der Herzog wandte sich an den König und sagte ihm: »Sire, die Zeit drängt; ich muß sofort von hinnen.« Der König erwiderte: »Noch nicht, noch nicht; ich erwarte erst Nachrichten aus Paris.« Karl X. fand, so wie er die Fassung wieder gewonnen, hundert Gründe, nichts zu übereilen. Wer konnte wissen, ob nicht die Pariser, nachdem sie den Widerstand der königlichen Truppen überwunden, sich selbst überlassen, in sich gingen und sich reuig ihrem schwer beleidigten Monarchen zu Füßen warfen?

Während der Nacht trafen die Herren von Argout und von Vitrolles ein. Sie suchten sogleich den Herzog von Mortemart auf und beschworen ihn, nachdem sie von der Lage der Dinge in der Hauptstadt Bericht erstattet, keinen Augenblick zu verlieren, um einen letzten entscheidenden Schritt zu thun, der vielleicht Alles noch wieder gut machen könne. Der Herzog bemerkte, daß er außer Stande sey, irgend etwas zu thun, so lange er nicht die Unterschrift des Königs habe. Man kam überein, auf der Stelle die Ordonnanzen abzufassen, welche durch die Umstände am dringendsten geboten wären, und sie dann ohne Zeitverlust dem Könige zur Unterzeichnung vorzulegen. Mit Mühe verschaffte man sich Dinte, Feder und Papier. Es wurden fünf Verordnungen ausgearbeitet, von denen die erste jene vom

25. Juli zurücknahm und die Kammern zum 3. August einberief, die zweite die Nationalgarde wiederherstellte und den Befehl dem Marschall Maison übertrug. Die drei anderen ernannten den Herzog von Mortemart zum Präsidenten des Ministerrathes und zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Casimir Périer zum Finanzminister und den General Gérard zum Kriegsminister. Aber das Schwierigste war jetzt noch, die Unterschrift des Königs zu erhalten. Die Posten der Gardes du Corps, welche die Zugänge zu den königlichen Gemächern besetzt hielten, weigerten sich, irgend Jemand, unter welchem Vorgeben es auch sey, zuzulassen. Endlich gelang es dem Herzoge von Mortemart durchzudringen. Er fand den greisen König im Bett. Der Monarch richtete sich auf seiner Lagerstätte mühsam empor und sagte mit gedämpfter Stimme und mit leidender Miene: »Ach, Sie sind es, Herr Herzog!« Der Herzog stellte dem niedergedrückten Fürsten vor, daß die äußerste Eile noth sey; die Ordonnanzen müßten auf der Stelle unterzeichnet werden; er selbst sey bereit, abzugehen. — »Warten wir noch,« antwortete Karl X. Herr von Mortemart erinnerte, daß Graf d'Argout und der Baron de Vitrolles da wären, die über den Zustand von Paris Auskunft geben könnten. Der König verlangte, daß der Baron de Vitrolles eingeführt werde, und gab dem Herzoge ein Zeichen, sich zu entfernen. Karl X. empfing den Herrn von Vitrolles, als dieser sich dem Bette näherte, mit strenger Gebehrde. »Wie, Sie sind es, Vitrolles; Sie kommen, um mir den Rath zu geben, vor rebellischen Unterthanen zu weichen?« Der Baron de Vitrolles entgegnete lebhaft, daß er so, wie gegenwärtig die Dinge ständen, seinem Könige keinen größeren Beweis der aufopferungvollsten Treue zu geben vermöge; daß es den König täuschen hieße, wenn er das Bittere der Lage irgend zu mildern versuchte. Er verberge sich nicht, wie schwer es die Würde der Krone verletzen müsse, wenn der König jemals nach der empörten Hauptstadt zurückkehrte; aber es gebe kein Mittel, eine ganze Bevölkerung zu bezwingen, die sich von allen Seiten erhebe. Besser wäre es gewiß, den Mittelpunkt des Krieges nach einer andern Seite zu verlegen. Wenn der König auf die Vendée rechnen zu können glaube, so sey er entschlossen, sich der Sache seines Fürsten bis zum Ende zu weihen. Karl X. war einen Augenblick nachdenklich. »Die Vendée,« sagte er für sich, als ob er seinen eigenen Gedanken antwortete. »Das ist schwer! sehr schwer!«

Der Herzog von Mortemart wurde zurückgerufen. Karl X. un-

terzeichnete die Ordonnanzen. Herr von Mortemart stieg in den Wagen, der ihn mit dem Grafen d'Argout nach Paris führen sollte. Darüber war der helle Morgen angebrochen. Als die Gesandten des Königs das Bois de Boulogne erreichten, wurden sie von einem Posten der Garde angehalten. Der Herzog von Angoulème hatte seinen Befehl zur Unterbrechung der Verbindungen nicht zurückgenommen; er beharrte darauf, die Monarchie auch gegen den Willen des Königs zu retten. Nach einem heftigen Streite erhielt Mortemart von dem commandirenden Officier die Erlaubniß, seinen Weg fortzusetzen; er mußte aber seinen Wagen zurücklassen, und das Bois de Boulogne zu Fuße umgehen. Da er auf der andern Seite fürchtete, auch an der Barrière von Passy angehalten zu werden, so machte er mit seinem Begleiter einen weiten Umweg, ging auf der Brücke von Grenelle unterhalb Paris über die Seine, und drang in die Stadt ein, indem er eine gebrochene Mauerstelle überstieg. Gegen zehn Uhr, als er sich in die Abgeordnetenversammlung begeben wollte, von der er voraussetzte, daß sie bei Laffitte vereinigt sey, begegnete ihm der Abgeordnete Bérard, der ihm sagte, daß er bei Laffitte Niemand mehr finden würde; die Versammlung habe sich vertagt und werde um Mittag in dem Sitzungssaale der Abgeordnetenkammer im Palaste Bourbon wieder zusammentreten. Uebrigens sey es zu der Anknüpfung von Unterhandlungen zu spät; keine menschliche Macht werde Karl X. nach Paris zurückführen. Die Ströme von Blut, die in seinem Namen vergossen worden wären, würden ihn für immer von Frankreich trennen. Der Herzog von Mortemart begab sich, an dem Erfolge seiner Sendung verzweifelnd, nach Hause. In seiner früheren militairischen Laufbahn hatte er auf mehr als einem Schlachtfelde dem Tode unverzagt in das Auge geblickt; aber die Erschütterungen und Anstrengungen der letzten Tage hatten ihn so erschöpft, daß er sich kaum in der Mitte der Seinigen sah, als er in eine lange Ohnmacht fiel. Um zwölf Uhr schickte er, statt persönlich in der Versammlung der Abgeordneten zu erscheinen, den Grafen von Sussy nach dem Palais Bourbon. Herr von Sussy erlangte mit Mühe, daß es ihm verstattet wurde, die Ordonnanzen des Königs zu verlesen. Die Versammlung weigerte sich, dieselben anzunehmen, und wies den Ueberbringer an die Municipalcommission. In dem Hôtel de Ville wurde Graf Sussy zuerst von Lafayette empfangen, der von einer Menge der aufgeregtesten und überspanntesten jungen Leute umgeben war. Lafayette breitete die Papiere, die ihm überreicht

wurden, vor sich aus. So wie der Inhalt bekannt wurde, erscholl ein Schrei der Entrüstung durch den ganzen Saal: »Was soll das heißen? Neue Minister von Karl X! Wir sind verrathen! Nein! nein! Nichts mehr von den Bourbons!« Lafayette kehrte sich mit seiner gewöhnlichen Ruhe gegen Herrn von Sussy: »Sie sehen! das Glück der Waffen hat entschieden!« Zugleich forderte er den Grafen auf, sich an die Municipalcommission zu wenden. General Lobau führte ihn bei dieser ein, und mehrere Mitglieder schienen nicht abgeneigt, sich auf Unterhandlungen einzulassen. Audry de Puyraveau allein wollte von keinem Versuche gütlicher Ausgleichung etwas hören. Auch Mauguin trat auf seine Seite. Von außen schlugen die jungen Leute, die bei Lafayette gewesen waren, mit den Kolben an die verschlossene Thüre, und verlangten, daß ihnen geöffnet werde. Herr von Sussy, dem die Thränen in den Augen standen, sah wohl, daß nichts mehr zu hoffen war; aber er machte noch einen Versuch, durch List zu erreichen, was auf dem geraden Wege unmöglich war. Er wollte die Ordonnanzen bei der Commission niederlegen, und erbat sich einen einfachen Empfangschein, der mit der Annahme der königlichen Befehle seiner Meinung nach zugleich einen Act der Unterwerfung bescheinigen sollte. Da erhob Audry de Puyraveau seine Stimme und rief: »Nehmen Sie Ihre Ordonnanzen mit sich zurück. Wir haben mit Karl X. nichts mehr zu schaffen!«

Das Reich Karl's X. war zu Ende.

Drittes Hauptstück.

Das Bürgerkönigthum.

Nach dem Rückzuge der Truppen aus Paris war die große Stadt, ungeachtet der Einsetzung einer Behörde, der dem Namen nach die Gewalt übertragen war, thatsächlich völlig sich selbst überlassen. Ein allgemeiner Rausch der Freude, von dem wenigstens für den Augenblick auch die bemittelten Classen mit fortgerissen wurden, hatte die ganze Bevölkerung ergriffen. Unbekannte, die einander im Leben zum ersten Male begegneten, fielen bei der Kunde des Sieges einander mit Freudenthränen in die Arme; die verwundeten Söhne des Volkes fanden Aufnahme und Pflege in den Häusern der Reichen, die ihnen zu jeder andern Zeit verschlossen geblieben wären; die Weinschenken standen einem Jeden offen, der in denselben Erquickung suchte, ohne daß es den Wirthen eingefallen wäre, Bezahlung zu verlangen. Aber dieses Vergessen aller gewöhnlichen Rücksichten, Bedenklichkeiten und Berechnungen dauerte nur kurze Zeit. Der arme Arbeiter, der, durch ein dunkles Gefühl geleitet, mit heldenmüthiger Aufopferung gestritten hatte, ohne genau zu wissen, wofür, verleugnete zwar die uneigennützige Großmuth, die er während des Kampfes gezeigt, auch nach dem Siege nicht. Beim Einbrechen des Abends führte ein Zögling der polytechnischen Schule eine Abtheilung des Haufens, der die Kaserne von Babylon genommen, nach dem Hôtel de Ville. Er fragte Lafayette, was mit den zweihundert Freiwilligen anzufangen sey, die auf dem Grèveplatze warteten, und er erhielt die Antwort: »Sie möchten friedlich nach Hause gehen, denn sie würden der Ruhe bedürfen.« Der junge Anführer machte dem General bemerklich, daß Viele dieser wackeren Männer, wenn sie nach Hause kämen, kein Brot finden würden. »Nun gut«, versetzte Lafayette, »man gebe einem Jeden zwanzig Franken!« Das Anerbieten wurde den Arbeitern mitgetheilt, die aber wie aus einem Munde riefen: »Wir schlagen uns nicht um's Geld!« Sie nahmen nichts Anderes an, als Brot, das bei den Bäckern gekauft und unter sie vertheilt wurde. Während die ar-

beitenden Stände solche Beweise einer adeligen Gesinnung gaben, die man in den höheren Schichten der Gesellschaft vergebens gesucht hätte, war die bemitteltere Bürgerschaft bereits großentheils wieder ganz in die gewöhnliche Engherzigkeit des Alltagslebens zurückgefallen. Das vorherrschende Gefühl unter den großen und kleinen Fabrikanten, unter den Krämern, Kaufleuten und Banquiers, die in der Bürgerschaft den Ton angaben, war die Furcht: auf der einen Seite die Furcht vor den Truppen, die jeden Augenblick Verstärkungen an sich ziehen und von Neuem in die Stadt dringen konnten, auf der andern in noch viel höherem Maße die Furcht vor dem Volke, vor jenen besitzlosen von der Arbeit ihrer Hände lebenden Classen, die man vereinzelt als nichts zu achten gewohnt war, die aber, als sie in Masse bewaffnet die Straßen bedeckten, den Eindruck einer drohenden bisher nicht geahnten Gefahr hervorbrachten. Die Nationalgarde, die während der Schlachttage an dem Streite nur einen lauen und zweideutigen Antheil genommen, erschien um so zahlreicher, nachdem der Kampf beendigt war. Auf allen Punkten wurden Posten ausgestellt, die sich durch Patrouillen in Verbindung setzten, und des Nachts Niemand passiren ließen, der sich nicht durch die vom Stadthause ausgegangene Losung auszuweisen vermochte. Es fanden deshalb eine Menge Verhaftungen Statt, von denen mehrere der tapfersten Kämpfer des Morgens betroffen wurden, die auf diese Weise bei Zeiten eine Gelegenheit erhielten, darüber nachzudenken, welche Art von Freiheit sie erobert hatten. Der General Pajol, der unter den alten Officieren des Kaiserreiches einer der Ersten gewesen war, die sich der Sache des Volkes anschlossen, begegnete gegen Abend einem der feurigen jungen Männer, die in der Hitze des Gefechtes sich durch den keckſten Muth ausgezeichnet hatten. »Sie haben entschlossene Leute in den Kampf geführt,« sagte er ihm: »Können Sie auf ihre Ergebenheit rechnen?« — »Gewiß!« — »So sehr, daß Sie ihnen den Befehl geben dürfen, die Abgeordneten zu verhaften?« — »Dafür möchte ich denn doch nicht stehen.« — »Dann,« schloß der General die Unterhaltung, »ist die Revolution verfehlt.«

Die Revolution war verfehlt, wenn man von derselben erwartete, daß sie die gleichmäßige Betheiligung aller Volksclassen an der Herrschaft einführen sollte, die alle Schrecken des blutigen Jahres 1793 nicht durchzusetzen vermocht hatten. Die Völker, die dem romanischen Stamme angehören, haben unter Freiheit von jeher nichts

Anderes verstanden, als einen Antheil an der Herrschaft, den jeder Einzelne sich selbst so groß als möglich zuzumessen sucht; und eben deshalb sind alle Anstrengungen, die sie in der neueren Zeit gemacht haben, um die Freiheit zu erlangen, vergebens gewesen, weil Freiheit und Herrschaft unmöglich mit einander zu vereinigen sind. Wenn die Arbeiter und die jungen Leute, die während der drei Julitage sich gegen die königlichen Truppen schlugen, für ihre persönliche Freiheit zu kämpfen meinten, so irrten sie sich, weil es um diese in dem Streite zwischen der liberalen Partei in den Kammern und der Regierung, dessen sie sich annahmen, sich zunächst gar nicht gehandelt hatte. Die liberale Partei war in ihren Bestrebungen so offen gewesen, daß man den Vorwurf der Verstellung, der ihr von den Gegnern oft gemacht worden ist, nur als eine Ungerechtigkeit betrachten kann. Bei den Verhandlungen über das Departementalgesetz, die den Sturz des Ministeriums Martignac herbeiführten, hatten die Wortführer der Liberalen es ohne Rückhalt ausgesprochen, daß es ihnen keineswegs darum zu thun sey, für die Masse der Nation politische Rechte zu erringen, sondern daß sie nur darauf ausgingen, dem bemittelten Bürgerstande, der sie selbst in die Kammer gewählt habe, das Uebergewicht zu sichern.

Ein Mann übte nach der Vertreibung der königlichen Truppen thatsächlich den größten Einfluß in der empörten Hauptstadt aus, weil um ihn in den Stunden der Gefahr sich Alles gesammelt hatte, was nicht von Anfang sich blindlings in den Strom der Bewegung stürzte oder sich gedankenlos von demselben fortreißen ließ. Laffitte, der vor dreißig Jahren als ein junger Mensch ohne Mittel, ohne Empfehlungen und Verbindungen nach Paris gekommen und als Commis in ein Banquierhaus getreten war, hatte im Verlaufe dieser Zeit durch den wohlverdienten Ruf unbestechlicher Redlichkeit Reichthümer, Ansehen und ein allgemeines Vertrauen erworben. Der edle Gebrauch, den er von seinem Vermögen machte, indem er sein Haus allen aufstrebenden Talenten öffnete und alle große vaterländische Unternehmungen mit fürstlicher Freigebigkeit unterstützte, stellte ihn in der öffentlichen Achtung höher, als irgend einen der Männer, die an Glücksgütern sich vielleicht mit ihm messen konnten. Der Kern des Bürgerstandes blickte mit Stolz auf ihn, als auf den würdigsten Vertreter seiner eigenen Gesinnungen; und man kann wohl sagen, daß die Mehrheit zum voraus für Alles gewonnen war, was die Meinung Laffitte's für sich hatte. Laffitte hatte

Gelegenheit gehabt, bei der Rückkehr Napoleons und der Flucht der Bourbonen im Jahre 1815 dem Herzoge von Orleans durch ansehnliche Geldvorschüsse einen nicht unbedeutenden Dienst zu erweisen, und er war seitdem, durch die Artigkeiten, die der Herzog ihm erzeigte, mehr, als er vielleicht sich selbst eingestand, geschmeichelt, in unausgesetzter Beziehung zu demselben geblieben. Von dem Augenblicke, wo der Aufstand der Pariser eine ernstere Wendung nahm und wo die Möglichkeit eines siegreichen Ausganges denkbar wurde, hatte Laffitte seine Augen auf den Herzog von Orleans gerichtet, dessen Beitritt zur Volkssache ihm allein eine genügende Bürgschaft für die Dauer des Erfolges zu bieten schien. Schon am Mittwoch, während der größten Hitze des Kampfes, hatte er einen seiner Vertrauten nach Neuilly geschickt, wo der Herzog, unmittelbar vor den Thoren von Paris, in ländlicher Abgeschiedenheit verweilte, um diesen von seinen Planen zu unterrichten, die auf nichts Geringeres gingen, als den älteren Zweig des Hauses der Bourbonen zur stürzen und den jüngeren an dessen Stelle zu erheben. Der Herzog hatte die verwegene Botschaft stillschweigend empfangen und nichts darauf erwidert, als daß er für die Mittheilung derselben danke. Am folgenden Tage, nachdem die Niederlage der königlichen Truppen entschieden war, sandte Laffitte wieder nach Neuilly und ließ in der Trunkenheit seiner Siegesfreude dem Herzoge sagen: »Er möge wählen zwischen einer Krone und dem Reisepasse. Im Falle des Gelingens werde keine Provision von ihm verlangt werden; falls es mißlänge, könne er Alles in Abrede stellen.« Ob dieser Bote bis zum Herzoge gedrungen ist, und welche Antwort er zurückgebracht hat, ist niemals bekannt geworden.

Ludwig Philipp, Herzog von Orleans, bei dem Leben seines Vaters Herzog von Chartres genannt, hatte in seinen jungen Jahren, der Leitung seiner Erzieher und seines Vaters folgend, die französische Revolution bei ihrem Ausbruche mit Feuer ergriffen; in den beiden ersten siegreichen Schlachten der Republik, bei Valmy und bei Jemappes, hatte er mitgestritten; und nicht eher, als bis längeres Verweilen auf dem Boden seines Vaterlandes für ihn die Gewißheit des Todes in sich trug, hatte er das revolutionaire Frankreich verlassen. Auch im Auslande nicht sicher vor seinen Feinden und gezwungen, sich durch das tiefste Geheimniß vor den Nachstellungen derselben zu verbergen, mußte er längere Zeit unstätt unter den verschiedensten Verhältnissen in verschiedenen Ländern um-

herstreifen, bis es ihm gelang, sich mit den vor ihm ausgewanderten Prinzen des älteren Zweiges der Bourbonen zu versöhnen, mit denen er bei dem Sturze Napoleon's, ein eben so sehr durch seine Erfahrungen wie durch die Jahre gereifter Mann, in das Vaterland zurückkehrte. Mit großer Gewandtheit wußte er schon während der ersten Restauration sich zugleich um die Gunst des Hofes und um die gute Meinung des Volkes zu bewerben. Schon damals bildete sich eine Partei, die den Herzog allein für befähigt hielt, die Bedürfnisse des neuen Frankreichs, wie dasselbe seit der Revolution geworden war, mit den Interessen Europa's in Einklang zu bringen. Ludwig XVIII. verzieh es seinem Vetter nie, daß dessen Name selbst in den Verhandlungen der auswärtigen Mächte, die der zweiten Restauration vorangingen, in diesem Sinne genannt war. Karl X. hatte ein viel zu unbegrenztes Vertrauen auf die Würde der königlichen Gewalt und vielleicht eine zu hohe Meinung von der Festigkeit der Familienbande, als daß er auch nur an die Möglichkeit einer Gefahr von Seiten des Herzogs hätte denken können. Dieser hielt sich von aller thätigen Theilnahme an den politischen Angelegenheiten entfernt; er wandte seine ganze Sorge auf die Herstellung des durch die Revolution zerstreuten ungeheueren Reichthumes, mit dem die jüngere Linie des Hauses Bourbon ausgestattet war, und scheute sich nicht, zur Erreichung dieses Zweckes, Schritte zu thun, die mit den freisinnigen politischen Grundsätzen, zu denen er sonst sich bekannte, im schroffsten Widerspruche standen. Der Eigennutz, den er bei seinen Bemühungen zur Verbesserung seiner Vermögensverhältnisse verrieth, wurde jedoch in den Augen der liberalen Partei reichlich durch die Verdienste aufgewogen, die er dem gemeinen Glauben nach um die Sache des Volkes hatte, obwohl es, wenn es darauf angekommen wäre, diese Verdienste namhaft zu machen, vielleicht einige Schwierigkeit gehabt hätte, sie im Einzelnen nachzuweisen. Der Herzog von Orleans war ein trefflicher Gatte und Familienvater; er ließ seine Söhne beinahe auf bürgerliche Weise erziehen, indem er sie gleich dem einfachsten Privatmanne in die öffentlichen Schulen schickte. Während in den Tuilerien beinahe nur der alte Adel Zutritt hatte, stand das Palais royal jeder Auszeichnung ohne Unterschied des Herkommens offen; und wie eifrig der Herzog es sich auch angelegen seyn ließ, dem Könige seine unverbrüchliche Ergebenheit zu bezeugen, so wußte doch Jedermann, daß die auf Zurückführung des alten Zustandes der

Dinge vor der Revolution gerichteten Maßregeln der Regierung bei ihm keine Billigung fanden.

Karl X. ließ diese Art leidender Opposition, die der Herzog machte, sich gefallen, ohne großes Gewicht darauf zu legen. Er glaubte auf die Treue des Herzogs unter allen Umständen rechnen zu können, und wies alle Verdächtigungen, die sich mißtrauische Höflinge erlaubten, mit Unwillen zurück. Am Abende des 29. Juli, nachdem die königlichen Truppen aus Paris herausgeschlagen waren, meldete ein Officier, der beauftragt gewesen war, die Straße nach Neuilly zu erkunden: Er habe in dem Parke dieses Schlosses eine ungewöhnliche Bewegung wahrgenommen, und es würde ihn keine Mühe gekostet haben, den Herzog von Orleans aufzuheben, wenn er dazu ermächtigt gewesen wäre. Karl X., der diese Worte hörte, erklärte hierauf, daß er seinerseits einen solchen Schritt niemals gut heißen werde. An demselben Abende waren Thiers, Mignet und ein dritter Journalist, Namens Larreguy, bei Laffitte vereinigt und besprachen die Mittel, welche anzuwenden wären, um den Herzog von Orleans auf den Thron Frankreichs zu erheben. Am andern Morgen las man im National, im Courrier français und im Journal du Commerce folgende Bekanntmachung, welche durch die Veranstaltung Laffitte's zugleich alle Mauern von Paris bedeckte:

»Karl X. kann nicht wieder nach Paris zurückkehren; er hat das Blut des Volkes vergossen.

»Die Republik würde uns furchtbaren Spaltungen aussetzen; sie würde uns mit Europa entzweien.

»Der Herzog von Orleans ist ein Prinz, welcher der Sache der Revolution ergeben ist.

»Der Herzog von Orleans hat sich niemals gegen uns geschlagen.

»Der Herzog von Orleans war zu Jemappes.

»Der Herzog von Orleans ist ein Bürgerkönig.

»Der Herzog von Orleans hat die dreifarbige Fahne im Feuer getragen; der Herzog von Orleans kann sie allein wieder tragen. Wir wollen keinen Andern.

»Der Herzog von Orleans erklärt sich nicht; er erwartet unsere Wünsche. Sprechen wir diese Wünsche aus, und er wird die Charte annehmen, wie wir sie immer verstanden und gewollt haben. Er wird seine Krone von keiner andern Macht als vom französischen Volke haben.«

Um acht Uhr des Morgens fand in dem Hôtel Laffitte's wieder eine Versammlung der zu Paris anwesenden Abgeordneten Statt. Mehrere der nach und nach sich Einstellenden brachten Exemplare der Bekanntmachung mit, die unter allgemeinem Beifalle laut verlesen wurde. Von verschiedenen Seiten wurde verlangt, daß man über dieselbe ohne Weiteres abstimmen und demgemäß die Absetzung Karl's X. und die Ernennung des Herzogs von Orleans zu seinem Nachfolger aussprechen solle. Nur die Rücksicht auf die Unschicklichkeit eines so formlosen und übereilten Verfahrens, auf welche die besonneneren Mitglieder der Versammlung aufmerksam machten, verhinderte die augenblickliche Annahme des Antrages, gegen den gewiß Wenige den Muth gehabt hätten, sich zu erklären; so begierig wurde der Gedanke aufgegriffen, einen Namen an die Sache des Aufstandes zu knüpfen, der den Meisten als der letzte Rettungsanker in der allgemeinen Verwirrung erschien. Nachdem man beschlossen hatte, die wichtige Frage zu vertagen und die Entscheidung einer Versammlung vorzubehalten, die zu diesem Zwecke besonders einzuberufen wäre, machte der Abgeordnete Bérard, der während einer kurzen Entfernung Laffitte's den Vorsitz übernommen, einen Vorschlag, dessen volle Bedeutung wahrscheinlich er selbst im Augenblicke nicht erkannte. Er verlangte, daß die nächste Versammlung in dem gewöhnlichen Sitzungssaale der Kammer im Palais Bourbon gehalten werden sollte, was einstimmig genehmigt wurde, ohne daß ein Einziger der Anwesenden den geringsten Zweifel darüber geäußert hätte, ob eine Anzahl von vierzig oder fünfzig unter ganz anderen Verhältnissen zu Abgeordneten erwählter Bürger, die sich zufällig zu Paris befanden, das Recht habe, sich selbst als die vollständige Abgeordnetenkammer zu betrachten und die Befugnisse, die dieser zustanden, für sich in Anspruch zu nehmen.

Des Mittags um zwölf Uhr waren die Abgeordneten unter dem Vorsitze Laffitte's im Palais Bourbon vereinigt. Die Nachricht von der bevorstehenden Ankunft des Herzogs von Mortemart mit den Ordonnanzen, durch welche Karl X. allen gegen ihn ausgesprochenen Forderungen der Liberalen Genüge leistete, rief die verschiedenartigsten Bewegungen in der Versammlung hervor. Die Mehrzahl war von den kühnen Entschlüssen, zu denen sie sich am Morgen bereit gezeigt hatte, zurückgekommen und schwankte zwischen der doppelten Furcht, die ihr auf der einen Seite das Siegesgeschrei des Volkes auf den Straßen, auf der andern die drohende

Haltung des Hofes und der Garden zu St. Cloud erregte. In dieser zweifelhaften Lage vermieden es die Meisten sich auszusprechen. Ein einziger royalistischer Abgeordneter, Hyde de Neuville, trat muthig für die verfassungsmäßigen Rechte des Königs in die Schranken, die unverletzt erhalten werden müßten, was auch seine Minister gefehlt hätten. Ihm wurde entgegnet, daß die Rechte des Königs durch das Blut hinweggeschwemmt wnren, welches er vergossen habe. Dennoch drang der Antrag durch, den Hyde de Neuville stellte: man möge eine Commission von fünf Mitgliedern ernennen, die in Gemeinschaft mit fünf anderen, von den in Paris anwesenden Pairs zu ernennenden beauftragt würden, die Maßregeln vorzuschlagen, welche die Lage der Dinge erheische. Durch einen solchen Beschluß wurde nichts entschieden; und dies war es ohne Zweifel, was ihn der schwankenden, zögernden und zitternden Mehrheit am meisten empfahl. Nicht weniger bezeichnend für den Geist der Versammlung, als der Beschluß an und für sich, waren die Namen, auf welche die Wahl fiel. Lafayette, Benjamin Constant, Bérard, Salverte und Marchal, welche die entschiedenen Liberalen zu ernennen beabsichtigten, vermochten jeder nur neun Stimmen für sich zu vereinigen; dagegen erklärten sich vierzig Stimmen für den Bruder Casimir Périer's Augustin, für Sebastiani, Guizot, Benjamin Delessert und Hyde de Neuville. Während die fünf Commissaire sich nach dem Palais du Luxembourg begaben, wo, wie man in Erfahrung gebracht hatte, eine Anzahl Pairs zusammengetreten war, erschien Graf Colin du Sussy, im Auftrage des Herzogs von Mortemart, mit den Ordonnanzen Karl's X. Laffitte begriff sogleich, daß sein ganzer Plan vereitelt war, sobald die Befehle des Königs als solche angenommen worden wären. Er setzte es deshalb durch, daß Graf Sussy an die Municipalcommission im Stadthause gewiesen wurde, wo, wie er wohl wußte, jede Anerkennung des königlichen Ansehens unmöglich war.

Inzwischen fand in der Pairskammer, wo sich auf eine Einladung des Großreferendars, Marquis von Sémonville, die wenigen in der Hauptstadt zurückgebliebenen Glieder der französischen Adelsaristokratie versammelt hatten, ein Auftritt Statt, der die Hoffnungslosigkeit der Sache Karl's X. in das grellste Licht stellte. Die Zurückweisung der Schritte, die versucht worden waren, um eine Versöhnung zwischen dem Königthume und dem Volke herbeizuführen, gab zu lebhaften Besprechungen Veranlassung, als Châteaubriand, der auf

seinem Wege nach dem Luxembourg von der Jugend mit begeistertem Zurufe begrüßt worden war, sich erhob und in schmerzlicher Bewegung ausrief: »Verwahren wir uns zu Gunsten des sinkenden Königthumes! Verlassen wir, wenn es seyn muß, Paris; aber wohin auch die Gewalt uns stoßen mag, retten wir den König, meinen Herrn, und vertrauen wir dem Glücke, welches immer den Muth begleitet!« Nur zwei oder drei der Anwesenden schienen geneigt, dem Aufrufe des ritterlichen Vicomte Folge zu leisten; alle übrige senkten in tiefer Niedergeschlagenheit das Haupt und gaben durch düsteres Schweigen zu erkennen, daß von ihnen weder Anstrengungen noch Opfer irgend einer Art zu erwarten waren. Dies war die Stimmung, die im Luxembourg herrschte, als die Commissaire der Abgeordneten gemeldet wurden. Die Förmlichkeit der Ernennung einer Commission, wie sie von Seiten der Abgeordneten beantragt war, wurde nicht beachtet, weil die Zahl der anwesenden Pairs zu gering war, um eine Wahl zu gestatten. Die Commissaire der Abgeordnetenvereinigung sprachen daher ohne Weiteres ihre Ansicht aus, daß es, um der zerrütteten Lage der Hauptstadt ein Ziel zu setzen und einer Auflösung aller Bande der Gesellschaft vorzubeugen, kein anderes Mittel gebe, als dem Herzog von Orleans die oberste Gewalt zu übertragen. Wenige Stimmen erhoben sich gegen diesen Vorschlag; die Mehrzahl, obwohl durch die Kühnheit desselben überrascht, erkannte dennoch die Nothwendigkeit an, zumal da ein Ausweg gefunden wurde, der immer noch die Möglichkeit einer friedlichen Ausgleichung zuzulassen schien, indem nur davon die Rede war, den Herzog mit der Würde eines Generalstatthalters zu bekleiden, die eine höhere Gewalt voraussetzte, in deren Namen sie versehen wurde und welche je nach den Umständen als die Gewalt des Königs oder des Volkes gedeutet werden konnte.

Bei der Rückkehr der Commissaire in die Abgeordnetenvereinigung entspann sich eine weitläufige Erörterung über die Bedingungen, unter denen dem Herzoge von Orleans die Generalstatthalterschaft übertragen werden sollte. Zum Schlusse erhielten General Sebastiani und Benjamin Constant den Auftrag, eine förmliche Einladung auszuarbeiten, die dem Herzoge durch eine Abordnung überbracht werden sollte. Der Wortlaut dieses Actenstückes, welches Laffitte vorlas, war folgender:

»Die Vereinigung der Abgeordneten, die sich gegenwärtig zu Paris befinden, ist der Meinung gewesen, daß es von Dringlichkeit

sey, S. K. H. den Herzog von Orleans zu bitten, daß er sich in die Hauptstadt begeben möge, um dort die Obliegenheiten eines Generalstatthalters des Königreiches auszuüben, und ihm den Wunsch auszudrücken, daß die dreifarbige Cocarde beibehalten werden möge. Sie hat außerdem die Nothwendigkeit erkannt, ohne Aufschub dafür zu sorgen, daß Frankreich in der nächsten Session der Kammern alle erforderlichen Bürgschaften für die volle und ganze Verwirklichung der Charte gesichert werden.«

Laffitte verlangte, daß diese Schrift, ihrer Wichtigkeit wegen, von allen Anwesenden unterzeichnet werden sollte, weil sie ohne Unterschriften als eine bloße Meinungsäußerung alles Werthes entbehrt hätte. Dagegen erhoben sich verschiedene Stimmen, denen es immer noch bedenklich erschien, so offen Partei zu ergreifen, als durch die Unterzeichnung geschah. Villemain rief seinen Collegen zu, daß sie nicht das Recht hätten, über die Krone Frankreichs zu verfügen. Der alte Charles de Lameth beschwor sie, mit Thränen in den Augen, an die Revolution und an die Gefahr zu denken, die in dieser mit den Unterschriften verbunden gewesen wäre. Von funfzig Anwesenden wagten es nur vierzig, die Erklärung zu unterzeichnen, die hierauf durch eine Abordnung von zwölf Mitgliedern sofort nach dem Palais royal gebracht wurde. Da der Herzog hier nicht zugegen war und die Dienerschaft Zweifel äußerte, ob er in Neuilly zu finden seyn würde, so wurde die Botschaft mit einem Schreiben, welches General Sebastiani abfaßte, durch einen Diener abgeschickt, der es übernahm, in zwei Stunden eine Antwort zu überbringen. In der That ließ diese nicht lange auf sich warten; sie war aber sehr ungenügend, denn der Herzog beschränkte sich darauf, sagen zu lassen, daß er den andern Morgen nach Paris kommen wolle. Laffitte schrieb sogleich ein kurzes Billet an den Herzog, worin er sagte, daß derselbe nicht morgen, sondern auf der Stelle kommen müsse, da kein Augenblick zu verlieren sey. Auf diese dringende Mahnung begab sich der Herzog noch denselben Abend in bürgerlicher Tracht und zu Fuß nach Paris und ließ Laffitte, wie Lafayette, seine Ankunft melden.

Es mochte Mitternacht seyn, als der Prinz den Herzog von Mortemart zu sich entbieten ließ. Dieser fand ihn entkleidet und auf einem Lager ausgestreckt, welches in der Eile auf dem Fußboden aufgeschlagen war. So wie er den Herzog von Mortemart erblickte, der, durch die Aufnahme entmuthigt, welche seinen Anträgen in der

Abgeordnetenversammlung, wie im Stadthause geworden war, auf seine Rolle, als Unterhändler Karl's X. bereits verzichtet hatte, ergriff er lebhaft das Wort und sprach mit steigender Aufregung von der Anhänglichkeit, die er an den König und an den älteren Zweig des Hauses Bourbon habe, wobei er betheuerte, daß er nur durch den Wunsch, die Stadt vor der Pöbelherrschaft zu retten, nach Paris gezogen worden sey. »Ich werde mich eher tödten lassen,« rief er aus, »als die Krone annehmen!« Damit nahm er eine Feder und schrieb ein Billet an den König, welches er dem Herzoge von Mortemart versiegelt zur Bestellung übergab.

Des andern Morgens um acht Uhr erschien die Abordnung der Kammer im Palais royal. Der Herzog von Orleans empfing sie mit der zuvorkommendsten Freundlichkeit, schien aber wenig geneigt, auf die Anträge einzugehen, die ihm gemacht wurden. Er sprach von den Familienbanden, die ihm persönliche Verpflichtungen gegen Karl X. auflegten, und die ohne ernste und reife Erwägung nicht zerrissen werden dürften; er glaubte nicht, daß eine schnelle Entscheidung so dringend nothwendig sei, da der Hof zu St. Cloud nicht daran denke, die Feindseligkeiten zu erneuern; und er machte Miene, die Abordnung zu entlassen, ohne ihr irgend einen bestimmten Bescheid gegeben zu haben, als ihm vorgestellt wurde, daß es sich nicht mehr um die Besorgnisse handele, die St. Cloud noch einflößen könne; denn Karl X. habe für immer aufgehört zu regieren, sondern um die gerechte Sorge, die man vor den Ausschweifungen der Revolution haben müsse, indem nur ein schneller und kräftiger Entschluß es zu verhindern vermöge, daß nicht die Republik ausgerufen und der ganze Kreislauf der Erschütterungen, Gefahren und Leiden, welche diese in ihrem Gefolge habe, noch einmal eröffnet werde. Nur nach langem Widerstreben gelang es, die Bedenklichkeiten des Herzogs zu beseitigen. Er bat die Abordnung, einige Augenblicke zu warten, und zog sich mit General Sebastiani, seinem vertrauten Hausfreunde, in ein Cabinet zurück, zu dem bald darauf auch Dupin der Aeltere, der gewöhnliche Rechtsbeistand des Herzogs, Zutritt erhielt. Nach drei Viertelstunden trat der Herzog von Orleans wieder in den Saal ein, in dem die Abordnung ihn erwartete, und theilte dieser eine Bekantmachung mit, durch welche er der Bevölkerung von Paris seine Annahme der Generalstatthalterschaft ankündigte, und die mit großer Geschicklichkeit in so vorsichtigen Ausdrücken abgefaßt, daß aus derselben dem Herzoge im Falle des Fehlschlagens kaum

ein Vorwurf gemacht werden konnte. Sie lautete folgendermaßen:

»Bewohner von Paris!

»Die Abgeordneten Frankreichs, die in diesem Augenblicke zu Paris versammelt sind, haben den Wunsch ausgedrückt, daß ich mich in diese Hauptstadt begeben möge, um in derselben die Obliegenheiten eines Generalstatthalters des Königreiches auszuüben.

»Ich habe nicht angestanden, Eure Gefahren zu theilen, mich in die Mitte dieser heldenmüthigen Bevölkerung zu verfügen und alle meine Kräfte aufzubieten, um Euch vor dem Bürgerkriege und einer allgemeinen Zerrüttung zu bewahren.

»Als ich in die Stadt Paris zurückkehrte, trug ich mit Stolz jene ruhmreichen Farben, die Ihr wieder angenommen habt, und die ich selbst lange Zeit getragen hatte.

»Die Kammern werden zusammentreten; sie werden über die Mittel berathen, die Herrschaft der Gesetze und die Aufrechterhaltung der Rechte der Nation zu sichern.

»Eine Charte wird fortan eine Wahrheit seyn.«

»Ludwig Philipp von Orleans.«

Die Abordnung fand in dieser Bekanntmachung den treuesten Spiegel ihrer eigenen Gesinnungen; sie beeilte sich, dieselbe der Kammer zu überbringen, wo einmüthiger stürmischer Beifall diese Acte aufnahm, die, je nachdem man sie verstand, sehr viel oder sehr wenig sagte. Laffitte trug darauf an, daß man die Erklärung des Herzogs mit einer andern von Seiten der Kammer begleite, welche die Lage der Dinge klar und bestimmt darstelle. Benjamin Constant, Bérard und einige Andere drangen darauf, daß dem Volke in der Erklärung der Kammer zugleich die Bürgschaften der Freiheit gegeben würden, die es nach den siegreichen Anstrengungen der letzten Tage zu verlangen berechtigt sey. Dagegen wurde eingewandt, daß man keine Zeit habe, sich in eine Erörterung von Grundsätzen einzulassen, von der vorherzusehen sey, daß sie kein Ende erreichen werde. Dieser Streit hatte keine weitere Folge, indem Benjamin Constant, Bérard, Villemain und Guizot, die das Amt von Secretairen der Kammer übernommen, beauftragt wurden, den Entwurf der Erklärung auszuarbeiten. Guizot hatte die Voraussicht gehabt, die Grundzüge zum Voraus niederzuschreiben; und es bedurfte keiner langen Besprechung, um sich über die Abfassung zu vereinigen, da die Nothwendigkeit der Verständigung allen Theilen klar war. Der Entwurf,

den Guizot der Kammer vorlas und der in dieser einstimmige Billigung erhielt, lautete, wie folgt:

»Franzosen,

»Frankreich ist frei. Die Willkürherrschaft erhob ihr Banner; die heldenmüthige Bevölkerung von Paris hat es niedergeworfen. Paris, zuerst angegriffen, hat durch die Waffen der heiligen Sache den Sieg errungen, die umsonst in den Wahlen gesiegt hatte. Eine Gewalt, die unsere Rechte kränkte, unsere Ruhe störte, bedrohte zugleich die Freiheit und die Ordnung. Wir kehren in den Besitz der Freiheit und der Ordnung zurück. Keine Furcht mehr für unsere erworbenen Rechte, keine Schranke zwischen uns und den Rechten, die uns noch fehlen!

»Eine Regierung, die ohne Verzug uns diese Güter sichert, ist jetzt das erste Bedürfniß des Vaterlandes. Franzosen, diejenigen eurer Abgeordneten, die sich bereits zu Paris befinden, haben sich vereinigt; in der Erwartung der regelmäßigen Mitwirkung der Kammern, haben sie einen Franzosen, der nie anders als für uns gefochten, den Herzog von Orleans, eingeladen, die Obliegenheiten eines Generalstatthalters des Königreiches auszuüben. Dies ist in ihren Augen das geeignetste Mittel, um ohne Zeitverlust im Frieden den Erfolg der rechtmäßigsten Selbstvertheidigung zu vollenden.

»Der Herzog von Orleans ist der Sache des Volkes und der Verfassung ergeben. Er hat immer deren Interessen vertheidigt und deren Grundsätze bekannt. Er wird unsere Rechte achten, weil er die seinigen von uns erhalten wird. Wir werden uns durch besondere Gesetze alle erforderliche Bürgschaften sichern, um die Freiheit stark und dauernd zu machen:

»Die Herstellung der Nationalgarde nebst der Theilnahme der Nationalgardisten an der Wahl ihrer Officiere;

»die Betheiligung der Bürger bei der Bildung der örtlichen und landschaftlichen Verwaltungen;

»das Geschwornengericht für die Preßvergehen;

»die gesetzlich geordnete Verantwortlichkeit der Minister und der untergeordneten Verwaltungsbeamten;

»die gesetzliche Sicherheit der Stellungen im Heere;

»die Wiedererwählung der Abgeordneten, die zu öffentlichen Aemtern befördert werden.

»Wir werden, im Vereine mit dem Haupte des Staates, unseren Einrichtungen die Entwickelung geben, deren diese bedürfen.

»Franzosen, der Herzog von Orleans hat bereits selbst gesprochen; und seine Sprache ist diejenige, die einem freien Lande geziemt. Die Kammern, sagt er Euch, werden zusammentreten; sie werden über die Mittel berathen, die Herrschaft der Gesetze und die Aufrechterhaltung der Rechte des Volkes zu sichern.

»Die Charte wird fortan eine Wahrheit seyn.«

Einundneunzig Abgeordnete unterschrieben diese Erklärung; und es wurde beschlossen, daß die Kammer in Masse dieselbe dem Generalstatthalter überbringen sollte. Laffitte, der wegen einer Verletzung am Fuße in einem Sessel vor dem Zuge hergetragen wurde, triumphirte. Als er vor dem Herzoge von Orleans erschien, sagte er lächelnd diesem in das Ohr, indem er auf sein Bein wies: »Zwei Pantoffeln und einen Strumpf! Himmel, wenn uns die Quotidienne sähe! Sie würde sagen, daß wir einen König ohne Hosen machten!«

So wie Laffitte die Erklärung der Kammer verlesen hatte, umarmte ihn der Herzog und drückte ihn an die Brust. Er führte ihn darauf an der Hand auf den Balcon hinaus und zeigte sich mit ihm der Menge, aus der sich der tausendfache Ruf erhob: »Es lebe der Herzog von Orleans! Es lebe Laffitte!«

Bis dahin war Alles wohl gelungen; aber noch war es zweifelhaft, welche Aufnahme der Herzog und seine Begleitung im Hôtel de Ville finden würde, wo die Municipalcommission unter ihrem bescheidenen Titel alle Befugnisse der Regierung ausübte, während Lafayette thatsächlich durch das Vertrauen des Volkes mit der höchsten militairischen wie bürgerlichen Gewalt bekleidet war. Auf Lafayette hatte besonders die Jugend ihre Hoffnungen gesetzt, die, unbekannt mit den Gräueln der ersten französischen Revolution, von einer Wiederaufnahme der blendenden Irrthümer, welche dieselben veranlaßt hatten, für Frankreich einen neuen Zeitraum des Ruhmes und weltbeherrschender Größe erwartete. Die jungen Leute, die in den Reihen des Volkes mit heldenmüthiger Aufopferung wider die königlichen Truppen gestritten, standen in der Meinung, daß sie nicht allein Karl X., sondern das Königthum in Frankreich für immer gestürzt hätten. Als am 30. Juli zuerst der Name des Herzogs von Orleans genannt wurde, zeigte sich unter den bewaffneten Haufen auf den Straßen beinahe überall nur stumme Verwunderung, während die Mehrzahl der Führer laut ihren Unmuth und ihre Entrüstung aussprach. »Wenn dem so ist,« riefen die Schriftsetzer

und Drucker der Passage Dauphine, als ihnen die bevorstehende Erhebung des Herzogs von Orleans gemeldet wurde, „so beginnt der Kampf von neuem, und wir wollen wieder Kugeln gießen!“ An diesem Tage wurde Lafayette die Verhaftung des Herzogs von Chartres, des ältesten Sohnes des Herzogs von Orleans, durch den Maire von Montrouge gemeldet. Der junge Prinz, der von Karl X. zum Obersten eines Husarenregimentes ernannt war, hatte dasselbe auf die Kunde von dem Ausbruche der Revolution zu Paris verlassen, um zu seiner Familie zu eilen. Lafayette, unschlüssig, was zu thun sey, wurde durch den Secretair der Municipalcommission, Odilon Barrot, bestimmt, den Befehl zur Freilassung des Prinzen zu geben. Aber eine Schaar der wildesten und verwegensten Burschen, die unter der Anführung des Theaterdirectors Etienne Arago unter der Vorhalle des Théatre des Nouveaulés lagerte, hatte kaum die Verhaftung des Prinzen vernommen, als sie unter dem Geschrei: »Es ist ein Prinz! Wir wollen ihn erschießen!“ sich nach Montrouge auf den Weg machte. Umsonst suchte ihr Führer sie zurückzuhalten; und wenn dieser nicht Mittel gefunden hätte, durch einen weiten Umweg, den er sie machen ließ, ihren Marsch zu verzögern, bis der Befehl Lafayette's eintraf, wäre es um den Prinzen geschehen gewesen. Auf dem Hôtel de Ville selbst hatte der Befehl der Freilassung Widerspruch gefunden; denn hier, wie auf dem Platze vor demselben, drängten sich die jungen Männer, die durch den Kampf am meisten erhitzt und von den überspanntesten politischen Ansichten beherrscht waren. Die entschiedensten Republikaner waren bei dem Restaurateur Lointier versammelt, wo sie, das Gewehr im Arm ihre Berathungen hielten. Hier bot der berühmte Dichter Béranger, der vertraute Freund Laffitte's, alle seine Beredsamkeit auf, um die Gemüther für den Herzog von Orleans zu gewinnen. Aber so groß das Vertrauen war, dessen der Volkssänger genoß, der die Bourbonen so lange mit seinen den glühendsten Haß athmenden Liedern bekämpft hatte, so gering war der Eindruck, den seine Worte zu Gunsten eines Fürsten aus dem Hause Bourbon hervorbrachten. Auf einen der wenigen Sprecher, die ihn unterstützten, schlug ein Mitglied der Versammlung das Gewehr an. Endlich wurde beschlossen, daß eine Abordnung der vorläufigen Regierung im Hôtel de Ville eine Adresse überbringen sollte, die mit folgenden Worten begann:

»Das Volk hat gestern seine geheiligten Rechte um den Preis

seines Blutes wieder errungen. Das kostbarste dieser Rechte ist jenes, sich seine Regierung frei zu wählen. Man muß es verhindern, daß keine Bekanntmachung erlassen wird, die ein Oberhaupt bezeichnet, ehe die Form der Regierung selbst noch festgestellt seyn kann. Es besteht eine vorläufige Vertretung des Volkes. Möge sie vereinigt bleiben, bis der Wille der Mehrheit der Franzosen bekannt seyn wird.«

Hebert, der junge Mann, der mit mehreren seiner gleichgesinnten Freunde beauftragt wurde, diese Adresse zu überbringen, trug dieselbe an der Spitze seines Bajonnettes. Im Hôtel de Ville angelangt, überreichte er sie Lafayette und beschwor den greisen General bei dem heiligen Namen der Freiheit, die Früchte des Volkssieges nicht vernichten zu lassen. Er erklärte dem General, daß er dem Volke Rechenschaft schuldig sey für den Gebrauch, den er von dem Einflusse mache, den ihm ein allgemein verehrter Name leihe, und forderte ihn auf, die Dictatur zu übernehmen. Aber Lafayette war wenig mehr, als der Schatten seines alten Ruhmes. Der kühne Vorschlag, der ihm gemacht wurde, konnte ihn nur noch erschrecken. Er hielt eine lange Rede ohne Zweck und ohne Zusammenhang, sprach weitläufig von dem Unabhängigkeitskampfe der nordamerikanischen Freistaaten, von der ersten Revolution, von dem Antheile, den er an diesen großen Ereignissen gehabt habe, und leitete auf diese Weise eine leichte Unterhaltung ein, über welcher der Gegenstand, um den es sich handelte, aus dem Auge verloren wurde.

Die verwegensten Entschlüsse waren in der leidenschaftlichen Aufregung, zu welcher der Kampf alle Gemüther gesteigert hatte, gerade jene, die in den meisten Fällen sich zuerst darboten. Die Nationalgarde von St. Quentin, einer der ersten unter den Städten der Umgegend, die sich für die Revolution erklärten, hatte nach Paris geschickt, um zwei Zöglinge der polytechnischen Schule zu Anführern zu verlangen. Es war bei dieser Gelegenheit zugleich gemeldet worden, daß es leicht seyn würde, das Linienregiment, welches in dem benachbarten la Fère lag, für die Sache des Volkes zu gewinnen. Lafayette ließ zwei der Zöglinge kommen und stellte sie der Municipalcommission zur Verfügung. In dem Saale, in dem diese ihre Sitzungen hielt, war von den Mitgliedern der Commission nur Mauguin anwesend, der auf eine Bemerkung Odilon Barrot's es den jungen Männern überließ, den Aufruf, der an die Soldaten von la Fère gerichtet werden sollte, selbst zu entwerfen. Als der Aufruf geschrieben war, trat General Lobau ein, der

aufgefordert wurde, denselben zu unterzeichnen, dies aber verweigerte und den Saal verließ. »Er will seinen Namen zu nichts hergeben,« sagte hierauf Mauguin; »eben erst hat er seine Unterschrift für einen Befehl verweigert, der die Abführung eines Pulvervorrathes betraf.« — »Er zieht sich also zurück,« bemerkte einer der Schüler der polytechnischen Anstalt. »Nichts ist in einer Revolution gefährlicher, als die Menschen, die sich zurückziehen; ich werde ihn erschießen lassen.« — »Woran denken Sie?« entgegnete Mauguin bestürzt, »den General Lobau erschießen lassen, ein Mitglied der provisorischen Regierung!« — »Warum nicht?« versetzte der Jüngling und zeigte auf eine Schaar bewaffneter Arbeiter, die sich auf dem Platze befanden und die ihm beim Angriffe auf die Caserne von Babylon gefolgt waren. »Ich will diesen braven Leuten sagen, daß sie unsern Herrgott erschießen sollen, und sie werden es thun.« Mauguin lächelte und unterzeichnete den Aufruf, ohne ein Wort zu erwidern.

Die Mitglieder der Municipalcommission selbst, obwohl bis auf Audry de Puyraveau gemäßigte Männer, vermochten sich dem Einflusse der revolutionairen Atmosphäre, die sie umgab, nicht zu entziehen. Die Einladung zur Uebernahme der Statthalterschaft, welche die Versammlung der Abgeordneten am Nachmittage des 30. Juli an den Herzog von Orleans gerichtet hatte, wurde erst am Morgen des folgenden Tages der Municipalcommission mitgetheilt, in der nur eine Stimme über den ungeeigneten Ton war, in dem man dieselbe abgefaßt fand. Allgemeine Entrüstung erregte es, daß selbst die Beibehaltung der dreifarbigen Fahne nur als schüchterner Wunsch ausgesprochen war: und Mauguin schrieb auf der Stelle an Laffitte, daß ein solches Actenstück nicht anders als mit der Unterschrift der Urheber bekannt gemacht werden könne. »Was mich betrifft,« rief General Lobau aus, als ihm die Einladung bekannt wurde, »ich will so wenig von diesem wissen, als von den anderen. Es ist ein Bourbon.«

Dies war die Stimmung auf dem Hôtel de Ville, als die förmliche Uebertragung der Statthalterwürde an den Herzog von Orleans der Municipalcommission angezeigt wurde. Es wurde sogleich der Beschluß gefaßt, gegen diesen Schritt zu protestiren, und da man erfuhr, daß der Herzog im Begriff stehe, sich persönlich nach dem Hôtel de Ville zu begeben, so ward Odilon Barrot beauftragt, ihm entgegenzugehen, um ihn zurückzuhalten. Während Odilon

Barrot zu Pferde stieg, um seinen Auftrag zu vollziehen, hatte sich aber der Herzog bereits in feierlichem Zuge, von allen Abgeordneten, welche ihm die Erklärung der Kammer überbracht hatten, begleitet, nach dem Hôtel de Ville in Bewegung gesetzt; und Odilon Barrot, der ihm auf dem Platze des Louvre begegnete, sah wohl ein, daß es jetzt zu spät war, den Auftrag auszurichten. Der Herzog, zu Pferde, ritt an der Spitze; ihm folgte Laffitte auf seinem Sessel, der von vier Männern getragen wurde; hinterdrein kamen die übrigen Abgeordneten zu Fuß, die wegen des Volksandranges auf den Straßen nur langsam vorrücken konnten, so daß der Herzog sich mehrmals genöthigt sah, Halt zu machen, um sie zu erwarten. Als der Zug aus dem Palais royal heraustrat, wurde er mit lautem Freudenrufe empfangen, der bis zum Platze des Louvre beinahe ununterbrochen anhielt, auf den Quais aber allmälig nachließ und bei dem Pont neuf völlig aufhörte. Die dichtgedrängten Massen, die, größtentheils bewaffnet, die Straßen und die Quais zwischen dem Pont neuf und dem Grèveplatze füllten, beobachteten ein düsteres Schweigen; auf dem Grèveplatze, der von einer unermeßlichen Menschenmenge bedeckt war, versuchten es Einzelne, den Ruf: »Es lebe der Herzog von Orleans!« zu erheben, der aber sogleich durch ein tausendfaches: »Es lebe die Freiheit! Es lebe Lafayette!« erstickt wurde.

Der Herzog stieg bleich und sichtlich erschüttert die Stufen der großen Treppe hinan, auf deren Absatze ihn Lafayette mit der vornehmen Höflichkeit des feinen Weltmannes empfing. Beide traten zusammen in den Waffensaal, in dem sich die Municipalcommission und der Generalstab Lafayette's befand. Laffitte übergab die Erklärung der Kammer einem Abgeordneten, der sie mit vernehmlicher Stimme verlas. Bei der Stelle, wo es hieß, daß das Geschwornengericht über Preßvergehen entscheiden solle, neigte der Herzog sich gegen Lafayette und sagte halblaut: »Es wird keine Preßvergehen mehr geben!« Nachdem die Vorlesung beendigt war, legte der Herzog die Hand auf das Herz und sprach die seine Empfindungen gewiß treu ausdrückenden, obwohl der Lage nicht sehr angemessenen Worte: »Als Franzose beklage ich das Uebel, welches dem Lande widerfahren, und das Blut, das vergossen ist; als Prinz bin ich glücklich, zur Wohlfahrt der Nation beitragen zu können.« Die Abgeordneten gaben ihren Beifall zu erkennen; die Machthaber des Hôtel de Ville verriethen durch ihre Gebehrden, daß sie weniger zu-

frieden waren. General Dubourg, der, obwohl bereits beseitigt, nicht unterlassen hatte, sich in dem Saale einzufinden, trat an den Herzog heran und sagte, den Arm gegen den mit Bewaffneten gefüllten Platz ausstreckend: »Sie kennen unsere Rechte: wenn Sie dieselben vergessen, werden wir sie Ihnen zurückrufen!« Der Herzog wies diese Drohung mit Würde zurück, indem er entgegnete: »Wissen Sie, mein Herr, daß ich immer meine Pflichten gekannt habe; und daß ich sie nicht verkennen kann, wenn das Vaterland mich ruft.« Lafayette überreichte dem Herzoge eine dreifarbige Fahne, beide traten an das Fenster und zeigten sich der auf dem Grèveplatze in drohendem Schweigen beharrenden Menge; aber erst, als Lafayette den Herzog umarmte, mischte sich der Ruf: »Es lebe der Herzog von Orleans!« in den volksthümlicheren: »Es lebe Lafayette!« Der Herzog kehrte hierauf, umgeben von den Abgeordneten, die sein einziges Gefolge bildeten, nach seinem Palaste zurück. Er hatte das, was er durch seinen Besuch auf dem Hôtel de Ville bezweckte: die Anerkennung der durch die Abgeordnetenversammlung ihm übertragenen Macht, erreicht.

Ungeachtet der Entscheidung, die auf dem Hôtel de Ville erfolgt war, hielten die eifrigsten Anhänger der Republik unter der Jugend sich noch nicht für besiegt. Sie waren Zeugen des kalten Empfanges gewesen, den der Herzog von Orleans auf dem Grèveplatze gefunden, und glaubten, was ihrer Ansicht nach Lafayette durch seine Schwäche versäumt hatte, ihrerseits durch entschlossenes Handeln wieder einbringen zu können. Es wurden Bekanntmachungen gedruckt und verbreitet, in denen das Volk aufgefordert wurde, sich die kaum errungene Freiheit nicht aus der Hand winden zu lassen und allen Ränken des Feindes durch Ausrufung der Republik ein Ziel zu setzen. Aber das, was einige Stunden früher dem verwegenen Muthe einer geringen Anzahl überspannter Schwärmer mit leichter Mühe gelungen wäre, war inzwischen zur Sache der Unmöglichkeit geworden. Der besonnene Theil der Bevölkerung, der die Ernennung des Herzogs von Orleans mit Freuden begrüßt hatte, weil derselbe ihm die sicherste Aussicht auf baldige Herstellung der Ruhe und Ordnung zu bieten schien, wurde durch den bloßen Namen der Republik in Schrecken gesetzt. Die republikanischen Maueranschläge wurden überall, wo man dieselben fand, herabgerissen. In einem Haufen, der sich um einen dieser Anschläge gesammelt hatte, wurden Stimmen laut, die: »Nach der Tribune!

nach der Tribune!« riefen, weil man voraussetzte, daß der Aufruf, welcher der Gegenstand der allgemeinen Entrüstung war, von diesem Blatte ausgegangen sey. Eine immer mehr wachsende Menge setzte sich gegen das Haus, in dem das republikanische Blatt gedruckt wurde, in Bewegung. Schon waren die Vordersten in den Saal der Redaction gedrungen; und nur die kaltblütige Unerschrockenheit der jungen Schriftsteller, die hier vereinigt waren, hielt die Erbitterten von Gewaltthätigkeiten zurück, als Lafayette, noch zu rechter Zeit von dem drohenden Ausbruche der Volkswuth unterrichtet, durch eine Abtheilung der Nationalgarde den Platz räumen ließ.

Ein solcher Auftritt war hinreichend, um es außer Zweifel zu setzen, daß die Masse des Volkes der Republik nichts weniger als geneigt war; aber der Herzog von Orleans hatte zu viel politische Erfahrung, um nicht zu wissen, daß bei großen gewaltsamen Erschütterungen auch eine geringe Zahl entschlossener Männer, die ein bestimmtes Ziel mit aller Kraft verfolgen, ihren Willen der weit überwiegenden Mehrheit zum Gesetze auflegen kann. In dem Bewußtseyn seiner persönlichen Ueberlegenheit hielt er es daher nicht unter seiner Würde, einen Versuch zu machen, um die jungen Leute, die ihm als die Häupter der republikanischen Partei bezeichnet wurden, von der Irrigkeit ihrer Ansichten zu überzeugen und auf seine Seite hinüberzuziehen. Sechs junge Männer, die mit dem verwegensten Muthe eine ungewöhnliche Kraft des Charakters und eine seltene Schärfe des Urtheils verbanden, Cavaignac, Boinvilliers, Guinard, Bastide, Thomas und Chevallon, wurden am späten Abend im Palais royal eingeführt und hatten eine lange und ernste Unterredung mit dem Herzoge von Orleans. »Morgen werden Sie König seyn,« sagte Boinvilliers zu dem Prinzen, der ihm entgegnete, daß er weder nach der Krone gestrebt habe, noch sie wünsche; daß er aber allerdings von vielen Seiten gedrängt werde, sie anzunehmen. Boinvilliers fragte den Herzog hierauf, wie er in Bezug auf die Verträge von 1815 gesinnt sey. »Die Revolution,« setzte er hinzu, »ist nicht von den Liberalen gemacht; das, was das Volk erregt hat, war der Anblick der dreifarbigen Fahne; und es würde leichter seyn, Paris gegen den Rhein zu führen, als nach St. Cloud.« Der Herzog von Orleans erwiderte: Er sey kein Freund der Verträge von 1815; aber es sey nothwendig, den auswärtigen Mächten gegenüber große Vorsicht zu beobachten, und man dürfe nicht Alles laut sagen, was man denke. Boinvilliers richtete eine zweite Frage

an den Herzog, welche die Fortdauer der Pairie betraf, die, seiner Behauptung nach, keine Wurzeln mehr in der französischen Gesellschaft hatte, da der Code durch die gleiche Erbtheilung die Aristokratie in ihrem Keime erstickt habe. Der Herzog übernahm die Vertheidigung der Erblichkeit der Pairswürde, die er als eine der Bedingungen einer guten Repräsentativverfassung betrachtete; versicherte jedoch zugleich, daß er, wenn sie wirklich nicht mehr möglich seyn sollte, sich wohl hüten werde, sie auf seine Kosten wieder aufzubauen. Er sprach sich bei dieser Gelegenheit im Allgemeinen gegen die Republik aus, gestand ein, daß auch er Republikaner gewesen sey, erklärte aber, in dieser Beziehung seine Ansichten sehr geändert zu haben und zu der Ueberzeugung gekommen zu seyn, daß eine republikanische Verfassung in Frankreich durchaus unausführbar wäre. Hier fiel Bastide ein und bemerkte, daß es doch, im Interesse der Krone selbst, unvermeidlich seyn würde, die Urversammlungen zu berufen. Der Prinz, der die Hand auf Bastide's Arm gelegt hatte, zog sie bei dieser Bemerkung mit der Gebehrde der Ueberraschung zurück, veränderte seine Züge und entgegnete mit Wärme, daß die Urversammlungen mitten in die Revolution zurückführen würden, die allerdings neben allen ihren Ausschweifungen auch einige ruhmvolle Seiten gehabt habe. Dabei wies er auf zwei Gemälde, welche die Schlachten von Valmy und von Jemappes darstellten. Er äußerte sich mit Bitterkeit über den Convent, als Cavaignac ihn mit leidenschaftlicher Heftigkeit unterbrach: »Mein Herr, Sie vergessen, daß mein Vater Conventsmitglied war.« — »Der meinige auch, mein Herr,« erwiderte der Herzog von Orleans, »und ich habe nie einen größeren Ehrenmann gekannt.« Der Generalstatthalter nahm von dieser Unterbrechung Veranlassung, sich über die Verleumdungen zu beklagen, die gegen seine Familie ausgestreut worden wären: er rechtfertigte das Andenken des Regenten, sprach von der alten Eifersucht, die den älteren und den jüngeren Zweig der Bourbonen getrennt habe, und erging sich, da er einmal in den Fluß der Rede gekommen war, ohne sonderliche Tiefe, aber mit großer Leichtigkeit des Ausdruckes und einer Sicherheit des Urtheils, die für den Reichthum seiner Kenntnisse zeugte, über die verschiedenartigsten Gegenstände. Als die jungen Republikaner sich entfernten, äußerte einer von ihnen: »Er ist nichts als Einer der Zweihunderteinundzwanzig!« In diesem Urtheile, welches die äußerste Mißbilligung ausdrücken sollte, lag die vollständigste Rechtfertigung

des Herzogs; denn nur jugendliche Ueberspannung oder Verblendung des Parteigeistes konnte es verkennen, daß die Zweihunderteinundzwanzig die öffentliche Meinung von ganz Frankreich, so weit sie zum Bewußtseyn gekommen war, vertraten.

Durch die Ernennung des Herzogs von Orleans zum Generalstatthalter hatte die vorläufige Regierung der Municipalcommission thatsächlich ihre Entlassung erhalten. Auch erklärte von Schonen, sobald der Herzog das Hôtel de Ville verlassen hatte, daß nun nichts Anderes zu thun bliebe, als die Commission aufzulösen. Der republikanisch gesinnte Audry de Puyraveau stimmte ihm bei, indem er bemerkte, daß man keine Veranlassung geben dürfe, des Ehrgeizes beschuldigt zu werden. Mauguin allein entgegnete, daß man so wichtiger Obliegenheiten, wie sie der Commission übertragen wären, sich nicht auf so leichte Weise entledige; auch bleibe immer noch viel zu thun übrig, und man könne noch wesentliche Dienste leisten. Diese Ansicht gewann nach einigem Hinundwiderreden die Oberhand; denn es war einleuchtend, daß für den Augenblick gar keine Regierung bestanden hätte, wenn die Commission von ihrem Amte zurückgetreten wäre, da der Herzog zwar die Generalstatthalterschaft angenommen, aber noch keinen Schritt zur Ausübung seiner Gewalt gethan hatte. Nachdem die Mehrheit der Municipalcommission den Beschluß gefaßt hatte, ihr Amt bis auf Weiteres fortzuführen, fand man es angemessen, die Verwaltung regelmäßiger zu ordnen und zu diesem Zwecke für die verschiedenen Zweige derselben vorläufige Commissaire zu bestellen. Dupont (von der Eure) wurde die Justiz, dem Baron Louis die Verwaltung der Finanzen, dem General Gérard das Heerwesen, dem Admiral de Rigny das Seewesen, Bignon die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, Guizot der öffentliche Unterricht, Casimir Périer das Departement des Innern übertragen. Casimir Périer sträubte sich gewaltig, als seine Collegen ihm seine Ernennung ankündigten; erst als darauf hingedeutet wurde, daß der Erfolg der Revolution ihm noch nicht sicher genug schiene, ließ er sich zur Nachgiebigkeit bestimmen, vermochte aber noch am Abend einen der Secretaire der Commission, seinen Namen in der für den Moniteur bestimmten Liste zu streichen und ließ denselben durch jenen des Herzogs von Broglie ersetzen. Die Ernennungen der Municipalcommission wurden von dem Generalstatthalter bestätigt; sie entsprachen dem Geiste, der in der Abgeordnetenkammer vorherrschte, aber außerhalb derselben mußten sie nicht geringes Erstaunen erre-

gen, da mit der einzigen Ausnahme des strengen und unbeugsamen Dupont auch nicht einer der neuen Commissaire unzweideutige Beweise seiner Anhänglichkeit an die revolutionaire Sache gegeben hatte. Gérard und Guizot hatten bis zum letzten Augenblicke gezögert, sich für die Revolution zu erklären; der Baron Louis war Finanzminister zur Zeit der ersten Restauration gewesen, er hatte erst nach dem Siege des Volkes sich im Hôtel Laffitte's gezeigt; der Admiral de Rigny hatte das von Karl X. ihm angetragene Ministerium ausgeschlagen, aber daraus folgte nicht, daß er ein Ministerium von der Revolution annehmen würde; und Bignon hatte in der Abgeordnetenkammer zwar seine napoleonischen Erinnerungen nicht verleugnet, aber viel zu sehr danach gestrebt, den Ruf eines Diplomaten zu bewahren, als daß er für die Volkssache entschiedene Partei ergriffen hätte. Der Herzog von Broglie war einer der wenigen Pairs, die als Liberale galten; er hatte, so lange die Sache der Bourbonen nicht rettungslos verloren schien, sich aber wohl gehütet, seinen Namen in irgend einer Weise bloßzustellen.

Während diese ersten Schritte zur Herstellung einer geregelten Ordnung in der Verwaltung geschahen, war der Sieg der Volkspartei zwar in Paris, aber noch keineswegs in Frankreich entschieden. Am 30. Juli, zu der Stunde, als der Herzog von Orleans den Entschluß faßte, der Einladung der Abgeordnetenversammlung folgend, nach Paris zu gehen, befand Karl X. sich noch, von königlichem Glanze umgeben, in seinem Lustschlosse zu St. Cloud. Die Truppen, in deren Reihen es gelungen war, die Ordnung wieder herzustellen, zählten 12000 Mann mit 3000 Pferden und 40 Stücken bespannter Geschütze. Die Lager vor Luneville und St. Omer mußten die Befehle erhalten haben, die ihnen während des Kampfes in Paris ertheilt waren, und man durfte voraussetzen, daß die Heeresabtheilungen, die sich in denselben vereinigt fanden, ihren Marsch gegen die Hauptstadt angetreten hätten. Noch war daher selbst jetzt kein Grund vorhanden, alle Hoffnung aufzugeben, sofern der König oder der Dauphin ein männliches Herz gehabt hätte. Es fehlte Karl X. nicht an persönlichem Muthe; aber die mißverstandene Frömmigkeit, der er, von fanatischen Priestern geleitet, in seinen letzten Jahren sich hingegeben, hatte sein Gemüth verdüstert und den letzten Rest von Thatkraft in ihm erstickt. Er betrachtete den Aufstand von Paris, sobald er sich überzeugt hatte, daß derselbe nicht bloß das Werk einiger Meuterer, sondern allgemein war, als eine Strafe des Himmels für seine

Sünden und glaubte, daß ihm nichts Anderes zu thun bliebe, als sich unter der Hand des Höchsten zu demüthigen. Der General Champagny, der ein zu guter Militair war, um von einem Angriffe auf Paris mit Truppen, die durch ihre Niederlage entmuthigt waren, einen günstigen Erfolg zu erwarten, und der auf der andern Seite die Nachbarschaft der Hauptstadt für den Geist des kleinen Heeres gefährlich achtete, machte dem Könige den Vorschlag, sich nach Orleans zurückzuziehen, und legte ihm einen Plan vor, wie in diesem Falle der Krieg zu führen sey. Karl X. durchlief mit sichtlicher Zerstreuung die Papiere, die der General ihm überreichte, und sagte nach kurzem Schweigen: »Darüber müssen Sie mit dem Dauphin sprechen!« Der halberstickte Ton der Stimme und die schmerzliche Gebehrde, mit der Karl X. dies sagte, überzeugte den General Champagny, daß der König außer Stande war, sich zu irgend einer Kraftanstrengung zu ermannen.

Dem Herzoge von Angoulême war die mönchische Frömmigkeit seines Vaters fremd. Seit seinem spanischen Feldzuge hatte er durch die Schmeicheleien der Höflinge sich einreden lassen, daß er alle Talente eines großen Heerführers besitze; auch sprach er von nichts als von seinem Entschlusse, an der Spitze einer Armee in Paris einzurücken, und er hatte sich diesen Gedanken so fest in den Kopf gesetzt, daß er den König in aller Form um die Ermächtigung dazu bat. Als Karl X. seine Zustimmung verweigerte, wurde er so entrüstet, daß er sich in sein Gemach zurückzog und aus Wuth den Degen auf den Boden warf. Bald darauf fiel es ihm ein, daß es gut seyn würde, den Muth der Soldaten durch einen Aufruf zu beleben. General Champagny hatte diesen entworfen, und der Dauphin hatte eben seine Genehmigung ertheilt, als ein Oberofficier gemeldet wurde, der vorgelassen zu werden verlangte. Es war General Talon, der zwei Tage vorher bei dem Kampfe um das Hôtel de Ville so wacker ausgehalten, und der jetzt kam, um über einen Tagesbefehl Beschwerde zu führen, in dem zwar die Treue der Truppen belobt, zugleich aber die Zurücknahme der Ordonnanzen als ein erfreuliches Ereigniß angekündigt wurde. Der General, der in großer Aufregung war, erklärte, daß er zu jedem Beweise der Hingebung bereit sey, wie er dies denn bereits gezeigt habe, daß er aber keine Beschimpfung derselben dulden werde. Der Dauphin war überrascht, und als er erfuhr, daß der Tagesbefehl von dem Herzoge von Ragusa unterzeichnet sey, gerieth er in den äußersten Zorn. Er eilte sogleich

zum Könige, theilte diesem mit, was vorgefallen war, und lief darauf durch das ganze Schloß, um den Marschall zu suchen, der sich im Billardsaale befand. Er trat tobend ein und befahl dem Herzoge von Ragusa, ihm in ein Nebenzimmer zu folgen. Hier hörte man einen lebhaften Wortwechsel, bis sich plötzlich die Thüre mit Geräusch öffnete und der Marschall mit eiligen Schritten herausstürzte. Der Dauphin verfolgt ihn mit unbedecktem Haupte und wuthentstellten Zügen. Der Marschall zieht sich immer zurück, bis der Prinz sich auf ihn wirft und ihm mit solcher Heftigkeit den Degen entreißt, daß das Blut von seinen Fingern spritzt, mit denen er in die Schneide gegriffen hat. Ganz außer sich ruft der Dauphin jetzt: »Wache! Zu Hülfe!« Die wachthabenden Garden umringen den Marschall, verhaften ihn und führen ihn in seine Gemächer, wo er gefangen gehalten wird. Ein Vorfall, der so ungeheures Aufsehen erregte, konnte unmöglich verborgen gehalten werden; das Gerücht von der Verhaftung des Herzogs von Ragusa verbreitete sich im Augenblicke unter den Soldaten und wurde von den schlimmsten Auslegungen begleitet. Niemand vermochte sich das Verfahren gegen ihn anders zu erklären, als indem man annahm, daß er damit umgegangen sey, die königliche Sache zu verrathen. Eine solche Voraussetzung, wie grundlos sie auch war, mußte aber auf die Stimmung der Truppen beinahe ebenso niederdrückend wirken, als wenn die That wirklich verübt worden wäre.

Karl X. war besonnener und billiger, als sein Sohn. Er hob die Haft des Marschalls auf, ließ ihn zu sich kommen und bot Alles auf, um die Mißhandlung, die er erfahren hatte, wieder gut zu machen. Der greise Fürst, der so schwer vom Geschicke getroffen war, vergaß sein eigenes Unglück, um das Unrecht, das sein Sohn gegen einen seiner Diener begangen hatte, auszugleichen. Der Herzog von Ragusa wurde gerührt; aber er war zu tief gekränkt, um dem Beleidiger zu verzeihen. Um den Befehlen des Königs zu gehorchen, begab er sich zum Dauphin und entschuldigte sich gegen den Prinzen, der seinerseits an ihn einige begütigende Worte richtete. Als der Dauphin ihm aber die Hand zur Versöhnung bot, trat er einen Schritt zurück, machte eine tiefe Verbeugung und entfernte sich.

Darüber kam der Abend heran. Tiefe Ruhe war über das Schloß gebreitet, das kurz vorher der Schauplatz so stürmischer Auftritte gewesen war, als, mitten in der Nacht, die Herzogin

von Berry, die vergebens den Schlaf gesucht hatte, sich erhob und, halb bekleidet, den Dauphin weckte, um ihn mit den bittersten Vorwürfen über eine Hartnäckigkeit zu überhäufen, die das Leben ihres Kindes gefährde. Der Herzog von Augoulème, der, durch die Erschütterungen des Tages erschöpft, jetzt völlig die Besinnung verlor, ließ dem Könige sagen, daß St. Cloud bedroht sey, und daß er, um die Monarchie zu retten, seine Residenz weiter zurück verlegen müsse. Wenige Stunden darauf waren Karl X. und die Herzogin von Berry mit ihren beiden Kindern unter dem Geleite einer Abtheilung Gardes du Corps auf dem Wege nach Trianon, wo sie um fünf Uhr des Morgens ankamen.

Der Dauphin blieb mit den Truppen noch zu St. Cloud zurück und ertheilte erst gegen Mittag den Befehl zum Aufbruche. Die Nachricht von der Entfernung des Königs, die ganz das Ansehen einer nächtlichen Flucht hatte, war wenig geeignet, den gebeugten Muth der Truppen wieder aufzurichten. Zwei Bataillone des dritten Schweizerregimentes, die St. Cloud in der Richtung gegen Sèvres deckten, verließen, statt in der ihnen angewiesenen Richtung abzumarschiren, ihre Fahne und zerstreuten sich, ihre Waffen wegwerfend, nach verschiedenen Seiten. Noch hielt eine Compagnie mit einem Stücke Geschütz die Brücke über die Seine bei Sèvres besetzt, unterließ es jedoch, das Feuer zu erwidern, welches die Pariser Tirailleurs von dem andern Ufer des Flusses auf sie richteten. Der Dauphin, hiervon unterrichtet, schickte den Herzog von Lévis mit dem Befehle ab, den Angriff zurückzuweisen. Der Herzog überbrachte den Befehl dem Bataillonschef, der die Compagnie befehligte und mit übereinandergeschlagenen Armen am Ende der Brücke stehen blieb, als ob er in tiefe Gedanken versunken wäre. Der Dauphin, dem der Ungehorsam des Officiers gemeldet wurde, sprengte selbst herbei und redete die Soldaten an, die aber weder einen Laut von sich gaben, noch eine Bewegung machten. Ergrimmt reitet er auf die Brücke vor; da er aber sieht, daß Niemand ihm folgt, wendet er bestürzt und beschämt das Pferd und begiebt sich nach St. Cloud zurück. Hier hatten sich inzwischen die Truppen gegen Versailles in Bewegung gesetzt. Als das sechste Garderegiment im Aufmarsche begriffen war, wandte er sich an den Obersten und sagte ihm: »Nun, das dritte Regiment ist übergegangen; können Sie auf Ihre Leute rechnen?« Der Oberst antwortete ernst, daß ein Jeder seine Schuldigkeit thun werde. Der Prinz machte

einige Schritte, ohne ein Wort zu sagen. Plötzlich bemerkte er einen Soldaten, dessen Kragen nachlässig offen stand. Dadurch erhielten seine Gedanken eine andere Richtung. »Dein Kragen sitzt nicht ordonnanzmäßig!« rief er dem Grenadier zu. Eine unwillkürliche Bewegung des Unwillens ging durch alle Reihen; denn so beschränkt war auch der gemeine Soldat nicht, um nicht zu fühlen, daß jetzt keine Zeit war, sich mit dem Sitzen eines Rockkragens zu beschäftigen.

Die Garde trat ihren Rückzug an, den die Voltigeurs des sechsten Regiments durch Flintenschüsse decken mußten, weil die Pariser Freiwilligen, sobald sie die Brücke von Sèvres verlassen sahen, dieselbe überschritten hatten und in den Park von St. Cloud eingedrungen waren. Die Soldaten, bei denen das Gefühl der Kriegerehre jedes andere überwog, waren auf das Höchste entrüstet, daß sie fliehen sollten, ohne sich mit dem Feinde gemessen zu haben. Die Grenadiere setzten zum Theil ihre Bärenmützen verkehrt auf, um mit soldatischem Witze zu verstehen zu geben, daß es nicht an ihnen liege, wenn sie den verfolgenden Parisern den Rücken, statt der Stirne, wiesen. Als die Truppen zu Versailles ankamen, wurde ihnen, da man sie in der feindlich gesinnten Stadt nicht einzuquartiren wagte, theils der Waffenplatz, theils ein freier Raum außerhalb des Schloßgartens zur Biwacht angewiesen. Mit großer Mühe verschafften ihnen die Officiere die nothdürftigsten Verpflegungsmittel. Schon waren sie einige Stunden gelagert, und noch hatte weder der Herzog von Angoulême, noch einer der Generale in seinem Gefolge daran gedacht, eine Musterung zu halten. Der Soldat, der auf diese Weise sich selbst überlassen war, fing an zu murren, und das Mißvergnügen wurde immer allgemeiner, als von Neuem der Befehl zum Aufbruche gegeben wurde.

Die Minister, obwohl bereits am 29sten verabschiedet, hatten Karl X. auch nach Trianon begleitet und hielten hier eine Berathung, in der auf den Vorschlag Guernon-Ranville's beschlossen wurde, daß der König sich nach Tours zurückziehen, und dahin die beiden Kammern, so wie alle Generale, die höchsten Beamten und die hohen Würdenträger des Reiches berufen sollte. Man glaubte durch diese Maßregel den Aufstand zu lähmen, indem man ihm die Häupter entzog, die ihn leiten und ordnen konnten, wenn es sich auch bei der durch die Wahlen kundgegebenen Stimmung der Gemüther voraussichtlich nicht verhindern ließ, daß derselbe von

Paris aus, den ganzen Osten und Norden von Frankreich ergriff. Mehrere Rundschreiben waren in diesem Sinne abgefaßt, und Karl X. hatte sich bereit erklärt, sie zu unterzeichnen, als er mit einem Male wieder seine Meinung änderte und dies den Ministern zu wissen thun ließ. Der König konnte sich nicht entschließen, Trianon zu verlassen, wo ihn hundert Erinnerungen zurückhielten; und erst durch die dringenden Bitten der Generale Laroche-Jacquelain und Bordesoulle, die ihm vorstellten, wie gefährlich dieser Aufenthalt wegen der Nähe von Versailles sey, wurde er vermocht, in eine neue Ortsveränderung zu willigen und sich nach dem entfernteren Schlosse von Rambouillet zu begeben. Die Unordnung, die unter den Truppen bereits in dem Lager von Versailles eingerissen war, vermehrte sich mit jedem Schritte, der sie weiter von Paris entfernte. Als die ersten Regimenter am Morgen des 1. August den Wald von Rambouillet erreicht hatten, machte plötzlich die ganze Nachhut Halt, ohne einen Befehl erhalten zu haben, und schien geneigt, nach Versailles zurückzukehren. Der General de Laroche-Jacquelain, dem dies gemeldet wurde, eilte gerade noch zu rechter Zeit herbei. Er ließ die Trommel rühren, die Truppen unter das Gewehr treten und hielt eine feurige Rede, in der er die Soldaten beschwor, als Franzosen ihrer Ehre zu gedenken und den Eid nicht zu vergessen, der sie an ihre Fahnen binde. Die Truppen hatten zum ersten Male die Sprache eines Mannes gehört, und die Wirkung blieb nicht aus. Ein allgemeiner Ruf: »Es lebe der König!« war die Antwort. Die Regimenter setzten ihren Marsch fort, ohne eine ferneres Zeichen des Widerstrebens zu geben.

Der König und die Herzogin von Berry waren auf verschiedenen Wegen bereits in der Nacht zu Rambouillet angelangt; am andern Morgen traf auch die Herzogin von Angoulême ein, die auf ihrer Reise das ganze Land in Aufruhr gefunden hatte, und den Gefahren, die sie bedrohten, nur durch eine Verkleidung entgangen war. So wenig Einnehmendes die Prinzessin in ihrem rauhen, durch frühes Unglück verhärteten Wesen hatte, so war sie doch bei den Soldaten der Garde in hohem Grade beliebt, weil sie für die Truppen, die zur unmittelbaren Vertheidigung der königlichen Personen bestimmt waren, mit kluger Berechnung immer eine mütterliche Vorsorge gezeigt hatte. Als sie durch das Lager fuhr, welches zu beiden Seiten der Straße aufgeschlagen, stürzten die Soldaten ihr in hellen Haufen entgegen. Sie grüßte mit der Hand, vor

Thränen unfähig zu sprechen; und die treuen Krieger zückten ihre Schwerter und schworen, für ihre gute Mutter zu sterben. Karl X. ging der Tochter Ludwig's XVI. mit ausgebreiteten Armen entgegen und drückte sie, gleich ihr zu Thränen hingerissen, an seine Brust. »So sind wir denn, wie ich hoffe, für immer vereinigt,« sagte die Dauphine.

Zu Rambouillet war nicht das Geringste für die Aufnahme des königlichen Hauses vorbereitet. Die Herzogin von Angoulème konnte nicht einmal ihre Kleider wechseln, und der König mußte, um die nothwendigsten Ausgaben zu bestreiten, sein Silberzeug verkaufen. Zu diesen Verlegenheiten in Bezug auf die Bedürfnisse des täglichen Lebens kamen aber ungleich schmerzlichere Erfahrungen. Der Oberst des 15ten leichten Regimentes überbrachte dem Könige seine Fahne; er war von dreizehn Mann begleitet; der ganze Rest war davongegangen. Wenn Karl X. den Ereignissen, die ihn zu Boden drückten, den festesten Muth entgegengesetzt hätte, so hätte ein solcher Auftritt ihn erschüttern müssen. Sein Entschluß war aber bereits gefaßt. Er hatte noch zu Trianon die Nachricht von der Ankunft des Herzogs von Orleans zu Paris und von seiner Ernennung zum Generalstatthalter, so wie das Schreiben, welches der Prinz dem Herzoge von Mortemart übergeben, erhalten. An seiner eigenen Sache verzweifelnd, sah er in der Ernennung des Herzogs den einzigen Ausweg, durch welchen der Friede wieder hergestellt und dem Hause Bourbon sein gutes Recht bewahrt werden konnte.

So wie er zu Rambouillet angekommen war, unterzeichnete er daher folgende Erklärung:

»Um den Unruhen ein Ende zu machen, die in der Hauptstadt und einem Theile von Frankreich stattfinden, und in dem Vertrauen auf die aufrichtige Ergebenheit seines Vetters, des Herzogs von Orleans, ernennt der König diesen zum Generalstatthalter des Königreiches.

»Nachdem der König es angemessen erachtet hat, seine Ordonnanzen vom 25. Juli zurückzunehmen, genehmigt er es, daß die Kammern am dritten August zusammentreten, und hofft, daß sie die Ruhe in Frankreich wieder herstellen werden.

»Der König wird hier die Rückkunft der Person erwarten, welche beauftragt ist, diese Erklärung nach Paris zu bringen.

»Sollte man einen Versuch gegen das Leben oder die Freiheit des Königs und seiner Familie zu unternehmen wagen, so würde er sich bis auf den Tod vertheidigen.

»Rambouillet, 1. August.

Karl.«

Der Oberstjägermeister, Graf von Girardin, dem Karl X. dieses Schreiben zur Besorgung anvertraute, traf mit demselben des Morgens um sieben Uhr im Palais royal ein. Schon zu dieser frühen Stunde war der Advocat Dupin anwesend, der, je länger er gezögert hatte, sich der Revolution anzuschließen, jetzt um so eifriger bemüht war, die verlorene Zeit einzubringen. Dupin, wie alle schwache und verzagte Seelen, glaubte den Muth, der ihm in der Gefahr abging, zu ersetzen, indem er eine schonungslose Härte zeigte, sobald die Gefahr vorüber war. Er rieth dem Generalstatthalter, die Botschaft des Königs auf eine Weise zu beantworten, welche die Sache des Hauses Orleans für immer von jener der älteren Linie trennte, und entwarf selbst die Erwiderung, die in den ungeeignetesten Ausdrücken abgefaßt war. Der Herzog von Orleans nahm den Schein an, als ob er diese Rohheit billige, entfernte sich aber mit dem Schreiben des Advocaten, unter dem Vorgeben, daß er dasselbe vor der Absendung seiner Gemahlin mittheilen müsse, und setzte in einem Nebenzimmer eine andere Antwort auf, die darauf berechnet war, auf den alten König einen wohlthuenden Eindruck zu machen und ihn in dem Vertrauen zu befestigen, welches er immer in die Treue und Ergebenheit des Herzogs gesetzt hatte. Wenige Stunden nach der Abfertigung dieses Schreibens empfing der Generalstatthalter den Herzog von Broglie, Casimir Périer, Guizot, Sebastiani, Graf Molé, General Gérard und Laffitte und theilte diesen Herren die von Rambouillet eingegangene Depesche mit. Er schien entrüstet und behauptete, die Absicht Karl's X. sey keine andere, als ihn den Anhängern der Revolution zu verdächtigen. An einem solchen Zuge, sagte er, erkenne er die ältere Linie wieder. Er sprach sich mit solchem Unwillen über die Hinterlist aus, die man gegen ihn üben wolle, daß der ehrliche Laffitte die Vertheidigung des Königs übernahm *).

*) Für alle die Einzelheiten, die den Charakter Ludwig Philipp's nicht in dem glänzendsten Lichte erscheinen lassen, haben wir allerdings keine andere Bürgschaft, als jene des Republikaners Louis Blanc, den wir kaum als einen voll-

An demselben Tage empfing der Herzog von Orleans die Municipalcommission, die ihm durch den General Lafayette vorgestellt wurde, und die kam, um ihre Gewalt in die Hände des Generalstatthalters niederzulegen. Der Herzog, der von seiner ganzen Familie umgeben war, benahm sich mit der liebenswürdigsten Freundlichkeit; er entwickelte seine politischen Ansichten, die so freisinnig waren, daß selbst der entschiedenste Republikaner zufriedengestellt seyn konnte, und entließ die Commission, indem er ihr für ihre dem Vaterlande bewiesene Hingebung dankte und versicherte, daß er sie in treuem Andenken behalten werde. Die Municipalcommission hatte dem Herzoge ihren Entschluß schon vorher in einem Schreiben angezeigt, welches hinter dem Rücken Mauguin's abgefaßt war, weil man dessen Widerstand fürchtete. Als die Mitglieder der Commission sich entfernten, wurde Mauguin durch einen Adjutanten des Herzogs zurückgehalten, und in ein Nebenzimmer geführt, in welchem Guizot ihm den Entwurf zu der Erwiderung mittheilte, durch welche der Generalstatthalter das an ihn gerichtete Schreiben der Municipalcommission beantworten wollte. Der Prinz dankte derselben für die Dienste, die sie dem Lande geleistet, nahm die Entlassung an, die sie als oberste Staatsgewalt gegeben habe, ersuchte sie aber, vorläufig noch im Hôtel de Ville vereinigt zu bleiben und die Leitung der Verwaltung von Paris zu behalten, bis ihr fernere Befehle zukämen. Das Wort Befehle setzte Mauguin in große Entrüstung; er erklärte, daß die Municipalcommission in dem Augenblicke, wo sie ihre Gewalt niederlege, mit dem Herzoge von Orleans noch wie eine Macht mit der andern verhandle und daher keine Befehle annehmen könne. Guizot beruhigte den hitzigen, aber nicht sehr charakterfesten Eiferer leicht, indem er statt Befehle Weisungen setzte, was dasselbe sagte. Damit war der Widerspruch beseitigt, den Mauguin wohl fähig war, zu erheben, wenn man ihn nicht zu begütigen gewußt hätte. Der Herzog von Orleans war jetzt nicht mehr bloß dem Namen nach, sondern in der That der Inhaber der höchsten Staatsgewalt in Frankreich.

---

gültigen Zeugen annehmen können. Da den Thatsachen, welche er anführt, aber bis jetzt, so viel wir wissen, von keiner Seite widersprochen worden ist, während man sich so viele Mühe gegeben hat, das alberne Geschwätz eines Sarrans zu widerlegen, so haben wir keinen Grund, seine Aussagen zu bezweifeln, sofern sie die innere Wahrscheinlichkeit für sich haben.

Karl X. wurde durch das Schreiben, in welchem der Herzog von Orleans seine Ernennung zum Generalstatthalter beantwortete, tief ergriffen. Die letzten Bedenklichkeiten, die er noch gehabt hatte, schwanden; und er beschloß, nicht allein für sich selbst auf eine Krone zu verzichten, die im günstigsten Falle nur durch einen Bürgerkrieg behauptet werden konnte, sondern auch seinen Sohn, den Dauphin, zur Abdankung zu bestimmen. An die Möglichkeit einer Auflehnung gegen die Rechte seines Enkels, des jungen Herzogs von Bordeaux, dachte er nicht, da ein unschuldiges Kind den Parteien weder Furcht noch Haß einflößen konnte, und da ein Prinz des königlichen Hauses es in seiner Macht hatte, die Bewegung, die ihn selbst vom Throne stürzte, zu leiten. Der Dauphin unterwarf sich, seiner Gewohnheit nach, dem Willen des Vaters ohne Widerstreben und seufzte nur im Stillen über das Unglück, von dem er und sein Geschlecht betroffen war. Dennoch war er, wie seine Gemahlin, weit davon entfernt, es auch nur für denkbar zu halten, daß der Herzog von Orleans die Rechte des Herzogs von Bordeaux bei Seite setzen und für sich selbst nach der Krone streben sollte. Die Herzogin von Angoulème hatte die einzige Besorgniß, daß der junge Heinrich unter der Vormundschaft eines Liberalen, wie der Herzog von Orleans, in Grundsätzen erzogen werden würde, die den Ueberlieferungen der alten Monarchie und den Lehren der katholischen Kirche zuwider wären. Das unerschütterliche Vertrauen zu der treuen Ergebenheit des Herzogs von Orleans, von dem Karl X. durchdrungen war, ging auf die unzweideutigste Weise aus der Urkunde hervor, mittelst der er in seinem Namen und zugleich im Namen seines Sohnes den Act der Thronentsagung vollzog. Diese Urkunde war in die Form eines Schreibens an den Generalstatthalter gefaßt und lautete, wie folgt:

»Ich bin zu schmerzlich ergriffen von den Leiden, die meine Völker betrüben oder die sie noch bedrohen könnten, um nicht ein Mittel zu suchen, das geeignet ist, denselben vorzubeugen. Ich habe deshalb den Entschluß gefaßt, der Krone zu Gunsten meines Enkels zu entsagen.

»Der Dauphin, der meine Gefühle theilt, verzichtet gleichfalls zu Gunsten seines Neffen auf seine Rechte.

»Sie werden daher, in Ihrer Eigenschaft als Generalstatthalter des Königreichs, die Thronbesteigung Heinrich's V. bekannt zu machen haben. Sie werden außerdem alle Maßregeln treffen,

die Sie angehen, um die Form der Regierung während der Minderjährigkeit des neuen Königs zu bestimmen. Ich begnüge mich hier, diese allgemeinen Verfügungen zur Kenntniß zu bringen: es ist ein Mittel, große Uebel zu vermeiden.

»Sie werden meine Absichten dem diplomatischen Corps mittheilen und mir baldmöglichst Kunde von der Bekanntmachung geben, durch welche mein Enkel unter dem Namen Heinrich's V. als König anerkannt werden wird.

»Ich beauftrage den Generallieutenant Vicomte de Latour-Foissac, Ihnen dies Schreiben zu übergeben. Er hat den Befehl, sich mit Ihnen über die Anordnungen zu verständigen, die zu Gunsten der Personen zu treffen sind, welche mich begleitet haben, so wie über die Anordnungen in Bezug auf Alles, was mich und den Rest meiner Familie angeht.

»Wir werden später die übrigen Maßregeln anordnen, die eine Folge des Thronwechsels seyn werden.

»Ich wiederhole Ihnen, mein Vetter, die Versicherung der Gesinnungen, mit denen ich bin Ihr wohlgeneigter Vetter.«

»Karl.«

»Karl X. war seiner Sache so gewiß, daß er dem General Latour-Foissac, indem er ihm das Schreiben übergab, zugleich den Auftrag ertheilte, die erforderlichen Vorbereitungen für den Einzug des Herzogs von Bordeaux in Paris zu treffen und über die in der Hauptstadt zurückgebliebenen Truppen den Umständen gemäß zu verfügen. Der General kam am Abende des 2. Augusts vor dem Palais royal an, wo Alles noch den wildesten revolutionairen Anstrich trug, da Menschen aus den niedrigsten Volksclassen bis auf den Treppen des Palastes lagerten. Er wandte sich an einen der Adjutanten des Herzogs von Orleans und verlangte, bei diesem eingeführt zu werden, erfuhr aber zu seinem Erstaunen eine entschiedene Zurückweisung, obwohl er sich darauf berief, daß er mit einer Sendung von der höchsten Wichtigkeit beauftragt sey. Auf sein wiederholtes Andringen wurde ihm erwidert, daß am andern Morgen die Eröffnung der Abgeordnetenkammer stattfinden werde, und daß er seinen Auftrag bis dahin verschieben müsse. Der General entschloß sich endlich, den Herzog von Mortemart aufzusuchen, und dessen Vermittelung anzusprechen. Beide fuhren miteinander in einem Fiacre nach dem Palais royal. Der Herzog von Mortemart nahm die Depesche, versprach dieselbe aber nicht eher abzugeben,

als bis er Alles aufgeboten hätte, um dem General die verlangte persönliche Zusammenkunft zu verschaffen. Er kehrte nach kurzem Verzuge unverrichteter Dinge zurück. Der Herzog von Orleans hatte das Schreiben angenommen, weigerte sich aber beharrlich, den Abgesandten des Königs zu sehen. Alles, was General Latour-Foissac erlangte, war, daß es ihm gestattet wurde, der Herzogin von Orleans zwei Briefe, die ihm an dieses mitgegeben waren, den einen von der Prinzessin Louise, der Tochter der Herzogin von Berry, den andern von Madame Gontaut, der Erzieherin des Herzogs von Bordeaux, zu überreichen. Die Herzogin brach in Thränen aus, als sie den Brief las, den ihr die kleine Prinzessin mit kindlich unsicherer Hand geschrieben; sie äußerte unverholen den Schmerz, den ihr das Unglück ihrer königlichen Verwandten verursachte, sprach sich aber nicht über die Absichten ihres Gatten aus, sondern begnügte sich zu versichern, daß er ein ehrlicher Mann sey, und daß die königliche Familie sich auf ihn verlassen könne.

Die Weigerung des Herzogs von Orleans, den Bevollmächtigten des Königs zu empfangen, war leicht zu erklären. Er hatte bereits vor der Ankunft des Generals Latour-Foissac auf den Rath seiner Vertrauten einen Entschluß gefaßt, der die ganze Lage der Dinge wesentlich veränderte. Karl X. selbst hatte seine Einwilligung gegeben, daß der Herzog als Generalstatthalter die Regierung übernahm, weil er darin die einzige Möglichkeit zn einer friedlichen Herstellung der Ordnung sah. Bei der furchtbaren Wuth, die das Blutbad in Paris sowohl gegen den König, als gegen die ganze königliche Familie erregt hatte, unterlag es aber keinem Zweifel, daß das Leben derselben nur durch bewaffnete Gewalt oder durch ihre Entfernung aus Frankreich gesichert werden konnte. Auf der andern Seite war durch die Nähe des Königs an der Spitze einer zahlreichen bewaffneten Macht die Hauptstadt fortwährend bedroht, und es war an eine Herstellung der Ordnung nicht zu denken, so lange die ganze Bevölkerung zu ihrer Selbstvertheidigung unter den Waffen bleiben mußte. Auch hatte man die wohl begründete Besorgniß, daß die Anhänger der Dynastie in den südlichen und westlichen Provinzen, in denen der Adel großentheils zu seinem alten Güterbesitze und seinem alten Einflusse zurückgekehrt war, sobald sie von ihrem ersten Schrecken sich erholt hätten, sich zum Schutze des Monarchen erheben würden; und sobald dies geschah, war ein Bürgerkrieg, dessen Folgen sich nicht übersehen ließen, unvermeidlich.

Aus allen diesen Gründen wurde der Beschluß gefaßt, eine außerordentliche Commission nach Rambouillet zu schicken, die Karl X. zur Abreise vermögen, ihn nach dem Hafen von Cherbourg geleiten und dort für die Einschiffung des Königs und der königlichen Familie nach England Sorge tragen sollte. Die Commissaire, welche der Herzog von Orleans ernannte, waren der Marschall Maison, der Oberst Jacqueminot, v. Schonen und Odilon Barrot, denen auf den Rath Sebastiani's noch der Herzog von Coigny beigefügt wurde, weil sich von diesem, der von Karl X. wohlgelitten war, erwarten ließ, daß er leichteren Zutritt erhalten würde. Als die Commissaire sich bei dem Herzoge von Orleans beurlaubten, sprach derselbe die liebevollsten Gesinnungen gegen den König und das königliche Haus aus. Herr v. Schonen fragte, was sie zu thun hätten, wenn ihnen der Herzog von Bordeaux übergeben würde. »Der Herzog von Bordeaux!« entgegnete der Generalstatthalter bewegt: »Der Herzog von Bordeaux ist Ihr König!« Die Herzogin von Orleans, die bei diesem Auftritte zugegen war, wurde zu Thränen gerührt, und umarmte ihren Gemahl mit den Worten: »Sie sind der ehrenhafteste Mann im Königreiche!«

Die Commissaire gingen um vier Uhr des Nachmittags von Paris ab; sie erreichten beim Einbruche der Dämmerung die Vorposten des königlichen Heeres, von denen sie, als der Herzog von Coigny seinen Namen nannte, durchgelassen wurden. Bei ihrer Ankunft zu Rambouillet wurden sie beschieden, daß sie zu einer so späten Stunde nicht mehr empfangen werden könnten, daß ihnen jedoch für die Nacht Zimmer im Schlosse angewiesen werden sollten. Der Marschall Marmont unterrichtete sie von der Abdankung Karl's X., erklärte ihnen aber zugleich, daß der König Rambouillet nicht eher verlassen würde, als bis er eine Antwort von dem Generalstatthalter erhalten hätte. Diese Erklärung erschien ihnen wichtig genug, um sie zu bestimmen, auf der Stelle nach Paris zurückzukehren. Sie wurden noch in der Nacht bei dem Herzoge von Orleans vorgelassen, der über den schlechten Erfolg ihrer Sendung nicht wenig entrüstet war. »Er muß abreisen,« rief der Herzog in leidenschaftlicher Erregung aus; »es ist durchaus nothwendig, daß er abreist!« Da es sich gezeigt hatte, daß eine friedliche Sendung ihren Zweck verfehlte, so wurde beschlossen, den König durch eine feindliche Bewegung einzuschüchtern; und der Oberst Jacqueminot unternahm es, diese hervorzurufen. Mit Tagesanbruch verbreite-

ten sich in allen Stadtvierteln Menschen, die den Ruf erhoben: »Karl X. bedroht Paris! Nach Rambouillet, nach Rambouillet!« Der Generalmarsch wurde geschlagen, und bald war die ganze Hauptstadt in Bewegung. Während der weniger kriegerische Theil sich um die Zugänge zum Palaste Bourbon drängte, wo inzwischen alle Vorbereitungen zur feierlichen Eröffnung der Kammern getroffen waren, sammelten sich Tausende von Freiwilligen aus allen Ständen, mit Gewehren, Carabinern und Pistolen, Säbeln, Degen und Piken bewaffnet, in den Champs Elysées, um den Marsch gegen Rambouillet anzutreten. Alle Wagen, Fiacres, Cabriolets, die sich auftreiben ließen, wurden in Beschlag genommen, um die Fortschaffung des revolutionairen Heeres zu erleichtern. Lafayette, der die Nothwendigkeit begriff, der ungeregelten, tobenden und lärmenden Masse wenigstens einen Schein militairischer Ordnung zu geben, ertheilte den Befehl, daß 500 Mann von jeder Legion der Nationalgarde mit ausrücken sollten; er ernannte den kriegserfahrnen General Pajol zum Befehlshaber und theilte diesem den Obersten Jacqueminot als Chef des Generalstabes und seinen Sohn, Georges Lafayette, als ersten Adjutanten zu. Dennoch war er nicht ohne Besorgnisse, wenn es zu einem ernsten Zusammentreffen zwischen den undisciplinirten Volkshaufen und den königlichen Truppen käme, und er ließ daher durch Eilboten den Nationalgarden von Arras und Amiens die Weisung zugehen, sich sofort in Marsch zu setzen, um dem Expeditionscorps nöthigenfalls zu Hülfe zu kommen.

Um ein Uhr Mittags fand, der getroffenen Anordnung gemäß, die Eröffnung der Kammern im Palais Bourbon Statt. Als der Beschluß gefaßt wurde, die Kammern am 3. August zu eröffnen, hatte sich dagegen einiger Widerspruch erhoben, weil man den Anschein vermeiden wollte, als ob noch den Befehlen Karl's X. Folge geleistet würde. Die große Mehrzahl der zu Paris anwesenden Abgeordneten war jedoch der Meinung gewesen, daß man sich so viel als möglich innerhalb der gesetzlichen Formen halten müsse; und der Herzog von Orleans war nichts weniger als geneigt, den Anfang seines Regimentes durch eine allzu schroffe Trennung von der Vergangenheit zu bezeichnen. Nur in dem Ceremoniel fand man es angemessen, einige Veränderungen vorzunehmen, indem der Generalstatthalter nicht, wie bisher der König, die Versammlung der Abgeordneten und der Pairs zu sich in das Schloß entbieten ließ,

sondern sich selbst in ihre Mitte nach dem Palais Bourbon begab. Zu der Stunde der Eröffnung waren an 200 Abgeordnete und über vierzig Pairs anwesend; und man bemerkte unter beiden neben den bekannten Wortführen der Liberalen doch auch einige der eifrigsten Royalisten, wie unter den Abgeordneten Berryer, Jacquinot de Pampelune, de Conny, Syrieys de Mayrinhac, unter den Pairs Châteaubriand, den Marquis de Dreux-Brézé, den Herzog von Caraman u. A. Der Herzog von Orleans, von Abordnungen der beiden Körperschaften eingeführt, wurde mit dem Rufe: »Es lebe der Herzog von Orleans! Es lebe der Generalstatthalter! Es lebe die Freiheit! Es lebe die Charte!« begrüßt. Er hielt bedeckten Hauptes folgende Rede, welche die Lage der Dinge in wenigen großen Zügen, treu, aber mit würdevoller Schonung des Unglückes vorüber führte. »Meine Herren Pairs und meine Herren Abgeordneten!« redete er die Versammlung an: »Paris, durch eine bedauernswerthe Verletzung der Verfassung und der Gesetze in seiner Ruhe gestört, hat beide mit heldenmäßigem Muthe vertheidigt. Mitten in diesem blutigen Kampfe stand keine der Bürgschaften der gesellschaftlichen Ordnung mehr aufrecht: die Sicherheit der Personen, des Eigenthumes, der öffentlichen Rechte, Alles, was dem Menschen und dem Bürger theuer ist, war gefährdet. Bei der Abwesenheit jeder öffentlichen Staatsgewalt wandten sich die Wünsche meiner Mitbürger nach mir; sie erachteten mich würdig, mit ihnen zu der Rettung des Vaterlandes beizutragen; sie luden mich ein, die Obliegenheiten eines Generalstatthalters des Königreichs auszuüben. Ihre Sache erschien mir gerecht, die Gefahr unermeßlich, die Nothwendigkeit gebieterisch, meine Pflicht heilig. Ich eilte in die Mitte dieses thatkräftigen Volkes, von meiner Familie gefolgt, und jene Farben tragend, die zum zweiten Male unter uns den Sieg der Freiheit bezeichnet haben. Ich eilte mit dem Entschlusse herbei, jedes durch die Umstände geforderte Opfer zu bringen, um die Herrschaft der Gesetze wiederherzustellen, die bedrohte Freiheit zu retten und die Rückkehr so großen Unglücks dadurch unmöglich zu machen, daß die Macht jener Charte auf immer gesichert wird, deren Name während des Kampfes, aber auch nach dem Siege angerufen wurde. Bei der Lösung dieser edeln Aufgabe gebührt es den Kammern, mich zu leiten. Alle Rechte müssen fest verbürgt seyn, alle zu ihrer vollen und freien Ausübung nöthigen Staatseinrichtungen müssen die Entwicklung erhalten, deren sie bedürfen. Von Herzen und aus Ueberzeugung den Grundsätzen

einer freien Regierung anhängend, nehme ich zum voraus die Folgen derselben an. Die Vergangenheit ist mir schmerzhaft; ich beklage das Unglück, das ich gern verhütet hätte; aber inmitten dieses großartigen Aufschwunges der Hauptstadt und aller französischen Städte, im Angesichte der mit bewundernswürdiger Schnelligkeit wieder eintretenden Ordnung, nach einem durch keine Ausschweifungen befleckten Widerstande, ist mein Herz von einem gerechten Nationalstolze durchdrungen und ich blicke mit Vertrauen in die Zukunft des Vaterlandes. Ja, meine Herren, es wird frei und glücklich seyn, dieses mir so theuere Frankreich; es wird Europa zeigen, daß es, einzig mit seiner innern Wohlfahrt beschäftigt, den Frieden eben so sehr wie die Freiheit liebt und nur das Glück und die Ruhe seiner Nachbarn wünscht.« Zum Schlusse zeigte der Herzog den Kammern an, daß er die Abdankungsurkunden König Karl's X. erhalten und dieselben in dem Archive der Pairskammer niedergelegt habe. Davon, daß diese Abdankungen zu Gunsten des Herzogs von Bordeaux erfolgt waren, geschah keine Erwähnung; das Schweigen, welches er über einen so wichtigen Punkt beobachtete, war aber eben so beredt, wie eine ausdrückliche Erklärung. Nachdem der Generalstatthalter sich unter dem lauten Beifallsrufe der Versammlung entfernt hatte, löste diese sich auf, um des andern Tages in getrennten Kammern ihre regelmäßigen Geschäfte zu beginnen.

Ungefähr eine Stunde nach der Beendigung der Eröffnungssitzung setzte sich das Heer der Pariser Freiwilligen, das im Ganzen etwa 15000 Mann zählte, aber nur wenige Hundert Reiter und kein einziges Stück Geschütz hatte, in grenzenloser Verwirrung gegen Rambouillet in Bewegung. Zu Versailles, wo der erste Halt gemacht wurde, stießen 2000 Freiwillige von Rouen hinzu, die, nachdem ihre Vaterstadt sich für die Revolution erklärt hatte, sogleich ausgezogen waren, um ihren kämpfenden Brüdern in Paris zu Hülfe zu eilen. Die Trümmer von zwei Infanterieregimentern, die noch in einer Caserne lagen, lieferten dem General Pajol ihre Waffen aus. Auch wurden von der Militairschule zu St. Cyr acht Stücke Geschütz hinweggenommen, die zu den Uebungen der Schüler dienten, und welche jetzt die ganze Artillerie des Expeditionsheeres ausmachten. Gegen Abend kam die Vorhut der ohne alle Ordnung vordrängenden Masse bei Coignères, etwa eine halbe Meile von Rambouillet, an, wo General Pajol die Wagen zu ei-

ner Wagenburg zusammenfahren und Anstalten zur Biwacht für die Nacht treffen ließ. Die Herren Odilon Barrot, v. Schonen und Marschall Maison, die nochmals als außerordentliche Commissaire an Karl X. abgeschickt waren, erreichten die Colonne der Vorhut vor Coignères und setzten unverweilt ihren Weg nach Rambouillet fort. Bei Karl X. fanden sie einen Empfang, der rauh war, wie man ihn bei einem sonst immer an die Beobachtung der feinsten Formen gewöhnten Fürsten kaum erwarten durfte. »Was wollen Sie, meine Herren?« rief er ihnen entgegen: »Alles ist abgemacht; ich habe mich mit meinem Generalstatthalter verständigt.« — »Aber, Sire,« versetzte der Marschall Maison, »gerade der Generalstatthalter schickt uns, um Ew. Majestät zu melden, daß das Volk von Paris gegen Rambouillet im Anzuge begriffen ist, und Sie zu bitten, Sich den Folgen eines wüthenden Angriffes nicht auszusetzen.« Karl X. erkannte jetzt, daß er verrathen war; er gerieth in so furchtbaren Zorn, daß der Marschall Maison, um sich der Gefahr einer persönlichen Mißhandlung von dem greisen Monarchen zu entziehen, hinter v. Schonen zurücktrat. Odilon Barrot gelang es, durch besänftigende Worte den gereizten Fürsten einigermaßen zu beruhigen. Er sprach von den Rechten des Herzogs von Bordeaux, zu dessen Gunsten er allein die Krone niederlegt habe. Odilon Barrot entgegnete, daß der Thron Heinrich's V. nicht im Blute aufgerichtet werden dürfe; und der Marschall Maison fügte hinzu, daß in diesem Augenblicke 60000 Mann Rambouillet bedrohten. Karl X., der mit großen Schritten im Zimmer umherging, blieb bei diesen Worten überrascht stehen; er erklärte dem Marschall, daß er auf seine Ehre vertraue und fragte ihn auf sein Wort, ob es wahr sey, daß die im Anzuge begriffenen Schaaren der Pariser 60000 Mann stark wären. Marschall Maison wiederholte seine Behauptung; und Karl X. entschloß sich, nach einer kurzen Berathung mit dem Herzoge von Ragusa, dem Ansinnen der Commissaire nachzugeben und auf der Stelle seine Abreise anzutreten. Noch in der Nacht brach er mit seiner Familie, unter der Bedeckung der ihm treu gebliebenen Truppen nach Maintenon auf, wo er im Schlosse des Herzogs von Noailles mit Herzlichkeit und innigem Mitgefühle aufgenommen wurde. Des andern Morgens ließ Karl X. sich bestimmen, die Garderegimenter und alle übrige Truppen, die bisher noch bei ihm ausgehalten hatten, mit Ausnahme der Gardes du Corps, die ihn bis nach Cherbourg geleiten sollten, zu verabschieden. Er richtete einen

Tagesbefehl an sie, in dem er seinen Schmerz ausdrückte, sich von ihnen trennen zu müssen, sie wegen ihres preiswürdigen Benehmens belobte und ihnen aufgab, nach Paris zu gehen und sich dem Generalstatthalter zu unterwerfen, der für ihre Sicherheit und ihr Wohlergehen in der Zukunft sorgen werde. Als Karl X. mit den Seinigen das Schloß verließ, um seine traurige Reise über Dreux, wohin ihm die Commissaire voraus geeilt waren, weiter fortzusetzen, stellte die Garde sich längs der Straße in Schlachtordnung auf; die Trommeln wirbelten und die Fahnen senkten sich: es war zum letzten Male, daß Karl X. in Frankreich königliche Ehren erwiesen wurden.

General Pajol, der mit seinen Freiwilligen bis in die Nähe vom Rambouillet vorgedrungen war, wurde durch die Nachricht von der Abreise des Königs von schwerer Sorge befreit. Er hatte bei seinem Vorrücken die feste Ueberzeugung, daß das bunte Gemisch von überspannten Köpfen, Prahlhänsen und Taugenichtsen, das man ihm unter dem Namen eines Heeres übergeben hatte, bei dem ersten entschlossenen Angriffe der königlichen Truppen auseinandergesprengt und in Stücke gehauen werden würde; und nur die Tollkühnheit, mit der er von jeher gewohnt war, auch das Unmögliche zu unternehmen, vermochte ihn, auf alle Gefahr voranzugehen. Er gab, so wie er sich überzeugt hatte, daß gegen alle Wahrscheinlichkeit der Zweck seines Zuges erreicht sey, seinem Heere den Befehl, nach Paris zurückzumarschiren. Dieser Befehl war aber leichter ertheilt, als ausgeführt. Der größte Haufe weigerte sich, zu gehorchen und drängte in dichten Massen nach Rambouillet, wohin der General nothgedrungen folgen mußte, um die ärgsten Unordnungen zu verhüten. In wenigen Augenblicken war die kleine Stadt und das königliche Schloß überschwemmt: Flintenschüsse wurden in den Straßen abgefeuert, ein junger Mann, der auf dem Posten stand, wurde erschossen; und größeres Unglück wäre kaum zu vermeiden gewesen, wenn einer der Anführer der zuchtlosen Banden nicht den glücklichen Gedanken gehabt hätte, die tollsten Burschen zu entfernen, indem er sie aufforderte, in die königlichen Staatscarossen zu steigen und in denselben nach Paris zu fahren. Arme Arbeiter, die ihre Piken und Bajonnette zu den Fenstern heraussehen ließen, füllten die vergoldeten Wagen, die, mit acht Rossen bespannt, von den Hofkutschern geleitet und von den Stallbedienten gefolgt, unter dem Gelächter und Freudengeschrei des Volkes vor das Palais royal

fuhren. Hier stiegen die Inhaber ab und schrieen unter den Fenstern des Generalstatthalters: »Sehen Sie, Herr Herzog! Da haben Sie Ihre Wagen!« Die Herzogin von Orleans wurde durch den Tumult auf das Aeußerste erschreckt; der Herzog verkannte jedoch die gute Absicht nicht und zeigte sich mit lächelnder Miene dem Volke.

In Paris ging die Entwicklung, nachdem man sich von der letzten Besorgniß vor Karl X. und den königlichen Truppen befreit sah, mit raschen Schritten ihrem Ziele entgegen. Schon am Montage hatte die Hauptstadt großentheils ihren gewöhnlichen Anblick wieder gewonnen. Die Barricaden waren zwar nicht zerstört, aber so weit bei Seite geschafft, daß die freie Bewegung nicht mehr gehemmt wurde; die Läden öffneten sich, die Fabriken begannen ihre Thätigkeit wieder und die fleißigen Arbeiter gingen, wie in den Tagen der tiefsten Ruhe, ihrem friedlichen Broterwerb nach. Eine der ersten Maßregeln der Municipalcommission war es gewesen, den Dienst bei dem Telegraphen wieder zu ordnen. Durch diesen wurden allen Departements mit fliegender Eile die Nachrichten von dem Siege des Volkes, von der Ernennung des Generalstatthalters und von der Abdankung Karl's X., so wie die Befehle der neuen Regierung mitgetheilt. Die neue Ordnung der Dinge wurde überall anerkannt; nur an wenigen vereinzelten Punkten wurde im ersten Augenblicke von den alten königlichen Behörden ein Versuch des Widerstandes gemacht, der aber in demselben Augenblicke an dem einmüthigen Willen der Bürger und an der geringen Neigung der Truppen, sich für eine verlorene Sache zu opfern, scheiterte. An dem Tage nach der Eröffnung der Kammern traten beide in ihren gewöhnlichen Sitzungslocalen wieder zusammen; die Pairskammer, um eine Commission zu ernennen, welche eine Beantwortung der Eröffnungsrede des Generalstatthalters vorbereiten sollte, die aber, wie man sich bald überzeugte, ohne eine vorausgegangene Verständigung mit der Abgeordnetenkammer nicht räthlich war; die letzte, um zuvörderst die herkömmliche Prüfung der Wahlvollmachten vorzunehmen und demnächst zu der Wahl ihrer Beamten zu schreiten, um den Geschäftsgang in der üblichen Form zu ordnen. Bei der Wahl der fünf Candidaten zur Präsidentenwürde in der Abgeordnetenkammer erhielt Casimir Périer, nach ihm Laffitte, die meisten Stimmen. Der Generalstatthalter ernannte Casimir Périer zum ersten Präsidenten, weil auf diesen die Mehrzahl der Stimmen gefallen war, erklärte aber dabei, daß seiner Ueberzeugung nach Nie-

mand höhere Ansprüche auf die öffentliche Dankbarkeit habe, als Laffitte, und gab zu verstehen, daß er nur deshalb den an der Spitze der Liste stehenden Candidaten vorgezogen habe, weil er der Ansicht sey, daß der Kammer das Recht zustehen müsse, ihren Präsidenten, ohne die Dazwischenkunft des Regenten, zu ernennen. Wenn noch irgend ein Zweifel über die Gesinnungen obgewaltet hätte, von denen die Mehrheit der Abgeordneten beseelt war, so mußte derselbe nach der Wahl eines Mannes zum Präsidenten schwinden, der bei dem Ausbruche der Revolution Alles, was an ihm lag, gethan, um ihren Fortgang zu hemmen, und der nicht eher, als bis der Erfolg bereits entschieden war, aber auch dann noch zögernd und nicht ohne geheime Vorbehalte, sich der Bewegung angeschlossen hatte. Die Kammer würde die Revolution, wenn diese nicht ohne ihr Zuthun durch das Volk auf den Straßen gemacht worden wäre, gewiß nicht veranlaßt haben. Auch nach der Abdankung Karl's X. und der Ernennung des Herzogs von Orleans zum Generalstatthalter würde sie kein Bedenken getragen haben, den jungen Herzog von Bordeaux als ihren Monarchen anzuerkennen, wenn die Stimmung des Volkes sich nicht allzu entschieden gegen jeden Vergleich mit der älteren Linie der Bourbonen ausgesprochen hätte, und wenn sich daher nicht mit Gewißheit hatte vorhersehen lassen, daß ein Vorschlag dieser Art einen neuen Ausbruch der Volksleidenschaften hervorrufen würde. Da von einer friedlichen Ausgleichung nicht die Rede seyn konnte, wie die Mehrzahl, wenn ihr freie Hand geblieben wäre, sie gewünscht hätte, so befand sich dieselbe in einem Zustande der Spannung und unbestimmter Erwartung, der ihr jeden freien Entschluß so gut als unmöglich machte und sie dagegen nur zu geneigt erscheinen ließ, dem ersten von außen kommenden Anstoße zu folgen. Niemand wäre in gleichem Maße vermögend gewesen, diesen zu geben, als Lafayette, auf den die große Masse der Bevölkerung mit den Gefühlen einer kindlichen Verehrung blickte. Lafayette's persönliche Neigungen zogen ihn zu der Republik; die Erfahrungen eines langen wechselvollen Lebens hatten ihn aber belehrt, daß eine republikanische Verfassung mit dem Volkscharakter, mit den Sitten und Gewohnheiten und mit der ganzen Denkweise der Franzosen unvereinbar war; alle seine Wünsche beschränkten sich daher darauf, unter den Formen der Monarchie ein möglichst umfassendes Maß von persönlicher und politischer Freiheit zu erlangen. In den Unterredungen, die er mit dem Herzoge von Orleans hatte, überzeugte dieser

ihn leicht, daß in ihren beiderseitigen Grundsätzen eine vollkommene Uebereinstimmung bestehe. Bei der Arglosigkeit, die den Grundzug in Lafayette's von Natur edlem Charakter bildete, fiel es ihm nicht ein, daß der Herzog von Orleans es vielleicht nur der Rücksicht, die er auf die Umstände nehmen mußte, schuldig zu seyn glaubte, eine Sprache zu führen, die keineswegs aus seinem innersten Herzen kam. So sehr der greise Republikaner auch von den jugendlichen Freunden, die sich um ihn schaarten, gedrängt wurde, dem Generalstatthalter Bedingungen vorzuschreiben, die eine feste Bürgschaft für die von ihm selbst gewünschten Freiheiten gewährt hätten, so konnte er es dennoch niemals über sich gewinnen, mit irgend einer bestimmten Forderung vorzutreten. Und dennoch lag schon in der Wahl der Männer, mit denen der Herzog von Orleans sich umgab und denen er die Leitung der wichtigsten Zweige der Verwaltung übergab, hinreichender Grund zu gerechtem Mißtrauen. Der Herzog von Broglie hatte seine von der Municipalcommission erfolgte Bestallung als vorläufiger Commissair für die Verwaltung des Innern nicht angenommen; statt seiner wurde der gleichgesinnte und Hrn. von Broglie nahe befreundete Guizot ernannt. Zwei Tage später wurde Bignon, dessen Name an den europäischen Höfen unangenehme Erinnerungen wecken konnte, von den auswärtigen Angelegenheiten entfernt und mit der Leitung des öffentlichen Unterrichts beauftragt, wo er aber auch bald dem Herzoge von Broglie weichen mußte, der jetzt gegen seinen Eintritt in die Verwaltung nichts mehr einzuwenden hatte. Die auswärtigen Angelegenheiten wurden dem Marschall Jourdan übertragen, einem hinfälligen Greise, der bei seiner Unkenntniß der auswärtigen Politik nur seinen Namen für Schritte hergeben konnte, deren Bedeutung er selbst nicht zu beurtheilen vermochte. Daß General Sebastiani das ganze Vertrauen des Herzogs besaß, und daß der alte Marschall nur vorgeschoben war, um für jenen das Portefeuille aufzubewahren, sobald seine Zeit gekommen seyn würde, war kein Geheimniß. Bignon wurde zu seiner Entschädigung mit der Stelle eines Ministers ohne Portefeuille bekleidet, die ihm Sitz und Stimme im Ministerrathe, ohne Einfluß auf einen bestimmten Zweig der Verwaltung verlieh. Die gleiche Stellung erhielten mit ihm Laffitte, Casimir Périer und Dupin, von denen zwar der erste ein aufrichtiger und entschiedener Freund der Freiheit, aber durch die persönlichen Gunstbezeugungen des Herzogs von Orleans so bezaubert

war, daß man ihn nur als ein blindes Werkzeug in dessen Händen betrachten konnte.

Der Generalstatthalter, zuvorkommend und freundlich gegen Jedermann und jeden Augenblick bereit, dem geringsten Bürger, der ihm begegnete, die Hände zu drücken, ließ Niemand in seiner Seele lesen. Ohne Zweifel befolgte er von Anfang einen tiefdurchdachten Plan; sein Benehmen schien aber auf völlige Planlosigkeit zu deuten; denn während sich um ihn her die wichtigste Entscheidung vorbereitete, beharrte er in einer Unthätigkeit, die unbegreiflich gewesen wäre, wenn sich nicht leicht erkennen ließ, daß sie eine wohlberechnete war. Er wußte, daß die Gewalt, die das Ziel seiner Wünsche war, ihm nicht mehr entgehen konnte, und daß er um so sicherer war, unter dem Jubel des Volkes zu derselben emporgetragen zu werden, je sorgfältiger er Alles vermied, was als ein begieriges Streben danach ausgelegt werden konnte. Statt seiner waren seine Anhänger und Vertrauten thätig. Diese arbeiteten, so wie sie den Sturz Karl's X. und der ganzen älteren Linie der Bourbonen als unvermeidlich erkannten, mit schlauem Vorbedacht darauf hin, die Revolution nach dem Maßstabe einer einfachen Regierungsveränderung zu verkürzen. Der Herzog von Orleans sollte den Thron als der natürliche Nachfolger Karl's X., nach dessen Verzichtleistung für sich und seinen Sohn und der Entfernung des Herzogs von Bordeaux, aus eigenem Rechte besteigen. Die Charte Ludwig's XVIII. wäre unter dem Vorgeben, daß zu ihrer Vertheidigung die Hauptstadt sich erhoben und gestritten, mit Ausnahme weniger Bestimmungen, die man ohne wesentliche Nachtheile für die unter der Restauration eingeführte Ordnung fallen lassen konnte, unverändert beibehalten worden; nnd mit Abrechnung der beiden kleinen Thatsachen, daß die Regierung nicht mehr im Namen Karl's X., sondern des Herzogs von Orleans geführt worden wäre, und daß die Minister sich nicht Polignac, Peyronnet und Chantelauze, sondern Sebastiani, Broglie und Guizot genannt hätten, wäre Alles in dem alten Gleise fortgegangen, in dem die Regierung und die Verwaltung des Landes sich vor dem Erlasse der Juliordonnanzen befand.

Der Anschlag — denn anders können wir es nicht nennen, wenn eine geringe Anzahl Personen ohne einen Schatten von Berechtigung es sich herausnimmt, durch geheime Ränke über das Schicksal eines Landes und Volkes zu entscheiden — wurde durch den ungeschickten Eifer eines einzelnen Mannes, des Abgeordneten Bé-

rard, vereitelt, der mit sehr beschränkter politischer Einsicht ein ungewöhnliches Maß von Eitelkeit und Selbstvertrauen verband, und durch diese nicht sehr löblichen Eigenschaften wohl mehr, als durch die aufopfernde Vaterlandsliebe, die er zur Schau trug, getrieben, während die Abgeordnetenkammer noch mit ihren vorbereitenden Arbeiten beschäftigt war, sich vordrängte, um die Lösung der wichtigsten Fragen des Augenblickes in seine Hand zu nehmen. Er arbeitete aus eigener Bewegung, ohne einen Auftrag von irgend einer Seite, einen Vertragsentwurf aus, der die Bedingungen enthielt, unter denen dem Herzoge von Orleans die Krone angeboten werden sollte. Der Entwurf wiederholte in gleichlautenden Worten die Erklärung der Rechte, welche die Abgeordnetenkammer in ihrer Ankündigung der Ernennung des Generalstatthalters niedergelegt hatte, fügte aber hinzu, daß in Zukunft alle Glaubensbekenntnisse vor dem Gesetze gleichgestellt werden sollten, daß der erste Antrag der Gesetze den drei Gewalten gleichmäßig beigelegt, das Alter und der Steuerbetrag der Wahlbefähigung herabgesetzt und die Pairie von Grund aus umgestaltet werden sollte. Der redliche, aber kurzsichtige Dupont, dem Bérard seine Arbeit vorlegte, billigte dieselbe durchaus und versprach, sie dem Ministerrathe mitzutheilen. In diesem erhoben sich aber mancherlei Bedenken, und der Herzog von Orleans sprach seine Meinung aus, daß es besser sey, ohne Weiteres die Veränderungen in der Charte vorzunehmen, die als unerlaßlich erschienen, statt allgemeine Grundsätze aufzustellen, deren Durchführung der Zukunft vorbehalten blieb, und die Ungewißheit der Gegenwart auf diese überzutragen drohte. Guizot und der Herzog von Broglie wurden mit der Ausarbeitung der Vorschläge beauftragt, die in dieser Beziehung zu machen wären. Man hatte versprochen, Bérard zu den Berathungen zu ziehen, welche die Minister über den von ihm zuerst angeregten Gegenstand hielten, was aber unterblieb, weil man es nicht angemessen erachtete, ihn zum Zeugen der Uneinigkeiten zu haben, die in dem Ministerrathe selbst stattfanden. Dagegen übergab ihm Guizot am Morgen des 6. Augusts, wenige Stunden vor der Eröffnung der Kammer, das von der Hand des Herzogs von Broglie geschriebene Actenstück, welches dazu bestimmt war, den Entwurf Bérard's zu ersetzen, und das man diesem zumuthete, statt seiner eigenen Arbeit vorzulegen. Bérard überzeugte sich auf den ersten Blick, daß von seinem Entwurfe in der neuen Arbeit beinahe keine Spur übrig geblieben, und daß der Geist, der in letzten herrschte, ein mit seinen Ansichten auf keine Weise

übereinstimmender war. Im Eingange wurde der Thron für erledigt erklärt, weil Karl X. und der Dauphin abgedankt hätten und alle Mitglieder der älteren Linie der königlichen Familie im Begriff wären, Frankreich zu verlassen, so daß es den Anschein gewann, als ob der Herzog von Orleans von Rechtswegen zum Nachfolger berufen würde. Der alte Census der Wahlbefähigungen wurde beibehalten, so daß die Theilnahme an den politischen Rechten auf denselben engen Kreis beschränkt blieb, wie unter der Restauration. Bei der Aufzählung der Gesetze, die für die Zukunft versprochen wurden, war die Betheiligung der Nationalgardisten bei der Wahl ihrer Officiere, die gesetzliche Sicherstellung der Officiere des Heeres, die Betheiligung der Bürger bei der Bildung der örtlichen und landschaftlichen Verwaltungen, so wie die Freiheit des Unterrichtes nicht mehr erwähnt. Ein Zusatz von der Hand Guizot's erklärte die Pairsernennungen, die unter der Regierung Karl's X. stattgefunden, für aufgehoben. Der Schluß lautete: »Vermöge der Annahme dieser Bestimmungen und Vorschläge erklärt die Kammer der Abgeordneten, daß das allgemeine und dringende Interesse des französischen Volkes S. K. H. Ludwig Philipp von Orleans, Herzog von Orleans, Generalstatthalter des Königreiches und seine Nachkommen männlichen Geschlechts nach der Ordnung der Erstgeburt mit immerwährender Ausschließung der Frauen und ihrer Nachkommen zum Throne beruft. Demnach wird S. K. H. Ludwig Philipp von Orleans, Herzog von Orleans, eingeladen werden, die oben vorgezeichneten Bestimmungen und Verpflichtungen, die Beobachtung der constitutionellen Charte und der angegebenen Veränderungen anzunehmen und zu beschwören und sich den Titel eines Königs der Franzosen beizulegen.« Bérard benutzte die kurze Zeit, die ihm noch zur Ueberlegung gestattet war, um seinen ursprünglichen Entwurf in sein Recht wieder einzusetzen, indem er nur die Form von Abänderungen der Charte beibehielt, die das von dem Herzoge von Broglie ausgearbeitete Actenstück hatte. Er strich den Eingang und setzte an die Stelle desselben einen andern, worin die aus der Lage Frankreichs in Folge der Julitage hervorgehende Nothwendigkeit als der Grund angegeben war, weshalb der Thron für erledigt erklärt werde, schob alle die Zusicherungen neuer Freiheiten, die der Herzog von Broglie wohlbedacht entfernt hatte, am gehörigen Orte ein und begab sich in die Kammer, um das in solcher Uebereilung nach dem Belieben eines Einzelnen entstandene Werk als das künftige Grundgesetz des Landes

in Vorschlag zu bringen. Unterweges begegnete er Guizot, dem er flüchtig mittheilte, was er gethan, und der ihm erwiderte, daß man ihm dies nie verzeihen werde.

Bérard's Entwurf fand, als er denselben in der Kammer verlas, beinahe allgemeinen Beifall. Es wurde eine Commission ernannt, um den Vorschlag zu prüfen, ehe er regelmäßig zur Berathung kam. Die Kammer blieb vereinigt, während die Commission ihren Auftrag vollzog. In der Zwischenzeit lief eine Mittheilung der Regierung ein, welche der Kammer die Abdankungsurkunde Karl's X. zur Verfügung stellte. Mauguin verlangte, daß diese Urkunde als null und nichtig betrachtet werden solle, weil die Waffen über das Recht Karl's X. entschieden hätten, und das französische Volk von uralten Zeiten das Recht besessen hätte, seine Fürsten zu wählen. Die Mehrheit beschloß, daß die Urkunde in dem Archive hinterlegt werden sollte. Mittlerweile hatte sich die Nachricht von der wichtigen Entscheidung, die in der Abgeordnetenkammer bevorstand, durch ganz Paris verbreitet, und zugleich war Manches über das zweideutige Benehmen, welches die Minister in Bezug auf Bérard's Vorschläge beobachtet hatten, bekannt geworden. Besondere Erbitterung erregte es unter der republikanisch gesinnten Jugend, als man erfuhr, daß selbst die Erblichkeit der Pairie, in der man die Verkörperung des alten Adelthumes und die unverantwortlichste Verletzung der republikanischen Gleichheit sah, unangetastet bleiben sollte. Von sechs Uhr des Nachmittags an hatte sich eine ungeheure Menschenmasse um den Palast Bourbon gesammelt. Ein Haufe von einigen Hundert jungen Leuten drang bis in den Hof des Palastes und erhob hier unter wildem Toben und Drängen das Geschrei: »Nieder mit der Erblichkeit! Die Kammer verräth uns!« Als dieser drohende Ruf in dem Sitzungssaale vernommen wurde, bemächtigten sich Angst und Schrecken der würdigen Vertreter Frankreichs. Viele umringten Lafayette, Benjamin Constant und andere beim Volke beliebte Abgeordnete und flehten sie um ihren Schutz an. Benjamin Constant und Labbey de Pompières traten in die Vorhalle, um die Menge zu beruhigen, was aber nicht eher gelang, als bis auch Lafayette erschien, die Tobenden als seine guten Freunde anredete, sie versicherte, daß über ihre Interessen gewacht werde, und sie beschwor, auseinander zu gehen. Gegen 10 Uhr des Abends kam Dupin und überbrachte den Bericht der Commission über den Entwurf Bérard's. Dieser war in allen seinen wesentlichen Theilen unverändert geneh-

migt worden. Von mehreren Seiten wurde verlangt, daß man sofort zur Erörterung schreiten und die Annahme beschließen solle. Die Mehrheit fühlte jedoch die Unanständigkeit einer so maßlosen Eile und die Sitzung wurde daher bis zum folgenden Morgen vertagt.

Des andern Morgens um 8 Uhr wurden die durch die Nacht unterbrochenen Verhandlungen wieder aufgenommen. Die Zahl der anwesenden Abgeordneten war auf 281 gestiegen, unter denen sich einige und dreißig entschiedene Royalisten befanden. Die Herren de Conny, Hyde de Neuville, de Lezardières sprachen sich, obwohl sie die Mißgriffe der gestürzten Regierung dem bittersten Tadel unterwarfen, mit männlicher Festigkeit gegen jede Kränkung der unverletzlichen Rechte des Hauses der Bourbonen aus. Tiefen Eindruck brachte es hervor, als der edle Hyde de Neuville, nachdem er sich darauf berufen, daß er nie seinen Eiden untreu geworden sey, daß er nie diese königliche Familie getäuscht habe, die jetzt von falschen Freunden, von unsinnigen, treulosen, höchst strafbaren Menschen in den Abgrund gestürzt sey, in die wehmüthigen Worte ausbrach: »Ich werde das Unglück derer, denen ich von meiner Kindheit gedient habe, nicht verrathen; aber der Himmel hat mir die Macht nicht gegeben, den Blitz aufzuhalten; ich vermag nichts gegen den Strom, der aus seinen Ufern tritt; ich werde daher Schritten, die ich nicht unterstützen und billigen kann, nur mein Schweigen und meinen Schmerz entgegensetzen, höre aber deshalb nicht auf, meine glühenden Wünsche für die Ruhe, das Wohl und die Freiheit des Vaterlandes zum Himmel zu richten.« Benjamin Constant, de la Borde und Salverte widerlegten die Einwürfe, die gegen das Recht der Nation, über die Krone zu verfügen, gemacht worden waren. »Ich bin immer der Meinung gewesen,« sagte Benjamin Constant, »daß in einem friedlichen Staate die friedliche Vererbung der Krone, weil sie alle Mitbewerbung ausschließt und jeden Ehrgeiz zum Schweigen bringt, eine glückliche Einrichtung sey. Aber ich verabscheue und verwerfe die Unterwerfung eines Volkes unter eine Familie, die es nach ihrem Gutdünken behandelt; die unbeschränkte Gewalt, die Bürger in Fesseln zu schlagen, Alles zu verletzen, was ihnen theuer und heilig ist; die Macht, Jeden, der widersteht, mit Kartätschen niederzuschießen. Das Recht der Könige, wie ich es verstehe, geht von einem Volke aus, welches einer Familie unter der Treue ihrer Eide und in dem Kreise der Gesetze eine schirmende Gewalt verleiht;

jedes andere königliche Recht schwöre ich vom Grunde meines Herzens ab.« Berryer versuchte es, die Entscheidung über die Frage der Thronveränderung hinauszuschieben, indem er verlangte, daß die Kammer sich vorläufig auf die Annahme der Veränderungen beschränke, die in der Verfassungsurkunde nothwendig geworden wären. Ihm entgegnete Villemain, das erste und dringendste Bedürfniß des Landes sey, daß der Thron besetzt und den öffentlichen Freiheiten eine feste Bürgschaft gegeben werde.

Bérard hatte in seinem Entwurfe, nach dem Vorgange des Herzogs von Broglie, sich begnügt, das Vorwort der Charte, worin der Grundsatz aufgestellt war, daß in Frankreich die gesammte Regierungsgewalt in der Person des Königs ruhe, einfach zu streichen. Als dieser Vorschlag zur Berathung kam, trat Persil, einer der liberalen Abgeordneten, welche durch die neuen Wahlen zum ersten Male in die Kammer gelangten, auf und bemerkte, daß man über einen so wichtigen Satz nicht so leicht hinweggehen dürfe. Es sey nicht genug, daß man denselben aus der Charte entferne; man müsse gerade das Gegentheil aussprechen und den Satz, daß die Souverainität nur vom Volke ausgehe, zur Grundlage des französischen öffentlichen Rechtes machen. Nur dadurch könne die Kammer ihre Berechtigung begründen, über die Krone zu verfügen; nur dadurch sey es zu verhüten, daß in Zukunft irgend Jemand sich wieder als König aus göttlichem Rechte betrachte. Er trug deshalb darauf an, daß an die Spitze der Charte die Erklärung gestellt werde: »Die Souverainität gehört der Nation; sie ist unveräußerlich und unverjährbar.« Dupin versicherte, daß ein solcher Zusatz unnöthig sey, da in der Commission bereits der Vorschlag gemacht worden sey, zu der Bemerkung, daß das Vorwort der Charte unterdrückt werde, hinzuzufügen, daß dies geschehe, weil dasselbe die Würde der Nation verletze, indem es den Franzosen Rechte als ein Geschenk zu verleihen scheine, die ihnen wesentlich angehörten. Der nicht ganz treue Berichterstatter vergaß zu erwähnen, daß dieser Vorschlag von der Mehrheit der Commission abgelehnt worden war. Die Kammer nahm die von Dupin vorgeschlagene Fassung an und damit fiel der Antrag Persil's zu Boden. Lebhafte Erörterungen fanden noch über die Bestimmung Statt, nach welcher die katholische Religion nicht mehr als Staatsreligion, wie in der Charte Ludwig's XVIII., sondern nur als die Religion der Mehrheit des französischen Volkes bezeichnet werden sollte, so wie über den Vorschlag, die Entscheidung

über die künftige Einrichtung der Pairie der nächsten Session vorzubehalten. Im Uebrigen wurde der Entwurf Bérard's in allen seinen Punkten mit wenigen leichten Abänderungen angenommen. Bei dem Abschnitte, welcher die Berufung des Herzogs von Orleans auf den Thron aussprach, verlangte Herr von Corcelles, daß die Genehmigung des Volkes vorbehalten bleiben sollte. Er fand keine Unterstützung. Als es zur Abstimmung über das Ganze kam, trug Labbey de Pompières darauf an, daß die Stimmenden ihre Namen in eine Liste einschrieben. Auch dagegen erklärte sich die Mehrheit, die vielleicht immer noch fürchtete, durch ihre Namensunterschrift einer möglichen Gefahr ausgesetzt zu seyn. Man hielt es für zweckmäßiger, bei einer Königswahl dasselbe einfache Verfahren anzuwenden, wie bei der Annahme des unbedeutendsten Gesetzentwurfes. Bei der Abstimmung fanden sich 219 weiße und 33 schwarze Kugeln; 39 Mitglieder der Kammer, unter denen sämmtliche Ultraroyalisten und fünf oder sechs Liberale, die sich nicht berechtigt glaubten, ohne besondere Vollmachten von ihren Wählern eine Regierungsveränderung zu beschließen, enthielten sich jeder Theilnahme.

Casimir Périer war seit der förmlichen Eröffnung der Kammer unter dem Vorgeben, daß eine Unpäßlichkeit ihn verhindere, die ihm übertragenen Obliegenheiten auszuüben, nicht mehr in derselben erschienen. Laffitte nahm daher als erster Vicepräsident den Vorsitz ein. Unmittelbar nach der Beendigung der Abstimmung und nach der Bekanntmachung ihres Ergebnisses forderte er die Kammer auf, statt, wie gewöhnlich, nur eine Abordnung zu senden, sich in Masse nach dem Palais royal zu begeben und dem Herzoge von Orleans die Urkunde zu überbringen, die ihn auf den Thron von Frankreich erhob. Dieser Vorschlag wurde ohne Widerspruch durch stürmischen Zuruf genehmigt und sogleich zur Ausführung gebracht.

Der Herzog von Orleans empfing die Abgeordneten, von seiner ganzen Familie umgeben, in einem großen Prunksaale. Laffitte las den von der Kammer angenommenen neuen Grundvertrag mit lauter Stimme vor. Der Herzog, der sehr aufmerksam zugehört hatte, erwiderte, daß er die Erklärung der Kammer mit tiefer Bewegung annehme, daß er dieselbe für den Ausdruck des allgemeinen Volkswillens halte, und daß sie mit den politischen Grundsätzen übereinstimme, die er sein ganzes Leben hindurch bekannt habe. Ohne Ehrgeiz, an ein ruhiges Familienleben gewöhnt, habe er immer den Wunsch gehegt, daß es nie sein Loos seyn möge, zum Throne bestimmt zu

seyn; aber unter den Gefühlen, die sein Herz bewegten, beherrsche eines alle übrige; dies sey die Liebe zum Vaterlande. Er wisse, was diese gebiete, und werde es thun. Darauf warf er sich Lafitte in die Arme und erschien mit diesem und mit Lafayette auf dem Balcon, wo ihn von der unten harrenden Volksmenge der begeisterte, obwohl etwas vorzeitige Zuruf: »Es lebe der König!« begrüßte.

Am Abende desselben Tages versammelte sich die Pairskammer, in der 114 Pairs gegenwärtig waren. Der von dem Generalstatthalter zum Präsidenten ernannte Baron Pasquier verlas die von der Abgeordnetenkammer wenige Stunden vorher gefaßten Beschlüsse. Der Vicomte de Châteaubriand sprach sich in feuriger Rede über die Schmach aus, welche die Pairskammer treffen müsse, wenn sie Beschlüsse genehmige, durch welche ihre eigenen Reihen decimirt würden; er erkannte die Rechtmäßigkeit des Widerstandes an, den die Pariser den Ordonnanzen geleistet, vertheidigte aber die Ansprüche des Herzogs von Bordeaux, den man nicht ohne schwere Ungerechtigkeit für eine fremde Schuld büßen lassen könne. Er verkündete die unheilvollsten Folgen von dem Ueberwiegen der Volksgewalt, welches jetzt unvermeidlich sey, und erklärte, daß er nach Allem, was er für die Bourbonen gethan, gesagt und geschrieben, sich selbst für den Erbärmlichsten der Sterblichen halten müsse, wenn er sie in dem Augenblicke verleugnen wollte, wo sie zum dritten und letzten Male in die Verbannung wanderten. Die große Mehrheit hatte nicht den Muth, sich auch nur den Beschlüssen der Abgeordnetenkammer zu widersetzen, durch welche eine Anzahl ihrer Collegen aus ihrer Mitte verstoßen wurde; sie vereinigte sich darüber, daß sie die Entscheidung der hohen Weisheit des Generalstatthalters überlassen wolle, und trat in allem Uebrigen der Erklärung der Abgeordnetenkammer bei. Dieser Beschluß wurde noch an demselben Abende dem Herzoge von Orleans durch eine Abordnung überbracht, an deren Spitze Baron Pasquier stand, der an den Herzog eine mit vieler Gewandtheit abgefaßte, mehr beglückwünschende, als politisch bedeutende Anrede hielt, welche der Generalstatthalter mit höflicher Würde beantwortete.

Der folgende Tag war für Paris ein Festtag, der durch keinen Mißton getrübt wurde. Mit der leichten Beweglichkeit, die dem Franzosen eigen ist, gaben alle Parteien sich dem Eindrucke des Augenblickes hin, und dieser konnte für den Herzog von Orleans

nicht anders als ein sehr günstiger seyn. Jedermann war erfreut, daß so viel schneller, als man selbst nach der Vertreibung der Truppen aus der Hauptstadt hätte ahnen können, ein geordneter Zustand der Dinge zurückzukehren versprach; die Royalisten, wenn sie auch den Sturz der Dynastie mit Kummer sahen, schätzten sich doch glücklich, der Republik entgangen zu seyn, deren Einbruch sie mit Schrecken erwartet hatten; und die Republikaner, die mit der Herstellung des Königthumes allerdings wenig zufrieden waren, beruhigten sich, da man sie versicherte, der neue Thron werde mit republikanischen Einrichtungen umgeben und die Verfassung nur dem Namen nach von der republikanischen verschieden seyn.

Montags am 9. August fand die Ceremonie der Thronbesteigung des Generalstatthalters Statt. Vom frühen Morgen an drängten sich unzählige Volksmassen um den Palast Bourbon, in welchem der Sitzungssaal der Abgeordnetenkammer für die feierliche Handlung hergerichtet war. Um zwei Uhr des Nachmittags erschien der Herzog von Orleans, begleitet von seinen beiden ältesten Söhnen, den Herzogen von Chartres und von Nemours, ließ sich auf einem Sessel nieder, der vor dem mit dreifarbigen Fahnen geschmückten Throne aufgestellt war, bedeckte sich, lud mit Vernachlässigung der herkömmlichen Formen der Etiquette die anwesenden Mitglieder der beiden Kammern ein, Platz zu nehmen, und forderte dann Casimir Périer, den Präsidenten der Abgeordnetenkammer, auf, die Erklärung derselben vom 7. August zu verlesen. Nachdem dies geschehen war, las Baron Pasquier die Beitrittsacte der Pairskammer vor; und der Generalstatthalter las darauf seinerseits die in folgende Worte gefaßte Erklärung seiner Annahme:

»Meine Herren Pairs, meine Herren Abgeordneten!

»Ich habe mit großer Aufmerksamkeit die Erklärung der Abgeordnetenkammer und die Beitrittsacte der Pairskammer gelesen. Ich habe alle einzelne Punkte wohl erwogen und überlegt. Ich nehme ohne Beschränkung noch Vorbehalt alle Bestimmungen und Verpflichtungen, welche diese Erklärung enthält, sowie den Titel eines Königs der Franzosen an, den sie mir verleiht, und bin bereit, ihre Beobachtung zu beschwören.«

Der Herzog erhob sich hierauf, zog den Handschuh aus, entblößte sein Haupt und sprach die Eidesformel, die der Justizminister Dupont ihm überreichte. Unter dem allgemeinen freudigen Rufe: »Es lebe der König!« unterzeichnete er demnächst die Originale der Verfassungsurkunde

und des Eidschwures, die in den Archiven niedergelegt werden sollten, und bestieg dann den Thron, bedeckte sich und sprach folgende Worte:

„Meine Herren Pairs, meine Herren Abgeordneten!

»Ich habe eine wichtige Handlung vollzogen. Ich erkenne tief den ganzen Umfang der Pflichten, die sie mir auflegt. Ich habe das Bewußtseyn, daß ich sie erfüllen werde. Ich habe den Einigungsvertrag, der mir vorgelegt worden ist, mit voller Ueberzeugung angenommen.

»Ich hätte lebhaft gewünscht, nie den Thron einzunehmen, auf den der Volkswunsch mich berufen hat; aber Frankreich sah, in seinen Freiheiten angegriffen, die öffentliche Ordnung in Gefahr; die Verletzung der Charte hatte Alles erschüttert; die Wirksamkeit der Gesetze mußte wieder hergestellt werden; und den Kammern lag es ob, dafür Sorge zu tragen.

»Dies haben Sie gethan, meine Herren! Die besonnenen Abänderungen, die wir an der Charte vorgenommen haben, verbürgen uns die Sicherheit der Zukunft, und Frankreich wird, ich hoffe es, glücklich im Innern, geachtet von Außen seyn und der Friede Europa's mehr und mehr befestigt werden.«

Der Herzog von Orleans war König; zwar nicht, wie er vorgezogen hätte, als rechtmäßiger Nachfolger der älteren Linie seines Hauses, aber, was ihm unter den obwaltenden Umständen eine ungleich sicherere Berechtigung lieh, durch die einmüthige Wahl des Volkes. Denn nachdem der Beschluß der Kammern, der ihn zum Throne berief, bekannt geworden war, erhob sich in ganz Frankreich keine Stimme des Widerspruches.

Sieben Tage nach der Thronbesteigung des Herzogs von Orleans schiffte Karl X., der seinen kummervollen Weg, immer noch auf einen seiner Sache günstigen Umschwung rechnend, in langsamen Tagereisen zurückgelegt hatte, bis er durch den Aufstand der Bevölkerungen von Neuem geschreckt und gedrängt wurde, sich zu Cherbourg nach der gastlichen Küste von England ein.

Sechstes Buch.

Die nächsten Folgen der Juli-Revolution.

Erstes Hauptstück.

Das Königreich der Niederlande und die September-Revolution zu Brüssel.

Als nach dem Sturze des napoleonischen Kaiserreiches die verbündeten Monarchen zu Wien über die neue Ordnung der Dinge beriethen, die sie auf den Trümmern in Europa zu gründen übereingekommen waren, hatten sie vor allem Andern ihr Augenmerk darauf gerichtet, dem Strome der Revolution, den man zwar eben erst in seine Ufer zurückgeführt, vor dessen erneuertem Durchbruche man sich aber keinen Augenblick sicher hielt, unzerstörbare Bollwerke entgegenzusetzen. Die Erfahrung lehrte, daß die Franzosen bei ihren Eroberungszügen gegen Osten immer am frühesten und leichtesten in den Provinzen der ehemaligen österreichischen Niederlande Eingang gefunden hatten, deren Bewohner ihnen großentheils durch Abstammung, Sprache und Sitten verwandt waren. Einmal im Besitze dieser reichen und bevölkerten, aber flachen und daher schwer zu vertheidigenden Landschaften, hatten sie sich ohne Mühe des ganzen linken Rheinufers bemächtigt; und es hing nur von ihnen ab, über den Strom in das Herz von Deutschland zu dringen. Hier wurde daher beschlossen, eine starke Grenzmark zu errichten, die für sich allein im

Stande wäre, wenigstens den ersten Anfall abzuwehren. Der alte Freistaat der vereinigten Niederlande, der sich im Jahre 1813, sowie die französischen Kriegsschaaren über den Rhein zurückgeworfen waren, gegen die fremde Herrschaft erhoben, und den Prinzen von Oranien, den Sohn seines ehemaligen Erbstatthalters zum souverainen Fürsten ausgerufen hatte, wurde mit den österreichischen Niederlanden, denen man noch das ehemalige Bisthum Lüttich hinzufügte, zu einem Staate vereinigt, der den Namen des Königreiches der Niederlande erhielt; und ein Theil des neuen Königreiches, das Großherzogthum Luxemburg, wurde, um das Ganze unauflöslich an Deutschland zu knüpfen, für einen deutschen Bundesstaat erklärt, so daß der König der Niederlande, als Großherzog von Luxemburg, zugleich Mitglied des deutschen Bundes war. Wenn irgend eine Schöpfung der neueren Politik alle Bürgschaften der Dauer zu bieten schien, so war dies das Königreich der Niederlande. Die Natur selbst schien durch den Lauf der Ströme und durch die gleichartige Beschaffenheit des Bodens die jetzt zum ersten Male zu einem selbstständigen Staate verbundenen Gebiete zur Vereinigung bestimmt zu haben. Wenn auch ein Theil der südwestlichen Bevölkerung romanischen Stammes war, so gehörte doch die Mehrzahl demselben niederdeutschen Volksstamme an, wie die Gesammtheit der Bewohner des Nordostens; und man hätte daher denken sollen, daß wenige Jahre der Vereinigung unter einer Regierung hinreichen müßten, die innigste Verschmelzung herbrizuführen. Hatte doch eine ähnliche Vereinigung, obschon nur kurze Zeit, bereits vor Alters bestanden. Aber der Riß, der im sechszehnten Jahrhunderte den Süden und den Norden der Niederlande von einander trennte, hatte tiefer in alle Verhältnisse des Lebens eingegriffen, als bei oberflächlicher Betrachtung so leicht zu erkennen war. Während in den südlichen Provinzen seit der gewaltsamen Ausrottung des Ketzerthumes der starrste Katholicismus herrschte, hielten die nördlichen treu an ihrem protestantischen Glauben. Diese Spaltung zwischen dem Süden und dem Norden war durch die gemeinsame Unterwerfung unter die französische Republik und das Kaiserreich eher erweitert, als verwischt worden. Die südlichen Provinzen, die unter der fremden Herrschaft eine Erleichterung des früheren Zwanges fanden, schlossen sich derselben willig an; französische Sprache und Sitte gewann selbst in dem niederdeutschen Theile des Landes, in Brabant, Flandern, Antwerpen und Limburg unter den gebildeten Ständen die Oberhand, während die nördlichen Pro-

vinzen, die an Rechten und Freiheiten nur verloren hatten, um so fester die alte deutsche Art bewahrten.

Diese wesentlichen Verschiedenheiten wurden von der niederländischen Regierung von Anfang nicht in ihrer vollen Bedeutung gewürdigt. Schon der erste Schritt, den die Regierung nach der Vereinigung der südlichen mit den nördlichen Landestheilen that, war nichts weniger als geeignet, den ersten für den neuen Zustand zu gewinnen. Man beschloß das Grundgesetz, das von den nördlichen Provinzen nach der Vertreibung der Franzosen angenommen war, ohne alle Abänderungen außer jenen, welche durch die Erweiterung des Gebietes unvermeidlich geworden waren, auch auf den Süden auszudehnen. Es wurde eine Versammlung der angesehensten Männer aus den südlichen Provinzen nach Brüssel ausgeschrieben, um über die Annahme des Grundgesetzes zu berathen. Mehr als ein Sechstheil der Bevollmächtigten blieb aus, theils aus persönlichen Gründen, theils aus allgemeinem Widerwillen gegen die neue Regierung. Von den erschienenen 1323 stimmten nur 527 für die Annahme, 796, also eine Mehrzahl von 269, für die Verwerfung des Grundgesetzes. Dennoch wurde dieses von der Regierung für angenommen erklärt und als allgemeines Landesgesetz verkündet, indem man den kleinlichen Kunstgriff gebrauchte, nicht allein die 280 ausgebliebenen Bevollmächtigten der bejahenden Minderheit hinzuzufügen, weil vorauszusetzen wäre, daß sie durch ihr Nichterscheinen stillschweigend ihre Zustimmung hätten ausdrücken wollen, sondern auch 126 von der verwerfenden Mehrzahl, weil dieselben als den Grund ihrer Verwerfung die in dem Grundgesetze ausgesprochene Gleichstellung aller Glaubensbekenntnisse ausgesprochen hatten, welche ein von den verbündeten Mächten aufgestellter Grundsatz des neuen europäischen Völkerrechtes sey und deshalb von der gesetzgebenden Versammlung eines einzelnen Staates nicht zurückgewiesen werden dürfe. Durch dieses willkürliche Verfahren brachte man freilich eine entschiedene Mehrheit zu Gunsten des Grundgesetzes heraus; aber es blieb in den südlichen Provinzen unvergessen, daß dieses ihnen nur durch einen offenbaren Gewaltstreich aufgedrängt war. Ein großer Theil der Geistlichkeit verweigerte den von ihr geforderten Eid auf die Verfassung, weil die Gleichstellung der verschiedenen Glaubensbekenntnisse, sowie die Unterordnung des öffentlichen Unterrichtes unter die Regierung ihrem Gewissen widerstreite. Der Bischof von Gent, Prinz Moritz von Broglie, wagte es, einen Jeden, der die Verfassung

beschwören würde, mit der Verweigerung der Sacramente zu bedrohen: ja er ging so weit, durch seine Sendlinge das Volk zu gewaltsamer Auflehnung gegen die Regierung aufzureizen. Diese schritt mit kräftiger Entschlossenheit ein. Mehrere der störrigen Priester wurden abgesetzt; dem Bischofe von Gent ward wegen Hochverrathes der Proceß gemacht, und als er nach Frankreich entwich, wurde sein Bildniß durch die Henker an den Pranger geschlagen. Die Geistlichkeit und ihr Anhang, der die große Masse aller Volksclassen umfaßte, wurde dadurch zwar so weit eingeschüchtert, daß sie nicht mehr offene Schritte der Widersetzlichkeit wagte; um so wüthender gährte dagegen der Haß im Geheimen, und um so maßloser machte er in der Presse wie in mündlicher Rede sich Luft, sobald sich irgend eine Gelegenheit bot. Den vornehmsten Gegenstand des Streites bildete der öffentliche Unterricht, weil die Geistlichkeit wohl begriff, daß es um ihren Einfluß auf das Volk geschehen war, sobald die Leitung des Schulwesens ihr entzogen wurde. Die Regierung ließ sich jedoch durch den heftigsten Widerspruch nicht abhalten, ihre Plane zur Begründung einer freisinnigen Volkserziehung mit Kraft zur Ausführung zu bringen. Es wurden in den südlichen Provinzen drei Universitäten und in allen größeren Städten Gymnasien und andere höhere Lehranstalten errichtet; die kleinen Seminare der Geistlichen, welche die vornehmste Pflanzschule des Fanatismus waren, wurden geschlossen, die Pensionate, welche der Glaubenseifer in Masse hervorrief, um den Besuch der öffentlichen Lehranstalten zu vermeiden, der strengsten Aufsicht unterworfen, und den Theologie Studirenden zur Pflicht gemacht, die philosophische Lehranstalt zu besuchen, die besonders zu dem Zwecke, unter den angehenden Geistlichen eine höhere Bildung zu verbreiten, zu Löwen begründet war. Unglücklicher Weise ließ König Wilhelm, ein milder und wohlwollender Fürst, den der Haß eines großen Theiles seiner Unterthanen schmerzlich berührte, gerade im entscheidenden Augenblicke sich überlisten. Der heilige Vater zu Rom, Leo XII., hatte sich bei den Zwistigkeiten zwischen der Regierung und der katholischen Geistlichkeit anscheinend mit großer Mäßigung benommen: er hatte den Clerus bei dessen allzustürmischem Andrängen wiederholt zum Frieden ermahnt, sich sogar nicht ungünstig über die philosophische Lehranstalt zu Löwen geäußert, die von der Geistlichkeit mit der bittersten Gehässigkeit angefeindet wurde, und den gemäßigten aber schwachen Grafen Méan, der mit der Regierung in gutem Vernehmen stand, auf den bischöflichen Stuhl von Mecheln erhoben.

Der König, durch die Zusicherung der Curie getäuscht, ließ sich gegen die Ansicht des Staatsrathes (25. Juli 1827) zum Abschlusse eines Concordates vermögen, welches der Hierarchie die ausgedehntesten Zugeständnisse einräumte und namentlich den theologischen Unterricht wieder ganz in die Hände der Bischöfe legte. Dabei war in einem geheimen Vertrage ausbedungen, daß die Capitel bei der Wahl der Bischöfe die Wünsche des Königs berücksichtigen, und daß in Bezug auf den Unterricht die Landesgesetze beobachtet werden sollten. Von diesen geheimen Einschränkungen war jedoch, sobald man die Zugeständnisse erlangt hatte, die unter denselben ertheilt waren, nicht mehr die Rede. Die kleinen Seminare entstanden auf's Neue; die öffentlichen Schulen verödeten, weil Eltern, die ihre Kinder dahin schickten, die Absolution verweigert wurde, und die philosophische Lehranstalt mußte geschlossen werden, weil Niemand dieselbe mehr besuchte, seit der frühere Zwang aufgehoben war. Die Geistlichkeit wußte der Regierung aber für ihre Nachgiebigkeit keinen Dank, weil sie dieselbe nicht als ein Zeichen des guten Willens, sondern der Schwäche ansah, und weil sie dieser gegenüber sich Alles erlauben zu dürfen glaubte. Die Angriffe gegen die Regierung verdoppelten sich, die ausgelassensten Schmähungen ergossen sich gegen die Person des Königs und es wurde offen die Frage aufgeworfen, mit welchem Rechte ein Ketzer gut katholische Christen beherrschen könne.

Zu dem religiösen Hasse, der die südlichen Provinzen der Regierung entfremdete, kam der Volkshaß, der durch die Bevorzugung der Holländer bei allen Anstellungen in der Verwaltung, wie im Heere, genährt wurde. In den nördlichen Provinzen, den alten vereinigten Niederlanden, fand die Gerechtigkeitsliebe, die Freisinnigkeit, der gerade biedere Charakter des Königs volle Anerkennung; die Söhne der alten Republikaner waren die eifrigsten Anhänger des Königthumes geworden; es war daher natürlich, daß ihnen vorzugsweise Vertrauen geschenkt wurde. Es läßt sich aber nicht leugnen, daß man hierin von Anfang, ehe noch ein genügender Grund zum Mißtrauen gegen die Bewohner der südlichen Provinzen vorhanden war, viel zu weit ging. Besonders auffallend war dies im Heerwesen, wo eine Menge der tüchtigsten Officiere bloß wegen der Treue, mit der sie an Napoleon gehangen hatten, so lange das französische Kaiserreich bestand, nach ihrer Entlassung aus dem französischen Kriegsdienste nicht wieder angestellt wurde. Der Prinz von Oranien, der einsah, daß es nicht der richtigste Weg war, die Zuneigung der

südlichen Provinzen zu gewinnen, wenn man ihre Bewohner im Staatsdienste planmäßig zurücksetzte, nahm sich derselben bei wiederholten Gelegenheiten auf das Kräftigste an; aber ungeachtet des Einflusses, der ihm als Thronerben gebührte, vermochte er dennoch mit seinen Empfehlungen keineswegs immer durchzudringen. Bei der ersten Einrichtung des Heerwesens stand der Prinz dem Namen, der Kriegsminister Graf Goltz der That nach an der Spitze dieses Zweiges der Verwaltung. Der Prinz verlangte die Anstellung von 42 verdienten Officieren, die durch ihre Herkunft den südlichen Provinzen angehörten. Graf Goltz wagte es nicht, der nur zu billigen, wenngleich seinen Vorurtheilen widersprechenden Forderung offen zuwiderzuhandeln; er bestimmte die Officiere für den Dienst auf der Insel Java, der sie von ihrem heimathlichen Boden, von ihren Freunden und Verwandten und Allem, was ihnen theuer war, wahrscheinlich für immer entfernte, und daher eher einer Verbannung als einer Auszeichnung ähnlich sah. Der Prinz von Oranien, durch ein so rücksichtsloses Verfahren verletzt, drang jetzt darauf, daß entweder er selbst oder der Minister von seinem Amte entbunden würde. Er erhielt seine Entlassung und gewann dadurch zwar große Volksgunst bei den Bevölkerungen, für welche er dies Opfer brachte, bestärkte dieselben aber in dem Glauben, daß ihre Heimath als ein von den Holländern erobertes Land betrachtet und regiert werde. Noch höher stieg die Erbitterung, als einige Jahre später die holländische Sprache als die allein gültige in allen amtlichen Verhandlungen eingeführt wurde: denn wenn auch die eigentliche Volkssprache in dem größten Theile der südlichen Provinzen, das Flämische, nur eine Mundart des in Holland zur Schriftsprache ausgebildeten Niederdeutschen ist, so war diese Mundart doch seit langer Zeit so vernachlässigt, daß die gebildeten Stände sich kaum noch in derselben auszudrücken wußten und statt ihrer selbst im gewöhnlichen Verkehre sich des Französischen bedienten. Während auf diese Weise der gebildete Theil des Volkes zu immer bitterer Feindseligkeit gegen die Regierung aufgeregt wurde, die nicht ganz von aller Schuld freigesprochen werden kann, wenn sie als eine wahre Fremdherrschaft erschien, wurde die Masse durch die Last der Steuern zu Boden gedrückt, die man als eine Folge der Vereinigung mit den nördlichen Provinzen ansah. Die gesammte Schuld der ehemaligen österreichischen Niederlande belief sich auf die mäßige Summe von 4 Millionen Gulden jährlicher Renten, während die alte Schuld des Freistaates

der vereinigten Niederlande, die jetzt gemeinschaftlich getragen werden mußte, den ungeheuern Betrag von beinahe 2000 Millionen — nämlich 786,556,216 Gulden an verzinslicher und 1,204,933,512 Gulden an aufgeschobener Schuld erreichte. Außerdem erforderten die Wasserbauten der nördlichen Provinzen und die Seemacht, die man als deren ausschließendes Eigenthum betrachtete, außerordentliche Summen, von denen man behauptete, daß sie den südlichen Landestheilen gar nicht zu Gute kämen. Dagegen erhielten diese allerdings durch den Aufschwung, den ihr Handel und Gewerbfleiß nahm, volle Entschädigung. Der Hafen von Antwerpen, der seit drei Jahrhunderten verödet war, fing an sich mit Schiffen zu füllen und wetteiferte bald mit den beiden holländischen Stapelplätzen Rotterdam und Amsterdam; die Fabriken und Manufacturen zu Gent, Lüttich, Verviers und an vielen anderen Orten erhoben sich durch den weiten Markt, den die niederländischen Colonien ihnen eröffneten, zu einer Blüthe, die jene stolzen Tage des Mittelalters zurückrief, in denen der flandrische Gewerbfleiß die Bewunderung von ganz Europa auf sich zog.

Aber wie augenfällig diese Vortheile auch waren, so wogen sie doch in der Meinung die Verletzungen nicht auf, die der Glaubenseifer und der volksthümliche Stolz des Südens täglich zu erfahren hatte. Der uralte Name der Belgier, der im Volksleben längst jede Bedeutung verloren hatte, wurde wieder hervorgesucht, um die aus Deutschen und Wallonen gemischten Bewohner der südlichen Provinzen unter einer gemeinschaftlichen Bezeichnung den rein deutschen Holländern entgegenzusetzen; und Belgier und Holländer, obwohl unter einer Regierung vereinigt, haßten einander so gründlich, wie dies irgend unter zwei einander feindlich gegenüberstehenden Volksstämmen der Fall seyn kann. Diese gegenseitige Abneigung der Bevölkerungen und die Unzufriedenheit der Belgier mit der Regierung zu vermehren, trug die Presse ihr Redliches bei. Die durch das Grundgesetz gewährte Freiheit der Presse gewährte allerdings den erheblichen Vortheil, daß der Regierung nichts von alle dem, was die Gemüther bewegte, verborgen blieb; und wenn die gesetzlichen Bestimmungen, welche dem Mißbrauche steuern sollten, von Anfang mit Kraft gehandhabt worden wären, hätte die ganze Einrichtung gewiß eine segensreiche Wirkung hervorgebracht. Man glaubte aber die Presse ungehindert gewähren lassen zu müssen, weil man hierin ein wirksames Mittel sah, der Hinneigung nach Frankreich in den südlichen Provinzen zu begegnen. Die leidenschaftlichsten

Angriffe gegen die Restauration, die in Frankreich der Scheere der Censur verfielen, wurden zu Brüssel ohne Hinderniß gedruckt. Erst als dies Beispiel gleich leidenschaftliche und gehässige Angriffe gegen die holländische Regierung in Belgien hervorrief, begriff man den Fehler, den man begangen hatte, und suchte jetzt durch strenge Durchführung und durch Verschärfungen der bestehenden Gesetze wieder einzubringen, was man versäumt hatte. Dadurch wurde aber das Uebel nur ärger, da die gerichtlichen Verfolgungen der Schriftsteller, die als Verfechter der Volkssache auftraten, diese in den Augen der Menge nur mit der Glorie des Märtyrerthumes umgaben. Den nachtheiligsten Eindruck machte es, daß die Regierung zu ihrer Vertheidigung sich der käuflichen Federn fremder Abenteurer bedienen mußte, während alle einheimischen Schriftsteller in ihrer Verurtheilung übereinstimmten. Die Erbitterung gegen den gemeinschaftlichen Feind bewirkte, was keine äußere Gewalt jemals zu Stande zu bringen vermocht hätte: die freisinnigsten Männer, die den Uebergriffen der Geistlichkeit immer mit Kraft entgegengetreten waren, verbündeten sich mit ihren alten Gegnern zu gemeinschaftlichem Kampfe gegen die Regierung. Auch in den Reichsständen oder, wie sie mit ihrem holländischen Namen genannt wurden, in den Generalstaaten standen die Mitglieder aus den südlichen jenen aus den nördlichen Provinzen bei den wichtigsten Fragen in geschlossenen Reihen gegenüber. So viel die Regierung that, um den Wohlstand, den Handel und Gewerbfleiß des Landes zu heben, und so sehr es ihr auch um die Förderung geistiger Bildung Ernst war, so mußte doch die Neigung zur Willkür, die sie zeigte, sobald sie auf Widerspruch und Hindernisse stieß, selbst in dem begünstigten Holland ihr die edelsten Gemüther entfremden. Der Justizminister von Maanen, einst wüthender Republikaner, darauf das willige Werkzeug jeder Gewalt und stets bereit, die Gesetze vor dieser zu beugen, war in Holland, wenn auch nicht in gleichem Maße verhaßt, wie in Belgien, doch nichts weniger als beliebt: und auch die Verwaltung der Finanzen gab im Norden, wie im Süden, nur dort zu weniger allgemeinen und weniger gehässigen Ausstellungen Veranlassung. Bei dem festen Zusammenhalten der großen Mehrzahl der belgischen Abgeordneten durfte sich aber nur eine geringe Zahl von Stimmen aus dem Norden mit jenen vereinigen, um der Regierung in der Versammlung der Stände mit Erfolg entgegenzutreten. So wurde bereits in der ersten Session der Generalstaaten ein Entwurf zur Verschärfung der Preßgesetze verworfen.

In der Session von 1820 wurde der Antrag, die ordentlichen Steuern auf 10 Jahre zu bewilligen, abgelehnt, und statt der Voranschläge des Ministers wurden nur jene des vorigen Jahres genehmigt. Im nächsten Jahre wurden zwei neue Steuern, die Schlacht- und die Mahlsteuer, die zur Deckung eines Ausfalls von viertehalb Millionen Gulden nothwendig geworden waren, nur mit einer Mehrheit von zwei Stimmen bewilligt. Im Jahre 1824 wurden neue Steuererhöhungen, die der Regierung nothwendig erschienen, mit großer Stimmenmehrheit verworfen. Im Jahre 1826 erfuhren mehrere Ansätze in den Voranschlägen für die Ausgaben dasselbe Schicksal, und das Jahr darauf wurden zum zweiten Male seit der Errichtung des Königreiches alle von der Regierung geforderten Geldbewilligungen verweigert.

Ungeachtet oder vielleicht gerade wegen der Zugeständnisse, welche die Regierung der katholischen Geistlichkeit machte und die dieser nur den Muth zu immer neuen Forderungen gaben, stieg die Erbitterung mit jedem Jahre höher; und immer beunruhigendere Erscheinungen gaben den zunehmenden Haß gegen die Regierung der Holländer kund. Hundertundfunfzig von vielen Tausenden unterzeichnete Bittschriften, welche die Abstellung wirklicher oder angeblicher Mißbräuche verlangten, und die unter dem drohenden Namen der Beschwerden des belgischen Volkes (griefs nationaux) zusammengefaßt wurden, liefen bei den Generalstaaten ein, welche dieselben trotz des lebhaftesten Widerstandes der Minister, von ihrer Empfehlung unterstützt, der Regierung zur Berücksichtigung zusandten. Diese antwortete in einem Tone, der mehr von gereizter Empfindlichkeit, als von männlicher Festigkeit zeugte, und legte, statt die gehoffte Nachgiebigkeit zu beweisen, einen Gesetzentwurf zur Unterdrückung der Mißbräuche der Presse vor, der, wenn derselbe zur Ausführung gekommen wäre, die Regierung jeder Sorge von dieser Seite für immer überhoben hätte. In den südlichen Provinzen war jetzt nur eine Stimme, daß man die Zugeständnisse, zu denen die Regierung sich freiwillig nicht entschließen könne, durch Verweigerung der Steuern erzwingen müsse. In der That wurden in den Generalstaaten zum dritten Male sowohl die Voranschläge der außerordentlichen Steuern für das nächste Jahr, als jene der ordentlichen Steuern für die zehnjährige Finanzperiode verworfen. Als die Regierung hierauf aber neue vorläufige Steueranschläge einbrachte, in denen die wesentlichsten Ausstellungen

an den früheren Steuergesetzen beseitigt und die verhaßte Mahlsteuer ganz fallen gelassen war, wagte man es doch nicht, die Dinge auf das Aeußerste zu treiben. Die vorläufigen Anschläge wurden von den Abgeordneten des Südens, wie von jenen des Nordens, beinahe einstimmig angenommen, indem der einzige Baron de Stassart sich dagegen erklärte. Auch das Preßgesetz wurde, nachdem die gehässigsten Bestimmungen entfernt oder gemildert waren, genehmigt. Der Minister des Innern konnte daher in der Rede, mit welcher er am 2. Juni 1830 die Session der Generalstaaten schloß, nicht ganz mit Unrecht sagen, daß dieselbe durch das glücklichste Einverständniß zwischen dem Throne und dem Volke über diejenigen Punkte, an denen beiden am meisten gelegen, gekrönt worden sey.

Um das Werk der Versöhnung zu vollenden, ergriff die Regierung zwei Maßregeln, welche mit weiser Umsicht darauf berechnet waren, den gemäßigteren Theil der südlichen Bevölkerungen zufriedenzustellen. Die Sorge für den Volksunterricht wurde ausschließlich den Gemeinden überlassen und dadurch der letzte Vorwand zu der Beschuldigung entfernt, als gehe die Regierung darauf aus, durch ihren Einfluß auf das Schulwesen die katholische Religion zu untergraben. Außerdem wurde der Gebrauch der französischen Sprache in den Gerichtshöfen der südlichen Provinzen freigegeben, wodurch dem Vorwurfe begegnet wurde, den die französisch-belgischen Blätter erhoben, daß es auf die Unterdrückung der belgischen Volksthümlichkeit abgesehen wäre. Aber so gewiß diese Maßregeln zu jeder früheren Zeit die wohlthätigste Wirkung hervorgebracht hätten, ebenso gewiß mußten sie dieselbe verfehlen, nachdem die Aufregung eine Höhe erreicht hatte, die für die ruhige Besinnung keinen Raum mehr gestattete. In dem Augenblicke, wo die versöhnenden Schritte der Regierung bekannt wurden, verließen vier Männer, unter denen der republikanisch gesinnte Schriftsteller de Potter der bedeutendste war, ihr Vaterland, um in die Verbannung zu gehen, zu der sie der königliche Gerichtshof von Brüssel wegen ihrer Betheiligung an einem Aufrufe zur Begründung eines belgischen Vereines verurtheilt hatte. Obwohl ihre Schuld in den Augen jedes Unbefangenen keinem Zweifel unterlag, galten sie doch in der Meinung als die Opfer gewaltthätiger Willkürherrschaft Wenige Tage darauf wurde durch eine königliche Verordnung der oberste Gerichtshof von Brüssel nach dem Haag verlegt, was allgemein als ein Zeichen aufgenommen wurde, daß derselbe in ein blindes Werkzeug der Regierung verwandelt werden sollte.

So beunruhigend war die öffentliche Stimmung in den südlichen Provinzen, als die Nachricht von den Julitagen zu Paris und von der Revolution in Frankreich einging. Der erste Eindruck dieses Ereignisses, auf welches Niemand weder im Haag noch in Brüssel gefaßt seyn konnte, war ein betäubender. Die Leiter der Bewegung in Belgien hatten keine Ursache, von der Thronumwälzung des Nachbarlandes sich sonderliches Heil zu versprechen; denn die Priesterpartei, die in Belgien hauptsächlich die Gährung nährte, hatte ihre geheimen Hoffnungen nicht sowohl auf die französischen Liberalen, als auf den geistlichen Einfluß am Hofe Karl's X gerichtet. Mehrere Wochen vergingen daher in scheinbarer Ruhe, ehe man sich in die unerwartet veränderte Lage zu finden vermochte. Bei der engen Verbindung, die zwischen Paris und Brüssel stattfindet, wo das Beispiel der französischen Hauptstadt längst in Bezug auf Sitten und Meinungen, wie auf Tracht und Ton der Gesellschaft, als das oberste Gesetz angesehen wurde, konnte es inzwischen nicht fehlen, daß auch der Wunsch einer Nachahmung der Julirevolution bald gleich anderen Modeartikeln eingeführt wurde. Die Aufführung eines Theaterstückes, der Stummen von Portici, gab am 26. August die Veranlassung zu dem Ausbruche, der anfangs nur von einer Anzahl junger Leute ausgegangen zu seyn scheint, denen sich aber allmälig Tausende aus dem Pöbel und aus den niedrigsten Volksclassen zugesellten. Statt den Aufruhr sogleich mit Kraft zu unterdrücken, ließen die Behörden denselben ungestört gewähren; erst am andern Morgen, als bereits das Polizeigebäude sowie das Haus eines im Solde des Ministeriums stehenden Zeitungsschreibers, des berüchtigten Grafen Libry-Bagnano, verheert und das Hôtel des Justizministers durch Brandstifter in Asche gelegt war, versuchten es die Truppen auf einzelnen Punkten einzuschreiten; die Ordnung wurde aber nicht eher wieder hergestellt, als bis der Stadtrath die Bürgergarde bewaffnet und diese, nicht ohne ernstlichen Kampf, die Straßen vom Pöbel gesäubert hatte. Während des Aufruhrs waren, wie in Paris, überall die königlichen Abzeichen vertilgt worden; Niemand durfte es wagen, die Farben des Hauses Oranien zu tragen; und der Stadtrath fand zur Beschwichtigung der Volksleidenschaften es angemessen, das alte schwarz-roth-gelbe Banner der Provinz Brabant aufstecken zu lassen. Damit war in den Augen des Volkes zugleich eine Lossagung von der holländischen Herrschaft ausgesprochen; bald wehten in allen Orten der Provinz die brabanter Farben. Die Bewegung griff weiter und weiter

um sich: überall traten die Bürgergarden unter die Waffen und die Truppen, die keinen Befehl hatten, sich zu widersetzen, zogen sich in ihre Casernen oder in die Werke und hinter die Wälle der festen Plätze zurück. Von Brüssel, Lüttich und Namur wurden Abordnungen nach dem Haag geschickt, um von dem Könige ungesäumte Einberufung der Generalstaaten, Abstellung der gerechten Beschwerden der Belgier und die Entlassung des Justizministers van Maanen zu erbitten. Der ersten Forderung war der König bereits zuvorgekommen, indem er aus eigener Bewegung die Generalstaaten auf den 13. September nach dem Haag berufen. Dadurch wurde auch die zweite Forderung erledigt, da die Abstellung der Beschwerden verfassungsmäßig nur von den Generalstaaten ausgehen konnte. Die Verabschiedung van Maanen's aber wurde zwar nicht geradezu als Zugeständniß an die unzufriedenen Provinzen, doch wenige Tage nach der Audienz der Abordnungen in der schonenden Form der Annahme eines Entlassungsgesuches bewilligt.

Schon vor der Ankunft der Abordnungen hatte der König seine beiden Söhne, den Prinzen von Oranien und den Prinzen Friedrich, nach den südlichen Provinzen entsandt, den ersten, weil er hoffte, daß derselbe durch seine Volksbeliebtheit auf die Beruhigung der Gemüther einwirken könne, den andern, um als oberster Befehlshaber der bewaffneten Macht die erforderlichen militairischen Maßregeln zu ergreifen. Der Prinz von Oranien, bevollmächtigt, zur Herstellung der Ordnung alle Anordnungen zu treffen, welche die Umstände erheischen würden, begab sich auf die Einladung einer ihm nach Antwerpen entgegengeschickten Abordnung, nur von seinen Adjutanten begleitet, nach Brüssel, wo er mit dem Rufe: »Es lebe der Prinz! Es lebe die Freiheit!« empfangen wurde. Er ernannte eine aus den angesehensten Männern zusammengesetzte Commission, die ihm die Maßregeln vorschlagen sollte, welche geeignet wären, die Ruhe und das Vertrauen zurückzuführen. Aber die Bewegung, die anfangs nur auf ein unbestimmtes Ziel gerichtet war, hatte in der Zwischenzeit einen bedeutenden Fortschritt gemacht. Allgemein sprach sich das Verlangen nach einer Trennung der südlichen Provinzen von dem holländischen Norden aus, und die Commission gab als das einzige Mittel, durch welches sich eine friedliche Herstellung der Ordnung bewirken ließe, die Einführung einer besonderen, von der holländischen getrennten Gesetzgebung und Verwaltung für Belgien an. Der Prinz von Oranien, dem die Commission unter dieser Bedingung die unverbrüchlichste Treue der Bel-

gier verbürgte, reiste mit dem Versprechen, die vorgeschlagene Trennung bei seinem Vater zu bevorworten, nach dem Haag zurück. Hier wurde an dem festgesetzten Tage die außerordentliche Session der Generalstaaten eröffnet, in der sich gleich den Abgeordneten der nördlichen auch jene der südlichen Provinzen einfanden. In der Eröffnungsrede beklagte der König die Meuterei in Brüssel, die, an anderen Orten nachgeahmt, durch Brand und Plünderung bezeichnet worden sey; bemerkte, daß von verschiedenen Seiten der Wunsch nach einer Umgestaltung des Grundgesetzes, ja nach einer Trennung der Provinzen ausgesprochen sey, und erklärte, daß diese Frage den Hauptgegenstand der Berathungen der Generalstaaten bilden werde. In den Generalstaaten nahmen die Verhandlungen ihren gewöhnlichen langsamen Gang, als ob man mitten im tiefsten Frieden gewesen wäre. In ganz Holland hatte sich auf die erste Kunde von den Vorgängen in Brüssel die begeisterteste Anhänglichkeit an den König und zugleich die leidenschaftlichste Erbitterung gegen die belgischen Meuterer ausgesprochen. Diese Gefühle fanden bei den Abgeordneten der nördlichen Provinzen in den Generalstaaten ihren Widerhall. Aber auch in Holland verlangte die allgemeine Stimme die Trennung, weil man behauptete, daß die Vereinigung mit Belgien nur zum Nachtheile der treuen nördlichen Provinzen gereiche. Beide Kammern der Generalstaaten entschieden sich daher mit großer Stimmenmehrheit für die Trennung, und der König kündigte durch eine Botschaft vom 1. October an, daß er eine Staatscommission niedergesetzt habe, um über die Grundsätze zu berathen, nach denen die Trennung der beiden Hälften des Königreiches in Gesetzgebung und Verwaltung durchzuführen sey.

Diese Maßregel, die vierzehn Tage früher vielleicht hingereicht hätte, um allen Unruhen in den südlichen Provinzen ein Ende zu machen, war aber jetzt bereits zu spät. Das Loos der Waffen hatte entschieden, und es handelte sich für Belgien nicht mehr um die Erlangung einer selbstständigen Verwaltung und Gesetzgebung unter einem gemeinschaftlichen Haupte mit den alten vereinigten Niederlanden, sondern um die Begründung volksthümlicher Unabhängigkeit. Gleichzeitig mit der Sendung der beiden Prinzen nach den südlichen Provinzen waren alle im Norden entbehrliche Truppen nach dem Süden in Bewegung gesetzt worden. Bereits in den ersten Tagen des September hatte Prinz Friedrich eine ansehnliche Truppenmacht zwischen Antwerpen und Brüssel zusammengezogen. An dem Tage, an

dem der Prinz von Oranien Brüssel verließ, um mit dem Vorschlage der Trennung nach dem Haag zu eilen, hatte eine von Mecheln kommende Truppenabtheilung in Löwen einzudringen versucht und war von den Bürgern mit Verlust zurückgeschlagen worden. Dadurch wurden nicht allein in Brüssel, sondern in allen belgischen Städten die Gemüther auf das Aeußerste gereizt. Mehrere Hundert Freiwillige zogen von Lüttich in Brüssel ein, um bei einem Angriffe auf diese Stadt zur Vertheidigung mitzuwirken. Die Rede des Königs bei der Eröffnung der Generalstaaten, welche Alles unentschieden ließ und außerdem die plündernden Meuterer in Brüssel mit den die Ordnung herstellenden Bürgern zusammenzuwerfen schien, vermehrte die allgemeine Gährung. Da die Vorposten der holländischen Truppen sich der Stadt Brüssel bis auf eine geringe Entfernung genähert hatten, unternahmen bewaffnete Haufen, unter denen die Lütticher Freiwilligen die ersten waren, ohne Befehl Streifzüge in die Umgegend, von denen sie mit Beutepferden zurückkehrten, die sie den Zollbeamten abgenommen. Als hierauf (am 19. Sept.) die an die Stelle des Stadtrathes getretene Sicherheitscommission eine Bekanntmachung erließ, worin sie ähnliche Gewaltthätigkeiten mit strenger Strafe bedrohte, erfolgte ein Ausbruch der Volkswuth, der damit endigte, daß die Bürgergarde entwaffnet, eine neue bewaffnete Macht aus dem unruhigsten Theile der Bevölkerung errichtet und eine provisorische Regierung eingesetzt wurde, die aus den erbittertesten Gegnern der holländischen Regierung bestand, und zu der auch der noch in Frankreich weilende Verbannte de Potter berufen wurde. Auf die Nachricht von diesen Ereignissen beschloß Prinz Friedrich mit seinem Heere in Brüssel einzurücken. Bei der Annäherung der holländischen Truppen wurden die Aufrührer von der äußersten Muthlosigkeit ergriffen; die Mitglieder der provisorischen Regierung flohen oder hielten sich verborgen; nur wenige Hundert der verwegensten Tollköpfe wagten es, noch an Widerstand zu denken. Als die Vorhut des Heeres am Morgen des 23. September an dem Schaerbecker Thore erschien, wurde sie von fünfzig oder sechszig Leuten aus den niedersten Volksclassen mit Flintenschüssen empfangen; ein ähnlicher Haufe versuchte die große und breite Rue royale zu vertheidigen, die nach dem Park und dem Palaste des Königs führt, zerstreute sich aber bei dem Vorrücken der Truppen in wilder Flucht. Die ganze obere Stadt wurde ohne ernstliches Gefecht besetzt; und erst als die Truppen in die engeren Straßen einzudringen versuchten, die aus der inneren Stadt auf die

Place royale auslaufen, stießen sie hinter eilig aufgeworfenen Barricaden auf heftigere Gegenwehr, die aber bei einem entschlossenen Angriffe auch leicht zu überwältigen gewesen wäre. Statt dessen zogen sie sich nach der Place royale zurück und begnügten sich, im Park und in den diesen einschließenden Gebäuden eine Stellung einzunehmen, in der sie den Rest des Tages und die Nacht hindurch unthätig stehen blieben und nur das Feuer der jetzt wieder vordringenden Volkshaufen erwiderten. Erst als die Aufrührer sahen, daß der Feind sich mehr vor ihnen zu fürchten schien, als sie vor dem Feinde, gewannen sie neuen Muth. Jetzt griff Alles wieder zu den Waffen, Haufen von Landvolk strömten in die Stadt, um die Bürger zu unterstützen; und es entspann sich um den Park, in dem die Truppen zusammengedrängt waren, der erbitterteste Kampf, der den 24. und 25. hindurch dauerte, und während dessen die Truppen sich immer in der Vertheidigung hielten. Am 26. übernahm der spanische Oberstlieutenant van Halen, der zu Brüssel in der Verbannung lebte, mit mehreren ehemaligen französischen Officieren den Befehl über die Angreifenden. Die Holländer wurden jetzt so heftig gedrängt, daß sie sich mit Mühe in ihren Stellungen behaupteten. Mehrere der Häuser, um die am wüthendsten gekämpft wurde, gingen in Flammen auf. Während der Nacht vom 26. auf den 27. räumten die Truppen, die längeres Verweilen einer völligen Vernichtung ausgesetzt hätte, die Stadt und zogen sich auf der Straße nach Mecheln und Antwerpen zurück.

Bevor diese Entscheidung noch erfolgte, war es auch zu Lüttich, Mons, Löwen und an anderen Orten zu blutigen Kämpfen zwischen den Truppen und den bewaffneten Bürgern gekommen. So wie die Kunde von dem Siege des Volkes zu Brüssel sich verbreitete, war die Bewegung nirgend länger zurückzuhalten. Die belgischen Soldaten, welche die Mehrzahl der Besatzungen bildeten, verließen ihre Fahnen; die Holländer, allein zu schwach, um erfolgreichen Widerstand zu leisten, mußten froh seyn, freien Abzug zu erhalten; und nach dem Verlaufe weniger Wochen waren die festen Plätze Antwerpen und Maestricht mit der Citadelle von Gent die einzigen Punkte in Belgien, auf denen die oranische Fahne noch wehte. Am 4. October erklärte die provisorische Regierung, die ihre Verrichtungen wieder aufgenommen hatte, daß Belgien fortan einen unabhängigen Staat bilden werde. Es wurde eine Commission ernannt, um den Entwurf einer neuen Verfassung auszuarbeiten, und zugleich wurde

angekündigt, daß ein Nationalcongreß einberufen werden sollte, um diese Verfassung zu berathen und anzunehmen. Zu derselben Zeit, während in Brüssel diese die Losreißung der südlichen Provinzen vom Königreiche vollendenden Schritte geschahen, traf der Prinz von Oranien wieder in Antwerpen ein, um die Regierung der südlichen Provinzen, die ihm sein Vater mit unbeschränkter Vollmacht übertragen hatte, zu übernehmen. Fruchtloses Beginnen! Die Stimme des Prinzen wurde in dem tobenden Gewühle der Volksleidenschaften nicht mehr gehört, obwohl er in seinem Eifer, zu retten, was noch zu retten sey, so weit ging zu erklären, daß er selbst sich an die Spitze der Bewegung stelle und daß er die Unabhängigkeit Belgiens anerkenne. Am 25. October mußte er Antwerpen unverrichteter Dinge verlassen; zwei Tage darauf kam selbst in dieser von 6000 Mann holländischer Truppen besetzten Stadt der Aufstand zum Ausbruche. General Chassé mußte sich mit der Besatzung in die Citadelle zurückziehen und rächte eine Verletzung des mit den Bürgern geschlossenen Waffenstillstandes auf furchtbare Weise, indem er die Stadt mehrere Stunden lang aus mehr als 100 Geschützen beschoß, die schönsten Straßen und Plätze in Trümmerhaufen verwandelte, und durch die Verbrennung der großen Waarenniederlagen einen unermeßlichen Schaden verursachte.

Während diese Dinge sich ereigneten, eröffnete der König im Haag die ordentliche Sitzung der Generalstaaten, zu der aber diesmal nur die Abgeordneten der nördlichen Provinzen einberufen waren. Er zeigte diesen an, daß er den Süden des Reiches für den Augenblick völlig sich selbst überlassen wolle, bis es ihm möglich geworden wäre, sich mit seinen Verbündeten über die Maßregeln zu vereinigen, die zu ergreifen wären. In der That suchte er, sobald er sich überzeugte, daß die ihm zu Gebote stehenden eigenen Streitkräfte zur Bezwingung des Aufstandes nicht ausreichten, bei den Höfen von London, Berlin, St. Petersburg und Wien, die im Jahre 1815 den Bestand des Königreiches der Niederlande verbürgt hatten, die bundesmäßige Hülfe nach, zu der sie durch die Verträge verpflichtet waren. Das Band, welches die Mächte im Jahre 1815 vereinigte, war aber seitdem durch die Ereignisse gar sehr gelockert worden. England war nichts weniger als geneigt, zur Erhaltung des Besitzstandes in den Niederlanden sich in einen neuen Krieg auf dem Festlande einzulassen, der leicht eben so viele Millionen kosten konnte, als die französischen Revolutionskriege, da vorherzusehen war, daß die eben

erst aus einer neuen Revolution hervorgegangene Regierung in Frankreich einen Angriff auf das vor ihrer Thüre gelegene revolutionaire Belgien von Seiten auswärtiger Mächte als einen gegen sie selbst gerichteten ansehen würde. Die gleiche Rücksicht hielt auch die Höfe von Wien und Berlin zurück, und Rußland, wo eine kriegerischere Gesinnung herrschte, war zu entfernt, um für sich allein mit Gewalt der Waffen einzuschreiten. Alles, was der König der Niederlande erlangen konnte, war daher, daß die zu London beglaubigten Gesandten von Oesterreich, Preußen, Rußland und Frankreich von ihren Höfen bevollmächtigt wurden, mit dem brittischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu einer Conferenz zusammenzutreten, um durch friedliche Unterhandlungen eine die allgemeinen europäischen Staatenverhältnisse möglichst wenig störende Ausgleichung der belgischen Wirren zu Stande zu bringen. Der erste Schritt in diesem Vermittlungswerke war der in einem Protocolle vom 4. November niedergelegte Beschluß, daß die beiden einander in den Niederlanden feindlich gegenüberstehenden Parteien einen Waffenstillstand eintreten lassen sollten, während dessen beiden Theilen durch ein zweites Protocoll vom 17. November die Grenzen angewiesen wurden, die sie zur Zeit der Ankündigung des Waffenstillstandes inne hatten. So wenig eine solche Vermittlung die Ansprüche des Königs der Niederlande befriedigte, so entschloß er sich doch zur Einstellung der Feindseligkeiten, weil die Belgier durch den Uebertritt aller belgischen Truppentheile des zu zwei Drittheilen aus Belgiern bestehenden Heeres eine unzweifelhafte Ueberlegenheit besaßen. Auf der andern Seite hatten die Belgier keinen Grund, die ihnen angebotene Waffenruhe abzulehnen, weil sie wohl fühlten, daß diese ihnen thatsächlich die volle Unabhängigkeit gewährte, auf die alle ihre Wünsche gerichtet waren.

Inzwischen hatte am 10. November zu Brüssel die Eröffnung des Nationalcongresses stattgefunden, zu dem 200 Mitglieder aus allen Provinzen, die sich von Holland losgerissen, erwählt waren. In den ersten Sitzungen, nachdem die vorbereitenden Arbeiten beendigt waren, wurden die wichtigen Beschlüsse gefaßt, daß Belgien mit Vorbehalt der Beziehungen des Großherzogthumes Luxemburg zum deutschen Bunde einen unabhängigen Staat bilden werde; daß alle Glieder des Hauses Nassau-Oranien für immer von jeder Gewalt in Belgien ausgeschlossen wären, und daß die Form der in Belgien zu begründenden Regierung eine monarchische seyn solle. Darauf schritt man zu den Berathungen über die neue Verfassung, die jedoch noch

nicht ganz zu Ende geführt waren, als man dem stürmischen Verlangen nicht länger widerstehen konnte, die Frage, von deren Lösung jede andere abhing, die Wahl des Staatsoberhauptes, zu entscheiden. Die wallonischen Landestheile wurden durch ihre Stammverwandtschaft und noch mehr vielleicht durch ihre gewerblichen Interessen nach Frankreich hingezogen: von vielen Seiten wurden geradezu Bittschriften an den Congreß gerichtet, welche die Vereinigung mit Frankreich verlangten. Man erfuhr jedoch bald, daß dagegen sämmtliche große Mächte sich erklärt hätten, und daß die französische Regierung selbst das Anerbieten nicht annehmen werde, um sich nicht der Gefahr eines allgemeinen Krieges auszusetzen. Dennoch war die Hinneigung nach Frankreich so stark, daß man, da man auf eine unmittelbare Vereinigung verzichten mußte, darauf bestand, einen französischen Prinzen zum Könige zu wählen, um wenigstens für die Zukunft die Möglichkeit einer Vereinigung in Aussicht zu stellen. Die Anhänger dieses Planes zerfielen aber in zwei Parteien. Bei der großen Mehrzahl waren die Erinnerungen des napoleonischen Kaiserthumes weit mächtiger, als die Vorliebe für das im Nachbarlande neu gegründete Bürgerkönigthum. Die meisten Stimmen vereinigten sich daher für den Herzog August von Leuchtenberg, den ältesten Sohn des Prinzen Eugen Beauharnais, Vicekönigs von Italien und Adoptivsohnes des Kaisers Napoleon; die geringere Zahl, welche mehr die Lage der Gegenwart, als den Ruhm der Vergangenheit im Auge hatte, wünschte den zweiten Sohn des Königs der Franzosen, Herzog Ludwig von Nemours. Auch im Congreß würde sich ohne Zweifel die Mehrheit für den ersten erklärt haben, wenn die französische Regierung nicht Alles in Bewegung gesetzt hätte, um eine Wahl zu vereiteln, welche durch die Wiedererweckung der ruhmreichen Erinnerungen des Kaiserreiches ihre eigene Sicherheit gefährden konnte. Die französische Diplomatie trieb, um ihre Zwecke zu erreichen, das unwürdigste Spiel. Anfangs erklärte man offen, daß Frankreich den Herzog von Leuchtenberg nicht anerkennen werde, und daß der Herzog von Nemours die belgische Krone nicht annehmen könne, weil dies die übrigen großen Mächte nicht zugeben würden. Da diese Erklärung nur eine sehr geringe Wirkung hervorbrachte und die öffentliche Stimmung in Belgien sich immer allgemeiner zu Gunsten des Herzogs von Leuchtenberg aussprach, so glaubte man, die Belgier einschüchtern zu können, indem man der provisorischen Regierung anzeigte, daß Frankreich die Ernennung des Herzogs von Leuchtenberg als eine Feindseligkeit

ansehen würde: eine ohnmächtige Drohung, da die französische Nation sich in Masse gegen einen Krieg erhoben hätte, der in einem so einseitigen dynastischen Interesse geführt werden sollte. Da auch die Drohung ihre Wirkung verfehlte, ließ man sich zur List herab, indem man zu derselben Zeit, während man insgeheim vor der Londoner Conferenz das bestimmteste Versprechen ablegte, daß der König der Franzosen nie seine Einwilligung zu der Annahme der belgischen Krone von Seiten des Herzogs von Nemours geben würde, den Belgiern die Zusicherung ertheilte, daß diese Einwilliguug nicht ausbleiben werde, wenn die Wahl auf den Prinzen fiele. Der französische Gesandte in Brüssel, Hr. Bresson, warb beinahe offen für den Herzog von Nemours. So geschah es denn, daß am 3. Februar 1831, als der Tag der Wahl gekommen war, die Mehrheit der Stimmen dem Herzoge von Nemours zufiel. Dieser wurde vom Congresse zum Könige der Belgier ausgerufen; und eine Abordnung, den Präsidenten des Congresses, Baron Surlet de Chokier an der Spitze, begab sich nach Paris, um dem Prinzen die Krone anzutragen. Erst jetzt, nachdem der gefürchtete Herzog von Leuchtenberg beseitigt war, der aller dieser Ränke ungeachtet bei der Wahl nicht viel weniger Stimmen erhalten hatte, als sein Nebenbuhler, wurde der Betrug, den man sich an der belgischen Leichgläubigkeit erlaubt hatte, offenbar. Der König der Franzosen schlug die seinem minderjährigen Sohne angebotene Krone aus, weil die Annahme einen allgemeinen europäischen Krieg entzünden würde, den zu vermeiden eben so sehr in dem Interesse Frankreichs, wie Europa's, liege. Der Unwille in Belgien war allgemein; aber auf die Wahl des Herzogs von Leuchtenberg konnte man jetzt nicht mehr zurückkommen, denn die Londoner Conferenz, die mit immer größerer Sicherheit als das oberste Tribunal auftrat, welches über die Zukunft Belgiens zu entscheiden habe, hatte als den Preis der Bereitwilligkeit, mit der Frankreich auf die belgische Krone für den Herzog von Nemours verzichtete, durch ein Protocoll vom 7. Februar die Erklärung abgegeben, daß der Herzog von Leuchtenberg von keiner der fünf großen Mächte anerkannt werden würde. Der belgische Congreß, der inzwischen seine Berathungen über die neue Verfassung beendigt und diese genehmigt und verkündet hatte, mußte sich entschließen, den einzigen Ausweg zu ergreifen, der ihm noch übrig blieb. Der Präsident Surlet de Chokier, ein einfacher, schlichter, streng katholischer, aber freisinniger und vaterlandliebender Mann, wurde am 24. Februar zum Regenten von Belgien ernannt,

bis es gelungen seyn würde, dem jungen Staate durch eine neue Königswahl eine feste Gestalt zu geben.

Niemand konnte sich die Gefahren verbergen, die dieser unentschiedene Zustand für Belgien hatte. Der König der Niederlande, durch den einmüthigen Volksgeist seiner treu gebliebenen Unterthanen unterstützt, machte gewaltige Kriegsrüstungen; der deutsche Bund, dessen Hülfe er wegen des Großherzogthumes Luxemburg angerufen, schickte sich an, diesem Begehren zu willfahren; und die Londoner Conferenz, die zwar bereits durch ein Protocoll vom 20. Januar die Unabhängigkeit Belgiens als eines für alle Zeiten bei allen europäischen Händeln neutralen Staates anerkannt hatte, protocollisirte nach Wohlgefallen weiter, sprach den Belgiern den Besitz des Großherzogthumes Luxemburg ab, und beschloß, ihnen einen Antheil an der niederländischen Staatsschuld aufzulegen, der das durch die Opfer seiner Revolution erschöpfte, durch die Losreißung vom Königreiche der Niederlande seiner bedeutendsten Hülfsquellen beraubte Land erdrückt haben würde. Zu den Gefahren, die von außen drohten, kamen nicht viel geringere Gefahren im Innern. Der Prinz von Oranien hatte noch immer eine Partei, die es beinahe schon wieder wagte, offen hervorzutreten. Der brittische Bevollmächtigte, Lord Ponsonby, wandte alle ihm zu Gebote stehende Mittel an, diese Partei zu verstärken. Die gewaltsamen Ausbrüche, die auf verschiedenen Punkten vorbereitet waren, wurden zwar bei dem Widerwillen der großen Masse der Bevölkerung mit leichter Mühe unterdrückt; dennoch wurden fortwährend neue Verschwörungen entdeckt, und bei längerer Dauer des ungesicherten Zustandes der öffentlichen Angelegenheiten, war die tiefste innere Zerrüttung fast unvermeidlich. Schon war von einer Theilung des Landes zwischen dem Königreiche der Niederlande, Preußen und Frankreich die Rede. Da wurde ein Name genannt, der mitten unter den schweren Wetterwolken, die von allen Seiten im Anzuge waren, eine unverhoffte Aussicht auf Rettung eröffnete. Der Herzog Leopold von Sachsen-Coburg, durch seine Verbindung mit der im Jahre 1817 verstorbenen englischen Thronerbin dem brittischen Königshause nahe befreundet, lebte seit dem Tode seiner Gattin in stiller Zurückgezogenheit in dem Lande, welches durch seine Ernennung zum brittischen Prinzen seine zweite Heimath geworden war. Auf ihn, der schon einmal für den Thron des befreiten Griechenlandes in Vorschlag gewesen war, wurden die Blicke der Belgier gelenkt, und von dem Augenblicke, wo die Unterhandlungen, die deshalb angeknüpft

wurden, sich ihrem Ziele näherten, ebneten sich die erheblichsten Schwierigkeiten, die einer dauernden Befestigung der neuen Ordnung der Dinge in Belgien entgegenstanden. England, vereint mit Frankreich, legte das Gewicht seines mächtigen Einflusses zu Gunsten des im Werden begriffenen Staates in die Schale. Die Londoner Conferenz, welche den drohendsten Ton gegen die revolutionairen Belgier angenommen hatte, zog gelindere Saiten auf: am 20. Juni wurden die Grundlagen eines Vertrages in achtzehn Artikeln entworfen, die, wenn auch nicht die überspanntesten, doch alle billige Forderungen der Belgier befriedigten. Der belgische Nationalcongreß, der bereits am 4. Juni den Prinzen Leopold mit großer Stimmenmehrheit zum Könige erwählt hatte, entschloß sich nach stürmischen Verhandlungen, die vom 30. Juni bis zum 9. Juli währten, die Bedingungen der Conferenz zu genehmigen. Prinz Leopold, durch eine Abordnung des Congresses eingeladen, erklärte sich jetzt bereit, die ihm angetragene Krone anzunehmem. Er betrat am 17. Juli zum ersten Male den belgischen Boden, wo er mit allgemeinen Freudenbezeigungen empfangen wurde, hielt am 21. seinen feierlichen Einzug in Brüssel und wurde am folgenden Tage, nachdem er vor dem versammelten Congresse den Eid abgelegt, die Verfassung zu halten und die Unabhängigkeit des Landes, so wie die Unverletzlichkeit seines Gebietes zu bewahren, als König der Belgier anerkannt.

Mit der Thronbesteigung des Königs Leopold I. war Belgien in die Rechte der unabhängigen Staaten der großen europäischen Völkerfamilie eingetreten.

Zweites Hauptstück.

Die innere Entwicklung in Deutschland vor der Julirevolution

und

die revolutionairen Bewegungen nach der Julirevolution.

Der Ausbruch der französischen Julirevolution fand das Volk und das Land der Deutschen in einem Zustande der tiefsten Ruhe, der für einen Beweis innerer Befriedigung hätte gelten können, wenn nicht in allen Lebensäußerungen sich eine Abspannung kund gegeben hätte, die man unmöglich als ein Zeichen ungestörter Gesundheit betrachten durfte. Alle Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten war erloschen; die Stelle derselben vertrat bei den gebildeten Ständen ein unruhiges Haschen nach Neuigkeiten aus der Ferne, die irgend eine Veränderung in der allgemeinen Lage der europäischen Verhältnisse vorzubedeuten schienen. Die Ereignisse des russischen Türkenkrieges wurden mit einer Spannung verfolgt, die kaum größer hätte seyn können, wenn es sich um das Wohl und Wehe des Vaterlandes gehandelt hätte. Die freisinnigsten Männer, die den Grundsätzen der russischen Willkürherrschaft nichts weniger als zugethan waren, feierten die Triumphe der russischen Waffen als Siege europäischer Gesittung über asiatische Barbarei, ja, was noch seltsamer war, als Siege der Freiheit über die Unterdrückung. Nicht viel geringeren Antheil nahm man an den Verhandlungen der französischen Abgeordnetenkammer, die nicht bloß in Deutschland, sondern beinahe auf dem ganzen europäischen Festlande als das Vorbild einer freimüthigen und kräftigen Volksvertretung galt; die vornehmsten Redner in derselben wurden häufiger genannt, als die ausgezeichnetsten einheimischen Staatsmänner; und so weit ging die Bewunderung französischen Wesens, daß die oberflächlichsten Aufsätze der französischen Journale als Orakel politischer Weisheit betrachtet wurden. Die Ständeversammlungen der

constitutionellen deutschen Staaten verloren den letzten Rest des Schimmers, der sie in den ersten Jahren ihrer Wirksamkeit umgeben hatte. Der erste Landtag, der in Baiern unter König Ludwig zusammentrat, (vom 11. Nov. 1827 bis zum 10. Aug. 1828) erregte zwar noch einige Erwartungen, die sich aber gar sehr herabstimmten, als man sah, daß die Interessen der Bierbrauer mit ungleich lebhafterem Eifer wahrgenommen wurden, als die wichtigsten Angelegenheiten des Landes. Im Allgemeinen hegte man größeres Vertrauen zu der Einsicht des Königs, der durch seine im Jahre 1828 herausgegebenen Gedichte zwar ein sehr mäßiges Talent, aber die edelste Gesinnung bekundete, als zu dem Einflusse der Stände, die schon durch die breite Weitläufigkeit ihrer Verhandlungen von jeder aufmerksameren Beachtung zurückschreckten. Wenn selbst von der baierischen Ständeversammlung, in der doch nicht alles Leben erstorben war, zugestanden werden mußte, daß sie den billigsten und bescheidensten Ansprüchen auf keine Weise genügte, so schienen die ständischen Versammlungen in Würtemberg und Baden nur bemüht, so spurlos als möglich vorüberzugehen: die Regierungen sprachen ihre Zufriedenheit mit ihrer Willfährigkeit aus, und im Lande war weiter nicht die Rede von ihnen. Aus dem Großherzogthum Hessen vernahm man von Zwistigkeiten zwischen den Ständen und der Regierung, die aber zu keinem Ergebniß führten, als daß die ersten mit einem ungnädigen Abschiede entlassen wurden. In Sachsen und in Hannover, in Kurhessen, Nassau und den übrigen kleineren Staaten ging Alles seinen gewohnten Gang fort: vortrefflich, wenn es wahr wäre, daß die Länder am besten regiert sind, von deren Verwaltung man am wenigsten zu hören bekommt.

Am meisten beschäftigte die öffentliche Aufmerksamkeit das kleine Herzogthum Braunschweig. Der regierende Herzog Karl glaubte seine souveraine Gewalt nicht besser anwenden zu können, als indem er sich jeder Laune seines leidenschaftlich erregbaren und dabei weibisch schwachen Charakters hingab. Eine Verfügung (vom 10. Mai 1827), durch welche er alle Verordnungen aus der letzten Zeit der vormundschaftlichen Regierung für ungültig erklärte, sofern sie nicht bei nochmaliger Prüfung bestätigt würden, verwickelte ihn in einen Zwist mit König Georg IV. von England, der auf beiden Seiten mit solcher Erbitterung geführt wurde, daß der Herzog den Grafen Münster, den vertrauten Rathgeber des Königs, zuerst persönlich, darauf durch einen seiner Hofbeamten, den Oberforstmeister von Praun, als

seinen Stellvertreter zum Zweikampf fordern ließ. Die Haltungslosigkeit, die Herzog Karl bei dieser, wie bei anderen Gelegenheiten, zeigte, verbunden mit einem herrischen Wesen, welches in ihm seiner nächsten Umgebung alle Gemüther entfremdete, und das ihn besonders bei dem eben nicht all zu begüterten und daher auf den Hof- und Staatsdienst angewiesenen Adel verhaßt machte, ermuthigte diesen zu einem Widerstande, den er einem kräftigen Fürsten gegenüber gewiß nicht gewagt hätte. Der ständische Ausschuß, welcher nach der neuen von der vormundschaftlichen Regierung erlassenen Landschaftsordnung die Rechte der Stände während deren Abwesenheit wahrnahm, berief (am 9. April 1828) aus eigener Machtvollkommenheit die von dem Herzoge nicht anerkannten Stände zu einem Landtage, der am 21. Mai desselben Jahres insgeheim zusammentrat und einstimmig den Beschluß faßte, mit einer Bitte um Aufrechterhaltung seiner Rechte und Befugnisse sich an den Bundestag zu wenden. Das Land war bei diesem Schritte wenig betheiligt, der eher als eine Angelegenheit des Adels angesehen werden konnte, da auf dem Landtage neben einer geringen Zahl städtischer und bäuerlicher Abgeordneten die sämmtlichen größtentheils adeligen Rittergutsbesitzer persönlich Sitz und Stimme und folglich ein entschiedenes Uebergewicht auf ihrer Seite hatten. Der Herzog, durch eine solche Auflehnung seiner eigenen Unterthanen auf das Aeußerste entrüstet, ließ sich durch seine Leidenschaftlichkeit von einer Unbesonnenheit zur andern hinreißen. So verwies er den Oberjägermeister Freiherrn von Sierstorpff des Landes, weil dieser seine Ernennung zum Oberhofmeister nicht auf die ehrerbietigste Weise abgelehnt hatte. Ein Erkenntniß des Landesgerichtes, welches die willkürliche Verbannung für nicht gesetzlich zu Recht bestehend erklärte, ließ er durch einen dazu ernannten Commissair in voller Session zerreißen. Herr von Cramm auf Sambleben, das thätigste Mitglied des ständischen Ausschusses, wurde nicht allein seiner Würde als Kammerherr mit allen Zeichen der Ungnade enthoben, sondern es wurde außerdem durch ein Rundschreiben des »Staatsministeriums« allen herzoglichen Beamten jeder Umgang mit dem eben so sehr Gefürchteten als Gehaßten bei Verlust des Dienstes untersagt. Diese und andere Handlungen willkürlicher Gewalt erbitterten nicht bloß den Adel, sondern den ganzen höheren Beamtenstand: ebenso sehr wie beide wurde aber auch das Officiercorps durch Mißhandlungen und durch Verkürzungen, die ihren Grund in unzeitiger Sparsamkeit hatten, aufgebracht. Der Bürger, den alle diese Dinge nicht unmittelbar berührten, wurde doch schon durch sei-

nen Rechtssinn, der jeder Willkür widerstrebte, dem Herzoge abgewandt. Mit Liebe hing an ihm nur der Bauer, der bei billigen Ablösungen seiner Leistungen auf den Kammergütern seinen Vortheil fand, und der gemeine Mann im Militair, der in ihm den Sohn des bei Quatrebras gefallenen Helden verehrte. Daß die Mißstimmung, die in Braunschweig herrschte, von hannoverscher Seite genährt wurde, ist bei der engen Verbindung, die zwischen dem braunschweigischen und dem hannoverschen Adel besteht, mehr als wahrscheinlich. König Georg IV. von England trug das Seinige dazu bei, um die Verlegenheiten zu vermehren, in die sein ehemaliger Mündel sich durch seine eigenen Thorheiten stürzte. Er klagte beim Bundestage über die Beleidigung, die ihm durch die Verfügung über die Verordnungen der vormundschaftlichen Regierung widerfahren sey; und der Bund erkannte (am 26. Juni 1829), daß der Herzog verbunden sey, diese Verfügung zurückzunehmen. Da gütliche Ermahnungen an dem Eigensinne des jungen Fürsten ihre Wirkung verfehlten, so beauftragte der Bundestag Sachsen, seinem Beschlusse nöthigenfalls durch militairische Gewalt Kraft zu geben. Auch jetzt noch zögerte der Herzog, bis er sah, daß sächsischer Seits in der That Vorbereitungen getroffen wurden, den Bundesbeschluß zu vollziehen. Erst am 22. April 1830, acht Tage vor dem Ablaufe der vom Bunde gesetzten Frist, bequemte er sich dazu, der Forderung, die er für einen rechtswidrigen Eingriff in seine souveraine Macht hielt, Folge zu leisten.

Während die deutschen Regierungen in Bezug auf die inneren politischen Verhältnisse ihrer Staaten an der Ansicht festhielten, daß ihren Unterthanen das weiteste mit der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit verträgliche Maß von Rechten bereits eingeräumt sey, und daß die bestehenden Einrichtungen daher keiner wesentlichen Verbesserung bedürften, traten die Mißstände, welche aus den Beschränkungen des gegenseitigen Handels und Verkehrs hervorgingen, allmälig so schroff hervor, daß selbst der befangenste Blick sich dieselben nicht länger verbergen konnte. Auf eine Abhülfe durch gemeinsame Anordnungen von Seiten des Bundestages hatte man längst verzichten müssen, da die Richtung, welche die Verhandlungen dieser hohen Behörde nahmen, jede Aussicht auf einen Erfolg, der auf diesem Wege zu erreichen gewesen wäre, abschnitt. Es blieb daher nichts Anderes übrig, als daß die einzelnen Staaten, die den Druck der gegenseitigen Handelsabsperrungen am meisten empfanden, durch besondere Verträge sich selbst zu helfen suchten, so gut sie es vermochten.

Den ersten Schritt thaten die beiden süddeutschen Königreiche Baiern und Würtemberg, die am 12. April 1827 einen Vertrag schlossen, durch den sie einander beträchtliche Erleichterungen des gegenseitigen Verkehrs sicherten und die weitere Ausbildung der freilich noch unvollkommenen und deshalb auch ungenügenden Vereinigung ferneren Unterhandlungen vorbehielten. Bereits am 18. Januar 1828 kam zwischen beiden Staaten ein zweiter Vertrag zu Stande, in den auch die kleineren Fürstenthümer Hohenzollern-Hechingen und Sigmaringen eingeschlossen waren, und der für beide alle noch vorhandene Hemmungen des Handels und Verkehrs aufhob und dagegen ein gemeinschaftliches Zollsystem an den Grenzen nach Außen einführte. Noch vor dem Zustandekommen dieses zweites Vertrages waren zwischen dem Großherzogthume Hessen-Darmstadt und Preußen Unterhandlungen angeknüpft worden, die den Abschluß des Vertrages vom 14. Februar 1828 zur Folge hatten, durch welchen das Großherzogthum Hessen der preußischen Zollgesetzgebung beitrat und dafür den wichtigen Vortheil erlangte, daß alle Eingangs-, Durchgangs- und Ausgangsabgaben auf den beiderseitigen Grenzen aufhörten und alle Erzeugnisse des einen Staates, mit Ausnahme weniger mäßig besteuerter Gegenstände, völlig frei und unbeschwert in den andern übergehen konnten. Die preußische Zollgesetzgebung hatte durch die mit derselben verbundenen Beschränkungen und Erschwerungen des auswärtigen Verkehrs allen benachbarten norddeutschen Staaten so große Nachtheile zugefügt, daß eine wenn auch nicht sehr bedeutende Erweiterung ihres Gebietes überall die lebhaftesten Besorgnisse erweckte. Man fürchtete nichts so sehr, als daß nach dem Beispiele von Hessen-Darmstadt auch andere Staaten sich in das preußische System hineinziehen ließen, und um dieser Gefahr zuvorzukommen, verbanden sich die beiden Königreiche Sachsen und Hannover, die Großherzogthümer Oldenburg und Sachsen-Weimar, die Herzogthümer Nassau, Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha und Sachsen-Weimar, nebst den Fürstenthümern Reuß-Greiz, Reuß-Schleiz, Reuß-Lobenstein und Schwarzburg-Rudolstadt, sowie den freien Städten Bremen und Frankfurt a. M. durch einen am 24. September 1828 zu Kassel abgeschlossenen Vertrag zu einem Vereine, der den Namen des mitteldeutschen Handelsvereines annahm und der den Theilnehmern zwar nur wenige, beinahe ausschließlich auf die unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse beschränkte Erleichterungen des Verkehrs gewährte, ihnen aber die Verpflichtung auflegte, während seiner vorläufig auf sechs Jahre be-

stimmten Dauer keine einseitige Zollverträge mit anderen Staaten einzugehen. Daß die Besorgniß vor einer weiteren Ausdehnung der preußischen Zoll- und Handelsgesetzgebung in der That nicht ohne Grund gewesen war, zeigte sich bereits im nächsten Jahre, indem am 27sten Mai 1829 zwischen Preußen und Hessen-Darmstadt auf der einen und den Kronen Bayern und Würtemberg auf der andern Seite ein Vertrag geschlossen wurde, der zwar für das Erste die Freiheit des gegenseitigen Verkehrs mit einheimischen Erzeugnissen des Bodens und des Gewerbfleißes nur als einen allgemeinen Grundsatz annahm, von dem vorläufig eine Menge Ausnahmen zugelassen wurden, jedoch sowohl die Aufhebung der in dieser Beziehung noch fortbestehenden Beschränkungen, als eine Vereinbarung über alle durch den Vertrag noch nicht berührte Theile des Zollwesens in Aussicht stellte. Die Staaten des mitteldeutschen Handelsvereines, die mit kluger Vorsicht übereingekommen waren, vor Ablauf von Jahresfrist neue Berathungen über die weitere Ausbildung ihres sehr mangelhaften Bundes zu halten, beeilten sich vor allen Dingen, diesem, wie wenig genügend er auch war, eine möglichst lange Dauer zu sichern. Durch einen Vertrag vom 11. October 1829 wurde demselben auf sechs fernere Jahre, nach Ablauf der ersten sechsjährigen Frist, rechtsverbindliche Kraft gegeben. Die meisten der dem Vereine beigetretenen Staaten fühlten, wie geringen Nutzen eine Verbindung gewähren konnte, die offenbar nur den Zweck der Abwehr gegen das Umsichgreifen eines fremden Zollsystemes hatte, im Uebrigen aber die Verhältnisse des inneren Verkehrs beinahe ganz in der alten Verwirrung ließ. Vier dieser Staaten, Hannover, Kurhessen, Oldenburg und Braunschweig, vereinigten sich deshalb durch einen besonderen Vertrag, der am 27. März 1830 zu Eimbeck abgeschlossen wurde, zu der Annahme eines gleichmäßigen und gemeinschaftlichen Eingangs- und Ausgang- so wie Verbrauchssteuerwesens. In diesem Vertrage wurden aber nur allgemeine Grundsätze aufgestellt, deren Anwendung und Durchführung späteren Uebereinkünften vorbehalten blieb, so daß das Ganze nur einen neuen Beweis bot, wie schwer es den mit den Verwaltungen der meisten deutschen Staaten betrauten Beamten wurde, sich von dem engen Gesichtskreise ihres hergebrachten Geschäftsganges zu irgend einer höheren Ansicht zu erheben.

Den Anstrengungen, die von allen Seiten gemacht wurden, um die Scheidewand niederzureißen, die jeden einzelnen deutschen

Staat in seinen Verkehrsverhältnissen von dem andern trennte, lag nirgend ein großer politischer Gedanke zu Grunde. Nirgend wurde das Bedürfniß gefühlt, der deutschen Nation an der Stelle der vielen kleinen Vaterländer, in die sie zerfiel, ein großes gemeinsames Vaterland zu geben, die verschiedenen deutschen Stämme, die durch den Bund nur äußerlich an einander geknüpft waren, durch gemeinsame öffentliche Einrichtungen zu einem politischen Ganzen zu vereinen. In Wien begnügte man sich, durch geschickte Unterhandlungen aus der politischen Entwicklung der constitutionellen deutschen Staaten Alles zu entfernen, was in zu schroffem Widerspruche gegen die althergebrachten Einrichtungen des Kaiserstaates gestanden hätte und auf die Stimmung der Bevölkerungen in diesem daher einen nachtheiligen Einfluß äußern konnte. In Berlin hing man noch immer an den Grundsätzen der heiligen Allianz, in der man die sicherste Bürgschaft des Friedens zu finden glaubte, nachdem sie durch die schlecht verhehlte Spannung zwischen Oesterreich und Rußland doch längst jede Bedeutung verloren hatte. Die französische Thronumwälzung erfolgte unter diesen Umständen, wie ein Blitzschlag aus heiterem Himmel. Hatte man auch den Kampf der Parteien in Frankreich nicht unbeachtet gelassen, so war man doch weit entfernt, einen so gewaltigen, die ganze durch das vereinte Europa begründete und verbürgte Ordnung der Dinge mit einem Male umstürzenden Ausbruch für möglich zu halten. Vermehrt wurde der Schrecken, den der weithin hallende Donner der Julischlacht erregte, durch die Ereignisse in Brüssel und in Belgien. Erst jetzt fühlte man, wie unzulänglich die Anstalten waren, die man getroffen, um den Lavastrom der Revolution, wenn er jemals in Frankreich sich einen neuen Krater öffnete, von den eigenen Grenzen abzuhalten. Aber davon hatte Niemand eine Ahnung, daß der Boden, auf dem man selbst stand, unterhöhlt war, daß auch in Deutschland der täuschende Schein der allgemeinen Ruhe und Befriedigung nur ein tiefes Mißbehagen verbarg, welches bei der geringsten Veranlassung sich in gewaltsamen Bewegungen Luft machen sollte, durch die das ganze Gebäude des deutschen Bundes in seinen innersten Grundfesten erschüttert werden mußte.

Zuerst verführte das Beispiel in den benachbarten belgischen Städten Lüttich und Verviers den Pöbel in Aachen (30. August), einen Aufruhr zu erregen, bei dem eine dreifarbige Fahne herumgetragen wurde, bei dem aber sonst von einer politischen Idee keine Rede

war. Zwei Fabrikgebäude, deren Eigenthümer sich durch ihre strenge Ordnungsliebe verhaßt gemacht hatten, wurden geplündert; darauf griff daß Gesindel das öffentliche Gefängniß an, um seine darin verwahrten Genossen zu befreien, wurde aber bei diesem Versuche von der Bürgerschaft, die sich in der Eile bewaffnet hatte, auseinander getrieben. In Elberfeld fand zwei Tage darauf ein Auflauf von Fabrikarbeitern Statt, der völlig zwecklos war und gleichfalls durch das Einschreiten der Bürger gestillt wurde. Wenn auch die preußische Regierung in den Rheinlanden nicht allzu beliebt war, so hatte doch der besonnenere Theil der Bevölkerung keine Neigung, seine Habe der Plünderung des Pöbels preiszugeben, um auf eine recht auffallende Weise seinen Unmuth an den Tag zu legen. In den alten Provinzen Preußens war König Friedrich Wilhelm III. ein zu volksthümlicher Fürst, als daß von irgend einer Seite an eine Auflehnung gegen seine Regierung gedacht worden wäre. Zwar kam es später, nachdem revolutionaire Bewegungen bereits beinahe den ganzen Norden von Deutschland durchwühlt hatten, auch in Berlin und in Breslau zu unruhigen Auftritten, die aber ohne alle politische Bedeutung waren. In Berlin machten am 16. September die Schneidergesellen einen Auflauf, weil mehrere der Ihrigen von der Polizei eingezogen worden waren. Der Tumult, der sich am nächsten Abende wiederholte und durch eine ungeheure Menge Neugieriger vermehrt wurde, mußte durch Anwendung bewaffneter Gewalt zerstreut werden, ging aber ohne weitere Folgen vorüber, als man sah, daß die Regierung entschlossen war, von den ihr zu Gebote stehenden Mitteln zur Erhaltung der Ordnung Gebrauch zu machen. In Breslau durchzog am 27. September ein Haufe Handwerksburschen die Straßen und ließ seinen Muthwillen an den in dieser Stadt sehr zahlreichen Juden aus, bis eine achtunggebietende militairische Macht dem Unfuge ein Ziel setzte. Auch in der alten Hansestadt Hamburg hatte der unruhige Geist, der in alle Gemüther geworfen war, sich gegen die armen Juden gekehrt. Am 31. August wurden mehrere jüdische Jünglinge aus den Kaffeehäusern herausgeworfen, in denen sie sich durch ihr eben nicht sehr ansprechendes Wesen bemerklich machten; und mehrere Tage hindurch schwebte die ganze Judenschaft in Todesangst, da der Pöbel unter wüthendem Geschrei sich zusammenrottete, bis es der Bürgerschaft in Verbindung mit dem regelmäßigen Militair gelang, die Ordnung herzustellen. Auf ähnliche Weise, wie zu Hamburg und Breslau,

äußerte sich der Judenhaß der niederen Volksclassen zu Karlsruhe (am 16. September) und zu Mannheim (am 2. October), wo aber Polizei und Militair ernsteren Ruhestörungen vorbeugten.

Alle diese Vorgänge, obwohl unverkennbare Zeichen einer bis in das niedrigste Volk hinabgedrungenen Aufregung, boten doch nur den Beweis, daß an den Orten, wo sie stattfanden, entweder gar kein Anlaß zu gerechtem Mißvergnügen vorhanden war, oder daß wenigstens die vorhandenen Uebelstände in dem Volke noch nicht klar genug zum Bewußtseyn gekommen waren, um der Unzufriedenheit eine bestimmte Richtung zu geben. Sehr verschiedener Art waren die Ereignisse, deren Schauplatz im Laufe des Septembers das Königreich Sachsen, das Herzogthum Braunschweig und das Kurfürstenthum Hessen war. In Sachsen befand sich der Mittelstand im Allgemeinen auf einer höheren Stufe der Bildung, als in irgend einem andern Staate Deutschlands. Die Regierung, obwohl milde und wohlwollend, war doch im Geiste, wie in den Formen der Verwaltung, weit hinter allen Anforderungen der Zeit zurückgeblieben. Die alte landständische Verfassung, die zuletzt im Jahre 1728 eine Umgestaltung erfahren, war hier immer in anerkannter Wirksamkeit geblieben: aber wenn die Landtage, die alle sechs Jahre gehalten wurden, auch durch ihre Beaufsichtigung des Staatshaushaltes, wie durch ihren Antheil an der Gesetzgebung, nicht ganz ohne Nutzen waren, so mußte ihre Thätigkeit doch schon wegen ihrer veralteten Zusammensetzung aus Prälaten, Ritterschaft und Städten eine sehr einseitige bleiben. Bereits im Jahre 1829 wurde in einem sächsischen Blatte, der Biene, eine Stimme laut, welche die Einführung einer angemessenen Volksvertretung verlangte; der Landtag, der im Januar 1830 zusammentrat, beantragte selbst mehrere wesentliche Verbesserungen, und erreichte wenigstens so viel, daß ihm gestattet wurde, die Steuern statt auf sechs, nur auf drei Jahre zu bewilligen, wodurch seine frühere Wiedereinberufung nothwendig wurde. Die Masse des Volkes nahm jedoch an allem dem so gut als gar keinen Antheil. Fühlbarer wurden dieser die Gebrechen der städtischen Verwaltungen, die in den Händen sich selbst ergänzender Magistrate lagen; und allgemeinen Unwillen erregte der störende Gebrauch, den die städtischen Behörden zu Dresden und Leipzig von der ihnen anvertrauten Polizeigewalt machten, als am 25. Juni das dreihundertjährige Denkfest der Uebergabe der Augsburger Confession im ganzen Lande mit großer Feierlichkeit begangen wurde. In bei-

den Städten hatten zahlreiche Verhaftungen stattgefunden, und in Leipzig waren die Volkshaufen, die sich in den Straßen gesammelt hatten, durch die Stadtsoldaten mit Gewalt auseinandergesprengt worden, wobei es ohne vielfache Verwundungen und schwere Verletzungen nicht abging, und ein junger Mann, der an dem Tumulte gar keinen Theil genommen, sogar getödtet wurde. Noch war der Unmuth, den diese Vorgänge hervorgerufen, in allen Gemüthern lebendig, und die Kunde von den großen Ereignissen in Frankreich hatte denselben zur bedenklichsten Gährung gesteigert, als ein an sich unbedeutender Vorfall, in dem das Volk einen Mißbrauch der polizeilichen Gewalt sah, einen gewaltsamen Ausbruch herbeiführte. Dem Polizeipräsidenten wurden die Fenster eingeworfen, mehrere Mitglieder des Stadtrathes durch Pfeifen und mißtönendes Geschrei verhöhnt und zugleich die Laternen in den Straßen zerschlagen. An den folgenden beiden Abenden wiederholten sich diese Auftritte; mehrere übelberüchtigte Häuser, sowie die Behausungen einiger städtischen Beamten wurden verheert; die Verhafteten aus dem Stadtgefängnisse befreit; die Stadtsoldaten und Polizeidiener, welche einzuschreiten versuchten, zurückgeschlagen. Das Militair, das in unzureichender Zahl vorhanden war, verhielt sich unthätig. Die empörte Volksmasse, die bei allen ihren Ausschweifungen eine gewisse Ordnung hielt, und namentlich weder Plünderungen noch Diebereien duldete, war im unbestrittenen Besitze der Stadt, bis am Morgen des 5. die angesehensten Einwohner die Errichtung einer Bürgergarde beschlossen, die, mit den bewaffneten Studirenden vereint, die Ordnung wiederherstellte. Auch in den nächsten Tagen dauerte die Ruhe ungestört fort; und eine von Dresden zur Untersuchung des Tumultes herübergeschickte Commission konnte ohne Hinderniß ihre Nachforschungen beginnen, die aber freilich ohne Ergebniß blieben, da Niemand den Angeber machen wollte. Inzwischen waren aber auch in Dresden ernste Unruhen ausgebrochen. Ein Haufe Handwerksburschen, unter denen sich besonders die Schlosser- und Schmiedegesellen bemerklich machten, stürmte in der Nacht vom 9. auf den 10. das Rathhaus und das Polizeigebäude, befreite die in dem letzten verwahrten Gefangenen, warf alle Acten auf die Straße hinunter und verbrannte die aufgehäuften Papiermassen unter lautem Jubelgeschrei. Zugleich wurden die Wachen der Altstadt überwältigt; der Rest der Besatzung wurde auf dem Altmarkte zusammengezogen, war aber in zu geringer Zahl, um gegen die Ruhestörer

einzuschreiten. Die schwache Bürgergarde, welche die öffentlichen Kassen schützte, blieb unbelästigt. Am andern Morgen wurde eine außerordentliche Commission unter dem Vorsitze eines königlichen Prinzen niedergesetzt, um die Maßregeln zu ergreifen, welche die Umstände erheischten. Eine Bekanntmachung forderte die Bürgerschaft auf, zur schnellen Abhülfe gegen das strafbare Beginnen der Meuterer mitzuwirken. Binnen wenig Stunden waren 2000 Bürger unter den Waffen und militairisch geordnet, und ebenso schnell verschwanden alle Spuren des Aufruhrs. Dagegen trat eine von den Bürgern gewählte Commission zusammen, um die mannichfachen Uebelstände, über die sie sich zu beschweren hatten, der Regierung zur Anzeige zu bringen. Der hochbetagte kinderlose König Anton, der seinem Bruder Friedrich August am 5. Mai 1827 in der Regierung gefolgt war, ein gütiger Herr, dem es um das Wohl seines Volkes redlich zu thun war, dem aber in diesen bewegten Zeiten die Last der Krone zu schwer wurde, entschloß sich am 13. September, seinen im blühendsten Mannesalter stehenden Neffen, den hochgebildeten und bei allen Ständen beliebten Prinzen Friedrich August, zu dessen Gunsten sein Vater, der jüngere Bruder des Königs, Maximilian auf die Thronfolge verzichtete, zum Mitregenten zu ernennen. Noch an demselben Tage nahm der erste Minister, Graf Detlev von Einsiedel, ein treuer und bewährter Diener seiner Fürsten, der aber in den Vorurtheilen der Vergangenheit ergraut war, seine Entlassung und an seine Stelle trat der freisinnige allgemein verehrte Geheimerath Bernhard von Lindenau; und jetzt folgten rasch auf einander die wichtigsten Verbesserungen, so weit sie ohne die verfassungsmäßige Mitwirkung der Stände möglich waren. Diese wurden auf den 1. März 1831 zum letzten Male in ihrer alten Form einberufen, um zuvörderst über eine alle alte Mißbräuche abstellende, auf dem Grundsatze freier Wahl beruhende Städteordnung und demnächst über den Entwurf einer Verfassungsurkunde zu berathen, die allen Ständen eine gleichmäßige Vertretung und durch die Oeffentlichkeit der Verhandlungen allem Volke eine fortwährende Betheiligung an den öffentlichen Angelegenheiten sicherte. Am 4. September wurde die neue Verfassung, nachdem dieselbe von den Ständen und von der Regierung genehmigt war, als das fortan geltende Grundgesetz des Landes mit großen Festlichkeiten verkündet.

In Kurhessen hatte die strenge Bevormundung, die jede freie Lebensregung erstickte, längst eine allgemeine Mißstimmung erzeugt,

die aber in die innerste Brust zurückgedrängt wurde, so lange weder von innen noch von außen ein Schimmer der Hoffnung auf Abhülfe sichtbar wurde. In der Hauptstadt Kassel kam zu dem allgemeinen Gefühle des Mißbehagens der Druck einer sichtlich zunehmenden Verarmung, die eine Folge der Stockung aller Zweige des Gewerbfleißes war. Die Nachrichten von dem Volkssiege in Paris wurden daher hier mit Begierde aufgegriffen: und die Erläuterungen, mit denen die mündliche Rede diese Nachrichten begleitete, brachten einem Jeden, was in dem verborgensten Grunde seiner Gedanken schlummerte, zum Bewußtseyn. Schon am 2. September hatte der Küfermeister Herbold den Einfall, die Innungen zu einer Besprechung ihrer Beschwerden einzuladen. Das Verbot der Versammlung von Seiten der Polizeibehörde war nicht geeignet, die Aufregung, die sich allmälig auch den untersten Volksclassen mittheilte, zu beschwichtigen. Am 6. September rottete sich das niedere Volk auf den Straßen zusammen und begann die Brotladen der Bäcker zu stürmen, denen man übermäßige Vertheuerung vorwarf. Der Pöbel wurde durch das Militair zerstreut, und mehrere Personen wurden hierbei verwundet, andere als Unruhestifter verhaftet. Am folgenden Tage bewaffnete sich die Bürgerschaft, um gemeinschaftlich mit der Besatzung über die Erhaltung der Ruhe zu wachen. Am 12. kehrte der Kurfürst, der während dieser Vorgänge sich in einem böhmischen Bade befunden hatte, nach seinem Lustschlosse Wilhelmshöhe zurück; und sogleich wurde eine Adresse in Umlauf gesetzt, die dem Fürsten zwar in den ehrerbietigsten Ausdrücken zu seiner Rückkunft Glück wünschte, zugleich aber über den Nothstand der Stadt und des ganzen Landes bittere Klage führte und als das einzige Mittel der Abhülfe die Einberufung der seit vierzehn Jahren nicht versammelten Landstände erbat. In kurzer Frist war diese Adresse mit 1600 Unterschriften bedeckt und eine Abordnung, den Stadtrath an der Spitze, begab sich (am 14.) nach Wilhelmshöhe, um dieselbe dem Kurfürsten zu überreichen. Die Weigerung des Kurfürsten, die Abordnung zu empfangen, die für den folgenden Tag nach dem Palaste in der Stadt beschieden ward, rief die höchste Erbitterung hervor. Tausende waren entschlossen, eher zum Aeußersten zu schreiten, als die Fortdauer der bestehenden Zwingherrschaft zu dulden. Das Militair äußerte unverholen, daß es keinem Befehle Folge leisten würde, die Waffen gegen seine Mitbürger zu gebrauchen. Als am 15. der Kurfürst seinem Versprechen gemäß zur Stadt kam, war der ganze Platz vor

dem Palaste mit bewaffneten Bürgern gefüllt. Die Abordnung der Bürger erhielt den erbetenen Zutritt, und bald wehte ein weißes Taschentuch aus einem der Fenster des Audienzsaales zum Zeichen, daß die Forderung der Bürgerschaft bewilligt sey. Ein schwarzer Handschuh wäre das Zeichen der Zurückweisung gewesen und hätte einen wüthenden Sturm gegen den Palast zur Folge gehabt. Allgemeiner Jubel nahm die kaum noch erwartete friedliche Botschaft auf; am Abend war die Stadt festlich erleuchtet; die Bürgergarde, die auf dem Marktplatze aufgestellt war, wurde von dem Kurprinzen besichtigt, den sie mit freudigem Zurufe begrüßte; und zwischen der Regierung und dem Volke war das beste Vernehmen hergestellt. Vier Tage darauf erschien eine Bekanntmachung, welche die Landstände zum 16. October einberief. Eine Abordnung, die von Hanau eintraf, um dem Kurfürsten eine Adresse zu übergeben, in der neben der Bitte um eine zeitgemäße Verfassung, die zweite um Aufhebung der den Verkehr dieser Stadt hemmenden Mauthämter enthalten war, kehrte, nachdem ihr die Zusicherung geworden, daß auch aus den in den alten Ständen nicht vertretenen Landestheilen Abgeordnete zum Landtage berufen werden sollten, nach Hanau zurück. Der größere Theil ihrer Mitbürger war aber mit dem Erfolge ihrer Sendung übel zufrieden, da sie keinen Bescheid in Bezug auf die verhaßten Mautheinrichtungen mitbrachten. Am Abende des 24. rotteten sich zahlreiche Volkshaufen zusammen, welche die in der Stadt und am Maincanale gelegenen Mauthgebäude angriffen, die darin vorgefundenen Acten und Mobilien verbrannten und darauf, da sie einmal auf dem Wege der Zerstörung waren, auch das Haus eines reichen Kornhändlers verheerten. Am folgenden Tage wurde durch einen von Hanau ausgezogenen Haufen die sogenannte Mainkur, eine an der Grenze gegen das Gebiet der freien Stadt Frankfurt gelegene Zollstätte, zerstört. Die Bewegung theilte sich wie ein Lauffeuer der ganzen Umgegend mit, und in wenigen Tagen waren alle Zollstätten im Hanauischen und Fuldaischen verschwunden. Selbst nach den benachbarten Orten im Großherzogthume Hessen zogen Haufen von Landleuten aus dem Kurhessischen und versuchten hier, dasselbe Spiel zu treiben, so daß eine Abtheilung großherzoglicher Truppen an die Grenze verlegt werden mußte. Erst als der Kurprinz persönlich in Hanau erschien und die Versicherung ertheilte, daß die verhaßte Mauth sofort aufgehoben werden sollte, was freilich thatsächlich bereits geschehen war, wurde die Ruhe vollkommen

wieder hergestellt. Am 16. October wurde die Ständeversammlung nach alter Art in zwei Kammern oder Curien eröffnet. Die Regierung legte derselben einen Verfassungsentwurf vor, der aber den Ansprüchen der aufgeregten Zeit so wenig entsprach, daß er von dem ständischen Ausschusse, in dem sich besonders die Ansichten des Marburger Professors Jordan geltend machten, durchaus umgearbeitet wurde. Die meisten der vorgeschlagenen Veränderungen wurden von der Regierung genehmigt; am 5. Januar 1831 wurde die neue Verfassungsurkunde unterzeichnet und am 9. von den Ministern und den Ständen feierlich beschworen. Am folgenden Tage brachten die Bürger von Kassel dem Kurfürsten zum Zeichen ihrer Dankbarkeit einen Fackelzug; aber schon am andern Morgen verbreiteten sich die ungünstigsten Gerüchte. Die Freundin des Kurfürsten, die vom Volke verabscheute Gräfin Reichenbach-Lessonitz, war aus dem Auslande zurückgekehrt, und auf ihren Antrieb, hieß es, sollte die kaum verkündete Verfassung wieder umgestürzt werden. Darüber kam es zu einem Auflaufe, der die Gräfin bestimmte, ihre Person durch eine schleunige Abreise in Sicherheit zu bringen. Der Kurfürst war auf das Aeußerste verletzt; er wartete nur den Schluß des Landtages ab, der nach der Annahme mehrerer durch die neue Ordnung nothwendig gewordener Gesetze am 9. März erfolgte, um Kassel zu verlassen und seine Residenz nach Hanau zu verlegen. Alle Bemühungen der Kasseler, die den Verlust des Hofhaltes bitter empfanden und den erzürnten Fürsten durch Bitten und Vorstellungen zur Zurücknahme seines Entschlusses zu bewegen suchten, waren vergebens. Der Kurfürst, der den Umgang mit einer schönen und geistreichen Frau dem Lande vorzog, beschloß endlich, um allen ferneren Behelligungen zuvorzukommen, »einstweilen« von der Regierung zurückzutreten und diese seinem Sohne zu überlassen. Er ernannte am 30. September den Kurprinzen zum Mitregenten und begab sich mit der Gräfin und mit seinen vom Vater ererbten Schätzen in das Ausland.

Wilder, als in Hessen und Sachsen, ging es in dem kleinen Ländchen Braunschweig her. Der Herzog Karl, um bei der Demüthigung, die ihm der Bundesbeschluß in Bezug auf seine Verordnung vom 10. Mai 1827 auflegte, nicht persönlich zugegen zu seyn, hatte bereits im Januar 1830 eine Reise nach Paris angetreten, wo er noch zu der Zeit des Ausbruches der Julirevolution verweilte. Die Aeußerungen der Volkswuth, deren Zeuge er war, erschreckten ihn so, daß er die Flucht ergriff, auf der er gezwungen

war, einen Theil des Weges nach Brüssel zu Fuß zurückzulegen. Am 13. August kam er in Braunschweig an, von dem Schreckbilde der Revolution, das ihn aus Paris vertrieben, bis in das Schloß seiner Ahnen verfolgt. Noch war in Braunschweig zwar die Ruhe nicht gestört worden, aber schon wurden an öffentlichen Orten die verfänglichsten Reden über den Herzog vernommen; sein allerdings etwas lächerlicher Rückzug von Paris hatte, was bis dahin von ehrerbietiger Scheu vor dem Landesfürsten noch vorhanden war, aus den Gemüthern getilgt. Der Magistrat, dessen Vertreter im weiteren und engeren ständischen Ausschusse sich allen Schritten der Adelspartei angeschlossen, wagte es, eine Bittschrift an den Herzog zu richten, worin über Nahrungslosigkeit der Bürger und Noth der arbeitenden Classen geklagt und die Einberufung der Stände verlangt wurde, als ob diese der eingetretenen Vertheuerung des Getreides und den Stockungen des Handels zu steuern vermocht hätten. Der Herzog verweigerte die Annahme der Bittschrift; und jetzt erschienen aufrührerische Maueranschläge, die darauf berechnet waren, den Pöbel aufzureizen. Unter den Häuptern des Adels hatten längst geheime Verabredungen stattgefunden, zu denen bei der steigenden allgemeinen Aufregung auch einzelne zurückgesetzte oder mißvergnügte Beamte und Officiere zugezogen wurden. Man kannte die Muthlosigkeit des Herzogs und glaubte durch Einschüchterung Alles bei ihm erreichen zu können. Schlimmsten Falles war man aber entschlossen, offene Gewalt anzuwenden. Am 6. September befand sich der Herzog im Theater, ohne Ahnung von den verbrecherischen Anschlägen, die gegen ihn vorbereitet waren. Die unruhige Bewegung, die sich unter den Zuschauern zeigte, bestimmte ihn, das Schauspiel früher als gewöhnlich zu verlassen. Er hatte sich kaum in den Wagen geworfen, als ein Haufe verdächtiger Menschen, unter denen mehrere Vermummte sichtlich den höheren Ständen angehörten, sich herandrängte und Miene machte, den Pferden in die Zügel zu fallen. Die Geistesgegenwart des Kutschers, der die feurigen Rosse zum schnellsten Laufe antrieb, rettete den Herzog. Der Haufe, der den Wagen mit Steinwürfen und drohendem Geschrei verfolgte, mußte darauf verzichten, eine ernstere Gewaltthat auszuüben. Eine ungeheure Menschenmasse lief auf die Kunde von diesem Vorfalle vor dem Schlosse zusammen, dessen durch das Hauptgebäude und zwei Flügel gebildeter Hof von der Straße durch ein eisernes Gitter getrennt war. Zwei Husarenschwadronen, die den

Befehl erhalten hatten, aufzusitzen, sprengten auf die Volkshaufen ein, die aber, kaum auf der einen Seite zerstreut, sich auf der andern von Neuem sammelten. Zu gleicher Zeit fingen unnütze Buben, mit losem Gesindel gemischt, an, in den Straßen die Laternen einzuschlagen und an verschiedenen öffentlichen Gebäuden die Fenster einzuwerfen. Da die Menschenmasse vor dem Schloßhofe nicht wich, auf dem inzwischen der größte Theil des in der Stadt befindlichen Militairs zusammengezogen war, befahl der Herzog dem commandirenden General von Herzberg, die Menge zu fragen, was ihr Begehren sey. Niemand antwortete, bis ein junger Advocat seine Stimme erhob und »Brot! Landstände!« ausrief, was denn sogleich von Hunderten wiederholt wurde. Den Vorstellungen des alten Generals gelang es endlich, die Gemüther zu beruhigen, und um zwei Uhr des Nachts verlief sich die Menge. Der Herzog, der nach dem Anfalle, dem er am Abende ausgesetzt gewesen war, sich seines Lebens nicht sicher hielt, faßte den Entschluß, eine Reise nach England, die er seit längerer Zeit beabsichtigt hatte, mit dem kommenden Tage anzutreten und ließ noch in der Nacht ansehnliche Geldsummen aus der Kasse der herzoglichen Kammer holen. Am Morgen war die Nachricht von seiner bevorstehenden Abreise in der ganzen Stadt verbreitet, und die Aufregung, die durch zweckmäßige Maßregeln leicht zu beschwichtigen war, wurde dadurch auf's Neue angefacht. Der Stadtdirector Bode, der eine Wiederholung der schon Tages vorher begonnenen Ausschweifungen des Pöbels fürchtete, erlangte nach mehreren vergeblichen Versuchen Zutritt beim Herzoge und erhielt die Erlaubniß, zur Erhaltung der Ruhe die achtbaren Bürger mit den Piken, die sich noch von dem Kriege her im Zeughause befanden, zu bewaffnen. In der Bekanntmachung, die der Magistrat erließ, um die Bürgerschaft hiervon in Kenntniß zu setzen, zeigte er zugleich an, daß der Herzog eine Summe von 5000 Reichsthalern angewiesen habe, um für die nothleidende Bevölkerung Lebensmittel anzuschaffen, daß den bedürftigen Unterthanen die Personalsteuer für das Winterhalbjahr erlassen sey, daß dieselben während des Winters auch mit Feuerungsbedarf versehen, und daß die brotlosen Arbeiter durch Straßenausbesserungen und durch das Niederreißen des alten Kreuzganges am Dome beschäftigt werden sollten. Der Tag verging ruhig, nur erregte es einigen Unwillen, daß den Eigenthümern der dem Schlosse gegenüber gelegenen Häuser angedeutet wurde, sie möchten ihre Erdgeschosse räumen, was darauf

hinwies, daß der Befehl ertheilt war, bei einem neuen Volksauflaufe von den auf dem Schloßhofe aufgefahrenen schweren Geschützen Gebrauch zu machen. Gegen Abend rotteten sich wieder zahlreiche Haufen aus dem niedrigsten Pöbel zusammen, unter denen eine Menge offenbar von außen hereingezogener Fremder bemerkt wurde, und die sich theils gegen das Schloß wandten, theils nach den Plätzen, von denen man vermuthen konnte, daß der Herzog sie berühren würde, wenn er die Stadt verließ. Abtheilungen der bewaffneten Bürger, welche diese Zusammenrottungen zu zerstreuen versuchten, wurden verhöhnt und ihrer Piken beraubt. Der Herzog glaubte jetzt seine Abreise nicht länger verzögern zu dürfen, gewann auf einem Umwege unter Bedeckung eines Reitergeschwaders das Petrithor und fuhr, nachdem ihm der General Herzberg in die Hand gelobt hatte, daß er um jeden Preis das Schloß behaupten werde, auf der Straße nach Hildesheim ab. So wie es bekannt wurde, daß der Herzog entflohen sey, erhob sich aus den Volkshaufen, welche die zum Schlosse führende Straße, den Bohlweg, einnahmen, das wildeste Wuthgeschrei. Schon ermuthigte Einer den Andern, durch das Gitter zu brechen, als General Herzberg, statt die geeigneten Anstalten zur Abwehr zu treffen, sich zum Stadtdirector begab, um mit diesem zu berathen, was zu thun sey. Während seiner Abwesenheit drang ein Haufe, zum Theil mit Aexten und Beilen bewaffnet, durch einen Nebeneingang, der völlig unbesetzt geblieben war, vom Marstalle her in das Schloß, und bald brach aus dem linken Flügel die helle Flamme hervor. Es ist zweifelhaft, ob der wüthende Volkshaufe oder eine Anzahl maskirter Herren, die unter denselben gemischt waren, die Brandstiftung verübt hat. Inzwischen beharrte das auf dem Schloßhofe aufgestellte Militair in seiner Unthätigkeit. Obwohl mehrere alte Soldaten mit Thränen in den Augen um die Erlaubniß baten, die Mordbrenner zu züchtigen, wollte doch keiner der höheren Officiere auf seine Verantwortlichkeit den Befehl geben, die Gewalt mit Gewalt abzutreiben. Da die Volksmasse sah, daß das Militair ihr keinen Widerstand entgegensetzte, wurde der Andrang immer stürmischer. Das Gitter vor dem Schloßhofe wurde durchbrochen; alle Leidenschaften der tobenden Massen waren entfesselt, und es begann ein Auftritt, der in einer deutschen Stadt seit den rohesten Zeiten des Mittelalters nicht seines Gleichen gehabt hat. Viele Hunderte stürzten in das brennende Schloß, in dem die Flamme weiter und weiter um sich griff. Die Einen plünderten, was ihnen des Rau-

bens werth schien; Andere warfen die kostbarsten Hausgeräthe auf den Platz herab, wo sie von der Menge ergriffen und als willkommene Beute davon getragen wurden; Andere drangen in die Keller, um sich an den darin aufbewahrten Weinen und geistigen Getränken gütlich zu thun. Von allen Thürmen der Stadt wurde Sturm geläutet; als aber die Feuerspritzen und die zum Löschen bestimmten Mannschaften herankamen, wurden sie von dem rasenden Pöbel zurückgewiesen, der die Feuereimer benutzte, um Wein aus den Kellern zu holen und ihn den Umstehenden aufzudrängen. So verging die ganze Nacht, während die Feuersäulen aus dem brennenden Schlosse hoch zum Himmel aufstiegen und mit ihrem blutrothen Scheine alle Straßen erleuchteten. Am andern Morgen standen von dem Hauptgebäude nur die ausgebrannten Mauern, der linke Flügel lag in Asche; der rechte allein, der an ein Bürgerhaus stieß, war, weil man nicht auch dieses den Flammen zum Raube lassen wollte, gerettet.

Nachdem das Werk der Zerstörung vollbracht war, wurden die kräftigsten Maßregeln ergriffen, um der Zügellosigkeit des Pöbels Einhalt zu thun. Die in der Eile errichtete Bürgergarde wurde geordnet und mit Gewehren versehen; Patrouillen durchzogen mit dem Einbruche der Dämmerung die Straßen, auf denen nach sieben Uhr nicht vier Menschen zusammenstehen durften, ohne sich einer Verhaftung auszusetzen. Bereits am nächsten Tage vereinigte sich der engere und weitere ständische Ausschuß, um einen außerordentlichen Landtag einzuberufen. Am 10. kam der jüngere Bruder des geflüchteten Fürsten, Herzog Wilhelm, an, der, in preußischen Militairdiensten stehend, durch einen Eilboten von dem Geschehenen unterrichtet worden war. Er wurde mit Jubel empfangen, und vergoß Thränen bei dem Anblicke seines verwüsteten Ahnenschlosses. In einer Bekanntmachung dankte er den Bürgern für den Eifer, den sie bei der Herstellung der Ordnung bewiesen, und versicherte, daß er auch seinerseits nach Kräften zur Erhaltung der Ruhe und für die Wiederkehr glücklicherer Tage mitwirken werde. Abordnungen von Braunschweig und von Wolfenbüttel überreichten ihm Bittschriften, worin er ersucht wurde, sofort die Regierung zu übernehmen. Die Landschaft, die am 27. September zusammentrat, richtete an demselben Tage eine Denkschrift an den Herzog Wilhelm, welche alle die Unbilden aufzählte, die durch die willkürliche, alle Rechtsgrundsätze mißachtende Regierung seines Bruders dem Lande wider-

fahren wären, die Ueberzeugung aussprach, daß der Herzog Karl unter diesen Umständen unmöglich sein Regiment fortsetzen könne, und zum Schlusse die Bitte hinzufügte, daß Herzog Wilhelm, um jeden Zweifel zu entfernen, der die Gemüther von Neuem entflammen könne, die Regierung übernehmen möge. Am folgenden Tage verkündete ein herzogliches Patent, daß Herzog Wilhelm »bis auf Weiteres« die Regierung übernommen habe. Der Herzog Karl selbst hatte am 20. September zu diesem Schritte seine Zustimmung gegeben, in der Voraussetzung, daß sein Bruder die Regierung nur in seinem Namen führen würde. Als jedoch von Braunschweig aus die Vermittelung des Königs von England angerufen wurde, um ihn zur Verzichtleistung auf seine Rechte zu vermögen, und als er sah, daß Herzog Wilhelm diese Berufung unterstützte, beging er eine Uebereilung, die selbst durch die äußerste Unkenntniß der Verhältnisse nicht entschuldigt wird. Er begab sich, von einem Abenteurer, Bender von Bienenthal, den er zum Rittmeister ernannt hatte, begleitet, nach Deutschland zurück und beschloß, die Revolution in Braunschweig durch eine Gegenrevolution zu stürzen. Zu Frankfurt am Main angekommen, nahm er zuvörderst durch eine Acte vom 18. November die seinem Bruder verliehene Ermächtigung zurück und ertheilte darauf dem Baron Bender, der ihn in seinen romanhaften Entwürfen bestärkte, unbeschränkte Vollmacht, der von ihm für rechtswidrig angemaßt erklärten Regierung ein Ende zu machen und alle Maßregeln zur Herstellung der rechtmäßigen Gewalt zu treffen. So wie man in Braunschweig erfuhr, daß Herzog Karl auf deutschem Boden angelangt sey, verbreitete sich eine unbeschreibliche Gährung. Niemand zweifelte daran, daß er mit dem Plane einer Restauration umgehe, und am 21. November entstand sogar das Gerücht, daß er auf Richmond, einem vor der Stadt gelegenen Lustschlosse, das vom Herzoge Wilhelm bewohnt wurde, eingetroffen sey. Am folgenden Tage trat das Officiercorps des regelmäßigen Militairs zusammen und unterzeichnete eine Acte, durch welche sämmtliche Mitglieder sich verpflichteten, nie wieder dem Herzoge Karl zu dienen. Auch wurden alle Compagnien der Bürgergarde, bei 3000 Mann stark, versammelt und ihnen ein Revers mitgetheilt, welcher die Erklärung enthielt, daß man nie und unter keiner Bedingung den Herzog Karl wieder als Landesherrn anerkennen werde, dagegen fest entschlossen sey, dem Herzoge Wilhelm, als rechtmäßigem Landesherrn, jeder Zeit den schuldigen Gehorsam zu leisten. Alles beeilte sich, diesen Revers

zu unterzeichnen, und der Commandeur der Braunschweiger Bürgergarde, Ludwig Löbbecke, richtete an die inzwischen auch in den kleineren Städten des Herzogthums gebildeten Bürgergarden Schreiben, worin er sie von dem Vorhaben des Herzogs Karl, die Ruhe des Landes zu stören, unterrichtete und sie deshalb aufforderte, auf ihrer Hut zu seyn und zur Vereitelung jenes Planes sich bereit zu halten. Herzog Wilhelm erklärte wenige Tage darauf (am 26.), daß die Zustimmung seines Bruders Herzogs Karl zu seiner Uebernahme der Regierung zwar aufgehört habe, daß er aber, da derselbe offenkundig außer Stande sey, die oberste Regierungsgewalt im Lande auszuüben, um dieses nicht neuen Stürmen der Gesetzlosigkeit preiszugeben, als nächster Agnat und überdies von seinem Oheim, dem Könige von Großbritannien und Hannover, dringend aufgefordert, seiner höheren Pflichten eingedenk, sich entschlossen habe, die Verwaltung bis dahin, daß das endliche Schicksal des Landes entschieden seyn werde, fortzuführen. Da man Grund zu der Vermuthung hatte, daß Herzog Karl zuerst den Versuch machen würde, die armen Bevölkerungen der Harzgegenden aufzuwiegeln, so wurde zum Schutze derselben eine Abtheilung des Leibbataillons entsandt, der zahlreiche Freiwillige aus der Bürgergarde auf Wagen folgten. Schon am 28. wurde Herr Bender von Bienenthal, der in dem Augenblicke, wo er die Grenze überschritten, verhaftet worden war, und bei dem man eine Masse Proclamationen gefunden hatte, zu Braunschweig gefänglich eingebracht. Herzog Karl selbst, der einige Tage später in dem preußischen Dorfe Ellrich an der äußersten Grenze erschien, sammelte hier einen Haufen von mehreren Hundert Gebirgsbewohnern, die, durch Geldvertheilungen gewonnen, zum geringsten Theile mit Flinten, meist nur mit Stöcken oder Heugabeln bewaffnet, unter seiner Anführung gegen die Grenze vorrückten. Hier stieß er auf ein schwaches Commando des Leibbataillons, mit dessen Führer, einem Secondelieutenant, er eine Unterredung hatte, die ihn von der Vergeblichkeit seiner Bestrebungen überzeugte. Er kehrte nach Ellrich zurück, nachdem er den zusammengelaufenen Haufen seiner Begleiter entlassen hatte; wurde in der hannoverschen Stadt Osterode durch einen Volksauflauf gezwungen, zu Fuße die Flucht zu ergreifen, und entschloß sich, nachdem er in Coburg sich von seinem Schrecken und seinen Anstrengungen erholt, zum zweiten Male dem deutschen Boden den Rücken zu wenden.

Der deutsche Bund, der auf den Antrag des hannoverschen

Bevollmächtigten bereits am 20. November die unter der vormundschaftlichen Regierung angenommene Verfassung als rechtskräftig bestehend anerkannt hatte, ersuchte durch einen Beschluß vom 2. December den Herzog Wilhelm, die Regierung »bis auf Weiteres« zu führen, und gab den Agnaten anheim, jene bleibende Anordnung für die Zukunft zu treffen, welche die Ruhe und gesetzliche Ordnung in dem Herzogthume Braunschweig erheische. Nachdem Herzog Wilhelm sich hierauf nochmals an seinen zu Paris verweilenden Bruder gewandt, um denselben zu freiwilliger Verzichtleistung zu vermögen, und nachdem dieser jede Zumuthung solcher Art auf das Bestimmteste abgelehnt hatte, kam Herzog Wilhelm mit König Wilhelm IV. von England, als dem Haupte der zweiten Linie des Hauses Braunschweig-Lüneburg, überein, daß die völlige Regierungsunfähigkeit des Herzogs Karl als eine notorische Thatsache auszusprechen, die Regierung im Herzogthume Braunschweig daher als erledigt anzusehen und die Nachfolge dem nach den Hausgesetzen zu derselben berufenen nächsten Agnaten zu eröffnen sey. Indem Herzog Wilhelm diese Entscheidung durch eine Bekanntmachung vom 20. April 1831 zur öffentlichen Kenntniß brachte, übernahm er zugleich die bisher nur als Vertreter seines Bruders geführte Regierung aus eigenem Rechte und ließ sich dem Herkommen gemäß als rechtmäßiger Regent und Landesherr die Huldigung leisten. Inzwischen hatten sich von verschiedenen Seiten öffentliche Stimmen über die Unzulänglichkeit der kaum wiederhergestellten Verfassung erhoben, das Bedürfniß einer zeitgemäßen Umgestaltung derselben wurde allgemein anerkannt, von einer zu diesem Zwecke niedergesetzten Commission wurde daher der Entwurf zu einer neuen, auf dem Grundsatze einer gleichmäßigen Vertretung aller Stände beruhenden Verfassung ausgearbeitet, der, nachdem er von den zum 30. September einberufenen alten Ständen im Allgemeinen genehmigt, von einer ständischen Commission im Einzelnen geprüft, mit den Veränderungen, die er durch diese erfahren hatte, der am 27. August 1832 eröffneten, bereits nach den Bestimmungen der neuen Verfassungsurkunde erwählten Ständeversammlung zu nochmaliger Berathung vorgelegt und, nachdem er von derselben angenommen war, am 12. October 1832 unter dem Namen einer neuen Landschaftsordnung als Grundgesetz des Landes öffentlich verkündet wurde.

Das Beispiel einer erfolgreichen Volkserhebung in dem benachbarten Braunschweig mußte in dem mit diesem durch vielfache Be-

ziehungen auf das Engste verbundenen Königreiche Hannover, das über ganz andere Gebrechen der Verfassung und Verwaltung zu klagen hatte, nothwendig eine gewaltig aufregende Wirkung hervorbringen. Hannover, obwohl dem Namen nach unter der Leitung des als Statthalter im Lande residirenden Herzogs von Cambridge, eines nicht allzu charakterfesten wohlwollenden Prinzen, wurde doch in der That von der sogenannten hannoverschen Canzlei in London, deren Seele der Graf Münster, ein ehrenhafter deutschgesinnter, aber in seinen Standesvorurtheilen erstarrter Mann war, regiert. Im Lande hatte seit der Abstellung der Fremdherrschaft der Adel die einträglichsten und wichtigsten Aemter und damit thatsächlich alle Gewalt in Händen. Bei einem strengen Sinne für Rechtlichkeit war die Verwaltung von dem engherzigsten Geiste geleitet, für den es bezeichnend ist, daß in der Rede, mit der König Wilhelm IV. bei seiner nach dem Ableben Königs Georg des IV. erfolgten Thronbesteigung das brittische Parlement eröffnete, die Erklärung, daß er nur über freie Völker regieren wolle, durch eine leichte Verbesserung der hannoverschen Censur in die nichtssagende Aeußerung verwandelt wurde, daß er nur über treue Völker regieren wolle. Niemand wagte es, über den Druck, der auf allen Ständen, außer dem einzigen bevorrechteten, lastete, Beschwerde zu führen, weil man wußte, daß doch keine Abhülfe zu hoffen war. Zwar hatten schon zu Anfange Septembers zu Lüneburg, Uelzen und an einigen anderen Orten unruhige Bewegungen stattgefunden, die aber mit leichter Mühe im Keime unterdrückt wurden, weil nur Wenige aus den untersten Volksclassen an denselben Theil nahmen. Erst durch die Kunde von dem Aufstande der Braunschweiger wurde auch der Mittelstand zum Nachdenken über seine Lage aufgefordert. Während die Ruhigeren und Besonneneren nach deutscher Art für sich überlegten, auf welche Weise eine Abstellung der unleugbaren das Land drückenden Mißbräuche zu erlangen sey, waren einzelne leichter Aufbrausende bald zu rascher That entschlossen. Zu Osterode, wo die Gemüther in den ersten Tagen des Decembers 1830 durch die Anwesenheit des vertriebenen Herzogs Karl von Braunschweig in besondere Aufregung versetzt waren, kam es zuerst zum Ausbruche. In der Neujahrsnacht, bei fröhlichem Gelage, wurde der in der Stille vorbereitete Plan kund gegeben, den Magistrat durch einen von freisinnigen Männern gebildeten Gemeinderath zu ersetzen und unter dem Vorwande, daß man für die Erhaltung der öffentlichen Ordnung sorgen

müsse, eine Bürgergarde zu errichten, die dem Gemeinderathe als bewaffnete Macht dienen sollte. Alle Städte Hannovers, hieß es, würden sich zu derselben Zeit auf gleiche Weise erheben und mit den Waffen in der Hand von der Regierung eine freie Verfassung und Aufhebung aller so lange ertragenen ungerechten Bedrückungen fordern. Nachdem so Gefährliches und Strafbares laut geworden war, konnten die voreiligen Sprecher nicht zurücktreten. Um einer Untersuchung durch die Behörden zuvorzukommen, wurde in der That eine Bürgergarde errichtet und ein Gemeinderath gebildet, der eine Bittschrift an die Regierung richtete, worin die Abstellung einer ganzen Reihe von Beschwerden verlangt war. Statt aller Antwort erging von Hannover der Befehl, die widerspenstige Stadt mit Militair zu besetzen. Während dieses in Osterode einrückte, die Bürgergarde entwaffnete und die vornehmsten Unruhestifter gefangen nahm, erfolgte in der Universitätsstadt Göttingen ein ähnlicher Ausbruch. Die Veranlassung gab die Nachricht, daß die schwache Besatzung vermehrt werden sollte, um den auch hier befürchteten Unruhen zuvorzukommen. Am 8. Januar, dem Tage, an dem die angekündigten Truppen einrücken sollten, zog eine Anzahl bewaffneter Bürger und Studirender, die Advocaten Eggeling und Seidensticker und die Privatdocenten von Rauschenplatt und Ahrens an der Spitze, auf den Markt und forderte zu der Errichtung einer Nationalgarde auf, welche den drohenden Unruhen steuern, zugleich aber sich an den König mit der unterthänigsten Bitte wenden würde, daß er eine demnächst zu berufende, aus frei gewählten Volksvertretern zusammengesetzte Ständeversammlung über das wahre Beste seines getreuen Volkes berathen lassen und dem Lande eine freie Verfassung gewähren möge. In wenigen Stunden standen 2000 Bürger und 500 Studirende unter den Waffen. Die am Nachmittage ankommenden Truppen fanden die Thore geschlossen und mußten, da sie keinen Einlaß erhielten, wieder abziehen. Am folgenden Tage wurde ein aus zwölf Personen bestehender Gemeinderath gewählt, der sich unter diesem an die französische Schreckenszeit erinnernden Namen alle Befugnisse einer revolutionairen Regierung anmaßte. Die Farben des Fürstenthums Calenberg, Lila, Grün und Roth, wurden aufgesteckt und alle Anstalten getroffen, die Stadt in Vertheidigungsstand zu setzen. Eine von dem glühendsten Hasse eingegebene Druckschrift: »Anklage des Ministeriums Münster vor der öffentlichen Meinung« wurde in vielen Hundert Exemplaren vertheilt und auch auf dem Lande in

weitem Umkreise verbreitet. Aus dem Sollinger Walde erboten sich die kräftigen Bergbewohner der Stadt in Masse zu Hülfe zu ziehen, was aber den vorsorglichen Hausvätern Göttingens doch zu bedenklich und besonders wohl zu kostspielig schien. Statt der Annahme einer solchen Unterstützung wurde eine Abordnung an den Herzog von Cambridge nach Hannover geschickt, welche den Statthalter bat, persönlich nach Göttingen zu kommen, um sich von der Treue der Bürger gegen ihr angestammtes Fürstenhaus zu überzeugen, inzwischen aber den Gemeinderath und die Bürgergarde fortbestehen zu lassen, die, wie ein Theil der Abordnung erklärte, jeden gewaltsamen Angriff abwehren würde. Da ein solches Zugeständniß offenbar die Umwälzung in dem ganzen Lande allgemein gemacht hätte, so ergriff die Regierung zu Hannover die kräftigsten Maßregeln zur Unterdrückung des Aufruhrs. Am 15. Januar standen acht Schwadronen Reiterei und acht Bataillone Fußvolk mit zwei Batterien unter dem Befehle des Generalmajors von dem Bussche vor den Thoren von Göttingen. Nur Wenige der Ueberspanntesten dachten jetzt noch an Vertheidigung. Der größere Theil der Studirenden hatte die Sache von Anfang mehr als einen »burschikosen Spaß« mitgemacht; die Bürger erinnerten sich ihrer Weiber und Kinder, und der Gemeinderath mußte eine Abordnung an den Befehlshaber der Truppen hinausschicken, welche zu capituliren verlangte, aber nur eine Frist bis zum andern Morgen erhielt, um sich ohne Bedingung zu unterwerfen. In der Nacht entflohen die Hauptanstifter des Aufstandes; die gesetzlichen Behörden traten wieder in ihre Rechte ein, und des Morgens um eilf Uhr hielten die Truppen ihren Einzug.

So wenig ernsthaft der Göttinger Aufstand auch war und so schnell er unterdrückt wurde, so tief griff die Bewegung ein, die sich durch denselben dem ganzen Lande mittheilte. Am 15., als man noch erwartete, daß Göttingen sich auf das Aeußerste vertheidigen werde, wurde zu Münden eine Bürgerversammlung gehalten, welche den Beschluß faßte, eine Abordnung in das Hauptquartier des Generals von dem Bussche zu entsenden, die diesen bestimmen sollte, bis auf weiteren Befehl keine Gewalt anzuwenden, und die darauf nach Hannover gegangen wäre, um sich bei dem Herzoge von Cambridge für Göttingen zu verwenden, zugleich aber die zunächst gelegenen Städte Northeim, Eimbeck, Hameln und Hildesheim aufgefordert hätte, ihre Bemühungen gleichfalls durch die Absendung von

Abordnungen zu unterstützen. Der Zweck dieses Schrittes wurde durch die schnelle Uebergabe von Göttingen vereitelt; aber unmittelbar darauf richtete die Stadt Münden eine von der ganzen Bürgerschaft unterzeichnete Bittschrift an den König, welche um eine Verbesserung der Landesverfassung und Einführung einer wahren Volksvertretung bat und alle die Beschwerden aufzählte, deren Abhülfe Noth thue. Dieses Beispiel wurde beinahe in allen einigermaßen bedeutenden Städten des Landes nachgeahmt. Zwar erließ die hannoversche Regierung (am 9. Februar) ein strenges Verbot gegen die Vereine, die an verschiedenen Orten zusammengetreten waren, um die Abfassung und Unterzeichnung von Beschwerdeschriften zu fördern; dadurch wurde aber die bereits allgemein gewordene Bewegung nicht gehemmt. König Wilhelm IV., über die wahre Lage des Landes aufgeklärt, welches er bisher als das glücklichste und zufriedenste betrachtet hatte, ertheilte (am 12. Februar) dem nicht ohne eigenes Verschulden allgemein verhaßten Grafen Münster seine Entlassung, ernannte (am 22. d. M.) den Herzog von Cambridge zum Vicekönig des Landes mit beinahe unumschränkter Vollmacht und machte dadurch der von London ausgehenden Cabinetsregierung ein Ende, welche die vornehmste Ursache aller seit sechszehn Jahren im Lande herrschenden Mißbräuche und Uebelstände war. Die Thronrede, mit der am 7. März die Ständeversammlung eröffnet wurde, entsprach den Erwartungen, mit denen man derselben entgegengesehen, nur zum geringsten Theile. Der großen Verbesserungen, welche das Land in unzähligen Bittschriften verlangte, geschah nur in allgemeinen Ausdrücken Erwähnung; und es blieb den beiden Kammern der Ständeversammlung überlassen, bestimmtere Anträge zu stellen. Nach weitläufigen Verhandlungen, bei denen die Herrenkammer ihr Widerstreben gegen alle Neuerungen unzweideutig genug an den Tag legte, kamen diese überein, eine größere Oeffentlichkeit für ihre eigenen Sitzungen, die Vereinigung der bisher getrennten landschaftlichen und herrschaftlichen Cassen, von denen nur die erste der Beaufsichtigung der Stände unterlag, und endlich die Vorlegung eines neuen, den Bedürfnissen des Landes entsprechenden Verfassungsentwurfes zu beantragen. Am 15. November wurden einer aus sieben höheren Beamten, unter denen die geheimen Cabinetsräthe Rose und Falk und der berühmte Geschichtsforscher Professor Dahlmann die bedeutendsten waren, aus sieben Mitgliedern der ersten und sieben Mitgliedern der zweiten Kammer gebildeten Commission die Grund-

züge eines neuen Staatsgrundgesetzes zu gemeinschaftlicher Berathung vorgelegt. Die Arbeiten der Commission verlängerten sich bis in den Januar des Jahres 1832. Da inzwischen aber die Vollmachten der im Jahre 1826 einberufenen Mitglieder der Ständeversammlung abgelaufen waren, so mußten neue Wahlen ausgeschrieben werden, zu denen jetzt zum ersten Male auch der bisher noch gar nicht vertretene Bauernstand und in den Städten außer den Magistraten auch die Bürgerschaft hinzugezogen wurde. Die neue Ständeversammlung, die am 30. Mai eröffnet wurde, nahm nach langen Erörterungen, bei denen besonders durch die Mißhelligkeiten zwischen den beiden entgegengesetzte Interessen vertretenden Kammern unendliche Schwierigkeiten zu überwinden waren, am 13. März 1833 den vielfach verbesserten Entwurf des Staatsgrundgesetzes an, der, sogleich nach London geschickt, erst im October mit der vom 26. September datirten Bestätigung König Wilhelm's IV. zurückkam und durch die Gesetzsammlung vom 9. October als rechtsverbindlich bekannt gemacht wurde, obwohl darin ohne Beirath und Zustimmung der Stände mehrere Abänderungen getroffen waren, welche nach einer gleichzeitig bekannt gemachten Erklärung des Königs, die Sicherstellung landesherrlicher Rechte und das Beste der Unterthanen bezweckten: ein unseliger Mißgriff, der zwar durch die nachträglich erfolgte unverlangte Zustimmung der Stände wieder gut gemacht wurde, jedoch dessenungeachtet die beklagenswerthesten Folgen herbeiführen sollte.

Nicht in allen deutschen Staaten gab sich die Aufregung, von der die ganze Nation ergriffen war, durch gleich gewaltthätige Ausbrüche kund, weil nicht überall eine gleiche Masse von leicht entzündbaren Brennstoffen gehäuft war; aber selbst an Orten, in denen sich bisher kaum eine Regung der Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten gezeigt hatte, blieb es nicht ohne unruhige Auftritte. In Altenburg erfolgte (am 11. September 1830) ein Auflauf, bei dem das Haus eines hohen Beamten zerstört wurde, und die Ruhe wurde nicht eher wieder hergestellt, als bis der hochbetagte Herzog in der Mitte seiner Bürger erschienen war und die Abstellung mannichfaltiger Gebrechen zugesagt hatte. Dennoch kam es bald darauf unter den Bauern im Amte Kahla zu einem Aufruhr, zu dessen Unterdrückung Militair aus dem benachbarten Herzogthume Sachsen-Weimar herbeigezogen werden mußte. Im Weimarischen selbst fanden an verschiedenen Orten Unordnungen Statt, die namentlich in der

Universitätsstadt Jena eine ernstere Wendung zu nehmen drohten, jedoch ohne die Anwendung gewaltsamer Maßregeln beigelegt wurden. In der den beiden Zweigen der jüngeren Linie Reuß gemeinschaftlichen Stadt Gera wurden bei wiederholten Gelegenheiten (am 16. September 1830 und am 22. und 23. März 1831) arge Ausschweifungen verübt, die nicht eher ein Ende nahmen, als bis die gesammte 500 Mann zählende fürstliche Kriegsmacht zur Herstellung der Ordnung einrückte. In der Hauptstadt des Großherzogthums Mecklenburg-Schwerin versuchte der Pöbel (am 19. September) das Münzgebäude zu stürmen, um die darin liegenden Geldvorräthe zu plündern: das Militair mußte feuern und die Bürgerschaft zu seiner Unterstützung bewaffnet werden, worauf der Großherzog, um dieser seinen Dank zu bezeugen, die lästige Abgabe des Thorsperrgeldes aufhob. In der einst, zu den Zeiten des Hansebundes, berühmten Stadt Schwerin erhob sich die Bürgerschaft gegen den Magistrat, der aus wenigen bevorrechteten Familien sich selbst ergänzte, und erlangte, nachdem eine großherzogliche Commission ihre Beschwerden untersucht hatte, eine neue, den alten Mißbräuchen steuernde Stadtverfassung. Im Großherzogthum Oldenburg, in Sachsen-Coburg und Sachsen-Meiningen, Schwarzburg-Sondershausen, Hohenzollern-Hechingen und Sigmaringen fanden die Fürsten sich veranlaßt, den auch bei ihnen befürchteten Volksbewegungen durch freundliche Zusicherungen und freiwillige Verbesserungen zuvorzukommen.

In den constitutionellen Staaten des südlichen Deutschlands blieb die Ruhe im Ganzen ungestört, weil die Gährung, die auch hier in allen Gemüthern lag, in den freigewählten ständischen Versammlungen einen gesetzmäßigen Ausweg fand. Nur im Großherzogthume Hessen kam unter den Bauern der standesherrlichen Bezirke der Landschaft Oberhessen gegen das Ende des Septembers 1830 ein Aufruhr zum Ausbruche, der, wenn derselbe nicht bloß aus örtlichen Ursachen hervorgegangen und völlig planlos geblieben wäre, die furchtbarste Erschütterung hätte hervorrufen können. Den Anfang machten zusammengerottete Haufen kurhessischen Landvolks, die, nachdem sie die Mauthämter im Hanauischen zerstört hatten, nach dem großherzoglichen Gebiete herüberkamen, um hier das begonnene Werk fortzusetzen. Zu Heldenbergen, auf der Straße von Hanau nach Friedberg, wurde ein solcher Haufe von den Einwohnern zurückgeschlagen; besser glückte es einem andern zu Steinheim, wo alle Zollgebäude zerstört wurden; allgemeinen Zulauf fan-

den die Meuterer aber erst, als sie in das Gebiet der ehemals reichsunmittelbaren Fürsten und Grafen von Isenburg eindrangen. Hier erhob sich Alles, um an den standesherrlichen Beamten, die das arme Landvolk unter dem willkürlichsten Drucke hielten, Rache zu nehmen. »Freiheit und Gleichheit!« war der Ruf des Haufens, der, Trommler vorauf, von einem Dorfe zum andern zog, die männlichen Einwohner mitnahm und, auf diese Weise zu mehreren Tausenden angeschwellt, sich gegen die kleine Stadt Büdingen, den Sitz des Fürsten von Isenburg, wälzte, welche die schwache Besatzung nicht zu halten vermochte, und wo der tobende Schwarm die Wohnung des fürstlichen Einnehmers verheerte und alle öffentliche Actenstücke verbrannte. Von Büdingen ging es nach Merholz und Wachtersdorf, wo die Schlösser der Grafen von Isenburg verheert wurden, nach Nidda, Ortenberg, Bingenheim, Schotten; überall wurden die Behausungen der Beamten verwüstet und geplündert und die Steuerregister, wie alle öffentlichen Papiere, vernichtet. Das Volk, in dem Bewußtseyn, daß es besonders der pedantische Druck des Papierregimentes war, durch den es am härtesten litt, hatte einen so blinden Haß gegen den seiner Meinung nach verderblichen Stoff, daß man sogar damit umging, eine in der Nähe liegende Papiermühle zu überfallen, um die dort aufgehäuften Vorräthe zu zerstören. Die Nachricht von diesen Unruhen erregte in Darmstadt nicht geringen Schreck; am 30. September wurde für alle Orte, wo sich die Aufrührer zeigten, das Kriegsgesetz verkündet; alles irgend verfügbare Militair wurde nach Oberhessen geschickt, um den Aufstand zu dämpfen; und da man in Bezug auf den Erfolg dieses Feldzuges nicht ohne Besorgniß war, wandte sich die großherzogliche Regierung an Baden und Würtemberg, um nöthigenfalls bundesmäßige Hülfe zu erhalten. Der Tumult ging indessen eben so schnell vorüber, wie er gekommen war. Da der große Haufe der Aufrührer keine Führer hatte und überdies weder auf Ordnung geachtet, noch für die nothwendigsten Lebensbedürfnisse gesorgt wurde, so löste derselbe sich bald von selbst auf; die ansässigen Leute und ihre Knechte kehrten nach Hause zurück, und nur das loseste Gesindel trieb sich noch in kleinen Schaaren umher, fand jetzt aber bei mehreren Gemeinden, gegen die es sich wandte, kräftigen Widerstand. Ein solcher Schwarm, der die Dörfer Södel und Wölfersheim in der Wetterau überfallen hatte, wurde von den Einwohnern wieder herausgeworfen, die bei dieser Gelegenheit ein Dutzend der Aufrührer gefangen nahmen.

Der Ortsvorstand von Södel berichtete den Vorfall nach der nahe gelegenen Stadt Friedberg, die eine Besatzung hatte, und erbat sich militairische Hulfe, da aller Wahrscheinlichkeit nach ein neuer Angriff zu befürchten sey. Diesem Begehren wurde am folgenden Tage, dem 1. October, gewillfahrt: die zum Schutze der beiden Ortschaften entsandte Reiterabtheilung fiel aber, da sie keine Feinde vorfand, mit viehischer Rohheit über die friedlichen Einwohner her. In Södel wurde auf die Leute eingehauen, die den einziehenden Reitern freudig entgegenkamen: Männer und Weiber wurden durch Säbelhiebe oder Pistolenschüsse verwundet: ein Förster, der Tages vorher zuerst das Zeichen zum Widerstande gegen die Meuterer gegeben, wurde ergriffen, vor das Dorf geschleppt und durch Säbelhiebe und Stiche so furchtbar zugerichtet, daß er zwei Tage darauf seinen Geist aufgab. Zu Wölfersheim wurde beinahe eben so arg gehaust. Fünf Wölfersheimer wurden verwundet; einer, der bereits schwer verwundet am Boden lag, wurde von seinem Verfolger in diesem Zustande durch einen Pistolenschuß getödtet. Eine Untersuchung, die zwei Monate darauf wegen dieser Vorgänge veranstaltet wurde, ergab die völlige Unschuld der so unmenschlich Gemißhandelten. Das ganze übrige Großherzogthum wurde durch die Bewegung, die einen Theil von Oberhessen ergriffen hatte, nicht berührt.

In Bayern hatte ein an und für sich sehr unbedeutender Vorgang durch die Einwirkung, die er auf das Gemüth des Königs ausübte, die nachtheiligsten Folgen. Ein Paar Studirende der Universität zu München, die in der Christnacht 1830 singend die Straßen durchzogen, hatten in jugendlichem Uebermuthe an zwei Gensdarmen, die ihnen diese Ruhestörung verwiesen, Hand angelegt; andere Studirende, die desselben Weges gingen, wurden darauf verhaftet, jedoch von der Thorwache, nach der sie gebracht waren, wieder freigegeben, weil ihre Freunde und Genossen sich in Masse vor dem Posten sammelten und Gewalt zu brauchen drohten. Des andern Tages wurde der Besatzung der Befehl gegeben, zu der Stunde, wo die öffentlichen Orte geschlossen wurden, die Straßen zu räumen, damit es nicht wieder zu nächtlichem Unfuge käme. Mehrere Personen, die sich der Weisung, nach Hause zu gehen, nicht sogleich fügten, wurden verwundet, andere verhaftet. Darüber entstand eine allgemeine Aufregung. Vor der Hauptwache, auf der mehrere Bürger gemißhandelt seyn sollten, liefen Tausende von Menschen zusammen, die aber durch die ausgesandten Patrouillen zerstreut wurden,

ohne Widerstand zu leisten. Dem Könige wurde dieser Vorfall, welcher nur die Folge der unzweckmäßigen Ausführung einer polizeilichen Maßregel war, als ein Versuch der über ganz Deutschland verbreiteten revolutionairen Verbindungen dargestellt, auch in Bayern eine gewaltsame Umwälzung hervorzurufen. In der That war diese Ansicht in den höheren Kreisen der Gesellschaft so allgemein, daß sogar der berühmte Schelling sich aufgefordert fühlte, eine Rede zu halten, in der er die Studirenden warnte, sich nicht zur Theilnahme an staatsgefährlichen Wühlungen verleiten zu lassen. König Ludwig, obwohl ein kluger, jeder Unterdrückung abgeneigter Fürst, war doch schon durch die Julirevolution tief erschüttert und darauf durch die beinahe mit jedem Tage einlaufenden Nachrichten von neuen Ausbrüchen der Volksleidenschaften im Innersten verdüstert worden. Es schien in dieser Stimmung ihm nicht unglaublich, daß er selbst, von einem Theile seiner Unterthanen verkannt, auf unterhöhltem Boden stehe, und er beschloß, dem revolutionairen Beginnen, wo und unter welcher Gestalt dasselbe in Bayern sich zeigen möge, mit Ernst entgegenzutreten. Der erste Schritt, welcher in diesem Sinne geschah, war gegen die Presse gerichtet. Die Censur war in Bayern bisher, ungeachtet der bekannten Karlsbader Beschlüsse, thatsächlich auf die politischen Zeitungen beschränkt; alle übrige periodische Blätter waren gleich den nicht periodisch erscheinenden Schriften von jeder Beaufsichtigung vor der Ausgabe befreit gewesen. Eine Verordnung vom 28. Januar 1831, die der Handhabung der Preßpolzei in allen anderen deutschen Staaten gegenüber, immer noch sehr gemäßigt war, dehnte die Censur auch auf jene Zeitschriften aus, die ohne eigentliche Zeitungen zu seyn, sich mit innerer oder äußerer Politik beschäftigten; und obwohl den Censoren die gemessenste Vorschrift ertheilt war, das freie Urtheil auf keine Weise zu beschränken, sofern dadurch nicht irgend ein bestimmtes Strafgesetz übertreten war, so konnte es nicht fehlen, daß unter den Herausgebern bisher censurfreier Zeitblätter sich eine große Unzufriedenheit äußerte, die als allmälig wirkliche, durch die gesetzlichen Vorschriften kaum gerechtfertigte Beschränkungen eintraten, auf den ganzen Kreis ihrer Leser überging. Eben so großes Mißvergnügen erregte die Zurückweisung der Vorstellungen, welche die Bürger von Würzburg, Bamberg und Nürnberg an den König richteten, weil den von ihnen gewählten freisinnigen Abgeordneten von Hornthal, Behr und Bestelmeyer, als königlichen Beamten, die Erlaubniß zum Eintritte in die zweite

Kammer versagt worden war. Bei der feierlichen Eröffnung der Ständeversammlung, die am 1. März erfolgte, sprach König Ludwig schöne Worte. »Was in manchem andern Lande nur Wunsch ist,« erklärte er, »besitzt Bayern bereits in seiner Verfassung. Das kann ich sagen: gewissenhafter, als ich, hält Niemand die Verfassung; ich möchte nicht unumschränkter Herrscher seyn. Nicht nur die Verfassung selbst zu beobachten, auch sie beobachten zu lassen, habe ich geschworen; darin werde ich unerschütterlich seyn und unerschütterlich seyn wird der Bayern Treue.« Die Aufregung, welche mit Ausnahme des um politische Dinge durchaus unbekümmerten altbayerischen Hochlandes in Bayern, wie in dem ganzen übrigen Deutschland herrschte, hatte inzwischen auf die Zusammensetzung der Wahlkammer einen Entschluß geübt, der sich schon in den ersten Sitzungen äußerte. Die bittersten Klagen wurden über Maßregeln der Regierung laut, die in gewöhnlichen Zeiten kaum einen Widerspruch erfahren hätten; man wollte wissen, daß eine geheime Polizei bestehe, deren Späher an allen öffentlichen Orten lauerten; daß eine geheime, aus Jesuiten und Jesuitenfreunden zusammengesetzte Verbindung, die Congregation, die verderblichste auf die Unterdrückung der politischen wie der religiösen Freiheit abzielende Thätigkeit entwickle; der Minister des Innern, Herr von Schenk, wurde von allen Seiten mit Vorwürfen überhäuft, denen besonders die Verordnung vom 28. Januar über die Preßpolizei zur Veranlassung diente. Ein Antrag, diese Verordnung für verfassungswidrig zu erklären, führte zu den leidenschaftlichsten Ausbrüchen eines maßlosen Hasses. Der Abgeordnete Schwindel verlangte, daß Herr von Schenk in Anklagezustand versetzt werden sollte; ein anderer Abgeordneter, der diese Forderung unterstützte, der Freiherr von Closen, behauptete, daß das Volk Herrn von Schenk als Bayerns Polignac bezeichne und rief dem Minister zu: »Ich kann mir denken, daß ein Minister, der sich bewußt wäre, den Staat in großen Nachtheil gebracht zu haben und deshalb von der ganzen Nation als Gegenstand des Abscheues behandelt zu werden, am Ministertische ein peinlicheres Gefühl habe, als der Unglückliche am Schandpfahle.« Umsonst wies der Minister des Innern die Grundlosigkeit aller gegen ihn erhobenen Anklagen nach; umsonst vertheidigten mehrere der Regierung anhängende Abgeordnete die angegriffene Verordnung mit Gründen, deren Gewicht kein Besonnener abzuleugnen vermochte, wenn auch die Thatsache, daß sie im Widerspruche gegen Sinn und Wortlaut der Verfassung

stand, dem in Bayern herkömmlichen Sprachgebrauche nach, unzweifelhaft blieb; die Kammer verwarf am 16. Mai zwar den Antrag auf Anklage des verantwortlichen Ministers mit einer Mehrheit von 23 Stimmen (73 gegen 50), sprach aber mit einer Mehrheit von 67 Stimmen (96 gegen 29) aus, daß durch die Preßverordnung die Verfassung verletzt und daher der König um schleunige Aufhebung derselben zu bitten sey. Wenige Tage darauf nahm Hr. von Schenk seine Entlassung. Der zu seinem Nachfolger ernannte Staatsrath von Stürmer legte bereits am 3. Juni ein neues Preßgesetz vor, welches, das freisinnigste bis dahin jemals von einer deutschen Regierung ausgegangene, die Censur auf die Besprechungen auswärtiger Verhältnisse beschränkte, für die sie jedoch auch nur zeitweise und als Ausnahme fortbestehen sollte, und die Beurtheilung der durch die Presse verübten Vergehen Geschwornengerichten zuwies, die zu diesem Zwecke besonders zu bilden wären. Niemand, der in der stürmisch erregten Zeit nicht alle Besonnenheit verloren hatte, konnte verkennen, daß das neue Preßgesetz Alles gewährte, was nach der Verfassungsurkunde billiger Weise zu verlangen und der Gesetzgebung des deutschen Bundes gegenüber möglicher Weise zu erreichen war. Aber die Mitglieder der bayerischen Abgeordnetenkammer verkannten ihre Stellung so sehr, daß sie die Macht zu haben glaubten, auch außerhalb ihres Versammlungssaales Alles durchzusetzen, was sie in demselben mit Stimmenmehrheit beschlossen. Niemand wagte, die Censur zu vertheidigen, nachdem sogar Herr von Schenk in seiner Rechtfertigungsrede zugegeben hatte, daß die Censur ein Uebel sey, und daß er nur um äußerer Rücksichten willen ihre Beibehaltung für nöthig halte. Die Kammer beschloß daher zuerst (mit 103 Stimmen gegen 6), daß die Censur sechs Monate nach Verkündung des Preßgesetzes aufgehoben werden sollte; darauf, als die Kammer der Reichsräthe diesem Beschlusse ihren Beitritt verweigerte und dagegen den gemäßigten Antrag stellte, die Regierung möge ersucht werden, die Hindernisse zu beseitigen, die einer völligen Befreiung der Presse entgegenständen: daß das neue Preßgesetz nicht eher verkündet werden solle, als bis die Censur aufgehoben sey. Umsonst erinnerte der vorläufige Minister des Innern, Herr von Stürmer, daß man durch ein solches Verfahren einen ungleich schlimmeren Zustand verlängere, als er unter dem neuen Preßgesetze möglich sey. Man wollte das Gute nicht, wenn man das Beste nicht haben konnte. Manche nützliche Verbesserungen wurden beantragt, bei

denen man freilich in der Kammer der Reichsräthe beinahe immer auf den hartnäckigsten Widerstand stieß. Die Regierung kam jedoch den Wünschen der Wahlkammer mit Bereitwilligkeit entgegen. Ein von der Wahlkammer angenommener Antrag auf die Erlassung eines Gesetzes zur Sicherstellung der persönlichen Freiheit gegen die Uebergriffe der Polzei und der Militairgewalt, war von den Reichsräthen für überflüssig erklärt worden: die Regierung kündigte an, daß dennoch ein Gesetzentwurf, wie er gewünscht sey, ausgearbeitet werden sollte. Ebenso versprach die Regierung ein Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister, und ein anderes, durch welches Oeffentlichkeit und Mündlichkeit in dem Gerichtsverfahren eingeführt werden würde, vorzulegen. Bei einiger Umsicht hätte die Kammer erkennen müssen, daß der einzige Weg, auf dem sie sich dem gehofften Ziele nähern könne, jener der Verständigung mit der Regierung war; aber mit einer Verblendung, die den Feinden der Freiheit zu wünschen wäre, verschmähte sie jede friedliche Uebereinkunft; und gleichsam um die Macht gegen sich herauszufordern, griff sie den König persönlich in seinen liebsten Neigungen an. Die Voranschläge für den Staatshaushalt waren mit einer Sparsamkeit berechnet, die wenig Veranlassung zu Ausstellungen bot. Nur für einige Prachtbauten waren Summen angesetzt, die sich allerdings nicht durch die unbedingte Nothwendigkeit rechtfertigen ließen. Diese wurden gestrichen; und als man den eifrigsten Wortführern bemerkte, daß es als ein Zeichen der Barbarei gelten würde, wenn man bereits begonnene Kunstdenkmäler verfallen ließe, entgegnete Herr von Closen: Die Ruinen würden nicht ein Zeichen der Barbarei, sondern ein rühmliches Denkmal des ernsten Volkswillens seyn. Auch der Militairetat wurde um eine beträchtliche Summe verkürzt, obwohl derselbe zur Erhaltung der durch die Bundesgesetze verlangten Militairmacht unentbehrlich war. Die Verfassungsurkunde, hieß es, sey älter, als die Matrikel des deutschen Bundes. Daß durch den Landtag, ungeachtet der vielen schönen Reden, die auf demselben gehalten wurden, bei seinem Schlusse (29. December 1831) nur wenig Gutes bewirkt war, konnte unter solchen Umständen nicht befremden. Der König, durch die ultraliberale Ueberspannung, welche die Mehrheit der Abgeordnetenkammer gezeigt, und durch die Rücksichtslosigkeit, die man gegen ihn selbst beobachtet, auf das Tiefste verletzt, entließ die Stände mit einem sehr ungnädigen Abschiede. Von diesem Zeitpunkte ging eine Veränderung in seinen Ansichten vor, die,

wenn sie auch seine ursprüngliche Natur nicht verwischen konnte, ihn doch in gar manchen Beziehungen fortan beinahe als das Gegentheil vor dem erscheinen ließ, was er während seiner ersten Regierungsjahre gewesen war.

In Würtemberg würde die Ständeversammlung, wenn sie in diesen Tagen der allgemeinen Gährung zusammengetreten wäre, der Regierung gegenüber schwerlich eine viel freundlichere Stellung eingenommen haben, als die bayerische. Der Landtag, der in den ersten Tagen des Januars 1830 einberufen war, hatte die Steuern jedoch bis zum 1. Juli 1833 bewilligt; und da die Verfassung der Regierung nur die Pflicht auflegt, innerhalb eines Zeitraumes von je drei Jahren die Stände zu versammeln, so war kein Grund vorhanden, dies früher zu thun, als die Ordnung des Staatshaushaltes es nothwendig machte.

Im Großherzogthum Baden war bereits vor der französischen Julirevolution durch das (am 30. März 1830 erfolgte) Ableben des Großherzogs Ludwig, eines um das Wohl seiner Unterthanen redlich besorgten, aber den ungeschmälerten Besitz einer unbeschränkten Regierungsgewalt eifersüchtig bewachenden Fürsten, eine wichtige Veränderung eingetreten. Sein Nachfolger, Großherzog Leopold, ein siebenzehn Jahre jüngerer Halbbruder des Verstorbenen, bezeichnete den Antritt seiner Regierung auf würdige Weise, indem er den Behörden jede Einmischung in die Landtagswahlen untersagte, die bei dem Erlöschen der Vollmachten der für einen Zeitraum von sechs Jahren gewählten Abgeordneten ausgeschrieben wurden. Auf dem Landtage, der am 17. März 1831 eröffnet wurde und bis zum 31. December desselben Jahres dauerte, fanden sich in der Wahlkammer die freisinnigsten Männer Badens vereinigt. Der Redner des Volkes war vor Allen der greise von Itzstein, dessen Worte am meisten zum Herzen drangen, weil er mit biederer Geradheit immer auf dem kürzesten Wege zum Ziele ging. Neben ihm erwarben sich theils durch unerschütterlichen Freimuth, theils durch rücksichtslose Kühnheit einen Namen, der weit über Badens Grenzen drang, von Rotteck, Duttlinger, Welcker; auch Mittermaier, Beck, Rindeschwender und manche Andere wurden mit Ehren genannt; und mitten in den großen Ereignissen, welche die Zukunft Europa's in ihrem Schooße trugen, hing ganz Deutschland mit athemloser Spannung an den männlichen, wenn auch nicht immer mit vorbedenkender Klugheit abgemessenen Stimmen, die sich in der badischen Wahl-

kammer erhoben. Die badische Wahlkammer leitete in diesen Tagen die öffentliche Meinung, so weit die deutsche Zunge gesprochen wurde; die Gesinnungen, welche in der badischen Wahlkammer mit feuriger Rede vertreten wurden, bestimmten die Ueberzeugung, zu der sich die große Mehrheit der denkenden Männer bei allen deutschen Stämmen im Herzen bekannte. Zehn Monate waren die badischen Stände vereinigt; aber in dieser langen Zeit wurde von ihnen auch eine ungeheure Masse der wichtigsten Arbeiten bewältigt; die wesentlichsten Verbesserungen in Gesetzgebung und Verwaltung wurden theils sogleich durchgeführt, theils für die Zukunft vorbereitet; und das badische Volk, welches nach dem kurzen Jubel über die Verleihung seiner Verfassung, in dieselbe politische Gleichgültigkeit versunken war, wie alle andere deutsche Stämme, ward vor allen zu frischem und kräftigem politischen Leben, zu der regsten nachhaltigen Theilnahme an allen öffentlichen Angelegenheiten erweckt. Wo so Großes erreicht wurde, wäre es unwürdig, an kleinen Verstößen im Einzelnen zu mäkeln. Mochte auch Rotteck ein Ausdruck entschlüpfen, die berühmte »Handvoll Junker«, der eben so ungerecht gegen die Herrenkammer, als unbesonnen gegenüber einem gleichberechtigten Zweige der gesetzgebenden Macht war; mochte auch Welcker zuweilen mit breiter selbstgefälliger Ueberhebung die Schranken parlementarischer Klugheit überschreiten; es wäre ein Verrath gegen die heilige Sache der Wahrheit, wollte man leugnen, daß beide Männer, die, weil sie gewohnt waren, bei den heißesten Kämpfen auf die Bresche zu treten, von den Gegnern mit der größten Last des Hasses überladen wurden, auch da, wo sie irrten, nach bestem Wissen und Gewissen nur das Wohl ihres Vaterlandes vor Augen hatten. Die wichtigsten Verhandlungen, die während der ganzen Dauer des Landtages stattfanden, waren wie in Bayern jene über ein neues der Verfassung entsprechendes Preßgesetz, welches nach Welcker's von der Kammer einstimmig genehmigtem Antrage auf dem Grundsatze vollkommener Preßfreiheit beruhen sollte. Die Regierung zögerte mit der Vorlegung des bereits versprochenen Gesetzes, weil sie wußte, welche Schwierigkeiten dem deutschen Bunde gegenüber die Durchführung haben würde. Darüber drohte das gute Vernehmen, welches bisher zwischen der Kammer und der Regierung bestand, sein Ende zu erreichen. Schon war von einer Verweigerung der Steuern die Rede, als die Regierung den Entschluß faßte, lieber das Mißfallen der großen Höfe zu ertragen, als

sich mit ihrem eigenen Volke zu entzweien. Der Entwurf des Preßgesetzes gewährte der Presse alle Erleichterungen, welche die Bundesgesetzgebung zu gestatten schien. Die zur Prüfung des Entwurfes niedergesetzte Commission faßte die Bestimmungen der Bundesgesetzgebung in anderem Sinne auf, in dem sie auch die Ausgabe der Journale, so wie der weniger als zwanzig Bogen enthaltenden Schriften nur von der vorgängigen Genehmigung der mit der Preßpolizei beauftragten Behörde abhängig machte und für die Beurtheilung der Preßvergehen außerdem die Einsetzung von Geschwornengerichten verlangte. Die Kammer wollte aber von den Beschränkungen, welche die Commission noch zugelassen hatte, nichts wissen; sie verwarf selbst die vorgängige Genehmigung und verstand sich erst, als die Herrenkammer in dieser Beziehung, wie in der Ablehnung der Geschwornengerichte, unbeugsam blieb, dazu, nachzugeben und anzunehmen, was ihr geboten war. Eine ernstere Störung des Einverständnisses, welches zwischen der Regierung und der Wahlkammer in Bezug auf alle wesentliche Fragen bestand, konnte durch einen wohlgemeinten aber sehr unzeitigen Antrag Welcker's herbeigeführt werden. Welcker beantragte: Die Regierung möge sich bei dem Bundestage dafür verwenden, daß alle Bundesstaaten nach den Vorschriften der Bundesacte eine wahre repräsentative Verfassung erhielten, und daß zur Förderung der Zwecke, welche bei der Gründung des deutschen Bundes öffentlich ausgesprochen wären, neben dem Bundestage eine deutsche Nationalrepräsentation geschaffen werde: ein deutscher Volksrath, der zu dem Bundestage in dasselbe Verhältniß träte, wie die Wahlkammer der constitutionellen deutschen Staaten zu den Herrenkammern. Mit Recht fürchtete die Regierung, daß die Erörterung eines solches Antrages, der nur zu sehr geeignet war, die ohne dies vorhandene Aufregung der Gemüther in ganz Deutschland zu einer fieberhaften Höhe zu steigern, das Land der Gefahr eines unmittelbaren Einschreitens von Seiten des deutschen Bundes aussetzen könne. Der freisinnige Staatsrath Winter sprach den dringenden Wunsch der Regierung aus, daß man den Antrag ohne nähere Entwicklung fallen lassen möge; er nebst den übrigen Commissarien der Regierung erklärte, daß sie die Versammlung verlassen müßten, wenn der Antrag bevorwortet würde; dennoch entschied die Kammer sich mit großer Mehrheit dafür, den Antragsteller zu hören. Allgemeiner beistimmender Zuruf nahm die Rede auf, in der Welcker seine Gründe auseinandersetzte. Die

Mehrheit war jedoch zu besonnen, um es auf das Aeußerste ankommen zu lassen; sie faßte den Beschluß, die weitere Erörterung wegen Mangels an Zeit für diesen Landtag zu vertagen; und Herr von Rotteck, der bei der Abwesenheit des Präsidenten den Vorsitz einnahm, verkündete diesen Beschluß, indem er sagte: »Der Antrag geht also nicht an die Abtheilungen der Kammer,« an die er bei weiterer Fortsetzung der Erörterung nach dem Geschäftsgange zur näheren Prüfung gewiesen werden mußte; »aber er geht an die Abtheilungen des deutschen Volkes; Berichterstatter wird die freie Presse seyn, und das große Parlement der öffentlichen Meinung wird darüber zu Gericht sitzen.«

Der Landtag wurde, nachdem diese Klippe beseitigt war, ruhig und friedlich zu Ende geführt; das Preßgesetz wurde ungeachtet der Abmahnungen, die von dem Bundestage an die Regierung ergingen, bekannt gemacht; und Baden war der einzige Staat in Deutschland, der sich einer vollkommen freien durch das Gesetz von den Fesseln der Censur entbundenen Presse erfreute. Leider nur kurze Zeit! Denn der unvorsichtige, ja man kann wohl sagen, der gewöhnlichsten Klugheit ermangelnde Gebrauch, den der zu Freiburg im Breisgau erscheinende Freisinnige, die erste ohne den geistlähmenden Druck der Censur geschriebene deutsche Zeitung von der neuen Freiheit machte, mußte den Gegnern Feinden der freien Presse die Waffen in die Hand geben. Nicht bloß der Freisinnige wurde durch einen Bundesbeschluß unterdrückt, sondern der Großherzog von Baden wurde auch durch den Bund veranlaßt, das ganze Preßgesetz (durch eine Verordnung vom 28. Juli 1832) außer Wirksamkeit zu setzen und die aufgehobene Censur für alle Zeitschriften und Druckwerke von weniger als 20 Druckbogen wieder einzuführen.

Die deutsche Bundesversammlung war durch die revolutionairen Bewegungen des Jahres 1830 eben so überrascht worden, wie alle einzelne deutsche Regierungen. Im ersten Augenblicke hatte bei dem allgemeinen Schwanken aller Verhältnisse eine jede mit sich selbst genug zu thun, ohne an die Nachbarn, ohne an gemeinsame Maßregeln der Abhülfe zu denken. Die beiden großen deutschen Mächte, Oesterreich und Preußen, welche durch die allgemeine Bewegung am wenigsten unmittelbar berührt wurden, begriffen zuerst die Nothwendigkeit, das lose Band des deutschen Bundes fester zusammenzuziehen, wenn das vor fünfzehn Jahren mit so großer Anstren-

gung aufgeführte Gebäude nicht in Trümmern auseinander fallen sollte. Bereits am 18. September 1830 stellte Oesterreich, nach vorhergegangener Verständigung mit dem Berliner Hofe, einen Antrag bei der Bundesversammlung, in dessen Folge diese eine Reihe der wichtigsten durch die Umstände dringend gebotenen Beschlüsse faßte. Es wurde beschlossen, »daß in allen den Fällen, in denen nach den Bestimmungen der Wiener Schlußacte die Mitwirkung der Gesammtheit zur Herstellung der Ruhe und Ordnung in den Bundesstaaten begründet sey, sämmtliche Bundesregierungen zur gegenseitigen Hülfeleistung verpflichtet wären, und daß, sobald eine den Beistand des Bundes bedürfende Regierung sich wegen Dringlichkeit der Gefahr unmittelbar an eine oder die andere benachbarte Regierung mit dem Ersuchen um militairische Hülfe wende, diese sofort im Namen des Bundes geleistet werden müsse, so weit die Kräfte des aufgeforderten Bundesstaates ausreichten. Zur Erreichung dieses Zweckes sollten während der Dauer der obwaltenden außerordentlichen Zeitverhältnisse die Bundescontingente in möglichst verfügbarer Bereitschaft gehalten werden. Um den Bundestag in den Stand zu setzen, in Fällen, in denen es sich um die Erhaltung der Sicherheit und Ordnung in Deutschland handle, seine Maßregeln mit der möglichsten Schnelligkeit zu ergreifen, sollten die Bundesregierungen ihren Bevollmächtigten die ausgedehntesten Instructionen ertheilen. Endlich sollten die Censoren der öffentlichen Blätter politischen Inhaltes auf das Bestimmteste angewiesen werden, bei Zulassung von Nachrichten über stattgefundene aufrührerische Bewegungen mit Vorsicht zu Werke zu gehen und die Bundesbeschlüsse des Jahres 1819 sich gegenwärtig zu halten; so wie ihre Wachsamkeit sich auch auf jene Tagblätter richten sollte, die, auswärtigen Angelegenheiten fremd, bloß innere Verhältnisse behandelten, indem auch diese bei ungehinderter Zügellosigkeit das Vertrauen in die Landesbehörden und Regierungen schwächen und dadurch mittelbar zum Aufstand reizen könnten.« Indem der deutsche Bund diese Beschlüsse faßte, sprach er zugleich die Hoffnung aus, »daß die auf verschiedenen Punkten Deutschlands sichtbar gewordene Aufregung bald der ruhigen und besonneren Ueberzeugung von dem Werthe des innern Friedens weichen und in der Weisheit der deutschen Regierungen ihr Ziel finden werde, da zu erwarten sey, daß diese Regierungen einerseits gerechten Beschwerden, wo solche beständen und auf gesetzlichem Wege vorgebracht würden, mit landes-

väterlichem Sinne abhelfen, die ihnen bundesgesetzlich obliegenden Verpflichtungen gegen ihre Unterthanen erfüllen und auf diese Weise jeden Vorwand zu sträflicher Auflehnung beseitigen, andererseits aber auch eben so wenig einer unzeitigen oder mit ihren Bundespflichten unvereinbaren und für die Gesammtheit gefährlichen Nachgiebigkeit Raum geben würden.« Schon in diesen Beschlüssen lag die Andeutung, daß die großen Mächte, von denen dieselben angeregt waren, den deutschen Bund für berechtigt hielten, auch auf die inneren Angelegenheiten der einzelnen Bundesstaaten einen Einfluß zu üben, der bisher noch niemals in Anspruch genommen war. Noch wagte man es aber nicht, die Grenzen zu bestimmen, bis zu denen dieser Einfluß ausgedehnt werden sollte, da, wenn man auch der inneren Bewegungen in Deutschland mit leichter Mühe Herr geworden wäre, doch die äußere Lage zu wenig gesichert erschien, um nicht die ernsteste Sorge hervorzurufen. Denn wenn man auch alle Ursache hatte, in die friedlichen Gesinnungen, welche die neue Regierung in Frankreich unmittelbar nach ihrer Einsetzung aussprach, unbedingtes Vertrauen zu setzen, so blieb es doch sehr zweifelhaft, ob diese selbst die Kraft haben würde, den kriegerischen Geist der französischen Nation, der durch den Anblick der dreifarbigen Fahne von Neuem geweckt war, innerhalb seiner Grenzen zurückzuhalten. Schon war ohne einen Schwertstreich das Bollwerk gefallen, welches man durch die Errichtung des Königreiches der Niederlande im Nordwesten geschaffen hatte. Die schweizerische Eidgenossenschaft, dazu bestimmt, im Südwesten ein eben so mächtiges Bollwerk zu bilden, war von Unruhen durchwühlt, die sie bei dem Ausbruche eines Krieges gleichfalls ohne Kampf dem Feinde in die Hände liefern mußten. Während auf diese Weise die deutschen Grenzen gegen Westen gerade da, wo man es am dringendsten nothwendig gefunden hatte, sie zu verstärken, von ihren Schutzwehren entblößt waren, hatte der Sturm der Revolution, der an den Ufern der Seine nur drei Tage bedurfte, um ein uraltes Königsgeschlecht zu stürzen, nachdem er den ganzen Norden von Mitteleuropa durcheilt und auf seinem Zuge überall hier flüchtigere, dort tiefer eingreifende Spuren zurückgelassen, im fernen Osten an den Ufern der Weichsel den lange unter der Asche glühenden Funken der Freiheits- und Vaterlandsliebe eines schwer mißhandelten Volkes zur hellen Flamme angefacht und einen Brand entzündet, dessen Widerschein weithin bis in die dunkeln Wälder von Litauen und über die grü-

nen Steppen der Ukraine leuchtete. Das Volk der Polen, seit sechzig Jahren ein Spiel der treulosen Politik und der unverständigen Habsucht seiner Nachbarn, hatte sich mannhaft zur Wiedereroberung unverjährbarer Rechte erhoben und bot unter dem Zujauchzen des ganzen gesitteten Europa der erdrückenden Uebermacht des russischen Riesenreiches Trotz. Durch die belgische Revolution und durch den polnischen Aufstand war Preußen gefesselt. Oesterreich, das seine geheimen Wünsche dem Unabhängigkeitskampfe der Polen nicht vorenthielt, war vollauf beschäftigt, die Regungen des Unabhängigkeitssinnes niederzudrücken, die auf der Halbinsel des Apennins unter den zum Bewußtseyn ihres gemeinschaftlichen Volksthumes erwachenden Bevölkerungen der kleineren italienischen Staaten zum Ausbruche kamen. So lange dieser Zustand der Unsicherheit in allen auswärtigen Beziehungen herrschte, konnte man an eine kräftige Herstellung und Befestigung der Ordnung im Innern des deutschen Bundes nicht denken. Der Bundestag beharrte daher in beobachtender Unthätigkeit, bis das unglückliche Polen, von allen Seiten verlassen, von dem befreundeten Frankreich, auf das es sein ganzes Vertrauen setzte, durch trügerische Versprechungen gelähmt und von den begabtesten seiner eigenen Söhne verrathen, in seinem letzten verzweiflungsvollen Ringen erlegen war.

Das Mitgefühl, welches in ganz Deutschland für die gute Sache des polnischen Heldenvolkes sich aussprach, gab dem Bundestage die erste Veranlassung, die Wiederaufnahme seiner Thätigkeit in Bezug auf die inneren Angelegenheiten Deutschlands an den Tag zu legen. Von verschiedenen Seiten waren mit zahlreichen Unterschriften bedeckte Eingaben an die Bundesversammlung gerichtet worden, welche dieselbe aufforderten, zu Gunsten Polens einzuschreiten, um durch die Herstellung der alten Zwischenmacht die deutschen Grenzen im Osten zu sichern. Am 27. October faßte der deutsche Bundestag einen Beschluß, der das Sammeln von Unterschriften zu Vorstellungen oder Adressen an die Bundesversammlung über öffentliche Angelegenheiten des deutschen Bundes untersagte, weil darin ein das Ansehen der Bundesregierungen und die öffentliche Ordnung und Ruhe gefährdender Versuch gesehen werden müsse, auf die gemeinsamen Angelegenheiten und Verhältnisse Deutschlands einen ungesetzlichen Einfluß zu üben. Vierzehn Tage später (am 10. November) wurde ein anderer Beschluß gefaßt, der mit Bezugnahme auf die Mißbräuche der Presse, die in der letzten Zeit auf

bedauerliche Weise um sich gegriffen hätten, den Bundesregierungen die Verpflichtung in Erinnerung brachte, die sie gegen einander übernommen, bei der Aufsicht über die in ihren Ländern erscheinenden Zeitungen, Zeit- und Flugschriften mit wachsamem Ernste zu verfahren und diese Aufsicht dergestalt handhaben zu lassen, daß dadurch gegenseitigen Klagen und unangenehmen Erörterungen möglichst vorgebeugt werde. An demselben Tage wurde die in Folge der Karlsbader Beschlüsse eingesetzte Commission zur Beaufsichtigung der Presse, die seit langer Zeit ganz unbeschäftigt geblieben war und kaum dem Namen nach fortbestanden hatte, durch neue Wahlen ergänzt; und kaum waren acht Tage vergangen, als die Wirksamkeit dieser Behörde sich bereits durch das Verbot eines zu Straßburg erscheinenden Tagblattes »das constitutionelle Deutschland« äußerte, welches allerdings in seinem Tone und in seiner ganzen Haltung nicht allein alle Schranken der Mäßigung, sondern des gewöhnlichsten Schicklichkeitsgefühles überschritt. Am 2. März 1832 folgte auf dieses Verbot ein anderes, welches die beiden in Rheinbayern erscheinenden Zeitschriften, »die deutsche Tribune« und den »Westboten,« so wie die zu Hanau herausgegebenen »neuen Zeitschwingen« betraf. Die unverholen revolutionaire Richtung, welche diese Blätter eingeschlagen, hatte denselben längst selbst die freisinnigsten Männer, die nur noch einige Besonnenheit bewahrten, entfremdet; und ihre Unterdrückung erregte daher nur in jenen Kreisen Bedauern, die auch in Deutschland den Umsturz aller gesetzlichen Ordnung sich zum Ziele gesetzt hatten. Die gewaltsamen Erschütterungen, die in einem großen Theile Deutschlands stattgefunden, verbunden mit den Veränderungen, die in den Verfassungen, in der Verwaltung und Gesetzgebung der meisten Bundesstaaten eingetreten waren, hatten aber die Leidenschaften der urtheillosen Masse so tief von ihrem untersten Grunde aufgerührt, daß keine Hoffnung vorhanden war, weder durch billige Zugeständnisse, noch durch schonende Anwendung der bestehenden Gesetze eine dauernde Beruhigung der Gemüther zurückzuführen. In Rheinbayern, wo die Aufregung seit dem fruchtlosen Ausgange des bayerischen Landtages von 1831 in stetem Wachsen begriffen war, drohte offener Aufruhr, bei dem man auf die Hülfe der Franzosen rechnete. Die große Volksversammlung, die am 27. Mai 1832 auf den Burgtrümmern zu Hambach gehalten wurde, und zu der aus einem weiten Umkreise viele Tausende zusammengeströmt waren, hatte die revolutionairen Plane

einer täglich sich verstärkenden Partei ohne Rückhalt kund gegeben. Aehnliche Versammlungen wurden in Baden, in beiden Hessen, im bayerischen Franken unter nicht viel geringerem Zulaufe veranstaltet. Zu gleicher Zeit breitete ein Verein, der, anfangs zu dem Zwecke einer Unterstützung der durch die beschränkende Aufsicht der Regierungen unterdrückten Presse gestiftet, allmälig eine entschieden revolutionaire Richtung angenommen hatte, seine Verzweigungen über ganz Deutschland aus. Unter diesen Umständen wäre längeres Abwarten von Seiten der Regierungen einer freiwilligen Verzichtleistung auf die Gewalt gleichgekommen. Man hatte unter den Maßregeln, die zu ergreifen waren, keine Wahl. Nur die äußerste durchgreifendste Strenge bot Rettung. Selbst jene Fürsten, die bisher, dem Bunde gegenüber, am eifersüchtigsten über der Erhaltung ihrer Souverainitätsrechte gewacht hatten, zögerten jetzt nicht länger, dem Bundestage eine beinahe unbeschränkte Macht zu übertragen. Die Maßregel, die der Bundestag durch seine Beschlüsse vom 28. Juni und vom 5. Juli 1832 ergriff, haben viele der schönsten Hoffnungen des deutschen Volkes gebrochen, sie haben die edelsten Regungen des wiedererwachten deutschen Volksgefühles auf lange Jahre zurückgedrängt; sie haben die verbrieften Rechte aller unter constitutionellen Verfassungen lebenden deutschen Stämme offenbar verletzt; aber sie haben die gesetzliche Ordnung, den Bestand des deutschen Bundes und die Möglichkeit einer freien gesetzmäßigen, langsam fortschreitenden, aber nichts übereilenden organischen Entwicklung aller im deutschen Volke liegenden Kräfte und Anlagen für die Zukunft gerettet. Die Unterdrückung, die sie in ihrem Gefolge führten, ist nicht den deutschen Regierungen, sondern jenen unsinnigen Aufwieglern zur Last zu legen, die in alberner Selbstüberschätzung ihrem Vaterlande das beschränkte Maß ihrer Einsicht zum Gesetze auflegen wollten, ohne zu bedenken, daß sie selbst bei dem Gelingen ihrer Entwürfe nur ganz Deutschland in eine Zerrüttung gestürzt hätten, die es den Fremden zur willkommenen Beute überliefern mußte.

Drittes Hauptstück.

Der polnische Freiheitskampf.

Wenn das äußere Wohlbehagen allein das Glück der Menschen und der Völker begründete, so würde sich das dem russischen Scepter unterworfene Königreich Polen zu keiner früheren Zeit in einem glücklicheren Zustande befunden haben, als seit seiner Verbindung mit dem großen Zaarenreiche. Strenge Ordnung herrschte in der Verwaltung; Ackerbau, Handel und Gewerbe blühten. Treffliche Straßen durchschnitten Gegenden, die einst ein unwegsamer Morast waren. In den Städten und selbst in den Dörfern verbreitete sich eine Wohlhabenheit, die das Land in den alten Tagen seiner Unabhängigkeit niemals gekannt hatte. Auch konnte man sich über Unterdrückung der persönlichen Freiheit nicht beklagen, da einheimische Gesetze von eingebornen Richtern gehandhabt wurden. Und dennoch zeigte sich unter dem gebildeteren denkenden Theile der Bevölkerungen, bei dem man für die Vortheile seiner Lage die größte Empfänglichkeit voraussetzen durfte, eine allgemeine Unzufriedenheit, die nur den Herrschern gegenüber sich hinter dem durchsichtigen Schleier einer erheuchelten Ergebenheit verbarg. Der Pole ist unter allen slavischen Stämmen der lebhafteste und beweglichste; so leicht er jeden Eindruck annimmt, eben so leicht vergißt er ihn; nur ein Gefühl ist bei ihm stark, tief und in jeder Lage unveränderlich: dies ist die Liebe zum Vaterlande. Unvergeßlich schwebte jedem Polen auch nach der letzten Theilung seines viermal zerstückten Landes die alte Größe und Macht, der alte Ruhm, die alte Freiheit und Unabhängigkeit desselben im Gedächtnisse. Gegen diese Erinnerung ließ er keine Schadloshaltung gelten. Welche Wohlthaten die russische Regierung dem Lande, dem sie seinen alten Namen zurückgegeben, auch erzeigen mochte, so konnte sie deshalb dennoch niemals auf Dankbarkeit rechnen. Kaiser Alexander mit seinem edeln weichen Gemüthe, der für die Polen das Beste im Sinne trug, wurde durch

diese Erfahrung im Innersten verletzt. Er hatte bei der Errichtung des Königreiches einen politischen Fehler begangen, der aber, wenn nicht seiner Staatsklugheit, um so mehr seinem Herzen zur Ehre gereichte. Er begriff, daß es eine Ungerechtigkeit wäre, die gebildeten Polen nach demselben Gesetze eiserner Willkür zu regieren, wie die rohen selbst in den höchsten Schichten der Gesellschaft kaum für europäische Gesittung vorbereiteten Russen, und gab ihnen daher eine freie Verfassung, ohne zu bedenken, daß sie von dieser keinen naturgemäßeren Gebrauch machen konnten, als um auch die volksthümliche Unabhängigkeit und Selbständigkeit zu erringen, die ihnen allein vorenthalten wurde, und ohne welche die politische Freiheit bei dem besten Willen des Gebers immer nur ein Scheingeschenk bleiben mußte. Als in den Verhandlungen des Reichstages, als in der Presse dieses Bestreben sich aussprach, nahm er dasselbe für eine persönliche Beleidigung, verschärfte, um demselben entgegen zu treten, die anfangs gelinde geübte Censur, entfernte durch gewaltsame Maßregeln die unruhigsten Köpfe aus der Landbotenkammer und entzog durch die Zusatzacte vom 13. Februar 1825 dem Reichstage die Oeffentlichkeit seiner Sitzungen. Die Folge war die gewöhnliche jedes gesetzwidrigen Druckes. Die Gemüther wurden nicht beruhigt, sondern aufgeregt und erbittert. Die geheimen Gesellschaften, die sich bereits in der ersten Zeit des Königreiches gebildet hatten, um über Entwürfen zur Wiedererlangung der verlorenen Unabhängigkeit zu brüten, vermehrten sich und breiteten sich über die engen Grenzen des neuen Königreiches bis zu den äußersten Grenzen aus, zu denen einst der polnische Name gereicht hatte. Schon in den letzten Tagen des Kaisers Alexander wurden zwischen diesen und den geheimen revolutionairen Vereinen in Rußland Verbindungen angeknüpft, die ungeachtet aller Vorsicht, welche die Polen beobachtet hatten, nach der Unterdrückung des Militairaufstandes, den die russischen Verschwornen bei der Thronbesteigung des Kaisers Nikolaus in St. Petersburg angestiftet, durch die Geständnisse der ersten auch zu der Entdeckung des Daseyns der verbündeten polnischen Vereine führten. Im Juni 1826 wurde eine aus Russen und Polen gemischte Untersuchungscommission niedergesetzt, die zahlreiche Verhaftungen vornehmen ließ und gegen das Ende des Jahres einen Bericht erstattete, aus dem mit unzweifelhafter Gewißheit hervorging, daß ein weit verzweigter Geheimbund bestanden hatte, dessen Zweck die Herstellung des alten unabhängigen Polenreiches war, und dessen Mit-

glieder schwören mußten, alle Kräfte aufzubieten und nöthigenfalls Gut und Blut aufzuopfern, um die Wiedergeburt ihrer unglücklichen geliebten Mutter herbeizuführen. Nach dem Eingeständnisse mehrerer der Verhafteten hatten sie die Absicht, sobald Rußland in einen auswärtigen Krieg verwickelt wäre, einen Aufstand in Masse zu bewirken, die Constitution vom 3. Mai auszurufen und die von dem Königreiche getrennten altpolnischen Provinzen wieder mit demselben zu vereinigen. Das Urtheil über die Theilnehmer an der Verschwörung wurde dem Senate, als dem höchsten Reichsgerichte, übertragen. Die Augen des ganzen Landes waren auf diese Versammlung gerichtet, in der die Häupter seiner vornehmsten Familien ihren Sitz hatten. Nach dem Buchstaben des Gesetzes war an der Schuld der Angeklagten nicht zu zweifeln. Aber die Wünsche, die sie zu verwirklichen gestrebt hatten, lagen in der Brust jedes Polen und wurden eben so von den Richtern, wie von dem geringsten Edelmanne, der selbst hinter dem Pfluge herging, getheilt. Gleichgültig war nur der Landmann, der unter der alten Republik, an die Scholle gefesselt, sich in einem Zustande völliger Rechtlosigkeit befunden und keine Zeit gehabt hatte, die Vortheile kennen zu lernen, welche die Constitution vom 3. Mai ihm zudachte. Eine Verurtheilung würde die Richter der allgemeinen öffentlichen Verachtung preisgegeben haben. Der Senat sprach die Angeklagten mit allen Stimmen gegen die einzige des Generals Vincenz Krasinski frei. Der Verwaltungsrath, von dem Kaiser beauftragt, das Urtheil zu prüfen und zu erforschen, von welchen Beweggründen die Richter geleitet gewesen wären, erklärte, der Senat habe wegen Mangelhaftigkeit der Gesetze nicht anders urtheilen können. Darauf wurden die Verhafteten in Freiheit gesetzt.

Dieser Ausgang erfüllte ganz Polen mit einer Freude, die bei dem entscheidendsten in offener Schlacht erkämpften Siege nicht größer hätte seyn können; er erschien als eine feierliche von den Vätern und Gesetzgebern des Landes allen früheren Unternehmungen gegen die bestehende Ordnung ertheilte Genehmigung und zugleich als eine Vollmacht für alle künftige Versuche zum Umsturze der Regierung. Von diesem Augenblicke wurde in Polen der Entschluß, die fremde Herrschaft abzuwerfen, allgemein, ja man kann sagen, daß von dieser Zeit an selbst die Luft in Polen revolutionair wurde. Die alten revolutionairen Vereine stellten ihre Thätigkeit ein, weil sie, einmal der über ihren Häuptern schwebenden Gefahr entgangen, nicht geneigt waren, dieselbe zum zweiten Male über sich heraufzubeschwören.

Neben ihnen entstanden aber unter der studirenden Jugend, wie unter der Jugend des Heeres andere geheime Verbindungen, die mit um so größerer Rücksichtlosigkeit darauf hinarbeiteten, einen gewaltsamen Ausbruch hervorzurufen, je weniger sie selbst im Stande waren, die Folgen zu übersehen und zu berechnen. Eine dieser Verbindungen, die unbedeutendste durch die untergeordnete Stellung ihrer Theilnehmer, war dazu berufen, durch die tollkühne Verwegenheit ihrer Führer die bedeutendste Rolle zu spielen. Der Gardelieutenant Peter Wysocki stiftete im December 1828 einen Geheimbund, der sich die Befreiung Polens zum Ziele setzte, und dem außer einigen jüngeren Officieren bald sämmtliche Zöglinge der Unterfähnrichschule, an zweihundert junge Männer von militairischer Bildung und Disciplin, beitraten. Da man wußte, daß Rußland in dem ersten Feldzuge des türkischen Krieges ungeheuere Verluste erlitten hatte, so war der Monat März oder der Zeitpunkt vor der Eröffnung des zweiten Feldzuges zum Ausbruche bestimmt. Später verschob man diesen jedoch bis in den Mai, weil man erfuhr, daß Kaiser Nikolaus in diesem Monate mit seiner ganzen Familie nach Warschau kommen würde, um sich zum Könige von Polen krönen zu lassen, und weil sich dadurch eine Gelegenheit zu bieten schien, das ganze kaiserliche Haus mit einem Schlage zu vernichten. Es wurde jetzt die Verabredung getroffen, daß dem Kaiser unmittelbar vor der Krönung eine von mehreren Landboten unterzeichnete Bittschrift um Zurücknahme des die Oeffentlichkeit der Sitzungen aufhebenden Zusatzartikels übergeben werden, und daß deren Zurückweisung, an der nicht zu zweifeln war, den Verschwornen zur Veranlassung des Losbruches dienen sollte. Der Kaiser kam, die Bittschrift, obwohl nur von Wenigen unterzeichnet, wurde überreicht, aber den Landboten, die in das Vertrauen gezogen waren, entsank im entscheidenden Augenblicke der Muth. Das verabredete Zeichen wurde nicht gegeben. Der Kaiser entging einer Gefahr, von deren Daseyn er keine Ahnung hatte: und da wenige Monate später der türkische Krieg für Rußland glücklich beendigt und der allgemeine Friede in Europa von Neuem befestigt wurde, so verloren die Verschwornen allmälig alle Hoffnung zur Verwirklichung ihrer verbrecherischen Entwürfe, und die Verschwörung selbst begann zu erlöschen, als im Sommer 1830 die französische Julirevolution wie ein elektrischer Schlag alle Gemüther durchzuckte.

Neue Plane wurden jetzt entworfen. Die Verschwörung zu neuem Leben erweckt, breitete sich im Heere, unter den Mitgliedern

der Verwaltung, in der studirenden Jugend und unter allen Ständen des Volkes aus. Man kam überein, daß der Aufstand, zu dem inzwischen alle Vorbereitungen in der Stille zu treffen wären, nicht eher als im nächsten Frühjahre erfolgen sollte, weil man mit Gewißheit voraussetzen zu können glaubte, daß bis dahin ein allgemeiner Krieg entbrannt seyn würde. So groß die Zahl der in das Geheimniß Eingeweihten war, so wurde dieses doch von Allen treu bewahrt. Dennoch war es bei der Stimmung, die in der Hauptstadt in allen Classen der Bevölkerung herrschte, nicht zu verhindern, daß sich nicht Gerüchte über eine bevorstehende Revolution verbreiteten, die sich durch Anschläge an den Straßenmauern und auf die verschiedenartigste Weise äußerten. Die jungen Leute in der Fähnrichschule wurden ungeduldig und drangen auf Beschleunigung des Ausbruches. Einer der Unterfähnriche, der nur im Allgemeinen unterrichtet war, verzweifelte, als er das sinnlose Treiben und Drängen seiner Cameraden sah, an dem Erfolge und machte dem Großfürsten Konstantin Anzeige von dem, was er wußte, indem er bemerkte: er wolle sein Vaterland vor einer Revolution retten, die niemals gelingen könne. Der Großfürst Konstantin, eine wilde unbezähmbare trotzige Natur, aber bei all seiner Rohheit der Großmuth und der edelsten Regungen einer starken Seele fähig, stand seit dem Jahre 1818 unter dem Titel eines Oberbefehlshabers an der Spitze der Civil- und Militairverwaltung im Königreiche Polen, wie in den russisch-polnischen Provinzen. In zweiter Ehe mit einer Polin, der schönen Fürstin von Lowicz, vermählt, hatte er die Polen liebgewonnen und gab ihnen vor seinen eigenen Landsleuten, den Russen, den Vorzug. Das polnische Heer, das er mit roher Strenge, mit kleinlicher Pedanterie, aber zugleich mit leidenschaftlicher Liebhaberei ausgebildet hatte, war wegen seiner vollendeten kriegerischen Haltung und Schlagfertigkeit, die er als sein Werk betrachtete, sein höchster Stolz; er setzte auf die Treue seiner Soldaten ein unbedingtes Vertrauen und verachtete deshalb alle Warnungen, die ihm zukamen. Wysocki und dessen Verbündeter, der Zahlmeister Urbanski, gegen welche die bestimmteste Anklage erhoben war, wurden zwar verhaftet, jedoch nach einem leichten Verhöre wieder freigelassen: und die einzige Vorsichtsmaßregel, die der Großfürst zuließ, war, daß der Fähnrichschule der Verkehr mit der Stadt untersagt wurde. Ein Umstand bestimmte die Verschwornen, die sich bald ihrer gewöhnlichen Sorglosigkeit wieder hingaben, den Zeitpunkt des Ausbruches näher heranzurücken. Der Finanzminister Fürst Lubecki

erhielt von St. Petersburg den Befehl, Alles aufzubieten, um den Schatz zu füllen, weil es möglich sey, daß es mit dem Frühjahre zu einem Feldzuge in Belgien komme. Jetzt glaubte man keine Zeit mehr verlieren zu dürfen, weil man hauptsächlich auf die Truppen rechnete, durch deren Entfernung der ganze Plan vereitelt worden wäre. Man schickte daher sogleich Sendlinge nach allen Provinzen, sowohl in die Woiewodschaften auf beiden Ufern der Weichsel als nach Litauen, Wolhynien und Podolien ab, um Alles zum Aufstande vorzubereiten. Der 10. December wurde zum Ausbruche festgesetzt.

Je mehr dieser Tag sich näherte, um so übermüthiger und kecker traten die Mitwissenden auf. Unvorsichtige Aeußerungen, die selbst an öffentlichen Orten gehört wurden, mußten zuletzt die Regierung aufmerksam machen. Um die Mitte des Novembers wurden mehrere der Theilnehmer an der Verschwörung eingezogen; ein Student legte wichtige Geständnisse ab; schon mußte man fürchten, daß der ganze Anschlag verrathen sey; da beschlossen die Häupter, nicht länger zu säumen, sondern den Schlag zu führen, so lange man noch die Mittel in Händen hatte. Die Gesammtzahl der Truppen, die in und um Warschau lagen, belief sich auf 17,000 Mann. Von diesen waren 10,000 Polen, deren man sich mehr oder weniger versichert hielt, nämlich die beiden Garderegimenter der Grenadiere und der reitenden Jäger, das vierte Linienregiment, das Konstantin immer vor allen anderen ausgezeichnet hatte, das Sappeurbataillon und die Grenadiercompagnien der eilf übrigen Linienregimenter. Die Russen, drei Gardecavallerieregimenter, Cuirassiere, Ulanen und Husaren, und zwei Gardeinfanterieregimenter, das wolhynische und litauische, zählten nur 7000 Mann und hatten überdies ihr Geschütz in einiger Entfernung von der Stadt. Der Großfürst Konstantin, der außerhalb der Stadt im Belvedere wohnte, fühlte sich so sicher, daß er zum Schutze seiner Person nicht einmal eine Wache hatte. Auf diese Umstände war der Plan der Verschwornen gebaut, zu dessen Ausführung der 29. November gewählt wurde, weil an diesem Tage alle Posten von den polnischen Truppen besetzt waren. Der Journalist Ludwig Nabielak sollte mit einer Anzahl Studenten und einigen Unterfähnrichen sich beim Einbruche der Dunkelheit in den Palast des Großfürsten stürzen und diesen gefangen nehmen oder ermorden, weil man den Einfluß fürchtete, der sein Erscheinen auf das Militair haben konnte. Die Fähnrichschule sollte mit den Grenadiercompagnien des ersten und dritten Jä-

gerregimentes die vor demselben Thore liegenden russischen Cavallerieregimenter in ihren Casernen einschließen und zur Uebergabe nöthigen, was um so leichter war, da die Casernen, niedere Holzgebäude, mit breiten Wassergräben umgeben waren und man daher nur die Brücken zu besetzen brauchte. Zu gleicher Zeit sollte das Sappeurbataillon mit einem Bataillon des vierten Regimentes das eine, das Gardegrenadierregiment das andere der beiden russischen Fußregimenter überfallen und entwaffnen, während ein Bataillon des vierten Regimentes sich des Arsenals bemächtigte, einige Grenadiercompagnien die Pulvermagazine in Praga wegnähmen und die Verschwornen aus dem Bürgerstande das Volk in allen Vierteln der Stadt zu den Waffen riefen. Dieser Anschlag, so wohl er berechnet war, kam doch beinahe in keinem einzigen seiner Theile der Anordnung gemäß zur Ausführung. Von den Studenten, die zu der Unternehmung gegen das Belvedere bestimmt waren, fanden sich statt der erwarteten 32 nur dreizehn auf dem Sammelplatze im Gehölze von Lazienki ein. Diese dreizehn mit drei Unterfähnrichen, zwei entlassenen Zöglingen der Fähnrichschule und ihren beiden Anführern Nabielak und Goszczynski drangen, als sie das verabredete Zeichen, den Brand eines Brauhauses, welches einer der Verschwornen angesteckt, erblickten, unter dem Rufe: »Tod dem Tyrannen!« in das Schloß von Belvedere. Der General Gendre, der sogleich in den Hof hinabstürzte, um die nächste Wache zu holen, wurde von den unten zurückgebliebenen Verschwornen ermordet, die ihn einer Aehnlichkeit in der Gestalt wegen für den Großfürsten gehalten zu haben scheinen: der Vicepräsident Lubowidcki wurde in dem Augenblicke mit vielen Bajonnetstichen niedergestoßen, wo er den Großfürsten von der drohenden Gefahr benachrichtigte, dieser selbst aber wurde durch die Geistesgegenwart seines Kammerdieners gerettet, der eilig die Thüre seines Schlafgemaches verriegelte und ihn, während die Verschwornen diese zu erbrechen suchten, in einer Dachkammer verbarg. Da inzwischen vom Hofe der Ruf herauf erscholl: »Kommt herunter; er ist schon todt!« so ließen die Eingedrungenen von ferneren Nachforschungen ab und eilten sich mit der Unterfähnrichschule zu vereinigen, welche um diese Zeit ihren Angriff auf die Cavalleriecasernen begonnen, aber, weil sie sich von den Jägercompagnien verlassen sah, die sie unterstützen sollten, wieder aufgegeben hatte. Die Unterfähnriche, durch einen der Ihrigen benachrichtigt, daß das podolische Cuirassierregiment, welches bei dem ersten Lärmen aufgesessen war und von seinem Befehlshaber nach dem Bel-

vedere geführt wurde, im Anzuge sey, hatten nur eben Zeit, sich in ein großes unvollendetes Gebäude zu werfen, von dem sie auf einen Zug Ulanen Feuer gaben, der ausgesandt war, um die Ursache des Tumultes zu ermitteln, und bei der unverhofften Begrüßung mit Flintenkugeln eilends zurückkehrte, um zu melden, was er erfahren hatte. Die Jägercompagnien, die man umsonst vor den russischen Cavalleriecasernen erwartet hatte, waren zur bestimmten Zeit ausgerückt, aber auf dem Alexanderplatze, wo sie verweilten, um scharfe Patronen zu empfangen, von dem General Kurnatowski angetroffen worden, der an der Spitze des reitenden Gardejägerregimentes heransprengte und ihnen den Befehl ertheilte, nach dem Belvedere zu marschiren. In der Ueberraschung wagten sie nicht, sich zu widersetzen; und vor dem Belvedere angelangt, fanden sie den Großfürsten bereits zu Pferde, von den Generalen Kuruta, Knorring, Strandmann, Markow und Dannenberg umgeben, vor der Fronte der drei russischen Cavallerieregimenter. Noch wäre es Zeit gewesen, den mit eben so großer Unsicherheit weitergeführten als begonnenen Aufruhr im Keime zu ersticken. Denn eben so, wie der beabsichtigte Angriff auf die Cavalleriecasernen, war auch jener auf die Casernen der beiden russischen Infanterieregimenter gescheitert, da diese Truppen bereits unter den Waffen standen, ehe die Verschwörer zu dem verabredeten Ueberfalle bereit waren. Das wolhynische Regiment marschirte in Folge einer früheren Anordnung in zwei Colonnen nach dem Arsenale, als es von den Grenadiercompagnien des fünften polnischen Regimentes und von einem Bataillon des vierten Regimentes mit Gewehrfeuer empfangen wurde und, in der Ungewißheit, was zu thun sey, sich nach der Nalewkistraße zurückzog, und neben einem Hause aufstellte, welches die Verschworenen hier in Brand gesteckt hatten, weil das Feuer von dem zuerst angezündeten Brauhause nicht weit genug gesehen wurde. Das litauische Infanterieregiment und mit diesem das polnische Gardegrenadierregiment, das der Verabredung gemäß den Ueberfall gegen jenes ausführen sollte, statt dessen aber den von seinen der Verschwörung fremden höheren Officieren ertheilten Befehlen Folge leistete, führte General Zymirski, welcher die aus beiden Regimentern zusammengesetzte Brigade befehligte, nach dem Marsfelde, wohin der Großfürst, sobald er die Reiterei um seine Person vereinigt sah, sämmtliche Fußtruppen beorderte. Während aller dieser Vorgänge verhielt sich die Bevölkerung der Stadt noch vollkommen theilnahmlos, da Niemand wußte, was die militairischen Bewegungen, die man wahrnahm, zu bedeuten hatten. Von fünfzig Ver-

schwornen, die es übernommen, das Volk aufzuwiegeln, fanden sich nur acht bei Xaver Bronikowski, ihrem Anführer, ein. Diese stürzten, als das Gewehrfeuer in den Straßen ihnen den Ausbruch des Aufstandes verkündete, in die Schenken und riefen unter dem Geschrei: »Wir werden ermordet! Die Unserigen werden geschlachtet!« den Pöbel zu den Waffen. Bald erscholl jetzt der Ruf: »Zu den Waffen! zu den Waffen, Polen! Die Russen ermorden unsere Brüder! Sie verbrennen und verheeren die Stadt!« durch alle Straßen. Viele Tausende sammelten sich und drängten sich gegen das Arsenal, dessen Thore, von den Wachen nur schwach vertheidigt, im Augenblicke erbrochen waren. Die in ungeheuerer Masse aufgehäuften Gewehre, Pistolen, Säbel wurden unter die tobende Masse vertheilt, die sich jetzt durch die ganze Stadt ergoß, was ihr von höheren Officieren, polnischen, wie russischen, in die Hände fiel, mißhandelte, tödtete oder gefangen nahm und, da sie nirgend auf Widerstand stieß, ihre Wuth auch an allen Bürgern ausließ, die durch ihre Anhänglichkeit an die russische Regierung bekannt oder derselben verdächtig waren. Eine Menge russischer Officiere, die theils im Theater, theils in Privatgesellschaften gewesen waren, theils aus ihren Wohnungen zu ihren Truppenabtheilungen eilten, unter ihnen die Generale Jessakow, Engelmann, Richter, Diakow, Krwzow, Bontemps, wurden einzeln aufgegriffen und in den von den Aufrührern besetzten Wachen, theils in dem königlichen Schlosse verwahrt. Der Befehlshaber der gesammten polnischen Infanterie, General Stanislaus Potocki, wurde, als er alle Bitten und Beschwörungen, sich an die Spitze des Aufstandes zu stellen, zurückwies und die Soldaten vielmehr aufforderte, ihm nach dem Belvedere zu folgen, vom Pferde gerissen, mit Füßen getreten und mit mehreren Schüssen ermordet. Dasselbe Schicksal erfuhr General Trembicki, der Befehlshaber der Unterfähnrichschule, der Kriegsminister General Hauke, ein in den napoleonischen Feldzügen ergrauter Krieger, mit seinem Generalsstabschef, Oberst Meciszewski, General Blumer, der besonders deshalb verhaßt war, weil er in mehreren Kriegsgerichten den Vorsitz gehabt hatte, und Oberst Saß, den man mit Unrecht für einen Polenfeind hielt. General Nowicki wurde erschossen, weil man ihn mit dem Commandanten Lewicki verwechselte. Dagegen gelang es diesem, wie dem allgemein verwünschten General Rozniecki, dem Chef der Gendarmerie, jenem durch die Schnelligkeit seines Pferdes, diesem mit Hülfe einer Verkleidung, zu entkommen. Während alle diese Blutthaten verübt wurden, machten die russischen

Truppen keine Bewegung zur Unterdrückung des Aufruhrs. Der Adjutant des Großfürsten, Graf Wladislaw Zamoyski, hatte diesem vorgestellt, der ganze Aufruhr sey daher entstanden, weil sich das Gerücht verbreitet habe, die Russen wollten die Stadt in Brand stecken und wären mordend über die Polen hergefallen; man dürfe die russischen Truppen daher nur zurückziehen, um die Gemüther zu beruhigen, indem der Ungrund jener Verleumdung sich von selbst ergeben würde. Der Großfürst beschloß, diesem Rathe zu folgen, da, wie er sagte, „die Russen in einer polnischen Schlägerei nichts zu thun hätten.“ Auf diese Weise wurde die Stadt ohne einen Versuch der Gegenwehr dem Aufstande preisgegeben.

Dennoch drohte dieser in sich selbst zu erlöschen. Unter den Verschwornen fand sich keiner, der fähig gewesen wäre, den Befehl zu übernehmen. Von den polnischen Generalen, an die man sich wandte, hatte einer, der edle Potocki, es vorgezogen, sein Leben hinzugeben, statt sich in ein Beginnen einzulassen, das dem vielgeprüften Manne als wahnsinniger Frevel erschien. Chlopicki, der vor allen sich durch wohlerworbenen Waffenruhm auszeichnete, und auf den deshalb das Heer, wie die Nation mit der größten Zuversicht blickte, hatte von jeher alle Theilnahme an den verschiedenen Verschwörungen, die sich durch seinen Beitritt zu verstärken suchten, mit Verachtung zurückgewiesen, und hielt sich jetzt in der Voraussetzung, daß man ihn mit neuen Aufforderungen bestürmen würde, verborgen. Endlich ließ General Sierawski, ein tapferer Soldat, aber von beschränkter Einsicht, sich vermögen, hervorzutreten. Er versuchte es, einige Einheit in die allgemeine Verwirrung zu bringen, bestimmte die Grenadiercompagnien, die, des zwecklosen Treibens müde, bereits in ihre Casernen zurückgehen wollten, umzukehren und auszuharren, wurde aber, als er die reitenden Jäger zu der Sache des Aufstandes hinüberziehen wollte, die inzwischen vom Belvedere auf den sächsischen Platz vorgerückt waren, auf Befehl des General Siemiontkowski verhaftet und in die Wohnung des Commandanten gebracht, wo er strenge bewacht wurde. Das Einzige, wodurch es jetzt noch gelang, unter den Truppen Ordnung zu erhalten, war, daß die jungen Officiere, die den Aufstand leiteten, ohne Chlopicki's Wissen, dessen Namen gebrauchten und in seinem Auftrage Befehle ertheilten, von denen er selbst nicht die geringste Kenntniß hatte. Noch in der Nacht berief Fürst Lubecki, der den kühnen Plan entwarf, die Revolution zu ersticken, indem er sich selbst der Leitung derselben bemächtigte, den Verwaltungsrath, dessen Mit-

glieder bei dem geringen Einflusse, den sie thatsächlich übten, in der Nation weder Haß noch Zuneigung zu erwerben vermocht hatten. Um dem Verwaltungsrathe das Ansehen zu geben, das demselben fehlte, lud er eine Anzahl Männer, die durch Stand und Gesinnung der allgemeinen Achtung genossen, die Fürsten Adam Czartoryski und Michael Radziwil, die Castellane Grafen Pac und Kochanowski und den alten Waffengefährten und Freund Kosciuszko's Julian Niemcewicz, ein, den Sitzungen beizuwohnen. So wie der auf diese Weise erweiterte Rath vereinigt war, schlug er demselben vor, im Namen des Kaisers und Königs die Vermittelung zwischen dem Großfürsten und den Aufrührern zu übernehmen, um das Land vor den verderblichen Folgen eines Aufstandes zu retten, der bei seinen unzureichenden Mitteln keinen andern als den ungünstigsten Ausgang haben könne. Zugleich ließ er den Großfürsten um Einstellung der Feindseligkeiten bitten, welche dieser ohne Anstand gewährte, indem er dem Verwaltungsrathe ankündigte: „Er werde sich zurückziehen und den Polen die Vereinigung der getrennten Gemüther überlassen.“ Mit dem Anbruche des Tages drohte es inzwischen, ungeachtet dieses Vertrages, zum ernsten Kampfe zu kommen. Von allen Thürmen der Stadt erschallte die Sturmglocke. Die Volksmassen, die während der Nacht sich zerstreut hatten, sammelten sich von Neuem auf den Straßen, und mit denselben vereinigt drangen die Sappeurs und mehrere Grenadiercompagnien, die ersten von dem Hauptmann d'Hauterive, die letzten von dem Major Antonini geführt, gegen die reitenden Gardejäger vor, die sich noch immer auf dem sächsischen Platze hielten, vor der Uebermacht aber nach dem Alexanderplatze wichen, wo sie durch die Grenadiercompagnien des ersten und dritten Jägerregimentes verstärkt wurden. Hier standen beide Theile einander mehrere Stunden beobachtend gegenüber, bis der Großfürst, der sein Hauptquartier zu Wirzba, einem in geringer Entfernung von der Stadt gelegenen Dorfe, aufgeschlagen hatte, den noch zu ihm haltenden Truppen den Befehl zum Abzuge ertheilte.

Eine Bekanntmachung des Verwaltungsrathes hatte das Volk bereits am frühen Morgen zur Ruhe ermahnt, da die Russen sich zurückzögen und zu einer Erneuung der beklagenswerthen Ereignisse der vergangenen Nacht daher keine Veranlassung wäre. Da Niemand wußte, was durch diese Bekanntmachung bezweckt wurde, erregte dieselbe nur den Hohn und Spott des Volkes. Um das stürmische Drängen nach einem Anführer zu befriedigen, ernannte der Verwal-

tungsrath, da Chlopicki noch immer sich nicht sehen ließ, zuerst den General Pac, der durch den Namen seiner Familie empfohlen wurde, darauf den bei dem Abzuge der letzten russischen Truppen freigelassenen Sierawski zum Oberbefehlshaber. Am Abende, als es endlich gelungen war, Chlopicki aufzufinden, mußte auch Sierawski zurücktreten, um dem bewährten Feldherrn Platz zu machen, der das ausschließende Vertrauen des Volkes und des Heeres besaß, den aber nur die dringenden Vorstellungen des Fürsten Lubecki bestimmten, den angetragenen Oberbefehl zu übernehmen. Aber während der Verwaltungsrath darauf ausging, den Aufstand durch allmälige Zurückführung der gesetzlichen Ordnung zu bemeistern, blieben auch die Männer, die denselben hervorgerufen und insgeheim durch ihre Rathschläge geleitet hatten, nicht unthätig. Es bildete sich ein patriotischer Verein, an dessen Spitze der gelehrte Professor Lelewel trat, der, seiner den Russen verdächtigen Gesinnungen wegen von der Universität entfernt, immer einen unbegrenzten Einfluß auf die Gemüther der Jugend gehabt hatte und die geheime Triebfeder aller revolutionairen Bewegungen geblieben war. Ihm schlossen sich an Xaver Bronikowski, Moritz Mochnacki, Andreas Plichta, Machnicki und andere gleich diesen zum Aeußersten entschlossene junge Männer; und durch die Reden, die sie in den Sitzungen des Vereins hielten, durch die Gerüchte, die sie ausstreuten, wurde die Aufregung der Bevölkerung planmäßig zum wüthendsten Fanatismus gesteigert. »Krieg! Krieg gegen Rußland!« war die Losung, die Befreiung aller altpolnischen Provinzen, die Herstellung des Polenreiches in seinen alten Grenzen das Ziel, welches als ein leicht erreichbares und zugleich als das einzige der Anstrengungen des Volkes würdige dargestellt wurde. Fürst Lubecki begriff, daß er den steigenden Wogen der Volksgährung gegenüber keine Hoffnung hatte, mit dem Verwaltungsrathe in seiner alten Zusammensetzung etwas auszurichten. Schon am 30. November war er genöthigt gewesen, zwei Mitglieder, gegen die sich die öffentliche Stimme am lautesten erhob, die Generale Kossecki und Rautenstrauch, zum Ausscheiden zu vermögen; am folgenden Tage bildete er, um die Aufmerksamkeit ganz von demselben abzulenken, eine ausführende Abtheilung, welche ausschließlich mit der vollziehenden Gewalt beauftragt wurde, und in der von den alten Mitgliedern nur er selbst seinen Platz behielt, während neben ihm die Fürsten Czartoryski und Radziwil, die Castellane Kochanowski und Dembowski, der General Chlopicki, die Landboten Gu-

stav Malachowski, Wladislaw Ostrowski und Lelewel eintraten, durch dessen Aufnahme dem patriotischen Vereine sein Haupt entzogen werden sollte. Der erste Schritt der neuen vollziehenden Behörde war, daß er dem General Chlopicki den Auftrag gab, sämmtliche außerhalb Warschau liegende polnische Regimenter nach der Hauptstadt zu entbieten; zugleich wurde der Befehl ertheilt, zur Erhaltung der Ordnung im ganzen Lande aus der waffenfähigen Bevölkerung eine sogenannte Sicherheitswache zu errichten. Am 2. December begaben sich auf das Verlangen des Großfürsten vier Mitglieder der vollziehenden Behörde, die Fürsten Lubecki und Czartoryski, Graf Ladislaw Ostrowski und Lelewel, in sein Hauptquartier. Der Großfürst versicherte die Abgeordneten, daß es ihm nie in den Sinn gekommen sey, Warschau anzugreifen; er versprach, wenn er dennoch dazu genöthigt seyn sollte, dies achtundvierzig Stunden vorher anzukündigen, und erklärte, daß er selbst dem litauischen Corps, wegen dessen ihm Besorgnisse geäußert wurden, keinen Befehl ertheilt habe, in das Königreich einzurücken. Als die Abgeordneten hierauf mit der Forderung hervortraten, daß die ehemals polnischen Provinzen wieder mit dem Königreiche vereinigt werden möchten, entgegnete er, daß er von seinem kaiserlichen Bruder keinen Auftrag habe, über diesen Gegenstand zu unterhandeln, dagegen verhieß er, sich bei dem Kaiser für die Schuldigen zu verwenden. »Es giebt hier keine Schuldige!« erwiderte stolz Graf Wladislaw Ostrowski, und damit endigte die Unterredung. Schon Tages vorher hatte der Großfürst beschlossen, die im Lande vertheilten Truppen an sich zu ziehen, und dem zunächst stehenden General Szembek war der Befehl zugegangen, mit seinen beiden Jägerregimentern zu ihm zu stoßen. Szembek setzte sich sofort mit dem ersten Regimente von Sochaczew, wo er seine Standquartiere hatte, in Bewegung und eilte seinen Truppen voraus nach Wirzba, wo er dem Großfürsten zusagte, dieselben ungesäumt herbeizuführen. Nach Blonie, wo er das Regiment gelassen, zurückgekehrt, fand er den Obersten Kicki, der ihn im Auftrage des Verwaltungsrathes aufforderte, ihm nach Warschau zu folgen. Anfangs weigerte er sich; durch die Bitten der jüngeren Officiere bestürmt, gab er jedoch nach, stieg zu Pferde und befahl dem Regimente, nach Warschau aufzubrechen. Zugleich schrieb er ein Billet an den Lieutenant Kruszewski von den reitenden Gardejägern, der zu den Verschwornen gehörte und ihn im Lager zu Wirzba um Verhaltungsbefehle

gebeten hatte, und gab diesem auf, sein Regiment gleichfalls nach der Hauptstadt zu führen. General Szembek marschirte die ganze Nacht hindurch und traf noch vor Tagesanbruch an der Barrière von Wola ein, durch welche er einige Stunden später unter dem Jubel der gesammten Bevölkerung seinen Einzug hielt. An demselben Tage ertheilte der Großfürst Konstantin den polnischen Truppen, die ihm bis dahin treu geblieben waren, die Erlaubniß, sich ihren Cameraden anzuschließen, um ihnen die Schmach eines Abfalles zu ersparen, den er, wie er wohl wußte, nicht mehr zu verhindern vermochte. Lieutenant Kruszewski hatte unmittelbar nach dem Empfange des Schreibens von General Szembek dasselbe allen Officieren seines Regimentes mitgetheilt, die sogleich bereit waren, Folge zu leisten. Hierauf hatte auch das Gardegrenadierregiment, das General Zymirski umsonst zurückzuhalten versuchte, nach Warschau zu ziehen verlangt, um sich mit seinen Brüdern zu vereinigen. An der Spitze der beiden Regimenter, die am Thore von jubelnden Volkshaufen empfangen wurden, ritten die Generale Krasinski und Kurnatowski, die in der ersten Freude nicht bemerkt wurden, gegen die sich aber von allen Seiten wüthendes Geschrei erhob, so wie man sie erkannte. Szembek und Chlopicki hatten Mühe, die beiden zu retten, indem sie die Verhaßten, gegen die hundert Säbel gezückt, hundert Gewehre angeschlagen waren, mit ihrem Leibe deckten. Endlich gelang es, sie in den Palast der Bank zu bringen, wo der Verwaltungsrath seinen Sitz hatte: aber der Tumult, der immer drohender wurde, legte sich nicht eher, als bis beide Generale auf einen Balkon hinaustraten und auf zwei Fahnen mit den Nationalfarben, die ihnen dargereicht wurden, einen Eid schworen, daß sie gegen diese Fahnen niemals weder offen noch insgeheim kämpfen wollten.

Der Großfürst Konstantin hatte mittlerweile, nachdem ihm auch die letzten polnischen Truppen, auf deren Treue er rechnen zu können glaubte, abtrünnig geworden waren, sich überzeugt, daß eine Aussöhnung, wie er sie bisher gehofft hatte, nicht mehr möglich war; er richtete daher ein Schreiben an den Verwaltungsrath, worin er diesem anzeigte, daß er im Begriff sey, mit seinen russischen Regimentern das Königreich zu verlassen, und daß er zu der polnischen Ehrenhaftigkeit das Vertrauen hege, man werde ihn auf seinem Marsche nach der Grenze nicht beunruhigen. Als diese Nachricht nach Warschau kam, erregte sie einen allgemeinen Taumel der

Freude; erst jetzt hielt man die Revolution für vollendet, da der Abzug des Großfürsten gleichsam das Siegel auf Alles zu drücken schien, was geschehen war. Oberst Kicki eilte mit dem Schreiben nach Modlin und vermochte den Commandanten zur Uebergabe dieser wichtigen Festung mit allen ihren ungeheuern Kriegsvorräthen. Bisher hatte mitten in der revolutionairen Bewegung noch ein Schein gesetzlicher Ordnung bestanden, indem alle öffentliche Acte im Namen des Königs erlassen wurden. Jetzt glaubten die Mitglieder des mit der ausübenden Gewalt beauftragten Ausschusses weiter vorangehen zu müssen; der Verwaltungsrath wurde aufgelöst und eine vorläufige Regierung eingesetzt, in welcher Fürst Adam Czartoryski den Vorsitz führte. Durch diese wurde der Reichstag auf den 18. December einberufen, dem General Chlopicki der Oberbefehl über das Heer übertragen, ein Aufruf an die Truppen bekannt gemacht, welcher ihnen die geheiligte Sache des Vaterlandes an das Herz legte, und zugleich eine Verordnung erlassen, die allen verabschiedeten Soldaten und Unterofficieren befahl, sich zum Wiedereintritte in den Dienst zu melden.

Während alle diese Dinge vorgingen, hatte der patriotische Verein, insgeheim fortwährend durch die Rathschläge Lelewel's geleitet, seine Thätigkeit ununterbrochen fortgesetzt. Bereits am 2. December, als er von der Entsendung der Abordnung in das Lager des Großfürsten Kunde erhalten, hatte der Verein durch zwölf Bevollmächtigte die gebieterische Forderung an den Verwaltungsrath gestellt, daß sofort die Feindseligkeiten gegen Rußland eröffnet und die litauischen Provinzen in Aufstand versetzt, die vorigen Minister zur Untersuchung gezogen und unter Aufsicht gestellt, alle Unterhandlungen mit dem Großfürsten, der als Geisel zurückzubehalten wäre, abgebrochen und alle Truppenanführer, die nicht sogleich auf die Seite der Nation träten, für Verräther erklärt würden. Nur der letzte dieser Punkte war von dem Verwaltungsrathe angenommen worden; dagegen hatte Fürst Lubecki den Verein noch einmal beschwichtigt, indem er mit schlauer Politik die vier vornehmsten Wortführer Bronikowski, Mochnacki, Plichta und Machnicki einladen ließ, die Arbeiten des Verwaltungsrathes zu theilen. Bei der Einsetzung der vorläufigen Regierung waren diese vier jungen Männer übergangen worden, und bei ihrer Rückkehr in den patriotischen Verein erhob sich in diesem sogleich ein neuer wüthender Sturm. Mochnacki scheute sich nicht, Chlopicki einen Verräther zu nennen, weil derselbe sich gegen einen Bruch mit Rußland ausgesprochen und erklärt habe, daß

die polnische Armee unmöglich auf die Dauer einen Kampf gegen die überlegenen Streitkräfte des russischen Heeres bestehen könne, weshalb nichts Anderes übrig bleibe, als eine Ausgleichung auf möglichst billige Bedingungen zu suchen. General Chlopicki, von diesem Angriffe unterrichtet, entbrannte in so heftigen Jähzorne, daß er sofort in den Sitzungssaal der vorläufigen Regierung stürzte, seinen Oberbefehl niederlegte und, während er die wildesten Verwünschungen gegen seine Verleumder ausstieß, durch einen Schlaganfall scheinbar leblos zu Boden geworfen wurde. Bestürzung, Schrecken, Unwillen ergriffen bei diesem Anblicke alle Gemüther. Die Wuth des Volkes und des Heeres, welches den einzigen Feldherrn zu verlieren fürchtete, der das Land retten konnte, kannte keine Grenzen. Mochnacki wurde mit Mühe den Händen der Menge entrissen, die ihm den Tod drohte. Der patriotische Verein, der sich dennoch am Abende wieder zu versammeln wagte, wurde durch Studenten und Officiere auseinander gesprengt. Alles, was in Warschau einiges Ansehen hatte, drängte sich in die Vorzimmer des Generals, der nach einem Aderlasse wieder zu sich gekommen war. Fürst Czartoryski und der greise Niemcewicz begaben sich am andern Morgen zu ihm, um ihn zu der Wiederannahme des Oberbefehls zu vermögen. Er entgegnete, daß er sich dazu nur entschließen könne, wenn er mit unumschränkter Gewalt bekleidet würde. Die Regierung, welche die Unentbehrlichkeit des einen Mannes erkannte, setzte eine Acte auf, worin sie ihn zum Oberfeldherrn mit der Macht eines Dictators ernannte, jedoch zugleich die Hoffnung aussprach, daß er sich aller willkürlichen Schritte enthalten würde. Ehe diese Acte ihm aber noch überbracht war, erschien er in voller Uniform, von seinen Adjutanten begleitet, im Sitzungssaale, führte bittere Beschwerde über die herrschenden Unordnungen und erklärte: »Es sey Zeit, diesen ewigen Schwankungen ein Ende zu machen. Das Vaterland bedürfe eines Mannes, der sich ihm opfere und über seine Interessen wache; er wolle diese Bürde auf sich laden und ergreife die Dictatur.« Als man ihm hierauf die Acte überreichte, warf er diese auf den Tisch. »Man giebt mir hier eine Ernennung; ich will keine. Da ich die Regierung ohne Kraft und Einigkeit sehe, ernenne ich mich selbst zum Dictator, und wehe dem,« dabei schlug er mit der Faust auf den Tisch, »der mir nicht gehorcht!« Alles schwieg bestürzt; er aber stieg zu Pferde und ritt nach dem Marsfelde, wo auf seinen Befehl die in der Hauptstadt befindlichen Truppen ver-

sammelt waren. Hier las er eine Bekanntmachung, worin er sagte: »Da die unsichere Lage des Staates die größte Kraft und Schnelligkeit der Maßregeln erheische, habe er auf wenige Tage die Dictatur übernommen; nicht Ehrsucht habe ihn bestimmt, sondern die Gewalt der Umstände; er thue, was die Römer in ähnlichen Fällen gethan, und werde seine Macht in die Hände des Reichstages niederlegen, nachdem er sie zum Besten der Nation angewandt.« Ein donnerndes Hurrah nahm diese Worte auf, die ganz nach dem Geschmacke des Soldaten waren. Auch die Bevölkerung gab ihre freudige Zustimmung zu erkennen, weil sie wohl fühlte, daß eine so durchgreifende Handlungsweise noththat. Der Dictator bestätigte darauf die provisorische Regierung in ihren Verrichtungen, die sich aber auf die innere Verwaltung beschränkten, indem er die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten sich selbst vorbehielt. Auch mußte Lelewel aus der Regierung austreten, in die er mit den meisten Mitgliedern des vollziehenden Ausschusses übergegangen war.

Jetzt war im Heere und in der Verwaltung bald die strengste Ordnung hergestellt, weil Niemand kühn genug war, den Befehlen des Dictators entgegen zu handeln. Er ergriff die geeigneten Maßregeln, das regelmäßige Heer auf einen achtunggebietenden Fuß zu bringen, wies aber alle Aufforderungen zurück, welche die Häupter der revolutionairen Partei an ihn richteten, in Litauen einzudringen, um auch dort den Aufstand zu verbreiten, und wollte eben so wenig von einer allgemeinen Volksbewaffnung wissen, weil er, ein alter Soldat aus der napoleonischen Schule, die Kräfte ungeordneter Massen verachtete. Seine Hoffnung war, daß es ihm gelingen würde, auf eine ansehnliche Kriegsmacht gestützt, im Wege der Unterhandlung mit Rußland ein Abkommen zu treffen, durch welches Polen zwar nicht seine Unabhängigkeit zurückgegeben, aber treue Vollziehung der bisher vielfach verletzten Verfassung gesichert würde; und er sandte deshalb gleichzeitig den Fürsten Lubecki und den Grafen Jezierski nach St. Petersburg, um den Kaiser zu versöhnlichen Schritten zu bestimmen, und den Marquis Wielopolski nach London, den Generalintendanten Wolicki nach Paris, um die Vermittelung von England und Frankreich anzurufen.

Noch ehe der Tag heran kam, an dem die Versammlung der Reichsstände eröffnet werden sollte, waren sämmtliche Mitglieder beider Kammern aus allen Theilen des Landes in Warschau eingetroffen. Die große Mehrzahl, besonders jener, die sich von Anfang

entschieden für die Revolution ausgesprochen, war im höchsten Grade unzufrieden über die Wendung, welche die Dinge seitdem genommen. Denn das fühlte Jeder, daß mit Rußland unterhandeln soviel hieß, als sich auf Gnade und Ungnade ergeben, und daß man nur dann einige Aussicht hatte, den Kampf gegen die überlegene Macht des Feindes mit Erfolg zu bestehen, wenn man ihn unvorbereitet überraschte und den Krieg in seine eigenen Grenzen trug. Am 17. December, dem Vorabende des Tages, zu dem die Reichsstände berufen waren, begab sich eine Abordnung von zwanzig Landboten und mehreren Senatoren, den Fürsten Czartoryski an der Spitze, zu dem Dictator, um ihn zu kräftigerem Handeln im Sinne des Aufstandes aufzufordern. Chlopicki erwiderte auf die an ihn gerichtete Anrede: »Seine Absicht gehe nur darauf, das Königreich innerhalb seiner durch den Wiener Congreß festgesetzten Grenzen zu erhalten, da er überzeugt sey, daß man mehr nicht verlangen könne, ohne das polnische Heer auf die Schlachtbank zu liefern. Er habe dem Könige Nikolaus Treue geschworen und werde seinen Eid halten; man dürfe also auf keine Weise glauben, daß er die mit Rußland vereinigten Provinzen wieder erobern wolle. Die Constitution werde künftig Bürgschaften haben, die jede Verletzung unmöglich machten, und das Königreich solle in Zukunft den russischen Truppen verschlossen bleiben: dies sey Alles, wozu er sich verpflichten könne.« Leidenschaftlich erregt, ergriff hierauf der Landbote Zwierkowski das Wort. »Das sey nicht der Zweck des Aufstandes gewesen,« sagte er. »Nicht deshalb habe man das Aeußerste gewagt, um keine russischen Truppen mehr im Lande zu haben und die Constitution unverletzt zu erhalten; es gelte ganz Litauen, Wolhynien, Podolien und die Ukraine, wo auch polnische Brüder wohnten, die alle mit dem Königreiche gemeinschaftliche Sache machen würden. Ohne jene sey dieses nichts; alle Polen müßten mit einander leben, oder untergehen.« Zürnend antwortete Chlopicki: »Er stehe hier im Namen des constitutionellen Königs, dem er durch seinen Eid verpflichtet sey, und sey nicht dazu da, mit den Landboten zu streiten.« Damit nahm er seinen Hut und verließ das Gemach. Verlegen sahen die Landboten einander an, die auf eine solche Sprache nicht gefaßt waren: um dem nachtheiligen Eindrucke vorzubeugen, den die Erklärung des Dictators auf das Volk hervorgebracht haben würde, gaben alle einander das Wort, über den Vorgang das tiefste Stillschweigen zu beobachten.

Des andern Abends um sechs Uhr traten die beiden Kammern

der Reichsstände zusammen, nachdem man vergeblich den ganzen Tag darauf gewartet hatte, daß der Dictator ihre Sitzung in der hergebrachten Form eröffnen würde. Unter dem Vorsitze eines Alterspräsidenten wurde von den Landboten beschlossen, daß sie die Revolution vom 29. November als eine Sache der Nation annähmen und bestätigten. Darauf wurde Graf Wladislaw Ostrowski durch einmüthigen Zuruf zum Vorsitzenden oder Marschall der Kammer ernannt und auf den Armen zum Präsidentenstuhle getragen. Endlich wurde auf den Antrag Zwierkowski's und Gustav Malachowski's, um Niemand eine Ausflucht übrig zu lassen, der Beschluß, welcher den Aufstand für eine Volkssache erklärte, von allen Anwesenden unterzeichnet. Chlopicki, bereits über das eigenmächtige Zusammentreten des Reichstages entrüstet, wurde durch die von demselben ausgesprochene Billigung des Aufstandes zum äußersten Zorne hingerissen, weil dadurch, wie er behauptete, seine Unterhandlungen zu St. Petersburg gestört würden. Noch in der Nacht schickte er der vorläufigen Regierung und den Präsidenten der beiden Kammern seine Entlassung ein. Umsonst boten Czartoryski, Ostrowski und der alte Niemcewicz Alles auf, um ihn zu besänftigen. Zuletzt erklärte er sich nur unter der Bedingung bereit, den Oberbefehl und die Dictatur zu behalten, daß ihm durch den Reichstag eine völlig unbeschränkte Gewalt übertragen werde, und daß dieser, unmittelbar nachdem er das Ernennungsdecret ausgefertigt, auseinandergehe. Die Kunde von dem Rücktritte des Dictators rief von Neuem eine ungeheure Aufregung hervor; das Heer, das Volk, besonders aber die studirende Jugend tobte. Die Studenten bedrohen einen Jeden, den sie als den Gegner Chlopicki's ansehen, mit dem Tode. Moriz Mochnacki und ein paar andere Mitglieder des aufgelösten patriotischen Vereines, die sie auf der Straße verfolgen, werden nur mit Mühe gerettet. Des andern Morgens, als der Reichstag sich in einer außerordentlichen Sitzung versammelte, waren alle Zugänge von Bewaffneten besetzt, alle Tribunen von jungen Leuten gefüllt, die entschlossen waren, die Ernennung Chlopicki's zum Dictator mit Gewalt durchzusetzen. Der Marschall Ostrowski eröffnete die Sitzung der Landbotenkammer, indem er seine Ueberzeugung aussprach, daß bei der dringenden Gefahr des Staates kein anderes Mittel übrig bleibe, als dem General Chlopicki die Dictatur wieder zu übertragen. Er schlage deshalb einen Gesetzentwurf vor, der die Bedingungen enthalte, unter denen Chlopicki bereit sey, die Dictatur zu übernehmen. Diese Bedingungen

waren, daß Chlopicki die unbeschränkte Gewalt ohne alle Verantwortlichkeit übertragen werde; daß ihm ein Reichstagsausschuß zur Seite stehe, welcher diese Gewalt ihm abnehmen und einem Andern übertragen könne; daß der Dictator die Mitglieder der Regierung nach eigener Wahl ernenne; daß der Reichstag sogleich nach der Bekanntmachung des Gesetzentwurfes auseinandergehe und nur auf den Ruf des Dictators oder in den beiden Fällen, sobald er mit Tode abgehe oder sobald seine Gewalt aufhöre, sich wieder vereinigen dürfe. Ueber diesen Vorschlag erhob sich ein heftiger Streit, in den sich die Tribunen mit wildem Geschrei mischten. Eingeschüchtert durch die Drohungen der Menge gaben die Landboten nach, nur Theophil Morawski hatte den Muth, als er seine Stimme abgab, ein lautes »Nein!« zu rufen. Hundertundacht Stimmen gegen eine nahmen den Gesetzentwurf an. Ehe die Versammlung sich trennte, wurde aber auf Zwierkowski's Antrag beschlossen, eine Commission niederzusetzen, welche mit der Ausarbeitung eines Manifestes beauftragt wurde, das den Aufstand rechtfertigen, die Nothwendigkeit der Unabhängigkeit Polens darthun, alle bisher vorgefallenen Verletzungen der Constitution nachweisen und die Forderung der Wiedervereinigung aller ehemaligen polnischen Provinzen mit dem Königreiche begründen sollte. Nachdem dies geschehen und nachdem der Ausschuß zur Beaufsichtigung des Dictators ernannt war, vereinigten sich die beiden Kammern, um Chlopicki zu empfangen, der bald darauf in großer Uniform mit allen seinen Orden, auch den russischen, eintrat. Fürst Czartoryski, der Präsident des Senates, hielt eine kurze Anrede an ihn, worin er ihm sagte, daß die Nation ihm die höchste Gewalt übertrage, in der Hoffnung, er werde nur zu ihrem Besten von derselben Gebrauch machen. Chlopicki erwiderte mit Würde: »Er werde suchen, nach Kräften dem ihm bewiesenen Vertrauen zu entsprechen; er nehme die Dictatur an, weil die Umstände die Vereinigung der Gewalt in einer Hand unerlaßlich machten. Wenn der Reichstag ihm sein Amt wieder abnehme, werde er mit gebeugter Stirn vor der Würde der Nation sich in das Privatleben zurückziehen.« Allgemeiner freudiger Ruf: »Es lebe das Vaterland! Es leben die Volksvertreter! Es lebe der Dictator!« erschallte im Saale und von den Tribunen und wurde von der außen harrenden Menge mit Begeisterung wiederholt. Fürst Czartoryski erklärte hierauf die Kammern bis zu ihrer Wiedereinberufung vertagt.

Unmittelbar nach seiner Wiederernennung hob Chlopicki die vor-

läufige Regierung auf und setzte statt derselben einen Nationalrath ein, dessen Aufgabe es seyn sollte, den Schatz mit den nöthigen Geldmitteln zu versehen, für die Herbeischaffung von Mundvorräthen zu sorgen, das Heer auszurüsten, über Ordnung und Sicherheit zu wachen und volksthümliche Gesinnungen zu verbreiten. Neben den Fürsten Czartoryski und Radziwil, dem Reichstagsmarschall Ostrowski, dem Castellan Dembowski, dem Landboten Barzykowski und den Ministern der Finanzen Jelski, des Krieges Isidor Krasinski, der Justiz Bonaventura Niemojewski und des Innern Thomas Lubienski erhielt in dem Nationalrathe auch Lelewel eine Stelle, indem ihm das Ministerium des öffentlichen Unterrichtes zugetheilt wurde, ohne Zweifel, um ihn durch eine seinen Fähigkeiten angemessene Beschäftigung von anderer die Plane des Dictators gefährdender Thätigkeit abzuhalten. Aber während dieser alle seine Hoffnung auf den Erfolg der nach St. Petersburg gesandten Botschaft setzte, bereiteten sich Ereignisse vor, die ihn belehren mußten, daß selbst die unbeschränkte Gewalt, die ihm zu Gebote stand, nicht ausreichte, um den Aufschwung des Volksgefühles zu unterdrücken, den er auf jede Weise in Schranken zu halten bemüht war. Die Reichstagscommission brachte gegen das Ende des Decembers das Manifest zu Stande, mit dessen Ausarbeitung sie beauftragt war. In glühenden Farben und mit leidenschaftlicher Uebertreibung waren alle die Leiden geschildert, die Polen unter der russischen Regierung erduldet habe; die Trennung der altpolnischen Provinzen war als ein Unrecht dargestellt, welches die Ehre der Nation nicht länger zu ertragen gestatte, und das Mitgefühl aller Völker wurde aufgerufen, indem der polnische Aufstand als die Vorhut in dem Kampfe der Freiheit gegen die nordischen Horden bezeichnet wurde, die sich über Europa zu ergießen im Begriff wären. Der Dictator verlangte, daß das Manifest vor seiner Bekanntmachung ihm vorgelegt würde; die Commission ließ dasselbe jedoch unter Genehmigung des Beaufsichtigungsausschusses drucken, obwohl der Dictator die Bekanntmachung untersagte. Die Spannung, in welche Chlopicki dadurch mit dem Reichstagsausschusse gerieth, wurde durch die Beschwerden vermehrt, die dieser über die Lässigkeit der kriegerischen Rüstungen erhob, da Chlopicki aller an ihn gerichteten Aufforderungen ungeachtet weder seine Zustimmung zu der Bildung einer litauischen Legion gab, noch in die Errichtung einer Nationalgarde und die Verstärkung des Heeres durch die Aufnahme von Sensenträgern einwilligte. Unter

den eifrigsten Revolutionairen ward der Mißmuth und das Mißtrauen gegen den Dictator so groß, daß man in geheimen Zusammenkünften darüber berathschlagte, ob es nicht nothwendig wäre, ihn auf gewaltsame Wege bei Seite zu schaffen. Davon unterrichtet, ließ Chlopicki am 13. Januar Lelewel, Bronikowski und den Journalisten Josef Ostrowski, die ihm als die Urheber des Anschlages angezeigt waren, gefangen nehmen und verlangte von dem Justizminister Niemojewski, daß dieser sogleich eine außerordentliche Commission niedersetze, um die Verhafteten zu richten. Niemojewski weigerte sich, eine Maßregel zu ergreifen, die er für gesetzwidrig erklärte. Der Nationalrath, durch die Verhaftung eines seiner Mitglieder beleidigt, drohte, seine Würde niederzulegen. Ganz Warschau gerieth in Gährung, und sogar die akademische Jugend, die dem Dictator bisher unbedingt ergeben gewesen war, forderte ungestüm Lelewel's Freilassung. Chlopicki sah sich genöthigt, diese zu gewähren; denn schon konnte er nicht länger sich verbergen, daß die Volksgunst sich völlig von ihm abgewandt hatte. Seine Vorzimmer, sonst bis in die späte Nacht hinein gefüllt, fingen an zu veröden; statt des freudigen Zurufes, der ihn bisher bei jedem öffentlichen Erscheinen begrüßt hatte, begegnete er überall nur düsterer Niedergeschlagenheit. Er selbst hätte, wenn sein unbeugsamer Starrsinn ihn nicht zu jeder unbefangenen Auffassung der Lage unfähig gemacht hätte, alle Ursache gehabt, an der Richtigkeit seiner Ansichten und an der Zweckmäßigkeit seiner Maßregeln zweifelhaft zu werden. In der äußersten Unruhe über das Ausbleiben jedes Bescheides von St. Petersburg hatte er bereits am 21. December seinen Adjutanten, den Oberstlieutenant Wylecynski nach der nordischen Hauptstadt abgeschickt, mit dem Auftrage, den Fürsten Lubecki zu einer Antwort zu drängen, jedenfalls aber auch ohne diese sofort zurückzukehren. In der Nacht vom 5. Januar war Wylecynski in Warschau wieder eingetroffen; er brachte nichts, als die Anzeige, daß Graf Jezierski ihm in Kurzem mit der Antwort des Kaisers folgen würde. Zugleich aber meldete er, daß er auf seiner ganzen Reise alle Straßen mit Truppen bedeckt gesehen habe, die sich gegen die polnische Grenze in Bewegung setzten. Schon vorher hatte man in Warschau Kunde erhalten, wie die Revolution in St. Petersburg aufgenommen worden war. Am 7. December hatte Kaiser Nikolaus nach der Parade die Generale und Officiere der Garde um sich versammelt und ihnen die Warschauer Ereignisse angekündigt. Ein Schrei der Wuth erschallte von allen Seiten. »Führe uns gegen

sie!« riefen tausend Stimmen; und so ungezähmt sprach der alte Nationalhaß der Russen gegen die Polen sich aus, daß der Kaiser selbst die Erbitterung mäßigen zu müssen glaubte. »Nicht alle Bewohner Warschau's und des Königreiches,« sagte er, »wären gleich schuldig; man müsse die Verführer von den Verführten unterscheiden, und nur jene strafen.« Am 16. December kam der Flügeladjutant des Kaisers, Oberst Hauke, der Bruder des ermordeten Kriegsministers, in Warschau an, um die Polen zur Unterwerfung aufzufordern. Am 18. erließ der Kaiser eine Proclamation an seine polnischen Unterthanen, worin er ihnen Verzeihung und Vergessenheit des Vorgefallenen verhieß, wenn sie sich freiwillig seiner Gewalt unterwürfen. In diesem Falle sollten sie alle gefangen gehaltene russische Unterthanen sofort befreien, den vom Kaiser eingerichteten Verwaltungsrath wieder einsetzen, alle ungesetzliche Behörden aufheben und jede in Folge der Unruhen angeordnete Bewaffnung einstellen. Die polnischen Truppen hätten sich bei Plock zu vereinigen und dort die Befehle des Kaisers zu erwarten. »Mit den Verschwörern, Menschen ohne Ehre und Treue,« erklärte der Kaiser zum Schluß, »werde er nie unterhandeln; das Unglück, welches sie ihrem Vaterlande bereitet hätten, werde auf ihre eigenen Häupter zurückfallen; den augenblicklich Irregeführten stehe Rückkehr und Verzeihung offen, aber nie werde er sich Zugeständnisse mit den Waffen in der Hand abtrotzen lassen.« Eine solche Sprache, in der Lage des Kaisers eine sehr natürliche, bedurfte keiner nähern Erklärung. Dennoch wartete Chlopicki noch auf Bescheid aus St. Petersburg. Dieser sollte endlich ihm werden. Am 13. Januar, dem Tage, an dem er Lelewel verhaftet und wieder freigelassen hatte, traf Graf Jezierski von St. Petersburg ein; er überbrachte ein Schreiben des mit der Leitung der polnischen Angelegenheiten im russischen Cabinette beauftragten Ministers, Grafen Grabowski, worin Chlopicki angezeigt wurde, daß der Kaiser aus dem an ihn gerichteten Schreiben des Generals mit Vergnügen die Gesinnungen ersehen habe, von denen derselbe belebt sey. Se. kaiserliche Majestät werde diesen Gesinnungen um so eher Glauben beimessen, wenn der General einen unwiderleglichen Beweis davon ablege, indem er sich so viel als möglich nach der Proclamation richte, die Se. Majestät am 18. December an die polnische Nation erlassen habe.

Erst am 16. theilte Chlopicki das empfangene Schreiben dem Nationalrathe mit, in dessen Mitte sich ein leidenschaftlicher Streit

über die Frage entspann, ob man die Unterhandlungen mit Rußland jetzt noch länger fortsetzen oder sogleich abbrechen solle. Die Mehrheit entschied für das Letzte, da durch eine Weiterführung der Unterhandlungen doch nichts zu erreichen sey. Chlopicki erklärte sich mit Heftigkeit gegen diese Ansicht, und da er sich überstimmt sah, rief er aus: »Er könne die Verantwortlichkeit eines Bruches nicht auf sich nehmen, und halte es daher für seine Pflicht, den Reichstag zu berufen.« Zu noch stürmischeren Auftritten kam es in der Sitzung des Aufsichtsausschusses, die unmittelbar darauf stattfand. Chlopicki rieth, die Dinge nicht auf das Aeußerste zu treiben, sondern durch Unterhandlungen unter preußischer Vermittelung das bevorstehende Unglück abzuwenden. »Ich weiß wohl,« sagte er, »daß man mit geringen Kräften einen mächtigen Gegner schlagen kann; aber die unserigen reichen nicht hin. Wir haben kaum 40,000 Mann den 150,000 der Russen entgegenzusetzen, und so wenig ich mit meinem Kopfe Mauern einrennen kann, so wenig vermag ich mit einem so kleinen Heere Rußlands Uebermacht zu brechen.« Als ihm bemerkt wurde, daß man die Sensenträger in das dritte Glied stellen könne, erwiderte er: »Führt selbst mit Eueren Sensenträgern Krieg; ich kann sie nicht brauchen.« Der Landbote Lebochowski erinnerte ihn daran, daß er selbst die Dictatur verlangt habe, und sie daher behalten und seine Pflicht thun müsse, da die russischen Streitkräfte ihm schon damals bekannt gewesen wären und der Stand der Dinge seitdem sich nicht verändert habe. Dadurch wurde Chlopicki nur noch mehr erbittert. »Mit einem so kleinen Heere kann ich keinen Krieg führen,« rief er ingrimmig aus. »Ich lege meine Würde nieder; ich will weder Dictator noch Anführer, weder Officier noch Soldat seyn.« Am andern Morgen richtete der Aufsichtsausschuß noch einmal eine förmliche Anfrage an den Dictator, unter welchen Bedingungen er die ihm anvertraute Macht behalten wollte, und wenn nicht diese, wenigstens den Oberbefehl über das Heer. Die Antwort war: »Er könne es nicht über sich nehmen, das Land durch einen ungleichen Kampf in's Unglück zu stürzen; er werde daher die ihm anvertraute Macht nur behalten, wenn man ihm die unbeschränkteste Gewalt einräume, alle zweckdienliche Maßregeln zur Rettung des Vaterlandes zu ergreifen.« Da der Ausschuß dies ablehnte, reichte Chlopicki seine Entlassung ein und trat, ungerührt durch die drohende Gefahr, in der das Land schwebte, das ihn höher geehrt, als irgend einen andern seiner Söhne, in das Privatleben

zurück. Mit stummem Schmerze, der sich aber bald in grimmigen Zorn verkehrte, vernahmen Volk und Heer das Ausscheiden des Feldherrn, unter dessen Führung beide sich für unüberwindlich gehalten hatten. Wenn die Nationalgarde, die auf wiederholtes Andringen des Verwaltungsrathes erst vor wenigen Tagen bewaffnet worden war, nicht alle Zusammenrottungen zerstreut hätte, wäre das Leben des Dictators gefährdet gewesen, der mit den bittersten Verwünschungen überhäuft wurde.

Zwei Tage darauf trat der Reichstag zusammen, dessen erste und dringendste Sorge es war, zu der Wahl eines neuen Oberbefehlshabers zu schreiten. Die polnische Armee besaß eine Menge Generale, die aber theils alt und kränklich waren, wie Klicki und Woiczynski, theils alles Talent als Anführer entbehrten, wie Sierawski, Szembek, Fürst Radziwil, Graf Pac, theils durch ihren zweideutigen Charakter die öffentliche Achtung verscherzt hatten, wie Krukowiecki und Weißenhof. In der Verlegenheit kam man nochmals auf Chlopicki zurück; mehrere Mitglieder des Reichstages beschworen ihn, dem Vaterlande seine Dienste nicht zu entziehen. Er blieb unerschütterlich bei seiner Weigerung, den Oberbefehl zu übernehmen: erklärte aber, daß er als Soldat in die Reihen des Heeres treten und dem Feldherrn, auf den die Wahl falle, seinen Beistand nicht vorenthalten werde. Auf die Frage, wen er zu wählen anrathe, bezeichnete er den Fürsten Radziwil, der zwar keine große Kriegserfahrung habe, aber persönlich tapfer, hochgestellt durch seinen Rang und beim Volke beliebt sey. Diese Empfehlung gab den Ausschlag, weil man voraussetzte, daß, unter dem Namen des Fürsten doch eigentlich Chlopicki den Befehl führen würde. Von 140 anwesenden Reichstagsmitgliedern gaben 107 dem Fürsten Radziwil ihre Stimme. Als dieser hierauf vom Senatspräsidenten zum Oberbefehlshaber ernannt wurde, erschallte von allen Seiten der Ruf: »Er lebe! Er führe uns nach Litauen! Zum Kampfe!« Senatoren und Landboten sprangen von ihren Sitzen und umringten den neuen Feldherrn, der seinerseits bescheiden ausrief: »Dem Willen der Nation gehorsam, nehme ich den mir angewiesenen Posten an, aber nur bis sich ein Würdigerer findet.«

Noch ehe diese Ernennung erfolgt war, hatte Roman Soltyk den Antrag gestellt, das russische Kaiserhaus des polnischen Thrones verlustig zu erklären. Auf einen so entscheidenden Schritt war Niemand gefaßt; dumpfe Erstarrung nahm den Vorschlag auf,

der unter dem Vorwande, daß dem Reichstage nach der Verfassung nicht das Recht des ersten Antrages zustehe, für den Augenblick zurückgewiesen wurde. Bald überzeugten sich aber auch die Gemäßigtesten, daß man bereits zu weit vorangegangen war, um nicht die einzige Wahrscheinlichkeit der Rettung darin zu sehen, daß man jede Möglichkeit der Rückkehr abschnitt. Um das Hinderniß zu beseitigen, das dem Antrage Soltyk's entgegenstand, wurde ein Gesetzentwurf angenommen, der den Kammern das Recht des ersten Antrages einräumte. Tages darauf kamen zwei Proclamationen des russischen Feldmarschalls Diebitsch nach Warschau, der an der Spitze eines zahlreichen und wohlgerüsteten Heeres im Anzuge war. Diese Proclamationen, an das polnische Volk und an die polnische Armee gerichtet, kündigten den bevorstehenden Einmarsch der russischen Truppen an. Volk und Armee wurden an ihre Pflichten gegen den Monarchen erinnert; die Einwohner aufgefordert, die rechtmäßigen Behörden wieder einzusetzen, wie sie vor dem Aufstande gewesen wären, alle Waffen abzuliefern und den einrückenden Truppen ihre Unterwerfung durch Abordnungen mit weißen Fahnen anzuzeigen, die Soldaten, Officiere und Generale, die Fahnen des Aufruhrs zu verlassen und sich den russischen Kriegern anzuschließen, die jeden Reuigen mit offenen Armen aufnehmen würden. Unter diesen Bedingungen wurde Allen Straflosigkeit zugesichert, mit Ausnahme der Anstifter des Aufstandes und derer, die ihre Hände in Blut getaucht hätten. Jetzt verschwanden alle Bedenklichkeiten, da man nicht länger in Zweifel seyn konnte, welches Loos man zu erwarten hatte. Am 25. Januar, nach einer langen Berathung über die Lage des Landes, in der Graf Jezierski unter lautem Zeichen des Mißfallens über den Erfolg seiner Unterhandlungen in St. Petersburg Bericht erstattete, trat der Reichstagsmarschall Graf Ostrowski auf und erklärte mit ernster feierlicher Stimme: »Der Zweck der Revolution könne ohne Krieg nicht mehr erreicht werden; schon habe der Zaar von Moskau seinen Horden befohlen, in das Land einzubrechen; es sey nicht das erste Mal, daß dasselbe mit den Gebeinen der Tataren besäet würde; man dürfe jetzt nicht länger durch Gewohnheit oder Furcht sich bestimmen lassen, Nikolaus als König von Polen anzuerkennen; nur der Eid sey bindend, den der Pole von den ältesten Zeiten den Piasten, Jagellonen und freierwählten Königen geschworen.« Ledochowski sprang auf und rief mit gewaltiger Stimme: »Erklären wir sofort, daß Nikolaus nicht mehr unser König ist!« Alle Land-

boten erhoben sich von ihren Sitzen und wiederholten: »Nikolaus ist nicht mehr unser König!« Ungeachtet des Widerspruches, den Graf Jezierski erhob, wurde der Staatssecretair Niemcewicz beauftragt, auf der Stelle das Thronerledigungsdecret abzufassen, das folgendermaßen lautete: »Die polnische Nation hat im Reichstage vereinigt erklärt, daß sie ein unabhängiges Volk ist und das Recht habe, die Krone Polens demjenigen anzubieten, den sie für würdig erachtet, und von dem sie mit Gewißheit erwarten darf, daß er den geschwornen Eid und die verbrieften Gerechtsame heilig und unverbrüchlich bewahren werde.«

Schon Tages vorher war auf Lelewel's Antrag beschlossen worden, daß neben dem polnischen Heere zwei Legionen errichtet werden sollten, die eine von Litauen und Schamaiten, die andere von Wolhynien, Podolien und der Ukraine. Am 29. wurde nach langen Verhandlungen die Errichtung einer neuen Regierung, anstatt des Nationalrathes, beschlossen, zu deren Mitgliedern Fürst Czartoryski, Vincenz Niemojewski, Theophil Morawski, Barzykowski und Lelewel erwählt wurden. Alle Kraft war fortan auf die schnellste Förderung der Kriegsrüstungen gerichtet. Bis zum Ende des Januars war das regelmäßige Heer, das beim Ausbruche des Aufstandes nur 35,000 Mann, 26,100 Mann Fußvolk, 6800 Reiter und 2100 Artilleristen mit 106 Geschützen gezählt hatte, auf 72,000 Mann gebracht, wovon 57,000 zu Fuß, 12,000 zu Roß und 3000 Artilleristen mit 142 Stücken. Außerdem waren 8000 leichte Reiter oder Krakusen, 6000 Warschauer Nationalgarden und zahlreiche Haufen von Sensenträgern bewaffnet und 44 Bataillone, 69 Schwadronen und zwei Batterien Geschütz in der Bildung begriffen, die, sobald ihre Ausrüstung vollendet war, das Heer noch um 50,000 Mann verstärken mußten. Den richtigen Zeitpunkt zum Angriffe hatte Chlopicki ungenützt vorübergehen lassen. Wenn er von Anfang, wie die Redner des patriotischen Vereines verlangten, die mit dem Großfürsten Konstantin abziehenden russischen Truppen entwaffnet oder nach der österreichischen Grenze gedrängt und auf der andern Seite mit allen zu seiner Verfügung stehenden Streitkräften einen Einfall in Litauen unternommen hätte, so würde das Beispiel des polnischen Heeres ohne Zweifel den größten Theil des 30,000 Mann starken, mit 120 Geschützen versehenen litauischen Corps mit sich fortgerissen haben; das ganze Land hätte sich erhoben und die heranziehenden russischen Armeecorps hätten sich vorläufig auf die Vertheidigung des eigenen

Bodens beschränken müssen oder wären bei unvorsichtigem Vordringen einzeln geschlagen worden. Zu der Ausführung eines so kühnen, aber beinahe unfehlbaren Erfolg versprechenden Planes war es jetzt zu spät. Das litauische Corps, von dem General Rosen befehligt, war bereits in der zweiten Hälfte des Decembers von allen unzuverlässigen Officieren gereinigt; gegen das Ende des Monates war das erste russische Infanteriecorps unter General Pahlen I., über 30,000 Mann stark, mit 96 Geschützen, bis gegen Grodno und Kowno vorgedrungen. Das Grenadiercorps der Militaircolonien, gleichfalls über 30,000 Mann stark, mit 72 Geschützen, war, vom Fürsten Schachowskoi geführt, im Begriff, von Nowgorod aufzubrechen; und vom Süden her waren zwei Cavalleriecorps, die 14,000 Pferde und 92 Geschütze zählten, im Anzuge. Gegen das Ende des Januars hatte der Türkensieger Diebitsch, der am 29. December von St. Petersburg zum Heere abgegangen war, eine Macht von 86,600 Mann Infanterie, 26,800 Reitern und 336 Geschützen an der polnischen Grenze vereinigt, während zu seiner Verstärkung die 24,000 Mann starke Garde mit 72 Geschützen unter dem Großfürsten Michael auf dem Marsche war.

Dieser gewaltigen Heeresmasse konnten die Polen nur ungefähr 54,000 Mann zu Fuß und zu Roß mit 132 Geschützen in offenem Felde entgegenstellen, da sie von ihren Streitkräften einen nicht unbedeutenden Theil zur Besetzung der beiden Festungen Modlin und Zamosc, so wie zur Bildung der Reserven auf dem linken Weichselufer verwenden mußten. Von einem Angriffskriege konnte daher nicht mehr die Rede seyn. Auf Chlopicki's Rath entschloß sich Fürst Radziwil, die Russen in einer vortheilhaften Stellung, in geringer Entfernung von Praga, der Vorstadt Warschau's auf dem rechten Weichselufer, zu erwarten und hier eine Schlacht zu liefern, von welcher der alte Feldherr ohne Zweifel voraussetzte, daß sie für seine Landsleute ungünstig ausfallen und dem Kampfe mit einem Schlage, nur auf eine für die polnischen Waffen nicht unehrenhafte Weise ein Ende machen würde. Als Diebitsch mit seinen Massen die Grenze überschritt, war er erstaunt, nirgend den geringsten Widerstand zu finden; so wie seine Colonnen weiter vorrückten, zogen sich die polnischen Heeresabtheilungen, die ihm gegenüberstanden, in guter Ordnung zurück. Nur der zum General beförderte Oberst Skrzynecki, der die Nachhut befehligte, bestand am 17. Februar bei Dobre ein Gefecht gegen die russische Vorhut unter dem General Rosen, in welchem diese, un-

geachtet ihrer Ueberlegenheit, den ganzen Tag aufgehalten, einigen Verlust erlitt. Auf dem linken russischen Flügel hatte schon einige Tage vorher ein abgesondertes russisches Corps eine schimpfliche Niederlage erfahren. Der aus dem Türkenkriege bekannte General Geismar war mit 24 Schwadronen und 24 Stücken Geschütz bis an die Weichsel vorgedrungen, als ihm der alte polnische Reitergeneral Dwernicki mit drei Bataillonen und siebenzehn Schwadronen frisch ausgehobener Truppen, die sechs von Warschauer Bürgern bediente Stücke Geschütz mit sich führten, entgegenging, ihn bei Stoczek im ersten Anlauf über den Haufen warf, das ganze russische Corps auseinandersprengte und demselben eine Menge Gefangene, so wie acht Kanonen abnahm. So wenig Bedeutung dieses Reitergefecht auch hatte, erregte es doch in Warschau eine Freude, die kaum lebhafter hätte seyn können, wenn eine große Feldschlacht gewonnen worden wäre; und nicht ganz mit Unrecht, denn es hatte gezeigt, daß nicht lange militairische Uebung, sondern das Herz den Soldaten macht, und daß junge kaum eingereihte Truppen unter einem tüchtigen Führer alten wohlgeübten Kriegern überlegen seyn konnten.

Aber näher und näher kam die Stunde, die der allgemeinen Erwartung nach das Loos der Nation entscheiden sollte. General Diebitsch rückte mit seiner gesammten Macht in dichten Gewalthaufen gegen Warschau vor, überzeugt, daß er die Polen, wenn sie sich ihm entgegenzustellen wagten, durch seine Ueberlegenheit erdrücken müsse, aber mit der geheimen Hoffnung, daß sie es auf einen ernsten Kampf nicht ankommen lassen, sondern die Unmöglichkeit erfolgreichen Widerstandes einsehen und sich unterwerfen würden. Er sollte früher enttäuscht werden, als er es ahnte. Während die polnische Nachhut auf dem rechten Flügel unter Skrzynecki bereits in die Stellung eingerückt war, die Chlopicki und Radziwil zum Schlachtfelde ersehen hatten, setzte der linke Flügel unter Zymirski, von den Russen heftig gedrängt, noch seinen Rückzug fort. Am 19. des Morgens hatte Zymirski den Ausgang des großen Waldes, durch den die Straße von Milowna nach Warschau führt, und die weite Ebene erreicht, in der man die Verschanzungen von Praga, und darüber emporragend, die Thürme und Paläste von Warschau erblickt. Hier machte er Halt, um die Russen, sobald sie aus dem Walde hervortraten, mit Kartätschen niederzuschmettern. Aus diesem Gefechte, welches von den Feldherren auf beiden Seiten weder angeordnet, noch vorhergesehen war, entspann sich ein Kampf, in den all-

mälig immer bedeutendere Massen hineingezogen wurden, der mit furchtbarer Erbitterung den ganzen Tag hindurch dauerte, und der zuletzt, nachdem beide Theile mehrere Tausend Todte und Verwundete verloren hatten, damit endigte, daß die Polen ihren Rückzug ungehindert fortsetzten. Am folgenden Tage kam es zu einem neuen Gefechte, bei dem die Russen eine Menge Leute einbüßten, indem sie es versuchten, ein durch zwei sumpfige Gräben durschnittenes Erlenwäldchen zu nehmen, welches den Schlüssel der polnischen Stellung bildete. Der Widerstand, den Diebitsch bei diesem Angriffe fand, belehrte ihn, daß er alle seine Kräfte zusammennehmen müsse, wenn er denselben brechen wollte. General Schachowskoi, der mit seinem Grenadiercorps noch auf dem rechten Ufer des Bug zurück war, erhielt den Befehl, in Eilmärschen heranzuziehen; er sollte die Polen in die linke Flanke fassen und von Praga abschneiden, während Diebitsch mit der Hauptmacht sie in der Fronte angriff. Schachowskoi's Annäherung konnte aber nicht unentdeckt bleiben. Nachdem er den Bug überschritten und das schwache polnische Corps des Generals Jankowski bis nach Bialolenka vor sich hergedrängt hatte, wurde er hier durch einige polnische Bataillone aufgehalten, bis am 25. Februar General Krukowiecki mit überlegener Macht heranrücken konnte, der hierauf die Russen seinerseits zum Rückzuge zwang. General Diebitsch, um Schachowskoi zu retten, sah sich genöthigt, die Schlacht ohne ihn zu schlagen. Der Hauptangriff der Russen war gegen das Erlenwäldchen vor dem Dorfe Grochow gerichtet, das sie bereits am 20. vergebens zu nehmen versucht hatten, und welches nicht umgangen werden konnte, weil dasselbe die große Straße beherrschte, auf der die russische Hauptmacht vorrücken mußte. Chlopicki, der ohne amtlichen Rang an Radziwil's Stelle den Befehl übernahm, hatte zur Vertheidigung des Wäldchens den General Zymirski mit zwölf Bataillonen bestimmt, zu dessen Unterstützung Skrzynecki mit dreizehn Bataillonen weiter rückwärts aufgestellt war. Das Wäldchen, gegen welches von russischer Seite nach und nach 34 Bataillone andrangen, wurde von den Polen mit heldenmüthiger Tapferkeit vertheidigt. Genommen und wiedergenommen blieb es der Mittelpunkt des Kampfes, auf den von beiden Seiten sich alle Anstrengungen richteten. Schon ist Zymirski tödtlich verwundet vom Schlachtfelde weggetragen, als Skrzynecki an seine Stelle tritt und über das Wäldchen hinaus bis gegen die russischen Batterien heranstürmt. Aber Diebitsch selbst mit frischen Bataillonen wirft sich

ihm entgegen; die Russen füllen mit ihren Leichen die Gräben, die ihren Andrang so lange aufgehalten haben. Die Polen vermögen das Wäldchen nicht mehr zu behaupten, da keine frische Truppen mehr vorhanden sind, die ihre erschöpften Bataillone aufnehmen können. Umsonst hat Chłopicki Befehle über Befehle an Krukowiecki geschickt, mit seinem ganz unbeschäftigten Corps zu ihm zu stoßen; er sieht, daß die russische Cavallerie in dichten Massen vorgeht, um sich auf seine weichende Infanterie zu stürzen, und befiehlt dem General Thomas Lubienski, sich mit seinen Reiterregimentern, die, weiter rückwärts stehend, an dem Kampfe noch keinen Theil genommen haben, dem Feinde entgegenzuwerfen. Lubienski bleibt unbeweglich, weil Chłopicki ihm keine Befehle zu ertheilen habe. Die Polen, deren Reihen immer dünner werden, ziehen sich, jeden Fußbreit Bodens vertheidigend, zurück; Chłopicki, verzweifelnd, stürzt, um die Schlacht zum Stehen zu bringen, in das dickste Gewühl; durch eine Granate schwer verwundet, wird er zurückgetragen. Die ganze russische Linie bewegt sich unaufhaltsam vorwärts; ungeheure Cavalleriemassen dringen vor, um die halb aufgelösten Reihen der polnischen Infanterie zu durchbrechen. Das Kürassierregiment Prinz Albrecht stürmt voran; vier Schwadronen, die Alles vor sich her über den Haufen werfen, dringen bis unter die Wälle von Praga: aber die beiden anderen Schwadronen mit der übrigen Cavallerie, durch eine congrevische Raketenbatterie in Schrecken gesetzt, folgen ihnen nicht; von Kartätschen niedergeschmettert, müssen sie den Rückzug suchen; einem schwachen Häuflein gelingt es, sich durchzuschlagen; der Rest der verwegenen Eisenreiter bedeckt mit seinen Küraſſen das blutgetränkte Feld. Die Schlacht war beendigt; denn schon war die Dunkelheit eingebrochen; die Polen, durch die endlich angekommenen Bataillone Krukowiecki's verstärkt, zogen sich hinter die Wälle von Praga zurück; Diebitsch, durch die blutigen Opfer des Tages von der unerschütterlichen Ausdauer der polnischen Krieger belehrt und überdies unterrichtet, daß seine Geschütze nur noch wenige Tausend Schüsse übrig hatten, wagte keinen Sturm. Zehntausend seiner besten Soldaten waren gefallen; die Polen hatten nicht weniger verloren, aber sie hatten bei ihrem Rückzuge nur 3 Kanonen und 600 Gefangene eingebüßt. Während der Nacht zog das polnische Heer ungestört über die Brücke auf das linke Ufer der Weichsel nach Warschau hinüber und ließ zur Vertheidigung des Brückenkopfes von Praga nur eine Besatzung von einigen Bataillonen unter Kasimir Malachowski zurück.

Die Hauptstadt war während der Schlacht, die man von hochgelegenen Punkten deutlich übersehen konnte, in unbeschreiblicher Bewegung gewesen; der Ausgang erfüllte sie mit tödtlicher Angst, da man nicht daran zweifelte, daß Diebitsch, wie einst Suworow, Praga erstürmen und darauf auch Warschau nehmen würde. Die allgemeine Bestürzung war um so größer, je gewisser man auf den Sieg gerechnet hatte; denn die vorausgegangenen Gefechte, in denen die Polen sich zum ersten Male mit dem Feinde gemessen, waren sämmtlich als Niederlagen der Russen dargestellt worden. Während des Treffens vom 19., aus dem der Kanonendonner zuerst nach Warschau herüberschallte, war der Reichstag versammelt gewesen. Es wurde beschlossen, daß die Sache des Vaterlandes selbst dann nicht aufgegeben werden sollte, wenn die Hauptstadt in die Hände des Feindes fiele. An welchem Orte, außer in Rußland, sich 11 Senatoren und 33 Landboten vereinigten, sollte der Reichstag als vollzählig gelten und ermächtigt seyn, rechtskräftige Beschlüsse zu fassen. So kühn die Haltung war, welche die gesetzgebende Versammlung bei der Annäherung der Gefahr bewahrte, so wurde doch auch sie von der allgemeinen Betäubung ergriffen, als der Verlust der Schlacht die Hoffnungen zerstörte, die man auf den Muth des Heeres gesetzt hatte. Um vier Uhr des Morgens wurden alle Generale und Obersten zu einem Kriegsrathe versammelt. Die meisten Anführer waren kleinmüthig; andere, wie Krukowiecki und der vor wenigen Tagen aus seiner Haft in der preußischen Festung Glogau entflohene Uminski, zankten. Nur Skrzynecki, der auch in der Schlacht bis zum letzten Augenblicke mit der kühnsten Unerschrockenheit gefochten hatte, blieb ruhig und setzte die Lage der Dinge mit Klarheit auseinander. Fürst Radziwil, der nach der Verwundung Chlopicki's alle Besonnenheit verloren und bei dem Angriffe der russischen Kürassiere sich nach Praga hineingeflüchtet hatte, erkannte seine Unfähigkeit, das Heer zu führen, und legte den Befehl nieder. Alle Stimmen vereinigten sich, Skrzynecki zu seinen Nachfolger zu ernennen, der, die Hände zum Himmel erhebend, Gott zum Zeugen anrief, daß er nicht aus Ehrgeiz den Befehl annehme, sondern allein für das Wohl und die Errettung des Vaterlandes. Als gegen Mittag der Reichstag zusammentrat, um die Wahl des neuen Feldherrn zu bestätigen, wurde mit Mühe die erforderliche Anzahl Mitglieder zusammengebracht: Landboten und Senatoren hatten in der Voraussetzung, daß Warschau sich nicht zu halten vermöge, die Flucht ergriffen. Skrzynecki hatte inzwischen

schon am frühen Morgen alle Anstalten getroffen, Praga nachdrücklich zu vertheidigen. Auf seinen Befehl wurden alle außerhalb des Brückenkopfes liegende Gebäude in Brand gesteckt; die Wälle wurden mit Kanonen bespickt, und auf dem linken höheren Weichselufer wurden Batterien errichtet, welche die Zugänge zum Brückenkopfe bestrichen. Zugleich versäumte Skrzynecki nichts, um den Muth des Heeres von Neuem zu beleben; die alten Regimenter, die am meisten gelitten hatten, wurden durch die tüchtigsten Leute aus den neugeschaffenen ergänzt; täglich wurden einzelne Regimenter gemustert, wobei sich der Heerführer vertraulich mit den Kriegern unterredete. Seinen ganzen Charakter sprach der erste Tagesbefehl aus, den er an das Heer erließ. »Soldaten,« begann er, »es war gewiß eine Fügung Gottes, daß Ihr mich zu Euerem Oberfeldherrn erwähltet.« Darauf hob er die große Macht des Feindes hervor und verwies auf den Schutz des Höchsten, zu dem man allein Vertrauen haben dürfe. »Schwören wir,« schloß er, »das große Losungswort: Sieg oder Tod! in seiner ganzen Bedeutung zu erfüllen, und wir werden als Vertheidiger der Völkerrechte in den Jahrbüchern der Geschichte glänzen, selbst wenn wir nicht siegen sollten. Zu solchem Ruhme fordere ich Euch auf und biete Euch auf dieser Helden- und Märtyrerbahn Lorbeeren an. Doch wird unser die Siegeskrone seyn, wenn Ihr mich durch Gehorsam, Eintracht, Pflichterfüllung und Entschlossenheit unterstützt.«

Auf die Schlacht von Grochow folgte eine lange Waffenruhe, weil beide Theile sich zu sehr erschöpft fühlten, um sich in einen neuen ernsten Kampf einzulassen. Skrzynecki, ein Mann von gemäßigter Gesinnung, war von Anfang nur deshalb auf die Seite der Revolution getreten, weil er dies, nachdem sie einmal erfolgt war, für die Pflicht jedes guten Polen hielt. Er wußte, daß von außen keine Hülfe zu erwarten war; denn die Botschafter, die nach London und Paris gegangen, waren von den brittischen, wie von den französischen Ministern mit Kälte empfangen worden; an die Möglichkeit eines erfolgreichen Widerstandes mit den vereinzelten Kräften der polnischen Nation glaubte er im innersten Herzen nicht. Er hielt es daher, gleich Chłopicki, für den einzigen Weg der Rettung, einen Frieden auf so vortheilhafte Bedingungen zu schließen, als sie zu erlangen wären. Um sich der Zustimmung des Reichstages zu versichern, lud er die vornehmsten Leiter desselben zu einer geheimen Berathung ein, in der er ihnen vorstellte: Die Ehre der Waffen sey durch die bishe-

rigen Kämpfe gerettet; den Krieg mit einiger Aussicht auf Erfolg zu führen, sey bei der Unzulänglichkeit der polnischen Hülfsmittel nicht möglich; jede Verlängerung desselben werde das Land noch mehr zu Grunde richten und den Unwillen des Kaisers steigern. Gegenwärtig sey der Augenblick günstig; man habe gezeigt, daß man so leicht nicht zu überwinden sey und werde gewiß vortheilhaftere Bedingungen erhalten, als zu jedem späteren Zeitpunkte. Die Reichstagsmitglieder, die von ihrem früheren Schrecken zurückgekommen waren, da sie in Warschau sich bei der Unthätigkeit des russischen Heeres in Sicherheit sahen, wollten von Unterhandlungen nichts wissen; mit Mühe erlangte Skrzynecki die Erlaubniß, dem russischen Feldmarschall oberflächliche Eröffnungen zu machen, bei denen man hauptsächlich den Zweck hatte, Zeit zu gewinnen, um die mit Eifer betriebenen Rüstungen zu vollenden. Skrzynecki schickte am 1. März den Oberstlieutenant Grafen Mycielski in das russische Hauptquartier, unter dem Vorwande einer Gefangenenauswechselung, in der That aber, um die Bedingungen zu erfahren, unter denen eine Ausgleichung zu hoffen sey. Die Antwort des Feldmarschalls war, es könne von keiner andern Bedingung die Rede seyn, als von der Unterwerfung der Polen auf die Grundlage des kaiserlichen Manifestes; der erste Schritt dazu aber müßte die Zurücknahme des Reichstagsbeschlusses über die Thronerledigung seyn. Ungeachtet dieses ungünstigen Bescheides wurde Graf Mycielski noch mehrere Male hinüber und herüber geschickt, ohne daß die Unterhandlungen einen Schritt weiter gefördert worden wären, da auch Skrzynecki entschlossen war, lieber noch einmal das Glück der Waffen zu versuchen, als sich auf Gnade und Ungnade zu ergeben. General Diebitsch hatte von dem wahren Stande der Dinge keine Ahnung; er glaubte die Kraft der polnischen Revolution durch die blutige Schlacht von Grochow gebrochen, und vertraute fest, daß die Polen, wie sehr sie sich auch sträuben möchten, zuletzt doch von der Nutzlosigkeit aller ferneren Anstrengungen sich überzeugen und die Gnade des Kaisers anrufen würden. Eine Erneuerung des Kampfes erachtete er so sehr außerhalb aller Grenzen der Wahrscheinlichkeit, daß er bereits am 7. und 8. seine Hauptmacht aus der Nähe von Warschau zurückzog und sie, um ihre Verpflegung zu erleichtern, in weitläufige Cantonirungen auseinanderlegte, während nur das Corps des Generals Pahlen, welches später durch jenes des Generals Rosen abgelöst wurde, zur Beobachtung des polnischen Heeres zurückblieb.

Während auf diese Weise die beiden Heere, das eine auf dem linken, das andere auf dem rechten Weichselufer einander unthätig gegenüberstanden, fielen nur im Süden des Landes zwischen abgesonderten Streifcorps einige nicht allzu erhebliche Gefechte vor. Bereits am 13. Februar, an dem Tage vor dem Gefechte von Stoczek, in dem Geismar von Dwernicki geschlagen wurde, war der russische General Kreutz weiter aufwärts bei Pulawy mit 4000 Reitern und 18 Geschützen über die Weichsel gegangen und bald darauf bis nach Radom vorgedrungen, wo er die begonnene Volksbewaffnung zersprengte. Auf diese Kunde war Roman Soltyk von Warschau abegangen, um alle im Süden zerstreuten Streitkräfte zur Abwehr des Angriffs zu vereinigen. Dwernicki wurde von Stoczek zurückgerufen, stieß am 19. zu dem General Sierawski, der bei Gora ein Sensenträger- und ein sogenanntes Krakusen-Regiment gesammelt hatte, und warf sich noch an demselben Tage bei Nowawies auf die Vorhut der Russen, die, in die Flucht geschlagen, zwei Kanonen verloren. Unmittelbar darauf wurde Dwernicki in die Nähe von Warschau abberufen, weil man hier einen Uebergang des russischen Hauptheeres über die Weichsel befürchtete. General Kreutz gewann dadurch Zeit, auf das rechte Weichselufer zu entkommen. In Warschau war inzwischen Lelewel, der bei jeder Gelegenheit an die Nothwendigkeit erinnerte, den Aufstand über die altpolnischen Provinzen zu verbreiten, schon in den ersten Tagen nach der Grochower Schlacht mit dem Vorschlage durchgedrungen, ein Streifcorps zu diesem Zwecke zu entsenden, und Dwernicki, selbst aus Podolien gebürtig, erhielt den Auftrag, das gewagte Unternehmen auszuführen. Am 2. März ging Dwernicki bei Pulawy, wo einige Tage vorher eine russische Dragonerschwadron durch einen Ueberfall vernichtet war, über das auch hier schon schwankende Eis der Weichsel, schlug am folgenden Tage bei Kurow ein russisches Dragonerregiment, dem er seine beiden Kanonen abnahm, besetzte am 4. die Stadt Lublin, von wo sich an demselben Tage General Kreutz zurückgezogen hatte, und verweilte hier einige Zeit, um sein Corps durch den Zulauf, den er von allen Seiten hatte, zu verstärken. Schon war er im Begriff, die russische Grenze zu überschreiten, als er vernahm, daß weit überlegene Streitkräfte gegen ihn im Anzuge waren, die General Diebitsch von seiner Hauptmacht zu der Verfolgung des kecken Parteigängers abgeschickt hatte. Er zog sich daher unter die Kanonen der Festung Zamosc, wo die Russen ihn nicht aufzusuchen wagten, und beschloß hier, auf einen günstigeren Zeitpunkt zu warten.

Schon um diese Zeit offenbarte es sich, daß Skrzynecki, obwohl ein edler Mensch, ein hochgebildeter Mann und der tapferste Anführer in der Schlacht, jedes höheren Feldherrnblickes ermangelte. Vergebens drang Oberst Prondzynski, den er selbst als einen genialen Strategen erkannt und zum Chef seines Generalstabes gewählt hatte, unaufhörlich in ihn, mit gesammter Macht aus Praga herauszufallen, sich auf die in ihren Cantonirungen zerstreuten russischen Corps zu werfen und dieselben einzeln, ehe sie sich zu vereinigen vermochten, aufzureiben. Skrzynecki war der Meinung, daß man mit einem schwächeren Heere sich nur in der Vertheidigung halten könne. Erst als er erfuhr, daß das russische Gardecorps den weiten Weg von St. Petersburg zur polnischen Grenze endlich zurückgelegt, diese bereits überschritten habe und, abgesondert von dem Hauptheere auf dem rechten Ufer des Bug einherziehend, zu Ostrolenka eingetroffen sey, ließ er sich durch das Murren seiner Officiere, die wohl erkannten, daß längere Unthätigkeit zu unrettbarem Untergange führen müsse, zu dem Entschlusse bestimmen, einen Schlag gegen die Garden zu wagen: ein eben so verderbliches Beginnen, wie die thatlose Trägheit nur immer seyn konnte. Denn schon hatte Diebitsch, über die wahren Absichten der Polen enttäuscht, den Entschluß gefaßt, mit seinem durch vierwöchentliche Ruhe erfrischten Heere oberhalb Warschau über die Weichsel zu gehen; und während Skrzynecki sich auf dem rechten Ufer des Bug und der Narew mit den Garden beschäftigte, wäre auf dem linken Ufer der Weichsel das Schicksal von Polen durch die Einnahme seiner Hauptstadt entschieden worden. Prondzynski war, während diese Wendung sich vorbereitete, durch eine Krankheit, die ihn seiner Stimme beraubte, an sein Bett gefesselt. Die Bewegung der polnischen Truppen nach dem Norden hatte begonnen, während Diebitsch seine Hauptmacht nach dem Süden gezogen und alle Anstalten getroffen hatte, bei Tyrczyn, unterhalb der Einmündung des Wieprz eine Brücke über die Weichsel zu schlagen. Da erlangte Prondzynski den Gebrauch seiner Stimme wieder, eilte, durch das Gefühl der Gefahr, die in jedem Verzuge lag, plötzlich gesundet, zu Skrzynecki und bestimmte ihn durch siegende Gründe, statt des Angriffs auf die Garden, sich mit seiner Macht auf das vereinzelt vor Warschau zurückgebliebene Corps des Generals Rosen zu werfen, das nur noch 20,000 Mann stark, seine Vorhut unter Geismar bei Wawer hatte. Am 30. März gab Skrzynecki, um seinen nur ihm selbst und seinem Generalstabschef bekannten Plan vor jedem Verrathe zu sichern,

eine fröhliche Abendgesellschaft; um acht Uhr wurden die Befehlshaber der Divisionen zu ihm berufen und erhielten ihre Anweisungen; nach Mitternacht ging das polnische Heer in tiefster Stille über die Brücke von Praga, die mit Stroh bedeckt war, damit die russischen Vorposten das Rasseln der Geschütze nicht hören konnten, und um drei Uhr des Morgens zog General Rybinski, der Geismar in seiner rechten Flanke umgehen sollte, zum Schlage von Zombki, bald darauf Malachowski, Gielgud, Skarzynski, Lubienski, die zum Angriff in der Fronte bestimmt waren, die Reiterbrigade des kühnen Kicki voran, zum Schlage von Grochow hinaus. Geismar, von zwei Seiten zugleich angegriffen, wurde nach hartnäckiger Gegenwehr überwältigt und wich mit schwerem Verluste nach Dembe wielkie zurück, wo General Rosen mit einem Theile seines Corps ihn aufnahm. Hier leisteten 12,000 Russen in einer vortheilhaften durch Wald und Sumpf gedeckten Stellung tapfern Widerstand, bis General Skarzynski mit seiner Reiterdivision gegen Abend mitten durch das vom Feinde besetzte Dorf sprengte, die jenseits aufgestellten Vierecke durchbrach und die zu Hülfe eilende Reiterei über den Haufen warf. Die Trümmer des völlig auseinandergesprengten russischen Corps entkamen unter dem Schutze der Nacht; aber dieses hatte allein an Gefangenen über 5000 Mann verloren, worunter ein vollständiges Regiment, welches bei Wawer die Waffen streckte, ein General, ein Oberst und 100 Officiere, außerdem fünf Fahnen und neun Geschütze, so wie das gesammte Gepäck. Wenn Skrzynecki seinen Sieg mit Kraft und Entschlossenheit benutzt hätte, so wäre das ganze Rosen'sche Corps unfehlbar vernichtet worden; er betrieb die Verfolgung jedoch mit aller Gemächlichkeit und war nicht einmal zu vermögen, die Stadt Siedlce wegzunehmen, wo sich die Artillerieparks, die Spitäler und alle Vorräthe des russischen Heeres befanden, das durch diesen Verlust in die bedenklichste Lage versetzt worden wäre. Während er seine Zeit in unnützen Märschen verlor, hatte Diebitsch, von der Niederlage des Generals Rosen unterrichtet, wie Prondzynski richtig vorhergesagt, den Uebergang über die Weichsel aufgegeben und sich mit seiner ganzen Macht zurückgewandt, um Rosen zu retten und seine beinahe schon abgeschnittenen Verbindungen mit Litauen herzustellen. Nach langem unschlüssigen Zögern ließ sich Skrzynecki endlich bewegen, die Unternehmung gegen Siedlce auszuführen, zu der es auch jetzt noch nicht zu spät war, da Rosen den Befehl hatte, diesen Ort um jeden Preis zu halten, während Diebitsch noch mehrere Märsche zu-

rück war. Der Plan war vortrefflich angelegt. Während Skrzynecki auf der großen Straße gerade gegen Siedlce anrückte, sollte Prondzynski die russische Stellung in der rechten, Lubienski in der linken Flanke umgehen. In der Nacht vom 9. April sollten die drei Colonnen sich in Bewegung setzen, um den Angriff am Morgen des folgenden Tages zu beginnen. Aber nur Prondzynski traf zu der bestimmten Zeit an dem ihm angewiesenen Punkte ein; 7000 Mann stark hatte er das ganze Rosen'sche Corps vor sich, das, durch frische Truppen verstärkt, mehr als 20,000 Mann zählte und, ihm gerade gegenüber, das Dorf Iganie mit 6000 Mann besetzt hatte. Prondzynski, in der Voraussetzung, daß die beiden anderen Colonnen unmöglich ausbleiben können, greift unverzagt an, nimmt Iganie, vernichtet in wüthendem Bajonnetkampfe den größten Theil der feindlichen Infanterie, kann aber die erlangten Vortheile nicht verfolgen, weil von Skrzynecki nichts zu sehen ist. Erst spät am Abende kommt dieser an. Er war statt in der Nacht, erst am Morgen aufgebrochen und hatte sich auf seinem Marsche so viel Zeit genommen, daß er den ganzen Tag brauchte, um zwei Meilen zurückzulegen. So war der ganze Plan vereitelt; denn am Morgen des andern Tages erreichte die Vorhut des russischen Hauptheeres Siedlce, und Skrzynecki hatte sich durch Entsendungen nach allen Seiten zu sehr geschwächt, um einen Kampf gegen dieses zu bestehen.

Ungeachtet der groben Fehler, die der polnische Oberfeldherr begangen, waren doch die Folgen seines Ausfalles aus Warschau so bedeutend, wie es jene einer großen gewonnenen Feldschlacht nur seyn konnten. Ein russisches Armeecorps, das bei dem Ausbruche des Krieges 30,000 Mann zählte, war auf kein volles Drittheil zusammengeschmolzen; der russische Oberbefehlshaber, der zu Anfange des Märzes vor den Wällen von Praga lagerte und zu Ende des Märzes sich anschickte, über die Weichsel zu gehen, hatte in der Mitte des April sein Hauptquartier nach Siedlce zurückverlegt, wo er der litauischen Grenze näher stand, als der polnischen Hauptstadt. Seine Lage konnte aber hier eine so gefährliche werden, daß die Vernichtung seines ganzen Heeres keineswegs außer den Grenzen der Möglichkeit lag. Denn während ein an Zahl nicht viel schwächerer, durch wiederholte Siege begeisterter Feind ihm gegenüberstand, war in seinem Rücken die Flamme des Aufruhrs aufgelodert und hatte sich mit Blitzeseile über ganz Litauen verbreitet, so daß es ihm kaum noch gelang, seine Verbindungen mit dem Innern von Rußland zu unter-

halten. In Litauen hatte die Nachricht von der Warschauer Revolution eine ungeheure Aufregung verbreitet; nur die Furcht vor den Truppenmassen, die zu der Unterdrückung des polnischen Aufstandes das Land durchzogen, hielt den zahlreichen Adel ab, das Beispiel der Landsleute im Königreiche nachzuahmen. So wie die Truppenmärsche aber vorüber waren, und als man erfuhr, wie ausdauernden Widerstand die Polen leisteten, waren die in jeder Brust verschlossenen Gefühle nicht länger zurückzuhalten. Litauen war von Truppen beinahe ganz entblößt: nur in der Hauptstadt Wilna lag eine Besatzung von 3000 Mann; in den meisten kleineren Städten standen bloß schwache Abtheilungen von 60, 100 oder 200 Mann. Als im März eine große Recrutenaushebung zur Verstärkung des Heeres ausgeschrieben wurde, gaben zwölf Edelleute in Schamaiten das Zeichen zum Aufstande. Die ausgehobenen Recruten wurden überall befreit: die kleineren russischen Commando's entwaffnet, die Beamten gefangen gesetzt und in weniger als acht Tagen waren 20,000 Landleute, freilich nur zum geringsten Theile mit Feuergewehr versehen, meist von ihren Gutsherren geführt, unter den Waffen. Der Oberst Bartholomäi, der mit 1200 Mann zu Kowno lag und bei der ersten Kunde von dem Ausbruche des Aufstandes nach Schamaiten geeilt war, sprengte zwar bereits am 28. März die von Ezechiel Staniewicz geführten Bauern bei Eiragola auseinander und besetzte darauf Rossiene, den Mittelpunkt der Volkserhebung im Norden, wurde aber bald aus dieser Stadt wieder verdrängt und am 12. April genöthigt, bei Paschwanten auf das preußische Gebiet überzutreten. Von Kowno war das anrückende Landvolk mit Verlust zurückgeschlagen worden, und die kleine Stadt Oszmiana, wo sich ein Aufstandsausschuß gebildet hatte, wurde durch einen Theil der Besatzung von Wilna erstürmt und furchtbar verheert. An eine wirksame Unterdrückung der Bewegung war aber nicht zu denken, so lange zu diesem Zwecke nicht ansehnliche Streitkräfte angewandt werden konnten.

Wie in Litauen, so gährte es auch in Wolhynien und besonders in Podolien, wo zahlreiche kleine Edelleute, die Schlachcizen, auf das erste Zeichen bereit waren, sich in Masse zu erheben. Nur konnte man in diesen Provinzen nicht so sehr auf den Zutritt der großen Masse des Volkes rechnen, weil dieselbe, nicht polnischen, sondern russischen Stammes, kein Interesse hatte, für Herren zu kämpfen, die sie seit Jahrhunderten im traurigsten Zustande der Leibeigenschaft und rechtloser Unterdrückung hielten. Auch war durch den Zug Dwernicki's nach

Zamosc die Aufmerksamkeit der Russen bereits rege geworden; der russische General Rüdiger war mit Allem, was er an Streitkräften zusammenraffen konnte, von Kiew nach Wladimir vorgerückt, von wo er jede Bewegung Dwernicki's beobachtete; und der noch seit dem letzten Türkenkriege in Bessarabien zurückgebliebene Rott hatte den Befehl erhalten, mit seinem Corps zu der Unterstützung Rüdiger's in Eilmärschen heranzuziehen. Da Rüdiger, dem auf der einen Seite General Kreutz, auf der andern Rott die Hand bot, für sich allein noch einmal so stark war, als Dwernicki, so mußte man entweder auf den Plan, den kühnen Reiterführer nach Wolhynien und Podolien zu schicken, völlig verzichten oder man mußte eine Macht zu seiner Verfügung stellen, die ihn in den Stand gesetzt hätte, dem Feinde in offenem Felde zu begegnen. Einen Augenblick schien es, als ob das Letzte in der That geschehen sollte. Als Skrzynecki seinen Zug gegen Iganie antrat, ertheilte er den Generalen Pac und Sierawski, die, der eine mit einem Corps von 12,000 Mann und 12 Geschützen, der andere mit 7000 Mann und 6 Geschützen auf dem linken Weichselufer standen, Befehl, den Strom zu überschreiten, um seine Bewegung gegen die russische Hauptmacht zu unterstützen. Wenn diese beiden Corps sich mit Dwernicki vereinigt hätten, würden sie ein Heer von 25,000 Mann gebildet haben, dem weder Kreutz, noch Rüdiger, noch der aus weiter Ferne heranrückende Rott zu widerstehen vermochte. Ehe Diebitsch, der durch das polnische Hauptheer festgehalten wurde, einen Entschluß fassen konnte, wäre bereits ganz Wolhynien und Podolien befreit gewesen; der Aufstand in Litauen wäre durch jenen in den südlichen Provinzen verstärkt worden und Diebitsch hätte sich ohne eine Schlacht genöthigt gesehen, das Königreich zu räumen, um seine ganze Kraft zu der Bekämpfung der Empörung in seinem Rücken zu verwenden. Aber Skrzynecki war keines großen und kühnen Gedankens fähig. Er setzte seine Hoffnung nicht auf den Erfolg der Waffen, sondern auf diplomatische Unterhandlungen, ohne zu bedenken, daß diese nur durch den ersten Nachdruck erhalten konnten. In Frankreich war für die polnische Sache das lebhafteste Mitgefühl erwacht; dem alten General Kniazewicz, der Wolicki in Paris ersetzt hatte, wurde von Seiten der französischen Regierung die freundlichste Theilnahme bezeugt; auch zu Wien sprachen einflußreiche Männer zu Gunsten des polnischen Aufstandes; und sogar in Berlin waren wenigstens einzelne Stimmen für denselben gewonnen. Unter diesen Umständen glaubte der polnische Feldherr keinen klügeren Rath zu

finden, als indem er den Krieg so viel als möglich in die Länge zog. Wenn es ihm nur gelang, den Kampf bis in den nächsten Winter zu verlängern, so zweifelte er nicht, daß ein europäischer Congreß, wie über das Schicksal von Belgien, auch über die Zukunft von Polen entscheiden würde. Von der einen Seite durch Prondzynski zu kräftigem Handeln gedrängt, von der andern durch seine eigenen Hoffnungen zurückgehalten, war er daher in einem beständigen Schwanken, welches keinen festen Entschluß in ihm aufkommen ließ. So geschah es, daß er den alten ängstlichen General Pac von dem linken Weichselufer, auf welches dieser bei Potycze zwischen Gora und Pulawy übergegangen war, zurückrief, während Sierawski seinem früheren Befehle gemäß gegen Kreutz vordrang und Dwernicki, im Vertrauen auf Sierawski's Unterstützung, sich anschickte, in Wolhynien einzubrechen. Am 17. April wurde Sierawski bei Wronow vom General Kreutz mit überlegenen Streitkräften angegriffen; nach einem hartnäckigen Kampfe, in dem die Russen durch ihre überlegene Reiterei und Artillerie siegten, trat er seinen Rückzug nach Kasimierz an. Erst jetzt erfuhr er, daß er auf Beistand von Pac nicht rechnen dürfe. Während er damit beschäftigt war, sein Geschütz und seine Reiterei auf das andere Ufer der Weichsel überschiffen zu lassen, wurde er aber von Neuem angegriffen. Nach tapferer Gegenwehr aus allen seinen Stellungen geworfen, schlug er sich mit dem Reste der Reiterei und zwei Kanonen nach Pulawy durch, wo es ihm gelang, über die Weichsel zu entkommen. Der größte Theil seines Fußvolks wurde jedoch vernichtet, und es fielen den Russen allein an Gefangenen 54 Officiere und 1500 Gemeine in die Hände. Inzwischen war Dwernicki bereits am 10. April bei Krylow über den Bug gegangen und in Wolhynien eingefallen. General Rüdiger, über die Macht des Gegners nicht genau unterrichtet, zog sich über den Styr zurück. Dwernicki, der am 11. bei Poreck ein russisches Dragonerregiment geschlagen hatte, verweilte den folgenden Tag in dieser kleinen Stadt, weil er erwartete, daß die Bevölkerung von Wolhynien, wie hin und wieder gehende geheime Sendlinge versprochen, ihm in Masse zufallen würden. Es schlossen sich ihm aber nur wenige Edelleute und 30 oder 40 Freiwillige aus den benachbarten Städten an; kein einziger Bauer trat in seine Reihen, und er hatte jetzt schon eine Ahnung, daß sein Unternehmen den gehofften Erfolg nicht haben würde. Dennoch ging er kühn voran. Er wußte, daß in Podolien die Stimmung günstiger war und beschloß, längs der österreichischen

Grenze nach dieser Provinz durchzudringen. Am 16. erreichte er den Flecken Boremel, wo er am folgenden Tage über den Styr setzen wollte. Drei Bataillone, die ihren Uebergang bewirkt hatten, wurden in der Nacht vom 17. auf den 18. von Rüdiger, der schnell herbeigeeilt war, über den Fluß zurückgeworfen. Durch die Gefangenen von der geringen Stärke des polnischen Corps in Kenntniß gesetzt, ging Rüdiger selbst über den Styr und griff dieses in seiner Stellung vor Boremel mit Uebermacht an. Schon war das schwache polnische Fußvolk durch das Feuer der russischen Geschütze zum Weichen gebracht, als Dwernicki mit seiner Reiterei auf den rechten Flügel des Feindes stürzte, die ihm entgegen kommende russische Reiterei über den Haufen warf und eine Batterie von acht Kanonen nahm, von denen er fünf in seine Linien zurückbrachte. Ein furchtbares Unwetter, das mit Sturm, Hagel und Platzregen losbrach, machte gegen Abend dem Kampfe ein Ende. In der Nacht setzte Dwernicki über den Styr, erreichte am 21. durch einen Gewaltmarsch Radziwilow an der galicischen Grenze, hielt aber hier, um seinen Truppen einige Erholung zu gönnen, einen Rasttag, während dessen der verfolgende Rüdiger ihm den Vorsprung abgewann. Am 24. nahm Dwernicki bei Lutiniec an der äußersten Grenze in einem durch Schluchten und Wald durchschnittenen Terrain eine leicht zu vertheidigende Stellung ein, in der er sich zu halten beschloß, bis der Aufstand in Podolien, zu dem, wie er durch seine Kundschafter erfuhr, Alles vorbereitet war, ausgebrochen seyn würde und die Russen nöthigte, ihre Kräfte zu theilen. General Rüdiger, dem die Gefahr jedes längeren Verzuges nicht unbekannt war, drang aber am 27. mit 12,000 Mann gegen das zu 4000 waffenfähigen Streitern zusammengeschmolzene Corps vor, umging dasselbe, die Grenze nicht achtend, in seiner linken Flanke und nöthigte Dwernicki dadurch, sich fechtend auf das österreichische Gebiet zurückzuziehen, wo die beiden kämpfenden Theile durch österreichische Husaren unter dem Obersten Fackh getrennt wurden. Dwernicki gab das Versprechen, das österreichische Gebiet nicht zu verlassen, bis von Wien aus über sein Schicksal entschieden wäre. Am 1. Mai wurden die Polen auf Befehl des in Galicien commandirenden Feldmarschall-Lieutenants von Stutterheim entwaffnet: Dwernicki wurde angewiesen, seinen Aufenthalt in Laybach zu nehmen; von seinen Truppen, die in das Innere gebracht werden sollten, gelang es dem größten Theile, da sie nur nachlässig bewacht wurden, nach ihrem Vaterlande zu entkommen.

Während Dwernicki's kühner Reiterzug ein so trauriges Ende nahm, trug man sich in Warschau noch mit den glänzendsten Erwartungen von demselben. Im polnischen Hauptquartiere erkannte man jedoch seine wahre Lage, als von Poreck die Meldung einging, daß er sich längs der galicischen Grenze nach Podolien zu wenden beabsichtigte. Der Brigade-General Chrzanowski, nach Prondzinski der geschickteste Anführer des polnischen Heeres, machte den Vorschlag, zu seiner Rettung ein Truppencorps nach Zamosc zu entsenden. Skrzynecki stellte ihn selbst an die Spitze, und am 3. Mai brach er mit 6500 Mann Kerntruppen und 10 Geschützen von dem Hauptquartiere Jendrzejow auf, um mitten durch die russischen Stellungen nach seinem Bestimmungsorte zu marschiren. Am 7. erreichte er Kock und erfuhr hier von russischen Gefangenen das Schicksal Dwernicki's. Er verweilte anderthalb Tage, um neue Befehle von dem Oberbefehlshaber einzuholen, und setzte erst am 9. seinen Marsch fort. An demselben Tage schlug er den General Fási, den Kreutz ihm entgegengeschickt hatte, am 10. wurde er von Kreutz selbst bei Lubartow angegriffen, entzog sich aber durch kluge Bewegungen und gewaltige Märsche dem weit überlegenen Feinde und traf am 12. Mai mit 500 Gefangenen in Zamosc ein, nachdem er in zweimal 24 Stunden beinahe vierzehn Meilen Weges zurückgelegt hatte.

An dem Tage seines Aufbruches von Jendrzejow kam in Warschau ein Abgesandter aus Litauen an, der die erste genauere Kunde von der außerordentlichen Verbreitung des Aufstandes in dieser Provinz brachte, und Officiere, Waffen, Schießbedarf, besonders aber Kanonen verlangte, weil diese unentbehrlich wären, um die Bauern zum Kampfe gegen die Russen zu ermuthigen. Der Litauer wurde sogleich in das Hauptquartier geschickt, wo er von Skrzynecki das Versprechen erlangte, daß zwar nicht ein Armeecorps, wie er wünschte, aber ein General mit einer hinreichenden Anzahl Officiere zur Leitung des Aufstandes entsandt werden sollte. Die Unzufriedenheit des polnischen Heeres über die Unthätigkeit, in der es gegen seinen Willen gehalten wurde, war inzwischen auf den höchsten Grad gestiegen. Die Nachricht von dem Untergange des heldenmüthigen Dwernicki versetzte die tapferen Krieger, unter denen sich wenige fanden, die nicht jeden Augenblick mit Freuden bereit gewesen wären, ihr Leben für die Rettung des Vaterlandes hinzugeben, in die Wuth der Verzweiflung. Jetzt fühlte selbst Skrzynecki, daß er, wenn er nicht alles Vertrauen verlieren wollte, sich zu dem Wagnisse einer großen

entscheidenden Unternehmung entschließen müsse. Der bereits früher, zur Unzeit, vorgeschlagene Plan eines Angriffes auf die Garden, die in dem Waldlande zwischen Bug und Narew, durch den ersten Strom von dem russischen Hauptheere getrennt, völlig vereinzelt standen, wurde wieder aufgenommen, und alle Vorbereitungen zu dem empfindlichsten Schlage, der den Russen beigebracht werden konnte, wurden unter dem Schleier des tiefsten Geheimnisses getroffen. Am 12. Mai, beim Einbruche der Dämmerung setzte sich das polnische Heer aus seinen Stellungen zwischen Kaluszyn und Minsk gegen Sierock in Bewegung, um hier den Bug und die Narew zu überschreiten und über die Garden herzufallen, ehe diese von seiner Annäherung etwas erfuhren und ehe der russische Oberanführer ihnen zu Hülfe eilen konnte. General Uminski wurde deshalb mit 12,000 Mann zu Jendrzejow zurückgelassen, um den Feldmarschall Diebitsch in dem Glauben zu erhalten, daß er fortwährend die polnische Hauptmacht vor sich habe. Dieser Plan gelang vortrefflich. Diebitsch, der durch einen sonderbaren Zufall in derselben Stunde, während das polnische Heer nach Sierock abmarschirte, aus seinem Hauptquartiere aufgebrochen war, um jenes bei Kaluszyn anzugreifen, stieß auf Uminski, der sich fechtend zurückzog. In der Meinung, daß die Polen, wie schon im April bei einer ähnlichen Bewegung geschehen war, nur einer entscheidenden Schlacht ausweichen wollten, kehrte Diebitsch mißmuthig hinter den Kostrzyn zurück und verweilte hier bis zum 20., ohne eine Ahnung von dem wahren Zusammenhange zu haben. Inzwischen war Skrzynecki am 20. über den Bug und über die Narew gegangen und hatte nun die russischen Garden vor sich, die er, wenn er sich mit dem Ungestüme, der dem Polen im Angriffe eigen ist, und mit seiner ganzen 46,000 Mann starken Macht auf sie geworfen hätte, in dem größtentheils von dichtem Walde bedeckten Lande, in dem alle Straßen enge Defilées bilden, ohne Zweifel vernichten konnte, da sie, wenn auch ausgezeichnete Truppen, um die Hälfte schwächer waren und der todesmuthigen Begeisterung eines für Freiheit und Vaterland kämpfenden Heeres nur soldatische Disciplin und Tapferkeit entgegenzusetzen vermochten. Aber Skrzynecki schien in dem Augenblicke, in dem die Rettung des Vaterlandes in seine Hand gegeben war, der räthselhaften Macht eines dunkeln Verhängnisses verfallen. Statt, den einen Gedanken der Entscheidungsschlacht vor Augen, mit ungetheilter Macht unaufhaltsam vorzudringen, entsandte er den General Dembinski mit 4000 Mann auf dem rechten Narewufer

gegen Ostrolenka, um das schwache russische Corps unter Sacken zu vertreiben, damit dieses ihm nicht in den Rücken fiele, als ob von demselben etwas zu fürchten gewesen wäre, und den General Lubienski mit 12,000 Mann auf dem rechten Ufer des Bug nach Nur, um jede mögliche Verbindung der Garden mit Diebitsch abzuschneiden, als ob dies nöthig gewesen wäre, während Diebitsch weit entfernt durch Uminski bei Siedlce festgehalten wurde. So behielt er nur 30,000 Mann, mit denen er bedächtig vorrückte, und vielleicht hätten auch diese hingereicht, die 24,000 Mann starken Garden zu schlagen; aber jetzt entsank ihm der Muth, da es ja möglich war, daß er ungeachtet seiner Ueberlegenheit geschlagen wurde. Umsonst drängte ihn Prondzynski, umsonst beschwor ihn dieser feurige, aber alle Vortheile des schnellsten Entschlusses, wie alle Nachtheile des Zögerns klar erkennende Anführer auf den Knieen: er hatte täglich einen neuen Vorwand, den Angriff zu verschieben. Einmal mußte erst Ostrolenka genommen werden, um den Rückzug gesichert zu sehen; dann mußte man Nachrichten von Uminski und von Lubienski haben, von jenem, ob Diebitsch noch zu Siedlce stehe, von diesem, ob er selbst zu Nur angekommen sey. Nachdem diese Nachrichten eingegangen und nachdem Ostrolenka besetzt war, mußte auch das im Rücken des Feindes liegende Lomza noch genommen werden, weil Sacken, der sich dahin zurückgezogen, wieder nach Ostrolenka vordringen konnte: und die Generale Gielgud und Dembinski wurden mit 12,000 Mann nach Lomza entsendet. Während dessen zogen sich die Garden, jede vortheilhafte Stellung durch ihre Nachhut vertheidigend, ohne ein einziges Stück Geschütz zu verlieren, langsam zurück. Erst als sie bereits im Begriff standen, die Narew zu überschreiten und so gut als in Sicherheit waren, da man über diesen Strom ohne die äußerste Unklugheit ihnen nicht folgen durfte, begann Skrzynecki zu drängen und setzte mit fliegender Eile nach, um sagen zu können, er habe die Garden vom Boden des Königreiches vertrieben. Am 21. erreichte er Tykoczyn an der äußersten polnisch-litauischen Grenze, wo die Nachhut der Garden an demselben Tage ihren Uebergang über die Narew bewirkt hatte. Am folgenden Tage wurde im Angesichte des Standbildes, welches hier, in seiner Vaterstadt, dem alten polnischen Kriegshelden Czarnecki errichtet ist, ein großes religiöses Dankfest gehalten, um die Befreiung des vaterländischen Bodens von den fremden Unterdrückern zu feiern. Noch pflegte man der sorglosesten Ruhe, als plötzlich von Lubienski die Schreckensbotschaft kam, daß Diebitsch mit

seiner ganzen Armee über den Bug gegangen sey und die Polen in der rechten Flanke und im Rücken bedrohe. Prondzynski, mit seinem kühnen Feldherrnblicke, schlug vor, sich auf Lomza zurückzuziehen, das von den Russen stark befestigt worden war und von wo man, an die Narew gelehnt, dem Aufstande in Litauen die Hand bot. Skrzynecki fürchtete aber nichts so sehr, als von Warschau abgeschnitten zu werden, obwohl er die Hauptstadt unbesorgt sich selbst überlassen konnte, da Uminski, der sie decken sollte, durch die beiden vom linken Weichselufer herübergezogenen Corps von Dziekonski und Bielinski verstärkt, eine Macht von 25,000 Mann zu seiner Verfügung hatte. Das polnische Heer trat daher in der größten Eile seinen Rückmarsch an, der auf Ostrolenka gerichtet war, weil dadurch, wenn man diesen Ort nur einige Tage zu behaupten vermochte, Gielgud eine Gelegenheit erhielt, sich wieder mit der Hauptmacht zu vereinigen. Aber schon schallte der Kanonendonner vom Bug herüber. Lubienski war von den Russen, die oberhalb Nur den Strom überschritten, in seiner Stellung angegriffen und mußte sich mitten durch ihre Colonnen einen Ausweg bahnen. Bei Czyzewo stieß er zu dem Hauptheere, dessen Nachhut er von diesem Augenblicke bildete. Am 25. des Nachmittags traf Skrzynecki in Ostrolenka ein, von wo er am Abend und in der Nacht auf das jenseitige Ufer der Narew überging, jedoch in der Meinung, daß Diebitsch noch weit zurück sey, Lubienski den Befehl ertheilte, sich in einer vortheilhaften Stellung vor Ostrolenka zu halten. Der polnische Oberbefehlshaber war in solcher Sicherheit, daß er seine Parks in der Richtung von Modlin abschickte und sein Heer in aller Ruhe lagern ließ, als ob ein Angriff des Feindes außer den Grenzen der Möglichkeit läge. Nur wurde auf Prondzynski's Rath eine Reihe mit Wald bedeckter Sandhügel, welche die Narewbrücke beherrschten, mit schwerem Geschütz besetzt, um die Russen niederzuschmettern, wenn sie später den Uebergang versuchen sollten. Aber Lubienski hatte nicht, wie der Oberbefehlshaber glaubte, bloß die russische Vorhut, sondern den Feldmarschall Diebitsch, der den Polen in ungeheuern Gewaltmärschen auf dem Fuße gefolgt war, mit seiner ganzen Armee vor sich. Er wurde daher aus einer Stellung nach der andern verdrängt und zuletzt nach einem hartnäckigen blutigen Kampfe mit schwerem Verluste aus dem brennenden Ostrolenka herausgeschlagen. Zwei russische Regimenter gehen über die Brücke, nehmen zwei Kanonen, die am Ausgange aufgefahren sind, und stellen sich hinter einem mannshohen Damme auf, der sie wie eine Brustwehr schützt. Bei diesem Anblicke verliert Skrzy-

necki, der den tapfern Lubienski nutzlos dem Verderben ausgesetzt hat, weil er bis zum letzten Augenblicke einen ernsten Angriff für unmöglich hielt, alle Fassung. Er schickt zuerst die Brigade Wengierski, darauf, als diese zurückgeworfen wird, die Brigade Langermann zum Angriffe vor, zieht seine Geschütze, ungeachtet aller Vorstellungen Prondzynski's aus ihrer gedeckten Stellung auf den Waldhöhen und führt sie in die sumpfige Ebene, wo sie keine Wirkung thun können, und läßt allmälig, da die Russen hinter dem schützenden Damme sich durch frische Truppen immer mehr verstärken, ein Corps nach dem andern auf dem engen Raume, auf dem große Massen sich kaum entwickeln können, zum Sturme vorrücken. Auf diese Weise werden allmälig alle Regimenter des polnischen Heeres, Fußvolk und Reiterei, als hätte man sie absichtlich dem Untergange geweiht, auf die Schlachtbank geführt. Denn der Sieg war unmöglich. Die Narew, deren linkes Ufer bei Ostrolenka das rechte überragt, macht eine Biegung, welche die kleine Ebene vor der Brücke, wie den Abschnitt eines Kreisbogens, umfaßt. Die Russen, diesen Vortheil der Lage benutzend, hatten auf dem hohen Ufer zu beiden Seiten der Stadt Ostrolenka starke Batterien errichtet, welche den Zugang zu dem Damme, den die über die Brücke gegangenen Truppen vertheidigten, mit vernichtendem Feuer bestrichen. Die immer wieder von Neuem vordringenden polnischen Colonnen waren daher bereits halb aufgelöst, ehe sie zum Bajonnetangriffe kamen. In diesem furchtbaren Kampfe blieben die tapferen Generale Kaminski und Kicki, der Ajax des polnischen Heeres: Pac, Boguslawski und Malachowski wurden verwundet; Skrzynecki, der in der Hitze des mörderischen Kampfes seine Besonnenheit wieder gewann, setzte sich mehrere Stunden hindurch dem heftigsten Feuer aus, um die weichenden Trümmer seiner gebrochenen Bataillone zusammenzuhalten. »Hier müssen wir siegen oder alle untergehen,« rief er seinen Adjutanten zu; »hier wird Polens Schicksal entschieden!« Alle Anstrengungen, die Russen wieder über die Narew zurückzuwerfen, waren vergebens. Um sieben Uhr Abends machte die einbrechende Dunkelheit der Schlacht ein Ende, zum Glücke der Polen, die alle ihre Kräfte erschöpft hatten, während der größte Theil des russischen Heeres noch gar nicht im Feuer gewesen war. In der Nacht befahl Skrzynecki den Rückzug, weil er sich in der Unmöglichkeit sah, mit Truppen, die in völliger Auflösung begriffen waren, am andern Morgen den Kampf zu erneuen. Gielgud, der erst Tages vorher den Befehl erhalten hatte, seinen Rückmarsch von

Lomza über Ostrolenka anzutreten, so wie Sierakowski, der das noch weiter vorgegangene schwächere Corps Dembinski's in dessen Abwesenheit befehligte, mußten ihrem Schicksale preisgegeben werden. Um beide Heeresabtheilungen wenigstens nicht in die Nothwendigkeit zu versetzen, ohne Widerstand das Gewehr zu strecken, erbot sich General Dembinski, der sich im Hauptquartiere befand, weil er über die Untüchtigkeit Gielgud's Beschwerde zu führen hatte, diesem den Befehl zu überbringen, mit allen seinen Truppen nach Litauen aufzubrechen, wohin schon bei dem unbesonnenen Vordringen nach Tykoczyn General Chlapowski mit 100 Officieren und Unterofficieren und einigen Hundert Gemeinen vorausgesandt war. Der Rückzug des polnischen Heeres vom Schlachtfelde bei Ostrolenka glich mehr einer regellosen Flucht, als einem geordneten Marsche. Wenn Diebitsch den Zustand desselben geahnt und nur seine Reiterei zu rascher Verfolgung abgeschickt hätte, wäre schwerlich die Hälfte nach Warschau entkommen. Aber der russische Feldmarschall, in der Voraussetzung, daß die Polen in geordneten Reihen abzögen, wagte es nicht, seinen Sieg zu benutzen, weil er vor allen Dingen seinen durch unausgesetzte Märsche ermüdeten Truppen, die in der Schlacht an Todten und Verwundeten bei 5000 Mann verloren hatten, Ruhe gönnen und in der durch so viele Truppenzüge erschöpften Gegend für die Herbeischaffung von Verpflegungsmitteln sorgen zu müssen glaubte. Dadurch gewann Lubienski, dem Skrzynecki den Befehl über das Heer übergab, während er selbst nach Warschau vorauseilte, Zeit, die Fliehenden zu sammeln und wenigstens die noch zu ihren Regimentern Haltenden zu ordnen. Am 29., nachdem er in drei Tagen 15 Meilen zurückgelegt hatte, traf er mit den Trümmern des Heeres in Praga ein. Von den 46,000 Mann, die Skrzynecki vor vierzehn Tagen über die Narew geführt hatte, waren nur noch 10,000 schlagfertig unter den Waffen; beinahe 9000 bedeckten mit ihren Leichen das Schlachtfeld von Ostrolenka oder waren als Schwerverwundete zurückgeblieben: mehrere Tausend Mann hatten die früheren Kämpfe gekostet; 12,000 unter Gielgud und Dembinski waren abgeschnitten, und der ganze Rest, der sich noch gerettet hatte, bildete eine verworrene Masse, in die erst durch Sonderung der verschiedenen durcheinander gemischten Truppentheile einige Ordnung zu bringen war.

Skrzynecki, der auf dem Wege nach Warschau, wie einst Kosciuszko auf dem Schlachtfelde von Macieiowice, ausgerufen hatte: »Finis Poloniae!« war kaum in der Hauptstadt angelangt, als er, statt so-

gleich den Oberbefehl niederzulegen, zu dem er sich endlich doch als durchaus unfähig erkennen konnte, sich mit der Hartnäckigkeit der Verzweiflung an den Besitz der Macht anklammerte. Kaum war ein Officier im Heere, der ihn nicht angeklagt hätte: er aber schob die Schuld seiner Niederlage auf Lubienski, der zu lange in Nur und in Ostrolenka verweilt, und auf Uminski, der seinen Befehlen zuwider gegen das russische Hauptheer nicht angreifend vorgegangen wäre. Uminski wurde abgesetzt: der alte kriegserfahrene Krukowiecki, der als Gouverneur von Warschau mit starkem Arme in der gährenden Hauptstadt die Ordnung zu erhalten gewußt hatte, von seinem Amte entfernt, und Skrzynecki wurde durch den Reichstag in seiner Würde bestätigt. In dem polnischen Reichstage, obwohl derselbe ausschließend aus Edelleuten zusammengesetzt war, standen doch von Anfang zwei Parteien einander gegenüber: die Partei des Adels und die des Volkes. Beide Parteien, nur durch den gemeinsamen Haß gegen die russische Herrschaft verbunden, verfolgten durchaus entgegengesetzte Zwecke. Die Volkspartei begriff, daß die Revolution, wenn sie in dem ungleichen Kampfe gegen die russische Riesenmacht die Möglichkeit des Sieges behalten sollte, zur Sache des ganzen Volkes und nicht bloß eines einzelnen Standes gemacht werden mußte. Sie war bereit, zu diesem Zwecke jedes persönliche Opfer zu bringen, und drang auf die Durchführung von Maßregeln, die allein geeignet waren, die Masse des Volkes für den Aufstand zu begeistern. Die Adelspartei, die größere an Zahl und die mächtigere an Einfluß, wollte siegen, ohne den Sieg durch allzu schwere Opfer zu erkaufen. In unbegreiflicher Verblendung setzte sie sich lieber der Gefahr aus, Alles, was sie besaß, zu verlieren, als daß sie auf einen Theil ihres Besitzthumes, zur Rettung des größeren Restes und zur Rettung des Vaterlandes, freiwillig verzichtet hätte. Unmittelbar nach der Schlacht bei Grochow war auf dem Reichstage in dem kleinen Bestande, der in jenen Tagen des Schreckens zu Warschau zurückgeblieben war, von dem Landboten Rembowski der Vorschlag gemacht worden, den Bauern im Königreiche zu der persönlichen Freiheit, die sie seit der Begründung des Herzogthums Warschau besaßen, ohne daß dieselbe ihnen von großem Nutzen gewesen wäre, Grundeigenthum und Befreiung von Frohndiensten und anderen drückenden Lasten zu verleihen. Ein solcher Beschluß würde nicht bloß im Königreiche, sondern auch in den altpolnischen Provinzen, wo der Landmann noch in den Fesseln der Leibeigenschaft gehalten wurde, den ganzen Bauernstand, die ei-

gentliche Masse der Nation, für den Aufstand gewonnen und zu den größten Anstrengungen vermocht haben, weil dadurch das Wort der Freiheit, mit dem man das Volk zum Kampfe aufrief, zur Wirklichkeit geworden wäre. Aber selbst in dem kleinen Bestande des Reichstages, der beinahe nur noch die glühendsten Revolutionaire umfaßte, fanden sich Einzelne, die nichts davon wissen wollten, daß sie einen Theil ihres Grundbesitzes den Bauern zu freiem Eigenthum überlassen sollten. Die Berathungen wurden in die Länge gezogen; man machte die Entdeckung, daß der Reichstag, der doch über die Krone des Landes verfügt hatte, nicht das Recht habe, über das Eigenthum von Privatpersonen zu verfügen; und der Finanzminister Biernacki trat dem ursprünglichen Antrage mit dem Vorschlage entgegen, daß nur den Bauern der Krongüter der von ihnen bestellte Boden gegen eine mäßige, im zwanzigfachen Betrage ablösbare Abgabe als freies Eigenthum zugetheilt werde. Auch dagegen wurden heftige Einreden erhoben, weil man fürchtete, daß die Bauern die Güter des Adels verlassen und auf die Krongüter ziehen würden; und nach neuen zwanzigtägigen Verhandlungen beschloß die Regierung endlich, den vollen Reichstag einzuberufen, weil der kleine Bestand desselben über eine Angelegenheit von so hoher Wichtigkeit nicht entscheiden könne. Dem vollen Reichstage wurden aber so viele dringendere Gesetzentwürfe, über die Vertretung der altpolnischen Provinzen, die Errichtung neuer Regimenter, die Untersuchung des Schatzes, die Voranschläge des Staatshaushaltes und andere mehr, vorgelegt, daß die Frage der Verleihung von Grundeigenthum an die Bauern ganz in Vergessenheit gerieth.

Die Adelspartei, welche auf diese Weise das einzige Mittel, den Aufstand zu einem wahrhaft volksthümlichen zu erheben, von der Hand gewiesen hatte, sah in Skrzynecki ihre vornehmste Stütze. Ihn fallen zu lassen, schien ihr gleichbedeutend mit der Verzichtleistung auf ihren eigenen überwiegenden Einfluß. Am 31. Mai trat Johann Ledochowski, einer der eifrigsten Freunde Skrzynecki's, auf dem Reichstage mit dem Vorschlage auf, zu handeln, wie einst der römische Senat nach der Niederlage von Cannä, und durch eine feierliche Abordnung dem Feldherrn den Dank der Volksvertretung zu überbringen, daß er das Heer gerettet und nicht an der Sache des Vaterlandes verzweifelt habe. Der Antrag wurde einstimmig angenommen; und der Zweck, Volk und Heer durch einen so ungewöhnlichen Schritt neu zu ermuthigen, wäre schwerlich unerreicht geblie-

ben, wenn man nur wirklich gehandelt hätte, wie die Römer nach der Schlacht bei Cannä, die ihren geschlagenen Feldherrn mit Ehren empfingen, aber darauf ihm die Führung des Heeres entzogen. Skrzynecki nahm die Abordnung des Reichstages nicht mit der Bescheidenheit, die nach seinem selbst verschuldeten Unglücke ihm so wohl angestanden hätte, sondern mit der stolzen Würde des Siegers auf. »Die wahre Ursache der Erfolglosigkeit aller Anstrengungen des Heeres,« äußerte er, »liege in der Vielhäuptigkeit der Regierung, die keine Kraft besitze und deshalb ihn nicht gehörig unterstützt und an dem Nothwendigsten habe Mangel leiden lassen.« Diese Andeutung, die unter den obwaltenden Umständen in jedem nicht Voreingenommenen den gerechtesten Unwillen hervorrufen mußte, wurde von Ledochowski mit Begierde aufgegriffen. In der Sitzung vom 2. Juni trat er zum Erstaunen des Reichstages mit dem Antrage auf: die Regierung, um ihre Kraft zu vermehren, statt fünf Mitgliedern, wie bisher, einem einzigen zu vertrauen. In der Rede, worin er diesen Antrag entwickelte, griff er den Finanzminister Biernacki an, mit dem Alles unzufrieden sey, sprach von den Mißbräuchen der Presse, die alles Maß überschritten, und kam dann auf den verderblichen Einfluß der revolutionairen Vereine, welche darauf ausgingen, die Grundlagen der Gesellschaft zu erschüttern, wobei Lelewel nicht unerwähnt blieb, der, obwohl selbst Mitglied der Regierung, zugleich das Haupt des gefährlichsten jener Vereine sey. Durch die Rede wurde innerhalb wie außerhalb des Reichstages bei Allen, die nicht unbedingt zu der Fahne der Adelspartei geschworen hatten, ein allgemeiner Sturm des Unwillens hervorgerufen. Nach langem leidenschaftlichen Streiten, wodurch die Gemüther auf das Aeußerste erregt wurden, kam es am 11. Juni zur Abstimmung. Zu Anfange hielten die Parteien einander die Waage, indem 35 Stimmen gegen 35 standen; da gaben die sieben Mitglieder der Woiwodschaft Augustowo den Ausschlag, die auf die Seite der Volkspartei traten. Der Antrag wurde mit 42 Stimmen gegen 35 verworfen. Wenn die Adelspartei aber auch mit ihrem Plane unterlegen war, sich ausschließend der Gewalt zu bemächtigen, so hatte sie doch so viel gewonnen, daß an die Ersetzung Skrzynecki's, die selbst bei der Regierung ernstlich in Anregung gebracht war, nicht mehr gedacht wurde. Während alle Aufmerksamkeit sich auf die Verhandlungen des Reichstages richtete, vergaß man die Unfähigkeit des Heerführers, der durch seine unverbesserliche Verkehrtheit

eine siegende Sache an den Rand des Unterganges gebracht hatte. Skrzynecki behielt den Oberbefehl.

Feldmarschall Diebitsch, der bis zum 1. Juni in Ostrolenka verweilte, nur damit beschäftigt, sein Verpflegungswesen zu ordnen, wozu ihn die ungeheuern in Preußen aufgekauften und zum Theil aus den preußischen Magazinen gelieferten Vorräthe in den Stand setzten, hatte inzwischen sein Hauptquartier am 4. Juni von Ostrolenka weiter vorwärts nach Pultusk verlegt, wo er sein Heer, mit der Stirn gegen Warschau, mit dem Rücken gegen die preußische Grenze gekehrt und den Lauf des Bug von Nur bis zum Einflusse in die Narew mit einer langen Postenlinie besetzt haltend, schlagfertig aufstellte. Das ganze rechte Weichselufer zwischen dem Bug und dem Wieprz, welches vor der Schlacht bei Ostrolenka der Hauptschauplatz des Krieges gewesen war, wurde auf seinen Befehl geräumt. Er hatte den Plan entworfen, oberhalb Thorn über die Weichsel zu gehen, wozu mit Beihülfe der preußischen Behörden alle Vorbereitungen getroffen wurden, zog deshalb auch das Corps des Generals Kreutz, an dessen Stelle Rüdiger aus Wolhynien einrückte, an sich und ließ zur Bewachung der russischen Grenze und zur Erhaltung der Verbindung zwischen der Hauptmacht und dem abgesonderten Corps unter Rüdiger nur den General Rosen zurück, dessen Hauptquartier zu Brzesc Litewski war, während eine vorgeschobene Abtheilung zu Siedlce stand. Aber der russische Feldherr sollte die kühne Unternehmung, zu der er sich entschlossen, nicht mehr ausführen. Schon trug er den Keim des Todes in sich. Die furchtbare Seuche der Cholera, die bereits im April aus dem Innern von Rußland bis nach dem Königreiche Polen vorgedrungen war und seitdem hier ihre Verheerungen weiter und weiter ausgebreitet hatte, forderte ein edles Opfer. In der Nacht vom 9. auf den 10. Juni wurde Diebitsch von einem leichten Unwohlseyn befallen und am Abende des 10. war er nach achtzehnstündigem Todeskampfe eine Leiche.

Wieder bot sich eine Gelegenheit, alle Unfälle, welche das polnische Heer durch die Unfähigkeit seines Führers erlitten, durch einen großen entscheidenden Schlag gut zu machen. Der russische General Rüdiger stand mit seinem 14,000 Mann starken Corps, nach dem Abmarsche des Generals Kreutz, völlig vereinzelt auf dem linken Ufer des Wieprz. Von dem russischen Hauptheere konnte er bei der weiten Entfernung desselben unmöglich Hülfe erhalten; und

da sich überdies Chrzanowski mit seinem noch unberührten Truppencorps bei Zamosc in seinem Rücken befand und ihm den Rückzug nach Wolhynien abschneiden konnte, so schien nichts leichter, als ihn durch einen raschen Angriff mit überlegener Macht zu vernichten, wodurch das ganze Königreich Polen mit Ausnahme des schmalen Striches im Norden jenseits des Bug und der Narew vom Feinde befreit und über Brzesc Litewski die Verbindung mit dem litauischen Aufstande eröffnet worden wäre. Skrzynecki, der das Heer inzwischen wieder geordnet und durch neue Aushebungen den Abgang ersetzt hatte, begriff, daß er jetzt nur wenig vom Glücke begünstigt seyn durfte, um die Schmach von Ostrolenka zu rächen. Er brach am 14. Juni mit dem größten Theile der in und um Warschau stehenden Truppen über Siennica gegen Kock und Lukow auf, während der Italiener Romarino, der, im Frühjahre mit mehreren anderen französischen Officieren aus Frankreich herübergekommen, sich in allen Gefechten durch seine Tapferkeit ausgezeichnet hatte, mit einem andern Corps bei Gora über die Weichsel gehen, Chrzanowski aus Zamosc an sich ziehen und die Russen in der Flanke und im Rücken angreifen sollte. Am 16. rückte General Rybinski mit der Vorhut in Siedlce ein und wandte sich gegen Kreutz, um diesen zu hindern, zur Unterstützung Rüdiger's über den Bug zurückzukehren: der Flecken Kock am Wieprz, wo eine Brücke über diesen seiner sumpfigen Ufer wegen schwer zu überschreitenden Strom führt, war vom General Jankowski besetzt, der bereits im Marsche gegen Lukow war, als Skrzynecki die Nachricht erhielt, daß das russische Hauptheer Miene mache, über die Narew gegen Warschau vorzudringen. Sogleich eilte er mit der Reserve nach der Hauptstadt zurück und überließ es Jankowski, einem Anführer, der bisher noch in keinem einzigen Treffen weder Beweise von großem persönlichen Muthe, noch von militairischem Blicke gegeben hatte, im Verein mit Romarino und Chrzanowski den Schlag gegen Rüdiger ohne ihn auszuführen. Jankowski hatte, wenn er seine Streitkräfte mit jenen der beiden anderen Generale vereinigte, über 24,000 Mann zu verfügen und war daher dem Feinde um das Doppelte überlegen. Rüdiger, um nicht von dieser Macht erdrückt zu werden, beschloß die Vereinigung derselben nicht abzuwarten, sondern ließ einige Tausend Mann zur Beobachtung Chrzanowski's zurück und ging mit dem Rest seines Corps bei Lysaboki über den Wieprz Jankowski entgegen. Dieser, statt sich mit seiner ganzen Macht

auf den Feind zu werfen, dem er auch allein vollkommen gewachsen war, befahl dem Cavalleriegeneral Turno, mit vier Bataillonen und drei Schwadronen das noch mehr als 10,000 Mann starke russische Corps anzugreifen, blieb, während dieser sich sechs Stunden lang mit den Russen herumschlug, in geringer Entfernung vom Kampfplatze, von dem der Kanonendonner zu ihm herüberschallte, unthätig stehen und trat, als Turno endlich zu weichen gezwungen war, in größter Eile mit dem Verluste von Munition, Gepäck und Gefangenen seinen Rückzug nach Warschau an. Jetzt mußten auch Chrzanowski und Romarino, die allein nicht das Feld zu halten vermochten, sich über die Weichsel zurückziehen; und so endigte zum Schimpfe der polnischen Waffen eine Unternehmung, die im Falle des Gelingens dem ganzen Kriege eine andere Wendung geben konnte.

Als Jankowski nach Warschau zurückkehrte, wurde er, wie sein Schwager Bukowski, der unter ihm eine Brigade befehligte, von allen Seiten eines absichtlichen Verrathes beschuldigt. In dieser Stimmung fand das Gerücht, welches ein eben angekommener podolischer Flüchtling verbreitete, daß eine Verschwörung bestehe, um Warschau den Russen zu überliefern, leicht allgemeinen Eingang. Skrzynecki, der doch nur sich selbst hätte anklagen sollen, daß er eben so wenig, wie er selbst fähig war, das Heer zu führen, es verstand, fähige Anführer für dasselbe zu wählen, — Skrzynecki glaubte an das Daseyn der Verschwörung, ließ die Generale Jankowski, Hurtig, Salecki, den Obristen Slupecki, den Kammerherrn Fenshawe, den Conditor Lessel und eine in Warschau lebende Russin Bazanow als der Theilnahme verdächtig verhaften und steigerte dadurch die ohne dies bereits vorhandene Aufregung der Bevölkerung zu solcher Wuth, daß zusammengerottete Volkshaufen das Leben der Gefangenen bedrohten und die Nationalgarde nur mit Mühe den Auflauf zu unterdrücken vermochte.

So verging der Monat Juni, ohne daß von beiden Theilen innerhalb der Grenzen des Königreiches irgend etwas Erhebliches unternommen worden wäre. Die Russen erwarteten den zum Nachfolger ihres verstorbenen Oberbefehlshabers ernannten Feldmarschall Paszkiewicz, vor dessen Ankunft keiner ihrer untergeordneten Anführer die Verantwortlichkeit eines entscheidenden Schrittes zu übernehmen wagte. Die Polen trösteten sich über die Unthätigkeit ihres Heeres mit den übertriebensten Gerüchten, welche über die Ausbreitung des Aufstandes in Litauen und über die Erfolge ihrer da-

hin entsandten Heeresabtheilungen gingen. In der That würde das bei Lomza abgeschnittene Corps des Generals Gielgud durch sein plötzliches Erscheinen an den Ufern des Niemen und der Wilia unter der Leitung eines entschlossenen Anführers ein bedeutendes Gewicht in die Waagschale gelegt haben. Gielgud war bereits auf dem Marsche nach Ostrolenka, als er den Befehl erhielt, nach Litauen aufzubrechen. Er kehrte sogleich um und setzte sich nach der angewiesenen Richtung in Bewegung, beging aber von Anfang den Fehler, daß er seinen Leuten erlaubte, alle zu Lomza vorgefundene Beute mit sich zu führen, wodurch er mit einem unverhältnißmäßigen Troß beschwert wurde. Am 30. Mai stieß er vor Raygrod auf den General Sacken, der in der Voraussetzung, daß die Polen in vollem Rückzuge begriffen wären, sich eben zu ihrer Verfolgung anschickte. Es kam zu einem hitzigen Gefechte, in dem das nur 3000 Mann starke russische Corps die Hälfte seiner Mannschaft einbüßte. Mit dem Reste zog Sacken sich in Eilmärschen nach Kowno zurück, das er am 2. Juni erreichte, und ließ Gielgud die Straße nach Grodno, wo große Vorräthe für das russische Heer aufgehäuft waren, und nach Wilna frei. Wenn die polnischen Anführer es gewagt hätten, diesen Vortheil zu benutzen, so konnten sie Grodno mit seinen Magazinen nehmen und am 4. oder 5. Juni bereits vor der Hauptstadt Litauens erscheinen, die, nur noch schwach besetzt, ohne erheblichen Widerstand in ihre Hände gefallen wäre und ihnen einen Mittelpunkt für ihre Operationen gewährt hätte, aus dem sie die Russen schwerlich so bald wieder zu verdrängen vermochten; die polnischen Generale ließen sich jedoch durch das Gerücht täuschen, daß eine bedeutende Macht hinter ihnen im Anzuge wäre, und beschlossen daher, statt gegen Wilna, sich nach Schamaiten zu wenden, wo sie sich die Verbindung mit der Küste eröffnen, in England aufgekaufte Waffenvorräthe erwarten, und durch die Bewaffnung der Bevölkerung ein zahlreiches Heer bilden wollten, mit dem sie den Russen die Spitze zu bieten gedachten. Gielgud, ein geborner Litauer, war außerdem beschränkt und eitel genug, sich durch die Rücksicht bestimmen zu lassen, daß er auf diesem Wege eine Gelegenheit fand, sich in seinem Stammschlosse Gielgudischken zu zeigen. Er nahm daher dahin seine Richtung und ging hier, unterhalb Kowno, am 6. Juni über den Niemen, wodurch Sacken freie Hand erhielt, alle in der Nähe zerstreuten kleineren russischen Abtheilungen an sich zu ziehen und sich mit Wilna in Verbindung zu setzen.

Schon im Laufe des April war für den Aufstand in Litauen eine sehr ungünstige Wendung eingetreten. General Diebitsch hatte zur Unterdrückung desselben mehrere Regimenter von den zunächst an der Grenze stehenden Corps abgesandt, und außerdem war aus den benachbarten russischen Provinzen Alles, was dort von Truppen sich irgend zusammenraffen ließ, zur Verstärkung der schwachen Besatzungen aufgebrochen. Die kriegsunerfahrenen Edelleute, die den Aufstand leiteten, hatten im Vertrauen auf das Uebergewicht der Zahl ihre Bauern in dichten Massen den Russen entgegengeführt; sie waren in einer Menge einzelner Gefechte auseinandergesprengt und genöthigt gewesen, in Wäldern und Sümpfen ihre Zuflucht zu suchen, aus denen sie von Zeit zu Zeit mit kleinen Haufen hervorbrachen, die Couriere aufhoben, alle Verbindungen bedrohten und dem Feinde dadurch lästig genug wurden, ohne ihm wesentlichen Abbruch zu thun. Dies war der Stand der Dinge, als ein gewandter polnischer Parteigänger, der General Chlapowski, den der polnische Oberbefehlshaber seinem bereits zu Anfange des Mai ertheilten Versprechen gemäß noch während seines unglücklichen Zuges gegen die Garden mit einem Ulanenregimente, 100 Jägern zu Fuß und 100 Officieren und Unterofficieren nach Litauen geschickt hatte, am Rande des großen über vierzig Geviertmeilen enthaltenden Urwaldes von Bialoweza erschien. Chlapowski hatte sich unbemerkt mitten durch die russischen Stellungen durchgeschlichen, fiel am 23. Mai auf den russischen General Linden, der ihm mit 600 Mann und zwei Kanonen von Bialoweza entgegenrückte, nahm diesem eine Kanone und 150 Gefangene ab, verstärkte sich durch ein paar Hundert Schützen, die ihm der Oberförster Ronko zuführte, ging am 29. bei Mosty über den Niemen, vernichtete am 31. bei Lida zwei Compagnien russisches Fußvolk, die sich mit zwei Kanonen auf Wilna zurückzuziehen suchten, und erhielt jetzt von allen Seiten solchen Zulauf, daß er sich in den ersten Tagen des Juni an der Spitze von 5000 Mann sah, aus denen er vier neue Cavallerieregimenter und zwei Regimenter Infanterie bildete. Mit diesen stieß er am 8. Juni bei Kieydany zu Gielgud. Wenn schon die Ankunft Chlapowski's unter den zur Verzweiflung gebrachten Litauern ungemessene Freude erregte, so kannte der Jubel bei dem Eintreffen der ansehnlichen Macht unter Gielgud keine Grenzen. Aus allen Kreisen von Schamaiten strömten Freiwillige herbei, und bald waren zu Kieydany und Zeymy 6000 derselben versammelt, die eingeübt

und in Regimenter getheilt wurden. Da überdies bald darauf der Parteigänger Zaliwski, der inzwischen in der Woiwodschaft Augustowo den kleinen Krieg führte, mit 1500 Fußgängern und 400 Reitern über den Niemen setzte, so hatte Gielgud eine Macht von mehr als 24,000 Mann zu seiner Verfügung, mit der er bei einigermaßen geschickter Verwendung in wenigen Tagen ganz Litauen von den Russen befreien konnte. Aber gerade jetzt zeigte sich die Unfähigkeit, die er schon durch seinen Zug nach Gielgudischken verrathen hatte, auf die traurigste Weise. Er ließ sich durch Chlapowski bestimmen, seinen ursprünglichen Plane einer Festsetzung in Schamaiten aufzugeben und vor Wilna zu rücken. Statt aber zu dieser entscheidenden Unternehmung seine gesammte Macht zu verwenden, entsandte er den Obersten Szymanowski mit seinem Regimente gegen Szawle und Polangen, wo derselbe auf überlegene feindliche Streitkräfte stoßen mußte, den General Dembinski mit seinem Corps gegen Szyrwint im Norden von Wilna, um die Aufmerksamkeit der Besatzung nach dieser Seite zu ziehen, und Chlapowski auf der Straße von Kowno nach dem Süden, während er selbst in Zeymy zurückblieb, um die neugebildeten Truppen zu ordnen und eine vorläufige Regierung einzusetzen, deren Mitglieder er beinahe ausschließlich aus seinen Verwandten wählte. In Wilna war inzwischen eine Macht von 18,000 Mann mit 52 Geschützen vereinigt, da man sowohl dem General Sacken mit seinem Corps, als den von Norden heranziehenden Generalen Sulima und Fürst Chilkow, so wie dem noch am 14. Juni mehrere Meilen entfernten Otrotschenko hinreichende Zeit gelassen hatte, die am 4. Juni nur 6000 Mann zählende Besatzung zu verstärken, so daß weder Chlapowski noch Dembinski daran denken konnten, einen ernsten Angriff zu unternehmen. Fünf Tage nach Chlapowski's Abmarsch setzte sich endlich auch Gielgud in Bewegung, verlor unterwegs noch einen vollen Tag an den Ufern der Wilia, um seinen Geburtstag festlich zu begehen und erreichte erst am 18. Juni Rykonty im Süden von Wilna. Hier brach unter den Officieren seines Corps, die seine Unfähigkeit sich unmöglich länger verbergen konnten, ein Aufruhr gegen ihn aus. Dreihundert derselben verlangten, daß er zurücktreten und dem General Chlapowski den Befehl übergeben solle. Er beschwichtigte sie, indem er versprach, am folgenden Tage die Russen anzugreifen. Dies war aber inzwischen das sinnloseste Wagniß geworden. Am 16. war von Grodno der russische General Kuruta mit 6000 Mann Gardetruppen und 20 Geschützen bei Wilna eingetroffen; am 17. war Dem-

binski, der bis in die Nähe der Stadt vorgedrungen war, mit überlegenen Streitkräften angegriffen und zum Rückzuge gezwungen worden. Gielgud hatte den 24,000 Russen nicht volle 20,000 Mann, worunter zwei Drittheile kaum eingeübte Truppen, entgegenzusetzen. Dennoch wollte er seinem Worte nicht untreu werden, und griff daher am 19. die Russen, die er bei Ponary zwei Stunden von Wilna auf einer waldigen Hochebene in einer verschanzten Stellung fand, mit unverzagtem Muthe an. Alle Versuche der Polen und Litauer, sich der russischen Schanzen zu bemächtigen, wurden durch das Feuer der überlegenen russischen Artillerie vereitelt. Nachdem die Polen ihre Kraft in vergeblichem Anstürmen erschöpft hatten, gingen die Russen ihrerseits zum Angriffe über; die jungen litauischen Truppen, die noch an kein festes Zusammenhalten gewöhnt waren, wichen und lösten sich bald in unordentlicher Flucht auf. Auf dem Rückzuge verlief sich die Mehrzahl der Litauer, obwohl die Russen es nicht wagten, die Fliehenden zu verfolgen, weil sie fürchten mußten, daß die Stadt Wilna, so wie sie sich von derselben entfernten, sich in ihrem Rücken erheben würde, da Dembinski sich inzwischen auf der Nordseite von Neuem genähert hatte. Nach seiner Niederlage bei Ponary kehrte Gielgud zu dem alten Plane zurück, sich in Schamaiten zu halten, wozu doch nicht die geringste Aussicht mehr vorhanden war, da die Russen, durch die aus dem Innern kommenden Reserven unter Tolstoi verstärkt, bereits die Wilia überschritten hatten und mit 30,000 Mann gegen die 14,000, zu denen sein Corps zusammengeschmolzen war, heranzogen. Am 8. Juli unternahm er einen Angriff gegen die kleine Stadt Szawle, die durch 4000 Russen von Polangen und Mitau vertheidigt war. Aber schon gehorchten die untergeordneten Anführer nicht mehr seinen Befehlen. Dembinski, der auf der einen Seite angriff, wurde von Rohland, der ihn auf der andern Seite unterstützen sollte, im Stiche gelassen und von den Russen zurückgeschlagen. Am andern Tage wurde ein Kriegsrath gehalten, in dem Dembinski den kühnen Vorschlag machte, da man dem von Wilna und Kowno her andringenden Feinde nicht zu widerstehen vermöge, sich in das von Truppen entblößte Kurland zu werfen und die russischen Colonnen umgehend, durch das südöstliche Litauen den Rückweg nach Polen zu suchen. So verwegen dieser Plan war, so bot er doch allein eine Möglichkeit der Rettung. Im Kriegsrathe erklärte sich keine einzige Stimme für denselben; man beschloß vielmehr das kleine Heer in drei Heerhaufen zu theilen und es einem jeden zu überlassen, sich so gut er konnte, nach

Polen durchzuschlagen. Während Dembinski in südöstlicher Richtung abzog, wandten Gielgud und Chlapowski, von Rohland und Szymanowski gefolgt, in südwestlicher sich gerade der preußischen Grenze zu. Während die Truppen noch in dem Glauben standen, daß sie gegen den Feind geführt würden, erreichte man bereits die Grenze. Erst jetzt, am 12. Juli, entdeckte Gielgud den Officieren seinen Plan, nach Preußen überzutreten, um so viele tapfere Männer für künftige Zeiten dem Vaterlande zu erhalten. In dem Tumulte, der hierauf erfolgt, sieht man Truppen in der Ferne. Es ist das nachrückende Corps des Generals Rohland; aber der Ruf erhebt sich: »Wir sind verrathen! die Russen kommen!« und ein Theil des Gielgud'schen Corps flüchtet sich über die Grenze. Ein Artillerieofficier reitet auf den Kreis zu, der sich um Gielgud gebildet hat, und schießt den zwar nicht treulosen, aber schwachen und unfähigen General vom Pferde. Die Verwirrung erreicht jetzt ihren Gipfel, und während derselben geht der Rest des Corps auf das preußische Gebiet hinüber und legt die Waffen nieder. Rohland zieht sich noch drei Tage längs der Grenze hin; seine Nachhut unter Szymanowski weist alle Angriffe der verfolgenden Russen zurück; zuletzt bleibt aber auch diesen Tapfern, die immer härter gedrängt werden, nichts Anderes übrig, als die Grenze zu überschreiten und sich von den ihnen entgegengesandten preußischen Landwehren entwaffnen zu lassen. Nur Dembinski führt seinen eben so klug entworfenen als kühnen Plan glücklich aus. Er entgeht allen zu seiner Verfolgung ausgesandten russischen Colonnen, schlägt die schwächeren Haufen, die ihm den Weg verlegen, und kommt, nachdem er in 20 Tagen unter beständigen Gefechten über 100 Meilen zurückgelegt hat, mit seinem unverletzten Corps, das zum Tode ermattet ist, aber nur wenige Mannschaft verloren hat, am 2. August in Warschau an.

Einen noch unglücklicheren Ausgang, als der litauische Aufstand, hatte lange vorher der Aufstand genommen, der in Wolhynien und Podolien durch Dwernicki's Einbruch veranlaßt war. In Wolhynien wurden gleich zu Anfange die Erhebungen, die in dem nördlichen Theile des Landes stattfanden, während General Rüdiger seine gesammte Macht im Süden zur Bekämpfung Dwernicki's zusammenzog, durch eine von dem General Kreutz entsandte Reiterabtheilung niedergeschlagen, und nur schwache Haufen hielten sich noch in den unzugänglichen Sümpfen und Wäldern am mittleren Laufe des Przypiec; in Podolien setzte sich, so wie die bevorstehende Ankunft eines polni-

schen Heeres gemeldet wurde, der größte Theil des Adels zu Pferde, um die Moskowiter aus dem Lande zu treiben und die alten glorreichen Zeiten der Republik herzustellen. Der achtzigjährige Kolyszko, der schon zu der Zeit Kosciuszko's die podolische Conföderation befehligt hatte, brachte ein Corps von mehreren Tausend Mann zusammen, mit welchem er dem von Bessarabien her anrückenden General Rott kühn entgegenging, aber am 14. Mai bei Daszew geschlagen wurde und nach einem zweiten unglücklichen Gefechte am 26. Mai bei Satanow über die österreichische Grenze nach Galicien flüchten mußte. Glücklicher war ein ehemaliger Hauptmann der polnischen Armee, Rozycki, der bei Szitomir in Wolhynien einige Hundert Reiter sammelte, mit denen er Kolyszko zuziehen wollte. Auf die Nachricht von dessen Ausgange faßte er den Entschluß, sich nach dem Königreiche Polen durchzuschlagen, bestand mehrere Gefechte mit den zu seiner Verfolgung abgesandten russischen Abtheilungen, durchbrach die von Rüdiger besetzte Linie am Bug und gelangte am 10. Juni glücklich nach Zamosc, von wo Chrzanowski auf die Kunde von seiner Annäherung ihm einige Bataillone und Schwadronen entgegengeschickt hatte. Rozycki war es, der an der Spitze des aus seinen Reitern gebildeten Ulanenregimentes zuerst auf das aus Litauen zurückkehrende Corps des kühnen Dembinski stieß und dasselbe nach Warschau geleitete, wo die Heldenschaar von der ganzen Bevölkerung gleich Brüdern, die einem gewissen Tode entgangen waren, mit Freudenthränen und Segnungen und begeistertem Zuruf empfangen wurde.

Aber die Hülfe, welche Dembinski seinen kämpfenden Landsleuten zuführte, war eine sehr unzureichende bei der drohenden Gefahr, die jetzt bereits unabwendbar über ihren dem Untergange geweihten Häuptern schwebte. Skrzynecki hatte den Juli in gleicher Unthätigkeit vorübergehen lassen, wie den Juni, indem er, auf unbegreifliche Weise bethört, immer noch auf die Vermittelung der auswärtigen Mächte rechnete, weil er von Paris aus vertröstende Zusicherungen erhielt. Am 25. Juni war der neue Oberbefehlshaber des russischen Heeres, der durch seine asiatischen Kämpfe berühmte Paszkiewicz, in dem Hauptquartier zu Pultusk angekommen. Er faßte sogleich den Entschluß, über die Weichsel zu gehen und auf dem linken Ufer mit gesammter Macht gegen Warschau vorzudringen, um dem Kriege mit einem entscheidenden Schlage ein Ende zu machen. Ein Punkt an der äußersten Grenze wurde zum Uebergange gewählt, weil man voraussetzte, daß Skrzynecki, durch seine gewöhnliche Vorsicht zurückge-

halten, es nicht wagen würde, sich so weit von der Hauptstadt zu entfernen. Bei dem Dorfe Ossiek, unfern der preußischen Grenze, theilen zwei Inseln den breiten Weichselstrom in drei Arme. Hier wurden in den ersten Tagen des Juli, während das russische Heer von Pultusk, wo es bisher gestanden, sich rückwärts nach Plock in Bewegung setzte, alle Vorbereitungen zum Schlagen einer Brücke getroffen. In der Nacht vom 16. auf den 17. war diese vollendet, und am andern Morgen begann das Heer seinen Uebergang, der drei Tage lang dauerte, ohne daß sich weder auf dem linken noch auf dem rechten Ufer der Weichsel auch nur ein polnischer Posten gezeigt hätte. Am 27. wurde in Folge eines Beschlusses der Landbotenkammer ein Kriegsrath in Warschau gehalten, in dem Skrzynecki Rechenschaft über die Maßregeln ablegte, die er zur Abwehr des Feindes ergriffen. Er wies nach, daß das regelmäßige Heer bis auf 80,000 Mann gebracht war, von denen 60,000 auf dem linken Weichselufer den Russen gegenüberstanden, erklärte, daß er zu einem Kampfe auf Leben und Tod entschlossen sey und versprach, in den nächsten Tagen eine entscheidende Schlacht zu liefern. Inzwischen wurden in allen Kirchen Gebete für die Rettung des Vaterlandes gehalten; die ganze Bevölkerung der Hauptstadt, alt und jung, vornehm und gering, den Präsidenten der Nationalregierung Fürsten Czartoryski an der Spitze, drängte sich zu den bereits in der ersten Zeit des Aufstandes angelegten Verschanzungen, um an deren Verstärkung zu arbeiten. In den vom Feinde noch nicht besetzten Theilen des Landes wurde einem früheren Beschlusse des Reichstages zufolge die gesammte männliche Bevölkerung zu den Waffen gerufen. Das Heer, welches seine Vorhut bis in die Waldungen auf dem linken Ufer der Bzura vorgeschoben hatte, beharrte jedoch in seiner Unthätigkeit, machte keinen Versuch den Uebergang über diesen Fluß zu vertheidigen, sondern zog sich vor den vorrückenden Russen hinter die Rawka zurück, deren sumpfige Ufer größere Sicherheit zu bieten schienen.

Die ungehinderte Annäherung des russischen Heeres, welches jetzt nur noch wenige Meilen von der Hauptstadt entfernt war, verbreitete in Warschau eine allgemeine Bestürzung. Selbst der Reichstag, auf dem der Anhang Skrzynecki's doch ein entschiedenes Uebergewicht hatte, begriff ein Zögern nicht, welches dem Feinde ohne die geringste Gegenwehr alle Vortheile einräumte, die er nur durch ein siegreiches Treffen hätte gewinnen können. Am 9. August beschloß die Landbotenkammer eine Abordnung in das Hauptquartier zu schicken, um den

Oberbefehlshaber zur Rechenschaft zu ziehen und ihm, falls er sich nicht zu rechtfertigen vermöchte, den Befehl abzunehmen. Am 10. August wurde zu Bolimow, wo Skrzynecki sein Hauptquartier hatte, ein Kriegsrath gehalten, zu dem alle Officiere des Heeres zugezogen wurden. Einstimmig wurde die Absetzung Skrzynecki's ausgesprochen, dessen Unfähigkeit endlich von allen Seiten anerkannt war. Die Mehrzahl der Stimmen ernannte den kühnen Dembinski, der seit seinem glücklichen Rückzuge der gefeierte Held der Nation war, obwohl er bisher nur ein Corps von wenigen Tausend Mann geführt hatte, zu seinem Nachfolger. Aber der Zeitpunkt, die Russen mit einiger Wahrscheinlichkeit des Erfolges anzugreifen, war vorüber, da sie zu Lowicz eine vortheilhafte Stellung eingenommen und diese überdies durch Verschanzungen befestigt hatten. Auch zeigte es sich bald, daß Dembinski zwar ein guter Parteigänger, aber nicht der Heerführer war, der eine bereits halb verlorne Sache wiederherstellen konnte. Statt seine ungetheilte Aufmerksamkeit auf den Feind zu richten, dessen Feldlager in seinem Gesichte war, wandte er den Blick rückwärts nach der Hauptstadt, in der die näher und näher herandringende Gefahr eine dumpfe Gährung hervorgerufen hatte, welche durch die Rathlosigkeit der Führer, denen die Nation ihr Heil vertraut, nur zu sehr gerechtfertigt war. Schon war, wie im Norden Paszkiewicz mit seiner Hauptmacht, auch im Süden unfern der österreichischen Grenze ein starkes russisches Corps unter Rüdiger über die Weichsel gegangen und drängte von dieser Seite die ihm gegenüber stehenden polnischen Abtheilungen auf dem linken Weichselufer gegen die Hauptstadt, während auf dem rechten die Vorposten eines schwachen vereinzelt zurückgebliebenen andern russischen Corps unter Golowin ungestraft bis in die Nähe von Praga streiften. Der patriotische Verein, der seit dem Sturze Chlopicki's wieder eröffnet war, und in dem der alte, durch Skrzynecki zurückgesetzte und tödtlich beleidigte General Krukowiecki einen überwiegenden Einfluß erlangt hatte, hielt stürmische Sitzungen. Der fanatische Priester Pulawski, der sich von Dwernicki's Corps nach Warschau gerettet, und andere gleich ihm durch die Verzweiflung zur Wuth entflammte Sprecher bewiesen dem Pöbel, daß Polen nur, wie einst Frankreich in einer gleich hoffnungslosen Lage, durch eine Schreckensregierung gerettet werden könne. Ein gewaltsamer Ausbruch war vorherzusehen, wenn die Gemüther nicht durch die Nachricht von einem Siege des Heeres beruhigt wurden. Dembinski, durch den Rath der sämmtlich von seinem Vorgänger ernannten Ge-

nerale bestimmt, beschloß, das Heer, statt dasselbe gegen die Russen zu führen, zur Unterdrückung der Aufregung in Warschau zu verwenden. Da dieser Entschluß in Warschau bekannt wurde, beschleunigte er nur den Ausbruch der Volkswuth, den er verhindern sollte. Am 15. August, während Dembinski zum Erstaunen der Russen seine Stellung hinter der Rawka verließ, um sich der Hauptstadt zu nähern, durchtobte der erbitterte Pöbel die Straßen von Warschau. Fürst Czartoryski, der zum Frieden zu reden versuchte, hatte Mühe, sein Leben zu retten, indem er verkleidet aus der Stadt floh. Ein Ulanenregiment, das den Auflauf zerstreuen sollte, weigerte sich, von den Waffen gegen seine Brüder Gebrauch zu machen. Die empörte Masse, durch keinen Zügel im Zaume gehalten, stürmte das Gefängniß, in dem sich Jankowski und die mit ihm des Verrathes Angeklagten befanden, und ermordete die Unglücklichen, deren Schuldlosigkeit keinem Zweifel unterlag, da auch nicht der Schatten eines Beweises gegen sie vorhanden war. Darauf riefen die Meuterer den lauernden Krukowiecki, der durch Rachsucht und Ehrgeiz getrieben, ihre Wuth geschürt hatte, zum Gouverneur der Stadt aus, und der ergrimmte Alte säumte nicht, die ihm vom Pöbel übertragene Gewalt anzunehmen. Dennoch dauerten die Unordnungen auch am folgenden Tage noch fort. Ein gefangener russischer Officier, der, verwundet, in das Hospital gebracht werden sollte, wurde grausam ermordet. Der Reichstag wagte nicht sich zu versammeln. Die Mitglieder der Regierung, durch die Flucht Czartoryski's ihres Hauptes beraubt, nahmen ihre Entlassung, nachdem sie Krukowiecki gebeten hatten, die Gewalt, in deren Besitze er war, zum Besten des Gemeinwohles auszuüben. Am 17. rückten zwei Regimenter von dem Heere, welches inzwischen unmittelbar vor den äußeren Verschanzungen angekommen war, auf Krukowiecki's Verlangen in die Stadt. Krukowiecki ließ durch diese Truppen den Regierungspalast, in dem der Reichstag zusammengetreten war, umstellen, wie er vorgab, um die Versammlung gegen die Wuth des erbitterten Volkes zu schützen, in der That aber, um ihr durch den Anblick der von seinen Befehlen abhängigen Bajonnette seinen Willen als Gesetz aufzulegen. Der Reichstag, der in Krukowiecki den einzigen Führer sah, der des Vertrauens der Nation nicht verlustig geworden war, ernannte ihn seinem Wunsche gemäß zum Präsidenten der Nationalregierung, legte alle Gewalt, die diese bisher geübt hatte, in seine Hände, übertrug ihm das Recht, die Minister und den Oberbefehlshaber des Heeres

zu ernennen, der seinen Weisungen unterworfen seyn sollte, und behielt sich selbst nur die Entscheidung über Krieg und Frieden vor. Der neue Präsident trug den Oberbefehl dem ihm persönlich befreundeten General Prondzynski an, der, seit dem Rückzuge von Ostrolenka mit Skrzynecki entzweit, von diesem außer Thätigkeit gesetzt war; aber Prondzynski, ohne Zweifel der am meisten befähigte Officier des polnischen Heeres, hatte bereits jede Hoffnung auf die Rettung des Vaterlandes aufgegeben und lehnte eine Würde ab, die ihn mit einer unermeßlichen Verantwortlichkeit belastete, welcher er sich nicht mehr gewachsen fühlte In einem Kriegsrathe, der an einem der nächsten Tage gehalten wurde, schlug Krukowiecki vor, dem Feinde, dessen Vorposten eine halbe Stunde von der Stadt standen, sogleich eine Schlacht zu liefern. Aber nur zwei der anwesenden Generale, Chrzanowski und Rybinski, stimmten ihm bei, alle andere hielten eine Niederlage für unvermeidlich, und schwerlich mit Unrecht. Denn das Heer war durch den Rückzug entmuthigt, da es auf demselben durch die Unbesonnenheit des Führers der Nachhut einen empfindlichen Verlust erlitten. Dieser, ein französischer Officier, Namens Gallois, der vor Kurzem erst mit vielen gewichtigen Empfehlungen von Paris gekommen war, hatte sich durch eine Kosackenschaar in einen Hinterhalt locken lassen und war, nach tapferer Gegenwehr von der Uebermacht erdrückt, mit 1300 Mann der tüchtigsten Truppen von den Russen gefangen worden. Sich vorläufig auf die Vertheidigung von Warschau zu beschränken und den Muth des Heeres durch kleine Gefechte wieder aufzurichten, war unmöglich; denn die frühere Regierung hatte so schlecht für die Verpflegung der großen Hauptstadt gesorgt, daß sich nur noch für 11 Tage Mundvorräthe fanden. Die Mehrheit des Kriegsrathes beschloß daher, ein beträchtliches Truppencorps auf das rechte Weichselufer zu werfen, dieses, das nur schwach vom Feinde besetzt war, zu säubern und Warschau von daher mit Mundvorräthen zu versehen, an denen, kurze Zeit nach der Beendigung der Ernte auf dem Lande kein Mangel seyn konnte. Am 21. August zogen die Generale Lubienski mit 3000, Romarino mit 19,000 Mann und 40 Geschützen über die Brücke von Praga. Der Erste wandte sich über Pultusk und Plock gegen die preußische Grenze, trieb die schwachen Posten des Feindes, die hier zurückgeblieben waren, vor sich her, und zwang die Russen ihre Weichselbrücke abzufahren, um ihn zu hindern, daß er nicht im Rücken ihres Hauptheeres über den Strom ging. Eben so rasch drang auf der andern Seite Romarino gegen

das Corps des Generals Golowin vor, das in der Gegend von Minsk stand, schlug dasselbe in mehreren kleinen Gefechten, ließ sich aber, obwohl er die gemessensten Befehle hatte, sich nicht allzuweit von Warschau zu entfernen, durch die Hitze der Verfolgung verleiten, über Siedlce bis nach Brzesc Litewski an der äußersten Grenze des Königreiches vorzugehen, von wo er sich nicht eher nach der Hauptstadt zurückwandte, als bis hier bereits Alles vorüber war.

In Warschau blieben mehr als 30,000 Mann mit 92 Feldgeschützen zurück, die, da sie überdies nöthigenfalls von der ganzen Bevölkerung unterstützt werden konnten, zur Vertheidigung dieser Stadt vollkommen hinreichend waren, sobald nur einigermaßen zweckmäßige Anstalten getroffen wurden. Aber das Heer, in dem sich kaum ein Mann befand, der nicht entschlossen gewesen wäre, zum Schutze der Hauptstadt das Leben einzusetzen, hatte keinen Anführer. Krukowiecki hatte dem General Dembinski, in dem er einen politischen Gegner sah, den Oberbefehl abgenommen und an dessen Stelle den tapfern, jedoch im großen Kriege unerfahrenen Malachowski zum obersten Feldherrn ernannt. Dabei griff er in die Anordnungen, welche dieser traf, jeden Augenblick persönlich ein, so daß Niemand wußte, wer eigentlich den Befehl führe, und daß Malachowski selbst sich unmuthig zurückhielt. Auch hatte Krukowiecki selbst, nachdem sein Vorschlag einer großen Schlacht in freiem Felde verworfen war, die das Schicksal des Landes mit einem Male entschieden hätte, kein Vertrauen mehr auf den Erfolg eines Kampfes, der seiner Meinung nach im glücklichsten Falle nur einen hoffnungslosen Krieg noch einige Zeit verlängern konnte. Er knüpfte deshalb bereits am 3. September, als Feldmarschall Paszkiewicz ihn zur Unterwerfung auffordern ließ, Unterhandlungen an, bei denen er allerdings mit so ungemessenen Ansprüchen auftrat, daß dieselben dem russischen Feldherrn beinahe nur als ein Hohn erscheinen konnten, die aber schon ein Schwanken verriethen, welches in seiner Lage eben so verderblich war, als wenn er den Entschluß der Uebergabe bereits gefaßt hätte. Paszkiewicz, der zu Anfange des Septembers seine ganze Macht vor Warschau zusammengezogen hatte, ohne in einer einzigen seiner Bewegungen durch einen Angriff der Polen gestört zu seyn, beschloß, nachdem seine Hoffnung auf eine friedliche Ausgleichung gescheitert war, zum letzten Mittel, zum Sturme zu schreiten. Die Verschanzungen von Warschau, zu deren Ausführung man doch neun Monate Zeit gehabt hatte, waren so schlecht angelegt, daß eine erfolgreiche Vertheidigung,

wenn nicht geradezu unmöglich, nur durch die außerordentlichsten Anstrengungen und die geschickteste Verwendung der Streitkräfte zu erreichen war. Die schwache Stadtmauer, die einen tiefen aber nicht breiten Graben vor sich hatte, war durch offene Flechen geschützt, die kaum geeignet waren, den stürmenden Feind einen Augenblick aufzuhalten. Außerhalb der Mauer und in einiger Entfernung von derselben bildete eine Reihe kleiner in den Kehlen nur mit Palisaden geschlossener Redouten, die durch ihr Feuer sich nicht einmal gegenseitig unterstützten, eine Linie, die von einer überlegenen Macht ohne Mühe auf allen Seiten durchbrochen werden konnte. Nur ein einziger Punkt war so befestigt, daß derselbe bei tüchtiger Vertheidigung nicht im ersten Anlaufe genommen werden konnte: das ungefähr in der Mitte der polnischen Stellungen gelegene Dorf Wola, das in eine große Redoute verwandelt war und im Innern mehrere starke Abschnitte hatte. Hier war daher die stärkste Seite der Stadt, die auch deshalb am leichtesten mit Kraft zu behaupten war, weil sich nach derselben am schnellsten von allen anderen Punkten des einen Umfang von vier Stunden einnehmenden Halbkreises der äußeren Linie Verstärkungen bringen ließen. Die schwächste Seite war dagegen die Barrière von Mokotow im Süden, die durch vorliegende Werke gar nicht gedeckt war, und nach deren Einnahme das im Norden und Westen noch kämpfende Heer sogar von seiner einzigen Rückzugslinie über die Weichselbrücke abgeschnitten werden konnte. Hier erwartete Krukowiecki den Angriff und hatte daher hier alle Kräfte zur Abwehr vereinigt. Paszkiewicz, der dies entweder vorhersah oder durch geheime Einverständnisse in der Stadt davon unterrichtet war, beschloß aber seinen Hauptangriff gerade gegen den Mittelpunkt der polnischen Linien zu richten, wo die meisten Schwierigkeiten zu überwinden waren. Am 6. September mit Tagesanbruch setzten seine Colonnen sich gegen Wola und die beiden zunächst liegenden Schanzen in Bewegung, gegen welche gleichzeitig 120 Geschütze ihr verheerendes Feuer eröffneten. General Uminski, der, seit dem Uebergange der Russen über die Weichsel wieder in Thätigkeit gesetzt, das polnische Centrum befehligte, erkannte sogleich die Gefahr und schickte Boten über Boten sowohl an Krukowiecki, der sich bei der Barrière von Mokotow befand, als an Malachowski. Aber der Erste beharrte, obwohl die Erde von dem Donner der feindlichen Geschütze erbebte, auf seiner Ansicht, daß der Angriff gegen Wola nur ein Scheinangriff sey, und Malachowski glaubte, daß er keine Be-

fehle zu geben habe, da der mit der obersten Civil- und Militairgewalt bekleidete Präsident persönlich zur Stelle war. Uminski blieb ohne Unterstützung. Das Feuer des schweren Geschützes hatte über eine Stunde gedauert, als die Russen gegen die Schanze zur Linken von Wola, die nur durch eine Compagnie und 6 Kanonen vertheidigt war, in dichten Massen andrangen, und dieselbe, ohne sehr hartnäckigen Widerstand zu finden, wegnahmen. Da die russischen Bataillone jetzt gegen Wola selbst anrückten, so war der Zeitpunkt gekommen, sie durch einen entschlossenen Gegenangriff zurückzuwerfen. Uminski ertheilte dem Artilleriegeneral Bem den Befehl, mit seinen Geschützen aus der zweiten Linie vorzugehen. Die reitende Batterie, welche Bem vorführte, hielt den Feind nur kurze Zeit auf. Das Bataillon, welches zu ihrer Deckung bestimmt war, warf sich in die angegriffene Redoute und die bloßgestellte Batterie mußte daher zurückweichen, während die Russen ihren Sturm mit frischen Colonnen erneuten. Die Geschütze der um das Dorf aufgeworfenen Schanzen waren längst durch das überlegene feindliche Feuer zum Schweigen gebracht; die Gräben wurden mit den Leichen der Stürmenden gefüllt, die Brustwehren erstiegen; aber der alte General Sowinski vertheidigte im Innern jeden Abschnitt mit der heldenmüthigsten Ausdauer, bis er selbst in dem letzten, von Bajonnetten durchbohrt, zu Boden sank. Von den 2000 Mann, welche die Besatzung gebildet hatten, waren mehr als die Hälfte geblieben: Einige retteten sich durch die Flucht; nur wenige Hundert wurden, durch die Masse überwältigt, zu Gefangenen gemacht. Die Russen besetzten hierauf eine offene Feldschanze zur Rechten von Wola ohne Widerstand und wandten sich gegen die zunächst liegende Redoute, die von der schwachen Besatzung mit ruhmwürdiger Tapferkeit vertheidigt wurde. Nachdem der Feind bereits eingedrungen war, sprengte der commandirende Officier durch das Anzünden des Pulvermagazines sich mit dem Reste seiner Leute und einer Masse der Stürmenden in die Luft. Nach dem Verluste des Punktes, welcher der Schlüssel der polnischen Stellungen war, versuchte Uminski denselben wiederzunehmen. Er hatte aber nur ein einziges Bataillon und wenige Schwadronen zu seiner Verfügung: und obwohl General Bem mit 40 Geschützen bis auf halbe Schußweite von Wola vorging, so vermochten doch jene geringen Streitkräfte gegen die ganze im Vorrücken begriffene russische Armee nichts auszurichten. Der Tag neigte sich zum Abende, als Bem den Befehl erhielt, sich hinter die zweite Linie der Verschanzungen,

die sich unmittelbar vor den Barrièren befanden, zurückzuziehen. Damit hatte an diesem Tage die Schlacht ein Ende, indem die Russen nur noch eine Zeitlang eine starke Kanonade unterhielten, die bei dem Einbrechen der Dunkelheit aufhörte. Die Polen hatten ihr wichtigstes Bollwerk, aber an Todten, Verwundeten und Gefangenen nicht viel über 2000 Mann verloren, während der Verlust der Russen wohl das Dreifache betrug. Wenn man den ernsten Entschluß gehabt hätte, die Hauptstadt um jeden Preis zu halten, war der Kampf daher noch keineswegs entschieden.

Aber Krukowiecki war der Meinung, daß jede fernere Vertheidigung nur nutzloses Blutvergießen zur Folge haben würde. Sobald das Feuer der Geschütze verstummt war, erklärte er den Ministern, daß er die Absicht habe, Unterhandlungen zu eröffnen. Auf ihren Widerspruch entgegnete er, daß er als Präsident der Regierung das Recht habe, auch ohne ihre Zustimmung zu thun, was durch die Umstände geboten sey, und schickte den General Prondzynski in das russische Hauptquartier, um die Bedingungen zu vernehmen, die Feldmarschall Paszkiewicz zu bewilligen geneigt sey. Dieser ließ ihn auf den folgenden Morgen zu einer Besprechung nach Wola einladen. Krukowiecki erschien zu der festgesetzten Stunde, und der russische Feldherr kündigte ihm an, daß er noch jetzt auf den Grund des ersten kaiserlichen Manifestes Verzeihung alles Geschehenen zugestehe, wogegen die polnische Nation ihre Unterwerfung auszusprechen und das Heer sich nach Plock zurückzuziehen habe, um dort die Befehle des Kaisers zu erwarten. Krukowiecki erklärte sich für seine Person zur Annahme dieser Bedingungen bereit, bemerkte aber, daß er ohne die Zustimmung des Reichstages keinen bindenden Vertrag abschließen könne, und erhielt einen Waffenstillstand bis ein Uhr des Nachmittags, um den Reichstag zum Beitritte zu vermögen. Dieser war seit dem frühen Morgen versammelt. Prondzynski legte im Auftrage des Präsidenten den Vertragsentwurf vor, welcher die russischen Bedingungen enthielt; er stellte der Versammlung die Hoffnungslosigkeit jedes ferneren Widerstandes gegen die feindliche Uebermacht vor, schilderte die Schrecken, denen die Hauptstadt in Folge eines Sturmes ausgesetzt seyn werde, und schien die Mehrzahl, die in tiefe Muthlosigkeit versunken war, mit sich fortgerissen zu haben, als die zu der Vertretung zugelassenen Landboten und Senatoren der altpolnischen Provinzen, die bereits Alles verloren hatten und selbst im Falle der Unterwerfung in die zugesagte Begnadigung nicht eingeschlossen

waren, mit feuriger Rede der Versammlung ihren früher so oft ausgesprochenen Entschluß zurückriefen, zu siegen oder zu sterben, und durch ihre glühende Begeisterung den Muth der Zagenden wieder belebten. Schon erschallte der Kanonendonner von Neuem; denn der Waffenstillstand war während der Berathung abgelaufen. Da faßte der Reichstag, jede Gefahr vergessend, die kühnsten Beschlüsse. Die russischen Bedingungen wurden zurückgewiesen, die Bürger durch eine Bekanntmachung zur Vertheidigung der Hauptstadt auf die Wälle gerufen, Soldaten und Generale zum Widerstande bis zum letzten Hauche ihres Lebens aufgefordert. Krukowiecki bot, als er diesen Ausgang der Berathungen erfuhr, seine Entlassung an; er hatte aber bereits vorher Alles gethan, um die gefaßten Beschlüsse zu vereiteln. In der Voraussetzung, daß die Unterwerfung so gut als angenommen sey, hatte er das Heer ohne Befehle gelassen, zwei Regimenter von demselben in die Stadt gezogen, um die Ordnung aufrecht zu halten, und sogar die Reserve nach Praga hinübergeschickt. Als die Russen um ein Uhr ihren Angriff begannen, fanden sie dennoch einen Widerstand, auf den sie nicht mehr gerechnet hatten. In der ersten Viertelstunde, nachdem das Gefecht begonnen hatte, wurde Feldmarschall Paszkiewicz durch eine Kanonenkugel verwundet und gezwungen, das Schlachtfeld zu verlassen. General Toll, der statt seiner den Befehl übernahm, führte das russische Centrum gegen die Barrière von Jerusalem vor. Alle Angriffe wurden hier, wo General Bem zwischen den Schanzen seine Batterien aufgefahren hatte, mit schwerem Verluste für die Russen zurückgeschlagen. Ein Husarenregiment, welches in vollem Jagen zwischen den Batterien hindurch bis an die Barrière gestürmt war, wurde beinahe ganz vernichtet; und der Feind vermochte durch alle seine Anstrengungen keinen Fuß breit Terrain zu gewinnen. Weniger glücklich als Bem war General Uminski, der mit sehr unzulänglichen Streitkräften die Schanzenlinie zwischen Wola und der Vorstadt Czyste zu halten versuchte. Nachdem seine Bataillone das feindliche Feuer mehrere Stunden lang ausgehalten hatten, begannen sie zu weichen. Als endlich auf Befehl des Generals Malachowski ein Theil der Reserven zu ihrer Unterstützung herankam, waren die russischen Colonnen bereits in die Vorstadt eingedrungen. Mehrere der leicht gebauten Häuser der Vorstadt gingen in Flammen auf; es gelang aber den Russen, sich in ihrer gewonnenen Stellung am Fuße der Stadtmauer zu behaupten, als die Dunkelheit einbrach und dem sich immer wieder erneuernden Gefechte ein Ziel setzte.

Der Reichstag, der um zwei Uhr auseinander gegangen war, ehe Krukowiecki sein Entlassungsgesuch eingereicht hatte, war um vier Uhr wieder zusammengetreten, während der Kampf vor den Barrièren gerade in seiner größten Heftigkeit entbrannte. Krukowiecki hatte kurz vorher, um Zeit zu gewinnen, den General Prondzynski nochmals zu dem russischen Feldherrn hinausgesandt, der aber bereits verwundet war, weshalb Prondzynski dem General Toll — vermuthlich um ihn zur Einstellung der Feindseligkeiten zu vermögen — ankündigte, daß die Befehle des Kaisers vollzogen wären. Bald darauf kehrte Prondzynski mitten durch das Feuer der beiden Parteien mit dem russischen General Berg nach Warschau zurück und führte diesen zu Krukowiecki, der die Unterhandlungen absichtlich in die Länge zog und zuletzt den russischen Parlementair mit einem Schreiben an den Kaiser, worin er wiederholt seine Unterwerfung aussprach, und mit einem neuen Vertragsentwurfe, worin er unbedingte Verzeihung für alle Theilnehmer an der Revolution ohne Ausnahme verlangte, wieder fortschickte. Der Reichstag, durch Malachowski von den verkehrten Maßregeln Krukowiecki's unterrichtet, welche die Vertheidigung gerade in dem entscheidenden Augenblicke gelähmt hatten, sprach inzwischen dessen Entlassung von seiner Stelle als Regierungspräsident aus und ernannte Bonaventura Niemojewski zu seinem Nachfolger. Niemand wagte es, den Vorschlag zu längerer Vertheidigung der Hauptstadt zu machen, weil diese durch den Straßenkampf, der bereits nicht mehr zu vermeiden war, den furchtbarsten Verheerungen preisgegeben worden wäre. Es wurde daher beschlossen, das Heer auf das rechte Ufer der Weichsel hinüberzuziehen, die Brücke zu zerstören und, nachdem man sich mit den Corps unter Lubienski und Romarino vereinigt hätte, auf die starke Festung Modlin gestützt, den Krieg fortzusetzen. Die Russen hatten in den Kämpfen der beiden Tage nach ihrem eigenen Eingeständnisse nicht weniger als 10,000 Mann verloren, wogegen der Verlust der Polen, die größtentheils geschützt standen, verhältnißmäßig unbedeutend war. Die Russen mußten einen großen Theil ihres so sehr geschwächten Heeres dazu verwenden, Warschau im Zaume zu halten und konnten deshalb mit Abrechnung ihrer in einem weiten Kreise zerstreuten Corps nur noch eine geringe Macht in das Feld stellen, wogegen die Polen durch einen einzigen Tagemarsch ein zahlreicheres Heer zusammenziehen konnten, als sie bei irgend einer der großen Schlachten während der ganzen Dauer des Krieges gehabt hatten. Während man noch in diesen

Berathungen begriffen war, des Nachts um eilf Uhr, erschien der russische General Berg, um die Unterhandlungen mit Krukowiecki zum Abschlusse zu bringen. An Niemojewski gewiesen, erklärte er, keine Vollmacht zu haben, um mit einer andern Person, als dem Präsidenten Krukowiecki zu unterhandeln. Mehrere Stunden gingen in Besprechungen vorüber, in denen General Berg alle Gewandtheit eines russischen Diplomaten bewies, indem er auf der einen Seite darauf hindeutete, daß er die ausgedehntesten Vollmachten habe, und dadurch in dem schwächeren Theile der Anwesenden die Hoffnung erweckte, vortheilhaftere Bedingungen zu erlangen, als bisher angeboten waren, auf der andern mit dem Sturme drohte, zu dem für den andern Morgen alle Vorbereitungen getroffen wären. Da er dabei immer darauf beharrte, nur mit Krukowiecki zu unterhandeln, so wurde von den eingeschüchterten zwischen Furcht und Hoffnung schwankenden Mitgliedern des Reichstages, die noch zugegen waren, der Beschluß gefaßt, diesen holen zu lassen und ihm auf's Neue unbeschränkte Gewalt zu übertragen. Ehe aber Krukowiecki, der sich nach Praga begeben hatte, um den Uebergang des Heeres zu leiten, noch herbeigeschafft werden konnte, hatte der schwache General Malachowski sich bereits dazu verstanden, ein Schreiben an den Feldmarschall Paszkiewicz zu richten, worin er diesem anzeigte, daß das polnische Heer, um ferneres Blutvergießen zu vermeiden, und einen Beweis seiner Treue zu geben, bis des andern Morgens um 5 Uhr Warschau, die Brücke über die Weichsel und Praga räumen werde, und dagegen darauf rechne, daß die Besetzung der Stadt durch die russischen Truppen auf eine Weise geschehen würde, welche die Bewohner nicht den Nachtheilen einer gewaltsamen Einnahme aussetze, daß dem Heere alle demselben gehörenden Gegenstände, mit Ausnahme des Schießbedarfs, verabfolgt würden, und daß es Jedermann, der sich dem Heere anzuschließen wünsche, gestattet seyn sollte, innerhalb 48 Stunden Warschau zu verlassen. Als Krukowiecki herbeigeführt wurde, erklärte er natürlich, daß er nicht mehr der Präsident der Regierung sey und daher nichts zu sagen habe; darauf eilte er von dannen, um dem Heere zu folgen, wurde aber an der Brücke von Praga auf Befehl des Generals Uminski zurückgewiesen, der drohte, ihn erschießen zu lassen, so wie er es wage, sich herüber zu begeben.

Am Morgen des 8. Septembers standen in Praga 40 Geschütze bereit, um die Brucke zusammenzuschießen, als General Malachowski

erschien und dies verhinderte, indem er anzeigte, daß Praga mit der Brücke durch eine Militairconvention den Russen übergeben sey. Damit war jeder Gedanke an eine Fortsetzung des Krieges aufgegeben, da die Russen, im Besitze der Brücke, beide Weichselufer beherrschten. Das Heer zog sich mißmuthig und niedergeschlagen, von den Mitgliedern des Reichstages und einer langen Reihe von Personen gefolgt, die ihr Leben und ihre Freiheit der russischen Großmuth nicht anzuvertrauen wagten, auf Modlin zurück. Hier legte Malachowski den Oberbefehl nieder, weil auch jetzt noch weder der Reichstag noch das Heer von einer Unterwerfung ohne Bedingungen etwas wissen wollte. In einem Kriegsrathe, den der Regierungspräsident Niemojewski berief, wurde General Rybinski zum Oberbefehlshaber ernannt; zugleich wurde der Beschluß gefaßt, Romarino den Befehl zu ertheilen, mit seinem Corps zum Heere zu stoßen. Dieser, der bereits am 6. die Nachricht von der Bestürmung der Hauptstadt erhalten, hatte, statt sogleich in Eilmärschen zu Hülfe zu fliegen, erst am folgenden Morgen sich in Bewegung gesetzt, und war am 8. des Abends während der Fall von Warschau bereits entschieden war, noch neun Stunden von Praga entfernt. Als Romarino den Befehl erhielt, nach Modlin aufzubrechen, hatte er seinen zu einem Kriegsrathe versammelten Officieren den Vorschlag gemacht, mit seinem Corps nach der Gegend von Zamosc zu ziehen, um den Krieg im Süden des Königreiches fortzuführen. Dieser Vorschlag war einstimmig angenommen worden, weil man nach den ersten Mittheilungen des Generals Malachowski voraussetzte, daß das aus Warschau ausgerückte Heer sich den Russen unterworfen habe. Romarino verweigerte deshalb dem Befehle, der ihn nach Modlin rief, den Gehorsam und wandte sich, von dem General Rosen, den er wenige Tage vorher bis über die litauische Grenze getrieben hatte, auf dem Fuße gefolgt, gegen Süden. Der Muth seiner Truppen war aber durch das Unglück vor Warschau gebrochen; auf jedem Marsche verließen ihn mehr oder weniger zahlreiche Haufen seiner Leute, und in der Nacht vom 16. auf den 17. September sah er sich, nachdem er in den letzten beiden Tagen noch zwei hartnäckige Gefechte bestanden, an die äußerste österreichische Grenze gedrängt, mit den Resten seines Corps genöthigt, diese zu überschreiten und nach Galicien auszutreten, wo er am folgenden Tage entwaffnet wurde. Dasselbe Schicksal erfuhr bald darauf das an der oberen Weichsel dem General Rüdiger gegenüberstehende Corps des Generals Rozycki, das, ursprünglich 20,000 Mann

stark, durch das Auseinanderlaufen der frisch ausgehobenen Mannschaften auf weniger als die Hälfte geschmolzen war und nach mehreren unglücklichen Gefechten auf das Gebiet des Freistaates Krakau hinübergedrängt wurde, von wo es, da die verfolgenden Russen die Grenzen des schwachen Staates nicht achteten, gleichfalls nach Galicien übertreten mußte

Das polnische Hauptheer, bei dem sich der Kern der alten Regimenter befand, hielt fester zusammen, als die beiden abgesonderten Heeresabtheilungen. Die Soldaten und die niederen Officiere waren immer noch zum Kampfe entschlossen, weil sie keinen Begriff davon hatten, wie man das Vaterland verloren geben könne, so lange sie die Waffen in ihrer Hand sahen. Die höheren Anführer, welche die ganze Lage überblickten, verzichteten auf fernere Anstrengungen, die nur das Unglück des Landes vermehren konnten, ohne die Möglichkeit eines Erfolges für sich zu haben. Aber auch sie, wie die Mitglieder des Reichstages, der in der kleinen Stadt Zakrocyn, in der Nähe von Modlin, versammelt war, nährten die Hoffnung, daß das Königreich in dem alten Zustande, in dem es vor der Revolution gewesen war, erhalten werden würde; und der neue Oberbefehlshaber Rybinski versuchte es deshalb fortwährend, mit den Russen zu unterhandeln, um wenigstens in dieser Beziehung einige Sicherheit zu erlangen Erst als die Russen, auf die Nachricht von dem Uebertritte Romarino's, den bereits abgeschlossenen und nur von dem Feldmarschall Paszkiewicz nicht genehmigten Waffenstillstand widerriefen und augenblickliche unbedingte Unterwerfung forderten, bemächtigte sich die äußerste Verzweiflung aller Gemüther, da man jetzt klar erkannte, welches Schicksal dem Lande bevorstand. Da wurde beschlossen, den Kampf, auch ohne Hoffnung des Sieges, auf Tod und Leben fortzusetzen. Am 21. September brach das Heer mit dem Reichstage, dessen Mitglieder seinen Colonnen folgten, aus seinen Stellungen bei Modlin auf, um bei Plock, über die Weichsel zu gehen und durch einen kühnen Marsch in der Flanke des russischen Heeres die von Waldgebirgen durchschnittene Landschaft zu gewinnen, in der die Warta und Pilica ihre Quellen haben, und in der damals Rozycki noch Widerstand leistete. Die Vorhut hatte ihren Uebergang bereits bewirkt, als ein Kriegsrath entschied, daß diese Bewegung im Angesichte eines überlegenen Feindes unausführbar sey, und daß nichts Anderes übrig bleibe, als die Truppen nach Preußen hinüberzuführen. Auf diese Kunde brach das Heer in offenen Aufruhr aus,

trug zuerst dem General Bem, darauf Uminski den Oberbefehl an und verlangte mit Ungestüm, gegen die Russen geführt zu werden. Aber schon näherten sich von allen Seiten die Schlachthaufen des Feindes, die im Anzuge waren, um die Rebellen mit Gewalt der Waffen zur Unterwerfung zu zwingen. Ein Theil des Heeres, durch seine alten Generale verleitet, lehnte sich gegen Uminski auf, den der Reichstag in seiner Würde bestätigt hatte, und der diese jetzt wieder an Rybinski zurückgab. Dieser, von den Russen gedrängt, zog sich, nachdem er vergebens neue Unterhandlungen anzuknüpfen versucht hatte, über Lipno nach der preußischen Grenze, und am 5. October legten 24,000 polnische Krieger, die mit 95 Geschützen auf das preußische Gebiet übergetreten waren, die Waffen nieder.

So endigte der polnische Aufstand, auf den während eines zehnmonatlichen mit heldenmüthiger Ausdauer geführten Verzweiflungskrieges ganz Europa in Furcht und Hoffnung die Augen gerichtet, und der bei mehr als einer glücklichen Wendung die Herstellung des alten unabhängigen Königreiches Polen in Aussicht gestellt hatte; nicht durch Mangel an Thatkraft, an aufopfernder Vaterlandsliebe und an begeisterter Hingebung von Seiten des Volkes, sondern durch den Mangel an Selbstvertrauen, durch die Unfähigkeit, Selbstsucht und Schwäche der Männer, denen die Nation vertrauensvoll ihr Schicksal in die Hand gelegt hatte.

Schluß.

Die Entwicklung in der Geschichte der Völker und der Menschheit geht weder in einem stetigen Fortschritte, wie von Einigen, noch in gewaltigen Sprüngen, wie von Anderen behauptet worden ist, vor sich; sondern sie wird, wie jede Entwicklung in der Natur und im Geistesleben, durch Gegensätze bewirkt, die anfangs durchaus unvereinbar erscheinen, einander schroff entgegentreten und mit Hartnäckigkeit bekämpfen, aber gerade durch diesen Kampf, indem sie einander gegenseitig aufheben, eine höhere Lösung der streitigen Fragen hervorrufen, die dann, als bleibender Gewinn, zur Grundlage einer neuen Bildungsstufe dient. Die Ereignisse, welche in der Geschichte der neuesten Zeit die Gegensätze bezeichnen, deren Lösung ihre Aufgabe ist, sind auf der einen Seite die französische Julirevolution, auf der andern die Unterdrückung des polnischen Aufstandes. Noch stehen die entgegengesetzten politischen, gesellschaftlichen und sittlichen Grundsätze, die in beiden Ereignissen ihre Vertretung fanden, einander in ihrer ganzen Schroffheit gegenüber, da die Ausgleichung, welche das Jahr 1840 zu bringen versprach, nur eine scheinbare war und, bevor sie irgend eine der großen Fragen des Tages zu lösen vermochte, einer neuen Trennung weichen mußte. Noch sind so wenig die Folgen der Pariser Julischlacht, als jene des Sturmes von Warschau beendigt. Die Parteien haben mit wechselndem Erfolge gekämpft und demgemäß ihre Stellungen verändert: hier ist die Revolution gewichen und der Gegendruck vorgedrungen, dort ist das umgekehrte Verhältniß eingetreten: und wenn es bei oberflächlicher Betrachtung den Anschein hat, als ob die Revolution im Allgemeinen an Terrain verloren habe, so darf man doch nur etwas tiefer auf den Grund sehen, um sich zu überzeugen, daß dieser Anschein ein sehr trügerischer ist. In Frankreich sind die Wortführer der Revolution mit ihren Forderungen ziemlich weit zurück-

gedrängt worden; aber um so fester ist dafür das, was die Revolution wirklich gewonnen hat, begründet. Polen ist für die Revolution verloren; dagegen sind Spanien und Portugal, die sich lange ihrem Einflusse entzogen, von ihr erobert. In Deutschland hat Manches, was die Revolution bereits als eine gesicherte Erwerbung betrachtete, zurückgegeben werden müssen; dafür ist aber Anderes, was bisher nur in dem Buchstaben der Verfassungsurkunden einen papiernen Bestand hatte, in das Leben der Nation übergegangen und auf diese Weise erst zu ihrem wirklichen Eigenthume geworden. In England haben die Whigs den Tories wieder Platz machen müssen; aber die Tories selbst haben aufgehört, das zu seyn, was sie in ihrer guten alten Zeit waren; sie sind zwar noch Conservative, aber ihre Mittel, das Bestehende zu erhalten, haben schon zuweilen einen ziemlich revolutionairen Anstrich angenommen. England, das von Anfang in seiner politischen Entwicklung dem Festlande weit voraus war, wenn dieselbe auch, wie auf dem Festlande, des Anstoßes der Julirevolution bedurfte, um zum Durchbruche zu gelangen, ist dem Ziele, welches unsere Zeit zu erreichen strebt, der Aufhebung der Gegensätze und der Versöhnung der Parteien, am nächsten gekommen, wenn gleich auch hier noch immer ein gutes Stück Weges zurückzulegen bleibt. In Mittelitalien sind, wie in Polen, die revolutionairen Bewegungen der Jahre 1830 und 1832 gewaltsam erstickt; und in Griechenland, wie im Lande der Serben, sind sogar durch revolutionaire Erscheinungen gegenrevolutionaire Zwecke gefördert worden. Dagegen hat die revolutionaire Bewegung in ihrer mildesten Form, als gesetzliches Streben nach Verbesserungen, sich über den ganzen urdeutschen Norden, über Dänemark, Schweden und Norwegen verbreitet; und wenn in Polen ein Glied der großen europäischen Völkerfamilie nach seinen letzten schmerzlichen Zuckungen dem Scheintode verfallen ist, so hat dagegen das Land und das Volk der Ungarn, das aus langem todesähnlichen Schlummer zum kräftigsten, obwohl noch wild und stürmisch gährenden Leben erwacht ist, seine Stelle als die äußerste Vorhut europäischer Volksfreiheit und Gesittung gegen den barbarischen halb asiatischen Osten eingenommen.

Zu derselben Zeit, während unser kleines Europa der Schauplatz so großer Ereignisse gewesen ist, sind zwei unermeßliche, den größten Theil der bewohnten Erde umfassende Welttheile, die seit vielen Jahrhunderten, ja seit Jahrtausenden von aller thätigen Theil-

nahme an der fortschreitenden Entwicklung der Menschheit ausgeschlossen waren, von Neuem in den Kreis derselben gezogen worden. In Africa, wie in Asien, in seiner ganzen ungeheuern Ausdehnung von dem äußersten Osten bis zum äußersten Westen stehen europäische Interessen, die sich gegenseitig bekämpfen, einander gegenüber. Selbst das ferne Reich der Mitte, das mit seiner, der Gesammtzahl aller Bewohner Europa's gleichkommenden Bevölkerung von Anbeginn in starrer Abgeschlossenheit beharrte, ist dem europäischen Verkehr eröffnet worden, der in unseren Tagen sich zum allgemeinen Weltverkehr erhoben hat. Die junge americanische Westwelt hat angefangen, es zu erkennen, daß sie mit dem alten Europa die Aufgabe theilt, die vielfach verschlungenen Bahnen zu ebnen, auf denen die Menschheit ihrer irdischen Bestimmung zueilt; immer enger und inniger werden die Beziehungen, in die sie zu den älteren Brüdern tritt, wenn auch noch schwere Kämpfe bevorstehen, ehe so mancher verjährter Zwist gesühnt ist. Und schon ist es nicht mehr bloß der americanische Westen, der seine Mitbewerbung anbietet; auch über die Inselwelt der südlichen Halbkugel sind die Keime europäischer Gesittung ausgesäet; auch hier reifen künftige Staaten der Zeit entgegen, wo alle Völker der Erde sich zu dem großen Werke vereinigen werden, das die Menschheit auf Erden zu vollenden hat.

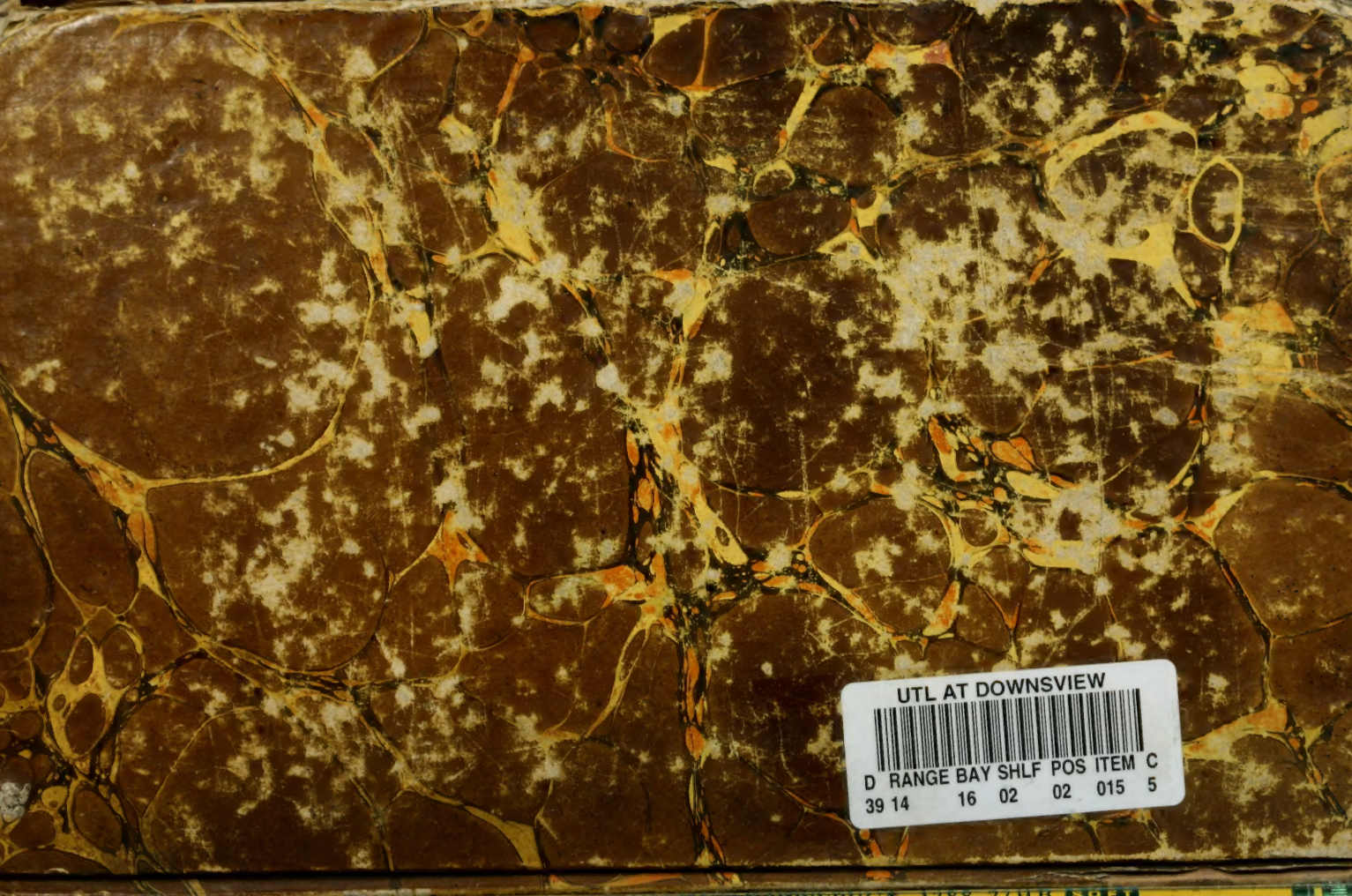
Dies ist der Inhalt der Geschichte unserer Tage, deren Grundzüge hier nur flüchtig angedeutet werden konnten, und deren ausführliche Darstellung einer späteren Arbeit vorbehalten bleiben mußte, wenn der Raum, der dem vorliegenden Werke gestattet war, nicht ungebührlich überschritten werden sollte.

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

D
383
H46
Bd.2

Hermes, Karl Heinrich
Geschichte der letzten
fünfundzwanzig Jahre


UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 14 16 02 02 015 5